DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES XIX. JAHRHUNDERTS

Die Tagebücher des Freiherrn

Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels

aus den Jahren 1860-71

· CHESTER · V · CLARK · CAMBRIDGE · 1938 ·

Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts

Band 2:

W. Schüßler, Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels

Herausgegeben
durch die Historische Kommission bei der
Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Buchhändlerische Zentralstelle
der Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts
S. Hirzel in Leipzig

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels

aus den Jahren 1860–71

DD
201
D25
1920
SRLF

Herausgegeben von

Dr. Wilhelm Schüßler

Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1920

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1920
by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart

Vorwort.

Als ein noch heute lebender Historiker einstmals Heinrich von Treitschke fragte, wie er sich die Fortführung seiner deutschen Geschichte bis in die Zeit der Reichsgründung denke, antwortete er, die späteren Bände würden nur ganz allgemein gehalten werden können, da die Politik der deutschen Mittelstaaten urkundlich noch zu wenig erforscht sei.

Im großen und ganzen ist das noch heute der Fall, wenn auch seitdem sehr viel geschehen ist, um unsere Kenntnis der mittelstaatlichen Politik zu vertiefen. Aber noch immer fehlen uns die Quellen zur letzten Einsicht in die Politik der Pfordten, Beust und Dalwigk. Daß Beusts Erinnerungen nicht als letzte Quelle gelten können, ist wohl unbestritten; über Pfordten ist demnächst eine eingehende Darstellung zu erwarten. Die hinterlassenen Papiere Dalwigks wurden mir zur Bearbeitung übergeben.

Dalwigks literarischer Nachlaß.

Während seiner ministeriellen Tätigkeit hat Dalwigk augenscheinlich die Absicht gehabt, seine Erinnerungen niederzuschreiben. Mit peinlicher Sorgfalt hat er seine Korrespondenz aufgehoben und von vielen seiner wichtigeren Schreiben die Konzepte aufbewahrt. Nach seiner Entlassung begann er seine Selbstbiographie zu schreiben, kam jedoch nur bis zum Abschluß seiner Studentenjahre. Der Tod nahm ihm vorzeitig die Feder aus der Hand.

Eine Hauptquelle für sein Leben sind die reichen Schätze seines Privatarchivs, in dem sich manche Stücke befinden, die man eigentlich im Haus- und Staatsarchiv vermuten sollte; der Großherzog Ludwig III. hat sie Dalwigk häufig überlassen. Darunter befinden sich Privatbriefe König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, Kaiser Wilhelms I., Kaiser Napoleons III. usw. an den Großherzog, Eingaben und Berichte Dalwigks an seinen Herrn, Denkschriften, Briefe und ähnliches. Vor allem aber seine Tagebücher, die er vom Jahr 1860 bis zu seinem Tode 1880 gewissenhaft geführt hat.

Die Tagebücher.

Als seine erste Frau Mathilde, geborene v. Coëhorn, im Jahre 1860 gestorben war, empfand Dalwigk, der der Pflege seiner seit Jahren schwer leidenden Gemahlin täglich eine reichliche Zeit gewidmet hatte, eine drückende Leere. Und so begann er, um sich abzulenken, mit der Führung eines Tagebuchs, das die Hauptquelle für die Geschichte seiner auswärtigen Politik in den entscheidenden Jahren der Reichsgründung 1860—1871 geworden ist.

Dalwigk hat über jeden Tag Buch geführt. Aus dem Text geht hervor, daß er oft noch an dem betreffenden Tage selbst schrieb und daß er den Schlußbericht am nächsten Tage abfaßte. Meist jedoch hat er am folgenden Morgen den Bericht über den vorhergehenden Tag geschrieben. Seltener hat er, wenn er z. B. eine kürzere Reise unternehmen mußte, erst nach seiner Rückkunft wenige Tage später den Bericht verfaßt, so z. B. im Jahr 1871 bei dem Besuche Kaiser Wilhelms I. in Frankfurt, wie aus dem Original hervorgeht; er hat da nämlich die Datierung eines Tages vergessen. Bei größeren Reisen aber führte er täglich Buch, z. B. in Paris oder in Petersburg. Daß er die Berichte über den Tagesverlauf in den allermeisten Fällen unmittelbar verzeichnete, geht aus verschiedenen Stellen der Tagebücher hervor, wo er berichtet, daß er dem Großherzoge seine Aufzeichnungen über die Unterredung mit dem oder jenem Staatsmann vorgelesen habe. Vor allem aber beweist das die Genauigkeit der Namen und Titel. Nur ein einziger Fall ist mir aus den gesamten Aufzeichnungen bekanntgeworden, wo Dalwigk statt eines Namens eine Lücke ließ.

Im allgemeinen wird man also die Tagebücher mit gutem Gewissen als unmittelbare Quelle anzusehen haben und benutzen können.

Gesichtspunkte bei der Herausgabe.

Da es sich um eine Quelle wissenschaftlicher Erkenntnis handelt, mußte der Herausgeber als obersten Gesichtspunkt im Auge behalten, auch nur wirklich Wichtiges aufzunehmen. Es mußten also alle rein persönlichen Dinge wegfallen. Dahin gehören Nachrichten über das eigene Befinden und das seiner Familie, gleichgültige Besuche, Berichte über Gesellschaften, Anekdoten, die unbekannte Menschen betreffen, über Spaziergänge; kurz alles Unpolitische.

Wegfallen mußte auch eine Stelle aus einer Unterredung mit der Prinzessin Alice auf dem Frankfurter Fürstentag, durch die noch Lebende sich verletzt fühlen konnten.

Aus den Streichungen des unpolitischen, rein persönlichen Teils der Aufzeichnungen ergab sich nun aus stilistischen Gründen die Notwendigkeit, hin und wieder die Anfänge der Sätze zu ändern und die Worte umzustellen, um

eine Inversion zu vermeiden. Da den Aufzeichnungen dadurch keine Gewalt angetan ist, trug der Herausgeber kein Bedenken, diese Änderung und Umstellung eintreten zu lassen, wo es notwendig war.

Sonst aber ist vom politischen Teil nichts, gar nichts weggelassen. Der Text ist vollständig gegeben, ohne Rücksicht darauf, daß einige Äußerungen dem Andenken Dalwigks etwa „schaden" könnten. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß allein die volle Wahrheit ohne jeden Abzug einer geschichtlichen Persönlichkeit die ihr gerechterweise gebührende Stellung verschaffen kann. Durch Bekanntwerden aller und jeder Beweggründe ist bisher noch immer am besten der Verleumdung und üblen Nachrede entgegengetreten worden. Und so wird es bei Dalwigk auch der Fall sein.

Die Anlagen.

Um dem Zweck der Herausgabe und den Absichten der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts" vollständig dienen zu können, d. h. um eine möglichst genaue Einsicht in die Absichten der hessischen Politik in den Jahren 1860—1871 zu geben, empfahl es sich von selbst, neben den Tagebüchern — die über die innere hessische Politik fast völlig schweigen — auch andere Dokumente heranzuziehen. Dahin gehören vor allem Denkschriften und Noten, in denen die Absichten der hessischen Regierung klar hervortreten, und dann Briefe der handelnden Personen. Aus der Art des Materials ergab sich, daß in den ersten, ruhigeren Jahren die Anlagen neben den Tagebüchern einen größeren Raum einnehmen, daß aber später die Tagebücher überwiegen.

Die Anmerkungen.

Aus dem Charakter der Publikation, die eine urkundliche Quelle der hessischen Politik sein will, ergab sich die Art der Anmerkungen. Sie beziehen sich in erster Reihe auf die im Text genannten Personen; sachlicher Art sind sie nur da, wo sie zum Verständnis der Tagebücher nicht fehlen durften. Die Eingliederung der im Text gegebenen Tatsachen in den großen Zusammenhang wird vor allem die Sache des Benutzers sein. Eine Polemik in den Anmerkungen gegen die bisherigen Darstellungen der Dalwigkschen Politik — von Vogt, Götz, Biegeleben, Diehl — verbot sich schon mit Rücksicht auf den Umfang der Publikation.

Für Personen von größerer und allgemeinerer Bedeutung sind Geburts- und Todesdaten als Anmerkungen gegeben, bei anderen genügte ihr Name und die Angabe ihrer derzeitigen Lebensstellung.

Zum Schluſſe ſei noch erwähnt, daß die Ausgabe nach den in Darmſtadt befindlichen Originalen der Tagebücher gemacht worden iſt. Aus Gründen, die ſich der öffentlichen Erörterung entziehen, war es nicht möglich, das Original des Tagebuches aus der zweiten Hälfte des Jahres 1863 für die Ausgabe heranzuziehen; der Text iſt nach einer Abſchrift gegeben, in der keine ſachlichen Fehler ſtecken. Es kann ſich, wenn das Original anders lauten ſollte, höchſtens um einige Worte handeln.

Dem heſſiſchen Staatsarchiv, beſonders ſeinem Direktor Dr. J. R. Dieterich, ſei an dieſer Stelle der herzliche Dank des Herausgebers ausgeſprochen für die Bereitwilligkeit, die Miniſterialakten für die Anlagen zur Verfügung zu ſtellen! Die Publikation hat dadurch eine höchſt wertvolle Bereicherung erfahren.

Januar 1920. W. Schüßler.

Zur Einführung.

I.

Seit den Tagen, da das gesamte Deutschland, Fürst und Volk, sich gegen den fremden Eroberer erhob und die Ketten der Knechtschaft abwarf, seit dem Jahre 1813 ist die Frage nicht mehr verstummt: Wie schaffen wir am besten die deutsche Einheit, das ganze Deutschland, Kaiser und Reich? Selbstverständlich, daß man im ersten Jubel der Befreiung daran dachte, das letzte Haupt des alten heiligen Reiches, Kaiser Franz von Österreich, mit der Krone der Deutschen zu schmücken. Hatte sein Haus sie nicht durch ein halbes Jahrtausend getragen und war Wien nicht die erste Stadt des Deutschen Reiches gewesen?

Aber doch auch in diesen Jahren schon wagten sich Stimmen hervor, die Preußens Herrschern die Ehre des Reichsvorstandes zuwenden wollten und die von dem halbdeutschen Österreich kein Heil für die deutsche Nation erhofften. Hatte doch Österreich sich immer mehr aus Deutschland hinausentwickelt, hatte es doch Madjaren und Slawen in Massen aufgenommen. Im Gegensatz dazu hatte sich Preußen, das seit den letzten beiden polnischen Teilungen ebenfalls den Weg Österreichs zu gehen und auch ein deutsch-slawischer Mischstaat zu werden schien, nach dem Verluste Polens und Warschaus aufs neue verdeutscht und war nach dem Erwerbe Sachsens, Westfalens und Rheinlands fester und inniger als jemals mit Deutschland verwachsen. Es war, wenn man die rein deutsche Bevölkerung der beiden Großmächte verglich, der größte deutsche Staat. Für die Verschmelzung Deutschlands und Preußens aber war die Frage über alles wichtig, wie weit Preußen seinen Charakter als reiner Machtstaat, ja als besondere „Staatsnation" in und neben der deutschen Kulturnation behaupten könne und wolle.

Denn diejenigen Deutschen, die sich, wie der Schwabe Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen", schon zu Anfang der dreißiger Jahre zu der Überzeugung durchgerungen hatten, daß ein wirklich lebensfähiger deutscher Staat mit zwei Großmächten im Bunde undenkbar sei und die Österreich aus der staatlichen Gemeinschaft der Deutschen ausscheiden wollten, fragten sich doch auch: ob denn ein Bundesstaat mit einer Großmacht denkbar sei, ob nicht der größere Genosse die kleinen hemmungslos erdrücken werde? Kurz, auch das preußisch-deutsche Problem, dessen Fortleben bis zum heutigen Tage uns Meinecke in seinen feinsinnigen Studien gezeigt hat, kündigt sich schon gleich zu Beginn der Einheitsbewegung an.

Viel wichtiger und entscheidender aber war erst die Frage: Preußen an der Spitze Deutschlands, d. h. Ausschluß Österreichs, und ein straffer Bundesstaat? — oder Österreich und Preußen in einem loseren Föderativverbande, der den Mangel an Zusammenfassung durch die nicht gestörte Einheit aller Deutschen ersetzte?

An dieser Frage: Kleindeutschland oder Großdeutschland? haben sich die Geister geschieden, als in den Jahren 1848/49 die erste deutsche Nationalversammlung berufen war, den Bau der deutschen Einheit aufzuführen. Und der Gegensatz zwischen Kleindeutsch und Großdeutsch hat im Untergrunde weitergelebt bis zum heutigen Tage, wo wir den Anschluß Österreichs erhoffen.

Zu den Anhängern der großdeutschen Richtung, die Österreich um jeden Preis bei Deutschland erhalten wollten, zählte eine Menge verschiedenartiger Gruppen. Zunächst die große Mehrzahl der Deutsch-Österreicher selbst, dann die Katholiken, die nur in dem Gleichgewicht der Konfessionen ihr Heil erblickten und von einem „protestantischen" Kaisertum nichts wissen wollten, ferner jene warmherzigen Freunde der deutschen Einheit, denen die Art des nationalen Verbandes erst in zweiter Reihe stand, die in der Verbindung aller Deutschen das oberste Ziel erblickten und die von Radowitz einmal treffend „Totalisten" genannt wurden. Zu ihnen kann man auch die Imperialisten zählen, die in Österreich das Werkzeug für die Ausbreitung des Deutschtums im Osten sahen. Und endlich gehörten zu den Großdeutschen alle jene Anhänger der souveränen Einzelstaaten, die das Ende ihrer Selbständigkeit und Eigenart von einem staatlichen Verbande mit nur einer Großmacht befürchteten. Der losere föderative Verband, der für beide sich die Wage haltenden Großmächte allein möglich war, erschien ihnen als die Bürgschaft für das eigene selbständige Leben.

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese sog. „Partikularisten" sich nach der Revolution, als der Deutsche Bund wiederhergestellt und der Aufbau der deutschen Einheit vom Volk an die Regierungen übergegangen war, in erster Linie bemerkbar machten, und zwar in Gestalt der mittel- und kleinstaatlichen Minister. Für diese mittleren und kleinen Staaten, die freiwillig weder an Österreich noch Preußen Rechte opfern wollten und die nur in dieser Vereinigung etwas bedeuteten, stand natürlich der Deutsche Bundestag in Frankfurt sehr viel höher als für Österreich und Preußen, die auch ohne ihn eine europäische Geltung besaßen. Und so mußte es das natürliche Streben aller dieser mittel- und kleinstaatlichen Minister sein, die Reformen, die zur deutschen Einheit führen sollten, an den Deutschen Bund anzuknüpfen, den Bund zu stärken und ihn durch planmäßigen Aufbau langsam zum Mittelpunkt Gesamtdeutschlands, ja zum Oberbau auch über die alten Machtstaaten Österreich und Preußen werden zu lassen.

Man wird diesen Männern, den Pfordten, Beust, Dalwigk usw., nicht gerecht, wenn man ihnen, da sie für das Interesse ihres Einzelstaates tätig waren, etwa undeutsche Gesinnung vorwirft. Handelten die preußischen

Staatsmänner anders? Hatte Friedrich der Große, als er Schlesien eroberte, an Deutschland gedacht? Ist nicht Bismarck zuerst und ausschließlich auf preußischem Boden erwachsen? Dalwigk und seine Gesinnungsgenossen waren, als Preußen jede Reform des Deutschen Bundes beharrlich ablehnte und offenbar nichts zustande kommen lassen wollte, als es im Jahre 1859 Frankreich nicht rechtzeitig angriff und Österreich im Stiche ließ, fest überzeugt, daß hier der krasseste und gefährlichste aller Partikularismen walte. Kurz, Dalwigk und Genossen hätten den Vorwurf, undeutsch zu sein, entrüstet von sich gewiesen. Dalwigk korrespondierte in den fünfziger Jahren mit Erzherzog Albrecht über die Besiedelung Ungarns mit Deutschen, brannte 1859 darauf, den Franzosen Elsaß und Lothringen wieder abzunehmen,[1]) und warnte später Napoleon immer wieder, in einem künftigen preußisch-französischen Kriege das linke Rheinufer zu nehmen, weil das den Nationalkrieg des gesamten Deutschland gegen Frankreich bedeuten würde.

Trotzdem ist Dalwigk in erster Reihe beschuldigt worden, ein Rheinbundsminister, ein Franzosenknecht zu sein. Das kommt daher, daß er mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen den preußischen Staat und seinen Vergrößerungsdrang auch dann noch bekämpfte, als der größte Teil der Nation in Preußen bereits den Vorkämpfer der nationalen Größe sah. Für Dalwigk fielen Preußen und Deutschland nie zusammen; für ihn bestand der preußisch-deutsche Gegensatz in voller Schärfe weiter. Er wollte sich nicht, wenn der preußische Staat an die Spitze Deutschlands trete, zu einem „Deutschen zweiter Klasse" machen lassen. Und so konnte er immer wieder sagen, daß er für Deutschland, das gesamte Deutschland, dem sich auch Preußen hätte fügen müssen, jegliches Opfer bringen wolle, für Preußen niemals! Er konnte es 1866 Bismarck neben der Teilung Deutschlands in drei Teile — Nordbund, Österreich, Südstaaten — nicht verzeihen, daß er durch die Vertreibung von vier uralten Dynastien das monarchische Prinzip aufs schwerste geschädigt habe.

Kurz, bis zuletzt war es sein oberster Gesichtspunkt, daß Deutschland nicht das Opfer preußischer Vergrößerungssucht werden dürfe. Und doch hat auch bei ihm, obwohl er aufs eifrigste den Krieg Frankreichs und Österreichs gegen Preußen erstrebte, schließlich, als aus dem preußischen Kriege der große Nationalkrieg wurde, das Nationalgefühl den alten Groll überwunden. Und so hat er, auf die Kunde der ersten Siege und in der Hoffnung, nun Elsaß und Lothringen dem Reiche gewonnen zu sehen, dem preußischen Gesandten sagen können: Wenn Preußen diese alten Provinzen der Nation als Morgengabe bringe und die deutsche Kaiserkrone dazu, so solle für 1866 Indemnität erteilt werden.

Was Dalwigk unter den Großdeutschen jener Epoche eine besondere Stellung gibt, ist die Tatsache, daß er der folgerichtigste, beharrlichste war und noch die Versailler Verträge unterschrieben hat, bis, wie er Beust, dem

[1]) Siehe Beust: Aus Dreivierteljahrhunderten, Bd. I, S. 222.

alten Freunde sagen ließ, auch er fiel „als der letzte Reiter einer einst so prächtig geführten Schwadron".

Wir werden heute, wenn wir die großdeutschen Bestrebungen betrachten, ohne Befangenheit und Parteisucht sagen können, daß letzten Endes auch in ihrem Wollen ein richtiger Kern steckte. Großdeutsch sind wir gefühlsmäßig alle, insofern wir den Zusammenhalt und die Einheit der Gesamtnation so stark wie nur je empfinden. Und jetzt, wo wir Großdeutschland nach Österreichs Anschluß erhoffen, können wir mit um so klarerem Blick die beiden Bestrebungen gegeneinander abwägen, die die Nation zerrissen. Die Kleindeutschen erkannten, daß der erste Schritt, nämlich die Begründung des engeren Deutschland, vor dem zweiten getan werden müsse; die Großdeutschen glaubten, der zweite Schritt, die Errichtung Großdeutschlands, könne schon der erste sein.

Aber nicht allein den Vertreter des Großdeutschtums wird man in Dalwigk erkennen, vor allem auch den folgerichtigsten Anhänger derjenigen lebendigen Kräfte Deutschlands, die dem Unitarismus widerstrebten. Dalwigk war gewissermaßen das verkörperte, durch Bismarck endgültig bedrohte und sich noch einmal aufs heftigste wehrende sonderstaatliche Prinzip, das in den Dynastien, den Einzelstaaten und den Stämmen seit Beginn der deutschen Geschichte bis zum heutigen Tage wurzelt und das wohl zurückgedrängt, aber nicht zerbrochen werden kann. Denn als lebendige geschichtliche Kraft hat es ebenfalls sein Daseinsrecht. Erst aus dem Widerstreit des unitarischen und partikularistischen Prinzips hat sich unsere Geschichte und unsere Verfassung gebildet.

Und so werden Dalwigks Aufzeichnungen ihren Wert behalten als Zeugnis dieses erbitterten Kampfes, der in der Zeit der Reichsgründung seinen Höhepunkt erreichte. In dieser Erkenntnis von der inneren Notwendigkeit beider Prinzipien und ihrer eingeborenen Kraft werden wir auch über den Vertreter des unterlegenen Gedankens gerechter urteilen, als jene Epoche tat, die mitten im Kampfe stand. Und so betrachtet ist auch Dalwigk echt deutsch.

Die Geschichte seines Lebens mit seinen Erfahrungen wird uns verständlich machen, wie er zu dem großdeutschen und hessischen Staatsmann wurde, als der er in die Geschichte der deutschen Reichsgründung eingegangen ist.

II.

Reinhard Karl Friedrich Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfels entstammte einem alten, im heutigen Fürstentum Waldeck begüterten Adelsgeschlecht, das seit Jahrhunderten den hessischen Fürsten in Treue gedient hat. Sein Vater war der spätere General und Gouverneur von Darmstadt, Reinhard von Dalwigk (1770—1844), ein alter Freund und Waffengefährte des Prinzen Emil von Hessen in den Napoleonischen Feldzügen; seine Mutter Luise Antonie

Elisabeth (1778—1855) war eine wegen ihrer Schönheit gefeierte Tochter des berühmten Juristen und Goethefreundes Höpfner.

Reinhard wurde als das erste Kind seiner Eltern am 19. Dezember 1802 geboren ihm folgten noch ein Bruder und zwei Schwestern, von denen nur die jüngste, ihm besonders nahestehende, Cecilie, den Minister überlebte.

Den ersten Unterricht erhielt der muntere und aufgeweckte Knabe im Elternhaus, und zwar mit solchem Erfolge, daß er bereits mit zehn Jahren in die Sekunda des Darmstädter Gymnasiums aufgenommen wurde. Noch nicht ganz sechzehnjährig, bestand er das Abiturientenexamen. Da die Eltern ihn seiner Jugend wegen noch nicht die Hochschule beziehen lassen wollten, blieb er noch ein Jahr in der Heimat und hatte reichste Gelegenheit, seiner Neigung für körperliche Übungen wie Reiten, Tanzen, Wandern nachzugehen.

Im Oktober 1819 bezog Dalwigk dann die Universität Göttingen, um die Rechtswissenschaft zu studieren. Dort hörte er die Berühmtheiten der damaligen Zeit: Hugo, Bouterwek, Heeren und andere. Nach zweijährigem, fleißigem wie fröhlichem Studententum siedelte er nach Berlin über, wo er zufällig eine Wohnung im Hause des berühmten Savigny fand. Der Kreis, den er hier traf, war der geistige Mittelpunkt des damaligen Berlin. Der Anregungen, die ihm hier zuteil wurden, hat er sein ganzes Leben durch mit größter Dankbarkeit gedacht.

Im September 1822 kehrte Dalwigk nach Darmstadt zurück, um sich jetzt für das Fakultätsexamen vorzubereiten. Aber so schnell, wie er sich gedacht, sollte es damit doch nicht gehen. Weil infolge der mannigfachen Zerstreuungen im Elternhause an eine angestrengte und regelmäßige Arbeit nicht zu denken war, übersiedelte er nach Gießen. Aber hier dauerte es noch mehr als zwei Jahre, bis er zu Anfang 1826 das schriftliche Examen bestand. Die Jugend forderte ihr Recht vor den trockenen Paragraphen. Freundschaften, Reisen, Scherzgedichte, die noch heute in Gießen nicht vergessen sind, Wanderungen, geselliges Leben, zarte Neigungen — alles das verhinderte eine rasche Beendigung der Studien. Es sollte eine Zeit vergehen, bis Dalwigk sein übersprudelndes Temperament in den Dienst der harten Berufsarbeit gebändigt, bis der Wein ausgegoren hatte. Alle Züge des späteren Ministers zeigen sich schon in diesen Jahren: eine überaus leichte Auffassungsgabe, die von einem starken Gedächtnis unterstützt wurde, eine alle Herzen gewinnende natürliche Liebenswürdigkeit, die ihm überall Freundschaften gewann und die es ihm unmöglich machte, gleich im ersten Augenblick etwas abzuschlagen, eine Furchtlosigkeit, seine Meinung zu vertreten, die später selbst vor höchsten Personen nicht scheute, eine innere Leidenschaftlichkeit, die ihn in der Politik in entscheidenden Augenblicken des öfteren über die bestimmte Linie hinausführte. Dazu kam später noch ein hoher Ehrgeiz und ein eiserner Fleiß.

Zuerst wollte sich Dalwigk der richterlichen Laufbahn widmen und erhielt am 10. April 1826 den Akzeß beim Sekretariat des Großherzoglichen Hofgerichts in Darmstadt; 1828 wurde er Landgerichtsassessor. Aber bald ging

er zur Verwaltungslaufbahn über. Das nächste Jahrzehnt hindurch blieb er in Darmstadt bei der Provinzialdirektion und beim Kreisamt und wurde 1839 Regierungsrat. Diese Jahre, so still sie nach außen hin verliefen, waren erfüllt von ernstem Streben und froher Geselligkeit. Noch war die große Epoche, da die Literatur jedes Herz bewegte, nicht zu Ende, und mit begeisterter Verehrung wurde des Altmeisters Goethe gedacht. Dalwigk beschreibt es wohl in seinen Briefen, wenn z. B. an Goethes Geburtstag ein gleichgestimmter Freundeskreis sich zu einem Festschmaus versammelte und sich dann an der Vorlesung einer Goetheschen Dichtung, etwa der Iphigenie, das Herz erhob. Und mochte Darmstadt im Sommer, wenn die höhere Gesellschaft auf dem Lande oder in den Bädern weilte, entsetzlich langweilig sein, wie Dalwigk in einem verzweifelten Scherzgedicht an die Schwester einmal klagte, im Winter herrschte eine lebhafte Geselligkeit, in welche die fremden Gesandten einen eigenen Ton brachten. Auf diesem Boden, im Hause des französischen Geschäftsträgers Baron de Coëhorn, lernte Dalwigk seine erste Gattin kennen, Mathilde, die er 1839 heimführte. Sie war eine Tochter des in der Schlacht bei Leipzig gefallenen französischen Generals Creëhorn und eine durch hohe Schönheit ausgezeichnete Frau, deren reiche Gaben Dalwigks Haus zu einem Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens zu machen versprachen. Doch leider wurde das hohe Glück des jungen Ehemannes bald durch die Krankheit der Gattin getrübt; ein Nervenleiden verschlimmerte sich im Lauf der Jahre so sehr, daß die Kranke sich völlig abgeschlossen halten mußte und der aufmerksamsten Behandlung bedurfte. In diesen langen Jahren der schwersten Sorge, der rührendsten Pflege und härtesten Entsagung ist Dalwigk zum Staatsmann aufgestiegen und zu jenem geläuterten Charakter geworden, als den ihn seine Verwandten und Freunde liebten. Im Jahre 1860 hat der Tod die Kranke von ihrem Leiden erlöst. Und hatte Dalwigk bisher unter der fortwährenden Sorge gelitten, so drückte ihn jetzt die Trauer nieder, die Einsamkeit seines Hauses, bis er in der Nichte seiner verstorbenen Gemahlin, in der Gräfin Adele Dunten aus Livland, eine zweite Gattin fand, die ihm drei Kinder, einen Sohn und zwei Töchter schenkte und ihm ein häusliches Glück bereitete, aus dem er immer wieder die Kraft zu seinem öffentlichen Wirken schöpfte.

Nur kurze Zeit nach seiner ersten Heirat blieb Dalwigk noch in der Vaterstadt. Zu Ende des Jahres 1841 wurde er zum Kreisrat des Kreises Worms ernannt. Und damit beginnt eine neue Epoche in seinem Leben: die der öffentlichen Wirksamkeit in verantwortungsvoller Stellung.

Alle jene Territorien des alten Reiches, die später zu dem französischen Departement Donnersberg gezählt wurden und 1816 teilweise unter dem Namen „Rheinhessen" an das Großherzogtum fielen,[1]) waren nicht leicht zu verwalten. Die Franzosenherrschaft hatte hier mit manchen Mißbräuchen aufgeräumt und war bei vielen Bewohnern noch in bester Erinnerung. Erschwert

[1]) Siehe darüber: Festschrift der Provinz Rheinhessen zur Jahrhundertfeier 1816 bis 1916.

wurde die Verschmelzung mit den alten rechtsrheinischen Landen noch durch den verschlossenen, herben, im Vergleich zu den Rheinländern wenig beweglichen Charakter der altheſſischen Beamtenschaft. Da nun war ein Mann wie Dalwigk an seinem richtigen Platze, und es zeugt für den scharfen Blick des damaligen leitenden Ministers du Thil, daß er den jungen Beamten als brauchbar erkannte. Dalwigk mit seinem beweglichen, empfänglichen Geist, seiner Vorurteilslosigkeit, seinem gewinnenden Wesen war so recht geeignet, die Rheinheſſen mit der neuen Herrschaft weiter auszusöhnen. Wie groß die wechselseitige Wertschätzung war, geht daraus hervor, daß Dalwigk 1864 zur Taufe seines Sohnes außer den nächsten Verwandten auch die fünfzig Bürgermeister des Kreises Worms zu Gevatter bat und daß er in der Festrede der in Worms verlebten Zeit als der glücklichsten seines Lebens gedachte.

Aber einem Manne wie Dalwigk konnte der doch immerhin nur kleine Wirkungskreis nicht auf die Dauer genügen; sein Ehrgeiz strebte nach Höherem. Worauf dieser zielte, zeigt eine Stelle in einem Briefe an seine Mutter aus diesen Jahren, worin es heißt: ich wollte, ich säße in Mainz! Und in der Tat konnte das Amt eines Provinzialdirektors in Rheinheſſen, das mit dem eines heſſischen Territorialkommissars in der Bundesfestung Mainz verbunden war, einen tatendurstigen und ehrgeizigen Mann wohl locken. Und diese Möglichkeit rückte plötzlich nahe, als der Provinzialdirektor v. Lichtenberg starb. Dalwigk machte auch gegenüber dem leitenden Minister du Thil kein Hehl daraus, daß er jene Stelle wünsche; und dieser entschied für Dalwigk und gegen einen nach den Dienstjahren noch näher Berechtigten, weil er in dem Kreisrat von Worms alle Eigenschaften eines tüchtigen und umsichtigen Verwaltungsbeamten gefunden hatte, die sich in der kommenden Zeit der schweren Stürme als ganz besonders nötig erweisen sollten.

Die Revolution des Jahres 1848 in Mainz [1]) war deshalb so gefährlich, weil sich aus der Anwesenheit preußischer und österreichischer Bundestruppen die weitesttragenden Konflikte zwischen Militär und Bürgerschaft einerseits, zwischen den beiden Großmächten und Heſſen andererseits ergeben konnten. Da traf es sich gut, daß Dalwigk mit entschiedenster Energie gegenüber den Revolutionären den vollendetsten Takt gegenüber dem preußischen und österreichischen Militär verband. Die Einzelheiten der Mainzer Revolution können uns hier nicht beschäftigen. Genug, daß nach wiederholten, am 21. Mai besonders heftigen Exzessen, denen 43 preußische Soldaten zum Opfer fielen, über Mainz der Belagerungszustand verhängt wurde und daß sich Dalwigk infolgedessen veranlaßt sah, seinerseits alle politischen Vereine in Mainz aufzulösen.[2]) Daran schloß sich die mit größter Energie, ohne Rücksicht auf Drohbriefe und persönliche Gefahren durchgeführte Reinigung der ganzen Provinz

[1]) Vgl. darüber: Bockenheimer, Mainz in den Jahren 1848 und 1849. (1906.)

[2]) Über alles dies vgl. Dalwigks Aufsatz in der „Allgemeinen Militärzeitung“ 1878 „Einige Bemerkungen zu den Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals der Infanterie v. Hüser“.

Rheinhessen von revolutionären Elementen, wobei ihm Truppen der preußischen Garnison in Mainz zur Verfügung standen. Diese Haltung und Tätigkeit Dalwigks ist um so anerkennenswerter in einer Zeit, wo die Regierungen, wenn sie nicht von bleicher Furcht beherrscht waren, doch nur sehr zaghaft und ängstlich aufzutreten wagten und niemand das „souveräne" Volk reizen mochte, das Dalwigk während dieser Zeit als leicht verführten Pöbel verachten gelernt hatte. Die Erlebnisse dieser Jahre hatten ihm gezeigt, daß in einer durchgreifenden Staatsgewalt das einzige Heil liege und daß das monarchische System als das der Ordnung unter allen Umständen zu schützen, wenn nicht zu stärken sei.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtete er auch die Bestrebungen des Frankfurter Parlaments, die deutsche Einheit auf der Souveränität der Nation aufzubauen. Als überzeugter Anhänger des dynastischen Prinzips konnte er jene Absichten nur verurteilen. Aber nicht nur das populäre Streben, die deutsche Einheit von unten aus herzustellen, fand seine Mißbilligung, auch das preußische der beiden folgenden Jahre, den Wind der Zeit in die eigenen Segel zu fangen.

Der Versuch, durch die Schaffung der „Union" Deutschland zu einigen, schien ihm nur ein Vorwand, um in Wahrheit ein Großpreußen zu schaffen.

Dem hessischen Staate blieb, als im Frühjahr und im Sommer 1849 preußische Truppen Sachsen, Baden und die Pfalz und damit ganz Deutschland von der revolutionären Gefahr befreit hatten, und als Österreich nur mit russischer Hilfe seine Herrschaft über Ungarn mühsam behauptete, nichts übrig, als ebenfalls der Aufforderung der preußischen Regierung zu folgen und dem von Radowitz geplanten engeren Bundesstaate, zunächst dem Dreikönigsbündnis von Preußen, Sachsen und Hannover beizutreten. Als sich aber im Lauf des Jahres 1849 und besonders 1850 immer klarer herausstellte, daß weder die größeren Mittelstaaten wirklich beitraten, noch auch Österreich diese „Union" mit ihrem Erfurter Parlament dulden wollte, daß also statt der deutschen Einheit nichts als ein Rumpfbundesstaat oder vergrößertes Preußen zu erwarten war, drängte Dalwigk, unterstützt von seinem Gönner, dem Prinzen Emil, darauf, daß Hessen-Darmstadt sich dem österreichischen Wunsche füge und den alten Bundestag wieder beschicke. Und so wurde er im Mai 1850 zum hessischen Bevollmächtigten in Frankfurt ernannt und sah es jetzt als seine dringendste Aufgabe an, die eigene Regierung endlich zu einer klaren Stellungnahme zu bewegen, damit das Land nicht völlig isoliert werde. Endlich gelang es der sogenannten „Hofpartei" oder „österreichischen" Partei, den leitenden Minister Jaup zu stürzen und Dalwigk am 30. Juni 1850 zu seinem Nachfolger im Ministerium des Innern zu machen; am 8. August folgte er dem Staatsrat Hallwachs als Direktor des Ministeriums des Äußeren.[1])

[1]) Vielleicht darf ich darauf hinweisen, daß ich darüber in einer Schrift „Hessen-Darmstadt und die deutschen Großmächte 1850" berichtet habe. (Quellen und Darstellungen zur hessischen Geschichte, Heft 5, 1919.)

Dalwigks Aufstieg zur leitenden Stellung war ein Symbol; er bedeutete die Niederlage des preußisch-kleindeutschen, den Sieg des österreichischen oder besser des großdeutschen Gedankens. Und so konnte auch erst sein Sturz den endgültigen Sieg des kleindeutschen Prinzips in Darmstadt sichern.

Man pflegt den Großdeutschen gemeinhin zum Vorwurf zu machen, daß ihr Großdeutschtum, d. h. ihr Widerwille gegen die Abtrennung Deutsch-Österreichs, nur ein idealer Schild gewesen sei, hinter dem sie ihren einzelstaatlichen Partikularismus, ihren „Souveränitätsschwindel", den Preußenhaß hätten verbergen wollen. Gewiß kann man nicht bestreiten, daß die Souveränität der Einzelstaaten in einem Bunde mit *zwei* Großmächten ungleich gesicherter war als in der societas leonina mit einer einzigen. Aber zu diesen reinen Partikularisten zählte Dalwigk nicht. Denn er war bereit, die größten Opfer für das *ganze* Deutschland zu bringen, nicht aber für Preußen; er wollte den *Bund* also soweit wie möglich stärken, nicht aber seine Einzelstaaten. Er war der — vielleicht unstaatsmännischen — Meinung, daß die Gesamtheit und Gesamtvertretung der Nation ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten so stark werden müsse und könne, daß der staatliche Oberbau über der Kulturnation auch die großen Machtstaaten Preußen und Österreich überwölbe. Er gehörte nicht zu den Männern, denen ihr Großdeutschtum nur auf der Zunge lag; klar erkannte er immer die Folgen, die ein Ausscheiden Deutsch-Österreichs aus Deutschland haben müsse. Aber deutlich sah er auch die scheinbar unlöslichen Schwierigkeiten des preußisch-deutschen Problems, der Frage, wie ein *Staat* an die Spitze Deutschlands treten und dabei den schwächeren Genossen auch nur den kleinsten Raum zum Atmen lassen könne. Er, der überhaupt die Entwicklung der beiden deutschen Großmächte, dieser „Staatsnationen" auf Kosten der einheitlichen Kulturnation beklagte, war nicht gesonnen, auch nur irgendeines der staatlichen Rechte an Preußen zu opfern — aber auch nicht an Österreich. Denn dessen Machtstreben und egoistischen Ehrgeiz kannte er seit den Tagen des Fürsten Schwarzenberg nur zu gut. Von dem alten Reichspatriotismus der Kleinstaaten des 18. Jahrhunderts, der aus dem Wunsch erwachsen war, die Großen nicht noch größer werden zu lassen, um sich selbst im losen Rahmen des Reiches die eigene Existenz zu sichern, führt zwar eine gerade Linie zu dem Großdeutschtum dieser Mittel- und Kleinstaatsminister des 19. Jahrhunderts. Aber dieses Großdeutschtum hatte jetzt doch eine wesentlich positivere Färbung als der alte Reichspatriotismus: es war erwachsen nicht nur aus der Furcht vor Preußen, sondern zugleich aus der echt deutschen Gesinnung der romantischen Zeit und der gemeinsamen deutschen Siege in den Befreiungskriegen. Da das Reich mit dem einen Kaiser nun einmal wegen des österreichisch-preußischen Dualismus nicht zu haben war, wollte man als Ersatz dafür wenigstens den Deutschen Bund mit einer wirklichen Zentralgewalt in direktorialer Form, einer Volksvertretung und einem Bundesgericht ausrüsten. Und so war es in den fünfziger Jahren und zu Anfang der sechziger das heiße Bemühen der Mittelstaaten, den Deutschen Bund zu reformieren,

ihm größere Machtfülle zu verleihen und ihn als europäische Macht zur Geltung und Anerkennung zu bringen, entweder neben Österreich und Preußen als „drittes" Deutschland oder gar über den beiden Großmächten. Mit diesen Worten ist das — wegen der Eifersüchtelei der Mittelstaaten untereinander vergeblich gebliebene — Streben Dalwigks in der deutschen Frage bis 1866 gekennzeichnet.

Damit ist zugleich seine Stellung zu Österreich und Preußen gegeben. Mit welcher Erbitterung er die Tätigkeit Preußens verfolgte, am Bundestage nichts zustande kommen zu lassen, jede Reform, jeden Schritt zur weiteren Einheit zu hindern und zu hemmen, davon geben seine Briefe und später seine Tagebuchaufzeichnungen fortgesetzt Kunde. Aus diesem Grunde zog ihn seine Sympathie zu Österreich, der alten Kaisermacht, die zwar nicht aus deutschem Idealismus, sondern ebenfalls aus reinstem Machtinteresse ihrer Ausschließung aus Deutschland und jeder Erhöhung Preußens widerstrebte.

Wenn die fünfziger Jahre, die Zeiten der Reaktion, diesen Gegensatz zu Preußen bis auf einige Zwischenfälle noch nicht scharf hervortreten ließen, so glaubte Dalwigk seit der großen Krisis von 1859 über die wahren egoistischen Absichten Preußens keinen Augenblick mehr im Zweifel sein zu können. Je heftiger er jetzt, in der Hoffnung auf Erwerb von Elsaß und Lothringen, und weil er in der Schwächung einer Bundesmacht die des gesamten Deutschlands erblickte, den Krieg gegen Frankreich predigte, desto erbitterter mußte seine Stimmung gegen Preußen werden, welches, so ließ er sich nicht ausreden, in egoistischer Bosheit und perfidem Undeutschtum Österreich schmählichst im Stich gelassen habe. Man kann sagen, daß das Jahr 1859 wie für viele Deutsche, auch in Dalwigks Leben Epoche gemacht habe, insofern er den zu bekämpfenden Gegner jetzt offener als jemals in Preußen sah.

Diese Gegnerschaft verstärkte sich noch erheblich seit der Begründung des „Nationalvereins", dem zahlreiche alte Erbkaiserliche von 1848 angehörten und der das hohenzollernsche Kaisertum, den Ausschluß Österreichs und womöglich den deutschen Einheitsstaat verlangte. Um dieser Bewegung entgegenzuarbeiten, ging Dalwigk im eigenen Lande mit größter Strenge vor, um den noch glimmenden Funken zu ersticken, ehe er zum verzehrenden Brande wurde. Es begann sein verzweifelter, ungleicher Kampf gegen ein Großpreußen, gegen die Teilung Deutschlands, wie er es verstand.

In diesem Momente beginnen die Tagebücher.

Sie führen uns über den schließlich aufgegebenen Kampf gegen den Nationalverein zu den Reformbestrebungen der Mittelstaaten und zeigen uns Dalwigks lebhafteste Teilnahme daran. Wir erleben das Aufflackern der Hoffnungen beim Frankfurter Fürstentag, der bereits unter dem auftauchenden Schatten einer Riesengestalt tagte, Bismarcks. Das Zwischenspiel der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, wobei Dalwigk für kurze Zeit die Sympathien der Nation genoß, weil er sich so entschieden für das Recht einsetzte, d. h. für die Thronfolge des Augustenburgers, schien endlich die Bestrebungen der Mittelstaaten,

den Bund als selbständige europäische Macht anerkannt zu sehen, zu verwirklichen. Herr v. Beust vertrat ihn 1864 auf der Londoner Konferenz. Doch zu deutlich erkannte Dalwigk die Gefährlichkeit der Bismarckschen Politik, als daß er jetzt befreiten Herzens an eine ungestörte Zukunft des Bundes hätte glauben können.

Aber wenn er trotzdem nicht zaghaft in den Krieg ging, sondern mit vollem Vertrauen auf den Sieg des Rechtes, dessen Sache nach seiner Meinung Österreich und die deutschen Staaten gegen einen bundes- und vertragsbrüchigen Genossen zu führen hatten, so lag der Grund darin, daß er nicht nur die österreichisch-deutsche Koalition für stark genug hielt, den Preußen zu widerstehen, sondern daß er auch Grund zu haben glaubte, auf die Kraft seines Landes zu vertrauen.

Ein kurzer Rückblick auf Dalwigks Verwaltung kann uns zeigen, daß er ein Recht zu dieser Auffassung hatte.

Als Dalwigk im Sommer 1850 das Ministerium des Innern übernahm, litt das Land aufs schwerste unter den Folgen eines radikal-demokratischen Wahlgesetzes. „Das Großherzogtum Hessen," so schildert Dalwigk die Zustände in einem Brief an den preußischen Kriegsminister v. Stockhausen vom 10. August 1850, „früher ein wohlverwaltetes und relativ glückliches Land, wurde unter dem Ministerium Gagerns und seiner Nachfolger das Laboratorium für alle heillosen gothaischen Experimente, welche die Stubenweisheit doktrinärer Professoren und liberaler Halbrevolutionäre mit unserem armen Deutschland angestellt hat. Die zügellose Preßfreiheit, ein unbeschränktes Recht zur Bildung revolutionärer Klubs, ein Geschworenengesetz, welches die Kompetenz der Jury in das Maßlose erweitert und die Zusammensetzung der Geschworenenliste den vom „Volk" gewählten Bezirksräten überläßt, also den ärgsten Revolutionärs im ganzen Lande, eine Organisation der oberen Verwaltungs- und Polizeibehörden, welche diese letzten zu bloßen Aktenfabrikanten ohne selbständige Tätigkeit und Kraft herabwürdigt, sind die Hinterlassenschaften Gagerns und seiner gleichzeitig mit ihm ins Ministerium berufenen Freunde; und um diesen Zustand zu verewigen, hat der jüngst abgetretene Minister Jaup uns noch zu Ende des Jahres 1849 mit dem allgemeinen Stimmrecht beschenkt, und infolge davon mit Kammern, die fast nur aus Juden, abgesetzten Schulmeistern, bankrotten Kaufleuten und verdorbenen Advokaten und nichtswürdigen Zeitungsschreibern bestehen und mehr als scharlachrot sind." —

Selbstverständlich, daß ein Mann wie Dalwigk, der wegen seiner in Mainz und Rheinhessen bewährten unerschütterlichen Energie der bestgehaßte Mann in der hessischen Demokratie war, keinen Tag mit dieser Kammer auskommen konnte und daß er einen alten Plan jetzt ausführte; komme er zur Macht, hatte er nämlich zu Ende 1849 geäußert, werde er mit der Demokratie auf Tod und Leben kämpfen. Die verblendete Opposition der Kammer, die sich im September 1850 zur Steuerverweigerung hinreißen ließ, bot Dalwigk die

erwünschte Handhabe zum Einschreiten. Anfang Oktober erfolgte eine Reihe von landesherrlichen Verordnungen, durch die zunächst die Kammer aufgelöst und ein besonderes Wahlgesetz zu einem neuen Landtag oktroyiert wurde, dann folgte die Aufhebung der Preßfreiheit und eine Reihe ähnlicher Maßnahmen, durch die der Revolution endgültig die Macht genommen wurde, sich wieder zu erheben. Mit Hilfe des neuen Landtages gelang es dann, das frühere vorrevolutionäre Wahlgesetz im wesentlichen wieder herzustellen. Als nächste Maßregel erfolgte dann die Reorganisation der Verwaltung,[1]) d. h. zuerst die Wiedereinsetzung der alten Kreisämter, die 1848 zugunsten schwerfälliger Kollegialbehörden aufgehoben waren. Zu dieser sehr populären Maßregel gesellte Dalwigk nach kurzer Zeit das Institut der gewählten Bezirksräte, die dazu bestimmt waren, den Kreisrat zu unterstützen und die Bevölkerung auf dem Wege der Selbstverwaltung zu den Staatsaufgaben heranzuziehen.

Hat das Ministerium Dalwigk — der Ministerpräsident hatte sein ganzes Leben eine überaus glückliche Hand in der Wahl seiner Mitarbeiter — sich hierdurch große Verdienste um das Land erworben, so ist der Name Dalwigks für alle Zeit mit der Förderung des inneren Verkehrs durch Straßen- und vor allem Eisenbahnbauten verknüpft. Auf diesem Gebiete hat er selbst das meiste getan durch Anregung und Förderung. War die Haltung der Bevölkerung anfangs auch oft mißtrauisch gegen die Eisenbahnen, so erkannte sie später doch voll Dankbarkeit an, daß Dalwigk, so viel in seinen Kräften stand, sein Wort wahr gemacht habe, daß er die Einigung Deutschlands durch „Wasser und Eisen" herzustellen sich bemühe, durch Förderung der Flußschiffahrt, der Eisenbahn- und Brückenbauten, die die Landesgrenzen überschreiten und die getrennten Teile im Zeichen des Verkehrs verbinden.

Damit Hand in Hand ging eine sparsame Finanzverwaltung unter dem Finanzminister Freiherrn v. Schenk zu Schweinsberg. Als der Krieg von 1866 ausbrach, war das Land so gut wie schuldenfrei und konnte später mühelos die Kriegsentschädigung von drei Millionen Gulden aufbringen. Kurz, rechnet man zu diesen gesunden inneren Zuständen noch die Zufriedenheit des katholischen Volksteils, der durch die später von liberaler Seite so heftig geschmähte Konvention Dalwigks mit dem Bischof von Mainz (1854) sich gesichert fühlte, und nimmt man noch dazu die schlagfertige kleine Armee, in der noch der Loskauf und die Stellvertretung gestattet war, die aber bei der Niederwerfung des pfälzischen Aufstandes im Jahre 1849 Vortreffliches geleistet hatte, so versteht man das hohe Vertrauen auf die eigene Kraft, das Dalwigk zu Beginn des Bruderkrieges von 1866 beseelte.

Es lag, wenn man so will, noch ein Abglanz des ancien régime auf dem Großherzogtum, ein Schimmer vom aufgeklärten, jeden Zweig des Staats- und Wirtschaftsleben fördernden Absolutismus der obersten Behörden, wie ja auch der Leiter des Ganzen — nicht der Großherzog Ludwig III., der froh

[1]) Über dies und das Folgende siehe: Erinnerungsblätter an Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels. Von einem alten Diplomaten (Arnold v. Biegeleben) 1881.

war, in seinem Ministerpräsidenten einen vortrefflichen Diener und wahren Freund zu besitzen und ihn frei gewähren ließ, sondern Dalwigk — ein echter Kavalier der alten Schule war. Er und sein Staat sahen sich nun plötzlich in einen Wirbel der Massenleidenschaft, der großen europäischen Politik, des Krieges der allgemeinen Wehrpflicht hineingerissen, gewaltiger Mächte, die der dämonische Mann am preußischen Steuerruder entfesselte.

Dalwigks Stellung war in den Jahren 1866—1870 deshalb so schwer, weil er wohl seines Herrn und weiter Kreise sicher war, aber die gewaltige wirtschaftlich-nationale, auf geographischen sowohl wie kulturellen Gründen beruhende Unterströmung nicht verkennen konnte, die im Volke vielfach auf den Anschluß an Preußen hindrängte. Der Zollverein und die Erinnerung an die Union, die seinerzeit nicht wenige Anhänger im Lande gehabt hatte, waren ebenso lebendige Mächte, wie das Großdeutschtum und der hessische Eigenwille.

Das Tagebuch schildert uns gerade im Jahre 1866 aufs Eingehendste die innere und äußere Bewegung in Dalwigk und im Lande. Es war für ihn die schmerzlichste Erfahrung, daß das „Recht" nicht siegte, wie er es verstand. Die Teilung Deutschlands in drei Gruppen — Nordbund, Österreich, süddeutsche Staaten — mit ihrem Gefolge von Haß und Erbitterung, die drohende Gefahr der „Mediatisierung", das eifrige Werben um Österreich, Frankreich und Rußland bilden den Inhalt der folgenden Jahre, in denen Hessen in einer unglückseligen Halbheit, mit Oberhessen im Nordbund, mit den beiden übrigen Provinzen international unabhängig, kaum eine eigene Politik mehr führen konnte.[1]) Es blieb, um die erhoffte Wendung herbeiführen zu helfen, nichts übrig, als die persönlichen Beziehungen noch intensiver zu gestalten, die Dalwigk einmal mit den Herrschern und Ministern der fremden Großmächte, andererseits mit seinen Gesandten verbanden.

Da es das klare Programm Dalwigks war, daß in den als unausweichlich erkannten preußisch-französischen Krieg Österreich eingreifen und seine alte Stellung in Deutschland zurückgewinnen sollte, war der wichtigste Gesandtenposten Hessens der Wiener. Hier hatte Dalwigk an Heinrich v. Gagern einen ausgezeichneten, verständnisvollen und willigen Helfer. Unter den Eindrücken des enttäuschenden Jahres 1859 hatte sich Gagern entschieden zum großdeutschen Programm bekehrt; und so hatte er bereitwilligst den Vorschlag Dalwigks, als hessischer Gesandter nach Wien zu gehen, Ende 1863 angenommen. Der scharfe Blick, den Dalwigk für die Mitarbeiter bei seiner inneren Politik bewiesen hatte, zeigte sich auch hier. Gagern, dessen Bruder

[1]) Über Hessens Politik in dieser Epoche haben eingehend, zum Teil jedoch sehr einseitig geschrieben: Ernst Götz: „Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage", Straßb. Diss. 1914, und Ernst Vogt: „Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung", 1914. Histor. Bibl. 34. Vogt kommt auf Grund besseren Materials der Wahrheit viel näher als Götz. Diehl hat über Dalwigk kurz in der Allg. D. Biographie berichtet. Aus eigener Kenntnis der Persönlichkeit hat der Verfasser der oben genannten Schrift, A. v. Biegeleben, geschöpft.

Max im Wiener Ministerium des Äußern saß, der in dem aus Darmstadt stammenden Ludwig v. Biegeleben, dem berühmten Referenten für deutsche Angelegenheiten, eine Quelle ersten Ranges besaß, der bei Beust, dem alten Kampfgenossen und Freunde Dalwigks, eine bevorzugte Stellung einnahm, war für den hessischen Ministerpräsidenten eine unschätzbare Kraft. Dalwigk, Gagern und Beust bilden in diesen schicksalsschweren Jahren in ihren Briefen und Berichten ein Trio von sehr interessanter und wichtiger Art.

Ein ebenso ausgezeichneter Gesandter wie Gagern in Wien war Karl Hofmann in Berlin. Er war nicht nur ein treuer Hesse, sondern wuchs auch unter dem Eindruck von Bismarcks gewaltiger Persönlichkeit und kühner Politik immer mehr in das Bewußtsein des preußisch-deutschen Reiches hinein und bildete so einen vortrefflichen Vertreter Hessens. Da Hessen mit einer Provinz im Norddeutschen Bunde war, konnte Dalwigk nichts mehr wünschen, als einen Mann in Berlin zu haben, der die Bundesgenossenschaft mit Preußen aus eigener Überzeugung verfocht. Je preußischer Hofmann wurde, desto ungestörter konnte er seine persönliche österreichisch-französische Politik treiben. Da auch der Pariser Gesandte, Graf Enzenberg, der frühere Adjutant des Erzherzogs Albrecht, sich offenbar dem preußischen Interesse zuwandte, mußte Dalwigk das Hauptgewicht auf seine eigenen Beziehungen zur französischen Gesandtschaft in Darmstadt legen; und hier hat er sich mit gewohnter Offenheit und ohne irgend welche Vorsicht so weit und oft über Preußen ausgelassen, daß Bismarck später nicht lange nach einem Vorwande zu suchen brauchte, um ihn wegen seiner Preußenfeindschaft zu stürzen.

An dieser Stelle müssen wir uns wieder und wieder Dalwigks durch die Erfahrungen von 1866 geschaffene Grundüberzeugungen klarmachen: daß Preußen, der Nordbund und Deutschland sich keineswegs deckten und daß man gerade aus überzeugtem deutschem Gefühl darnach streben müsse, diese Eroberung weiter Teile Deutschlands durch Preußen rückgängig zu machen, daß ein preußisch-französischer Krieg, sofern Frankreich nicht das linke Rheinufer verlange, das übrige Deutschland — anders als 1859 — nichts angehe, daß man vielmehr danach streben müsse, gerade im Interesse des wirklichen ganzen Deutschland, diesen Krieg zu entfesseln, um Österreich Gelegenheit zu geben, seine alte Stellung zurückzugewinnen. Dalwigk stand mit solchen Ansichten nicht allein; Heinrich v. Gagern und mit ihm viele andere teilten diese Ansichten und suchten ein Netz gegen Preußen zusammenzuknüpfen.

Diese Verhandlungen, Besprechungen, Botschaften, Zusammenkünfte, die um so schwieriger zu bewerkstelligen waren, je aufmerksamer die Preußen Wache hielten und je stärker ihre Machtstellung in Darmstadt und den Südstaaten auf Grund der Militärkonventionen wurde, geben der hessischen Politik dieser Jahre eine dunkle Färbung. Dazu befürwortete der Berliner Gesandte Hofmann, der über die wahren Absichten und Handlungen seines Chefs nur ungenügend unterrichtet wurde, immer offener die Politik des Anschlusses an Preußen. Und so spitzte sich seit 1867 die ganze Politik auf

die Frage nach dem Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund zu.

Die Tagebücher dieser Zeit lassen in voller Schärfe den Gegensatz der zwei das Land spaltenden Richtungen, der preußischen und der großdeutschen, erkennen. Der Kampf wurde noch dadurch verschärft, daß beide Richtungen in eigenwilligen und selbstbewußten Persönlichkeiten ihre Vertreter hatten: im Prinzen Ludwig die eine, in Dalwigk die andere.

Es hat einen eigenen Reiz, das Aufeinanderprallen zweier Zeiten, zweier Weltanschauungen, des Alten und des Neuen, im Kampf zweier einzelner Männer zu verfolgen. Vielleicht macht die Darstellung dieses Gegensatzes den größten Reiz der späteren Tagebücher aus. Es überkommt uns bisweilen fast das Gefühl der Tragik, wenn wir die beiden deutschen Richtungen sich so erbittert bekämpfen sehen. Wir sind schon weit genug von ihnen entfernt, um gerecht, noch nahe genug, um erregt zu sein und in uns selbst das Anklingen verschiedener Saiten zu verspüren. Die deutsche Geschichte der Reichsgründungszeit spiegelt sich hier im Kleinen mit Recht und Unrecht auf jeder Seite.

Vergleicht man die Tagebücher dieser letzten Jahre mit den früheren, so wird uns klar, daß Dalwigk immer mehr ein Programm wurde, je inniger er die Beziehungen zu den europäischen Kabinetten knüpfte, je mehr er, um mit der Fürstin Pauline Metternich zu reden, sich eine europäische Stellung erwarb. Dem Schwager seines Großherzogs, Kaiser Alexander II. von Rußland, und seinem Kanzler Gortschakow, dem Kaiser Napoleon und der Kaiserin Eugenie samt dem General Ducrot und anderen Würdenträgern, dem Kaiser Franz Joseph, Erzherzog Albrecht und Beust, besonders dem Prinzen Alexander von Hessen, dem österreichischen Feldzeugmeister und Lieblingsbruder der Zarin, allen trat er nahe, alle suchte er für seine Zwecke, die hessischen und die großdeutschen, zu benutzen. Bis er dann, nachdem er die Versailler Verträge über die Reichsgründung noch unterschrieben hatte, von seinem großen Gegner gestürzt wurde.

Die Tagebücher über seine Entlassung, die auf Bismarcks persönliches Eingreifen erfolgte, lösen neben dem Gefühl des Bedauerns für den alten Großherzog und seinen treuesten Diener doch auch die Erkenntnis aus, daß mit Dalwigks Entlassung eine Epoche der deutschen Geschichte zu Ende ging.

Die Ereignisse hatten Bismarck und den Kleindeutschen Recht gegeben. Die ungeheure staatliche Erziehungsarbeit der preußischen Könige am deutschen Volk fand ihren Lohn in der Gewinnung der deutschen Kaiserkrone, in dem Aufbau des preußisch-deutschen Reiches.

Von seiner Überzeugung aber ließ sich Dalwigk dadurch, daß der Erfolg auf seiten der Gegner war, auch nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst nicht abbringen. Was er für das junge Deutsche Reich wünschte und fürchtete, zeigen die Verse, die er am 12. November 1871 in das Stammbuch des Nürnberger Germanischen Museums schrieb:

„Du hast geblutet und gerungen,
Mein deutsches Volk, für Land und Herd;
Nun, da der fremde Feind bezwungen,
Sei innenwärts dein Blick gekehrt.
Befrage dich, willst du dich wahren,
Daß Recht sich beuge der Gewalt
Und stürze, was seit tausend Jahren
Als rühmlich dir und heilig galt?
Willst du der Stämme alte Reinheit,
Der Bildung Hort, der Freiheit Gut
Vertauschen mit dem Reich der Einheit,
Das in der Zukunft Schoße ruht?
Willst du, daß freudig man vertraue
Dem Kaiser, was des Kaisers Recht,
Doch nicht, daß je in deutschem Gaue
Ein Land sei eines andern Knecht?
Willst keinen du, der machtgeblendet
Stets ja zu sagen ist bereit?
Willst du, daß der, den du gesendet,
Ein Nein auch hat zur rechten Zeit?
Und siehst du, was du willst, mit Klarheit,
Und folgt die Tat dem Willen gleich,
Dann schaffst, mein Volk, du erst in Wahrheit
Ein echtes deutsches Bundesreich!"

Es ist natürlich, daß Dalwigk die Politik des ersten Jahrzehnts des Reiches, das ihm noch zu erleben bestimmt war, ohne innere Billigung betrachtete. Weder konnte die sich schon ankündigende Umwandlung des „echten deutschen Bundesreichs" in den immer einheitlicher werdenden deutschen Staat unter der Herrschaft der einst von ihm bekämpften Nationalliberalen, noch auch der Kulturkampf ihm zusagen, ihm, der einst jene Konvention mit dem Bischof von Mainz geschlossen hatte. Wohl erlebte er noch den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879; aber konnte er diesen völkerrechtlichen Bund als Ersatz für die uralten staatlichen Bande betrachten, die Deutsch-Österreich mit der Gesamtnation verknüpft hatten und ohne die es die Beute der Slawen und Madjaren wurde?

Wer aber wollte im neuen preußisch-deutschen Reiche von solchen Bedenken, solchen überwundenen Ideen hören? Zwar wurde Dalwigk noch die Genugtuung, daß ihm seine alten erbitterten Gegner von einst, Prinz Ludwig und Prinzessin Alice, später seinen Kampf nicht nachtrugen, sondern in ihm den alten treuen Diener des hessischen Thrones würdigten. Aber dem Gedächtnis der schnellebigen Zeitgenossen war er schon längst entschwunden, als er nach zweijährigem schwerem Leiden am 28. September 1880 entschlief und wenige Tage später auf dem Familiengute Campf im Fürstentum Waldeck beigesetzt wurde.

Damit genug unserer Betrachtung! Daß die Tagebücher Dalwigks in unserer Zeit, wo das preußisch-deutsche und das österreichisch-großdeutsche

Problem so brennend wie je sind, für die Geschichte der deutschen Einheitsbewegung und für die Erkenntnis des deutschen Verfassungsproblems Belehrung spenden möchten, ist der Wunsch des Herausgebers. Besonders ist es seine Hoffnung, daß die Deutschen, die im Gegensatz zu anderen Völkern die gerade Linie ihrer geschichtlichen Entwicklung in all dem Widerspruchsvollen und Unfertigen vermissen, doch auch gerade aus dem Gegensatz von Kleindeutsch und Großdeutsch und seiner endlichen Versöhnung den Glauben schöpfen, daß auch unser Volk, trotz aller Rückschläge, langsam aber sicher aus dem Dunkeln ins Helle strebt.

Und nun mögen die Tagebücher für sich selbst sprechen und zeigen, wie Dalwigk gerade in den kritischsten Jahren gedacht und gehandelt hat!

Tagebuch 1860.

30. August.

Nach der Kirche um $2^1/_2$ Uhr fuhr ich auf den Bahnhof, um den sächsischen Minister v. Beust[1]) abzuholen, der bei mir abstieg. Abends war ich mit Minister v. Beust allein. Wir besprachen die österreichischen Zustände. Herr v. Beust kam von Wien und ließ mich seinen vertraulichen Bericht an den König von Sachsen lesen. Er klagte über das Gehenlassen der österreichischen Minister, über ihren Mangel an Initiative. Sie erwarteten die Vorschläge des Reichsrats, während sie selbst das Reich befriedigend organisieren sollten, was gar nicht so schwer sei. Vom Reichsrat sei um so weniger viel zu erwarten, als derselbe ernannt und nicht erwählt sei. Herr v. Beust hat dem Grafen Rechberg,[2]) welcher ihm sagte, daß noch immer die Bestrebungen der Mittelstaaten Österreichs volle Zustimmung hätten, bemerkt, daß damit noch wenig geschehen sei, sondern daß Österreich dann auch handeln müsse. Graf Rechberg ist nur Diplomat und kein Administrator. Er wird seine große Aufgabe schwerlich erledigen. Von München ist Herr v. Beust schlecht befriedigt.

Herr v. Beust hat in Heidelberg den bekannten Julius Fröbel[3]) besucht, um demselben einige staatsmännische Direktiven zu geben.

31. August.

Am 31. August teilte mir Herr v. Beust eine interessante Korrespondenz zwischen dem Herzog von Koburg[4]) und dem König von Sachsen[5]) über den Nationalverein mit.

---

[1]) Friedrich Ferdinand Graf v. Beust, 1809—1886. Seit 1841 im diplomatischen Dienst des Königreichs Sachsen. 1849—1866 Minister des Auswärtigen in Dresden. 1866—1871 österreichisch-ungarischer Minister des Äußern; 1871—1882 österreichisch-ungarischer Botschafter in London und Paris.

[2]) Johann Bernhard Graf zu Rechberg und Rothenlöwen, 1806—1899. 1848 österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Zentralgewalt in Frankfurt, 1855 bis 1859 österreichischer Bundespräsidialgesandter, 1859—1864 österreichischer Minister des Auswärtigen.

[3]) Julius Fröbel, 1805—1893. Als radikaler Demokrat 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments, von Windischgrätz in Wien begnadigt, als er erschossen werden sollte; lebte lange in Amerika und war nach seiner Rückkehr ein eifriger Förderer der großdeutschen Sache. Nach vorübergehender Stellung im Dienste der österreichischen Regierung war er später im Dienst des Deutschen Reiches.

[4]) Herzog Ernst von Koburg, 1818—1893; bekannter Förderer der kleindeutschen Lösung, die der 1859 begründete „Nationalverein" erstrebte.

[5]) König Johann von Sachsen, 1801—1873, seit 1854 König.

Wir verständigten uns, daß es wünschenswert sei, Abgeordnete der verschiedenen deutschen Kammern zu einem deutschen Parlamente in Frankfurt zusammentreten zu lassen. Abends Rückfahrt nach Frankfurt, wo wir uns trennten.

26. September.

Morgens 9½ Uhr Fahrt nach Frankfurt zum Besuche bei Baron Kübeck.[1]) Ich ging um 11½ hin. Er kam nach einer Viertelstunde und wir besprachen ausführlich die Reorganisation von Österreich. Ich entwickelte meine Ansichten. Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung, jedoch Ernennung der Bürgermeister durch die Regierung. Über den Gemeinden Bezirksräte neben den Bezirksbehörden. Die Bezirksräte sollen in jedem Kreise von 100 000 bis 150 000 Seelen aus den Gemeinderäten ernannt werden und selbst wieder die Provinziallandtage für die einzelnen Kronländer beschicken. Die Provinzialstände sollen zu dem Reichstag ernennen, der Kaiser behält die Ernennung der Beamten und Offiziere, die Leitung und Verwendung des Heeres, die Diplomatie unbeschränkt. In den Finanzen und der Gesetzgebung ist er an die Mitwirkung der Reichsstände gebunden. Ungarn darf nicht mehr provinzielle Vorrechte erhalten als die übrigen Kronländer. Zwei Kammern sind besser als eine einzige Ständekammer.

Ein Reichsrat mit bloß konsultativer Stimme ist vollkommen verwerflich, einmal weil ein solcher Reichsrat neben stark berechtigten Provinzialständen nicht imstande ist, den Verfall der Monarchie zu hindern, sodann weil ein bloß konsultativer Reichsrat niemals den ganz zerstörten Kredit der Monarchie wieder herstellen wird. Kübeck bat mich, mit ihm über dieses Kapitel weiter zu reden, und ich versprach ihm, am Freitag bei ihm zu dinieren.

22. Oktober.

Die neuen österreichischen Verfassungsedikte[2]) erschienen. Die Berliner Diplomatie lobt sie. Ich bin nicht erbaut. Aus einem reichseinheitlichen Wasserkopf macht man einen fünfköpfigen Siamesen. Den Abend höre ich, daß die Fonds gefallen seien. Der Großherzog von Baden[3]) hat dem Vernehmen nach Heinrich v. Gagern[4]) kommen lassen, um ihn über die Zustände seines Landes zu konsultieren. Schlechtes Zeichen. Crève[5]) will von Direktor

[1]) Aloys Freiherr v. Kübeck, 1819—1873. 1859—1866 österreichischer Bundespräsidialgesandter in Frankfurt, später österreichischer Botschafter beim päpstlichen Stuhl.

[2]) Das sogenannte „Oktoberdiplom", das einen föderalistischen Grundzug hatte.

[3]) Friedrich I., 1826—1907. Schwiegersohn König Wilhelms I. von Preußen.

[4]) Heinrich v. Gagern, 1799—1880. 1829 Regierungsrat, 1832 Abgeordneter zum hessischen Landtag in Darmstadt, dann Landwirt. März 1848 Minister in Darmstadt, dann Abgeordneter und Präsident der Deutschen Nationalversammlung und Reichsminister, als welcher er für die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage eintrat. Seit dem Anfang der sechziger Jahre wurde er Großdeutscher und war 1864—1871 großherzoglich hessischer Gesandter in Wien.

[5]) Dr. Damian Crève, 1809—1886; Geh. Rat, Ministerialrat im Justizministerium, lebenslängliches Mitglied der Ersten Kammer der Stände, Mitglied des Staatsrats.

Geist[1]) gehört haben, daß die Nationalvereinler alles aufbieten werden, um mich aus dem Wege zu schaffen. Wir wollen sehen.

23. Oktober.

Am 23. Oktober morgens 9½ Uhr Audienz bei dem Großherzog,[2]) mit dem ich von Metz[3]) und dem Nationalverein sprach.

6. November.

Morgens Sitzung. Ich monierte vor der Plenarsitzung Lindelof[9]) um ein kräftigeres Einschreiten der Justiz gegen den Nationalverein.

16. Dezember.

Nachmittags Diner bei Hofe mit Herrn und Frau v. Marschall[4]) und Herrn Zarco del Valle.[5]) Frau v. Marschall, neben der ich saß, klagte lebhaft über die badischen Zustände und beglückwünschte mich über das, was hier geschehen sei. Prinz Adalbert von Bayern,[6]) der auf ihrer anderen Seite saß, stimmte ein. Ich sprach meine Ansichten über die drohenden Gefahren und die Schwäche der Fürsten unverhohlen aus. Nach dem Diner ersuchte mich die Großherzogin,[7]) ihr meine Ansichten über das, was in so ernster Zeit zur Erhaltung nötig sei, aufzuzeichnen, damit sie meine Notizen dem Könige von Bayern[8]) vorlegen könne.

22. Dezember.

Diner bei dem französischen Gesandten Grafen Fénelon zu Frankfurt. — Herr v. Usedom[10]) sagte mir nach dem Diner ironisch: Nun, Sie lassen ihr

---

[1]) Dr. Eduard Geist, Direktor am Gymnasium zu Gießen.

[2]) Ludwig III. Großherzog von Hessen, 1803—1877. Vermählt 1833, regierte seit 1848.

[3]) August Metz, 1818—1874. Hofgerichtsadvokat und eifriges Mitglied des Nationalvereins.

[4]) August Freiherr Marschall v. Bieberstein, Gesandter Badens am Bundestag und am Hofe von Darmstadt.

[5]) Don Mariana Remon Zarco del Valle, spanischer Legationssekretär in Darmstadt.

[6]) Prinz Adalbert von Bayern, 1828—1875, Sohn Ludwigs I., Gemahl der Infantin Amalie von Spanien.

[7]) Mathilde, Großherzogin von Hessen, 1813-1862, Tochter Ludwigs I. von Bayern.

[8]) Maximilian II. Joseph, König von Bayern, 1811—1864, Sohn Ludwigs I. König seit 1848, entschiedener Anhänger der deutschen Triaspolitik, die das Ziel hatte, die deutschen Mittelstaaten neben den beiden Großmächten als dritte Gruppe zusammenzufassen.

[9]) Friedrich Freiherr v. Lindelof, 1794—1882. 1823 ordentlicher Professor der Rechte in Gießen, 1853 Präsident des Justizministeriums, 1858 hessischer Justizminister, 1860 Präsident des Staatsrats, 1871/72 Minister des Auswärtigen und des Großherzoglichen Hauses.

[10]) Karl Georg Ludwig Guido Graf v. Usedom, 1805—1884. 1846 preußischer Gesandter in Rom, 1848 am Bundestag, 1851—1854 Gesandter in Rom, 1858—1863

halbes Land einsperren? Ich antwortete: Gottlob haben wir noch ehrliche Leute genug, um die Hundsfötter einzustecken.

24. Dezember.

Ich dinierte im Schloß. Der Großherzog ließ mich vor der Tafel in sein Kabinett rufen, um mit mir über den Nationalverein zu reden, auf den er sehr erbittert ist. Die Großherzogin sprach mir desgleichen sehr heftig gegen diese Bestrebung und forderte mich auf, energisch zu sein.

---

als Nachfolger Bismarcks preußischer Bundestagsgesandter, 1863—1869 Gesandter am Hofe des Königs von Italien, Verfasser der berühmten „Stoß-ins-Herz-Depesche" 1866.

Anlagen 1860.

1.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 22. Oktober.

Dank dem schleppenden Gerichtsgange in den diesseitigen Provinzen geht die gegen den Metz wegen hervorragender Beteiligung am Nationalverein[2]) eingeleitete Untersuchung nicht zu Ende, während diesem gefährlichen Manne von dem Justizministerium drei Akzessisten zugeteilt sind, die für ihn arbeiten, solange er in Koburg und Oberrad revolutionäre Geschäfte macht. Auffallend ist es, wie genau mitunter Adv. Metz von dem Inhalt der gegen ihn erlassenen Verfügungen unterrichtet ist.

Nachträglich bemerke ich ehrfurchtsvollst, daß gegen die Offenbacher Unterzeichner der Oberrader Liste die erforderliche Untersuchung eingeleitet werden wird. Ich hoffe, daß es demnächst gelingen wird, die geheimen Korrespondenzen des Adv. Metz und seiner Gesinnungsgenossen mit Beschlag zu belegen.

Bemerkung des Großherzogs.

22. Oktober 1860.

Ich autorisiere Sie, Lindelof hierüber zu verständigen und ihm s. v. Feuer unter seinen langweiligen Juristenschwanz zu machen, schnelle Justiz, gute Justiz.

2.

Dalwigk an den Großherzog.[3])

Darmstadt, 26. November.

Es dürfte für Eure Königliche Hoheit nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß die Untersuchung gegen die 109 Offenbacher, welche dem Nationalverein beigetreten sind, geschlossen ist, und daß das Urteil in der Kürze gesprochen werden wird. Sämtliche Inkulpaten haben unbedingt gestanden.

---

[1]) Im Dalwigk-Archiv (D.-A.).

[2]) Dalwigk führte einen erbitterten Kampf gegen den — kleindeutschen — Nationalverein. Eine Handhabe bot ihm eine Bestimmung der Verfassung Hessens, wonach die Tätigkeit und Mitgliedschaft des Vereins als gegen die Sicherheit des Staates verstoßend betrachtet werden konnte.

[3]) D.-A.

Wie ich nun aus verlässiger Quelle, nämlich durch den Regierungsrat v. Willich,[1]) der in Offenbach noch vielfach gute Beziehungen unterhält, erfahren habe, sind die beteiligten Individuen sehr niedergeschlagen. Adv. Metz, der Anstifter der ganzen Sache, hatte den Leuten weisgemacht:

1. Ihr ernsthafter Eintritt in den sogenannten Nationalverein würde in ganz Deutschland Nachahmung finden, und es würde eben keine Regierung einer solchen Erhebung gegenüber mehr den Mut besitzen, einzugreifen oder gar gerichtliche Verfolgungen eintreten zu lassen.

In einem Protest, den Adv. Metz für einen Offenbacher Interessenten geführt hatte und in welchem es sich von einer Beitreibung in Amerika handelte, die aber von den Beteiligten nicht in Anregung gebracht wurde, vielleicht weil Adv. Metz es unter seiner Würde hält, die Intervention des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und des Äußeren anzurufen, konnte die Forderung nicht realisiert werden. Davon nahm Adv. Metz Veranlassung, den Offenbachern die Ansicht beizubringen, daß, wenn Deutschland ein großes Reich, mit Preußen an der Spitze, sei, die Beitreibung solcher Forderungen in überseeischen Ländern ein leichtes sein würde, während die Großherzoglich Hessische Regierung nichts vermöge.

Daneben herrscht nun, wie ich aber alleruntertänigst bemerkt habe, in Offenbach große Enttäuschung und Niedergeschlagenheit, weil die Metzischen Voraussagungen nicht eingetroffen sind, und weil die Regierung Eurer Königlichen Hoheit mit fester Hand eingegriffen hat. — Kaufmann Pirazzi und Metz werden in den nächsten Tagen ihre Gefängnisstrafe absitzen. Möglich ist, daß ein paar Gesinnungsgenossen diesen beiden Aufwieglern Demonstrationen an dem Gefängnisse in Offenbach und Darmstadt versuchen. — Ein solcher Versuch würde ja ebenfalls eine derbe Lektion zur Folge haben.

Randbemerkung des Großherzogs.

Mit Gottes Hilfe werden wir dieser künstlich hervorgerufenen Revolutionsmißgeburt Meister bleiben. Fiat justitia pereat mundus.

3.

„Nationalzeitung."

Die Zustände im Großherzogtum Hessen.

23. Dezember.

Die kläglichen Zustände im Großherzogtum Hessen sind in der Wochenschrift des Nationalvereins eingehend besprochen worden, die betreffenden Artikel in besonderem Abdruck erschienen. Wir möchten die Einleitungsworte nicht gerade unterschreiben, „daß die kurhessischen Zustände neben den darmstädtischen in einem sehr günstigen Lichte erscheinen", wir lassen freilich auch

[1]) Wilhelm v. Willich, genannt v. Pöllnitz. 1860—1874 Provinzialdirektor der Provinz Starkenburg. † 1887.

das dahingestellt, ob der darmstädtische Ministerpräsident v. Dalwigk heute noch, wie 1851, die „Injurie" mit Entrüstung zurückweisen würde, wenn ihn ein Kammermitglied mit Hassenpflug[1]) vergliche: der eine dieser beiden Staatsmänner scheint uns ungefähr des anderen wert zu sein, und was die Länder betrifft, in welchen sie gehaust haben, so erfreuen sich wohl beide einer anerkannten Glückseligkeit, wir möchten aber keines zum Nachteil des anderen verherrlichen.

Herr v. Dalwigk soll sich gern deutschgesinnt nennen, ja nicht bloß sich, sondern die gegenwärtige Regierung von Darmstadt überhaupt; wir haben nicht näher erfahren, wie er dies meint. Im Sommer 1857 hielt sich der Kaiser von Rußland[2]) eine Weile am Oberrhein auf, und der Kaiser der Franzosen[3]) in Plombières. Um eine Zusammenkunft dieser beiden Monarchen zustande zu bringen, eilte der Großherzog Ludwig, vermutlich im Auftrage seines Schwagers, des Kaisers Alexander, nach dem genannten Badeort; Napoleon III. fand aber nicht passend, die bedeutsame Wendung seiner Annäherung an Rußland in dieser Form einzuleiten, er ließ den russischen Kaiser nach Petersburg zurückreisen und verstand sich einige Wochen später zu dem Zusammentreffen mit ihm in Stuttgart, jedermann, der sich um das Verständnis der auswärtigen Politik Hessen-Darmstadts bemüht, wird diese „Vermittlung" im Gedächtnis behalten haben; eben dieser Jedermann rieb sich aber auch die Augen, als während des Kriegs von 1859 als rühmliche Deutschheit vermeldet wurde, daß ein Darmstädter Prinz auf österreichischer Seite fechte und daß die Darmstädter Regierung zu den anderen höchst patriotischen gehöre, deren Kampflust kaum mehr zu zügeln war.

---

[1]) Hans Daniel Ludwig Friedrich Hassenpflug, 1794—1862. 1832—1837 kurhessischer Minister des Innern, seit 1841 Obertribunalrat in Berlin, 1850—1855 kurhessischer Staatsminister und Vertreter der schärfsten Reaktion.

[2]) Alexander II., Kaiser von Rußland. 1818—1881. Sohn Nikolaus I. und der Prinzessin Charlotte von Preußen.

[3]) Napoleon III., Kaiser der Franzosen, 1808—1873.

Tagebuch 1861.

6. Januar.

Abends besuchte ich Minister v. d. Pfordten,[1]) der am Hof gespeist hatte, und las ihm ein Memoire[2]) vor, welches für die Großherzogin zur Mitnahme nach München bestimmt ist, und meine Ansichten über die dermalige Lage und die zu ergreifenden Maßregeln enthält.

9. Januar.

Die Großherzogin sprach von Politik und meinem Memoire. Ich sagte ihr, der Großherzog habe ehrenvoll und fest gegen die Revolution, d. h. gegen den Nationalverein gekämpft. Wenn keine andere Regierung etwas dagegen tue, so müßte Seine Königliche Hoheit freilich an den Rückzug denken. Aber dieser Rückzug sei ein ehrenvoller. Er geschehe erst, nachdem die letzte Patrone verschossen sei.

16. Januar.

Reiset[3]) quält mich beständig mit Anmutungen einer näheren Verständigung mit Frankreich, um die von Preußen her drohende Gefahr abzuwenden.

27. Januar.

Lützow[4]) las mir eine österreichische Depesche vor, betreffend die österreichische Verhandlung mit Preußen wegen des diesseitigen Antrags in Frankfurt pcto. Nationalverein, wonach Preußen auf nichts eingeht. Graf Rechberg sagt mit Recht in einer Depesche an den Grafen Károlyi[5]) vom 19. Januar, „Preußen würde am Besten tun, zu erklären, daß es den unbestritten gültigen Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 nicht mehr anerkenne, weil es inzwischen seine Politik geändert habe".

[1]) Ludwig Karl Heinrich von der Pfordten, 1811—1880. Zuerst Privatdozent des römischen Rechts in Würzburg, 1836 ordentlicher Professor, 1843 Professor in Leipzig, gehörte zur liberalen Partei Sachsens. 1848/49 sächsischer Minister des Inneren und Äußeren, später für Kultus und Unterricht. Am 19. April 1849 Minister des Auswärtigen in Bayern, Anhänger der Triasidee. Nach seinem Rücktritt war er 1859—1864 bayrischer Gesandter am Bundestag, 1864—1866 zum zweitenmal Minister des Äußern in München.

[2]) Siehe Anlage 1.

[3]) Gustav Graf Reiset, französischer Gesandter in Darmstadt.

[4]) Franz Graf v. Lützow, österreichischer Gesandter in Darmstadt.

[5]) Alois Graf Károlyi, v. Nagy-Károly, österreichischer Gesandter in Berlin.

28. Januar.

Morgens 10 Uhr Staatsrat. Nachher hielt ich Plenarsitzung der Ministerien, um die Maßregeln zu beraten, welche aus Anlaß einer von den schleswig-holsteinischen Vereinen vorbereiteten großen Volksversammlung und Sturmpetition zu ergreifen sind.

22. Februar.

Morgens kam Minister v. d. Pfordten zu mir, um mein Memoire, welches ich der Großherzogin für König Max nach München mitgegeben habe, im geheimen Auftrag des Königs mit mir zu besprechen. Ich übernahm es, Ratschläge zu einem Programm für eine bevorstehende Ministerkonferenz zu entwerfen.

24. Februar.

Baron v. d. Pfordten, welcher mit mir vollkommen einverstanden ist, bemerkte mir, daß Seine Majestät der König nicht abgeneigt seien, zu der von mir empfohlenen Ministerkonferenz die Hand zu bieten und die Initiative zu ergreifen. Er bat mich sodann, ihm den Entwurf zu einem Programm für diese Konferenz,[1]) wie ich dieselbe für angemessen erachte, behufs weiterer Prüfung in München mitzuteilen.

27. März.

Ich fuhr um 11 Uhr morgens zusammen mit dem württembergischen Bundestagsgesandten v. Reinhard[2]) nach Heidelberg zur Konferenz mit dem württembergischen Minister v. Hügel.[3])

Ich besuchte den Geheimrat Chelius,[4]) der mir über das Rechtsgutachten der Heidelberger Juristenfakultät pcto. der Bestrafung der Offenbacher Mitglieder des Nationalvereins merkwürdige Mitteilungen machte.

Dann ging ich zu Heinrich v. Gagern, mit dem ich die kirchliche und die deutsche Frage besprach und mich verständigte. Gagern gab mir die interessante Erklärung, daß er von der Idee, Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen, ganz zurückgekommen sei und daß er die Trias für die möglichste Form der deutschen Bundesverfassung halte.

Um 3 Uhr dinierte ich mit Hügel und Reinhardt. Der erstere kündigte mir den Besuch des Königs von Württemberg am Großherzoglichen Hofe für nächsten Mittwoch an. Wir verständigten uns über die Notwendigkeit einer näheren Verbindung und periodischen Konferenz der Mittelstaaten auch ohne Bayern, wenn letzteres in seiner reservierten Stellung verharre.

---

[1]) Siehe Anlage 6.

[2]) Ludwig v. Reinhard, württembergischer Bundestagsgesandter.

[3]) Karl Freiherr v. Hügel, 1805—1870. 1855—1864 württembergischer Minister des Auswärtigen.

[4]) Maximilian Joseph Chelius, 1794—1876, Professor der Chirurgie an der Universität Heidelberg.

Straßburg, 7. April.

Festfahrt nach Baden-Baden.[1]) Wir wurden in 50 bis 60 Wagen mit Postillonen besetzt nach dem alten Schlosse gefahren, wo ein solennes Dejeuner stattfand. Ich machte die Bekanntschaft des Vicomte de Vougy.[2]) Nachmittags Diner im Konversationshause. Ich saß zwischen den badischen Ministern Lamey[3]) und Weizel.[4]) Es war von den letzteren mit der französischen Eisenbahndirektion verabredet, daß nur zwei Toaste, einer auf die französische Ostbahn, der andere auf die badische Bahnverwaltung ausgebracht werden solle. So geschah es. Als aber Herr Perdonet, Vizepräsident der französischen Ostbahn, in seiner Rede den Namen des Großherzogs von Baden einmischte, glaubten die anwesenden Franzosen, daß man absichtlich ihren Kaiser ignorieren wolle. Vicomte de Vougy erhob sich wütend, um von den badischen Ministern eine Erklärung zu fordern. Ihm folgten die anwesenden Präfekten des Oberrheins, des Niederrheins, der Meurthe und der Mosel. Der General Vicomte de Castagnies rief: „Mais c'est une insulte à y répondre par des coups de canons!" und sämtliche eingeladenen Franzosen, darunter 40 Journalisten, nicht wissend, was vorgehe und das Übelste voraussetzend, erhoben sich von ihren Plätzen und schickten sich an, den Saal zu verlassen. Der Augenblick war für die badischen Minister ein sehr peinlicher. Keiner von ihnen sprach ein Wort Französisch, und der Präfekt Migneret von Straßburg stellte die Behauptung des Herrn Weizel, daß er zu der verabredeten Beschränkung der Toaste zugestimmt habe, ausdrücklich als unwahr in Abrede.

Um sie aus der Verlegenheit zu ziehen, erbat ich mir von ihnen die Erlaubnis, ein paar Worte sprechen zu dürfen. Ich dankte im Namen der Eingeladenen für die genossene glänzende Gastfreundschaft und trank auf das Wohl des Kaisers Napoleon und des Großherzogs von Baden, indem ich bei dem ersteren ausdrücklich die Dienste hervorhob, die er einst durch Unterdrückung der Revolution der Welt geleistet habe. Die Anwesenden stimmten jubelnd ein, und der Friede war augenblicklich hergestellt.

Paris, 10. April.

Morgens Besuche mit Grancy.[5]) Wir wurden vom Grafen Kisselef[6]) empfangen, wo wir Baron Heeckeren[7]) fanden, der sehr unterhaltende Dinge

[1]) Anläßlich der Einweihung der Kehler Rheinbrücke.

[2]) „Die rechte Hand des Ministers Persigny," wie Dalwigk am 8. April dem Großherzog schrieb.

[3]) August Lamey, 1816—1896. 1860—1866 Minister des Innern, 1871—1873 und 1879 Mitglied des Deutschen Reichstags.

[4]) Dr. Gideon Weizel, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs.

[5]) August Freiherr Senarclens de Grancy, hessischer Gesandter in Paris.

[6]) Russischer Botschafter in Paris.

[7]) Niederländischer Gesandter in Paris, später in Wien.

vom Kaiser Napoleon, dem Prinzen Napoleon[1]) und dem Prinzen Murat[2]) erzählte. Der Sohn des letzteren habe seinem Vater gesagt: „A quoi bon, mon père, tes proclamations. Si l'empereur veut que tu seras de Naple, tu le seras, et s'il ne veut pas, toutes tes proclamations n'aboutiront à rien." Herr Thouvenel[3]) empfing uns sehr freundlich.

Paris, 11. April.

Edmond de Bussière[4]) ist sehr entschieden der Ansicht, daß das orsinische Attentat die Politik des Kaisers Napoleon bestimmt habe. Er wies mir aus dem „Moniteur" nach, wie Schritt vor Schritt die neuesten politischen Akte vorbereitet worden seien, wie Cavour[5]) durch Hinweisung auf 3000 italienische Dolche den Geist des Kaisers bearbeitet habe, dessen Mut der beständig drohenden Gefahr für Frau und Kind nicht habe widerstehen können, wie Pietri nach Italien geschickt worden und gleich nach seiner Rückkehr Ende 1858 der bekannte Neujahrsgruß gekommen sei, wie Pietri das Testament Orsinis[6]) demselben, unter Versprechung der Begnadigung diktiert und als die Begnadigung nicht erfolgt sei, seine Entlassung genommen habe.

12. April.

Morgens Besuch bei Baumbach[7]) und dann bei Gounod,[8]) der mich für den Abend in seine Reunion einlud. Eine Madame Boucher sang mit Herrn Gounod ein Duett aus der neuen Oper: „La reine de saba."

14. April.

Vergeblicher Versuch, den Prinzen Friedrich[9]) zu Hause zu finden. Besuch bei Grancy, bei Léon und Gustave de Bussière,[10]) dann bei Eugène Coëhorn.[11])

---

[1]) Genannt „Plon-Plon", Sohn Jérômes, Königs von Westfalen und der Katharina von Württemberg, 1822—1891.

[2]) Nachkomme Joachims, Königs von Neapel.

[3]) Edouard Antoine Thouvenel, 1818—1866. 1860—1862 französischer Minister des Auswärtigen.

[4]) Edmond de Bussière, Vetter von Dalwigks Schwager Alfred de Bussière, 1804—1877. Unter Louis Philippe französischer Gesandter in Darmstadt, Dresden, Haag und Botschafter in Neapel, Pair von Frankreich.

[5]) Graf Camillo Benso di Cavour, 1810—1861. Der größte italienische Staatsmann des 19. Jahrhunderts, der Einiger Italiens.

[6]) Felice Orsini, 1819—1858, bekannter italienischer Revolutionär, der 1858 auf Napoleon III. das berühmte Bombenattentat unternahm.

[7]) Alexander v. Baumbach, kurhessischer Minister und Gesandter.

[8]) Charles Gounod, 1818—1893.

[9]) Prinz Friedrich von Hessen, 1788—1867, Bruder Großherzog Ludwigs II., lebte in Paris.

[10]) Léon, 1808—1887, und Gustave, 1813—1879, de Bussière, Brüder von Dalwigks Schwager Alfred.

[11]) Eugène Baron de Coëhorn, 1801—1880. Bruder von Dalwigks erster Frau Mathilde († 1860), Député du Bas-Rhin.

Nachmittags Spazierfahrt mit Alfred und Melanie[1]) in das Bois de Boulogne. Abends war ich in den Tuilerien, nachdem ich mich durch Herrn Thouvenel hatte anmelden lassen. Die Gesellschaft war zahlreich, etwa hundert Damen in großer Toilette, darunter die Prinzessin Mathilde,[2]) der Prinz Napoleon und die Prinzessin Clothilde,[3]) die Herzogin von Bassano,[4]) die Fürstin Metternich,[5]) die Gräfin Walewska,[6]) Gräfin Morny[7]) usw. Die Herren erschienen in kurzen Hosen oder pantalon collant; der Etikette gemäß mußte mich Baron Gracy dem Kaiser und der Kaiserin[8]) nochmals vorstellen, die zusammen in einem freien Raume des zweiten Saales standen. Der Kaiser reichte zuerst Herrn v. Gracy, dann mir die Hand und sagte, er freue sich, mich zu sehen, er hoffe, der Großherzog befinde sich wohl. Bei den ersten Worten des Kaisers zog sich die Kaiserin zurück, ohne mich angeredet zu haben. Nachdem der Kaiser hinzugefügt hatte, er habe mir für den Toast zu danken, den ich in Baden-Baden für ihn ausgebracht, erwiderte ich, der Großherzog befinde sich wohl und habe mir für Seine Majestät die angelegentlichsten Empfehlungen aufgetragen. Die Worte, die ich in Baden-Baden gesprochen, drückten nicht bloß meine persönlichen Gesinnungen, sondern auch die des Großherzogs, meines Herrn, aus. Der Kaiser kenne die Gesinnungen, welche der Großherzog zu allen Zeiten für ihn bewährt habe, und der Großherzog rechne darauf, daß der Kaiser ihm, seiner Familie und seinem Lande sein Wohlwollen stets bewahren werde. So lautete der Auftrag des Großherzogs. Der Kaiser erwiderte langsam und betonend: „Certainement je conserverai toujours les mêmes sentiments pour le Grand-duc, sa famille et son pays. Du reste j'ai toujours été au mieux avec tous les membres de la famille Grande-ducale de Hesse." Ich entgegnete: „Si l'un d'eux a été dans le cas de se battre contre Votre Majesté c'était en brave et loyal adversaire. Le Prince Alexandre[9]) a été reconnaissant et fier des

---

[1]) Alfred de Bussière, 1804—1886, vermählt mit Dalwigks Schwägerin Melanie de Coëhorn.

[2]) Prinzessin Mathilde Bonaparte, Tochter König Jérômes, Gattin des Anatole Nikolajewitsch Demidow, Fürsten von San Donato.

[3]) Prinzessin Clothilde Bonaparte, Gattin des Prinzen Plon-Plon, Tochter König Victor Emanuels von Italien.

[4]) Oberhofmeisterin.

[5]) Pauline, geb. Gräfin Sandor, Gattin des Fürsten Richard, österreichischen Botschafters in Paris.

[6]) Gemahlin des ehemaligen Ministers des Auswärtigen, der ein Sohn Napoleons I. war.

[7]) Gemahlin des Grafen-Herzogs Charles Auguste Louis Joseph (1811—1865), der ein natürlicher Sohn der Königin Hortense, also Halbbruder Napoleons III., war und der 1851 den Staatsstreich geleitet hatte.

[8]) Eugenie de Guzmann, Gräfin v. Montijo und Teba, Tochter des Herzogs von Peneranda, geboren 1826.

[9]) Prinz Alexander von Hessen, 1823—1888. K. k. österreichischer General der Kavallerie, jüngster Sohn Ludwigs II. und der Prinzessin Wilhelmine von Baden;

paroles flatteuses que Votre Majesté a daigné lui dire sur sa conduite a Cavriana." Der Kaiser ließ ein paar verbindliche Worte für den Prinzen Alexander folgen und fing, indem er mit mir sich in einen entfernten Teil des Saales zurückzog, von Politik zu reden an. Er bemerkte, daß er die feindseligen Gesinnungen, die in Deutschland gegen ihn laut wurden, nicht begreifen könne. Er wünsche Frieden. Aber er besorge, daß diese feindlichen Stimmen aus Deutschland die französische Nation erbittern könnten. Ich entgegnete, „Que je parlerai avec toute franchise. Il était vrai que la méfiance, l'irritation de l'esprit public en Allemagne fut générale, mais que cette méfiance, cette irritation, se dirigeait moins contre les intentions de l'Empereur, que contre les événements qui prenaient une tournure inquiétante et qui entraineraient peut-être la politique de Sa Majesté." Ich fügte hinzu, man besorge, daß bei einem neuen Angriffe der Sardinier auf Venedig Frankreich nicht ruhig werde zusehen können. Der Kaiser sagte mir, ein solcher Angriff sei nicht zu fürchten, er werde denselben nicht unterstützen. Ich erwiderte, dazu liege für ihn auch gewiß kein Grund vor. Ein Interesse habe Frankreich dabei nicht. Sardinien sei habsüchtig, falsch und undankbar, und vielleicht würde Seine Majestät noch dieselben Erfahrungen machen wie Ludwig XIV. Der Kaiser fuhr fort: „L'esprit de méfiance en Allemagne se trouve surtout aux petites cours, qui me soient au fond plus hostiles que les deux grandes puissances." Ich erwiderte: „Je ne suis pas tout à fait d'accord et je prie surtout Votre Majesté d'avoir un peu plus de méfiance dans les intentions de la Prusse. En 1859 ni la France ni l'Autriche avaient à s'en louer entièrement. La seule idée du cabinet de Berlin était alors de s'affaiblir réciproquement les deux adversaires en Italie pour paraître plus tard sur le théâtre de la guerre et pour dicter la paix, l'épée à la main, à l'un comme à l'autre des deux combattants. Il est vrai que les états du second et troisième ordre sont, plus que les grands, forcés à tenir compte à l'opinion publique. Cette opinion est la crainte d'un soulèvement général contre l'Allemagne d'une invasion, et quand on se rappelle que les mouvements révolutionnaires en Italie, en Hongrie et en Pologne ont été accompagnés et portés par une haine aveugle contre les Allemands, que les Danois arment, que la Turquie est au moment de s'écrouler et qu'en Allemagne même un certain parti tend à bouleverser l'ordre légitime, on trouvera très naturel que les petites états de l'Allemagne, plus encore que les deux grandes puissances, soient sur leur garde et préparent les moyens pour sauver leur existence. Mais dans tout cela je ne trouve rien d'hostilité contre Votre Majesté et la France l'Allemagne n'est pas aggressive et ne le sera jamais." Der Kaiser sagte hierauf, ob es wahr

---

zuerst in der russischen, dann in der österreichischen Armee, zeichnete sich 1859 in Italien besonders aus; erhielt 1862 seinen Abschied. 1866 war er Führer des VIII. Bundesarmeekorps. Durch seine Ehe mit der Gräfin Julie v. Haucke ist er Stammvater der Prinzen und Prinzessinnen von Battenberg.

sei, daß der Herzog von Koburg sich an die Spitze der deutschen revolutionären Bewegung gestellt habe. Ich erwiderte, das sei leider wahr, noch bedauerlicher sei es, daß ein anderer deutscher Fürst, der Großherzog von Baden, den nämlichen Weg einzuschlagen scheine. Der Kaiser drehte seinen Schnurrbart, ohne ein Wort zu erwidern.

Wir wurden hier durch den Herzog von Braunschweig[1]) unterbrochen, der sich dem Kaiser näherte, um ihn zu begrüßen. Der Kaiser sprach einige Minuten mit dem Herzoge, der eine dicke, schwarze Seidenperücke und einen prachtvollen Diamantstern trug, und wendete sich wieder zu mir. Er sagte: „Vous comprenez que la France ne peut avoir d'autre intérêt que de conserver l'Allemagne telle qu'elle est. Notre politique quant à l'Italie a été la même. Les événements ont été plus forts que moi. J'ai donné dans le temps de sages conseils au Pape[2]) comme au roi de Naples.[3]) On n'a pas voulu m'écouter d'abord et on ne m'a suivi que lorsqu'il était trop tard, ou lorsqu'il a été une faute et une faiblesse de faire ce qu'on aurait de faire plus tôt. Je ne suis pas responsable des suites." Der Kaiser fragte hierauf nach der Dauer meines Aufenthaltes in Paris, sagte, daß er mich noch sehen werde, und verabschiedete sich auf sehr verbindliche Weise. — Es folgte dann eine theatralische Vorstellung „les quatre gamins", in der die 65jährige Déjazet die Hauptrolle spielte. Ich saß zwischen dem Grafen Morny und Herrn Thouvenel. Nach Beendigung der Soiree machte ich auf der Treppe die Bekanntschaft des Fürsten[4]) und der Fürstin Metternich.

17. April.

Ich hatte morgens den Besuch von Edmond de Bussière. Er sagte mir, man beurteile den Kaiser Napoleon unrichtig, wenn man glaube, derselbe handle überall nach einem großen vorausbedachten Plane. Der Kaiser sei im Grunde eine indolente Natur, kein arbeitsamer Geschäftsmann, auch den Vergnügungen geneigt. Die Besorgnisse, welche man in Deutschland vor Bonaparteschen Eroberungsplänen hege, seien vielleicht insoweit unbegründet. Dagegen könne man nicht wissen, ob die Ereignisse oder der Mangel an umsichtiger Tätigkeit von seiten der Diplomatie nicht plötzlich unvorhergesehene Entschlüsse hervorrufen würden. Was die Frage betreffe, ob Österreich, wenn es zur Zeit der Abberufung des französischen Gesandten von Turin rasch Ankona und die päpstlichen Staaten besetzt hätte, von seiten Frankreichs keinen Widerstand erfahren haben würde, ob dann der piemontesische Einfall in den Kirchenstaat und Neapel verhindert worden wäre, so sei dies sehr möglich, ja sogar wahrscheinlich. Nur hätte Österreich sehr rasch und entschieden handeln müssen.

[1]) Herzog Carl von Braunschweig, 1804—1873, regierte seit 1823, wurde 1830 von seinem Volke vertrieben und lebte seitdem in Frankreich und in der Schweiz.

[2]) Papst Pius IX. (Mastai-Ferretti), 1846—1878.

[3]) Franz II., 1836—1894, regierte 1859—1861.

[4]) Fürst Richard Metternich, 1829—1895, Sohn des Staatskanzlers, 1859 bis 1870 österreichischer Botschafter in Paris.

Denn die Ansichten des Kaisers änderten sich oft von einem Tage zum anderen. Die Zurückberufung des französischen Gesandten von Turin sei keine Komödie, sondern der offene Ausdruck der Erbitterung gegen Sardinien gewesen. Diese Stimmung hätte Österreich rasch benutzen müssen. Aber freilich sei Fürst Metternich nicht der Mann, um auf den Geist des Kaisers den Einfluß zu üben, der einem älteren, geistvollen und gereiften Diplomaten, wie z. B. der verstorbene Graf Colloredo einer gewesen, nicht versagt werden würde. Man sehe den Fürsten und seine Gemahlin in den Tuilerien oft und gern, weil sie neben guten Formen durch Talent und Originalität die Kaiserin unterhielten. Das sei aber auch alles.

Dem Kaiser Napoleon sei es mit dem Frieden von Villafranca und namentlich mit den Bestimmungen zugunsten Toskanas und Modenas unzweifelhaft seinerzeit ernst gewesen. Die piemontesische maßlose Habgier und Unverschämtheit und insbesondere der Umstand, daß das Porträt Orsinis in jedem Hause aufgehängt gewesen, welches der Kaiser betreten habe, hätten letzterem einen wahren Ekel an der Fortsetzung des Krieges eingeflößt. Die piemontesischen Intrigen hätten dann später alles wieder verdorben.

18. April.

Morgens Besuch bei Melanie Pourtalés,[1]) die unwohl war. Dann fuhr ich mit Eugène de Coëhorn in das Bois de Boulogne. Abends besuchte ich mit Grancy Herrn Drouin de Lhuys,[2]) der mich sehr artig empfing und mir in langer Unterhaltung erklärte, weshalb er bei dem Abspringen des Kaisers von der einmal als richtig anerkannten Politik das Ministerium des Äußeren nicht habe behalten können.

20. April.

Abends war ich zum Diner in den Tuilerien, welches um 8 Uhr begann. Man versammelte sich in den Salons der Kaiserin in Zivil, kurzen Hosen oder pantalons collants mit dem großen Bande. Es waren etwa fünfzig Gäste, eine verhältnismäßig geringe Zahl, anwesend. Die Herzogin von Bassano versah in Abwesenheit der Princesse d'Eßling den Dienst als Oberhofmeisterin. Gegen 8 Uhr ertönte der Ruf „l'Empereur", der Kaiser erschien mit der Kaiserin, welche den Prince impérial an der Hand führte, durch die nämliche Türe, durch welche die Gäste eingetreten waren. Er machte die Runde durch den Saal, kam bald zu mir, gab mir die Hand und fragte, wie ich Paris und die neuerlichen Veränderungen finde. Auch erkundigte er sich nach dem Großherzog. Ihm folgte die Kaiserin, welche den Prince impérial führte und ebenfalls sehr artig mit mir sprach. Der Kaiser, nachdem er seine Runde beendigt hatte, kam zu mir zurück und fing eine längere Unterhaltung an, in

[1]) Melanie Pourtalés, geb. Bussière, Tochter von Alfred, Gemahlin des Grafen Edmond de P.

[2]) Edouard Drouin de Lhuys, 1805—1881. Minister des Äußern in Frankreich 1848, 1850—1855 und 1862—1866.

welcher er sich unter anderem über die Nachteile einer zu freien Presse verbreitete und hinzufügte, man könne in dieser Hinsicht weniger durch Zwang als durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung wirken. Ich gab dem Kaiser die Gründe an, weshalb mir unbedingte Preßfreiheit in Frankreich gefährlicher als in irgendeinem anderen Lande, namentlich Deutschland zu sein scheine. Ich fügte hinzu, daß ich in diesem Augenblicke neue Erfahrungen über die Leidenschaftlichkeit der deutschen Presse zu machen habe, die mich anklage, „d'avoir de trop vives sympathies pour Sa Majesté. Du reste," setzte ich hinzu, „peut-être ce reproche est-il mérité puisque je pense comme le Grand-duc, mon maître." Der Kaiser lächelte freundlich und begann, sich nach dem bayrischen Landtagsabgeordneten Professor Döllinger[1]) und dessen Vorträgen über die Zukunft des Papsttums ausführlich zu erkundigen. Später erwähnte er der Zusammenkunft in Baden-Baden und bemerkte, daß ihm der König von Hannover[2]) einen überaus angenehmen Eindruck gemacht habe. Um $8^1/_2$ Uhr ging man zum Diner. Die Damen wurden von den Herrn geführt. Die Plätze waren durch den diensttuenden Kammerherrn, der ein schriftliches Verzeichnis in der Hand hielt, den Gästen vorher bezeichnet worden. Ich hatte der Herzogin von Bassano den Arm zu geben und saß zwischen ihr und zur Linken der Kaiserin, welche zur Rechten den Prince impérial hatte, auf dessen anderer Seite der Kaiser placiert war. Während des Diners spielte die Musik eines Regiments. Die Tafel war mit einem sehr schönen, aus vielen Gefäßen von einer silberähnlichen Masse bestehenden Aufsatze geziert. Die Kaiserin war in hohem Grade munter, gesprächig und liebenswürdig. Sie fragte nach dem Großherzoge und der Großherzogin. Ich sagte ihr, letztere sei une princesse accomplie avec le cœur d'un homme, l'esprit fin et élevé d'une femme et avec une âme d'artiste. Sie unterhielt mich viel von Melanie Pourtalés, die sie zärtlich zu lieben scheint. Dann ging sie auf den Prinzen Adalbert von Bayern über. Ich mußte ihr von dem kleinen Prinzen, von dessen spanischer Amme und Bonne erzählen, und als ich erwähnte, daß der spanische Gesandte Don Rancés de Villanueva[3]) diesen beiden Frauen von mir als ein Deutscher vorgestellt worden sei, der sich im Spanischen üben wolle, aber von denselben mit Tränen in den Augen sogleich als ein Castillan pur sang proklamiert worden sei, fing die Kaiserin laut zu lachen an. Ich fragte sie, ob sie Deutschland kenne. Sie antwortete, daß sie mit ihrer Mutter den Rhein bereist habe und bis nach Frankfurt gekommen sei, pour voir une amie Nelly Brints. Sie fragte mich mit großer Unbefangenheit und Einfach-

---

[1]) Johann Joseph Ignaz Döllinger, 1799—1890, katholischer Theologe und Gelehrter, berühmt durch seinen Kampf gegen das Unfehlbarkeitsdogma und seine mit Friedrich gemeinsam verfaßte glänzende Schrift „Janus" (1869), die später unter dem Titel „Das Papsttum" erschien.

[2]) Georg, König von Hannover, 1819—1878, entthront 1866.

[3]) Don Manuel Rancés y Villanueva, spanischer Gesandter in Darmstadt und am Bundestag.

heit nach der dermaligen Lage der letzteren. Hierauf begann sie von Griechenland, vom König[1]) und der Königin[2]) zu reden, für welche letztere sie eine Vorliebe zu haben scheint. Sie behauptete, dieselbe sei in Griechenland sehr geliebt. Ich sagte: „Qu'il y avait eu des moments ou la couronne Royale de Grèce m'avait paru assez lourde." Die Kaiserin entgegnete: „Oh! Monsieur de Dalwigk, il y a bien des couronnes qui sont des couronnes d'épines." Ich fuhr fort, wie ich befürchtete, daß in diesem Augenblick wieder die Lage Griechenlands zu Besorgnissen Anlaß gebe. Es sammelten sich in Athen Personen, die unter Garibaldi[3]) gedient hätten, in größerer Zahl und man könne nicht wissen, wie weit die Piemontesen die Hand im Spiel hätten. Plötzlich wurde die Kaiserin dunkelrot, ihre Augen blitzten und sie rief in heftiger Aufregung: „Oh! ces Piémontais, je voudrais . . ." dann sammelte sie sich schnell und begann nach dem Prinzen Ludwig[4]) zu fragen, den sie in England bei der Königin[5]) gesehen und der ihr wohl gefallen habe. Die Kaiserin Eugenie fragte auch nach dem Kaiser und der Kaiserin[6]) von Rußland, nach ihrem Aufenthalte in Darmstadt, wie oft sie dahin kämen usw. Ich erzählte ihr einiges von dem Kaiser Alexander und seiner Herzensgüte, indem ich hinzufügte, daß die Russen mir mehr einer main de fer, wie sie der Kaiser Nikolaus[7]) besessen, zu bedürfen scheinen. Damit war die Kaiserin nicht ganz einverstanden. Der Charakter des Kaisers Alexander schien ihr mehr zuzusagen als der seines Vaters. Dann begann sie noch speziell von der Kaiserin von Rußland zu sprechen und fragte, ob dieselbe schön, geistreich und energisch sei. Ich erwiderte, das Porträt Winterhalters, welches die Kaiserin Eugenie kenne, sei durchaus ähnlich, der Geist und die Energie Ihrer Majestät seien von der Art, daß man wünschen müsse, die Kaiserin möge größeren Einfluß auf den Gang der Geschäfte üben, als dies bis jetzt der Fall gewesen. Die Kaiserin Eugenie lächelte und meinte, eine Frau dürfe ihren Einfluß nie zu sehr geltend machen. Ich antwortete, die Geschichte lehre, daß die Frauen in der Regel besser regierten als die Männer, daß unter den wenigen Frauen, welche selbständig Kronen getragen hätten, sich vier Regentinnen ersten Ranges befänden, die Königin Isabella von Spanien, die Königin Elisabeth von England, die Kaiserin Maria Theresia und die Kaiserin Katharina von Rußland. Ein gleich günstiges Verhältnis hätten die Männer nicht für

---

[1]) König Otto von Griechenland, 1815—1867, Sohn Ludwigs I. von Bayern, König 1833—1862.

[2]) Amalie, geb. Prinzessin von Oldenburg.

[3]) Giuseppe Garibaldi, 1807—1882, der berühmte Freischarenführer in den Tagen der italienischen Einheitsbewegung.

[4]) Prinz Ludwig von Hessen, 1837—1892, Sohn des Prinzen Carl, Neffe Ludwigs III., als Ludwig IV. Großherzog seit 1877.

[5]) Königin Victoria von England, 1819—1901, Schwiegermutter des Prinzen Ludwig.

[6]) Marie von Hessen, 1824—1880, Tochter Ludwigs II., Gemahlin Alexanders II.

[7]) Nikolaus I., Kaiser von Rußland, 1796—1855, dritter Sohn Pauls I.

sich anzuführen. Die Kaiserin Eugenie ging auf dieses Thema gern ein. Dann fragte sie nach dem jungen Großfürsten-Thronfolger von Rußland[1]), dessen Verstand, Ernst und Takt ich nach allem, was ich aus livländischen Quellen gehört hätte, nur das beste Lob erteilen könnte. Bei einer so lebhaften unausgesetzten Konversation, über die mir später die Herzogin von Bassano ihre Verwunderung aussprach, kam ich eigentlich gar nicht zum Essen. —

Die Kaiserin trug ein blaßgraues Kleid, weiße Blumen im Haar, Kollier und Brasseletts von Perlen. Ihr Hals und ihre Arme sind sehr schön. Ihr Gesicht, welches längere Zeit infolge von Kummer abgemagert war, ist wieder rund und wohl aussehend. Man kann behaupten, daß sie schöner als je ist. Nach dem Diner setzten sich die Damen im Salon der Kaiserin um einen runden Tisch, in dessen Mitte eine flache, sehr große schöne Vase mit Blumen angefüllt, stand. Die Herren bildeten, wie zu Anfang, einen weiten Kreis an den Wänden des Salons. Der Kaiser kam sogleich wieder auf mich zu, fragte, ob ich keinen Kaffee nähme, auch er habe auf denselben verzichtet und fing dann an, von Preußen zu sprechen. Ich sagte ihm: „Que les Prussiens voulaient le mal sans avoir le courage de le faire, qu'ils protégeaient la révolution, sans oser l'avouer et qu'ils laissaient travailler le Nationalverein dans l'idée qu'il travaillait pour eux, qu'ils faisaient tout au monde pour lier les mains à la diète de Francfort et pour en souminer l'autorité sans avoir à la remplacer, vu que le reste de l'Allemagne et surtout le midi ne se soumettrait jamais à la domination prussienne. Que même les démocrates du Royaume de Wurttemberg avaient hautement déclarés qu'ils approuvaient la résistance que les princes allemands opposaient au plan d'une hégémonie prussienne, et enfin que les toastes portés à l'occasion du dernier banquet du Nationalverein à Berlin „à la santé de Guillaume le conquérant" et „à l'avenir de la ville de Berlin, la future capitale de l'Allemagne" n'avaient trouvé un écho nulle part." Ich fügte hinzu, man könne einen Einzelnen an die Spitze eines Staates oder Staatenbundes setzen, aber niemals ein ganzes Land. Der Kaiser hörte aufmerksam zu, lachte mitunter, und sagt, es erinnere ihn, was ich von Preußen bemerkt, an ein Wort des Königs von Württemberg ihm gegenüber: „Que la pudeur empêchait la Prusse de se livrer à ses penchants." Der Kaiser sprach weiter von Österreich. Ich bemerkte, daß ich mit dem Maße dessen, was man den Ungarn gegeben, und mit dem Zeitpunkte, den man zu dieser Konzession gewählt, nicht ganz einverstanden gewesen sei. Der Kaiser bemerkte, es sei ein ihm genau bekanntes Faktum, daß Kossuth[2]) vor $1^1/_2$ Jahren auf die falsche Nachricht hin, die ungarische Verfassung sei wieder hergestellt, ausgerufen habe: „Maintenant tout est perdu pour moi, il ne me reste que de planter mes choux." Bei der neuesten Nachricht von den Konzessionen zugunsten Ungarns

[1]) Nikolaus, Zarewitsch, 1843—1865, älterer Bruder Alexanders III.

[2]) Ludwig Kossuth, 1802—1894, berühmter ungarischer Revolutionär, der nach der Absetzung des Hauses Habsburg 1849 der Gouverneur von Ungarn war.

habe Koſſuth gelacht und hinzugeſetzt: „Ceci ne me fait rien.“ So ſehr komme alles auf den richtigen Moment an. Der Kaiſer fuhr fort, er habe dem König von Neapel vor länger als Jahresfriſt die Einführung liberaler Inſtitutionen angeraten. Damals habe der König ihn nicht angehört. Die ſpätere Gewährung konſtitutioneller Freiheiten im Augenblicke höchſter Gefahr und Not ſei weit mehr ein Fehler als ein Akt der Staatsklugheit geweſen. Ich entgegnete: „La situation de l'Europe est extrêmement sérieuse. L'Italie est le centre du feu révolutionnaire. C'est là qu'il faut l'étouffer. La question Italienne doit être un poids lourd pour Votre Majesté. Il me parait que si les Piémontais attaquent de nouveau la Venitie et recoivent comme ils le méritent une bonne leçon de la part des Autrichiens, Votre Majesté devrait admettre l'éxécution du traité de Villafranca, c'est à dire la restitution du Grand-duc de Toscane[1]) et du duc de Modène.[2]) La Lombardie resterait où elle est, elle est cédée à Votre Majesté. Mais ce serait aussi la solution la plus simple de la question Romaine et Napolitaine. Les Piémontais à Naples séparés de leur patrie par les armes de l'Autriche n'y resteraient pas deux mois. L'Autriche ferait la besoigne de Votre Majesté et la paix et la confiance seraient rendues au monde.“

Der Kaiſer drehte ſeinen Schnurrbart und ſagte: „Les Piémontais n'attaqueront pas, au moins pas cette année.“ Ich erwiderte: „Oui, Cavour et Victor Emmanuel,[3]) mais Mazzini[4]) et Garibaldi sont les maîtres de la position et ils feront ce qu'ils veulent.“ Ich erwähnte der Großherzogin Stephanie:[5]) „Et qu'elle m'avait léguée son affection pour Sa Majesté.“ Der Kaiſer ſagte: „Oh mon dieu, c'était une bien bonne femme, elle m'aimait beaucoup, quand est-elle morte?“ Ich erwiderte: Zu Anfang Januar 1860. Der Kaiſer entgegnete, indem er mit der Hand wiederholt über die Stirne ſtrich: „Oh c'est vrai! Mon dieu, je ne m'en souvenais plus, mais il me passent tant de choses par la tête. Oh! que le temps marche vite. Est-il possible? Déjà plus d'un an. Oh! mon dieu que d'événements depuis. Oh! mon dieu!“ Der Kaiſer ſah dabei aus wie ein Mann, der das ganze Gefühl ſeiner Sorgen und ſeiner Verantwortlichkeit in ſich trägt. Ich erzählte dem Kaiſer, daß ich ihn am Morgen habe vorüberfahren ſehen. Ein Arbeiter habe mich angehalten und habe mir mit einem gewiſſen Stolze geſagt: „L'avez vous vu, il conduit lui-même.“ Der Kaiſer lachte und erwiderte, es erinnere ihn das an eine Anekdote aus der Zeit ſeiner Präſidentſchaft. Die Nationalverſammlung habe ihm eine Erhöhung ſeines Präſidialgehaltes abgeſchlagen.

---

[1]) Leopold II., 1797—1870, entthront 1859.

[2]) Franz, 1819—1875, Gemahl der Prinzeſſin Adelgunde von Bayern, 1823—1914.

[3]) Victor Emanuel II., König von Italien, 1820—1878.

[4]) Giuſeppe Mazzini, 1805—1872, italieniſcher revolutionärer Agitator.

[5]) Großherzogin Stephanie von Baden, 1789—1860, Tochter Claudes Beauharnais, Adoptivtochter Napoleons I., Gemahlin des Großherzogs Karl I. von Baden.

Als er nun eines Tages selbst durch die Straßen kutschierte, habe eine alte Frau gerufen: „Ah! ce pauvre Président, ah! ces gueux de représentants, ils ne lui donnent pas même assez pour pouvoir payer un cocher.“ — Der Kaiser ging dann auf die Berliner Verhandlungen wegen eines Handelsvertrags über und drückte seinen Wunsch aus, daß derselbe zustande komme. Ich sagte, den Wunsch im allgemeinen teile gewiß jeder. Aber die Schwierigkeiten im einzelnen seien groß. Ich führte die Wein- und die Eisenzölle an. Der Kaiser erwiderte: Die Schwierigkeiten würden nur von den kleineren deutschen Staaten erhoben. Preußen zeige vollkommene Geneigtheit. Der Kaiser setzte hierauf seine tournée im Saale fort und kam am Schlusse noch einmal zu mir, reichte mir die Hand und sagte, daß er sich gefreut habe, mich zu sehen, und daß er mich beauftrage, „de dire mille amitiés de sa part au grand-duc.“ Ich dankte ihm für die Art, wie er mich empfangen habe. Er zog sich dann mit der Kaiserin zurück. Der Prince impérial war schon inmitten des Diners verschwunden.

30. April.

Ich hatte morgens $9^1/_4$ Uhr eine Audienz bei dem Großherzoge, der mein Verhalten in Baden durchaus billigte. Die Großherzogin meinte, ich hätte die badischen Minister in ihrer Verlegenheit stecken lassen sollen. Dadurch würde ich mir die Angriffe in der Presse erspart haben. Ich bestritt diese Ansicht aus dem Grunde freundnachbarlicher Rücksichten und weil ein Deutscher den anderen dem Franzosen gegenüber nicht im Stiche lassen solle.

14. Juli.

Nachmittags brachte mir Kanzleirat Kratz eine telegraphische Depesche des Fürsten v. Hohenzollern,[1]) wonach am Morgen 9 Uhr ein Mordversuch auf den König von Preußen gemacht worden war. Ein Leipziger Student Oskar Becker aus Odessa hatte in der Lichtenthaler Allee zu Baden-Baden mit einem Doppelterzerole aus nächster Nähe auf den König geschossen, aber nur den Rockkragen durchbohrt und den Hals kontusioniert. Graf Flemming,[2]) der den König begleitete, hatte den Mörder verhaftet. Ich schickte die Depesche sofort in das Schloß. Der Großherzog ließ mich rufen und beauftragte mich, am folgenden Tage nach Baden zu gehen, um den König zu beglückwünschen und Teilnahme auszusprechen. Die Großherzogin kam dazu und gab mir Aufträge für den König und die Königin[3]) von Preußen.

Baden-Baden, 15. Juli.

Ich reiste um 9 Uhr 43 Minuten nach Baden-Baden, wo ich um 1 Uhr ankam und im Hotel Viktoria abstieg. Ich ließ mich durch den Flügeladju-

[1]) Carl Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, 1811—1885, 1858 bis 1862 preußischer Ministerpräsident.

[2]) Preußischer Gesandter in Dresden.

[3]) Augusta, geb. Prinzessin von Sachsen-Weimar, 1811—1890.

tanten Prinzen von Hohenlohe[1]) bei dem Könige von Preußen und durch den Oberhofmeister Grafen Boos-Waldeck bei der Königin melden. Die Königin war zu angegriffen, um zu empfangen. Der König bestellte mich auf $4^1/_2$ Uhr. Ich besuchte vorher den preußischen Generalmajor Baron Manteuffel,[2]) den ich mit dem Geheimen Kabinettsrat Illaire im Englischen Hofe bei Tische fand und mit dem ich über sein Duell mit Herrn Twesten[3]) sprach. Dann besuchte ich noch den General v. Alvensleben.[4]) Der König empfing mich zugleich mit dem nassauischen Hauptmann und Flügeladjutanten v. Hadeln. Er war in einen grauen Sommerrock mit gelber Halsbinde gekleidet. Er sah etwas bleich und angegriffen aus und schien in der freien Bewegung seines Halses geniert. Er reichte mir mit gewohntem Wohlwollen die Hand. Ich richtete die Aufträge meiner Allerhöchsten Herrschaften in möglichst warmen Worten aus. Ich entschuldigte den Großherzog, nicht selbst geschrieben zu haben, mit der von seiner Masernkrankheit zurückgebliebenen Schwäche. — Der König trug mir auf, seinen Dank auszusprechen. Ich erwähnte, daß ich nun zum zweiten Male in dem Falle sei, mich Seiner Majestat infolge eines glücklich vereitelten Attentats vorzustellen. Der König sprach hierauf von den näheren Umständen dieses und des früheren Mordversuchs vom Jahre 1849. Ich sagte dann, wenn auch solche Verbrechen, wie ich hoffe und glauben wolle, auf ganz vereinzelten Entschlüssen beruhten, so seien sie doch immerhin der Ausfluß einer revolutionären Stimmung im allgemeinen, die ihren Ausdruck in der Presse und in Vereinen finde und dann die verbrecherischen Entschlüsse fanatischer Individuen hervorrufe. — Der König schien diese Worte als eine tadelnde Anspielung auf die liberale Politik Preußens zu betrachten und erwiderte mit Nachdruck, es sei viel besser, berechtigten Forderungen des Volkes zu entsprechen, als durch Repressionsmaßregeln, namentlich gegen Vereine, die öffentliche Stimmung nur noch mehr zu reizen. Diesen sehr direkten Angriff auf die Großherzoglich Hessische Regierung glaubte ich nicht unbeantwortet lassen zu dürfen. Ich sagte: Wenn in einem Lande, wie das Großherzogtum Hessen, die öffentlichen Einrichtungen denjenigen aller übrigen deutschen Länder, ohne Ausnahme, vorausgeschritten seien, so wüßte ich in der Tat nicht, welche berechtigte Forderung des Volkes man dort noch gewähren könne, ohne den unveräußerlichen Rechten der Krone zu nahe zu treten. Wer die Gesetze verletze, müsse bestraft werden. Das erfordere die Würde

[1]) Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, 1827—1892, Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I., Befehlshaber der Gardeartilleriebrigade 1866 und 1870/71.

[2]) Hans Carl Edwin Freiherr v. Manteuffel, 1809—1885. 1848 Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV., 1857 Chef des Militärkabinetts, 1865 Gouverneur von Schleswig, 1866 Führer gegen Hannoveraner und die Mainarmee, drängte 1871 Bourbaki über die Schweizer Grenze, 1879—1884 Statthalter von Elsaß-Lothringen.

[3]) Karl Twesten, 1822—1870. 1861 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1866 Mitbegründer der nationalliberalen Partei.

[4]) Gustav v. Alvensleben, 1803—1881, Befehlshaber des IV. Armeekorps 1870.

einer jeden Regierung. Beständige Nachgiebigkeit führe zu nichts. Der König entgegnete, in Preußen beachte man den Nationalverein gar nicht. Was bedeuteten 2000 Mitglieder desselben unter 17 Millionen Seelen? Wenn man verfolge, so mache man nur Märtyrer und gewähre dem verfolgten Vereine eine sich steigernde gefährliche Bedeutung. Ich erwiderte, in Preußen möge ein Verein, welcher für Preußen und dahin arbeite, dasselbe an die Spitze von Deutschland zu stellen, minder gefährlich erscheinen. Im übrigen Deutschland sei das anders. Übrigens möge man auch in Preußen auf seiner Hut sein. Die nächsten Kammerwahlen würden das beweisen. Ich könne mich nicht überzeugen, daß der Liberalismus und ein auf die Spitze getriebenes parlamentarisches System für Preußen passen. Der Staat sei durch den gerechten weisen Sinn und den eisernen Arm der Hohenzollern, namentlich durch Friedrich den Großen, mächtig und stark geworden und er werde es auch nur auf demselben Wege bleiben. Der König entgegnete: Friedrich der Große sei immer seiner Zeit vorausgegangen. Sein Arm sei kein eiserner gewesen. Von Übergriffen der Kammern zum Nachteile der Monarchie könne in Preußen keine Rede sein. Ich antwortete, Friedrich der Große würde sich mit streng parlamentarischen Formen schwerlich befreundet haben, wenn er auch ein sehr aufgeklärter Monarch gewesen sei. Seinem Arm könne man, wenn man ihn auch keinen eisernen nennen wolle, das Zeugnis großer Kraft nicht versagen. Was Seine Majestät über die Unmöglichkeit bemerkt hätten, daß preußische Kammern sich zum Nachteil der Krone Übergriffe erlauben könnten, hätte ich mit dankbarer Befriedigung vernommen. Seine Majestät hätten in dieser Beziehung allerdings bereits ein Beispiel von energischem Festhalten gegeben, indem Allerhöchstdieselbe den Widerstand der Kammern gegen eine Reorganisation des preußischen Heerwesens (der nach den Erfahrungen der Jahre 1849 und 1859 über die Schwierigkeit, auch nur 50 000 Mann rasch zu mobilisieren, ein sehr ungerechtfertigter gewesen) durch ein entschiedenes Auftreten besiegt hätten. Der König schien mich ganz mißzuverstehen. Er wurde heftig und sagte, er habe im Jahre 1859 vollkommen schlagfertig dagestanden, nicht mit 50 000, sondern mit 200 000 Mann, bereit, sich an den Rhein zu wälzen, während man im Süden Deutschlands das nämliche keineswegs von sich habe behaupten können. Meinen Vorwurf müsse er als ganz ungerechtfertigt zurückweisen. Ich entgegnete, daß es mir nicht in den Sinn gekommen sei, die Aufrichtigkeit der Absichten Seiner Majestät im Jahre 1859 und die Tüchtigkeit der Armee zu bezweifeln. Wenn aber die alte Einrichtung gut gewesen wäre, so würden Seine Majestät sie nicht mit großen Kosten geändert haben. Übrigens seien im Jahre 1859 die Truppen des Großherzogs, meines Allergnädigsten Herrn, so früh als nur irgendeine andere deutsche Truppe bereit gewesen, auf dem Schlachtfeld zu erscheinen.

Der König beruhigte sich bei meinen Worten nicht, sondern ließ seiner üblen Laune vollen Lauf. Er berief sich für das, was ich nach seiner Behauptung gesagt haben sollte, auf das Zeugnis des stumm und verwundert da-

stehenden Hauptmanns v. Hadeln. Ich bemerkte, ich sei trostlos über mein Unglück, entweder mich undeutlich ausgedrückt zu haben oder von Seiner Majestät vollkommen mißverstanden worden zu sein. Der König fuhr fort: „Die deutschen Fürsten sollten sich erinnern, was ich ihnen im verflossenen Jahre in Baden-Baden gesagt habe, als von dem König von Württemberg Maßregeln gegen den Nationalverein verlangt wurden. Ich hätte damals auf die Anerbietungen, die mir von gewisser (französischer) Seite her gemacht wurden, eingehen können. Ich habe das nicht getan, man weiß es recht gut, und dennoch begegnete man mir mit Mißtrauen."

Ich versetzte, daß man im Gegenteil den persönlichen Absichten und Ansichten Seiner Majestät überall mit dem größten Vertrauen, mit der größten Anerkennung entgegenkomme, und daß, wenn auch mitunter von dem preußischen Ministerium Vorschläge ausgingen, die Bedenken erregten, dadurch jenes Vertrauen nicht geschwächt werde. Der König rief hierauf: „Was mein Ministerium vorschlägt, das tut es auf meinen Befehl, und ich lasse eine Unterscheidung zwischen mir und meinem Ministerium nicht zu. Man verhandelt in Würzburg namentlich auch über einen gemeinsamen Oberbefehl über die vier Armeekorps der Mittelstaaten. Ich erkläre aber feierlich, daß ich nie zulasse, daß die beiden norddeutschen Armeekorps meinem militärischen Einflusse entzogen werden. Das können Sie (dabei wendete sich der König auch zu Herrn v. Hadeln, der fortwährend einen sprachlosen und verwunderten Zuhörer dieser Unterhaltung abgab) Ihren beiden Herren sagen!"

Hierauf wurde der König wieder ruhiger, er erzählte zur Bekräftigung dessen, was er über seine Absichten aus dem Jahre 1859 bemerkt hatte, Bruchstücke und Äußerungen aus der Zeit der Sendung des Erzherzogs Albrecht[1]) und des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz[2]) nach Berlin.

Dann wiederholte er seine Aufträge für meine Allerhöchsten Herrschaften, gab mir zum Abschiede abermals die Hand und fragte mich noch unter der Türe nach dem Befinden des Generals v. Schäffer.[3])

Am Abend ging ich in das Konversationshaus. Ich begegnete dort dem Gustave de Bussière, dann dem Grafen Waldstein.[4]) Später gesellte sich Herr v. Bismarck, der preußische Gesandte in Petersburg, zu uns. Der letztere sagte mir, halb scherzend: „Mein Gott, welche Unterhaltung haben Sie mit dem Könige gehabt. Der König war hinterher noch ganz aufgeregt. Er sagte, Sie hätten ihm von Politik zu reden angefangen und namentlich behauptet, der Nationalverein sei die Ursache des Attentats. Die Ärzte versichern, daß wenn der König übler werde, Sie dann daran schuld seien." Ich erwiderte,

[1]) Erzherzog Albrecht von Österreich, 1817—1895, Sohn des Erzherzogs Karl.

[2]) Alfred Fürst zu Windischgrätz, 1787—1862, unterwarf 1848 das aufständische Prag und Wien.

[3]) Friedrich Ferdinand Wilhelm, Freiherr v. Schäffer-Bernstein, 1790—1861. Seit Mitte der dreißiger Jahre hessischer Gesandter in Berlin, 1847 Generaladjutant Großherzog Ludwigs II., 1849 hessischer Kriegsminister.

[4]) Vielleicht Graf Joseph Waldstein, österreichischer Kämmerer.

der König selbst habe von Politik angefangen und ich würde sicher nie so töricht sein, zu behaupten, der Nationalverein habe den Mörder Becker abgeschickt.

Darmstadt, 16. Juli.

Morgens machte ich Herrn v. Hadeln einen Gegenbesuch, und er bestätigte, daß es der König gewesen sei, der gestern von Politik zu reden angefangen habe. Ich fuhr mit Herrn v. Bismarck und Herrn v. Hadeln bis Darmstadt.

Der erstere erzählte unterwegs viel von den russischen Zuständen, die er nichts weniger als rosenfarbig schilderte. Er sagte, der ganze russische Adel sympathisiere mit der polnischen Bewegung. Diese Herrn behaupteten, für das, was sie durch die Bauernemanzipation an politischen Rechten verloren hätten, gebühre ihnen eine Entschädigung, und diese Entschädigung könne nur in einer konstitutionellen Verfassung für Rußland bestehen. Bekomme nun Polen eine Konstitution, so könne man ihnen das nämliche nicht lange mehr vorenthalten. Die russischen finanziellen Zustände, fuhr Herr v. Bismarck fort, seien trostlos, und die Bestechlichkeit der Beamten von unten bis oben eine schamlose. Angestellte mit 800 Rubel Gehalt verbrauchten jährlich 40 000. — Ein Livländer seiner Bekanntschaft habe ein Gut gekauft. Bald nachher habe man demselben wegen eines Formfehlers den Besitz streitig gemacht. Er sei nun nach Petersburg gegangen und habe eine Eingabe an den Senat gerichtet, aber ohne Erfolg. Darüber habe er sich bei ihm, Herrn v. Bismarck, beschwert und um Unterstützung gebeten. Er, Herr v. Bismarck, habe den Rechtskonsulenten der Gesandtschaft befragt und dieser habe geantwortet, man müsse das jüngste Mitglied des Senats, welcher die Einläufe bei dieser Behörde zu distribuieren habe, bestechen, sonst werde die Sache ewig liegen bleiben. Der betreffende Livländer habe nun Scheu getragen, diese Bestechung, welche in 300 Rubeln habe bestehen sollen, direkt anzubieten. Der Rechtskonsulent habe nun die Sache eingeleitet. Der Livländer sei zu dem Senator gefahren. Der letztere habe demselben ein altes schlechtes Ölbild, den Einzug Karls XII. in eine livländische Stadt darstellend, für 350 Rubel zum Kauf angeboten. Der Kauf sei angenommen und sogleich vollzogen worden, und von dem Augenblicke an wäre die betriebene Rechtssache in Gang gekommen und nach dem Wunsche des Interessenten erledigt worden. Den ganzen Handel habe man aber in Petersburg darum angefangen, weil man erfahren, daß der Livländer Geld besitze und etwas bezahlen könne. Das alte Ölbild habe der Käufer als vollkommen wertlos seinem Portier in Petersburg geschenkt.

Herr v. Bismarck sagte mir weiter, er sei froh, in Petersburg zu sein. In Preußen rolle der Wagen die schiefe Ebene[1]) abwärts und so bliebe er diesem ganzen Treiben gewissermaßen fremd. Eine Änderung sei auch später nicht zu erwarten. Denn der Kronprinz[2]) kenne kein schöneres

[1]) Des Liberalismus. Es handelt sich um den Kampf des Abgeordnetenhauses gegen die Militärvorlagen des Königs.

[2]) Friedrich Wilhelm, 1831—1888.

Ziel, als einst im Staate eine Stellung ähnlich derjenigen seiner Schwiegermutter[1]) einzunehmen.

Petersburg, 8. August.

Unmittelbar von der Kaiserin ging ich zum Kaiser, welcher neben dem Appartement der Kaiserin wohnt. Der Kaiser war überaus herzlich. Er war im Überrock, reichte mir die Hand und sagte deutsch: „Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich Sie im Überrock empfange, aber ich betrachte Sie als einen alten guten Bekannten." Der Kaiser ließ mich dann neben sich an seinem Schreibtisch sitzen. Er sah wohl, aber doch etwas ernster und gealtert aus. Wir sprachen nur deutsch. Die Unterhaltung dauerte sehr lange. Ich sprach dem Kaiser von den erfreulichen Eindrücken, die ich in Livland empfangen hätte,[2]) eine Provinz, auf die der Kaiser unter allen Umständen zählen könne. Der Kaiser war bewegt und sagte: „Ich weiß es, aber Livland kann auch auf mich zählen."

Ich sprach dann von den Fortschritten der Revolution in Deutschland wie in Rußland. Ich bemerkte, wie unbegreiflicherweise eine Menge von Russen mit den polnischen Bestrebungen sympathisiere. Das beruhe aber nicht auf besonderer Liebe für die Polen, sondern auf der nicht unrichtigen Voraussetzung, daß wenn die Polen erst konstitutionelle Einrichtungen erlangt hätten, man eine gleiche Konzession den Russen nicht werde verweigern können. Solche Tendenzen seien aber für Rußland wahrhaft verderblich. Eine Verfassung für Rußland würde gleichbedeutend mit dessen Untergang sein, weil hier alle Voraussetzungen für eine solche fehlten. In Rußland gebe es vorerst kein Volk, sondern vorzugsweise nur Adel. Dieser Adel würde durch eine parlamentarische Vertretung allein gewinnen, er würde sie in seinem Interesse auszubeuten suchen und man würde wieder zum alten Strelitzenregiment in etwas veränderter Form zurückkehren, welches Peter der Große mit soviel Gefahr und Mühe beseitigt habe. Rußland sei groß geworden durch Peter I. und das Haus Romanow, und in diesem Herrscherstamm und in einer von demselben geführten monarchischen Selbstregierung liege die Bedingung für Rußlands Zukunft und Größe. Englische Einrichtungen und Verhältnisse passen nicht für Rußland. In England möge die bestehende republikanische Verfassung mit einem den Königstitel tragenden erblichen Präsidenten an der Spitze gut sein, Rußland würde dabei zugrunde gehen. Der Kaiser fiel ein: „Die Königin von England ist nichts als eine Puppe." — Ich sprach hierauf von meinen Unterhaltungen mit dem Kaiser Napoleon, von der gefährlichen Lage Deutschlands, von der dortigen revolutionären Partei, an deren Spitze leider zwei deutsche Fürsten gingen und hielt mit meinem Urteil über Preußen und seinen König nicht zurück. Ich fügte bei, daß es für die konservativen Monarchen hohe Zeit sei, zusammenzustehen und gegen den gemeinsamen Feind

[1]) Der Königin Victoria von Großbritannien.

[2]) Der Vater von Dalwigks zweiter Frau, Graf Wilhelm Casimir v. Dunten (1800—1878), war livländischer Grundherr.

Front zu machen. Der Kaiser war überall einverstanden. Ich dankte endlich dem Kaiser für das, was er für Eugen Dunten[1]) bisher und insbesondere nach dem schmerzlichen Verlust, welcher denselben getroffen, getan habe. — Der Kaiser entließ mich, indem er mir abermals herzlich die Hand reichte und hinzufügte: Ich nehme keinen Abschied, ich sehe Sie noch. — Im Vorzimmer des Kaisers fand ich den Grafen Alexander Adlerberg II[2]) und den Grafen Lamberg[3]), welcher im Begriffe war, auf seinen Posten nach Warschau abzugehen. Ich sagte dem letzteren: „Mes meilleurs vœux Vous accompagnent. Vous travaillez pour nous tous." —

Um 4 Uhr ging ich zum Fürsten Gortschakow,[4]) der zusammen mit dem Fürsten Trubetzkoi, Oberstthofmeister des Kaisers, morgens an meiner Türe gewesen war. Er empfing mich sehr artig. Ich sprach ihm von der Notwendigkeit eines festen Zusammenstehens der monarchischen Regierungen gegen die Revolution, die täglich größere Fortschritte mache. Es sei Zeit, alte Ressentiments, so gerechtfertigt dieselben auch sein möchten, zu vergessen und gegen den gemeinsamen Feind Front zu machen. Rußland, Preußen und Österreich seien natürliche Verbündete. Der Fürst fiel ein, indem er rief: „Je ne fais jamais une politique de ressentiment." „Aber," fuhr er fort, „die Heilige Allianz ist fortan unmöglich geworden. Rußland hat zuviel dabei geopfert" elle a été à la remorque du prince Metternich,[5]) „und es ist hohe Zeit, daß wir unsere Selbständigkeit behaupten und unsere Interessen verfolgen." Ich entgegnete, in Deutschland sei man stets der Ansicht gewesen, daß die Heilige Allianz vorzugsweise Rußland genützt habe und daß der Kaiser Nikolaus in derselben die erste Stimme geführt habe. Einige Opfer müßten natürlich, um eine solche Verbindung möglich zu machen, von allen Seiten gebracht werden, aber Rußland habe dieselben nicht allein gebracht. Der Fürst entgegnete, was würde es auch helfen, wenn wir uns mit Österreich verständigten. Dadurch würde Preußen nicht gewonnen sein. Ich erwiderte, Preußen würde einer Vereinigung von Rußland und Österreich sich nicht entziehen können. Es würde ganz von selbst kommen und bitten, der Dritte im Bunde sein zu dürfen. Der Fürst fragte hierauf, halb ironisch, ob ich den Grafen Thun[6]) schon gesehen hätte.

---

[1]) Dalwigks Schwager (1829—1895), der 1860 seine Frau verlor.

[2]) Generalleutnant, Generaladjutant des Zaren, Chef des Hauptquartiers und der Feldkanzlei.

[3]) Generalgouverneur von Warschau.

[4]) Alexander Michailowitsch Gortschakow, 1798—1883. 1850 russischer Bevollmächtigter am Bundestag, 1854—1856 Gesandter in Wien, 1856—1882 russischer Reichskanzler.

[5]) Clemens Lothar Wenzel Fürst Metternich, 1773—1859. Österreichischer Staatskanzler, dem es gelang, den Zaren Alexander I. immer weiter von liberalen Ideen zu entfernen.

[6]) Friedrich Graf v. Thun-Hohenstein, 1810—1881. 1850—1852 österreichischer Bundespräsidialgesandter in Frankfurt, 1852—1857 Gesandter in Berlin, 1857—1863 Gesandter in Petersburg.

Ich sagte allerdings, daß derselbe ein alter Freund von mir sei. Der Fürst fuhr fort: „Ich erkenne die Notwendigkeit eines unabhängigen selbständigen Österreichs vollkommen an." Als ich ihm dankte und bemerkte, ich nähme von diesem Zugeständnisse Akt, fuhr er fort: „Aber ich erkläre auf das Bestimmteste, daß Rußland für die Fortexistenz dieses Österreichs niemals die Waffen ergreifen wird." Ich entgegnete, das sei vorerst auch gar nicht nötig. Sobald die Welt die Überzeugung gewinne, daß die beiden großen Staaten einverstanden seien, würde schon unendlich viel erreicht sein, um die Revolution einzuschüchtern. Der Fürst sagte: „Aber was soll dann geschehen, um der Welt diese Überzeugung zu geben? Was möglich ist, ist geschehen. Wir sind ganz gute Freunde." Ich erwiderte, es fehlt nur, daß die Entente cordiale aufrichtig sei. Sobald man diese Überzeugung gewonnen hat, ist viel erreicht, und es scheint mir, daß es für einen solchen Zweck keiner vereinzelten positiven Handlungen bedarf. — Der Fürst sagte: „Was wollen Sie, Rußland besitzt nicht mehr sein früheres Ansehen, seine bloße Haltung würde auf die europäischen Parteien keinen großen Einfluß üben." Ich entgegnete: „Allons, Prince, soyez sincère, vous savez, que vous tenez toujours le globe dans la main." Der Fürst behauptete: Die deutschen Regierungen seien ihm persönlich ungünstig gestimmt. Ich erwiderte, daß er sich darin irre, sein Depeschenwechsel mit Herrn v. Beust während des italienischen Kriegs beweise gar nichts, das sei bloß ein diplomatisches Turnier gewesen. Die Ansichten, die Ratschläge und die Handlungen des Fürsten, den man in Deutschland hoch schätze und achte, seien überall von größtem Gewichte. Der Fürst möge die Wichtigkeit der dermaligen deutschen Zustände in ihrer Rückwirkung auf Rußland nicht verkennen. Schon der Sieg der Revolution in Italien habe sich in Polen bemerklich gemacht. Der Fürst sagte: „Wir werden das Königreich Italien nie anerkennen." Der sardinische Gesandte, Marquis Paoli, sei zu ihm gekommen und habe auf eine solche Möglichkeit angespielt. Er habe ihm geantwortet: „Mon cher Marquis, vous avez apparemment une dépêche dans votre poche, mais laissez la dedans, la chose est impossible, malgré toute notre bien-veillance pour votre gouvernement." Der Fürst gab mir schließlich eine Wiener Depesche des Herrn v. Balabine[1]) vom Juli zu lesen, welche durch die darin ausgesprochenen Sympathien für Ungarn merkwürdig war. Es wurde zugestanden, daß die Ungarn durch ihr seitheriges Verfahren dies Interesse Europas vielfach verloren hätten: Aber, heißt es am Schlusse: „Espérons que cette noble nation prendra un jour la place, qui lui revient." —

Da an diesem Tage keine kaiserliche Tafel war und ich keine Lust hatte, an der Marschallstafel in Peterhof zu speisen, so nahm ich die Einladung des Fürsten zu seinem Diner an. Es kamen noch der Fürst Trubetzkoi, ein der Gesandtschaft in Paris attachierter Pope und der Ministerialsekretär Hamburger nebst einem Kollegen.

---

[1]) Russischer Gesandter in Wien.

Darmstadt, 9. Oktober.

Pfordten, der den König Otto noch an die Eisenbahn begleitet hatte, kam um 8½ Uhr zu mir und teilte mir seine Ansichten über das Beustische Reformprojekt,[1]) welches er ebenso wie ich für bedenklich hält, ausführlich mit. Wir sprachen über die bedauerliche Haltung des Königs Max in den deutschen Angelegenheiten. Pfordten findet den König sehr deprimiert. Er sagte mir, daß er den König, der recht gut fühle, daß die Kammern Herren der Situation geworden seien, auf der Durchreise in Frankfurt im verflossenen Sommer aufzurichten und zu beruhigen versucht habe. Der König habe das auch wohl gefühlt. Er habe ihm beim Abschiede die Hand gereicht und gesagt: „Ich danke Ihnen, Sie haben mir wohl getan."

27. November.

Ich spedierte am Morgen mein Memoire[2]) über die Beustischen Reformvorschläge nach Wien.

Ich ließ den Legationsrat Hofmann[3]) rufen und sagte ihm das verdiente Lob über sein Promemoria, die deutsche Bundesreform betreffend, insbesondere teilte ich ihm die günstigen Äußerungen des Großherzogs mit.

10. Dezember.

Am Morgen hatte mir Graf Lützow eine sehr anerkennende Depesche seines Chefs, betreffend die diesseitige Begutachtung des Beustischen Reformprojektes geschickt.

17. Dezember.

Morgens Sitzung. Nachmittags hatte ich den Besuch des Barons Kübeck, dem ich ein baldiges Vorangehen in der Bundesreformfrage dringend empfahl. Er meinte, die Defensive habe auch ihre Vorteile, eine Ansicht, die ich hier in keiner Weise teile.

---

[1]) Siehe Beust: Aus Dreivierteljahrhunderten I, S. 279 ff.

[2]) Siehe Anlage 10.

[3]) Karl Hofmann, 1827—1910. Zuerst Rechtsanwalt in Darmstadt, dann im Staatsdienst und Rat im Ministerium des Auswärtigen, 1864 mit Beust auf den Londoner Konferenzen, seit 1866 hessischer Gesandter in Berlin, nach der Reichsgründung hessischer Staatsminister, preußischer Minister für Handel und Gewerbe, Präsident des Reichskanzleramts und Staatssekretär in der Regierung Elsaß-Lothringens; 1882 geadelt.

Anlagen 1861.

1.

Aufzeichnung für die Großherzogin.[1])

Darmstadt, 6. Januar.

Der große, längst vorbereitete Kampf zwischen der Revolution und der legitimen Ordnung ist im Begriffe überall auszubrechen. — Die Sonderinteressen der einzelnen Staaten, die Beziehungen der Regierungen untereinander, die Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen, die Wünsche der Völker, alles hat sich in jener furchtbaren Frage gelöst. Man streitet, man verhandelt, man bekriegt sich nur noch im Dienste der Revolution oder des konservativen Prinzips.

Den revolutionären Führern ist es gelungen, die alten Grundsätze von Recht, von Treue und Ehre noch weit mehr zu erschüttern, als dies zur Zeit des ersten praktischen Versuches im Jahre 1848 der Fall war. An die Stelle jener Grundsätze ist das Nationalitätsprinzip, die Volkssouveränität, getreten.

Revolutionäre Verbindungen mit teilweise bedeutenden Mitteln bestehen in allen Teilen Europas. Italien hat die Wirksamkeit derselben erfahren. Griechenland, die europäische Türkei, die Donaufürstentümer, Serbien und Ungarn sind zum nächsten Schauplatze ausersehen, und in Deutschland arbeitet ein Verein, der über sämtliche Bundesstaaten verbreitet ist, unter den Augen des Bundes und begünstigt von der Passivität fast sämtlicher deutscher Regierungen, öffentlich dahin, eine neue Verfassung einzuführen, mit welcher die Fortexistenz der deutschen Fürstenthrone schlechterdings unvereinbar ist.

Die europäischen Staaten haben sich in zwei Heerlager, in das revolutionäre und das konservative geteilt. Von Verträgen, von Recht ist keine Rede mehr. Man handelt nur nach Motiven des Eigennutzes oder der Furcht. England und Sardinien gehen offen mit der Revolution. Frankreich hat dieselbe in Italien gestützt, begünstigt sie in den Donauprovinzen und Ungarn, und würde ihr in Deutschland kein Hindernis in den Weg legen, weil dies das sicherste Mittel ist, in den Besitz der Rheinprovinzen zu gelangen. — Rußland fängt kaum an, zu begreifen, daß es seine Grenzen gegen die revolutionäre Pest nicht hermetisch verschließen kann, und Preußen, in welchem der Regierung der einheitliche Gedanke fehlt, in welchem jeder Minister wie der König selbst seine eigene Politik treibt, in welchem man nur über den einen Entschluß einig zu

[1]) D.-A. Vgl. Tagebuch 6. Januar 1861.

sein scheint, keinen Entschluß zu fassen, sieht man mit einer gewissen schadenfrohen Befriedigung auf das, was in den kleinen deutschen Staaten vorgeht, uneingedenk, daß einst auf den 6. ein 18. März gefolgt ist.

Österreich ist momentan viel zu sehr mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt und viel zu abhängig von dem guten Willen Rußlands und Preußens, als daß von seiner Haltung ein Schutz für die monarchischen Interessen in Deutschland zu erwarten wäre. — Das wird erst nach einem glücklich geführten Kriege wieder möglich sein.

Die rein deutschen Monarchien, einerlei ob größer oder kleiner, sind also dieser sie bedrohenden ungeheuren Gefahr gegenüber ganz auf sich selbst angewiesen. — Sie können ihre Rettung nur durch ein festes aufrichtiges Zusammenhalten, durch ein Fallenlassen aller partikularistischen Interessen möglich machen. — Sie müssen sich, und zwar rasch einigen:

1. Über die Anwendung und Organisation ihrer militärischen Mittel zur Abwendung revolutionärer Angriffe.

2. Über ihre Stellung im Bunde Österreich und Preußen gegenüber.

3. Über ihre Haltung gegen das Ausland, namentlich im Falle einer Bedrohung Österreichs.

4. Über die inneren Fragen angesichts der wachsenden Keckheit der organisierten und von einzelnen deutschen Fürsten[1]) bekanntlich protegierten Revolution. —

Dazu wäre ein baldiges Zusammentreten der Minister aller deutschen Souveräne, welche den Wunsch und den Mut haben, ihre Krone zu verteidigen, unerläßlich. Die Minister müssen mit ausreichenden Vollmachten versehen sein und ihre Konferenzen müssen sich periodisch, und außerdem so oft als ein genügender Anlaß vorliegt, erneuern.

Die Initiative zu dieser Maßregel, zu welcher freilich ein klares Erkennen der täglich wachsenden Gefahr und ein mutiger Entschluß gehört, gebührt Bayern, und das ist die große und schöne, aber freilich mit hoher Verantwortlichkeit verbundene Rolle, welche ihm dermalen von der Vorsehung zugewiesen ist.

Dauert die bisherige Haltung der deutschen Mittelstaaten fort, steckt auch ferner jede Regierung wie der Vogel Strauß den Kopf unter die Flügel, so ist das Los der deutschen Fürsten im glücklichsten Falle ein neuer Rheinbund unter französischem Protektorat.

2.

„Mittelrheinische Zeitung."

Wiesbaden, 6. Januar.

Die Reaktion der hessen-darmstädtischen Regierung hat abermals einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Ihr Gesandter am Bundestag hat in

[1]) Dalwigk hat den Herzog Ernst von Koburg im Auge.

ihrem Auftrag die Interpretation des Artikel 1 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1854 in Betracht auf den Nationalverein und gegen denselben gerichtet, beantragt. Nach diesem Artikel dürfen in Deutschland nur solche Vereine gebildet werden, die sich genügend ausweisen können, daß sie der „Sicherheit" des Staates nicht gefährlich werden. Wir interpretieren diesen Artikel dahin, daß der Ausschuß, dem dieser Antrag zugestellt worden ist, im Nationalverein keinen Verein erkennen wird, der staatsgefährliche Tendenzen verfolge. Das Programm des Nationalvereins ist bekannt, es will die Einheit Deutschlands erstreben, ohne daß die souveräne Gewalt der bestehenden deutschen Regierungen im Innern ihres Staates gefährdet werde. Der Nationalverein will das deutsche Volk unter ein Banner verschmolzen wissen, damit dasselbe in Gefahr der Not mächtig und stark sei gegen einen Angriff von außen. Ist dies staatsgefährlich? Es ist traurig, daß die hessen-darmstädtische Regierung in ihrem blinden Eifer für die Reaktion keine Grenze kennt und dadurch ihrem Landesherrn schlechte Dienste leister. — Die hessen-darmstädtische Regierung übertrifft in diesem Falle alles, was in Hannover und Kurhessen bis dato Volkswidriges geleistet worden ist. Was will sie mit dem Verbot des Nationalvereins erzielen? Glaubt sie etwa, daß andere Regierungen so verblendet sein werden, um ihrem Antrag beizustimmen? Wir glauben — nein.

3.

„Mittelrheinische Zeitung."

Wiesbaden, 9. Januar.

Aus Frankfurt wird der „Neuen Würzburger Zeitung" folgendes geschrieben: „Wie man aus der Stimmung der meisten Regierungen entnehmen kann, wird der großherzoglich hessische Antrag auf Unterdrückung des Nationalvereins am Bundestag mit Stimmenmehrheit durchgehen und dann ein Verbot des Vereins erfolgen. Anlaß zu dem so unerwartet erfolgten Antrage sind die letzten Nummern der „Wochenschrift des Nationalvereins" und die Demonstrationen zu Offenbach und Mainz für den Verein, der sich in Herrn v. Dalwigk den erbittertsten Gegner schuf."

Wir hoffen nicht, daß der hessen-darmstädtische Antrag durchgehen wird, ja wir bezweifeln sogar, daß derselbe je zur Abstimmung gebracht wird, weil weder die hessen-darmstädtische noch eine andere deutsche Regierung Ursache bekommen hat, den Nationalverein zu maßregeln. Lese man die Verhandlungen über die in Nassau bereits stattgehabten Versammlungen und man wird daraus ersehen, daß keine Haarbreite der Gesetze des Landes verrückt werden sollen. Was kann's uns kümmern, wenn Herrn v. Dalwigks Regiment einer harten Kritik verfällt. Gegen diese Kritik erschienen bereits zwei offiziöse Broschüren, die in der gestrigen Frankfurter Versammlung des Nationalvereins von Herrn Hofgerichtsadvokaten Metz auf die verdienteste Weise besprochen worden sind. Eine Regierung, die das Wohl ihrer Bürger und die eigene staatliche Existenz

erhalten will, hat an dem Nationalverein die sicherste Bürgschaft und beste Stütze. Wir bedauern, daß gerade Hessen-Darmstadt diejenige Regierung besitzt, der es angelegen zu sein scheint, alles zu tun, was heute dem gesunden Menschenverstande zuwider ist.

4.

Aufzeichnung Dalwigks für den Großherzog.[1])

Darmstadt, 8. Januar.

Wenn den deutschen Regierungen bei einem solchen Treiben der Anhänger des Koburgischen Vereins[2]) nicht die Augen aufgehen, so müssen sie mit vollkommener Blindheit geschlagen sein. — Man faßt bereits Beschlüsse, in denen man die Kompetenz des Bundestags normiert und denselben hindern will, seine eigenen Entscheidungen zu interpretieren. — Und dabei fordert man alle deutschen Bürger auf, dahin zu wirken, daß unser Antrag verworfen und in keinem deutschen Bundesstaate zum Vollzug gebracht werde.

In Rheinhessen hat man zahlreiche Beitritte zum Nationalverein dadurch ermöglicht, daß man den Leuten weisgemacht hat, sie würden, wenn sie ihre Unterschrift verweigerten, sich in den Verdacht französischer Sympathien bringen.

5.

„Darmstädter Zeitung."

Leitartikel wider die „Preußische Zeitung".

25. Januar.

Wir wünschen ein großes, kräftiges, einiges Deutschland mit übereinstimmenden Institutionen und mit voller Rechtsgleichheit der verschiedenen Stämme und Staaten. Wir wissen, daß diese unsere Hoffnung sich nicht erfüllen kann, wenn Preußen nicht mit uns Hand in Hand geht, aber wir sehen keinen Grund, Preußen vorzugsweise als „den natürlichen Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen" anzuerkennen. Wir betrachten die dermalige föderative Verfassung, trotz ihrer unverkennbaren Mängel, als die einzige vorerst mögliche. Wir wünschen, daß dieselbe allmählich ausgebildet, daß das gemeinsame Bundesorgan zu diesem Zwecke benutzt, daß also dessen Kompetenz nicht eingeschränkt, sondern im Geiste der Bundesfundamentalgesetze erweitert werde. — Wir sind der Ansicht, daß die deutschen Regierungen in allem, was die Nation mit Recht begehren kann, die Initiative ergreifen sollen, statt zu warten, daß ihnen durch äußere Umstände Konzessionen abgerungen werden. Wir haben die Anträge der Mittelstaaten auf gemeinsame Gesetzgebung, gemeinsamen obersten Gerichtshof, gemeinsame Heeresorganisation, gleiches Maß und Gewicht usw. mit Genugtuung begrüßt, und haben insbesondere von der wiederholten Erklärung der Großherzoglich Hessischen Regierung, daß sie

[1]) D.-A.

[2]) Des Nationalvereins.

eine Volksvertretung am Bunde und eine Zentralgewalt als ein Bedürfnis der Nation anerkenne, Akt genommen.

Die „Preußische Zeitung" glaubt nun, daß es dem Rechtsgefühl, dem Gewissen und dem natürlichen Verstande des deutschen Volkes widerspreche, wenn nationale Regungen heute verfolgt und unterdrückt werden sollten, die in leicht erkennbarer Verwandtschaft mit den Bestrebungen stünden, welchen auch die Regierung des Großherzogtums Hessen im Jahre 1849 beigetreten sei. Die Zeitung glaubt, daß Preußen sich selbst verleugnen würde, wenn es die Hand bieten wollte zur Verfolgung irgend welcher Vereine, welche sich vorgesetzt hätten, durch das Mittel der geistigen Arbeit und in den Schranken der bestehenden Landesgesetze für die Annäherung an das Ziel einer festeren Einigung der Nation zu wirken.

Wir könnten hierauf lediglich durch die Frage antworten, weshalb denn Preußen im Jahre 1849 in Baden mit den Waffen eingeschritten ist, während man dort erklärtermaßen nichts wollte als die gesetzliche Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, weshalb ferner auch in Preußen gewisse Vereine nicht geduldet, gewisse Journale unterdrückt werden, welche doch auch nur geistig arbeiten und nach dem Begriffe der „Preußischen Zeitung" nicht ungesetzlich wären, wenn man ihnen nicht speziell den Stempel der Ungesetzlichkeit aufgedrückt hätte. — Wir wollen aber statt dessen einfach erwidern, daß manche Dinge nicht ohne die größte Gefahr für Recht und Ordnung aus der Hand der Regierungen in die der politischen Parteien übergehen können, und daß das deutsche Volk in seiner Mehrzahl Rechtsgefühl, Gewissen und natürlichen Verstand genug besitzt, um zu begreifen, daß die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit liberaler Konzessionen von seiten der deutschen Fürsten zugunsten der Größe und Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes noch keinen politischen Vereinen, zumal solchen mit unklarem und wechselndem Programm, das Recht gibt, derartige Zugeständnisse im Wege der gesetzlichen Revolution, nach italienischem Muster herbeizuführen, ja daß solche Versuche notwendig zum Verderben des Vaterlandes ausschlagen müssen. — Das Großherzogtum Hessen hat seinerzeit Preußen zu einer Reform der Bundesverfassung bereitwilligst, aber unter ausdrücklichem Vorbehalte die Hand geboten. Es hat seine Hand zurückgezogen, als es sich überzeugt, daß jener Vorbehalt, die Einigung Deutschlands auf dem eingeschlagenen Wege herbeizuführen, nicht in Erfüllung gehe. Die Erinnerung der „Preußischen Zeitung" an diesen Versuch hat also nur historischen Wert und kann zu einer günstigeren Beurteilung von Parteibestrebungen in gleicher Richtung nicht beitragen.

Wir glauben hiernach konsequenterweise auch nicht, daß „die Tendenz, welche dahin zielt, den Bund zu einem obersten, „die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten beaufsichtigenden staatlichen Regiment umzugestalten," national schädlich wirke".

Wir glauben dies besonders dann nicht, wenn der Bund in allen seinen Mitgliedern von einem echt nationalen bundestreuen Geiste durchdrungen ist,

einem Geiste, ohne welchen keine Verfassung, welcher Art sie auch sei, heilsam zu wirken vermag.

Wir können ferner nicht, wie die „Preußische Zeitung" will, es lediglich dahingestellt sein lassen, ob ein einstimmig gefaßter Beschluß des Bundes einen vollgültigen Anspruch auf gesetzliche Geltung in denjenigen deutschen Staaten habe, von deren Regierungen er ohne Zustimmung der Landesvertretungen publiziert worden ist. Es hängt die Frage, ob ein Bundesbeschluß in einem deutschen Staate durch seine Publikation ohne weiteres gesetzliche Kraft erhält oder nicht, von den Einzelverfassungen ab, die in dieser Beziehung bekanntlich voneinander abweichen. Aber wir glauben, daß eine deutsche Regierung, zumal eine solche, welche einem Bundesbeschluß zugestimmt hat, wenigstens verpflichtet ist, den Versuch zur Erlangung der ständischen Zustimmung zu machen, sofern eine solche verfassungsgemäß erforderlich sein sollte.

Wir sind weit entfernt, mit der „Preußischen Zeitung" über den Standpunkt zu streiten, welchen sie der Königlich Preußischen Regierung zu demjenigen, was sie „nationale Bewegung" nennt, anzuweisen in dem Falle ist. Wir bekennen zwar, daß wir uns von einer Stellung, wie sie die „Preußische Zeitung" beschreibt, nämlich zwischen der „Rücksicht auf das seinerzeit Mögliche und Erreichbare", zwischen einer nicht undeutlichen Sympathie für die Kundgebungen des nationalen Bewußtseins und zwischen der eigenen Überzeugung von dem, was „an sich als das Heilsamste erscheinen möchte", für Deutschlands Zukunft keine großen Erfolge versprechen, und daß wir in gleichem Falle lieber versuchen würden, durch eine offene, an unsere Bundesgenossen gerichtete Erklärung aus einer so schwankenden Position herauszukommen, als das Geschäft des Ordnens der deutschen Angelegenheiten einem politischen Vereine zu überlassen.

Wir würden uns dabei zunächst bemühen, uns durch Förderung derjenigen deutschen Interessen, für welche praktische Erfolge sicher zu erreichen sind, als die „natürlichen Beförderer deutscher Einheitsbestrebungen" zu bewähren, statt solchen Bestrebungen überall fernzubleiben, wo sie sich durch das Organ des Bundes geltend machen wollen.

Indessen ist unsere Aufgabe an dieser Stelle vorzugsweise nur die, durch Berichtigung tatsächlicher Behauptungen auf den Tadel zu antworten, welchen die „Preußische Zeitung" über einen der Bundesversammlung noch zur Beratung vorliegenden, einfach die Erläuterung eines Bundesbeschlusses bezweckenden Antrag schon jetzt in so scharfer Weise ausgesprochen hat.

6.

Dalwigks Entwurf zu einem Programm für eine Konferenz der Minister deutscher Mittelstaaten.[1])

Vor allem dürfte die Frage zu erwägen sein, wie man sich gegenüber der Tätigkeit der in dem sogenannten Nationalverein verbundenen Preußischen,

[1]) D.-A. Es ist wohl vom Ende Februar zu datieren; s. Tagebuch vom 24. Februar.

Gothaischen und Demokratischen Partei zu verhalten habe. Die Bestrebungen des Nationalvereins sind um deswillen so gefährlich, weil er unter dem trügerischen Vorwande der Gesetzlichkeit und mit einem Programm von größter Dehnbarkeit und Zweideutigkeit eine Menge von Menschen heranzieht und seinem Zwecke dienstbar macht, die mit seinen wahren Tendenzen nicht einverstanden sind, und weil er Mittel gebraucht, denen man mit der einfachen Anwendung der bestehenden Gesetze nur schwer entgegentreten kann. Man wirkt dermalen erstens durch größere Vereinsversammlungen, die allmählich den Charakter von Volksversammlungen annehmen, und in denen Haß und Verachtung gegen den Deutschen Bund und Unzufriedenheit mit den bestehenden Regierungen in weiten Kreisen zu erwecken gesucht wird. Zweitens durch organisierte Bemühungen, die landständischen Wahlen im Sinne der Umsturzpartei zu leiten. Zu diesem Zwecke finden besondere Versammlungen und Besprechungen von Vereinsmitgliedern statt. Drittens durch Aufreizungen gegen die Minister der Einzelstaaten, welche es wagen, für die Interessen der Monarchie einzustehen. Das badische Beispiel war in dieser Beziehung ein ermunternder Vorgang. Viertens durch die Presse des Nationalvereins, insbesondere die „Koburger Wochenschrift", die neue „Frankfurter Zeitung", das „Frankfurter Journal", die „Rhein-Zeitung", denen sich eine Reihe von demokratischen Blättern aller Größen, z. B. die „Weserzeitung", die „Berliner Nationalzeitung", der „Nürnberger Anzeiger", der „Pfälzische Kurier" mit gutem Erfolge angeschlossen haben. —

Die aus dieser Tätigkeit für die deutschen Souveräne hervorgehende Gefahr ist größer als die eines offenen Aufstandes. —

Das fortgesetzte Bemühen, die Achtung vor dem bestehenden öffentlichen Rechte und vor der bestehenden Autorität, die Ehrfurcht vor den Souveränen und die angestammte Treue zu untergraben, die fortgesetzte straflose Verhöhnung alles dessen, was bisher als ehrwürdig und heilig galt, muß zum Verderben führen, wenn man nicht baldig ein Ziel setzt, wenn man den Massen, welche stets den Stärksten folgen, sowie der Umsturzpartei nicht beweist, daß die deutschen Souveräne noch Kraft und Mittel besitzen, um zu strafen, daß man seine Fürsten nicht bloß zu ehren, sondern unter Umständen auch zu fürchten hat. — Es wären also gemeinsame Verabredungen über das zu treffen, was in bezug auf politische Vereine, Volksversammlungen und die Presse geschehen soll. —

Ein zweiter Punkt wäre die Frage, was man zu tun hat, um Österreich, dessen Schwächung oder Untergang den Sturz der deutschen Einzelregierungen unausbleiblich nach sich ziehen würde, vor den ihm drohenden Gefahren zu schützen. Es würde dieser Punkt sowohl in bezug auf Österreichs innere Angelegenheiten als in bezug auf einen ihm in Italien drohenden Angriff zu erwägen sein.

Ein dritter Punkt wäre die Frage von der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Reform in der Bundesverfassung. Ich verkenne keinen Augenblick

die Schwierigkeit einer solchen und namentlich die Wahrheit, daß ohne guten Willen von seiten gewisser Staaten alle Reformen zwecklos sind, und daß bei allseitig guten und patriotischen Absichten auch die dermalige Bundesverfassung Gutes und selbst Großes leisten kann. Aber es wird immerhin nützlich sein, der deutschen Nation zu zeigen, daß es nicht die Mittelstaaten sind, welche sich einem jeden Versuche zu Verbesserungen systematisch widersetzen. Außerdem sind einzelne Gegenstände, die hiermit im Zusammenhange stehen, bereits vom Bunde in Anregung gebracht, namentlich die Frage von Reformen der Bundeskriegsverfassung und die Errichtung eines obersten Bundesgerichtes. Es würde von Nutzen sein, den dermaligen Stand dieser Fragen, die Schwierigkeiten, die sich bis jetzt der Ausführung der gemachten Vorschläge entgegengestellt haben, die Erheblichkeit der vorgebrachten Einwendungen gemeinsam in Erwägung zu ziehen. —

Viertens würden auch diejenigen Gegenstände zu beraten sein, deren gemeinsame Behandlung von einzelnen der konferierenden Regierungen noch weiter gewünscht werden sollte.

7.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, am 3. Mai 1861.

Freiherr v. Hügel hat mir die intime Korrespondenz zwischen den Königen von Preußen und Bayern im engsten Vertrauen mitgeteilt.

Es ist zu bedauern, daß Seine Majestät der König von Bayern sich nicht entschließen kann, einen wichtigen, die deutschen Angelegenheiten so nahe berührenden Schritt zu tun, ohne vorher in Berlin anzufragen.

v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Gelesen. Wasch mir den Pelz und mach mir ihn nicht naß.

Dmstdt. d. 4. 5. 61. Ludwig.

Erwiderung Seiner Majestät des Königs Wilhelm von Preußen auf die Anfrage Seiner Majestät des Königs von Bayern d. d. Berlin den 14. April 1861.

Diese Antwort auf Dein liebes Schreiben, bester Freund, vom 3. d. M. habe ich einige Tage verzögern müssen, weil sie mit dem Verlauf von Verhandlungen über schwebende militärische Fragen zwischen Berlin und Wien im engen Zusammenhange steht. Diese Verhandlungen sind — leider! — zum Stillstand gelangt, ohne den gewünschten Erfolg gehabt zu haben, obwohl auf dem Gebiet der Bundesmilitärfragen, die beiderseitige Auffassung sich in vielen Punkten sehr nahe gestanden hat.

[1]) Abschrift im D.-A.

Der uns von Deiner Regierung namens der übrigen an den Würzburger Konferenzen[1]) beteiligten Staaten mitgeteilte Konventionsentwurf war, wie Dir bekannt, ebenfalls Gegenstand der hiesigen militärischen Erörterungen. So sehr ich aber auch gewünscht hätte, dessen Beurteilung in den Beratungen selbständig zur Erledigung gebracht zu sehen, so war dies doch bei dem Gange, den die Verhandlungen mit Wien genommen, nicht durchzuführen. Deshalb wird meine Regierung auch nicht in der Lage sein, der Deinigen die Resultate einer gemeinschaftlich mit Österreich bewirkten Prüfung der Konvention mitzuteilen.

Diesseits ist letztere gleich nach ihrem Eingange vom rein militärischen Standpunkte aus geprüft worden. Das Ergebnis ist aber, wie ich Dir nicht verhehlen will, bezüglich des praktischen Wertes des Entwurfes kein günstiges gewesen. Die Durchführung seiner hauptsächlichsten Bestimmungen würde nach unserer Ansicht auch eine weit durchgreifendere Reform der Bundeskriegsverfassung in ihren organischen Teilen erfordern als die von mir als notwendig bezeichnete.

Bei der ernstlichen und unablässigen Fürsorge, die mich dafür erfüllt, daß ein Krieg Deutschland nicht unvorbereitet, sondern nach Möglichkeit organisiert treffe, habe ich auch diesen Punkt stets im Auge gehalten. Es wird mich deshalb sehr freuen, wenn die Verhandlungen, welche Du mit den an der Würzburger Konvention beteiligten Staaten fortzusetzen beschlossen hast, recht bald zu einer definitiven Verständigung über alle Maßregeln führen, welche die Schlagfertigkeit ihrer Kontingente zu erhöhen und zu sichern, die Mobilmachung zu beschleunigen und den Anschluß der Bundeskorps, namentlich des 7. und 8. untereinander (deren sich ein in Aussicht gestelltes österreichisches Armeekorps anzuschließen haben würde), im voraus in praktischer Weise vorzubereiten geeignet sind.

Der Zusammenschluß des 7. bis 10. oder des 7. bis 9. Bundeskorps zu einem Ganzen, unter besonderem Oberbefehl, halte ich für unausführbar, weil schädlich für die Einheit des Kommandos der Gesamtarmee, indem dem ersten strategischen Aufmarsch derselben dadurch sehr störend präjudiziert würde.

Aus diesem Grunde würde ich mich auch nicht mit der Designierung des 9. Bundeskorps zur Oberrhein-Armee einverstanden erklären können. Fragst Du mich daher in Hinsicht auf die von Dir beabsichtigten Verhandlungen nach meinem besonderen Wunsche, so hege ich den, daß man von solchen Plänen zurückkommen und sich so eng als möglich den früheren militärischen Dispositionen anschließen möchte, die wie die Punktationen von 1840 besonders in den Punkten, wo sie von den geographischen Verhältnissen bedingt sind, auf stabilen, auch jetzt noch zutreffenden Voraussetzungen beruhen. An jene Dispositionen

[1]) Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Darmstadt und Nassau hatten im August 1860 in Würzburg sich auf Vorschläge betreffend Reform der Bundeskriegsverfassung geeinigt. Siehe Sybel: Begründung des Deutschen Reiches II, S. 396 f. und: Herzog Ernst von Koburg, Aus meinem Leben III, S. 120 ff.

lehnte sich die im Sommer 1859 projektierte erste strategische Aufstellung, und in ihren Hauptzügen boten sie auch auf persönlichen Antrag des Kaisers Franz Joseph[1]) zu Töplitz im vorigen Sommer die Grundlage für die hiesigen Verhandlungen mit Österreich über eine Militärkonvention, die Euch seinerzeit mitgeteilt werden sollte.

Ich werde jederzeit gerne bereit sein, zu einer Verständigung in Verabredungen mit meinen Bundesgenossen die Hand zu bieten, welche auf analogen militärischen Dispositionen beruht.

Indem ich Dir herzlich danke, daß Du mich von Deinem Entschluß, mit den Staaten der Würzburger Konvention weitere Verhandlungen einzuleiten, freundlichst in Kenntnis gesetzt hast, darf ich es Deiner einsichtsvollen Beurteilung überlassen, ob und inwieferne etwa mein Dir eben angedeuteter Wunsch auf diese Angelegenheit einen Einfluß auszuüben geeignet ist.

Du wirst mich sehr freuen, wenn Du mir hierüber recht bald einige Zeilen zugehen läßt.

Schließlich pp. pp. gez. Wilhelm.

8.

„Wetterauer Bote."

9. Mai.

Gießen, am 7. Mai. Die auf gestern angekündigte öffentliche Versammlung von Mitgliedern des Nationalvereins, wurde schon am 4. d. M. mündlich und gestern schriftlich vom Großherzoglichen Kreisamt durch folgenden Erlaß verboten:

Das Großherzogliche Kreisamt eröffnet den Herren L. Petri, Hofgerichtsadvokat Pfannmüller II, Hofgerichtsadvokat Baist, Ferdinand Gail, J. Hannstein und E. Nagel, daß, wie ihnen bereits am 4. dieses mündlich ausdrücklich zu erkennen gegeben worden sei, die auf heute angekündigte öffentliche Versammlung nicht stattfinden dürfe. Es könne nicht zweifelhaft sein, daß somit das Verbot dieser Versammlung ausgesprochen worden sei. Zur Vermeidung jedweden Mißverständnisses werde ihnen dieses Verbot hierdurch wiederholt kundgegeben. Ihre versuchte Rechtsausführung könnte zu einer Zurücknahme der auf Grund des Art. 78 des Polizeistrafgesetzes von der Behörde in kompetenter Weise getroffenen Maßregeln keine Veranlassung darbieten.

gez. Küchler.

Überdies wurde allen bekannten Mitgliedern des Vereins folgendes gedruckte Verbot des Polizeikommissärs Nover ins Haus geschickt:

An Herrn . . . .

Das Großherzogliche Kreisamt Gießen hat die auf heute abend angekündigte öffentliche Versammlung von Mitgliedern des Nationalvereins, zu welcher jedermann Zutritt haben soll, verboten.

[1]) 1830—1916, regierte seit 2. Dezember 1848.

Da nun bekanntgeworden ist, daß auch Sie sich an dieser Versammlung beteiligen wollen, setzen wir Sie, der uns gegebenen kreisamtlichen Weisung zufolge, davon in Kenntnis, daß nach Art. 78 des Polizeistrafgesetzes jeder, welcher an dieser verbotenen Versammlung teilnimmt, in eine Strafe von 1 bis 20 Gulden verfällt.

Gießen, am 6. Mai 1861.

Großherzogliche Polizeiverwaltung.
Nover.

9.

Aus dem Entwurf eines Schreibens des Großherzogs an den König von Bayern.[1])

10. Mai.

Der resultatlose Ausgang der Berliner Verhandlungen über die Würzburger Militärkonvention wird auch Eurer Majestät die Überzeugung gewährt haben, daß für die gemeinsamen deutschen und mittelstaatlichen Interessen in Berlin nichts zu hoffen ist, solange man sich bloß auf den Weg der wohlwollenden und freundschaftlichen Verhandlungen beschränkt. Ein gemeinschaftliches, festes, bundesverfassungsgemäßes Auftreten der Mittelstaaten unter der Führung Bayerns ist allein imstande, die gute Sache, für die wir alle einstehen, zu fördern.

Ich bitte Eure Majestät, mit fester Hand die edle und große Aufgabe ergreifen zu wollen, welche Dir, als dem mächtigsten reindeutschen Fürsten, die Vorsehung zugewiesen hat. Du wirst Dir dadurch um Bayern, um Deutschland, um die Dir nahe verbündeten Fürsten unvergängliche Verdienste erwerben.

10.

Promemoria[2]) Hofmanns und Dalwigks vom 18. November 1861, betr. die Reform der Bundesverfassung; insbesondere die desfallsigen Vorschläge des Königlich sächsischen Staatsministers pp. Freiherrn v. Beust.

Ehe man auf die vorliegenden Reformpläne des Freiherrn v. Beust näher eingeht, möge es erlaubt sein, einiges über die allgemeinen Gesichtspunkte zu bemerken, von welchen die Großherzogliche Regierung bei Beurteilung der fraglichen Vorschläge und der auf Bundesreform gerichteten Bestrebungen überhaupt auszugehen haben dürfte.

Diejenigen deutschen Staaten, welche, wie das Großherzogtum Hessen, infolge politischer, geschichtlicher und geographischer Verhältnisse nicht in der Lage sind, als selbständige Mächte im europäischen Staatensystem aufzutreten,

[1]) D.-A.

[2]) Abschrift nach dem von Hofmann verfaßten, von Dalwigk redigierten Entwurf im Hessischen Staatsarchiv zu Darmstadt.

finden im Deutschen Bunde, der allen seinen Mitgliedern innere und äußere Sicherheit, Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit zusichert, die beste Gewähr ihrer Existenz und gedeihlichen Entwicklung. Eine Auflösung des Bundes würde die Lebensbedingungen dieser Staaten den größten Gefahren preisgeben.

Es muß daher jede Maßregel, welche den auf die Zerstörung des Bundes gerichteten Bestrebungen gegenüber dazu beitragen kann, das Bundesverhältnis für die Dauer zu erhalten und zu befestigen, im Interesse namentlich der mittleren und kleineren deutschen Staaten willkommen geheißen werden und eine Reform der Bundesverfassung, welche auf diesen Zweck gerichtet und denselben zu verwirklichen geeignet wäre, könnte im allgemeinen nur als höchst erwünscht betrachtet werden.

Eine solche Reform läßt sich aber hauptsächlich in zwei Richtungen denken, nämlich durch Erweiterung der Kompetenz des Bundes und durch veränderte Organisation der Bundesgewalt.

Die Kompetenz des Bundes und seiner Organe ist nach den bestehenden Bundesgrundgesetzen durch die Zwecke des Bundes bestimmt und begrenzt.

Darüber hinauszugehen und eine Reform der Bundesverfassung dadurch anzustreben, daß man von den einzelnen Regierungen noch weitere Opfer an ihrer Selbständigkeit dem Bunde gegenüber verlangt (wie es z. B. die Herzoglich Sachsen-Koburg-Gothaische Regierung in ihrer neulichen Erklärung am Bundestag getan), erscheint nicht gerechtfertigt. Man könnte auf diesem Weg allerdings eine kräftigere Zentralgewalt konstituieren, aber die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten würde dann durch den Bund selbst gefährdet sein, anstatt, wie es der Zweck des Bundes ist, durch denselben geschützt und gesichert zu werden.

So gewiß aber die einzelnen deutschen Staaten ein Interesse daran haben, ihre Selbständigkeit nicht weiter aufzugeben, als der Bundeszweck dies erfordert, so gewiß muß den Regierungen daran gelegen sein, daß diejenigen Opfer an Selbständigkeit, welche dem Bundeszwecke gebracht werden müssen und ohne welche der Bund überhaupt undenkbar wäre, nicht umsonst gebracht seien, d. h. daß diejenigen Befugnisse, welche von der Souveränität der Einzelstaaten auf die Bundesgewalt übertragen sind und deren Summe eben die Bundesgewalt ausmacht, in die Hände wirklich lebensfähiger und kräftiger Organe gelegt werden, weil es nur so möglich ist, daß jene Opfer unmittelbar dem Ganzen und hierdurch mittelbar wieder den einzelnen Teilen zugutekommen und sich lohnen.

Deshalb ist eine Revision der Bundesverfassung in bezug auf die Organisation der Bundesgewalt von den deutschen Regierungen selbst als ein Bedürfnis längst anerkannt.

Es sind hier folgende Punkte in Betracht zu ziehen:

1. Eine starke Exekutivbehörde zur Vollziehung der Bundesbeschlüsse usw.

Wenn bei der Konstituierung der beschließenden Bundesbehörde die Rücksicht auf die Verschiedenheit der realen Machtverhältnisse dem föderativen

Prinzip der Rechtsgleichheit aller Bundesglieder so, wie es in der Bundesakte bei der Stimmenverteilung im engeren Rat und im Plenum der Bundesversammlung geschehen ist, in weitreichendem Maße untergeordnet werden kann und muß, so versteht es sich von selbst, daß bei der Bildung einer kräftigen Vollzugsbehörde, deren Tätigkeit die Anwendung wirklicher Gewalt mit sich bringen soll, auch auf die wirklichen Machtverhältnisse mehr Rücksicht zu nehmen ist. In dieser Beziehung wird es sich namentlich fragen, ob und inwiefern den beiden deutschen Großmächten ein größerer, ihrer Machtstellung entsprechender Einfluß einzuräumen wäre. Doch müßte auch hier das föderative Prinzip des Bundes insofern gewahrt bleiben, daß den übrigen Bundesgliedern eine verhältnismäßige Beteiligung an dem Exekutivorgan zuständе, sei es auch nur etwa in der Weise, daß neben Österreich und Preußen ein Repräsentant der übrigen Staaten als drittes Mitglied in der Exekutive Platz fände, dessen Wahl nach dem Stimmenverhältnis im engeren Rat oder im Plenum oder in sonst geeigneter Weise durch die Regierungen der mittleren und kleineren Staaten zu geschehen hätte. Eine vermehrte Mitgliederzahl, etwa von fünf, würde zwar eine bedeutendere Beteiligung der letztgenannten Staaten möglich machen, in anderen Beziehungen jedoch mit Nachteilen und Schwierigkeiten verknüpft sein. Unter allen Umständen aber wird man darauf zu sehen haben, daß die Befugnisse der Exekutivbehörde auf den Vollzug der Bundesbeschlüsse, der Austrägal- (oder zukünftigen Bundesgerichts-) Urteile u. dgl. beschränkt bleiben und nicht, wie dies z. B. bei der auf den Dresdener Konferenzen projektierten Vollzugsbehörde vielfach der Fall war, in die Kompetenz der beschließenden Behörde, d. i. der Bundesversammlung übergreifen.

2. Eine weitere Einrichtung, welche bei einer Umgestaltung der Bundesgewalt zur Erwägung kommt, ist die Heranziehung der in den Einzelstaaten bestehenden Volksvertretungen zu der gesetzgebenden Tätigkeit der Bundesversammlung. Daß hierdurch, wenn mit der nötigen Vorsicht und Mäßigung zu Werke gegangen wird, eine Verstärkung der Bundesgewalt und somit eine Befestigung des Bundesverhältnisses selbst erzielt werden könnte, möchte nicht wohl zu bezweifeln sein. Aber auch hier würde man an dem föderativen Charakter aller Bundesinstitutionen festzuhalten haben. Diesem Charakter entspricht es, daß nur die konstituierten Gewalten der Einzelstaaten am Bunde vertreten sein können. Es würde also keine aus Urwahlen hervorgegangene Volksvertretung, sondern nur eine Versammlung von Abgeordneten der deutschen Ständekammern zur Teilnahme an den legislatorischen Arbeiten der Bundesversammlung berufen werden können.

3. Endlich gehört hierher noch die Errichtung eines Bundesgerichts, als eines weiteren Bundesorgans, welches den Zweck hätte, den öffentlichen Rechtszuständen Deutschlands eine neue, dauernde Garantie zu bieten. Die Zweckmäßigkeit bzw. Notwendigkeit einer solchen Institution ist von allen Seiten und namentlich auch von der Großherzoglich Hessischen Regierung so oft und laut anerkannt worden, daß man diese Sache, über welche bereits seit einiger

Zeit am Bunde verhandelt wird, hinsichtlich der Frage: ob ein Bundesgericht herzustellen sei? als für den diesseitigen Standpunkt entschieden ansehen kann.

Wenn hiernach eine in den angegebenen Richtungen sich bewegende Revision der Bundesgrundgesetze im allgemeinen als den Interessen des Großherzogtums entsprechend würde bezeichnet werden können, so fragt es sich doch, ob auch der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet erscheine, mit solchen Reformvorschlägen hervorzutreten.

In dieser Beziehung hat man von verschiedener Seite her sehr ernste Bedenken geäußert. Man hat behauptet, daß es der gegenwärtigen Zeit an der nötigen Grundlage fehle, um einen dauerhaften Neubau der Bundesverfassung auszuführen und man hat es für gefährlich gehalten, gerade in der jetzigen Zeit an den bestehenden Institutionen zu rütteln.

Das Gewicht der Gründe, welche dieser Meinung zur Seite stehen, läßt sich nicht verkennen, allein es gibt andere Betrachtungen, die wohl ebenso schwer und vielleicht noch schwerer wiegen und welche zu dem Schlusse führen, daß gerade die gegenwärtigen Zeitverhältnisse einer Initiative der Regierungen in der Bundesreformfrage nicht nur nicht entgegenstehen, sondern dieselbe sogar dringend fordern.

Zunächst wird man von der Voraussetzung ausgehen dürfen, daß bei einer solchen, von der bundestreuen Mehrzahl der deutschen Regierungen angeregten Revision der Bundesverfassung die Existenz und Fortdauer des Bundes selbst gar nicht in Frage gestellt und daß es sich nicht um die Lockerung, sondern um die Befestigung des Bundesverhältnisses durch eine kräftigere Gestaltung der Bundesgewalt in den oben angedeuteten Beziehungen handeln würde.

Für eine derartige Behandlung der Bundesreformfrage würde die größere Bewegung, welche sich seit einiger Zeit in der öffentlichen Meinung Deutschlands kund gibt, nur dann als ein Hindernis betrachtet werden können, wenn diese Bewegung bereits eine solche Gestalt angenommen hätte, daß die Regierungen nicht mehr imstande wären, in ruhiger Überlegung und mit freiem Entschlusse zu handeln.

Dahin aber ist man glücklicherweise noch nicht gelangt. Die Regierungen halten das Heft noch fest in der Hand und der Druck der öffentlichen Meinung ist noch nirgends so groß, daß er — vielleicht eine oder zwei Ausnahmen abgerechnet — einen übermäßigen Einfluß auf die Entschließungen der Gouvernements ausübte.

Wenn man freilich sicher wäre, oder nur mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussehen könnte, daß die Erregtheit der Gemüter sich bald von selbst wieder legen und der öffentliche Geist sich aus eigenem Antrieb wieder beruhigen werde, so möchte es wohl geraten erscheinen, diesen Zeitpunkt abzuwarten. Aber wer bürgt dafür, daß eine solche Wendung eintreten werde? Woher soll die Beruhigung kommen, wenn seitens der Regierungen nichts zu diesem Zwecke geschieht? Muß in diesem Falle nicht vielmehr ein Zunehmen der Bewegung erwartet

werden? Gerade dadurch, daß man die an sich als notwendig oder doch als nützlich anerkannten reformatorischen Maßregeln hinausschiebt, wird die Stimmung voraussichtlich nicht besser, sondern immer schlechter und zu einer billigen Aufnahme sachgemäßer Vorschläge immer weniger geneigt werden.

Gegen eine Politik des Abwartens dürfte schon der Umstand sprechen, daß diese Politik auch dort Eingang gefunden hat, wo man sich davon Erfolge verspricht, die keineswegs mit dem übereinstimmen, was den diesseitigen Interessen angemessen ist.

In diesen Zeiten der Gärung und Aufregung ist nichts gefährlicher als Untätigkeit der Regierungen. Gerade in solchen Zeiten muß das Volk den Zügel spüren, der es lenken soll, und die öffentliche Meinung wird unfehlbar in der Irre gehen, wenn ihr nicht durch die klare und bestimmte Bezeichnung dessen, was die Regierung will, der rechte Weg gewiesen wird.

Darin eben liegt das Bedenkliche und Krankhafte unserer Zustände, daß alle Welt die Unzulänglichkeit der Verfassung im Munde führt, daß die Organe der Regierungen selbst davon reden, wie wenig die Bundesinstitution den berechtigten Wünschen der Nation entspreche, und daß doch nirgends eine entschiedene Meinung über die Art und Weise der Besserung aufgestellt wird. Nirgends — außer vom Nationalverein und seiner Presse! Die Agitation dieses Vereins verdankt ihre bisherigen — im ganzen freilich sehr dürftigen — Erfolge zum großen Teil gewiß dem Umstand, daß kein positives großdeutsches Programm ihr gegenübersteht, welches den in der öffentlichen Meinung zahlreich vorhandenen, dem Nationalverein entgegengesetzten Elementen und ihrer Bewegung zum sicheren Ausgangs- und Stützpunkte dienen könnte. Ein rein passives Verhalten reicht hier offenbar nicht aus, und da, wie es scheint, Repressivmaßregeln gegen den Verein von seiten der Bundesversammlung nicht zu erwarten sind, so muß man seinen Druck auf die öffentliche Stimmung durch einen Gegendruck erwidern, wenn man nicht fortgeschoben sein will. Man muß eine bestimmte Lösung der deutschen Frage in Aussicht stellen, wenn man das Volk nicht glauben machen will, daß es nur eine solche Lösung, und zwar die vom Nationalverein empfohlene, gebe. —

Abgesehen von unseren inneren Zuständen, mahnt aber auch ein Blick nach außen dazu, die Hände nicht in den Schoß, sondern ans Werk zu legen. Die Vorsicht rät jedenfalls, sich auf gewaltsame Erschütterungen gefaßt zu machen und sich die Frage vorzulegen, ob der in letzter Zeit so emsig unterwühlte Bau des Deutschen Bundes diesen Erschütterungen gewachsen sein wird, wenn man ihn nicht beizeiten mit neuen Stützen versieht. Nach einer neuen europäischen Katastrophe könnte es für eine Bundesreform doch gar leicht zu spät sein!

Und wenn man die jetzige politische Lage nicht bloß in ihrer momentanen Bedeutung, sondern im Zusammenhang mit der Geschichte der letzten Jahrzehnte ins Auge faßt, so treten Gesichtspunkte hervor, welche es geradezu als die Aufgabe einer konservativen, die Erhaltung des monarchischen Prinzips

in den einzelnen deutschen Staaten bezweckenden Politik erscheinen lassen, nach einer Lösung des Problems zu suchen, wie auf den Grundlagen der bestehenden Ordnung der Dinge den Wünschen des deutschen Volkes nach einer kräftigeren, für die Dauer gesicherten Vertretung seiner Gesamtinteressen eine größere Befriedigung gewährt werden könne.

In den revolutionären Bewegungen, von welchen Europa seit 1789 periodisch erschüttert wird, sind zwei, sowohl nach ihrem Ursprung als nach ihren Wirkungen verschiedene Elemente hauptsächlich bemerkbar: das demokratische und das nationale. Das demokratische Prinzip, wie es seit der Französischen Revolution von dem politischen Radikalismus gepredigt wird, entstammt einer Geistesrichtung, welche sich fast auf allen Gebieten des menschlichen Denkens als unbeschränkte Geltendmachung des persönlichen Wollens und Meinens der Individuen gegenüber jeder auf Überlieferung beruhenden Autorität kund gibt. Wie auf religiösem Gebiet eine den Glauben vernichtende subjektive Kritik des Dogmas zum Atheismus geführt hat, wie in der Philosophie, in den Künsten und Wissenschaften der sogenannte Materialismus hervorgetreten ist, so erschien in der Politik die Lehre von der unbedingten Gleichberechtigung aller basiert teils auf dem neidischen Grundgedanken, daß jeder Mensch mit demselben Anspruch auf materiellen Lebensgenuß geboren werde, teils auf eine maßlose Überschätzung solcher individuellen Ansprüche gegenüber den unvergänglichen Interessen der von Geschlecht zu Geschlecht forterbenden Persönlichkeit des Staates.

Diese Lehre führt zunächst zur Vernichtung der Aristokratie, zur Monarchie auf „breitester demokratischer Grundlage", und von da notwendig zur Republik. Aber selbst eine Republik muß durch schrankenlose Anwendung des demokratischen Prinzips schließlich ruiniert werden. Denn die Demokratie zerstört den Staat selbst; sie löst den Organismus der bürgerlichen Gesellschaft in seine Atome auf, um dann auf eine rein mechanische, willkürliche und deshalb unmögliche Art den Staat von neuem zu konstruieren. Das demokratische Prinzip ist selbst da oder vielmehr gerade da, wo es zur Grundlage einer Verfassung, also zum formalen Recht wird, staatsgefährlich und führt in Ländern, in welchen die bürgerliche Gesellschaft nicht aus sehr gleichartigen Bestandteilen zusammengesetzt ist, notwendig zum Sozialismus und Kommunismus oder zu demjenigen Zustand, in welchem die bürgerliche Gesellschaft sich Glück wünscht, wenn ihr die rettende Tat einer militärischen Despotie zu Hilfe kommt. Das seinem Wesen nach nur negative und notwendig destruktive demokratische Prinzip taugt daher, namentlich in größeren Staaten, absolut nicht zur Grundlage eines gesunden Lebens.

Die nationale Idee dagegen hat mit der Staatsform nichts zu schaffen. Sie kann ebensowohl in der Monarchie als in einer Republik zur Geltung gelangen, und es gab und gibt Staaten genug, in welchen die Aristokratie die vorzügliche Trägerin des nationalen Gedankens war, respektive ist. Das nationale Gefühl ist seiner Natur nach positiven Inhalts und soweit es auf Tradition und

Geschichte beruht, konservativ. Es stammt aus derselben Quelle wie der Sinn für die Familie, für die Heimat. Eben deshalb ist das Nationalgefühl sehr wohl geeignet, einer starken Regierung und einem gesunden Staatsleben zur Grundlage zu dienen. Staatsgefährlich wird es nur da, wo es mit dem gegebenen formalen Recht in Widerspruch steht, während das formale Recht vielmehr an Stärke gewinnt, je tiefer es in dem Nationalcharakter eines Volkes wurzelt.

Diesen zwischen Demokratie und nationalem Prinzip offenbar vorhandenen sehr wesentlichen Unterschieden entspricht das Verhältnis, in welchem beide zueinander stehen. Wo durch die politischen Zustände das nationale Gefühl eines Volkes verletzt ist, da wuchern üppig die demokratischen Irrlehren. Je mehr dagegen ein Volk in seinem Nationalbewußtsein befriedigt ist, um so weniger findet die Demokratie Boden. Ja, die Erfahrung lehrt, daß ein Volk willig seine Freiheit opfert und die unbeschränkte Gewalt in die Hände der Regierung legt, wenn es hierin ein Mittel zur Erlangung nationaler Größe sieht.

In den revolutionären Bewegungen Deutschlands waren bisher demokratische und nationale Tendenzen stets vereinigt. Dem vereinten Angriff dieser beiden Elemente erlag im Jahr 1848 der Bundestag. Auch heute stehen die Regierungen einer solchen Vereinigung gegenüber, und wenn die gegenwärtige oppositionelle Bewegung auch noch lange nicht die Intensität derjenigen von 1848 und 1849 wieder erlangt hat, so ist doch ihr Umfang — darüber darf man sich nicht täuschen — bedeutend gewachsen; sie hat sich in Kreise verbreitet, denen sie früher fern lag. Sollte es daher auch nicht schwer fallen, einen etwaigen neuen Ausbruch, solange das Militär treu ist, rasch zu unterdrücken und die Ordnung wiederherzustellen, so wäre doch damit eine dauernde Beruhigung nicht erzielt. Demokratie und nationales Streben würden vereint emsig fortarbeiten und den bisherigen Erfahrungen zufolge nur immer weiter um sich greifen, um demnächst neue Erschütterungen hervorzurufen. Unter solchen Umständen aber liegt es nahe, an eine alte Maxime der politischen Strategie, an das „Divide et impera", an eine Sprengung der revolutionären Allianz zu denken. Mit der Demokratie ist natürlich kein Friede möglich. Eben deshalb gilt es, ihr die Waffe, die sie sich aus dem nationalen Gedanken geschmiedet hat, zu entwinden und sie selbst vermittelst dieser Waffe zu bekämpfen. Und hierzu sind, wie sich von selbst versteht, vorzugsweise die deutschen Mittelstaaten berufen, weil sie eben den Angriffen der unter dem nationalen Deckmantel steckenden Demokratie zunächst ausgesetzt sind.

Die Mittelstaaten haben übrigens außer der Demokratie noch einen anderen Feind, auf den man auch mit einem Wort hindeuten möchte. Es ist dies der Dualismus der beiden deutschen Großmächte. Was Preußen bei der Revision der Bundeskriegsverfassung vor kurzem beim Bund beantragte, war nach dem ursprünglichen Vorschlag nichts mehr und nichts weniger als die Teilung Deutschlands zwischen Österreich und Preußen in militärischer Beziehung. Man kann unmöglich wissen, ob nicht der Tag kommen wird, wo sich die deutschen

Mittel- und Kleinstaaten in der Lage befinden werden, gegen die Gefahren der „Mainlinie" auch an das Bewußtsein der nationalen Einheit im deutschen Volk zu appellieren, und es dürfte schon deshalb als ein Gebot der Staatsklugheit erscheinen, daß man sich dieses Nationalgefühl durch Befriedigung seiner Ansprüche soweit als möglich zum Freund mache.

Aber sind denn Konzessionen an das nationale Prinzip nicht ebenso verwerflich wie Konzessionen an die Demokratie? Müßten nicht die Mittelstaaten, um die nationalen Sympathien auf ihre Seite zu bringen, ihre Selbständigkeit und ihre ganze bisherige Politik in bezug auf Österreich sowie gegenüber den Nationalitätsbestrebungen der Nachbarvölker ein für allemal aufgeben?

Solche Einwürfe dürften nicht schwer zu widerlegen sein.

Zunächst verlangt das Nationalbewußtsein der Deutschen keineswegs den Einheitsstaat. Es schließt das Gefühl der Stammeseigentümlichkeit, der Besonderheit, nicht aus, denn es fließt aus derselben Quelle wie dieses.

Man wird überhaupt das Bewußtsein der *nationalen* Einheit, d. h. der Zusammengehörigkeit durch gleiche Abstammung, Sprache, Gesittung usw. nicht verwechseln dürfen mit der Forderung *politischer* Einheit. Diese Forderung ist es, welche die Selbständigkeit der Einzelstaaten in Frage stellt und Österreich ausschließen möchte; jenes Bewußtsein dagegen, wie es sich z. B. fast durchgehends auf den Volksfesten der letzten Jahre kundgegeben hat, erfaßt mit Vergnügen die einzelnen deutschen Stämme *als solche* und umschlingt sie *sämtlich* mit einem föderativen Band; es will also weder Besonderheiten aufheben, noch Österreich ausschließen. Das Arndtsche Lied mit seiner gründlichen Aufzählung aller *einzelnen* deutschen Völkerschaften und seiner auf das *Ganze* gerichteten Tendenz wird bekanntlich stets gesungen, sobald der nationale Enthusiasmus auf Schiller-, Schützen-, Sänger-, Turner- oder Philologenfesten seinen Gipfelpunkt erreicht hat.

Was aber die Italiener, Ungarn und Polen betrifft, so ist ein System nationaler Politik — das versteht sich von selbst — kein Gastmahl, zu welchem man auch die Nachbarn einlädt; es ist keine Theorie, für die man auf der ganzen Welt Propaganda machen möchte, wie sie die Demokratie mit ihren kosmopolitischen Prinzipien zu machen wünschen muß. Vielmehr hat jedes Volk seine besondere nationale Politik für sich, welche zum großen Teil darin besteht, auf Kosten anderer Völker bestimmte Interessen zu verfolgen. Das deutsche Nationalgefühl, sobald es nicht mehr durch die Verbindung mit der Demokratie verfälscht wäre, würde sehr bald (wie es zum Teil sogar jetzt schon der Fall ist), der Sympathie für Italiener, Polen usw. ein Ende machen, und seine Befriedigung vielmehr darin finden, daß diese Völker unter deutsche Macht gebeugt werden. Denn das ist's ja gerade, wonach dem wirklich nationalen Sinn am allermeisten gelüstet: Machtentfaltung gegen außen, kraftvolles Auftreten des eigenen Volkes als einer achtunggebietenden Persönlichkeit im Verkehr und im Kampf mit den anderen Nationen.

Man braucht das gegenwärtige Regime in Frankreich nicht in jeder Hinsicht als Muster zu betrachten und kann doch von ihm lernen, welche Stärke einer Regierung aus der Befriedigung des nationalen Bewußtseins, selbst der nationalen Eitelkeit des Volks erwächst und wie leicht es ist, mit der Demokratie, sogar wenn man ihr die Herrschaft verdankt, fertig zu werden, sobald man sich dabei auf eine kraftvolle, dem Nationalstolz schmeichelnde auswärtige Politik stützen kann.

Nun sind die deutschen Mittel- und Kleinstaaten freilich nicht in der Lage, eine solche Politik selbständig zu treiben. Um so mehr müßten sie sich angelegen sein lassen, dahin zu wirken, daß der Deutsche Bund eine Gestalt erlange, welche ihn zu einer kräftigen Aktion, namentlich auch gegenüber dem Auslande, befähigt.

Irrt man nicht, so liegt es auch ganz im Gebiete der auf eine regere, produktive Tätigkeit des Bundes gerichteten sogenannten Würzburger Politik, der deutschen Nation durch eine Reform der Bundesorganisation dauernde Garantien für eine wirksame Förderung und Vertretung der deutschen Gesamtinteressen nach innen und nach außen zu gewähren. Und wenn dies der Fall ist, so möchte mit desfallsigen Schritten nicht zu zögern sein. Denn es könnte doch wohl fast als ein Fehler betrachtet werden, wenn man seitens der sogenannten Würzburger Regierungen anderen Kabinetten den Vortritt bei den Anträgen auf Bundesreform, insbesondere auf Volksvertretung am Bund, überlassen wollte. —

Wie aus dem Vorstehenden erhellt, betrachtet man hier die Bundesreform keineswegs bloß als Agitationsmittel, sondern sie erscheint als eine sehr ernst zu ergreifende Aufgabe, um im konservativen Interesse das nationale Gesamtbewußtsein mit der in den einzelnen Staaten bestehenden monarchischen Ordnung wirklich und auf die Dauer auszusöhnen.

Wenn aber ein neuer, und zwar von den Mittelstaaten angeregter Versuch der Bundesreform, gleich den früheren, scheitern sollte, so würde denn doch immer der Vorteil erreicht sein, daß es sich abermals gezeigt hätte, wie es nicht die Interessen der auf die Vereinigung im Bunde geradezu angewiesenen Mittel- und Kleinstaaten sind, welche der Befriedigung der wahren nationalen Bedürfnisse im Wege stehen.

Die Großherzogliche Regierung hat bei Wiederbeschickung des Bundestags im Jahr 1850 „eine starke Bundesregierung, ein Bundesgericht und die Berufung von Vertretern der Nation zur Teilnahme an der Beratung über die wichtigsten Interessen“ als die „Basis der den Anforderungen der Nation entsprechend festzustellenden Bundesverfassung“ bezeichnet. Die Großherzogliche Regierung bleibt diesem Programm auch jetzt noch treu. Um so weniger kann daher irgendein Zweifel darüber obwalten, daß man sich diesseits dringend aufgefordert fühlt, erneuerten Anträgen anf Bundesreform, wenn sie von einer, das Bundesverhältnis in seinen Grundlagen festhaltenden, wahrhaft nationalen Politik diktiert sind, im allgemeinen mit Eifer zuzustimmen, unter Vorbehalt

natürlich der Geltendmachung abweichender Ansichten über die Vorschläge im einzelnen.

Das Reformprojekt des königlich sächsischen Ministers Freiherrn v. Beust charakterisiert sich im ganzen als ein Versuch, das Bundesverhältnis nicht durch Erweiterung der Kompetenz, sondern durch Umgestaltung der Organisation des Bundes, und zwar in der Weise zu kräftigen, daß die Bundesversammlung (freilich in einer fast bis zur Unkenntlichkeit veränderten Form) als Mittelpunkt der Bundestätigkeit beibehalten, neben ihr aber drei neue Organe, nämlich eine auf der Triasidee beruhende Exekutivgewalt, sodann eine Versammlung von Abgeordneten der deutschen Ständekammern und ein Bundesgericht geschaffen werden sollen.

In diesen Grundzügen stimmt das Projekt mit den oben angedeuteten allgemeinen Gesichtspunkten überein; sein näherer Inhalt aber gibt zu manchen erheblichen Bedenken Anlaß.

Die fraglichen Vorschläge, wie sie in der Anlage zu der königlich sächsischen Denkschrift d. d. Dresden, den 15. Oktober 1861, enthalten sind, beginnen mit einem erneuerten Gelöbnis der Bundesglieder, den in der Akte vom 8. Juni 1815 niedergelegten Bundesvertrag unverbrüchlich aufrechterhalten und beobachten zu wollen. Gleichzeitig soll jedoch „eine zeitgemäße Umgestaltung der Artikel IV, V, IX und X der Bundesakte" vereinbart werden.

(Daß auch noch einige andere Bestimmungen der Bundesakte als die hier zitierten und ebenso die betreffenden Bestimmungen der Schlußakte modifiziert resp. aufgehoben werden müßten, ist in den königlich sächsischen Vorschlägen zwar nicht ausdrücklich bemerkt, versteht sich aber nach deren Inhalt von selbst.)

Zur Wahrnehmung der Angelegenheiten des Bundes sollen nach dem Dresdener Projekt folgende Organe bestehen:

a) die Bundesversammlung.

Ihr wären untergeben:

aa) die Bundesmilitärverwaltung.

bb) die Bundeskanzlei.

b) die Abgeordnetenversammlung.

c) das Bundesgericht.

(Die neue Bundesexekutivgewalt ist an dieser Stelle, wiewohl sie offenbar hierher gehört hätte, in dem Reformplan nicht mit aufgezählt; sie erscheint erst ganz am Schlusse und wird gewissermaßen nur als Konsequenz der bezüglich der Bundesversammlung beantragten Änderungen in den Reformplan eingeführt.)

Nach dieser Aufzählung der Bundesorgane enthält das Reformprojekt nähere Vorschläge

a) bezüglich der Bundesversammlung.

Unberührt bleiben hierbei die bestehenden Bestimmungen

1. über die Kompetenz. Nur durch die für die Militärkommission in Anspruch genommene selbständigere Stellung und durch die Befugnisse der zu bildenden Bundesexekution würde die Kompetenz der Bundesversammlung Beschränkungen erleiden, von welchen weiter unten die Rede sein wird;

2. über die Formierung eines engeren Rats und eines Plenums, über die Verteilung der Kompetenz zwischen diesen beiden Formen der Versammlung, über das Stimmenverhältnis in beiden und über die Notwendigkeit der Einstimmigkeit resp. der Zweidrittelmajorität in gewissen Fällen. (Insbesondere ist auch Artikel IV der Bundesakte, welchen der Eingang des Reformprojekts unter den abzuändernden Artikeln aufführt, seinen wesentlichen Bestimmungen nach beibehalten.)

Die bezüglich der Bundesversammlung vorgeschlagenen Neuerungen beziehen sich vielmehr hauptsächlich nur auf folgende Punkte:

1. die Zeit,
2. den Ort,
3. das Präsidium des Bundestags.

Zu 1. Nach Artikel VII der Bundesakte ist die Bundesversammlung „beständig, hat aber die Befugnis, wenn die ihrer Beratung unterzogenen Gegenstände erledigt sind, auf eine bestimmte Zeit, jedoch nicht länger als vier Monate sich zu vertagen".

Auch die Wiener Schlußakte sagt in Artikel VII: die Bundesversammlung .... stellt den Bund in seiner Gesamtheit dar und ist das beständige, verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns.

Statt dessen soll nach den Vorschlägen des Freiherrn v. Beust die Bundesversammlung nur zweimal im Jahr, am 1. Mai und am 1. November, auf die Zeit von längstens vier Wochen zusammentreten.

Zu 2. Der Sitz der Bundesversammlung soll nach dem königlich sächsischen Projekt nicht mehr, wie in Artikel IX der Bundesakte bestimmt, in Frankfurt sein, sondern abwechselnd in Regensburg und Hamburg.

Zu 3. Das Präsidium würde nicht mehr, nach der Bestimmung des Artikel X der Bundesakte, von Österreich allein, sondern korrespondierend mit dem Wechsel des Sitzes der Bundesversammlung bald von Österreich und bald von Preußen geführt werden.

Diese drei Vorschläge stehen offenbar in engstem Zusammenhang miteinander. Es ist dabei bezüglich des Punktes 3 auf die Bereitwilligkeit Österreichs gerechnet, Preußen das Alternat im Präsidium zuzugestehen.

Daß die Königlich Preußische Regierung ein solches Zugeständnis gern akzeptieren würde, läßt sich nicht wohl bezweifeln. Eine andere Frage aber ist es: ob die übrigen deutschen Staaten sich zu einer solchen Änderung Glück zu wünschen Ursache hätten und ob dem Gesamtinteresse der Nation mit einer solchen formalen Anerkennung des Dualismus gedient wäre. Diesseitigen Erachtens dürfte hierauf mit Nein zu antworten sein. Will Österreich den Vorzug seines

ausschließlichen Präsidialrechts wirklich opfern, so muß Deutschland daran gelegen sein, daß das Präsidium überhaupt aufhöre, ein Privilegium dieses oder jenes Staates zu sein. Der Würde und dem Ansehen des Bundes würde es bei weitem am meisten entsprechen, wenn die Bundesversammlung ihren Vorsitzenden selbst aus ihrer Mitte auf eine bestimmte Reihe von Jahren erwählte. Will man aber nicht eine solche Einrichtung (die freilich auch ihre Schattenseite haben würde), sondern einen Turnus an die Stelle des österreichischen Präsidialrechts treten lassen, so möge dabei wenigstens nicht eine privilegierte Parität der beiden Großmächte, sondern die verhältnismäßige Gleichberechtigung sämtlicher deutschen Staaten in der Weise zugrunde gelegt werden, daß der Vorsitz zwischen Österreich, Preußen und einer von den übrigen Staaten zu bestimmenden Regierung alterniere.

Wenn man den Dualismus im Präsidium verwirft, so wird man auch einen Wechsel des Versammlungsortes zwischen Nord und Süd nicht billigen können. Das Dresdener Kabinett ist bei diesem Vorschlage von der Ansicht ausgegangen, daß ein solcher Wechsel „weit entfernt eine Scheidung von Norden und Süden zu bewirken, vielmehr geeignet sein werde, beide sich gegenseitig noch mehr zu befreunden und die Untrennbarkeit beider zu besiegeln". Aber eine solche Ansicht ist denn doch wohl zu problematisch, um die Bedenken aufzuwiegen, welche sich der projektierten Maßregel in mehr als einer Hinsicht entgegenstellen. Ein fester Sitz ist für die Autorität der Bundesversammlung jedenfalls ersprießlicher als das Wandern zwischen Regensburg und Hamburg; ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, welche hieraus für die Behandlung der Geschäfte entstehen müssen. Und wenn die königlich sächsische Denkschrift weiter sagt: daß es für die Bundesversammlung vorteilhaft sein werde, ihre Sitzungen anderswo abzuhalten als in der Eschenheimer Gasse, da auch Vorurteile im öffentlichen Leben zu berücksichtigen seien, so darf man wohl entgegnen, daß die Bundesversammlung, wenn sie sich, um Vorurteilen zu entgehen, gewissermaßen auf flüchtigen Fuß begeben wollte, schwerlich in der öffentlichen Meinung gewinnen würde und daß überdies niemand vorauswissen könnte, wie bald die Versammlung nach diesem System, sich auch in ihren neuen Lokalen zu Regensburg und Hamburg nicht mehr sicher fühlen möchte. — Im allerschlimmsten Fall müßte man doch an Frankfurt als der dritten Stadt im Turnus festhalten, schon um dem Gegensatz zwischen Nord und Süd die Spitze abzubrechen. Aber dann würde freilich das Wandern noch komplizierter. Deshalb dürfte es am besten sein, in der alten Krönungsstadt am Main zu bleiben, die als dritter Stützpunkt gegenüber den Schwerpunkten Wien und Berlin für das deutsche Gleichgewicht fast unentbehrlich ist.

Was endlich den weiteren Vorschlag betrifft, daß die Bundesversammlung nur zweimal im Jahr jedesmal vier Wochen lang tagen soll, so verspricht sich die königlich sächsische Denkschrift hiervon zunächst den Vorteil, daß das öffentliche Interesse, welches jetzt dem langsamen und unproduktiven Geschäftsgange der Bundesversammlung gänzlich fehle, einer periodischen, kurz

dauernden Session sich zuwenden und solchergestalt sich mit den Bundesverhandlungen befreunden werde. Es muß hierbei bemerkt werden, daß nach dem königlich sächsischen Projekt die zu dem Bundestag abgesandten Bevollmächtigten stets mit derartigen Instruktionen versehen sein sollen, um sofort in Beratung über den betreffenden Gegenstand treten und darüber abstimmen zu können. Zur Instruktionseinholung während des Bundestags soll kein längerer Termin als drei Tage bestimmt werden. Deshalb werden aktive Minister als die geeignetsten Persönlichkeiten zur Beschickung des Bundestags in den Motiven des sächsischen Entwurfs bezeichnet, ohne daß jedoch die Wahl anderer Personen ausgeschlossen sein soll.

Nun läßt sich allerdings nicht leugnen, daß wenn der Gedanke der Königlich Sächsischen Regierung vollkommen zur Ausführung gelangte, die zweimal im Jahr wiederkehrenden Bundestage durchschnittlich interessantere Sitzungen halten würden, als es jetzt die wöchentlichen Sitzungen der Bundesversammlung sind. Denn es würden sich in der Regel eine Reihe wichtiger Fragen auf die kurze Sitzungsperiode zusammendrängen, und es ist sicherlich leichter, die öffentliche Aufmerksamkeit zweimal im Jahr vier Wochen lang, als während des ganzen Jahres (die Ferien ausgenommen!) zu fesseln.

Aber man wird berechtigt sein, zu fragen, ob eine so rasche Erledigung der Geschäfte, wie sie das Dresdener Kabinett im Auge hat, in der Praxis nicht auf unübersteigliche Hindernisse steigen würde, und zwar gerade dann, wenn man die auf den Geschäftsgang bezüglichen näheren Vorschläge des königlich sächsischen Entwurfs in Betracht zieht. Danach sollen nämlich die Verhandlungsgegenstände *spätestens vier Wochen* vor Eröffnung des Bundestags bei der Präsidialregierung abgemeldet werden, welcher es obliegt, selbige sofort nach deren Eingang ohne Aufenthalt sämtlichen Bundesregierungen — bei Kurialstimmen der stimmführenden Regierung — mitzuteilen. Erwägt man nun, daß diese Mitteilung (namentlich wenn man sich auch die notwendige Vervielfältigung der eingegangenen Schriften als Sache des Präsidialhofs denkt) doch immerhin einige Zeit beansprucht, daß die meisten Anträge usw. mithin kaum vierzehn Tage bis drei Wochen vor Beginn der Sitzung in den Händen der Regierung sein werden, daß über die am Bund zur Verhandlung kommenden Gegenstände häufig ein Benehmen zwischen verschiedenen Landesbehörden nötig ist, ohne welches auch ein aktiver Minister als Bundestagsgesandter sich nicht für genügend instruiert würde halten können, so darf man kaum anders annehmen, als daß sich aus solchen Einrichtungen (zumal wenn man noch die projektierte Entfernung des Sitzes der Bundeskanzlei vom Versammlungsort des Bundestags in Betracht zieht) die mannigfachsten Verzögerungen und Verschleppungen notwendig ergeben müssen. Und wie, wenn erst *während* des „Bundestags" eine Frage auftauchen, eine Wendung eintreten würde, die neue Instruktionen nötig machte? Müßte dann nicht gerade die Entfernung der Minister von den Sitzen ihrer Regierungen hemmend einwirken und eine Instruierung binnen dreier Tage trotz aller Tele-

graphendrähte unmöglich machen? Man denke z. B. an den Fall, daß etwa in der holsteinischen Verfassungsangelegenheit eine Erklärung des dänischen Kabinetts von der Art, wie sie in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen sind, gegen das Ende der vierwöchigen Session eingebracht oder ein Ausschußvortrag in dieser Sache kurz vor dem Schlusse der Sitzungen erstattet würde. Nach der jetzigen Einrichtung könnte darüber binnen sechs bis acht Wochen Beschluß gefaßt sein; nach dem sächsischen Vorschlage wäre eine Vertagung auf sechs (oder wenn man genau sein will, etwas über fünf) Monate notwendig! Wie oft kann es außerdem vorkommen, daß Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungen, welche bei der ersten Behandlung einer Sache hervortreten, weitere Erörterungen und Verhandlungen vor der Beschlußfassung wünschenswert machen! In solchen Fällen würde, nach dem königlich sächsischen Projekt, die betreffende Angelegenheit vom Maibundestag auf den Novemberbundestag und von diesem vielleicht wieder auf den Mai verschoben werden müssen. Hieße das nicht die öffentliche Geduld auf die Folter spannen? Während jetzt doch wenigstens von acht zu acht Tagen ein Bundesbeschluß in wichtigen Dingen erwartet werden kann, so würden nach dem Dresdener Reformprogramm sechsmonatliche Pausen eintreten. Könnte man wohl mit Sicherheit erwarten, daß solche auf das Interesse des Publikums gezogene und von sechs zu sechs Monaten prolongierte Wechsel am Verfalltag endlich noch eingelöst werden würden?

Der Vorteil einer größeren Teilnahme der Presse und des Volks an den Bundestagsverhandlungen, welche sich das königlich sächsische Kabinett von dem hier in Rede stehenden Teil seines Projekts verspricht, dürfte daher wohl als illusorisch zu betrachten sein. Selbst wenn aber die vorausgesetzte Wirkung in der Tat einträte, so würde sie ohne Zweifel dennoch die Nachteile nicht aufwiegen, welche die fragliche Einrichtung in anderer Beziehung notwendig mit sich bringen müßte. Diese Nachteile bestehen hauptsächlich darin, daß es

1. zur Beschleunigung des Geschäftsganges, wie schon bemerkt, im ganzen unmöglich beitragen könnte, wenn statt einer (durch die Erledigung der vorliegenden Geschäfte bedingten) jährlichen Vertagung von höchstens vier Monaten, eine zweimalige unbedingte Vertagung von je fünf Monaten, also von zusammen zehn Monaten im Jahre stattfände.

Sodann ist

2. zu berücksichtigen, daß durch die Permanenz der Bundesversammlung ein beständiger Mittelpunkt für eine gewissermaßen persönliche Berührung der deutschen Regierungen, eine fortwährende Gelegenheit zum Meinungsaustausch durch die Bundestagsgesandten gegeben ist. In dieser Hinsicht wird namentlich die Tätigkeit der Bundestagsausschüsse (welche nach dem Dresdener Vorschlag ganz wegfallen würden) nicht unterschätzt werden dürfen. Schon mehr als ein scharfer Gegensatz — man erinnere sich z. B. der Verhandlungen über die Revision der Bundeskriegsverfassung — ist im Schoße der Ausschüsse gemildert und beseitigt worden. Diese Art der Vor-

bereitung der Bundesbeschlüsse, bei welcher die verschiedenartigen Interessen ihre Vertretung finden können, ist jedenfalls in formeller und materieller Hinsicht geeigneter, eine zweckmäßige Bearbeitung der Bundesangelegenheiten herbeizuführen und zur Versöhnung, zum inneren Frieden in Deutschland beizutragen, als wenn, wie es das königlich sächsische Projekt will, jedesmal eine einzelne Regierung mit der Erstattung des Gutachtens beauftragt werden sollte.

Freilich kann nicht geleugnet werden, daß durch die Beratung in den Bundestagsausschüssen schon manche Verzögerung hervorgerufen worden ist, die sich nicht durch das Bestreben, eine Ausgleichung bestehender Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen, rechtfertigen ließ. Allein um solchen Verschleppungen möglichst vorzubeugen, dazu genügen Änderungen des Geschäftsgangs, wie sie von der Bundesversammlung ohne weiteres bewirkt werden könnten. So steht z. B. nichts im Wege, jedesmal, wenn eine Sache an einen Bundestagsausschuß verwiesen wird, zugleich eine Frist für die Berichterstattung anzuberäumen, so daß der Ausschuß, wenn es ihm nicht möglich wäre, die Frist einzuhalten, mindestens die Gründe der Verzögerung anzugeben hätte.

3. Die Stellung der Bundesversammlung den übrigen Bundesorganen gegenüber würde durch die vorgeschlagene Beschränkung ihrer Sitzungszeit (zumal in Verbindung mit dem periodischen Wechsel des Ortes) voraussichtlich bedeutend herabgedrückt werden. Zehn Monate lang in jedem Jahr würden die Geschäfte in den Händen der ständigen Bundesorgane ruhen. Der jeweiligen Präsidialregierung würde die oberste formelle Geschäftsleitung und wohl auch die Unterhaltung des diplomatischen Verkehrs zustehen; die Präsidialregierung aber würde stets zugleich Mitglied der Exekutivgewalt sein, in welcher faktisch die ganze Macht des Bundes während der Vertagung der Bundesversammlung konzentriert wäre. Die Exekutive würde danach zur eigentlichen Bundesregierung, namentlich auch dem Ausland gegenüber, werden. Die periodischen Sitzungen des Bundestags, neben den ebenfalls von Zeit zu Zeit, und zwar ebenfalls nur in einem Hause stattfindenden Abgeordnetenversammlungen würden die Bundesversammlung nach und nach als eine bloße Repräsentation der sämtlichen einzelnen Regierungen gegenüber der Zentralgewalt erscheinen lassen und das deutsche Parlament mit Ober- und Unterhaus, das deutsche Parlament, von dem Freiherr v. Beust ausgesprochenermaßen nichts wissen will — es wäre tatsächlich hergestellt! —

Noch einen anderen Vorteil verspricht sich die Dresdener Denkschrift von der projektierten Einrichtung der periodischen Bundestage. Nämlich den, „daß während es in hohem Grade mißlich sein würde, eine Ministerkonferenz zu dem Zwecke zusammentreten zu lassen, um die Frage der Bundesreform zu erörtern, weil ein resultatloser Ausgang die Autorität des Bundes und der Regierungen nur kompromittieren könnte, hier ein Mittel zur Begegnung der Minister und zu direktem Ideenaustausch gegeben wäre, ohne jenen nachteiligen

Erfolg befürchten zu lassen, indem ein Resultat derartiger Besprechungen alsdann erfolgen könnte, ohne in bestimmte Aussicht genommen zu sein".

Wenn es hiernach scheint, als sollte die jetzt projektierte Bundesreform nur als Übergang zu weiteren Reformen in Aussicht genommen sein, so dürfte das Verhältnis des gewählten Mittels zu dem Zweck doch wohl nicht das richtige sein! —

Was ferner die der Bundesversammlung untergeordneten Organe betrifft, so schlägt das königlich sächsische Kabinett vor, daß

aa) der Bundesmilitärkommission neben ihrem bisherigen Geschäftskreise die selbständige Verwaltung des Bundeseigentums übertragen werde. Eine solche Änderung dürfte indessen dann nicht als hinlänglich motiviert erscheinen, wenn die Bundesversammlung ihren ständigen Sitz an demselben Orte wie die Militärkommission behält. Auch kommt in Betracht, daß es jedenfalls zweckmäßig ist, wenn das Finanzwesen des Bundes in einer Hand, also in der der Bundesversammlung konzentriert bleibt, was mit einer ganz selbständigen Verwaltung des Bundeseigentums, insbesondere der Bundesfestungen, durch die Bundesmilitärkommission nicht wohl vereinbar wäre. Dazu kommt, daß gerade hinsichtlich der Bundesfestungen (z. B. bei der Frage über Armierung u. dgl.) vielfach politische Rücksichten maßgebend sind, deren Beurteilung man der Bundesversammlung nicht wird entziehen wollen.

bb) Die Bundeskanzlei soll nach dem oftgenannten Projekt nur aus wenigen Beamten bestehen, welche „von Österreich, Preußen, Bayern und den übrigen Staaten im Turnus" ernannt würden. Es ist hier nur zu bemerken, daß, wenn die Bundesversammlung selbst ihre alte Gestalt behält, auch eine Änderung in den Verhältnissen der Bundeskanzlei nicht angezeigt sein wird.

b) Die Abgeordnetenversammlung soll nach dem vorliegenden Reformplan aus 128 von den Landesvertretungen gewählten Repräsentanten bestehen, von welchen 30 auf Österreich (d. h. auf die Landesvertretungen seiner deutschen Provinzen), 30 auf Preußen, 10 auf Bayern, je 6 auf Sachsen, Hannover und Württemberg, 5 auf Baden, je 4 auf Kurhessen und Großherzogtum Hessen fallen würden. Die Abgeordnetenversammlung soll nicht regelmäßig, sondern nur auf Beschluß der Bundesversammlung zusammentreten und sich lediglich mit den ihr von letzterer überwiesenen Gegenständen beschäftigen.

Die Einberufung der Abgeordnetenversammlung hätte jedesmal zu erfolgen, wenn es sich um die Ausarbeitung eines allgemeinen Gesetzes handelt, welches entweder in die Kategorie der allgemein nützlichen Anordnungen (Artikel 64 der Wiener Schlußakte) fällt oder auf der durch Artikel 2 der Bundesakte dem Bunde gestellten Aufgabe beruht.

Außerdem ist der Fall in Aussicht genommen, daß die Bundesversammlung sich veranlaßt fände, der Abgeordnetenversammlung als Vertreterin der deutschen Kammern, in Fällen außerordentlicher politischer Konjunkturen, von denjenigen Beschlüssen, wozu die Bundesversammlung sich geeinigt hat, Er-

öffnung zu machen und weitere Aufschlüsse zu geben bzw. ihre Kundgebung zu vernehmen.

Eine Kritik dieser Vorschläge im einzelnen dürfte hier weder nötig noch nützlich sein. Denn da es sich um Einführung eines ganz neuen Instituts handelt, so fehlt es an sicheren Anhaltspunkten zur Beurteilung, und es wird, wenn es zur Errichtung dieses Instituts überhaupt kommen sollte, das mehr oder weniger von politischen Konvenienzrücksichten abhängige Detail durch eine besonders dazu eingesetzte Bundeskommission zu bearbeiten und alsdann durch freie Verständigung unter den Regierungen zu vereinbaren sein. Hierbei möchte insbesondere auch die Frage zur Erwägung zu kommen haben, ob es nicht angemessen sein würde, für die Abgeordnetenversammlung das Zweikammersystem zu wählen, wodurch dann selbstverständlich eine größere Abgeordnetenzahl im ganzen bedingt und wohl auch eine namentlich den diesseitigen Ansprüchen mehr zusagende Abstufung im einzelnen möglich wäre.

Über die Art und Weise der Wirksamkeit des Abgeordnetenkongresses bei dem Zustandekommen allgemeiner Gesetze enthält das Dresdener Projekt folgendes:

Das Gesetz soll, nachdem es durch eine zur Ausarbeitung niedergesetzte Kommission von Sachverständigen vollendet worden ist und die Genehmigung der Bundesversammlung erlangt hat, der Abgeordnetenversammlung zur Annahme vorgelegt werden. „Als Kommissarien fungieren alsdann in der Abgeordnetenversammlung die Mitglieder der Kommission, welche mit der Ausarbeitung des Gesetzes betraut waren. Es kann jedoch die Bundesversammlung auch Kommissarien aus ihrer Mitte dazu delegieren." (Letzteres würde, wie sich wohl von selbst versteht, immer dann der Fall sein, wenn das Gesetz nicht durch eine Kommission von Sachverständigen, sondern durch einen Bundestagsausschuß entworfen worden ist, was z. B. bei den auf Artikel 2 der Bundesakte beruhenden Gesetze die Regel sein wird.)

„Der Gesetzentwurf," heißt es im königlich sächsischen Entwurf weiter, „kann (von der Abgeordnetenversammlung) entweder abgelehnt oder pure oder mit Amendements angenommen werden. In letzterem Falle reicht ihn die Kommission dem nächsten Bundestage mit einem Gutachten ein, worauf der Bundestag entweder die Genehmigung oder die Ablehnung des Entwurfs beschließt."

Es ist bei diesen Bestimmungen offenbar nicht die Absicht gewesen und konnte nicht wohl die Absicht sein, an dem bestehenden Verhältnisse zwischen der Kompetenz des Bundes und derjenigen der Landesgesetzgebungen etwas zu ändern. Denn sonst wäre nicht bloß die Bundesverfassung, es wären auch die Landesverfassungen zu reformieren. Jenes Verhältnis aber und somit auch die Stellung und der Wirkungskreis der projektierten Abgeordnetenversammlung ist verschieden, je nachdem es sich um solche Gesetze handelt, die unter die Kategorie der gemeinnützigen Anordnungen (Artikel 64 der Wiener Schlußakte) fallen oder um solche, die auf den in Artikel 2 der Bundesakte

ausgesprochenen Bundeszweck, namentlich die innere Sicherheit Deutschlands, Bezug haben.

Bei Gesetzen der ersteren Art fällt dem Bunde nur die Vermittlung zu. Die Bundesversammlung hat, wenn gemeinnützige Anordnungen bei ihr beantragt sind und sie die desfallsigen Vorschläge im allgemeinen für zweckmäßig und ausführbar hält, „die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die zu dem Ende erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämtlichen Bundesgliedern zu bewirken." Demgemäß haben Bundesbeschlüsse der hier bezeichneten Gattung keine zwingende Natur, und es bleiben deshalb auch die konstitutionellen Befugnisse der Ständekammern in den Einzelstaaten durch dieselben unberührt, d. h. die auf Veranlassung des Bundes ausgearbeiteten Gesetze müssen, wie es auch z. B. bei dem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch überall geschehen oder noch beabsichtigt ist, den Einzellandtagen zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden. Wenn bei Gelegenheit der Einführung des Handelsgesetzbuchs über Beeinträchtigung der ständischen Rechte geklagt worden ist, so handelt es sich dabei nicht um das formelle Zustimmungsrecht, sondern darum, daß die Stände in die Lage versetzt waren oder doch sein konnten, in materieller Hinsicht Bedenken zu unterdrücken, um das Zustandekommen eines allgemeinen deutschen Gesetzbuchs nicht zu vereiteln. Das materielle Prüfungsrecht der Stände von diesem moralischen Zwang (welchen sie sich übrigens selbst durch ihr Interesse an einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung freiwillig auferlegen und welchem, beiläufig bemerkt, die Regierungen so gut unterworfen sind wie die Stände) zu befreien, ist die hauptsächliche Aufgabe einer Vertretung der Ständekammern am Bunde. In diesem Sinne wird man namentlich auch die von dem letzten Juristentag in Dresden gewünschte Einrichtung aufzufassen haben. Ist das aber richtig, so folgt daraus, daß eben dieser Vertretung am Bund auch nur das materielle Prüfungsrecht, nicht aber ein für die Bundesversammlung resp. für die Einzelstaaten formell bindendes Zustimmungsrecht wird beigelegt werden können. Die Abgeordnetenversammlung in Frankfurt (denn dort wird dieselbe doch wohl ihren Sitz aufzuschlagen haben, wenn sie nicht auch ambulant sein soll, worüber sich in dem sächsischen Projekt keine Bestimmung findet) wird daher den Gesetzentwurf zu prüfen und auf Grund dieser Prüfung einen Beschluß zu fassen haben, welcher aber doch nur die Form eines Antrags an die Bundesversammlung haben kann, indem er sich entweder pure für oder gegen den Entwurf erklärt oder Abänderungen vorschlägt. Immer aber wird der Beschluß seiner Natur nach nur begutachtend sein können, weil die definitive Erklärung der Zustimmung oder Ablehnung den Einzellandtagen zusteht und weil ein doppeltes Veto, welches den landständischen Körpern einmal in ihrer Vertretung am Bunde und dann nochmals im Sonderlandtag beigelegt würde, nur zur Verwirrung führen könnte.

Dagegen würde es allerdings nützlich und für die volle Erreichung des Zwecks der beantragten neuen Institution sogar notwendig sein, wenn die

Regierungen übereinkämen, Gesetzentwürfe, welche die Zustimmung der Abgeordnetenversammlung am Bunde gefunden haben, ihren Partikularständen nur zur Annahme oder Ablehnung vorzulegen, natürlich insoweit, als ein solches Verfahren nicht etwa mit Bestimmungen der Landesverfassungen im Widerspruch wäre.

Anders als mit den bisher besprochenen, unter den Begriff gemeinnütziger Anordnungen fallenden allgemeinen Gesetze, verhält es sich mit Bundesbeschlüssen, welche Maßregeln zum Gegenstand haben, die zur Erfüllung des Bundeszwecks, namentlich für die innere Sicherheit Deutschlands notwendig sind (z. B. Preßgesetz, Vereinsgesetz). Solchen Beschlüssen muß vom Standpunkte des Bundesrechts aus eine zwingende Natur, eine für die partikulären Staatsgewalten unbedingt verbindliche Gültigkeit beigelegt werden. Insbesondere kann deshalb solchen Beschlüssen gegenüber ein Veto der Einzellandtage wenigstens theoretisch nicht statuiert werden. Hier wäre demnach durch ein Votum decisivum der Vertretung der Ständekammern am Bund das Mittel gegeben, ärgerlichen Konflikten zwischen der Bundesgewalt und den ständischen Prärogativen der Einzellandtage vorzubeugen und das konstitutionelle Staatsrecht der Einzelstaaten mit dem Bundesrecht in besseren Einklang zu bringen. Freilich werden die größeren Staaten, welche bisher eine unmittelbare, von der Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren des einzelnen Landes unabhängige Wirksamkeit der Bundesbeschlüsse nicht anerkannt haben, auch fernerhin auf diesem Widerspruch beharren, allein es wäre doch immerhin durch die in Rede stehende Einrichtung eine vorhandene Anomalie wenigstens teilweise gehoben und zugleich eine größere Wahrscheinlichkeit dafür geboten, daß die unter Zustimmung des Repräsentantenkongresses gefaßten Bundesbeschlüsse in allen Bundesstaaten gleichmäßig zur Wirksamkeit gelangen würden.

Im allgemeinen unterliegt es gewiß keinem Zweifel, daß es nötig ist, für die Wirksamkeit der Abgeordnetenversammlung feste, genau markierte Schranken zu errichten. Allein wenn man nicht von vornherein und mehr als nötig die Keime der Zwietracht und des Kampfes in das neue Institut hineinzulegen gewillt ist, so dürfte es geraten sein, diese Schranken nicht allzueng, sondern vielmehr so weit zu ziehen, als es der föderative Charakter des Bundes zuläßt. Gerade auf dem hier in Rede stehenden Gebiet sind halbe oder Scheinkonzessionen überaus gefährlich, und es ist, wenn man in der fraglichen Beziehung eine bleibende Einrichtung überhaupt gründen will, besser, dieselbe sogleich mit denjenigen Attributen zu versehen, welche man ihr überhaupt zugestehen kann, als daß man sich anfangs allzu ängstlich benimmt und nach und nach von einer Konzession zur andern drängen läßt. Es möchte sich in dieser Hinsicht namentlich auch fragen, ob man der Abgeordnetenversammlung nicht einen gewissen Einfluß auf das Finanzwesen des Bundes einräumen könnte und sollte. Denn es läßt sich wohl nicht verkennen, daß wenn einmal eine Vertretung der Kammern am Bund als dauerndes Institut geschaffen wäre, der bisherige Zustand, wonach jede einzelne Regierung in ihrem Staatshaushalt an die verfassungs-

mäßige Mitwirkung der Stände gebunden ist, die im Bund repräsentierte Gesamtheit der Regierungen aber ohne alle ständische Kontrolle über die finanziellen Kräfte der Nation verfügt, sehr bald als eine auf die Dauer nicht haltbare Anomalie betrachtet werden würde. In dem Münchener Entwurf einer deutschen Bundesverfassung vom 27. Februar 1850, welchem Österreich bekanntlich damals beistimmte und welcher auf dem Grundgedanken beruhte, den Charakter des Deutschen Bundes als eines Staatenbundes festzuhalten und keinen Bundesstaat daraus werden zu lassen, war die Zustimmung der Nationalvertretung (welche beiläufig bemerkt, aus einer Versammlung von 300 Mitgliedern, nämlich 100 für Österreich, 100 für Preußen und 100 für die übrigen Staaten bestehen sollte) zur Feststellung der Bundesausgaben und der zu erhebenden Matrikularbeiträge für notwendig erklärt. Bei einer solchen Einrichtung würde freilich auch eine periodische Einberufung der Abgeordnetenversammlung und die Einführung einer Budgetwirtschaft am Bunde nötig sein. Aber gerade von diesen beiden Maßregeln dürfte viel eher eine Kräftigung als eine Schwächung der Bundesgewalt und somit des Bundesverhältnisses selbst erwartet werden können.

c) Über das Bundesgericht enthalten die königlich sächsischen Vorschläge keine näheren Details, weil „der seit fast zwei Jahren zu erwartende und wohl nun hoffentlich bald zu gewärtigende Bericht des Bundestagsausschusses über den einschlagenden Vorschlag der Großherzoglich Badischen Regierung hierüber Material genug an die Hand geben" werde. Indessen ist doch der Zusammenhang, in welchem das Dresdener Projekt des Bundesgerichts Erwähnung tut, nicht ganz ohne Bedeutung. Es wird nämlich da, wo von der Tätigkeit der Bundesversammlung die Rede ist, unter anderem bemerkt: „Handelt es sich dabei (d. h. bei den an den Bund gelangenden Beschwerden, Reklamationen und Gesuchen) um streitige Rechtsfragen, so hat die Bundesversammlung, sobald sie die Kompetenz des Bundes in der Sache anerkennt, die Entscheidung dem Bundesgerichte zu überweisen." Hierin liegt, wie es scheint, der Grundsatz ausgesprochen, daß das Bundesgericht nur zufolge eines Beschlusses der Bundesversammlung seine Zuständigkeit in jedem einzelnen Falle ausüben könne — ein Grundsatz, der seine sehr bedenklichen Seiten hat. Denn das Bundesgericht muß als ein von der Bundesversammlung möglichst unabhängiges Organ dastehen, wenn es seinen Zweck erfüllen soll. Dieser Zweck ist die Befestigung des Vertrauens in die öffentlichen Rechtszustände Deutschlands. Will man diesen Zweck mit vollem Ernst, so wird man sich auch der Erwägung der Frage nicht ganz entziehen können, ob es, um jenes Vertrauen (und zwar namentlich da, wo es sich um Verfassungsstreitigkeiten in den einzelnen Ländern handelt) wirklich herzustellen, nicht nötig sein werde, den Ständen eine gewisse, wenn auch indirekte Mitwirkung bei der Besetzung des Bundesgerichts, etwa in der Art einzuräumen, daß die Stände der einzelnen deutschen Staaten eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern des obersten Gerichtshofs im Lande der Regierung vorschlügen, damit diese hieraus

denjenigen oder diejenigen wähle, welche sie als Mitglieder des Bundesgerichts zu ernennen das Recht hat. Man deutet diesen Punkt hier nur an und verkennt keineswegs die großen Bedenken, die sich daran knüpfen können! —

d) Über die Exekutivgewalt geht der königlich sächsische Entwurf, wie bereits oben bemerkt, sehr kurz hinweg. Er sagt nur: in der Zwischenzeit von einem Bundestage zum anderen solle eine Bundesexekutivgewalt in Wirksamkeit treten. „Diese Exekutivgewalt legt der Bund in die Hände Ihrer Majestäten des Kaisers von Österreich, des Königs von Preußen und eines dritten Bundesfürsten, welcher in Vollmacht sämtlicher übrigen Bundesstaaten handelt." Die Frage, ob die Beauftragung dieses dritten Mitglieds im Wege einer Wahl oder im Wege eines Turnus oder wie sonst zu bewerkstelligen sei, ist weiterer Verständigung vorbehalten.

Über die Art und Weise, wie die mit der Exekutivgewalt zu betrauenden drei Souveräne vertreten sein und zusammenwirken sollen, über den Sitz der neuen Behörde, die, um ihren Zweck vollständig zu erfüllen, nicht allein mit der jeweiligen Präsidialregierung, sondern auch mit der Bundesmilitärverwaltung und der Bundeskanzlei in unmittelbarem und beständigem Verkehr stehen müßte, ist in den königlich sächsischen Vorlagen nichts bemerkt.

Was den Wirkungskreis der Exekutivgewalt betrifft, so soll dieselbe zunächst „für den Eintritt außerordentlicher politischer Konjunkturen mit ausgedehnter Vollmacht des Bundes ausgestattet" und in diesen Fällen berechtigt sein, „die Ergreifung entsprechender Maßregeln, namentlich in militärischer Beziehung, anzuordnen und ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten."

Außerdem soll es der Exekutive zustehen, über die Ausführung der auf dem Bundestage gefaßten Beschlüsse zu wachen und die dazu nach Befinden nötigen Maßregeln anzuordnen. Dies würde insbesondere da gelten, wo der Bund eine Einleitung des Exekutivverfahrens beschlossen hätte. —

Es ist bereits oben darauf hingedeutet worden, wie eine mit solchen Befugnissen ausgestattete Exekutive, neben einer nach dem königlichen sächsischen Reformplan umgestalteten Bundesversammlung, allmählich zur eigentlichen Inhaberin der Bundesgewalt werden müßte.

In dieser Beziehung dürften noch folgende Bemerkungen hier am Platze sein. Der sächsische Entwurf spricht von ausgedehnten Vollmachten für den Eintritt außerordentlicher politischer Konjunkturen. Allein auch abgesehen von solchen außerordentlichen Konjunkturen, können Fälle eintreten, in welchen während der zweimal im Jahre wiederkehrenden fünfmonatlichen Vertagung der Bundesversammlung Beschlüsse gefaßt werden müssen, die nicht bis zum nächsten „Bundestag" verschoben werden können. In solchen dringenden Fällen, die auch bei gewöhnlichen politischen Konjunkturen vorkommen können, würde daher die Exekutive in der Lage sein, ganz an die Stelle der Bundesversammlung zu treten, und deren sämtliche Befugnisse ausüben, wenn sie nicht zu außerordentlichen Berufungen des Bundestags (wie sie im Dresdener

Projekt nicht vorgesehen sind) schreiten wollte. Ein solches Verhältnis ist denn auch in den Motiven des sächsischen Entwurfs angedeutet, in dem an einer Stelle die „Kontinuität der Bundesaktion" als Zweck der Exekutive genannt wird.

Insbesondere würde nach den Dresdener Vorschlägen die Bundesexekutivgewalt häufig auch in die Lage kommen können, die Stelle der Bundesversammlung gegenüber dem Abgeordnetenhause einzunehmen. Der Bundesversammlung soll es nämlich zustehen, die Abgeordnetenversammlung zu vertagen und aufzulösen. Nun wird aber unter anderem gerade die Vorbereitung der Gesetze, welche der Abgeordnetenversammlung vorgelegt werden sollen, Gegenstand der Beratung des Bundestags sein, und es wird mithin die Abgeordnetenversammlung erst nach dem Schlusse des Bundestags zusammenberufen werden können. Oder wenn man sich auch Bundestag und Abgeordnetenversammlung zugleich berufen denkt, können doch leicht die Beratungen der letzteren länger dauern als die Sitzung des ersteren. Und wer soll *während der Vertagung des Bundestags* mit der Abgeordnetenversammlung verkehren, wer die bei derselben fungierenden Bundeskommissäre eintretendenfalls mit den etwa erforderlichen weiteren Instruktionen versehen, wer endlich über Vertagung oder Auflösung der Abgeordnetenversammlung entscheiden? Doch wohl — da etwas anderes im Entwurf nicht vorgesehen ist — die Exekutivbehörde! — Man sieht, wie sehr die Bundesversammlung, wenn man ihre Permanenz aufgibt und dagegen eine permanente Exekutivbehörde schafft, an Bedeutung verlieren müsse. Dagegen dürfte eine starke Exekutivgewalt neben der *beständigen* Bundesversammlung und unter deren fortwährender Kontrolle nicht nur unbedenklich, sondern sogar für die Kräftigung der Bundesgewalt im ganzen und für eine zum voraus gesicherte Vollziehung der Bundesbeschlüsse von dem höchsten Nutzen sein.

In letzterer Beziehung gibt der vorliegende Entwurf noch einem weiteren Zweifel Raum. Die projektierte Exekutivgewalt soll nämlich nur in der Zwischenzeit zwischen den periodischen Bundestagen bestehen. Während der Dauer dieser Bundestage aber würde demnach keine besondere Bundesexekutive vorhanden sein, sondern es würden die der letzteren übertragenen Befugnisse auf die Bundesversammlung zurückfallen. Dies möchte jedoch, namentlich wenn man an ein im Gange befindliches Exekutivverfahren denkt, kaum ausführbar erscheinen, wie es denn überhaupt angemessen sein dürfte, die Exekutive als *beständig* der Bundesversammlung zur Seite stehend, zu konstituieren.

*

Nachdem das Vorstehende beinahe vollständig niedergeschrieben war, ist die Abschrift der Depesche des Grafen Rechberg an den kaiserlichen österreichischen Gesandten in Dresden, d. d. Wien, 5. l. M., nebst Abschrift einer dazu gehörigen Denkschrift hierher gelangt. Danach ist

1. ein Verzicht Österreichs auf das ausschließliche Präsidialrecht zugunsten eines Alternats mit Preußen, wie er in den sächsischen Vorschlägen

für die Umgestaltung der Bundesversammlung vorausgesetzt wird, nicht zu erwarten. Denn Österreich erklärt sich zu einem solchen Opfer nur unter der Bedingung bereit, daß der Deutsche Bund sein Defensivsystem auf die außerdeutschen Besitzungen Österreichs und Preußen ausdehne — eine Bedingung, zu deren Erfüllung dermalen, wie das kaiserliche Kabinett selbst bemerkt, keine Aussicht vorhanden ist. Dagegen ist in der erwähnten Depesche, d. d. Wien, 5. l. M., angedeutet, daß die österreichische Regierung unter Umständen nicht abgeneigt sein werde, das Präsidialvorrecht zugunsten eines Wechsels zwischen Österreich, Preußen und einer die übrigen Staaten vertretenden Regierung und zum Zweck eines hierauf zu bauenden Bundesreformplans aufzugeben.

2. Das Wiener Kabinett erklärt sich auch mit den auf die Bundesversammlung bezüglichen sonstigen Abänderungsvorschlägen der Königlich Sächsischen Regierung, namentlich in bezug auf Zeit und Ort der Bundestagssitzungen, nicht einverstanden. Es läßt dagegen durchblicken, daß es gegen eine auf größere Konzentration der Bundestätigkeit und auf Zuziehung eines repräsentativen Elementes berechnete Bundesreform im allgemeinen nichts zu erinnern finden würde. —

Nach dieser österreichischen Erklärung wird man das jetzt vorliegende Reformprojekt des Dresdener Kabinetts, soweit es sich insbesondere auf die Umgestaltung der Bundesversammlung bezieht, also in den Punkten, welche auch in den obigen Bemerkungen hauptsächlich beanstandet sind, als gescheitert betrachtet müssen und es könnte sich nur noch fragen, ob sich aus den Trümmern dieses Plans etwas Neues bauen ließe, was größeren Halt verspräche. Die Gründzüge eines solchen neuen Reformprogramms müssen etwa folgende sein:

1. Die Bundesversammlung wäre in ihrer bisherigen Organisation mit dem beständigen Sitz in Frankfurt a. M. als Mittelpunkt der Bundestätigkeit beizubehalten. Dagegen möchte die auf den Dresdener Ministerialkonferenzen von 1851 bereits eingeleitete Revision derjenigen Bestimmungen wieder aufzunehmen sein, welche sich auf die Notwendigkeit der Stimmeneinhelligkeit resp. der Zweidrittelmajorität bei gewissen Bundesbeschlüssen beziehen. Insbesondere müßte dabei die Beseitigung der irrationellen Vorschrift angestrebt werden, wonach über organischen Einrichtungen (d. h. bleibende Anstalten, als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke) kein Beschluß durch Stimmenmehrheit (auch nicht durch Zweidrittelmajorität) stattfindet. — Ob und inwiefern die bestehenden Bestimmungen über das Präsidium zu ändern wären, würde von der desfallsigen endgültigen Entschließung Österreichs abhängen. Als Grundsatz aber müßte festgehalten werden, daß an die Stelle des ausschließlichen österreichischen Präsidialrechts kein Privileg des Dualismus, sondern nur ein Turnus unter dreien treten dürfte.

2. Bildung einer ständigen Bundesexekutivgewalt, deren Befugnisse und Obliegenheiten teils dem Wirkungskreise der bisherigen Bundesexekutivkommission zu entnehmen, teils so zu bestimmen wären, daß sie eine dauernde und im voraus festgestellte Garantie für die Vollziehung aller Bundes-

beschlüsse, Austrägal- (oder bundesgerichtlichen) Urteile usw. involvierten. Käme ein zwischen Österreich, Preußen und einer von den übrigen Staaten gewählten Regierung wechselndes Präsidium zustande, so wäre damit zugleich ein geeigneter Anhaltspunkt für die Bildung der Exekutive gegeben. Es könnte daraus gewissermaßen ein Präsidialausschuß entstehen, welchem, anknüpfend an die formelle Geschäftsleitung durch den jeweiligen Präsidialgesandten, vielleicht schon eine vorbereitende Tätigkeit für die Bundesbeschlüsse und dann, nach Fassung des Beschlusses, dessen Vollziehung zu übertragen wäre.

3. Eine Volksvertretung am Bund, bestehend aus einer Versammlung von Abgeordneten der deutschen Ständekammern, zur Mitwirkung bei Gesetzgebungsarbeiten. Bezüglich der Fragen: ob eine oder zwei Kammern? der Mitgliederzahl, des Verhältnisses, der Beteiligung der einzelnen zum Bunde gehörigen Gebiete, der Geschäftsordnung usw. würden zunächst Vorschläge durch eine dazu besonders ernannte Kommission auszuarbeiten und der Bundesversammlung zu unterbreiten sein. Auch über die Frage: ob und inwiefern der Abgeordnetenversammlung etwa hinsichtlich anderer Gegenstände als der Gesetzgebung, Befugnisse einzuräumen seien, könnten sich die Regierungen vorerst weitere Verständigung etwa bis dahin vorbehalten, wenn die Erfahrungen über die Wirksamkeit des neuen Instituts eine Erweiterung der Kompetenz derselben zulässig und rätlich erscheinen lassen sollten.

4. Ein Bundesgericht, wie es aus den bevorstehenden Verhandlungen der Bundesversammlung hervorgehen wird, bzw. mit denjenigen Modifikationen, welche sich durch die vorgeschlagenen sonstigen Bundesreformen als notwendig oder nützlich ergeben sollten.

*

Über einen auf solchen Grundlagen ruhenden Reformplan wäre eine Verständigung der Mittelstaaten unter sich und mit Österreich wohl nicht unmöglich. An eine allseitige Zustimmung aber (wie solche zu Abänderungen der Bundesgrundgesetze erfordert wird), an einen einstimmigen, einen solchen oder irgendeinen anderen Reformplan als Ganzes annehmenden Beschluß der Bundesversammlung könnte dermalen nicht wohl gedacht werden. Man darf zwar nicht behaupten, daß man einen derartigen Antrag überhaupt nicht stellen solle, weil man keine Aussicht hat, ihn durchzubringen. Denn auch das Stellen des Antrags könnte und würde seine Vorteile haben. Allein es liegt zugleich nahe, sich nach einem anderen Weg umzusehen, welcher vielleicht langsamer, aber sicherer zum Ziele führt und welcher einstweilen betreten werden könnte, ohne daß man deshalb die andere Verfahrungsweise unversucht zu lassen brauchte.

Ein solcher Weg scheint der zu sein, daß man nicht die ganze Reform auf einmal, sondern daß man sie sukzessive, soweit das jedesmalige praktische Bedürfnis gerade reicht, ins Werk zu setzen sucht. Dieser Weg gewährt den großen Vorteil, daß man das bestehende Recht nur nach und nach verläßt, somit stets festen Boden unter den Füßen behält und bei jedem Schritt Er-

fahrungen sammeln kann, die den weiteren Gang bestimmen und demselben um so mehr Sicherheit und Festigkeit geben können.

Als nächstes praktisches Bedürfnis aber dürfte (abgesehen von der Revision der Bundeskriegsverfassung und ähnlichen militärischen Sachen, die sich schon in Verhandlung befinden) die Berufung von Abgeordneten der Ständekammern zu betrachten sein, weil sich hier die Reformfrage an eine vom Bund bereits in Angriff genommene und seitens der Mehrzahl der deutschen Regierungen, namentlich aber durch die Regierungen der Mittelstaaten, eifrigst geförderte Aufgabe, nämlich die Herbeiführung einer übereinstimmenden deutschen Gesetzgebung auf verschiedenen Gebieten des Rechts- und Verkehrslebens, zunächst anlehnt.

So wie man über die Gründung eines Bundesgerichts selbständige Verhandlungen eingeleitet hat, ohne eine Revision der Bundesverfassung im ganzen abzuwarten, so könnte man auch die Volksvertretung am Bunde als eine besondere organische Einrichtung, unabhängig von der Bundesreform im ganzen und unbeschadet derselben in Angriff nehmen.

Noch richtiger aber würde es sein, die Repräsentation der Ständekammern am Bund nicht sogleich als eine dauernde, organische Einrichtung, sondern vorerst nur als eine vorübergehende Maßregel in Anregung und eventuell in Ausführung zu bringen, und zwar als ein Mittel, um die vorhin erwähnten, in gemeinschaftlichen Werken der Gesetzgebung bestehenden gemeinnützigen Änderungen ins Leben zu führen. Man würde sich damit streng auf dem bundesgesetzlichen Boden des Artikels 64 der Wiener Schlußakte halten.

Bei einem solchen Verfahren würde man am ersten Aussicht haben, eine Vereinigung aller oder doch fast aller deutschen Regierungen zustande zu bringen, und man würde eines Erfolges jedenfalls insofern gewiß sein können, als die fragliche Maßregel, auch wenn sie nicht die Zweidrittelmajorität des Plenums für sich haben sollte, doch (analog dem Verfahren, welches z. B. hinsichtlich der Niedersetzung einer Kommission zur Beratung über gleiches Maß und Gewicht beobachtet worden) von den zustimmenden Regierungen allein, soweit es sie betrifft, in Ausführung gebracht werden könnte.

Wenn eine Versammlung von Abgeordneten der deutschen Ständekammern gewissermaßen eine Vereinigung der Gesetzgebungsausschüsse der Einzellandtage in der angegebenen Weise, d. h. zur Begutachtung der von Bundes wegen auszuarbeitenden Gesetzentwürfe über ein deutsches Obligationenrecht, über einen deutschen Zivilprozeß, über ein deutsches Patentgesetz, usw. zusammengerufen wäre, so würden die Regierungen immerhin freie Hand behalten, das Institut, je nachdem es sich bei der ihm zunächst gestellten Aufgabe bewährte oder nicht, demnächst weiter auszubilden oder es wieder fallen zu lassen. Im ersteren Fall wurde dann auch die Frage einer weiteren Bundesreform vielleicht unter günstigeren Verhältnissen wieder aufgenommen werden können.

Ein dem Vorstehenden entsprechender Antrag am Bund könnte, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Artikel 64 der Wiener Schlußakte, etwa dahin formuliert werden:

Die Bundesversammlung wolle

1. beschließen, daß diejenigen Bundesregierungen, welche ihre Bereitwilligkeit, sich an den in Aussicht genommenen kommissarischen Konferenzen zur Bearbeitung eines gemeinsamen deutschen Obligationenrechts und Zivilprozesses, eines allgemein deutschen Patentgesetzes und eines Bundesbeschlusses über die Heimatsverhältnisse zu beteiligen, schon erklärt haben oder noch erklären werden, aufzufordern seien, die Entsendung von Abgeordneten der in ihren zum Deutschen Bunde gehörigen Besitzungen bestehenden landständischen Versammlungen auf geeignetem Wege zu veranlassen, damit diesen, in einem noch zu bestimmenden Zeitpunkte an den Sitz der Bundesversammlung zu berufenden Abgeordneten, die von den betreffenden Kommissionen ausgearbeiteten, von der Bundesversammlung vorläufig genehmigten Entwürfe der fraglichen Gesetze usw. (sowie der von der Handelsgesetzgebungskommission ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über Vollstreckung der zivilgerichtlichen Urteile) zur Prüfung und zur Beschlußfassung über die auf Grund dieser Prüfung bei der Bundesversammlung zu stellenden Anträge vorgelegt werden können;

2. die Zahl der Abgeordneten, ihre Verteilung auf die einzelnen Landesvertretungen, die Organisation der Versammlung, und eine Geschäftsordnung für dieselbe durch besondere Beschlüsse festsetzen und zu diesem Behuf zunächst eine eigene Kommission mit dem Auftrag versehen, desfallsige Entwürfe auszuarbeiten und mit Gutachten vorzulegen;

3. wegen des demnächstigen Versammlungslokals der Abgeordneten, wegen der Vertretung der Bundesversammlung gegenüber der Abgeordnetenversammlung und in den sonst etwa zur Sprache kommenden Beziehungen das Geeignete vorkehren.

Darmstadt, 18. November 1861.

Tagebuch 1862.

25. Januar.

Die Prinzessin Carl[1]) sprach lange mit mir und sagte mir unter anderem, ich wisse, wie sie in politicis mit mir einverstanden sei, aber ich möge doch in Gegenwart anderer nichts über Preußen sagen, wenn es auch wahr sei, so verletze es doch ihr preußisches Herz.

28. Januar.

Ich hatte den Besuch des österreichischen Gesandten in Hamburg, Grafen Blome,[2]) mit dem ich eine wichtige Vereinbarung, die Reformbestrebungen betreffend, abschloß.

29. Januar.

Ich erhielt den zweiten Besuch des Grafen Blome und unterzeichnete mit demselben den Akzessionsvertrag zur München-Stuttgarter Übereinkunft.

9. Februar.

Graf Reiset besuchte mich in meiner Loge und bat um Mitteilung meines Promemorias, die Bundesreform betreffend, sowie der identischen Note,[3]) die kürzlich in Berlin übergeben worden ist.

16. Februar.

Ich machte dem Grafen Reiset einen Besuch, den ich mit der Entwerfung einer neuen geographischen Karte von Deutschland beschäftigt fand und der mir anheim gab, ob ich nicht bei der bevorstehenden Erschütterung in Deutschland rechtzeitig eine Einwirkung auf die Entschlüsse Frankreichs zu gewinnen

---

[1]) Elisabeth, 1815—1885, Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen und der Landgräfin Maria Anna von Hessen-Homburg, vermählt mit dem Prinzen Carl, Bruder Ludwigs III.

[2]) Graf Gustav Blome, 1848 in der schleswig-holsteinischen Armee, dann in österreichischen Diensten, 1864—1866 österreichischer Gesandter in München.

[3]) Am 20. Dezember 1861 hatte Preußen auf den Beustschen Reformplan erwidert und in seiner Note das Wort vom Bundesstaat fallen lassen. Dagegen erhoben sich Österreich und die Mittelstaaten, die Graf Blome bereiste. Das Ergebnis dieser Besprechungen war die vom 2. Februar 1862 datierte identische Note Österreichs, der vier Königreiche, Darmstadts und Nassaus, in der Verwahrung gegen jede Beschränkung der Souveränität eingelegt und eine Konferenz über die Errichtung eines Bundesdirektoriums und einer Delegiertenversammlung gefordert wurde, was Preußen ablehnte. Siehe Sybel: II, S. 418.

suchen wolle. Preußen werde sich um eine französische Allianz ohne Zweifel bemühen, und es liege im Interesse der kleinen deutschen Staaten, dem zuvorzukommen und selbst zu tun, was Preußen tun wolle.

15. März.

Unterredung mit der Großherzogin. Wir sprachen auch vom Bunde und von der unglaublichen Nachricht, daß derselbe das Königreich Italien anerkannt habe.

19. März.

Um 2 Uhr empfing ich einen Brief vom Grafen Lützow mit Wiener Depeschen, in welchen meinen Bundesreformvorschlägen große Anerkennung ausgedrückt ist und sie sämtlichen Regierungen zur Annahme empfohlen werden.

31. März.

Die Großherzogin begann mit mir über den verstorbenen Prinzen Emil[1]) zu reden. Sie sagte mir, daß sie dem Charakter und der Zuverlässigkeit des Prinzen nicht recht getraut habe. Sie habe den Prinzen Georg[2]) eigentlich lieber gehabt. Man habe immer so viel von der verführerischen Liebenswürdigkeit des Prinzen Emil gesprochen, daß selbst ihre Gouvernante ihr bei ihrer Vermählung in München gesagt habe, sie möge sich dem Zauber seines Umganges nicht zu sehr hingeben. Als sie nun bei ihrem Einzuge in das Großherzogtum nach Seligenstadt gekommen, habe dort mit dem Großherzoge Ludwig II.,[3]) ihrem Schwiegervater, ein kleines vertrocknetes Männchen gestanden, bei dessen Anblick sie kaum habe glauben können, daß es der vielgerühmte Prinz Emil sei. — Später, setzte die Großherzogin hinzu, habe selbst der Großherzog bisweilen eine Bemerkung gemacht, wenn er gefunden habe, daß der Prinz Emil von ihr zu oft eingeladen werde. Ach, mein guter Großherzog, fuhr sie lachend fort, hätte hier keine Ursache zur Eifersucht gehabt. —

21. Mai.

Ich hatte morgens den Besuch des belgischen Gesandten Baron Beaulieu,[4]) der mir erzählte, er sei bei den Verhandlungen der aufgelösten Kammer in Kassel anwesend gewesen. Es sei unwahr, was die liberalen Blätter damals behauptet, daß nämlich die Zuhörer Zeichen des Beifalls für die Opposition und des Mißfallens gegen den Regierungskommissär hätten laut werden lassen. Niemand habe sich irgend geäußert, als der preußische Gesandte Herr v. Sydow, welcher stets die Achseln gezuckt habe, wenn die Regierungskommissäre Dehn-Rothfelser oder Spohr gesprochen hätten, und beifällig genickt bei jedem Wort

[1]) Prinz Emil von Hessen, 1790—1856, jüngerer Bruder Ludwigs II., spielte bis zu seinem Tode eine große Rolle in der hessischen Politik.

[2]) Prinz Georg von Hessen, 1780—1856, Bruder des Prinzen Emil.

[3]) Ludwig II., Großherzog von Hessen, 1777—1848.

[4]) Alcindor Freiherr v. Beaulieu, Gesandter Belgiens am Bundestage und in Darmstadt und Kassel.

der Opposition. Sydow sei ein Mucker und dabei höchst leidenschaftlich. Er, Beaulieu, habe damals Gelegenheit gehabt, mit einigen hervorragenden Führern der Opposition zu reden, und dieselben hätten ihm offen erklärt, sie wollten keine Lösung der kurhessischen Frage, in welchem Sinne es auch sei. Kurhessen müsse im Zustande der Aufregung erhalten bleiben, um, wenn eine deutsche Revolution ausbreche, als deren Mittelpunkt und Stütze zu dienen.

25. Mai.

Um 9½ Uhr ging ich in das Schloß und fand die Großherzogin dort in bedenklichstem Zustande. Bald nach mir erschien Prinz Alexander mit der Prinzessin Battenberg.[1]) Wir ließen den Prinzen[2]) und die Prinzessin Carl holen, die bald mit den zwei ältesten Prinzen Ludwig und Heinrich[3]) kamen. Der Großherzog schlief bereits und durfte nach seinem Befehl nicht geweckt werden. Die Herzogin von Modena[4]) war ermüdet zu Bett gegangen. Frau v. du Thil[5]) kam später. Isenburg,[6]) Capellen,[7]) Trotha,[8]) Werner,[9]) Günderode[10]) waren da, die sämtlichen Hofdamen, Ricou[11]) und die Ärzte Weber und Bamberger.

28. Mai.

Um 3½ Uhr hatte ich Audienz bei dem Prinzen Luitpold[12]) von Bayern, der mich ausnahmsweise empfing und sehr herzlich war. Wir sprachen von der Großherzogin. Dann ging der Prinz auf Politik über. Ich sagte ihm, welche Rolle Bayern spielen könne, wenn es den Mut habe, an die Spitze der Mittelstaaten zu treten und den preußischen Übergriffen zu wehren.

Darmstadt, 23. Juli.

Während ich im Schlosse war, kamen die Herren v. Hügel und v. Beust mit der Eisenbahn von Mainz und stiegen, da sie mich nicht zu Hause fanden,

---

[1]) Julie Thereſe, Tochter des Grafen Hans Moritz Haucke und der Sophie Lafontaine, 1825—1895, nach ihrer Vermählung mit dem Prinzen Alexander von Hessen zur Prinzessin von Battenberg erhoben.

[2]) Prinz Carl von Hessen, 1809—1877, Sohn Ludwigs II.

[3]) Prinz Heinrich, 1838—1900, Sohn des Prinzen Carl.

[4]) Adelgunde, 1823—1914, Tochter Ludwigs I. von Bayern, Schwester der Großherzogin Mathilde.

[5]) Friederike Freifrau du Bos du Thil, Oberhofmeisterin der Großherzogin.

[6]) Georg Casimir Graf zu Isenburg-Philippsruh, Generalleutnant und Generaladjutant des Großherzogs.

[7]) Felix Maria Freiherr van der Capellen, Oberstallmeister.

[8]) Hermann Freiherr v. Trotha, Generalleutnant und Oberhofmeister.

[9]) Leopold v. Werner, Oberzeremonienmeister.

[10]) Eduard Freiherr v. Günderode, Generaladjutant des Großherzogs.

[11]) Carl Johann Jakob Freiherr v. Ricou, Ministerialrat im Ministerium des Äußern und Oberhofmeister des Prinzen Carl.

[12]) Prinz Luitpold von Bayern, 1821—1912, Sohn Ludwigs I. und Bruder der Großherzogin.

im Hotel Köhler ab. Hügel fand ich bei meiner Rückkehr an meinem Tore. Wir gingen zu Beust, der von London und Paris kam und sich am letzteren Orte bemüht hatte, Thouvenel und Morny zugunsten des Eintritts Österreichs in den Zollverein zu stimmen. Wir besprachen die Wiener Konferenz wegen Bundesreform und waren einstimmig der Ansicht, daß es nicht genüge, wenn den Delegierten der Ständeversammlungen vom Bunde bloß ein konsultatives Votum gegeben werde.

10. August.

Um $3^3/_4$ Uhr empfing mich der König Ludwig[1]) und sprach lebhaft über Politik zuerst gegen den französisch-preußischen Handelsvertrag, dann gegen die neuesten Reformprojekte, namentlich die Delegiertenversammlung, die er für gefährlich hielt. Ich sagte ihm meine für letztere Einrichtung sprechende Ansicht.

Ich erzählte der Erzherzogin Hildegard,[2]) die mich nach dem Herzog von Nassau[3]) fragte, daß ich im Jahre 1859 einmal bei dem Erzherzog Albrecht mit dem Herzog Adolf von Nassau gespeist, und bei dem Diner dem Erzherzoge gesagt habe, die Weltgeschichte gehe ihren eigentümlichen Gang. Vor sechshundert Jahren habe Adolf von Nassau[4]) durch Albrecht von Österreich[5]) bei Göllheim Krone und Leben verloren, und jetzt werde Adolf von Nassau vielleicht beides Albrecht von Österreich verdanken. Die Erzherzogin sagte mir, daß die Großherzogin ihren Wunsch, in der katholischen Kirche in Darmstadt beigesetzt zu werden, auch schon früher ihr, der Erzherzogin, schriftlich in Briefen bestimmt ausgesprochen habe, und daß dieselbe jeden anderen Vorschlag zwar mit Dank aufgenommen, aber sicher abgelehnt haben würde.

Darmstadt, 18. September.

Um $4^1/_2$ Uhr fuhr ich mit Dellchen[6]) und Crève auf die Ludwigshöhe, wohin ich die Familie Biegeleben, einschließlich des Hof- und Ministerialrats von Wien,[7]) eingeladen hatte. Wir nahmen Kaffee und Maitrank. Ich sprach lange mit Ludwig v. Biegeleben über die deutschen Verhältnisse und die von Österreich einzunehmende Stellung. Er erzählte mir, Graf Buol[8]) habe im

[1]) König Ludwig I. von Bayern, 1786—1868, dankte 1848 ab.

[2]) Gemahlin des Erzherzogs Albrecht, Tochter Ludwigs I. von Bayern, Schwester der Großherzogin Mathilde.

[3]) Herzog Adolf von Nassau, 1817—1905, entthront 1866, 1890 Großherzog von Luxemburg.

[4]) † 1298.

[5]) † 1308.

[6]) Adele, geb. Gräfin Dunten, 1839—1911, Dalwigks zweite Frau.

[7]) Ludwig Maximilian v. Biegeleben, 1812—1872, entstammte einer streng katholischen Familie. 1840 hessen-darmstädtischer Geschäftsträger in Wien, 1848 Unterstaatssekretär im Reichsministerium zu Frankfurt, seit 1850 im österreichischen Staatsdienst, seit 1852 Hofrat und Referent für deutsche Angelegenheiten in der Staatskanzlei.

[8]) Graf Ferdinand Buol-Schauenstein, 1797—1865. 1852—1859 österreichischer Minister des Auswärtigen.

Jahre 1859 fest geglaubt, Sardinien werde sein Ultimatum annehmen und sei, als die Nachricht von der Unvermeidlichkeit des Krieges eingetroffen, auf sein Sofa zusammengebrochen. Er sei von da an ganz vernichtet, ganz arbeitsunfähig gewesen und man habe Mühe gehabt, die nötigsten Unterschriften von ihm zu erlangen.

20. Oktober.

Prinzessin Alice[1]) fragte mich, wann der Landtag zusammentreten werde. Ich erwiderte, am 2. oder 3. November, es werde dies eine schöne Versammlung werden. Die Prinzessin Alice entgegnete, sie glaube das nicht, die Leute wollten nichts Übles. Ich erwiderte, sie wollten der Mehrzahl nach nur die deutschen Fürsten entthronen, um einen Einzigen oder am besten eine einige Republik an die Stelle zu setzen. Ich bäte die Prinzessin, ja nicht deutsche Verhältnisse nach englischem Maßstabe zu beurteilen. Die Prinzessin erwiderte, das tue sie auch nicht, aber die bevorstehende Kammer oder die Männer, die sie ihrer Mehrzahl nach bildeten, wollten keinen Umsturz. Ich versetzte, daß ich ihr leicht geschriebene und gedruckte Beweise bringen könne, daß dies dennoch der Fall sei. Ich wünschte von Herzen, die Prinzessin möge mit ihrem Gemahl nie die Erfahrung machen, daß ich recht habe. Aber ich besorgte sehr, diese Erfahrungen würden Ihrer Königlichen Hoheit nicht erspart bleiben.

[1]) Prinzessin Alice Maud Mary, 1843—1878, zweite Tochter der Königin Victoria von England, vermählt seit 1862 mit dem Prinzen Ludwig von Hessen.

Anlagen 1862.

1.

Beiträge zur hessischen Bundesreformpolitik.[1])

Seiner Hochwohlgeboren dem Großherzoglich Hessischen Ministerresidenten am Königlichen Preußischen Hofe, Herrn Freiherrn v. Wambolt[2])

in Berlin.

Euer Hochwohlgeboren

kennen aus den öffentlichen Blättern bereits die, auch hier durch den königlich preußischen Gesandten überreichte Erwiderung des Herrn Grafen v. Bernstorff[3]) auf die in Berlin übergebene identische Note vom 2. l. Mts.[4])

Der in dieser Note eingelegten Verwahrung gegenüber hält der königlich preußische Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seiner Erwiderung an der von seiten des Königlichen Kabinetts bereits früher kundgegebenen Auffassung der deutschen Frage fest, und ohne auf die diesseits erörterten Argumente näher einzugehen, erklärt derselbe, daß zu jener Verwahrung weder ein begründeter Anlaß noch irgendeine Berechtigung vorzuliegen scheine. Dieser einfache Widerspruch hat, der Natur der Sache nach, die Anschauungen der Großherzoglichen Regierung nicht zu ändern vermocht und es glaubt dieselbe daher, den von ihr eingenommenen Standpunkt sowie die demgemäß erfolgte Verwahrung um so mehr aufrechterhalten zu müssen, als sie den von königlich preußischer Seite wiederholt ausgesprochenen Ansichten nicht beitreten könnte, ohne ihren innersten Überzeugungen untreu zu werden.

Die Großherzogliche Regierung ist nämlich fortwährend der Meinung, daß die Frage der Bundesreform, um in ihrer vollen und wahren Bedeutung gewürdigt zu werden, nicht als eine Frage der Machtstellung dieses oder jenes Staats, sondern als eine Lebensfrage der deutschen Nation erfaßt werden muß.

Für das im deutschen Volk vorhandene, im tiefsten geistigen Leben wie in den materiellen Bedürfnissen wurzelnde, an Umfang und Stärke täglich wachsende Bewußtsein der Zusammengehörigkeit die rechte politische Form,

---

[1]) Nach Aktenstücken im Hessischen Staatsarchiv zu Darmstadt.

[2]) Franz Philipp Christoph Maria Hubert Freiherr Wambolt v. Umstadt.

[3]) Albrecht Graf v. Bernstorff, 1809—1873, preußischer Minister des Auswärtigen 1861—1862.

[4]) Siehe Tagebuch vom 9. Februar 1862, Anmerkung 3.

für den nationalen Gedanken den entsprechenden realen Ausdruck zu finden, das ist nach diesseitiger Anschauung das eigentliche Ziel der Bundesreform und zugleich eine Aufgabe, deren Lösung gerade im Interesse einer wahrhaft konservativen, auf die sittlichen Grundlagen des Volkslebens sich stützenden Politik dringend erheischt wird.

Der nationale Gedanke aber fordert, daß das deutsche Volk als ein Ganzes erscheine, und dazu gehört notwendig das Band einer alle Teile der Nation gleichmäßig umschlingenden Verfassung. Es gehört dazu die Existenz eines Zentralorgans, welches die Einheit der ganzen Nation repräsentiert, welches das Recht und die Interessen der Gesamtheit nach außen und im Innern kräftig zu schirmen die Macht und den Willen besitzt.

In diesem Sinne war der nationale Gedanke schon damals in den Herzen der Regierungen wie der Bevölkerung Deutschlands lebendig, als es sich nach der Befreiung von dem Joche der französischen Weltherrschaft um die politische Wiedergeburt Deutschlands handelte. Auf der Grundlage jenes Gedankens stiftete man damals den Deutschen Bund und ging dabei, gerade um dem nationalen Bedürfnis gerecht zu werden, über ein rein völkerrechtliches Bündnis der Regierungen hinaus; man zog, um das nationale Band zu festigen, staatsrechtliche Elemente in die Bundesverfassung herein. Und wahrlich, diese staatsrechtlichen Elemente sind es nicht, welche die Schuld daran tragen, daß der Deutsche Bund die Erwartungen, die man bei seiner Stiftung auf ihn setzte, nicht vollständig erfüllt hat. Die Gründe der traurigen Erscheinung, daß sich die deutsche Nation von dem einzigen, rechtlich und faktisch bestehenden Organ, in welchem ihre Einheit verkörpert erscheinen sollte, allmählich immer mehr abgewendet hat, liegen doch wohl zunächst darin, daß der Bund jahrzehntelang, anstatt die Gesamtinteressen der Nation, wie es seine ursprüngliche Bestimmung war, im Innern und nach außen wirksam zu fördern, aus Gründen, die hier nicht näher erörtert zu werden brauchen, fast nur dazu diente, um die Entwicklung des konstitutionellen Systems in den rein deutschen Staaten und die Entfaltung des öffentlichen Lebens in Deutschland überhaupt möglichst zu hemmen. Ein Rückfall des Bundes in diese Art von Tätigkeit ist, da jetzt auch Österreich und Preußen verfassungsgemäß regiert werden, für die Zukunft nicht zu befürchten, und wenn heute die Bundesversammlung in ihrem ernstlich begonnenen Streben, eine gedeihliche Wirksamkeit für die Gesamtinteressen der Nation durch Herbeiführung gleichartiger Gesetze und Einrichtungen im Rechts- und Verkehrsleben Deutschlands zu entfalten, immer noch auf Hindernisse stößt, so ist daran bekanntlich nicht die Bundesverfassung und nicht die an den Grundlagen der Bundesverfassung festhaltende Mehrzahl der deutschen Regierungen schuld. —

Indessen würde man die Wahrheit nur halb erkennen, wenn man in der Art und Weise, wie die Bundesgewalt früher gehandhabt ward, den einzigen Grund erblicken wollte, weshalb der Deutsche Bund dem nationalen Gefühl bisher keine volle Befriedigung zu gewähren vermocht hat. Es kommt viel-

mehr noch ein anderes Moment hinzu, welches zugleich verstehen hilft, wie es möglich war, daß die Tätigkeit des Gesamtorgans der Nation den wirklichen Gesamtinteressen der Nation so lange hat entzogen werden können. Es ist dies die mangelhafte Organisation der Bundesgewalt. Wenn nämlich auch der Bundesvertrag in seiner Grundlage den nationalen Gedanken vollständig ausgeprägt hat, so ist dies doch in der Organisation der Bundesgewalt nur unvollkommen geschehen. Es unterblieb die Errichtung einer Exekutivgewalt, welche den Gesamtwillen energisch zu vollführen imstande gewesen wäre. Es unterblieb die Zusammenberufung einer Vertretung des deutschen Volks, welche die Interessen der Nation wirksam hätte geltend machen können. Es unterblieb endlich die Gründung eines Bundesgerichts, welches dem ganzen Gebäude des öffentlichen Rechts in Deutschland zum Schlußstein gedient haben würde.

Hiermit sind die Punkte berührt, um welche sich der tief beklagenswerte Zwiespalt der Meinungen über die der Bundesreform zu gebende Richtung hauptsächlich dreht.

Die Mehrzahl der deutschen Regierungen, zu welcher auch das diesseitige Gouvernement gehört, hält an der das gesamte Vaterland umfassenden und darum wahrhaft nationalen Grundlage der Bundesverfassung fest und vermag eben deshalb, weil die Grundlage des Bundes dem nationalen Gedanken vollkommen entspricht, nur in dem organischen Ausbau des Bundes auf dieser Grundlage, die naturgemäße, rechtlich und logisch begründete Entwicklung des nationalen Gedankens zu finden.

Die Königlich Preußische Regierung dagegen ist bestrebt, den nationalen Gedanken auf eine engere Basis zu beschränken, obwohl hierdurch der Gedanke selbst seines wesentlichsten Inhalts entkleidet, ja geradezu verleugnet wird. Denn die von dem Königlich Preußischen Kabinett in Aussicht genommene staatsrechtliche Verbindung einzelner Teile der Nation trennt die letztere, anstatt sie zu einigen, und indem dieser Plan einem Bruchstück gewährt, was dem Ganzen gebührt, entzieht er der Nation für immer die Möglichkeit, sich in ihrer Gesamtheit als eine Persönlichkeit im juristischen Sinne zu konstituieren, wie der nationale Gedanke dies fordert.

Königlich preußischerseits beruft man sich dabei auf die Rücksicht, welche den realen Machtverhältnissen der beiden deutschen Großstaaten und ihrer besonderen Stellung zum Bunde gebühre.

Man ist diesseits weit entfernt, derartige Rücksichten zu unterschätzen, und man kann sich allerdings nicht verhehlen, daß in einem Bundesverhältnis, welches österreichische und preußische Landesteile umschließt, die Konstituierung einer einheitlichen Zentralgewalt, selbst bei Beschränkung ihrer Kompetenz auf bestimmte gemeinschaftliche Angelegenheiten, mit jenen Rücksichten nicht vereinbar wäre. Aber auch hier glaubt die Großherzogliche Regierung mit der wahren Meinung und mit dem wirklichen Bedürfnis der Nation im vollen Einklang zu stehen, wenn sie der Ausdehnung des Bundes auf das ganze Vater-

land mehr Gewicht beilegt, als der einheitlichen Gestaltung der Bundesgewalt. Weit entfernt, die Stammesunterschiede zu verleugnen und die Aufhebung der besonderen Landesverfassungen sowie die Errichtung eines Einheitsstaates zu verlangen, fordert das deutsche Nationalgefühl vielmehr überall da, wo es in seiner Reinheit, unbeirrt durch eine in bestimmten Tendenzen befangene Parteiagitation, an den Tag tritt, in erster Linie und vor allem das ungeschmälerte Zusammenstehen aller Einzelnen, die Einheit des Ganzen, wie sie nur durch das Band einer föderativen Verfassung verwirklicht werden kann.

Übrigens scheint es der Großherzoglichen Regierung, daß es in der Berücksichtigung der realen Machtverhältnisse zu weit gehen hieße, wenn man dieselbe als einen politischen Grundsatz, als ein nicht bloß Mittel und Wege, sondern auch Zweck und Ziel des politischen Strebens bestimmendes Prinzip hinstellen wollte. Denn damit wäre nur ein System des Eigennutzes, des Rechts der physischen Gewalt proklamiert, ein System, welches bei rücksichtsloser Durchführung Deutschland mit dem Bürgerkrieg und schließlich mit der Teilung zwischen den Mächtigsten bedrohen würde.

Ist es Idealismus, zu verlangen und zu hoffen, daß die partikularen Interessen, welche sich stets als die allein „realen" geltend machen möchten, auch von seiten Österreichs und Preußens den nationalen Interessen Deutschlands untergeordnet werden, so bekennt sich die Großherzogliche Regierung dieses Idealismus gerne schuldig. Sie tut es um so lieber, als sie weiß, daß jene beiden Großstaaten doch mit den Wurzeln ihrer eigenen Kraft ans deutsche Vaterland gefesselt sind und daß sie sich von Deutschland nicht losreißen können und werden, ohne die Bedingungen ihrer eigenen Machtstellung zu gefährden. Und weil dem so ist, weil weder Österreich noch Preußen Deutschland auf die Dauer entbehren können, weil sie vielmehr in ihrem eigenen Interesse mit der deutschen Nation gehen müssen und gehen werden, wenn diese nur fest in sich zusammenhält, so vertraut die Großherzogliche Regierung darauf, daß die beiden Großmächte schließlich doch in eigenem wohlverstandenem Interesse, wie in dem der Nation, sich zur Verständigung über den organischen Ausbau der Bundesverfassung die Hand reichen und dadurch der nationalen Idee den Sieg über die realen Verhältnisse selbst bereiten werden. —

Nach dem Vorstehenden bedarf es nicht erst der Versicherung, wie sehr man es diesseits bedauert, daß die Königlich Preußische Regierung den Eintritt in Verhandlungen über Bundesreform, wie sie in der identischen Note vom 2. laufenden Monats in Aussicht genommen waren, ablehnen zu müssen geglaubt hat und daß sie in bezug auf einen Punkt, von welchem sie nur voraussetzte, daß er einen Gegenstand der Beratungen bilden könne, mit einem unbedingten Widerspruch gegen dasjenige hervorgetreten ist, was sie, wie es scheint, als in den Wünschen der anderen Seite liegend ansah.

Zwar hat die Königlich Preußische Regierung zugleich erklärt, ihr schließliches Urteil über die in der Note vom 2. laufenden Monats geltend gemachte

Anschauung bezüglich der Bundesreform zurückhalten zu wollen, bis ihr ein bestimmt gestalteter Vorschlag mitgeteilt werde, und es könnte hiernach scheinen, als ob schon dermalen eine Aussicht durch weitere Verhandlungen zu einer endlichen Verständigung zu gelangen, dargeboten wäre, allein bei dem vollkommenen Widerspruch, welcher, wie die Königlich Preußische Regierung selbst konstatiert, zwischen ihrer eigenen Auffassung und der in der diesseitigen Note vom 2. laufenden Monats niedergelegten Ansicht über die Grundlagen der Bundesreform obwaltet, läßt sich nicht wohl erwarten, daß ein nach der letzteren Ansicht ausgearbeiteter Reformplan sich der Zustimmung der Königlichen Preußischen Regierung zu erfreuen haben würde. Wenn daher auch die Großherzogliche Regierung ihrerseits noch immer bereit ist, sich an Beratungen über Bundesreform zu beteiligen, so muß sie doch bezweifeln, ob unter den vorliegenden Umständen die übrigen, mit ihr gleichgesinnten Regierungen geneigt sein werden, Konferenzen über Bundesreform zu veranstalten, deren Erfolg im voraus als durch den Widerspruch Preußens vereitelt erscheint.

Man kann daher diesseits nur wiederholt und aufs lebhafteste den Wunsch aussprechen, daß die Königlich Preußische Regierung, im Interesse des gemeinsamen Vaterlands, sich nicht auf die Dauer der Überzeugung verschließen möchte, wie in einer organischen Entwicklung des Bundesverhältnisses auf den bestehenden Grundlagen der heilsamste Weg zur Befriedigung der wohlbegründeten Ansprüche des deutschen Volks eröffnet ist.

Ich habe es für Pflicht gehalten, im obigen den Standpunkt näher darzulegen, welchen die Großherzogliche Regierung in der Bundesreformfrage überhaupt einnimmt, weil ich es der Königlichen Preußischen Regierung schuldig zu sein glaube, sie über die Motive, welche die Diesseite bewogen haben, die Verwahrung vom 2. laufenden Monats gleich den übrigen bei diesem Schritt beteiligten Regierungen, einzulegen, nicht im mindesten im Zweifel zu lassen und weil ich zugleich hoffe, daß die Königlich Preußische Regierung, welche, wie der Herr Minister Graf v. Bernstorff versichert, in gewissenhafter Erfüllung der Bundespflichten, in der Vertretung wahrhaft deutscher Interessen, in dem ernstlichsten Bemühen, wohlberechtigten nationalen Anforderungen selbst gerecht zu werden und ihnen bei anderen Bundesregierungen Geltung zu verschaffen, keinem ihrer Bundesgenossen den Vorrang einräumt, jenen Motiven, bei unbefangener Würdigung ihre Anerkennung nicht versagen wird.

Eure Hochwohlgeboren werden hiernach ersucht, sich dem Herrn Grafen Bernstorff gegenüber im Sinne der vorstehenden Bemerkungen zu äußern und demselben, falls er es wünschen sollte, eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses mitzuteilen.

Darmstadt, am 21. Februar 1862.

Mit vollkommenster Hochachtung

2.

Seiner Exzellenz dem Großherzoglich Hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. k. österreichischen Hofe, Herrn Generalleutnant Freiherrn v. Drachenfels[1]) pp.

in Wien.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Durch den k. k. österreichischen Gesandten am großherzoglichen Hofe habe ich vertrauliche Kenntnis davon erhalten, daß und in welcher Weise das Kaiserliche Kabinett die Antwort des königlichen preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten auf die identischen Noten vom 2. laufenden Monats zum Gegenstand einer Erwiderung in Form einer Depesche an den kaiserlichen Gesandten in Berlin zu machen gedenke. Da man sich mit den desfallsigen Ansichten des kaiserlichen Hofs hierseits ganz in Übereinstimmung befand, so ist eine dem österreichischen Vorschlag im wesentlichen entsprechende Depesche an den großherzoglichen Ministerresidenten in Berlin unterm 21. laufenden Monats bereits erlassen worden.

Indem ich Eure Exzellenz hiervon benachrichtige, sehe ich mich zugleich zu nachstehenden weiteren Bemerkungen veranlaßt.

Der Herr Graf v. Bernstorff hat bekanntlich am Schlusse seiner Antwort auf die identischen Noten die Erklärung abgegeben, daß die Königlich Preußische Regierung ihr schließliches Urteil über die in diesen Noten niedergelegten Ansichten zurückhalten wolle, bis ihr ein bestimmt gestalteter Reformvorschlag mitgeteilt werde, welcher ihr das Verständnis der Absichten, die den identischen Noten zugrunde liegen, vollständig ermögliche.

Da indessen die Erwiderung des Herrn Grafen Bernstorff zugleich den vollkommenen Widerspruch konstatiert, in welchem die Ansichten der identischen Noten über die Grundlagen der Bundesreform mit dem Standpunkt der Königlich Preußischen Regierung sich befinden und da mit Rücksicht hierauf der Eintritt in Beratungen über Bundesreform auf jenen Grundlagen königlich preußischerseits entschieden abgelehnt worden ist, so kann man in der obengedachten Erklärung der Königlich Preußischen Regierung nur das Bestreben erkennen, die Verantwortlichkeit für das Nichtzustandekommen von Reformverhandlungen formell von sich ab- und den Unterzeichnern der gleichlautenden Noten zuzuwenden. Man war deshalb berechtigt, jener Aufforderung zur Vorlage eines bestimmt gestalteten Reformplans mit dem Hinweis zu begegnen, wie es nach Preußens bisherigen Erklärungen an einer allseits anerkannten Grundlage für Reformverhandlungen fehle, wie daher solchen Verhandlungen, wenn sie auf der in den identischen Noten bezeichneten Grundlage durch die Unterzeichner dieser Noten eröffnet würden, jede Aussicht auf Erfolg durch die Haltung der Königlich Preußischen Regierung im voraus abgeschnitten sei.

[1]) Adolf Freiherr v. Drachenfels, Generalleutnant und Gesandter, Freund des Prinzen Emil.

Nichtsdestoweniger aber möchte nach diesseitigem Ermessen die Frage einer weiteren Erwägung wert sein, ob man nicht wenigstens den Versuch machen sollte, unter den bundestreuen Regierungen eine Verständigung über ein bestimmtes gestaltetes Bundesreformprojekt herbeizuführen.

Denn die Vorteile, welche das Gelingen eines solchen Versuchs mit sich bringen würde, sind unverkennbar.

Zunächst kann die Absicht, in welcher die Aufforderung zur Mitteilung eines bestimmten Reformplans königlich preußischerseits erging, nicht wirksamer vereitelt werden, als indem man der Aufforderung selbst, möglichst rasch, entspricht.

Sodann würde man hierdurch in die Lage kommen, auch von der Königlichen Preußischen Regierung die Vorlage eines genau formulierten Reformplans verlangen zu können. Das Berliner Kabinett würde sich einem solchen Ansinnen, in dem unterstellten Fall, kaum entziehen können. Graf v. Bernstorff müßte alsdann die Punkte bestimmt bezeichnen, die er als „staatsrechtliche Elemente" aus der Bundesverfassung entfernt zu sehen wünscht, um das Bundesverhältnis auf den rein völkerrechtlichen Charakter zurückzuführen. Er hätte ferner bestimmt anzugeben, inwieweit Preußen eine andere, den „realen Machtverhältnissen" mehr entsprechende Stimmenverteilung in der Bundesversammlung fordert. In diesen beiden Richtungen allein würde sich das preußische Reformprojekt, wenn Graf Bernstorff sich selbst treu bleiben will, bewegen können, da die von Preußen in Aussicht genommene engere staatsrechtliche Vereinigung durch freie Vereinbarung auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte, also nicht durch eine besondere, die bestehenden Bundesgrundgesetze reformierende Anordnung ins Leben gerufen werden soll.

Es liegt im Interesse Deutschlands, daß die dermalige Politik des Berliner Kabinetts nicht bloß äußerlich, wie es vor elf Jahren der Fall war, zurückgedrängt werde, um später bei günstiger Gelegenheit von neuem hervorzutreten, sondern daß vielmehr der kleindeutsche Standpunkt auch innerlich und im Bewußtsein der Nation selbst überwunden werde.

Dazu aber ist es vor allem durchaus nötig, der Nation die Überzeugung zu verschaffen, daß es mit den großdeutschen Reformplänen ernst ist und dies kann nur geschehen, indem man das großdeutsche Reformprogramm, das bis jetzt nur in der abstrakten Gestalt einer prinzipiellen Formel vorliegt, zu einem lebensfähigen konkreten Vorschlag ausarbeitet. Und dann wird es nur zu einer gesunden Entwicklung der deutschen Zustände beitragen können, wenn einem solchen wahrhaft nationalen Vorschlag dasjenige in gleich scharfer Formulierung gegenübertritt, was die Königlich Preußische Regierung von ihrem jetzigen Standpunkt aus dem deutschen Volk als Inhalt der Bundesreform zu bieten vermag.

Hieran reiht sich jedoch noch eine andere Betrachtung. Wenn es gelänge, durch Vorlage eines bestimmt gestalteten großdeutschen Reformplans auch die Königlich Preußische Regierung zur genauen Formulierung ihrer Reform-

vorschläge zu veranlassen, so würde sich das Berliner Kabinett genötigt sehen, manche Punkte zu berühren, die zwar bereits bundesgrundgesetzlich geordnet sind, hinsichtlich deren es aber dennoch erwünscht sein könnte, ein ausdrückliches Anerkenntnis der dem Bundesverhältnis entspringenden gegenseitigen Rechte und Pflichten aus dem Munde des Königlichen Preußischen Kabinetts zu vernehmen.

Nach den Ansichten des königlich preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten soll die Sorge für die Sicherheit und Integrität des Deutschen Bundes eine Aufgabe der Bundesversammlung bleiben. Wie weit sich jene Sorge zu erstrecken haben würde, welche Befugnisse der Bundesversammlung als Mittel zur Lösung dieser Aufgabe zu Gebote stehen müßten, in welchem Umfang das Defensivsystem Deutschlands festzustellen wäre, ob insbesondere die Bestimmungen des Artikels 47 der Wiener Schlußakte in Kraft zu bleiben oder welche an ihre Stelle zu treten hätten, das sind Fragen, auf welche ein preußischerseits auszuarbeitender Reformplan die präzise Antwort nicht schuldig bleiben dürfte. Eine Äußerung der Königlich Preußischen Regierung darüber, welche Sätze der Bundesverfassung selbst bei einer im preußischen Sinne sich bewegenden Bundesreform unangetastet stehen bleiben könnten, würde jedenfalls von großem Interesse sein und unter Umständen vielleicht wesentlich dazu beitragen, die Stellung der beiden deutschen Großmächte zueinander und somit die Lage Deutschlands dem Ausland gegenüber in mancher Beziehung zu klären, und Schwierigkeiten, welche sich einer Anwendung gewisser bundesrechtlicher Normen auf bestimmte mögliche Fälle in Zukunft entgegenzustellen drohen, im voraus zu beseitigen. Es scheint nicht undenkbar, daß eine Formulierung der beiderseitigen Reformpläne zu einer Verständigung mit Preußen, wenn auch nicht im ganzen, so doch über einzelne wichtige Punkte führen könnte, ohne daß die Grundlage der Bundesverfassung alteriert zu werden brauchte. Hierin aber dürfte ein weiterer Grund liegen, der preußischen Aufforderung zur Vorlegung eines auf dem Gedanken einer organischen Entwicklung der Bundesverfassung ruhenden Reformplans nicht aus dem Wege zu gehen.

Die Großherzogliche Regierung würde es daher mit Freuden begrüßen, wenn die bundestreuen Regierungen unter sich Verhandlungen behufs Verständigung über einen solchen Reformplan eröffneten. Man verkennt dabei die Schwierigkeiten keineswegs, die einer solchen Verständigung im Wege stehen, aber man hält dieselben nicht für so groß, daß es erlaubt wäre, von vornherein an einem genügenden Ergebnisse zu verzweifeln.

Eure Exzellenz bitte ich, im Sinne der vorstehenden Bemerkungen mit dem Herrn Grafen Rechberg zu sprechen, demselben auch, wenn er es wünschen sollte, Abschrift dieser Depesche zu belassen und ihn schließlich um eine geneigteste Rückäußerung zu ersuchen.

Ich benutze zugleich diesen Anlaß, um Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Darmstadt, 25. Februar 1862.

3.

Prinz Alexander an Dalwigk.[1])

Padua, 2. April.

In den so verwickelten und trostlosen deutschen Angelegenheiten haben Euer Exzellenz einen wahren Triumph gefeiert und sich ein Verdienst erworben, welches sowohl von Graf Rechberg als vom Kaiser nach Gebühr gewürdigt wird.[2]) Seine Majestät sprachen sich in Venedig gegen mich in diesem Sinne aus und sagten von den identischen Noten: „Das war doch endlich einmal ein gelungener Coup!" — Mit großer Spannung sehe ich dem Resultat der deutschen Reformkonferenzen in Wien entgegen. Die Haltung der badischen Regierung ist wirklich empörend, und meinen schwachköpfigen Vetter kann ich nur als politischen Selbstmörder bezeichnen.

4.

Dalwigk an Hügel.[3])

Darmstadt, 12. Juni.

Mein hochverehrter Freund!

Der Besuch des Grafen v. d. Decken,[4]) welchen Sie in Stuttgart gehabt haben, ist auch mir hier zuteil geworden. Ich habe dem Grafen bemerkt, daß unter den Gründen für Aufstellung eines Übungslagers von Truppen der Mittelstaaten mir nur einer ganz ausreichend schiene. Das sei der Versuch Preußens, durch Zusammenziehung zweier Armeekorps sich einen ihm nicht gebührenden Einfluß auf die inneren Angelegenheiten eines deutschen Bundesstaates zu verschaffen, der Versuch, auf dem Wege eines Landfriedensbruches, einer flagranten Verletzung der Bundesakte, Kurhessen in die Reihe der preußischen Vasallenstaaten hinüberzuziehen und somit die Worte des Königs von Preußen zu verwirklichen, welche mir derselbe im verflossenen Jahre mit anerkennenswerter Offenheit in Baden-Baden gesagt habe.

Inzwischen hat Preußen in Kassel seinen Zweck erreicht. Es ist ein kleindeutsch-liberales Ministerium im Begriffe, die Geschäfte dort zu übernehmen,[5]) und mag man diesseits über die Verfassungsfrage denken wie man will, über die politische Seite der Sache können wir nur eine Meinung haben. — Wenn man duldet, daß Preußen mit den Waffen in der Hand die norddeutschen

[1]) D.-A.

[2]) Gemeint ist wohl das Dalwigk-Hofmannsche Promemoria.

[3]) Entwurf im D.-A.

[4]) Adolf Graf v. d. Decken, Geh. Rat und Kammerherr des Königs von Hannover.

[5]) Infolge der verschiedensten preußischen Pressionen sah sich der Kurfürst gezwungen, in seinem Streite mit den Ständen nachzugeben und ein Ministerium zu ernennen (v. Dehn-Rotfelser), das sich auf den Boden des alten Rechtes stellte und die Wiedereinführung der Verfassung von 1831 verkündigte. Das bedeutete einen unzweifelhaften Sieg Preußens über den Kurfürsten und den Bundestag. Siehe Sybel: II, S. 437 ff.

Staaten von sich abhängig macht, so ist der Anfang zur Teilung Deutschlands gemacht, und ich gehe lieber in das demokratische Lager, ehe ich eine solche Schmach, eine solche Entehrung unseres Vaterlandes ruhig mit ansehe. Was heute in bezug auf Kurhessen möglich war, wird morgen in bezug auf Sachsen und Hannover zur Ausführung kommen.

Eine andere Frage aber ist, ob die von Hannover empfohlene Maßregel nicht bereits verspätet ist, ob nicht andere Wege einzuschlagen wären, und zwar Wege, welche die Mittelstaaten weniger unpopulär machen, als es im Falle einer Vertretung des Kurfürsten von Hessen[1]) der Fall gewesen wäre. — Ich möchte gern darüber mit Ihnen, mein hochverehrter Freund, mündlich verhandeln, und frage deshalb, ob Ihnen eine Besprechung in Heidelberg oder an jedem anderen von Ihnen zu bestimmenden Orte genehm ist.

5.

Fürst Solms-Lich[2]) an Dalwigk.[3])

Lich, 9. August.

Es ist gewiß sehr leicht, in der Annahme zu weit zu gehen, daß in dem Abschlusse des Handelsvertrags[4]) ein politischer Zug gegen Österreich beabsichtigt sei. Die Entstehungsgeschichte dieses Vertrags wird gewiß nachweisen, daß er eine Konsequenz der seit mehr als vierzig Jahren von Preußen befolgten freihändlerischen Maximen ist. Eure Exzellenz werden sich mit mir erinnern, daß vor dreißig, vor zwanzig und noch vor zehn Jahren die freihändlerischen Anschauungen und Bestrebungen auch im südwestlichen Deutschland eine große Majorität für sich hatten, und Friedrich List würde diesen Vertrag gewiß nicht als eine verfrühte, wohl eher als eine verspätete Konsequenz aller seiner Bestrebungen bezeichnen. Will man also konsequent sein, so wird man den Handelsvertrag nicht verwerfen dürfen. Dagegen ist freilich zu befürchten, daß unsere sowie überhaupt die süddeutschen Handelskammern das Interesse der Produzenten viel zu einseitig vertreten werden. Wie Hessen der erste Staat war, der mit Preußen den Zollverein abschloß, so daß es immer unentschieden geblieben ist, ob der erste Gedanke von einem preußischen oder von einem hessischen Staatsmanne ausgegangen ist, so würde es ganz gewiß für Eure Exzellenz eine würdige Aufgabe sein, das Zerfallen des Zollvereins zu verhindern. Die österreichischen Vorschläge werden sich wohl schon deshalb als unausführbar erweisen, weil so ausgedehnte Grenzen gar nicht entsprechend überwacht werden können, abgesehen von dem ganz anderen Verhältnis in der Dichtigkeit der-

[1]) Friedrich Wilhelm I., Kurfürst von Hessen, 1802—1875, seit 1847 Regent, entthront 1866, Gemahl der „Gräfin v. Hanau“ († 1882).

[2]) Ludwig Fürst zu Solms-Lich, 1805—1880.

[3]) D.-A.

[4]) Zwischen Preußen und Frankreich, gegen den Österreich und die ihm ergebenen Mittelstaaten eine lebhafte Agitation betrieben.

jenigen Bevölkerung, welche Abnehmer der Hauptartikel ist, was doch die Kolonialwaren immer bleiben werden. Erlauben mir Eure Exzellenz zuletzt noch die aus aufrichtiger Teilnahme herkommenden Worte, daß das Zerfallen des Zollvereins von so gewaltigen Nachteilen begleitet sein würde, daß ich diejenigen, an denen ich teilnehme, vor dem Vorwurf bewahrt sehen möchte, daß sie eine solche Eventualität hätten verhindern können.

6.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 23. August.

Eure Königliche Hoheit bitte ich alleruntertänigst, dem Hof-, dem Marstall- und dem Theaterpersonal die gemessenste Weisung erteilen zu wollen, bei der in der nächsten Woche stattfindenden definitiven Abstimmung zur Wahl der Wahlmänner für die Landtagsabgeordneten der Residenz sich nicht nur ausnahmslos zu beteiligen, sondern auch entschieden nach dem konservativen Wahlzettel zu stimmen, welcher zu diesem Zweck neuerdings erschienen ist, und von welchem ich ein Exemplar hier beizuschließen mir erlaube.

Wenn die konservative Partei und alle diejenigen, welche nach Pflicht und Ehre zu derselben gehören sollten, nicht aus allen Kräften abstimmen, so wird man bei der unglaublichen Rührigkeit der hiesigen Nationalvereinler und Demokraten, welche ganze Scharen von Fabrikarbeitern an die Wahlurne führen, den Skandal erleben, daß die Residenz Eurer Königlichen Hoheit auf dem bevorstehenden Landtage durch Herrn Metz und Genossen vertreten wird.

Bereits haben mehrere, im unmittelbaren Dienste Eurer Königlichen Hoheit stehende Personen, z. B. der Theaterdiener Weber, der Hoflakai Pfeil, der Saalwärter Büttel usw. mit der Demokratie gestimmt, ich will hoffen aus Dummheit.

Das Eisenbahnpersonal ist bis jetzt gar nicht zur Abstimmung erschienen oder hat, wo ausnahmsweise ein Mitglied abgestimmt hat, sich nach dem demokratischen Wahlzettel gerichtet.

gez.: Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Darmstadt, 23. 8.

Sie wollen in meinem Auftrag mit den betreffenden Vorständen ins Benehmen treten und dieselben im beantragten Sinne bedeuten; die drei Esel, die schlecht gestimmt haben, sind ihren Vorständen namhaft zu machen, Pfeil ist Pensionär und arbeitet als Taglöhner in der Hofgärtnerei Bessungen, geht also die Hofgartendirektion an.

gez.: Ludwig.

[1]) D.-A.

7.

v. d. Pfordten an Dalwigk.[1])

29. November.

Ich kann die Anschauungen des Baron Beust nur beklagen; denn er irrt bezüglich des Südens gewiß. Bayern wird sicher nicht nachgeben, und kommt es zur Errichtung von Zollschranken gegen Preußen, so werden sie nicht mehr fallen; denn seitdem es so sonnenklar ist, daß man in Berlin den Zollverein als politische Mausfalle betrachtet, wird sich kein Staat, der seine Selbständigkeit fühlt und behaupten will, zum zweitenmal hineinbegeben. Bayern wird dabei nicht allein stehen, und wenn Sachsen der Leipziger wegen sich von Preußen mediatisieren lassen muß, so werden wir es beklagen, aber deshalb unsere Politik nicht ändern. Für Vermittlung ist weder Bedürfnis noch gerade in Sachsen die Befähigung vorhanden. Wie man hierüber im Publikum des Südens denkt, mögen Sie aus der anliegenden Nr. 327 der Isarzeitung sehen. Allerdings war die Koalition von 1852[2]) schwierig; aber auch damals schon war Sachsen viel wackliger als Württemberg. Jetzt wäre die Sache sogar leichter als damals, wenn H. v. Beust nicht so voreilig gewesen wäre. Daß Hannover und Kurhessen besonnener waren als er, ist ein Glück, und die Argumentation Beusts in bezug auf sie ist mir unbegreiflich.

---

[1]) D.-A.

[2]) Die sogenannte „Darmstädter Koalition", die Vereinigung von Bayern, Württemberg, Sachsen, beider Hessen und Nassaus, die sich anläßlich der Differenzen über die Erneuerung des Zollvereins zur Zolleinigung mit Österreich ohne Preußen verpflichteten.

Tagebuch 1863.

1. Januar.

Morgens 9½ Uhr fuhr ich in das Schloß und gratulierte dort zusammen mit den Ministern v. Schenk[1]) und v. Lindelof dem Großherzog zum neuen Jahre. Der Großherzog gab uns die Hand und erzählte dann sehr bewegt, er habe den gestrigen Abend in der Erinnerung an seinen Verlust[2]) ungemein traurig zugebracht. Zum erstenmal habe er das Bedürfnis gefühlt, in die Kirche zu gehen und dort zu beten. Er habe deshalb dem Abendgottesdienste in der Schloßkirche beigewohnt und sei schon um 9 Uhr zu Bett gegangen. Wir sprachen dann noch von der verewigten Großherzogin.

Ich sprach mit dem Großherzoge von den großen Gefahren, mit welchen Preußen in diesem Augenblick Deutschland bedrohe, seit Herr v. Bismarck am Ruder sei. Der Großherzog entgegnete, er vertraue auf den rechtlichen Sinn des Königs, der doch am Ende allein zu entscheiden habe.

11. Januar.

Herr v. Sydow[3]) besuchte mich und peinigte mich eine Stunde lang mit dem Antrag wegen einer Delegiertenversammlung und mit dem französisch-preußischen Handelsvertrag. Ich sprach ihm meine Ansichten unverhohlen aus. Ich sagte ihm, daß der Vorschlag, Delegierte ad hoc zusammenzuberufen, für seine Annahme keiner Einstimmigkeit bedürfe, daß er nur eine Form sei, in der man die Beratung über die Annahme der neuen Gesetze über Zivilprozeß- und Obligationenrecht vorzunehmen wünsche, um ihr leichteres Durchgehen in den Kammern zu sichern und daß deshalb Preußen keinen Anlaß habe, darin einen Bundesbruch zu finden. Bezüglich des französischen Vertrags sagte ich ihm, daß die Rücksichtslosigkeit, mit der Preußen diesen Vertrag abgeschlossen habe, ohne die dringenden Wünsche und Bemerkungen seiner Zollverbündeten zu beachten, für die Diesseite ein gerechter Grund sei, um auch ihrerseits ernstlich zu prüfen, inwiefern man diesen Vertrag annehmen könne. Der Vertrag mit Österreich von 1853 liege vor, und selbst wenn die Worte desselben nichts enthielten, was Österreich berechtige, vorerst mit seinen Wünschen gehört zu werden, so liege ein solches Recht Österreichs doch in dem Geiste

---

[1]) Friedrich Freiherr v. Schenk zu Schweinsberg, 1805—1881, Finanzminister, Geheimer Rat, Kammerherr, Mitglied des Staatsrats und lebenslängliches Mitglied der I. Kammer der Stände.

[2]) Den Tod der Großherzogin Mathilde.

[3]) Preußischer Gesandter in Kassel.

des Vertrags.[1]) Herr v. Sydow behauptete, daß Preußen nicht abgeneigt sei, mit Österreich zu unterhandeln, sobald der französische Vertrag allseits genehmigt sei. Ich sagte,[2]) abgesehen davon, daß Herr v. Bismarck mit gewohnter Franchise bereits erklärt habe, daß der Zweck des französischen Vertrages gerade der sei, den österreichischen Vertrag aus der Welt zu schaffen, unterläge eine Verständigung mit Österreich den größten Schwierigkeiten, sobald man Frankreich an jeder Begünstigung teilnehmen lassen müsse, die man Österreich einräume. Im Großherzogtum Hessen stehe die Regierung nur allein auf dem deutschen Standpunkt. Sie neige weder zu Österreich noch zu Preußen. Ihr endliches, wenn auch sehr entferntes Ziel sei, Institutionen zu schaffen, welche ganz Deutschland umfaßten. Preußen möge recht haben, wenn es spezifisch preußische Interessen verfolge. Aber es möge anderen Bundesstaaten nicht zumuten, ihm darin zur Seite zu stehen. Abgesehen von diesen Erwägungen sei der französische Handelsvertrag sehr ungünstig für den Zollverein abgeschlossen. Man würde das nämliche Ziel größerer Handelsfreiheit erreicht haben, wenn man, statt einen Vertrag mit Frankreich zu schließen, die Zölle des Vereins im allgemeinen herabgesetzt und vorläufig gegen Frankreich Differentialzölle aufrechterhalten hätte. Herr v. Sydow habe von der öffentlichen Stimme im Lande gesprochen. Er täusche sich aber ebensosehr wie seine Regierung, welche von einer seltenen Einmütigkeit des Handels- und Gewerbestandes im Großherzogtum Hessen bezüglich der Annahme des Vertrages gesprochen habe.

24. Februar.

Um 10½ Uhr besuchte mich der Abgeordnete Wernher von Nierstein,[3]) um mich zu bereden, die Vorlage zugunsten des Prinzen Wilhelm[4]) auf so lange zurückzuziehen, bis der Prinz das 21. Jahr erreicht habe. Er erzählte mir, der ursprüngliche Zweck der Fortschrittspartei sei gewesen, den Großherzog von der Regierung zu entfernen und den Prinzen Ludwig an seine Stelle zu setzen. Das habe sich aber doch als unmöglich herausgestellt. Darauf hätten diese Menschen geglaubt, durch die von ihnen entworfene Adresse wenigstens das Ministerium ändern zu können, und auch darin sähen sie sich nun zu ihrer Überraschung getäuscht. — Er, Wernher, habe dem p. Metz und Konsorten wiederholt bemerkt, daß ja niemand vorhanden sei, um das jetzige Ministerium zu ersetzen.

---

[1]) Der preußisch-österreichische Handelsvertrag von 1853 sollte die deutsch-österreichische Zolleinigung vorbereiten.

[2]) Vom Herausgeber hinzugefügt.

[3]) Wilhelm Wernher von Nierstein, 1802—1887, Mitglied des Frankfurter Parlaments 1848, des Erfurter Parlaments und durch Jahrzehnte des hessischen Landtags, bis er 1873 zum lebenslänglichen Mitglied der I. Kammer ernannt wurde. Er war ein Jugendfreund Dalwigks und Heinrichs v. Gagern.

[4]) Prinz Wilhelm von Hessen, 1845—1900, Sohn des Prinzen Carl.

8. April.

Um 11½ Uhr hatte ich den Besuch des bayerischen Staatsrats Baron Gustav v. Lerchenfeld, mit dem ich die deutsche Frage gründlich durchsprach. Ich empfahl dringend, daß Bayern die Sache in die Hand nehmen, an der Spitze der Mittelstaaten gehen und Ministerkonferenzen zusammenberufen möge.

15. April.

Die Prinzessin Carl sagte mir, sie traue auch den Reformvereinen[1]) nicht. Dieselben wollten Österreich an die Spitze bringen. Ich bemerkte ihr, der Zweck der Reformvereine sei, Deutschland als ein großes Ganzes zu erhalten und weder Preußen noch Österreich auszuschließen. Durch das Bestreben, Österreich an die Spitze zu setzen, würde man in denselben Fehler verfallen wie der Nationalverein, der das gleiche erfolglose Experiment mit Preußen machen wolle. Die Prinzessin könne über die Tendenzen des Reformvereins ganz beruhigt sein.

24. April.

Um 11 Uhr kam Baron Pfordten. Wir sprachen ausführlich über die deutschen und polnischen Angelegenheiten. Er teilte meine Ansicht, daß Frankreich Österreich isolieren wolle, um demnächst über letzteres und später über Preußen und Deutschland herzufallen. Er sagte mir, daß der König von Bayern in der Angelegenheit des preußisch-französischen Handelsvertrages sehr fest sei und auch in den übrigen Dingen mehr als bisher wieder die Initiative ergreifen wolle. Ich bat Pfordten lebhaft, den König darin zu bestärken und wieder periodische Ministerkonferenzen mit gemeinsamer Aktion der Mittelstaaten veranlassen zu wollen. Pfordten erzählte mir, er sei zwölf Tage in München und darunter zehn Tage lang jeden Morgen zwei Stunden bei dem Könige gewesen, was den Baron Schrenck[2]) etwas mißtrauisch gemacht habe. Um 4 Uhr fuhr ich auf die Eisenbahn, um von dem Prinzen Alexander, der mit Rittmeister v. Rotsmann[3]) und Hofprediger Bender nach England reiste, Abschied zu nehmen. Prinz Carl und Prinz Wilhelm erschienen ebenfalls. Hierauf machte ich Frau v. Canitz einen Besuch. Ihr Mann[4]) und ihre römische Schwägerin waren da. Ich sprach mit Canitz von dem neuesten badischen Erlasse an den Bundestagsgesandten v. Mohl,[5]) wodurch die deutschen Regie-

---

[1]) Gegenbünde gegen den kleindeutschen Nationalverein.

[2]) 1806—1884, 1846/47 bayerischer Justiz- und Kultusminister, 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments, 1850—1859 bayerischer Gesandter am Bundestag, 1859 bis 1864 Minister des Auswärtigen, 1864—1866 wiederum Gesandter am Bundestag.

[3]) Friedrich Freiherr v. Rotsmann, österreichischer Major und diensttuender Kammerherr des Prinzen Alexander.

[4]) Julius Freiherr v. Canitz und Dallwitz, preußischer Gesandter.

[5]) Robert v. Mohl, 1799—1875. 1848 im Vorparlament und der Nationalversammlung und Reichsminister für Justiz, Professor des Staatsrechts in Heidelberg,

rungen veranlaßt werden sollten, Österreich ihre Zustimmung zu seiner Haltung in der polnischen Angelegenheit auszudrücken. Dieser Versuch, die Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich auch in dieser Frage zu vergrößern, ist von sämtlichen Frankfurter Bundestagsgesandten zurückgewiesen worden.

28. April.

Um 2 Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Breda,[1]) welchem ich den ihm vom Großherzog verliehenen Philippsorden behändigte. Wir sprachen dann lange über die politische Lage. Graf Breda meinte, Österreich solle sich fest mit Frankreich verbünden. Das sei der alte Gedanke des Herrn Drouin de Lhuys und das einzige Mittel, diesen im Amte und den Kaiser Napoleon auf konservativen Wegen zu erhalten. Vor allem dürfe Österreich nicht ménager le choux et la chèvre.

Von der Vorliebe für den preußisch-französischen Handelsvertrag sei man in Paris bereits zurückgekommen. Ihm, dem Grafen Breda, hätten seinerzeit die Bemerkungen, die er sich über diesen Vertrag erlaubt habe, zwar in der division commerciale des Ministeriums des Äußern Tadel zugezogen, weil Herr Leclerc in sein Werk verliebt sei. Dagegen habe die division politique die Richtigkeit jener Bemerkungen nicht verkannt und ihn in Schutz genommen, so daß sein unabhängiges Verhalten in dieser Angelegenheit ihm nur genützt habe. Graf Breda versichert ferner, aus positiven Quellen zu wissen, daß man sich in Petersburg ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt habe, Polen an Preußen abzutreten, welches imstande sei, das Land zu germanisieren.

14. Mai.

Mittags 1 Uhr besuchte mich der Prinz Alexander und erzählte mir von seiner Reise nach London und Paris. Die Königin Viktoria, voll von Aufmerksamkeiten, lud ihm den Lord Palmerston[2]) nach Windsor ein, um mit demselben über Politik zu reden. Palmerston schien sehr von kriegerischen Gelüsten gegen Rußland erfüllt, behauptete aber fortwährend, der Kaiser Napoleon dränge eigentlich England zum Krieg. Derselbe wolle 40 000 Mann in Livland bei Riga landen, und ein Observationskorps am Rhein aufstellen, während eine schwedische Armee in Finnland einfalle. Der Prinz riet auf das Entschiedenste vom Kriege ab. Er führte alle bereits bekannten Gründe gegen eine kriegerische Einmischung der Westmächte in die polnische Angelegenheit aus und fügte hinzu, das beste Mittel, alle Parteiverschiedenheiten in Rußland verschwinden zu machen und die russische Nation zu der höchsten Kraftentwicklung anzutreiben, sei ein Angriff Frankreichs und Englands. 40 000 Mann

1861—1866 badischer Bundestagsgesandter in Frankfurt, 1867—1871 Gesandter in München, 1874 Mitglied des Deutschen Reichstags.

[1]) Graf Paul Breda, französischer Legationssekretär in Darmstadt.

[2]) John Temple, Viscount Palmerston, 1784—1865. 1831—1841 zum erstenmal Staatssekretär des Äußeren, 1846—1851 zum zweitenmal, 1855, 1858, 1859—1865 Premierminister.

seien viel zu wenig, um in Rußland mit Erfolg zu operieren, und schon im Oktober friere das Meer zu. Auf Lord Palmerston schienen die Ansichten des Prinzen Eindruck zu machen, besonders als der letztere hinzufügte, ein solcher Krieg werde kein lokalisierter bleiben, sondern ein Weltkrieg werden, dem auch Österreich und Deutschland nicht fernbleiben können, aber nicht auf der Seite der Westmächte. Palmerston schickte am Abend dieses Tages auch den Earl Russel[1]) unter dem Vorwand, daß letzterer wünsche, des Prinzen Bekanntschaft zu machen. Der Prinz empfing den Earl Russel in dem Appartement des Prinzen Ludwig, und es fand dort eine Wiederholung der Konversation mit Lord Palmerston statt. Der Prinz sagte am Schlusse: „Cela vous étonne peut-être d'entendre un général parler ainsi contre la guerre, mais quand on a vu, comme moi, la guerre de près on se fait apôtre de la paix." Diese Worte wiederholte Russel später dem Baron Brunnow[2]) mit dem Bemerken, sie hätten ihn frappiert, weil er früher einmal ganz das nämliche von Lord Wellington gehört habe. — Der Prinz fand Lord Russel gemein aussehend. Der Königin ist er persönlich zuwider. Bei beiden Ministern aber fand er unglaublich oberflächliche Ansichten über die Verhältnisse und Zustände des Kontinents. — In Paris angekommen, begehrte der Prinz auf Veranlassung des Fürsten Metternich eine Audienz in den Tuilerien. Der Kaiser Napoleon empfing ihn auf das liebenswürdigste und ging sofort auf die polnische Frage über. Er behauptete, England suche ihn zum Kriege zu verleiten, und wünschte zu wissen, ob und was der Prinz in England von den englischen Ministern gehört habe. Prinz Alexander erzählte ihm ganz offen, was ihm die englischen Minister über Napoleons Kriegsgelüste und Pläne gesagt hätten. Der Kaiser beschwerte sich bitter über die Schwierigkeiten seiner Beziehungen zu den englischen Ministern, versicherte, er wünsche durchaus keinen Krieg, aber die öffentliche Meinung sei in Frankreich so lebendig für Polen, daß er durchaus etwas tun müsse. Das Wie aber, namentlich die Frage, was man von Rußland fordern solle, schien ihm ebenfalls nicht klar. Er sprach von der Wiederherstellung des Duché de Varsovie mit einem russischen Vizekönig. Der Prinz entgegnete: „Votre Majesté entend donc l'éxecution des traités de 1815." Napoleon wiederholte, ohne sich auf die Verträge von 1815 einzulassen: „Oui, j'entends des concessions pour l'ancien duché de Varsovie. —"

Prinz Alexander erzählte mir weiter, daß er ohne sein Wissen seinerzeit für die griechische Krone in Aussicht genommen gewesen sei. Prinz Ludwig habe ihm auf einem Spazierritt bei Windsor erzählt, daß Lord Palmerston ihm, dem Prinzen Ludwig, in diesem Sinne Eröffnungen gemacht habe, aber er, Prinz Ludwig, habe sofort lachend erwidert, daß davon keine Rede sein könne. Er, Prinz Alexander, habe seinem Neffen Ludwig bemerkt, daß letzterer

[1]) Earl Russel, 1792—1878. Seit 1813 im Parlament, seit 1825 im Staatsdienst, 1846—1852 Premierminister, 1859—1865 Minister des Auswärtigen, 1865—1866 Premierminister.

[2]) Philipp Freiherr v. Brunnow, russischer Gesandter in London.

doch wenigstens über eine so wichtige Tatsache, statt dieselbe für sich zu behalten, ein Wort habe schreiben können. Prinz Ludwig habe sich aber lachend damit entschuldigt, daß er überhaupt ein fauler Korrespondent sei. In Paris, fuhr Prinz Alexander fort, habe er von Herrn v. Grancy erfahren, daß der chef du cabinet des Ministers des Äußern bei demselben gewesen und sich erkundigt habe, obwohl Prinz Alexander geneigt sein werde, die griechische Krone anzunehmen. Herr v. Grancy habe dies ohne weiteres verneint, ohne es für der Mühe wert zu achten, über den Gegenstand nach Darmstadt zu berichten. Darüber habe er, der Prinz, Herrn v. Grancy seine Verwunderung zu erkennen gegeben. Herr v. Grancy habe sich damit entschuldigt, daß der Besuch des chef du cabinet ja eigentlich nur ein Privatbesuch gewesen sei.

Ich las dem Prinzen schließlich meine an den Grafen Reiset gerichtete Verbalnote in der polnischen Angelegenheit vor.

27. Juli.

Prinz Ludwig, mit dem ich längere Zeit sprach, behauptete, die abgesonderte diplomatische Vertretung der kleineren Staaten sei überflüssig. Man könne sich mit anderen Regierungen über eine gemeinsame Vertretung einigen. Der Prinz mit seinen halb vorlauten liberalen Ansichten wird demnächst das Land in eine saubere Konfusion bringen. Ich sagte ihm, die Kennzeichen eines Souveräns seien seine militärischen und seine diplomatischen Befugnisse. Darauf könne er nie verzichten. Übereinkommen mit anderen Regierungen zur gemeinsamen Bestellung diplomatischer Agenten habe man versucht. Man sei aber überall auf Hindernisse gestoßen.

11. August.

Morgens 10½ Uhr hatte ich den Besuch des Majors Maurer,[1]) welcher mir den Publizisten Frantz[2]) aus Berlin vorstellte. Wir besprachen die bevorstehende Fürstenkonferenz, und ich erläuterte dem Dr. Frantz die preußische Ablehnung. Dr. Frantz meinte, der Kongreß solle vor allem Österreich und Preußen die polnischen Besitzungen garantieren. Ich erwiderte, daß eine solche Garantie von niemand gefordert worden sei, daß darin eine Drohung gegen Frankreich liege, die Österreich sicher in diesem Augenblicke zu vermeiden wünsche und daß endlich, wenn man einmal außerdeutsche Besitzungen von Bundesfürsten garantiere, man sich nicht bloß auf die polnischen beschränken dürfe. Der Frankfurter Kongreß sei zur Begutachtung der Bundesreform berufen und zu nichts anderem. Dr. Frantz meinte, das sei Nebensache, auf Formen komme gar nichts an. Die Hauptsache für das Ansehen des Bundes sei eine große selbständige Tat, und diese liege in einer Garantie der polnischen Besitzungen Österreichs und Preußens. — Ich fuhr dann in die Sitzung. —

[1]) Alter hessischer Offizier und eifriger Förderer der großdeutschen Sache, mit dem Dalwigk in brieflichen Beziehungen stand.

[2]) Constantin Frantz, 1817—1891, überzeugtester Vertreter des föderalistischen, großdeutschen Gedankens und deutscher Weltpolitik.

Um 4 Uhr dinierten Dr. Frantz und Ministerialrat v. Rodenstein bei uns. Dr. Frantz erzählte viel von Spanien, wo er als Angestellter bei dem preußischen Generalkonsulat eine Reihe von Jahren verlebt hatte. Er beschrieb die Kathedrale von Sevilla und versicherte, daß mit Ausnahme der Bewohner von Valencia die übrigen Spanier gothischer oder iberischer Abkunft seien. Auf den Bildern sehe man, daß die Königin Isabella I. blonde Haare und blaue Augen gehabt habe, und dergleichen finde man noch oft in Spanien. Wir sprachen dann viel von Livland. — Erst um 8¾ Uhr konnte ich auf den Heiligenberg[1]) fahren. Prinz Alexander mit Frau und Kindern waren kurz zuvor von einer Spazierfahrt ganz durchnäßt zurückgekommen. Er und die Prinzessin Battenberg nebst den Kindern standen in der offenen Eingangstüre des Hauses und empfingen mich da. Der Prinz nahm mich dann mit in sein Zimmer in dem neu aufgeführten Bau, und wir sprachen lange Politik. Ich teilte ihm die neuesten österreichischen und preußischen Depeschen und Noten bezüglich des Frankfurter Fürstentages mit. Er erzählte mir, daß alle Russen, die er neuerdings gesehen habe, über den Fürsten Gortschakow und seine Politik schimpften, während sie doch früher das antiösterreichische Verfahren Gortschakows durchaus gebilligt hätten. Er habe sich erlaubt, einige dieser Herren auf ihren Gesinnungswechsel aufmerksam zu machen. Der Prinz erzählte mir weiter vertraulich, er habe kürzlich von dem Kaiser Alexander, in Beantwortung eines von ihm früher an den Kaiser gerichteten ganz unbedeutenden Briefes, ein langes Schreiben erhalten, in welchem der Stil Gortschakows zum Teil zu erkennen gewesen sei. Der Kaiser habe darin den Vorschlag, die polnische Sache zum Gegenstand der Verhandlung der drei Teilungsmächte zu machen, ausführlich und motiviert in einer Weise empfohlen, daß er, Prinz Alexander, genötigt gewesen sei, das Schreiben, wie offenbar die Absicht des Verfassers gewesen, dem Kaiser Franz Joseph mitzuteilen. Von letzterem habe er aber in einem 16 Seiten langen autographen Schreiben eine ablehnende Antwort erhalten, und sei nun in der peinlichen Lage gewesen, diesen Brief nach Petersburg zu schicken. Die Kaiserin Marie, als kluge Frau, habe übrigens von vornherein diese Gortschakowsche Idee für unannehmbar gehalten und ihm, dem Prinzen geschrieben: „Que c'était probablement pour gagner de temps." Der Prinz sprach mir auch von einem hochgestellten russischen Beamten, der ihn kürzlich besucht habe, und der bloß reise, um die verschiedenen Zeitungsredakteure durch Geld und Orden für die russischen Interessen zu gewinnen. Derselbe habe ihm gesagt, er habe in Paris mit dem Redakteur eines der einflußreichsten Blätter verhandelt und demselben vorgeworfen, daß er so manche offenbar falsche Nachricht zum Nachteile Rußlands und zugunsten Polens verbreite, z. B. eine erlogene Grausamkeit des Generals Grafen Schuwalow, Sohnes des Obersthofmarschalls Grafen Schuwalow. „Que voulez-vous," habe der Redakteur geantwortet, „j'ai reçu 200 000 francs pour écrire dans ce sens."

[1]) Besitzung des Prinzen Alexander bei Jugendheim an der Bergstraße.

13. August.

Morgens 10½ Uhr hatte ich Audienz bei dem von Leopoldskron[1]) zurückgekehrten Großherzog. Der Großherzog erzählte mir, daß der Kaiser eigens zu ihm nach Leopoldskron gekommen sei, um ihm das Einladungsschreiben nach Frankfurt selbst zu übergeben. Wir besprachen den dortigen Aufenthalt. Der Großherzog sagte mir, der Kaiser werde den 18. l. M., seinen Geburtstag, bei ihm zubringen. Er erzählte, eines Tages sei er in Leopoldskron spazieren gefahren, da sei neben seinem Wagen plötzlich eine Gestalt aufgetaucht, und diese Gestalt sei Herr v. Bismarck gewesen. „Ei, Exzellenz," habe er ihm zugerufen, „wo kommen Sie denn her?" — „Von Gastein, der König ist weggefahren, und da benutze ich die Zeit zu einer längeren Promenade," war die Antwort. „Nun, was treiben Sie in Gastein?" Antwort: „Wir stecken den ganzen Tag im Schlamme." — Die Salzburger hätten, so versichert der Großherzog, behauptet, er habe erwidert: „Ah! so, Sie stecken also im Dreck." — Der Großherzog erzählte mir auch, der Kaiser von Österreich habe über den Kurfürsten von Hessen und den Herzog von Koburg sich ungünstig ausgesprochen und gesagt, dieselben seien beide höchst unangenehme Persönlichkeiten.

14. August.

Den Rest des Tages blieb ich zu Hause, da ich wegen der bevorstehenden Fürstenkonferenz die Hände voll zu tun hatte. Um 5 Uhr ließ ich den Verwalter der Main-Neckarbahn rufen, um für den folgenden Abend einen Extrazug nach Frankfurt für den Großherzog zu bestellen.

15. August.

Morgens 10½ Uhr besuchte mich Baron Reyer[2]) und um 12 Uhr kam Geheimer Hofrat Pabst,[3]) um sich wegen eines Verweises zu rechtfertigen, den ich ihm bezüglich der Ankündigung, daß die Königin von England nach Frankfurt komme und im großherzoglichen Palais absteigen würde, im Allerhöchsten Auftrag erteilt hatte. Um 4¾ Uhr fand ich mich in Gala auf dem Bahnhof ein, um dem Empfange des Kaisers von Österreich, des Königs von Bayern und des Kronprinzen von Württemberg, welche sukzessiv mit Extrazügen kamen, beizuwohnen. Der Kaiser war vom Prinzen Alexander, der ihm entgegengefahren war, vom Grafen Rechberg, Baron Kübeck und dem Grafen Crenneville[4]) usw. begleitet. Der König von Bayern hatte den Minister v. Schrenck und seine Generaladjutanten v. Laroche, den Grafen Pappenheim usw. bei sich, der Kronprinz von Württemberg[5]) die

[1]) Bei Salzburg.

[2]) Franz Freiherr v. Reyer, österreichischer Legationsrat.

[3]) Christian Wilhelm Pabst, Redakteur der „Darmstädter Zeitung".

[4]) Franz Graf Folliot de Crenneville, Oberstkämmerer und Generaladjutant des Kaisers von Österreich.

[5]) 1823—1891, seit 1864 als Karl I. König von Württemberg.

Minister v. Hügel und v. Neurath.[1]) Der Empfang war feierlich, eine Ehrenkompagnie war aufgestellt und Militärmusik spielte. Die reisenden Fürsten stiegen aus und sprachen mit uns. Der Großherzog stellte mich dem Kaiser vor. Um 7 Uhr fuhr der Großherzog mit mir, Capellen, Isenburg, Trotha und Werner ebenfalls nach Frankfurt.

Frankfurt, 16. August.

Nach dem Frühstück ging und fuhr ich herum, um allen angekommenen Ministern Besuche resp. Gegenbesuche zu machen.

Um 12 Uhr kam Minister v. Schrenck zu mir und um 12¾ Uhr Minister v. Beust, mit dem ich ebenfalls das österreichische Projekt in betreff des zu bildenden Bundesdirektoriums[2]) besprach und der sich mit meiner Ansicht, bei dieser Bildung die Armeekorps zugrunde zu legen, einverstanden erklärte. Ich begleitete Herrn v. Beust in seinen Englischen Hof und schrieb mich bei den dort wohnenden Souveränen ein. Ich hatte dann Vortrag bei dem Großherzoge, welchem Prinz Alexander beiwohnte und nachher Konferenz mit dem Prinzen Alexander, dem österreichischen Ministerialrat v. Biegeleben und dem Bundestagsgesandten v. Biegeleben[3]) in der Wohnung des letzteren. Wir gingen den inzwischen offiziell mitgeteilten österreichischen Entwurf durch und machten Bemerkungen dazu. — Um 4 Uhr wurde im Großherzoglichen Palais diniert. Der Großherzog speiste bei dem Kaiser. — Nach dem Essen ließ ich mich bei dem inzwischen angelangten Prinzen Ludwig und der Prinzessin Alice anmelden. Die Prinzessin meinte, es werde bei den Beratungen des Fürstentages nicht viel herauskommen, weil niemand guten Willen mitbringe, weil kein Fürst etwas opfern wolle. Ich widersprach dieser Ansicht lebhaft und bemerkte, daß dieselbe jedenfalls in bezug auf den Großherzog und seine Regierung unrichtig sei. Sie zuckte ironisch die Achseln. Abends 8 Uhr hatte ich mit den beiden württembergischen Ministern Konferenz bei dem Minister v. Beust. Wir diskutierten abermals meinen Vorschlag über die Bildung des Bundesdirektoriums. Später soupierte ich noch mit dem Gefolge des Großherzogs.

17. August.

Morgens 8 Uhr besuchte mich der Geheime Kabinettsrat Zimmermann,[4]) dann kamen die württembergischen Minister zu mir, um mir ihre Zustimmung zu meinem Vorschlage zu erklären. Ich ging dann zu dem Großherzoge, um über den Anzug der Fürsten in ihrer auf heute morgen 11 Uhr angesetzten ersten Konferenz und bei dem Bankett im „Römer" anzufragen, da der Kron-

[1]) Präsident des württ. Geheimen Rates, Staatsminister, lebenslängliches Mitglied der I. Kammer.

[2]) Über den Fürstentag siehe Herzog Ernst von Koburg: Aus meinem Leben III, S. 298 ff. und K. Dorien. Der Bericht des Herzogs Ernst II. von Koburg über den Frankfurter Fürstentag 1863. Histor. Bibliothek XXI.

[3]) Arnold v. Biegeleben, Bruder Ludwigs, des österreichischen Ministerialrats.

[4]) Georg Zimmermann, Geh. Kabinettsrat Großherzog Ludwigs III.

prinz von Württemberg es zu wissen wünschte. Von da besuchte ich den Prinzen Alexander, der mir erzählte, er habe bei dem Bankett, welches der Kaiser am Tage zuvor den versammelten Fürsten gegeben, den blinden Großherzog von Strelitz[1]) zu führen und sich neben denselben zu setzen gehabt. Plätze seien nicht angewiesen gewesen, also habe sich auf die andere Seite des Großherzogs der Herzog von Koburg gesetzt. Gleich darauf habe der Großherzog ihn, den Prinzen Alexander, gefragt: „Wer sitzt denn neben mir?" und auf die Antwort: „Der Herzog von Koburg," habe der Großherzog ganz laut gesagt: „Da bin ich ja in ganz schlechte Gesellschaft geraten." Hierauf machte ich Besuche, ging zu Baron Pfordten, wo ich den Baron Schrenck antraf und promenierte dann mit letzterem in der Stadt. Nach meinem zweiten Frühstück ging ich in den „Römischen Kaiser" zu Minister v. Hügel, bei dem Herr v. Neurath und Beust sich einfanden. Während der Besprechung kam der Kronprinz von Württemberg aus der Fürstenkonferenz im Bundespalais zurück. Herr v. Hügel wurde zu letzterem gerufen, kam wieder zurück und sagte Herrn v. Beust, er möge nach Hause fahren, der König von Sachsen habe die Redaktion eines an den König von Preußen zu richtenden Briefes übernommen. So trennten wir uns. — Ich ließ mich dann bei dem Großherzog melden und erfuhr von ihm die Vorgänge in der Fürstenversammlung. Man hatte dem Reformvorschlag Österreichs im ganzen, vorbehaltlich spezieller Beratung, dankend zugestimmt.[2]) Der Kaiser hatte im Einvernehmen mit den Königen[3]) vorgeschlagen, an den König von Preußen ein gemeinsames Schreiben zu richten und ihn darin dringend um sein Erscheinen bei dem Fürstentage zu bitten. Der König von Sachsen hatte übernommen, das Schreiben zu entwerfen und selbst dem König Wilhelm zu überreichen. Um 4½ Uhr sollten sich die Souveräne zur Unterschrift nochmals versammeln. — Hofrat v. Biegeleben hatte die Protokollführung in der Sitzung besorgt. Der Kaiser hatte eine Anrede abgelesen, die Könige von Bayern und Sachsen[4]) darauf geantwortet. Auch der Kurfürst von Hessen wollte antworten, konnte aber kein verständliches Wort herausbringen. Ich machte im Laufe des Morgens und Nachmittags dem Prinzen Alexander und der am Morgen angekommenen Prinzessin v. Battenberg mehrere Besuche. Während des letzten derselben erzählte mir der Prinz, daß der Herzog von Koburg sich eifrig bemühe, von dem Großherzog zu der Festoper am 18. l. M. nach Darmstadt eingeladen zu werden. Ich ließ den Großherzog dringend durch Vermittlung des Herrn v. Lyncker[5]) bitten, darauf nicht einzugehen, weil das Erscheinen des Herzogs zu einer in Gegenwart des

[1]) Friedrich Wilhelm, 1819—1904.

[2]) D. h. nur als Basis für die Verhandlungen.

[3]) In Wahrheit war dies ein Vorschlag des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin.

[4]) Nur der König von Bayern.

[5]) Ludwig Alexander v. Lyncker, Oberst und Flügeladjutant des Großherzogs, 1821—1882.

Kaisers doppelt unangenehmen Demonstration des Publikums führen könne, jedenfalls aber die Fortschrittspartei behaupten werde, der festliche Empfang des Kaisers im Theater habe dem Herzog gegolten. Der Großherzog beauftragte mich, den Prinzen Alexander zu bitten, die Prinzessin Alice von einer Annahme für ihren Onkel abzuhalten, weil der Kaiser bereits bestimmt habe, wen er eingeladen zu sehen wünsche und weil der Großherzog beabsichtige, die in Frage stehende Oper „Königin von Saba" noch einmal für sämtliche Fürsten geben zu lassen.

Um 6 Uhr fuhren wir, der Großherzog voran, nach dem „Römer" zu dem großen Bankett, welches dort die Stadt Frankfurt gab. Links und rechts vom Wege stand eine ungeheure Menschenmenge. Vor dem „Römer" war eine Kompagnie Infanterie mit Musik aufgestellt, die bei der Ankunft der Wagen das Gewehr präsentierte. Die breite Treppe von der Straße an war mit Teppichen belegt. Auf jeder Stufe standen Bediente mit gepuderten Köpfen, auf jedem Absatz zwei Portiers in roten Röcken mit Hellebarden, die sie bei dem Herannahen der Eingeladenen aufstießen. Oben war eine glänzende Versammlung. Außer den Fürsten, ihren Ministern und ihrem Gefolge waren die sämtlichen Bundestagsgesandten und die sämtlichen in Frankfurt akkreditierten fremden Gesandten eingeladen. Ich sprach mit dem Fürsten von Waldeck,[1]) und dem Großherzog von Oldenburg[2]) vor Tisch. Der letztere lobte mir auf sehr schmeichelhafte Weise meinen Vetter Reinhard.[3]) Bei dem Bankett saß ich zwischen dem Obersten Frey[4]) und dem hannoverschen Gesandten v. Heimbruch.[5]) Den ersten Toast brachte Bürgermeister Müller auf die versammelten Fürsten aus, den zweiten der Kaiser von Österreich auf das Wohl der Stadt Frankfurt. Nach Tisch ließ ich mich dem blinden König von Hannover vorstellen, der mir auf die rührendste Weise vom verstorbenen General Poten,[6]) von meiner Tante Rehberg[7]) und meinem Großvater Höpfner[8]) sprach und mir sagte, er habe schon lange gewünscht, mich kennen zu lernen, bei der Gleichheit unserer politischen Grundsätze und wegen seiner Sympathie für meine Familie. Damit reichte er mir herzlich die Hand. Nachher sprach ich einen Augenblick mit dem Kurfürsten von Hessen. Nach dem Diner fuhr man nach der Villa des Kurfürsten von Hessen, um ein großes Feuerwerk zu sehen. Das-

---

[1]) Georg Victor, 1831—1893.

[2]) Peter II., 1827—1900.

[3]) v. Dalwigk, Schloßhauptmann und Kammerherr des Großherzogs von Oldenburg.

[4]) Georg, Flügeladjutant Ludwigs III., Kommandant der Garde-Unteroffizierskompagnie.

[5]) Gottlieb Ernst August v. Heimbruch.

[6]) Gatte von Dalwigks Cousine Marie Rehberg.

[7]) Schwester von Dalwigks Mutter, geb. Höpfner.

[8]) Ludwig Julius Friedrich H., 1743—1797, Professor in Gießen und einer der bedeutendsten Juristen seiner Zeit, starb als Geh. Tribunalrat in Darmstadt und ist aus Goethes Jugendzeit bekannt.

selbe ging gerade zu Ende. Ich war mit dem Grafen Isenburg gefahren. Wir gaben unseren Wagen dem Prinzen Alexander, der keinen hatte, und begleiteten dann den Großherzog, der an einem entfernten Ende des Parks ausgestiegen war und daselbst auch wieder einsteigen wollte. Aber er mußte eine halbe Stunde auf seinen Wagen warten, da das Gedränge ungeheuer war und die Wagen nicht vor und rückwärts konnten. Endlich um 11 Uhr gelangten wir zur Eisenbahn und mußten dort noch eine Stunde warten. Um 12½ Uhr kam ich nach Hause nach Darmstadt.

18. August.

Der Kaiser fuhr mit dem König von Bayern und dem Großherzog in demselben Wagen.[1]) Wir fuhren dann in das Jagdhaus und sahen von da die Revue, die der Kaiser mit dem König von Bayern und dem Großherzog über die Garnison von Darmstadt abnahm. Um 4 Uhr war Marschallstafel im Schloß. Ich saß zwischen dem österreichischen Generaladjutanten Grafen Coudenhove und dem Baron Meyer. Oberjägermeister v. Dörnberg brachte den Toast auf den Kaiser, dessen Geburtstag gefeiert wurde, aus. Abends 6½ Uhr fuhr ich mit Dellchen in das Theater, wo die „Königin von Saba" bei festlich beleuchtetem Hause gegeben wurde. Der Kaiser, der König von Bayern und der Herzog von Braunschweig,[2]) die Prinzessin Carl und die Prinzessin Alice saßen vorn in der Mittelloge. Dahinter saß die Prinzessin Battenberg und stand der Großherzog mit dem Prinzen Alexander. Der Kaiser wurde mit Jubel empfangen. Dann folgte die österreichische Hymne und nach derselben abermals großer Jubel. Die von Frankfurt gekommenen Fürsten kehrten nach dem Schlusse des ersten Aktes der Oper wieder dahin zurück.

19. August.

Mittags 12 Uhr 50 Minuten fuhr ich wieder nach Frankfurt. Ich fand dort eine Einladung für den Mittag zum Diner des Kaisers von Österreich und für den Abend zur Festoper im Theater. Ich besuchte noch schnell die württembergischen Herren und erfuhr von denselben, daß der König von Sachsen erst heute nach Baden abgereist sei, weil der König von Preußen nicht früher dort ankomme. Minister v. Beust habe seinen König begleitet. Um 4 Uhr fuhr ich in das reichgeschmückte Bundespalais, wo eine Masse von Lakaien, Jägern, Hofgendarmen und Hellebardiern aufgestellt waren. Der König der Niederlande,[3]) Prinz Heinrich der Niederlande,[4]) der Herzog von Cambridge,[5]) der Herzog von Nassau, Prinz Nikolaus von Nassau[6]) und sämtliche mit ihren

[1]) In Darmstadt, am Geburtstag des Kaisers.
[2]) Wilhelm, 1806—1884.
[3]) Wilhelm III., 1817—1890, Gemahl der Prinzessin Sophie von Württemberg (1818—1877).
[4]) Bruder des Königs, 1820—1879.
[5]) Georg Frederick William Charles, aus dem Hause Hannover, 1819—1904.
[6]) 1832—1905, Bruder Herzog Adolfs, Gatte der Natalie Puschkin.

Fürsten nach Frankfurt gekommene Minister waren eingeladen. Ich saß zwischen Herrn v. Roggenbach[1]) und Karl v. Stockhausen.[2]) Mit ersterem unterhielt ich mich lange. Er ist ein Mann von freundlichem Wesen und guten Formen, aber scheint nicht recht praktisch. Nach dem Diner sprach der Kaiser mit jedem der Minister. Mir rühmte er seinen Empfang in Darmstadt, und ich sprach ihm von meinem Mißtrauen gegen Preußen und den König selbst. Auch mit dem Herzog von Nassau fand ich Gelegenheit, mich zu unterhalten. Abends 8 Uhr holte mich der Bundestagsgesandte v. Biegeleben und seine Frau in das Theater ab. Die Fürsten und Minister saßen in der ersten Logenreihe. In der Mitte, dem Theater gegenüber, der Kaiser von Österreich, rechts neben ihm der König von Bayern, links der König von Hannover und in dieser Weise zu beiden Reihen die übrigen Fürsten. Ich war in eine Loge mit Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz und einer Anzahl von Thüringern eingepfercht. Es wurde der „Barbier von Sevilla" mit der Patti als Rosine gegeben. Ich ging am Schlusse des zweiten Aktes in die Biegelebensche Loge und blieb dort bis zum Schlusse.

20. August.

Ich berichtete Morgens dem Großherzoge und besuchte einen Augenblick den eben angekommenen Prinzen Alexander, der einen Fürsten Galitzin bei sich hatte. Dann ging ich aus, begegnete unterwegs dem Berliner Wambolt,[3]) der mich begleitete und dann dem Prinzen Wittgenstein,[4]) mit dem zusammen ich dem Grafen Rechberg einen längeren Besuch machte, um die neueste preußische Depesche über die Fürstenzusammenkunft zu besprechen.

Um 11 Uhr frühstückte ich in einem Kaffeehause und begab mich von da in den „Römischen Kaiser" zu einer Konferenz mit Baron Schrenck, Hügel, Neurath und dem Prinzen von Wittgenstein. Graf Platen[5]) konnte wieder nicht kommen, weil er an heftiger Verkältung zu Bette lag. Auch Minister Abée[6]) blieb aus. Wir verständigten uns leicht über eine eingehende Erklärung auf die österreichischen Vorschläge, verschoben aber die definitive Annahme bis zur Rückkehr des Ministers v. Beust, der mit seinem König nach Baden-Baden gereist war.

Um 9 Uhr fuhr ich nach Darmstadt zusammen mit den beiden Lützows und dem Grafen Reiset.

---

[1]) Franz Freiherr v. R., 1825—1907, Förderer der deutschen Einigung, 1868/69 im Zollparlament.

[2]) Gatte von Dalwigks Cousine Natalie v. Dalwigk, 1804—1889.

[3]) D. h. dem hessischen Gesandten.

[4]) Prinz August Ludwig v. Wittgenstein, 1788—1874, nassauischer Staatsminister.

[5]) Adolf Carl Louis Graf v. Platen zu Hallermund, hannoverscher Minister des Äußern.

[6]) Konrad Abée, kurhessischer Justizminister.

21. August.

Morgens fuhr ich von Darmstadt nach Frankfurt zurück. Dort hatte ich Besprechung mit Baron Hügel und Neurath. Ich dinierte allein im „Englischen Hofe".

Abends fuhren der Kaiser von Österreich und ein Teil der übrigen Fürsten, namentlich die Könige von Bayern und Sachsen und der Fürst von Waldeck nach Darmstadt zu einer Vorstellung der „Königin von Saba".

22. August.

Nachts 1½ Uhr wurde ich aus dem Schlafe geklopft, um ein Schreiben Rechbergs mit einem österreichischen Promemoria in Empfang zu nehmen. Um 9½ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog. Um 11 Uhr war Fürstenkonferenz. — Ich machte während derselben eine Promenade mit Neurath und besuchte dann den Baron Kübeck und seine Frau. Bei der Rückkehr begegnete ich dem Baron Schrenck und ging mit demselben in der Stadt umher. Wir kamen an das Hotel des Herzogs von Koburg, und da derselbe tags zuvor von einem Pferde des Prinzen Louis in Kranichstein[1]) in das Gesicht geschlagen worden war, so traten wir ein, um nach seinem Befinden zu fragen. In diesem Augenblick kam der Herzog aus der Konferenz zurückgefahren und sprach einige Minuten mit uns. Er äußerte sich sehr befriedigt vom Gange der Verhandlungen. Ich ging dann nach Haus und fand den Großherzog in der übelsten Laune, weil der Kaiser von Österreich Artikel diskutieren lasse und dadurch die Verhandlungen über den 25. August hinaus verlängere, während er, der Großherzog, an diesem Tage wieder in Leopoldskron sein wolle. Merkwürdig ist es aber, daß auch der Großherzog nicht recht zu wiederholen wußte, was er am Morgen „schaudernd" selbst erlebt, sondern daß er nur in der übelsten Laune wiederholte, der Kaiser wolle den österreichischen Entwurf einer neuen Bundesorganisation durchdiskutieren lassen.

„Ich wünschte, die deutsche Einheit wäre beim Teufel und ich in Leopoldskron," so schloß der Großherzog seine Apostrophe. Nachmittags 3½ Uhr hatte ich bei Baron Beust eine Besprechung mit den beiden württembergischen Ministern und Baron Schrenck sowie mit dem kurhessischen Minister Abée. Um 4 Uhr war kleines Diner bei dem Großherzoge, dem auch Biegeleben und Leonhardi[2]) beiwohnten. Abends 8½ Uhr fuhr ich zu einem Balle, den Moritz v. Bethmann[3]) zu Ehren des Kaisers und der versammelten Fürsten in seiner Villa vor dem Friedberger Tore gab. Die Hitze war groß und das Gedränge furchtbar. Es sprachen mit mir der Kaiser von Österreich, der König von Bayern usw. Der Kaiser Franz Joseph kam auf die freundlichste und artigste

[1]) Jagdschloß in der Nähe von Darmstadt.

[2]) Dr. Ludwig Freiherr v. Leonhardi, großherzoglich hessischer Geschäftsträger bei der Stadt Frankfurt.

[3]) Philipp Heinrich Alexander Moritz v. Bethmann, 1811—1877, wurde 1854 in den badischen Freiherrenstand erhoben.

Weise und unterhielt mich länger, als ich es bei einer solchen Menge von Menschen, die Ansprüche an ihn machten, erwarten konnte. Er sprach mir von dem Gange der Verhandlungen, von seinem Aufenthalt in Mainz und Darmstadt und machte mir Komplimente darüber, wie die Großherzogliche Regierung die Angelegenheiten der katholischen Kirche geordnet habe usw. usw. Genug, man konnte nicht liebenswürdiger sein.

Da ich nach der Entfernung der Souveräne ebenfalls weg wollte und mein Wagen noch nicht da war, so fuhr ich mit Neurath und Hügel nach Haus. Dort fand ich noch sämtliche Oberstthofchargen und Adjutanten zusammen sitzend, alle im Schlafrock und mit ihnen den Prinzen Alexander in Uniformspaletot. Die Herren erzählten mir, der Prinz habe sie überrascht, und als sie nach der Türe gestürzt seien, um schnell Uniformen anzuziehen, die Türe verschlossen. Wir schwatzten sehr lustig noch eine Stunde lang.

23. August.

Morgens 10 Uhr Audienz bei dem Großherzog. Der Herzog von Nassau kam nach mir und fand mich noch im Vorzimmer. Er sprach sich lebhaft gegen das neueste Amendement zu Art. 3 des Reformentwurfes[1]) aus. Ich entwickelte ihm meine Ansicht. Ich machte dann dem Baron Hügel einen Besuch und ging von da weiter, um Visiten zurückzugeben. Unterwegs begegnete ich dem nassauischen Bundestagsgesandten Baron Breidbach, mit dem ich über das neueste Dreikönigsprojekt sprach.

Später kam ich mit Platen, Schrenck und Hügel zusammen, die sämtlich über die von Nassau und Braunschweig ausgehenden Schwierigkeiten sehr ärgerlich waren. Eine Besprechung der Fürsten über diesen Gegenstand bei dem König von Hannover, die von 12 Uhr bis 2¼ Uhr mittags dauerte, war resultatlos. Um 9 Uhr machte ich dem Baron Reyer und nachher dem Grafen Rechberg einen Besuch. Mit letzterem besprach ich das Dreikönigsprojekt zu Art. 3 der Reformakte, von welchem er entschieden abriet. Er schrieb das Projekt dem Baron Beust zu. Er erzählte mir von einem Versuche des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin,[2]) die Alternatsfrage, die in der Sitzung selbst nicht zur Sprache gekommen, nachträglich in das Protokoll einzuschmuggeln und wie er, Rechberg, darüber auf dem Bethmannschen Balle einen heftigen Auftritt mit dem Minister v. Oertzen[3]) gehabt habe.

24. August.

Ich hatte morgens eine lange Audienz bei dem Großherzoge, dem ich eine von mir formulierte Abstimmung zu Art. 3 der Reformakte übergab. Dann besuchte ich den Baron Hügel, der mir ebenfalls von dem Bestreben

[1]) Der die Zusammensetzung des Bundesdirektoriums behandelte.

[2]) Friedrich Franz II., 1823—1883.

[3]) Jasper Joachim Bernhard Wilhelm v. O., Minister für auswärtige Angelegenheiten in Mecklenburg-Schwerin.

Mecklenburgs, das Alternat zur Sprache zu bringen, erzählte. Hügel setzte hinzu, er habe Herrn v. Oertzen dringend von dem Versuche abgeraten, schon jetzt das Alternat für Preußen zu machen. Der König von Sachsen wolle den Antrag stellen, diese Frage ganz der Verständigung der beiden Großmächte zu überlassen. Ich machte dann dem nassauischen Gesandten, Baron Breidbach, einen Besuch, um ihm zu sagen, daß man diesseits bereit sei, nach den Wünschen des Herzogs, seines Herrn, zu Art. 3 zu stimmen.

Der Großherzog erzählte,[1]) daß am Morgen das sächsische Projekt zu Art. 3 angenommen worden sei und daß er es unter diesen Umständen unterlassen habe, meinen Vorschlag aus der Tasche zu ziehen. Nach dem Diner besuchte mich gleichzeitig Minister v. Beust, dem ich zu seinem Sukzeß gratulierte, und Heinrich v. Gagern, der hören wollte, wie die Verhandlungen stünden. Dann zu Beust, um neues zu hören. Es hatten sich in der Fürstenkonferenz an diesem Morgen sämtliche Fürsten, sogar die Herzoge von Nassau und Braunschweig, nur Baden und Mecklenburg ausgenommen, mit dem sächsischen Entwurf zu Art. 3 einverstanden erklärt. Auch der Kaiser hatte zugestimmt, obgleich Rechberg am Abende zuvor die Annahme für bedenklich erklärt hatte. Es war dieses Resultat jedenfalls viel besser als gar keines. Die Hauptschwierigkeit war nun überwunden. Der Kaiser hatte aber die beiden dissentierenden Großherzoge auf den Abend zu sich eingeladen und den König von Sachsen gebeten, dieser Besprechung beizuwohnen. Wir hofften nun durch den letzteren, der von der fraglichen Besprechung noch nicht zurück war, näheres zu erfahren. Aber es schlug $9^1/_2$ Uhr und der König war noch immer nicht zurück. Wir verließen deshalb Herrn v. Beust, und ich kleidete mich an, um zu einer Soiree bei Senator Bernus zu fahren.

25. August.

Morgens war großer Empfang in Gala bei dem Großherzog, dem wir zum Namenstage gratulierten. Um 10 Uhr kam der Kaiser von Österreich, um Glück zu wünschen. Um 11 Uhr kam eine Einladung zum Diner bei dem König von Hannover. Ich ging dann zum Prinzen Alexander, um ihn zu bitten, im Namen des Großherzogs die Deputation des Juristentages am 27. l. M. abends 5 Uhr, im Palais in Darmstadt zu empfangen. Um 5 Uhr fuhr ich zum König von Hannover. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die Minister v. Oertzen, v. Bülow und Graf Platen, der Baron Moritz Bethmann, der Staatsrat Zimmermann und die Adjutanten waren da. Der König sprach lange mit mir. Ich erzählte ihm, der Kaiser Napoleon habe mir von ihm gesagt: „De tous les princes allemands c'est le roi d'Hannovre qui inspire le plus de confiance." Der König antwortete ganz demütig: „Oh! mein Gott, das ist zu viel Güte und Nachsicht!" Ich brachte den König wieder in das Gleichgewicht, indem ich bemerkte, ich glaubte, daß der Mann in den Tuilerien im Privatleben und seinen persönlichen Neigungen aufrichtiger und

[1]) Am Abend.

zuverlässiger sei als in der Politik. — Auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin sprach lange mit mir, namentlich über die Expedition, zu der ich im Jahre 1849 zwei Bataillone Mecklenburger verwenden wollte und die die Aufhebung des Blenkerschen Korps in Worms zum Zwecke hatte. Der Großherzog bedauerte mit mir, daß damals durch die Weigerung des Reichsministers Prinzen Wittgenstein, mir die Truppen zu geben, die ganze Expedition vereitelt worden sei.

26. August.

Früh kam Herr v. Neurath mit einem neuen Projekt zu Art. 3 des österreichischen Entwurfes. Ich billigte dasselbe, und er formulierte es schnell.

Projekt des Baron Neurath vom 26. August 1863.

Das Direktorium des Deutschen Bundes besteht aus dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen, dem König von Bayern und vier der am 8., 9. und 10. Armeekorps beteiligten Souveräne und freien Städte.

Letztere vier Direktorialmitglieder werden jährlich von allen Bundesregierungen außer Österreich, Preußen und Bayern nach relativer Stimmenmehrheit in der Weise gewählt, daß denselben bei dieser Wahl je für 25000 Seelen ihrer matrikularmäßigen Bevölkerung eine Stimme zukommt.

Ich lief damit zu dem Großherzoge, der in ziemlich übler Laune mit dem Prinzen Alexander beim Frühstück saß. Auch er gab seine Zustimmung, und ich begab mich nun zuerst zu dem Hof- und Ministerialrat v. Biegeleben, der ebenfalls mit dem Projekt einverstanden war. Von da ging ich zu dem kurhessischen Minister Abée, machte ihm den neuen Vorschlag begreiflich, und er ging damit zu dem Kurfürsten, als dem einzigen Fürsten, welcher den neuen Vorschlag nachträglich in passender Weise einbringen könnte, weil er gegen die nassauisch-braunschweigische Prätension, in die Kurie der Großherzoge aufgenommen zu werden, gestimmt hatte. Der Kurfürst kam in Person in das Zimmer des Herrn Abée, um mit mir zu reden und übernahm es dann, den neuen Antrag einzubringen.[1]) Der kurhessische Bundestagsgesandte v. Hesberg[2]) kam dazu und war mit mir einverstanden. Von da besuchte ich den Grafen Rechberg, der über den neuen Vorschlag erfreut war und schnell dem Herrn v. Biegeleben, der bereits in die Sitzung der Fürsten gegangen war, einige Zeilen schrieb, um dem Kaiser unsere Wünsche zu empfehlen. Dann besuchte ich die beiden württembergischen Herrn, erzählte ihnen, welche Schritte ich zugunsten des Neurathschen Projektes getan hätte.

27. August.

Um 7 Uhr hatte ich eine kurze Audienz bei dem Großherzog, der noch in den Unterhosen dasaß. Ich bekam ein Billett von Rechberg, worin er mich

[1]) Sogenannter kurhessischer Antrag.

[2]) Georg, Obergerichtsrat.

einlud, im Laufe des Morgens zu ihm zu kommen. Ich fand den Grafen Platen bei ihm. Später kamen auch Neurath und Hügel und zuletzt Schrenck. Wir berieten und beschlossen ein neues Projekt für die Bildung des Direktoriums, wonach die Gruppen der Könige und der Großherzoge zusammenzurufen und Nassau, Braunschweig und die beiden Mecklenburger in diese gemeinsame Gruppe, welche drei Stimmen im Direktorium erhalten sollten, aufzunehmen wären. Neurath, Hügel und ich gingen dann schnell zu Wittgenstein, der sich mit dem Projekt einverstanden erklärte, und ich gab dasselbe dann dem Herrn v. Hesberg mit der Bitte, dasselbe dem Minister Abée und dem Kurfürsten zu empfehlen.

28. August.

Ich fuhr morgens 10¼ Uhr nach Frankfurt zurück. Dort besuchte mich sofort Minister Abée, um mir zu sagen, daß der Kurfürst das neueste, gestern ihm durch Vermittlung des Herrn v. Hesberg von mir mitgeteilte Direktorialprojekt gebilligt habe. Dann ließ mir Herr v. Hügel sagen, ich möge zu einer Beratung kommen. Graf Platen war anwesend und sagte uns, sein König wolle das neueste Projekt zu Art. 3 des Entwurfes einer Reformakte nur unter der Bedingung genehmigen, daß man vorerst in einem geheimen Vertrag sich über einen Modus einige, durch welchen jedem der drei kleineren Königreiche in vier Jahren einmal und einem der beiden Hessen einmal eine Stimme im Direktorium gesichert werde. Ich gab dies zu. Der Vertrag wurde entworfen. Ich trug ihn sofort zu dem Großherzoge, der ihn paraphierte. Dann kamen Platen und Hügel, welchen ich den paraphierten Vertrag nebst meinem an den Großherzog dazu erstatteten begleitenden Vortrag zustellte, um das weitere mit Minister Abée zu bereden. Um 4 Uhr dinierte ich mit dem Großherzoge bei dem Kaiser von Österreich. Ich saß zwischen dem Prinzen von Holstein,[1]) Kommandierenden der Bundestruppen in Frankfurt und dem Baron Kübeck. Außer dem Großherzoge waren der Prinz Alexander, der Herzog von Nassau, Feldmarschalleutnant Baron Paumgartten da. Der Kaiser sprach nach dem Diner lange und freundlich mit mir. Der Herzog von Nassau protestierte bei mir sehr heftig gegen die Einbringung des neuen Direktorialprojektes, nachdem das frühere Projekt bereits angenommen sei.

29. August.

Am Morgen früh kam Minister Abée, um mit mir über die gestrige Abendbesprechung der Fürsten bei dem Kaiser von Österreich zu reden.

Abends besuchten mich Schrenck und Neurath, und um 9 Uhr fuhr ich nach Darmstadt. Baron Hügel sollte an dem nämlichen Abend nach Stuttgart reisen, um seinem Könige einen Brief des Kaisers Franz Joseph zu überbringen.

[1]) Heinrich Carl Woldemar, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, preußischer General.

31. August.

Morgens 10¼ Uhr fuhr ich von Darmstadt wieder nach Frankfurt. Bald nach meinem Eintreffen hatte ich den Besuch des Prinzen von Wittgenstein, der mir von einer außerordentlichen Sitzung erzählte, die ein Teil der Fürsten gestern unter Zuziehung der Minister und unter dem Vorsitze des Kaisers abgehalten habe. Pfordten habe eine längere Rede über den Sinn des Art. XI der Bundesakte gehalten, nach deren Schluß der Kaiser auf ihn zugegangen und ihm die Hand gedrückt habe. Man habe beraten, was nun zu tun sei, wenn Preußen die Teilnahme ferner verweigere, sowie ob Ministerkonferenzen sofort stattfinden sollten.

1. September.

Morgens 10 Uhr, als gerade die Fürsten zur Schlußsitzung in das Bundespalais fuhren, kam Hügel zu mir und erzählte mir von seiner Sendung nach Stuttgart. Der König von Hannover habe dem König von Württemberg telegraphiert, er möge dem sächsischen Vorschlag wegen Bildung des Direktoriums nicht zustimmen. Darauf sei ein Telegramm des Königs von Württemberg an den Kronprinzen gelangt, worin dieser aufgefordert worden sei, sofort abzureisen, wenn der sächsische Vorschlag zur Annahme gelange. Der Kronprinz habe sich damit zum Kaiser von Österreich begeben und dieser habe dringend gebeten, daß sofort Baron Hügel nach Stuttgart an den König entsendet werde, um denselben von diesem unseligen Entschluß zurückzubringen, der das ganze Resultat der Konferenz in Frage stelle. — Ihn, Hügel, habe der Kaiser ersucht, einen Brief an den König selbst zu entwerfen, welchen er, vom Kaiser und den Königen von Bayern, Sachsen und Hannover unterzeichnet, mitnehmen solle. Der Brief müsse aber vor 4 Uhr fertig sein, weil die Könige von Bayern und Sachsen um diese Zeit nach Rumpenheim fahren wollten. Sei eine so rasche Ausfertigung nicht möglich, so möge Hügel sich die Unterschriften der Könige in blanco verschaffen; das habe er denn auch getan. Er habe die Unterschriften der Könige Max und Johann auf einem leeren Blatte mit einiger Mühe erlangt. Dagegen habe der König von Hannover die Unterschrift entschieden verweigert, weil ein solcher Brief mit dem von ihm abgesendeten Telegramm in Widerspruch stehen würde. Mittags 4 Uhr sei der Kaiser nochmals zum Kronprinzen gekommen, habe auch ihn rufen lassen und gebeten, man möge das Schreiben abends nach seiner Ausfertigung zur Unterschrift in das Taxissche Palais schicken.

Hügel fuhr die Nacht durch, hatte am folgenden Morgen 9 Uhr Audienz bei seinem Könige, richtete demselben vorerst mündlich die Aufträge des Kaisers aus und übergab erst dann, als der alte Herr sehr weich geworden war, den ihm anvertrauten Brief. Er wußte es aber dabei so einzurichten, daß der König die Unterschrift des Königs von Bayern nicht zu sehen kriegte, was ihn voraussichtlich wieder übler Laune gemacht haben würde. Der König Wilhelm gab nach, indem er erklärte, er habe nie für sich, sondern nur für das ihm anver-

traute Land gesorgt und Ansprüche erhoben. Er sei bereit, im vorliegenden Falle für das große Ziel ein Opfer zu bringen. — Hügel fuhr sogleich mit dieser Antwort nach Frankfurt zurück. — Ich ging hierauf mit Hügel zu Abée und zu Beust. Der letztere erzählte, er habe die Absicht gehabt, in der vereinigten Versammlung der Fürsten und der Minister am verflossenen Sonntage die sofortige Berufung einer Delegiertenversammlung in Vorschlag zu bringen, aber der Kaiser habe ihn gebeten, es zu unterlassen, und er habe deswegen in der Rede, die er damals gehalten, eigentlich ganz unpraktische Dinge zutage gefördert.

2. September.

Morgens früh hatte ich Audienz bei dem Großherzoge, um mich zu verabschieden. Der Prinz Alexander war da und machte mit mir zusammen einen neuen ganz vergeblichen Versuch, um den Großherzog zur Fahrt nach Rumpenheim[1]) zu bewegen.

Ich schrieb mich noch bei dem Kaiser ein, begegnete auf der Straße dem ältesten Rechberg und ging dann zu einer Ministerbesprechung bei dem Minister Rechberg, der außer mir Schrenck, Beust, Platen, Hügel, Abée und Wittgenstein beiwohnten. Das gemeinsame Verhalten Preußen gegenüber, die konforme Beantwortung etwaiger preußischer Depeschen, die Presse bezüglich der Reformfrage und das fernere Vorangehen in der holsteinischen Sache waren Gegenstand der Beratung. Ich fragte Rechberg am Schlusse noch vertraulich, ob Heinrich v. Gagern in Wien als Gesandter Persona grata sein werde, und er erwiderte, daß diese Ernennung dort sehr erwünscht sein werde. Nach beendigter Sitzung ging ich mit Hügel in das Hotel Westendhall und ließ dort für Herrn v. Roggenbach eine Karte zurück, dann machte ich Hügel noch einen Besuch und fuhr um 3 Uhr zur Audienz bei dem König von Bayern. Ich traf mit Hügel, Platen und Kübeck im Vorzimmer zusammen. Der König empfing mich höchst gnädig, schüttelte mir bei dem Eintritt und beim Abschiede herzlich die Hand und ließ mich sitzen. Wir sprachen viel von der seligen Großherzogin, und ich empfahl dem Könige nochmals festes Zusammenstehen und periodische Ministerkonferenzen, worauf er eifrig einging. Um $4^1/_2$ Uhr dinierte ich mit Hügel, Beust und Platen im Russischen Hofe, und dann machte ich zu Wagen eine Reihe von Abschiedsbesuchen. Ich wurde nur von Herrn und Frau v. Reinhard empfangen.

21. Oktober.

Morgens $9^3/_4$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Ich erzählte ihm, daß der König von Bayern heftig in die Königin von Neapel verliebt und deswegen nach Rom gegangen sei. Der Großherzog teilte mir mit, die Prinzessin Alice habe ihn gefragt, weshalb er das Königreich Italien nicht anerkenne. Er habe ihr geantwortet, daß er sich lieber die Hand abhauen, als

[1]) Zum Besuch des Kurfürsten von Hessen.

eine solche schamlose Erklärung unterzeichnen würde. Ich sagte dem Großherzoge, was die Prinzessin Alice mir während des Fürstenkongresses in Frankfurt über die Aufrichtigkeit der Fürsten und ihrer Regierungen hinsichtlich des Reformaktes erklärt und was ich ihr darauf geantwortet habe.

22. Oktober.

Morgens 11¼ Uhr fuhr ich über Aschaffenburg zur Ministerkonferenz nach Nürnberg. Graf Rechberg mit Herrn v. Biegeleben, Baron Schrenck, Baron Beust, Graf Platen, Baron Hügel mit dem Staatsrat Grafen Taube, der koburgische Minister v. Seebach,[1]) der meiningische Minister v. Krosigk[2]) und der lippe-schaumburgische Präsident v. Lauer waren bereits am Morgen angekommen. Ich dinierte mit Wittgenstein, und dann brachten wir den Rest des Abends bei Rechberg zu.

23. Oktober.

Um 9 Uhr morgens war die erste Konferenz in dem Salon des Herrn v. Beust. Man einigte sich darüber, daß Österreich vorerst auf dem Grund eines von ihm den anwesenden Ministern mitgeteilten Memoires die preußische Erklärung auf die letzten Reformvorschläge beantworten und dann seine Antwort den übrigen Regierungen mitteilen solle, um sich derselben ganz oder modifiziert in ihren nach Berlin zu richtenden Auslassungen anzuschließen. — Ich beantragte, von Preußen vorerst nähere Erläuterung der von ihm als Bedingung seines Eingehens auf Reformverhandlungen bezeichneten drei Punkte, insbesondere der Zusammensetzung eines deutschen Parlaments aus Urwahlen zu verlangen. Mein Vorschlag fand aber nur geringe Unterstützung. Österreich glaubte, eine jede Verhandlung über diese drei Punkte, statt einer unbedingten Ablehnung, enthalte eine Anerkennung des Prinzips und sei gefährlich. Koburg hielt meinen Vorschlag nicht für ganz loyal, wenn man im voraus entschlossen sei, auf die drei Punkte überhaupt nicht einzugehen.

Abends 6 Uhr fand eine zweite Konferenz statt, in welcher die Frage, was geschehen solle, wenn Preußen abermals ablehne, sehr verschieden beantwortet wurde und am Ende unentschieden blieb. Damit waren die formellen Konferenzen geschlossen.

24. Oktober.

Morgens 9 Uhr kam Graf Rechberg mit den Vertretern der Königreiche, mir und Wittgenstein zu einer vertraulichen Besprechung bei Baron Schrenck im Gasthause zum roten Roß zusammen. Die Frage was geschehen solle, wenn Preußen ablehne, war wieder Gegenstand der Beratung. Jeder sagte seine Meinung. Einzelne Minister rieten zu einer Vorlage des Reform-

[1]) Richard Camillo v. Seebach, 1808—1894, war 1849—1888 Staatsminister von Koburg und Gotha und ein warmer Fürsprecher der preußisch-deutschen Einigung.

[2]) Anton Ferdinand Freiherr v. Krosigk, Geh. Rat und Staatsminister.

projektes an ihre Ständekammern. Andere waren für Zusammenberufung einer Delegiertenversammlung. Baron Schrenck erklärte, gar nicht zu wissen, was zu tun sei. Ich proponierte, Preußen zu zwingen, aus seiner negierenden, inaktiven Haltung herauszutreten. Ich schlug zu diesem Zwecke vor, etwas zu tun, was die Ereignisse des Jahres 1850 reproduziere und schließlich zu den nämlichen Resultaten führe. Es sei dies ein Inslebenrufen der Anträge der letzten Würzburger Militärkonferenz, betreffend die Bildung gemeinsamer Armeekorpskommandos und eines gemeinsamen Oberkommandos über die rein deutschen Armeekorps auch in Friedenszeiten. — Jeder erkannte die Wirksamkeit des Mittels an. Einige aber, insbesondere auch Hannover, bezweifelten, ob die Fürsten geneigt sein würden, auf derartige Einrichtungen in Friedenszeiten einzugehen. Man trennte sich und überließ jedem einzelnen zu tun, was er der guten Sache am förderlichsten glaube.

16. November.

Graf Reiset zeigte mir eine Depesche seines Hofes, die Einladung zu einem europäischen Kongresse betreffend. Er fragte mich, was ich davon und von der Einladung des Deutschen Bunds dazu denke. Ich antwortete, daß der Kongreß ohne vorgängiges bestimmtes Programm nicht zustande kommen oder sehr verderbliche Folgen haben werde. Daß man den Bund als solchen eingeladen und somit als europäische Macht anerkannt habe, habe mich sehr gefreut. Auf eine spezielle Einladung des Großherzogs lege ich keinen Wert, und wenn Baden sich darüber beschwere, keine solche erhalten zu haben, so sei das eine lächerliche Eitelkeit und ein undeutsches Verhalten.

30. November.

Um 6½ Uhr besuchte mich Friedrich App,[1]) um mir mitzuteilen, daß erhaltener Nachricht zufolge in der Umgegend von Büdingen ein bewaffneter Aufstand gegen den Bundestag wegen seiner Zögerung in der schleswig-holsteinischen Sache vorbereitet werde.

2. Dezember.

Morgens 11½ Uhr kam Graf Lützow mit einem Telegramm des Grafen Rechberg, worin derselbe abermals auf Einmarsch in Holstein als Exekution dringt und bemerkt, Baron Pfordten habe sehr konziliante Instruktionen erhalten. Ich beauftragte darauf den Legationsrat Hofmann, nach Frankfurt zu fahren und mit Baron Pfordten zu reden. Abends 5 Uhr kam Legationsrat Hofmann, um über seine Frankfurter Reise zu berichten. Er sagte mir, Baron Pfordten habe ihm erklärt, er werde eher seine Entlassung nehmen, als für eine Exekution gegen einen nicht anerkannten Fürsten stimmen. Das sei staatsrechtlicher Unsinn und er wolle seine staatsmännische Ehre nicht aufgeben.

[1]) Ein nicht mehr festzustellender Bekannter Dalwigks aus Oberhessen.

3. Dezember.

Nachmittags ließen sich die Herren Advokat Metz und Rentner Stein bei mir melden und präsentierten mir eine Liste zu Beiträgen an das schleswig-holsteinische Komitee. Wir sprachen dann noch über die holsteinische Lage, und ich sagte dem Metz, weshalb die Großherzogliche Regierung vorerst Anstand nehme, den Prinzen Friedrich von Augustenburg[1]) als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen und weshalb ich den deutschen Gesinnungen der Preußen mißtraue.

4. Dezember.

Abends 7 Uhr kamen Graf Lützow und Baron Canitz, um mir in der schleswig-holsteinischen Sache eine identische Note zu übergeben, in welcher darauf gedrungen wird, daß die Großherzogliche Regierung sich für Exekution und nicht für Okkupation in den Herzogtümern aussprechen möge. Ich versprach, nachzugeben, wenn dies von Sachsen, Hannover und Württemberg geschehe. Ich beauftragte den Legationsrat Hofmann, am folgenden Tage nach Frankfurt zu fahren und dort mit Herrn v. Biegeleben zu reden.

7. Dezember.

Um 8 Uhr holte ich Karl v. Stockhausen von der Eisenbahn ab. Derselbe war im Auftrage des Prinzen Friedrich von Augustenburg nach Darmstadt gekommen, um des letzteren Anerkennung als Herzog von Holstein zu betreiben. Ich sagte Stockhausen, daß von hier aus eine direkte Anerkennung des Prinzen als Herzog von Holstein nicht erfolgen werde. Die Sache müsse durch den Bund gehen.[2])

13. Dezember.

Wir sprachen von Schleswig-Holstein, und Pfordten sagte dem Grafen Larochefoucauld,[3]) der gegen Deutschlands Berechtigung Zweifel erhob: „Sachez, Monsieur le Comte, que nous sommes une nation de 50 millions, et que si 50 millions veulent une chose ils l'obtiennent. Nous aurons les duchés, n'en doutez pas!" Larochefoucauld meinte dann, die deutsche Bewegung habe einen revolutionären Charakter und könne den Regierungen gefährlich werden. Ich entgegnete ihm, das sei nur dann der Fall, wenn die Regierungen, der Pflicht und Ehre uneingedenk, sich nicht selbst an die Spitze der Bewegung stellten. Kein Souverän, auch der mächtigste nicht, dürfe die Rechte und die Ehre seines Volkes aus den Augen setzen. Der öffentlichen Verachtung gegenüber könne keine Regierung bestehen. Die

[1]) 1829—1880, als Herzog Friedrich VIII.

[2]) Der Bundestag beschloß statt Okkupation Aufrechterhaltung der Bundesexekution.

[3]) Hypolit Graf v. Larochefoucauld, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter französischer Minister in Darmstadt.

Affäre Poitchard habe Louis Philipp den Thron gekostet, so unbedeutend sie an sich gewesen sei. Die schleswig-holsteinische Sache sei von ganz anderer eingreifender Bedeutung für Deutschland. Anderen fremden Regierungen sei sie nicht gefährlich. Die Deutschen wollten ihr Recht und nichts weiter.

14. Dezember.

Herr v. Labenski[1]) zeigte mir einen Brief seiner Tochter Kudriaffski, worin diese schreibt, es seien zwei Mitglieder der holsteinischen Ritterschaft bei ihrem Manne gewesen und hätten ihm gesagt, sie fürchteten bei einer vollkommenen Trennung der Herzogtümer von Dänemark in preußische Vasallenschaft zu geraten, was sie nicht wollten. Es sei ihnen deshalb lieber, wenn unter Wahrung der Rechte und Freiheiten der Herzogtümer die Personalunion mit Dänemark erhalten bliebe.

20. Dezember.

Ich berichtete morgens nach Empfang eines Biegelebenschen Antwortschreibens an den Großherzog, um ihn zu bitten, daß an dem Antrag, das Herzogtum Schleswig militärisch zu besetzen, festgehalten werde. Inzwischen bekam ich ein Schreiben von Lützow, worin derselbe nochmals dringend bat, den fraglichen Antrag zu verschieben. Die Antwort des Großherzogs lautete: „Einverstanden, aber halten Sie mir Lützow vom Leibe." Ich beauftragte hierauf Biegeleben, den fraglichen Antrag erst in acht Tagen zu stellen.

26. Dezember.

Ich schickte am Morgen dem Oberstleutnant Maurer die Broschüre des Dr. Frantz, „Der dänische Erbfolgestreit und die deutsche Bundespolitik", die er mir gesandt hatte, zurück und schrieb ihm dabei, daß ich das Werkchen mit großem Interesse gelesen hätte und daß ich nur die Ansicht des Verfassers über die Reformvereine, insbesondere aber über das österreichische neueste Bundesreformprojekt nicht teilen könne.

31. Dezember.

Graf Lützow brachte ein Telegramm des Grafen Rechberg, worin dieser mitteilt, daß der Prinz Friedrich von Augustenburg sich nach Holstein begeben habe und verlangt, die Bundesversammlung solle dessen sofortige Entfernung aus den Herzogtümern mit Entschiedenheit fordern und es möge der großherzogliche Bundestagsgesandte desfalls mit Instruktion versehen werden.

---

[1]) Camillus v. L., russischer Gesandter in Darmstadt.

Anlagen 1863.

1.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

6. August.

Baron Canitz kam, um mir zu sagen, daß Seine Majestät der König von Preußen bei dem von Österreich projektierten Fürstenkongreß in Frankfurt nicht erscheinen und daß gewiß eine große Anzahl deutscher Souveräne diesem Beispiele folgen würden.[2]) Der Gegenstand, um den es sich handle, sei viel zu wichtig und schwierig, auch allseits viel zu wenig vorbereitet, als daß man denselben in einer mit einem kaum achttägigen Termin angesetzten Fürstenkonferenz, die doch jedenfalls nur einige Tage dauern werde, befriedigend erledigen könne.

Ich erwiderte dem Baron Canitz, wie ich allerdings durch Baron Reyer von dem österreichischen Vorschlage in Kenntnis gesetzt worden sei und denselben freudig begrüßt hätte, aber freilich in der Voraussetzung, Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen seien über gemeinsame Vorschläge und namentlich über die Einladung zu einem Kongresse bei der Zusammenkunft in Gastein einig geworden. Es sei nicht zu verkennen, daß wenn Preußen und eine Anzahl anderer Höfe sich von der Teilnahme an dem Kongresse ausschlössen, ein praktisches Resultat nicht zu erreichen stehe, weil Abänderungen der Bundesverfassung Stimmeneinhelligkeit voraussetzten. Meines Wissens sei es die Absicht gewesen, die betreffenden Minister am Kongresse teilnehmen zu lassen, und dann würde das Werk rascher und ebenso gründlich als auf bloßen Ministerkonferenzen haben erledigt werden können. Einer langen Vorbereitung bedürfe es nicht, denn die deutschen Regierungen müßten längst wissen, was sie in bezug auf Bundesreform zugestehen könnten und wollten. Jedenfalls übernehme Preußen durch seine Ablehnung nun seinerseits die doppelte Verpflichtung, mit positiven Vorschlägen hervorzutreten und sich nicht stets auf der Negative zu halten. Ich würde übrigens diesen Dissens tief beklagen, denn die Notwendigkeit, der täglich in Deutschland wachsenden Aufregung endlich ein Ziel zu setzen, werde niemand verkennen. Ich hätte gehofft, daß bei der bevorstehenden Fürstenkonferenz man sich nicht bloß über liberale Änderungen in der Bundesverfassung, sondern auch über gemeinsame Repressivmaßregeln zur Hebung des gesunkenen Ansehens der Regierungen gegenüber der stets

[1]) D.-A.

[2]) Allein Lippe-Detmold!

ungescheuter auftretenden Revolution verständigen werde, um den Beweis zu liefern, daß das, was die deutschen Fürsten anböten, ein freiwilliges Geschenk sei, und daß man noch Kraft genug besitze, unzulässige Forderungen zu verweigern. Solcher Maßregeln bedürfe Preußen, dessen neuer Ära man die dermaligen trostlosen Zustände verdanke, ebensogut als der kleinste deutsche Staat.

Baron Canitz konnte die Richtigkeit meiner Ansichten nicht in Abrede stellen. Er versicherte, seine Regierung sei keineswegs abgeneigt, Ministerkonferenzen zu beschicken, um sich über alle drängenden Fragen zu verständigen. Nur einer so rasch und unvorbereitet anberaumten Fürstenkonferenz, die voraussichtlich resultatlos bleibe, müsse der König, sein Herr, die Teilnahme versagen.

2.

Prinz Alexander an Dalwigk.[1])

7. August.

Die Nachricht dieses projektierten Fürstenkongresses hat mich freudigst überrascht. Gott wolle seinen Segen dazu geben! Es ist ein großer Entschluß, den der Kaiser von Österreich gefaßt hat, und ich nehme mit Euer Exzellenz an, daß der König von Preußen bereits in Gastein um seine Zustimmung angegangen wurde. Erscheint König Wilhelm in Frankfurt *nicht* (an seinen Badischen und Koburger Vasallen liegt nichts), so erfolgt vielleicht eine definitive Spaltung Deutschlands in zwei Gruppen.

Etwas *muß* endlich geschehen, ich freue mich deshalb dieser österreichischen Initiative: wir spielen aber ein sehr hohes Spiel.

3.

Dalwigk an seine Frau.[2])

Frankfurt, 24. August.

Leider ist die Notwendigkeit für mich, hier zu bleiben, um dem Gang der Verhandlungen mit Aufmerksamkeit zu folgen und zur rechten Zeit einzugreifen, um so größer, als die Neigung des Großherzogs, sich mit den vorliegenden Fragen ernstlich und eingehend zu beschäftigen, in fortwährendem Abnehmen begriffen ist.

... Das Durcheinander der Meinungen und der kleinliche Partikularismus mancher Fürsten ist in voller Blüte, und ohne ein sehr kräftiges Einschreiten des Kaisers wird der mit so vielem Pomp angekündigte Fürstenkongreß in Uneinigkeit auseinanderlaufen. Das zu hindern ist mein großes Bestreben. Die Preußische Partei, den Großherzog von Baden und den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin an der Spitze, tun aber das Mögliche, um Uneinigkeit zu säen.

[1]) D.-A.
[2]) D.-A.

4.

Abschrift.[1])

Darmstadt, am 4. Oktober.

Seiner Exzellenz dem Königlich Hannoverschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. k. österreichischen Hofe Herrn Freiherrn von Stockhausen.[2])

in Wien.

Hochwohlgeborener Freiherr!

In einer durch den k. k. österreichischen interimistischen Geschäftsträger dahier mir mitgeteilten Zirkulardepesche, d. d. Wien, 26. v. M., hat der Herr Minister Graf von Rechberg den ersten Eindruck wiedergegeben, welchen die jüngsten Erklärungen Preußens in der Bundesreformfrage auf ihn hervorgebracht haben, und zugleich seine vorläufige Ansicht über die Schritte ausgesprochen, zu welchen die Teilnehmer an der Frankfurter Reformakte sich nunmehr zu entschließen haben werden.

Der Herr Graf von Rechberg findet durch die Antwort Preußens die vielfach im voraus gehegte Besorgnis gerechtfertigt, daß Preußen sich nicht ernstlich auf die Reformbestrebungen seiner Bundesgenossen einlassen, sondern nur bestrebt sein werde, durch Aufstellung unannehmbarer Bedingungen den Zweck der Ausbildung der Bundesverfassung zu vereiteln. Die drei Präjudizialpunkte, von deren vorgängiger Anerkennung der königlich preußische Hof seinen Entschluß, überhaupt über eine Reform des Bundes zu unterhandeln, abhängig machen will, sind nach der Überzeugung des k. k. Ministers des Äußern nicht nur vollkommen unvereinbar mit der Erhaltung des Föderativprinzips in Deutschland, sondern es erscheint dem k. k. Minister auch als sehr bezeichnend, daß Preußen den präzisen Vorschlägen seiner Verbündeten allgemeine Forderungen gegenüberstellt, mit welchen sich bei ihrer Lückenhaftigkeit und unbestimmten Form ein klarer Begriff nicht verbinden läßt.

Der Herr Graf von Rechberg gelangt hiernach zu der Ansicht: es sollte eine in bundesfreundlichem Tone gehaltene gründliche Widerlegung der preußischen Aufstellungen ausgearbeitet und dem Berliner Kabinett mittels gleichlautender Depeschen sämtlicher an der Reformakte beteiligten Regierungen mit dem dringenden Ausdrucke der Hoffnung übergeben werden, daß Preußen auf den gestellten unannehmbaren Vorbedingungen nicht beharren, sondern in Unterhandlungen auf Grundlage der bereits von 24 deutschen Regierungen genehmigten Vorschläge eingehen werde. Damit würde die Andeutung zu verbinden sein, daß diese Vorschläge unmöglich ohne praktischen Erfolg bleiben könnten.

---

[1]) Abschrift dieser Note im D.-A.

[2]) Nach dem Tode des Gesandten v. Drachenfels, und bevor Heinrich v. Gagern Januar 1864 sein Amt antrat, besorgte der hannoversche Gesandte provisorisch die Geschäfte der hessischen Gesandtschaft.

Obwohl die Eröffnung des k. k. Kabinetts, deren Hauptinhalt ich vorstehend kurz angegeben habe, sich selbst als eine vorläufige bezeichnet und obwohl eine förmliche Rückäußerung darauf nicht erwartet zu sein scheint, so würde ich doch eine der k. k. Regierung schuldige Rücksicht zu verletzen glauben, wenn ich zögern wollte, dieselbe in dieser hochwichtigen Angelegenheit von den hierseitigen Anschauungen in Kenntnis zu setzen.

Ich schreite dazu um so lieber, als ich mit Befriedigung konstatieren kann, daß ich im wesentlichen ganz die Auffassung teile, welche die preußischen Erklärungen von seiten des Herrn Grafen von Rechberg gefunden haben.

Auch ich habe aus den preußischen Erklärungen die Überzeugung nicht zu schöpfen vermocht, daß die Königlich Preußische Regierung des ernsten und aufrichtigen Willens sei, ihren Bundesgenossen zum Abschluß des Reformwerks die Hand zu reichen. Auch ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß das Berliner Kabinett die bekannten drei Vorbedingungen nur in der Überzeugung von ihrer Unannehmbarkeit und zu dem Zwecke aufgestellt hat, um das Odium einer unbedingten Zurückweisung der Bundesreform äußerlich von sich abzuwälzen.

Die drei Präjudizialpunkte, von deren vorgängiger Anerkennung der königlich preußische Hof seinen Entschluß, überhaupt auf Bundesreformverhandlungen einzugehen, abhängig machen will, erscheinen auch mir, wenigstens in der Gestalt und in dem Umfang, wie sie jetzt vorliegen, als unvereinbar mit den Grundprinzipien sowohl des bestehenden Bundesrechts als der in Frankfurt vereinbarten Reformakte.

Wenn ich indessen mich weiter zu der Frage wende: welche Schritte nunmehr seitens der bei der Reformakte beteiligten Regierungen im Interesse der Vollendung des von ihnen mit soviel Hingebung begonnenen Werkes zu tun seien, so kann ich nicht umhin, der erleuchteten Einsicht des Kaiserlichen Kabinetts die nachstehenden Erwägungen anheimzugeben — Erwägungen, welche in mir das Bedenken hervorgerufen haben, ob es rätlich sei, die preußischen „Vorbedingungen" *jetzt schon definitiv* zurückzuweisen?

Jemehr man sich für berechtigt hält, daran zu zweifeln, ob es dem Berliner Kabinett mit dem Anerbieten einer Verständigung über die drei Präjudizialpunkte Ernst sei, jemehr man der Ansicht huldigt, daß die drei Vorbedingungen nur in der Erwartung, um nicht zu sagen mit dem Wunsche, ihrer Nichterfüllung gestellt seien, um so mehr wird man Anlaß haben, mit der Ablehnung dieser Bedingungen vorsichtig zu Werke zu gehen.

Eine jetzt schon erfolgende definitive Zurückweisung würde der Königlich Preußischen Regierung einen vollkommen leichten Rückzug in eine rein negative Stellung eröffnen. Das Berliner Kabinett würde durch eine solche Zurückweisung der Mühe — und der Verlegenheit! — überhoben sein, dem Frankfurter Entwurf der Reformakte einen auf Grundlage der drei Präjudizialpunkte vollständig ausgearbeiteten preußischen Entwurf entgegenzustellen oder

wenigstens klar und bestimmt die Abänderungen zu formulieren, welche Preußen von der Reformakte verlangt.

Die preußischen Forderungen, wie sie jetzt vorliegen, sind nach des Herrn Grafen von Rechberg eigenen Worten so lückenhaft und von so unbestimmter Form, daß ein klarer Begriff sich nicht mit ihnen verbinden läßt.

Daraus entspringt eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung für das schließliche Urteil über die preußischen Forderungen von großem Gewicht ist.

Soll z. B. das Veto, welches für Österreich und Preußen in Anspruch genommen wird, nur bei solchen Bundeskriegen wegfallen, welche zur Abwehr eines bereits begonnenen Angriffs unternommen werden, also nur in den Fällen, in welchen nach den Bestimmungen der Wiener Schlußakte (Artikel 39) wie nach dem Entwurf der Reformakte, der Stand des Bundeskrieges von selbst eintritt? Oder soll das Veto auch dann zessieren, wann es sich um die Abwehr eines erst drohenden Angriffs handelt? Erkennt Preußen an, daß in solchem Fall (Artikel 38 und 47 der Wiener Schlußakte) über das Vorhandensein der Gefahr für das Bundesgebiet Stimmenmehrheit entscheidet oder will etwa Preußen auch bei Entscheidung dieser Frage ein Veto? Wird Preußen nicht zugeben müssen, daß in allen Fällen, in welchen der Bund verpflichtet ist, einem durch einen auswärtigen Staat verletzten Bundesgliede „volle Sicherheit und angemessene Genugtuung" zu schaffen (Wiener Schlußakte 37), von einem Veto keine Rede sein kann?

Wird Preußen leugnen können, daß überhaupt die Forderung des Veto unzulässig ist, so oft es sich um die Selbstverteidigung des Bundes oder um die Erhaltung der Selbständigkeit und äußeren Sicherheit Deutschlands, der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten handelt, also in allen Fällen, in welchen der Bund, seiner jetzigen Verfassung nach (Wiener Schlußakte 35) zur Kriegführung ebenso verpflichtet wie berechtigt ist?

Soll die volle Gleichberechtigung mit Österreich für Preußen allein in Anspruch genommen werden, oder soll nach dem in Artikel 2 der Wiener Schlußakte anerkannten Prinzip föderativer Gleichheit auch das übrige Dritteil Deutschlands an der Parität teilhaben?

Nach welchem Wahlgesetz sollen die Abgeordneten zu den aus direkten Wahlen hervorgehenden Volksvertretung gewählt werden? Soll nicht neben dieser Volksvertretung ein durch Delegation gebildetes Staatenhaus bestehen, an welchem den ersten Kammern eine verhältnismäßig größere Beteiligung einzuräumen wäre, als es bei der Versammlung der Bundesabgeordneten nach der Reformakte der Fall ist? In welchen Punkten endlich und bis zu welchem Maße will die preußische Regierung die Befugnisse der deutschen Gesamtvertretung ausgedehnt wissen?

Der Königlich Preußischen Regierung könnte es, wie oben bemerkt, wohl nur erwünscht sein, wenn ihr durch sofortige definitive Zurückweisung ihrer „Vorbedingungen" die Notwendigkeit erspart bliebe, auf die obigen Fragen vor der ganzen Nation eine offene unumwundene Antwort zu geben.

Eben deshalb wird man sich seitens der Unterzeichner der Reformakte mit der definitiven Ablehnung der preußischen Forderungen nicht übereilen dürfen, man wird vielmehr gut tun, zunächst von dem Berliner Kabinett eine klare und bündige Erklärung über alle Punkte zu verlangen, welche bei der jetzigen Fassung der „Vorbedingungen" noch in Dunkel gehüllt und doch für die Beurteilung derselben von Wichtigkeit sind.

Wie man übrigens auch von den Bedingungen Preußens in ihrer jetzigen Gestalt und von den Motiven denken mag, welche das Berliner Kabinett bei Aufstellung dieser Bedingungen mutmaßlich geleitet haben, und wie sehr man selbst in den Formen, deren sich das preußische Ministerium bedient, den Ausdruck bundesfreundlicher Gesinnung vermißt, so läßt sich doch immerhin nicht verkennen, daß Preußen in diesen neuesten Kundgebungen sich, wenn auch nur in bedingter Weise, bereit erklärt hat, das in den identischen Protestnoten vom 2. Februar vorigen Jahrs aufgestellte, in der Reformakte weiter ausgeführte Prinzip der organischen Entwicklung der Verfassung des gesamten Bundes anzunehmen und mithin das kleindeutsche Programm, wie es namentlich in der Depesche des Grafen Bernstorff vom 20. Dezember 1861 als Grundgedanke der Politik Preußens in der deutschen Frage entwickelt war, fallen zu lassen. Darf man in dieser, wenn auch vorerst noch durch Bedingungen in Schwebe gehaltenen Wendung der preußischen Politik eine Frucht der hochherzigen Initiative erblicken, welche Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph in der eigentlichen Lebensfrage der deutschen Nation ergriffen hat, so ist zugleich der dringende Wunsch natürlich, daß jenes Ergebnis, wenn irgend möglich festgestellt und zu einer unbedingten und unwiderruflichen Tatsache gemacht werden möge. Der Segen, welcher für Deutschlands Ruhe und Sicherheit aus einem durch die Verständigung zwischen Österreich und Preußen herbeigeführten Abschluß der Bundesreform entspringen würde, erscheint zu groß, als daß es erlaubt wäre, an der Möglichkeit jener Verständigung zu verzweifeln, ehe die letzten Mittel dazu erschöpft sind.

Die k. k. Regierung wird deshalb den hohen Verdiensten, welche sie sich um Deutschland bereits erworben hat, neue hinzufügen, sie wird zugleich in der öffentlichen Meinung neue Triumphe feiern, wenn sie den Weg, der allein zu einer allseitigen Verständigung führen kann, den Weg der Verhandlungen mit Preußen, solange offen hält, bis jede, auch die entfernteste Aussicht auf die Möglichkeit einer Ausgleichung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten verschwunden ist.

Nach allem Bisherigen dürfte es sich meines Ermessens empfehlen, die drei Präjudizialpunkte Preußens nicht jetzt schon definitiv (d. h. also, daß jede weitere Verhandlung darüber ausgeschlossen wäre), sondern nur in der Art und Weise, wie sie jetzt formuliert sind unter gründlicher Motivierung abzulehnen, zugleich aber das bestimmte und dringende Ansinnen an Preußen zu richten, daß es einen vollständig ausgearbeiteten Gegenentwurf vorlegen oder doch wenigstens alle

diejenigen Abänderungen mit voller Genauigkeit bezeichnen möge, welche es nach Maßgabe der aufgestellten drei „Vorbedingungen" oder auch in anderen Beziehungen, an dem ihm mitgeteilten Entwurf einer Reformakte vorgenommen zu sehen wünsche.

Eure Exzellenz ersuche ich ganz ergebenst im Sinne der vorstehenden Bemerkungen mit dem Herrn Grafen von Rechberg Rücksprache zu nehmen und ermächtigte Sie zugleich, demselben, falls er es wünschen sollte, Abschrift dieser Depesche zu überlassen.

Empfangen Eure Exzellenz bei diesem Anlasse die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Freiherr von Dalwigk.

5.

Herzog Friedrich von Holstein an Dalwigk.[1])

Gotha, 6. Dezember.

Eure Exzellenz wollen mir erlauben, daß ich dem Geheimrat v. Stockhausen einige Zeilen an Sie mitgebe, um Ihnen meinen wärmsten Dank auszusprechen für die patriotische Vertretung, welche die schleswig-holsteinische Sache stets und namentlich auch in der gegenwärtigen Krisis bei Ihnen gefunden hat. Im Hinblick hierauf bitte ich mein und meines Landes Recht auch dem ferneren Schutz Eurer Exzellenz bestens empfehlen zu dürfen.

6.

Dalwigk an den Herzog von Holstein.[2])

Darmstadt, 9. Dezember.

Eurer Durchlaucht gnädigste Zeilen vom 6. l. M., welche mir der Geheime Rat v. Stockhausen überbracht hat, habe ich mit um so aufrichtigerem Danke empfangen, als das Zeugnis, daß ich für die Sache der Herzogtümer stets warm empfunden habe, kein unverdientes ist. Eure Durchlaucht dürfen versichert sein, daß die Großherzoglich Hessische Regierung nicht abläßt, für diese edle und gerechte Sache auch ferner nach Kräften zu wirken, und daß es ihr insbesondere eine hohe Genugtuung sein wird, zu der baldigen Anerkennung der Rechte Eurer Durchlaucht durch den Deutschen Bund das ihrige beizutragen.

[1]) D.-A.

[2]) D..-A Konzept.

Tagebuch 1864.

2. Januar.

Baron Canitz besuchte mich, um in der schleswig-holsteinischen Sache Pression zu üben. Er wünschte Zustimmung zu der sogenannten Inpfandnahme Schleswigs und fragte, ob man zu Maßregeln gegen die Bildung des sogenannten 36er Ausschusses zu Frankfurt zustimmen werde.

9. Januar.

Um 5 Uhr machte ich dem Grafen Larochefoucauld einen Besuch. Derselbe hatte mir eine Depesche seiner Regierung wegen des englischen Vorschlages, die dänische Angelegenheit durch eine Konferenz zu entscheiden, mitzuteilen. Ich riet von einer solchen Konferenz ab und bemerkte, daß jedenfalls Deutschland, wenn es daran teilnehme, sich nicht majorisieren lassen werde.

17. Januar.

Die Prinzessin Alice sprach mit großer Erbitterung von Bismarck und Rechberg. Ich bat sie, den Grafen Russel den Dritten im Bunde sein zu lassen. Sie erwiderte, Russel sei ein gutmütiger Mann, der von der schleswig-holsteinischen Frage nichts verstehe. Er bilde sich ein, daß es sich nur darum handle, den schwachen Dänen gegen das übermächtige Deutschland zu helfen.

18. Januar.

Die Gräfin Lützow[1]) war übler Laune und sagte mir in bezug auf die schleswig-holsteinische Frage: „Qu'il n'était pas aux petits de donner des leçons aux grands.“ Ich sagte ihr: „Que certainement l'Autriche n'avait pas besoin de se faire donner des leçons par nous, mais que nous n'avions pas besoin de nous déshonnorer pour elle.“

19. Januar.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des badischen Gesandten Baron Türkheim.[2]) Derselbe brachte mir verschiedene Vorschläge des Baron Roggenbach in bezug auf die holsteinische Frage, namentlich wünscht Roggenbach ein Zusammenberufen sämtlicher deutschen Kammern zu einer gemeinsamen Versammlung. Ich verwarf diesen Vorschlag als unpraktisch und gefährlich.

---

[1]) Gattin des österreichischen Gesandten.

[2]) Hans Freiherr v. Türkheim und Altdorf.

11. Februar.

Um 4½ Uhr hatte ich einen längeren Besuch des Grafen d'Astorg,[1]) mit dem ich die schleswig-holsteinische Frage durchsprach. Ich bemerkte ihm, wie günstig dadurch die Lage Frankreichs England gegenüber geworden sei, und daß namentlich die Bildung eines skandinavischen Reiches, welche England und Rußland fürchteten, ganz im Interesse Frankreichs liege.

12. Februar.

Um 4½ Uhr teilte mir Graf Lützow ein Telegramm des Grafen Rechberg mit, worin zu versöhnlichem Auftreten gegenüber etwaigen einseitigen Maßregeln des Feldmarschalls Wrangel[2]) geraten wird. — Um 9½ Uhr empfing ich einen Brief des Herrn v. Biegeleben, der über den Anlaß zu dem österreichischen Telegramm den betrübensten Aufschluß gibt. Marschall Wrangel besetzt trotz aller Protestationen der Bundeskommissäre eigenmächtig die Städte Kiel, Altona und Neumünster in Holstein.

13. Februar.

Ich habe aus Ärger über das preußische Vorgehen in Holstein[3]) die ganze Nacht nicht geschlafen. Ich telegraphierte morgens früh an Baron Schrenck nach München und verlangte schleunigen Zusammentritt der projektierten Ministerkonferenz.

14. Februar.

Prinz Alexander sprach auch von Herrn v. Bismarck und dessen Perfidie. Derselbe habe ihm, dem Prinzen, in Petersburg sein Bedauern ausgesprochen, daß Preußen im Jahre 1859 Österreich im Stiche gelassen habe, mit dem Anfügen, daß er alles aufgeboten habe, um Preußen zu einer bundesfreundlicheren Politik zu vermögen. An dem nämlichen Tage habe Kaiser Alexander ihm, dem Prinzen, erzählt, daß damals Herr v. Bismarck eifrigst bemüht gewesen sei, um eine Russisch-Preußisch-Französische Allianz gegen Österreich zustande zu bringen.

15. Februar.

Der Großherzog und ich unterhielten uns von der bevorstehenden Ministerkonferenz.[4]) Der Großherzog beauftragte mich, Bayern zu einer größeren

[1]) Carl Ferdinand Jakob Julius Eugen Graf d'Astorg, war nach dem Weggange Reisets und Larochefoucaulds bis 1870 französischer Gesandter in Darmstadt.

[2]) Friedrich Heinrich Ernst Graf Wrangel, 1784—1877, seit 1798 im preußischen Heeresdienst, 1856 Generalfeldmarschall, 1864 Oberbefehlshaber der verbündeten österreichischen und preußischen Truppen gegen Dänemark.

[3]) Vgl. Anlagen 5 und 6.

[4]) Die von Bayern nach Würzburg einberufen war, um über die Politik der Mittelstaaten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit und gegenüber den beiden deutschen Großmächten eine Verständigung zu erzielen. Siehe Sybel III, S. 243.

Entschiedenheit im Vorangehen aufzufordern resp. dies Herrn v. Schrenck zu sagen.

16. Februar.

Um 2 Uhr hatte ich den Besuch des Barons Kübeck, welcher mich in der holsteinischen Sache, namentlich mit Rücksicht auf die versuchte Besetzung von Kiel, Altona und Neumünster sprechen und vor der Abreise nach Würzburg milder stimmen wollte.

Konferenz in Würzburg. 18. Februar.

Ich war morgens 10 Uhr im Begriffe, in die Konferenz zu gehen, Wittgenstein war bei mir, als ich ein Telegramm meiner Schwiegermutter empfing, daß Adele in der verflossenen Nacht 3 Uhr von einem gesunden schwarzhaarigen Kinde glücklich entbunden worden sei. Ich war aufs tiefste bewegt. Wittgenstein umarmte mich glückwünschend und ging voraus in die Konferenz, weil ich noch zurückzutelegraphieren hatte. Als ich in den „Kronprinzen" kam, wo man sich im Salon des Ministers v. Schrenck vereinigte, wurde mir von allen Seiten gratuliert.

19. Februar.

Um 10 Uhr morgens war wieder Konferenz, in welcher eine über die vorigen Sitzungen aufgenommene kurze Registratur und eine Verabredung wegen Besetzung Holsteins durch Bundestruppen vom VII. und VIII. Armeekorps genehmigt wurde. Ich brachte dann noch zur Sprache, daß Sachsen durch Preußen bedroht sei und daß für diesen Fall das VII. und VIII. Armeekorps bereit stehen müsse, sich dem sächsischen Armeekorps anzuschließen, um preußische Gewalttätigkeiten zurückzuweisen. Auch hier war man allerseits mit mir einverstanden. Minister v. Beust hatte mir nämlich am Abend zuvor folgendes erzählt: Der preußische Generalleutnant v. Manteuffel sei nach Dresden geschickt[1]) und habe ihm, als einem alten Freunde, dort offen gesagt, er habe diese Sendung lediglich übernommen, um ihm zu sagen, wohin das Gebaren in Holstein führe. Gehe das so fort, so würden an einem schönen Morgen die Preußen in Dresden einen Besuch machen. Das Armeekorps in der Lausitz werde zu diesem Zwecke zusammengezogen. Man wisse in Berlin sehr wohl, daß man das Recht nicht auf seiner Seite habe. Darauf komme aber nichts an. Man führe in Schleswig Krieg und wolle Altona und Kiel ebenso besetzen, wie die Franzosen im Jahre 1812 vor dem Einmarsch in Rußland Königsberg besetzt hätten. Man hätte statt seiner, Manteuffels, einen gewöhnlichen, barsch auftretenden General schicken können und ein solches barsches Auftreten hätte er, Manteuffel, vermeiden wollen. Minister v. Beust antwortete, so sehr es ihn freue, seinen alten Freund Manteuffel zu sehen, so hätte er doch dieses Mal gewünscht, der barsch auftretende General sei gekommen. Man wäre dann

[1]) Über diese Sendung siehe Sybel III, S. 248 f.

sogleich über das Verhalten Sachsens im reinen gewesen. Herr v. Beust erzählte mir später, der König von Sachsen habe den eigenhändigen Brief des Königs von Preußen, welchen General v. Manteuffel mitgebracht habe, in vortrefflicher Weise beantwortet. Er habe den König Wilhelm gefragt, ob er an der Stelle des Generals v. Hake[1]) als Soldat anders als dieser letztere gehandelt haben würde, wenn man ihn aufgefordert hätte, eine ihm anvertraute Hauptwache zu räumen, die er instruktionsmäßig zu besetzen gehabt hätte.

Beust sagte mir, in Dresden sei man auf die preußische Invasion ganz gefaßt, das Silber sei bereits auf den Königstein geschafft, für die Prinzessinnen sei dort Quartier bereitet, und der König werde sich mit der Armee nach Bayern zurückziehen.

20. Februar.

Am Nachmittage kam der Prinz Alexander, um mir Glück zu wünschen und mir von dem Resultate der Würzburger Konferenz zu reden. Er erbat sich meine Meinung, ob er nach Wien unter einem militärischen Vorwande gehen solle, um dort zu raten und Erkundigungen einzuziehen. Ich billigte dieses Vorhaben sehr. — Dann kam Baron Canitz und bald nach ihm der Graf d'Astorg. Ich bedauerte, beiden keine Details über die Würzburger Konferenz geben zu können, weil man dort Geheimhaltung verabredet habe. Canitz drang darauf, daß man am Bunde sich nicht über die Ungültigkeit des Londoner Protokolls aussprechen möge. Es würde eine solche Erklärung die nichtdeutschen Großmächte provozieren. Ich erwiderte, daß die stärkste Provokation bereits in dem Schleswigschen Feldzuge liege,[2]) gegen welche jede andere Demonstration nur untergeordneter Art sei.

21. Februar.

Um $11^1/_2$ Uhr fuhr ich zum Großherzoge, um ihm über die Resultate der Würzburger Konferenz Vortrag zu erstatten. Ich fand bei ihm den Prinzen Alexander, welcher in bezug auf den Beschluß, Holstein mit Truppen vom VII. und VIII. Armeekorps zu besetzen, sehr bedenklich war und offenbar für seine eigene Stellung in Österreich fürchtete. Ich setzte auseinander, daß Österreich und Preußen durch einen solchen Antrag am Bunde eine erwünschte Gelegenheit geboten sei, auf die Heranziehung der von ihnen früher gestellten Reserven zurückzukommen und zugleich das Oberkommando auch für Holstein zu beanspruchen. Der Prinz gab endlich zögernd nach, und der Großherzog genehmigte meine Anträge. Der Prinz beschloß am folgenden Morgen nach Wien abzureisen, und ich übernahm es, ihm meine Ansichten gleichsam als Instruktion für seine Äußerungen in Wien kurz aufzuzeichnen.

[1]) Kommandeur der Bundestruppen in Holstein.

[2]) Über Einzelheiten der hessischen Politik vgl. E. Vogt, Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung 1863—1871, S. 9ff.

22. Februar.

Morgens 9 Uhr fuhr ich auf die Eisenbahn, um den Minister Baron Hügel abzuholen. Wir besprachen noch einmal die in Würzburg gefaßten Beschlüsse und kamen überein, daß in dem projektierten Antrag am Bunde, die Besetzung Holsteins durch eine größere Anzahl von Bundestruppen betreffend, die Worte, das VII. und VIII. Armeekorps betreffend, besser wegzulassen seien, einmal weil wir momentan unsere Truppen nicht entbehren können, dann aber auch, um jeden neuen Konflikt mit Österreich und Preußen zu vermeiden. Ich telegraphierte diese Verständigung sofort nach München an Baron Schrenck.

24. Februar.

Um 3 Uhr kam ein Pfarrer Walker aus Oberhessen, um mir im Namen des Schleswig-Holstein-Komitees, dessen Mitglied er ist, das Vertrauen zur Regierung auszusprechen.

29. Februar.

Prinz Alexander erzählte mir seine Tätigkeit in Wien. Er hatte den Besuch des preußischen Generals v. Manteuffel empfangen. Derselbe hatte ihm gesagt, seine Äußerung, Herrn v. Beust gegenüber, daß die Preußen nächstens nach Dresden kommen würden, habe sich nur auf den Fall bezogen, wenn die sächsischen Truppen in Holstein auf die preußischen daselbst Feuer gäben. Die Sendung des Generals v. Manteuffel nach Wien hatte den Zweck, gewisse Differenzen auszugleichen, welche sich in den Ansichten über die letzten Ziele in Schleswig gebildet hatten. Namentlich war Graf Rechberg ärgerlich darüber, daß Herr v. Bismarck sich mit ihm anfangs über eine den Einmarsch in Jütland betreffende Antwort an England verständigt und später seine Zusage mit dem Bemerken schriftlich zurückgenommen habe, die erste Erwiderung an England sei nur mündlich gegeben worden und lasse sich also schriftlich modifizieren. Der Prinz Alexander bat mich, im Einvernehmen mit dem Grafen Rechberg, zu überlegen, ob es nicht möglich sei, einen Antrag in Frankfurt durchzubringen, welcher die deutschen Truppen in Holstein ebenfalls dem Oberkommando in Schleswig unterordne. Ich versprach die Sache in Erwägung zu ziehen und desfalls an die Minister v. Schrenck, Beust und Hügel zu schreiben.

1. März.

Der Prinz Alexander kam um 11 Uhr zu mir. Ich versprach ihm, unter gewissen Bedingungen in Frankfurt einen selbständigen Antrag zu stellen, um die Differenzen zwischen den Mittelstaaten und den beiden deutschen Großmächten, soweit möglich, auszugleichen, bat ihn aber, vorher in Wien telegraphisch anzufragen, ob man zustimmen werde, wenn ich die Beteiligung der Mittelstaaten am Kriege in Schleswig beanspruche. Der Prinz ging hierauf zum Grafen Lützow, um von dort chiffriert zu telegraphieren.

2. März.

Ich brachte dem Prinzen Alexander den Entwurf eines vermittelnden Antrages zur Herstellung eines einheitlichen Oberkommandos in Schleswig und Holstein mit, welchen der Prinz gewünscht hatte und billigte.[1]) Er empfing während des Vorlesens ein Telegramm aus Wien, welches chiffriert war und, wie sich später ergab, auch die preußische Zustimmung zu der von mir beabsichtigten vermittelnden Lösung der Frage enthielt. Um 4 Uhr fuhr ich nach Frankfurt, setzte dort Biegeleben von dem Inhalt des Antrages, welchen er am folgenden Tage stellen solle, in Kenntnis und ging dann zu Baron Pfordten, welchen ich in heftiger Aufregung gegen die Großmächte fand. Er sagte, Deutschland habe aufgehört, zu existieren, Bayern solle aus dem Bunde treten, Willkür nehme die Stelle des Rechtes ein und er werde nicht länger im Dienste bleiben. Ich teilte ihm den von mir projektierten Antrag mit und bat ihn, seine Regierung von meiner Absicht in Kenntnis zu setzen.

Von da begab ich mich zu Baron Kübeck und ersuchte ihn, den Antrag für die morgige Sitzung noch anzunehmen, wenigstens zuzulassen, daß derselbe sofort zur Kenntnis der Mitglieder des Bundestags gelange, sodann möge er die Abstimmung über den preußisch-österreichischen Antrag noch aussetzen oder die Sitzung verschieben, jedenfalls aber sofort nach Wien telegraphieren und sich dort über sein Verhalten, meinem Antrage gegenüber, Instruktion erbitten. Kübeck versprach mir das letztere.

3. März.

Ich überschickte morgens den vermittelnden Antrag, die gemeinsame Aktion in Holstein und Schleswig betreffend, an welchem die ganze Nacht geschrieben worden war, mit Instruktionen an Herrn v. Biegeleben nach Frankfurt.

6. März.

Graf Lützow brachte mir ein Telegramm seines Hofes, worin verlangt wird, man möge in München darauf hinwirken, daß der Antrag wegen der Sukzession in Holstein am Bunde vorerst beruhen bleibe. Nach dem Grafen Lützow kam Prinz Alexander und fragte mich, wie ich den Sinn jenes Telegramms verstehe. Der Prinz meinte, die Minister der Mittelstaaten seien zu weit gegangen, obgleich auch nicht zu billigen sei, daß Österreich nach den blutigen Kämpfen in Schleswig noch immer am Londoner Protokolle festhalte. Die Unterhaltung war eine etwas animierte.

9. März.

Um 4 Uhr erschien Graf Lützow und teilte mir eine österreichische Depesche mit,[2]) in welcher Österreichs Austritt aus dem Bunde angedroht wird, wenn

[1]) Vgl. Sybel III, 279. Nach Dalwigks Antrag sollte dem Feldmarschall Wrangel schon jetzt der Oberbefehl auch über die Bundestruppen zuerkannt werden, wenn nur die Erbfolgefrage offen gehalten würde.

[2]) Vgl. Anlage 7.

die Majorität beschließe, den bayrischen Antrag wegen der Sukzession in Holstein in bestimmter Frist zur Abstimmung zu bringen, statt ihn an den Ausschuß zu verweisen.

31. März.

Ich sagte Pfordten, daß wir in Darmstadt für seine Sendung zur Londoner Konferenz stimmen würden. Er erwiderte, daß er diese Mission nur annehmen könne, wenn er sich in London vollkommen auf den deutschen Standpunkt stellen dürfe. Ich erklärte mich damit vollkommen einverstanden und bemerkte, daß es mir genehm sei, wenn Bayern vom Bunde bevollmächtigt würde, ihm seine Instruktionen nach eigenem Ermessen zu erteilen.

10. April.

Morgens $11^1/_2$ Uhr kam Baron Pfordten zu mir. Wir besprachen ausführlich die Frage von der Ernennung des Bundesbevollmächtigten zu der Londoner Konferenz und ferner die neueste bayrische Instruktion, wonach der Bevollmächtigte beauftragt werden soll, für die augustenburgische Sukzession zu stimmen. Ich versprach, Biegeleben in gleichem Sinne zu instruieren.

11. April.

Morgens schrieb ich Biegeleben und ermächtigte ihn, es bei seinem Votum zum neuesten Ausschußbericht, die Beschickung der Londoner Konferenz betreffend, welcher bereits im Drucke war, bewenden zu lassen. Um 3 Uhr kam Graf Lützow, um mir ein Telegramm seiner Regierung mitzuteilen, wonach er auf die Ernennung des Herrn v. Beust zum Bevollmächtigten des Bundes in London hinwirken solle. Ich antwortete dem Grafen Lützow, daß der Großherzog befohlen habe, primo loco für Herrn v. d. Pfordten und erst secundo loco für Herrn v. Beust zu stimmen, sofern der Bund nicht vorziehe, beide zusammen abzusenden, was man hier am liebsten sehen würde.

13. April.

Mittags 12 Uhr besuchte mich Graf d'Astorg, um mir Abschrift einer Depesche seines Hofes in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mitzuteilen, worin meiner und meines Urteils in dieser Sache sehr anerkennend gedacht wird. Ich teilte dem Grafen d'Astorg nochmals ausführlich meine Ansichten über den Modus einer Abstimmung in den Herzogtümern über die Sukzessionsfrage mit.

16. April.

Pfordten war über den Gang der deutschen Angelegenheiten sehr erbittert. Er meinte, Bayern solle aus dem Deutschen Bunde austreten. Es werde dann eine ganz andere Rolle spielen. Die Großmächte würden einem Staate, der fünf Millionen zähle und leicht die doppelte Einwohnerzahl haben könne,

wenn er seine Gesetzgebung in bezug auf Verehelichungen und Gewerbefreiheit ändern wolle, dann schon gute Worte geben.

20. April.

Ich rechtfertigte Beust[1]) gegenüber den diesseitigen Antrag auf gemeinsame Aktion in Schleswig-Holstein und machte namentlich darauf aufmerksam, daß derselbe durch den erst nach dem Schluß der Würzburger Konferenzen gestellten Antrag Österreichs und Preußens auf gemeinsame Besetzung Holsteins hervorgerufen worden sei und die Beseitigung dieses letzteren Antrages zum Zwecke gehabt habe.

1. Mai.

Wickede[2]) wollte mich überreden, zu dem österreichisch-preußischen Vorschlag, die Instruierung des Herrn v. Beust in London den vereinigten Ausschüssen zu überlassen, zuzustimmen. Ich schlug ihm dies rund ab. Er ging nun auf die Sukzessionsfrage über und meinte, die Rechte des augustenburgischen Hauses seien keineswegs erwiesen. Es würde schließlich am besten sein, eine Ausgleichung zu versuchen, da man Preußen doch nicht zumuten könne, so große Opfer in Schleswig umsonst gebracht zu haben. Man könne die Herzogtümer an Oldenburg, Oldenburg an Hannover und demnächst Braunschweig an Preußen fallen lassen. Ich fragte, was denn Österreich für seine Opfer erhalten solle. Herr v. Wickede meinte, gewisse Garantien. Ich lachte und bemerkte, daß Garantien wertlose Dinge seien, und ob er glaube, daß Frankreich einen solchen Tausch ruhig hinnehmen würde. Herr v. Wickede meinte, es sei das eine innere Angelegenheit, um die sich Frankreich nicht zu kümmern habe. Ich sagte ihm schließlich, ich sei viel zu sehr Legitimist, um an solchem Länderschacher Vergnügen finden zu können. Auf die Wünsche der Bevölkerungen komme es doch auch wesentlich an. Er erwiderte, vor dem Eintritte des Bismarckschen Regimentes habe in Braunschweig jeder tausendmal lieber preußisch als hannoverisch werden wollen.

24. Mai.

Madame de Bury-Blaze[3]) und ich sprachen eine Stunde lang Politik, österreichische Zustände, schleswig-holsteinische Frage, englische Zustände. Sie versicherte, die österreichischen Hilfsquellen seien sehr groß, dieselben müßten nur auf dem Wege des Freihandels entwickelt werden. Sie, Madame de Bury und ihre englischen Gesinnungsgenossen, deren 18 im Parlamente säßen, wünsch-

[1]) Bei einer Zusammenkunft in Frankfurt.

[2]) Otto v. Wickede, mecklenburgischer Gesandter.

[3]) Madame Blaze de Bury, geb. Dunbar, angeblich natürliche Tochter Lord Broughams, Gattin des französischen Schriftstellers Blaze de Bury, spielte in politischen Kreisen Wiens als Agentin und Vermittlerin eine bedeutende Rolle. Sie brachte einen Bericht Gagerns für Dalwigk mit, der sie in Frankfurt traf. Über sie vgl. Julius Fröbel, Ein Lebenslauf II, S. 93 f.

ten Frieden mit Deutschland und Österreich im beiderseitigen Interesse. Herr v. Beust solle in London nur festhalten, und er werde siegen. Das englische Parlament werde anfangs entsetzlich schreien, wenn Lord Palmerston mit einem Deutschlands Rechte wahrenden Frieden als fait accompli auftrete, und hinterher werde man sich fügen.

Um 6 Uhr besuchte ich Kübecks. Ich sagte Kübeck noch einmal rückhaltlos meine Ansichten über die großen Fehler im Verhalten Österreichs in der dänischen Frage.

Ich fand einen überaus interessanten Bericht von Gagern vor, wonach Österreich sich endlich entschlossen hat, für die Unabhängigkeit der Elbherzogtümer einzutreten, nachdem Lord Clarendon[1]) dem Herrn v. Biegeleben rund heraus erklärt hatte, daß Dänemark selbst von Personalunion und einer ferneren Verbindung mit Deutschland nichts wissen wolle.

13. Juni.

Um 12 Uhr hatte ich Audienz bei dem Kaiser Alexander.[2]) Der Kaiser war wie gewöhnlich herzlich, gab mir die Hand und ließ mich seinem Platz am Schreibtisch gegenüber niedersitzen. Er sprach von der schleswig-holsteinischen Frage und erzählte mir, er habe darüber mit Herrn v. Bismarck lange gesprochen. Derselbe habe ihm gesagt, Preußen müsse nach den gebrachten Opfern auf einen Ausgang der Sache dringen, welcher der Nation Befriedigung gewähre. Er, der Kaiser, habe Bismarck auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche in einer möglichen Fortsetzung des Krieges lägen. England werde zu den Waffen greifen, und Frankreich werde dann nicht zurückbleiben. Dafür, daß Louis Napoleon solche geheime Pläne hege, habe er, der Kaiser, Beweise in Händen. Herr v. Bismarck habe zwar versichert, daß Österreich und Preußen vereinigt stark genug seien, um den beiden Westmächten zu widerstehen. Das scheine aber ihm, dem Kaiser, einigermaßen zweifelhaft. Rußland sei, nachdem er, der Kaiser, seine Ansprüche auf Holstein an Oldenburg abgetreten habe, nicht mehr direkt bei der schleswigschen Differenz interessiert. Auch habe Rußland mit seinen inneren Angelegenheiten zuviel zu schaffen, um Krieg zu wünschen. Aber wenn ein europäischer Krieg infolge des Scheiterns der Londoner Konferenz ausbreche, könne Rußland nicht neutral bleiben. Die Bildung eines skandinavischen Reiches, wie es der König von Schweden wünsche und wie es die Folge einer Zerstückelung Dänemarks sein werde, welche unfehlbar die Vertreibung des Königs Christian IX.[3]) nach sich ziehe, dürfte Rußland niemals zugeben. Mit der Allianz Preußens und Österreichs, die Herr v. Bismarck aufrichtig wünsche, habe es nicht allzuviel auf sich, denn Louis Napoleon

---

George William Frederick Villiers Graf v. Clarendon, 1800—1870, war 1847 Vizekönig von Irland, 1852—1858 Minister des Äußern, Oktober 1865 bis Juni 1866 zum zweiten, 1868 zum dritten Male.

[2]) Der in Darmstadt zu Besuch war.

[3]) 1818—1906, Prinz zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

werde den Österreichern Italien und alle revolutionären Elemente auf den Hals hetzen. Die revolutionären Parteien drängten zum Kriege und wüßten recht gut weshalb. Es sei ein großer Fehler gewesen, daß man seinerzeit das Londoner Protokoll von 1852 nicht dem Deutschen Bunde zur Genehmigung vorgelegt habe, daraus sei die dermalige Verwicklung hervorgegangen. Ich antwortete dem Kaiser, der fortwährend und mit Nachdruck sprach, nur wenig. Ich fragte nur, ob er glaube, daß Herr v. Bismarck aufrichtig sei, was er auf das Bestimmteste und Ernsteste bejahte. — (Ich besorge, der ängstliche Graf Rechberg wird sich in Kissingen durch den Fürsten Gortschakow einseifen lassen.) Der Kaiser entließ mich gnädig, aber ernst.

5. Juli.

Beust[1]) erzählte mir einiges aus London. Namentlich sprach er von der Erbitterung der Engländer gegen Preußen und Österreich. Lord Clarendon habe ihm bei dem Abschiedsbesuche gesagt: „Nous n'avons rien contre vous et l'Allemagne, vous avez toujours franchement et loyalement dit ce que vous voulez, mais Bismarck est un aventurier sans foi et loi et Rechberg est son nègre." — Wir sprachen dann über das, was jetzt vom Bunde zu geschehen habe. Beust war der Ansicht, daß jetzt, nachdem er sich in London durchaus präzis für die Rechte des Herzogs von Augustenburg ausgesprochen und der Bund seine Erklärung genehmigt habe, nicht mehr davon die Rede sein könne, den Prinzen von Augustenburg gleichzeitig mit dem Großherzoge von Oldenburg zum Nachweise seiner Ansprüche aufzufordern, sondern daß dies nur noch in bezug auf den letzteren zulässig sei.

Beust lobte mir den Legationsrat Hofmann[2]) und seine Befähigung ungemein.

10. Juli.

Der Erzherzog Albrecht[3]) empfing mich mit gewohnter Güte und Herzlichkeit und sagte mir, wie sehr er sich freue, einen alten Bekannten wiederzusehen. Wir sprachen bald von der neuesten Politik Österreichs, und ich sagte mit voller Offenheit, wie sehr ich bedaure, daß durch die Ansichten des Grafen Rechberg, die wir nicht teilen könnten, eine Spaltung zwischen Österreich und den Mittelstaaten entstanden sei. Der Erzherzog konnte mir schließlich nicht unrecht geben. Er gestand zu, daß die Mitwirkung Österreichs in Schleswig nicht dazu gedient habe, Preußen von der Ausführung seiner Pläne abzuhalten, daß im Gegenteil Österreich Geld und Blut geopfert habe, um schließlich im preußischen Schlepptau zu marschieren. Ich sagte dann dem Erzherzoge, welche vermittelnden Anträge die Großherzoglich Hessische Regierung der Reihe nach gestellt habe,

[1]) Bei einer Zusammenkunft in Frankfurt.

[2]) Der Beust auf Vorschlag Dalwigks als „Adlatus" mit nach London gegeben wurde. Vgl. Beust, Aus Dreivierteljahrhunderten I, S. 356.

[3]) Der seinen Schwager, den Großherzog, in Darmstadt besuchte.

um zu einer, auch im österreichischen Interesse liegenden Verständigung mit den beiden Großmächten und zu einer bewaffneten Mitwirkung der Mittelstaaten in Schleswig zu gelangen. Ich fügte hinzu, daß es sich in dieser Angelegenheit vor allem darum handle, Frankreich bei guter Laune und in den bisher von ihm bewährten friedlichen Gesinnungen zu erhalten und daß ich deshalb die Reise des Kaisers von Österreich nach Kissingen bedauert habe, durch welche in den Tuilerien Mißstimmung veranlaßt worden sei, ohne Österreich zu nützen. Ich müsse wenigstens an einer aufrichtigen Verständigung mit Rußland zweifeln. Ich erzählte hier dem Erzherzoge, welche Unterhaltung ich in Peterhof mit dem Fürsten Gortschakow im Jahre 1861 gehabt hatte. Der Erzherzog pflichtete mir in bezug auf Polen und Schleswig bei, meinte aber, in Kissingen seien noch andere Fragen, z. B. diejenige der Donaufürstentümer verhandelt worden. Wir sprachen dann von den Leistungen der preußischen Armee. Der Erzherzog erkannte ihre Tüchtigkeit an, meinte aber, dieselbe müsse vorerst im großen Kriege, z. B. Frankreich gegenüber, sich bewähren. Wir sprachen von den Prahlereien des Prinzen Friedrich Carl[1]) und von der Verstimmung, welche in der österreichischen Armee gegen denselben und seine Prahlereien herrsche. Der Erzherzog sagte, solange der alte Wrangel kommandiert habe, sei das Verhältnis der beiden Armeen ein leidliches gewesen und das sei ein Verdienst dieses sonst ganz stumpfen Generals. Wir kamen dann zum Jahre 1859, zu dem Verhalten der Preußen, dem unseligen Frieden von Villafranca und dessen Einfluß auf die Bildung des Nationalvereins. Ich erzählte dem Erzherzog von dem mir zugekommenen Briefe des Grafen Degenfeld,[2]) der mit 100 000 Mann in Dalmatien gestanden und jeden Tag Marschbefehl erwartet, statt dessen aber die Nachricht von der großen Düperie von Villafranca (Degenfelds eigene Worte) bekommen habe. Der Erzherzog erzählte mir, er habe mit 80 000 Mann Infanterie und 12 000 Mann Kavallerie, der besten der Welt, in Böhmen gestanden und jeden Augenblick den Befehl erwartet, an den Rhein zu marschieren. Ich möge also erwägen, mit welchen Gefühlen er die Friedensnachricht aufgenommen habe. — Nach dieser langen Unterhaltung, in welcher der Erzherzog versicherte, Graf Rechberg meine es nicht so übel, er sei nur etwas hitzig, man werde sich später mit Österreich wieder verständigen, entließ er mich, indem er mir wiederholt herzlich die Hand drückte und mir sagte, wie sehr er sich gefreut habe, einen guten alten Bekannten wiederzusehen. — Hinzufügen muß ich noch, daß wir auch von dem König Wilhelm von Preußen sprachen. Der Erzherzog lobte seine Rechtlichkeit. Ich bestritt dieselbe nicht, betonte aber die Charakterschwäche des Königs. Ich erzählte ihm von der Unterhaltung, die ich mit dem König im Jahre 1861 in Baden-Baden gehabt habe. Der Erzherzog erinnerte mich dann an eine famose Unterhaltung, die ich im Jahre 1849 mit dem jetzigen Könige von

[1]) 1828—1885, Sohn des Prinzen Carl, Neffe Kaiser Wilhelms I.

[2]) August Graf Degenfeld-Schönburg, k. österreichischer Feldzeugmeister, ein Freund Dalwigks von Mainz her.

Preußen bei Gelegenheit eines vom General v. Schenk in Mainz gegebenen Frühstückes gehabt habe. Der König, damals Prinz von Preußen, sagte, wie vom Zaune gebrochen, es sei doch sonderbar, daß die Truppen der Mittelstaaten nie ganz zuverlässig seien. Ich erwiderte, da müsse ich doch bitten, die Truppen meines Herrn, des Großherzogs, auszunehmen. Ich schloß damit, dem Könige in sehr barschem Tone zu sagen: „Die Hessen sind gut und bleiben gut, und wenn Eure Königliche Hoheit einmal deren Hilfe bedürfen sollten, so stehen sie zu Diensten." Der Prinz nahm meine Antworten damals sehr übel, war aber in späterer Zeit doch wieder gut und freundlich mit mir.

22. Juli.

Ich erwähnte zum Prinzen Alexander meine jüngste Konversation mit dem Kaiser Alexander, und der Prinz sagte mir, der Kaiser habe ihm ebenfalls davon gesprochen und habe hinzugesetzt, ich sei aufgeregt gewesen.

27. Juli.

Um 4 Uhr besuchte ich Herrn v. Biegeleben aus Wien. Ich las ihm in Gegenwart seines Bruders Arnold die zwei neuesten Gagernschen Berichte vor und machte ihm aus meinem Urteil über den Grafen Rechberg, der statt ein Staatsmann nur l'homme des petits expédients sei und statt Festigkeit nur eine gute Portion Eigensinn besitze, kein Hehl. Ich bat ihn, dahin zu wirken, daß den Mittelstaaten für Rendsburg[1]) Genugtuung werde, indem sonst die Ereignisse zum Rheinbund drängten. Herr v. Biegeleben sah dies ein, meinte aber, Herr v. Beust sei bereits in fortgesetzter Verhandlung mit Frankreich begriffen.

30. Juli.

Ich besuchte in Frankfurt den Baron Kübeck. Ich wies auf die Gefahr der Entstehung eines Rheinbundes hin, wenn Österreich den Mittelstaaten nicht gegen preußische Übergriffe beistehe. Kübeck gab dies zu. Er sprach versöhnlich, aber sehr korrekt. Ich betonte lebhaft die Notwendigkeit einer Militärkonvention der Mittelstaaten, welche er nicht in Abrede stellte.

12. August.

Ich sprach dem Baron Thüngen[2]) und dem bayrischen Legationssekretär v. Niethammer sehr entschieden über die Notwendigkeit eines festen und zugleich militärischen Zusammenhaltens der Mittelstaaten den preußischen Anmaßungen gegenüber. Die beiden waren mit mir vollkommen einverstanden.

[1]) Nach einer Prügelei zwischen preußischen und sächsischen Truppen in Rendsburg besetzten die Preußen die Stadt (21. Juli), die von den Bundestruppen unter Protest geräumt wurde. Vgl. Anlage 9.

[2]) Wolfgang Freiherr v. Thüngen, bayerischer Gesandter in Darmstadt.

15. August.

Herr Meviſſen[1]) erzählte mir, es ſei der feſte Wille des Königs von Preußen, Rendsburg und vor allem Kiel als Feſtungen mit preußiſcher Beſatzung zu behalten und ich dürfte feſt darauf zählen, daß er es eher auf einen europäiſchen Krieg ankommen laſſen, als auf dieſen Plan verzichten werde.

10. September.

Fröbel wünſchte von mir, auch im Auftrage des Miniſters v. Schmerling,[2]) zu wiſſen, was ich von der Durchführung der Bundesreformakte denke. Ich erwiderte, auf direktem Wege ſei bei dem preußiſchen, formell durchaus legalen Widerſpruch nichts zu erreichen. Man müſſe alſo indirekt zum Ziele gelangen, entweder durch eine Provokation Preußens, welche dasſelbe zwinge, aus ſeiner einfach negierenden Haltung herauszutreten. Eine ſolche Provokation würde in der Herſtellung eines gemeinſamen militäriſchen Oberkommandos für ſämtliche Mittelſtaaten liegen, der ſich Preußen nötigenfalls mit den Waffen in der Hand widerſetzen würde. Auf dieſem durch die Beziehungen zu den Nachbarn Deutſchlands allerdings gefährlichen Wege gelange man unmittelbar wieder in die Lage vor der Olmützer Konvention. Oder man könne von den in Hannover und Dresden ſoeben beendigten legislatoriſchen Arbeiten einer gemeinſamen deutſchen Zivilprozeßordnung und eines gemeinſamen deutſchen Obligationsrechts, die nun den deutſchen Einzelkammern zur Beſchlußnahme vorzulegen ſeien, Anlaß zur Berufung einer Verſammlung von Delegierten dieſer Einzelkammern zu einer gemeinſamen Beſchlußnahme nehmen. Auf dieſem letzteren Wege könne man ohne großen Eklat zu der Hauptſache von demjenigen gelangen, was man in verfloſſenen Jahren in Frankfurt nicht erreicht habe. Nur bedürfe es dazu eines gewiſſen Maßes von Klugheit. Dr. Fröbel war mit letzterem Wege einverſtanden. Fröbel erzählte mir die Geneſis des Frankfurter Bundesreformvorſchlages. Die Idee ſei von dem Fürſten von Thurn und Taxis[3]) ausgegangen, und derſelbe habe den Gegenſtand durch den Chef ſeiner Verwaltung, Baron Dörnberg, in Wien betreiben laſſen. Er, Fröbel, ſei ebenfalls über die gemachten Vorſchläge von Taxisſcher Seite gehört worden.

---

[1]) Guſtav v. Meviſſen, 1815—1899, Vorſitzender der Kölner Handelskammer. War 1847 im vereinigten preußiſchen Landtag, 1848 im Frankfurter Parlament, Begründer des Schaaffhauſenſchen Bankvereins, 1866—1891 Vertreter Kölns im preußiſchen Herrenhauſe.

[2]) Anton Ritter v. Schmerling, 1805—1893. War 1847 im niederöſterreichiſchen Landtag, 1848 im Frankfurter Parlament und Reichsminiſter; 1849 öſterreichiſcher Juſtizminiſter, 1860—1865 Staatsminiſter und Schöpfer der zentraliſtiſchen Februarverfaſſung von 1861.

[3]) Maximilian Karl Fürſt von Thurn und Taxis, 1802—1871, Schwager des Kaiſers Franz Joſeph.

13. September.

Ich fuhr mit dem Prinzen Alexander in einem Waggon allein bis Darmstadt.[1]) Der Prinz redete mir unterwegs sehr lebhaft zu, wir möchten wegen Annahme des österreichisch-preußischen Handelsvertrages nicht eher mit Preußen in Verhandlung treten, als bis man wisse, daß Österreich sich mit Preußen verständigt habe. An Österreich allein fänden die kleineren Staaten ihre Stütze. Es sei traurig, wenn man den Demokraten nachgeben wolle. Ich erwiderte ihm, daß man hier durch Festhalten bis zur äußersten Grenze seine österreichischen Sympathien genugsam bewährt habe. Aber Dinge, die sich am Ende nicht halten ließen, müsse man nicht anstreben wollen. Man würde bei einer Sprengung des Zollvereins nicht bloß die Demokraten, sondern alle Mitglieder des Handelsstandes und der Industrie gegen sich haben. Was den Schutz betreffe, den man von Österreich zu erwarten habe, so sei es eine alte Erfahrung, daß Österreich die Mittelstaaten für seine Zwecke benutze und dann über dieselben hinaus Preußen die Hand reiche, wenn dieses letztere ihm nur einen Finger entgegenstrecke. Ich würde Herrn v. Bismarck nie den Gefallen tun, zu einer Trennung Süddeutschlands vom Norden beizutragen. Der Prinz würde, wenn er Minister wäre, nicht anders als ich handeln und handeln können.

Ich unterhielt mich[2]) eine Zeitlang mit Fürst Gortschakow, welcher behauptete, ich hätte einmal das glückliche Wort gesagt: „Vous autres grands vous combattez pour votre position, et nous autres petits nous battons pour notre existence."

17. September.

Um 12 Uhr empfing ich den Hofbankier Moritz Wolfskehl, welcher mir erzählte, der König von Preußen habe bei seiner letzten Anwesenheit in Frankfurt mit Herrn v. Bismarck zusammen verfügt, daß Herr v. Wentzel[3]) nicht in Darmstadt wohnen solle. Es seien die heftigsten Beschwerden dabei gegen mich geführt worden, und wahrscheinlich werde Herr v. Wentzel den Auftrag erhalten haben, diese Beschwerden bei seiner Antrittsaudienz zur Kenntnis des Großherzogs zu bringen.

19. September.

Um 12 Uhr besuchte mich der Geheimrat v. Liebig.[4]) Er kam von der Naturforscherversammlung von Gießen und reiste nach München zurück. Er sagte mir, daß er mich nur besuche, um mir zu meiner energischen und korrekten Politik in der schleswigschen Angelegenheit Glück zu wünschen. Er erzählte mir, er sei kürzlich in Holstein gewesen und es herrsche dort nur eine Stimme des Dankes

[1]) Von Jugenheim aus.

[2]) Am Abend in Jugenheim, wo das russische Kaiserpaar weilte.

[3]) Otto v. Wentzel, preußischer Gesandter in Darmstadt.

[4]) Justus v. Liebig, 1803—1873, der große Chemiker, war ein Jugendfreund Dalwigks.

und der Anerkennung für das, was die Großherzoglich Hessische Regierung getan habe. Preußen habe wenig Aussicht auf Durchführung seiner Pläne, die zähe, feste Natur der Schleswig-Holsteiner lasse sich nicht so leicht beugen. Der Herzog Friedrich sei ein trefflicher, allgemein geachteter Fürst.

4. Oktober.

Beaulieu, belgischer Gesandter in Frankfurt, erzählte mir von seinen früheren Unterhaltungen mit Bismarck, während des Aufenthaltes des letzteren in Frankfurt. Bismarck habe ihm gesagt, Preußens natürlicher Verbündeter behufs seiner Vergrößerung sei Frankreich. Freilich koste das das linke Rheinufer, aber man könne letzteres wieder erobern, sobald Preußen Herr von Deutschland sei. Aus Anlaß der Bundesbeschlüsse hinsichtlich der stärkeren Befestigung Rastatts habe ihm Bismarck gesagt, Preußen würde sehr töricht sein, einen Kreuzer dazu zu geben. Es liege in seinem Interesse, Süddeutschland möglichst wehrlos zu lassen. Werde dasselbe bei einem Einfalle der Franzosen von diesen überschwemmt und würden die süddeutschen Fürsten zum Mitgehen mit Frankreich gegen Preußen gezwungen, so sei das ein guter Grund, dieselben demnächst beim Friedensschlusse zu mediatisieren. Weiter erzählte mir Baron Beaulieu, Herr v. Bismarck und mit ihm Graf Rechberg hätten nach der Besetzung von Jütland beabsichtigt, Kopenhagen angreifen zu lassen. Nur den dringenden Vorstellungen des Königs Leopold[1]) in Berlin sei es gelungen, diesen Schritt, der einen allgemeinen Krieg hervorgerufen haben würde, zu verhindern.

5. Oktober.

Pfordten sieht sehr pessimistisch in der Politik und ist überzeugt, daß in fünfzig Jahren alle deutschen Mittel- und Kleinstaaten mediatisiert sein werden. Er sagte mir, er denke nicht daran, das Portefeuille des Äußern in Bayern je wieder zu übernehmen. Zu dem Wiederantritt seines Frankfurter Postens in dem ganz herabgekommenen Bundestag habe er sich nur auf die besondere Bitte der Königinmutter[2]) entschlossen.

8. Oktober.

Ich sprach mit dem Fürsten Metternich.[3]) Er sagte mir, alles, was dem Kaiser Franz Joseph fehle, sei ein gewisses Selbstvertrauen. Nach dem italienischen Feldzuge habe Thouvenel ihm, dem Fürsten, gesagt, wenn die österreichische Armee diese oder jene Operation gemacht hätte, wäre die französische Armee verlorengegangen. Diese Operationen seien aber genau diejenigen gewesen, die der Kaiser Franz Joseph vorgeschlagen habe und die seine Generale nicht ausgeführt hätten.

[1]) Leopold I., König der Belgier. 1790—1865.

[2]) Witwe Max' II. von Bayern, Marie, geb. Prinzessin von Preußen, 1825—1889, Tochter des Prinzen Wilhelm.

[3]) Dem österreichischen Botschafter in Paris.

13. Oktober.

Um 1/4 12 Uhr fuhr ich in das Schloß, um dem Kaiser von Rußland für sein Erscheinen am verflossenen Abend[1]) zu danken. Der Kaiser empfing mich wie immer sehr gnädig und sagte: „Aber um Gottes willen, warum in Uniform?" Wir sprachen stehend. Ich sagte ihm, daß sein Besuch am vergangenen Abend ein für mich und meine Frau hochbeglückendes und unvergeßliches Ereignis sei. Der Kaiser erzählte mir, daß er bei seinem Nachhausekommen noch gearbeitet habe. Es sei gerade die Zeit der Ankunft seines Kuriers, und der bringe ihm jedesmal drei harte Tage. Ich bemerkte, wie der Kaiser mit Stolz und Befriedigung auf das blicken könne, was er für Rußland getan habe, und wie seine Regierung größere Erfolge erreicht habe, als irgendeine der vorhergehenden. Selbst die polnische traurige Revolution habe ihr Gutes gehabt, sie habe manchen Russen auf den richtigen Weg zurückgeführt. Der Kaiser erwiderte, noch immer seien die Zustände in Polen so, daß jedes Nachlassen in den von der Regierung getroffenen Maßregeln sofort wieder ein Auflodern der revolutionären Flamme zur Folge haben würde. Ich entgegnete, daß dies nur beweise, wie die konservative Partei (oder besser gesagt, die Konservativen, weil es keine eigentliche Partei konservativen Charakters gebe) überall die nämliche sei. Mangel an Mut, um nicht zu sagen Feigheit, charakterisiere dieselbe. Sie füge sich stets demjenigen, von dem sie am meisten zu fürchten habe, und während sie in Forderungen an die Tätigkeit der Regierungen unerschöpflich sei, wolle sie selbst nichts tun. Der Kaiser gab mir vollkommen recht. Ich sagte dann, die Aufgabe des Regenten eines großen Staates sei eine weit angenehmere und lohnendere als die einer kleinen Regierung, welche stets für ihre Existenz kämpfen müsse. Rußland zerstückeln oder annexieren lassen zu wollen, werde niemand einfallen. Der Kaiser versetzte darauf, ein Kampf um die Existenz der kleineren deutschen Staaten sollte eigentlich nur gegen die Revolution geführt werden. Diese sei die eigentliche Feindin dieser Staaten, nicht Preußen. Man tue Herrn v. Bismarck sehr Unrecht, wenn man ihm annexionistische Gelüste zuschriebe. Er rede mitunter etwas unvorsichtig, aber er sei dennoch durch und durch konservativ. Jedenfalls habe er als Minister andere Auffassungen als solche, die er vielleicht früher mitunter zur Schau getragen habe. Es sei ein großes Glück, daß die beiden deutschen Großmächte die schleswig-holsteinische Sache in die Hand genommen hätten. Dadurch allein sei dieselbe den Händen der Revolution entwunden worden. An die vereinigten deutschen Großmächte sollten sich die kleineren deutschen Regierungen fest anschließen. Das sei für sie die rechte Politik und ihr wahres Interesse. — Ich ließ den Kaiser ruhig ausreden, der nur französisch sprach, worin er sich leichter ausdrückt, während unsere Konversationen früher stets deutsch geführt wurden. Am Schlusse erwiderte ich, daß ich in den Charakter Seiner Majestät des Königs von Preußen das vollste Vertrauen setzte. Seine Majestät hätten gewiß die

[1]) Bei einem von Dalwigk gegebenen Balle.

edelsten und reinsten Absichten, aber es sei nicht zu verkennen, daß der König sich schon wiederholt ganz entgegengesetzten Strömungen hingegeben habe. Die Einigkeit der beiden deutschen Großmächte sei etwas in hohem Grade Wünschenswertes. Ich habe mich stets öffentlich in diesem Sinne ausgesprochen, und wenn sie wirklich existiere, werde der Rest der deutschen Staaten sich einem solchen überwiegenden Einfluß gern unterwerfen. Aber bis jetzt vermisse ich noch diese aufrichtige Einigkeit. Noch im Jahre 1861 hätten mir Seine Majestät der König von Preußen in Baden-Baden gesagt: „Es sei besser, dem Volke zu geben, was ihm gebühre, als ewig Reaktion zu treiben," und ferner: „Seiner Majestät sei der Nationalverein sehr gleichgültig." Sie hätten 17 Millionen Untertanen, und 2000 Nationalvereinler unter denselben machten Ihnen nichts. Das Großherzogtum Hessen hätte damals in der preußischen offiziösen Presse fortwährend Lektionen bekommen, und noch unter dem Ministerium Bismarck hätte Preußen zwei Armeekorps marschieren lassen, um den Kurfürsten von Hessen zu zwingen, eine liberale Verfassung wieder einzuführen, welche das nämliche Preußen früher habe aus der Welt schaffen helfen. Hier fiel der Kaiser mit den Worten ein: „Ja, das ist wahr, das war sehr übereilt." Ich fuhr fort, daß ich trotzdem den Ansichten Seiner Majestät, für deren gnädige Mitteilung ich in hohem Grade dankbar sei, mich gern unterwerfen und Herrn v. Bismarck, dessen konservative Politik im Innern, dessen Energie und Mut ich vollkommen würdige, größeres Vertrauen schenken wolle. Ich könne aber nicht umhin, Seine Majestät den Kaiser zu bitten, mir die Mitteilung noch eines kurzen Erlebnisses zu gestatten.

Im Jahre 1859 sei ich von dem jetzigen Könige, dermaligen Prinzregenten von Preußen in Baden-Baden sehr gnädig empfangen worden. Im Laufe des Gesprächs habe der Prinz sein Verlangen, das Mitbesetzungsrecht von Rastatt zu erhalten, ausgedrückt. Ich habe erwidert, daß Preußen ja früher eine solche Mitbesetzung entschieden abgelehnt habe und daß ich in der Tat nicht einsähe, welches Interesse Preußen habe, einige Bataillone in dieser Mausefalle zu haben, die es im Falle des Ausbruchs eines Krieges mit Frankreich besser benutzen könne. Der Prinz habe mir darauf erwidert: „Es ist Ehrensache für mich, überall, wo es sich darum handelt, die Grenzen Deutschlands zu verteidigen, beteiligt zu sein." Ich habe darauf erwidert: „Nach diesem schönen und unvergeßlichen Worte Eurer Königlichen Hoheit lasse ich jeden Widerspruch fallen und werde mich sogar bemühen, Eurer Königlichen Hoheit das zu verschaffen, was Sie wünschen." Zwei Tage später hatte ich den Erzherzog Albrecht in Frankfurt gesehen und denselben gebeten, dahin zu wirken, daß Preußen die von ihm gewünschte Konzession erhalte, weil man ein so geringes Opfer nicht scheuen dürfe, wenn es sich davon handle, den großen Zweck der Einigung Österreichs und Preußens zu erreichen. Der Erzherzog habe mir nach Anhörung Rechbergs seine Verwendung zugesagt, und 14 Tage später sei Preußen die Mitbesetzung von Rastatt zugestanden worden. Nun hatte ich aus guter österreichischer Quelle erfahren, daß wenige Jahre später

Preußen sich bemüht habe, Österreich zu einem Tauschvertrage zu bewegen, wonach Preußen allein Mainz und Österreich allein Rastatt habe besetzen sollen. Ein Recht also, bei dessen Ausübung der jetzige König seine Ehre für engagiert erklärt habe, habe man wenige Jahre darauf zum Gegenstand eines Tauschvertrages machen wollen. Aber auch abgesehen von diesem Ehrenpunkte habe es der Großherzoglich Hessischen Regierung nicht gleichgültig sein können, durch einen solchen unerwarteten Tausch unter den Einfluß der preußischen Kanonen von Mainz zu geraten und damit (was sich gewiß nicht leugnen lasse) ihre Selbständigkeit einzubüßen. — Ich wollte dies nur anführen, um Seiner Majestät dem Kaiser zu beweisen, daß die kleineren deutschen Regierungen Ursache hätten, auf ihrer Hut zu sein. Aber die gnädigen Mitteilungen Seiner Majestät über Herrn v. Bismarcks dermalige Ansichten und Pläne seien für mich von so hohem Werte, daß ich gern darauf verzichten wolle, in die Vergangenheit zurückzugreifen. Der Kaiser hörte mir mit vielem Interesse zu, fragte bei einzelnen Stellen, die er nicht vollkommen verstanden hatte, und gab mir beim Abschiede wie beim Empfang wiederholt die Hand. Er war freundlich und selbst herzlich.

14. Oktober.

Morgens hatte ich Sitzung. Nach derselben besuchte mich der Vizekanzler Fürst Gortschakow mit Herrn v. Labenski. Der erstere erzählte mir, daß der Kaiser ihm von seiner Konversation mit mir vom verflossenen Tage gesprochen habe. Ich wiederholte dem Fürsten kurz den Inhalt meiner dem Kaiser gemachten Bemerkungen und fügte hinzu, der konservative Minister von Roon[1]) habe noch vor zwei Jahren von dem Nationalverein ein Geschenk von 200 000 Reichstalern für die preußische Flotte angenommen, sich also diesem revolutionären Verein gegenüber verpflichtet. Ferner habe der König von Preußen im Jahre 1861 mir in Baden-Baden gesagt: „Sie (die Mittelstaaten) wollen ein gemeinsames Oberkommando einführen. Das dulde ich aber nicht, der Norden gehört mein und steht unter meiner militärischen Führung. Im Süden mögt ihr machen, was ihr wollt." — Ich führte ferner an, was Herr v. Bismarck dem Baron Beaulieu gesagt habe. Endlich erwähnte ich die Bamberger Konferenzen[2]) und führte an, wie damals die deutschen Mittelstaaten eine von Österreich und Preußen vorgeschlagene bewaffnete Operation gegen Rußland abgelehnt und durch diese Weigerung Preußen auf den richtigen Weg zurückgeführt und gerade durch ihre Opposition gegen die beiden Großmächte Rußland einen wesentlichen Dienst geleistet hätten. Ich erwähnte endlich, um die Schwankungen und Schwächen in der preußischen Politik nachzuweisen, des Neufchâteler Falles.

---

[1]) Albrecht Theodor Emil Graf v. Roon, 1803—1879. War 1859—1873 preußischer Kriegsminister und mit König Wilhelm zusammen Schöpfer der Heeresreform.

[2]) Wo sich die Mittelstaaten durch Note vom 25. Mai 1854 für die Neutralität des Bundes im Krimkriege aussprachen.

Ich erzählte, wie Preußen damals die Erlaubnis zum Durchmarsch seiner Armee begehrt, wie ich Herrn v. Wentzel geantwortet hatte:

„Nicht dies allein, unser Geld, unser Blut, unsere Stimme am Bunde stehen zur Verfügung, aber unter der einen Bedingung, daß ihr festhaltet," und ich fügte hinzu, wie schmerzlich damals Preußen durch Nachgiebigkeit die Erwartungen getäuscht habe bis zu dem bekannten Briefe des Königs Friedrich Wilhelm IV.[1]) an Louis Napoleon, in dem er diesen um Vermittlung bat und mit den Worten schloß: „Sire, j'ai confié mon honneur aux mains de Votre Majesté." Aber dennoch, fuhr ich fort, wiegen die Worte Seiner Majestät des Kaisers, des mächtigen Kaisers von Rußland, dessen Absichten und Handlungen stets offen dalagen, dessen Politik stets weise und die beste war, weil sie überall eine offene war und Falschheiten verschmähte, so schwer, daß ich gerne mit dem Schwamm über die Vergangenheit fahren und glauben will, daß Preußen für die Zukunft konservativ und bundestreu verfahren will. Denn wenn der Kaiser von Rußland selbst für die loyalen Gesinnungen des Herrn v. Bismarck gegenüber den deutschen Bundesgenossen spricht, so übernimmt er in seiner hohen und gewaltigen Stellung, die mächtiger ist als die aller anderen Souveräne Europas, eine Garantie dafür, daß von seiten Preußens in der Zukunft auch loyal und bundestreu werde verfahren werden. Das nämliche gelte auch vom ersten Minister des Kaisers. Fürst Gortschakow hörte mir mit vielem Interesse zu und gab mir wiederholt recht.

15. Oktober.

Ich fuhr um $6^1/_2$ Uhr zu Baron Budberg.[2]) Er war sehr freundlich und herzlich und ich blieb fast zwei Stunden bei ihm. Wir sprachen ausschließlich über Politik. Budberg erwähnte, der Kaiser habe mir von dem Wünschenswerten einer Bundesreform gesprochen, indessen scheine der Kaiser wohl über die Sache selbst und die Art ihrer Ausführung nicht recht mit sich im klaren zu sein. Er meinte ferner, es sei ganz unzweifelhaft, daß Herr v. Bismarck seine Zwecke in bezug auf Schleswig-Holstein erreichen werde, allerdings nicht im Wege der Annexion, aber im Wege besonderer Verträge, die Preußen das gewährten, was es brauche. Von Frankreich und Rußland sei kein Widerstand zu befürchten. In solchen Absichten drücke sich dermalen Preußen gewaltig an Frankreich an. Aber die früheren aufrichtigen Sympathien Bismarcks für Frankreich existieren seit Beendigung seiner Botschaft in Paris nicht mehr. Bismarck habe dort nicht recht gefallen, man habe ihn steif gefunden, und er habe wohl gefühlt, daß seine Persönlichkeit den napoleonischen Umgebungen nicht recht zusage. Diese Empfindung wirke bei ihm noch nach. — Über Rechbergs Ungeschick und Mißerfolge in allen großen Fragen waren wir einverstanden. Budberg sagte, der Kaiser Napoleon möge Österreich nicht. Er gefalle sich darin, ihm Lektionen zu geben. Er zeichne zwar den Fürsten

[1]) 1795—1861.

[2]) Andreas Freiherr v. Budberg, russischer Gesandter in Paris.

Metternich persönlich aus, aber gewissermaßen, um den Unterschied zwischen dieser persönlichen Gunst und seiner Stimmung gegen Österreich zu markieren, habe er fast regelmäßig jedesmal, wenn er den Fürsten Metternich eingeladen und recht liebenswürdig behandelt habe, 14 Tage später irgend etwas getan, was Österreich unangenehm habe berühren müssen. Dahin gehöre jetzt die neueste Konvention, die mitnichten gegen den Papst, sondern tatsächlich gegen Österreich gerichtet sei. Louis Napoleon habe sich im Gefängnisse und im Exil gewisse Ansichten ausgebildet, von denen er nicht lasse. Dahin gehöre namentlich die Idee einer italienischen Konföderation, Neapel mit einer Sekundogenitur des Hauses Savoyen, Rom und Norditalien. Dazu brauche aber Louis Napoleon notwendig Venetien, und auf dessen Erwerb für Italien arbeite er hin. Er, Budberg, könne gar nicht begreifen, wie Österreich in einem solchen Augenblicke entwaffnen möge. Es müßten überwiegende finanzielle Gründe vorliegen. Die Position von Rom werde Louis Napoleon nie aufgeben. Er, Budberg, habe das dem Kaiser Napoleon offen gesagt. Und wenn es auch nur durch ein einziges französisches Bataillon in Civitavecchia geschehe, so werde Frankreich diese Stellung, auf der sein Einfluß in Italien beruhe, freiwillig nicht räumen. Ich sprach von Drouin de Lhuys. Budberg meinte, derselbe sei ein Doktrinär, der zu allem die Hand biete, ohne große staatsmännische Eigenschaften zu besitzen.

16. Oktober.

Ich besuchte den Fürsten Gortschakow, mit dem ich eine halbstündige politische Unterhaltung hatte. Ich ging auf die Kissinger Konferenz über. Ich sagte, Rechbergs Erscheinen daselbst sei ein großer Fehler gewesen.

Wenn Österreich eine Art Wiederherstellung der Heiligen Allianz wünsche, so müsse es auch die Mittel wollen. Vor allem hätte es bei dem Ausbruche der polnischen Revolution eine entschiedene Haltung annehmen müssen, statt gewissermaßen auf zwei Achseln zu tragen. Fürst Gortschakow erzählte mir hierauf, Rechberg habe ihm mit keiner Silbe von Polen gesprochen, dagegen habe derselbe sich eine Audienz vom Kaiser Alexander erbeten und den Versuch gemacht, Österreichs Verhalten in dem polnischen Aufstande zu rechtfertigen. Der Kaiser habe ihm aber sofort das Wort abgeschnitten und ihm bemerkt: „Quant à Pologne ne m'en parlez pas." Wir durchsprachen dann kursorisch die Fehler Österreichs in der schleswig-holsteinischen Frage und ich erzählte dem Fürsten, wie ich wiederholt, aber vergeblich versucht hätte, durch Anträge am Bunde, die eine Beteiligung der Mittelstaaten an der Aktion zum Zwecke hatten, Österreich aus der unangenehmen Lage zu ziehen, welche die Präponderanz von Preußen und seine eigene Ungeschicklichkeit ihm bereitet habe.

25. Oktober.

Auf Österreichs Verhalten seit dem letzten Jahre war der Großherzog schlecht zu sprechen. Er sagte mir, dasselbe sei bedeutend in seiner Achtung

gesunken. Er erzählte mir, der Großherzog von Baden fange an, über die dortigen Zustände sehr bedenklich zu werden.

12. November.

Um 12 Uhr besuchte mich Baron Pfordten in Telegraphenangelegenheiten. Wir sprachen dann über seine Wiederübernahme des Ministeriums des Äußern. Er sagte mir, Minister von Neumaier habe ihm unter dem 9. vorigen Monats im Auftrage des Königs geschrieben und ihn gefragt, ob er dazu bereit sei. Er, Pfordten, habe unter dem 10. vorigen Monats geantwortet, daß er durch einen solchen Wiedereintritt in das Ministerium ein großes persönliches Opfer bringe. Er sei zwar dazu bereit, wenn dieses Opfer dem Könige und dem Lande nützen könne. Er könne aber in letzterer Beziehung seine Bedenklichkeiten nicht bergen. Er habe in Bayern die Majorität der Kammern und den ganzen hohen Adel gegen sich, der ihn wie einen Eindringling betrachte. Er sei unpopulär und seine Ernennung werde einen heftigen Kampf mit den Parteien zur Folge haben usw. Auf diesen Brief habe er weder eine Antwort noch eine weitere Eröffnung erhalten, sodaß er und noch mehr seine Frau in peinlicher Ungewißheit schwebten. Ich sagte Pfordten, welchen hohen Wert ich auf seine Wiederernennung im Interesse der Mittelstaaten und Deutschlands legen müsse, daß Deutschlands Zukunft wesentlich von einem durch Pfordtens Führung bedingten kräftigeren Auftreten Bayerns, dem wir uns mit Freuden anschließen würden, abhänge. Pfordten sagte dann, daß Beust ihm aus Anlaß der Nachricht von einem Wiedereintritt in das Ministerium in einer an den Vertreter Sachsens in München gerichteten Depesche sehr freundschaftliche Gesinnungen ausgesprochen und namentlich gesagt habe, er, Beust, werde sich mit Freuden zur Stelle seines, Pfordtens, Adjutanten verstehen.

Übrigens sei seine, Pfordtens, Wiederernennung nicht nur noch ungewiß, sondern er halte sie nicht einmal für wahrscheinlich. Er sei dem König Ludwig II.[1]) nicht sympathisch, der König scheine ihn zu fürchten.

Er, Pfordten, habe übrigens an Pfistermeister[2]) geschrieben und gesagt, daß er jedenfalls, wenn der König ihm die Wiederübernahme des Ministeriums des Äußern befehlen wolle, wünschen müsse, vorerst von dem Könige empfangen zu werden, um mit demselben die einzuhaltende politische Richtung zu besprechen und dem Könige ein Urteil darüber zu gewähren, inwieweit er, Pfordten, dem Könige zusage. Ebenso habe er eine vorläufige Besprechung mit seinen ministeriellen Kollegen in diesem Briefe für unerläßlich erklärt. Endlich habe er bemerkt, daß die Unterzeichnung des neuen Zolleinigungsvertrages mit Preußen seinem Wiedereintritt in das Ministerium vorausgehen müsse, indem er selbst sich zu einer solchen Unterzeichnung nicht entschließen könne. Von eigentlichen Bedingungen, die er, Pfordten, gestellt haben solle, sei bis jetzt keine Rede

[1]) 1845—1886.

[2]) Franz Seraph. Pfistermeister, bayerischer Staatsrat, Kabinettschef des Königs.

gewesen. Alle desfallsigen Zeitungsnachrichten seien erfunden. Aber jedenfalls würde er sich zur Übernahme des Ministeriums nur dann bereit finden lassen, wenn ihm eine feste Stellung, eine Befugnis zu freiem Handeln und das Recht eingeräumt werde, jeden Augenblick Zutritt zum Könige zu begehren, statt wie früher mitunter wochenlang auf Audienz warten zu müssen. Pfordten bat mich schließlich, wenn er dennoch wider Erwarten in das Ministerium nach München berufen werde, ihn bei dem Großherzoge zu entschuldigen, falls er nicht selbst sein Rekreditiv überreiche. Pfordten sagte mir vertraulich, er beabsichtige, in dem unterstellten Falle seiner Berufung nach München eine vertrauliche Zusammenkunft mit Beust sofort zu veranstalten, ob ich etwas dagegen habe oder teilzunehmen wünsche. Ich verneinte beides, machte aber auf die Notwendigkeit ständiger periodischer Ministerkonferenzen aufmerksam, womit sich Pfordten einverstanden erklärte. Er war in bezug auf die Konzessionen, die Österreich Preußen in bezug auf die verlangte Räumung der Herzogtümer von den Bundestruppen gemacht haben könne, besorgt. Ich suchte ihn unter Hinweis auf einen Gagernschen Bericht, den ich am Morgen empfangen hatte, zu beruhigen, und versprach ihm baldige Mitteilung dieses Berichtes.

21. November.

Morgens 11½ Uhr besuchte mich Baron Kübeck von Frankfurt. Kübeck meinte, man könne Preußen nachgeben, wenn es sich durch Lauenburg für seine sonstigen Prätensionen abfinden lassen wolle. Ich widersprach dem entschieden. Kübeck behändigte mir 500 Franken als Subvention für die hessischen Volksblätter.

2. Dezember.

Ich hatte am Abend des 1. Dezember zwei Biegelebensche Bundestagsberichte, betreffend den Antrag der beiden Großmächte wegen Räumung Holsteins durch die Bundestruppen und dessen Behandlung, empfangen und mich über die Jämmerlichkeit der Majorität der Bundesglieder so geärgert, daß ich die Nacht fast ganz schlaflos zugebracht hatte.[1])

Um 5 Uhr kam Graf Lützow und teilte mir ein Telegramm des Grafen Mensdorff[2]) mit, in welchem derselbe um Zustimmung zu dem österreichisch-preußischen Antrag, die Räumung Holsteins betreffend, bittet. Ich lehnte das Ansinnen ab.

4. Dezember.

Um 12 Uhr fuhr ich in das Schloß zur Audienz bei dem Prinzen Adalbert von Bayern. Der Prinz hielt mich fast eine volle Stunde zurück, um mir

[1]) Vgl. Anlage 10.

[2]) Alexander Graf v. Mensdorff-Pouilly, 1813—1871, Sohn des Grafen E. Mensdorff und der Prinzessin Sophie von Koburg, war 1862—1864 Statthalter von Galizien, 1864—1866 österreichischer Minister des Auswärtigen.

von den traurigen deutschen Zuständen zu reden. Er behauptete, er würde mich dem Könige Ludwig II. zum Nachfolger Schrencks vorgeschlagen haben, wenn er nicht wüßte, daß ich den Großherzog, meinen Herrn, nie verlassen würde. Ich bestätigte dies vollkommen.

8. Dezember.

Ich beantwortete am Morgen einen sehr herzlichen Brief Pfordtens, in welchem derselbe seine Wiederernennung zum bayrischen Minister des Äußern angezeigt hatte. Um 1 Uhr hatte ich den Besuch des bayrischen Legationssekretärs v. Niethammer, welcher sich als interimistischer bayrischer Geschäftsträger präsentierte. Er erzählte mir, das unerklärlich schwache Benehmen Hannovers in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, namentlich seine letzte eilige Zustimmung zu der Räumung Holsteins von Bundestruppen, finde seinen Schlüssel darin, daß Hannover Oldenburg annexieren möchte und ein desfallsiges Ansinnen an Preußen gestellt habe. Herr v. Bismarck habe dieses Verlangen nicht geradezu abgelehnt.

13. Dezember.

Wernher erzählte mir, Metz habe neulich in seiner Gegenwart ausgerufen: „Ja, die Mittelstaaten werden ein Parlament bilden wollen, um dasselbe gegen Preußen zu brauchen. Aber sie werden sich irren. Wir werden dann die Herrn sein und sie werden hinter uns marschieren müssen. Mit einem Volksheere von 100 000 Mann, welches man, um Preußen zu widerstehen, zusammenrufen wird, werden wir die Sieger im großen Kampfe sein.“ Wernher versicherte, er habe erwidert: „Ei, ei, Herr Metz, ich sehe Sie schon mit Hahnenfedern auf dem Hut und Sporen an den Füßen.“

17. Dezember.

Um 11 Uhr hatte ich den Besuch des Geheimen Legationsrates v. Wentzel, welcher mir eine grobe und anmaßende Depesche des Herrn v. Bismarck, betreffend die diesseitige Abstimmung über das Aufhören der Exekution in Holstein vorzulesen und mir Abschrift zu hinterlassen hatte.

19. Dezember.

Um 12 Uhr kam Graf d'Astorg, um mir eine Stelle aus einer Depesche vorzulesen, in welcher Frankreichs vollkommene Neutralität in der schleswig-holsteinischen Sache betont, aber auch das Wünschenswerte einer Volksabstimmung zur Feststellung der Sukzession behauptet wird. Nach dem Grafen d'Astorg erschien der mecklenburgische Gesandte Herr v. Wickede, um sich für die Feiertage zu beurlauben. Er behauptete, die Abtretung der holsteinischen Marine an Preußen sei unerläßlich, weil nur so eine tüchtige preußische Flotte geschaffen werden könne und nur eine solche den deutschen Handel zu schützen vermöge.

24. Dezember.

Ich fuhr um 12 Uhr 40 Minuten zu einer Besprechung mit dem Minister v. d. Pfordten und dem Prinzen von Wittgenstein nach Frankfurt. Pfordten war noch immer leidend. Er legte uns das Resumé seiner Besprechung mit dem Minister v. Beust in Bamberg vor, eine Reihe von Punkten, die vollkommen dem entsprechen, was ich schon seit Jahren gewünscht und verlangt hatte, periodische Ministerkonferenzen, gemeinsame Militäreinrichtungen, übereinstimmende Haltung am Bund, gemeinsame Volksvertretung usw. Dann teilte uns Pfordten seine neueste Korrespondenz mit Wien in der schleswig-holsteinischen Sache mit. Er lobte mir den jungen König Ludwig sehr und erzählte mir, derselbe habe auf die erste Nachricht von der Bedrohung Sachsens durch Preußen von Hohenschwangau aus die Einberufung der Beurlaubten und die Mobilmachung telegraphisch befohlen, und sei dann die ganze Nacht hindurch nach München geritten, um einem darauf bezüglichen Ministerrate zu präsidieren. Pfordten erwartet noch den Besuch des Herrn v. Roggenbach und geht dann über Stuttgart, wo er mit Neurath und Varnbüler[1]) konferiert, nach München zurück.

[1]) Friedrich Gottlob Carl v. Varnbüler, 1809—1889; war 1864—1870 württembergischer Minister des Auswärtigen, 1877—1881 Mitglied des Deutschen Reichstages.

Anlagen 1864.

1.

Vortrag des Ministeriums des Äußern[1]) über die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage vom 1. Januar 1864.

Ergebnis:

IV. Den vorstehenden Bemerkungen entsprechend würde Eurer Königlichen Hoheit Bundestagsgesandter anzuweisen sein, dafür zu stimmen, daß

1. der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 bei Prüfung der Erbfolgefrage seitens der Bundesversammlung außer Betracht bleibe;

2. demgemäß der auf den Londoner Vertrag sich stützende Sukzessionsanspruch Seiner Majestät des dermaligen regierenden Königs Christian IX. von Dänemark für nicht zu Recht bestehend erklärt, dagegen

3. auf Grund des in den Herzogtümern Holstein und Schleswig geltenden agnatischen Linealerbfolgerechts mit Primogeniturordnung Seine Durchlaucht der Prinz Friedrich von Augustenburg als der legitime Nachfolger Friedrichs VII. und somit als Herzog von Holstein und Schleswig anerkannt werde;

4. daß Herzog Friedrich VIII. sofort in die Regierung des Herzogtums Holstein eingesetzt und daß sein Vertreter zur Führung der Stimme für Holstein in der Bundesversammlung zugelassen werde;

5. daß behufs Aufrechterhaltung der in den verfassungsmäßigen Rechten des Bundeslandes Holstein begründeten Verbindung dieses Herzogtums mit Schleswig, die Besetzung Schleswigs durch Bundestruppen, welche bereits von verschiedenen Seiten in der Bundesversammlung beantragt ist, nunmehr zur Unterstützung des Herzogs Friedrich VIII. in Verfolgung seiner Sukzessionsansprüche auf das Herzogtum Schleswig und nur im Einverständnis mit dem genannten Herzog in Ausführung gebracht werde.

Eure Königliche Hoheit bitten wir alleruntertänigst,

die Bundestagsgesandtschaft in diesem Sinne instruieren zu dürfen, und zwar mit dem Bemerken, daß von dieser Instruktion auch zum Zwecke einer antizipierten Abstimmung Gebrauch zu machen sei, wenn seitens anderer Mittelstaaten, namentlich Bayerns oder Württembergs, antizipierte Abstimmungen in ähnlicher Richtung erfolgen sollten.

---

[1]) In: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

2.

Note des hessischen Ministeriums des Äußeren an den österreichischen Gesandten in Darmstadt.[1])

Darmstadt, 13. Januar 1864.

Seiner Exzellenz dem k. k. österreichischen Gesandten am Großherzoglich Hessischen Hofe, Herrn Grafen von Lützow,

Dahier.

Hochgeborener Graf!

Mit Bezug auf unsere neuliche Unterredung und das von Eurer Exzellenz mündlich motiviert gestellte Ersuchen, daß dem österreichisch-preußischen Antrag auf pfandweise Besetzung Schleswigs diesseits zugestimmt werden möge, erlaube ich mir, Hochdenselben noch das Nachstehende ganz ergebenst zu erwidern.

Die Großherzogliche Regierung, bereit, wie sie immer ist, auf die Ansichten und Wünsche des Kaiserlichen Kabinetts jede tunliche Rücksicht zu nehmen, würde auch jetzt ihre eigene Meinung derjenigen des Kaiserlich Österreichischen Hofes möglichst unterzuordnen und, unter Zurücknahme ihres eigenen Antrages dem von Österreich und Preußen gemeinschaftlich gestellten Antrage zuzustimmen gerne geneigt sein, wenn es sich hier lediglich um Rücksichten politischer Zweckmäßigkeit und nicht vielmehr um einen weittragenden prinzipiellen Gegensatz handelte, welcher es der Großherzoglichen Regierung unmöglich macht, der Auffassung des Kaiserlichen Kabinetts beizupflichten, ohne die eigenen rechtlichen Überzeugungen zu verleugnen.

Daß ein solcher Gegensatz wirklich vorliegt, ist leider keine Frage. Nach dem gemeinsamen Antrage Österreichs und Preußens würde es lediglich von den Entschließungen der Königlich Dänischen Regierung abhängen, entweder durch sofortige Zurücknahme des Grundgesetzes vom 18. November vorigen Jahres der Besetzung Schleswigs durch Bundestruppen überhaupt vorzubeugen oder auch dieser Besetzung, nachdem sie einmal stattgefunden hätte, jederzeit durch spätere Zurücknahme jenes Grundgesetzes ein Ende zu machen. Denn jedes „Pfand" muß, wie sich von selbst versteht, zurückgegeben werden, sobald die Forderung, für die es genommen ward, erfüllt ist.

Unter diesen Umständen wird es zunächst erlaubt sein, zu fragen, welchen Wert die einfache Zurücknahme des Grundgesetzes vom 18. November vorigen Jahres in den Augen des Deutschen Bundes haben könnte?

Nach diesseitigem Ermessen würde durch eine solche einfache Zurücknahme, welche, der Natur der Sache nach, nur das Wiederaufleben der Gesamtstaatsverfassung von 1855 für Dänemark und Schleswig zur Folge hätte, nicht einmal den Vereinbarungen von 1851/52 genügt sein. Diesen Vereinbarungen

[1]) Entwurf in: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

könnte nur genügt werden, durch eine die Gleichberechtigung und Selbständigkeit der einzelnen Teile der dänischen Monarchie sicherstellende neue Gesamtstaatsverfassung. Aber wie vermöchte der Deutsche Bund, nachdem er die Grundlage des dänischen Gesamtstaats, nämlich die Fortdauer der Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogtümern, in Frage gestellt hat, zugleich die Einführung einer neuen Gesamtstaatsverfassung (die sich auch auf Holstein erstrecken müßte) von der Königlich Dänischen Regierung zu fordern, ohne mit sich selbst in den offenbarsten Widerspruch zu geraten?

Der von Preußen und Österreich proponierte Vorbehalt der Erbfolgefrage würde diesen Widerspruch nicht lösen. Entweder müßte dieser Vorbehalt bei der Ausführung überwiegen und dann würde die Besetzung Schleswigs sehr bald den Charakter einer „Pfandnahme" verlieren. Oder die Idee des Pfandes würde streng festgehalten, und dann müßte jener Vorbehalt illusorisch werden, sobald Dänemark die Verfassung vom 18. November zurücknähme.

Der diesseitige Antrag,[1]) wie er in der Bundestagssitzung vom 28. vorigen Monats gestellt und begründet worden ist, hält die Rechtsfrage wirklich offen und präjudiziert keiner Ansicht über die endliche Entscheidung der Erbfolgefrage.

Wenn hiernach die Großherzogliche Regierung durch ihre Überzeugung abgehalten ist, dem von Österreich und Preußen gestellten Antrage[2]) beizutreten, so kann sie zu einer solchen Entschließung auch nicht durch den Hinblick auf die Gefahren bewogen werden, welche, wie Eure Exzellenz anzudeuten geneigten, für den Deutschen Bund in dem Falle entstehen könnten, daß nicht der österreichische und preußische, sondern der diesseitige Antrag die Mehrheit der Stimmen in der Bundesversammlung auf sich vereinigte.

Die Großherzogliche Regierung ist nichts weniger als blind gegen jene Gefahren. Man hatte diesseits gehofft, daß bei der verhängnisvollen Wendung, welche die Angelegenheit der Herzogtümer Holstein und Lauenburg durch den Tod Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark nahm, diese Sache, in welcher höchstwichtige Rechte und Interessen Deutschlands auf dem Spiele stehen, zugleich dem Deutschen Bunde Gelegenheit bieten werde, sich als das zu bewähren, was er in seinen äußeren Verhältnissen, den Grundgesetzen nach, sein soll, nämlich als eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht.

Ich brauche deshalb nicht erst zu sagen, mit wie tiefem Bedauern die Großherzogliche Regierung eine Lage der Dinge sich hat entwickeln sehen, welche

---

[1]) Auf Besetzung Schleswigs zum Schutze aller Rechte. Vgl. Sybel III, S. 201, und Vogt: Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung, S. 18.

[2]) Auf In-Pfandnahme Schleswigs für die Erfüllung der dänischen Forderungen von 1851/52. Das schloß die deutsche Anerkennung des Londoner Protokolls und seiner Thronfolge — die vom Bundestag verworfen wurde — als Voraussetzung ein. Siehe Sybel IV, S. 201.

dadurch charakterisiert ist, daß Österreich, Hand in Hand mit Preußen und gestützt auf einen dem Deutschen Bunde fremden europäischen Vertrag, in einer — ich sage es mit lebhaftem Schmerze — fast drohenden Haltung gerade denjenigen seiner Bundesgenossen gegenübersteht, die bisher am treuesten um die von Österreich getragene Fahne einer wahrhaft föderativen Politik geschart waren. Weit entfernt dem Kaiserlichen Kabinett einen Rat oder eine Warnung zukommen lassen zu wollen, deren es in seiner oft bewährten Einsicht nicht bedarf, kann ich doch den aufrichtigen Wunsch nicht unterdrücken, daß der Kaiserlich Österreichische Hof nicht zu spät die Überzeugung erlangen möge, wie mit einer, den Andeutungen Eurer Exzellenz entsprechenden Politik nur den unheilvollen Bestrebungen gedient sein würde, die auf die Unterwühlung des Bundes und auf Vernichtung des föderativen Lebens in Deutschland gerichtet sind. Wenn das gegenwärtige Berliner Kabinett sich in seinen Entschließungen nicht durch die Rücksicht auf das Ansehen des Deutschen Bundes leiten läßt, so liegt darin wenigstens kein Widerspruch mit der in Preußen schon früher verfolgten politischen Richtung. Von seiten des Kaiserlichen Kabinetts aber würde ein gleiches, die ganze Stellung des Deutschen Bundes gefährdendes Verfahren mir — ich gestehe es offen — unerklärlich sein. Ich gebe deshalb auch jetzt noch die Hoffnung nicht auf, daß das Kaiserliche Kabinett die Mittel und Wege finden werde, um unbeschadet der Rücksichten, welche ihm durch die Verhältnisse zu anderen europäischen Mächten auferlegt sein mögen, doch dahin zu wirken, daß der Deutsche Bund den wohlbegründeten Ansprüchen der deutschen Nation in dieser, selbst die konservativsten Kreise tief bewegenden Angelegenheiten vollkommen gerecht werde.

Unter allen Umständen aber ist die Großherzogliche Regierung entschlossen, dem Standpunkte treu zu bleiben, welchen sie sowohl mit Rücksicht auf das Recht, als auf das föderative Interesse des Deutschen Bundes als den richtigen erkannt hat, und jedenfalls die Verantwortlichkeit für eine von ihren Grundsätzen abweichende Politik nicht mit zu übernehmen.

Genehmigen Eure Exzellenz bei diesem Anlasse zugleich die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

3.

Der österreichische Gesandte an Dalwigk.[1])

Darmstadt, 14. Januar 1864.

Eurer Exzellenz

geehrte Zuschrift von gestern ist mir soeben zugekommen und werde ich mich beeilen, selbe an die Kaiserliche Regierung zu befördern.

Meinerseits beehre ich mich, Eurer Exzellenz einen an den kaiserlichen Gesandten in München gerichteten Erlaß in Abschrift mitzuteilen, welcher

[1]) In: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

eigentlich auch für die übrigen Mittelstaaten bestimmt ist. — Es wird darin auch der hessische Antrag wegen Besetzung Schleswigs näher besprochen.

Eure Exzellenz werden sich vielleicht erinnern, daß ich, gleich im Momente, wo die Großherzogliche Regierung mit jenem Antrage hervortrat, ernste Bedenken ausgesprochen und ziemlich deutlich darauf hingewiesen habe, daß eben diese Frage einen höchst beklagenswerten Bruch herbeiführen dürfte.

Die Frage wegen Schleswigs (wo es sich nicht um Bundesgebiet handelt) bildet ganz vorzugsweise die europäische Seite der ganzen deutsch-dänischen Differenz. Wenn also die Mittelstaaten wirklich Wert darauf gelegt haben, einen Bruch zu verhüten, so mußte eben in der schleswigschen Frage den Großmächten eine Art von Führerschaft zugestanden und ihre europäische Situation ganz besonders berücksichtigt werden.

Anstatt dessen sind die Mittelstaaten gegen den dringenden Wunsch und Rat Österreichs mit selbständigen Anträgen in bezug auf Schleswig hervorgetreten — und haben sich nach meiner persönlichen Überzeugung viel zu sehr der Hoffnung überlassen, daß es gelingen werde, die Großmächte vorwärts zu drängen.

Genehmigen Eure Exzellenz den erneuerten Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lützow.

P. S. Ich bitte um geneigte Rücksendung der Depesche an Graf Blome.

4.

Telegramm.[1])

Hamburg, den 23. Januar 1864.

Das deutsche Volk an den Großherzog von Hessen

Darmstadt.

Zurückgehen der dänischen Truppen über die Königsau, der deutschen Truppen an die Elbe, Entlassung der in der dänischen Armee stehenden schleswig-holsteinischen Soldaten in ihre Heimat, Berufung der Stände der Herzogtümer und freie Bestimmung derselben über ihre schwebenden Landesfragen im Beisein eines deutschen und eines dänischen Kommissärs, das scheinen die einzig versöhnlichen, weil nach allen Richtungen ehrenvollen Maßregeln zu sein, durch welche Deutschland — so Gott will — auf friedlichem Wege zur Lösung seiner Ehrenschuld jetzt gelangen kann.

Ich bitte freundlichst, Ihren Bundestagsgesandten dahin zu instruieren.

Im Namen des deutschen Volkes:

Wiedburg.

[1]) In: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

5.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, am 13. Februar 1864.

Gestern nachmittag teilte mir Graf Lützow ein Telegramm des Grafen Rechberg mit, in welchem dringend gebeten wurde, etwaige einseitige Maßregeln des Königlich Preußischen Feldmarschalls v. Wrangel im Geiste der Versöhnlichkeit zu beurteilen. Ich konnte mir die Veranlassung zu dieser telegraphischen Ratserteilung nicht erklären. Ich dachte an die Differenzen wegen des Cronwerks und des Rendsburger Telegraphen und schickte das Telegramm an den Bundestagsgesandten v. Biegeleben zur berichtlichen Äußerung. Mit meinem Schreiben hat sich nun das alleruntertänigst beigeschlossene Schreiben des Herrn v. Biegeleben gekreuzt, welches über die Veranlassung des österreichischen Telegramms einen höchst betrübenden Aufschluß gibt. Danach setzt sich Preußen schon jetzt über alle Rücksichten gegen den Bund und über seine in Frankfurt förmlich gegebenen Erklärung weg.[2]) Daß Österreich eine solche Herabwürdigung der Bundesautorität und der Stellung der kleineren Bundesfürsten in Form von telegraphischen Ratschlägen unterstützt, ist mir im Hinblick auf die alte bewährte Politik des kaiserlichen Hofes geradezu unbegreiflich. Ich bin mit Herrn v. Biegeleben ganz einverstanden, daß der baldigste Zusammentritt der von Bayern vorbereiteten Ministerkonferenz dringend angezeigt sei.

v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Der Zusammentritt der Konferenz ist möglichst zu beschleunigen. Das ist wieder einmal eine großartige Sauerei.

Dst. 13. 2. 64. Ludwig.

6.

Note Dalwigks an Gagern.[3])

Darmstadt, 13. Februar 1864.

Seiner Hochwohlgeboren dem Großherzoglich Hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. k. österreichischen Hofe,

Herrn Freiherrn v. Gagern

in Wien.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Euer Hochwohlgeboren ersehen aus der hier anliegenden Abschrift eines an mich gerichteten vertraulichen Schreibens des großherzoglichen Bundestagsgesandten, daß und in welcher Weise die Autorität des Bundes in Holstein königlich preußischerseits mißachtet und verletzt wird.[2])

[1]) In: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

[2]) Vgl. Tagebuch vom 12. Februar.

[3]) Konzept in: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

Bei der echt föderativen Gesinnung, welche das Kaiserliche Kabinett bisher und zumal in einer kaum verflossenen denkwürdigen Zeit so entschieden bewährt hat, kann ich nicht glauben, daß dasselbe mit diesem, dem Bundesrecht und den neuerlichen Zusicherungen Österreichs und Preußens zuwiderlaufenden Schritte einverstanden sei. Ich darf vielmehr annehmen, daß die Kaiserliche Regierung von dem hier in Rede stehenden einseitigen Vorgehen des königlich preußischen Oberbefehlshabers mit Bedauern Kenntnis erhalten habe und daß sie sich angelegen sein lassen werde, der Bundesversammlung Genugtuung für das Geschehene und Sicherheit gegen fernere Übergriffe zu verschaffen.

Aber das Kaiserliche Kabinett wird es zugleich vollkommen gerechtfertigt finden, wenn nunmehr auch die bundestreuen Mittelstaaten die Frage in Erwägung ziehen, auf welche Weise die Bundesversammlung selbst für die Aufrechterhaltung ihrer Autorität in Holstein Vorsorge zu treffen habe.

Hierseits ist man der Ansicht, daß die Bundesversammlung in dieser Beziehung alle durch die Bundesverfassung gegebenen Mittel aufzubieten habe und äußerstenfalls selbst vor der Gefahr eines tatsächlichen Zusammenstoßes zwischen der Bundesgewalt und den militärischen Kräften, die sich ihr etwa in den Weg stellen sollten, nicht zurückschrecken dürfe.

Man verhehlt sich hier nicht die traurigen Folgen, die aus einem solchen Konflikte entspringen könnten. Aber wenn diese Folgen wirklich einträten, so würde die Verantwortung dafür auf diejenigen fallen, welche den Bund in die peinliche Lage versetzt hätten, seine Autorität gegen seine eigenen Mitglieder mit den Waffen in der Hand verteidigen zu müssen.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, dem Herrn Grafen von Rechberg von dem Inhalte dieses Erlasses Mitteilung zu machen und dabei insbesondere hervorzuheben, daß, wenn gegenüber der von königlich preußischer Seite an den Tag gelegten Mißachtung des Bundes, demnächst entschiedene Anträge in Frankfurt gestellt werden, diesen Anträgen durchaus keine der Kaiserlich Österreichischen Regierung feindselige Stimmung, wohl aber das Bewußtsein und die Überzeugung zugrunde liegt, daß die mittleren und kleineren Staaten, schon ihrer eigenen Unabhängigkeit und Selbständigkeit wegen kein Opfer scheuen dürfen, um die Bundesverfassung und die Autorität des Deutschen Bundes gegen gewalttätige Eingriffe zu schützen.

Empfangen Euer Hochwohlgeboren bei diesem Anlasse die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

7.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, am 9. März 1864.

Die anliegende wichtige Depesche hat mir soeben Graf Lützow überbracht. Wenn Eure Königliche Hoheit nicht Anderes befehlen, werde ich

[1]) In: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

mich vorerst darüber verlässigen, was man in München, Dresden und Stuttgart zu tun gedenkt. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Einverstanden.

Dst. 10. 3. 64. Ludwig.

Seiner des Herrn Grafen
von Lützow, Hochgeboren.
Darmstadt.

Wien, 4. März 1864.

Reserviert.

Hochgeborener Herr Graf!

Die tiefe Störung unserer gewohnten Beziehungen zu den befreundeten deutschen Höfen, diese Störung, welche die unglückliche Folge des seitherigen Verlaufs der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gewesen ist, hat uns mehr als einmal schmerzlich berührt.

Bis zu den jüngst verflossenen Tagen war uns zwar der Gedanke fern geblieben, daß der entstandene Riß sich bis zur völligen Sprengung der Institution des Deutschen Bundes werde erweitern können. Seit den Vorgängen in der Bundestagssitzung vom 25. Februar[1]) hat sich uns jedoch diese ernste Besorgnis, wie wir nicht leugnen können, in ihrer ganzen Schroffheit aufgedrängt.

Die Königlich Bayerische Regierung hat das Verlangen gestellt, daß der Ausschuß seinen Bericht über die streitige Erbfolgefrage binnen 8 Tagen erstatte. Sie hat erklärt, andernfalls mit selbständigen Anträgen zu sofortiger Herbeiführung einer definitiven Beschlußfassung hervortreten zu wollen. Nur zu viele unserer Bundesgenossen haben sich diesen drängenden Kundgebungen angeschlossen.

Anstatt endlich anzuerkennen, daß man unter dem Einflusse der allgemeinen Aufregung die ganze Behandlung des Erbfolgestreites schon in den formalen Ausgangspunkten gründlich verfehlt und dadurch eine kostbare Zeit nutzlos vergeudet hat — anstatt vorsichtig in die Wege des Rechtes wieder einzulenken und sich von den Grenzen der Kompetenz des Bundes wie von der Notwendigkeit rechtlichen Gehörs der Beteiligten gewissenhaft Rechenschaft zu geben —, scheint man sich gegen die Folgen des begangenen unbegreiflichen Fehlers der Methode geflissentlich verblenden, und durch eine Art von moralischer Gewalt, durch einen staatsstreichähnlichen Mißbrauch des Majoritätsrechtes ein Ergebnis erzwingen zu wollen, welchem man sich auf der Bahn regelmäßigen und gesetzlichen Verfahrens noch nicht um einen Schritt genähert hat.

[1]) Vgl. darüber Herzog Ernst II. von Koburg, Aus meinem Leben III, S. 406 f.

In einer Angelegenheit, welche politisch von den weitreichendsten Folgen sein muß und in welcher es juristisch auf die Prüfung von hundert Urkunden ankommt, soll die Bundesversammlung eine Entscheidung treffen, ohne ein Gutachten ihres Ausschusses abzuwarten, ohne den Kompetenzpunkt zu prüfen, ohne die Parteien im kontradiktorischen Verfahren zu hören, ja ohne nur der Minorität die nötige Zeit zur Darlegung ihrer abweichenden Ansicht zu gönnen! Man würde diesen Vorgang zu gelinde bezeichnen, wenn man ihn summarisch nennen wollte, er enthält in unseren Augen eine offene Verletzung sowohl der Verfassung des Deutschen Bundes als der natürlichen Gesetze aller Gerechtigkeit.

Das Schicksal Schleswigs mag den Wechselfällen der Zukunft ausgesetzt bleiben, wegen Lauenburgs mag ein jahrelanger Prozeß schweben, nur wegen Holsteins will man sich um jeden Preis mit dem stürmischen Verlangen der Tagesmeinung abfinden. Wir bezweifeln sehr ernstlich, ob dies im Interesse Deutschlands und seiner Fürsten liege. Wir gestehen freimütig, daß wir nicht gerne die deutschen Souveräne so leicht sich entschließen sehen, eine alte Monarchie zu zerreißen und Territorialveränderungen auf die europäische Tagesordnung zu setzen, selbst auf die Gefahr hin, daß Deutschland sich mit der Losreißung Holsteins von Dänemark begnügen, Schleswig aber den Dänen überlassen, vielleicht noch weit schwereren Verhängnissen entgegengehen müßte. Es ist jedoch nicht der Zweck dieser Zeilen, die politische Seite der Frage zu beleuchten. Wir wünschen nur die Pflicht zu erfüllen, in bezug auf den Rechtspunkt zu nützlicher Zeit auf gewisse folgenreiche Eventualitäten hinzuweisen.

In dieser Hinsicht habe ich nämlich auf das Bestimmteste zu erklären, daß die Kaiserliche Regierung einen Ausspruch des Bundes über die holsteinische Erbfolgefrage, welcher ohne gehörige Richtigstellung des Kompetenzpunktes und ohne Gehör der Beteiligten auf keiner anderen Grundlage als auf derjenigen der Abhandlung des Freiherrn v. d. Pfordten gefällt würde, als mit absoluter und unheilbarer Nichtigkeit behaftet ansehen müßte. Einem solchen Ausspruche müßte die Kaiserliche Regierung alle und jede Anerkennung versagen. Würde aber dennoch der Versuch gemacht, ihm praktische Folge zu geben, so würde ein die Existenz des Deutschen Bundes unmittelbar gefährdender Konflikt vorhanden sein. Der Kaiser, unser allergnädigster Herr, würde die Lage, in welche ein solches unrechtmäßiges Vorgehen Seine Majestät versetzen würde, wenn auch mit tiefem Bedauern annehmen, und die Kaiserliche Regierung würde kein Mittel mehr vor Augen haben, den Bund vor faktischer Auflösung zu bewahren.

So große Überwindung es uns kostet, von einer so verhängnisvollen Wendung der Dinge zu sprechen, so halten wir es doch für Pflicht, uns nicht der drohenden Katastrophe, ohne sie offen vorherzusagen, von Schritt zu Schritt immer mehr zu nähern. Wir glauben um so weniger schweigen zu dürfen, je inniger wir überzeugt sind, daß es nur des guten Willens unserer Verbündeten bedürfe, um die Ereignisse nicht definitiv den Zug nach einem so verderblichen Ausgange hin nehmen zu lassen, und um einem Zustande der Dinge ein Ende

zu machen, in welchem dem Kaiser von Woche zu Woche der Versuch, ihm durch einen rechtlich unmöglichen Beschluß einen von Europa nicht anerkannten Bundesgenossen aufzunötigen, in Aussicht gestellt wird. Wir für unseren Teil haben uns in nichts geändert. Wir sind konservativ und föderativ gesinnt, wie immer. Wie immer liegen uns die Interessen der deutschen Dynastien am Herzen. Wenn des Kaisers erhabene Mitfürsten auch ihrerseits den Fortbestand des Deutschen Bundes, die Erhaltung eines deutschen Nationalverbandes höher stellen als irgendeine Lösung der im Vergleiche hiermit doch nur untergeordneten schleswig-holsteinischen Frage, so fehlt es ihnen nicht an Mitteln, aus der vorgerückten Stellung, die sie in der Erbfolgeangelegenheit zum Teil eingenommen haben, ohne Opfer an Recht und Würde wieder zu Österreich und Preußen zurückzutreten. Sie werden dadurch Deutschland retten. Die Art, wie Freiherr v. d. Pfordten, nachdem er schon ganz am Schlusse seines Gutachtens angelangt war, auch über die Kompetenz- und Prozedurfrage sich hinwegzuhelfen gesucht hat, bietet so offenbare Blößen und Widersprüche dar, daß nichts leichter ist, als gerade an diesen Sätzen die Notwendigkeit eines korrekteren Verfahrens nachzuweisen. Was gleich anfangs hätte geschehen müssen, erheischt auch jetzt noch das Recht: man wird an den Bundesbeschluß vom 17. September 1846 wieder anknüpfen, und die Frage, ob die Sukzession in Holstein und Lauenburg durch das Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 in rechtsverbindlicher Weise geregelt worden sei, innerhalb der Bundeskompetenz und unter Anhörung der Parteien prüfen müssen. Nachdem einmal die schleswigsche Frage vor einem anderen Forum verhandelt werden muß als die holsteinische und lauenburgische, können ohnehin politische Motive am wenigsten für einen überstürzten Entscheid wegen Holsteins sprechen.

Auf die vertrauliche Natur der vorstehenden Bemerkungen brauche ich Sie zum Schlusse nicht erst besonders aufmerksam zu machen. Bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes müssen wir jedoch wünschen, daß unsere Darlegung vollständig zur Kenntnis Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs gelange und damit der gegenwärtige Erlaß Höchstdemselben vor Augen gebracht werden könne, ermächtigen wir Sie, selben dem Großherzoglichen Herrn Minister des Äußern mit dem Ersuchen, keinen anderen Gebrauch von dieser Mitteilung machen zu wollen, in Händen zu lassen.

Empfangen usw.

gez. Rechberg.

8.

„Darmstädter Zeitung" Nr. 83.

Schleswig und der Deutsche Bund.

23. März.

Nachdem Holstein (auf Grund eines Beschlusses, der nicht inkorrekter hätte sein können) von Bundestruppen besetzt war, durfte Schleswig unter keinen Umständen in der Gewalt Dänemarks bleiben, wenn nicht die November-

verfassung und die Einverleibung Schleswigs zur vollendeten Tatsache werden sollte. Der Bund durfte, um dies zu verhindern, seine Truppen nicht an der Eider Halt machen lassen; er mußte jedenfalls nach Schleswig gehen, entweder zur Wahrung aller Rechte, wie diesseits beantragt war oder nach dem österreichisch-preußischen Antrag unter dem Titel der Pfandnahme. Daß am 14. Januar weder das eine noch das andere beschlossen wurde, war vom Standpunkte einer nationalen Bundespolitik aus betrachtet, ein verhängnisvoller Fehler, ein Fehler, dessen nachteilige Folgen sich jetzt nicht dadurch abwenden lassen, daß der Bund nunmehr seine ganze Aktion darauf richtet, den Rest von ausschließlicher Autorität, die ihm in Holstein verblieben ist, den beiden deutschen Großmächten gegenüber zu behaupten. Soweit es überhaupt noch möglich ist, jenen Fehler wieder gutzumachen, kann es nur dadurch geschehen, daß der Bund sich dem Kampfe Österreichs und Preußens gegen Dänemark nachträglich anschließt.

9.

Note Dalwigks an Gagern.[1])

Darmstadt, den 23. Juli 1864.

Seiner Hochwohlgeboren dem Großherzoglich Hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. k. österreichischen Hofe,
Herrn Freiherrn v. Gagern
in Wien.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Euer Hochwohlgeboren übersende ich in der Anlage Abschrift eines unterm Gestrigen erstatteten Berichts der Großherzoglichen Bundestagsgesandtschaft mit dem Ersuchen, diesen Bericht oder je nachdem Sie es für zweckmäßig halten, dessen wesentlichen Inhalt sowohl dem Herrn Grafen v. Rechberg als auch dem Königlich Bayerischen Gesandten am Kaiserlichen Hofe, Herrn Grafen Bray,[2]) zu vertraulicher Kenntnisnahme mitzuteilen und dabei zugleich gegen den Herrn Grafen v. Rechberg die zuversichtliche Hoffnung der Großherzoglichen Regierung auszusprechen, daß das Kaiserliche Kabinett die neue Verletzung des Ansehens und der Würde des Deutschen Bundes,[3]) welche in dem jüngsten Vorgehen der Königlich Preußischen Regierung liegt, nicht mit Gleichmut hinnehmen, sondern derselben in einer den föderalistischen Gesinnungen des Kaiserlichen Kabinetts entsprechenden bundesfreundlichen Haltung mit Entschiedenheit entgegentreten werde.

[1]) Konzept in: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.

[2]) Graf Otto Camillus Hugo v. Bray-Steinburg, 1807—1899, Sohn eines französischen Emigranten, 1846—1848 bayerischer Minister des Äußern, nachher bayrischer Gesandter in Petersburg, Berlin und Wien, 1870 Minister des Auswärtigen, trat nach Abschluß der Versailler Verträge zurück.

[3]) Vgl. Tagebuch vom 27. Juli.

Diesseits kann man in den Rendsburger Vorgängen nur einen abermaligen Beweis für diejenige Neigung zu Übergriffen und zur Beeinträchtigung der Autorität des Bundes finden, welche das jetzige Königlich Preußische Kabinett schon zum öfteren, und zwar gerade auch in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit betätigt hat und vor welcher schon früher — leider vergeblich — von seiten der Großherzoglichen Regierung gewarnt worden ist.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich dem Herrn Grafen v. Rechberg recht eindringlich vorstellen zu wollen, wie sehr das ganze föderalistische Prinzip auf dem Spiele steht, wenn die Autorität des Deutschen Bundes in der Weise, wie es hier geschehen ist, mißachtet werden darf.

Ich füge noch die ganz vertrauliche Bemerkung bei, daß ich nach den Erfahrungen, die ich in meiner früheren amtlichen Stellung in Mainz zu machen die Gelegenheit hatte, kaum anders annehmen kann, als daß die Veranlassung zu den Soldatenschlägereien in Rendsburg von preußischer Seite ausging, wenn nicht vielleicht der ganze Tumult nur zu dem Zwecke provoziert war, um den nachfolgenden Gewaltstreich gegen die Bundesgarnison einzuleiten.

Empfangen Euer Hochwohlgeboren bei diesem Anlasse die erneuerte Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung.

10.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, am 2. Dezember 1864.

Preußen hat bekanntlich, nachdem die österreichischen Truppen, mit Ausnahme einer Brigade, die Herzogtümer Schleswig und Holstein verlassen hatten, plötzlich den Rückmarsch seiner Truppen sistiert und die sofortige Räumung Holsteins von den dort im Namen des Bundes aufgestellten sächsischen und hannoverschen Okkupationstruppen gefordert. Preußen hat gleichzeitig ein Armeekorps bei Minden und ein anderes an der sächsischen Grenze aufgestellt, um seinem direkt an die Gouvernements von Sachsen und Hannover gerichteten Ansinnen Nachdruck zu geben. Dem Ansehen des Bundes wie dem Ansehen Österreichs ist dadurch ein neuer tödlicher Stoß versetzt worden. Sachsen hat sofort seine Beurlaubten einberufen, wie es einer Regierung geziemt, der ihr Recht und ihre Würde nicht gleichgültig ist, Hannover ist auf die schmählichste Weise zu Kreuz gekrochen, und Österreich, welches von jener neuen preußischen Gewalthandlung anfangs sehr betroffen war und ernsten Widerstand in Aussicht stellte, hat schließlich sich darauf beschränkt, in Frankfurt mit Preußen gemeinsam die Räumung der Herzogtümer von den Bundestruppen zu beantragen. — Eine Majorität ist den beiden Großmächten für ihren Antrag in der Bundesversammlung bereits gesichert.

[1]) In: Schleswig-Holstein 1864. Konvolut IV. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt. Vgl. Tagebuch vom 2. Dezember.

Daß das Verlangen Preußens, welches sich darauf stützt, daß die Exekution in Holstein nun gegenstandslos und somit beendet sei, ein durchaus widerrechtliches ist, bedarf keines Beweises. Die sogenannte Exekution in Holstein usw. wurde seinerzeit vom Bunde unter der ausdrücklichen Erklärung angeordnet, daß dieselbe die Herstellung der rechtlichen Verhältnisse der Herzogtümer zum Zwecke habe, und eine Herstellung des Rechtszustandes ist nicht erreicht, solange der legitime Fürst des Landes nicht eingesetzt und vom Bunde anerkannt ist.

Nur in diesem Sinne haben sich seinerzeit Eure Königliche Hoheit übereinstimmend mit Bayern, Sachsen, Württemberg usw. für die exekutorische Besetzung Holsteins usw. ausgesprochen, und es ist also ohne die größte Inkonsequenz unmöglich, dermalen dem österreichisch-preußischen Antrage, die Bundesexekution für beendigt zu erklären, zuzustimmen.

Heute abend ist nun Graf Lützow bei mir erschienen und hat mir das alleruntertänigst anliegende Telegramm des Grafen Mensdorff überbracht, welches ihm chiffriert zugegangen ist. Ich habe ihm die Unmöglichkeit für die Diesseite auseinandergesetzt, dem Wunsche des Grafen Mensdorff zu entsprechen. Ich habe aber noch hinzugefügt, daß durch das ewige, schwächliche Nachgeben Österreichs dem stets anmaßenden auftretenden Herrn v. Bismarck gegenüber, das Vertrauen in den ernsten Willen Österreichs, solchen gefahrvollen Übergriffen endlich ein Ziel zu setzen, tief erschüttert sei. Das Ansehen des Bundes und der Mittelstaaten sinke täglich mehr, und der Einfluß Österreichs, welches, statt ein paar Armeekorps in Böhmen aufzustellen und seine Flotte aufs neue in die Nordsee zu schicken, sich herbeilasse, das preußische unverschämte Verlangen in Frankfurt dem Wesen nach zu unterstützen und sich mit der wertlosen Form eines Bundesbeschlusses abfinden zu lassen, werde seine mutlose Haltung in wenigen Jahren schwer zu bereuen haben. Längstens im Jahre 1866 breche ein neuer Krieg in Italien aus. Österreich werde dann preußischer Unterstützung bedürfen, und als geringste Gegenkonzession werde dafür Preußen die Räumung der Festung Mainz von der österreichischen Garnison verlangen. Habe Preußen erst Mainz, so sei es Herr der beiden Hessen und eines großen Teils von Bayern. Österreich möge dann seiner Verbindung mit Deutschland und seiner darauf beruhenden Machtstellung für immer Lebewohl sagen.

Dermalen sei es noch Zeit, zu handeln und Preußen ein „Quousque tandem" zuzurufen. In einem Jahr werde es vielleicht zu spät sein. — Einstweilen würden Eure Königliche Hoheit im Verein mit Bayern, Sachsen, Württemberg und Nassau in Erwägung ziehen, welche Maßregeln zum Schutze des Bundes und der bundestreuen Staaten zu ergreifen seien. In dieser Beziehung müsse ich bemerken, daß gewaltsame Annexionen, welche Preußen sich erlaube, weit weniger gefährlich seien als Mediatisierungen, die sich in das scheinbar unschuldige Gewand von diplomatischen, militärischen und maritimen Vereinigungen hüllten. Graf Lützow konnte schließlich nicht umhin, die Richtigkeit meiner Ausführungen zuzugestehen. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Ich bin mit dem Antrag einverstanden. — Es dürfte gut sein, wenn Gagern in einem chiffrierten Telegramm von der Sache in Kenntnis gesetzt würde, um in Wien darnach nachdrücklichst handeln zu können.

Darmstadt, den 3. Dezember 1864. Ludwig.

Mensdorffs Telegramm vom 2. Dezember 1864.

Verwenden Sie sich im Interesse des Bundesfriedens angelegentlich dafür, daß die Großherzogliche Regierung in der Sitzung vom 5. ds. Mts. dem österreichischen Antrag zustimme. —

Erteilen Sie dem Baron Dalwigk die Versicherung, daß wir alles tun werden, um das Provisorium tunlichst abzukürzen und die Gründung eines selbständigen Staates Schleswig-Holstein durchzusetzen.

Tagebuch 1865.

12. Januar.

Um 9 Uhr morgens hatte ich Sitzung Erster Kammer. Nach derselben sprach der Prinz Ludwig noch längere Zeit mit einigen Mitgliedern über die Frage der Gleichstellung sämtlicher Mobiliar-Feuerversicherungsgesellschaften, und sprach sich, wie er bereits bei der vorausgegangenen Abstimmung getan, für den Beschluß der Zweiten Kammer aus. Ich nahm an dem Gespräche teil und hob die Wichtigkeit hervor, auch ferner Dispositionsfonds zu besitzen, wie sie von den privilegierten und inländischen Feuerversicherungsgesellschaften bezahlt würden, und bei denen man nicht an eine ständische Bewilligung gebunden sei. Werde nach dem Beschlusse der Zweiten Kammer allen solchen Gesellschaften eine gleichmäßige Steuer aufgelegt, so unterliege diese letztere demnächst der ständischen Bewilligung, die unter Umständen auch einmal verweigert werden könne. Der Prinz meinte, das Ministerium könne unmöglich Einnahmen haben, die ihm von den Ständen nicht bewilligt seien, eine Behauptung, der ich in solcher Ausdehnung entschieden widersprach. Der Prinz meinte ferner, wenn die Zweite Kammer eine Steuerbewilligung verweigere, so werde sie wissen warum. Ich nahm davon Veranlassung, dem Prinzen zu sagen, daß dies bei einer Kammer, die ehrlich und loyal denke und ehrliche Mittel zur Durchführung wirklicher Überzeugungen anwende, allerdings wahr sei, nicht aber bei einer Kammer, wie die dermalige, die sich von einem demokratischen Jesuiten, dem Herrn Metz, gegen bessere Überzeugung blind leiten lasse.

15. Januar.

Ich bemerkte dem Prinzen Alexander, das Regieren sei nicht gerade sehr angreifend, sofern der Regent den Männern, welche er zu seinen Ratgebern berufe, einiges Vertrauen schenke und sich nicht zuviel in die Details der Verwaltung mische. Der Prinz meinte, der Großherzog überlasse mir so ziemlich alles und lasse mich frei schalten. Ich entgegnete, daß der Großherzog mir allerdings nach einer fünfzehnjährigen Erfahrung ein Vertrauen schenke, welches ich dankbar zu würdigen wisse. Seine Königliche Hoheit machten sich übrigens durch eigene Bearbeitung mancher Dinge, wie Uniformwesen, Titel, Straßenbezeichnung usw. viele Mühe, die Höchstdieselben sich ganz gut ersparen könnten. Lange Gesetzentwürfe mit Motiven gründlich zu prüfen, könne man von keinem Regenten verlangen, dazu reiche kaum der Geist eines Napoleons I. hin.

Wir sprachen dann noch von der neuesten päpstlichen Enzyklika, von der Haltung der französischen Regierung. Ich sagte dem Prinzen, die Macht und der Einfluß des Papstes sei nicht zu unterschätzen. Nur Rußland allein sei vielleicht in der Lage, sich um den Papst nicht zu kümmern. In Frankreich wie in Deutschland sehe man sehr geistreiche Männer in den Reihen der eifrigsten Katholiken, und über die Geister könne keine Regierung herrschen. Man habe deshalb es im Großherzogtum angemessen gefunden, die Verhältnisse der katholischen Kirche zum Staate durch eine Konvention zu ordnen, die meines Erachtens viel mehr dem Staate als der katholischen Kirche günstig sei.

Der Prinz erzählte mir dann, er habe während der Anwesenheit des Prinzen Wilhelm von Baden[1]) in Darmstadt dem letzteren mit dem Prinzen Friedrich von Hessen[2]) einen Besuch gemacht und dabei, ohne zu überlegen, geäußert, wie wünschenswert es sei, wenn die beiden Hessen zu einem Armeekorps vereinigt würden. Dagegen habe der Prinz von Baden sofort protestiert. Es sei aber, fuhr der Prinz Alexander fort, diese Vereinigung doch sehr wünschenswert. Ich erzählte dem Prinzen, was ich in dieser Beziehung früher getan hätte, wie ich mit dem Fürsten Schwarzenberg[3]) eine entsprechende Verabredung getroffen habe, wie sogar auf meine Veranlassung der Kaiser Franz Joseph an den Großherzog eigenhändig geschrieben habe, um seine Zustimmung zu jener Maßregel zu erbitten, wie der Kurfürst von Hessen selbst nach München gegangen sei, um den seligen König Max zu bestimmen, in jener Sache bei dem Großherzog zugunsten der beiden Hessen zu intervenieren, wie ich dem Großherzoge die eigenhändigen Resolutionen Ludwigs I. vorgelegt hätte, um ihm zu beweisen, wie sein Herr Großvater über die fragliche Angelegenheit gedacht habe und wie erbittert dieser Fürst gewesen sei, weil die Vereinigung der beiden Hessen zu einem Armeekorps damals bei Österreich auf Widerstand gestoßen sei. Alles sei aber vergeblich gewesen, weil der verstorbene General v. Schäffer nun einmal nicht gewollt habe.

Ich fuhr fort: Bei meinem Eintritt in das Ministerium hätte ich mich mit schönen Plänen in bezug auf eine Verbindung der beiden Hessen getragen. Ich hätte eine militärische, eine diplomatische Vereinigung und eine Verschmelzung der beiden Landesuniversitäten angestrebt. Aber alles sei vergeblich gewesen, und an der Abneigung der beiden regierenden Herren, bald in Kassel, bald in Darmstadt gescheitert. Der Prinz meinte, man könne, wenn einmal der Prinz Friedrich in Kassel zur Regierung komme, die Idee einer militärischen Vereinigung der beiden Hessen wieder aufgreifen. Ich erwiderte, das sei nun zu spät. Im Jahre 1850 nach der Vereinbarung von Olmütz und bei einem Ministerium Schwarzenberg in Wien sei das möglich gewesen. Jetzt

[1]) 1829—1897, jüngerer Bruder Großherzog Friedrichs.

[2]) 1820—1884, Thronfolger in Kurhessen.

[3]) Fürst Felix Schwarzenberg, 1800—1852, österreichischer Ministerpräsident 1848—1852.

aber sei Preußen stark und würde eine solche Verbindung beider Hessen, einen solchen Keil in seinem Fleische nun und nimmer zugeben.

18. Januar.

Ich erzählte dem Grafen d'Astorg gesprächsweise noch von meiner Sendung nach Straßburg im Jahre 1852 und von meiner Unterhaltung mit dem Kaiser Napoleon im Jahre 1857 in Plombières. Nach meiner Rückkehr von Straßburg fielen die preußischen Journale, die „Kreuzzeitung" an der Spitze, wütend über den Großherzog und mich her. Es sei eine Schmach, daß der Großherzog seinen Minister nach Straßburg gesandt habe, es sei ein Akt der Undankbarkeit, nachdem ihm sein Volk soeben erst seine Zivilliste bewilligt habe. Da sei der Großherzog von Baden ein anderer Mann. Dieser habe, als er erfahren, daß Louis Napoleon nach Baden-Baden kommen wolle, sofort sein Land verlassen, um dem Aventurier nicht zu begegnen. Freilich habe Preußen auch einen Abgesandten, den General v. Hirschfeld, nach Straßburg geschickt, aber dieser habe gar kein Französisch gesprochen, und man habe dadurch dem Manne des 2. Dezember gezeigt, was ein preußischer General sei. Ich antwortete damals in der Presse und sagte unter anderem, wenn Preußen einen General geschickt habe, der kein Französisch gesprochen, so habe es damit nur bewiesen, daß die preußischen Generale schlechter erzogen seien als der Prinz-Präsident der französischen Republik, der mit allen Deutschen, die ihm im Jahre 1852 in Straßburg vorgestellt worden, sich im fließendsten Deutsch unterhalten habe. Ich erzählte dem Kaiser Napoleon im Jahre 1857 in Plombières von diesen Zeitungsartikeln. Er brach in lautes Lachen aus und sagte: „Comment, vous leur avez dit cela?" Ich erwiderte: „Oui, et bien d'autres choses."

21. Januar.

Die Prinzessin Alice sagte mir, daß sie nächsten Montag nach Berlin gehe. Sie lobte ihren Schwager, den Kronprinzen, sehr und meinte, der König habe wenig Verstand, aber viel Eigensinn. Ich bemerkte, der König sei ein wohlmeinender redlicher Herr, es fehle ihm aber eine königliche Eigenschaft, nämlich die Fähigkeit, Widerspruch zu ertragen und die Wahrheit zu hören. Das sei dann für diejenigen sehr unangenehm, deren Pflicht es sei, unverhohlen die Wahrheit auszusprechen.

2. März.

Nachmittags besuchte mich Graf Lützow. Ich sagte ihm, die für Österreich nach Eingang der neuesten preußischen Depeschen in Sachen der Elbherzogtümer angezeigte Politik sei 1. sich Frankreich zu nähern, um in Italien den Rücken frei zu bekommen. Der Augenblick sei dazu günstig, weil zwischen Rußland und Frankreich eine Erkältung eingetreten sei, 2. die Angelegenheit der Herzogtümer aufs neue an den Bund zu bringen oder vielmehr durch den bekannten von Bayern, Sachsen und Großherzogtum Hessen formulierten An-

trag dahin bringen zu lassen. Unterstütze Österreich diesen Antrag, so werde ihm die Majorität nicht fehlen. Das Weitere werde sich dann finden. Schwerlich werde es Preußen zu einem Kriege kommen lassen. Graf Lützow war mit mir einverstanden. Ich bat ihn, in diesem Sinne nach Wien zu berichten.

12. März.

Wir[1]) sprachen von der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Ich entwickelte die Gefahren, welche in dem Vorgehen Preußens für die Mittelstaaten liegen und wie wir unmöglich einer solchen Vergrößerung Preußens, die mit dem Recht und den eigenen Erklärungen Preußens auf der Londoner Konferenz im Widerspruch stehe, ruhig zusehen könnten. Die einzige Bürgschaft für die Fortexistenz der Mittelstaaten liege in dem Festhalten am Rechte und in der Bekämpfung der Gewalt, welche Preußen an dessen Stelle setzen wolle. Frankreich werde den preußischen Annexionen ruhig zusehen, um sich dann später eine Kompensation am linken Rheinufer auszubitten. Frankreich rechne dabei auf die durch die schleswig-holsteinische Angelegenheit genährten inneren Zwistigkeiten der Deutschen, ein Kalkül, der übrigens hoffentlich sich als falsch erweisen werde. Rußland möge aber bedenken, daß es nicht in seinem Interesse liegen könne, Preußen durch die Annexion der Herzogtümer zu einem mächtigen Seestaat zu machen und demselben den Schlüssel zur Ostsee in die Hand zu geben. Von einer wirklich deutschen Flotte, welche den deutschen Handel schütze, habe dagegen Rußland nichts zu fürchten, weil der Deutsche Bund nie Rußland feindliche oder erobernde Tendenzen verfolgen werde.

19. März.

Ich hatte um $11^1/_2$ Uhr den Besuch des Herrn v. Labenski, welcher auf acht Tage nach Stuttgart geht und Abschied nehmen wollte. Wir besprachen die politische Situation. Ich sagte, Frankreich erwarte den Augenblick, in dem Preußen die Elbherzogtümer ganz oder halb annektiere, um sich eine Kompensation am Rhein auszubitten. Das österreichisch-preußische Bündnis sei aufgelöst. Preußen mache bereits Schwierigkeiten, den Handelsvertrag mit Österreich zu ratifizieren. Die Mittelstaaten würden alles aufbieten, um im Verein mit Österreich die Selbständigkeit der Herzogtümer zu erhalten. England sei nichts weniger als günstig für Preußen gestimmt.

24. März.

Um 4 Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Lützow, welcher mir eine Depesche seines Hofes vorlas, in welcher der Antrag, welcher von Bayern, Sachsen und Großherzogtum Hessen in der nächsten Bundestagssitzung wegen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit[2]) gestellt werden soll, gebilligt, aber

[1]) Der russische Gesandte Labenski und Dalwigk.

[2]) Der Bund möge die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, daß Österreich und Preußen nunmehr die Verwaltung Holsteins dem Prinzen von Augustenburg über-

auch der Wert betont wird, den man auf das preußische Bündnis lege. Es ist eine lauwarme Depesche, in der man ménage le choux et la chèvre.

25. März.

Ich sagte Herrn v. Wentzel, daß Herr v. Bismarck ein Mann von Mut und Verstand sei und daß, wenn ich ihm auch von meinem Standpunkt aus opponieren müsse, ihn wenigstens bewundere, wie geschickt er von seinem Standpunkte aus operiere. Österreich habe er glücklich um Ansehen und Einfluß in Deutschland gebracht. Der Vertrag von Olmütz und das Jahr 1850 seien ausgelöscht. Preußen habe durch Androhung von Gewaltmaßregeln Kurhessen gezwungen, die schlechte Verfassung von 1848 wieder herzustellen und die unter österreichischem Einfluß zustande gekommene verbesserte Verfassung von 1852 außer Kraft zu setzen. Österreich habe diese Ohrfeige ruhig hingenommen. Jetzt sei Preußen Herr in den Elbherzogtümern, welche es im Jahre 1850 auf österreichische Weisung hin habe räumen müssen. In der Tat, solche Erfolge seien glänzend. Aber ich möchte Herrn v. Bismarck raten, doch nicht zu viel zu wagen und sich in bezug auf Schleswig-Holstein mit dem zu begnügen, was recht und billig sei. Eine Annexion der Herzogtümer scheine mir unmöglich, weil Preußen sich bei einem solchen Versuche ganz Europa auf den Hals laden würde. Frankreich werde den Versuch ruhig zulassen und sich dann eine Kompensation am Rhein ausbitten. — Beschränke sich Herr v. Bismarck darauf, einige Häfen und Etablissements sowie den Nordostseekanal zu verlangen, so werde das niemand beanstanden. Anders verhalte es sich mit der Übertragung der diplomatischen Vertretung der Herzogtümer und der Einverleibung ihrer militärischen Macht in diejenige Preußens. Meines Erachtens sollte Herr v. Bismarck die Sache rasch zu Ende führen, sich auf billige Grundlagen hin eine Majorität in der Bundesversammlung sichern, die ihm gewiß nicht fehlen würde, weil alle Mittelstaaten der Angelegenheit müde seien und dann durch einen Bundesbeschluß, ohne Österreich viel zu fragen, die Sache zu Ende zu bringen. Die beiden deutschen Großmächte hätten bei den Londoner Konferenzen den Prinzen von Augustenburg bereits für den bestberechtigten der verschiedenen Kompetenten zur schleswig-holsteinischen Sukzession erklärt. Es sei mithin genügend angezeigt, dabei stehen zu bleiben, den Prinzen durch den Bund als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen zu lassen und den übrigen Prätendenten anheimzugeben, auf bundesverfassungsmäßigem Wege vor einer Austrägalinstanz ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Preußen selbst könne, wie ich bereits bemerkt habe, die Herzogtümer nicht annektieren, möge das Gutachten seiner Kronsyndizi ausfallen wie es wolle, und ein besonderes Interesse für den Großherzog von Oldenburg, das Haus Dessau usw. könne es unmöglich haben. — Wir sprachen dann noch von den Verhandlungen

---

geben und zugleich dem Bunde ihre Entschließungen über Lauenburg mitteilen würden. Sybel IV, S. 101.

zwischen Preußen und Österreich. Herr v. Wentzel wollte nicht glauben, daß Preußen die Abtretung der Grafschaft Glatz als Kompensation für die Annexion Schleswig-Holsteins angeboten habe. Ich bemerkte ihm, daß darüber schwerlich etwas geschrieben worden sei, daß aber dieser Punkt in mündlicher Konversation zwischen Herrn v. Bismarck und Graf Károlyi und des Grafen Mensdorff mit Herrn v. Werther[1]) sicher zur Sprache gekommen sei. Von Österreich sei es jedenfalls ein Fehler gewesen, in dieser Frage überhaupt nur von einer Kompensation zu reden.

1. April.

Baron Schrenck unterhielt Dellchen mit der Erzählung, wie ihm noch in letzter Zeit der neapolitanische Januariusorden und ein toskanischer Orden verliehen worden seien. Mir teilte er mit, Herr v. Bismarck habe ihm bei seinem letzten Besuche in München geradezu gesagt, er (Bismarck) wünsche die Elbherzogtümer zu annektieren, aber der König widerstrebe dieser Absicht.

Abends 8 Uhr fuhr ich in eine Soiree bei dem Prinzen und der Prinzessin Ludwig.

Ich sprach mit Fräulein v. Schenk, die mir links saß, vom Kurfürsten von Hessen. Die Prinzessin Alice mischte sich in das Gespräch. Ich erzählte ihr, daß der Kurfürst erbittert sei, weil ihn der Großherzog einmal zur Feier seines Geburtstages nicht habe empfangen wollen, weil man hier vorausgesetzt habe, daß dann der König Ludwig von Bayern, welcher bereits angemeldet gewesen sei, nicht erscheinen werde. Ich hatte damals den Auftrag erhalten, dem Kurfürsten, welcher in Frankfurt gewesen sei, begreiflich zu machen, daß er wegbleiben möge, ein Auftrag, welcher der Mission Hüons, den Bart des Kalifen von Bagdad zu holen, ähnlich gewesen sei. Ich hätte damals im Einvernehmen mit dem kurhessischen Gesandten Baron Dörnberg den Kurfürsten wissen lassen, daß man sich in Darmstadt sehr freuen würde, ihn zu sehen, daß aber die Großherzogin betrübt sei, weil nun ihr Vater nicht komme. Darauf habe der Kurfürst mit vieler Rücksicht erklärt, er wolle die Großherzogin des Vergnügens, ihren Vater zu sehen, nicht berauben. Hinterher habe er aber doch Verdacht geschöpft, daß man den König Ludwig von Bayern bloß vorgeschoben habe, um ihn los zu werden. Seit dieser Zeit tue er alles, um der Großherzoglichen Regierung unangenehm zu sein. Die Prinzessin Alice könne dem Lande einen großen Dienst erweisen, wenn sie durch persönliche Liebenswürdigkeit dem Kurfürsten gegenüber diese Mißstimmung ausgleiche. Das Zustandekommen der wichtigsten Eisenbahnlinien hänge damit zusammen. Die Prinzessin gab keine Antwort und wandte sich zu Herrn v. Labenski.

[1]) Karl Freiherr v. Werther, 1809—1894. War 1842 preußischer Gesandter in der Schweiz, 1845 in Athen, 1849 in Kopenhagen, 1854 in Petersburg, 1859 in Wien, 1869 in Paris; verabschiedet 1871.

13. Mai.

Um 2 Uhr fuhr ich[1]) zu den württembergischen Majestäten,[2]) die im Van der Hopeschen Hause abgestiegen waren. Graf Beroldingen[3]) empfing mich an der Treppe. Dort begrüßte ich auch den Grafen Schuwalow,[4]) der gerade von der Königin kam. — Der König empfing zuerst allein und reichte mir herzlich die Hand, bald nachher kam die Königin. Unsere Konversation, die fast eine Stunde dauerte, wurde sitzend geführt. Sie betraf ausschließend Politik. Die Königin nahm lebhaft teil. Ich äußerte meine Ansicht über Preußen, den König und Herrn v. Bismarck. Der König von Württemberg meinte, man müsse der Einigkeit halber Preußen einigermaßen entgegenkommen, ohne jedoch seine Selbständigkeit aufzugeben. Die Königin nahm Herrn v. Bismarck gegen den Vorwurf der Zweizüngigkeit in Schutz und meinte, er sei nur zu aufrichtig. Der König erzählte mir, daß er Veränderungen in seinen Wahlgesetzen vorzunehmen wünsche, daß er eine Vertretung der Interessen des Ackerbaues und des Handels und der Industrie in beiden Kammern, statt der allgemeinen Wahlen, zu erreichen hoffe. Er vermißte auch tüchtige Arbeitskräfte in seiner Ersten Kammer. Ich erzählte ihm, was ich seinerzeit, übereinstimmend mit seinen Ansichten, für das Großherzogtum angestrebt, aber nicht erreicht habe. Der König lobte Herrn v. Varnbüler und sagte mir, welchen Wert er darauf gelegt habe, daß Varnbüler nach seinem Dienstantritt nach Darmstadt gehe und sich mit mir verständige. Der König lobte mit einem gewissen Nachdruck die Zuverlässigkeit der Gesinnungen Varnbülers. Von Baden wußte niemand etwas Gutes zu sagen. Der König meinte, Herr v. Roggenbach sei die dortige Wirtschaft schon müde und beklage die Promulgierung des Schulgesetzes. Die Königin sagte, der Großherzog Friedrich spreche sich stets bis zu einem gewissen Punkt aus und dann endige sein Urteil. Der Prinz Wilhelm habe Verstand, aber einen ganz konfusen. Ich sagte, Baden sei der Urquell aller revolutionären Vorgänge in Deutschland. Das alte badische Haus habe despotisch regiert, aber es sei gefürchtet und darum geachtet gewesen. Die Dynastie Hochberg[5]) habe sich in dem Liberalismus eine Stütze gesucht und sei deshalb ganz haltlos geworden. Die Lektion, welche der Großherzog Friedrich im Jahre 1849 bekam, als sein eigenes Bataillon auf ihn gefeuert habe und er zum Kasernenfenster habe hinausspringen müssen, sei ganz verloren. Baden sei für Württemberg und Hessen ein schlechter Nachbar. Der

---

[1]) Nach Jugenheim.

[2]) Karl I., 1823—1891, vermählt mit Großfürstin Olga von Rußland, 1822—1892, Tochter Nikolaus I.

[3]) Paul Ignaz, Kammerherr.

[4]) Peter Andrejewitsch, 1827—1889, Flügeladjutant des Zaren Alexander II., 1865/66 Gouverneur der Ostseeprovinzen, seit 1874 russischer Botschafter in London.

[5]) Nachkommen Großherzog Karl Friedrichs von Baden († 1811) aus seiner morganatischen Ehe mit Luise Geyer von Geyersberg, Gräfin v. Hochberg († 1820), die seit Leopold I. († 1852) ebenbürtig regierende Linie des Hauses Zähringen.

König und die Königin von Württemberg verabschiedeten mich, weil sie auf den Heiligenberg mußten. Der König schüttelte mir beim Abschied wieder herzlich die Hand.

15. Mai.

Baron Egloffstein[1]) fragte mich, was ich von dem von Baden proponierten Lager des VIII. Armeekorps halte, und ich sagte, solche gemeinsamen Übungen würden erst und dann einen rechten Wert erhalten, wenn sich bayerische, sächsische und nassauische Truppen dabei beteiligten, weil darin ein Protest gegen die von Preußen angesprochene militärische Führung des Nordens und gegen die Mainlinie liegen würde.

16. Mai.

Um 1 Uhr besuchte mich der Geheime Legationsrat Wentzel und sagte mir, Sachsen beabsichtige, einen Antrag am Bunde wegen Zulassung der Stimme Holsteins zu stellen. Er las mir eine desfallsige Depesche seiner Regierung vor. Ich bemerkte ihm, daß mir eine solche Absicht des Herrn v. Beust ganz unbekannt sei, daß ich auch einen solchen Antrag für verfrüht halte. Wir sprachen dann noch von der Wiederernennung eines diesseitigen Gesandten für Berlin. Herr v. Wentzel meinte, man glaube aber in Berlin, daß ein preußischer Gesandter in Darmstadt ganz einflußlos und sein Residieren in Darmstadt selbst also überflüssig sei. Ich erzählte Herrn v. Wentzel hierauf, was ich im Jahre 1848 für die preußische Garnison in Mainz auf Gefahr meiner dienstlichen Existenz getan und welchen Rat ich im Jahre 1851 dem Minister v. Manteuffel während der Dresdener Konferenzen gegeben hätte. Damals habe man meinen Absichten Gerechtigkeit widerfahren lassen. Von Grundsätzen, die ich einmal als recht erkannt hätte, würde ich nie abweichen. Deswegen scheine aber eine preußische Empfindlichkeit gegen mich noch nicht gerechtfertigt.

19. Mai.

Auf dem Darmstädter Bahnhof traf ich mit dem Herzog von Nassau zusammen, welcher von Biebrich kommend, ebenfalls nach Jugenheim reiste, um daselbst bei dem Kaiser Alexander zu dinieren. Der Herzog setzte sich zu mir. Ich dankte dem Herzog für sein energisches Auftreten gegen die Demokratie, und er antwortete, weshalb man denn hier, wenn ich so dächte, die demokratischen Versammlungen nassauischer Untertanen im Großherzogtum Hessen dulde. Ich entgegnete, daß, da man gegenwärtig den Versammlungen der hessischen Fortschrittsmänner keine Schwierigkeiten in den Weg lege, um dem Volke Gelegenheit zu geben, sich von der Nichtigkeit der Versprechungen und Anschuldigungen dieser Leute zu überzeugen, so könne man in bezug auf die nassauischen Fortschrittsmänner nicht strenger verfahren. Man dulde übrigens aus gleichem Grunde und mit gleicher Berechtigung auch die wandernden

[1]) Württembergischer Staatsrat und Kabinettssekretär des Königs.

Kasinos, welche aus Baden über die Grenze kämen, und es würde schade sein, wenn man sich durch Maßregeln gegen nationalvereinliche Versammlungen diese Möglichkeit erschweren wollte. Wir sprachen dann noch von Preußen und Herrn v. Bismarck. Der Herzog bedauerte, daß der Kaiser Alexander sich von Bismarck so sehr habe einnehmen lassen. Ich bemerkte, das feste Zusammenhalten der Mittelstaaten sei das einzige Mittel zu deren Erhaltung. Namentlich in militärischer Beziehung müßten Bayern, Sachsen, Württemberg, Großherzogtum Hessen und Nassau zusammenstehen und wenn möglich, gemeinsame Übungen abhalten.

21. Mai.

Ich fuhr morgens mit meinen Pferden nach Darmstadt,[1]) und daselbst um 12 Uhr in das Palais. Ich wartete in den Zimmern links vom ersten Saale. Um 12¾ Uhr kam der Kaiser (Alexander) und war von einer Herzlichkeit und Weichheit, die mich tief bewegte. Er drückte mir immer und immer wieder die Hand und sagte mir, wie schwer und unersetzlich der Verlust sei,[2]) der ihn getroffen habe. Ich erwiderte, daß es für mich ein wehmütiges Glück sei, ihm aussprechen zu dürfen, welchen tiefen und innigen Anteil ich an dem Schlage genommen habe, der das Kaiserhaus getroffen. Die allgemeine tiefe Teilnahme, die nicht bloß in Rußland, sondern überall, wo man den Kaiser kenne, lebendig gewesen sei, sei ein Beweis, welche Verehrung und Liebe Seiner Majestät entgegengebracht werde. Jedermann fühle, daß seine Teilnahme am Schmerze des Kaisers ein Ausdruck des Dankes sei, was der Kaiser für Rußland und die Menschheit überhaupt getan habe, Wohltaten, welche Seiner Majestät für ewig einen glänzenden Platz in der Geschichte sicherten.

Der Kaiser sprach hierauf von dem schmerzlichen Verlust, den die Familie durch den Tod der Großherzogin von Mecklenburg[3]) erlitten habe, und ging dann auf die zweite Kammer über. Ich qualifizierte dieselbe nach Verdienst, und fügte hinzu, es liege darin eine Warnung für alle Souveräne, mit ständischen Konzessionen sparsam zu sein. Ich hätte einer Anzahl von Russen, die meine Meinung über eine Rußland zu verleihende Konstitution sich erbeten hätten, geantwortet, daß, wenn ich Ratgeber des Kaisers wäre, ich ihm dringend raten würde, nun und nimmer sich zu einer solchen für Rußland und dessen Herrscher verderblichen Institution herbeizulassen. In der ersten Zeit nach einem derartigen Zugeständnis empfinde das Volk Dank. Dieser Dank werde später vergessen und die Stände erlaubten sich Übergriffe, die mit der Monarchie unverträglich seien. Höchstens könne in Rußland von Provinzialständen mit limitierten Befugnissen die Rede sein. Der Kaiser gab mir vollkommen recht und sagte: „Nie werde ich eine Verfassung geben."

[1]) Von Jugenheim.

[2]) Des Thronfolgers Nikolaus.

[3]) Anna, geb. Prinzessin von Hessen, 1843—1865, Tochter des Prinzen Carl, Gemahlin Friedrich Franz II.

Dann schüttelte er mir wieder die Hand und schied mit dem herzlichsten und rührendsten Lebewohl. Nie hatte ich den Kaiser bisher so freundlich, so weich und herzlich gesehen. Ein liebenswürdiges, trauriges Lächeln spielte um seinen Mund, und wir konnten beide die Tränen nicht zurückhalten.

31. Mai.

Um $10^1/_2$ Uhr fuhr ich in das Schloß. Der Großherzog war sehr guter Laune.

Er erzählte mir, der Kaiser habe auf seine Anfrage entschieden abgelehnt, den König von Preußen am Bahnhofe zu empfangen, als derselbe zum Besuche nach dem Heiligenberg gekommen sei. Der General v. Manteuffel habe dem Kaiser eine Sammlung aller, aus Anlaß des Schleswig-Holsteinischen Feldzugs gestifteten preußischen Medaillen, zierlich in einem Kästchen geordnet, zu überreichen gehabt. Der Kaiser habe vor sich hingemurmelt: „Que de bruit pour une omelette." Der König sei übrigens für ihn, den Großherzog, sehr herzlich gewesen. Er habe ihn beim Abschiede umarmt und ihm gesagt: „Nun, Dicker, zwischen uns bleibt es beim alten."

6. Juni.

Morgens $7^1/_2$ Uhr kam der Ministerialsekretär v. Werner zu mir, um mir zu sagen, er sei gestern nach Jugenheim gefahren, um mich im Auftrage des Großherzogs zu ersuchen, den Entwurf einer von der Prinzessin Alice verfaßten Rede, welche der Großherzog heute bei der Investitur mit dem Hosenbandorden halten sollte, etwas zu verbessern. Da er, v. Werner, mich in Jugenheim nicht gefunden habe, so komme er heute ganz früh. Der Großherzog wolle die verbesserte Rede bereits um 9 Uhr haben. Ich entsprach diesem Auftrage sofort. Um $8^1/_2$ Uhr kam Rechnungsrat Winter, um mich im Auftrage des Großherzogs zu benachrichtigen, daß der englische Wappenkönig Sir Charles Young und der Wappenherold Mr. Courthope Dosen mit Diamanten bekommen sollten, weil, wie der Großherzog erst jetzt erfahren habe, dieselben keine Orden nehmen dürften. Der Großherzog wünsche zu wissen, in welchem Werte diese Dosen zu geben und wo dieselben zu erhalten seien. Ich sprach meine Ansicht aus und schlug vor, aus den noch in der Hauptstaatskasse vorhandenen, dem Staate gehörigen Dosen im Werte von 600 bis 800 Gulden zwei zu verwenden. Um 10 Uhr kam Rechnungsrat Winter wieder und sagte mir, der Großherzog sei mit mir einverstanden und lasse mich ersuchen, das Weitere zu besorgen, auch den Betreffenden die Dosen zuzustellen. Ich bat Herrn Winter, mit dem Juwelier Wondra wegen schleuniger Einfügung eines Porträts des Großherzogs in die für Charles Young bestimmte Dose zu reden, da ich dazu keine Zeit habe. Die Zustellung der Dosen an die beiden mir ganz unbekannten Engländer würde ich auf den Mr. Corbett[1]) übertragen. Eine halbe Stunde später kam Rechnungsrat Winter abermals, um mir zu sagen,

[1]) Englischer Gesandtschaftssekretär in Darmstadt.

der Großherzog glaube, daß Sir Charles Young und der Wappenherold Courthope untergeordnete Persönlichkeiten seien, denen höchstens Chiffredosen gebührten. Ich möge mich nach ihrem Range erkundigen. Ich bat Herrn Winter, statt meiner bei Herrn v. Westerweller[1]) und Sekretär[2]) Becker Erkundigungen einzuziehen. Um 11 Uhr ging ich in die Ministerialsitzung. Während derselben kam Rechnungsrat Winter abermals, um mir mitzuteilen, daß Sir Charles Young nach seiner eigenen, soeben dem Hofmarschall v. Westerweller abgegebenen Erklärung, den Gesandten und Gesandtschaftssekretären nachgehe, daß also eine Chiffredose für ihn genüge. Um 1 Uhr kam ich aus der Sitzung und hatte nochmals den Besuch des Herrn Winter, welcher mir zwei Dosen aus den Vorräten der Hauptstaatskasse brachte, welche ich als passend für den Sir Charles Young und den Ordenssekretär Wappenherold Mr. Courthope bezeichnete und zurückbehielt, um sie nach der Zeremonie den genannten beiden Herren zuzustellen. Um $2^3/_4$ Uhr fuhr ich in das Schloß. Das diplomatische Korps und die eingeladenen Herrn versammelten sich im Kaisersaal, in dessen Mitte ein Thron errichtet war. Der Großherzog erschien um $3^1/_2$ Uhr und stellte sich unter den Thronhimmel. Er trug kurze Hosen. Es dauerte lange, bis die Mission der Königin von England eintrat. Der Großherzog rief mich mehrmals an den Thron, um mir zu sagen, er würde das nächste Mal, in ähnlichem Falle auch die Kollegialvorstände einladen, und dann, die anwesende Versammlung komme ihm wie ein Wachsfigurenkabinett vor. Endlich erschien die Mission, bestehend aus dem Prinzen Alfred von England[3]) und dem Prinzen Ludwig, welchen der Wappenkönig Sir Charles Young, der Wappenherold Herr Courthope, sodann die beiden Adjutanten des Prinzen Alfred, die Legationssekretäre Corbett und Midford und der Herr v. Westerweller vorausgingen. Jedes Mitglied des Gefolges trug eines der Stücke des Ordensornates. Sir Charles Young war in einen rotseidenen Mantel gekleidet. Herr Courthope trug einen kurzen Mantel von gelber Seide mit einer Anzahl von Wappen besetzt. Die beiden Prinzen waren in vollständige Ordenskostüme mit langen Mänteln von schwarzem Samt gekleidet. Alle vier waren in kurzen Hosen. Prinz Alfred hielt eine englische Anrede, die der Großherzog deutsch erwiderte. Beide lasen ihre Reden ab. Dann überreichte der Prinz dem Großherzog sein Diplom, woran eine große vergoldete Kapsel hing. Der Großherzog gab dasselbe mir, der ich links vom Throne stand, und ich stellte es dem Wappenkönig wieder zu. Hierauf stieg der Großherzog die Stufen des Thrones herab, und der Wappenkönig hielt eine lateinische Anrede, die kein Mensch verstand. Hierauf folgte die Bekleidung des Großherzogs mit dem großen Ordensband, dann mit dem Hosenband, mit dem Stern, dem Schwert (wobei der Großherzog seinen Säbel abnahm und dem Wappenkönig, dem Gebrauche gemäß, als Geschenk überließ), dem langen Samtmantel mit darauf

[1]) Hofmarschall des Prinzen Ludwig.
[2]) Des Prinzen Ludwig.
[3]) 1844—1900, Bruder der Prinzessin Alice.

gesticktem Ordenszeichen und dem Hut mit großem weißem Federbusch. Nach beendigter Zeremonie entfernten sich die beiden Bevollmächtigten unter Vorantritt ihres Gefolges, indem sie rückwärts unter Verbeugungen zur Türe hinausgingen. Sie fuhren dann in feierlichem Aufzuge, wie sie gekommen waren, im Schritt in das Großherzogliche Palais zurück. Ihr Wagen war sechsspännig. Den Pferden waren Mähnen und Schweif mit roten Bändern durchflochten. Neben jedem Pferde ging ein Hoflakai, welcher dasselbe an einem langen rotseidenen Zügel hielt. Voraus fuhren die übrigen Mitglieder der Mission in zweispännigen Hofwagen. Kavallerie ritt dem Zuge voraus und schloß ihn. Das Ganze gewährte einen imposanten Anblick. Um $4^1/_2$ Uhr war große Hoftafel in Gala. Vor derselben stellte ich dem englischen Wappenkönig und dem Wappenherold die für sie bestimmten Tabatieren mit Diamanten zu. Die Prinzessin Alice redete mich an, um mir zu erzählen, daß in England die Zeremonie der Investitur viel feierlicher sei. Die Königin sitze dabei auf dem Throne, die Ritter säßen rings im Kapitelsaale in ihren Ordenskostümen, und der neu Aufzunehmende knie vor dem Throne der Königin, um die Investitur zu erhalten.

Bei dem Diner trank der Großherzog auf das Wohl der Königin von England, und der Prinz Alfred auf das Wohl des neuen Ritters vom Hosenband. Ich saß zwischen Frau v. Westerweller und Mr. Courthope.

9. Juni.

Morgens $9^1/_4$ Uhr fuhr ich in das Schloß, um zusammen mit Minister v. Lindelof und Geheimrat v. Biegeleben dem Großherzoge zum Geburtstag zu gratulieren. Der Großherzog war sehr heiter. Er erzählte, daß die Königin von England ihm eine Kiste mit dem vollständigen Kostüm des Hosenbandordens in Samt und Atlas geschickt habe, darunter 6 Paar Unterhosen, mit denen er nichts anzufangen wisse; die Schuhe von weißem Atlas seien ihm zu eng; und er müsse sich neue machen lassen. Der Großherzog zeigte uns dann einen Tisch in vieux-boule, den ihm der Prinz Friedrich aus Paris zum Geburtstag geschickt habe.

13. Juni.

Um 10 Uhr besuchte ich den am Abend zuvor angekommenen Wiener Gesandten Baron Gagern, der im Darmstädter Hof abgestiegen war. Gagern, dem ich vorher seine Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat geschickt hatte, erzählte mir die neuesten, sehr interessanten Nachrichten aus Wien. Er sagte mir, der Kronprinz von Preußen, der mit dem Herzog Friedrich von Augustenburg in fortgesetzter Korrespondenz stehe, habe demselben geschrieben, in einer kürzlich abgehaltenen Ministerkonferenz[1]) zu Berlin, der auch die Generale v. Manteuffel und v. Alvensleben beigewohnt hätten, sei die Frage, ob man

[1]) Wohl die vom 29. Mai, die unter Vorsitz des Königs und in Gegenwart Moltkes stattfand. Den Verlauf siehe bei Sybel IV, S. 121 ff.

sich mit Österreich über die schleswig-holsteinische Frage verständigen und die erhobenen Ansprüche modifizieren solle, zur Beratung gekommen. Herr v. Bismarck habe zur Nachgiebigkeit geraten, sei aber mit seinen Ansichten ganz allein geblieben. Ferner sagte mir Herr v. Gagern, Graf Mensdorff habe einen eigenhändigen Brief der Königin von England erhalten, worin diese ihn gebeten habe, den preußischen Vergrößerungsgelüsten entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Endlich erzählte mir Gagern, er habe bei seiner Durchreise durch München Herrn v. d. Pfordten in seiner Villa am Starnberger See aufgesucht und mit ihm die gemeinsame Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage besprochen. Pfordten sei der Ansicht, man könne Preußen eine Marinekonvention mit den Herzogtümern, den Nordostseekanal, jedoch ohne Hoheitsrechte, und sodann eine Militärkonvention, jedoch letztere nur auf eine beschränkte Zahl von Jahren, bis die schleswig-holsteinische Armee reorganisiert sei, endlich auch den Kieler Hafen zugestehen. Ich mußte namentlich die Militärkonvention entschieden beanstanden, weil das dafür angeführte Motiv durchaus nicht genügend ist. Wir sprachen über die Wiederbesetzung des Pariser Gesandtschaftspostens, und ich ersuchte Herrn v. Gagern, unter bestimmten Bedingungen desfalls mit dem Grafen Enzenberg[1]) in Unterhandlungen zu treten.

19. Juni.

Ich beendete die Lektüre der vom Gesandten v. Gagern eingeschickten Korrespondenz des seligen Prinzen Emil mit dem verstorbenen Gesandten v. Drachenfels, welche sich im Wiener Gesandtschaftsarchiv vorgefunden hatte. Prinz Emil spricht sich darin öfters mit Bedauern darüber aus, daß es mir an einem bestimmten Plane fehle, gibt mir aber das Zeugnis eines ehrlichen Mannes und echten Edelmannes. Gegen die Klagen des Prinzen über den Mangel eines bestimmten Planes in meiner ministeriellen Tätigkeit würde ich sehr Wesentliches einzuwenden haben. Eigentümlich ist, daß er mir vorwirft und es als eine fixe Idee bezeichnet, daß ich eine nähere Verbindung der beiden Hessen anstrebe.

26. Juli.

Morgens 11 Uhr empfing ich den Baron Brenner,[2]) welcher mir eine Reihe von Korrespondenzen, welche zwischen dem Grafen Mensdorff und Herrn v. Bismarck durch Vermittlung des Barons Werther in der schleswig-holsteinischen Sache geführt worden waren (zuletzt ein Mensdorffsches Schreiben an Herrn v. Werther vom 19. l. Mts.), zur Einsicht mitteilte. Herr v. Bis-

[1]) Graf Gustav Enzenberg, Adjutant des Erzherzogs Albrecht von Österreich, schied 1849 aus der österreichischen Armee, lebte einige Jahre in Amerika, trat wieder in das österreichische Heer und wurde hessischer Gesandter in Paris und Brüssel. Nach der Gründung des Deutschen Reiches trat er in dessen diplomatischen Dienst über. Siehe Fröbel, Ein Lebenslauf II, S. 92 f.

[2]) Adolf Maria Freiherr v. Brenner-Felsach, österreichischer Gesandter in Darmstadt.

marck bemerkt darin, daß der Herzog Friedrich durch Undankbarkeit und durch Anlehnen an die Demokratie aufgehört habe, auf die Unterstützung Preußens zählen zu können. Er erklärt, ohne Rücksicht auf Österreich vorgehen zu wollen, wenn letzteres sich nicht dem preußischen Ansinnen füge.

30. Juli.

Baron Brenner erzählte mir unterwegs, Pfordten sei bei seiner jüngsten Zusammenkunft mit Bismarck und dem Könige von Preußen weich geworden. Worin Pfordtens Nachgiebigkeit bestanden, konnte oder wußte Brenner nicht zu sagen. Aber diese Schwäche gegenüber preußischer Habgier und Anmaßung erschreckte und betrübte mich sehr.

9. August.

Um $1^1/_2$ Uhr fuhr ich nach Frankfurt und besuchte dort vorerst den Baron Kübeck, bei dem ich Herrn v. Savigny[1]) antraf. Wir besprachen anfangs gleichgültige Dinge. Nachdem Savigny weggegangen war, kamen wir auf die schleswig-holsteinische Frage. Ich sagte Kübeck, daß, wenn es zum Kriege zwischen Österreich und Preußen kommen sollte, wir bereit sein würden, soviel Truppen in der Nacht nach Mainz zu werfen, als nötig seien, um die preußische Besatzung gefangen zu nehmen oder aus der Festung zu treiben.

14. August.

Graf Vizthum[2]) brachte mir einen Brief des Barons Beust und war beauftragt, mir über dessen Tätigkeit in München und Wien erschöpfende Mitteilungen zu machen. Er gab mir ein Memoire zu lesen, welches Herr v. Beust dem Grafen Mensdorff auf dessen Wunsch wegen der künftigen Haltung Österreichs in der schleswig-holsteinischen Sache entworfen und Mensdorff dem Kaiser Franz Joseph mitgeteilt hatte. Es ist darin bemerkt, daß der dermalige Augenblick, in welchem die Stimmung der europäischen Großmächte Preußen ungünstig und ganz Deutschland auf das Höchste erbittert sei, der günstigste für Österreich und für ein entschiedenes Handeln sei. Alle Mittelstaaten würden gedrängt von der öffentlichen Meinung, Österreich zur Seite zu stehen, Österreich möge sogleich mit entschiedenen Vorschlägen vor die Bundesversammlung treten. Die Majorität werde ihm dort nicht fehlen. Ich bezweifelte dieses letztere und bemerkte, Österreich müsse, wenn ihm die Majorität am Bunde, was sehr möglich sei, entgehe, dennoch gegen Preußen vorangehen. Es könne sein Geld und das Blut seiner Truppen nicht geopfert, seine staatsmännische Ehre nicht eingesetzt haben, um sich etwa durch die Stimme von

[1]) Karl Friedrich v. Savigny, 1814—1875. War seit 1838 im preußischen diplomatischen Dienst, 1850 Gesandter in Karlsruhe, 1859 in Dresden, 1864 in Frankfurt; 1868 schied er aus dem Dienst und war Mitglied der Zentrumspartei im Reichstag und im Preußischen Landtag.

[2]) Karl Friedrich Graf Vizthum v. Eckstädt, 1819—1895, sächsischer Diplomat, übersiedelte 1866 mit Beust nach Österreich.

Mecklenburg oder Lippe aus den Herzogtümern hinaus votieren zu lassen. Graf Bizthum erzählte mir, daß Pfordten und Beust sich mit Herrn v. Varnbüler in München in einer dreistündigen Unterhaltung nicht hätten einigen können. Varnbüler könne eben entschiedenen Schritten gegen Preußen nicht zustimmen. Derselbe sei aber zuletzt so weich geworden, daß er Pfordten und Beust gesagt habe, er hoffe, daß wenn er auch anderer Ansicht sei wie sie, sie ihm doch ihre Achtung nicht entziehen würden.

16. August.

Nachmittags besuchte mich Baron Brenner, um mir den persönlichen Dank des Kaisers für das eventuelle Erbieten, 5000 Mann nach Mainz zu werfen, um gemeinsam mit der österreichischen Garnison die Preußen zu delogieren, zu übermitteln. Ich schrieb sofort dem Großherzog, um diesen Dank auf ihn zu übertragen.

2. September.

Morgens 10½ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Derselbe erzählte mir, daß der Kaiser von Österreich und auch der König von Preußen in Salzburg sehr übler Laune gewesen seien. Die Salzburger Übereinkunft scheine weder den einen noch den anderen befriedigt zu haben. Der Kaiser habe ihm, dem Großherzoge, für sein Anerbieten, Mainz zu okkupieren, gedankt und hinzugefügt, der Fall könne wohl noch eintreten, daß er auf dieses Erbieten zurückkommen müsse. Weiter bestätigte der Großherzog die Nachrichten über die schlechten Zustände in Bayern. Der junge König, unter dem Vorwandte, seine Gesundheit zu stärken, kümmere sich um nichts und habe dabei die sonderbarsten Einfälle. Er habe kürzlich in einer Nacht in Hohenschwangau nicht schlafen können und deshalb befohlen, sein Leibpferd zu satteln. Dasselbe sei nun, der Reitknecht daneben, im Burghofe aufgestellt worden. Der König habe im hellen Mondschein die Gruppe lange betrachtet und sich dann wieder in sein Bett gelegt. Er habe sich in seinem Schlafzimmer zu Hohenschwangau einen künstlichen Mondschein nach Art der Sonne im „Propheten" anbringen lassen. Der Prinz Karl von Bayern[1]) habe ihm, dem Großherzoge, mit tiefem Bedauern von diesen Zuständen des Königreichs gesprochen.

5. September.

Ich fuhr um 7 Uhr nach Rumpenheim, wo wir um 8 Uhr ankamen. Der Landgraf Wilhelm[2]) empfing mich, offenbar wegen der diesseitigen Haltung Dänemark gegenüber, etwas kühl. Auch die Herzogin von Cambridge[3]) erklärte sich mit dem Verfahren gegen Dänemark sehr unzufrieden und be-

[1]) 1795—1875, Bruder Ludwigs I.

[2]) von Hessen-Kassel, 1787—1867, Schwiegervater König Christians IX. von Dänemark.

[3]) Auguste Wilhelmine Luise v. Cassel, 1797—1889, Witwe Adolf Friedrichs v. Cambridge aus dem Hause Hannover.

merkte dies halb scherzend Herrn v. Brenner und mir. Sie erzählte, sie habe darauf gedrängt, eine englische Flotte in die Ostsee zu senden, und Lord Russel sei damit ganz einverstanden gewesen, aber die Sache sei am entschiedenen Widerstand der Königin gescheitert. Desto liebenswürdiger war die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz,[1]) die mich im Hofe, wo sich die große Gesellschaft im Mondschein etablierte, neben sich sitzen ließ. Sie sagte mir, Herr v. Bismarck sei gegen seinen eigenen König ebenso rücksichtslos wie gegen fremde Regierungen. Er habe öffentlich geäußert, sein König sei wie ein stetiges Pferd, dem er von Zeit zu Zeit die Sporen einsetzen müsse, um es über den Graben zu bringen. Sehr herzlich war der blinde Großherzog von Mecklenburg,[2]) der mir die Hand drückte und mir erzählte, er habe mit dem Prinzen Alexander Brüderschaft getrunken, endlich die Prinzessin Mary von Cambridge,[3]) die eine ganze Viertelstunde im Hofe mit mir plauderte. Auch die Prinzessin[4]) und der Prinz von Wales,[5]) denen ich mich vorstellen ließ, waren sehr artig. Die Prinzessin, etwas schüchtern, trug ein Kollier von dicken Solitärs, das eng um den Hals schloß. Im letzten Momente redete mich auch die Prinzessin Anna von Hessen[6]) mit großer Liebenswürdigkeit an und unterhielt mich eine Zeitlang. Der rote Faden war überall die schleswig-holsteinische Angelegenheit, die Erbitterung gegen Preußen und namentlich Herrn v. Bismarck. Die Prinzessin sagte mir, ich möge nur offen über die Schmach des lauenburgischen Handels reden, sie fühle nicht als preußische Prinzessin, sie sei Hessin geworden.

8. September.

Um 12 Uhr 40 Minuten erwartete ich die Minister v. Beust und v. Hügel auf der Eisenbahn. Dieselben kamen mit diesem Zuge nicht, sondern erst mit dem nächsten um 1 Uhr 27 Minuten. Beust kam ohne bestimmte neue Vorschläge hierher. Er hatte Pfordten mutlos verlassen, hoffte aber, derselbe werde auf einer Erholungsreise seine Nerven und seine Entschlußfähigkeit stärken. Mit Varnbüler und Roggenbach war er nicht unzufrieden. Ich warnte ihn jedoch vor der Zuverlässigkeit beider und Hügel bestätigte dies in bezug auf Varnbüler, der ganz in den Händen Bismarcks sei.

9. September.

Als Hügel weg war, trat Beust mit den Vorschlägen hervor, welche den eigentlichen Zweck seiner Reise bildeten. Er sagte mir, daß er in Gegen-

[1]) Auguste v. Cambridge, 1822—1917.

[2]) Strelitz, Friedrich Wilhelm, 1819—1904.

[3]) Marie Adelheide Wilhelmine Elisabeth, 1833—1897, Tochter Adolf Friedrichs, Gattin des Fürsten Franz v. Teck.

[4]) Alexandra, Prinzessin von Dänemark, geb. 1844.

[5]) Albert Eduard, 1841—1910, als König Eduard VII.

[6]) Gattin des Landgrafen Friedrich, 1836—1918, Tochter des Prinzen Carl von Preußen.

wart Hügels, der nun doch nicht mehr Minister sei, mir eine solche Mitteilung nicht habe machen wollen, um nicht die Geheimhaltung der Sache zu gefährden. Er zeigte mir zunächst einen Bericht vom 17. August, den er während seines Aufenthaltes in Gießen an seine Regierung erstattet hatte. Er hatte danach Herrn v. Bismarck, nachdem er erfahren, daß dessen Aufenthalt in Gießen sich verlängere, daselbst besucht und war sehr freundlich empfangen worden. Herr v. Bismarck hatte ihm in verschiedenen Besprechungen erzählt, wie Preußen (Bismarck) vor dem Einmarsche in Schleswig den Dänen absichtlich Bedingungen gestellt habe, welche diese gar nicht hätten erfüllen können. Dann habe er (Bismarck) die Dänen unter der Hand zum Widerstande aufhetzen lassen und in ihnen durch seine Agenten die sichere Erwartung auf englische Hilfe erwecken lassen, während er sich vorher vergewissert habe, daß England diese Hilfe nie leisten könne und werde, weil der Mann in den Tuilerien entschlossen gewesen sei, den Degen in der Scheide zu behalten. Auf diese Weise sei der Krieg zustande gekommen, welcher Preußen den Besitz der Herzogtümer verschafft habe. Österreich sei dabei mitgegangen, ohne zu glauben, daß es nur für Preußen handle.

Herr v. Beust sagte in seinem Berichte weiter, Herr v. Bismarck habe ihm gesagt, bei den Londoner Konferenzen sei der Herzog von Augustenburg mit seinen Ansprüchen nur der Stier gewesen, welchen Preußen vor den Wagen gespannt habe, um letzteren vorwärts zu bringen, jetzt bedürfe man dieses Stiers nicht mehr.

Herr v. Beust entgegnete, daß man im Gegenteil den augustenburgischen Stier jetzt hinter den Wagen zu spannen scheine, um letzteren zurückzuziehen. Der König von Preußen sah Herrn v. Beust bei Tafel; er war höchst liebenswürdig, sprach mit der höchsten Freundschaft und Anerkennung von dem Könige von Sachsen und machte Herrn v. Beust ganz den Eindruck eines Mannes, der erreicht hat, was er wünschte. Herr v. Beust teilte mir sodann den wesentlichen Inhalt seiner letzten Verabredungen mit Baron Pfordten mit, festes Aneinanderschließen von Bayern, Sachsen und Großherzogtum Hessen, erneuerte Anträge am Bund zur Wahrung der Rechte der Herzogtümer und der Rechte des Bundes, Einberufung einer gemeinsamen parlamentarischen Versammlung, eine gemeinsame diplomatische Vertretung für die drei Staaten und endlich ein Antrag am Bunde zur Reform der Bundeskriegsverfassung, um damit dem zu erwartenden Antrage Österreichs und Preußens, der vermutlich eine militärische Teilung Deutschlands bezwecke, zuvorzukommen und die Spitze abzubrechen.

18. September.

Herr v. Bismarck erzählte Herrn v. Schrenck, er wünsche die Elbherzogtümer zu annektieren, finde aber bei dem Könige und der königlichen Familie Widerstand.

29. September.

Der spanische Gesandte sagte mir, Österreich habe durch den Vertrag von Gastein den letzten Rest von Ansehen verloren. Es zähle dermalen im Rate der Staaten nicht mehr mit.

14. Oktober.

Um 11¼ Uhr besuchte mich der Geheime Legationsrat v. Wentzel und teilte mir einen Erlaß seiner Regierung an den Frankfurter Senat (Depesche) mit, worin in den schärfsten Ausdrücken gerügt wird, daß die Frankfurter Behörde seither die Versammlungen des Abgeordnetenhauses und des 36er Ausschusses geduldet habe. Ich bemerkte Herrn v. Wentzel, wie es mich freue, daß die preußische Regierung nunmehr den Standpunkt dem Nationalverein gegenüber eingenommen zu haben scheine, von dem ich im Jahre 1861 bei meinem bekannten Antrag am Bunde gegen jenen Verein ausgegangen sei. Denn der Abgeordnetentag und der 36er Ausschuß seien lediglich Schöpfungen und Filialen des Nationalvereins. Damals sei ich von der offiziellen Sternzeitung abgekanzelt worden, und Seine Majestät der König von Preußen hätten mir persönlich in Baden-Baden sehr ungnädig bemerkt, daß es besser sei, dem Volke zu geben, was ihm gebühre, als ewig Reaktion zu treiben. Ich könne mich also, wie gesagt, über die dermalige veränderte Auffassung der preußischen Regierung nur freuen. Aber eine andere Frage sei, ob gegenwärtig der richtige Zeitpunkt sei, gegen den Nationalverein und seine Auswüchse mit Verboten und Polizeimaßregeln einzuschreiten, und diese Frage glaubte ich verneinen zu müssen. Der fragliche Verein sei notorisch dermalen in seiner Selbstauflösung begriffen. Die demokratischen Elemente seien ausgeschieden, die reinen Annexionisten, namentlich die Redaktion der Wochenschrift des Nationalvereins, arbeiteten für Preußen, es sei also wenigstens preußischerseits kein Grund, dieselben zu verfolgen, und die partikularistischen gothaischen Bestandteile seien ungefährlich. Der jüngste Abgeordnetentag habe sich nur lächerlich gemacht, die Spaltung unter den revolutionären Elementen vermehrt und dem konservativen Teile der Bevölkerungen wie den Regierungen in die Hände gearbeitet. Durch Verbote werde man nur den im Absterben begriffenen revolutionären Organisationen neues Leben verleihen. Die Zeit sei anders geworden, als sie im Jahre 1861 gewesen. Wenn ich solchen Rat gäbe, so sei an meiner vollen Aufrichtigkeit dabei nicht zu zweifeln, denn ich hätte mit dem Nationalverein, der in Darmstadt in der Form der Zweiten Kammer der Stände erscheine, am nächsten und heftigsten zu kämpfen und ich sei sein bitterster Feind. Außerdem müsse ich bemerken, daß ich gewünscht hätte, die für den Frankfurter Senat bestimmte Depesche wäre in einem milderen Tone gefaßt worden, wie dies bei der zu meiner Kenntnis gelangten österreichischen Depesche in der Tat der Fall sei. Frankfurt sei, wenn auch nur klein, doch ein souveräner Bundesstaat, dem man Rücksichten und höfliche Formen schuldig sei. Auch werde es durch ein so schroffes Auftreten Preußens, welches natürlich bald durch

die Presse werde veröffentlicht werden, den Bürgermeistern und dem Senate Frankfurts unendlich erschwert, den österreichisch-preußischen Wünschen entgegenzukommen. Der eigentliche Sitz des Nationalvereins und seiner Umtriebe sei Koburg. Wolle Preußen etwas erreichen, so möge es sich dahin wenden. Bekanntlich habe der Nationalverein bei seinem Entstehen um die Erlaubnis, sein Domizil in Frankfurt nehmen zu dürfen, nachgesucht, und die Frankfurter Behörde habe dieses Gesuch abgeschlagen. Wenn man nun später in Frankfurt vorübergehende Versammlungen nach dem Beispiele anderer Regierungen toleriert habe, so könne ich darin keinen so argen Verstoß sehen. Verbiete man den Nationalvereinlern, dem Abgeordnetentage, den Mitgliedern des 36er Ausschusses usw. in Frankfurt zusammenzukommen, so würden sich dieselben nach Augsburg oder Nürnberg wenden und Bayern werde nach den dermalen dort geltenden Grundsätzen solchen Versammlungen keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Aus diesen Gründen hielte ich den von Preußen gemeinsam mit Österreich beschlossenen Schritt für erfolglos, für nicht zeitgemäß und in der Form verfehlt, wenn ich auch die Ansichten, von denen Preußen sich habe leiten lassen, im allgemeinen vollkommen teile.

25. Oktober.

Baron Brenner kam, mit dem ich nochmals den Erlaß der neuesten österreichisch-preußischen Depeschen für Frankfurt besprach und der mir zugab, die Beteiligung Österreichs sei ein Fehler gewesen, der sich durch die momentane Abwesenheit Mensdorffs von Wien erkläre.

27. Oktober.

Nachmittags $3^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des bayerischen Bundestagsgesandten Baron Schrenck. Derselbe teilte mir eine Depesche des Barons Pfordten, betreffend die neuesten an den Frankfurter Senat gerichteten großmächtlichen Depeschen mit. Pfordten spricht sich darin entschieden tadelnd über den Schritt der beiden Großmächte aus, bemerkt, daß bei dem Entstehen des Nationalvereins und Abgeordnetentages der Moment zu Verboten gewesen sei, aber nicht jetzt, wo man die Sache seit fünf Jahren habe gehen lassen. Er bemerkt ferner, daß der Gegenstand vor den Bund gehöre und schließt in Beurteilung des Vorangehens des Grafen Bismarck „Quousque tandem" usw.

2. November.

Ich schickte zwei Telegramme, jedes von vier Folioseiten, an die Herren v. Beust und Pfordten. Es handelt sich von einer am Bunde in der schleswig-holsteinischen Sache gemeinsam abzugebenden Erklärung.[1]) Nach der Tafel

[1]) Berufung der holsteinischen Stände und Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund.

sprach der Kurfürst von Hessen längere Zeit mit mir, besser gesagt, ich mit ihm, da er wenig herausbringt. Ich sagte ihm, wie tief es zu beklagen sei, daß man ihn seinerzeit gegen die preußischen Drohungen im Stiche gelassen habe, es sei dies der Anfang zur Erniedrigung Österreichs und des Bundes gewesen. Ich proponierte dem Kurfürsten, im nächsten Jahre ein gemeinsames militärisches Manöver der beiden hessischen Divisionen, etwa bei Hanau, zu veranlassen. Ich bemerkte, daß sich die Truppen auch anderer Mittelstaaten anschließen könnten. Der Eindruck auf Preußen werde nicht ausbleiben. Hätte ich damals, als zwei preußische Korps die kurhessische Grenze bedrohten, dem Kurfürsten zu raten gehabt, so würde ich ihm vorgeschlagen haben, sich mit Kassen und Truppen nach Hanau zurückzuziehen und die Hilfe der übrigen Bundesstaaten anzurufen. Der Großherzog würde ihm treu zur Seite gestanden haben.

6. November.

Fabrikant Julius Mönch von Offenbach erzählte mir vom Treiben des Herrn Metz und von der Wahl des Dr. Heldmann zum Abgeordneten von Offenbach.

Die Offenbacher Bevölkerung sei entrüstet über diese vom Nationalverein zustande gebrachte erbärmliche Wahl.

20. November.

Ich hatte den Besuch des Geheimen Rates Eckhardt,[1]) welcher mir über die preußischen unerträglichen Verzögerungen und immer erneuerten Einreden im Laufe der Frankfurter Konferenzen zur Herstellung eines gleichen Maßes und Gewichtes in Deutschland bittere Klagen führte und um Ermächtigung bat, aus den Sitzungen der Konferenz auszuscheiden, wenn das so fortgehe.

23. November.

Der belgische Gesandte Baron Beaulieu sagte mir, was Frankreich nach vertraulichen Äußerungen des Gesandten Malaret in Frankfurt im Falle der Annexion der Elbherzogtümer durch Preußen zunächst forderte, seien seine Grenzen von 1814 mit Landau, später vielleicht Belgien. Herr v. Bismarck sei mit leeren Händen nach Biarritz und Paris gekommen und habe deshalb nichts erreicht. Er habe von einer Abtretung von Nordschleswig an Dänemark gesprochen. Damit sei aber den Franzosen wenig gedient. Auch müsse man sich eines im Sommer dieses Jahres in Baden gesprochenen Wortes des Königs von Preußen erinnern, daß nämlich eine solche Abtretung mit Rücksicht auf die Stimmung der Armee unmöglich sei, welche Schleswig mit ihrem Blute erobert habe. Eine solche Äußerung, durch welche die preußische Armee zu

[1]) Dr. Christian Leonhard Philipp Eckhardt, Direktor der Staatsschuldentilgungskasse und landesherrlicher Kommissar bei der Bank für Handel und Industrie.

einer deliberierenden Körperschaft erhoben werde, sei übrigens nicht unbedenklich.

29. November.

Prinz Alexander meinte, die Tage der kleineren Dynastien seien gezählt. Auf der einen Seite die Vergrößerungssucht Preußens, auf der anderen Seite die Angriffe der Demokratie. Diesen Gegnern würde man auf die Dauer nicht Widerstand leisten können. Ich erwiderte, daß auch ich eine solche Zukunft voraussehe. Ich würde zwar derartige Ereignisse wohl nicht mehr erleben. Es habe bereits Ludwig IX.[1]) dieselben Befürchtungen Preußen gegenüber gehabt, welche dieser Staat dermalen einflöße. Er habe von Rußland aus Anlaß der Vermählung der Prinzessin Wilhelmine[2]) mit dem Großfürsten Paul[3]) und als Bedingung seiner Zustimmung zu dem Religionswechsel der Prinzessin Abtretung eines Territoriums verlangt, um sich dahin zurückzuziehen, wenn Preußen die kleinen deutschen Staaten verschlänge.

30. November.

Abends 6½ Uhr hatte ich den Besuch des für Paris neu ernannten Ministerresidenten Grafen Gustav Enzenberg. Ich gestehe, daß ich durch sein Erscheinen ein wenig frappiert war. Eine große Narbe spaltet die rechte Hälfte seines Gesichtes in zwei Teile. Er sieht ältlich und gebückt aus, spricht viel, hastig und mitunter undeutlich, lispelnd und mit Wiederholungen, ist dabei über die Maßen bescheiden und selbst ohne das nötige Selbstvertrauen. Er bot mir an, seine Kenntnisse im Französischen durch einen Aufsatz zu dokumentieren, was ich natürlich ablehnte. Er erzählte mir von seiner früheren Bekanntschaft mit der Herzogin von St. Leu[4]) und dem jetzigen Kaiser der Franzosen, den er in der Schweiz öfters gesehen habe. Er erzählte mir auch von seinen früheren Aufenthalten in Paris, von einer Audienz, die er bei dem Kaiser der Franzosen gehabt habe, um denselben für das Projekt einer Durchstechung des Isthmus von Panama zu gewinnen. Louis Napoleon habe ihn bei dieser Audienz nicht wieder erkannt, wenigstens so getan, obgleich er ihm früher ein von ihm, Napoleon, verfaßtes militärisches Werk geschenkt habe und obgleich er von der Großherzogin Stephanie[5]) empfohlen gewesen sei.

2. Dezember.

Morgens 11½ Uhr hatte ich den Besuch des bayrischen Gesandten Baron Schrenck, welcher mir eine Depesche seiner Regierung vorlas, durch welche die Anerkennung des Königreichs Italien durch Bayern motiviert wird. Wir

[1]) 1719—1790, regierte seit 1768 in Darmstadt.

[2]) 1755—1776, Tochter Ludwigs IX.

[3]) Als Paul I. Kaiser von Rußland, 1754—1801, regierte seit 1796.

[4]) So nannte sich die Mutter Napoleons III., Hortense, verwitwete Königin von Holland.

[5]) von Baden, geb. Beauharnais.

sprachen dann noch von den bayrischen Zuständen. Schrenck tadelte die dortige Kabinettsregierung, welche mit der Sucht des Königs, sich persönlich zur Geltung zu bringen, zusammenhänge und den Ministern ihre Stellung bedeutend erschwere.

Eines Tages sei der Prinz Karl zum König gekommen und habe ihm bemerkt, wie gut es sei, daß er, der kaum erst zur Regierung gekommen, sich persönlich zu nichts verpflichtet habe und also den Ministern in der schleswig-holsteinischen Sache ganz freie Hand lassen könne. Da sei der König plötzlich vorgetreten und habe den Prinzen Karl in stolzer Haltung gefragt: „Wie, bin ich etwa nicht König?“ Von diesem Augenblicke habe Prinz Karl mit seinem Neffen nie mehr ein Wort über Geschäfte gesprochen. Auch der König Ludwig I. werde von seinem königlichen Enkel niemals befragt.

Tagebuch 1866.

11. Januar.

Ich sagte Kübeck, daß ich nicht hoffe, Österreich werde je die Elbherzogtümer, welche seine tapfere Armee erobert habe, gegen Geld abtreten und so das Blut seiner tapferen Soldaten zur Ware, zum Tauschmittel machen.

21. Januar.

Ich machte mittags 1 Uhr dem Prinzen Alexander einen Besuch, um denselben, sowie die Prinzessin Battenberg, für den folgenden Abend zur Soiree einzuladen. Die Prinzessin Battenberg kam, während ich noch bei dem Prinzen war, zu demselben und ich konnte ihr die Einladung selbst ausrichten. Wir sprachen dann von den Zuständen in den deutschen Provinzen Rußlands, und ich sagte dem Prinzen, wie wenig der Graf Schuwalow beliebt sei, indem er seine Stellung als Generalgouverneur benutze, um die Provinzen zu russifizieren. Vor allem wolle man den Ständen das Recht nehmen, die Mitglieder der Richterkollegien selbst zu wählen. Man wolle die Krone ermächtigen, die Richterstellen geborenen Russen zu übertragen, und jedermann wisse, wie es mit der Bildung und der Unbestechlichkeit solcher russischen Beamten beschaffen sei. Den deutschen Zeitungen in Livland erlaube man nicht, die schamlosen Angriffe der russischen Blätter auf die Deutschen zu widerlegen, angeblich weil solche Angriffe ja doch nur der Ausfluß eines edlen, wenn auch übertriebenen Patriotismus seien. Der Prinz sagte mir, er habe kürzlich den Baron Plessen, von Petersburg kommend, gesprochen, und dieser habe ihm bitter über die dortigen Zustände und über den immer mehr um sich greifenden Deutschenhaß geklagt. Man möchte gern aus den Ostseeprovinzen ein deutsches Polen machen. Der Prinz erzählte mir, daß er im Monat Mai mit dem Großherzoge nach Petersburg gehe, und versprach, alsdann dem Kaiser die geeigneten Vorstellungen machen zu wollen.

2. März.

Nachmittags hatte ich den Besuch des Grafen d'Astorg, welcher mir den Inhalt einer Depesche seiner Regierung über die Ereignisse in den Donaufürstentümern mitteilte. Ich sagte ihm, daß ich wünsche, die von Frankreich vorgeschlagene Konferenz möge in Paris und nicht in Konstantinopel stattfinden. In Paris könne man zugleich die Angelegenheit der Elbherzogtümer in Fortsetzung der letzten Londoner Konferenzverhandlungen zur Sprache bringen.

14. März.

Morgens 9 Uhr besuchte mich der sächsische Gesandte v. Bose[1]) und teilte mir vertraulich die ganze sächsisch-bayerische Korrespondenz, welche der neuesten bayerischen Zirkulardepesche vorausgegangen war, sowie einen geheimen Bericht des Grafen Hohenthal[2]) über die Absichten des preußischen Ministeriums, einen Überfall Sachsens betreffend, mit. Es ging daraus hervor, daß die Zirkulardepesche in ihrer dermaligen Gestalt das Verdienst des Königs Johann von Sachsen war, welcher bei seiner jüngsten Anwesenheit in Dresden Herrn v. d. Pfordten bearbeitet hatte, um ihn auf dem bundesrechtlichen und deutschen Standpunkte festzuhalten und seinen Antipathien gegen Österreich Zügel anzulegen. Ich erklärte mich mit der sächsischen Ansicht, der bayerischen Zirkulardepesche mit der Modifikation zuzustimmen, daß in einem zwischen Österreich und Preußen ausbrechenden Kriege kein Grund für die übrigen Bundesstaaten liege, den Bund als aufgelöst zu betrachten und aus demselben auszuscheiden, einverstanden. Außerdem wahrte ich der Großherzoglichen Regierung das Recht, zur Erhaltung der Bundesautorität und der eigenen Sicherheit rasche militärische Maßregeln treffen, namentlich der österreichischen Garnison in Mainz zu Hilfe kommen zu dürfen.

Prinz Alexander sagte mir, Prinz Ludwig sei in seinen Ansichten über den Gang der Regierung viel milder und anerkennender geworden, seit er den Ministerialsitzungen beiwohne.

Graf d'Astorg fragte mich nach dem Stande der schleswig-holsteinischen Differenz. Ich sagte ihm einiges und fügte hinzu, wie der Kaiser Napoleon sich ein großes Verdienst erwerben und Deutschland zum Danke verpflichten würde, wenn er jene Angelegenheit zum Gegenstand der Verhandlung auf einer europäischen Konferenz machen und es durchsetzen wolle, daß dieselbe im Sinne der Wünsche der schleswig-holsteinischen Bevölkerung entschieden werde.

15. März.

Morgens kam Prinz Alexander zu mir. Wir sprachen über Politik, namentlich entwickelte ich dem Prinzen die Gründe, weshalb auch österreichisches Interesse und österreichische Ehre es nötig machten, den preußischen Annexionsbestrebungen in den Elbherzogtümern entgegenzutreten, und weshalb von einem Verkauf der letzteren an Preußen keine Rede sein könne.

Baron Brenner teilte mir zwei Zirkulardepeschen seines Hofes mit. Es waren in einer Depesche an den Grafen Blome die befriedigendsten Zusicherungen in bezug auf das von Österreich einzuhaltende bundestreue Verfahren enthalten und namentlich erklärt, daß Österreich, falls Preußen Feindseligkeiten beginne, sich von der Übereinkunft mit Preußen, nur gemeinsam mit demselben Anträge in der schleswig-holsteinischen Sache am Bunde stellen

[1]) Gustav Adolf v. Bose, sächsischer Gesandter in Frankfurt, Kassel, Darmstadt und Karlsruhe.

[2]) Karl Adolf Graf v. Hohenthal, bis 1866 sächsischer Gesandter in Berlin.

zu wollen, für entbunden erachte und sofort solche Anträge im mittelstaatlichen Sinne am Bunde stellen werde, nach Art. XI der Bundesakte.

16. März.

Der württembergische Gesandte Baron Linden teilte mir ein Zirkular seiner Regierung als Erklärung derselben auf die bayerische Depesche vom 8. l. M. mit. Der Inhalt war durchaus befriedigend. Schließlich brachte ich die Vorbereitungen zur Mobilmachung des VIII. Armeekorps zur Sprache und bat den Baron Linden, eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen dem Minister Baron Varnbüler und mir, sowie zwischen den beiderseitigen Kriegsministerien in Heidelberg zu veranlassen.

Um 5 Uhr kam Baron Brenner und las mir folgendes Telegramm des Grafen Mensdorff vom Heutigen vor:

> Wir haben uns entschlossen, den Grafen Károlyi mit einer Anfrage wegen der militärischen Vorbereitungen Preußens zu beauftragen. Erfolgt nicht genügende Antwort, so werden wir uns unverzüglich auf Grund des Art. XI der Bundesakte und XIX der Schlußakte behufs Wahrung des Friedens an den Bund wenden und zugleich erklären, daß wir alles Weitere in der Frage den Beschlüssen des Bundes anheimstellen.

Ich war natürlich von dieser Mitteilung sehr befriedigt und bat Brenner, dieselbe auch an den Prinzen Alexander gelangen zu lassen.

19. März.

Morgens 11 Uhr kam Baron Brenner und las mir folgendes Telegramm vor:

> „Graf Károlyi telegraphiert: Graf Bismarck in befohlener Weise von mir interpelliert, versuchte zuerst, die Berechtigung zu einer solchen Anfrage zu bestreiten ... Preußen habe nicht mobilisiert, keinen einzigen Mann einberufen und könne eher eine ähnliche Frage an Österreich richten, welches Truppen nach Böhmen bereits herbeigezogen habe. In Erörterungen über Preußens Absichten könne er sich auf Grund einer bloß mündlichen Anfrage nicht einlassen. Ich erwiderte, daß es niemand in den Sinn kommen könne, Österreich aggressive Absichten zuzuschieben. Zu einer schriftlichen Interpellation sei ich nicht ermächtigt. Nach längerer Diskussion schien der Ministerpräsident es nicht geraten zu finden, mich ohne Antwort zu lassen. Er meinte, jede ähnliche Anfrage müsse mit Nein beantwortet werden. Selbst wenn eine Macht am nächsten Morgen die Grenzen überschreiten wolle, werde sie dies noch am Vorabend in Abrede stellen. Ich wandte ein, daß in letzterem Falle eine ausreichende Antwort doch die geeignetere sein dürfte. Schließlich erklärte der Minister, daß er auf eine mündliche Interpellation bloß mit jenem

einen Wort „Nein“ antworten könne. Obwohl seine Auslassungen den geringen Wert seiner Erklärung beweisen, hielt ich es doch für angemessen, ausdrücklich zu konstatieren, daß Preußen durch dieses „Nein“ eine präzisierte Antwort an Österreich gerichtet habe.“

Das Telegramm des Grafen Mensdorff fährt dann fort:

„Unterrichten Sie hiervon den Herrn Minister mit dem Bemerken, daß, nachdem feindselige Absichten formell abgeleugnet sind, wir für unseren Teil die in Frankfurt beabsichtigte Erklärung vorerst noch zurückhalten.“

Ich bemerkte dem Baron Brenner, daß mir die Antwort des Grafen Bismarck, welcher zuerst erklärte, daß eine Macht, welche eine andere mit dem Krieg überziehen wolle, noch am Vorabende der Überschreitung der Grenzen eine jede Anfrage, ob sie feindliche Absichten hege, mit „Nein“ beantworten werde und der dann nach allerlei Umschweifen die Interpellation des Grafen Károlyi mit „Nein“ erwidert, eine höchst unbefriedigende sei, daß, wenn Österreich den Gegenstand beruhen lasse, Preußen sich in der günstigen Lage befinde, Zeit und Ort für den von ihm beabsichtigten Angriff beliebig auswählen zu können, daß Österreich genötigt sein werde, fortwährend kostspielige Rüstungen zu machen und später den Kampf unter den ihm ungünstigsten Verhältnissen, etwa wenn es in Italien oder an der Donau engagiert sei, aufzunehmen, und daß die näheren Verbündeten Österreichs unter dieser nachteiligen Situation mit zu leiden hätten. Baron Brenner gab mir die Richtigkeit meiner Bemerkungen zu und meinte, daß namentlich Sachsen den Gegenstand und die damit zusammenhängenden Verhandlungen am Bunde wohl nicht so einfach beruhen lassen werde, wie man dies in Wien zu beabsichtigen scheine.

19. März.

Ich schrieb am Nachmittag privatim an Minister v. Beust nach Dresden, um dessen An- und Absichten zu erfahren.

20. März.

Um $2^1/_2$ Uhr fuhr ich mit der Eisenbahn nach Bensheim, um dort die Minister v. Varnbüler und Edelsheim[1]) zu erwarten. Eine halbe Stunde nach mir, um $3^3/_4$ Uhr, kam der Zug mit den Ministern v. Varnbüler und v. Edelsheim. Ich führte die Herren zu Fuß nach Auerbach in die Krone, wo wir dinierten. Vor und während dem Essen besprachen wir die deutschen Angelegenheiten. Varnbüler zeigte mir zwei Berichte des württembergischen Gesandten in München, Grafen Degenfeld, worin das entschiedenste Mißtrauen gegen die Absichten des Baron Pfordten in der deutschen Frage

[1]) Ludwig Freiherr v. Edelsheim, 1823—1872, zuerst im kurhessischen, dann badischen Dienst; 1863 badischer Gesandter in Wien und Dresden, 1865 Vorsitzender des Ministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten; 1866 entlassen.

ausgesprochen ist. Es wird demselben Gleichgültigkeit gegen die Sache der Herzogtümer, die Absicht aus dem Bunde auszuscheiden und Bayern zu vergrößern, endlich geheime Verständigung mit Preußen vorgeworfen. Baron Edelsheim bestätigte die Richtigkeit dieser Vorwürfe aus eigener Erfahrung. Er erklärte, auf das Bestimmteste zu wissen, daß in Koblenz bereits das Nötige angeordnet sei, um in einer Nacht 10000 Mann nach Mainz zu schaffen und die Festung zu nehmen.

Ich bemerkte, daß es mir schwer werde, an einen Abfall Pfordtens von der gemeinsamen Sache Deutschlands und der Elbherzogtümer zu glauben. Sei es aber so, so müsse Sachsen sich an Österreich und seine Armee anschließen, und das VIII. Armeekorps habe die Aufgabe, Mainz zu decken und Preußen am Niederrhein im Schach zu halten. Varnbüler und Edelsheim erklärten sich bereit, zu diesem Zwecke militärische Maßnahmen vorzubereiten, auch eine militärische Konferenz zur Besprechung der Fragen von der Truppenaufstellung, dem Oberkommando usw. zu veranlassen. Varnbüler war der Ansicht, daß Württemberg schon jetzt mindestens 15 Mann per Kompagnie mehr einberufen und demnächst mit mindestens 30000 Mann ins Feld rücken werde, wovon freilich ein Teil für die stärkere Besetzung von Ulm abgehe. Die politischen Auffassungen der beiden Minister von Württemberg und Baden waren sehr erfreulich. Wir waren einverstanden, daß man Österreich in seinem Kampfe mit Preußen zur Seite stehen solle, wenn dasselbe sich verpflichte:

1. die Selbständigkeit der Elbherzogtümer und deren Konstituierung durch ihre gesetzlichen Vertreter zuzusichern, und

2. auf das Recht des Abschlusses eines einseitigen Übereinkommens mit Preußen zu verzichten. Ich betonte hierauf die Notwendigkeit einer Ministerkonferenz und eines darauf zu gründenden gemeinsamen Antrages am Bunde. Baron Edelsheim sprach die Besorgnis aus, daß uns für jeden entschiedenen Antrag am Bunde zur rechtlichen Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage die Majorität fehlen werde, weil die norddeutschen Staaten von Preußen eingeschüchtert werden würden. Außerdem fürchtete er die zweideutige Haltung Bayerns, welches wahrscheinlich jedes in unserer Konferenz gesprochene Wort nach Berlin mitteilen werde. Schließlich erklärte er aber doch, der Konferenz nicht entgegen sein zu wollen.

Baron Varnbüler übernahm es, auf meinen Vorschlag, vorerst mit dem sächsischen Minister v. Beust, etwa in Hof zusammenzukommen und gemeinsame Schritte verabreden zu wollen.

Ich brachte dann noch die Frage vom Oberkommando des VIII. Armeekorps zur Sprache, zu welchem zu ernennen dermalen Württemberg durch den Turnus berechtigt ist. Baron Varnbüler sagte mir im engsten Vertrauen, daß an eine Ernennung des Prinzen Friedrich[1]) nicht gedacht werde. Ich empfahl den Prinzen Alexander sehr dringend.

---

[1]) 1808—1870, Sohn des Prinzen Paul, Vetter König Karls.

22. März.

Mittags 12 Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander und gab demselben den Bericht zu lesen, welchen ich über meine Zusammenkunft mit den Ministern v. Varnbüler und v. Edelsheim an den Großherzog erstattet hatte.

Wir sprachen dann von der Übernahme des Kommandos des VIII. Armeekorps durch den Prinzen. Ich bemerkte, daß, wenn Württemberg ihn erneme, jedenfalls ein Korps von mindestens 10000 Österreichern zu ihm stoßen müsse, um den Kern der unter seinem Befehle stehenden Truppen zu bilden. Der Prinz war damit vollständig einverstanden.

24. März.

Um 9 Uhr morgens erhielt ich ein Telegramm des Geh. Rates Fenner mit der Nachricht von dem um 7 Uhr erfolgten Ableben des Landgrafen Ferdinand von Homburg.[1]) Ich besorgte sofort das Nötige zur Besitzergreifung und benachrichtigte den Großherzog. Geheimer Staatsrat v. Bechtold, Oberappellationsrat v. Lehmann und Geheimer Legationsrat Hofmann gehen als diesseitige Kommission nach Homburg.

25. März.

Um 11½ Uhr besuchte mich der nassauische Kriegsminister General v. Ziemiecki,[2]) um mit mir über die im Falle des Ausbruchs des Kriegs zwischen Österreich und Preußen und eines preußischen Angriffs auf Mainz zu ergreifenden Maßregeln zu reden. Er sagte mir, daß er beabsichtige, einen zuverlässigen Offizier an der Grenze bei Ehrenbreitstein zu stationieren, der sogleich zu telegraphieren habe, wenn sich eine preußische Expedition von Koblenz aus in Bewegung setze. Herr v. Ziemiecki versprach mir dann sofort durch den Telegraphen Nachricht zu geben. Ich sagte ihm, daß Österreich wünsche, vorerst in Kenntnis gesetzt zu werden, wenn man diesseits der österreichischen Garnison militärische Hilfe leisten wolle. Nassau beabsichtigt, Truppen nach Castell zu werfen, während man diesseits in Mainz einrückt. — Nach dem General v. Ziemiecki kam Baron Brenner. Ich gab ihm den Privatbrief des Ministers v. Beust vom 21. l. M. zu lesen, worin ein sehr ungünstiges Urteil über den dem Grafen Károlyi erteilten Auftrag zu einer mündlichen Interpellation an den Grafen Bismarck über etwaige feindselige Intentionen Preußens gefällt wird.

27. März.

Nachmittags 3 Uhr hatte ich den Besuch des Geheimen Legationsrates v. Wentzel, welcher mir eine Depesche seiner Regierung n. f. vom 25. März vorzulesen hatte, ohne mir Abschrift lassen zu dürfen. In der Depesche werden die österreichischen Rüstungen beklagt, welche Preußen, das an keinen An-

[1]) 1783—1866, Sohn Friedrichs V. und der Carolina von Darmstadt, letzter Landgraf von Homburg.

[2]) 1816—1906; zuerst im sächsischen, dann nassauischen, seit 1867 im österreichischen Heeresdienst, zuletzt k. u. k. österreichischer Feldzeugmeister.

griff gedacht habe, zu Gegenrüstungen nötigen. Es wurden weiter Vorschläge zu der unerläßlich notwendigen Reform des Deutschen Bundes, namentlich in militärischer Beziehung, angekündigt und schließlich gefragt, welche Stellung die deutschen Regierungen im Falle des Ausbruches eines Krieges mit Österreich einzunehmen gedächten. Ich erwiderte, daß meiner Überzeugung nach Österreich nicht daran denke, Preußen anzugreifen, sondern nur, sich gegen einen preußischen Angriff zu verteidigen. Die Furcht vor diesem letzteren sei nicht so ganz grundlos. Nicht nur habe die preußische Presse, auf welche die dortige Regierung Einfluß übe, seither stark mit dem Säbel gerasselt, sondern die Reden der preußischen Generale, daß Preußen Krieg brauche und wünsche, seien ebenfalls nichts weniger als beruhigend gewesen. Vor allem aber habe Graf Bismarck aus seinen kriegerischen Plänen in München und Hannover gar kein Geheimnis gemacht. Er habe Pfordten erklärt, Preußens Absicht sei nicht, Sachsen zu besetzen, sondern man werde aus Schlesien über Olmütz nach Wien marschieren und dort den Frieden diktieren. Neuerdings habe sich aber in Berlin der Feldzugsplan geändert und man gedenke jetzt sofort Sachsen zu besetzen. Was die Frage betreffe, welche Haltung die kleineren deutschen Staaten einnehmen würden, so müsse ich bemerken, daß man hier auf dem Boden des Bundesrechts stehe, daß man ein Recht der beiden Großmächte auf die Elbherzogtümer ebensowenig anerkenne, als den Wiener Frieden und die Abmachung von Gastein, daß nach der Bundesakte ein Krieg zwischen zwei Bundesmitgliedern, also auch zwischen Österreich und Preußen unmöglich sei, und daß man deshalb im Namen und nach den Beschlüssen des Bundes sich an der militärischen Aktion gegen jede der beiden Großmächte beteiligen würde, welche den Bundesfrieden breche. Man werde weder mit Österreich noch mit Preußen eine Separatallianz schließen, sondern einfach vollziehen, was der Bund verfüge. Auf die Möglichkeit einer solchen Separatallianz habe man außerdem durch die Zustimmung der bayerischen Zirkulardepesche vom 8. l. M. noch ausdrücklich verzichtet. Übrigens enthielten meine Äußerungen nur meine Privatansichten. Auf eine mir nur vorgelesene Depesche von solcher Tragweite, wie die vorliegende, könne ich ohne Ermächtigung des Großherzogs keine offizielle Antwort geben. Dazu gehöre aber, daß mir Abschrift der Depesche belassen würde. Auch könne eine solche Antwort nur nach vorherigem Benehmen mit Bayern und Sachsen erfolgen. Schließlich sagte ich dem Herrn v. Wentzel, daß seine Regierung am besten tun würde, sich in den Elbherzogtümern mit der Besetzung der Festungen als Bundesfestungen, mit dem Kieler Hafen als Bundeshafen, mit dem Nordostseekanal und der Rekrutierung von Matrosen für die preußische Flotte zu begnügen. Die Herzogtümer zu annektieren, werde nie gelingen, und gelänge es, so sei es sehr zweifelhaft, ob Preußen an einer so sehr erbitterten preußenfeindlichen Bevölkerung einen Gewinn mache. Man möge in Berlin nicht bloß an Österreich und Deutschland, sondern auch an das Ausland denken und überzeugt sein, daß man die Herzogtümer mit dem

linken Rheinufer, wenigstens einem Teile desselben, bezahlen müsse. Herr v. Wentzel teilte mir noch eine Liste der von Österreich in Böhmen und an der schlesischen Grenze zusammengezogenen Streitkräfte mit. Inzwischen kam Baron Brenner und gab mir eine Depesche seines Hofes vom 24. l. M. ad statum leg. Es lag Abschrift einer nach München gleichzeitig ergangenen Depesche bei, worin der Wunsch ausgesprochen wird, Bayern möge in Frankfurt auf Grund des Art. XI der Bundesakte einen Antrag stellen, wodurch die beiden Großmächte vom Kriege abgemahnt würden; es wird in der Begleitungsdepesche gebeten, man möge diesseits den österreichischen Wunsch in München unterstützen. Baron Brenner erklärte, am folgenden Tage wiederzukommen, um meine Ansicht zu hören. Nach ihm besuchte mich der von Stuttgart zurückgekehrte Graf d'Astorg. Wir sprachen von der schwebenden Tagesfrage. Ich sagte ihm, wenn seine Regierung, wie er mir von Stuttgart aus geschrieben, nicht nochmals auf ihren Vorschlag, alle großen Fragen zur Vermeidung von Kriegen auf Kongressen zu entscheiden, zurückkommen wolle, um die Elbherzogtümerfrage und den Konflikt zwischen Österreich und Preußen zu beseitigen, so finde ich das begreiflich, da der Vorschlag früher bei den übrigen Großmächten keinen Anklang gefunden habe. Aber eines so großen Anlaufes bedürfe es nicht. Frankreich und England könnten einfach an die jüngsten resultatlos gebliebenen Londoner Konferenzen anknüpfen und deren Fortsetzung verlangen, um die brennende Frage aus der Welt zu schaffen.

28. März.

Um 11¼ Uhr besuchte mich der bayerische Gesandte Baron Schrenck und gab mir eine Depesche seiner Regierung vom 26. l. M. zu lesen, worin das österreichische Ansinnen, einen Antrag in Frankfurt zur Beseitigung eines möglichen Krieges zwischen Österreich und Preußen zu stellen, motiviert abgelehnt wird. Als Grund wird angegeben, daß man ja von dem fraglichen Konflikte eigentlich nur aus Zeitungen und aus mündlichen Unterhaltungen etwas wisse, daß Preußen kriegerische Absichten leugnen werde, daß man möglicherweise in der Minorität bleibe und sich lächerlich mache, und endlich, daß man durch einen solchen Antrag gewissermaßen die Legalität der Gasteiner Übereinkunft anerkenne. Ich konnte mich der Richtigkeit dieser Bemerkungen nicht verschließen, bemerkte aber auf einen weiteren Passus in der Depesche, daß nämlich eine Zusammenziehung des VII., VIII. und IX. Armeekorps, welche Württemberg wünsche, vorerst nicht angezeigt erscheinen und den kriegerischen Konflikt eher fördern als verhindern werde, weil man dadurch Preußen provoziere, wie ich hiermit nicht einverstanden sei. Das sicherste Mittel, die ehrgeizigen Pläne Preußens ein für allemal abzutun, sei, demselben den Beweis zu liefern, daß es im Falle eines gewalttätigen Vorgehens nicht bloß Österreich, sondern ganz Deutschland gegen sich haben werde.

Als Baron Schrenck wegging, kam Baron Brenner. Ich teilte ihm vertraulich das wesentlichste aus der bayerischen Depesche vom 26. l. M. mit

und sagte ihm, daß hiernach ein jeder Versuch, Bayern zu dem gewünschten Antrag am Bunde zu bestimmen, vergeblich sein würde. Ich bedauerte, daß Graf Mensdorff sich mit der sehr zweideutigen Antwort des Grafen Bismarck auf die mündliche Interpellation des Grafen Károlyi in übermäßiger Besorgnis vor den Folgen eines Konfliktes vorerst befriedigt erklärt habe. Österreich möge nochmals auf diese Sache zurückkommen und entsprechend der von Herrn v. Bismarck gemachten Bemerkung, daß man solche Anfragen nicht mündlich mache, eine schriftliche Depesche an den Grafen Károlyi richten, welche er dem Grafen Bismarck zurückzulassen habe. In dieser Depesche möge man nicht bloß Auskunft über etwaige kriegerische Intentionen Preußens verlangen, sondern erklären, daß die schleswig-holsteinische Frage endlich definitiv geordnet werden müsse und daß man eine bestimmte Äußerung über die Pläne und Absichten Preußens erwarte. Die preußische Anwort werde daun hoffentlich eine Handhabe bieten, um die Angelegenheit an den Bund zu bringen und von der Gasteiner Konvention los zu kommen. Ich gab dem Baron Brenner gleichzeitig einen auf diese Angelegenheit bezüglichen Brief des Bundestagsgesandten v. Biegeleben vom 27. l. M. zu lesen. Baron Brenner nahm meinen Vorschlag ad referendum.

29. März.

Um 12 Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge, die eine volle Stunde dauerte. Ich las dem Großherzog meine Aufzeichnungen über die Verhandlungen vor, welche ich in bezug auf die schleswig-holsteinische Differenz in den letzten Tagen mit fremden Gesandten gehabt hatte. Dann besprach ich mit dem Großherzog ausführlich die homburgischen Verhältnisse, und er genehmigte namentlich die diplomatische Vertretung der Homburger Untertanen durch die großherzoglichen Gesandten und Konsuln.

Der Großherzog erzählte mir, daß die Königin von Preußen Herrn v. Bismarck tödlich hasse und nie mit ihm rede. Der Kronprinz könne ihn nicht ausstehen.

1. April.

Ich schrieb am Morgen Depeschen an die Gesandten in Berlin, Wien, Frankfurt und Stuttgart bezüglich meiner Erklärung auf die neueste preußische Depesche. Auch schrieb ich in dieser Beziehung eigenhändig an den bayerischen Gesandten Baron Schrenck und an Herrn v. Gagern. Um 11½ Uhr kam der nassauische Leutnant v. Nauendorff mit einem Briefe des Prinzen Wittgenstein zu mir. Diesem Briefe lag ein vertraulicher Bericht aus Koblenz bei, wonach dort die preußischen Regimenter ihre Beurlaubten einziehen und nach militärischen Angaben das 39. Regiment mobil gemacht wird. Ich antwortete dem Prinzen von Wittgenstein sofort und schickte den mir kommunizierten Bericht, sowie zwei ähnliche an den General v. Ziemiecki adressierte Berichte aus Koblenz, die mir der Gesandte v. Biegeleben am Tage zuvor

im Auftrage des Generals v. Ziemiecki geschickt hatte, durch Herrn v. Nauendorff an p. Wittgenstein zurück.

2. April.

Morgens 11½ Uhr kam Baron Brenner zu mir und gab mir eine Depesche seines Hofes nebst Abschrift einer Note, welche Graf Károlyi dem Grafen Bismarck am Tage zuvor übergeben hatte. Kaiser Franz Joseph erklärte darin, es sei eine Unwahrheit, wenn ihm in dem preußischen Zirkular vom 24. März aggressive Absichten gegen Preußen zugeschrieben würden. Niemand in ganz Europa glaube daran. Er könne sich auf seine freundschaftlichen Gesinnungen für den König Wilhelm und den preußischen Staat berufen, welche unverändert die nämlichen geblieben seien. Der Kaiser wünsche aber ebenso zu wissen, wessen er sich von Preußen zu versehen habe. Es wird schließlich verlangt, daß die Note dem König Wilhelm selbst vorgelegt werde. — Ich behändigte dem Baron Brenner Abschrift eines Erlasses des preußischen Oberkommandos zu Koblenz an die Direktion der hessischen Ludwigsbahn vom 24. März und eines demselben beigefügten Marschplanes. Es werden darin etwa 2400 Mann zum Transporte nach Mainz und ebensoviel nach Frankfurt für den 7., 8. und 9. April angekündigt, und die Eisenbahn wird aufgefordert, das nötige Transportmaterial in Bereitschaft zu halten. Baron Brenner übernahm es, den Erlaß dem Baron Kübeck und dem Grafen Neipperg[1]) zur Kenntnis zu bringen, und ich versprach, das Erforderliche vorzukehren, daß der fragliche Truppentransport ohne Zustimmung Österreichs nicht stattfinde.

Abends 5½ Uhr kam Baron Brenner wieder und ersuchte mich, zu veranlassen, daß in gewöhnlicher Weise der fragliche Truppentransport vorerst auf diplomatischem Wege eingeleitet werde und denselben bis dahin zu verhindern. Er fügte bei, daß plötzlich von Berlin die friedlichsten Nachrichten eingetroffen seien, die Börsen jubelten und die Papiere seien enorm gestiegen.

8. April.

Nach dem Diner sprach die Prinzessin Carl mit mir. Ich sagte ihr, daß ich dem Unternehmen der Blödsinnigenanstalt keine Zukunft verspreche, weil dasselbe nicht auf religiöser Grundlage beruhe und nicht von religiöser Begeisterung getragen werde. Die Prinzessin gab mir recht und fügte hinzu, man müsse eben die Prinzessin Alice gehen lassen. Dieselbe sei nur durch eigene Erfahrung zu belehren. Ich entgegnete, das nämliche habe ich einst der Prinzessin Alice selbst gesagt, ohne auf dieselbe Eindruck zu machen. Es scheine mir, daß ich bei dieser Prinzessin wenig in Gnaden stehe. Das hindere mich aber nicht, ungescheut die Wahrheit zu sagen, wie ich das zu jeder Zeit und jedem gegenüber getan habe. „Ja," antwortete die Prinzessin Carl,

[1]) Österreichischer Kommandierender in Mainz.

„das haben Sie stets, das Zeugnis muß ich Ihnen geben." Wir sprachen dann noch vom Prinzen Ludwig, und waren beide einverstanden, daß die Anwesenheit des Prinzen in den Ministerialsitzungen sehr erfreulich sei.

9. April.

Ich erhielt den Besuch des Baron Brenner, welcher mir in bezug auf den neuesten preußischen Bundesreformvorschlag und das von Preußen proponierte Suffrage universel, nachstehendes Telegramm seiner Regierung mitteilte:

„Uns erscheint der preußische Antrag auf Einberufung eines aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlamentes, solange nicht die Regierungen über die zu machenden Vorlagen sich geeinigt haben, entweder als revolutionär oder als ein unwürdiges Spiel mit der deutschen Reformfrage. Wir betrachten es als hochwichtig, daß ungesäumt eine gemeinschaftliche Erklärung der bundestreuen Regierungen erfolge, welche namentlich hervorzuheben hätte, daß Vorschläge zu Reformen der Deutschen Verfassung des Ernstes und der Aufrichtigkeit nicht entbehren dürften und daß jedenfalls die Einigung der Regierungen über die Reformvorlage der Berufung des Parlaments vorherzugehen hätte."

Ich erklärte mich hiermit vollständig einverstanden.

10. April.

D'Astorg hatte den Auftrag, sich bei mir über den Eindruck zu erkundigen, welchen der neueste Vorschlag Preußens in der Bundesversammlung, ein durch Urwahlen gebildetes deutsches Parlament zusammenzurufen, bei der Großherzoglichen Regierung hervorgebracht habe. Ich sagte ihm, daß dieser in beleidigender Weise für Österreich und die Mittelstaaten und mit einer Reihe geradezu falscher Tatsachen motivierte Vorschlag, gemacht von dem größten Feinde parlamentarischer Einrichtungen in dem Augenblicke einer gefahrvollen inneren Krisis, wohl keiner Zustimmung, weder unter den Regierungen noch im Volke, sondern überall nur einem erklärten Mißtrauen begegnen werde. Die Großherzogliche Regierung werde verlangen, daß vorerst die schleswig-holsteinische Frage ihre bundestägliche Erledigung finde, ehe eine Bundesreform in Angriff genommen werden könne. Graf d'Astorg fragte, ob die Ablehnung des preußischen Antrages nicht den lange gefürchteten Konflikt herbeiführen werde. Ich verneinte dies mit dem Anfügen, ein solcher Konflikt sei erst dann wahrscheinlich, wenn Österreich die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Frage an den Bund bringe und Preußen sich der Entschließung nicht füge. Ich kam schließlich auf meinen Vorschlag zurück, Frankreich möge die Wiederaufnahme der Londoner Konferenzen zur endlichen Ordnung der Frage von den Elbherzogtümern in Anregung bringen. Graf d'Astorg meinte, seine Regierung werde in dieser Beziehung nichts tun, vielmehr auf dem Standpunkt verharren, von dem er mir bereits Mitteilung gemacht habe.

12. April.

Morgens 11 1/4 Uhr besuchte mich der königlich preußische Ministerresident v. Wentzel, um mich über die diesseitige Ansicht, betreffend den jüngsten preußischen Antrag wegen Berufung eines Parlamentes auf Grund von Urwahlen zu befragen. Ich bemerkte ihm vor allem, daß die Motive des preußischen Antrages verletzend und unwahr seien. Im Jahre 1849 hätten hessische Truppen sechs Wochen lang die badische Insurrektion im Zaum gehalten, bis endlich die preußische Armee langsam herangerückt sei. Im Jahre 1859 hätten die hessischen wie die übrigen mittelstaatlichen Truppen schlagfertig dagestanden, während Preußen mit seiner Mobilisierung noch nicht zustande gekommen sei. Und was die im Jahre 1866 erfolgte Weigerung betreffe, im Kampfe gegen Österreich auf Preußens Seite zu treten, so liege der Grund nicht in einer mangelhaften Militärorganisation der Mittelstaaten, sondern in ihrer Bundestreue. Die Großherzogliche Regierung werde allerdings, ihren wiederholt öffentlich abgegebenen Erklärungen getreu, zu einer besseren Organisation des Bundes und namentlich zur Zusammenberufung eines Parlamentes gern die Hand bieten. Aber für Anwendung des Suffrage universel in Deutschland könne ich nie stimmen. Graf Bismarck wolle hierin Frankreich nachahmen und vergesse, daß man in Frankreich bei der Abstimmung, welche die dermalige Dynastie gegründet, nur die Wahl gehabt habe zwischen der roten Republik, der Anarchie und der Herstellung einer ziemlich unbeschränkten, aber aus den Gefahren der Anarchie rettenden, kräftigen Regierungsgewalt. Das sei in Deutschland anders. Hier fehlten die Erfahrungen von drei blutigen Revolutionen und man könne gewiß sein, daß die Anwendung des Suffrage universel zur Bildung eines deutschen Parlamentes uns mit der revolutionärsten Versammlung beschenken würde, die man sich denken könne. Ich sähe keinen Grund, weshalb man eine Volksvertretung am Bunde nicht aus Delegierten der Einzelkammern zusammensetzen wolle. Man würde dann wenigstens auf konservative Abgeordnete aus der Mitte der Ersten Kammern, der Herrenhäuser, zählen können. Die Ersten Kammern, die geborenen Vertreter des großen Grundbesitzes, hätten sich, in Preußen so gut wie in anderen deutschen Staaten, Verdienste genug um das monarchische Prinzip erworben, um, abgesehen von ihrer politischen Bildung und ihrer Stellung im Staate, Anspruch auf Berücksichtigung bei Zusammensetzung eines deutschen Parlamentes machen zu können. Außerdem frage ich, wohin es führen solle, wenn ein aus Urwahlen hervorgegangenes Parlament nach anderen Grundsätzen verfahre als die Kammern der Einzelstaaten? Nur durch die Zusammensetzung des Parlamentes aus Delegierten der Kammern, die gewissermaßen Bevollmächtigte der letzteren seien, könne hier ein harmonisches Zusammenwirken möglich gemacht werden. Ferner setze die Bildung eines Parlamentes notwendig die vorhergegangene Bildung einer kräftigen Zentralgewalt voraus, welche ihre Vorlagen an das Parlament gelangen und durch ihre Vertreter in bestimmter Richtung verteidigen lasse. Denn eine Konstituante wolle doch wohl auch

Herr v. Bismarck nicht schaffen. Wir hätten hier noch an den Erinnerungen des Jahres 1848 genug und dächten nicht daran, zu einer Wiederholung jenes Dramas die Hand zu bieten. Oder glaube Graf Bismarck vielleicht, ein deutsches Parlament, welches die Grenzen überschreite, so behandeln zu können, wie das Abgeordnetenhaus in Berlin? Eine solche Möglichkeit bezweifle ich. Und selbst wenn Herr v. Bismarck für Preußen stark genug sei, die einmal gemachte, in ihren Folgen geradezu revolutionäre Konzession zurückzunehmen, so seien die Mittelstaaten nicht in gleicher Lage. Im Jahre 1848 habe man gezwungen das Frankfurter Parlament beschickt und habe deshalb Gründe gehabt, sich den zu weit gegangenen Beschlüssen desselben zu entziehen. Den Beschlüssen einer im Jahre 1866 freiwillig von den Regierungen zusammenberufenen Versammlung werde man in ganz anderer Weise Rechnung tragen müssen. Man solle also jeden Schritt, den man tue, zweimal überlegen. Selbst die Konservative Partei in Preußen sei durch Herrn v. Bismarcks Vorgehen stutzig geworden, und rechne derselbe etwa auf eine Unterstützung der revolutionären Parteien in Deutschland, so möchte er wohl die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Aus der Hand ihres entschiedensten, von ihnen bitter gehaßten Feindes würden jene Parteien eine solche Gabe nicht annehmen. Die streng konservativen Regierungen von Hannover und Mecklenburg würden sicher dem gemachten Vorschlage nicht zustimmen. Die Großherzoglich Hessische Regierung aber sei der Ansicht, daß man nicht in einem Hause Reparaturarbeiten vornehme, während es darin brenne. Erst müsse die schleswig-holsteinische Frage gelöst sein, ehe man an eine Bundesreform denken könne. Jede Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung setze Stimmeneinhelligkeit voraus, und ehe die holsteinische Stimme in der Bundesversammlung wieder legal vertreten sei, könne man keine Art von Bundesverfassungsreform beschließen. Ich müsse aber schon jetzt auf das bestimmteste erklären, daß ich mich jeder Änderung der Militärorganisation, welche den Zweck habe, etwa den Norden Deutschlands unter preußische und den Süden unter die Führung eines anderen deutschen Staates zu stellen, entschieden widersetzen würde. Eine solche militärische Teilung sei zugleich eine politische. Ich aber kenne nur ein großes einiges Deutschland und würde jede Einrichtung bekämpfen, welche die Zerreißung des gemeinsamen Vaterlandes zum Zweck oder zur Folge habe. Man werde also in Darmstadt nicht dagegen sein, den in Frage stehenden preußischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, aber nur unter den angedeuteten Beschränkungen. Wir sprachen dann noch von den behaupteten österreichischen Rüstungen, die ich bestritt.

14. April.

Der württembergische Gesandte Baron Linden teilte mir mit, daß Minister v. Varnbüler nunmehr mit des Barons Pfordten politischer Haltung ganz einverstanden sei, eine Nachricht, die mir sehr angenehm war. Wir

besprachen dann die Behandlung des neuesten preußischen Reformantrages. Baron Brenner kam dazu und kündigte eine bevorstehende Einladung zu einer Ministerkonferenz in München an.

16. April.

Morgens 11 1/4 Uhr besuchte mich der mecklenburgische Gesandte v. Wickede, um mit mir die Abstimmung über den preußischen Bundesreformantrag zu besprechen. Gleich nach ihm erschien Baron Brenner und teilte mir eine Depesche an den Grafen Blome zu München vom 13. l. M. mit.

18. April.

Morgens 11 1/4 Uhr hatte ich den Besuch des bayerischen Ministers v. Schrenck, welcher den Inhalt einer mir am Tage zuvor überschickten bayerischen Zirkulardepesche, die Behandlung des preußischen Reformantrages am Bunde betreffend, zu besprechen hatte.

19. April.

Ich hatte dem Prinzen Alexander am Nachmittage geschrieben und ihm dringend geraten, seine projektierte Reise nach Petersburg über Wien zu machen und dort dem kleinmütigen Ministerium und dem Kaiser selbst Mut einzuflößen oder, wenn nötig, auf einen Ministerwechsel hinzuarbeiten. Er, der Prinz, könne Österreich in Petersburg die wichtigsten Dienste leisten, und der Kaiser Franz Joseph müsse also dem Prinzen hoch verpflichtet sein, wenn der letztere vorher nach Wien komme, um seine Dienste anzubieten. Ich hatte meinen Brief dem neuesten Gagernschen Bericht beigeschlossen und auf Baron Hübner[1]) aufmerksam gemacht. Der Prinz sagte mir am Abend, es sei seine Absicht, nach Petersburg über Wien zu gehen. Außerdem teilte er mir vertraulich mit, daß nach den Briefen der Kaiserin,[2]) seiner Schwester, man in Petersburg vollkommen von Herrn v. Bismarck zurückgekommen sei. Er, der Prinz, wünsche, daß Rußland in dem Konflikte Preußens mit Österreich keine absolute, sondern eine für Preußen übelwollende Neutralität einnehmen möge, und darauf beabsichtige er, hinzuwirken.

21. April.

Morgens 8 Uhr 40 Minuten fuhr ich in der Richtung über Stuttgart zur Ministerkonferenz nach Augsburg. Wir[3]) kamen abends 6 Uhr 20 Minuten in Augsburg an und stiegen im Gasthaus zu den „Drei Mohren" ab. Ich besuchte sofort den Baron Pfordten, welcher ebendaselbst wohnte, und wurde von ihm auf das herzlichste empfangen. Ich sagte ihm, daß ich seither die

[1]) Joseph Alexander Graf v. Hübner, 1811—1892, war seit 1837 im österreichischen diplomatischen Dienst, 1849—1859 Botschafter in Paris, 1865—1868 beim päpstlichen Stuhl.

[2]) Kaiserin Maria, Gemahlin Alexanders II.

[3]) Edelsheim, Varnbüler und Dalwigk.

mancherlei Verdächtigungen, welche mir über die Haltung Bayerns Preußen gegenüber und über eine Änderung der Gesinnungen Pfordtens zugekommen seien, entschieden zurückgewiesen habe. Die dermalige Konferenz sei an sich selbst eine Bestätigung meines Vertrauens und werde ihm, Pfordten, Gelegenheit geben, jeden Zweifel in seinen Gesinnungen noch besonders zu zerstreuen. Pfordten teilte mir mit, daß er die Gewißheit des Friedens, dessen Störung noch vor wenigen Tagen gedroht habe, der Versammlung mitbringe. Um 9½ Uhr kamen die Minister v. Beust, v. Watzdorf [1]) und v. Seebach [2]) an. Herr v. Uttenhofen von Meiningen war bereits früher erschienen. Ich soupierte mit Herrn v. Edelsheim.

22. April.

Um 10 Uhr fand die erste Konferenz in einem Saale vor den Zimmern des Barons Pfordten statt. Man einigte sich darüber, daß vorerst die preußischen Vorschläge wegen der Bundesreform abzuwarten seien und daß der Bundestagausschuß diese Vorschläge auch über den Modus der Parlamentswahlen im Detail zu verlangen habe. Minister von der Pfordten gab die feierliche Erklärung ab, daß Bayern weder mit Preußen noch mit Sachsen Separatabkommen getroffen habe, daß Bayern durchaus keine besonderen Vorteile für sich bei der bevorstehenden Bundesreform beanspruche und daß alle Verdächtigungen Bayerns in dieser Beziehung aus der Luft gegriffen seien. Um 1½ Uhr begann die zweite Konferenzsitzung. Man beschloß, zur Prüfung des preußischen Antrages auf Bundesreform einen Ausschuß ad hoc zu wählen, und zwar in denselben die sämtlichen Mitglieder des jetzt bestehenden politischen Ausschusses, außerdem aber die Gesandten von Baden und der zwölften Kurie zu wählen.

Baron Pfordten sprach sich in einer längeren Rede auf das ungünstigste über Österreich und seine Leistungsfähigkeit aus. Er meinte, Preußen sei ein junger aufstrebender Staat, dessen Drang, sich zu stärken und zu vergrößern, um seiner Aufgabe zu entsprechen, kein unberechtigter sei. Demselben zumuten, mit Österreich zu gehen, heiße eine Ehe zwischen einer jungen, kräftigen Frau und einem altersschwachen Greise verlangen. Man müsse Preußen Konzessionen machen, namentlich das Oberkommando über die norddeutschen Staaten, das X. Armeekorps und Kurhessen in Kriegsfällen überlassen.

Dafür werde Preußen sich in der schleswig-holsteinischen Frage nachgiebiger zeigen. Österreichs Regierung habe sich überall unzuverlässig gezeigt. Im Jahre 1854 habe das österreichische Kabinett Preußen und Bayern als Bedingung ihrer Vermittlung in Petersburg bestimmt zugesagt, es wolle kein Separatabkommen mit Frankreich treffen, und vor Ablauf des nämlichen Jahres sei ein solches dennoch getroffen worden. Solcher Wortbrüchigkeiten könne man noch mehrere anführen. In Bayern herrsche eine Erbitterung

[1]) Weimarischer Staatsminister.
[2]) Koburgischer Staatsminister.

gegen Österreich, wie dieselbe seit sechzig Jahren nicht stattgefunden habe. Man habe nicht wagen dürfen, den nach Holstein ziehenden österreichischen Truppen den Durchmarsch durch Bayern zu gestatten usw. Ich protestierte gegen die Absicht, Kurhessen gleich Hannover und Mecklenburg behandeln zu lassen und dem preußischen Oberkommando unterzuordnen. Minister v. Beust bestritt die Pfordtenschen Ansichten über die absolute Schwäche Österreichs.

Um 5 Uhr dinierten sämtliche Minister bei Baron Pfordten. Auch der von München herübergekommene sächsische Gesandte v. Könneritz nahm an dem Diner teil.

23. April.

Morgens 8 Uhr besuchte ich den Baron Beust auf seinem Zimmer. Wir sprachen über Pfordtens autistrophage Ansichten. Beust meinte, man dürfe ihm nicht viel widersprechen, sondern müsse ihn nur unter den Armen zu halten suchen, damit er nicht aus den Reihen der Mittelstaaten laufe.

Um 9 Uhr fand die dritte und letzte Konferenzsitzung statt. Baron Pfordten gab ausführliche Aufschlüsse über die bereits stattgehabten bayerischen Rüstungen und die Stärke und Schlagfertigkeit der bayerischen Armee. Ihm folgte Baron Varnbüler mit Nachweisungen über die württembergischen militärischen Rüstungen. Er behauptete, im Falle eines Ausbruches des Krieges würde Württemberg 40000 Mann ins Feld gestellt haben. Baron Edelsheim beantragte dann spezielle Vereinbarung über die schleswig-holsteinische Frage und einen desfallsigen Antrag am Bunde. Pfordten war der Ansicht, daß ein solcher Antrag die ganze eben beseitigte Kriegsgefahr wieder erneuere und den Austritt Preußens aus dem Bunde zur Folge haben würde. Trete Preußen aus, so bleibe Bayern ebenfalls nicht im Bunde. Dasselbe werde Bayern tun, wenn Österreich etwa austrete; die schleswig-holsteinische Frage werde zugleich mit der Bundesreformfrage gelöst werden. Erhalte Preußen den Oberbefehl über die militärischen Kräfte der norddeutschen Staaten, so werde es wohl auf die Annexion der Elbherzogtümer verzichten und sich mit dem Zugeständnisse seiner bekannten Februarforderungen[1]) begnügen. Baron Pfordten übernahm es schließlich, die verschiedenen in der nunmehr beendigten Konferenz geschehenen Äußerungen und Vereinbarungen in einer kurzen Übersicht zu resümieren und uns lithographierte Exemplare dieser Aufzeichnungen demnächst zuzusenden.

24. April.

Morgens 7 Uhr 5 Minuten fuhr ich mit Wittgenstein und Edelsheim über Ulm und Stuttgart nach Darmstadt zurück.

---

[1]) Vom 22. Februar. Gegen engsten militärischen und politischen Anschluß der Herzogtümer an Preußen wollte Bismarck die Einsetzung Herzog Friedrichs VIII. zulassen.

25. April.

Um 3 Uhr besuchte mich der Geheime Legationsrat v. Wentzel und teilte mir ein Exemplar der sehr friedlich lautenden preußischen Antwort auf den neuesten österreichischen Abrüstungsvorschlag mit.

29. April.

Um 11¼ Uhr kam Geheimer Legationsrat v. Wentzel und teilte mir eine preußische Zirkulardepesche mit, in welcher die Zusammenberufung eines deutschen Parlamentes auf einen bestimmten Tag gefordert wird und ohne Rücksicht darauf, ob der Bund sich inzwischen über die Kompetenz dieser Versammlung, über die zu machenden Vorlagen und die Vertretung des Bundes dieser Versammlung gegenüber geeinigt habe. Ich bemerkte Herrn v. Wentzel, daß dieses Verlangen geradezu zur Revolution führe. Ein Parlament ohne beschränkte Kompetenz, aus Urwahlen hervorgegangen, werde ohne weiteres die Reichsverfassung von 1849 mit preußischer Spitze proklamieren. Wolle man das in Berlin, so hätte man nicht nötig gehabt, im Jahre 1849 den badischen Aufstand zu bekämpfen. Man stehe dann mit Hecker auf einer Linie, und die preußische Armee könne letzterem die Hand reichen. Österreich und der Süden würden sich aber die obsolete Reichsverfassung unter keinen Umständen gefallen lassen, und so habe man den Bürgerkrieg in optima forma. Einerseits Preußen und die revolutionäre Partei, andererseits Österreich und die Konservativen. Ich meinerseits hätte keine Lust, auf Grundsätze zu verzichten, die ich seit sechzehn Jahren vertreten hätte, auch wenn den Grafen Bismarck die Lust anwandle, es einmal mit der Linken zu versuchen. Übrigens müsse, ehe ich auf die Depesche eine offizielle Antwort geben könne, vorerst eine Verständigung der in Augsburg vertreten gewesenen Staaten stattgefunden haben.

30. April.

Nachmittags 4½ Uhr erschien Baron Brenner und teilte mir zwei Depeschen seiner Regierung vom 28. April mit. In der einen wird die Vorlage der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund in Aussicht gestellt, in der anderen wird das Verhalten Preußens in bezug auf die italienischen Rüstungen besprochen und gebeten, seitens der Mittelstaaten einstweilen Rüstungen vorsichtig vorzubereiten.

1. Mai.

Baron Brenner wünschte infolge eines ihm zugekommenen Telegrammes meine Ansicht über verschiedene Punkte, namentlich über die Frage, ob die schleswig-holsteinische Frage an den Bund zu weisen sei, zu hören. Ich sagte ihm, daß ich damit einverstanden sei, daß dies aber möglicherweise bei Bayern nicht der Fall sei, welches diese Frage gleichzeitig mit der Reformfrage zu lösen wünsche, um dadurch den sonst drohenden Krieg zu vermeiden.

3. Mai.

Um 11½ Uhr kam der Geheime Legationsrat v. Wentzel und übergab mir eine preußische Depesche vom 30. April, in welcher die Unmöglichkeit erklärt wird, solange Österreich gegen Italien kriegerische Vorbereitungen treffe, preußischerseits abzurüsten.

4. Mai.

Baron Brenner teilte mir eine Zirkulardepesche seiner Regierung für die Höfe von Paris, Petersburg und London mit, worin der Wunsch Österreichs, den Frieden zu bewahren, beteuert wird.

5. Mai.

Baron Brenner ging auf die Eisenbahn, um dem von Wien und Stuttgart zurückkehrenden Prinzen Alexander mitzuteilen, daß nach einem soeben eingelaufenen Telegramm der Kaiser Franz Joseph wünsche, der Prinz möge die beabsichtigte Reise nach Petersburg vorerst nicht machen. Der Prinz ist von Württemberg, an welchem der Turnus steht, zum Oberbefehlshaber des VIII. Armeekorps ernannt worden.

6. Mai.

Besuch des württembergischen Gesandten Baron Linden, welcher mir zwei Briefe des Ministers Baron Varnbüler vom 5. l. M. zur Einsicht mitteilte. In dem einen ist die Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps angezeigt. Im anderen erklärt Baron Varnbüler sofortige Rüstung und Mobilisierung des VIII. Armeekorps für nötig und sagt, daß er in München den baldigen Wiederzusammentritt einer Ministerkonferenz beantragt habe. Schließlich bemerkt er, daß er wegen der Kosten der Rüstungen die württembergischen Stände einberufen werde. Mit den ersten zwei Punkten des zweiten Briefes erklärte ich mich einverstanden. Mit dem letzten nicht, weil die Gefahr dringend sei, eine Verhandlung mit Ständen zu viel Zeit wegnehme, weil die Souveräne das Recht hätten, in dringenden Fällen das nötige zur Sicherheit des Staates vorzukehren und weil der Minister des Äußern in Verlegenheit sein werde, die Mobilisierung in einer Ständeversammlung gehörig zu motivieren, ohne Preußen Veranlassung zu geben, sich für bedroht zu erklären und seine eigenen Rüstungen damit zu rechtfertigen. Nach Baron Linden kam Baron Kübeck und besprach mit mir den Fall einer Bedrohung der Festung Mainz durch Preußen und die desfalls von großherzoglich hessischer Seite aus zu ergreifenden Maßregeln.

7. Mai.

Dieser Tag war ein sehr bewegter. Schon um 10 Uhr morgens kam Major v. Lyncker[1]) zu mir, um im Auftrage des Großherzogs mit mir über

[1]) Flügeladjutant des Großherzogs.

die von mir beantragte Mobilmachung der Großherzoglichen Armeedivision zu reden. Aus Lynckers Reden sah ich, daß der Großherzog ängstlich zu werden anfing, daß er sich fürchtete, Preußen zu provozieren, und daß er namentlich die Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps und dessen gleichzeitige Ernennung zum Oberbefehlshaber der österreichischen Garnisonen von Mainz, Frankfurt, Rastatt und Ulm als ein Ding ansah, welches den Großherzog in den Augen Preußens als parteiisch für Österreich darstellen könne.

Der Großherzog klagt, er sei unter allen deutschen Fürsten der gefährdetste, viel mehr als Sachsen, welches noch auf dem Boden des Art. XI der Bundesakte stehe.

Ich lachte Lyncker mit solchen Jeremiaden aus und sagte ihm, daß, wenn der Großherzog so wie der König von Sachsen drei Armeekorps an seiner Grenze stehen hätte, er schwerlich behaupten würde, besser daran zu sein als ein anderer Fürst, bloß weil dessen Bruder das VIII. Armeekorps kommandiere, während er selbst vorerst nicht direkt bedroht sei. Für den Rechtsboden des Art. XI der Bundesakte gäbe ich dermalen keinen Pfifferling.

Um 11 Uhr fuhr ich zu dem Prinzen Alexander und blieb eine volle Stunde bei ihm. Er erzählte mir von seinem Aufenthalte in Wien, von seiner ihm nicht gerade angenehm gekommenen Ernennung zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps, von seiner Reise nach Stuttgart und den Bedingungen, die er bei Annahme des Oberkommandos dem Kaiser Franz Joseph gestellt habe, daß er sich nämlich aus den österreichischen Offizieren einen tüchtigen Generalstabschef, den Obersten Schönfeld, auswählen dürfe, und daß das VIII. Armeekorps durch eine österreichische Division von mindestens 10000 Mann verstärkt werde. Der Kaiser hatte diese Bedingungen angenommen und dem Prinzen zugleich das Kommando über die österreichischen Garnisonen in den Bundesfestungen und Frankfurt angeboten. In Stuttgart hatte die Ankunft des Prinzen und sein Drängen auf sofortige Rüstung eine Veränderung im Kriegsministerium zur Folge. Graf Hardegg wurde an der Stelle des Generals von Wiederhold Kriegsminister. Prinz Alexander erzählte mir, daß die Prinzen Ludwig und Heinrich die preußische Uniform ablegen und bei den hessischen Truppen den bevorstehenden Feldzug mitmachen wollten. Prinz Ludwig beabsichtige, selbst nach Berlin zu gehen und den König um seine Entlassung zu bitten. Er habe dem Prinzen geraten, statt dessen lieber dem Könige zu schreiben. Prinzessin Alice habe über den Entschluß ihres Gemahles, selbst seine hessische Brigade ins Feuer führen zu wollen, geweint, aber den Entschluß selbst vollkommen gebilligt. Prinz Heinrich habe gesagt, alle Kameraden in seinem preußischen Husarenregimente seien über den Mutwillen, mit welchem die preußische Regierung zum Kriege dränge, höchst erbittert. Der Prinz habe erklärt, er wolle keinem Räuberkönige ferner dienen. — Ich verabredete mit dem Prinzen Alexander für den Nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit dem Kriegsminister und dem Finanzminister in

der Wohnung des Prinzen selbst, ein gemeinsames Benehmen, zu welchem mich der Großherzog aufgefordert hatte. Bei meiner Rückkehr nach Hause hatte ich den Besuch des Geh. Rates Schmitt[1]) von Mainz, welcher klagte, die Aufregung unter den Soldaten der Mainzer Garnison nehme zu, und man könne nur noch mit Mühe größere Konflikte zwischen den Österreichern und Preußen in der Festung hindern. Das Gerücht verbreite sich auch, daß in dem italienischen Regimente Wernhardt verräterische Proklamationen in italienischer Sprache verbreitet würden, worin man die Soldaten auffordere, nicht auf die Preußen, ihre Brüder, zu schießen. Nach dem Geh. Rat Schmitt kam Prinz Ludwig, um mir mitzuteilen, daß er am Nachmittag nach Berlin gehe, um von dem Könige seine Entlassung aus dem preußischen Militärverbande zu fordern. Ich sagte dem Prinzen, wie sehr mich sein Entschluß freue und wie ruhmvoll es sei, daß er selbst an der Spitze seiner hessischen Brigade marschieren wolle. Ich sprach die Hoffnung aus, daß es ihm in Berlin vielleicht gelinge, den König Wilhelm auf bessere Wege zu bringen. Um 3 Uhr fuhr ich in die Ministerkonferenz bei dem Prinzen Alexander. Es wurde einmütig beschlossen, die ganze Armeedivision schleunigst zu mobilisieren und einen Offizier, den Oberstleutnant Mootz[2]) nach Stuttgart zu schicken, um sich über die Art und den Umfang der württembergischen Rüstungen zu vergewissern.

Der alte General v. Wachter[3]) erging sich in unverdauten politischen Betrachtungen und Entwicklung der Schwierigkeiten, die es habe, hessische Truppen nach Mainz zu bringen. Ich mußte mich mit Geduld waffnen, um die eigensinnig festgehaltenen Ansichten des 78jährigen Mannes zu widerlegen. Er verlangte auch eine sofortige Vorlage an die Stände, ein Verlangen, dem ich mich aus einer Reihe von Gründen auf das entschiedenste widersetzte. Um 8 Uhr erschien Oberstleutnant Hartmann,[4]) um mir zu sagen, man werde im Lande die zur Mobilisierung erforderlichen Reitpferde nicht erhalten können, und der Kriegsminister lasse mich deshalb bitten, zu veranlassen, daß zugunsten der Großherzoglichen Regierung das österreichische Pferdeausfuhrverbot modifiziert werde. Gleichzeitig mit Oberstleutnant Hartmann war Baron Brenner gekommen. Ich wandte mich an letzteren, und er übernahm es, den fraglichen Wunsch telegraphisch in Wien zu befürworten.

9. Mai.

Morgens 10 Uhr kam Oberstleutnant Mootz und berichtete mir über seine Sendung nach Stuttgart, indem er mir zugleich einen Brief des Grafen

---

[1]) Karl Schmitt, Provinzialdirektor von Rheinhessen.

[2]) Johannes Georg Mootz, Oberstleutnant und Chef der 1. Sektion des Kriegsministeriums.

[3]) Friedrich v. Wachter, Generalleutnant und hessischer Kriegsminister, lebenslängliches Mitglied des Staatsrats und der Ersten Kammer.

[4]) Friedrich Caspar Hartmann, Mitglied des Kriegsministeriums.

Taube[1]) behändigte. Danach zieht Württemberg dermalen seine Truppen in voller Kriegsstärke zusammen. Die Haltung Badens ist dagegen noch ungewiß. Es wird eine Konferenz der Kriegsminister der drei Staaten des VIII. Armeekorps in Aussicht genommen. Bald nach dem Eintritt des Oberstleutnants Mooß kam der Prinz Alexander und zeigte uns vertraulich eine an Baron Kübeck gerichtete Depesche des Grafen Mensdorff. Österreich will zunächst beantragen, die beiderseitigen Garnisonen der Großmächte aus Mainz zu ziehen und die Festung der Reservedivision des Bundes anzuvertrauen. Kriegsminister Wachter kam von einer Audienz im Schlosse. Er klagte über die Mutlosigkeit des Großherzogs, welcher sich nicht entschließen könne, selbst zu den eine Mobilmachung vorbereitenden Schritten seine Zustimmung zu erteilen, aus Furcht, Preußen zu provozieren. Der Großherzog wiederhole stets, er wolle erst wissen, was Bayern tun werde. General v. Wachter bat mich, dem Großherzog mündlich auch meinerseits Vorstellungen über die Notwendigkeit eines energischen Handelns zu machen. Er habe sich seinerseits vergeblich bemüht, dem Großherzog begreiflich zu machen, daß seine Ehre wie seine Existenz auf dem Spiele ständen, wenn er sich nicht entschließen könne, seine Truppen baldigst auf den Kriegsfuß zu setzen. Um 12 Uhr hatte ich den Besuch des Hofmarschalls v. Westerweller, welcher mir mitteilte, daß Prinz Ludwig von Berlin zurückgekehrt sei, ohne den König gesehen und folgeweise auch ohne sein Gesuch um Entlassung aus dem preußischen Militärverbande bei dem Könige vorgebracht zu haben. Ich gab mein Erstaunen zu erkennen und bemerkte, daß ja dann die ganze Reise des Prinzen Ludwig zwecklos gewesen sei. Westerweller entgegnete, der Kronprinz habe dem Prinzen Ludwig gesagt, der König sei den ganzen Tag über nicht zu sprechen, und der Prinz habe deshalb vorgezogen, am Abend des nämlichen Tages wieder abzureisen, an dessen Morgen er in Berlin angekommen sei. Nachmittags kam Baron Brenner, um mir mitzuteilen, daß die österreichische Regierung der diesseitigen den Ankauf und die Ausfuhr von Pferden aus Österreich gestattet habe. Ich schrieb desfalls sogleich an den Kriegsminister. Bei meiner Rückkehr vom Ministerium begegnete ich in der Straße dem Abgeordneten Wernher, welcher mich bat, Vorkehrungen zur Sicherheit von Mainz zu treffen, und fast gleichzeitig dem Minister v. Schenk, welcher mir sagte, die hier anwesenden Mitglieder der Zweiten Kammer hätten am Nachmittage eine Beratung. Ich möge für alle Fälle ein Vertagungsdekret vorbereiten für den Fall, daß die Führer der Fortschrittspartei in der Kammer etwa mißliebige Beschlüsse vorbereiteten. Ich schrieb dementsprechend sogleich an Bechtold.[2]) Abends erzählte mir der Prinz Alexander einige Mitteilungen, die Prinz

[1]) Vortragender Rat im Ministerium des Auswärtigen, Direktor des Haus- und Staatsarchivs.

[2]) Friedrich Georg v. Bechtold, 1800—1872, Wirklicher Geheimer Rat und Staatsrat im Ministerium des Innern, lebenslängliches Mitglied der Ersten Kammer, 1871 Nachfolger Dalwigks.

Ludwig vom Kronprinzen von Preußen erhalten habe. Der Kronprinz habe erklärt, daß er vom Gange der preußischen Politik gar nichts erfahre. Bismarck habe den König vollständig in der Hand. Als man ihm gesagt habe, Bismarck dränge zum Krieg, habe der König geantwortet, das sei unmöglich, dazu sei Bismarck zu christlich. Die wichtige österreichische Depesche, worin Österreich sich erboten habe, gleichzeitig, ja noch vor Preußen abrüsten zu wollen, wenn dieses die Hand zu einer Entwaffnung biete, habe Bismarck dem Könige einfach unter einen Stoß anderer minder wichtiger Depeschen geschoben. Als nun mittags bei der Tafel allgemein von diesem österreichischen Vorschlage die Rede gewesen, habe der König erstaunt und unwillig gefragt, ob das wahr sei, er wisse ja kein Wort davon. Er habe dann Bismarck Vorhalt gemacht. Dieser habe erwidert, die Depesche habe ja Seiner Majestät vorgelegen, und dabei habe sich der König beruhigt. Prinz Alexander bemerkte weiter, der einzige, welcher noch auf die Entschlüsse des Königs Wilhelm Einfluß üben könne, sei der Kaiser Alexander. Eine entschiedene motivierte Abmahnung desselben, gestützt auf Beweise, daß Bismarck den Krieg als Ziel im Auge habe, könne vielleicht den König Wilhelm zu besseren Ansichten bringen. Ich bat den Prinzen, schleunig nach Petersburg zu schreiben. Er sprach die Besorgnis aus, daß sein Brief auf der Post geöffnet werden könne, und ich empfahl die Benutzung eines russischen Kuriers.

10. Mai.

Morgens 10 Uhr hatte ich den Besuch des Baron Brenner und des Grafen Neipperg, des letzteren mit einem österreichischen Hauptmann, dem Chef seines Stabes. Graf Neipperg war von Mainz herübergekommen, um mit dem Prinzen Alexander zu konferieren.

Ich teilte den Herren mit, daß ich einen Brief des Baron Pfordten erhalten habe, der vollständigen Aufschluß über den Umfang der bayerischen Rüstungen gibt, die Ankunft eines bayerischen Generalstabsoffiziers in Darmstadt ankündigt und gemeinsame Maßregeln zum Schutze von Mainz in Aussicht stellt. Wir besprachen nachher die Art, wie man im Falle einer preußischen Bedrohung der Festung Mainz Truppen in letztere werfen könne. Graf Neipperg war dafür, die Truppen bei Rüsselsheim mittels einer Pontonbrücke über den Main zu setzen und dieselben in Kastel einmarschieren zu lassen. Die Eisenbahnbrücke liege unter den preußischen Kanonen.

Um $12^1/_2$ Uhr erschien Herr v. Labenski. Wir besprachen die politische Lage. Ich bemerkte, daß der Kaiser Alexander allein vielleicht noch imstande sei, durch die Absendung eines tüchtigen Mannes an den König Wilhelm mit eingehenden Instruktionen und mit dem Auftrage, den König Wilhelm von der wahren Sachlage zu unterrichten, den drohenden Krieg zu verhindern.

11. Mai.

Morgens 10 Uhr kam der Kriegsminister v. Wachter, um mit mir über die Mobilmachung zu reden. Er sagte mir, daß der Großherzog die Ein-

berufung von 120 Mann per Kompagnie angeordnet habe. Um 10½ Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander. Derselbe teilte mir einen Brief der Kaiserin Marie mit; die Kaiserin schrieb, die Aufregung gegen Preußen sei so allgemein in Rußland, daß der Kaiser, wenn nicht die alte Abneigung gegen Österreich bestände, sein Heer und Volk schwer würde abhalten können, gegen Preußen zu ziehen. Ich besprach dann noch mit dem Prinzen die Möglichkeit, einen Brief an den Kaiser nach St. Petersburg zu senden, ohne die Gefahr, daß derselbe in Preußen geöffnet werde. Ich schlug vor, den Brief entweder über Wien gehen zu lassen, oder denselben durch einen Kurier zu befördern. Der Prinz entschied sich für eine Sendung durch Sidorowitsch.[1]) Er sagte mir im engsten Vertrauen, die Kronprinzessin von Preußen habe sich hierher an ihre Schwester Alice gewandt und gebeten, die letztere möge veranlassen, daß Kaiser Alexander einen sehr ernsten Schritt in Berlin tue, um den Frieden zu erhalten. Die Königin Viktoria wolle gleichzeitig in demselben Sinne auf den König Wilhelm einwirken.

Um 11 Uhr ging ich vom Prinzen Alexander in die Ministerialsitzung, wo sich bereits Prinz Ludwig eingefunden hatte. Ich nahm den Prinzen vorerst allein und sagte ihm, daß ich Bedenken dabei trüge, eine öffentliche Rechtfertigung und Erläuterung der angeordneten Rüstungen zu geben. Man werde das nicht hören ohne eine bittere Kritik des preußischen Verhaltens, und damit arbeite man Herrn v. Bismarck in die Hände, welcher den Umstand benutzen werde, um Preußen aufs neue als bedroht dem Könige gegenüber darzustellen. Wir berieten hierauf die Verordnung betreffend den zwangsweisen Ankauf der Pferde für die großherzoglichen Truppen. Beim Weggehen sagte mir Prinz Ludwig, daß Prinz Alexander sich dem Großherzog gegenüber zu sehr als österreichischer General geriert und dadurch den Großherzog geärgert habe.

Nachmittags 4 Uhr besuchte mich der Abgeordnete Wernher. Er sagte mir, daß er den Stadtrat von Mainz veranlaßt habe, durch eine Deputation in Darmstadt Schutz für die Stadt zu erbitten. Wernher erzählte mir auch, daß in der vor drei Tagen stattgehabten vertraulichen Vorbesprechung der hier anwesenden Landtagsabgeordneten beschlossen worden sei, in der Frage des schwebenden kriegerischen Konfliktes vorerst nichts zu tun.

Oberleutnant v. Follenius[2]) brachte mir Gagernsche Berichte und einen Brief des Feldzeugmeisters Baron Mertens.[3]) Sodann erhielt ich ein langes Schreiben des Baron Pfordten mit der motivierten Mitteilung, daß die ganze bayerische Armee mobil gemacht werde und mit neuen Vorschlägen zu der am 13. l. M. in Bamberg stattfindenden Ministerkonferenz.

---

[1]) Russischer Legationssekretär in Darmstadt.

[2]) Justus Wilhelm, Oberleutnant im 1. Reiterregiment.

[3]) Carl Freiherr v. Mertens, Österreichischer Feldzeugmeister und später Präsident des Obersten Militärgerichtssenats, ein Freund Dalwigks aus der Mainzer Zeit.

12. Mai.

Morgens 10½ Uhr fuhr ich zur Audienz bei dem Großherzog. Derselbe teilte mir vertraulich einen Brief des Königs von Preußen an die Prinzessin Alice[1]) mit dem Auftrage mit, ihn der Prinzessin zurückzubringen und derselben zu sagen, was meines Erachtens zu antworten wäre.

Nachmittags entwarf ich ein Antwortschreiben der Prinzessin Alice an den König Wilhelm. Die Prinzessin ließ mich um 6 Uhr rufen. Ich las ihr meine Antwort vor, die sie befriedigte, und die sie kopieren wollte. Dann sprach ich mit ihr und dem Prinzen Ludwig noch eine halbe Stunde lang Politik. Beide waren sehr erbittert auf Preußen. Die Prinzessin sagte mir, der König gestatte weder dem Kronprinzen noch der Kronprinzessin, Rat zu geben. Es sei zu bedauern, daß heutigentages fast alle regierenden Herren so wenig begabt seien. Es sei wünschenswert, daß der König abdanke, der Deutschlands Geschicke den Händen eines einzelnen verruchten Menschen überlasse usw. Wir sprachen von dem Briefe des Prinzen Alexander an den Kaiser Alexander, mit dem Sidorowitsch bereits auf dem Wege nach Petersburg sei. Die Prinzessin Alice wollte ihr Schreiben an den König Wilhelm durch den Lord Loftus[2]) übergeben lassen. Gleichzeitig will auch die Königin Viktoria einen letzten dringenden Schritt bei dem Könige zur Erhaltung des Friedens tun. Ich sagte, Bismarck sei wie ein Mensch, der sein ganzes Vermögen auf eine Karte setze. Ich bemerkte weiter, es sei zu bedauern, daß England auf seine alte Kontinentalpolitik so ganz verzichtet habe. Durch einen ernsten Schritt in Paris würde England es bei Louis Napoleon, der mit abergläubischer Zähigkeit am englischen Bündnis hänge, durchgesetzt haben, daß derselbe zu der Wiedereröffnung der Londoner Konferenzen in der schleswig-holsteinischen Sache seine Zustimmung gegeben hätte. Die Prinzessin meinte, England sei eben eine Insel, und ich bemerkte, daß aber seine Handelsinteressen ihm die Erhaltung des Friedens auf dem Kontinente in hohem Grade wünschenswert machten.

13. Mai.

Ich fuhr morgens 7 Uhr zur Ministerkonferenz nach Bamberg.

Auf dem Darmstädter Bahnhof traf ich mit dem badischen Minister Baron Edelsheim zusammen. Derselbe erzählte mir vertraulich, sein Großherzog sei in der dermaligen Krisis ängstlich und schwankend geworden, und zwar infolge einer Unterhaltung, welche unser Prinz Ludwig mit dem Prinzen

---

[1]) Siehe Anlage 3. Der Brief war nur zum kleinen Teil bekannt und veröffentlicht bei Berner: Kaiser Wilhelms des Großen Briefe usw., II, S. 124 f.

[2]) Augustus William Frederick Spencer Lord Loftus, 1817—1904. Seit 1837 im diplomatischen Dienst; 1852 Gesandtschaftssekretär in Stuttgart, 1853 in Berlin, 1858 Gesandter in Wien, 1860 in Berlin, 1862 in München, 1866 Botschafter beim Norddeutschen Bunde in Berlin, 1871 in Petersburg, 1879—1885 Gouverneur von Neusüdwales.

Wilhelm von Baden auf einer gemeinsamen Eisenbahnfahrt gehabt habe. Der Prinz Wilhelm sei nämlich am 7. Mai nach Nauheim gefahren, um von dort seine Gemahlin abzuholen. In Darmstadt sei er mit dem Prinzen Ludwig zusammengetroffen, welcher damals nach Berlin gereist sei, und dieser letztere habe dem Prinzen Wilhelm erzählt, unser Großherzog sei gar nicht für den Krieg, er wolle von Österreich und dessen Demonstrationen nichts wissen, die Ernennung des Prinzen Alexander, als eines österreichischen Generals, sei dem Großherzog unangenehm, weil es dadurch den Anschein gewinne, als ob Hessen auf österreichischer Seite stehe, was durchaus nicht der Fall sei usw. Der Prinz Wilhelm habe sich beeilt, diese Äußerungen dem Großherzog Friedrich, seinem Bruder, zu hinterbringen und, gestützt darauf, denselben im Sinne einer neutralen Stellung der Mittelstaaten zu bearbeiten. Eine solche Stellung stimme mit den Wünschen einer gewissen Partei in Baden überein, und ihm, Edelsheim, sei dadurch nun seine Aufgabe erschwert. In Aschaffenburg kam auch noch der sächsische Bundestagsgesandte v. Bose zu uns. In Bamberg kamen wir gleichzeitig mit den Ministern v. d. Pfordten und Varnbüler an. Um $2^1/_2$ Uhr kam auch Minister v. Beust mit den Herren v. Watzdorf, Seebach und Uttenhofen. Ich ging mit Herrn v. Bose an den Bahnhof, um Herrn v. Beust zu empfangen. Bose erzählte mir, der russische General Prinz Hohenlohe-Waldenburg [1]) habe auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Alexander dem Könige von Preußen bei der Durchreise durch Berlin seinen Besuch gemacht und denselben auf das dringendste vom Kriege abgemahnt. Der König habe beteuert, er wünsche keinen Krieg, ein Kampf von Deutschen gegen Deutsche würde ihm das Herz zerreißen. Baron Pfordten zeigte mir ein Telegramm des bayerischen Gesandten Grafen Quadt [2]) in Hannover, wonach Preußen Hannover gegen das Versprechen der Neutralität Garantie seiner Souveränität angeboten hat. Der preußische Vorschlag werde dermalen in Gegenwart des Königs von Hannover in Herrenhausen diskutiert.

Um 6 Uhr abends fand die erste Ministerkonferenz statt. Man diskutierte zunächst die Frage, ob am Bunde eine Mobilmachung der Bundesarmee zu beantragen sei. Man war einstimmig der Ansicht, diese Frage zu verneinen, weil man der Majorität in Frankfurt nicht ganz sicher sei, weil dagegen ein eingehender Bundesbeschluß unmittelbar zum Kriege führen werde, zu dem man noch nicht gehörig gerüstet sei, und weil man endlich durch eine Mobilmachung der Truppen der norddeutschen, in der preußischen Machtsphäre liegenden Staaten voraussichtlich Preußen ebensoviele Hilfstruppen zuführen werde. Während der Diskussion abends 8 Uhr kam nachträglich der nassauische Minister Prinz von Wittgenstein an. Er war instruiert, auf einem Bundesbeschluß behufs der Mobilmachung der Bundesarmee zu bestehen, um für einen Antrag bei den nassauischen Ständen behufs der Kostenübernahme für

[1]) Friedrich Carl Joseph, Generaladjutant des Zaren.

[2]) Friedrich Wilhelm Graf v. Quadt zu Wykradt und Isny.

die nassauischen Rüstungen eine Basis zu gewinnen. Er blieb aber mit seiner Ansicht isoliert.

Hierauf kam die Haltung der Mittelstaaten im Falle des Ausbruches des Krieges zwischen Österreich und Preußen zur Sprache. Baron Edelsheim beantragte eine bewaffnete Neutralität in der Art, daß man eintretendenfalls, wenn etwa Frankreich sich in den Kampf einmischen wollte, demselben rasch zuvorkommen und den Frieden herstellen könne. Dieser Vorschlag wurde aber von allen Seiten auf das lebhafteste bekämpft.

Baron Pfordten bemerkte, das heiße Sachsen und Schleswig-Holstein zugleich aufgeben. Eine solche Neutralitätserklärung sei eine direkte Verletzung der Bundespflichten und führe schließlich die Neutralen dahin, beim Friedensschlusse als Ausgleichungsobjekt zu dienen, unsere Aufgabe sei aber in diesem Falle, Subjekt und nicht Objekt zu sein. Man müsse aus allen Kräften rüsten, um sofort für Deutschland und die Bundespflichten die Waffen ergreifen zu können. — Minister v. Beust sagte mir vertraulich, er wisse positiv, daß wir von Frankreich nichts zu besorgen hätten. Minister v. d. Pfordten bemerkte mir ebenso vertraulich, er habe begründete Ursache, anzunehmen, daß Frankreich, sobald der Krieg ausbreche, sich des linken Rheinufers bemächtigen werde. Gegen eine Vereinigung Preußens, Frankreichs und Italiens seien wir zusammen mit Österreich zu schwach. Aber man müsse wenigstens achtunggebietend dastehen. In diesem Falle werde Frankreich die Mittelstaaten nicht fallen lassen. Pfordten und mit ihm mehrere der Anwesenden waren der Ansicht, daß die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht ganz verloren sei. Man beschloß deshalb, anknüpfend an die aus Anlaß des jüngsten in der Bundesversammlung gestellten sächsischen Antrags auf Bundesschutz abgegebene preußische Erklärung, nochmals im Namen der Bundesversammlung die Frage an Preußen zu richten, unter welchen Bedingungen es auf eine Abrüstung einzugehen bereit sei. Man war der Meinung, in diesem Antrage Italiens nicht zu erwähnen.

14. Mai.

Morgens $9^1/_2$ Uhr war die zweite Konferenzsitzung. Ich sprach vorher mit Pfordten über verschiedene Punkte:

Er sicherte mir zu, daß im Falle des Krieges die diesseitigen Kassen, Militärvorräte, Geschütze, Waffen ohne Anstand nach Bayern in Sicherheit gebracht werden könnten und daß auch der Einmarsch hessischer Truppen auf bayerisches Gebiet im Laufe der Operationen keinem Anstande unterliege. Pfordten versprach mir ferner Einrichtung eines Nachtdienstes auf den bayerischen Telegraphenstationen im Großherzogtum. — Nachher sprach ich vertraulich mit Baron Varnbüler über die Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps. Varnbüler sagte mir, Baden beanstande die Ernennung, weil der Prinz österreichischer General sei und in Eid und Pflichten des Kaisers stehe. Ich möge in Wien dahin wirken,

daß der Prinz temporär für die Dauer des fraglichen Oberbefehles aus dem österreichischen Armeeverband entlassen und seines österreichischen Eides, da er nunmehr dem Repräsentanten des VIII. Armeekorps zu schwören habe, entbunden werde. Ich versprach, dies zu besorgen.

Die zweite Konferenz dauerte über drei Stunden. Die Bundesreformfrage wurde beraten. Man beschloß, den ad hoc gewählten Bundestagsausschuß anzuweisen, den preußischen Gesandten v. Savigny um schriftliche Mitteilung seiner in der betreffenden Ausschußsitzung mündlich gegebenen Erklärungen zu ersuchen. Verweigere Savigny diese schriftliche Mitteilung, so solle dem in Augsburg früher gefaßten Beschlusse entsprechend verfahren werden. Nach der Sitzung erzählte mir Varnbüler ebenfalls von der Unterhaltung des Prinzen Ludwig mit dem Prinzen Wilhelm von Baden und deren nachteiligem Einfluß auf die Haltung der badischen Regierung mit dem Zusatze, daß ein von ihm, Varnbüler, an den württembergischen Gesandten in Wien geschriebenes vertrauliches Billett gleichfalls dazu beigetragen habe. In diesem Billett habe er bemerkt, Württemberg werde stets mit Österreich gehen, so lange letzteres auf dem Boden des Bundesrechts stehe. Baron Ow[1]) habe das Billett dem badischen Geschäftsträger v. Mollenbeck[2]) gezeigt, und dieser habe die Worte: „Württemberg werde stets mit Österreich gehen", ohne den Zusatz, *solange dieses auf dem Boden des Bundesrechts stehe*, nach Baden berichtet, wo man über eine solche Parteinahme sehr betroffen gewesen sei.

Die drei thüringenschen Minister reisten mittags 1 Uhr ab, weil sie sich an der bevorstehenden Beratung über die vorzunehmenden Rüstungen nicht beteiligen konnten und wollten, indem Weimar, Coburg und Meiningen Militärkonventionen mit Preußen haben und unter den Kanonen von Erfurt liegen. Ich machte um $1^1/_2$ Uhr mit den Ministern v. Beust, Edelsheim, Wittgenstein und dem Bundestagsgesandten v. Bose eine Promenade nach dem Schlosse. Um 3 Uhr versammelte man sich wieder zur dritten Konferenz, welche die militärischen Aufstellungen betraf. Es wurde beschlossen, daß das VIII. Armeekorps sich mit der bayerischen Armee, unter dem Oberkommando des Prinzen Karl, zu gemeinsamen Operationen vereinigen solle und daß in München militärische Bevollmächtigte von Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen sowie von Sachsen und Nassau zu desfallsigen Verabredungen zusammenzutreffen hätten, sobald das VIII. Armeekorps mobilisiert sei. Dem letzteren habe sich die nassauische Brigade anzuschließen, während Sachsen seinen natürlichen Stützpunkt an der österreichischen Armee finde. Bayern stellt seine Garnisonen in der Pfalz, in Würzburg und Aschaffenburg dem VIII. Armeekorps zur Verfügung. Es echeloniert seine Armee von Bamberg bis Aschaffenburg, um gleichzeitig einem von Thüringen wie vom Rhein her kommenden Stoß widerstehen zu können.

[1]) Franz Joseph Adolf Freiherr v. Ow, württembergischer Gesandter in Wien.
[2]) Pirmin v. Mollenbeck, Legationsrat und badischer Geschäftsträger in Wien.

15. Mai.

Um 2 Uhr 45 Minuten fuhren wir nach verschiedenen Weltgegenden. Edelsheim, Wittgenstein und Bose fuhren zusammen bis Aschaffenburg, von wo sich Bose und Edelsheim nach Frankfurt dirigierten, während ich nach Darmstadt und Wittgenstein von Darmstadt nach Mainz fuhr.

16. Mai.

Um $11^1/_2$ Uhr ging ich zu dem Prinzen Alexander und teilte ihm einiges aus den Bamberger Verhandlungen mit, namentlich das Verlangen Badens, daß er behufs Übernahme des Oberkommandos des VIII. Armeekorps vorübergehend aus dem österreichischen Armeeverband ausscheide. Der Prinz war ärgerlich darüber. Ich redete ihm zu, auf dieses in der Korpsakte begründete Verlangen einzugehen. Inzwischen erschien auch Baron Brenner und übernahm es, die Befehle des Kaisers Franz Joseph schleunigst einzuholen. Der Prinz behielt sich für alle Fälle freie Entschließung vor. — Am Nachmittag berichtete ich dem Großherzog provisorisch über den Inhalt der Bamberger Verhandlungen.

17. Mai.

Der Rittmeister v. Ricou besuchte mich, um mir zu sagen, der Abgeordnete Metz habe, von Berlin aus einer Versammlung des Nationalvereins kommend, erzählt, daß Graf Bismarck den Herrn v. Bennigsen[1]) zweimal aus der Versammlung habe rufen lassen, um demselben die Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und der Grundrechte anzubieten, wenn der Nationalverein Preußens Vorgehen unterstützen wolle. Bennigsen habe sich aber auf nichts eingelassen.

Baron Kübeck besuchte mich, um einiges über die Bamberger Konferenz und die Haltung der Mittelstaaten zu erfahren. Ich sagte ihm, daß die Haltung der Mittelstaaten, zumal diejenige Bayerns, eine ganz entschiedene sei, und daß man mit vollster Kraft rüste, um das Bundesrecht zu wahren. Kübeck versicherte, daß er von mir stets beruhigt und getröstet weggehe.

Um 5 Uhr fuhr ich zur Prinzessin Carl, welche wegen des Verbleibens des Prinzen Heinrich im preußischen Dienste mit mir zu sprechen gewünscht hatte. Ich riet, daß der Prinz mit der Ausführung seiner Absicht, auszuscheiden, noch etwas warten möge, bis alle Hoffnung auf Erhaltung des Friedens verschwunden sei. Ich erzählte der Prinzessin dann noch von Bamberg und dem Verhalten Preußens, worüber auch sie empört war. Sie sagt sich entschieden von Bismarck los, seit derselbe mit Frankreich, Italien und der Revolution gehe.

[1]) Rudolf v. Bennigsen, 1824—1902, hannoverscher Politiker und Begründer und langjähriger Führer der Nationalliberalen Partei im Reichstage.

18. Mai.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in die Ministerialsitzung, der eine Plenarsitzung folgte, in welcher eine Vorlage an die Stände wegen der Kosten der Kriegsrüstungen beschlossen wurde. Nach der Sitzung ging ich zum Prinzen Alexander, welcher mir mitteilte, daß der Kaiser telegraphisch sein Ausscheiden aus dem österreichischen Militärverbande und Entbindung von seinem Diensteide für die Zeit, in welcher der Prinz das VIII. Armeekorps kommandiere, genehmigt habe. Ich schrieb desfalls sofort an Baron Varnbüler.

20. Mai.

Morgens $10^3/_4$ Uhr hatte ich den Besuch des österreichischen Obersten Grafen Wimpffen. Er ist beauftragt, unter dem Vorwande, den Durchmarsch der Brigade Kalick durch Kurhessen zu erwirken, auf die Entschlüsse des Kurfürsten bezüglich seiner politischen Haltung einzuwirken und demselben namentlich zu empfehlen, mit seiner Division bei Hanau Stellung zu nehmen. Graf Wimpffen wünschte von mir Mitteilungen über das Terrain in Kassel zu erhalten. Ich riet ihm, lediglich dem Kurfürsten, welchem er einen eigenhändigen Brief des Kaisers Franz Joseph zu übergeben hat, persönlich Vertrauen zu schenken.

21. Mai.

Nachmittags empfing ich ein Schreiben Pfordtens, worin derselbe darüber klagt, daß in Darmstadt ein österreichischer Oberst (v. Schönfeld) eingetroffen sei, um im Hauptquartier des VIII. Armeekorps zu fungieren. Dadurch werde die Ansicht unterstützt, daß die Bamberger Regierungen nicht mehr auf bundestreuer, sondern auf österreichischer Basis stünden. Ich antwortete Pfordten sogleich, daß ich den fraglichen Obersten weder gesehen noch mit ihm verhandelt hätte, und daß die Großherzoglich Hessische Regierung fest auf der in Bamberg vereinbarten Basis verharre.

22. Mai.

Ich hatte um $8^1/_2$ Uhr den Besuch des österreichischen Hauptmanns Alfred v. Vivenot,[1]) des Verfassers des „Lebens des Reichsfeldmarschalls Herzogs von Sachsen-Teschen". Herr v. Vivenot geht in besonderer Sendung nach Holstein zum Feldmarschalleutnant v. Gablenz.[2]) Er sagte mir, Österreich werde dort nunmehr die Stände zusammenrufen und das Heer organisieren, ein Entschluß, den ich nur höchlich billigen konnte.

23. Mai.

Besuch des Kriegsministers v. Wachter. Ich proponierte ihm, eine Brigade zwischen Niederingelheim und Mainz aufzustellen, um die Festung Mainz

[1]) Alfred Ritter v. Vivenot, 1836—1874.

[2]) Ludwig Carl Wilhelm Freiherr v. Gablenz, 1814—1874, Führer des österreichischen Armeekorps in Holstein 1864, des X. österreichischen Armeekorps 1866.

gegen Überrumpelung zu schützen. Er hatte die größten Bedenken gegen eine solche Detachierung, und ich bat ihn, mit dem Prinzen Alexander desfalls zu reden.

24. Mai.

Morgens hatte ich den Besuch des Baron Brenner, welcher mir zwei Depeschen vertraulich mitteilte. Die eine betraf den Vorschlag Pfordtens, Preußen das militärische Oberkommando in Norddeutschland anzubieten, wenn es seine Ansprüche an die Herzogtümer auf das von ihm früher vorgeschlagene Maß beschränken wolle. Die andere kündigte einen Antrag am Bunde an, um Hannover in den Stand zu setzen, auf bundestreue Wege zurückzukehren.

Um 4 Uhr besuchte mich der Kriegsminister, der direkt von Seeheim kam. Er war der sehr korrekten Ansicht, daß, wenn Baden, ja selbst Württemberg in dem bevorstehenden Kampfe neutral bleiben wollten, das Großherzogtum sich selbständig an die militärische Aktion Bayerns anzuschließen habe.

25. Mai.

Morgens 9 Uhr fuhr ich in die Zweite Kammer und beantragte bei derselben die Bewilligung der 4 105 000 Gulden betragenden Kosten der Mobilmachung der Armeedivision.

26. Mai.

Um $2^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des Abgeordneten Wernher. Derselbe bat mich, in der bevorstehenden Diskussion im Ausschuß wegen Bewilligung des Geldes für Mobilmachung dem Abgeordneten Metz gegenüber sehr vorsichtig zu sein, indem der letztere beabsichtige, unvorsichtige Äußerungen zu provozieren, um einen ihm angemessen scheinenden Gebrauch davon zu machen. Wernher sagte mir, Metz habe kürzlich in einer vertraulichen Ausschußsitzung die Pläne seiner Partei in der dermaligen politischen Krisis enthüllt. Die Herren rechneten auf einen anfänglichen Erfolg der österreichischen Waffen. Stünden die Österreicher vor den Toren Berlins, so müsse der König sein dermaliges Ministerium entlassen, ein Ministerium der Linken bilden und einen Aufruf an sein Volk erlassen. Dann werde sich das preußische Volk in Masse erheben und, vereint mit dem stehenden Heer, die Österreicher und deren Verbündete schlagen, Deutschland fortreißen oder erobern, und die deutsche Einheit sei hergestellt.

28. Mai.

Sitzung des Finanzausschusses der Zweiten Kammer, in welcher die Proposition der Regierung wegen der Kosten der Mobilmachung beraten wurde. Metz machte den Versuch, die Regierung bei diesem Anlasse zu liberalen Konzessionen zu drängen. Es solle dann die ganze Vergangenheit

vergessen sein, ich würde des ganzen Volkes und sein Vertrauen gewinnen. Ich erwiderte ihm, Augenblicke, wo das Vaterland in Gefahr stehe, seien für einen solchen Handel nicht gut gewählt. Sein Vertrauen würde ich doch nicht besitzen, auch wenn ich jetzt alle möglichen Konzessionen mache. — Sei die Forderung der Regierung gerecht, so müsse sie bewilligt und dürfe nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, die damit in keinem inneren Zusammenhang stünden. Metz legte dann eine ganze Reihe von Fragen über die Absichten und das Verfahren der Regierung im Falle eines Ausbruches des Krieges vor, die ich ihm mit möglichster Reserve beantwortete.

1. Juni.

Baron Brenner kam, mit mir über die wichtige Erklärung, die Österreich in der heutigen Bundestagssitzung abgibt und die dem Bunde die Angelegenheit der Elbherzogtümer aufs neue zur Verfügung stellt, zu reden. Abgeordneter Wernher kam, um mir mitzuteilen, daß er mit seinen Freunden einen Antrag in der Kammer stellen wolle, dem Ministerium für Rüstungen 2500000 Gulden zur Verfügung zu stellen. Die ganze Forderung von 4105000 Gulden sei nicht durchzubringen. Ich erklärte mich einverstanden.

2. Juni.

Der sächsische Gesandte v. Bose teilte mir vertraulich eine Depesche des Barons Beust nach München mit, worin Beust auf schlagende Weise die Gründe angibt, aus denen er dem Ersuchen Bayerns, sich den bayerischen Aufforderungen an Österreich, den Frieden zu erhalten, anzuschließen, nicht entsprechen könne.

3. Juni.

Prinz Ludwig erzählte, der Prinz Emil Wittgenstein[1]) sei in Jugenheim bei dem Prinzen Alexander gewesen und habe dort mitgeteilt, er sei in Berlin von dem König empfangen worden und dieser habe ihm gesagt, er habe erst dann ein Armeekorps bei Kreuznach zusammengezogen, nachdem Hessen das Naheufer militärisch besetzt habe.

5. Juni.

Der Prinz Ludwig sprach nach der Sitzung noch lange auf der Treppe mit mir über die politische Haltung des Großherzogtums. Er meinte, sein Onkel Alexander sei doch gar zu sehr österreichisch. Er sagte mir auch, er sei seines dem Könige von Preußen geleisteten Eids noch nicht entbunden. Im allgemeinen sah ich, daß Prinz Ludwig wieder anfing, mit Preußen zu sympathisieren.

8. Juni.

Baron Brenner kam, um mir mitzuteilen, die Preußen seien in Holstein eingerückt, und infolge davon werde Österreich in Frankfurt einen Antrag

[1]) Sohn des nassauischen Ministers, russischer General.

auf Mobilisierung der Bundesarmee stellen, die Großherzogliche Regierung möge zustimmen.

Um 11 Uhr fuhr ich in die Ministerialsitzung, in der sich auch Prinz Ludwig einfand. Wir sprachen dann über Politik, und ich bemerkte mit Bedauern, daß der Wind bei dem Prinzen wieder ganz preußisch wehte. Er meinte, seit Preußen seine Truppen von der hessischen Grenze bei Kreuznach zurückgezogen habe, liege für die Diesseite kein Grund mehr zu einem offensiven Verhalten vor. Es fehle ja an dem Angriffsobjekt. Ich bemerkte, daß ein Angriff auf Sachsen ein genügender Grund für die bundestreuen Regierungen sei, zu den Waffen zu greifen.

9. Juni.

Um 2 Uhr Festdiner[1]) in der Traube. Es waren 120 Gäste da. Ich saß zwischen den Ministern v. Schenk und v. Lindelof. Ich brachte folgenden Toast aus:

„Meine Herren! Es ist unter uns eine alte gute Sitte, an diesem festlichen Tage einen Rückblick zu werfen auf die uns näher berührenden Ereignisse der zunächst verflossenen Zeit. Heute vermögen wir dies nur mit einem Gefühle tiefer Trauer. Unser deutsches Vaterland war unter den Segnungen eines fünfzigjährigen Friedens, unter dem Schutze von Institutionen, deren Mängel vorzugsweise in einer unvollkommenen Ausführung lagen, zu einem früher nie gekannten Wohlstande gelangt. Heute steht es am Rande eines Bürgerkriegs. Schon jetzt, noch ehe die Armeen ihr zerstörendes Geschäft begonnen haben, ist das Glück, das Vermögen zahlloser Familien zerstört. Die ernste Frage ist herangetreten, welche Stellung das Großherzogtum einzunehmen hat, wenn es sich von der Zukunft Deutschlands, von seinen Grenzen, von der Vertretung seines Rechtes, wie von den Grenzen unseres engeren Vaterlandes handelt. Die Antwort konnte für die großherzogliche Regierung nur eine sein. Die Worte, welche von hier aus im bundestreuen, im ehrlichen Sinne so oft gesprochen und geschrieben worden sind, müssen nun in Taten übersetzt werden. Das Programm der Regierung ist: Unabläßige Bemühung zur Erhaltung des Friedens bis zur letzten Stunde, dann aber, wenn kein ehrenhafter Austrag mehr möglich ist, Eintritt in den Kampf an der Seite der bundestreuen Staaten, welche sich nicht scheuen, für unser gefährdetes Deutschland den Degen zu ziehen. — Und weil unser teurer Großherzog nicht bloß ein hessischer, weil er auch ein echt deutscher Fürst ist, weil er den Mut gehabt hat, eine Politik der Schwäche und des Partikularismus, die man unter allerlei Vorwänden zu empfehlen versucht, zurückzuweisen, darum, meine Herren, trinken Sie heute in gefahrvoller Zeit mit doppelter Begeisterung auf sein Wohl. Unser geliebter Großherzog weiß,

[1]) Anläßlich des Geburtstags des Großherzogs.

daß seine Gesinnungen auch die wahren Gesinnungen seines treuen Volkes sind. Seine Königliche Hoheit der Großherzog lebe hoch!"

Der Toast wurde sehr beifällig aufgenommen.

10. Juni.

Prinz Ludwig war ärgerlich darüber, daß man die großherzoglich hessische Division nicht zur Besetzung von Mainz verwendet habe. Ich entgegnete ihm, daß ich gegen eine solche Verlegung der Truppen in eine neutralisierte Festung entschieden gewesen sei. Auf diese Weise würde das VIII. Armeekorps geschwächt und den Truppen die Möglichkeit entzogen, bei Entscheidung des bevorstehenden Kampfes etwas zu leisten. Von diesen Leistungen hänge aber demnächst wahrscheinlich das Schicksal der kleineren Staaten ab.

11. Juni.

Morgens 8 Uhr fuhr ich in eine Sitzung des Finanzausschusses der Zweiten Kammer, in welcher ich im Namen des Großherzogs eine Erklärung übergab, daß die Großherzogliche Regierung eifrig für das Zustandekommen eines Parlamentes mit konstitutionellen Befugnissen wirken und die Sache der Elbherzogtümer überall entschieden vertreten werde.

Um 3 Uhr erschien Herr v. Wentzel und legte mir die Vorschläge seiner Regierung betreffend die Bundesreform vor. Danach soll Österreich zu Deutschland nur in einen weiteren Bund treten. Ich sagte Herrn v. Wentzel, daß dieses Projekt keinen Anklang finden werde.

13. Juni.

Sitzung der Zweiten Kammer, in der endlich über den Mobilmachungsantrag abgestimmt wurde. Die Regierung blieb mit 21 gegen 27 Stimmen in der Minorität. Die Diskussion zeichnete sich durch die heftigsten Angriffe gegen die Regierung von seiten der Herren Vollhard und Metz aus.

Nach der Sitzung kam Baron Brenner und brachte mir ein Telegramm des Grafen Mensdorff, worin ein Dringlichkeitsantrag in Frankfurt befürwortet wird, nach welchem die sieben mobilisierten Bundesarmeekorps bestimmt werden, gemeinsam mit dem österreichischen Heere und unter oberster Führung des Feldzeugmeisters Benedek[1]) die von Preußen begonnene Selbsthilfe abzuwehren.

14. Juni.

Sitzung des Finanzausschusses der Ersten Kammer und um 11 Uhr Sitzung der Kammer selbst. Die Mobilmachungsfrage wurde diskutiert. Domkapitular Moufang[2]) hielt eine glänzende Rede. Die Kammer nahm

[1]) Ludwig August v. Benedek, 1804—1881; war 1849 Generalstabschef Radetzkys in Italien. 1859 Führer des VIII. Korps bei Solferino, 1866 der österreichischen Nordarmee in Böhmen.

[2]) Christoph Moufang, 1817—1890, seit 1854 Mitglied des Mainzer Domkapitels, seit 1863 Vertreter des Bischofs v. Ketteler in der Ersten hessischen Kammer, 1871—1876 Mitglied des Deutschen Reichstags.

die Regierungsproposition einstimmig an. Nur der Fürst von Solms-Lich suspendierte seine Stimme, weil er zugleich preußischer Untertan sei. Der Kriegsminister v. Wachter erklärte mir, daß er seinen Abschied nehmen werde, wenn man die Zweite Kammer nicht auflöse. Ähnlich sprach sich der Minister v. Schenk aus. Nach der Sitzung besuchte ich den Prinzen Alexander und teilte ihm einige Berichte aus Gießen, die preußischen Aufstellungen betreffend, mit.

Am Nachmittag hatte mir Biegeleben telegraphisch mitgeteilt, daß die Bundesversammlung mit 9 gegen 6 Stimmen die Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. Armeekorps beschlossen und daß Preußen hierauf seinen Austritt aus dem Bunde erklärt habe.

15. Juni.

Ministerialrat Schleiermacher[1]) erhielt den Auftrag, sofort nach Gießen und Friedberg zu reisen und wegen des Aufreißens der Eisenbahnschienen im Falle einer preußischen Invasion in Oberhessen das Nötige anzuordnen. Nach der Sitzung sprach Prinz Ludwig noch eine Viertelstunde mit mir auf der Treppe, um mir zu erklären, man solle gegen Preußen neutral bleiben, jedenfalls nicht angreifen, auch wenn die Preußen Oberhessen besetzen. Preußen käme doch früh oder spät an die Spitze von Deutschland. Mit Österreich hätten wir ja so gut wie keinen Zusammenhang. Er finde bei der Annahme des jüngsten preußischen Bundesreformprojektes nichts zu erinnern. Gegen ein Verschieben von Truppen nach Oberhessen sei er, schon als Militär, entschieden. Seine Kavalleriebrigade sei noch nicht geübt genug, um sich mit einem Gegner messen zu können wie preußische Kavallerie. Übrigens habe er, der Prinz, dem Könige von Preußen den Eid der Treue geleistet und sei von diesem Eide noch nicht entbunden. Ich erwiderte, daß ich diese Neutralitätspolitik weder für bundestreu, noch für klug, noch für möglich halte, und daß ich nie beirätig sein würde, Österreich, welches in so vielen Schlachten für Deutschland sein Blut vergossen habe, aus Deutschland zu verdrängen.

General v. Pakeny — österreichischer General aus Frankfurt — wünschte zu wissen, ob wir dem Kurfürsten von Hessen Truppen entgegenschicken wollten, um ihn zu unterstützen, einem etwaigen preußischen Angriff zu widerstehen. Ich lehnte das Entgegenschicken großherzoglicher Truppen ab. Der Kurfürst möge sich nach Hanau zurückziehen, wo er sich an unsere Aufstellung anlehnen könne. Aber es sei für uns nicht rätlich, unsere Division zu zersplittern. General Pakeny bat dann auch um Entsendung von Truppen zum Schutze Frankfurts, welches von einer preußischen Invasion bedroht sei und nur ein paar Bataillone Garnison habe. Ich sagte dieses Ansinnen zu, riet aber Pakeny, auch mit dem Prinzen Alexander zu reden.

Ich hatte mich um 12 Uhr kaum zu Bette gelegt, als Geheimer Staatsrat v. Bechtold und Ministerialrat Schleiermacher gemeldet wurden. Schleier-

[1]) August Schleiermacher, Ministerialrat im Ministerium der Finanzen.

macher referierte, daß er in Gießen und Friedberg gewesen sei, daß in und bei Wetzlar etwa 30000 Preußen ständen und daß nach einem Telegramm, welches ihm von Gießen nach Frankfurt nachgekommen sei, die Preußen am folgenden Morgen 4 Uhr auf den Punkten Gießen, Butzbach und Friedberg in Oberhessen einmarschieren sollten.

16. Juni.

Ich telegraphierte, infolge der Nachricht, die ich am Abend zuvor erhalten hatte, sofort an Varnbüler und Pfordten, um ihnen zu sagen, daß wir Frankfurt vorläufig schützen würden, daß sie aber Sukkurs nachsenden und daß Württemberg sofort den Oberbefehlshaber des VIII. Korps ernennen möge. Ich schrieb auch dem General v. Wachter wegen Herbeiziehung von Truppen zum Schutze Frankfurts. Den Prinzen Alexander ersuchte ich schriftlich, bald nach Darmstadt zu kommen. Um $8^1/_2$ Uhr kam Geh. Rat Goldmann, um mir die Ankunft seines Sohnes,[1]) des Provinzialdirektors, von Gießen zu melden. Hierauf erschien Minister v. Schenk, um mir einige Notizen über die preußische Okkupation Gießens zu bringen. Während er noch da war, kam auch General v. Wachter, um mir anzuzeigen, daß drei Bataillone nach Frankfurt abgegangen seien. Es erschien dann Adalbert v. Rabenau,[2]) um mir zu erzählen, in welcher Weise die Preußen in Gießen eingerückt seien. Zuerst erschienen dort drei Husaren mit gespannten Karabinern auf dem Bahnhofe. Um 10 Uhr ließ mich die Prinzessin Carl bitten, um 11 Uhr zu ihr zu kommen. Sie sprach mit großer Bewegung über die politischen Zustände und zeigte mir dann ein Telegramm, welches der Großherzog an den König von Preußen richten wolle, um die Entlassung des Prinzen Heinrich aus dem preußischen Dienste zu verlangen. Ich fand das Telegramm zu schroff. Die Prinzessin führte mich in ihr Wohnzimmer, wo ich auch den Prinzen Carl mit dem Prinzen Wilhelm fand, und dort änderte ich, am Schreibtisch der Prinzessin sitzend, das Telegramm nach meinen Ansichten ab. Von da fuhr ich auf das Ministerium. Als ich vom Ministerium zurückfuhr, begegnete mir der Prinz Ludwig zu Fuß. Er ließ meinen Wagen halten und setzte sich, da es stark regnete, zu mir, um die neuesten Ereignisse, den Einmarsch der Preußen in Sachsen, Hannover und Kurhessen usw. zu besprechen. Der Prinz war im Begriff, zum Prinzen Alexander zu gehen und demselben einen Brief der Christa Schenk zu zeigen, wonach der Kurfürst von Kassel geflüchtet und dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Rumpenheim die Regentschaft übertragen worden sein sollte. Um 2 Uhr ging ich zum Prinzen Alexander, der sich nunmehr wieder fortwährend in Darmstadt aufhalten wird, um mit ihm die militärischen Operationen zu besprechen. Er

[1]) Dr. Theodor Goldmann, Provinzialdirektor von Oberhessen. 1821—1905, zuletzt Präsident des Oberkonsistoriums.

[2]) Kammerherr und nach dem Kriege eifrigster Anhänger des Eintritts des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund, dessen Reichstag er angehörte.

war von der Sendung der drei Bataillone nach Frankfurt sehr befriedigt. Um 3 Uhr kam Provinzialdirektor Goldmann zu mir, und ich befahl ihm, dafür zu sorgen, daß beim ersten Herannahen der Preußen auf Friedberg die Eisenbahnschienen zwischen Friedberg und Frankfurt an geeigneten Stellen aufgerissen würden. Nach Goldmann empfing ich den Baron Brenner, welcher sich nach der Lage der militärischen Vorkehrungen erkundigte und mir ein Telegramm aus Wien vorlas. Um 4 Uhr hatte ich in meinem Empfangszimmer eine Sitzung mit den Mitgliedern des Ministeriums des Innern, um einige Gegenstände innerer Verwaltung, die mit der damaligen militärischen Lage zusammenhingen, zu besprechen. Während die Herren bei mir waren, kam Obersteuerrat v. Valois,[1]) um den württembergischen General v. Fischer, welcher Überbringer der Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberbefehlshaber des VIII. Armeekorps ist, bei mir anzumelden. Eine halbe Stunde später kam der General, und ich bat ihn dringend, für baldige Ankunft der württembergischen Truppen in der Nähe von Frankfurt zu sorgen. Er stellte eine Brigade für den nächsten Tag in Aussicht, und zeigte mir die Abschrift eines Schreibens des Baron Kübeck an den Prinzen Alexander, worin demselben auch der Oberbefehl über sämtliche Truppen in Frankfurt übertragen wird. Von mir fuhr General v. Fischer nach Seeheim zum Großherzog. Um 6 Uhr überbrachte mir der Polizeidiener Schmidt von Gießen einen Bericht des Polizeirats Nover, wonach zirka 20000 Mann Preußen durch Gießen in der Richtung nach Kassel marschiert sind. 18000 Mann, die in der Richtung nach Frankfurt marschierten, bekamen Gegenbefehl und dirigierten sich ebenfalls nach Marburg zu. Die Telegraphenbureaus in Gießen sind von den Preußen militärisch besetzt und gesperrt.

17. Juni.

Prinz Alexander erzählte mir seine militärischen Dispositionen. Er sagte mir, die Preußen hätten von Wetzlar aus Frankfurt nehmen wollen, seien aber auf die Nachricht vom Einrücken der großherzoglich hessischen Truppen von ihrer Absicht zurückgegangen. Herr v. Savigny habe nach Berlin telegraphiert, daß 30000 Mann in und bei Frankfurt ständen. Der Prinz, der morgen als Oberkommandant des VIII. Armeekorps von Kommissären der drei kontingentgebenden Staaten beeidigt wird, erwartet eine Verstärkung von 8000 Österreichern, darunter das Regiment Wernhardt. Die nassauische Brigade schließt sich an das österreichische Korps an. Das Kommando übernimmt Graf Neipperg. Der Prinz Friedrich Wilhelm von Rumpenheim sei vom Kurfürsten zum Befehlshaber der kurhessischen Truppen ernannt und werde sich mit denselben über Hersfeld nach Fulda und Hanau zurückziehen und sich dem VIII. Armeekorps anschließen.

---

[1]) Württembergischer Oberfinanzrat, Bevollmächtigter bei der preußischen Provinzialsteuerdirektion in Kassel und der Großherzoglich hessischen Oberzolldirektion in Darmstadt, mit dem Sitze in Darmstadt.

18. Juni.

Ich erhielt ein Billett des Geh. Rates Crève, wonach Advokat Metz am verflossenen Abend in einer großen in Mainz abgehaltenen Volksversammlung ausgepfiffen worden ist und der Literat Mai mir in der nämlichen Versammlung seinen Dank wegen meines Verhaltens in der schleswig-holsteinischen Frage unter großem Applaus ausgesprochen hat.

Um 3¾ Uhr fuhr ich an die Eisenbahn, um von dem Prinzen Alexander, der nach Frankfurt in sein Hauptquartier geht, Abschied zu nehmen. Der Prinz machte mir Komplimente über die Art, wie ich hier die Rüstungen betrieben und fertiggebracht habe, so daß man Frankfurt gegen den beabsichtigten preußischen Angriff habe decken können, während die übrigen Staaten des VIII. Armeekorps noch nicht fertig seien. Er sagte: „Ich habe immer große Stücke auf Sie gehalten, aber jetzt habe ich wahren Respekt." Der Prinz erzählte mir, der Prinz Friedrich Wilhelm von Rumpenheim habe sehr korrekte politische Anschauungen und habe die Bismarckschen Ratschläge entschieden verworfen. Der preußische Gesandte in Kassel, General v. Röder, habe dem Kurfürsten die Großherzogliche Provinz Oberhessen angeboten, wenn er sich mit Preußen vereinigen wolle. Der Kurfürst habe entgegnet, er sei kein Räuberfürst, wie gewisse Herren in Italien. Darauf habe Herr v. Röder gedroht, er werde an der Spitze von 30000 Mann wiederkommen. Bis jetzt sei aber noch kein Preuße in Kassel eingerückt. Der Kurfürst befinde sich in Wilhelmshöhe, weil er sich nicht von seinem Hausschatz trennen wolle, und diesen Hausschatz ließen die Stände nicht wegtransportieren.

Nach einer Erzählung des Herzogs von Nassau hätten die Preußen Patrouillen nach Oberlahnstein auf nassauischem Gebiet geschickt, um sich zu verlässigen, ob daselbst keine süddeutschen Truppen stünden. Auch armierten sie in aller Eile Ehrenbreitstein. Ich erwiderte, das militärische Gebaren Preußens und die Haltung des VIII. Armeekorps in ihrer gegenseitigen Beobachtung erinnerten mich an die gegenseitige Furcht Papagenos und des Mohren in der „Zauberflöte".

Wir besprachen noch die bedauerliche Gleichgültigkeit des Großherzogs seinen braven Truppen gegenüber, die er nicht einmal eines Blickes würdige.

19. Juni.

Baron Brenner überreichte mir das Kriegsmanifest des Kaisers von Österreich mit einer darauf bezüglichen Zirkulardepesche. Er sagte mir, der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, welcher früher mit Kübeck heftig gestritten, sei kürzlich in Berlin gewesen und habe dort mit Bismarck eine Szene gehabt, bei welcher letzterer sich wie ein angeschossener Eber benommen habe. Der Prinz habe geglaubt, man werde ihn, infolge der wütenden Drohungen Bismarcks, in Berlin verhaften lassen. Er habe sich deswegen von Lord Loftus zur Eisenbahn begleiten lassen und sei nun von vollkommen bundestreuen Gesinnungen erfüllt.

20. Juni.

Morgens 11 Uhr, noch ehe ich gefrühstückt hatte, ging ich auf das Ministerium des Innern, ließ dort ein von dem Großherzoge bereits unterschriebenes Dekret, wodurch die Kammern auf unbestimmte Zeit vertagt werden, mit dem Datum ausfüllen, kontrasignierte dasselbe und ging dann in die Vorzimmer der Zweiten Kammer. Dort ließ ich den Geheimen Legationsrat Hofmann, welcher als Regierungskommissär in der Zweiten Kammer saß, herausrufen und behändigte ihm das Dekret mit dem Auftrage, dasselbe zu verkünden, sobald die Kammer die Anforderung für Mobilisierung angenommen haben würde.

21. Juni.

Der eben von Berlin zurückgekehrte Gesandte Baron Wamboldt erzählte mir, er habe seine Pässe auf die gröbste Weise bekommen. Man habe ihm eröffnet, wie die preußische Regierung wünsche, daß er noch an dem nämlichen Abende die königlichen Staaten verlasse. Er habe sich bei der Schwierigkeit, dies zu bewerkstelligen, an den russischen Gesandten v. Oubril gewandt, welcher bereits den Schutz der großherzoglich hessischen Untertanen übernommen gehabt. Oubril sei mit ihm zu dem Unterstaatssekretär v. Thile gegangen und habe diesem bemerkt, daß wenn Preußen auf seinem Verlangen bestehe, er, Oubril, damit beginnen werde, seinen den hessischen Untertanen zugesagten Schutz bei dem seitherigen hessischen Gesandten beginnen zu lassen. Gegen Bayern habe Preußen weit mehr Rücksichten genommen. Als Graf Montgelas seine Pässe gefordert, habe man demselben gestattet, noch auf unbestimmte Zeit sich in Potsdam aufzuhalten. Freilich habe man in Berlin fortwährend gehofft, Bayern von der gemeinsamen Aktion mit den Mittelstaaten abzubringen.

22. Juni.

Um 5 Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander, der mich zu sprechen gewünscht hatte. Er erzählte mir im engsten Vertrauen, daß in den nächsten Tagen von der bayerischen Armee von Schweinfurt aus eine Vorwärtsbewegung gemacht werde, um der in Göttingen eingeschlossenen hannoverschen 20000 Mann starken Armee Luft zu machen. Ein Teil des VIII. Bundesarmeekorps werde diesen Angriff durch eine Demonstration unterstützen.

Prinz Alexander erzählte mir weiter, er habe heute eine schriftliche Meldung, unterzeichnet von dem Prinzen Wilhelm von Baden, erhalten. Es scheine also, daß dieser Prinz an der Spitze der badischen Truppen bleibe, obgleich er früher einmal auf eine Frage des Grafen v. Berlichingen[1]) erklärt habe, er halte es mit seiner Ehre unvereinbar, gegen Preußen zu dienen.

---

[1]) Wahrscheinlich Graf Friedrich v. Berlichingen-Rossach, Mitglied der Ersten badischen Kammer.

23. Juni.

Prinz Alexander erzählte mir, die hannoverschen Truppen hätten sich, statt in Göttingen die Ankunft der Bayern zu erwarten, nach Eisenach gezogen und seien dort von den Preußen umzingelt. Das bayerische Korps, welches von Schweinfurt aus den Hannoveranern zum Sukkurse abmarschiert sei, sei auf diese Nachricht hin an der Grenze stehengeblieben, und die ganze kombinierte Expedition sei auf diese Weise verfehlt.

24. Juni.

Baron Brenner beklagte mit mir die bayerische Unentschlossenheit. Der Prinz Karl sei pedantisch und langsam. Seine Truppen betrügen nur 25000 Mann, und es werde ihm die Initiative wohl erst durch den Prinzen Alexander gegeben werden müssen, sobald letzterer 50000 Mann beisammen habe. Trotzdem verweigere der Prinz Karl von Bayern, sich unter den Feldzeugmeister Benedek zu stellen.

26. Juni.

Die Prinzessin Karl erzählte mir mit tiefster Indignation, daß man den Kurfürsten[1]) gefangen nach Stettin geschleppt habe. Sie war empört über das Auftreten der Preußen. Sie teilte mir auch mit, daß Prinz Wilhelm im Hauptquartier des Prinzen Alexander den Feldzug mitmachen werde. Ich sagte ihr, mit welcher großen Teilnahme ich ihrer fortwährend gedenke. Ihre ganze christliche Seelenstärke gehöre dazu, um drei Söhne unter Waffen und davon den einen, den Prinzen Heinrich, im feindlichen Lager zu wissen. Die Prinzessin fing an zu weinen.

27. Juni.

Kammerherr v. Dorth sagte mir, er habe soeben vom Prinzen Emil Wittgenstein gehört, daß die hannoverschen Truppen sich durch die Preußen durchgeschlagen und den Bayern angeschlossen hätten.

Nachmittags besuchte mich der Telegraphist Büdinger und teilte mir mit, daß Bingen von einem preußischen Überfall bedroht sei. Ich telegraphierte sogleich an Kreisrat[2]) Parkus, um das Betriebsmaterial der Ludwigsbahn wegzuschaffen. Als ich zurückkam, fand ich ein Telegramm von Gagern mit Siegesnachrichten der Österreicher aus Böhmen vor. Ich ging sofort in das Gasthaus zur Traube und las dasselbe den dort versammelten Herrn vor. Dann schickte ich es an Baron Brenner zur Einsicht.

29. Juni.

Ich schrieb morgens in aller Frühe dem Prinzen Alexander wegen der preußischen Besetzung Bingens und dankte ihm für ein Schreiben vom ver-

[1]) von Hessen.
[2]) von Bingen.

flossenen Tage, worin er mir sagt, daß er sich am 29. l. M. gemeinschaftlich mit Bayern zur Befreiung der Hannoveraner in Bewegung setzen werde.

Baron Brenner kam von Frankfurt und klagte über die Langsamkeit der Bayern und Württemberger. Er behauptete, Bayern habe höchstens 50000 Mann beisammen. Die ganze Last des Krieges ruhe auf Österreich, welches gehofft habe, man werde ihm in Sachsen Luft machen, während das VIII. Armeekorps bis jetzt nichts getan habe und Bayern sich auf ein paar Vor- und Rückmärsche beschränke. Er tadelte auch mit mir die Absendung der Division Neipperg ins Nassauische, um die dort eingedrungenen Preußen zu vertreiben. Durch solche kleine Truppenentsendungen werde die Aktion im großen verzögert. Prinz Alexander habe aber geglaubt, den dringenden Bitten des Herzogs von Nassau nachgeben zu müssen, welcher früher großgetan und erklärt habe, er werde sein Land räumen, um später mit den Truppen zurückzukehren, während er jetzt jammere, wenn ein paar Preußen ihm über die Grenze gingen. Ich erläuterte dem Baron Brenner, weshalb die Preußen, meiner Ansicht nach, Bingen besetzt hätten, nämlich zum Schutze des für sie sehr wichtigen Bingerbrück. Ich schlug vor, eine Brigade zwischen Mainz und Bingen aufzustellen, um die Festung Mainz gegen einen Überfall zu decken und die Preußen in Bingen und auf dem rechten Rheinufer einigermaßen im Schach zu halten.

30. Juni.

Ich schrieb an den Prinzen Alexander und drückte ihm mein Bedauern aus, daß die nach Bingen gekommenen Bundestruppen nicht nach Bingerbrück gegangen und dort die Telegraphen sowie die Schienen auf der Rheinbahn und der Rhein-Nahe-Bahn zerstört hätten. So wie die diesseitige Expedition jetzt verlaufen und bei der schnellen Räumung Bingens von seiten der Bundestruppen würde es besser gewesen sein, die Expedition dahin gar nicht zu unternehmen, indem dieselbe nichts genützt und nur geschadet habe.

2. Juli.

Morgens $9^1/_2$ Uhr kam Hauptmann v. Zangen und zeigte mir einen eben eingetroffenen Brief des Prinzen Heinrich, wonach der König von Preußen demselben das Telegramm des Großherzogs wegen Dienstentlassung des Prinzen erst kürzlich mit eigenhändigem Schreiben zur Entschließung geschickt. Der König bemerkte in diesem Briefe, er habe geglaubt, der Prinz sei in Rußland!!!

Es soll nun sogleich zurücktelegraphiert werden, er möge aus dem preußischen Dienste austreten.

Kriegsminister v. Wachter wünschte schleunigste Anzeigen von seiten der Behörden, falls etwa die Preußen in die Rheinprovinz einbrechen und einen Handstreich auf Darmstadt versuchen sollten.

Geh. Rat Frank[1]) erzählte, es sei merkwürdig, wie infolge der günstigen Nachrichten über die preußischen Erfolge in Böhmen bei manchen Leuten preußische Sympathien zum Vorschein kämen, z. B. bei den beiden Löw, dem Stadtrichter Pistor, Geh. Rat Decker usw.

3. Juli.

Kriegsminister v. Wachter war außer sich über das Gerücht, daß 30000 Preußen über den Rhein gehen wollten, um Darmstadt und Frankfurt im Rücken zu fassen. Ich versprach ihm, an die Minister v. Varnbüler und v. Edelsheim zu telegraphieren, um zu erfahren, was in Württemberg und Baden an Truppen disponibel sei und wo man sich aufstellen wolle. Nach ihm kam Geh. Rat Schmitt von Mainz und erzählte mir von den dissoluten Zuständen in der Festung, die nach dem Rheine hin offen sei und eben nur notdürftig verpallisadiert werde. Der neue Gouverneur, Graf Rechberg, verstehe nichts und sei phlegmatisch. Die Kurhessen der Besatzung bekümmerten sich nicht um ihn. Weiter erzählte mir Geh. Rat Schmitt, die Preußen beabsichtigten, in den nächsten Tagen in drei Kolonnen unterhalb Mainz über den Rhein zu gehen und Frankfurt zu überfallen. Dieselben hätten dazu ein ungeheures Brückenmaterial und eine Menge von Dampfbooten zusammengebracht; ich telegraphierte dies sofort dem Bundestagsgesandten v. Biegeleben. Ich kam erst um $5^1/_2$ Uhr dazu, etwas zu Mittag zu essen. Um 6 Uhr kam wieder Minister v. Schenk, dem ich wegen eventueller Abführung der Brücken von Worms und Oppenheim geschrieben hatte, um die Art der Abführung mit mir zu besprechen.

Um 9 Uhr erhielt ich ein Telegramm von Gagern, wonach zwischen Josephstadt und Königgrätz den ganzen Tag bereits eine furchtbare Schlacht wütet. Fast gleichzeitig kam ein Telegramm des Gesandten v. Biegeleben mit der Nachricht, daß man die angebliche Bedrohung Frankfurts dem Prinzen Alexander telegraphiert habe. Um $10^1/_2$ Uhr empfing ich die Antworten der Herren v. Edelsheim und v. Varnbüler, wonach dieselben wenig Truppen zur Verfügung haben. Um $11^1/_2$ Uhr erhielt ich ein zweites Telegramm Gagerns, daß die Schlacht bei Königgrätz beendet, und zwar nicht entscheidend, aber doch für die Österreicher ungünstig ausgefallen sei.

Um $1^1/_2$ Uhr nachts empfing ich ein Telegramm des württembergischen Gesandten v. Linden, daß man Kundschafter ausgesandt habe, um über die Pläne der Preußen, an die man nicht recht glaube, Nachricht zu erhalten. Ich brachte die Nacht so gut wie schlaflos zu.

4. Juli.

Um $9^1/_4$ Uhr hatte ich den Besuch des holsteinischen Regierungsrats v. Stemann, welcher bat, dem Antrag am Bunde auf Anerkennung des Herzogs Friedrich als Souverän von Holstein zuzustimmen.

[1]) Heinrich Frank, gest. 1878, Geheimer Staatsrat, Rat im Justizministerium, galt als Säule der Reaktion und der katholischen Bestrebungen.

Nach ihm erschien der Kabinettsdirektor Geh. Rat Zimmermann. Er sagte mir, der Direktor Menges[1]) habe ihm bemerkt, wie sehr im Publikum über den Großherzog losgezogen werde, weil er seinem Schwiegervater[2]) nachlaufe, statt auf seinem Posten zu bleiben. Er, Zimmermann, habe dem Herrn Menges tüchtig die Meinung gesagt, weil er solche Reden anhöre. Übrigens werde es doch gut sein, wenn der Großherzog in einem Schreiben an das Kriegsministerium sich zu einem bedeutenden Beitrag für die Verwundeten bereit erkläre.

Ich war sehr müde und im Begriffe, mich zu Bette zu legen, als ich noch einen Besuch des württembergischen Ministers v. Hügel erhielt. Auch er hat große Zweifel an Pfordtens Aufrichtigkeit. Er behauptet, Canitz habe vor seiner Abreise von Stuttgart einer ihm bekannten Dame gesagt, von Bayern habe Preußen nichts zu fürchten.

5. Juli.

Morgens besuchte mich der Minister v. Schenk, um mir zu sagen, daß er alles vorbereitet habe, um im Falle einer preußischen Invasion die Kassen nach Ulm zu bringen. Zugleich kam der hannoversche Hauptmann v. Düring. Derselbe sagte mir, er stehe mit einem Leutnant, 4 Unteroffizieren und 70 Mann in Frankfurt und wünsche sich am Kampfe gegen Preußen zu beteiligen. Man habe ihm geraten, Aufnahme in das großherzoglich hessische Kontingent nachzusuchen, der Kriegsminister v. Wachter habe aber seine Bitte rund abgeschlagen. Ich begab mich darauf zu dem Kriegsminister, erreichte aber keinen besseren Erfolg. Der alte Mann war eigensinnig und mutlos zugleich. Er wollte die Waffenvorräte nach Mannheim bringen lassen, was ich ihm entschieden abriet. Ich bezeichnete ihm Ulm als den geeigneten Ort. Von allgemeiner Bewaffnung wollte Herr v. Wachter gar nichts hören. Er meinte, dadurch ziehe man nur Rachehandlungen der Preußen herbei, welche die Volkswehrmänner nicht als Soldaten behandelten. Nach meiner Rückkehr teilte ich das Resultat meiner Unterredung dem Hauptmann v. Düring mit und versprach demselben, ihn und sein Gesuch dem Herrn v. Baumbach, welcher ihn vielleicht in das kurhessische Kontingent aufnehme, sowie dem Herrn v. Biegeleben zu empfehlen.

6. Juli.

Nachmittags besuchte mich Minister v. Schenk, und wir verabredeten, sofort die Brücken von Worms, Gernsheim und Oppenheim abführen und nach Mainz verbringen zu lassen.

Ich besuchte dann den Grafen d'Astorg, welcher am Nachmittage bei mir gewesen war und mich nicht gefunden hatte. Er las mir zwei Schreiben

[1]) Kabinettsgüterdirektor.

[2]) König Ludwig I. von Bayern, Vater der 1862 verstorbenen Großherzogin Mathilde.

des Kaisers Napoleon an die Könige von Preußen und Italien vor, in welchen derselbe seine Vermittelung zur Herstellung eines Waffenstillstandes und demnächst Friedens anbietet. Als ich nach Hause kam, erschienen Geh. Rat Zimmermann und Rechnungsrat Winter, um zu fragen, wohin sie eintretendenfalls mit der Kabinettskasse flüchten sollten. Ich empfahl ihnen München.

Nachts sodann ein Brief von Biegeleben, wonach Prinz Wilhelm von Baden mit den badischen Truppen des VIII. Armeekorps eigenmächtig die Aufstellung von Gießen—Wetzlar verlassen und sich nach Frankfurt zurückgezogen hat, um von da nach Hause zurückzukehren. Diese niederträchtige Fahnenflucht, welche nicht ohne Wissen des Großherzogs von Baden geschehen sein könnte, ärgerte mich so, daß ich die Nacht fast schlaflos zubrachte.

7. Juli.

Der Großherzog sagte mir, der König Ludwig sei auf die dermalige bayerische Politik und auf den Prinzen Karl von Bayern sehr schlecht zu sprechen. Wir verabredeten auch, daß im Falle einer preußischen Invasion die Minister dem Großherzoge nach München zu folgen hätten. Um 12½ Uhr kam der Oberstthofmarschall Graf Isenburg, um mich über die Art, wie er das Hofsilber retten solle, zu befragen. Er war sehr gebeugt und mutlos.

Während des Essens erhielt ich ein Telegramm, wonach Baron Varnbüler und Baron Edelsheim um 4 Uhr zu mir zur Konferenz kommen würden. Dieselben wünschten zunächst zu wissen, wo das Hauptquartier des VIII. Armeekorps sei und welche Pläne Prinz Alexander habe. Das Hauptquartier befand sich am 6. l. M. in Crainfeld bei Herbstein und der Prinz wollte am 9. l. M. mit dem Hauptquartier wieder in Frankfurt sein. Diese Mitteilung befriedigte die beiden Minister, welche durch das Einrücken der Preußen in Fulda beunruhigt waren und für Frankfurt fürchteten. Sodann sprach ich mit Edelsheim über die angeblichen Rückzugsgelüste des Prinzen Wilhelm von Baden, die derselbe nicht recht zugeben wollte, so daß ich ihm die Belegstellen aus dem mir nachts vorher zugekommenen Brief Biegelebens vorlas. Endlich sprachen wir noch über die Notwendigkeit der baldigen Zusammenberufung eines deutschen Parlamentes. Baron Varnbüler war der Ansicht, man solle vorerst die Kammern sämtlicher bundestreuen Staaten zusammentreten lassen.

8. Juli.

Um 1½ Uhr begab ich mich zum Grafen d'Astorg, um ihn zu bitten, er möge in Paris telegraphisch anfragen, ob die deutschen kriegführenden Mittelstaaten in dem sechswöchigen, zwischen Österreich und Preußen abgeschlossenen Waffenstillstand einbegriffen seien. Wenn nicht, so ließe ich Herrn Drouin de Lhuys ersuchen, dies nachträglich zu erwirken, und zwar bald, weil ein Gefecht zwischen Frankfurt und Gießen nahe bevorstehe.

9. Juli.

Morgens 8 Uhr kam der Flügeladjutant Major v. Lyncker, welcher soeben das Hauptquartier des Prinzen Alexander in Niederwöllstadt verlassen hatte, und brachte mir ein Schreiben des Prinzen, worin mir derselbe ganz vertraulich mitteilt, daß er sich mit dem Prinzen Karl von Bayern überworfen habe, welch letzterer verlange, das VIII. Bundes-Armeekorps solle sich mit ihm bei Schweinfurt vereinigen. Das sei unter den vorliegenden Umständen unzulässig. Er, Prinz Alexander, werde im ungünstigen Falle eine Aufstellung bei Mainz nehmen.

Lyncker sagte mir, die Truppen des VIII. Korps seien nach dem beschleunigten Rückmarsche durch den Vogelsberg bei schlechtestem Wetter sehr ermüdet in der Nähe von Frankfurt und Niederwöllstadt angekommen und brauchten ein paar Tage, um sich zu erholen. Um 11 Uhr kam Minister v. Schenk, um mich zu fragen, ob der Waffenstillstand zustande gekommen sei. Da ich die Frage verneinte, so beschloß er, sofort den Rest der Vorräte der Staatsschuldentilgungskasse packen zu lassen.

Ich gab dem Major v. Lyncker ein Antwortschreiben für den Prinzen Alexander mit.

Hierauf erschien der Kriegsminister v. Wachter, um zu hören, wie die Dinge ständen. Er deutete an, es werde wohl nichts übrig bleiben, als sich jetzt mit Preußen zu verständigen, eine Ansicht, mit der ich ihn tüchtig abfahren ließ.

10. Juli.

Morgens ließ mich der Prinz Ludwig ersuchen, zu ihm zu kommen. Ich fuhr um $10^1/_2$ Uhr zu ihm, und er schwatzte mir lange von der Notwendigkeit vor, sich sofort mit Preußen zu verständigen, da Österreich nun vollständig unterlegen sei. Ich erwiderte ihm, daß ich auf eine solche Politik, die eine durchaus undeutsche sei, nicht eingehen und daß ich freiwillig einer Teilung Deutschlands in zwei Hälften nicht zustimmen würde. Der Prinz meinte, die südliche Hälfte würde sich später auch an Preußen anschließen müssen. Die hessischen Truppen kämpften mit Widerwillen gegen Preußen und erklärten laut, sie würden lieber gegen die Franzosen fechten.

Ich antwortete dem Prinzen, daß ich das nicht glaubte und daß ich besseres Vertrauen zum Geiste der Truppen hätte. Der Prinz erklärte mir, er persönlich würde nicht zu den Truppen zurückkehren, um gegen Preußen zu fechten. Ich bemerkte ihm darauf, es sei für mich Zeit, in die Sitzung zu gehen, und empfahl mich, natürlich sehr erbittert über die schlechten, unpatriotischen Ansichten des Prinzen. Um $2^1/_2$ Uhr besuchte mich der österreichische Legationssekretär v. Haymerle,[1]) um mich im Auftrage des Baron

[1]) Heinrich Karl Ritter v. Haymerle, 1828—1881, war 1879—1881 österreichisch-ungarischer Minister des Auswärtigen.

Kübeck zu bitten, Biegeleben möge sich bei einem Beschlusse der Bundesversammlung auf Verlegung ihres Sitzes von Frankfurt nach Augsburg eines Separatwotums enthalten. Ich schrieb demgemäß an Biegeleben.

11. Juli.

Ich hatte den Großherzog am Morgen von der Entschließung der Bundesversammlung, sich noch am nämlichen Tage nach Augsburg zurückzuziehen, in Kenntnis gesetzt, und er hatte mich beauftragt, Pfordten zu telegraphieren, daß er, der Großherzog, nun sofort nach München komme. Die Minister sollten dem Großherzog dahin nachfolgen. Inzwischen hatten sich aber die Umstände verändert. Ich bat deshalb Trotha, dem Großherzog zu sagen, daß sein Entschluß verfrüht sei. Prinz Karl sagte mir, der Großherzog wolle, daß er mit nach München gehen sollte, und verlangte meinen Rat. Ich riet dem Prinzen, Darmstadt nicht zu verlassen, und bemerkte zugleich, daß ich auch den Großherzog bitten würde, nicht jetzt schon abzureisen. Ich berichtete sofort dem Großherzoge, daß die Bundesversammlung den Extrazug, mit dem sie Frankfurt habe verlassen wollen, wieder abbestellt habe, daß Prinz Alexander mit dem VIII. Armeekorps vorerst in Frankfurt stehen bleibe, und bat deshalb, nicht abzureisen. Den Bericht schickte ich per Expreß und erhielt noch am Abend zustimmende Antwort.

12. Juli.

Die Mittagsjournale brachten die Nachricht, daß Frankreich eine Reihe deutscher Staaten, darunter das Großherzogtum Hessen, als Entschädigung für Frankreich ausersehen habe. Die Nachricht machte großes Aufsehen. Ich beauftragte sofort den Geh. Legationsrat Hofmann, ein Schreiben an den Ministerresidenten in Paris aufzunehmen, durch welches gegen ein solches Arrangement protestiert wird.

13. Juli.

Ich erhielt einen sehr niederschlagenden Bericht des Attachés v. Gagern über die österreichische Lage.

Major v. Lyncker, aus dem Hauptquartier des Prinzen Alexander kommend, sagte mir, der Prinz präpariere sich für den folgenden Tag zu einer Schlacht gegen die heranrückenden Preußen, sofern Prinz Karl von Bayern, zu welchem der Oberst v. Schönfeld entsendet worden sei, auf den Vorschlag des Prinzen eingehe. Die Hessen stünden in Aschaffenburg. Man habe die Württemberger von Schlüchtern und die Österreicher von Frankfurt herangezogen. Die Badener blieben in Frankfurt.

17. Juli.

Wir kamen abends 8 Uhr in München an und stiegen im „Bayerischen Hofe“ ab.

18. Juli. München.

Morgens 8 Uhr fuhren Schenk und Lindelof nach Nymphenburg, wo der Großherzog abgestiegen ist. Ich war zu leidend, um sie zu begleiten. Ich hatte um 8 Uhr, zu Bett liegend, den Besuch des Geheimen Rats Pfeuffer.[1]) Um 9½ Uhr fuhr ich zum Minister v. d. Pfordten, der mir eine Reihe von Aktenstücken, seine Korrespondenz mit dem Prinzen Karl von Bayern enthaltend, vorlas, um mir zu beweisen, daß das Ministerium die kräftige Aktion des Prinzen Karl in keiner Weise gehindert habe. Von da machte ich Besuch bei dem Grafen Degenfeld, dem badischen Gesandten Baron Berkheim, bei Paul Dunten[2]) und bei dem russischen Gesandten v. Ozeroff.[3]) Am Nachmittage kam Baron Berkheim mit einem Telegramm des Ministers v. Edelsheim, worin der letztere fragte, ob es nun nicht an der Zeit sei, mit Preußen ein friedliches Abkommen zu treffen, eine Anfrage, die ich mit Rücksicht auf die bevorstehende Vereinigung des VII. und VIII. Armeekorps verneinte. Abends fuhr ich mit Paul durch den Hofgarten und in die Umgebung von München spazieren. Nach der Fahrt besuchte ich den Minister v. Schenk, welcher in demselben Hotel wie ich abgestiegen ist.

19. Juli.

Ich ging auf eine Viertelstunde zum württembergischen Minister Baron Varnbüler, welcher am Abend zuvor angekommen war. Wir besprachen das Edelsheimische Telegramm und waren in dessen Beantwortung einverstanden.

Ich wurde vom Großherzog empfangen, der sehr freundlich und nicht entmutigt war. Er sagte mir, wenn die Preußen bis München vordringen sollten, werde er sich in die Schweiz zurückziehen.

20. Juli.

Morgens 10 Uhr ging ich zu Baron Varnbüler und traf dort mit Herrn v. Edelsheim, der morgens um 4 Uhr per Extrazug angekommen war, zusammen. Wir konferierten dann von 11 Uhr an mit dem Baron Pfordten. Edelsheim verlangte Deckung des Rheintales, damit der Großherzog, sein Herr, nicht gezwungen werde, sich mit Preußen in Separatverhandlungen einzulassen. Es wurde sofort an den Prinzen Karl von Bayern telegraphiert und derselbe gefragt, ob und wann er imstande und bereit sei, mit der vereinigten Bundesarmee die Preußen anzugreifen. Die Antwort war, daß am 21. l. M. großer Kriegsrat in Würzburg stattfinde, in welchem die Frage entschieden werden solle. Später bezeichnete der Prinz als den Tag des

[1]) Franz v. Pfeuffer, badischer Gesandter in Darmstadt.
[2]) Dalwigks Schwager, russischer Legationssekretär in München.
[3]) Iwan Ritter v. Ozeroff.

Angriffs den 24. l. M. Wir verabredeten eventuell, dem Prinzen Karl, wenn derselbe etwa unschlüssig sein sollte, im Namen der vier süddeutschen Souveräne den Befehl zum sofortigen Angriff zugehen zu lassen. Unsere Konferenz dauerte bis 2 Uhr. Um 4 Uhr kamen wir nochmals zusammen. Pfordten sollte auf Wunsch des Kaisers von Österreich am Abend nach Wien reisen, verschob aber diese Reise, um sich über sein Verhalten in Wien bei den dort in Aussicht stehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, bezüglich deren soeben Nachrichten eingetroffen waren, mit uns nochmals zu verständigen. Ich berichtete hierauf an den Großherzog ... Edelsheim zeigte mir einen Bericht des badischen Obersten Götz, in welchem derselbe sehr friedens- und ausgleichslustige Äußerungen des Prinzen Karl von Bayern referiert, die nichts weniger als erbaulich und ermutigend klingen. Ich erhielt abends noch die Autorisation des Großherzogs zur Erteilung eines kategorischen Befehls an den Prinzen Karl von Bayern.

21. Juli.

Von 10 bis 11 Uhr hatte ich mit Baron Pfordten, Varnbüler und Edelsheim Konferenz über das Verhalten Pfordtens in Wien bei den Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen, die bereits angebahnt sind. Ich erklärte, wie es für das Großherzogtum in hohem Grade wünschenswert sei, daß vor dem Waffenstillstande ein Angriff der Bundestruppen auf die preußische Armee stattfinde und daß die letztere aus Frankfurt und den von ihr okkupierten Teilen des Großherzogtums Hessen hinausgeworfen werde. Ich gab aber auch zu, daß es unmöglich sei, wenn Österreich den Waffenstillstand annehme, die Bundesarmee an dieser Vereinbarung nicht teilnehmen zu lassen.

Um 2 Uhr hatte ich wieder Ministerkonferenz mit Pfordten, Varnbüler und Edelsheim. Wir berieten das Verhalten Pfordtens in Wien bei Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Sollte, was unvermeidlich sein werde, die Teilung Deutschlands in einen nord- und süddeutschen Bund beschlossen werden, so müsse man darauf halten, daß der süddeutsche Bund nicht zu schwach ausfalle. Das sämtliche Land, welches den Gulden zur Münze habe und außerdem, wenn möglich, Sachsen, müßten dem Südbunde zufallen. Verfahre man nicht so, so werde naturgemäß der Nordbund den südlichen Teil Deutschlands absorbieren. Es werde ein deutscher Einheitsstaat entstehen, dessen Bildung die angrenzenden Mächte, wie Frankreich und Rußland, nicht gleichgültig zusehen könnten. Der Drang der Bevölkerung nach einem großen deutschen Vaterlande werde stärker sein als der Widerstand der Regierungen in den südlichen Einzelstaaten, deren Minister, abgesehen von den ihnen auferlegten dienstlichen Pflichten, innerlich vielleicht jenen Einheitsdrang teilen würden. Aber selbst Herr v. Bismarck könne die Absorption des Südens durch den Norden nicht wünschen, weil dadurch der preußische Staat Elemente erhalten würde, die seinem inneren Wesen zuwider

seien und deren Einfluß er doch am Ende unterliegen werde. Für Sachsen zu wirken, sei nebenbei Ehrensache. Baron Edelsheim war der eigentümlichen Ansicht, man solle sich über die Bildung der beiden Staatengruppen in Deutschland gar nicht aussprechen. Denn man möge in dieser Beziehung beschließen, was man wolle, so werde man dem Tadel und der Opposition der Bevölkerungen nicht entgehen, eine Neutralitätstheorie, die von den übrigen anwesenden Ministern nicht geteilt wurde. Dagegen war man allseitig der Ansicht, daß eine etwaige Umgestaltung Deutschlands demnächst auf einem europäischen Kongreß definitiv werde geregelt werden und daß die Minister sämtlicher deutschen Länder an diesem Kongresse teilzunehmen hätten.

22. Juli.

Ministerialrat Neidhardt[1]) übergab mir im Auftrage des Großherzogs zwei Briefe. Der eine ein an den Großherzog gerichtetes Schreiben des Königs von Preußen,[2]) der andere ein Brief der Prinzessin Alice,[3]) in welchem dieselbe dringend zur sofortigen Separatverhandlung mit Preußen rät, mit Annahme einer Militärkonvention und meiner Entlassung. (Der König schreibt, daß er den Kommandeur des Prinzen Heinrich instruiert habe, den Prinzen in dem Falle, wo er gegen die Truppen seines Oheims-Landesherrn zu kämpfen haben würde, mit einem Auftrage zu betrauen, der ihn jener Eventualität entziehe. Zum Schluß bemerkt der König, daß der Großherzog diese Eventualität Mitgliedern seines Hauses leicht hätte ersparen können, wenn er einer Politik Gehör geschenkt hätte, die dem wahren Wohle seines Landes, seines Volkes und dem intimen verwandtschaftlichen Verhältnisse Rechnung getragen hätte, statt einer Sache sich zuzuwenden, die sich nach einer fünfzigjährigen Erfahrung als überlebt darstelle und unhaltbar geworden sei.)

23. Juli.

Ich stand um 5 Uhr morgens auf und entwarf dem Großherzog Antworten an den König von Preußen[4]) und die Prinzessin Alice[5]) ... Der Großherzog war leidend, hatte sich über die Briefe des Königs von Preußen und der Prinzessin Alice geärgert und nur zwei Stunden geschlafen. Er war mit meinen Antwortsentwürfen sehr zufrieden, und ich diktierte ihm zwei Stunden lang dieselben, die er wörtlich niederschrieb.

Minister v. Ozeroff las mir eine Aufzeichnung über meine letzte Unterredung mit Herrn v. Nelidoff[6]) vor, in welcher ich die Gefahren

[1]) Dr. Carl Neidhardt, 1831—1909, Geheimer Legationsrat im Ministerium des Auswärtigen in Darmstadt.

[2]) Siehe Anlage 4.

[3]) Siehe Anlage 9.

[4]) Siehe Anlage 10.

[5]) Siehe Anlage 11.

[6]) Alexander Nelidoff, erster russischer Gesandtschaftssekretär.

geschildert hatte, wenn man die südliche Staatengruppe in Deutschland zu schwach bilde. Ozeroffs Aufzeichnung war genau, und nach einigen Abänderungen von meiner Seite übernahm er es, dieselbe über Wien an den Fürsten Gortschakow gelangen zu lassen. Er versprach mir Abschrift für den Großherzog.

24. Juli.

Ich berichtete morgens dem Großherzoge über meine Verhandlung mit Ozeroff, legte die Abschrift der Ozeroffschen Aufzeichnung und den Entwurf zu einem eigenhändigen Schreiben des Großherzogs an den Kaiser Alexander bei, dessen Absendung Ozeroff mir empfohlen hatte.

Mittags empfing mich der Herzog Friedrich von Augustenburg, der in dem nämlichen Hotel mit mir wohnt. Er war sehr herzlich, drückte mir die Hand, ließ mich rechts neben sich auf dem Sofa sitzen und dankte mir für die Unterstützung, welche ich jederzeit der holsteinischen Sache gewidmet hätte. — Er erzählte mir dann ausführlich von seinen Verhandlungen mit dem König Wilhelm und Herrn v. Bismarck, welche beide sein Recht auf die Herzogtümer wiederholt anerkannt hätten.

Ich behändigte Ozeroff das inzwischen von Nymphenburg angekommene Schreiben des Großherzogs für den Kaiser Alexander. Paul Dunten soll morgen früh diesen Brief und das Ozeroffsche Memoire nach Stuttgart bringen, von wo ein russischer Kurier beide Aktenstücke mit nach Petersburg nimmt.

Ich erhielt noch spät die Ausfertigung eines eigenhändigen Briefes des Großherzogs an den Kaiser Napoleon, den ich konzipiert hatte.[1])

26. Juli.

Am 26. Juli morgens 8 Uhr schrieb ich an den Oberhofmarschall Baron Malsen und bat um Audienz bei der Königinmutter, welche umgehend auf $11^3/_4$ Uhr bestimmt wurde. In der Audienz bei der Königinmutter waren außer mir noch Trotha, Capellen, General v. Wachter, Geheimrat Zimmermann und Oberstleutnant Mootz anwesend. Die Königin war sehr liebenswürdig und fragte mich ausführlich nach der Prinzessin Carl.

27. Juli.

Als ich um $4^1/_2$ Uhr nach Hause kam, fand ich einen Brief des württembergischen Gesandten Grafen Degenfeld, der mich benachrichtigte, daß Baron Varnbüler am Abend 8 Uhr durch München komme, um sich nach Wien und Nikolsburg zu begeben. Ich packte deswegen in aller Eile meinen Koffer, berichtete dem Großherzog, telegraphierte an Gagern und fand mich abends $8^1/_4$ Uhr auf der Eisenbahn ein, mit der ich, zusammen mit Varnbüler und

[1]) Siehe Anlage 13.

dem Senator Bernus,[1]) der von Paris kam, nach Wien reiste. Bernus erzählte von seiner Tätigkeit in Paris, daß er die französischen Zeitungsartikel, welche sich sehr stark gegen die Behandlung Frankfurts durch Preußen aussprächen, veranlaßt habe, und daß er mit Drouin de Lhuys eine lange Unterredung gehabt habe, in der es ihm gelungen sei, diesen für die Sache der kleineren Staaten Deutschlands zu gewinnen.

28. Juli.

Wir kamen morgens 9½ Uhr in Wien an. Der Gesandte v. Gagern und der[2]) Generalkonsul v. Schey empfingen mich am Bahnhof . . . Ich nahm Gagerns Einladung, bei ihm zu wohnen, an und fuhr mit ihm nach Hause. Nach dem Frühstücke machten wir dem Minister v. Beust, welcher im „Römischen Kaiser" abgestiegen war, einen längeren Besuch. Ich erklärte Beust, daß der von Herrn v. Bismarck projektierte süddeutsche Bund lebensunfähig sei, daß derselbe durch norddeutsche Staaten, namentlich Sachsen, verstärkt werden müsse, und daß, wenn dies nicht gehe, das Großherzogtum Hessen vorziehen würde, ebenfalls in den Norddeutschen Bund einzutreten.

Nach dem Besuche bei Beust fuhren wir in die „Burg" zum Prinzen Friedrich von Württemberg, der uns sehr liebenswürdig empfing. Er war im Begriffe, in Begleitung des Ministers v. Varnbüler in das preußische Hauptquartier nach Nikolsburg zu fahren. Gagern ging, während ich mit dem Prinzen sprach, in die Generaladjutantur des Kaisers, um für mich behufs der Reise nach Nikolsburg einen Passierschein zu erwirken, ohne welchen man nicht durch die Vorposten gelangt. Nachdem ich um 6 Uhr nachmittags Passierschein und Postpferde erlangt hatte, auch der Attaché v. Gagern, welcher mich auf der Reise begleiten sollte, eingetroffen war, setzte ich mich um 6½ Uhr in Bewegung.

Auf der letzten Station vor Nikolsburg bekam ich ein paar niederträchtige Pferde, die das Ziehen über Anhöhen verweigerten und den Wagen mehrmals beinahe umgeworfen hätten. Ich war genötigt, nacheinander die Hilfe zweier den nämlichen Weg kommenden preußischen Militärfuhrwerke in Anspruch zu nehmen. Das erste Fuhrwerk leistete uns zweimal Vorspann, das zweite gestattete uns, unsere Equipage durch einen Strick an seinen Leiterwagen anzuhängen, so daß wir endlich morgens 5½ Uhr glücklich in Nikolsburg ankamen.

29. Juli.

Dort gelang es dem Attaché Max v. Gagern, für mich eine leidliche Wohnung im „Schwarzen Adler" auszumitteln. Um 7 Uhr ging ich auf das Nikolsburger Schloß, um mich zu erkundigen, ob Graf Bismarck anwesend und zu sprechen sei. Er schlief noch, und zwar, wie gewöhnlich, bis 11 Uhr

[1]) von Frankfurt.
[2]) hessische.

morgens. Als ich um 12 Uhr wiederkam, war er bereits nach dem Schlosse Eisgrube, wo der Kronprinz von Preußen wohnt, weggefahren.

30. Juli.

Morgens früh 9 Uhr schickte mir Graf Bismarck seine Karte und ließ mir sagen, daß er mich um 12 Uhr empfangen wolle. Ich mußte, als ich mich zur bestimmten Stunde einfand, noch etwas im Zimmer des Geheimen Legationsrats Abeken[1]) warten, weil Graf Károlyi und Herr v. Benedetti[2]) bei Bismarck waren. Der letztere empfing mich sehr artig, beinahe herzlich, reichte mir wiederholt die Hand und bemerkte, daß wir ganz anders als Bayern und Württemberg behandelt würden. Unsere Stellung Preußen gegenüber sei stets eine viel freundlichere und bessere gewesen. Unsere Truppen hätten sich vortrefflich geschlagen, während die bayerische Kavallerie und Artillerie bei Dermbach die Flucht ergriffen habe. Die Württemberger hätten nicht wie Soldaten, sondern wie Bauernjungen gefochten. Der Empfang Pfordtens und Varnbülers sei auch ein anderer gewesen als der meinige. Die Provinz Oberhessen müßten wir abtreten, aber wir sollten dafür durch bayerisches Gebiet vollständig entschädigt werden. Ich bemerkte dagegen, daß Preußen recht habe, uns Vertrauen und Wohlwollen zu schenken. Der Großherzog und seine Regierung hätten sich zu jeder Zeit durch Festhalten am gegebenen Worte ausgezeichnet. Behandele uns Preußen versöhnend und entgegenkommend, so könne dasselbe sicher sein, in uns für alle Zeiten zuverlässige Bundesgenossen zu finden. Übrigens gingen unsere Gesinnungen für Preußen klar schon daraus hervor, daß ich in der Zweiten Kammer öffentlich erklärt hätte, daß, der dermalige Krieg möge ausfallen, wie er wolle, wir doch nie einwilligen würden, daß die berechtigte Machtstellung und der Einfluß Preußens in Deutschland eine Verminderung erleide. Auch hätte ich das Ansinnen des demokratischen Teiles der Kammer, eine aufrührerische Bewegung in Preußen hervorzurufen, mit der Erklärung abgelehnt, daß ich solche Mittel gegen eine uns nahe befreundete Regierung, wie es Preußen trotz des bestehenden Konfliktes für uns fortwährend sei, nie gebrauchen würde. Eben deshalb möge uns aber Preußen mit Gebietsabtretungen, wenn auch gegen Entschädigung, die ja auf Kosten eines alten nahe Verbündeten gegeben werden sollten, verschonen. Halte Graf Bismarck die Teilung Deutschlands in einen nord- und in einen süddeutschen Bund für nötig, und bestehe er darauf, daß der norddeutsche Bund mindestens bis an den Main gehe, so könne ja der Großherzog mit seinem ganzen dermaligen Gebiete, auch mit dem diesseits des Mains belegenen, dem Norddeutschen Bund beitreten. Wir würden dies einer Zerreißung des Landes, der Abtretung einer Provinz, die seit 600 Jahren dem

[1]) Heinrich Abeken, 1809—1872, Legationsrat im preußischen Ministerium des Auswärtigen.

[2]) Vincent Graf v. Benedetti, 1817—1900, war 1864—1870 französischer Botschafter in Berlin.

großherzoglichen Hause gehöre, vorziehen, um so mehr, als der süddeutsche Bund doch eine lebensunfähige Schöpfung sei und früh oder spät unter die preußische Führung fallen müsse. Graf Bismarck gab dies zu, versicherte aber, vorerst den Norddeutschen Bund nicht auf Länder diesseits des Mains ausdehnen zu können, weil Frankreich, welches schon jetzt mißtrauisch sei, dagegen protestieren würde. Ich brachte sodann noch speziell, auf besonderen Wunsch des Großherzogs, Homburg und Meisenheim zur Sprache, indem ich den Affektionswert hervorhob, welcher sich an diese Besitzungen, als Vermächtnis des letzten Landgrafen und als Heimat der Mutter der Prinzessin Karl für das großherzogliche Haus und insbesondere für die Prinzessin Karl und ihre Kinder knüpfe. Bismarck sagte nicht nein und nicht ja, und ich beschränkte mich deshalb darauf, diese Angelegenheit nochmals dringend seiner wohlwollenden Berücksichtigung zu empfehlen. Er fragte mich dann, ob ich den König zu sehen wünsche, setzte aber hinzu, derselbe inspiziere dermalen Truppen, es sei ungewiß, wann er zurückkehre und ob er bei seiner Rückkehr durch Nikolsburg nicht bloß durchfahre. Unter diesen Umständen verzichtete ich auf eine Anmeldung bei dem Könige und reiste um 2 Uhr nachmittags von Nikolsburg wieder ab. Abends $9^1/_2$ Uhr waren wir wieder in Wien und in der Gagernschen Wohnung.

31. Juli.

Ich machte mit Gagern Besuche. Zuerst bei dem russischen Gesandten Grafen Stackelberg, einem alten Bekannten, der mich sehr freundlich empfing. Er bewohnt das prächtige Paarsche Palais. Wir besprachen die große Gefahr, die aus dem gewalttätigen Vorgehen Preußens in Deutschland für die Nachbarstaaten erwächst. Graf Stackelberg teilte ganz diese Ansicht, meinte aber, daß hier nur ein gemeinsames Handeln von Erfolg sein könne. Dann fuhren wir zum Duc de Gramont,[1]) in dessen Vorzimmer wir Baron Beust trafen, den Gagern zum Essen einlud. Gramont sagte mir auf die Frage, was Frankreich tun werde: „Depuis 3 heures je puis Vous répondre: absolument rien. Nous avons, communément avec la Russie, proposé un congrès que la Prusse a refusé. Ainsi nous ne dirons plus rien, car la France ne peut pas parler sans avoir des actions toutes prêtes et quant à ces actions nous ne pouvons pas avoir recours aux armes sans être sûrs d'une victoire qui nous mênerait directement sous les murs de Berlin. Notre dynastie ne supporte pas, comme les Votres, des revers. Un manque de succès amènerait sa chute et compromettrait avec elle l'avenir de la France qui dépend de la dynastie actuelle. Ainsi nous ne dirons et nous ne ferons rien pour le moment au moins."

Vom Duc de Gramont fuhren wir in die Staatskanzlei zum Grafen Mensdorff, der mir den Eindruck eines ganz gebrochenen Mannes machte.

[1]) Antoine Alfred Agenor, 1819—1888, französischer Botschafter in Rom und Wien, 1870 Minister des Auswärtigen.

Er schleifte die Beine nach und erklärte nur immer, unser Fehler war, daß wir uns haben schlagen lassen.

Wir machten dann noch den Geheimen Räten v. Meysenbug[1]) und v. Biegeleben in ihren Arbeitszimmern auf der Staatskanzlei Besuche. Ministerialrat v. Gagern[2]) war nicht anwesend, und ich ließ ihm deshalb meine Karte. Hierauf fuhren wir in das Handelsministerium, wo wir den Ministerialrat Pabst in seinem Arbeitszimmer besuchten, und schließlich fuhren wir noch zu dem Generalkonsul v. Schey, bei dem wir eine Viertelstunde blieben. Bei unserer Nachhausekunft war Baron Beust bereits da. Um 3 Uhr setzten wir uns zu Tisch. Während des Diners kam der Ministerialrat Max v. Gagern, um mir einen Gegenbesuch zu machen, und bald nach ihm Graf Stackelberg, den ich allein empfing und der mir vertraulich sagte: „Sie kennen den Zustand unserer Finanzen und unsere inneren Verlegenheiten. Das erklärt genügend unsere Untätigkeit in der deutschen Frage." Um $4^1/_2$ Uhr fuhr ich auf die Eisenbahn, wo mich Generalkonsul v. Schey erwartete. Nach durchfahrener Nacht kam ich

1. August

morgens $5^1/_3$ Uhr in München an. Rittmeister v. Küchler[3]) erwartete mich an der Eisenbahn mit einem an den Großherzog gerichteten Telegramm des Prinzen Alexander, worin derselbe auf das dringendste um Vollmacht zum Abschluß eines Waffenstillstandes noch an dem nämlichen Tage bittet, weil am folgenden Tage der Waffenstillstand für das bayerische Armeekorps beginne und dann das VIII. Armeekorps der preußischen Übermacht preisgegeben sei. Ich fertigte Vollmacht und Instruktion für den Prinzen sofort aus und fuhr dann nach Nymphenburg, wo der Großherzog beides unterzeichnete. Während meiner Anwesenheit bei dem Großherzoge erschien Prinz Ludwig, aus dem Hauptquartier kommend, ganz staubig und beschmutzt, um den Waffenstillstandsabschluß seinerseits zu betreiben. Ich zeigte ihm die bereits vollzogene Vollmacht, fuhr dann nach München zurück und gab die Vollmacht und Instruktion dem Hofstallkassierer Wamser mit dem Auftrag, dieselbe sofort und nötigenfalls mit Benutzung von Extrazügen dem Prinzen Alexander zu bringen.

Am Nachmittage hatte ich den Besuch des Hauptmanns v. Westerweller, der mit dem Prinzen Ludwig gekommen war. Ich ging dann mit ihm und Minister v. Schenk in das Hotel d'Angleterre, wo der Prinz abgestiegen war und wo wir demselben aufwarteten. Der Prinz wünschte meine Meinung zu hören, ob er am Abende wieder abreisen solle. Ich riet ihm ab, weil der

---

[1]) Otto Rivalier Freiherr v. Meysenbug, Unterstaatssekretär im Wiener Ministerium des Auswärtigen.

[2]) Max v. Gagern, 1810—1889, Bruder Heinrichs, Ministerialrat im Wiener Ministerium des Auswärtigen.

[3]) Carl Friedrich Ludwig Otto Gustav, Major und Flügeladjutant des Großherzogs, Kommandant der Garde-Unteroffizierskompagnie.

Waffenstillstand noch heute abgeschlossen werde, er aber, wenn er vor dem Abschluß etwa in die Hände der Preußen falle, was bei dem steten Vorrücken leicht möglich sei, für einige Wochen Kriegsgefangener bleibe.

2. August.

Morgens 7 Uhr erhielt ich ein Telegramm von Biegeleben aus Augsburg, wonach die Preußen die Besetzung von Castel fordern. Ich schrieb an Pfordten und erbat die Ansicht Bayerns. Pfordten antwortete, und ich beauftragte Biegeleben, für Ablehnung des Verlangens zu stimmen.

Um 8 Uhr kam Schenk sehr aufgeregt und behauptete, die Preußen stünden in Nördlingen, 12 Stunden von Ulm. Es sei Zeit, unsere Kassen und Kriegsvorräte von Ulm nach Lindau zu flüchten. Ich möge an Pfordten schreiben und um Autorisation dazu bitten. Ich tat dies. Pfordten schickte mir darauf den Ministerialsekretär Meyer und ließ mir sagen, die Preußen seien nicht bis Nördlingen, sondern nur bis Reichelsdorf $1^1/_2$ Stunden südlich von Nürnberg gekommen. Nördlingen, Donauwörth, Ansbach und Gunzenhausen seien frei. Der mecklenburgische Oberstleutnant Roth, abgeschickt vom Großherzog von Mecklenburg, habe die Zusicherung hierher gebracht, daß ein Vorgehen der preußischen Streitkräfte südlich von Nürnberg nicht stattfinden werde.

Um $11^1/_2$ Uhr erschien Trotha und brachte mir ein an den Großherzog gerichtetes Telegramm des Majors v. Lyncker aus Ochsenfurt d. d. Heutigen 7 Uhr früh:

„Ich habe, da Württemberg und Baden den Termin eingehalten und von diesseits niemand sonst gekommen, auf Anraten Varnbülers definitiv abgeschlossen. Vorbehalte wurden nicht angenommen."

Bald nachher kamen Minister v. Schenk und Oberstleutnant Mootz, denen ich dieses Telegramm und die Pfordtensche Benachrichtigung mitteilte, worauf die beiden letzteren weggingen, um die bereits nach Ulm erteilten Weisungen zum Wegbringen der Kassen und Kriegsvorräte telegraphisch zurückzunehmen.

3. August.

Morgens $9^1/_2$ Uhr kam der nassauische Minister Prinz von Wittgenstein zu mir und ersuchte mich um meinen Rat wegen des Verhaltens Nassaus und seiner Truppen, welche sich in verzweiflungsvoller Lage befänden. Ich riet, der Herzog möge Schritte bei Rußland und Frankreich tun und die Truppen, denen Preußen den Waffenstillstand verweigert, einstweilen auf bayerisches Gebiet in die Nähe von Ulm zurückziehen. Rittmeister v. Küchler brachte zwei Briefe des Prinzen Alexander an den Großherzog nebst dem Waffenstillstandsvertrag, welchen Major v. Lyncker noch vor Ankunft Wamsers abgeschlossen hatte.

4. August.

Ich fuhr morgens 10 Uhr nach Nymphenburg und blieb dort eine Stunde bei dem Großherzog. Derselbe war sehr herzlich.

Ich schrieb bei meiner Zurückkunft eine Reihe von Briefen, namentlich an den Prinzen Alexander wegen Zurückziehung des in Ludwigsburg stehenden Depots der großherzoglichen Truppen, an den Generalleutnant Frey wegen Zurückziehung der großherzoglichen Belagerungsartillerie aus Mainz und an Bechtold, welchem ich den diesseitigen Waffenstillstandsvertrag mitteilte, endlich auch an den Bundestagsgesandten v. Biegeleben, dem ich Instruktion gab.

5. August.

Morgens 9 Uhr besuchte mich Minister v. Schenk, um mir preußisches Geld für meine Berliner Reise zu bringen.

Um 12 Uhr besuchte mich der Prinz von Wittgenstein. Er war mit dem am Abend vorher angekommenen Herzog von Nassau in München zusammengetroffen. Ich bat ihn, mich bei dem Herzog zu melden.

Um 1 Uhr hatte ich den Besuch des belgischen Gesandten Baron Beaulieu, dem ich für den folgenden Tag bei dem Großherzog Audienz erwirkt hatte. Ich sagte ihm: „Maintenant ce sera votre tour.“ Er versicherte aber, Belgien habe von Frankreich nichts zu fürchten. Die Manifestationen beim Regierungsantritt des Königs,[1]) die sich jetzt bei des letzteren Rundreise wiederholten, hätten in Paris Eindruck gemacht. Selbst der Prinz Napoleon habe dem Grafen von Flandern[2]) die beruhigendsten Zusicherungen gegeben.

Um 6 Uhr ging ich zum Diner bei dem Herzog von Nassau.

Nach Tisch sprach mir der Herzog von seiner verzweifelten Lage. Ich versprach ihm, in Berlin mir über die dortigen Absichten Licht zu verschaffen und dahin zu wirken, daß ihm die Absendung eines Unterhändlers gestattet würde. Der Herzog will am 6. l. M. nach Wien gehen, um sich eine klare Ansicht von den dortigen Zuständen zu verschaffen. Ich empfahl ihm, jedenfalls mit den Repräsentanten von Rußland und Frankreich sich ins Benehmen zu setzen. Ich fand den Herzog sehr fest. Er wollte an den König von Preußen schreiben, aber in einem festen, würdevollen Tone, nicht demütig und bittend. Ein Schreiben an den Kaiser von Rußland hat er bereits abgeschickt. Der Herzog war für mich in hohem Grade herzlich und vertrauensvoll.

6. August.

Morgens 9 Uhr kam der kurhessische Minister v. Baumbach, um mich zu bitten, in Berlin die kurhessischen Interessen mit zu wahren.

7. August.

Morgens früh $5^3/_4$ Uhr fuhr ich mit Pfordten, Baron Bibra[3]) und Herrn v. Niethammer in einem bayerischen Ministerwaggon von München

---

[1]) Leopold II., 1835—1909, regierte seit 1865.

[2]) Philipp Graf v. Flandern, 1837—1905, Bruder des Königs.

[3]) Alfred, bayerischer Legationsrat in Paris.

ab. In Stuttgart empfing uns Baron Neurath und Graf Taube. Wir dinierten eine Viertelstunde, dann ging es weiter. In Darmstadt stieg ich aus, behändigte dem Geh. Legationsrat Hofmann seine Vollmacht für Berlin, ließ mir von der Bank einen Kreditbrief geben und ließ bei der Prinzessin Carl anfragen, ob ich ihr aufwarten dürfe. Die Antwort war bejahend.

Prinz und Prinzessin Carl empfingen mich sehr herzlich. Wir besprachen den drohenden Verlust von Oberhessen. Die Prinzessin beschloß, mir einen vom Geh. Legationsrat Hofmann entworfenen Brief an den König von Preußen mitzugeben. Ich erzählte meine Reise nach Nikolsburg. Der Prinz, in vollem Gefühl für das Recht, hielt mir die Hand lange fest, indem er mir mit tiefem Gefühl einen guten Erfolg meiner Reise nach Berlin wünschte.

8. August.

Prinz Emil Wittgenstein erzählte mir, er habe zu Anfang des Feldzuges den Prinzen Alexander dreimal flehentlich gebeten, doch offensiv gegen die damals noch schwachen und vereinzelt stehenden preußischen Korps vorzugehen. Aber immer habe der Prinz geantwortet, er habe die Aufgabe, Mainz und Frankfurt zu decken, ein Plan, den er später doch habe aufgeben müssen.

Abends $10^1/_2$ Uhr kamen wir[1]) in Berlin an und stiegen im Hotel Royal ab.

9. August.

Der Geh. Kommerzienrat Mevissen aus Köln bat mich, ihm die diesseitigen Ansichten und Wünsche mitzuteilen, damit er dieselben bei seinen Kollegen im Herrenhause vertreten könne.

Wir machten dem Unterstaatssekretär v. Thile einen Besuch. v. Thile erzählte uns, Baron Wambolt habe beim Abschied von ihm gesagt, er werde wieder kommen und sich ein paar Provinzen ausbitten.

Später fuhr ich allein zu sämtlichen preußischen Ministern und dem russischen Gesandten v. Oubril, die sämtlich nicht zu Hause waren. Von da fuhr ich zu dem französischen Botschafter Benedetti, mit dem ich eine lange Unterredung hatte. Ich setzte ihm die Gefahren auseinander, die Frankreich durch die preußischen Annexionen drohten. Von Benedetti ging ich zu dem ersten Botschaftssekretär E. Lefèbvre,[2]) mit welchem ich dasselbe Thema besprach und der mir vollkommen recht gab.

Nach meiner Rückkehr besuchte ich den württembergischen Minister v. Varnbüler, bei dem ich Pfordten und den badischen Minister v. Freydorf[3])

[1]) Dalwigk und Hofmann, zugleich mit Pfordten.

[2]) Edouard Lefèbvre de Béhaine, französischer Legationssekretär in Berlin.

[3]) Rudolf v. Freydorf, 1810—1882, wurde nach Edelsheims Sturz 1866 badischer Ministerpräsident, nahm hervorragenden Anteil am Abschluß der Versailler Verträge und nahm 1876 seine Entlassung.

fand. Dieselben waren in etwas gereiztem Gespräch, weil Freydorf Bayern Abweichung von gegebenen Zusagen vorgeworfen hatte.

Abends war ich bis 10 Uhr zu Hause. Dann fuhr ich auf eine Einladung des Grafen Bismarck zu demselben. Er empfing mich erst um 11 Uhr, weil er vorher mit dem belgischen Geschäftsträger und dem badischen Minister v. Freydorf zu tun hatte. Er empfing mich scheinbar herzlich, bot mir eine Zigarre an, nachdem er mir die Hand gedrückt hatte, und verlangte dann die Abtretung der Provinz Oberhessen und der Landgrafschaft Homburg mit Meisenheim. Ich entgegnete, daß der Großherzog den höchsten Wert auf die Provinz Oberhessen mit ihren treuen Bewohnern lege, von welcher sein Haus den Namen trage. Homburg sei eine althessische Besitzung, an welche sich ruhmvolle Erinnerungen des hessischen Hauses knüpften. Seine Abtretung würde für den Großherzog schmerzlich sein und der Prinzessin Carl, der Tochter einer homburgischen Prinzessin, würde der Verlust Tränen kosten. Bismarck erwiderte, wenn man sich in Berlin an die Tränen der Prinzessinnen kehren wollte, so würde man gar nichts erhalten. Ich proponierte endlich, Oberhessen und Homburg in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, während Starkenburg und Rheinhessen im süddeutschen Bunde bleiben würden. (Auf diese Weise erlange Preußen einen zuverlässigen Verbündeten im Norden und einen Freund im süddeutschen Bunde. Die Lage des Großherzogtums auf der Mainlinie sei ganz exzeptionell und könne zu keinen Konsequenzen Anlaß bieten. Außerdem behalte Preußen die sämtlichen Austauschobjekte, welche es anbiete, für sich, stehe sich also im Grunde viel besser als bei einer einfachen Annexion Oberhessens und des Landgraftums Homburg.)[1] Herr v. Bismarck hatte mir nämlich die bayerische Rheinpfalz und dann auf meine Bemerkung, daß dies bei der Nachbarschaft Frankreichs ein unsicherer Besitz sei, Aschaffenburg, den Spessart und selbst Würzburg als Entschädigung angeboten. Bismarck schwankte zuletzt, als ich fest blieb (und nur zugab: höchstens könne man das Hinterland mit der Herrschaft Itter gegen ein Äquivalent am Main austauschen).[1] Er sagte, Oberhessen stehe bereits in der Liste der zu annektierenden Landesteile in dem den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurfe. Ich erwiderte, daß sich ein solcher Passus des Gesetzes leicht ändern lasse. Endlich sagte mir Bismarck, indem er im Zimmer auf und ab ging: „Nun, reden Sie mit dem Könige." Ich antwortete, daß ich sehr glücklich sein würde, wenn Seine Majestät mich empfangen wollten, zumal da ich eigenhändige Briefe des Großherzogs und der Prinzessin Carl zu übergeben hätte. Er notierte mein Audienzgesuch, brachte dann die Rede auf Mainz und fragte, was damit werden solle. Ich erwiderte, daß wir nicht hindern könnten, wenn Preußen die Festung besetzen wolle, daß wir also auch keinen Widerspruch dagegen erheben würden. Es scheine mir

[1]) Die eingeklammerten Stellen in diesen Aufzeichnungen sind Zusätze aus Dalwigks Bericht an den Großherzog.

übrigens am angemessensten, wenn die Kriegsgarnison von Preußen ganz, die Friedensgarnison halb von Preußen, halb von süddeutschen Staaten gestellt würde.

Bismarck brachte schließlich das Gespräch auf Kurhessen und äußerte sich mit großer Erbitterung über den Prinzen Friedrich Wilhelm. Er sagte: dieser Prinz sei zehnmal in Berlin gewesen, um die Absetzung des Kurfürsten zu betreiben, und neuerdings habe er auf einmal den zärtlichen Vetter spielen wollen, als man gegen den Kurfürsten eine entschiedene Sprache geführt habe. Dafür möge er jetzt die Folgen tragen.

Um 12 Uhr kam ich nach Haus.

10. August.

Ich verhandelte morgens mit dem Geh. Legationsrat Hofmann, der eine an den Grafen Bismarck zu richtende Note entworfen hatte. Dann besuchte mich Pfordten, der mir erzählte, daß wir wahrscheinlich Oberhessen behalten würden, Bismarck habe dem württembergischen Minister Baron Varnbüler gesagt, er werde dem Könige in diesem Sinne raten.

Um 12½ Uhr fuhr ich zu dem Hofmarschall Grafen Perponcher, dem ich eine Karte ließ, und zu dem italienischen Gesandten Grafen Barral, mit dem ich eine lange Unterhaltung hatte. Von da besuchte ich den niederländischen Gesandten Grafen Bylandt, welchem ich die Angelegenheit des Herzogs von Nassau eifrig empfahl. Hierauf fuhr ich weiter zu dem Oberstkammerherrn Grafen Redern, dem ich eine Karte ließ, zu dem badischen Minister v. Freydorf und zu dem Hofmarschall Grafen Pückler, sowie zu dem Geh. Kommerzienrat Mevissen, welche beiden letzteren nicht zu Hause waren. Um 2 Uhr besuchte ich abermals den russischen Gesandten v. Oubril und besprach mit demselben die diesseitigen Interessen, die ich dem Schutze Rußlands empfahl, ausführlich. Von da fuhr ich zu dem spanischen Gesandten Don Rancès. Dieser erzählte mir, Benedetti habe sich in Nikolsburg vollkommen getäuscht. Benedetti sei triumphierend von da nach Berlin zurückgekommen und sei sehr überrascht gewesen, als seine Sekretäre ihn mit betrübter Miene empfangen und ihm gesagt hätten, daß Frankreich durch Preußens Siege und diplomatische Erfolge in eine sehr gefahrvolle Lage versetzt worden sei. Benedetti sei heute nacht nach Paris gereist, und es sei sehr gut, daß ich noch am Tage zuvor mit ihm eine eingehende Unterhaltung gehabt hätte. Benedetti verstehe von den deutschen Angelegenheiten gar nichts. Um 4 Uhr besuchte mich Edouard Lefèbvre, und ich hatte eine sehr intime Konversation mit ihm. Er fragte mich, was die süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges Frankreichs gegen Preußen tun würden. Ich erwiderte: Nichts, weil diese Staaten durch die seitherigen Kriegslasten und die ihnen von Preußen auferlegten Kriegskostenentschädigungen erschöpft seien. Lefèbvre wollte wissen, was in bezug auf Mainz geschehen würde. Ich erwiderte, daß wir Preußen nicht hindern könnten, die Festung zu besetzen. Lefèbvre fand eine solche Be-

setzung von Mainz für Frankreich sehr beunruhigend, und ich konnte ihm nur vollkommen recht geben.

Um 7 Uhr besuchte mich mein Vetter Kardorff,[1]) ministerielles Mitglied des Abgeordnetenhauses, und blieb eine Stunde, indem er das annexionistische Verfahren seiner Regierung zu rechtfertigen suchte. Den Rest des Abends blieb ich ermüdet zu Hause.

11. August.

Varnbüler sagte mir, daß er seinen Friedensvertrag mit Preußen bis zur Unterzeichnung fertig habe.[2]) Zu dieser schnellen Erledigung hat offenbar die Großfürstin Helene[3]) von Rußland, die gestern in Berlin angekommen ist, wesentlich mitgewirkt. Herr v. Varnbüler schiebt aber das Verdienst zunächst dem Schwiegervater seiner Tochter, Herrn v. Below, Mitglied des Herrenhauses und gutem Bekannten des Grafen Bismarck zu. Württemberg zahlt acht Millionen Gulden Kriegskostenentschädigung. Das ist alles. Baron Varnbüler lobte die Billigkeit und Einsicht des Grafen Bismarck und meinte, auch die hessische Sache stehe gut. Er versprach mir demnächst Mitteilung des württembergischen Vertrages. Er sagte, Österreich habe geradezu seine Bundesgenossen verraten, indem es Preußen proponiert habe, die Hälfte der von letzterem geforderten Kriegskostenentschädigung den süddeutschen Staaten aufzuladen, weil diese solventer als Österreich seien. Sachsen sei durch Frankreich gerettet worden, aber eben dadurch seien die süddeutschen Staaten in eine nachteiligere Lage gebracht worden. Frankreich habe Preußen Annexionen bis zu vier oder fünf Millionen Seelen gestattet. Es komme nun darauf an, ob diese Zahl bereits erreicht sei und ebenso, ob vier oder fünf Millionen das Maximum bildeten. Sei dies Maximum der zugestandenen Annexionen noch nicht erschöpft, so könne die Provinz Oberhessen leicht noch zur Vervollständigung dienen müssen.

Es regnete den ganzen Morgen, so daß ich in mein Zimmer gebannt war. Ich schrieb an Bismarck und fragte wegen der Audienz bei dem Könige und der Entscheidung bezüglich Oberhessens an. Um 2 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Oubril, der mir sagte, daß er bis jetzt von Petersburg keinen die diesseitige Angelegenheit betreffenden Auftrag erhalten habe, aber einen solchen erwarte. Um $4^1/_2$ Uhr dinierte ich mit dem Geh. Legationsrat Hofmann. Dann besuchte ich Pfordten, der mich bat, noch vier Tage Geduld zu haben, dann werde sich die Situation bessern.

12. August.

Ich traf morgens bei dem Geh. Legationsrat Hofmann mit dem Dr. Becker, Sekretär der Prinzessin Alice, zusammen. Derselbe sagte mir, daß Prinz

[1]) Wilhelm v. Kardorff, bekannter Führer der Freikonservativen Partei.

[2]) Unterzeichnet am 13. August.

[3]) Großfürstin Helene, 1807—1873, Tochter des Prinzen Paul von Württemberg, Gemahlin des Großfürsten Michael, jüngsten Bruders Nikolaus' I.

Ludwig soeben angekommen und im kronprinzlichen Palais abgestiegen sei. Ich begab mich nach einer halben Stunde dorthin und wurde von dem Prinzen sehr freundlich empfangen. Wir besprachen längere Zeit die Lage der Dinge und verständigten uns. Becker hatte mir einen Brief des Prinzen[1]) mitgebracht, der geschrieben war, ehe der Prinz sich entschlossen hatte, nach Berlin zu reisen, um dort persönlich in unserem Interesse seinen Einfluß geltend zu machen. Der Prinz teilte mir seine Ernennung zum Kommandeur der großherzoglichen Truppen mit. Bei meiner Nachhausekunft fand ich Briefe von dem Geh. Staatsrat v. Bechtold und Geh. Rat Goldmann. Beide schrieben mir, daß der Provinzialdirektor Goldmann wegen seiner Weigerung, auf preußische Aufforderung als Mitglied in die neugebildete Regierung zu Homburg einzutreten, als Staatsgefangener nach Wesel geschickt worden sei. Ich schrieb sogleich an den Grafen Bismarck und verlangte dringend die Entlassung des jungen Goldmann aus seiner Haft. Um 2 Uhr machte ich eine zweistündige Promenade in den Tiergarten. Nach dem Theater abends 10 Uhr hatte ich noch den Besuch des Baron Varnbüler, der nach nunmehr erfolgter Unterzeichnung des württembergischen Friedensvertrages am folgenden Tage abreiste.

13. August.

Um $11^1/_2$ Uhr kam Pfordten und erzählte mir, König Wilhelm habe am Abend zuvor der Großfürstin Helene gesagt, man werde dem Großherzog von Hessen wohl seine Provinz Oberhessen lassen müssen. Nach ihm besuchte mich Dr. Becker, um zu fragen, ob ich glaube, daß Prinz Ludwig noch einige Zeit in Berlin bleiben solle. Ich bejahte diese Frage, und wir sprachen dann noch eine halbe Stunde Politik.

Um $5^1/_4$ Uhr ließ mir Prinz Ludwig sagen, er wolle am Abende wieder abreisen und ich möge ihn vorher noch besuchen. Ich fuhr um $5^1/_2$ Uhr zu ihm und blieb eine Stunde. Der Prinz war wieder über die Maßen preußisch, er meinte, wegen der Summe der Kriegskostenentschädigung solle man nicht viel handeln, auch wegen der Kompensation für das Hinterland und den Kreis Vöhl keine großen Schwierigkeiten machen. Auf die Landgrafschaft Homburg legte der Prinz gar keinen Wert. Ich erwiderte, daß es meine Pflicht sei, soviel zu erlangen als möglich. Er bemerkte ferner, demnächst würden wohl die hessischen Offiziere dem Könige von Preußen den Eid der Treue zu leisten haben. Ich erwiderte, daß eine solche Eidesleistung nur für das auf die Provinz Oberhessen fallende und zur Verfügung des Norddeutschen Bundes zu stellende Kontingent denkbar sei. Der Prinz sagte endlich, er hoffe, der Brief des Großherzogs an den Kaiser Napoleon werde der letzte nach Paris geschriebene sein. Ich erklärte, daß das von Umständen abhänge. Die großen Mächte suchten fortwährend mit Frankreich auf möglichst gutem Fuße zu stehen und täten in Paris die entgegenkommendsten Schritte. Das gelte namentlich

[1]) Siehe Anlage 16.

von Preußen. Ich sähe also gar nicht ein, weshalb man es den kleineren so sehr verargen wolle, wenn sie sich vorkommenden Falles um den Schutz des Kaisers Napoleon bemühten.

14. August.

Morgens 11 Uhr besuchte mich Graf Bray und sagte mir, er und Baron Pfordten verhandelten in untergeordneten Fragen mit dem Geh. Rat v. Savigny. Dieser letztere habe ihm heute morgen gesprächsweise mitgeteilt, daß die Provinz Oberhessen unbedingt preußisch werde. Graf Bray fragte mich, ob ich etwas näheres wisse, was ich natürlich verneinen mußte. Er meinte, dieser plötzliche Umschlag in den preußischen Ansichten hänge damit zusammen, daß die Stimmung in Paris friedlicher geworden sei. Man fürchte eben Frankreich weniger und spanne deshalb seine Forderungen wieder höher. Ich fuhr infolge davon zu Herrn Lefèbvre, nachdem ich vorher nochmals an den Grafen Bismarck geschrieben und eine Unterredung erbeten, auch die Briefe des Großherzogs und der Prinzessin Karl mit der Bitte um Beförderung an ihre hohe Adresse beigeschlossen hatte. Lefèbvre kam nachmittags 3 Uhr zu mir. Ich erzählte ihm die Äußerung Savignys. Er sagte mir, Bismarck habe ihm in der letzten Nacht 10 Uhr gesagt, Oberhessen werde nicht annektiert werden, die Weiber hätten eben zu viel Einfluß. Ich bat Lefèbvre, diese Erklärung Bismarcks nach Paris zu telegraphieren, um sie zu konstatieren. Lefèbvre teilte mir auch mit, daß am folgenden Morgen den preußischen Kammern ein die Annexionen betreffender Gesetzentwurf werde vorgelegt werden.[1]) Er bat mich, dafür zu sorgen, daß unserseits nicht sofort eine bindende Erklärung wegen der Mainzer Festungsverhältnisse abgegeben werde, indem Benedetti morgen zurückkehre und über diesen Punkt wahrscheinlich Instruktionen mitbringe. Frankreich lege den größten Wert darauf, daß Preußen Mainz nicht okkupiere. Bismarck aber fordere das Besetzungsrecht. Die Stadt Mainz und deren Umgebung bis Bingen wolle er dagegen bei Hessen belassen. Ich machte von den Äußerungen Lefèbvres sofort, nachdem dieser mich verlassen hatte, vertrauliche Mitteilung an Pfordten, welcher mir sagte, die Schwierigkeit wegen der Festung Mainz gehe zunächst von der Bundesversammlung in Augsburg aus. Er werde nun fordern, daß der Gouverneur, Graf Rechberg, seines dem Bunde geleisteten Eides entbunden werde und daß die Augsburger Versammlung, die in ihrer Mehrzahl nur aus den Bevollmächtigten depossedierter Fürsten bestehe, sich auflöse. Machten die Herren Schwierigkeiten, so werde er sie aus Bayern ausweisen lassen. Er könne nicht zugeben, daß, um theoretischer Rechtsgrundsätze willen, Bayern der Frieden vorenthalten bleibe. Ich versprach Pfordten, nach den von ihm geäußerten Wünschen den Bundestagsgesandten v. Biegeleben zu instruieren.

Um $5^1/_2$ Uhr fuhr ich zum Diner bei dem russischen Gesandten v. Oubril. Außer mir waren Graf Bray, Graf Bylandt, Lefèbvre, der russische Militär-

[1]) Eingebracht am 17. August.

bevollmächtigte Fürst Kutusow, der Legationssekretär Baron Mohrenheim und der Attaché Fürst Cantacuzène anwesend. Ich saß rechts von Herrn v. Oubril.

Nach dem Diner sprach ich längere Zeit mit demselben allein. Ich sagte ihm, daß mir Graf Bismarck auf drei eigenhändige Briefe, in denen ich um Entschließung und Fortsetzung der Verhandlungen gebeten, keine Antwort erteilt habe. Oubril versprach mir, Bismarck desfalls zu interpellieren. Er erzählte mir, als Beispiel von Bismarcks Unaufrichtigkeit, er, Oubril, habe die bestimmtesten Beweise in Händen, daß geheime Abmachungen mit Frankreich wegen Gebietsabtretungen bestünden. Er habe nun Bismarck wiederholt befragt, ob dies wahr sei. Bismarck habe ihm geradezu die Richtigkeit dieser Tatsache bestimmt in Abrede gestellt. Er habe ihm darauf erklärt, er werde seine, Bismarcks, Erklärung nach Petersburg berichten, aber auch zugleich anführen, was er von anderer Seite gehört habe. Bismarck sei darauf ganz rot geworden und habe nichts erwidert.

15. August.

Morgens kam Baron Pfordten zu mir, um mir zu sagen, wir hätten von Frankreich gar keine Unterstützung zu erwarten, der Kaiser Napoleon habe nicht einmal ein an ihn gerichtetes eigenhändiges Schreiben des Königs von Bayern selbst entgegengenommen, sondern sich mit Unwohlsein entschuldigen lassen. Er, Pfordten, habe für den heutigen Tag von Bismarck eine Besprechung verlangt. Ich bat Pfordten, bei diesem Anlasse auch meine verschiedenen Ersuchen um eine Besprechung in Erinnerung zu bringen. Er sagte mir noch weiter, der General v. Loßberg[1]) weigere sich, Mainz, selbst auf Befehl des Bundes, zu verlassen, und zwar angeblich, weil er nur von dem Kurfürsten Befehle zu empfangen habe. Bayern beabsichtige, auch in dieser Beziehung eine Verständigung herbeizuführen. Ich schrieb infolge dieser Unterhaltung sofort offiziell an den Bundestagsgesandten v. Biegeleben und beauftragte ihn, sich dem bayerischen Antrage in der Bundesversammlung wegen Überlassung der Festung Mainz an Preußen anzuschließen. Um 12 Uhr ging ich zu Herrn v. Oubril und fragte denselben, ob er am Abend zuvor in einer Soiree bei dem Baron Schleinitz[2]) den Grafen Bismarck gesprochen habe, was er verneinte. Er erzählte mir, der Kaiser Napoleon sei sehr leidend.

(Nachmittags.)

Pfordten kam und teilte uns mit, daß Oberhessen bei dem Großherzogtum bleibe. Soeben sei Bismarck bei ihm gewesen und habe ihm mitgeteilt,

[1]) Karl Wilhelm Jeremias, kurfürstlich hessischer Generalmajor.

[2]) Alexander Graf v. Schleinitz, 1807—1885, war Juli 1848 preußischer Minister des Auswärtigen, 1849—1850 zum zweiten, 1858—1861 zum drittenmal, 1861—1885 Minister des königlichen Hauses.

daß er dies in einer Ministerberatung, welcher der König angewohnt, bei letzterem durchgesetzt habe. Bismarck behaupte, bei diesem Anlasse dem Könige sehr ernste Wahrheiten gesagt zu haben.

16. August.

Ich schrieb an Bechtold und ersuchte ihn, mir eine genaue Angabe des Flächeninhalts der Kreise Biedenkopf und Vöhl, sowie eine Hügelsche Karte von Oberhessen zu senden.

Dann schrieb ich dem Prinzen Ludwig und machte ihn darauf aufmerksam, daß am 22. l. M. der Waffenstillstand ablaufe, daß in Berlin die Friedensverhandlungen mit uns noch nicht begonnen hätten und daß es zweifelhaft erscheine, ob eine Waffenstillstandsverlängerung zu erreichen sei, daß er also, wenn er keine weitere Nachricht erhalte, am 22. August die großherzogliche Division unter die Kanonen von Mainz zurückziehen möge.

Während meines Diners um $4^1/_2$ Uhr kam Pfordten, um mir mitzuteilen, Herr v. Savigny habe noch keinen Auftrag, mit mir zu verhandeln. Übrigens sei Preußen von seinen Forderungen auf bayerische Gebietsabtretungen um einiges heruntergegangen.

17. August.

Morgens 10 Uhr besuchte mich Herr Lefèbvre, um mir zu sagen, Frankfurt und Oberhessen befänden sich nicht in der Reihe der Territorien, welche in dem den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurf wegen Einverleibung eroberter Gebiete aufgeführt seien. Der Botschafter Benedetti sei von Paris zurückgekehrt und habe günstige Instruktionen mitgebracht, die ihn beauftragten, sich für Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten zu verwenden. Bezüglich Hessens sei eine solche Verwendung kaum nötig, weil man hier in Berlin für die hessische Regierung am günstigsten gestimmt sei.

Während Lefèbvre noch bei mir war, wurde mir eine Karte des Prinzen Nikolaus von Nassau gebracht, der wieder weggegangen war, weil ich Besuch gehabt hatte. Ich ging deshalb in das Hôtel du Nord, wo der Prinz wohnte. Er sagte mir, daß er von seinem Bruder, dem Herzoge, geschickt sei, um zu bitten, daß man dem letzteren wenigstens gestatte, einen Unterhändler nach Berlin zu senden. Prinz Nikolaus hatte einen Brief des Herzogs an den König Wilhelm. Er fragte mich, wie er denselben an seine Adresse bringen solle. Ich empfahl ihm, desfalls an den Grafen Bismarck zu schreiben und letzteren zugleich um eine Besprechung zu bitten. Er sagte mir, daß er dies bereits getan habe. Ich schlug ihm dann weiter vor, sich an Herrn v. Oubril zu wenden, wenn Bismarck etwa nicht antworte.

Ich ging von da zu dem am Morgen angekommenen Botschafter Benedetti, mit dem ich lange konversierte. Er war viel eingehender auf meine Ansichten, als bei der ersten Unterhaltung. Er sprach lebhaft von dem Interesse, das Frankreich habe, Preußen nicht zu mächtig werden zu lassen.

Ich empfahl ihm mit Wärme Sachsen. Er meinte, wenn Sachsen seine diplomatische Vertretung und seine selbständige Armee behalte, so sei das alles, was man für das Königreich erlangen könne. Wir sprachen auch von Mainz. Ich erklärte, daß wir die Besetzung der Festung durch Preußen nicht hindern könnten, daß aber diese Okkupation eine ernste Drohung für Frankreich und zugleich eine solche für uns sei. Benedetti bemerkte, er habe nur die Interessen Frankreichs zu wahren. Ich gab ihm dies zu und fügte bei, daß ich ihm deshalb auch von unseren Interessen nur soweit reden würde, als sie mit denen Frankreichs gemeinschaftlich seien.

Über die Gesundheit des Kaisers Napoleon schien er nicht sehr beruhigt. Er meinte indessen, daß er bei seiner Abreise den Kaiser viel besser als bei seiner Ankunft gefunden habe. Ich beschwerte mich, daß Graf Bismarck mir auf drei Briefe, in welchen ich auf den Beginn der Friedensverhandlungen gedrungen, nicht geantwortet habe und daß derselbe überhaupt ganz unzugänglich sei. Benedetti sagte, weil man uns in der Hauptsache nachgeben müsse, wolle man uns wenigstens in der Form verletzen. Nachmittags 5 Uhr machte mir Benedetti einen langen Gegenbesuch. Um 6 Uhr erhielt ich endlich eine offizielle Einladung Bismarcks zu Friedensverhandlungen mit dem Anfügen, daß neben ihm der Wirkliche Geheime Rat v. Savigny zum zweiten Bevollmächtigten Preußens dabei ernannt sei.

18. August.

Morgens 11 Uhr ging ich zu Herrn v. Savigny und besprach mit ihm die wesentlichsten Punkte des Friedensvertrages.

Um 5 Uhr besuchte mich Herr v. Oubril. Er erzählte mir, Preußen wolle Homburg zu einer Art von Abfindung für den Prinzen Friedrich Wilhelm von Rumpenheim und dessen Gemahlin, die Prinzessin Anna, benutzen. Ich sagte ihm, daß ich das Schloß daselbst als Privateigentum für den Großherzog entschieden reklamiert hätte. Oubril lachte und sagte mir: „Bestehen Sie nur darauf, dann fällt die preußische Kombination mit Homburg in das Wasser." Während Oubril noch bei mir war, ließ Savigny sagen, daß er am Abend verhindert sei, zu verhandeln.

19. August.

Ich hatte einen kurzen Besuch Pfordtens, welcher mir in großer Aufregung erzählte, daß die Preußen als Friedensbedingung die Herausgabe der ehemaligen Düsseldorfer Galerie, also den größten Teil der alten Pinakothek in München, verlangten. Herr v. Savigny ließ morgens nichts weiter von sich hören. Um 12 Uhr ging der Geh. Legationsrat Hofmann zu ihm und hörte von ihm, daß er den Tag hindurch zu sehr beschäftigt sei, um mit uns zu konferieren. Er habe sich aber die schriftlichen Aufzeichnungen erbeten, welche Hofmann und ich behufs Redaktion des Friedensvertrags zusammengestellt hatten.

20. August.

Morgens 10 Uhr besuchte mich der kurfürstlich hessische Gesandte in Wien, Herr v. Baumbach. Derselbe ist auf einen ihm durch Baron Pfordten telegraphisch übermittelten Wunsch des Grafen Bismarck nach Berlin gekommen. Vermutlich wünscht man hier wegen den kurhessischen Truppen in Mainz zu verhandeln.

Um 12 Uhr besuchte mich Pfordten. Er sagte mir, die Preußen seien etwas milder geworden. Die Entscheidung über das Eigentum an der Düsseldorfer Galerie solle nun einer Austrägalentscheidung unterworfen werden.

Um $12^1/_2$ Uhr machte ich eine Promenade in der Stadt. Bei meiner Rückkehr begegnete ich im Gasthofe dem mecklenburgischen Minister v. Oertzen, der gerade von meiner Türe kam, und dem württembergischen Kriegsminister v. Hardegg, der mir bitter über die preußische Verzögerung in Erledigung seines finanziellen Auftrages klagte.

Um $1^1/_2$ Uhr machte ich Herrn v. Dubril einen Besuch, um zu erfahren, was es in unserer Angelegenheit Neues gäbe, und ihn zu bitten, auf den Fortgang der Verhandlungen einen Druck zu üben und namentlich die Erneuerung der Feindseligkeiten zu verhindern. Herr v. Dubril versprach mir namentlich das letztere. Um $2^1/_4$ Uhr ließ mir Herr v. Savigny sagen, daß er zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit sei. Der Geh. Legationsrat Hofmann war ausgegangen. Ich verfügte mich also allein zu Savigny. Er legte mir seinen Entwurf des Friedensvertrages vor. Ich ersah daraus mit schmerzlichem Erstaunen, daß Preußen das Hinterland ohne Entschädigung abgetreten verlangt. Ich erklärte Savigny, daß dies gegen meine Verabredungen mit dem Grafen Bismarck sei. Er entgegnete, diese Abtretung werde als Teil der Kriegsentschädigung gefordert. Er habe die bestimmteste Instruktion, in diesem Punkte nicht nachzugeben. Die hessische Regierung sei stets die preußenfeindlichste gewesen, wir hätten von der Lösung der Union an durch alle Phasen des Zollvereins eine Feindschaft betätigt, die bis zum diplomatischen Bruche[1]) getrieben worden sei. Noch ganz zuletzt habe der Prinz Alexander an verschiedenen Höfen gegen Preußen agitiert und der künftige Thronerbe sogar im letzten Kriege gegen Preußen den Degen gezogen. Solche Erwägungen fielen hier ins Gewicht. Einer so bestimmten Erklärung des Stärkeren gegenüber blieb mir nichts übrig, als nachzugeben, jedoch bemerkte ich, daß die Domänen in dem Hinterlande als Familieneigentum des großherzoglichen Hauses dem Großherzoge reserviert bleiben müßten. Das bestritt Herr v. Savigny ganz entschieden. Er bestand darauf, daß die Domänen mit den abgetretenen Landesteilen übergehen müßten, da man nicht allein mit dem Großherzogtum, sondern auch persönlich mit dem Großherzoge Krieg geführt habe. Ich erwiderte, daß, im Falle Preußen

[1]) Gemeint ist der „Fall Canitz". Siehe Poschinger: Preußen im Bundestag I, S. 33 f. Daß die Angelegenheit für Dalwigk sehr viel günstiger lag, als Bismarck berichtet, werde ich an anderer Stelle zeigen.

hierauf beharre, wenigstens der Wert der abzutretenden Domänen, ebenso wie der kapitalisierte Betrag der Steuern auf die zu vereinbarende Kriegsentschädigung aufzurechnen sein werde. Herr v. Savigny bemerkte hierauf nichts, forderte dann aber mit gleicher Bestimmtheit, wie die Abtretung des Hinterlandes, die Abtretung der Landgrafschaft Homburg mit Meisenheim, jedoch unter Vorbehalt der im Halberstädtischen liegenden Güter Öbisfelde und Hötensleben für den Großherzog. Für Homburg mit Meisenheim bot er eine angemessene Entschädigung durch einzelne in Oberhessen liegende nassauische und kurhessische Enklaven. Ich reservierte auch die Orangerie, die Gemälde und die Sammlung im Schlosse zu Homburg. Der Geh. Legationsrat Hofmann war eine Stunde nach mir gekommen und beteiligte sich an der Diskussion. Ich schickte nach Beendigung der Beratung zu Herrn v. Oubril mit der Frage, wann ich zu ihm kommen könne. Er kam sofort zu mir und riet mir, die preußischen Bedingungen anzunehmen.

Bei meiner Rückkehr fand ich den Hofstallsekretär Wamser, der von München als Kurier gekommen war. Er brachte mir zwei Briefe des Ministers v. Schenk, worin mir namentlich mitgeteilt wurde, der Großherzog halte, falls der Friede vor Ablauf des Waffenstillstandes nicht gesichert sein sollte, ein für diesen Fall vorgeschlagenes Zurückziehen der großherzoglichen Truppen unter die Kanonen von Mainz für bedenklich. Ich möge den Friedensabschluß beschleunigen und nötigenfalls auf eine Erstreckung des Waffenstillstandes hinwirken.

21. August.

Ich machte mit Hofmann einen Besuch bei dem Bankier Julius Bleichröder, den wir nicht zu Hause fanden. Auf dem Rückwege begegnete ich Edouard Lefèbvre. Er begleitete mich in meine Wohnung und fragte mich dort, was Herr Benedetti für die von Preußen bedrohten kleineren deutschen Staaten, speziell für uns, getan habe. Ich antwortete: „Nichts!" Lefèbvre versicherte hierauf, Benedetti habe die bestimmtesten Instruktionen zu unseren Gunsten erhalten.

Um 4 Uhr besuchte mich Pfordten einen Augenblick. Er sagte mir, Preußen steigere fortwährend seine Ansprüche. Es verlange jetzt von Bayern auch noch 30 Millionen Gulden Kriegskostenentschädigung.

Um 7 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Baumbach, der im Begriffe steht, nach Stettin zu reisen, um im Auftrage Preußens dem Kurfürsten Vergleichsvorschläge zu machen.

22. August.

Am Nachmittage hatte ich den Besuch des Herrn Lefèbvre. Derselbe sagte mir, Herr Benedetti habe nunmehr die bestimmte Instruktion erhalten, zu verlangen, daß Hessen für die von demselben abzutretenden Gebietsteile volle Entschädigung erhalte. Graf Bismarck behaupte nun, das

sei der Fall. Ich entgegnete, daß dies keineswegs der Fall sei. Wir sollten ein Gebiet von 67000 Einwohnern verlieren und dafür Enklaven mit etwa 10000 Einwohnern bekommen. Lefèbvre notierte sich die einzelnen Namen und Bevölkerungszahlen der von uns abzutretenden und der uns angebotenen Gebiete.

23. August.

Morgens ließ Herr v. Savigny sagen, daß er heute verhindert sei, zu konferieren. Um 11½ Uhr machte ich dem sächsischen Minister Grafen Hohenthal einen Gegenbesuch. Ich fand ihn nicht zu Hause. Ebensowenig den französischen Botschafter Benedetti. Um 1 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Oubril, der sich nach dem Fortgange der diesseitigen Verhandlungen erkundigen wollte. Während des Diners kam Pfordten, der heute seinen Friedensvertrag unterzeichnet hatte. Ich erzählte Lefèbvre, daß die Gebietsabtretung Bayerns elfmal so gering sei als diejenige, welche man Hessen zumute. Ich bat ihn, eine Beschwerde Benedettis darüber zu veranlassen. — Hierauf ging ich zu Herrn v. Oubril und trug ihm vor, daß ich Herrn v. Bismarck nicht zu sehen bekäme und daß man Hessen eine Abtretung von 57000 Seelen zumute, während man das fünfmal größere Bayern mit einer Abtretung von 30000 Seelen durchkommen lasse. Oubril versprach mir, darüber mit Bismarck zu reden.

24. August.

Ich schickte morgens 11½ Uhr zu Herrn v. Savigny und empfing die Antwort, daß er bereits in einer Konferenz mit dem Bürgermeister Müller von Frankfurt begriffen sei. Unter den Linden war große Parade, die der König abnahm, und die zu sehen ich keine Lust hatte.

25. August.

Auf meine Anfrage wegen Fortsetzung der Konferenzen ließ mir Herr v. Savigny sagen, daß er erst weiter konferieren könne, wenn er dem Grafen Bismarck Vortrag erstattet habe. Er werde mir nicht vor 6 Uhr diesen Abend sagen lassen, wann er dazu imstande sei. Herr Lefèbvre besuchte mich, um mir zu sagen, Herr Benedetti habe eingehend mit dem Grafen Bismarck gesprochen. Dieser letztere behaupte, ich hätte schon in Nikolsburg das Hinterland angeboten, was eine Unwahrheit ist. Ich sagte dies Lefèbvre und bemerkte, daß ich erst in Berlin von dem Hinterland gesprochen und dabei stets volle Entschädigung vorausgesetzt hätte. Ich zeigte dem Lefèbvre auf der Landkarte, welche Entschädigungen man uns mit Leichtigkeit geben könne.

26. August.

Ich machte dem sächsischen Minister v. Friesen[1]) einen Gegenbesuch. Er klagte über die harten Bedingungen, welche Preußen für den Friedensabschluß

[1]) Richard Freiherr v. Friesen, 1808—1884; 1848—1852 sächsischer Minister des Innern, dann Kreisdirektor in Zwickau, 1859 Finanzminister, 1866 als Nachfolger Beusts Minister des Auswärtigen, 1876 verabschiedet.

stelle. Dasselbe verlange geradezu Verlegung der sächsischen Truppen nach Preußen und Leistung des preußischen Fahneneides durch dieselben. Dagegen solle Sachsen durch preußische Truppen besetzt, Dresden befestigt und der Königstein übergeben werden. Friesen meinte, Baron Beust hätte mit seinem Entlassungsgesuche[1]) noch etwas warten sollen. Er erzählte mir, Graf Bismarck habe in der ersten Unterhaltung, die er und Graf Hohenthal mit ihm gehabt, erklärt, Preußen habe zwar in den Friedensverhandlungen zu Nikolsburg die Integrität Sachsens versprochen, das schließe aber nicht aus, daß man selbst die sächsische Dynastie wechseln könne. Preußen wolle das zwar nicht, es verlange aber, daß die Gefahr, welche ihm aus dem Bestehen einer selbständigen sächsischen Armee erwachse, beseitigt werde.

27. August.

Um 12 Uhr fuhr ich zu dem thüringischen Minister Grafen Beust,[2]) der an meiner Türe gewesen war. Er erzählte mir, daß dem Vernehmen nach Herr v. Roggenbach ausersehen sei, Minister für die deutschen Angelegenheiten zu werden. Ich bemerkte, daß man von einem Minister, der mir gegenüber den Norddeutschen Bund mit dem Bündnisse des Hundes mit seinen Flöhen verglichen habe, nicht viel Gutes erwarten könne. Graf Beust war mit mir ganz einverstanden, daß in der Überschätzung, welche sich Preußen hinsichtlich seiner Kraft dermalen zuschulden kommen lasse, eine große Gefahr für seine eigene und Deutschlands Zukunft liege. Nachmittags besuchte mich der oldenburgische Minister v. Rössing.[3]) Ich sprach demselben mein Bedauern aus, daß sein Herr, sowie der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, persönlich gegen die bundestreuen Staaten den Degen gezogen hätten. Rössing meinte, wenn man einmal eine Sache ergriffen habe, so müsse man dies auch in vollem Maße tun. Ich erwiderte, wenn man der Gewalt weichend und nicht aus innerer Überzeugung einer politischen Richtung folge, so müsse man nur das absolut Notwendige tun und nicht mehr. Ich sagte ferner, kleinere Staaten seien nur im Bundesverhältnisse lebensfähig, und die Existenz der kleineren deutschen Staaten, nach Auflösung des Bundes, sei eigentlich eine Unmöglichkeit.

Während unseres Diners kam der französische Botschafter Benedetti und lud mich und Hofmann für den folgenden Tag zum Essen ein. Er setzte sich zu uns, und wir sprachen von der Vernichtung Sachsens durch die Aufhebung seiner Militärhoheit, von der Verletzung des in Nikolsburg Frankreich gegebenen Versprechens, die Integrität Sachsens respektieren zu wollen, und von der Provokation, die für Frankreich in der Besetzung von Mainz ausschließlich durch preußische Truppen liege.

[1]) Vom 15. August, genehmigt 16. August.

[2]) Karl Louis Graf v. Beust, herzoglich sachsen-altenburgischer Staatsminister, 1853—1867 Vertreter der thüringischen Staaten in Berlin.

[3]) Peter Friedrich Ludwig, Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Am Abend schrieb ich einen die kurhessischen Verhältnisse betreffenden Brief an den Großherzog.[1])

Der württembergische Kriegsminister v. Hardegg klagte über den Mangel an Befähigung und die Peinlichkeit, welche Savigny in den Friedensverhandlungen bewiesen habe. Er habe Herrn v. Savigny kürzlich gefragt, ob es einem Anstande unterliege, den württembergischen Friedensvertrag zu veröffentlichen. Dagegen habe Savigny lebhaft protestiert, weil durch eine solche Veröffentlichung die preußische Regierung ihren Kammern gegenüber in Verlegenheit kommen könne. Graf Bismarck dagegen habe später auf eine gleiche Anfrage erwidert, daß er gegen eine sofortige Publikation des Vertrags nicht das mindeste zu erinnern finde.

28. August.

Um 3 Uhr gingen wir zu Herrn v. Savigny in das Ministerium des Äußern und konferierten dort mit ihm eine Stunde lang. Er warf mir vor, daß die Großherzogliche Regierung sich bei den dermaligen Verhandlungen an Rußland und Frankreich anlehne. Man habe das in Berlin übelgenommen. Ich erwiderte, daß wir der Anlehnung an Rußland die Erhaltung unserer Provinz Oberhessen verdankten. Savigny gab dies zu mit dem Bemerken, daß wir allerdings vom hessischen Standpunkte aus recht hätten. Ich versetzte, daß ich hier keinen anderen Standpunkt als den hessischen zu wahren hätte.

Um 6 Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zum Diner bei Herrn Benedetti. Außer uns waren noch der sächsische Minister v. Friesen, der Graf Hohenthal und der französische Legationssekretär Napoleon v. Ring anwesend. Nach dem Diner sprach ich mit Benedetti längere Zeit allein. Ich bemerkte ihm, daß Preußen den Krieg mit Frankreich voraussehe und mit allen Kräften schon dermalen rüste. Frankreich werde, wenn es aggressiv vorgehen wolle, sehr wohl tun, den Krieg lediglich als einen zum Schutze der deutschen Dynastien gegen preußische Vergewaltigung zu führenden anzukündigen und nicht durch vorzeitige Ansprüche auf deutsches Gebiet die deutsche Nation in ihren tiefsten Tiefen aufzuregen.

29. August.

Oubril sagte mir, er habe den Grafen Bismarck gebeten, mit mir persönlich eine Besprechung zu haben. Derselbe habe aber erwidert, ich sei ein eingefleischter Preußenfeind, auf den er keine besonderen Rücksichten nehme. Er könne sich zu keiner direkten Besprechung herbeilassen und dadurch gewissermaßen Herrn v. Savigny kompromittieren. Der letztere sei substituiert, und mit ihm möge ich verhandeln. Übrigens würden von mir die Verhandlungen in die Länge gezogen. Ich benähme mich und führte eine Sprache,

[1]) Vgl. Anlage 19. Der Brief ist nicht im D.-A.

als sei Hessen Sieger und nicht Preußen, und wenn ich so fortfahre, werde es besser sein, ich bräche die Verhandlungen ab und ginge nach Hause. Ich entgegnete Oubril, daß von allem, was Bismarck behauptet habe, das gerade Gegenteil wahr sei. Nicht ich, sondern Preußen hätte bisher die Verhandlungen verzögert. Übrigens würde ich nun das mögliche tun, um den Abschluß zu beschleunigen. Auf dem Rückwege von Oubril begegnete ich dem quieszierten Regierungspräsidenten v. Mirbach, mit dem ich längere Zeit sprach. Derselbe ist, als alter Kreuzzeitungsmann, mit der Politik und dem Verfahren seiner Regierung durchaus unzufrieden. Er klagte über deren revolutionäres Auftreten und die Auflösung der konservativen Partei.

30. August.

Um 12 Uhr fuhr ich zu dem Präsidenten v. Mirbach und machte, da er nicht zu Hause war, seiner Frau einen langen Besuch. Sie beklagte die jüngsten Ereignisse lebhaft, fügte aber hinzu, daß sie in Berlin kaum wagen dürfe, ihre Ansichten auszusprechen.

Ich entwarf mit Hofmann nach dem Essen die definitive Redaktion des Friedensvertrages. Herr v. Savigny hatte am Morgen früh bei einem Besuche, welchen ihm Hofmann machte, die Summe von drei Millionen für Kriegskostenentschädigung verlangt, und ich beanstandete diese Forderung nicht. Der niederländische Gesandte Graf Bylandt war mir nämlich auf der Straße am Morgen begegnet. Ich erzählte ihm, daß die heutige „Neue Preußische Zeitung" einen Artikel enthalte, in dem sie mich beschuldige, die Friedensverhandlungen durch Eigensinn und Preußenfeindlichkeit zu verzögern, und drohe, daß Preußen die Verhandlungen abbrechen werde. Graf Bylandt erwiderte, der General v. Manteuffel scheine von Petersburg in bezug auf den politischen Teil seiner Mission nicht ganz befriedigt zurückgekehrt zu sein. Preußen nehme deshalb auf die Wünsche Rußlands hinsichtlich des Großherzogtums Hessen weniger Rücksicht, und er, Bylandt, rate mir deshalb, den Vertrag mit Preußen baldigst auf jede Bedingung hin abzuschließen. Abends 8 Uhr begab ich mich mit dem Geheimen Legationsrat Hofmann in das Ministerium des Äußern, wo wir mit Herrn v. Savigny den Friedensvertrag in seinen Hauptpunkten feststellten.

31. August.

Herr v. Oubril teilte mir eine chiffrierte gesandtschaftliche Depesche aus München mit, wonach in Darmstadt Versuche gemacht werden sollen, den Großherzog zur Entsagung auf die Regierung zu bestimmen und den Prinzen Ludwig an seine Stelle zu setzen.

Abends 8 Uhr wollten wir Savigny zur Weiterverhandlung im Ministerium des Äußern aufsuchen. Er war aber weder daselbst noch zu Hause anzutreffen. Er kam erst um 9 Uhr zurück und ließ uns sagen, er sei zu ermüdet, um heute noch zu konferieren.

1. September.

Morgens 10 Uhr kam Herr Hofmann und sagte mir, Herr v. Savigny habe ihn bitten lassen, zu ihm zu kommen, indem er allein mit ihm zu sprechen wünsche. Später kam Hofmann wieder und erzählte mir, Savigny habe nichts weiter gewollt, als mit ihm noch einmal die Vertragsredaktion zu prüfen. Die Anwesenheit von zwei diesseitigen Kommissären greife Herrn v. Savigny, nach dessen Versicherung, die Nerven an.

Savigny hatte Herrn Hofmann auf 5 Uhr nachmittags zu einer Besprechung in das Ministerium des Äußern eingeladen. Am Nachmittage aber ließ er sagen, daß er zu ermüdet sei, um an diesem Tage mit Hofmann weiter zu arbeiten. Einstweilen möge Hofmann sich wegen der als Depot anzunehmenden hessischen Papiere mit dem Geheimen Rat Günther im Finanzministerium benehmen. Hofmann fuhr sofort zu dem letzteren, traf ihn aber nicht an.

Ich hatte am Morgen einen Brief des Prinzen Ludwig [1]) erhalten, in welchem der Prinz die Ansicht äußerte, der Friedensabschluß werde verzögert, weil der Großherzog seine oberhessischen Domänen nicht abtreten wolle. Ich antwortete dem Prinzen sofort in einem langen Schreiben, daß seine Unterstellung unrichtig sei, daß man diesseits alles nachgegeben habe und daß der Abschluß des Friedens nur durch Preußen verzögert werde.

Während des Essens kam Baumbach und erzählte, Preußen scheine zu beabsichtigen, dem Kurfürsten entweder die Grafschaft Hanau oder die Landgrafschaft Homburg anzubieten.

Abends 10 Uhr erhielt ich ein Telegramm des Prinzen Ludwig, worin derselbe abermals bittet, den preußischen Forderungen nachzugeben und Frieden zu schließen.

2. September.

Geheimer Legationsrat Hofmann brachte mir den neuesten preußischen Entwurf zum Friedensvertrage. Es wird darin, außer der Abtretung der Kreise Biedenkopf und Vöhl auch diejenige des Amtes Königsberg, des Ortes Rödelheim und der hessischen Hälfte von Niederursel gegen die mit Herrn v. Savigny früher getroffenen Verabredungen gefordert. Auch wird des von Herrn v. Savigny als Entschädigung angebotenen Ortes Heddernheim nicht erwähnt. — Ich sagte, wir wollten in Gottes Namen annehmen, um nur zu Ende zu kommen. Hofmann bemerkte mir, auch Herr v. Savigny rate dazu, weil die Stimmung in Berlin gegen uns täglich erbitterter werde. Im Falle der Annahme könnten wir den Frieden morgen unterzeichnen.

Am Nachmittage kam Graf Bray von München mit der Ratifikation des bayerischen Friedensvertrages; er sagte mir, daß er für Bismarck den Hubertusorden und für Savigny den bayerischen Zivilverdienstorden mit-

[1]) Siehe Anlage 20.

bringe. Ich verhehlte mein Erstaunen über eine solche Auszeichnung nach dem Abschlusse eines demütigenden Friedens nicht.

Abends 7½ Uhr kam Baumbach und blieb eine halbe Stunde. Dann ging er, um den Landgrafen Alexis von Hessen-Philippsthal[1]) in das Krollsche Theater abzuholen. Landgraf Alexis ist nach Berlin gekommen, um bei Anlaß der mit dem Kurfürsten obschwebenden Unterhandlungen sich eine Erhöhung seiner nur 5000 Reichstaler betragenden Apanage auszuwirken. Hofmann war inzwischen zwei Stunden lang mit Herrn v. Savigny beschäftigt gewesen, das Schlußprotokoll zu unseren Verhandlungen richtigzustellen.

3. September.

Während des Essens ließen Graf Bismarck und Herr v. Savigny uns auf den Abend 10½ Uhr zur Unterzeichnung des Friedensvertrages einladen. Abends 10½ Uhr ging ich mit Hofmann in das Ministerium des Äußern, wo wir mit Herrn v. Savigny und dem Grafen Bismarck in dem zweiten Salon des letzteren zusammenkamen. Es wurde der Friedensvertrag und das Schlußprotokoll verlesen, unterzeichnet und untersiegelt. Graf Bismarck war anfangs sehr kühl und steif, zuletzt wurde er etwas wärmer. Ich sagte ihm vor der Unterzeichnung: „Eure Exzellenz haben uns schmerzliche Opfer auferlegt." Er antwortete: „Sie uns ein viel schmerzlicheres, die Provinz Oberhessen. Dieselbe ist ein Flecken in der preußischen Landkarte."

Er erzählte uns, ein russischer Arzt habe ihm in Petersburg, während er dort den preußischen Gesandtschaftsposten bekleidete, gegen einen Knierheumatismus ein Pflaster gegeben. Dieses Pflaster habe ihm eine Stockung in einer Ader zuwege gebracht, so daß sich eine Art Pfropfen gebildet habe, der nach ärztlichem Urteil nur durch große Ruhe und Vermeidung aller Erschütterungen ohne Gefahr habe beseitigt werden können, beim Losgehen aber lebensgefährlich habe werden müssen. Durch eine heftige Bewegung auf einem vierspännigen pommerschen Wagen sei aber der Pfropfen in der Tat losgegangen und habe ihm sofort eine heftige Lungenentzündung verursacht, infolge deren er auf dem Gute eines Herrn von Below längere Zeit mit dem Tode gerungen habe. Er habe bereits mit erlöschender Stimme letztwillig verfügt gehabt, daß seine Frau die Vormundschaft über seine Kinder haben und das Vormundschaftsgericht ausgeschlossen sein soll, eine Maßregel, die jeder richtige Preuße in casu mortis treffe, weil die Vormundschaftsgerichte gewöhnlich die Vermögen aufzehrten.

Um 11½ Uhr kam ich mit Hofmann wieder nach Haus und soupierte sehr vergnügt im Hotel.

4. September.

Ich machte morgens mit dem Geheimen Legationsrat Hofmann dem Grafen Bismarck, dem Herrn v. Savigny, dem Herrn Benedetti und

[1]) 1829—1905.

dem Grafen Hohenthal Abschiedsbesuche. Dieselben waren sämtlich nicht zu Hause.

Minister v. Friesen empfing uns und teilte uns mit, daß auch er vom Grafen Bismarck keine Antwort erhalte. Er erzählte, Benedetti habe Bismarck eine Depesche vom 10. August vorgelesen, worin Frankreich, wenn auch nur auf zarte und indirekte Weise, Kompensationen beanspruche. Bismarck habe sofort Abschrift dieser Depesche begehrt, und auf die Frage Benedettis, ob denn die Sache so eilig sei, er wolle sich vorerst in Paris die Autorisation zur Mitteilung der begehrten Abschrift erbitten, geantwortet, allerdings sei die Sache eilend, denn nach diesem Verlangen werde er noch heute abend die Befehle des Königs einholen und morgen bei den Kammern die Bewilligung eines Kredits von 60 Millionen Reichstalern verlangen. Darauf habe Benedetti entschuldigend bemerkt, so ernstlich sei ja die Sache von Frankreich nicht gemeint.

Baumbach erzählte mir, Savigny habe ihm gesagt, ich müsse den König Wilhelm einmal persönlich beleidigt haben. Ich erzählte Baumbach die Unterhaltung, die ich im Jahre 1861 mit dem Könige in Baden-Baden gehabt hatte. — Um 2 Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Hohenthal. Derselbe klagte, ebenso wie Minister v. Friesen, über die absichtliche Verschleppung der sächsischen Angelegenheit. Er meinte, alles werde schließlich auf eine Annexion Sachsens hinauslaufen, denn als eine Art preußischer Oberbürgermeister könne der König nicht in sein Land zurückkehren. Über eine solche Rückkehr werde man sich anfangs wohl freuen, dann aber würden Konflikte mit den preußischen Militärbehörden entstehen, die regelmäßig eine ungünstige Lösung fänden, und dadurch werde schon nach sechs Monaten im Lande eine Unzufriedenheit entstehen, die schließlich zu dem Wunsche einer völligen Annexion führe. Von Frankreich sei gar nichts zu erwarten. Die Interpretation des Nikolsburger Vertrages, wonach zwar die Integrität des Königreiches Sachsen gewahrt bleibe, aber, nach Bismarckscher Auffassung, der König seiner Militärhoheit beraubt, ja sogar von Preußen ein Dynastiewechsel verfügt werden könne, sei für Frankreich eine schwere Niederlage, die es aber ruhig hinnehme. Der Prager Friede habe jene Bismarcksche Interpretation sogar noch bestätigt, indem noch den Worten „l'intégrité du Royaume de Saxe" hinzugefügt worden sei „c'est à dire l'intégrité territoriale". Österreich habe dieser Redaktionsänderung nur aus Schwäche oder Dummheit zustimmen können.

Drouin de Lhuys[1]) sei das Opfer einer gegen ihn gerichteten Intrige des Prinzen Napoleon, Lavalettes[2]) und Rouhers[3]) geworden. Benedetti

[1]) Entlassen am 1. September 1866.

[2]) Charles Jean Marie Felix Marquis de Lavalette, 1806—1881; war 1861—1862 französischer Botschafter beim Päpstlichen Stuhl, März 1865 Minister des Innern, September 1866—1869 Minister des Auswärtigen.

[3]) Eugène Rouher, 1814—1884; war 1849—1852 französischer Justizminister, 1855—1863 Minister für Handel und Ackerbau, bis 1870 Staatsminister (Sprechminister); genannt „der Vizekaiser".

sehne sich von Berlin fort. Er wünsche den Posten von Konstantinopel. Hohenthal versicherte, zwischen dem Könige Wilhelm und Bismarck bestehe ein abgekartetes Spiel mit verteilten Rollen. Der König sei geistig beschränkt, sein früheres Rechtsgefühl sei ihm ganz abhanden gekommen. Er denke, wie Bismarck es ihm vorschreibe. Hohenthal erzählte mir noch, wie sehr Beust stets auf mich gebaut und wie derselbe gesagt habe: „Wenn auch alle mich verlassen, auf Dalwigk kann ich stets zählen." Abends 6 Uhr hatte ich den Abschiedsbesuch Savignys. Ich sagte ihm, wie ich seine offizielle Sprache stets von seinen persönlichen billigen und wohlwollenden Gesinnungen zu unterscheiden gewußt habe, und daß ich mich der Beweise solcher Gesinnungen stets dankbar erinnern würde.[1]) Savigny drückte mir warm die Hand und dankte mir für diese Worte.

Abends 7¾ Uhr fuhr ich mit Hofmann von Berlin ab.

5. September.

Morgens 11¼ Uhr kam ich in Darmstadt an. Auf dem Frankfurter Bahnhofe sprach ich einen Augenblick mit Karl Mayer von Rothschild und proponierte demselben Beteiligung an der von uns in Berlin zu leistenden Zahlung von drei Millionen Kriegskostenentschädigung.

6. September.

Um 9 Uhr kam Prinz Heinrich. Er erzählte mir, der Großherzog verlange, daß er aus dem preußischen Dienste ausscheide, wenigstens unbestimmten Urlaub nehme. Der Prinz wünschte meinen Rat. Er setzte hinzu, daß er dermalen die Aussicht habe, Regimentskommandeur zu werden, daß er übrigens den Befehlen des Großherzogs gehorchen werde. Ich bemerkte, daß ich mit dem Austritte des Prinzen aus dem preußischen Militärdienste nicht einverstanden sei. Abgesehen von dem persönlichen Interesse, welches ich an der Karriere des Prinzen nähme, scheine mir auch Grund genug vorzuliegen, uns dermalen mit Preußen gut zu stellen, wenigstens den König nicht persönlich zu verletzen. Ich übernahm es, dem Großherzog in Nymphenburg meine Ansicht vorzutragen und dem Prinzen nach dem Ergebnis dieses Vortrages sofort zu schreiben. Um 11¼ Uhr fuhr ich über Heidelberg und Stuttgart nach München ab.

7. September. München.

Pfordten erzählte mir, Bismarck habe im Laufe seiner Verhandlungen mit ihm eingesehen, welche nachteiligen Folgen es für Preußen haben könne, wenn man das bayerische Volk durch allzuharte Opfer erbittere. Bismarck habe seine geänderte Ansicht bei seinem Könige vertreten und sei, als der König nicht habe nachgeben wollen, soweit gegangen, seine Entlassung anzu-

[1]) Dalwigk hatte als Student in Berlin seine Wohnung bei Savignys Eltern; daher die alte Bekanntschaft der beiden Staatsmänner.

bieten. Dieser Haltung Bismarcks verdanke Bayern seinen verhältnismäßig günstigen Friedensvertrag, und dafür habe Bismarck den Hubertusorden bekommen.

8. September.

Morgens vor 8 Uhr fuhr ich nach Nymphenburg. Der Großherzog dankte mir mit großer Herzlichkeit für den Abschluß des Friedensvertrages, drückte mir wiederholt die Hand und umarmte mich beim Abschiede mit überwallendem Gefühl, indem er mich auf beide Backen küßte. Er erzählte mir, daß Wachter abgehe und daß er den Obersten v. Grolmann[1]) zum Kriegsminister machen wolle. Ich sagte ihm, daß es sehr wünschenswert sei, den vakant werdenden Posten einem Manne von Selbständigkeit anzuvertrauen. Ich bestimmte den Großherzog, in das fernere Verbleiben des Prinzen Heinrich im preußischen Dienst zu willigen. Dann erzählte ich ihm Details aus der letzten Zeit meines Aufenthalts in Berlin. Ich sprach ihm auch von der Dekorierung Bismarcks und Savignys durch Bayern. Der Großherzog lehnte es aber entschieden ab, diesem Beispiele zu folgen.

Bei meiner Rückkehr nach München besuchte mich Minister v. Schenk und teilte mir sehr vergnügt mit, daß die Mittel zur Barzahlung der preußischen Kriegskostenentschädigung von drei Millionen in den Staatskassen vollständig vorhanden seien.

Nach dem Minister v. Schenk kam der Geheime Rat Zimmermann und bemerkte mir, der Großherzog schreibe trotz des Dankes, den er Rußland schuldet, niemals an die Kaiserin Marie. Diese letztere habe sich in einem Briefe an Frau v. Trotha darüber beschwert, daß man sie ganz ohne Nachrichten von Darmstadt lasse. Nicht einmal die Errichtung eines Kreuzes auf dem Heiligenberge zum Andenken an die Großherzogin Wilhelmine[2]) habe man ihr notifiziert. Nach Zimmermann kam der belgische Gesandte Baron Beaulieu.

Dieser hält den Krieg mit Frankreich für bevorstehend. Nach der Schlacht von Königgrätz habe Napoleon die Kaiserin, Drouin de Lhuys und die Marschälle zu einer Konferenz versammelt, um über die Frage, ob man zu einer bewaffneten Demonstration behufs Herstellung des Friedens schreiten solle, zu beraten. Die Kaiserin und Drouin de Lhuys seien dafür gewesen. Die Marschälle aber hätten erklärt, daß man zu einem möglichen Kriege mit Preußen nicht gerüstet sei, und der Kaiser habe sich dieser Ansicht angeschlossen. Der Krieg sei aber nur verschoben. Die Besetzung von Mainz und das preußische Verlangen, daß Luxemburg in den Norddeutschen Bund trete, seien ebensoviele preußische Provokationen gegenüber Frankreich. Graf Bismarck habe dem Kaiser Napoleon früher als Kompensation die Länder

[1]) Adolf v. Grolmann, Flügeladjutant des Großherzogs.

[2]) 1788—1836, Mutter der Kaiserin, Gemahlin Ludwigs II., Tochter Karl Ludwigs von Baden.

angeboten, in denen man französisch spreche, also Belgien und die französische Schweiz. Neuerdings habe er diese Propositionen unter ausdrücklicher Nennung Belgiens wiederholt. Kaiser Napoleon aber, der an dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker festhalte, habe, mit Rücksicht auf die Manifestationen bei der Thronbesteigung des dermaligen Königs der Belgier, darauf verzichtet, Belgien zu annektieren. Prinz Napoleon habe dies dem Grafen von Flandern in einer mündlichen Besprechung ausdrücklich erklärt. Ich schrieb später an den Prinzen Heinrich und teilte demselben mit, daß der Großherzog sein Verbleiben im preußischen Militärdienste billige.

Um 5 Uhr dinierte ich mit Pfordten, Berckheim, einem Fürsten Hohenlohe,[1]) Mitglied der Kammer der Reichsräte, von dessen Ernennung zum Nachfolger Pfordtens einmal die Rede war, Capellen und Paul Dunten. Pfordten sagte mir, ich müsse den König von Preußen einmal persönlich beleidigt haben, und das habe meine Verhandlungen in Berlin erschwert. Er habe das dort erfahren, habe es mir aber nicht sofort sagen wollen, um mir die Laune nicht zu verderben.

9. September.

Morgens 9 Uhr besuchte mich der Geh. Legationsrat Hofmann, welcher am Abend zuvor mit der Ratifikationsurkunde zum Friedensvertrag vom 3. September von Darmstadt gekommen war. Wir fuhren um 10 Uhr zusammen nach Nymphenburg. Der Großherzog empfing mich zuerst allein, dann den p. Hofmann, welchem er das Ritterkreuz I. Klasse des Ludwigsordens verlieh. Er gab mir dann für Ozeroff und Dubril Großkreuze des Philippsordens, für Lefèbvre das Komturkreuz II. Klasse des Philippsordens, für Nelidoff das Ritterkreuz I. Klasse des Ludwigsordens und für Paul Dunten das Ritterkreuz I. Klasse des Philippsordens.

Nachdem der Großherzog die Ratifikationsurkunde unterzeichnet hatte, fuhr ich mit Hofmann nach München zurück. Von dort telegraphierte ich an Bechtold, daß der Kreisrat Dieffenbach sofort nach Biedenkopf und der Kreisrat v. Röder umgekehrt nach Schotten zu versetzen sei. Dann entwarf ich dem Großherzog ein Dankschreiben an den Kaiser Alexander.

10. September.

Ich entwarf eine von dem Großherzog aus Anlaß seiner bevorstehenden Rückkehr nach Darmstadt zu veröffentlichende Proklamation.[2])

Nach dem Theater soupierte ich mit der Darmstädter Kolonie und nahm Abschied von dem Minister v. Schenk, welcher am folgenden Morgen nach

[1]) Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, 1819—1901; 1848/49 als Reichsgesandter in Rom, Florenz und Athen, 1867—1870 bayerischer Ministerpräsident, 1874—1885 deutscher Botschafter in Paris, 1885—1894 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894—1901 Deutscher Reichskanzler.

[2]) Siehe Anlage 24.

Darmstadt zurückreist, um die Zahlung der Kriegskostenentschädigung an Preußen zu ordnen. Während des Soupers erschien v. Erlanger,[1]) der eben aus Frankfurt kommend in München eingetroffen war. Ich machte ihm den Vorschlag, sich bei der Berichtigung der von uns in Berlin zu zahlenden drei Millionen zu beteiligen. Er ging bereitwillig auf diesen Vorschlag ein und nahm mit Herrn v. Schenk, mit dem ich ihn bekannt machte, sofort Rücksprache.

12. September.

Der Großherzog wollte anfangs von einer aus Anlaß seiner Rückkehr in sein Land zu erlassenden Proklamation nichts wissen, änderte aber plötzlich seinen Entschluß und genehmigte meinen Entwurf.

13. September.

Sämtliche Künstler, die ich am Morgen besuchte, waren auf den König von Bayern und Richard Wagner schlecht zu sprechen.

Baron Beaulieu, den ich um 4½ Uhr besuchte, erzählte mir, daß Frankreich gegen Bayern sehr verstimmt sei. Pfordten habe aus Anlaß der preußischen Erfolge die französische Vermittelung angesprochen. Der König von Bayern habe eigenhändig an den Kaiser Napoleon geschrieben, und dann wieder habe Pfordten in Berlin, um den harten preußischen Friedensbedingungen zu entgehen, eine geheime Verabredung mit Bismarck getroffen, durch welche sich Bayern für den Fall eines preußisch-französischen Krieges verpflichte, Preußen helfend zur Seite zu stehen. Beaulieu sagte mir weiter, daß Belgien im Kriegsfall unbedingt mit Frankreich gehen werde, nachdem es von dem Grafen Bismarck dem Kaiser Napoleon als Kompensationsobjekt angeboten und von letzterem nicht angenommen worden sei.

Minister v. Schenk hatte mir am Nachmittage telegraphiert, daß am nächsten Samstage in Berlin die Zahlung der diesseitigen Kriegskostenentschädigung halb durch die Darmstädter Bank und halb durch das Haus Erlanger erfolgen werde.

14. September.

Ich fuhr um 8½ Uhr nach Nymphenburg und verabredete dort mit dem Großherzoge, daß ich am nächsten Sonntag, den 16. l. M., nach Darmstadt und der Großherzog am 17. l. M. nach Worms abreisen würde. Der Großherzog bleibt drei bis vier Tage in Rheinhessen und inspiziert dort seine Truppen. Wir sprachen noch von den Intrigen, die gemacht würden, um den Großherzog zur Thronentsagung oder Annahme des Prinzen Ludwig zum Mitregenten zu bestimmen. Der Großherzog erzählte mir, daß er ein desfallsiges anonymes Schreiben erhalten und dasselbe ohne Kommentar versiegelt an den Prinzen Ludwig geschickt habe.

[1]) Bankier.

Darmstadt, 20. September.

Ich machte dem Grafen und der Gräfin d'Astorg einen langen Besuch. Dem ersteren erläuterte ich die Fehler, die seine Regierung gemacht, indem sie die Auflösung des Bundes und die umfassenden Annexionen durch Preußen zugelassen habe. d'Astorg antwortete ausweichend, sagte aber zuletzt, es handle sich jetzt nicht mehr von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft und was die süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen tun würden. Ich erwiderte, die süddeutschen Staaten ständen jetzt unter dem Einflusse Preußens und wir speziell unter den Kanonen von Mainz. Wir alle müßten also mit Preußen gehen, während noch vor zwei Monaten Frankreich als unser Alliierter habe auftreten und über eine Armee von 100000 Mann süddeutscher Truppen habe verfügen können. Bayern zumal habe sich unzweifelhaft für den fraglichen Fall mit Preußen verständigt und dadurch den ihm so günstigen Friedensvertrag erlangt. Dazu komme, daß, wenn es sich von der Rheingrenze handle, die Antipathien gegen Preußen im Süden schweigen würden. In dieser Hinsicht sei das deutsche Nationalgefühl sehr empfindlich. Keine süddeutsche Regierung könne sich mit Frankreich verbünden, wenn dieses die Rheingrenze fordere. Die dermalige Situation, die Bildung eines mächtigen vergrößerungssüchtigen Staates an der französischen Grenze, an der Stelle einer friedlichen, ungefährlichen Konföderation, die man gewaltsam aufgelöst habe, sei für Frankreich so bedrohlich, daß letzteres für seine Interessen schon sehr viel erreicht habe, wenn es ihm nur gelänge, den alten Zustand wiederherzustellen und Preußen seine unrechtmäßigen Annexionen wieder zu entreißen. Eroberungen brauche Frankreich deshalb nicht notwendig zu machen. Mir scheine die Lage derjenigen von 1756 zu gleichen. Ein Bündnis zwischen Frankreich, Rußland und Österreich sei angezeigt.

Ruprechtsau, 22. September.

Die Fürstin Metternich, die seit sechs Wochen in der Ruprechtsau[1]) zum Besuche ist, erschien, um mit mir über die dermaligen Zustände zu reden. Ich sagte ihr offen, was ich von den unglaublichen Fehlern Österreichs in den letzten Monaten und namentlich von der beständig verderblichen persönlichen Einmischung des Kaisers in den Gang der öffentlichen Angelegenheiten wußte. Sie meinte, eine Revolution, d. h. eine radikale Reform in allen Teilen des Kaiserstaates und seiner Verwaltung sei unerläßlich. Wir sprachen dann von der zaghaften Haltung Frankreichs und den Fehlern, die der Kaiser Napoleon aus Unschlüssigkeit nach der Schlacht von Königgrätz gemacht habe. Die Fürstin sagte mir, der Kaiser habe bereits die Befehle zum Auslaufen der Toulonner Flotte und zum Marsch an die Grenze gegeben gehabt und ihrem Manne davon Mitteilung gemacht. Fürst Metternich habe das des-

[1]) Besitzung der Familie Bussière bei Straßburg.

fallsige eigenhändige Billett des Kaisers Napoleon aufbewahrt. Aber plötzlich habe ein Umschlag in der französischen Politik stattgefunden.

23. September.

Die Fürstin nahm mich allein, um mir wieder von den österreichischen Zuständen zu reden. Sie wünschte lebhaft, daß Baron Beust österreichischer Minister würde, um ganz Österreich umzugestalten. Sie sagte mir, ihr Mann habe längst die Abtretung Venedigs unter günstigen Bedingungen beantragt. In Wien habe man aber diesen Antrag als eine Art von Verrat bezeichnet, bis man nach der Schlacht von Königgrätz auf einmal, ganz übereilt, ihrem Manne befohlen habe, die Abtretung Venetiens binnen 24 Stunden zu bewerkstelligen, was dann natürlich nur unter den ungünstigsten Voraussetzungen habe geschehen können. Die Fürstin klagte über den Mangel an Patriotismus in den österreichischen Mittelklassen. Sie meinte, nur der österreichische Adel sei patriotisch und opferwillig. Sie erzählte dann, daß sie dem Kaiser Napoleon, als ihr derselbe einmal von dem Rechte der Nationalitäten gesprochen, geantwortet habe: „Oui, Sire, je suis tout à fait de Votre avis, et je bénirai le jour, où les Arabes se débarasseront du joug français." Sie setzte hinzu, daß Napoleon, ohne ein Wort zu erwidern, weiter gegangen sei.

24. September.

Um 7 Uhr dinierte der Präfekt[1]) de Pron, der Divisionsgeneral Ducrot[2]) und der General Bertrand bei den Alfreds.[3]) Ich hatte nach Tisch lange Unterhaltungen mit den beiden Generalen, welche übereinstimmend das Nichteinschreiten Frankreichs gegenüber den Erfolgen Preußens als einen starken Fehler beklagten. General Ducrot, ein sehr intelligenter Offizier, gab mir detailliert an, wie die Österreicher und wie die Franzosen im Falle einer Verständigung hätten operieren müssen. Er meinte, die Österreicher hätten, statt Venetien abzutreten, das Festungsviereck in die Luft sprengen, Venedig gerade ausreichend besetzen und mit dem Reste der Südarmee nach Wien ziehen sollen.

Darmstadt, 29. September.

Abends 4½ Uhr fuhr ich nach Jugenheim, um den Prinzen Alexander und die Prinzessin Battenberg zu besuchen. Der Prinz war ernst und gedrückt, er sagte mir, er sei in den letzten zwei Monaten um zehn Jahre älter geworden. Auch die Prinzessin Battenberg war traurig. Der Prinz erzählte mir, daß er in acht Tagen nach Petersburg zur Vermählung des Großfürsten

---

[1]) von Straßburg.

[2]) Auguste Alexandre Ducrot, 1817—1882; seit 1865 Divisionsgeneral, 1878 verabschiedet.

[3]) de Bussière, Dalwigks Schwägerin und Schwager.

Thronfolgers[1]) gehe und später in den österreichischen aktiven Dienst zurücktrete. Er erzählte mir von dem letzten Feldzuge und beschwerte sich bitter über Bayern, Württemberg und Baden. Er sagte mir, Prinz Karl von Bayern habe ihm in einer der Unterhaltungen, die zwischen ihnen mitunter in etwas gereiztem Tone geführt worden seien, geradezu erklärt, Pfordten habe an den Krieg nicht geglaubt und denselben nicht gewollt. Er habe gehofft, in der bekannten Abstimmung am Bundestage wegen Mobilmachung des Bundesheeres in der Minorität zu bleiben, und sei durch die Zustimmung Hannovers und Kurhessens zu jenem Antrage unangenehm überrascht gewesen. Daher komme es, daß die bayerische Armee im letzten Kriege nie mehr als 45000 Mann gezählt habe.

30. September.

Um 1 Uhr mittags ging ich zum Prinzen Ludwig, der mich empfing und $2^1/_2$ Stunden stehend mit mir sprach. Er war eigensinniger und kurzsichtiger als je. Er war ganz in den nationalvereinlich-bureaukratischen Ideen. Er erklärte vor allem, erstens, ein ganz unbedingter Anschluß an Preußen sei unerläßlich, namentlich in militärischer Beziehung und bis zur Ernennung preußischer Offiziere zum Kommando des großherzoglichen Kontingentes. Er versicherte, daß, wenn das nicht geschehe, eine Anzahl hessischer Offiziere ihre Entlassung fordern würden. Er sagte zweitens, die Worte der neuesten großherzoglichen Proklamation lauteten zwar gut, aber man denke nicht daran, dieselben ernstlich zur Ausführung zu bringen. In gewissen maßgebenden Kreisen seien Äußerungen gefallen, die auf eine fortgesetzte Unfreundlichkeit gegen Preußen schließen ließen. Er tadelte drittens den geringen Umfang der kürzlich erlassenen Amnestie. Dieselbe hätte auch auf alle Preßprozesse, namentlich auf die Fälle von Beschimpfung der katholischen Religion ausgedehnt werden sollen. Er kam viertens auf die Konvention mit dem Bischofe von Mainz[2]) zu sprechen und behauptete, alle von der Verfassung anerkannte Kirchen müßten unter der unmittelbaren Leitung des Staates stehen, die Geistlichen, katholische wie evangelische, seien Staatsdiener und der Landesherr müsse sie ernennen. Er kritisierte fünftens die neue Medizinalordnung auf das bitterste. Er meinte, die Ärzte seien Künstler, um die sich der Staat gar nicht zu kümmern habe. Als ich ihm bemerkte, daß, wo es sich um Gesundheit und Leben der Menschen handle, der Staat zur strengsten Aufsicht verpflichtet sei, die man nur durch Techniker handhaben lassen könne, meinte er, dann solle man die obere Aufsichtsbehörde von den Ärzten selbst und frei wählen lassen. Er behauptete sechstens, die Jesuiten übten im Lande und auf die Regierung einen ungebührlichen Einfluß. Leute, die er mit ihren Gesuchen abgewiesen habe, hätten sich katholischer Kanäle bedient und seien dadurch zu ihren Zwecken gelangt. Er

[1]) Des späteren Kaisers Alexander III., 1845—1894.

[2]) Von 1854, die von den Liberalen als Preisgabe des Staates verurteilt wurde.

verlangte siebtens sofortige Aufhebung der gesamten diplomatischen Vertretung, mit Ausnahme etwa von Berlin, wo man sich übrigens mit einem Kommissär für den Norddeutschen Bund behelfen könne. Gagern in Wien sei ein Stockösterreicher und durch den Einfluß, den er auf seinen Bruder übe, einer der Urheber des letzten Krieges. Enzenberg sei nicht übel, aber man brauche ihn nicht. Der Prinz meinte achtens, man hätte nach Abschluß des Friedens sofort die Stände zusammenrufen und ihnen den Vertrag vorlegen, sie sodann aber wieder auseinandergehen lassen sollen. Er sagte mir neuntens, unter allen süddeutschen Ministern sei ich dem Grafen Bismarck der allerverhaßteste. Bismarck habe dies kürzlich an jemand geschrieben, welcher es der Prinzessin Carl mitgeteilt habe. Zehntens spottete der Prinz über die Schwäche, welche das Ministerium während meiner Abwesenheit an den Tag gelegt habe. Die Beamten hätten auf ihre Anfragen wegen der Unterschrift des preußischen Reverses von jedem der verschiedenen Ministerialmitglieder eine andere Antwort bekommen. Es habe gar kein Grund vorgelegen, diesen Revers nicht sofort zu unterschreiben, da höhere Gewalt vorgelegen habe. Ich antwortete dem Prinzen so wie er es verdiente. Ich sagte ihm, man werde mit Preußen gehen, soweit die Verhältnisse es nötig machten, und überall als treuer Bundesgenosse handeln. Was aber die Verschmelzung der Truppen, die Berufung preußischer Offiziere zum Kommando über die Streitkräfte Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs betreffe, so liege darin eine Aufgabe eines Souveränitätsrechtes, durch welche man sich zum Vasallen Preußens herabsetze. Der dermalige Zustand sei ein lediglich provisorischer. In den nächsten Jahren werde es sich entscheiden, ob Preußen ganz Deutschland sich unterwerfe oder in die Schranken des Rechtes zurückgewiesen werde. Bis dahin solle man warten und nicht freiwillig ein erbärmliches nationalvereinliches Regiment mit „innigstem Anschluß an Preußen" einführen. Ich erinnerte mich stets, daß Herr v. Roggenbach bei mir den Norddeutschen Bund den Bund des Hundes mit seinen Flöhen genannt habe. Meine Familie habe dem Hause Hessen seit 600 Jahren treu und mit Ehren gedient. Gehe aber die Monarchie durch freiwillige Zugeständnisse der Souveräne selbst zugrunde, so würde ich lieber Republikaner als ein Preuße zweiter Klasse werden. Ich gäbe übrigens zu, daß den Gewalthandlungen nach, welche wir in der letzten Zeit hätten verüben sehen, die Existenz der kleineren Staaten eine sehr gefährdete sei, und meiner vollen Überzeugung nach würde Prinz Ludwig selbst nie zur Regierung gelangen.

4. Oktober.

Prinz Alexander sagte mir, daß er nicht vor dem nächsten Mittwoch nach Petersburg gehen werde, indem er zuvor noch seine Broschüre über den letzten Feldzug des VIII. Armeekorps erscheinen lassen wolle. Dazu sei aber nötig, daß er die badische Erwiderung auf die Broschüre „Der badische Verrat" abwarte, und diese Erwiderung sei erst in den nächsten Tagen zu er-

warten. Schließlich erzählte mir der Prinz Alexander, der seitherige russische Militärbevollmächtigte in Berlin, jetzige Generalgouverneur von Finnland, Graf Adlerberg, habe in Petersburg bei seiner Rückkehr von Berlin mitgeteilt, daß in den höheren preußischen Kreisen bereits die Annexion von Kurland und Livland besprochen werde.

9. Oktober.

Beust erzählte mir im engsten Vertrauen, daß er zum österreichischen Minister des Äußern wirklich ernannt sei, daß aber die Sache mit Rücksicht auf die sächsischen Friedensverhandlungen vorerst noch geheim gehalten werde.

16. Oktober.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in die Sitzung, welcher auch Prinz Ludwig beiwohnte. Nach derselben fing der Prinz in Gegenwart der Mitglieder des Ministeriums eine Konversation über das Überflüssige einer diplomatischen Vertretung für das Großherzogtum an. Er meinte, es genüge, wenn man die preußischen Gesandtschaften mit der Vertretung des Großherzogtums an den fremden Höfen beauftrage und denselben junge hessische Staatsdienstaspiranten zu ihrer Ausbildung als Attachés beigebe. Ich fragte den Prinzen, was denn solche Attachés nützen sollten. Er meinte, dieselben würden sich Erfahrungen sammeln und dieselben bei ihrer Rückkehr in das Vaterland nützlich verwerten. Man solle solchen jungen Leuten später die einflußreicheren Posten geben. Ich entgegnete, daß solche Posten im großherzoglichen Dienste gründliche juristische und administrative Kenntnis, Erfahrungen, Einsicht und Fleiß voraussetzten und daß solche Eigenschaften viel eher durch Beschäftigung bei inländischen Behörden erworben würden, als durch einen mehrjährigen Aufenthalt in Paris oder Wien. Ich fragte, wozu man denn junge Leute diplomatisch heranbilden wolle, wenn man keine Diplomatie mehr habe? Reisestipendien, wie der Prinz sie im Auge habe, seien weggeworfenes Geld.

Schließlich sagte ich dem Prinzen, der auch von der Verschmelzung der hessischen Truppen mit der preußischen Armee zu reden begann, ich könne mir nur zwei Fälle denken, entweder Annexion des Großherzogtums durch Preußen, oder Erhaltung der Souveränität des großherzoglichen Hauses und der Unabhängigkeit des Landes. Dazu gehöre die Militärhoheit und das Recht zum internationalen Verkehr mit der Möglichkeit, die Untertanen dem Auslande gegenüber zu vertreten. Ein drittes Ding, wie der Prinz es wolle, Herabsetzung des Großherzogtums zu einer Art von standesherrlichem Bezirk und seiner Angehörigen zu Preußen zweiter Klasse sei etwas, was auf die Dauer nicht geduldet werden könne. Der Prinz fragte, wer eine solche Einrichtung nicht dulden würde, und ich erwiderte ihm: „Das Volk." — Ich setzte hinzu, solche Ansichten, wie sie dem Prinzen von gewisser Seite her beigebracht würden, führten zum Untergange des alten erlauchten hessischen

Hauses. Der Prinz werde das später erfahren, wenn er einmal Lust habe, seine Theorien zu verwirklichen. Ich aber würde dazu niemals mithelfen. Ich sei zu alt, um solche traurigen Dinge noch zu erleben. Aber vielleicht würde, wenn auch zu spät, die Stunde kommen, in welcher der Prinz einsehen werde, daß ich recht gehabt. Für Deutschland könne ein deutscher Fürst Opfer freiwillig bringen. Für Preußen aber solle er nie mehr tun, als wozu er vertragsmäßig verpflichtet sei. Hätte der König von Preußen nach der Schlacht von Königgrätz den Mut gehabt, sich in Frankfurt die deutsche Kaiserkrone auf das Haupt zu setzen, statt zugunsten eines vergrößerten Preußens Mitfürsten ihrer Throne zu berauben, so würde jeder deutsche Regent gerne Opfer gebracht haben, um der kaiserlichen Würde Kraft und Ansehen zu sichern, und die Bevölkerungen würden befriedigt gewesen sein. Zu einer so hohen staatsmännischen Auffassung habe sich aber der König nicht erhoben, und es sei ganz natürlich, daß für den jetzigen Zustand der Dinge kein Mensch begeistert sei als die, welche mit aller Gewalt preußisch werden wollten.

18. Oktober.

Besuch des sachsen-meiningenschen Kammerherrn v. Stein, welcher hierhergeschickt war, um die Thronentsagung des Herzogs Bernhard[1]) und den Regierungsantritt des Herzogs Georg[2]) von Meiningen zu notifizieren. Ich rühmte dem Baron v. Stein die Bundestreue und Festigkeit des Herzogs Bernhard. Er sagte mir, der Herzog Georg sei ebenso ehrenwert, wenn auch viel preußenfreundlicher. Derselbe habe bei seinem jüngsten Aufenthalte in Berlin dem Könige gesagt, nirgends seien verhältnismäßig so viele Demokraten als in Preußen, ob denn der König bei der Vertreibung einer Anzahl deutscher Fürsten nicht bedacht habe, welchen moralischen Vorschub er den Bemühungen der demokratischen Partei leiste. Der König habe geantwortet, wenn der Herzog mit dem Verfahren Preußens nicht zufrieden sei, so könne das letztere auch über Meiningen hinwegschreiten. Bei der Eröffnung dieser Perspektive habe Herzog Georg natürlich kein Wort weiter gesagt.

31. Oktober.

Ich schrieb den Morgen hindurch eine Erwiderung auf das neueste Metz'sche Wahlmanifest.

1. November.

Morgens 10¾ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog. Ich las ihm die Unterhaltung, welche ich am 30. September mit dem Prinzen Ludwig

[1]) Bernhard Erich Freund, 1800—1882.
[2]) 1826—1914.

gehabt hatte, aus meinem Tagebuche vor. Der Großherzog befahl, daß hinfort die diplomatischen Berichte den Prinzen des Hauses nicht mehr mitgeteilt werden sollten.

Wir sprachen dann von Beust. Der Großherzog freute sich seiner Ernennung. Ich erwähnte noch der Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges gegen Preußen, eine Ansicht, die der Großherzog teilte. Er erzählte mir, Prinz Alexander habe der Prinzessin Battenberg von der großen Erbitterung geschrieben, die in Petersburg gegen Preußen herrsche. Sodann teilte er mir mit, Prinz Wilhelm von Baden habe seine Entlassung von seiner Stelle als preußischer General gefordert, was man ihm in Berlin sehr übelgenommen habe. Ich bat den Großherzog, dem Kurfürsten von Hessen in Hanau einen Besuch zu machen.[1])

20. November.

Nach der Ministerialsitzung hatte ich noch eine lange, sehr erregte Diskussion mit dem Prinzen Ludwig, welcher verlangte, man solle sich mit der ganzen Division an Preußen anschließen und nicht bloß das preußische Reglement, sondern auch den preußischen Rekrutierungsmodus für das ganze Land annehmen. Ich erwiderte ihm, daß ich gar keinen Grund einsehe, das Land freiwillig mit solchen enormen Opfern an Menschen und Geld zu belasten. Preußen werde schwerlich mehr als eine hessische Brigade zu seiner Disposition verlangen. Der Prinz meinte, dann müsse man darauf bestehen, die ganze hessische Division in den preußischen Militärverband aufzunehmen. Geschähe das nicht, so werde er, der Prinz, seine Entlassung nehmen. In den annektierten Ländern habe sich die Bevölkerung mit dem neuen preußischen Rekrutierungsmodus bereits ausgesöhnt. Ich erwiderte, wenn der Prinz das glaube, so habe er nur die Stimme einer gewissen Partei gehört. Nirgends, wenigstens in keinem freien Lande, wolle man von der preußischen allgemeinen Dienstpflicht etwas wissen. In Preußen habe man ein Interesse daran, durch Anspannung aller Kräfte des Volkes und durch unmäßige Erhöhung des Militärbudgets auf Kosten anderer Zweige des öffentlichen Dienstes eine Großmachtsrolle zu spielen. Die kleineren Staaten hätten aber gar keinen Grund, für solche spezifisch preußische Bestrebungen unnötigerweise Opfer zu bringen. Ihre Stellung und Existenz würden sie dadurch nicht sichern. Diese Existenz beruhe auf der gegenseitigen Mißgunst der Großmächte, welche neue Annexionen verhindere. Auf wie lange das aber möglich sei, hänge von Zufälligkeiten ab. Der dermalige Zustand Deutschlands sei ein provisorischer,

[1]) Der Großherzog hat diesen Besuch ausgeführt, ehe er nach Nauheim ging, um von dieser ihm in dem Friedensvertrag überwiesenen kurhessischen Ortschaft Besitz zu ergreifen. Er gab dem Kurfürsten die Erklärung ab, daß er diesen Landesteil nur unter dem Zwang der Verhältnisse übernommen habe und daß er sich deshalb nur als Verwalter betrachten werde bis zu dem Augenblick, wo er ihn dem rechtmäßigen Herrn wieder übergeben könne.

und man müsse hier eben geduldig abwarten, ob im nächsten Jahre ein Großherzogtum Hessen noch existiere. Vorerst aber solle man kein Geld, das man besser verwenden könne, zum Fenster hinauswerfen, um nach preußischer Gunst zu streben.

22. November.

Hauptmann v. Westerweller bat mich, dem Prinzen Ludwig nicht zu sehr zu widersprechen, derselbe werde durch Widerspruch immer noch mehr in seinem Eigensinn bestärkt. Ich entgegnete, daß mich das nicht abhalten könne, dem Prinzen die Wahrheit zu sagen. Ich sei 64 Jahre alt und trage die Last eines Ministerpostens so lange fort, als der Großherzog lebe, nachher werde ich nicht eine Minute länger dienen. Ich suche meine Befriedigung in dem Gefühl, bis dahin furchtlos nach meiner Überzeugung gehandelt zu haben. An Hof- und Volksgunst liege mir wenig. Westerweller meinte, ein jeder Minister müsse es sich gefallen lassen, auch von oben herab mit Übelwollen behandelt zu werden. Ich bemerkte ihm, daß ich das volle Vertrauen des Großherzogs und die Gnade des Prinzen und der Prinzessin Carl besitze, und daß die verstorbene Großherzogin stets meine aufrichtige Freundin gewesen sei. Ich habe mich also über Schwierigkeiten, die mir von oben bereitet wurden, nicht zu beklagen gehabt, bis die Prinzessin Ludwig erschienen und die Hosen angezogen habe. Das Übelwollen dieser hohen Dame bedauerte, aber fürchte ich nicht. Westerweller meinte, Prinz Ludwig werde derselben demnächst keinen Einfluß in dienstlichen Angelegenheiten gestatten. — Wir sprachen dann noch über das Bestreben des Prinzen Ludwig, im Großherzogtum das preußische Rekrutierungssystem einzuführen, und meine großen Bedenken gegen eine so kostspielige Maßregel.

12. Dezember.

Der Großherzog klagte, daß ihn Prinz Adalbert von Bayern jeden Abend mit seinen spanischen Sukzessionsprojekten peinige. Der Prinz wolle nachher mit mir sprechen, um auch mich für seine Pläne zu interessieren. So geschah es. Ich versprach, zu tun, was möglich sei, lehnte aber das Ansinnen des Prinzen, selbst nach Paris zu gehen, entschieden ab. Ich sagte ihm, daß ich durch eine solche Reise den Verdacht von Rheinbundgelüsten gegen mich erwecken und den Großherzog in eine falsche Lage bringen würde.

22. Dezember.

Um 11 Uhr eröffnete ich, namens des Großherzogs, den Landtag:

„Meine hohen und hochzuverehrenden Herren! Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mir befohlen, den 19. Landtag in Allerhöchstihrem Namen und Auftrage zu eröffnen. Die kriegerischen Ereignisse des verflossenen Sommers und die denselben ge-

folgten Friedensschlüsse haben die politischen Zustände unseres deutschen Vaterlandes vollkommen umgestaltet. Österreich ist aus Deutschland ausgeschieden. Der Norden ist von den Staaten südlich des Maines getrennt, der Staatenbund, welchem Deutschland 50 Jahre des Friedens und der materiellen wie der geistigen Entwicklung verdankte, besteht nicht mehr. Aber der Gedanke eines großen und gemeinsamen Vaterlandes, das Band, welches die deutschen Herzen umfaßt, kann nie untergehen, und darin wurzelt unsere Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an dem Deutschland zu neuer Einheit und Größe ersteht. Die Regierung des Großherzogs wird nicht aufhören, diesem hohen Ziele ihre Bestrebungen zu widmen, und sie weiß, daß sie dabei auf die Unterstützung der beiden Kammern der Stände zählen darf.

Es wird Ihnen vor allem der Friedensschluß vom 3. September l. J., durch welchen die zum schmerzlichsten Bedauern der Regierung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs unterbrochen gewesenen alten und freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen wiederhergestellt worden sind, zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden. Die Stellung, welche die großherzogliche Regierung unmittelbar vor dem Ausbruche des jüngsten Krieges und während der Dauer desselben eingenommen hat, machten es Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog wünschenswert, die Stimme des hessischen Volkes über jene Stellung zu vernehmen. Es ist deshalb die frühere, unter ganz anderen Verhältnissen gewählte Kammer aufgelöst und eine neue Ständeversammlung berufen worden. Die Großherzogliche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die dermalige Kammer ihr die Billigung ihrer seitherigen politischen Haltung nicht versagen wird.

Der Friedensvertrag vom 3. September l. J. bestimmt, daß die nördlich des Mains gelegenen Landesteile dem Norddeutschen Bunde beitreten. So sehr es zu wünschen gewesen wäre, daß nicht bloß sämtliche Teile dieses Landes, sondern auch sämtliche deutsche Staaten diesseits des Mains in den neuen Bund hätten aufgenommen werden können, so stellten sich doch der Erfüllung dieses Wunsches unübersteigliche Hindernisse entgegen. Es wird zunächst unsere Aufgabe sein, neben der treuesten und eifrigsten Erfüllung der übernommenen neuen Bundespflichten, dafür zu sorgen, daß durch die eigentümliche Stellung der nördlich vom Main gelegenen Landesteile der einheitliche verfassungsmäßige Zusammenhang der verschiedenen Bestandteile des Großherzogtums und die Rechtsgleichheit der drei Provinzen nicht wesentlich alteriert werde.

Die nächsten Vorlagen der Großherzoglichen Regierung betreffen das Gesetz über die Wahlen zum norddeutschen Parlament, ferner

die Übertragung eines Teiles der hessischen Gesetzgebung auf die neu akquirierten Landesteile, sodann die Teilnahme dieser Landesteile an der ständischen Vertretung im Großherzogtum, endlich die Ordnung und Verwaltung unserer Finanzen, die sich in den Prüfungen der letzten Monate bewährt haben.

Weitere Vorlagen bezüglich der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der Ausbildung und Vervollständigung unserer Verfassung und Gesetzgebung, sowie der Vermehrung der Verkehrsmittel des Landes werden Ihnen gemacht werden, sobald die vorbereitenden Arbeiten beendigt sind. Die Regierung hofft dazu noch im Laufe dieser Session in den Stand gesetzt zu werden."

30. Dezember.

Der Geheime Legationsrat Hofmann kam, und wir besprachen die in Berlin zu tuenden Schritte, um in bezug auf das Militärwesen eine exzeptionelle Stellung für das Großherzogtum im Norddeutschen Bunde zu erwirken.

Anlagen 1866.

1.

Dalwigk an v. d. Pfordten.[1])

Darmstadt, 5. März.

Baron Schrenck hat mir vor einigen Tagen den Inhalt einer vertraulichen Depesche Euer Exzellenz mitgeteilt, worin Hochdieselben die Ansicht aussprechen, daß die deutschen Mittelstaaten in dem dermaligen Konflikte zwischen Österreich und Preußen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit vorerst noch keine bestimmte Parteistellung einnehmen sollten, um Preußen die wünschenswerte Nachgiebigkeit nicht zu erschweren. — Inzwischen ist aber die Situation eine so ernste und gespannte geworden, daß es mir unmöglich scheint, eine entscheidende Entschließung, zu welcher die Initiative Bayern gebührt, länger zu verzögern. Läßt Bayern mit den ihm nahe verbündeten Staaten nicht ferner einen Zweifel darüber bestehen, auf welcher Seite im Falle eines Kampfes zwischen Österreich und Preußen es treten werde, spricht Bayern mit uns offen aus, daß in einem solchen Kriege eine Neutralität seitens der mittleren und kleineren deutschen Staaten ein Ding der Unmöglichkeit sei, und daß man die seither so schwer verkannten Rechte des Bundes auch mit dem Schwerte zu vertreten bereit sei, so wird Österreich in dem Widerstande, den es spät, aber doch noch nicht zu spät, den preußischen Plänen entgegenzusetzen entschlossen ist, bestärkt werden, und Graf Bismarck wird sich zweimal besinnen, ehe er einem mit Österreich verbündeten Deutschland den Krieg erklärt.

Ich betrachte deshalb eine solche bestimmte Erklärung der bundestreuen Staaten als das sicherste Mittel, den Bürgerkrieg zu vermeiden, oder, sofern dieser Krieg nur auf Kosten der Ehre und des Ansehens des Bundes vermieden werden könnte, als den geeignetsten Weg, den alten, traurigen Konflikt, in welchem die schleswig-holsteinische Sache nur eine Episode bildet, endlich zum Austrag zu bringen. Mögen dann die Waffen entscheiden, ob in Deutschland die Worte „Recht und Vertrag" inskünftige noch eine Bedeutung haben sollen. Daß eine Änderung der Karte Deutschlands die Folge eines solchen Krieges sein wird, darüber kann freilich nicht der leiseste Zweifel bestehen. Aber in einem solchen Resultate kann ich kein Unglück sehen, und Bayern vor allem wird aus dem Kampfe vergrößert und gestärkt hervorgehen, wenn es die ihm zu Gebote stehenden Mittel rechtzeitig und in vollem Umfange zu verwenden weiß.

[1]) Entwurf im D.-A.

Eure Exzellenz bitte ich, die vorstehenden rückhaltlosen Bemerkungen als einen Beweis des hohen Vertrauens und der wahren Verehrung zu betrachten, die ich Ihnen seit so vielen Jahren gewidmet habe. Ich bin überzeugt, daß Hochdieselben sich mit mir Glück wünschen, daß Österreich endlich in der schleswig-holsteinischen Frage eine Haltung eingenommen hat, die unseren lange gehegten Wünschen entgegenkommt. Möchte es uns gelingen, Österreich in dieser Richtung festzuhalten und zu bestärken. Vergessen wir darum so manches, was in den letzten Jahren zu den traurigen Erfahrungen unseres politischen Lebens gehört hat.

Meine Bitte ist, daß Euer Exzellenz die Güte haben möchten, mir auch Ihre Auffassung bezüglich der durch die gegenwärtige Lage der deutschen Angelegenheiten gebotenen Haltung Bayerns und der deutschen Mittelstaaten in gleich vertraulicher Weise, wie in diesen ergebenen Zeilen geschehen, mitzuteilen. Euer Exzellenz wissen, wie sehr man hier wünscht, sich den Ansichten der Königlich Bayerischen Regierung in dieser Lebensfrage anschließen zu können. Schon jetzt darf ich versichern, daß, wenn Euer Exzellenz es für geboten erachten sollten, eine jede kriegerische Maßregel auf eine vorausgegangene Entschließung der Bundesversammlung zu stützen, die Großherzogliche Regierung gern einen derartigen Antrag, dessen rascheste Erledigung in Frankfurt vorausgesetzt, unterstützen wird.

Genehmigen Euer Exzellenz den erneuerten Ausdruck ausgezeichnetster Hochachtung und treuester Verehrung, mit der ich verharre.

2.

v. d. Pfordten an Dalwigk.[1])

München, 9. März.

Gestern habe ich eine Zirkulardepesche an unsere Gesandten in Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden expediert, welche Euer Exzellenz durch Baron Schrenck mitgeteilt erhalten werden. Dieselbe enthält den ersten Schritt zu einer Vereinigung der Mittelstaaten gegenüber dem drohenden Konflikt zwischen Österreich und Preußen und ruht, wie das vertrauliche Schreiben Euer Exzellenz vom 5. d. M., für das ich sehr dankbar bin, auf dem Grundgedanken der Verteidigung des Rechtes. Insofern hoffe ich denn auch auf die Zustimmung der Großherzoglichen Regierung zu unseren Vorschlägen, obgleich Sie unsere Haltung kühler und reservierter finden werden, als Sie es nach Ihrem Brief zu wünschen scheinen.

Ich bekenne, daß ich das Vertrauen zu Österreich ganz verloren habe, und daß ich noch nicht das geringste Anzeichen einer uns entgegenkommenden Haltung Österreichs, von der Euer Exzellenz sprechen, wahrnehme. Wir selbst aber werden Österreich nicht entgegenkommen. Es soll nur als reuiger Sünder zu uns kommen, dann wollen wir unsere Bedingungen stellen, damit wir nur

[1]) D.-A.

für das volle Recht kämpfen und gegen jedes neue Olmütz oder Gastein gesichert werden, soweit dies möglich ist gegenüber einer Regierung, die den Wortbruch zum System erhoben hat. Die größte Vorsicht scheint mir deshalb nötig, weil Preußen auf die Hilfe von Italien und Rußland rechnen kann und das politisch und finanziell bankerotte Österreich sofort unterliegen muß, wenn es nicht die Allianz von Frankreich und England gewinnt oder wenigstens die erste. Frankreichs Haltung aber bleibt rätselhaft. Seine Neutralität reizt Preußen zum Kriege und ist deshalb feindselig gegen Deutschland, wie dies Thiers[1]) sehr wahr und ehrlich gesagt hat. Wir Mittelstaaten alle haben bei einem Kriege nur zu verlieren, keiner hat dabei zu gewinnen. Wir können daher wohl pflichtgetreu für das Recht kämpfen, aber auch nur hierfür!

3.

Brief des Königs von Preußen an die Prinzessin Alice von Hessen.[2])

Berlin, 10. Mai.

Deine Angst und Befürchtung über die Kriegsaussichten begreift niemand besser als ich. Aber warum wird mir denn alle Schuld an diesen traurigen Aussichten beigemessen? Daß ein Zerwürfnis zwischen mir und Österreich seit über einem Jahre eingetreten, ist ganz gewiß; es sollte beschwichtigt werden durch den Gasteiner Vertrag; aber das, was er *bessern* sollte, hat Österreich nur in erhöhtem Grade verschlimmert, indem es, um die Annexion der Herzogtümer zu hintertreiben, zu den schlechtesten Mitteln, Preußen zu verleumden und zu beleidigen, griff. Dergleichen verträgt die Ehre einer Regierung, die sich achtet, nicht. Auch meine Vorstellungen in Wien, diesem Treiben ein Ende zu machen, blieben erfolglos. Aber statt ruhig abzuwarten, ob ein neuer Versuch zu Unterhandlungen über die Herzogtümerfrage sich ergeben werde, fing Österreich am 14. März an, bedeutende Truppensendungen nach Böhmen gegen meine Grenzen vorzunehmen und Anstalten zu anderen Kriegsrüstungen zu machen. Da bei mir kein Mann und Pferd in Bewegung gesetzt war, so mußte die Lüge Österreichs rasch entlarvt werden: es rüste, weil es einen Überfall von Preußen erwarte!! Wer hat denn nun also den Krieg zuerst durch Demonstrationen der Welt als möglich gezeigt? Preußen doch gewiß nicht, das volle 14 Tage, bis zum 28. März wartete, bevor es die geringste Gegendemonstration machte, hoffend, Österreich werde seine Übereilung zurücknehmen. — Warum wird denn Preußen immer als der Störenfried verschrien, während ganz

[1]) 1797—1877. Seit 1830 in der französischen Deputiertenkammer, 1840 Minister des Auswärtigen, 1863 in den gesetzgebenden Körper gewählt, 1871 Chef der Exekutivgewalt, dann Präsident der dritten Republik.

[2]) Abschrift von Dalwigks Hand im D.-A. Dieser Brief ist nur zu einem Teil und offenbar ungenau bekannt durch ein Schreiben des Prinzen Alexander von Hessen an Kaiser Franz Joseph vom 18. Mai. Das Bruchstück veröffentlicht bei Berner: Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften II, S. 124, aber an manchen Stellen abweichend von dem hier gegebenen Text. Vgl. Tagebuch vom 12. Mai.

notorisch Österreich dieser Störenfried ist? Ich wünschte daher wohl, daß Du Deine so eindringlichen Ermahnungen an mich, doch den Krieg zu vermeiden, nach Wien richtetest. Denn dort ist der Herd, wovon er ausgeht. Daß der Kaiser ihn nicht wünscht, weiß ich sehr wohl. Warum tut er denn aber stets alles, um es zum Kriege zu bringen? Ich habe dreimal die Hand zur Abrüstung geboten, und während der Zeit ist weiter gerüstet, während Österreich unaufhaltsam seine Truppen in Mähren, Schlesien, Böhmen bis hart an meine Grenzen vorschob, so daß ich mich nun, aber erst vor acht Tagen, zu weiteren Rüstungen entschließen mußte. Die österreichische Maske, es rüste nach Italien und nicht nach Preußen, ist längst abgefallen, da es nach beiden Seiten gleich stark rüstet. Du fragst, warum ich meine 8 Korps aufstelle? Warum fragst Du denn nicht, warum Württemberg und Bayern rüsten, ehe in meiner Rheinprovinz ein Mann sich rührte? Soll ich etwa stillsitzen, wenn alles um mich her eingestandenermaßen gegen mich rüstet, und mich arglos gefangen geben? Bequemer wäre es freilich, Preußen auf diese Art zu ruinieren, während das durch Krieg zu erreichen etwas länger dauern wird! Du klagst, daß Hessen Kriegsschauplatz werden könne, Dein Louis wäre außer sich, vielleicht gegen uns fechten zu müssen. Warum will er denn nicht gegen Österreich fechten? Will der Großherzog uns den Krieg machen? Warum denn nicht an Österreich? Ich begreife die Politik, die bei Euch getrieben, gar nicht. Das Allernatürlichste wäre ja, neutral mit ganz Deutschland zu bleiben. — Geschieht dies nicht und der Krieg bricht aus, dann hören alle Rücksichten auf! Ich, der, wie mein Vater und Bruder, seit 50 Jahren als die Verschlinger unserer deutschen Mitfürsten betrachtet werden, obgleich nicht einer von uns je daran gedacht hat, biete Euch jetzt die Hand zur Reform, wo wiederum die Einheit in der Vielheit garantiert wird. Dennoch schreit alles gegen mich! Da wird es bald Zeit sein, daß ich meinen eigenen Weg gehe. — Ich freue mich ordentlich, daß Deine Freundschaft mir die Gelegenheit gegeben hat, mich offen aussprechen zu können, und gestatte ich Dir, von diesen Zeilen Mitteilung machen zu können, wohin Du willst. — Überall habe ich die klare Wahrheit gesagt. Wenn man sie nicht beherzigen will, so ist das nicht meine Schuld.

Nun adieu, liebe Alice, gedenke unter allen Verhältnissen Deines Dich innig liebenden Onkels

Wilhelm.

4.

König Wilhelm an Großherzog Ludwig.[1])

Pardubitz, 7. Juli.

Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen und bei Rhein zu Darmstadt.

Ew. Königlichen Hoheit

zugekommenes Telegramm in betreff Ihres Herrn Neffen, des Prinzen Heinrich, Oberstleutnant in meinem 1. Rheinischen Husarenregiment Nr. 7, betreffs

[1]) Original im D.-A.

der ihm gestellten Wahl, meinen Dienst zu quittieren oder doch wenigstens dispensiert zu werden, gegen Dero Truppen zu fechten, hat mich mit nicht geringem Erstaunen erfüllt. Sie sind sonst von dem Ehrenpunkte, der meine Armee und namentlich seine Offiziere erfüllt, ein so beredter Verteidiger gewesen, daß ich nicht annehmen konnte, daß Sie einem Prinzen Ihres Hauses die Zumutung stellen würden, meine Armee zu verlassen, im Moment, wo er bereits vor dem Feinde stand. Da indessen die zweite Alternative, welche Sie stellten, dem Prinzen Heinrich die Möglichkeit ließ, in meinem Dienste zu verbleiben, so entschloß ich mich, ihm Ihr Telegramm zugehen zu lassen, was nicht ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust zu ermöglichen war. Die mir von Ihrem Herrn Neffen zugekommene Antwort beweist, daß die Gesinnung des preußischen Offiziers bei ihm obenan stehet, indem er erklärt, meinen Dienst nicht verlassen zu wollen, jedoch der Forderung sich unterwirft, nicht gegen die Truppen seines Oheims und Landesherrn zu kämpfen. Ich habe demgemäß den Kommandeur seines Regiments instruiert, den Prinzen Heinrich in dem gedachten Falle mit einem Kommando oder Auftrage rechtzeitig zu betrauen, der ihn jener Eventualität entzieht.

Wenn somit diese Angelegenheit nach allen Richtungen in gewünschtem Maße reguliert ist, so kann ich doch die schmerzliche Bemerkung nicht unterdrücken, wie leicht es Eurer Königlichen Hoheit gewesen wäre, Konflikte der vorstehenden Art Mitgliedern Ihres Großherzoglichen Hauses zu ersparen, wenn Sie meiner Politik Gehör gegeben hätten, die nicht nur dem wahren Wohle Ihres Hauses, Ihres Volkes und den intimen verwandtschaftlichen Beziehungen zu mir Rechnung getragen hätte, statt einer Sache sich zuzuwenden, die sich nach einer fünfzigjährigen Erfahrung als überlebt darstellt und unhaltbar geworden ist.

Ew. Königlichen Hoheit ergebener Vetter und Bruder

Wilhelm.

5.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 11. Juli.

Soeben erhalte ich ein langes Telegramm des badischen Ministers Baron Edelsheim, worin mich derselbe ersucht, gemeinschaftlich mit ihm und Baron Varnbüler bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Alexander Schritte zu tun, damit derselbe nicht ganz kurz vor dem Waffenstillstand Frankfurt aufgebe. Ich habe das Telegramm an den Bundestagsgesandten v. Biegeleben geschickt und denselben beauftragt, danach schleunigste entsprechende Schritte bei des Prinzen Großherzoglicher Hoheit zu tun.

In der gestern erschienenen offiziösen „Patrie" ist angekündigt, daß der Waffenstillstand gestern oder heute bestimmt zustande kommen werde. Im Ein-

[1]) Original im D.-A.

klang mit dieser mir heute nachmittag von Sir A. Malet[1]) überbrachten Nachricht hat die Bundesversammlung den auf heute abend bestimmten Extrazug, welche dieselbe nach Augsburg überführen sollte, wieder abbestellt.

Randbemerkung des Großherzogs.

Seeheim, 11. Juli.

Ich werde nun das Weitere ruhig hier abwarten, wolle Gott nun alles weiter zum besten lenken. Il faut cultiver par la voix du Comte Astorg les bonnes rélations avec la France; auch andere geeignete Mittel sind nach Ermessen im Auge zu behalten, um den Mann an der Seine mir geneigt zu erhalten, Ihr Scharfsinn wird schon den Nagel auf den Kopf treffen.

Ludwig.

6.

Prinz Alexander an Dalwigk.[2])

Bornheim, 11. Juli.

Es waltet eine große Fatalität über den Geschicken der bundestreuen Staaten! Mit 40 000 kampflustigen Soldaten will es mir nicht gelingen, mit den Preußen zusammenzustoßen. Bei Fulda und vorgestern wieder bei Schlüchtern, wie früher im Nassauischen, wichen sie jedem Kampf aus. Unterstützt durch die totale Unfähigkeit des bayerischen Oberkommandos, ist es dem General v. Falckenstein[3]) gelungen, gestern zum zweitenmal sich mit seiner ganzen Macht auf die Bayern zu werfen und sie zum Rückzug zu zwingen. Ohne jede Rücksicht auf das Terrain verlangt Prinz Carl alle drei Tage eine andere Operation vom 8. Korps, immer die folgende unmöglicher als die vorhergehende, und nun zieht er sich hinter Würzburg zurück, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Vereinigung für mich zu ermöglichen. Auf dem Marsch nach Fulda ließ er mich drei Tage ohne Nachricht, und mehrmals kam es vor, daß er die wichtigsten chiffrierten Depeschen mittels falscher Schlüssel aufsetzen ließ, die nicht in meinem Besitz sind!! Mein Bevollmächtigter im bayerischen Hauptquartier, Major v. Suckow, der gestern hier eintraf, sagte mir, die Haare stehen mir noch zu Berg, wenn ich an die Möglichkeit denke, daß Sie über Fulda weitermarschiert wären, nachdem die ganze bayerische Armee längst aus jener Gegend zurückgegangen war! Sie hätten das halbe Korps in den Defileen der Rhön liegen lassen! — Ich bin zur Stunde (seit gestern nachmittag) ohne Antwort des Prinzen Carl, wo er Stellung zu nehmen gedenkt. Alle Vorbereitungen zum Abmarsch nach Würzburg sind getroffen; ich werde aber die Mainlinie nur dann preisgeben, wenn die Bayern mir bestimmte Zusagen geben.

---

[1]) Englischer Gesandter in Frankfurt.

[2]) D.-A.

[3]) Eduard Vogel v. Falckenstein, 1797—1885; war 1864 Chef des Generalstabs der verbündeten Armeen, 1866 Führer gegen die Bundestruppen, besetzte Frankfurt a. M.; erhielt 1873 seinen Abschied.

Den Bund habe ich ersucht, diese Entschließung abzuwarten, bevor die Herren nach Augsburg flüchten.

7.

Prinz Alexander an Großherzog Ludwig.[1])

Hauptquartier Bornheim, 13. Juli.

Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen.

Teuerster Louis!

Meinem Versprechen gemäß Dich benachrichtigen zu wollen, sobald ich den Moment gekommen halte, der Deine Abreise von Darmstadt geraten erscheinen läßt, sehe ich mich heute zu meinem innigsten Bedauern gezwungen, Dir zu melden, daß ich für die Sicherheit unseres Landes keine Garantie mehr übernehmen kann. Die Bundesversammlung siedelt morgen von Frankfurt nach Augsburg über; ich hielt sie noch einige Tage zurück, kehre aber soeben aus dem Bundespalais zurück, wo ich die Abreise der Versammlung nebst Militärkommission und diplomatischem Korps für morgen angeraten habe. — Aus Rücksicht auf einen etwaigen Waffenstillstand war ich von den Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen vorgestern dringend aufgefordert worden, die Mainlinie nicht preiszugeben. Da aber der Waffenstillstand wahrscheinlich nicht zustande kommt und die bayerische Armee bei Kissingen geschlagen wurde, so bleibt mir keine andere Wahl als die Vereinigung mit letzterer auf jede Weise zu versuchen. Schon seit vorgestern habe ich begonnen, das Armeekorps allmählich gegen Franken vorzuschieben; die großherzogliche Division hat Aschaffenburg besetzt, die drei württembergischen Brigaden verlassen das Kinzigtal, die österreichische Brigade geht heute (über Darmstadt) nach Aschaffenburg ab. Die nassauische Brigade, welche gestern die preußischen Vorposten vor Schwalbach bis Nastätten zurückwarf, folgt morgen den Österreichern.

In drei Tagen hoffe ich mit 40 000 Mann in Franken zu stehen, der Garnison von Mainz den Schutz der Linie Castel—Frankfurt überlassend. — Am 10. d. M. erhielt ich ein chiffriertes Telegramm des Prinzen Carl mit der Nachricht „starke preußische Kolonnen debouchierten über Brückenau, ich möchte im Kinzigtal Truppen vorgehen lassen". Dies geschah den nämlichen Tag durch die ganze württembergische Division, deren Reiterei von Schlüchtern bis Brückenau vordrang, ohne auf den Feind zu stoßen. Seit dem 10. bin ich ohne alle Nachricht von Prinz Carl. Gestern nachmittag nun schickte ich den Oberst von Schönfeld in das bayerische Hauptquartier ab, um den Prinzen zu beschwören, mir irgendeine Nachricht über die Richtung seines Rückzuges zukommen zu lassen. Schönfeld telegraphiert mir eben (11 Uhr früh) aus Würzburg, er habe unterwegs einen Kurier des Prinzen Carl begegnet, der mir den Befehl überbringe, nach Aschaffenburg und Lohr aufzubrechen: die ganze

[1]) Original im D.-A.

preußische Armee sei im Anzug auf das VIII. Korps, habe von der Verfolgung der Bayern (welche bei Schweinfurt stehen) abgestanden, schlage Brücken bei Wernfeld, und es seien bei Lohr bereits 30 000 Mann eingetroffen. Es wird nun wahrscheinlich bei Aschaffenburg zum Kampf kommen: ich hoffe nur, daß es mir noch gelingt, zahlreich genug dort aufzutreten und daß Prinz Carl dem Feinde nachrücken wird. Hätte mir das bayerische Oberkommando gestern Nachricht gegeben und Antwort auf meine zahllosen Aufforderungen, so stünden meine Aussichten besser!

Überhaupt habe ich seit 14 Tagen die traurigsten Erfahrungen gemacht! Es wäre tausendmal besser gewesen, das VII. und VIII. Korps auf eigene Faust handeln zu lassen, als dieses Scheinkommando zu instituieren.

Lebe nun wohl, teuerster Louis, auf Wiedersehen, so Gott will, in besseren Zeiten.

In treuer Liebe und Freundschaft umarmt Dich

Dein ergebenster Bruder
Alexander.

8.

v. d. Pfordten an Dalwigk.[1])

14. Juli.

Nach der gestern abend eingetretenen Wendung der Dinge wird übrigens wohl kein Kampf und keine Gefahr mehr eintreten. Frankreich hat seine Vermittlung aufgegeben. Österreich verhandelt in Wien Waffenstillstand und Friedenspräliminarien auf der Basis seines Austrittes aus dem Bunde!!! und ladet uns ein, daran teilzunehmen. Ich werde nach Wien gehen und zu retten suchen, was möglich ist. Den Feldmarschall habe ich sofort gebeten, jeden Kampf zu vermeiden.

Über die Kommandofrage schweige ich. Über Zweckmäßigkeiten kann man streiten, über Ungehorsam nicht.

Verzeihen Sie die Kürze dieses Briefes: ich bin völlig erschöpft.

9.

Prinzessin Alice an den Großherzog.[2])

Darmstadt, 21. Juli.

Lieber Onkel!

Eben höre ich, daß ein Handschreiben des Königs an Dich geschickt wird. Daraus schließe ich, daß man Dir Vorschläge zum Frieden macht, und ich kann's nicht übers Herz bringen, zu schweigen, wo es sich vielleicht zum letztenmal von Deinem und Deines Landes Wohl handelt. In Deiner Hand liegt es jetzt noch, Deine Souveränität und Fortbestehen Hessens zu erhalten. —

[1]) D.-A.

[2]) Abschrift im D.-A.

Wenn es irgend geht, nimm alles an, was Dir Preußen jetzt vorschlägt, denn je länger es dauert, je mehr verringert sich Deine Chance, und je größere Opfer muß Dein armes Land Deines Widerstandes wegen dulden. — Die ganze Stimmung dieses Landes geht darauf hin: Frieden mit Preußen und Annahme seiner Bedingungen. —

Ich vermute, die Bedingungen werden sein: Annahme des Reformprojektes, oberste Militärgewalt in Preußens Hände. — Die letzten Ereignisse haben wahrlich bewiesen, daß dieses ein Glück für die Truppen aller Mittelstaaten wäre. — Tapfer wie die Löwen sich schlagend, aber schlecht geführt, das ist der Ausspruch der preußischen und unserer eigenen Offiziere über das Gefecht bei Laufach.

Unsere militärische Ehre ist gewahrt, und die Preußen sagen, unsere Truppen hätten sich wie die Löwen geschlagen. —

Wozu noch mehr Blut vergießen? Der Jammer hier ist schon groß genug, und am Ende mußt Du doch nachgeben. —

Daß Dalwigks Entlassung zur Bedingung gemacht wird (wie die von Beust und Varnbüler), glaube ich gewiß.

Seine auswärtige Politik ist immer antipreußisch-leidenschaftlich und sehr unklug und unbeliebt in diesem Land gewesen. Sein Weggehen wird in ganz Hessen nur erfreuen.

Wenn Du um eine Person in Verlegenheit bist, so erinnere ich Dich wieder an Geheimrat Schenk in Kassel, der es gewiß vorübergehend annehmen würde, bis Du jemand hast. Diesen Brief verbrenne gleich, er ist nur für Deine Augen. Was ich Dir sage, würde mein Louis Dir gewiß auch sagen, er sehnt sich nach diesem Ausgang.

Dein ganzes Land wird Dir Dank sagen, wenn Du dem unnötigen Krieg ein Ende machst.

Verzeih die schlechte Schrift, da ich noch zu Bett.

Deine treue Nichte Alice.

P. S. Laß Dich nicht durch die Idee abhalten, ohne Österreich keinen Frieden zu schließen. Es hat es neulich ohne uns tun wollen, aus dem Bund tritt es doch — und der Bund ist jetzt eigentlich nur Spott, da er nur aktiv durch fünf Länder vertreten wird. Chaqu'un pour soi.

10.

Dalwigks Entwurf einer Antwort des Großherzogs an Prinzessin Alice.[1])

(23. Juli.)

Liebe Alice!

Ich danke Dir herzlich für Deine Zeilen vom 21. l. M., welche mir gestern abend durch Kurier überbracht worden sind und die einen neuen Beweis Deines

[1]) A.-D. Vgl. Tagebuch vom 23. Juli.

warmen Anteils an mir und dem Lande geben. Was Du mir vorschlägst, ist nicht bloß Annahme dessen, was die große Mehrzahl der deutschen Fürsten seither abgelehnt hat, sondern Du verlangst auch, daß ich sofort meine Truppen von der Bundesarmee zurückziehe, und unbekümmert um die Bundesgenossen, denen ich mein Wort gegeben habe, sofort mit Preußen einen Separatfrieden schließe. Solche Propositionen sind auch anderwärts gemacht und selbst von Baden zurückgewiesen worden. Ich weiß wohl, liebe Alice, daß es Notwendigkeiten gibt, denen man sich fügen muß. Eine solche Notwendigkeit steht infolge des Ganges der kriegerischen Ereignisse vor uns, und ich werde wahrlich keine Schwierigkeiten erheben, wenn es sich davon handelt, meinem Lande den Frieden zurückzugeben. Aber eine andere Frage ist, ob der dermalige Moment bereits der rechte ist, um einen entscheidenden Entschluß zu fassen. Es wird in diesem Augenblicke in Wien der Waffenstillstand und ein vorläufiger Friede verhandelt, in dem auch die Staaten des VII. und VIII. Bundesarmeekorps einbegriffen sein werden. Nach bekannten preußischen Vorschlägen soll Deutschland in zwei Gruppen, eine südliche und eine nördliche geteilt werden. Ehe ich weiß, welcher dieser beiden Gruppen das Großherzogtum Hessen künftig angehören soll, würde ein jedes Separatabkommen, welches ich mit Preußen schließen könnte, ein voreiliger Schritt sein, der möglicherweise zurückgetan werden müßte. — Von fernerem Blutvergießen handelt es sich nicht, denn nach den mir zugekommenen Nachrichten hat Österreich bereits im wesentlichen die preußischen Bedingungen angenommen, und das Schicksal der übrigen deutschen Staaten ist gleichzeitig entschieden.

Ob ich durch den Friedensschluß genötigt sein werde, einen Ministerwechsel vorzunehmen, hängt wesentlich von der Stellung ab, welche die maßgebenden Mächte mir und meinem Lande zuweisen. Das harte Urteil, welches Du über Dalwigks äußere Politik fällst, trifft mich mit, denn er handelte nach meinen Befehlen. Daß aber sein Weggang ganz Hessen erfreuen wird, wie Du glaubst, möchte sich später als Illusion einer politischen Partei erweisen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß ein Wechsel in der Person eines Ministers das leichteste der Opfer ist, welche ich zu bringen bereit bin. Für Deinen Vorschlag, dem kurhessischen Geheimrat v. Schenk die Leitung meiner auswärtigen Angelegenheiten anzuvertrauen, danke ich Dir. Ich hoffe aber, bei aller Anerkennung der guten Eigenschaften Schenks, in meinem eigenen Dienste Männer zu finden, denen ich mein Vertrauen schenken kann.

11.

Großherzog Ludwig an König Wilhelm.[1])

Eurer Königlichen Majestät

verehrtestes Schreiben d. d. Pardubitz, 7. Juli, ist mir erst am 23. l. M. in Nymphenburg zugestellt worden. Ich eile, Eurer Majestät für die Erfüllung

[1]) Entwurf im D.-A. Vgl. Tagebuch vom 23. Juli.

meiner eventuell ausgesprochenen Bitte, meinen Neffen, den Prinzen Heinrich, durch eine Dislozierung der Möglichkeit eines unmittelbaren Anteiles am Kampfe gegen seine Landsleute zu entziehen, auf das angelegentlichste zu danken.

Gestatten Eure Majestät mir, mit Bezug auf den Schluß des geehrten Schreibens die Versicherung, daß niemand tiefer als ich meine Teilnahme an einem Kriege beklagt, der so viel edles Blut gekostet hat. Meine Bestrebungen waren stets dahin gerichtet, auf friedlichem Wege die berechtigten Ansprüche Eurer Majestät bezüglich Ihrer Stellung in Deutschland zur Geltung zu bringen. Noch im Augenblicke des Ausbruches des Kampfes, in dem ich, wie die meisten anderen Bundesfürsten, dem bestehenden Bundesrechte Folge leisten zu müssen glaubte, habe ich vor meinem Volke öffentlich erklären lassen, daß ich, möchten auch die Ereignisse werden, wie sie wollten, niemals dazu beitragen würde, Preußens Stellung und Einfluß in Deutschland beeinträchtigen zu lassen. — Die Waffen Eurer Majestät sind durch große und glänzende Erfolge gesegnet worden, und ich werde gerne bereit sein, auch mit Opfern mich demjenigen anzuschließen, was Eure Majestät, nach Herstellung des Friedens, für das Heil des gemeinsamen Vaterlandes ersprießlich erachten werden.

Möchte der Friede dem Vaterlande bald wieder geschenkt werden und mir die unschätzbare Freundschaft Eurer Majestät erhalten bleiben.

Mit unverbrüchlichsten Gesinnungen ausgezeichnetster Hochachtung und inniger Ergebenheit verharre ich

Eurer Königlichen Majestät
treuergebenster
Freund, Vetter und Bruder Ludwig
m. p.

Nymphenburg, 23. Juli 1866.

12.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

München, 24. Juli.

Seine Hoheit der Herzog von Augustenburg haben mir heute morgen den beigeschlossenen Artikel aus „La Presse“ mitgeteilt, der möglicherweise auf Wahrheit beruhen könnte. Es entstände danach die Frage, welcher der beiden deutschen Konföderationen das Großherzogtum zugeteilt werden soll, und ob es nicht am Ende in der Absicht liegt, dasselbe halb dem Süden, halb dem Norden zuzuteilen. Eine solche Teilung wäre eine wahre politische Monstrosität. Es dürfte sich danach empfehlen, wenn Eure Königliche Hoheit geruhen wollten, eigenhändig an den Kaiser Napoleon zu schreiben und denselben um Abwendung eines solchen Beschlusses zu ersuchen.

[1]) D.-A.

13.

Großherzog Ludwig an Kaiser Napoleon.[1])

Sire,

Votre Majesté a daigné répondre dans un sens bienveillant quand, il y a cinq ans, je lui ai recommandé ma personne, ma famille et mon pays. — Une guerre sanglante déchire l'Allemagne et menace l'existence de ses dynasties. Ce n'est pas à moi de demander à Votre Majesté si Elle croit qu'un état comme la Prusse disposant maintenant d'une armée de 600 000 hommes, ne changerait l'équilibre européen en augmentant ses forces de 10 ou 20 millions de nouveaux sujets. Tout ce que j'ose prier de Votre Majesté c'est de ne pas admettre que je sois privé d'une partie de mon pays pour établir cette fameuse ligne du Main, qui, en divisant l'Allemagne en deux groupes de différente grandeur, entraînerait dans peu d'années l'annexion du midi par la Prusse, et cela aussi bien par les idées unitaires et révolutionnaires du peuple Allemand que par les vues ambitieuses du cabinet de Berlin.

Veuillez, Sire, agréer les nouvelles assurances des sentiments de la plus haute considération et de l'invariable attachement avec lesquels je ne cesserai d'être

Sire de Votre Majesté Impériale le très dévoué frère

Louis.

Château de Nymphenbourg, le 25 juillet 1866.

14.

Dalwigk an den Gesandten in Paris.[2])

Monsieur le Comte de Enzenberg,
Ministre Résident de S. A. Royale le Grand-Duc de Hesse
à Paris
29 Rue de Luxembourg.

Monsieur le Comte,

Les négociations ont commencé qui doivent terminer la guerre sanglante qui déchire l'Allemagne. Il s'agit d'introduire des réformes dans l'organisation de l'Allemagne qui satisferaient la Prusse sans trop ébranler l'équilibre européen. Cet équilibre, selon mon avis, serait sérieusement menacé si les forces militaires de la Prusse qui dispose maintenant d'une armée de 600 000 hommes fussent augmentées par une dictature militaire dans le reste de l'Allemagne.

On a proposé de diviser l'Allemagne et ses états dans deux groupes séparés par le Main et de mettre la Prusse à la tête du groupe du nord.

[1]) Entwurf Dalwigks im D.-A. Vgl. Tagebuch vom 24. Juli.
[2]) Entwurf im D.-A.

Je ne veux pas juger l'opportunité de ce plain en général, mais supposant qu'il fut adopté par l'Europe, il me parait qu'une division dans deux parties aussi inégales n'offrirait aucune garantie pour l'avenir. La Prusse gouvernerait l'immense majorité de l'Allemagne, et le reste, grâce aux idées unitaires et révolutionnaires du peuple et aux vues ambitieuses du cabinet de Berlin, ne manquerait pas d'être absorbé par le nord dans peu d'années. Il me parait donc que si l'on tient à l'exécution du projet en question, il faut au moins établir entre les deux groupes une certaine égalité de force et qu' au lieu de composer le groupe du midi par les états situés sur la rive gauche du Main, ce groupe devrait comprendre aussi le Royaume de Saxe, le duché de Nassau, une partie de l'Electorat de Hesse et surtout la province Grand-Ducale de la Haute-Hesse située sur la rive droite de Main. La position du Grand-Duché de Hesse deviendrait anomale et insoutenable si la Province de la Haute-Hesse fut soumise à la suzeraineté prussienne, tandis que les autres Provinces grand-ducales appartiendraient au groupe du midi. Je vous invite, Monsieur le Comte, d'en parler a Son Excellence Monsieur Drouin de Lhuys, en le priant de ne pas refuser l'appui de la France à un état qui est des meilleurs amis de la France et qui n'a jamais cessé de compter sur sa protection. Surtout, Monsieur le Comte, veuillez protester contre un plan qui romprait le Grand-Duché de Hesse dans deux parties ou qui tendrait à priver S. A. Royale le Grand-Duc d'une belle province qui appartient à la maison depuis 6 siècles.

Le Grand-Duc, notre auguste maître, vous charge en même temps de remettre dans les mains de Sa Majesté l'Empereur Napoléon la lettre autographe ci-jointe. Cette lettre grand-ducale exprime les mêmes idées que je viens vous développer. Si l'honneur d'une audience vous est accordé par Sa Majesté, veuillez vous prononcer dans un sens analogue et me faire savoir si notre demande a trouvé un accueil gracieux et bienveillant.

Je saisis cette occasion pour vous renouveler Monsieur le Comte, les assurances de ma considération très distinguée.

¦Munich, le 25 juillet 1866.

15.

Dalwigk an Hofmann.[1])

München, am 7. Auguſt.

L. H. H.!

Ihr gütiges Schreiben vom 30. v. M. iſt mir heute durch Bauaſſiſtenten Strymayr behändigt worden, und ich danke vielmals für Ihre intereſſanten Mitteilungen. — Was Sie über die bevorſtehende Zerreißung des Großherzogtums, über die Lebensunfähigkeit des ſogenannten Süddeutſchen Bundes und

[1]) Abſchrift im D.-A.

über die Notwendigkeit für das Großherzogtum, in den Norddeutschen Bund einzutreten, schon um seine Integrität zu retten, urteilen, ist mir aus der Seele gesprochen. Ich bin, um das Mögliche zu tun, am 27. v. M. nach Wien und von da in das preußische Hauptquartier nach Nikolsburg gegangen und habe in einer langen Unterredung mit dem Grafen Bismarck gegen die Losreißung Oberhessens protestiert. Ich habe dem Grafen Bismarck nachgewiesen, daß der sogenannte Süddeutsche Bund sich, schon der berechtigten Stimme der Bevölkerungen gegenüber, gar nicht werde halten können, ich habe gebeten, das ganze Großherzogtum sofort in den Norddeutschen Bund aufzunehmen und uns unter dieser Voraussetzung die Provinz Oberhessen zu lassen. Graf Bismarck meinte aber, die Aufnahme diesseits des Mains gelegener Länder in den Norddeutschen Bund werde das bereits bestehende Mißtrauen Frankreichs gegen preußische Vergrößerungssucht nur verstärken, Preußen könne also auf meine Wünsche nicht eingehen. Vielleicht komme später eine günstigere Zeit dafür. — Sie sehen also, l. H. H., daß das, was Sie mit Recht für unerläßlich halten, nicht an meinem guten Willen, sondern an der durch Rücksichten auf Frankreich bedingten Weigerung der preußischen Regierung scheitern wird. Der Großherzog wird übrigens das mögliche tun durch Anrufen Rußlands und durch direktes Ersuchen an den König von Preußen, von seinem Lande die jammervolle Zerreißung abzuwenden. Graf Bismarck hat mir zwar volle Territorialentschädigung auf Kosten Bayerns zugesichert. Aber welche Entschädigung kann man für eine Provinz bieten, die durch sechshundertjährige Bande mit dem Großherzoglichen Hause vereinigt ist!? — In Wien habe ich die tiefste Entmutigung gefunden, das volle Gefühl der Wehrlosigkeit: Die preußischen Vorposten standen sechs Stunden vor Wien. — Rußland protestiert laut gegen den Umsturz der deutschen Verfassung, aber Geldmangel und innere Verlegenheiten hindern es, zu handeln. Frankreich spricht nicht mehr, weil es momentan nicht handeln will, aber es wird reden und handeln, sobald es seines Sieges in einem Kriege mit Preußen gewiß ist. Es bereitet sich vor. Sie sehen die Aussichten sind nicht rosenfarbig. — Ich gehe nächsten Montag mit den Ministern v. d. Pfordten und Varnbüler nach Berlin, um dort über definitiven Frieden zu verhandeln und bitte Sie, demnächst, sobald ich Ihnen telegraphiere, ebenfalls dahin zu kommen.

16.

Prinz Ludwig an Dalwigk.[1])

Darmstadt, 10. August.

Mein lieber Herr v. Dalwigk!

Durch die Abwesenheit des Königs sowohl als des Kronprinzen ist meine Mission nach Berlin zwecklos geworden, ich habe die Reise dahin deshalb aufgegeben.

[1]) Original im D.-A. Vgl. Tagebuch vom 12. August.

Ihrer Umsicht aber vertraue ich, daß Sie Ihr Möglichstes tun werden, auch ohne meine geringe Hilfe, unserem Lande die älteste Provinz zu erhalten; das Versprechen des engsten Anschlusses des ganzen Landes an Preußen ist dazu vor allem erforderlich. Aber sollten wir auch selbst Oberhessen verlieren müssen, so ersuche ich Sie doch dringend, zu tun, was in Ihren Kräften steht, unser neues Großherzogtum fern von einem sogenannten Süddeutschen Bund zu halten und uns trotz unseres Verlustes an Preußen eng anzuschließen und schon jetzt dafür wirken zu wollen. Durch einen Brief des Großherzogs an mich, habe ich ein Recht, Ihnen diese meine Ansicht auszusprechen, die ich, wäre ich nach Berlin gekommen, im Interesse des Landes verfochten hätte, wie ich es statt mündlich, wenigstens schriftlich bei dem Kronprinzen u. a. getan habe.

Die ausgesprochene Ansicht ist nicht allein die meine, sondern auch die des Großherzogs und des ganzen Landes, was ich hier genügend Gelegenheit hatte zu erfahren.

Da Seine Königliche Hoheit die Gnade gehabt, mir das Kommando seiner Truppen zu übertragen, so kann ich Ihnen als deren Führer auch mitteilen, daß der oben ausgesprochene Wunsch auch bei Offizieren und Soldaten der allgemein herrschende ist.

Österreichs und Bayerns politische und militärische Führung ist im VIII. Armeekorps so gründlich in Mißkredit, daß, sollte ein Süddeutscher Bund uns drohen oder, was noch entsetzlicher jedenfalls wäre, ein Rheinbund, viele Offiziere den Abschied nehmen und lieber in preußische Dienste treten würden. Dies Gefühl ist selbst bei den früher stark österreichisch Gesinnten das vorherrschende. Mit der größten Ungeduld sehen wir einer Entscheidung entgegen, ob durch Aufnahme des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund uns Oberhessen erhalten bleibt.

In der Hoffnung, daß wir recht bald Nachricht über den abgeschlossenen Frieden erhalten werden, nach dem sich jedermann von Herzen sehnt, bleibe ich Ihr stets wohlgewogener

Ludwig, Prinz von Hessen.

17.

Dalwigks Bericht an den Großherzog.[1])

Berlin, 10. August.

Am 8. l. M., abends $10^1/_2$ Uhr, bin ich zugleich mit Baron Pfordten und in Begleitung des Geheimen Legationsrates Hofmann, dahier, angekommen, nachdem ich in Darmstadt übernachtet hatte. Ich habe in Darmstadt Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Carl und Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Carl aufgewartet und von der letzteren ein Schreiben an Seine Majestät den König von Preußen mitbekommen, was ich dem König gleichzeitig mit demjenigen Eurer Königlichen Hoheit überreichen werde, sobald ich die von mir bereits erbetene Audienz erhalte.

[1]) D.-A.

In Berlin habe ich mich sofort mit dem französischen Botschafter und dem russischen Gesandten ins Benehmen gesetzt, um durch sie wegen Erhaltung der Provinz Oberhessen und des Landgraftums Hessen unter der Herrschaft Eurer Königlichen Hoheit auf die Königlich Preußische Regierung einen Druck zu üben.

Mit dem Grafen Bismarck hatte ich die verflossene Nacht von 11 bis 12 Uhr über das fragliche Thema eine lange Konversation. Er bestand auf der Annektierung der oberhessischen Besitzungen und bot dafür anfangs Rheinbayern. Als ich diese Entschädigung als ganz unzulässig verwarf, offerierte er Aschaffenburg, dann den Spessart und zuletzt Würzburg. Ich blieb unbeugsam und bemerkte, daß Oberhessen mit seinen treuen Bewohnern Eurer Königlichen Hoheit durch nichts ersetzt werden könne. Höchstens könne man das Hinterland mit der Herrschaft Itter gegen ein Äquivalent am Main austauschen. Ich bemerkte weiter, Eure Königliche Hoheit könnten ja mit Oberhessen und Homburg in den Norddeutschen und mit Starkenburg und Rheinhessen in den Süddeutschen Bund eintreten. Auf diese Weise erlange Preußen einen zuverlässigen Verbündeten im Norden und einen Freund im Süddeutschen Bunde. Die Lage des Großherzogtums à cheval auf der Mainlinie sei ganz exzeptionell und könne zu keinen Konsequenzen Anlaß bieten. Außerdem behalte Preußen die sämtlichen Austauschobjekte, welche es Eurer Königlichen Hoheit anbiete, für sich, stehe sich also im Grunde viel besser als bei einer einfachen Annexion Oberhessens und des Landgraftums Homburg. Meine Gründe machten auf den Grafen Bismarck ersichtlich Eindruck. Er ging im Zimmer auf und ab und sagte mir zuletzt, ich möge über die Sache mit Seiner Majestät dem König reden. Ich erwarte nun den Befehl zur Audienz. — Heute morgen hat Graf Bismarck dem württembergischen Minister Baron Varnbüler gesagt, daß er die Belassung der Provinz Oberhessen bei dem Großherzogtum bei Seiner Majestät dem Könige befürworten wolle.

Einstweilen behandle ich die Friedensangelegenheit verzögerlich. In Frankreich bereiten sich kriegerische Demonstrationen vor. Der Botschafter v. Benedetti, mit dem ich gestern eine lange, sehr ernsthafte Konversation hatte, ist heute nacht nach Paris abgereist, und der erste Botschaftssekretär Eduard Lefèbvre, der sich Eurer Königlichen Hoheit zu Füßen legt, war heute bei mir, um mich zu fragen, welche Haltung die Bevölkerung der Rheinufer einnehmen würde, wenn eine französische Armee die Grenze überschreite. In Berlin zählt man für diesen Fall auf die Unterstützung Rußlands. General v. Manteuffel ist nach Petersburg geschickt worden, um eine Verständigung mit Rußland herbeizuführen. Ich bezweifle, daß bei der Erbitterung, die in den höchsten russischen Kreisen gegen die preußische Vergewaltigungspolitik herrscht, seine Mission günstige Resultate haben wird. Der zweite Akt der großen deutschen Tragödie steht bevor.

Graf Bismarck verlangt von den süddeutschen Staaten 40 Millionen Kriegskostenentschädigung, was für das Großherzogtum zirka 5 Millionen Reichs-

taler ausmachen würde. Ich hoffe, daß er von dieser enormen, durch nichts gerechtfertigten Forderung noch etwas heruntergeht. —

Ich schreibe Eurer Königlichen Hoheit in höchster Eile, weil ich erst eben erfahre, daß heute abend ein bayerischer Kurier von hier abgeht, dem ich diese Zeilen anvertraue. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Ich bin mit allem, was Sie getan haben, vollkommen einverstanden. — Sollten sich die Friedensunterhandlungen in die Länge ziehen, so dürfte schleunigst auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes Bedacht zu nehmen sein. — Wenn die Franzosen klug sind, so sollten sie die Rheingrenze für diesmal nicht in Betracht ziehen, wenigstens was die Pfalz und Rheinhessen betrifft, sie müßten meo voto gleich in die preußische Rheinprovinz einrücken und von da aus die Preußen anpacken, und von Anfang an sehr bestimmt erklären, daß sie nur mit Preußen es zu tun hätten, mit sonst niemand, es ist das das Urteil eines großen Stümpers in der Diplomatie.

Unter allen Umständen ist aber auch ein Äquivalent für einen möglichen Verlust von Rheinhessen ins Auge zu fassen, Oberhessen retten wir, so Gott will.

Mögen die Herren an der Spree der bösen Taten bösen Lohn empfangen.

Nymphenburg, den 13. August 1866. Ludwig.

18.

Kaiser Napoleon an Großherzog Ludwig.[1])

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse-Darmstadt.

Altesse Royale,

Une indisposition assez longue m'a empêché de vous répondre plus tôt; néanmoins, je n'ai rien négligé pour recommander a mon ambassadeur a Berlin les intérêts de Votre Altesse Royale et quoi qu'il me soit difficile d'intervenir maintenant dans les affaires d'Allemagne, j'espère que ma recommandation n'aura pas été sans résultat pour sauvegarder l'intégrité du Grand-Duché.

J'espère que vous ne douterez jamais du plaisir que j'éprouverai à pouvoir vous être utile et je vous prie de recevoir mes sentiments de sincère amitié, avec lesquels je suis.

De Votre Altesse Royale

le bon frère Napoléon.

St. Cloud, le 22 août 1866.

---

[1]) Original im D.-A.

19.

Dalwigks Bericht an den Großherzog.[1])

Berlin, 27. August.

Ich muß nach allem, was ich aus Frankreich höre und was mir auch der französische Botschafter Herr Benedetti, der vor einer Stunde bei mir war, gesagt hat, annehmen, daß im nächsten Jahr ein Krieg mit Frankreich unvermeidlich ist. Preußen hat in Nikolsburg die Achtung vor der Integrität Sachsens versprochen, will aber jetzt die sächsische Armee auflösen und der preußischen einverleiben, Sachsen dagegen mit preußischen Truppen besetzen. Herr v. Bismarck hat auch dem hiesigen sächsischen Bevollmächtigten, dem Minister v. Friesen, und dem Grafen Hohenthal erklärt, daß nichts im Wege stehe, die dermalige königlich sächsische Dynastie zu entthronen und die Krone einem anderen Fürsten, etwa Weimar, zu übertragen, wenn auch Preußen von einem solchen Verfahren aus Billigkeitsrücksichten Abstand nehme. Frankreich erblickt hierin einen Wortbruch, und in der neuerdings durch Preußen erfolgten Besetzung von Mainz eine entschiedene Provokation. — Je mehr den Preußen, im Gefühl ihrer Siege, der Kopf schwindelt, desto günstiger stehen die Chancen für die Gründung eines Königreichs Hessen.[2])

20.

Prinz Ludwig an Dalwigk.[3])

Darmstadt, 30. August.

Mein lieber Herr v. Dalwigk!

Ich war heute von Oppenheim hier und hörte von verschiedenen Seiten, daß die Leute sehr beschäftigt mit dem endlichen Abschluß des Friedens sind. Zu der Last der hier einquartierten preußischen Garnison sind nun seit gestern noch Hanseaten und Oldenburger hierher und in die größeren Orte gekommen. Die von den Einwohnern und den Zeitungen ausgesprochene Ansicht ist, daß dieses Strafeinquartierung sei, um Pression auf die zu beschleunigenden Friedensunterhandlungen zu üben. Ich halte dies für eine falsche Annahme und hoffe, daß auch ohne dies die Ratifikation bald erfolgen wird. Alle übrigen Staaten, außer Sachsen, sind fertig, und wenn wir auch in einer schwierigeren Lage sind, so wäre ein geordneter Zustand doch sehr erwünscht. Man schiebt die Verzögerung auf Verhandlungen wegen der homburgischen und anderen Domänen, ich hoffe, daß das nicht der Grund ist, denn der Großherzog wird darin gewiß nicht zu zähe sein, denn es wäre unverantwortlich, das Land um den Vorteil der Familie willen jetzt noch durch unnötige Lasten drücken zu lassen.

---

[1]) D.-A. Vgl. Tagebuch vom 27. August.

[2]) Vgl. dazu Tagebuch vom 27. August.

[3]) Original im D.-A. Vgl. Tagebuch vom 1. September.

Wie gesagt, sind dies nur Gerede, ich möchte sie gern widerlegen, kann es aber nicht, da weder ich noch sonst jemand etwas über den Stand der Verhandlungen erfährt, was doch wohl möglich wäre, da die Hauptfragen doch erledigt sein müssen.

Ich hoffe aber, daß der Friedensschluß in den nächsten Tagen erfolgt und allen Zweifeln ein Ende macht.

Ihr ergebener
Ludwig, Prinz von Hessen.

21.

Finanzminister v. Schenk an Dalwigk.[1])

31. August.

Der Großherzog beklagt sehr, daß der Abschluß mit Preußen sich so sehr verzögert, und hat mir aufgegeben, Dir zu schreiben, daß er auf das Allerdringendste wünschen müsse, daß der Frieden sobald als nur irgend tunlich abgeschlossen werde. Er ist der Ansicht, daß eine jede Zögerung gegen unser Interesse sei, und daß man lieber etwas schlechter rasch als etwas besser später abschließen solle. Er hat die verschiedenen Interessen geltend gemacht, die für uns einen baldigen Abschluß nicht allein wünschenswert, nein, notwendig machen, und dabei noch besonders hervorgehoben, daß ich Dich darauf aufmerksam machen solle, daß mit jedem Tag, um welchen sich der Abschluß verzögere, die Stimmung gegen Dich in Darmstadt und im ganzen Lande ungünstiger werde. Leider ist dies, wie ich auch aus anderen mir zugekommenen Notizen entnehmen kann, allerdings der Fall, und der Grund davon ist der, weil die Leute glauben, nur an Dir liege es, daß der Friede nicht früher fertig werde. Die Preußen scheinen dies nun auch zu einer Art Pression benutzen zu wollen, denn wie Du wohl in Zeitungen gelesen haben wirst, haben sie die Zahl der in unserem Großherzogtum liegenden Truppen noch vermehrt. Ja, in Darmstadt haben sie angesagt, daß noch 20 000 Mann hinkommen würden, was indessen dann doch nicht geschehen ist. Die Leute, welche viel Einquartierung haben, werden dadurch aber immer mehr mißgestimmt und räsonieren, daß, während alle anderen Staaten Frieden abgeschlossen hätten, wir allein noch die Last der Einquartierung zu tragen hätten. Zu der Mißstimmung in Darmstadt und Umgegend kommt nun aber auch noch die in Mainz, wo die eingerückten 10 000 Preußen nicht einkaserniert, sondern einquartiert werden, solange noch kein Frieden abgeschlossen wird. Von der Mißstimmung abgesehen, kostet die Einquartierung dem Lande aber auch täglich eine beträchtliche Summe, da im ganzen (mit Mainz) wohl wenigstens 25 000 Mann Preußen einquartiert sind, die mit Pferden pp. nicht viel unter 1 Gulden per Tag per Mann anzuschlagen sind. Rechnet man dazu, was die Unterhaltung unseres Militärs kostet, das jetzt noch nicht reduziert werden kann (täglich wohl mindestens 10 000 bis 12 000 Gulden), so kann man gering angenommen sagen, daß jeder Tag Söge-

[1]) D.-A.

rung dem Lande 30 000 Gulden kostet, und das gibt denn doch für die paar Wochen eine recht ansehnliche Summe.

Das ist es, was die Mißstimmung im Lande immer nur vermehrt, und, wie ich hinzufügen kann, ist diese Mißstimmung nicht allein gegen Dich, sondern auch gegen Seine Königliche Hoheit den Großherzog gerichtet. Ich lege Dir hierbei ein Briefchen[1]) bei, aus welchem Du sehen kannst, welche Manöver in Darmstadt gemacht werden. Wer steht Dir dafür, daß man in Berlin nur deshalb Dich hinzuziehen sucht, um solche Sachen zu begünstigen? Und wie leicht kann es sein, daß nach noch so langem Verhandeln man Dir am Ende ganz bestimmt sagt, daß man keine besseren Bedingungen zugestehen könne und Du dann doch genötigt bist, auf schlechte Bedingungen einzugehen?

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ist unter diesen Umständen dafür, daß man so schleunig als nur tunlich den Frieden abzuschließen suchen solle. Er sagt, wir würden am Ende dadurch lächerlich, daß, während alle anderen ihren Vertrag abgeschlossen haben, wir allein damit nicht zustande kamen und unseren Waffenstillstand verlängerten. Er ist der Meinung, daß es da weniger darauf ankomme, noch ein oder mehrere Dörfer mehr als Entschädigung zu bekommen, als endlich sicher fertig zu werden und abgeschlossen zu haben. Kannst Du unter solchen Umständen eine Entschädigung in bar und Leuten nicht erlangen, so ist es in mancher Beziehung doch auch gut, wenn deshalb die Kriegskostenentschädigung herabgedrückt wird ... Ein Verzicht auf solche Entschädigung oder auch nur eine beträchtliche Herabsetzung der Summe, wäre eben deshalb für uns von großem Wert, weil wir dann dieselbe ohne großen Anstand als bar zahlen oder teilweise sicherstellen und damit die Last der Einquartierung gleich beseitigen könnten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog sitzen, wie Sie sagen, auf Nadeln, bis die Nachricht vom Friedensabschluß eintrifft, und wünschen daher, daß ihm unmittelbar nach dem Abschluß gleich telegraphiert werde, daß abgeschlossen sei. Die Details könnten dann ja später nachfolgen ...

Vor allem also bitte ich die preußischen Unterhändler zu weiterer Konferenz zu pressen, und, wenn nicht anders, durch Vermittlung des russischen Gesandten eine solche zu erlangen. Baldiger Abschluß ist, wie es mir scheint, noch um so mehr geboten, als, wie man in der Zeitung liest, jetzt der hannöversche Gesandte zu Wien nach Petersburg gereist ist, wohl auch, um die Vermittlung Rußlands anzurufen. Wenn sich aber Rußland auch noch Hannovers annimmt, dann, fürchte ich, möchten seine Verwendungen für uns nicht mehr so lebhaft und nicht mehr so wirksam sein, als sie es bis jetzt waren. Und wir haben ja doch am Ende die Macht nicht, uns selbst zu helfen, und werden mit den Bedingungen vorliebnehmen müssen, die man uns bietet. Frankreichs Vermittlung ist aber, wie es mir scheint, immer ein zweischneidiges Schwert, das auch uns verwunden kann ...

[1]) Im D.-A. Siehe Anlage 22.

22.

Anlage zu vorigem Brief. Oberstallmeister van der Capellen an Finanzminister v. Schenk, München.[1])

30. August.

Nach einer von Darmstadt erhaltenen Mitteilung bietet man in Darmstadt von seiten der Nationalpartei alles Mögliche auf, Seine Königliche Hoheit den Großherzog unliebsam zu machen, und sucht darauf hinzuwirken, den Prinzen Ludwig als Mitregent zu bekommen. Dies soll auch von preußischer Seite unterstützt werden, und hegte man (nach der erhaltenen Mitteilung) sogar in Berlin die Hoffnung, Seine Königliche Hoheit den Großherzog zur Abdikation zugunsten des Prinzen Ludwig zu vermögen.

Da dieses vielleicht Seiner Exzellenz dem Herrn v. Dalwigk unbekannt sein und auf die sich so sehr verzögernden Friedensverhandlungen Einfluß haben dürfte, erlaube ich mir, Euer Exzellenz ergebenst zu ersuchen, Seiner Exzellenz dem Herrn v. Dalwigk hiervon Mitteilung machen zu wollen.

23.

Dalwigk an den Großherzog.[2])

8. September 1866.

Nachdem Preußen drei deutsche Fürsten entthront und deren Länder sowie die beiden Elbherzogtümer und die freie Stadt Frankfurt mit ihrem Gebiete annektiert hat, liegt kein Grund mehr vor, den Hochverrätern aus dem Jahre 1848, welche nur erstrebt haben, was Seine Majestät der König von Preußen wirklich auszuführen in dem Falle war, Begnadigung zu verweigern. Ich trage deshalb in Untertänigkeit darauf an, der ohnehin nur noch kleinen Zahl jener politischen Verbrecher, die inzwischen sich anderwärts Existenzen gegründet haben und schwerlich dauernd in das Großherzogtum zurückkehren werden, eine allgemeine Amnestie huldvollst zu erteilen.

24.

Entwurf zur Proklamation des Großherzogs.[3])

An mein treues Volk.

10. September 1866.

Die Ereignisse eines Krieges, des traurigsten, der gedacht werden kann, weil er ein Bruderkrieg war, hatten mich gezwungen, mein Land zu verlassen. Aber mein Herz war stets bei meinem guten Volke, und alle Drangsale, die mein Volk ertragen, alle Opfer, die es zu bringen hatte in einem Kampfe,

[1]) D.-A.
[2]) D.-A.
[3]) D.-A.

den wir für eine gerechte Sache zu führen glaubten, habe ich auf das tiefste mit ihm empfunden. Der Friede ist hergestellt, und ich kehre zurück in das Vaterland, mit dem ich in gegenseitiger Treue verbunden bin. —

Ich habe schmerzliche Zugeständnisse machen müssen, um meinen Hessen den Frieden wiederzugeben. — Einzelne Landesteile mußten von mir abgetreten werden. Mögen die Bewohner derselben meiner freundlich gedenken und ihrer neuen Regierung mit Vertrauen und Liebe entgegenkommen. Mögen sie unter dieser neuen Regierung so glücklich sein, wie ich sie zu machen aufrichtig bemüht war. —

Die alte Treue, der alte Mut meiner wackeren Hessen hat sich im bürgerlichen Leben wie auf dem Schlachtfelde in den ernsten Augenblicken der verflossenen Monate glänzend bewährt. Ich danke meinem Volke, meinen Truppen, meinen Beamten für das, was sie für das Vaterland und für mich getan haben. Ich danke insbesondere den edlen Männern und Frauen, welche durch Werke der aufopferndsten Menschenliebe das Los der Verwundeten, der Kranken und Notleidenden erleichtert haben. — Die Erinnerung daran gewährt mir Trost für die Vergangenheit, Mut und Vertrauen für die Zukunft bei dem schweren Werke, welches vor uns liegt. Wir haben nicht bloß die Wunden zu heilen, welche der Krieg unserem Hessen geschlagen hat, wir haben auch mit der Neugestaltung unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes in einer die gerechten nationalen Ansprüche befriedigenden Weise zu beginnen. Der alte Rechtsboden, auf dem wir hätten fortbauen können, ist zusammengebrochen. Wir müssen nun die Vervollkommnung des durch die Macht der Tatsachen geschaffenen neuen Rechtszustandes zum Gegenstande unserer Sorge machen. Mein eifriger Wunsch war, den Bund, welcher dermalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu sehen. Rücksichten, deren Beseitigung nicht in meiner Macht liegt, standen bis jetzt der Erfüllung meines Wunsches entgegen. Aber wie ich stets seit meinem Regierungsantritte neben dem Wohle meines hessischen Landes das Glück und die Größe des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und die Kräftigung des dasselbe umschlingenden Bandes angestrebt habe, so werde ich auch für die Zukunft dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Ich rechne dabei auf das Vertrauen und die Unterstützung meines guten und bewährten Volkes.

25.

Gagern an Dalwigk.[1])

Wien, 2. Oktober.

Ich hielt dafür, daß es ganz nützlich sein würde, dem Grafen Mensdorff auch an dem hessischen Beispiele vor Augen zu führen, in welche peinliche Lage die Regierungen der treu zu Österreich gestandenen Bundesstaaten durch dessen schlechte Führung versetzt worden seien. Eurer Exzellenz dankenswerter Brief, der Ihre Lage während der Friedensverhandlungen in Berlin schilderte, war

[1]) D.-A.

so gefaßt, daß dessen vertrauliche Mitteilung keinen Schaden bringen konnte. Ich teilte ihn daher dem Grafen Mensdorff mit und erhielt ihn mit dem im Original beiliegenden Billette zurück, dessen Einsichtnahme für Eure Exzellenz nicht ohne Interesse sein wird,[1]) besonders als Beleg zu der hiesigen Stimmung gegen Bayern, auf dessen Anklage Graf Mensdorff sich beschränkt. Wie dieser aber die Stirne haben kann, gerade nur Bayern „des Abweichens von den großen Rechtsgrundsätzen" zu beschuldigen, ohne den Balken im eigenen Auge zu sehen, das gehört zu den Traditionen der österreichischen Diplomatie, die immer korrekt scheinen und dafür gelten will, trotz aller Schwächen und Schwankungen. —

Gleichzeitig mit dem Empfang des besprochenen Briefs von Eurer Exzellenz entnahm ich aus der „Darmstädter Zeitung" den preußisch-hessischen Friedensvertrag vom 3. September und dann die Ansprache Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: „An mein treues Volk" vom 17. v. M. Sowohl in dem ausgesprochenen Bedauern über den verlorenen Rechtsboden als in der Betonung des Ziels der jetzt zu beginnenden Bestrebungen — nämlich den neuen Bund auf das ganze große Vaterland demnächst wieder ausgedehnt zu sehen —, geht diese Ansprache des Großherzogs Österreich sehr nahe an und spricht solche Gesinnungen und Absichten aus, die verdienen, Österreich notifiziert zu werden. Ich würde eine solche Notifikation mittels einer Begleitungsnote bewerkstelligt haben, worauf eine Antwort hätte erfolgen müssen. Es hätte das ein Fühler werden können bezüglich der gegenwärtigen Auffassung der österreichischen Regierung ihrer Stellung zu Deutschland. Wenn solche Weisung zur Notifikation an mich nicht ergangen ist, so haben Eure Exzellenz gewiß gute Gründe dazu gehabt, aber den könnte ich nicht gelten lassen, daß auch Österreich die Nikolsburger Präliminarien und den Prager Frieden nicht an die einzelnen früheren Bundesstaaten notifiziert habe. Es hat dies, wenigstens implizite in seiner Präsidialeigenschaft bei Schließung der Bundesversammlung getan, welche ja nur die Folge jener Verträge war und durch sie motiviert werden mußte.

Die Ansprache Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: „An mein treues Volk" hat mich veranlaßt, meine Ideen über die von Großherzoglicher Regierung in ihrer neuen Lage zu befolgenden Politik zu ordnen, und ich werde sie in einer Denkschrift niederlegen, die für Eure Exzellenz bestimmt ist, werde aber für die Vollendung jener Denkschrift noch einige Zeit bedürfen. Ich kann mich dabei von meinem alten Fehler nicht losmachen, meine Aufgabe nicht konkret genug aufzufassen und eine zu breite Basis zu unterlegen. — Welchen Wert würde ich darauf legen, wenn ich mich mit Eurer Exzellenz über die neue Lage öfters und eingehend besprechen könnte.

Es bleibt mir übrig, Eurer Exzellenz von einer Korrespondenz vertraulichst Rechenschaft abzulegen, welche ich seit der Zeit der Berliner Friedensverhand-

---

[1]) Im D.-A. nicht vorhanden.

lungen geführt habe. Es darf in allen meinen Beziehungen zum öffentlichen Leben kein Geheimnis zwischen uns bestehen.

Wir wissen beide, was wir an Wilhelm Wernher von Nierstein haben, der von einer richtigen Grundanschauung der Dinge ausgeht, aber impressionabel, eitel ist und dadurch zuweilen unzuverlässig wird. Er schrieb mir am 12. August wörtlich:

„Heinrich Gagern, mache Dich darauf gefaßt, daß Dir das Ansinnen gestellt wird, mit Reinhard Dalwigk die Rollen zu tauschen . . ."

Eurer Exzellenz Brief vom 12. v. M. gibt mir einigen Aufschluß über die Mitteilung Wernhers. Sie sagen mir darin, wie die Bevölkerung Darmstadts über die Verzögerung der Friedensverhandlungen aufgeregt gewesen sei — durch preußische Umtriebe dazu bearbeitet — und welche Weisungen an Sie von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog das zur Folge gehabt habe. Seitdem ist der Friede auch seinem Inhalt nach bekannt geworden. Ich schrieb dem Großherzog zum Ludwigstag folgendes wörtlich:

„Er — (der Ludwigstag) — wird zusammenfallen mit der in dem Großherzogtum sich verbreitenden Nachricht von dem gesicherten Frieden, den das Land der Weisheit Eurer Königlichen Hoheit verdankt und welcher ihm die Zuversicht gibt, den geliebten Landesherrn bald wieder innerhalb seiner Grenzen zu wissen. Nach unglücklich verlaufenem Kriege und in Betracht des traurigen Loses, das so nahe verwandten Souveränen und deren Staaten, die in ähnlicher Lage waren, von den Gewalthabern bereitet wurde — ist dieser Friede für Eure Königliche Hoheit und das Land ein günstiger zu nennen. Wollen Eure Königliche Hoheit gestatten, daß ich meinen doppelten Glückwunsch darbringe."

In gleichem Sinne schrieb ich an Wernher wesentlich folgendes: Eure Exzellenz hätten sich mit dem Abschluß des Friedens ein großes Verdienst um das Land erworben, welches anerkannt zu werden verdiene. Ich vermöge nichts zu entdecken, was eine stichhaltige Veranlassung zu einer Agitation gegen Eure Exzellenz ministerielle Führung und zu Ihrem Rücktritt abgeben könne; vielmehr müßte ich annehmen, daß Sie durch den Abschluß des Friedens, sowie er erfolgt sei, in versöhnlichem Geiste die Parteien müßten näher gebracht haben. Dagegen was mich betreffe, abgesehen davon, daß ich alt und dem Lande entfremdet worden sei, müsse ich *erstens* bezweifeln, daß derjenige Einfluß, der etwa den Großherzog bestimmen könnte, *Ihre* Entlassung anzunehmen, *auf mich* als Nachfolger fallen werde, da ich der gegenwärtigen preußischen Regierung wohl noch weniger persona grata sei als Sie. Überdem wisse ich von Ihnen selbst, daß die Ihnen abgeneigte Hofpartei den kurhessischen Geheimrat Schenk von Schweinsberg, der in Haina wohne, zu Ihrem Nachfolger in Aussicht genommen habe. Sodann müsse ich *zweitens* bezweifeln, daß meine Ernennung zu Ihrem Nachfolger als ein die Parteien im Lande versöhnender Schritt, ungeachtet meiner Antezedenzien begrüßt werden würde. Vielmehr werde sich die Partei, die gegen Eure Exzellenz

im Volke agitiere, in bezug auf meine Person mit der preußischen Auffassung identifizieren. —

Über diese Argumente ist in mehreren zwischen Wernher und mir gewechselten Briefen verhandelt worden, und ich habe Ursache zu glauben, daß meine Anschauungen und Gründe Wernher überzeugt haben. Wernher ist sicher kein Gegner von Eurer Exzellenz und entschuldigte sich damit gegen mich, daß es ihm darauf angekommen sei, das Schüren der Agitation gegen Sie Ihren prinzipiellen Gegnern, unter denen er mir Vollhard nannte, aus den unsauberen Händen zu winden. Doch geht aus den Wernherschen Briefen an mich hervor, daß er mit Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Ludwig, während dieser sein Hauptquartier in dem „gelben Hause" hatte, Konversationen pflog, in denen, mit Rücksicht auf die Eventualität des Rücktritts Eurer Exzellenz, sowohl mein als des Hainaer Schenks Name genannt wurde, ohne daß ich Kenntnis habe, in welchem Sinne das geschehen und zu welchen Ergebnissen man gekommen ist. Auch Prinz Alexander sprach bei seiner letzten Anwesenheit hier von der Möglichkeit, daß Eure Exzellenz sich nicht sollten halten können, und ähnliches äußerte mir Graf Mensdorff auf Grund von Mitteilungen des Freiherrn v. Brenner. —

Ich war mir selbst schuldig, Eurer Exzellenz von der vorstehenden Angelegenheit Kenntnis zu geben und setze voraus, daß jener Wernhersche Anlauf zu den überwundenen Standpunkten gehört. Ich war aber um so mehr zu dieser Mitteilung veranlaßt, weil es mir ebenso eine Verstandes- als Herzensangelegenheit ist, daß zwischen Ihnen und mir, soviel von mir dabei abhängt, kein Mißtrauen bestehe.

Was ich über die Haltbarkeit meiner hiesigen Stellung denke, darüber werden Eure Exzellenz Andeutungen in der Denkschrift finden, die ich in der Arbeit habe.

26.

Gagern an Dalwigk.[1])

Wien, 19. November.

Ich werde meinerseits gewiß nicht ermangeln, dem Baron Beust mit vollem Vertrauen entgegenzukommen; wäre es nicht auch Ihr Wunsch, ich würde den Antrieb dazu in mir selbst finden; denn der Verkehr mit ihm ist vertrauenerweckend und fruchtbar. Die Diskretion verbietet mir, von der Erlaubnis, die Baron Beust mir in verbindlichster Weise erteilt hat, ihn öfters zu besuchen, auch ohne offizielle oder offiziöse Veranlassung dazu, jetzt schon den ausgedehnten Gebrauch zu machen, der in meiner Neigung liegt. Wenn ich bedenke, was er zu tun hat, und da ich weiß, wie er das tut, was er zu tun hat, wenn ich ferner bedenke, mit welcher Masse von Menschen er Anknüpfungen, teils im Interesse seiner Stellung suchen muß, teils diese nicht abweisen kann,

[1]) D.-A.

so begreife ich nicht, wie er alles fertig bringt. Es ist also Pflicht seiner Anhänger, ihn zu schonen.

Heute werden die Landtage in Pest wie in allen anderen Kronländern wieder eröffnet. Ich betrachte diesen Tag als den eigentlichen Anfangstermin einer neuen Ära für Österreich unter Beusts Auspizien. Möchte der Verlauf ein glücklicher sein! Das sei das Gebet aller guten Deutschen wie Österreicher! Mit der Erfüllung desselben wäre ein lange Ära glücklicheren Staatslebens für Österreich eingeweiht, denn mit einzelnen Erfolgen ist ihm nicht geholfen; was es bedarf, um von seiner Niederlage sich zu erheben, ist unabsehbar. Die bedeutenden Eigenschaften, welche Eure Exzellenz an Baron Beust rühmen, sind gerade die, deren er bedarf; und so steigern sich meine Hoffnungen, aber diese werden im allgemeinen hier nicht geteilt.

In bezug auf den in meinem Schreiben vom 2. Oktober befürworteten Wunsch, daß mir der Auftrag geworden sein möge, den Friedensvertrag vom 3. September und die Ansprache Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: „An mein treues Volk" — vom 17. September der österreichischen Regierung zu notifizieren, scheint zwischen Eurer Exzellenz und mir ein Mißverständnis über Tatsachen zu bestehen, an dessen Aufklärung mir viel gelegen ist. Ich habe nämlich die Ansprache „An mein treues Volk" ganz anders verstanden als Eure Exzellenz dieselbe auslegen. — In Ihrem Schreiben heißt es wörtlich: „Der Großherzog ging darin von der Ansicht aus, daß man im Schiffbruche retten müsse, was zu retten sei; daß man sich mit der Schaluppe begnügen müsse, wenn das Schiff versinke. Aber ich konnte mich doch nicht entschließen, Österreich offiziell erklären zu lassen, man werde unter den vorliegenden Umständen sich bemühen, seinen Ausschluß aus Deutschland zu einem bleibenden zu machen." Aber die Worte der Ansprache lauten wie folgt:

1. „Wir haben auch mit der Neugestaltung unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes in einer die gerechten nationalen Ansprüche befriedigenden Weise zu beginnen.
2. Mein eifriger Wunsch war, den Bund, welcher dermalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu sehen.
3. Rücksichten, deren Beseitigung nicht in meiner Macht liegt, standen bis jetzt der Erfüllung meines Wunsches entgegen.
4. Aber wie ich stets seit meinem Regierungsantritte ... das Glück und die Größe des gemeinsamen deutschen Vaterlandes angestrebt habe, so werde ich auch für die Zukunft dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren."

Ich finde hierin auch nicht mit einem Worte die Absicht angekündigt, sich bemühen zu wollen, Österreichs Ausschluß aus Deutschland zu einem bleibenden zu machen. Da durch die Nikolsburger Friedenspräliminarien „die gerechten

nationalen Ansprüche", die zu befriedigen sind (ad 1), keine anderen wurden, als sie früher waren, diese aber das Verbleiben im Bunde oder das Wiedereintreten in den Bund fordern; da ferner „das ganze, große Vaterland" (ad 2), auf welches der neue Bund der ursprünglichen Absicht nach ausgedehnt werden soll, Österreich einbegreift; indem gerade das Einbegreifen Österreichs in Deutschland das Kriterium „des ganzen, großen Vaterlandes" im Gegensatz zu Kleindeutschland bildet; und da endlich der Großherzog, obgleich Rücksichten bis jetzt der Erfüllung seines Wunsches und seines Strebens entgegenstanden (ad 3) — doch „das Glück und die Größe des gemeinsamen deutschen Vaterlandes" —, was ohne Österreich nicht gedacht werden kann, welches einen bedeutenden Teil davon ausmacht — wie er es stets angestrebt hat, auch für die Zukunft als Ziel im Auge behalten will — (ad 4) —, so finde ich in allen diesen Sätzen nur das Gegenteil von der Absicht verkündet, den Ausschluß Österreichs aus Deutschland zu einem bleibenden zu machen; ich finde darin die Bestätigung nach meiner Überzeugung, daß es nach dem Friedensschluß vom 5. September erlaubt sein müsse, die Abmachungen von Nikolsburg und ihre Resultate für Provisorien anzusehen, welche auch im Prinzip anfechtbar bleiben; wodurch aber natürlich daran nichts geändert wird, daß augenblicklich „die Haltung der Großherzoglichen Regierung eine klar vorgezeichnete ist". Nach alledem beanspruche ich nicht, daß Eure Exzellenz sich über die Sätze selbst der Auslegung jener Ansprache in eine Polemik mit mir einlassen; sondern bitte nur, mich zu berichtigen, wenn ich Tatsachen irrig aufgefaßt haben sollte.

Mit großer Spannung sehe ich dem Resultat der Wahlen entgegen; im Interesse Deutschlands und des Großherzogtums, im Interesse Ihrer Stellung, deren Erhaltung so wichtig für viele und auch für mich ist. Was soll daraus werden, wenn die Metzsche Partei mit Aussicht auf geheime oder auch offene Unterstützung von seiten Preußens die Majorität erhalten sollte? Über welche Kräfte werden Eure Exzellenz im parlamentarischen Kampfe gegen diese Partei verfügen können. Diese Fragen beschäftigen mich natürlich vielfach.

27.

Beust an Dalwigk.[1])

Wien, 23. November.

Ich erliege im eigentlichen Sinne des Wortes unter dem Andrängen mehr noch der Personen als der Geschäfte. Das ist insofern gut, als es Ihnen beweist, daß man mir allseits mit gutem Vertrauen entgegenkommt. Aber ich weiß nicht, wie ich das Leben auf die Länge der Zeit aushalten werde. Der Mut ist ungebrochen, und ich darf sagen, daß ich mehr Terrain gewonnen, als ich je zu hoffen wagte. Ich fange auch an, etwas klarer zu sehen. An den Ausgleich mit Ungarn, wo ich ungeahnterweise persona grata bin, fange ich an zu glauben,

[1]) D.-A.

und dann hoffe ich, werden die Deutschen einsehen, daß ich es nicht schlecht mit ihnen gemeint.

Herzlichen, innigen Dank für Ihre treuen Sympathien. Behalten Sie mir dieselben. Vielleicht können wir doch noch einmal an einem Wagen ziehen . . .

28.

Hofmanns Bericht an das Ministerium des Auswärtigen.[1])

Berlin, 5. Dezember 1866.

Heute vormittag erhielt ich den hohen Ministerialerlaß zu NAD 5878 vom 3. d. M. mit der Vollmacht, wodurch des Großherzogs Königliche Hoheit mich zu Allerhöchstihrem Kommissär für die bevorstehenden Verhandlungen über die norddeutsche Bundesverfassung allergnädigst zu bestellen geruht haben. Ich säumte nicht, das hiesige Auswärtige Amt von dieser meiner Ernennung in Kenntnis zu setzen. Herr v. Thile äußerte bei dieser Gelegenheit, das Großherzogtum Hessen sei von den sämtlichen Staaten des Norddeutschen Bundes der letzte, welcher der Einladung Preußens zur Bestellung eines Kommissärs entspreche, und Graf Bismarck (der am vorigen Sonnabend hier eingetroffen ist) habe dies bereits mit Mißstimmung bemerkt, weil er geneigt sei, in dem Zögern der Großherzoglichen Regierung eine politische Demonstration zu sehen. Ich setzte Herrn v. Thile auseinander, daß von einer solchen Demonstration auch nicht im entferntesten die Rede sein könne, und ersuchte ihn, dies auch dem Grafen Bismarck mitzuteilen. — Am vorigen Sonnabend waren, wie ich bestimmt zu wissen glaube, noch keineswegs alle Bevollmächtigten für die übrigen Staaten des Norddeutschen Bundes ernannt, und am Montag (also vorgestern) hatte mir der Königlich Sächsische Gesandte, Baron Könneritz, gesagt, daß er noch keine Nachricht von der Bestellung eines sächsischen Kommissärs habe. Wenn also wirklich die Ernennung eines diesseitigen Kommissärs die letzte sein sollte, die der Königlich Preußischen Regierung notifiziert worden ist, so liegt doch keinesfalls ein irgend nennenswerter Zeitraum zwischen dieser und den vorhergegangenen entsprechenden Kundgebungen anderer Regierungen des Norddeutschen Bundes.

Ich führe diese Umstände hier nur an, um den Grad von Empfindlichkeit zu bezeichnen, auf welchen man hier gefaßt sein muß. Bei dem Grafen Bismarck persönlich mag der dem Vernehmen nach immer noch sehr reizbare Zustand seines Nervensystems vielleicht dazu beitragen, eine solche Empfindlichkeit hervorzubringen. Allein ich habe die Erfahrung gemacht, daß man auch in anderen hiesigen Kreisen nur zu sehr geneigt ist, die Absichten der Großherzoglichen Regierung in Bezug auf das Verhältnis zu Preußen und dem Norddeutschen Bund mit einem gewissen Mißtrauen zu betrachten. Daß ich dieses Mißtrauen, wo ich ihm begegne, nach Kräften zu bekämpfen suche, versteht sich von selbst.

Hofmann.

[1]) Im Hess. Staatsarchiv; Berliner Gesandtschaftsberichte 1866—1870.

29.

Dalwigks Bericht an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 17. Dezember.

Es scheint mir im Interesse des Landes wesentlich darauf anzukommen, daß die Einheit in der diesseitigen Militärorganisation erhalten, daß also in Berlin in Bezug auf die Provinz Oberhessen nichts beschlossen wird, was sich nicht, ohne Bedenken, auch auf die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen anwenden läßt. Große Bedenken würden aber meines Erachtens entgegenstehen, wenn Preußen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Abschaffung der Stellvertretung in Oberhessen verlangen sollte. Man müßte dann das preußische Wehrsystem ebenmäßig auch in den diesseits mainischen Provinzen zur Anwendung bringen, und in welchem enormen Grade sich dadurch die militärischen Ausgaben steigern würden, bedarf keines Nachweises. Dazu kommt, daß die Bewohner des Großherzogtums mit dem bestehenden Rekrutierungsgesetz vollkommen zufrieden sind. Der Ärmere hat die Möglichkeit, sich als Einsteher ein kleines Vermögen zu erwerben, und der Reichere schlägt das Recht, sich gegen eine verhältnismäßig billige Versicherungssumme vertreten zu lassen, nicht gering an. — In Preußen betrachtet man die allgemeine Wehrpflicht als eine der drückendsten Lasten, und die Abneigung der nichtpreußischen deutschen Bevölkerung gegen eine Borussifizierung beruht namentlich auf der Scheu vor dem preußischen Militärsystem und den preußischen hohen Steuern. Legt man den Bevölkerungen der kleineren Staaten die nämlichen Lasten auf, so hat Preußen in seinen Vergrößerungs- und Einheitsbestrebungen einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Mein Wunsch ist deshalb, daß im bisherigen Rekrutierungssystem des Großherzogtums nichts geändert werden möge. Legt sich Preußen enorme militärische Lasten auf, so verfolgt es dabei bestimmte, überaus praktische Zwecke. Für Eure Königliche Hoheit dagegen ist es gleichgültig, ob Allerhöchstdieselben über eine oder über drei Divisionen verfügen. — Nach den vom Grafen Bismarck zur Geltung gebrachten Grundsätzen existieren Staaten, die nicht über Armeen von einigen hunderttausend Mann disponieren, nur noch durch die gegenseitige Eifersucht der Großmächte. — Jede Erhöhung der Stärke der Truppen Eurer Königlichen Hoheit würde im Falle eines Krieges doch nur Preußen zugut kommen, unter dessen Kanonen dermalen auch die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen liegen.

Nach Maßgabe dieser allgemeinen Ansichten habe ich mich mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise es zu bewerkstelligen sein dürfte, um dem preußischen Verlangen, daß in Oberhessen die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werde, zuvorzukommen und dasselbe mit Erfolg abzulehnen. — Ich habe dem preußischen Gesandten v. Wentzel, freilich nur als meine Privatansicht, bemerkt, daß, wenn man in Oberhessen die allgemeine Wehrpflicht einführe und die Stell-

[1]) D.-A.

vertretung aufhebe, die dortige militärpflichtige Bevölkerung ganz einfach in Starkenburger oder rheinhessischen Gemeinden Heimatsrechte erwerben und sich dadurch der ihr drohenden Last entziehen könne. Das Kontingent Oberhessens werde dadurch auf ein Minimum herabsinken. Meiner Ansicht nach würde es deshalb ebensosehr im Interesse Preußens als Hessens liegen, wenn an den bestehenden Einrichtungen nichts geändert, sondern einfach ein der Größe Oberhessens entsprechender Teil der großherzoglichen Armeedivision mit zeitweiligem Wechsel dem preußischen Oberkommando unterstellt werde. — Herr v. Wentzel schien die Richtigkeit meiner Bemerkungen einzusehen. —

Ich glaubte nur noch hinzufügen zu sollen, daß es mir für die Güte einer Armee weniger darauf anzukommen scheint, daß die Stellvertretung unzulässig ist, als auf die Auswahl und Tüchtigkeit der Führer. In Frankreich besteht keine allgemeine Wehrpflicht, und dennoch ist die französische Armee eine vortreffliche. Die Truppen Eurer Königlichen Hoheit haben in Rußland, Spanien, Sachsen und Preußen das Ausgezeichnetste geleistet, ohne daß das preußische Rekrutierungssystem angenommen war, weil sie damals von bewährten Offizieren und als Teile einer großen, kriegsgeübten Armee kommandiert wurden.

Dies sind die Ansichten, über welche ich mir die Befehle Eurer Königlichen Hoheit habe erbitten wollen, um danach die Gesandtschaft in Berlin vertraulich zu instruieren. Ich halte es nicht für gut, vorerst die preußische Initiative abzuwarten.

Tagebuch 1867.

7. Januar.

Um 7½ Uhr fuhr ich auf einen Ball im Militärkasino, dem auch der Großherzog, Prinz und Prinzessin Ludwig, Prinz Alexander und Prinzessin Battenberg, Prinzessin Carl und Prinz Wilhelm nebst dem Hofe beiwohnten. Ich sprach lange mit der Prinzessin Carl und sagte derselben meine verdiente Anerkennung über ihre politischen Grundsätze und ihr Verhalten während des verflossenen Sommers. Später nahm mich die Prinzessin Battenberg in ein Nebenzimmer und sprach mir in höchster Aufregung von den zwei verschiedenen Reisen, die der Prinz und die Prinzessin Ludwig kürzlich nach Karlsruhe gemacht hätten, zumal aber von der Reise, welche dieselben morgen früh nach Koburg und von da nach Berlin antreten wollten. Sie fragte, weshalb der Großherzog einen solchen Skandal, namentlich die Reise nach Berlin, nicht hindere. In Petersburg habe das Benehmen des Prinzen und der Prinzessin das größte Mißfallen erregt. Ich antwortete, daß der Großherzog, ebenso wie ich und alle rechtlich denkenden Menschen, die politische Richtung des Prinzen und der Prinzessin Ludwig und insbesondere deren Reisen zu den badischen und koburgischen Verrätern beklagten, daß es aber schwer sei, solche Reisen wie diejenige nach Berlin zu verbieten, ohne neue Zerwürfnisse mit Preußen herbeizuführen, welche man dermalen um jeden Preis vermeiden müsse.

16. Januar.

Morgens 11½ Uhr kam der bayerische Gesandte Baron Thüngen mit dem Ministerialrat Grafen Tauffkirchen. Der letztere hatte mich mündlich vertraulich zu einer Konferenz der Minister der süddeutschen Staaten nach Stuttgart, behufs Feststellung einer gemeinsamen militärischen Organisation einzuladen und mir die Grundzüge zu entwickeln, nach welchen diese Organisation auszuführen sei. Ich erwiderte, daß wir dermalen wegen einer Militärkonvention mit Preußen verhandelten und daß wir uns deshalb vorerst auf keine Verhandlungen mit Bayern und Württemberg einlassen könnten. Um 12¼ Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel, um sich zu erkundigen, ob Bayern hier Vorschläge wegen einer gemeinsamen militärischen Organisation gemacht habe. Ich bejahte dies und sagte, daß wir den Vorschlag mit Rücksicht auf unsere Verhandlungen mit Preußen abgelehnt hätten.

17. Januar.

Gagern brachte mir Grüße von Beust. Er sagte mir, daß er vor seiner Abreise eine beinahe zweistündige Audienz bei dem Baron Beust gehabt habe. Am Schlusse derselben habe Beust ein Telegramm aus Dresden von Bürgermeister Pfotenhauer daselbst mit Glückwünschen zu seinem Geburtstage empfangen. Beust habe es ihm mit dem Bemerken gezeigt, daß solche Beweise von Erinnerung wohl täten. Er, Gagern, habe dann Veranlassung genommen, ihm ebenfalls zu gratulieren, und zwar mit dem Zusatze, wie er wünsche, daß Beusts Stellung sich immer mehr befestigen möge. Darauf sei er weggegangen. Als er aber schon im Vorzimmer gewesen, habe ihn Beust, obgleich eine Anzahl darunter sehr hochgestellter Personen im Vorzimmer gewartet hätten, nochmals zurückrufen lassen, um ihm zu sagen, er möge in Darmstadt aussprechen, daß seine, Beusts, Stellung keine schlechtere geworden sei.

19. Januar.

Um 12½ Uhr hatte ich den Besuch des Ministerresidenten zu Paris, Grafen Enzenberg. Derselbe las mir einen Brief des österreichischen Kommandanten in Galizien, Grafen St. Quentin, vor, wonach auch dieser an die Auflösung der österreichischen Monarchie glaubt und die österreichische Zukunft in den schwärzesten Farben sieht.

26. Januar.

Der preußische Gesandte v. Wentzel interpellierte im Auftrage seiner Regierung bezüglich der in der Kammer vorgebrachten Beschuldigung des Herrn Metz, daß die Großherzogliche Regierung einen für Preußen verletzenden Aufruf an die Wähler bei den letzten ständischen Wahlen in die Kreisblätter habe aufnehmen lassen. Ich erwiderte, daß die Kreisblätter in keiner Weise offiziös seien und daß die Regierung für das, was darin enthalten sei, keine Verantwortlichkeit habe. Ich würde die Interpellation schriftlich durch den großherzoglichen Gesandten in Berlin beantworten. Sodann verlas Herr v. Wentzel eine Depesche, worin die Großherzogliche Regierung dringend ersucht wird, sich bei den bevorstehenden Stuttgarter Militärkonferenzen zu beteiligen. Ich verhehlte dem Herrn v. Wentzel die Bedenken nicht, die ebensogut im preußischen als im hessischen Interesse lägen, versprach aber, dem preußischen Wunsche nachzukommen.

27. Januar.

Um 12 Uhr empfing ich den Ministerialsekretär Neidhardt und beauftragte ihn, die Benachrichtigung an die Höfe von München und Stuttgart, daß man sich diesseits an den dortigen Militärkonferenzen beteiligen werde, aufzunehmen.

Um 12¼ Uhr kam der Geheime Staatsrat v. Bechtold auf mein Ersuchen. Ich ersuchte ihn, eine Depesche nach Berlin als Antwort auf die

Beschuldigung des Herrn Metz, daß man preußenfeindliche Wahlaufrufe durch die Kreisblätter verbreitet habe, zu entwerfen.

Um 12¾ Uhr fuhr ich zu dem General v. Grolmann und teilte ihm mit, daß unsere gemeinsame Reise zu den Stuttgarter Konferenzen Allerhöchsten Ortes genehmigt sei. Bei dieser Gelegenheit gab mir v. Grolmann die Versicherung, daß Prinz Ludwig, aus Anlaß seiner Reise nach Berlin, nicht den entferntesten Auftrag zu einer Verhandlung mit dem preußischen Hofe oder der preußischen Regierung erhalten habe.

30. Januar.

Gagern erzählte mir, daß wenn der Fürst Hohenlohe ein seinen Ansichten entsprechendes Programm hätte veröffentlichen wollen, er in der bayerischen Kammer auf keine zehn Stimmen hätte rechnen können. Er habe deshalb sein bekanntes Programm in die Welt geschickt, welches die Selbständigkeit Bayerns betone, im allgemeinen aber unbestimmt gehalten sei. Gagern bestätigte mir noch, nach Mitteilungen des früheren Ministers v. Edelsheim, dasjenige, was mir Baron Soden[1]) über die Zerfahrenheit der badischen Zustände gesagt hatte. Die fortschrittlich-preußische Partei herrscht dort mit maßlosem Despotismus über die große Majorität des Landes. Der Großherzog ist schwach und ratlos. Der Minister Mathy[2]) hat ihn glauben machen, seine und der anderen kleineren Fürsten Existenz werde höchstens noch ein Jahr dauern. Es sei also ganz überflüssig, noch irgendwie Verbesserungen in der Gesetzgebung und Verwaltung einzuführen. Edelsheim hatte zu Anfang des verflossenen Krieges, vor seiner Reise nach München dem Großherzog Friedrich ein Memoire vorgelegt, welches im Staatsministerium beraten und gebilligt worden war und auch die Genehmigung des Großherzogs erhielt. Während Edelsheim danach verfuhr, änderten sich die Ansichten seines Herrn. Der Großherzog wurde in hohem Maße mißtrauisch, sah Edelsheim nicht mehr, und dieser verlangte und erhielt deshalb seine Entlassung. Eine Zeitlang, bis zu Freydorfs Ernennung, fehlte es ganz an einem Minister des Äußern in Karlsruhe. Der Großherzog regierte ohne Minister, und in diese Zeit fallen die Korrespondenzen und Maßnahmen, welche wir als verräterisch an der Sache des Deutschen Bundes zu bezeichnen haben.

Stuttgart, 2. Februar.

Morgens 11¼ Uhr fuhr ich mit dem General v. Grolmann nach Stuttgart zur Teilnahme an den dortigen Ministerkonferenzen.

[1]) Oskar, württembergischer Gesandter in München.

[2]) Karl, 1807—1868, seit 1842 in der Badischen Kammer, Mitglied des Frankfurter Parlaments 1848, seit 1864 badischer Handelsminister, Förderer der preußisch-deutschen Einigung.

3. Februar.

Morgens 9 Uhr besuchte mich Hügel. Er sagte mir, der König sei eine Null. Seine drei Günstlinge, Oberst v. Spitzemberg,[1]) Staatsrat v. Egloffstein und Graf Leutrum[2]) stellten ihm alles im rosigsten Lichte dar, während die Stimmung im Lande eine sehr schlechte sei. Die Bevölkerung sage, wenn sie größere Lasten, namentlich die allgemeine Wehrpflicht übernehmen solle, so wolle sie lieber gleich preußisch werden. Die Truppen seien ganz unzuverlässig, sieben Achtel der Offiziere würden lieber heute als morgen, wenn auch in niederen Graden, in die preußische Armee eintreten, weil ihnen der württembergische Dienst unerträglich sei.

Um 10 Uhr morgens hatte ich zusammen mit dem General v. Grolmann Audienz bei dem Könige von Württemberg. Derselbe war herzlich und gab mir die Hand, erging sich aber in allgemeinen Phrasen, man müsse das Geschehene vergessen, nur an die Zukunft denken, sich Preußen anschließen, dem treue Bundesgenossen lieber seien als annektierte Untertanen usw. Der König sprach auch ganz allgemein von seinen militärischen Organisationsplänen, er wolle ständige zuverlässige Kaders, aber keine Mannschaft, die halb Bürger, halb Soldat sei usf. Um 11 Uhr ging ich mit Herrn v. Grolmann in die erste Konferenzsitzung, die im Alten Schlosse stattfand. Die badischen Bevollmächtigten, Präsident v. Freydorf und Generalleutnant Ludwig,[3]) machten eine Reihe von Einwendungen gegen den bayerischen Entwurf einer Übereinkunft, sowohl gegen die allgemeinen Sätze als gegen den Vorschlag, nur $^3/_4$ Prozent der Bevölkerung zu den Waffen zu rufen. Sie bestanden auf einem vollen Prozent und ließen ihre übermäßig preußenfreundlichen annexionslustigen Gesinnungen überall durchblicken. Die Sitzung dauerte von 11 bis 3 Uhr.

4. Februar.

Zweite Konferenzsitzung, die bis 3 Uhr dauerte. Nach meiner Rückkehr hatte ich den Besuch des sächsischen Geschäftsträgers Lemaistre, der mich über die Haltung der Südstaaten und um meine Meinung von der Zukunft Deutschlands befragte. Ich sagte ihm, daß ich den dermaligen Zustand für ganz unhaltbar hielte und einen allgemeinen europäischen Krieg voraussähe. Meine Parole sei: „Zuwarten und rüsten."

5. Februar.

Neurath sagte mir, der König habe ihm mit Befriedigung von mir und meinen Ansichten gesprochen. Varnbüler sei sehr preußisch geworden. In Nikolsburg habe ihn Graf Károlyi kalt und hochfahrend, wie ein rechter ungarischer Magnat behandelt. Dagegen habe ihn Bismarck mit studentischer

[1]) Württembergischer Gesandter in Berlin.
[2]) Württembergischer Staatsrat und Mitglied des Geheimen Rates.
[3]) Badischer Kriegsminister.

Herzlichkeit empfangen. Bismarck sei kurz über die Ereignisse des letzten Sommers weggegangen und habe dann mit Wärme von den früheren Zeiten und seinem Wunsche, sich mit Varnbüler zu verständigen, gesprochen. Varnbüler sei dafür nicht unempfindlich geblieben und habe auch den König in seinem Sinne gestimmt. Er, Neurath, halte dagegen entschieden am Rechte und der Bewahrung der Selbständigkeit der Einzelstaaten fest und habe seine abweichenden Ansichten dem Herrn v. Varnbüler nicht bloß mündlich, sondern zur Konstatierung seines Standpunktes auch noch schriftlich ausgesprochen. Er halte im Falle eines zwischen Frankreich und Preußen ausbrechenden Krieges Neutralität der süddeutschen Staaten für angezeigt. Ich bemerkte, daß diese Neutralität alsdann unmöglich sein werde. Eine französische Armee werde über Mannheim einfallen und den Süden abschneiden. Österreich werde Bayern und Württemberg in der Flanke fassen. Wir würden uns also wohl oder übel Frankreich und Österreich anschließen müssen, wenn wir uns auch anfangs die Miene geben müßten, mit Preußen zu marschieren. Neurath war damit einverstanden. Von Rußland meinte er, so lange Gortschakow lebe, werde dieser aus Abneigung gegen Österreich und um diesem nicht indirekt zu helfen, nichts gegen Preußen unternehmen. Neurath sagte mir noch, die Königin sei höchst korrekt, aber vorsichtig. In der Gesellschaft z. B. vermeide sie jedes politische Gespräch mit ihm, um nicht den Schein einer Parteistellung auf sich zu laden und so an ihrem Einflusse zu verlieren. Auch Staatsrat v. Egloffstein denke antipreußisch.

6. Februar.

Varnbüler erzählte mir, die badischen Friedensunterhändler seien in der sicheren Erwartung nach Berlin gekommen, dort ein Stück von Württemberg zu erhalten, hätten sich aber in ihren Hoffnungen sehr getäuscht gesehen. — Bismarck habe ihn, Varnbüler, mit großer Herzlichkeit behandelt, dagegen sei der König ihm gegenüber kalt und verstimmt gewesen.

Darmstadt, 8. Februar.

Um 11 Uhr fuhr ich in das Schloß und referierte dort dem Großherzog über den Verlauf der Stuttgarter Konferenzen und meine dortigen Erlebnisse. Wir sprachen auch von den jüngsten Reisen des Prinzen und der Prinzessin Ludwig. Ich sagte dem Großherzog, ein allgemeiner europäischer Krieg in den nächsten Jahren sei unvermeidlich. Entweder gehe dann Hessen unter, oder als bedeutendes Königreich aus dem Kampfe hervor. Im letzteren Falle werde der Großherzog das Recht haben, seinen Nachfolger zu bestimmen, und die Frage trete heran, wer dazu fähig und würdig sei. Der Großherzog antwortete: „Prinz Wilhelm ist ein braver und gescheuter Junge."

25. Februar.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Wentzel, welcher zu wissen wünschte, ob man diesseits wegen der von Preußen gewünschten

definitiven Annahme der norddeutschen Bundesverfassung, für den Fall der Verwerfung derselben durch das norddeutsche Parlament, bereits einen Entschluß gefaßt habe, was ich verneinte.

Abends 8¼ Uhr fuhr ich zu einer Soirée dansante im Palais des Prinzen Ludwig. Die Prinzessin Ludwig war über alle Erwartung liebenswürdig. Sie fragte nach Dellchen und lud dieselbe ein, wann sie wolle, mit den Kindern zu ihr, der Prinzessin, zu kommen. Später sprach sie mir sogar von Politik und fragte mich nach meinem Urteil über die Rede, womit der König den Reichstag eröffnet habe. Ich sagte, daß ich diese Rede, in der man stark auf die Leichtgläubigkeit des Volkes rechne, nur mit Achselzucken habe lesen können. Die Prinzessin erwiderte, daß auch der Kronprinz die Politik seines Vaters mißbillige, ohne dieselbe ändern zu können. Der König sei persönlich wohlwollend, aber Bismarck durchkreuze stets seine Absichten. Der Kronprinz sei vom Vater der Prinzessin, dem Prinzen Albert,[1]) eigentlich erzogen und deshalb liberal. Auch mit dem Prinzen Ludwig sprach ich lange. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, die preußische Militärorganisation im Lande einzuführen. Er meinte, das Land sei reich genug, die Kosten zu tragen. Ich bemerkte, daß die Stände solche enormen Ausgaben nie billigen würden. In diesem Falle, entgegnete der Prinz, müsse man die Kammer auflösen, und man werde dann leicht eine gefügigere bekommen. Ich versetzte, daß ich zu solchen Experimenten nie die Hand bieten würde.

26. Februar.

Um 10¾ Uhr fuhr ich zu dem Prinzen Alexander und teilte ihm den neuesten Beustschen Brief mit. Der Prinz beauftragte mich, Beust zu antworten, daß er sich ihm jederzeit und namentlich zur Ausgleichung der Beziehungen zu Rußland gern zur Verfügung stelle. Der Prinz erzählte mir beiläufig, die Prinzessin Alice beabsichtige, wenn etwa Hessen annektiert werden sollte, ihren Gemahl zum Gouverneur einer englischen Kolonie ernennen zu lassen.

27. Februar.

Um 3 Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Wentzel, welcher mir eine Depesche seiner Regierung vorlas, worin der Abschluß einer Militärkonvention auf den von uns angebotenen Grundlagen zwar für zulässig erklärt, aber der Wunsch ausgesprochen wird, die Verhandlungen so lange zu verschieben, bis die militärischen Beziehungen der süddeutschen Staaten untereinander geordnet seien.

3. März.

Morgens 11½ Uhr hatte ich den Besuch des von Berlin zurückgekehrten Obersten v. Grolmann. Derselbe erzählte mir, er habe sich in Berlin bei

[1]) von Coburg, Prinzgemahl von England, 1819—1861.

dem Könige angemeldet, habe aber acht Tage lang keine Audienz erhalten. Er habe sich darauf an den diensttuenden Flügeladjutanten mit der Bitte gewandt, ihm zu sagen, ob er etwa ein Versehen begangen habe, infolgedessen er nicht zur Audienz zugelassen werde. Der Adjutant habe ihm erwidert, das sei keineswegs der Fall, aber man fürchte sich, das Mißtrauen der Franzosen zu erwecken, welche sofort Anfragen stellen würden, wenn im „Staatsanzeiger" zu lesen sei, daß tags zuvor ein hessischer Oberst und Flügeladjutant vom Könige empfangen worden sei. Nach der Abreise des Königs Wilhelm nach Dresden sei er, Grolmann, sofort zu einem Diner bei der Königin eingeladen worden. Später habe ihn der König zuerst bei einem großen Diner im Schlosse gesehen. Derselbe sei aus weiter Entfernung auf ihn zugekommen, habe ihm beide Hände entgegengestreckt und ausgerufen: „Siehe da, ein lieber, alter Bekannter." In gleicher Weise sei Graf Bismarck ihm entgegengekommen. — Er habe den letzteren gefragt, ob er ihm Aufträge für Darmstadt zu erteilen habe, wohin er in den nächsten Tagen zurückgehe, da seine Geschäfte in Berlin zunächst beendigt seien. Bismarck sei sichtlich in Verlegenheit geraten, indem ein französischer Militärbevollmächtigter, General Stoffel,[1]) dicht daneben gestanden habe. Er habe ihm geantwortet, daß er mit ihm noch später sprechen würde. Das sei auch wirklich geschehen. Graf Bismarck habe ihn allein genommen und ihm gesagt, er hoffe und wünsche, daß die Militärkonvention mit uns zustande komme. Um die Franzosen bekümmere sich jetzt die preußische Regierung nicht mehr. — Grolmann fügte hinzu, es scheine ihm, daß die preußische Regierung den größten Wert darauf lege, wenn Hessen ganz in den Norddeutschen Bund eintrete, weil Preußen dadurch einen unmittelbaren territorialen Zusammenhang mit Baden gewänne, welches den Anschluß an den Norddeutschen Bund mit allen Kräften anstrebe. Es werde nur einer kleinen Anregung der Diesseite bedürfen, um jetzt den früher wiederholt angebotenen, aber von Preußen abgelehnten Eintritt in den Norddeutschen Bund unter den günstigsten Bedingungen zustande zu bringen. Ich erwiderte, daß das fragliche Anerbieten von mir früher unter der Voraussetzung der Erhaltung der vollen Integrität der Besitzungen des Großherzogs gemacht worden sei. Auch habe man damals die enormen Lasten nicht voraussehen können, welche die norddeutsche Bundesakte den kleineren verbündeten Regierungen auferlege. Grolmann erzählte mir noch, daß er schließlich vom Könige eine Abschiedsaudienz erhalten habe. Er habe dem Könige von dem Wunsche des Großherzogs, mit Preußen in den engsten freundschaftlichen Beziehungen zu stehen, gesprochen. Der König habe erwidert: „Aber Herr v. Dalwigk!" Er, Grolmann, habe darauf dem Könige bemerkt, daß ich ihm bei seinem letzten mir in Darmstadt gemachten Besuche sehr entschieden von der Notwendigkeit eines engen Anschlusses an Preußen

[1]) Eugène George Henri Céleste, Baron Stoffel, 1823—1907; war 1866—1870 französischer Militärattaché in Berlin und warnte Napoleon in berühmt gewordenen Berichten vor einem Kriege mit dem militärisch überlegenen Preußen.

gesprochen habe. Herr v. Grolmann lobte den Kronprinzen von Preußen und dessen rechtliche Denkungsart. Derselbe habe auch bei ihm die Politik des Königs entschieden mißbilligt. Der Kronprinz habe seinerzeit den König gebeten, sich die deutsche Kaiserkrone aufzusetzen, aber keine Annexionen vorzunehmen. Darüber sei der König so in Zorn geraten, daß er gegen seinen Sohn die Faust erhoben habe.

5. März.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in die Sitzung, der auch Prinz Ludwig beiwohnte. Nach derselben begleitete ich, wie gewöhnlich, den Prinzen bis zur Treppe, und er drang dort auf das lebhafteste in mich, ich möge veranlassen, daß das ganze Großherzogtum in den Norddeutschen Bund eintrete.

(Abends.)

Nach dem Souper kamen auch noch der Prinz und die Prinzessin Carl. Vor dem Souper hatte ich eine lange Unterredung mit der Prinzessin Alice, die zuerst sehr liebenswürdig nach meinen Kindern fragte, sie lobte, von der Art der Erziehung und Kleidung der englischen Kinder sprach und dann lebhaft in mich drang, ich möge für den Eintritt des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund wirken. Ich sagte ihr, daß ich stets für größere deutsche Einheit und für vernünftige freiheitliche Institutionen in Deutschland gearbeitet habe, aber der Norddeutsche Bund erfülle meine Erwartungen nicht, und für die Freiheit der Kaserne vermöge ich mich nicht zu begeistern. Die Prinzessin meinte, immer könnten die Dinge in Preußen nicht bleiben, wie jetzt. Wenn sich der Süden anschlösse, so könne derselbe im deutschen und freiheitlichen Sinne den Ausschlag geben. Ich erwiderte, daß ich das nicht glaube, der Süden sei nicht stark genug, um Preußen selbst als Bundesgenosse und in gemeinsamer parlamentarischer Vertretung Gesetze vorzuschreiben. Wir würden zugunsten Preußens uns enormen Lasten unterwerfen und nichts gewinnen. Die Prinzessin betonte mit Lebhaftigkeit, daß ihr Vorschlag der einzige Weg sei, um zu einem großen, gemeinsamen Vaterlande zu gelangen, daß die Kleinstaaterei und der Partikularismus sich überlebt hätten. Ich fragte, ob sie denn wünsche, daß Hessen aus der Reihe der selbständigen Staaten verschwinde. Sie verneinte das, meinte aber, Opfer müßten der nationalen Idee gebracht werden. Ich erwiderte, wenn es sich von einer wirklich nationalen Idee handle, würde ich bereit sein, dazu mitzuwirken, aber eine solche vermöge ich im Norddeutschen Bund nicht zu entdecken. Alle schönen Worte des Königs Wilhelm und des Grafen Bismarck seien eitel Schein. Erst solle man das gegen den König von Hannover, das Haus Augustenburg und die Stadt Frankfurt begangene Unrecht wieder gutmachen und dann die deutsche Fahne aufpflanzen. In diesen Ländern herrsche Preußen eben durch Gewalt und unter dem größten Widerstreben der Bevölkerungen. Ich würde lieber Republikaner werden, als mich einem solchen Regime unterwerfen. Die Prinzessin erwiderte, daß die Ostfriesen gut

preußisch seien, im übrigen seien die Massen dumm und hätten kein politisches Urteil. Der König von Hannover habe sein Land im offenen Kriege mit Preußen verloren. Ich möge bedenken, welche wichtige Rolle dem Großherzogtum durch seine eigentümliche politische und geographische Lage dermalen zugefallen. Die Großherzogliche Regierung habe es in der Hand, einen mächtigen Schritt zur deutschen Einheit zu tun. Trete Hessen dem Norddeutschen Bunde bei, so folge Baden, und Württemberg und Bayern würden dann notgedrungen dasselbe tun müssen. Ich bemerkte der Prinzessin, was ihre Ansichten von der Annexion von Hannover betreffe, so habe der König Georg nicht Krieg mit Preußen geführt, sondern er habe die gegen das bundesbrüchige Preußen verhängte Bundesexekution vollziehen helfen. Sie, die Prinzessin, habe zwei hohe Eigenschaften, Verstand und Offenheit. Die letztere Tugend nehme ich auch für mich in Anspruch, und deshalb sage ich, daß wir hier unsere Vertragsverbindlichkeiten Preußen gegenüber gewissenhaft erfüllen, aber nicht mehr tun würden. Die Prinzessin lachte, als ich von ihren Eigenschaften sprach. Sie meinte, sie habe auch einige weniger gute Eigenheiten, sie sei rechthaberisch und rücksichtslos und stoße damit oft an. Das sei aber Schuld ihrer Erziehung. Dann sagte sie, der König[1]) sei 71 Jahre alt und werde nicht ewig leben, der Kronprinz sei wahrhaft deutsch und ihm könne man mit vollem Vertrauen entgegenkommen. Aber das Feld müsse durch sofortigen Eintritt in den Norddeutschen Bund vorbereitet werden. Ich erwiderte, wenn der Kronprinz einmal zur Regierung komme, so möge man diese Frage wiederholt in Erwägung ziehen. Vorerst sei ich nicht dafür, dem Großherzog und dem Lande für eine scheinbar nationale Idee unerschwingliche Opfer aufzulegen. Die Prinzessin meinte, diese Opfer würden sich bald vermindern, denn Preußen selbst sei nicht imstande, die Lasten, namentlich die militärischen, zu tragen, welche das norddeutsche Bundesverhältnis ihm auferlege. Ich erwiderte, daß diese Hoffnung eine chimärische sei. Allerdings habe man hier früher einmal den Eintritt in den Norddeutschen Bund mit den drei Provinzen angeboten, um dadurch die Integrität des Landes zu retten. Dieser Versuch sei aber mißglückt, und man werde um so weniger auf das frühere Erbieten zurückkommen, als der nun fertig gewordene Entwurf der norddeutschen Bundesakte gerade nicht geeignet sei, sich für dessen Inhalt zu enthusiasmieren. Preußen habe sich auch das Heranziehen der kleineren Staaten zur Tragung seiner Militärlasten erleichtert, seine bisherigen Leistungen herabgesetzt. Schließlich sagte ich, daß ich mich für pflichtvergessen halten würde, wenn ich um bloßer Ideen willen, deren Realisierung mir sehr zweifelhaft scheine, mir ein anderes Ziel setzen wollte, als die Rechte und Interessen des Großherzogs, meines Herrn, und seines Landes. Die Prinzessin möge es halten, wie sie wolle, wenn einmal ihr Gemahl den Thron besteige. Meine Haltung sei mir durch meine Pflichten

[1]) Wilhelm von Preußen.

und die Befehle des Großherzogs vorgezeichnet. — Die ganze Unterhaltung wurde übrigens mit lächelnder Miene und von beiden Seiten in artigster Weise geführt. Wir standen mitten im Saale ganz allein. — Nach dem Souper sprach ich lange Zeit mit dem Prinzen Carl, dessen Ansichten natürlich von denen der Prinzessin Alice höchst verschieden waren.

11. März.

Um 12 Uhr kam der badische Gesandte v. Mohl und tauschte die badische Ratifikation der Stuttgarter Militärkonvention gegen das diesseitige Exemplar aus. Herr v. Mohl äußerte sich mit großer Bitterkeit über badische Personen und Zustände, namentlich über den Prinzen Wilhelm von Baden. Er sagte mir, man habe in Karlsruhe nach dem Friedensabschluß den Geheimen Rat Bluntschli[1]) zum Gesandten in Berlin ernennen wollen, Graf Bismarck habe sich aber denselben verbeten.

13. März.

Den Morgen hindurch arbeitete ich. Ich bekam um 11½ Uhr ein merkwürdiges Schreiben des Prinzen Ludwig,[2]) welchem ein Brief des Kronprinzen von Preußen[3]) beilag, in dem auf das dringendste geraten wird, mit allen Provinzen des Landes den Eintritt in den Norddeutschen Bund anzubieten. Ich antwortete dem Prinzen, daß ich nichts tun könne, ohne die Befehle des Großherzogs eingeholt und letzterem das Schreiben des Kronprinzen vorgelegt zu haben. Im Laufe des Tages autorisierte mich der Prinz durch ein weiteres Schreiben[4]) dazu.

14. März.

Ich berichtete morgens an den Großherzog,[5]) indem ich ihm die beiden Schreiben des Prinzen Ludwig und den Brief des Kronprinzen von Preußen mitteilte. Der Großherzog genehmigte meinen Antrag, dem Prinzen Ludwig zu antworten, daß er den Brief des Kronprinzen mit Interesse gelesen habe, aber den Moment nicht für geeignet halte, um den darin gemachten Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

16. März.

Morgens 10 Uhr erhielt ich einen ungezogenen Brief des Prinzen Ludwig[6]) als Antwort auf mein Schreiben mit der Erklärung über den Vor-

[1]) Johann Kaspar Bluntschli, 1808—1881; 1833 Professor der Rechte in Zürich, 1848 Professor des Staatsrechts in München, seit 1861 in Heidelberg, 1867 im Zollparlament.

[2]) Siehe Anlage 3.

[3]) Siehe Anlage 4. Am 9. März hatten die hessischen Abgeordneten im norddeutschen Reichstag, Adalbert v. Rabenau und Graf Solms eine Interpellation eingebracht über den Eintritt Gesamt-Hessens in den Norddeutschen Bund.

[4]) Siehe Anlage 5.

[5]) Siehe Anlage 6.

[6]) Siehe Anlage 7.

schlag des Kronprinzen von Preußen wegen Eintrittes des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund. Der Prinz kündigte mir an, daß er sich direkt an den Großherzog wenden werde. Ich berichtete sofort an Serenissimum,[1]) welcher mir antwortete, er habe vom Prinzen einen kauderwelschen Brief[2]) bekommen, den er demselben mit dem Bemerken zurückgeschickt habe, daß er sich solche politischen Korrespondenzen verbitte.

17. März.

Morgens 6 Uhr schrieb ich dem Prinzen Ludwig die verdiente Antwort auf seinen insolenten Brief vom 15. l. M.[3]) Um 8 Uhr schickte mir der Großherzog den Entwurf einer Antwort an den Kronprinzen von Preußen, welche ihm der Prinz Ludwig vorgelegt hatte, zur Begutachtung. Ich fand den Entwurf in der Hauptsache unannehmbar.[4])

25. März.

Morgens 12 Uhr, als ich in die Kammerausschußsitzung fahren wollte, kam Graf Astorg. Ich bat ihn, mit in meinen Wagen zu steigen und mich bis zur Türe des Ständehauses zu begleiten. Er fragte in großer Aufregung nach dem Sinne der geheimen Verträge Bayerns, Württembergs und Badens mit Preußen und ob diese Verträge ebensogut offensiver als defensiver Natur seien. Ich sagte, daß meiner Überzeugung nach beides der Fall sei. Hessen habe einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen, aber es liege unter den Kanonen von Mainz.

27. März.

Morgens $10^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des abberufenen badischen Gesandten v. Mohl, und um $10^3/_4$ Uhr denjenigen seines Nachfolgers, des Geheimen Legationsrates v. Pfeuffer. Dem letzteren sagte ich, daß Baden mit seinen ultrapreußischen Sympathien und insbesondere mit seinem mit Preußen abgeschlossenen geheimen Vertrage Frankreich gegenüber ein gefährliches Spiel spiele. Der Geheime Legationsrat v. Pfeuffer, ein mir von dem württembergischen Geschäftsträger Baron Soden als konservativ empfohlener Mann, erklärte sich mit meinen Ansichten einverstanden.

Graf Hoyos[5]) wünschte meine Ansichten über die geheimen Verträge Bayerns, Württembergs und Badens mit Preußen kennen zu lernen. Ich sagte ihm vor allem, daß Hessen einen solchen Vertrag nicht geschlossen habe, daß es töricht sei, zu glauben, die fraglichen Verträge seien bloß defensiver Natur, und daß endlich dieselben nur dann und insoweit gehalten werden würden, als die Umstände es möglich oder notwendig machten. Bayern

[1]) Siehe Anlage 8.
[2]) Siehe Anlage 9.
[3]) Siehe Anlage 11.
[4]) Siehe Anlage 14.
[5]) Graf Ladislaus Hoyos-Sprinzenstein, österreichischer Gesandter in Darmstadt.

habe seinen Vertrag geschlossen, um größere Territorialabtretungen zu hindern. Gebe es Krieg mit Frankreich, und Österreich stelle eine Armee von 100000 Mann an der bayerischen Grenze auf, während die Franzosen eine Armee bei Mannheim über den Rhein schickten, so würden die fraglichen Schutz- und Trutzbündnisse illusorisch.

30. März.

Ich schrieb an den Gesandten v. Gagern und bat ihn, dem Grafen Platen zu sagen, daß Graf Görtz[1]) nach Hietzing[2]) habe kommen wollen, daß ich ihn aber aus Rücksicht auf Preußen von einer solchen offiziellen Reise abgehalten habe.

31. März.

Graf Chotek,[3]) der mit seiner Frau zur Taufe des kleinen Morier[4]) nach Darmstadt gekommen war, erzählte mir, Graf Bismarck habe dem württembergischen Gesandten in Berlin, Baron Spitzemberg, eine Reihe von Punkten schriftlich mitgeteilt, über die er namens des Norddeutschen Bundes mit Württemberg zu verhandeln wünsche, wie Post, Telegraphen, Zölle usw., namentlich gehöre dazu der Vorschlag, daß württembergische Kommissäre zur Teilnahme an den Verhandlungen des Norddeutschen Reichstages abgesendet werden möchten. Baron Varnbüler habe die Vorschläge in den Ministerrat gebracht. Baron Neurath habe sich dagegen ausgesprochen, weil ein solcher Anfang zu bedenklichen Konsequenzen führe. Jedoch habe Baron Varnbüler, welcher pure für die preußischen Vorschläge gewesen sei, ein Eingehen auf dieselben durchgesetzt; nur sei beschlossen worden, zu antworten, nicht daß auf Grund der preußischen Vorschläge, sondern daß überhaupt verhandelt werden sollte. Auch sei man auf eine Beschickung des Norddeutschen Reichstages nicht eingegangen. Baron Neurath habe ihm, Chotek, dies alles vertraulich mitgeteilt, und hinzugesetzt, er, Neurath, könne für das einstehen, was im Geheimen Rate verhandelt werde, nicht aber für die Privatkorrespondenzen Varnbülers mit seinem Schwiegersohn Spitzemberg. In München habe Graf Bismarck die Vorschläge, die er für Württemberg dem Baron Spitzemberg in die Feder diktiert, nur mündlich gesprächsweise durch den preußischen Gesandten andeuten lassen. Ich erzählte darauf dem Grafen Chotek, daß man hier durch Korrespondenzen des Kronprinzen von Preußen mit dem Prinzen Ludwig darauf dränge, daß der Eintritt des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund diesseits angeboten werde. Ich widerstände bis jetzt diesem Drängen. Aber wie lange würde ich es können? Baden

[1]) Karl Graf v. Schlitz, genannt v. Görtz, 1822 1885, ehemaliger hessischer Gesandter in Berlin und dann in Hannover.

[2]) Zum Besuch des entthronten Königs von Hannover.

[3]) Graf Bohuslaw Chotek, österreichischer Gesandter in Stuttgart, Vater der am 28. Juni 1914 ermordeten Herzogin Sophie von Hohenberg.

[4]) Sohn des englischen Gesandten in Darmstadt, Robert David Burnet Morier.

sei zu dem Eintritt in den Norddeutschen Bund vollständig bereit und warte nur auf den Vorgang Hessens. Dann würden Württemberg und Bayern folgen müssen.

Graf Chotek erzählte mir noch weiter, daß man in der württembergischen Ständeversammlung wahrscheinlich eine Majorität für die Annahme des mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses erhalten werde. Im allgemeinen werde dort die Stimmung insofern preußischer, als man sich sage, besser als eine so erbärmliche, charakterlose Regierung wie die jetzige, die Württemberg zum Vasallen Preußens mache, sei ein vollkommener Anschluß an Preußen durch Annexion. Chotek erzählte mir auch, die Königin Olga habe ihm gesagt, der luxemburgische Handel sei zwischen Holland, Preußen und Frankreich abgeschlossen.

2. April.

Morgens 11 Uhr fuhr ich zum Grafen Hoyos und erhob bei ihm 2300 Gulden zur Subvention der hiesigen loyalen Presse.

3. April.

Ich machte mittags 12 Uhr der Frau v. Wentzel einen längeren Besuch und fuhr dann zum Grafen Astorg, mit welchem ich die luxemburgische Frage ausführlich besprach. Astorg berührte die Eventualität eines Krieges, und ich bemerkte, daß ein solcher für Frankreich nur dann Aussichten auf Erfolg biete, wenn er im Bund mit Österreich unternommen und das deutsche Nationalgefühl geschont werde.

8. April.

Um 12 Uhr kam Graf Hoyos und besprach mit mir eine Depesche seiner Regierung vom 6. April, worin mir die Antwort mitgeteilt wird, welche Baron Beust der preußischen Regierung auf ihre Frage, ob man in Wien den Eintritt der drei Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund beanstanden werde, gegeben hat.

11. April.

Ich hatte am Morgen einen Brief des Abgeordneten Wernher empfangen, worin mir derselbe mitteilt, daß die Stände zu Ende dieses Monats wieder zusammentreten würden, daß eine Interpellation wegen Eintritts auch der südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund bevorstehe, und daß ich gut tun würde, meine projektierte Reise nach Paris gegenwärtig nicht vorzunehmen, um meinen Gegnern nicht Waffen gegen mich in die Hand zu geben. Ich besprach nach Beendigung der Staatsratssitzung diese Frage mit Bechtold, Kritzler[1])

[1]) Friedrich, Geheimer Rat, Direktor der Oberstudiendirektion und Mitglied des Staatsrats.

und Frank, die meinen Vorschlag zur Beantwortung der Interpellation billigten und auch damit einverstanden waren, daß ich jetzt nicht nach Paris gehe.

Am Abend war ich im Theater. Die Labenskis saßen neben uns. Ich sprach mit Astorg und bat ihn, zu veranlassen, daß auch seine Regierung gegen den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund Einsprache erhebe.

14. April.

Der preußische Gesandte v. Wentzel las mir eine Zirkulardepesche seiner Regierung vor, worin zur Erklärung darüber aufgefordert wird, ob man bereit sei, Preußen zur Seite zu stehen, wenn aus der luxemburgischen Frage ein Kriegsfall entstehe. Es ist bemerkt, daß Preußen zunächst kein Interesse dabei habe, Krieg anzufangen, um die Abtretung Luxemburgs an Frankreich zu verhindern. Die Frage sei wesentlich eine deutsche und berühre die Ehre Deutschlands. Glaube die Großherzogliche Regierung, daß es nicht der Mühe wert, für die Erhaltung Luxemburgs sich den großen Nachteilen eines Krieges auszusetzen, so möge sie dies aussprechen, aber auch zugleich die Verbindlichkeit übernehmen, diese ihre Ansicht demnächst öffentlich zu vertreten. Ich erwiderte dem Herrn v. Wentzel, daß die Ansicht der Großherzoglich Hessischen Regierung nicht zweifelhaft sein könne. Hessen werde Preußen bis zum letzten Blutstropfen zur Seite stehen, wenn es sich davon handle, deutsches Gebiet und deutsche Ehre zu wahren. Es sei für Preußen und den Grafen Bismarck ein glücklicher Zwischenfall, daß Frankreich die Luxemburger Frage aufs Tapet gebracht habe, denn in diesem Falle verschwänden alle Parteiunterschiede in Deutschland, und Preußen könne auf die Sympathien und die Unterstützung eines jeden Deutschen zählen. Herr v. Wentzel wünschte dann noch zu wissen, ob wir bereit seien, die Aufnahme in den Norddeutschen Bund zu verlangen. Ich erwiderte, daß darüber ein Entschluß der Großherzoglichen Regierung noch nicht feststehe. Vorerst sei zu prüfen, ob uns durch einen solchen Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht zu große Lasten erwüchsen, und dann, ob Österreich einen solchen Schritt nicht als eine Verletzung des Prager Friedens betrachten werde. Nach Herrn v. Wentzel kam Baron Wilhelm Löw[1]) und wünschte im Auftrage des Grafen Solms-Laubach[2]) zu wissen, ob wir den Eintritt in den Norddeutschen Bund beabsichtigten. Ich antwortete ihm wie dem Herrn v. Wentzel.

16. April.

Um 2 Uhr kam Graf Hoyos zu mir und las mir eine weitere Depesche seiner Regierung, betreffend den Eintritt des Großherzogtums in den Nord-

[1]) Wilhelm Karl Gottlieb Kurt, Kammerherr.

[2]) Otto, 1799—1872, Mitglied des Norddeutschen Reichstages, Förderer des Eintritts Gesamthessens in den Norddeutschen Bund.

deutschen Bund vor. Baron Beust protestiert darin gegen die Unterstellung, als ob er gegen diesen Eintritt Widerspruch erheben werde, falls das Großherzogtum ihn verlange.[1])

21. April.

Um 10¾ Uhr kam der österreichische Hauptmann v. Vivenot, um von mir Abschied zu nehmen. Er erzählte mir, daß er im verflossenen Jahre von der österreichischen Regierung beauftragt gewesen sei, im Rücken der preußischen Armee den Massenaufstand zu organisieren. Er gab mir Exemplare der damals von ihm erlassenen Proklamationen.

Um 12 Uhr empfing ich den Hofgerichtsrat Hallwachs, um mit ihm die Frage vom Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund zu besprechen. Ich fand, daß er ein eigensinniger Anhänger dieser Idee sei. Er meinte, der dermalige Zustand, wonach nur Oberhessen zum Norddeutschen Bund gehöre, sei ein ganz unhaltbarer. Ich möge die Bewegung, welche den Zweck habe, die beiden südlichen Provinzen in den Norddeutschen Bund zu bringen, nicht unterschätzen. Die Absicht stecke dahinter, mich von meinem Posten zu verdrängen, und die Intrige reiche bis zum Prinzen Ludwig hinauf. Ich möge deshalb nicht starr auf meinen Ansichten bestehen und lieber nachgeben. Ich könne auf die Dauer die bestehende Verschiedenheit in der politischen Lage der südlichen Provinzen vom Norden doch nicht aufrechthalten. Die deutsche Einheit müsse hergestellt werden. Der Anschluß an Preußen durch Eintritt in den Norddeutschen Bund sei die einzige Möglichkeit dazu, nachdem alle früheren Versuche mißglückt seien. Man müsse sich den Umständen fügen. Was früher das Parlament nicht fertiggebracht, das sei dem Säbel gelungen. Preußen habe bereits die militärische Führung, die ja ein wesentliches Souveränitätsrecht sei. Warum sträube man sich so sehr gegen andere, minder wichtige Konzessionen? Ich antwortete dem Herrn Hallwachs, daß ich gar keinen Grund einsähe, weshalb die Stellung des Großherzogtums eine unhaltbare geworden sein solle. Wir hätten soeben mit Preußen eine Militärkonvention und ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen. Die Haupteinwürfe gegen die Fortdauer des seitherigen Zustandes seien also beseitigt. Auf eine Beteiligung der diesseitigen Provinzen an den Wahlen zum norddeutschen Parlament legte ich wenig Wert. Dieses sogenannte Parlament sei eine Komödie ohne Einfluß und Ansehen. Während die norddeutschen Staaten nichts sehnsüchtiger wünschten, als aus dem sogenannten Bund, der nichts als ein Vasallenverhältnis sei, wieder herauszukommen, dränge man hier die Regierung zum Eintritt. Vor allem werde es sich doch fragen, ob die Kräfte des Landes die großen Lasten, welche Preußen seinen Bundesgenossen auferlegt habe, auch tragen könnten, und ob seinen Interessen nicht

[1]) Vgl. dazu Dalwigks Brief an Beust vom 9. April 1867; abgedruckt bei E. Vogt: „Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung", S. 213 ff.

besser gedient sei, wenn man für Starkenburg und Rheinhessen seine Selbständigkeit wahre. Meiner Überzeugung nach könnten die sogenannten norddeutschen Bundesstaaten keine zehn Jahre fortexistieren.

Schon jetzt hätten einzelne norddeutsche Bundesfürsten, wie der Herzog von Koburg, Preußen die Abtretung ihrer Länder angeboten. Dieselbe sei freilich und im wohlverstandenen preußischen Interesse nicht angenommen worden. Um ehrlich und konsequent zu sein, müßten diejenigen, welche den Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund anstrebten, statt dessen die Annexion des Großherzogtums durch Preußen fordern. Wünsche man aufrichtig eine enge Verbindung Süddeutschlands mit dem Norden, so müsse man dem Großherzogtum die Doppelstellung belassen, die es dermalen einnehme und die es zur Vermittlung besonders geeignet mache. Der Abgeordnete v. Rabenau habe dem Großherzogtum in einer Diskussion des norddeutschen Parlamentes mit Recht die Rolle des Pioniers zur Herstellung der Verbindung des Nordens mit dem Süden vindiziert. Es heiße aber auf diese Rolle verzichten, wenn man unbedingt und sofort in den Norddeutschen Bund eintrete. Man rede von einem anormalen Zustande im Lande. Ich frage aber, ob Preußen während der fünfzigjährigen Dauer der alten Bundesverfassung nicht ebenfalls mit einem Teil seiner Staaten im Deutschen Bunde und mit einem Teile außerhalb desselben gewesen sei. Ich fände die Stellung eines Staates, der den Namen trage, ohne Selbständigkeit zu besitzen, viel anormaler als die jetzige Lage des Großherzogtums.

Daß Preußen die militärische Führung habe, sei notwendig und recht. Aber daraus, daß man sich eine solche notwendige Beschränkung auferlegt habe, folge nicht, daß man auch andere nicht notwendige Konzessionen machen müsse. Die Frage sei eine viel zu wichtige, als daß man dieselbe in der Kammer durch eine einfache Interpellation abmachen könne. Sie erfordere einen eigenen Antrag und eine gründliche Prüfung im Ausschusse. Die bevorstehende Interpellation würde ich in diesem Sinne höflich, aber ausweichend beantworten. Hofgerichtsrat Hallwachs, der mir anfangs zugestanden hatte, daß eine Vertretung im norddeutschen Parlamente eine ziemlich wertlose Sache sei, kam dann wieder auf dieselbe zurück und meinte, die Bevölkerung Starkenburgs und Rheinhessens betrachte dieselbe als einen Gewinn von großer Bedeutung, was ich entschieden in Abrede stellte. Ich bemerkte weiter, schon der Geheime Legationsrat Hofmann habe in einer der Versammlungen des norddeutschen Parlamentes erklärt, daß man die Vorteile, welche die norddeutsche Bundesverfassung darbiete, auch durch Einzelverträge erreichen könne. Dieser Weg sei jedenfalls der empfehlenswertere. Ich ging aber noch weiter und erklärte, daß manche Vorteile überhaupt nur durch Separatverträge erreicht werden könnten, wie z. B. in bezug auf das Militärwesen, die Post usw. Der Graf v. Solms-Laubach habe durch seine bekannte Interpellation im norddeutschen Parlament die Großherzogliche Regierung, welche damals über eine Militärkonvention verhandelt habe, in nicht geringe Verlegenheit gebracht.

Eine noch größere Übereilung würde es sein, wenn die Kammern dermalen die Regierung drängen wollten, mit zwei Füßen in den Norddeutschen Bund zu springen und auf alle Zugeständnisse zu verzichten, die sie dermalen von Preußen auch für Oberhessen noch erlangen könne.

Wir sprachen dann noch weiter von der diplomatischen Vertretung des Großherzogtums und von dem Antrage des Finanzausschusses der Zweiten Kammer, die dafür nötigen Mittel zu streichen.

Hallwachs meinte, man habe ja auch im Jahre 1848 auf eine selbständige diplomatische Vertretung des Landes verzichtet. Ich entgegnete, daß dies damals zugunsten eines großen gemeinsamen Vaterlandes geschehen sei. Diesmal handle es sich von einem Verzicht zugunsten Preußens. Die Angelegenheiten unserer Untertanen würden im Auslande schlecht besorgt werden, wenn es durch die preußischen Gesandtschaften geschehen solle, denen man keine Weisungen erteilen könne. In der Sitzung der vereinigten Finanzausschüsse beider Kammern über diese Frage habe Graf Görtz erklärt, es sei zynisch, dem Großherzoge so kurzweg ein Recht nehmen zu wollen, welches er seither ausgeübt habe. Man solle die geforderte Summe wenigstens noch für 1867 und 1868 bewilligen. Dagegen habe der Finanzausschuß der Zweiten Kammer damals nichts zu erinnern gehabt, scheine aber später seine Ansicht wieder geändert zu haben. Hallwachs erklärte sich mit der Ansicht des Finanzausschusses der Ersten Kammer einverstanden. Er meinte, die Abneigung gegen eine Beibehaltung des Pariser Postens hänge mit der allgemeinen Mißstimmung gegen den Grafen Enzenberg zusammen, den man als einen Aventurier betrachte. Ich erwiderte, daß Enzenberg Adjutant des Erzherzogs Albrecht gewesen und mir von dem Erzherzoge sowie von Baron Gagern als vorzugsweise befähigt empfohlen worden sei. Enzenberg sei der französischen Sprache ganz mächtig, versehe seinen Dienst zur vollkommenen Zufriedenheit der Großherzoglichen Regierung und sorge namentlich auf das eifrigste für die Interessen der großherzoglichen Untertanen. Derselbe habe in Paris sehr gute Verbindungen und sei in seinen Vermögensverhältnissen sehr gut geordnet. Er habe allerdings im Jahre 1848 seine Entlassung aus einem ungarischen Regimente nachgesucht, weil der Geist des Regimentes ein unzuverlässiger gewesen sei, auch habe er sich längere Zeit in Mexiko aufgehalten. Das sei aber kein Grund, ihn als Aventurier zu bezeichnen. Hätte ich bei der Erledigung des Pariser Postens einen qualifizierten Inländer finden können, so würde man diesem den Vorzug gegeben haben. Es habe aber leider daran gefehlt. Hallwachs konnte meine Bemerkungen nicht widerlegen, meinte aber schließlich wieder, es sei auch weniger die Abneigung gegen Enzenberg, als die Abneigung gegen den Pariser Posten überhaupt, die in der Kammer vorherrsche. Ich erwiderte, das beweise nur, daß die Kammer von der Bedeutung des Pariser Postens nichts verstehe. Wenn man auch die 6000 Hessen, die in Paris lebten, schutz- und hilflos lassen wolle, so könne man die Korrespondenzen mit der französischen Regierung in Untertanen-

sachen nicht abbrechen. Täglich seien Insinuationen, gerichtliche Urkunden, Requisitionen in Polizei- und Kriminalsachen usw. zu erledigen, und das könne vertragsmäßig nur auf diplomatischem Wege geschehen. Rufe man den hessischen Gesandten von Paris ab, so werde auch der französische Gesandte Darmstadt verlassen. Unsere Diplomatie sei auf ein Minimum beschränkt. Noch keiner deutschen Kammer in einem Staate von gleicher Größe wie das Großherzogtum sei es eingefallen, die diplomatische Vertretung des Landes ganz aufzuheben.

27. April.

Um 11½ Uhr hatte ich den Besuch des Landtagsabgeordneten Geheimen Rats Seitz.[1]) Derselbe erzählte mir, daß er mit dem Grafen Bismarck in Göttingen studiert habe. Er sei damals Senior der Hessen, Bismarck Senior der Hannoveraner gewesen, und sie hätten sich sogar einmal pro patria geschlagen. Bismarck sei damals der beste Fechter der Universität gewesen und hätte sich schon damals durch Verstand, aber auch durch anmaßendes, gewalttätiges Wesen ausgezeichnet. Seine Anträge im Seniorenkonvent seien stets extravaganter Natur gewesen.

29. April.

Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel, der mir vertraulich mitzuteilen hatte, daß Mainz und die übrigen Rheinfestungen vollständig in Verteidigungsstand gesetzt würden. Zugleich fragte Herr v. Wentzel, wie weit man mit den hiesigen Rüstungen gediehen sei. Ich erwiderte, daß man hier, ganz wie im verflossenen Jahr, binnen wenigen Wochen 10000 Mann aufstellen könne, nur wisse ich nicht, ob die Umarbeitung der Miniégewehre in Hinterlader bereits vorangeschritten sei. Ich versprach, mit dem Direktor des Kriegsministeriums zu reden und Beschleunigung zu empfehlen. Herr v. Wentzel erbot sich, uns 10000 Zündnadelgewehre leihweise zu verschaffen. Ich bemerkte, daß damit, ohne die nötige Munition, wenig gedient sei, und die etwa mitkommende Munition werde man bei den Übungen bald verbraucht haben.

Vom Prinzen Alexander empfing ich am Nachmittage Mitteilung eines aus Wien, 22. April, datierten Schreibens, worin es heißt, daß Louis Napoleon den Krieg mit Deutschland nicht wünsche, auch Rouher und Lavalette seien entschiedene Friedensmänner. Inzwischen bereite man sich aber aus Mißtrauen gegen Preußen auf den Krieg vor. Dieses Mißtrauen habe bei den französischen Staatslenkern tiefe Wurzeln geschlagen, besonders seitdem man in Paris das preußische Raubgelüste nach dem Besitze von Holland in allen seinen Einzelheiten in Erfahrung gebracht habe, wie denn letzteres auch nicht wenig dazu beigetragen habe, die Verhältnisse zwischen dem englischen Kabinette und der preußischen Regierung in hohem Grade zu trüben.

[1]) Dr. Eduard Seitz, Generalstaatsprokurator am Oberappellations- und Kassationsgericht.

5. Mai.

Um 12 Uhr hatte ich gleichzeitig den Besuch des Grafen Hoyos und des Baron Thüngen. Der erstere, von Wien zurückgekehrt, brachte mir Grüße des Baron Beust und volle Anerkennung der diesseitigen politischen Haltung. Der letztere erzählte mir vertraulich, es sei in München noch vor acht Tagen ein Ministerwechsel bevorstehend gewesen. Man habe ihm, Thüngen, das Ministerium des Äußern angeboten. Er habe aber entschieden abgelehnt. Seitdem sei nun Bomhard ausgeschieden und Hohenlohe Minister geblieben. Der König sei aber fortwährend den preußischen Tendenzen des Fürsten Hohenlohe abgeneigt.

12. Mai.

Minister Baron Neurath aus Stuttgart, welcher, von Wiesbaden kommend, nach Württemberg zurückreiste, erzählte mir ausführlich die Gründe seines Rücktrittes von seinem Ministerposten. Er habe im Ministerrate geradezu erklärt, daß die Verhandlungen mit Preußen, die Baron Varnbüler beabsichtige, zur Mediatisierung führten, daß Varnbüler noch vor einem Jahre die nämliche Ansicht ausgesprochen habe und daß er, Neurath, nicht wissentlich die Hand dazu bieten wolle, um solche Erfolge zu erreichen. Wenn man den Bevölkerungen der Einzelstaaten die nämlichen oder größere Lasten auflege, welche die Preußen zu tragen hätten, so sei es natürlich, daß diese Bevölkerungen es vorziehen würden, sofort preußisch zu werden, die Fürsten könnten in dieser Voraussetzung nichts Besseres tun, als wegen Abtretung ihrer Länder mit Preußen zu verhandeln, um rechtzeitig noch von ihren Domänen zu retten, was zu retten sei.

23. Mai.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des niederländischen Legationsrates v. Westenberg, welcher mich bat, ihm Aufschlüsse über den Inhalt der Liquidationsverhandlungen der ehemaligen Bundesstaaten unter sich zu geben. Westenberg sagte mir, daß, wenn Preußen je daran denken sollte, Holland zu nehmen, es noch schlimmere Erfahrungen machen werde als in Hannover. Die ganze Nation sei von Haß gegen Preußen durchdrungen.

26. Mai.

Morgens 10¼ Uhr besuchte mich der Attaché v. Gagern, um Abschied zu nehmen. Er reiste eine Stunde später nach Paris zurück. Ich beauftragte ihn, zu versuchen, eine Petition der in Paris wohnenden Hessen für Beibehaltung der dortigen Gesandtschaft zustande zu bringen.

Graf Astorg fragte mich, was man denn in Hessen für die Zukunft zu tun gedenke. Ich antwortete, vorerst wiese ich die preußischen Versuche zum Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund zurück. Ich stände in dieser Beziehung ziemlich allein. Die Zweite Kammer und vor allem

Prinz Ludwig drängten dahin; gäben wir nach, so werde Baden nachfolgen und Württemberg keinen Widerstand leisten. Dann sei das deutsche Kaiserreich fertig. Ich könne aber diesen Widerstand nur auf ein bis zwei Jahre leisten. Bis dahin müsse Frankreich seine Entschlüsse gefaßt haben. Entweder wolle es den Frieden erhalten und Deutschland aufgeben. Dann wüßten wir, was wir hier zu tun hätten. Oder es wolle die gefährliche Vergrößerung Preußens hindern, dann müsse es rechtzeitig handeln, ehe es zu spät sei. Die Losung der hessischen Regierung sei vorerst „Abwarten".

27. Mai.

Um 12 Uhr kam der Geheime Rat Seitz und teilte mir mit, was bisher im zweiten Ausschusse der Zweiten Kammer über den Antrag v. Goldmann usw. wegen Eintritts von Rheinhessen und Starkenburg in den Norddeutschen Bund verhandelt worden ist. Er bat mich, auf die etwas lauen Abgeordneten Kritzler und Zentgraf einzuwirken, damit diese sich ebenso, wie er getan, gegen den Antrag erklärten.

28. Mai.

Sitzung des zweiten Ausschusses der Zweiten Kammer, in welcher der Antrag wegen Eintrittes der südlichen Teile des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund beraten wurde. Die oberhessischen Mitglieder versicherten, daß sie bei der Zustimmung zum Antrage nur durch die Besorgnis geleitet würden, daß Oberhessen, wenn es isoliert bleibe, vom Großherzogtum losgerissen werde. Ich erklärte diese Furcht für ganz grundlos und bemerkte, daß, wenn Preußen die Absicht habe, die Provinz zu annektieren, es an der Ausführung dieser Absicht nicht durch den Eintritt von Starkenburg und Rheinhessen in den Norddeutschen Bund werde gehindert werden.

30. Mai.

Bei meiner Rückkehr empfing ich den Gesandten v. Gagern, der mir mitteilte, daß er am nächsten Dienstag in der Kammer gegen den Eintritt der südlichen Provinzen des Landes in den Norddeutschen Bund sprechen und dann unmittelbar nach Pest zur Königskrönung[1]) abreisen wolle.

1. Juni.

Um 4 Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Wentzel, welcher mir mitteilte, daß nach einem soeben eingetroffenen Telegramm des Grafen v. Bismarck ich zur Teilnahme an einer Konferenz der Minister der süddeutschen Staaten mit dem Grafen Bismarck in Zollangelegenheiten, die am nächsten Montag in Berlin beginnen soll, eingeladen sei. Nach Wentzel kam Baron Thüngen, um mir namens seines Hofes eine gleiche Mitteilung zu machen.

---

[1]) des Kaisers Franz Joseph zum König von Ungarn nach Abschluß des Ausgleichs.

2. Juni.

Um 4¼ Uhr fuhr ich mit dem Schnellzuge ab. Ich reiste in dem nämlichen Waggon mit den Ministern v. Varnbüler und v. Freydorf. Letzterer hat seinen unvermeidlichen Legationsrat Hardeck, ersterer einen württembergischen Finanzbeamten bei sich.

Berlin, 3. Juni.

Der württembergische Gesandte v. Spitzemberg, der badische Gesandte v. Türkheim und der hessische Gesandte Hofmann erwarteten uns am Bahnhofe. Auch Frau v. Spitzemberg war mitgekommen, um ihren Vater, Herrn v. Varnbüler, zu empfangen. Bald nach meiner Ankunft bekam ich eine Einladung des Grafen Bismarck zur Konferenz um 2 Uhr im Ministerium des Äußern. Um 11 Uhr gab ich Karten bei Graf und Gräfin Bismarck ab und machte dann dem Geheimen Legationsrat Hofmann und dessen Frau einen Besuch. Hierauf fuhr ich mit Hofmann zu dem russischen Gesandten v. Oubril, der uns sehr freundlich empfing. Ich fragte nach Frau v. Oubril, die im Begriffe war, auszufahren, aber dennoch einen Augenblick in das Zimmer ihres Mannes kam. Von da fuhr ich zu dem bayerischen Minister Fürsten Hohenlohe, der im Hotel de Rome abgestiegen und erst um 12 Uhr in Berlin eingetroffen war. Er war beim Ankleiden, und ich ließ ihm, ebenso wie dem Minister v. Freydorf und dem Legationsrat Hardeck, die im Britisch Hotel wohnten und nicht zu Hause waren, Karten. — Um 2 Uhr ging ich in das Ministerium des Äußern, wo eine zweistündige Konferenz über die Erneuerung des Zollvereins auf parlamentarischer Basis stattfand. Im Laufe der Diskussion äußerte Fürst Hohenlohe, man werde vielleicht in München Bedenken tragen, auf den preußischen Vorschlag, Abgeordnete der süddeutschen Zollvereinsstaaten zur Beratung der Zollvereinsangelegenheiten in das norddeutsche Parlament zu senden, einzugehen, weil man in einem solchen Schritt den Anfang zu einem vollkommenen Eintritt in den Norddeutschen Bund erblicken könne. Graf Bismarck verwahrte sich dagegen, als ob Preußen eine solche Ausdehnung des Norddeutschen Bundes anstrebe, oder auch nur wünsche. Dasselbe müsse vor allem die neue Einrichtung im Norden konsolidieren. Ich ergriff diesen Anlaß, zu sagen, daß ich also nicht glauben könne, es werde ein Anerbieten der hessischen Regierung wegen Eintrittes ihrer südlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund in Berlin Anklang finden. Graf Bismarck erwiderte, nicht ohne einen Anflug von Gereiztheit, daß die Trennung Oberhessens von Starkenburg und Rheinhessen sich auf die Dauer nicht durchführen lasse, und daß deshalb Preußen der Großherzoglichen Regierung keine Schwierigkeiten machen werde, wenn die letztere in der Lage sei, den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund zu wünschen. Ich warf ein, ob denn nicht Österreich und Frankreich Schwierigkeiten machen würden. Graf Bismarck erwiderte in dem nämlichen Tone: „Mit Österreich wissen wir zu reden, und was Frank-

reich betrifft, so kümmert uns dasselbe nicht. Wir sind imstande, ihm die Spitze zu bieten."

Um 5 Uhr war Diner im Königlichen Palais, zu dem außer dem Grafen Bismarck, Herrn v. Savigny, Minister v. Schleinitz und vielen Militärs die Minister der Konferenz eingeladen waren. — Graf Bismarck saß rechts vom Könige, links Fürst Hohenlohe. — Graf Pückler, der dem Könige gegenüber saß, hatte rechts den Herrn v. Varnbüler, links den Präsidenten v. Freydorf. Dem ersteren zur Rechten saß ich und hatte zu meiner Rechten den preußischen Generalleutnant Schwarz von der Artillerie. Der König reichte mir vor dem Diner die Hand vor vielen Anwesenden und sagte: „Wir haben uns lange nicht gesehen." Nach dem Diner sprach er länger mit mir von seiner Reise nach Paris. Ich sagte ihm, wie sehr ich mich über die Auszeichnungen gefreut hätte, die einigen meiner in der preußischen Armee dienenden Vettern infolge ihres Verhaltens im letzten Feldzuge zuteil geworden seien. Der König schien kaum etwas davon zu wissen. Ich sagte ihm, daß einer meiner Vettern, ein bloßer Unterleutnant, für die Wegnahme einer österreichischen Batterie den Orden Pour le mérite erhalten habe. Der König antwortete, etwas höhnisch lächelnd, indem er weiterging: „Nun, es hätte ja auch eine hessische Batterie sein können." Unter den Gästen befand sich auch Regierungsrat Klapp von Arolsen, der mir zugab, daß er wegen Abtretung des Fürstentums an Preußen verhandle, wenn letzteres nicht einige Erleichterungen zugestehen wolle. Auch die Abtretung von Koburg, Meiningen und Lippe sei von den betreffenden Fürsten angeboten. Aber Preußen wolle auf solche Zessionen nicht eingehen. Ich sprach längere Zeit mit Herrn v. Savigny, der überaus entgegenkommend war und mir zugab, daß das preußische Unternehmen keine Dauer verspreche, wenn es nicht die deutsche Idee zur Unterlage nehme. Dem Grafen Bismarck sagte ich, ob er denn glaube, daß die kleineren norddeutschen Bundesstaaten imstande seien, in dieser Verbindung und unter den ihnen auferlegten Lasten fortzuexistieren. Bismarck erwiderte, dieselben müßten eben den unnötigen großen Aufwand für innere Verwaltung beschränken. Preußen habe seither die nämlichen großen Lasten unweigerlich tragen müssen. — Abends 7 Uhr besuchte mich der Geheime Legationsrat Hofmann und las bei mir den preußischen Entwurf zu einer Konvention über Zollvereinserneuerung durch. Um $8^1/_2$ Uhr ging ich wieder zur Ministerkonferenz in das Ministerium des Äußern, wo unter Zuziehung des Ministers v. d. Heydt,[1]) der Geheimen Räte Philippsborn[2]) und Delbrück[3]) und des bayerischen Ministerialrates

[1]) 1801—1874; war 1848 zum ersten Male, 1862 zum zweiten, 1866—1869 zum dritten Male preußischer Finanzminister.

[2]) Direktor im Ministerium des Auswärtigen.

[3]) Martin Friedrich Rudolf, 1817—1903; war seit 1844 im preußischen Handelsministerium, wo er maßgebenden Einfluß in Zollvereinsangelegenheiten ausübte; seit 1867 Präsident des Bundeskanzleramts, 1870 hervorragend beteiligt beim Abschluß der Versailler Verträge.

Weber bis um 11 Uhr beraten und beschlossen wurde. Fürst Hohenlohe behielt sich definitive Erklärung vor, indem er vorerst die Ansichten seines Königs einholen müsse. — Ich gab eine ähnliche Erklärung ab. Graf Bismarck meinte, es sei doch nicht möglich, daß Bayern die hier vereinbarten Vorschläge verwerfe, worauf Ministerialrat Weber ausrief: „Ach! bei Gott und in Bayern ist alles möglich." Im Augenblick des Weggehens sprach mir Graf Bismarck von der Pariser Reise, die er morgen nachmittag 3 Uhr mit dem Könige antrete. Es sei wohl möglich, daß er in Paris in Mörderhände falle. Die preußische Polizei habe Spuren, daß eine ganze Bande teilweise aus Amerika herübergekommener Deutscher dort mit Kugeln und Orsinibomben auf ihn lauere.

Berlin, 4. Juni.

Ich hatte morgens 10½ Uhr den Besuch des Fürsten Hohenlohe. Derselbe sagte mir, daß durch die Annahme der preußischen Vorschläge behufs Rekonstruierung des Zollvereins sein Projekt eines näheren Anschlusses der süddeutschen Staaten untereinander und an Österreich zusammengefallen sei. Er klagte, daß Minister v. Beust dieses Projekt, welches Graf Taufkirchen auf den Wunsch des Grafen Bismarck vertraulich in Wien vorgelegt, zum Gegenstande einer scharfen Zirkulardepesche gemacht habe, die an deutschen und nichtdeutschen Höfen vorgelesen worden sei und namentlich bei Varnbüler gegen Bayern Mißtrauen erweckt habe. Ich sagte Hohenlohe, der mir bemerkte, es werde Bayern nichts übrigbleiben, als sich enger an Österreich anzuschließen, daß ich mich bemühen würde, zu besseren Beziehungen zwischen ihm und Minister v. Beust beizutragen. Taufkirchen sei nicht der rechte Mann für eine Sendung nach Wien gewesen. Ich fügte hinzu, daß der dermalige Zustand der Dinge in Deutschland ein lediglich provisorischer, aber sehr unerträglicher sei und daß denselben nur ein furchtbarer Krieg befriedigend lösen könne. Dieser Krieg mit Frankreich scheine mir unvermeidlich. Wir sprachen dann noch von Bismarck und seiner vollständigen Unzuverlässigkeit. Bismarck sei mit Benedetti im höchsten Grade gespannt, weil er demselben Hoffnungen auf einen leichten Erwerb Luxemburgs gemacht und ihn dadurch veranlaßt habe, die Sache in Paris anzuregen, während er, Bismarck, später von seinen Zusicherungen nichts mehr habe wissen wollen.

Ich sagte dem Fürsten noch, die Lage Hessens, mit einer Provinz im Norddeutschen Bund, sei eine überaus schwierige. Wir könnten nicht so frei handeln, wie Bayern. Wir seien genötigt, für die Annahme des preußischen Projektes einer neuen Zolleinigung zu stimmen, während wir uns über die Folgen der Beschickung des norddeutschen Parlamentes durch Abgeordnete für Zollsachen keine Illusionen machten. Unsere Sympathien für Bayern seien eine durch eine lange Reihe von Jahren bewährte Tatsache. — Wir könnten aber dermalen nur vorsichtig Rat geben, nicht selbständig handeln. Auch würden wir von der öffentlichen Stimme, die unter allen Umständen Erhaltung des Zollvereins fordere, gedrängt.

Um 12 Uhr wurde das von den Geheimräten Delbrück und Philippsborn entworfene Konferenzprotokoll unterzeichnet und der Vertrag von den Ministern v. Varnbüler und Freydorf genehmigt. Fürst Hohenlohe und ich behielten uns Instruktionseinholung vor. Wir nahmen von Graf Bismarck Abschied, der um 3 Uhr mit seinem Könige nach Paris geht. Hohenlohe erzählte mir vor dem Beginn der Sitzung, er habe nach München telegraphiert, daß Preußen den Zollverein gekündigt habe und daß er in München neue Instruktionen einholen wolle. Gelange diese Schreckensnachricht an ihre Adresse, so würden die Gemüter weich gestimmt sein, und man könne um so mehr auf Annahme des heute geschlossenen Vertrages hoffen, wenn man in den maßgebenden Münchener Kreisen sehe, daß die Möglichkeit, den Zollverein zu erhalten, noch nicht ausgeschlossen sei.

Darmstadt, 15. Juni.

Um 10½ Uhr hatte ich den Besuch des russischen Ministers Fürsten Gortschakow. Wir sprachen lange. Der Fürst versicherte, daß er von Paris die Gewißheit der Erhaltung des Friedens mitbringe. Er riet mir, uns vorerst mit Preußen auf möglichst gutem Fuß zu erhalten. Er meinte, wenn er Preuße wäre, würde er Bismarck eine Statue errichten helfen. Ich bemerkte, daß man dazu doch vorerst das Ende des zweiten Aktes des großen Dramas erwarten müsse. Ich dankte Gortschakow für die erfolgreiche Unterstützung, die er Hessen im verflossenen Jahre während der Berliner Friedensverhandlungen geliehen habe. Ich erzählte ihm, daß ich einen Augenblick Angst gehabt hätte, als nämlich der General v. Manteuffel unverrichteter Sache von Petersburg zurückgekehrt sei und man geglaubt habe, Preußen werde nun weniger Rücksicht auf Rußland nehmen. Gortschakow lachte und sagte, diese Besorgnis sei eine grundlose gewesen. Manteuffel habe übrigens zwei Briefe des Kaisers mit nach Berlin genommen, die man dort sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt habe. — Gortschakow billigte, daß ich lieber ein Stück von Oberhessen geopfert als eine Entschädigung für das Ganze auf Kosten Bayerns angenommen habe. Er sagte mir noch, General v. Manteuffel habe in Petersburg eine Sache vertreten, die seiner eigenen besseren Überzeugung entgegen gewesen sei, und das habe man an seinem befangenen Auftreten gemerkt.

(Bei Kaiser Alexander.)

Ich dankte dem Kaiser nun für seine mächtige Verwendung bei den Friedensverhandlungen des verflossenen Jahres. Er sprach, viel entschiedener als Fürst Gortschakow, mißbilligend von dem Verfahren Preußens. Ich erzählte ihm, Herr v. Savigny habe mir am Ende der Friedensverhandlungen bemerkt, daß man in Berlin Hessen sein Anlehnen an eine fremde Großmacht übelgenommen habe. Ich hätte ihm darauf erwidert, Hessen habe doch dadurch allein seine Provinz Oberhessen erhalten, übrigens verwiese ich ihn auf das Jahr 1807, wo ein größerer Staat als Hessen Rußland nicht allein eine

Provinz, sondern seine ganze Existenz verdankt habe. Der Kaiser lachte, klatschte in die Hände und rief: „Bravo, bravo!“ Er fragte mich dann nach dem Prinzen Ludwig und ob es wahr sei, daß derselbe sehr liberalen Gesinnungen huldige. Ich erwiderte, daß ich dies leider bejahen müsse. Der Prinz stehe ganz unter dem Einflusse seiner Gemahlin, die, eine echte Koburgerin und Tochter ihres Vaters, von den Grundsätzen erfüllt sei, die der verstorbene Herr v. Stockmar[1]) den Prinzen des Hauses Koburg eingeflößt habe. Prinz Ludwig habe keinen anderen Wunsch, als daß Hessen in den Norddeutschen Bund trete und sich somit mediatisieren lasse. Käme der Prinz einmal zur Regierung, so möge er mit seiner Krone machen, was er wolle. Solange aber der Großherzog regiere und ich ein Wort zu sagen hätte, würden solche Bestrebungen keinen Erfolg haben. Ich kennte nur Pflichten gegen den Großherzog und sein Land und hielte mich nicht für berechtigt, Utopien nachzujagen. Wir wurden hier durch eine Depesche unterbrochen, die der Kaiser empfing. Es war beinahe 1 Uhr, der Kaiser entließ mich, indem er mir die Hand reichte, mit dem Bemerken, es sei ihm ganz ungewohnt, in Darmstadt allein, ohne die Kaiserin zu sein.

Um 3 Uhr fuhr ich auf das Ministerium des Innern und von da nach Kranichstein, wo ein großes Diner stattfand.

Vor dem Diner promenierte ich eine halbe Stunde lang mit dem Fürsten Gortschakow, der mich unter den Arm gefaßt hatte, in den Gängen des Schlosses auf und ab. Der Fürst fragte mich nach meinem Empfang bei dem Kaiser und nach meinen Beziehungen zu dem Prinzen Ludwig. Ich erzählte ihm von meiner jüngsten Korrespondenz mit dem Prinzen, die ihn sehr belustigte, namentlich lachte er, als ich ihm sagte, daß ich dem Prinzen geschrieben hätte, sein Vorwurf, unangenehme Wahrheiten nicht hören zu können, treffe mich nicht. Die mehr weiblichen Eigenschaften der Eitelkeit und Selbstüberschätzung seien mir fremd. Gortschakow sagte mir, der Herzog von Nassau schätze seine Domänen auf einen Wert von 70 Millionen Gulden. Dafür habe ihm Preußen 62 Millionen geboten, während er 20 Millionen in Gold oder Gütern verlange. Graf Bismarck sei in solchen Dingen weit kulanter und anständiger als der König von Preußen, der um jede Million feilsche und handle. — Nach der Tafel sprach ich einen Augenblick mit dem Herzog von Nassau, der mir das nämliche sagte. Fürst Gortschakow setzte sich nach beendigtem Diner zu mir in meinen Wagen, und wir sprachen auf der Rückfahrt noch über eine Menge von Dingen. Er meinte, er sei jetzt 70 Jahre alt und denke ernstlich an seinen Rücktritt. Ich machte ihm Komplimente über sein gutes Aussehen und über die Notwendigkeit, daß er die Geschicke zweier Weltteile auch noch ferner leite. Das letztere stellte er denn auch nicht in Abrede. Wir sprachen von Stuttgart. Er sagte mir, daß es

[1]) Christian Friedrich Freiherr v. Stockmar, 1787—1863, vertrauter Ratgeber der Familie Koburg.

russischem Einfluß zu danken sei, wenn Württemberg nicht die doppelte Summe an Kriegskostenentschädigung zu zahlen gehabt habe. Gortschakow meinte, die Königin Olga sei in ihrem Auftreten Preußen gegenüber zu schroff gewesen. Sie hätte ihre Rückreise von Petersburg nach Stuttgart im Frühjahr 1866 nicht über Wien machen sollen. Hätte sie Berlin nicht berühren wollen, so hätte sie den Weg über Dresden wählen können. Dies letztere habe er ihr, obwohl vergeblich, geraten. Gortschakow, dem ich meine letzte Unterhaltung mit dem Grafen Bismarck wegen der Möglichkeit eines Eintrittes des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund mitteilte, versicherte, daß Graf Bismarck von der Unmöglichkeit eines solchen Eintrittes ebensogut durchdrungen sei als ich. Spreche er öffentlich anders, so sei das nur eine Rücksicht auf die öffentliche Stimmung, aber nicht Bismarcks wahre Meinung. Ich möge auch nicht glauben, daß der Brief, welchen der Kronprinz von Preußen wegen Aufnahme des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund an den Prinzen Ludwig gerichtet habe, mit Vorwissen und Zustimmung Bismarcks geschrieben worden sei.

Gortschakow meinte noch, die Preußen, welche nach dem kleinen dänischen Kriege unerträglich übermütig gewesen seien, seien trotz ihrer Siege in Böhmen sehr ernst und nachdenklich gestimmt und sprächen bescheidener als sonst. Sie hätten gelernt, was der große Krieg sei, und fürchteten denselben. Bismarcks Bravade, daß Preußen Frankreich die Spitze zu bieten imstande sei und sich um dessen Einsprache gegen Erweiterung des Norddeutschen Bundes nicht kümmere, sei nicht aufrichtig gemeint.

19. Juni.

Ich ging zum Grafen Görtz und zeigte demselben ein Telegramm des Grafen Bismarck, worin derselbe auf baldige Publikation der Verfassung des Norddeutschen Bundes anträgt. Ich bat, die Sitzung der Ersten Kammer, in welcher die norddeutsche Bundesverfassung und ihre Annahme für Oberhessen beraten werden solle, auf den 22. l. M. anzuberaumen, was Görtz auch zusagte. Derselbe sprach sich lebhaft für die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf das ganze Land aus. Als ich ihm entgegnete, daß das einer Mediatisierung des Großherzogs im übelsten Sinne gleichkäme, meinte er, der Großherzog sei doch bereits so gut als mediatisiert, namentlich durch die Militärkonvention. Ich widersprach dem mit dem Bemerken, die Militärkonvention sei allerdings ein Übel, aber von zwei zu wählenden Übeln das kleinste gewesen. Die kleineren deutschen Fürsten hätten seit dem Rheinbunde stets unter fremder Fahne marschieren müssen, aber man habe sie deshalb bisher nicht für mediatisiert gehalten.

21. Juni.

Morgens 9½ Uhr fuhr ich in eine Sitzung des zweiten Ausschusses der Ersten Kammer, in welcher Graf Görtz einen merkwürdigen Bericht zugunsten

des Goldmannschen Antrages auf den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund vortrug. Ich bekämpfte den Görtzschen Bericht auf das lebhafteste.[1])

22. Juni.

Morgens 10 Uhr fuhr ich in eine Sitzung der Ersten Kammer, in welcher der Vorlage der Regierung wegen Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes in Oberhessen zugestimmt wurde. Der Fürst v. Isenburg-Büdingen,[2]) Domkapitular Luft[3]) und der Graf v. Erbach-Fürstenau[4]) hielten starke Reden gegen die fragliche Verfassung.

1. Juli.

Ich berichtete morgens an den Großherzog und legte ihm die mit Preußen wegen des Postwesens abgeschlossene Übereinkunft vor.

17. Juli.

Um 1 Uhr besuchte ich den am Abende zuvor für den Landtag angekommenen Gesandten v. Gagern. Derselbe erzählte mir, daß Baron Beust auf den Krieg gegen Preußen hinarbeite. Gagern sprach mir von der stets wachsenden Spannung zwischen Österreich und Rußland.

20. Juli.

Morgens $10^1/_2$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Ich bat ihn zunächst um Ernennung der Herren v. Bechtold und v. Starck[5]) zu Wirklichen Geheimen Räten, was er zusagte. Er erzählte mir dann von der ungehörigen Einmischung des Prinzen Ludwig in militärische Angelegenheiten und von dem tüchtigen Wischer, den er demselben dafür erteilt habe. Prinz Ludwig habe infolge davon um Verzeihung gebeten, aber auch Verlängerung seines Urlaubs nachgesucht. Dann sprachen wir von den politischen Aussichten. — Der Großherzog behauptete, durch den Feldzug des verflossenen Jahres der Mainarmee ziehe sich wie ein roter Faden der schlimme Einfluß des Obersten v. Schönfeld auf den Prinzen Alexander. Es scheine, als ob alle Ratschläge dieses Mannes darauf berechnet gewesen seien, zu hindern, daß das VIII. deutsche Armeekorps Erfolge erringe, nachdem die Österreicher die Schlacht von Königgrätz verloren gehabt.

---

[1]) Über diese Angelegenheit vgl. die Straßburger Dissertation von E. Götz: Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866—1871, S. 56 f. Übrigens wimmelt die Schrift von schiefen Urteilen.

[2]) Bruno Casimir Albert Emil Ferdinand, 1837—1906.

[3]) Gestorben 1870, katholischer Stadtpfarrer in Darmstadt.

[4]) Raimund Alfred Friedrich Franz, 1813—1874.

[5]) Karl Ernst August Rinck, Freiherr v. Starck, Präsident des Oberkonsistoriums und Mitglied des Staatsrats.

31. Juli.

Mittags 12 Uhr hatte ich einen langen Besuch des Grafen Larochefoucauld. Derselbe behauptete, im Kriege gegen Preußen müsse Österreich den Anfang machen und Frankreich nur als Alliierter eingreifen. Ich erwiderte, daß das Österreich nimmermehr tun werde, weil es stets fürchten werde, von Frankreich im Stiche gelassen zu werden, wenn Preußen dem letzteren eine Abfindung, etwa das linke Rheinufer, anbiete. Larochefoucauld meinte, Frankreich werde selbständig keinen Krieg anfangen. Das Risiko sei zu groß, auch wisse man, daß die deutschen Bevölkerungen, und namentlich auch die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden, den Franzosen abgeneigt seien. Larochefoucauld erzählte mir, der Großherzog von Baden sei bei seiner dermaligen Anwesenheit in Paris in den Tuilerien sehr schlecht empfangen worden.

13. August.

Morgens 9 Uhr 50 Minuten fuhr ich mit Dellchen per Eisenbahn nach Mainz und von da in einem Wagen durch das Rheingau auf den Johannisberg. Fürst und Fürstin Metternich empfingen uns höchst liebenswürdig. Wir schwatzten bis zum Diner auf der Terrasse. Ich sagte dem Fürsten, der Krieg sei für Österreich in diesem Augenblicke in der Tat nicht wünschenswert. Es gebe nur einen Fall, in welchem Österreich zu demselben drängen müsse, wenn nämlich ein preußisch-russisches Abkommen bestehe, auf die Zerstückelung Österreichs gerichtet. Der Fürst antwortete: „Daß ein solches Abkommen besteht, dafür haben wir Beweise in Händen." Ich bemerkte weiter, daß Österreich alle Ursache habe, in etwaigen Verabredungen mit Frankreich vorsichtig zu sein, denn Preußen werde, wenn es dem letzteren gegenüber ins Gedränge gerate, nicht unterlassen, sich durch die Anerbietung der Abtretung des linken Rheinufers mit demselben abzufinden und dann sich auf das isolierte Österreich zu werfen. Herr v. Wentzel habe mir das offen ausgesprochen.

29. August.

Morgens $10^3/_4$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Derselbe erzählte mir von Salzburg und der dortigen Kaiserkonferenz,[1]) ohne mir aber etwas politisch Wichtiges mitteilen zu können. Er sagte mir, Kaiser Napoleon habe ihn nach Frankfurt und der dortigen Stimmung gefragt, sodann bemerkt, ob der Großherzog in Mainz noch die Zivilhoheit ausübe. Baron Beust habe ihm ironisch erzählt, Bismarck habe ihn, Beust, wissen lassen, daß er ihn liebe. Kaiser Napoleon habe gesagt, daß von Rußland wenig zu fürchten sei, weil die russische Regierung durch die inneren Verlegenheiten hinlänglich beschäftigt sei.

Der Großherzog sagte mir, er habe dem Kaiser Napoleon für den Fall eines kriegerischen Konfliktes sich, seine Familie und sein Land empfohlen.

[1]) Zwischen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Napoleon am 18. August.

Er habe die Überzeugung gewonnen, daß, wenn die Franzosen siegen sollten, Baden und seine Dynastie von der Landkarte verschwinden würden.

30. August.

Um 3 Uhr kam der Geheime Legationsrat v. Wentzel und teilte mir eine Depesche, betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich, mit. Er versicherte, in der preußischen Armee herrsche die vollste Zuversicht über den guten Ausgang eines etwaigen Krieges mit Frankreich.

9. September.

Baron Thüngen sagte mir, der Großherzog habe ihm versprochen, den König von Bayern auf die Mängel in den bayerischen Zuständen aufmerksam zu machen. Der Großherzog habe hinzugefügt: „Ja, wenn ich Ihnen den Dalwigk einmal auf ein halbes Jahr leihen könnte, der würde schon Ordnung schaffen." Der Großherzog habe mich dann ungemein gelobt und gesagt, wie ich sein ganzes Vertrauen besäße, mit dem Zusatze, ein Fürst solle sich Minister wählen, die er kenne und denen er vertraue, dann aber dieselben gewähren lassen und sie nicht überall konterkarieren.

26. September.

Um 12½ Uhr ging ich zu dem Grafen Astorg, um demselben einen Auszug aus den Verhandlungen des Berliner Reichstages mitzuteilen. Der Abgeordnete Adalbert v. Rabenau hatte dort am 24. September den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund lebhaft befürwortet und bemerkt, ich hätte den Beschluß der Ersten Kammer der Hessischen Stände in dieser Beziehung durch die Versicherung herbeigeführt, daß ein Antrag auf Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund Preußen Verlegenheiten bereiten würde. Graf Bismarck hatte darauf erwidert, daß Preußen zu einer solchen von mir gemachten Unterstellung keinen Anlaß gegeben habe und daß er meine Versicherung nicht als zutreffend ansehen könne. Ich bat den Grafen Astorg, indem ich ihm ein Exemplar der Nationalzeitung, in welchem die fragliche Konversation abgedruckt war, zurückließ, die Sache bei seiner Regierung zur Sprache zu bringen und deren Erwägung anheimzugeben, inwieweit sie eine Überschreitung der Mainlinie und eine Annexion Süddeutschlands durch Preußen, für welche durch die offenbar vorher verabredete Konversation zwischen dem Herrn v. Rabenau und Bismarck ein weiterer Schritt gemacht sei, ruhig geschehen lassen wolle.[1])

Paris, 10. Oktober.

Um 11 Uhr holte mich Graf Enzenberg in die Exposition universelle ab. Ich machte ihm vorerst in seiner Wohnung einen Besuch. Dann gingen wir

[1]) Über diese Unterredung berichtete Graf d'Astorg am 28. September ausführlich an Moustier. Siehe Ollivier, l'Empire libéral, X, S. 47, und Götz a. a. O., S. 56. Der dort angegebene Zeitpunkt ist danach zu berichtigen.

zusammen zu Fuß in die Ausstellung. Unterwegs erzählte mir Enzenberg vertraulich, er habe einen badischen Arbeiter, der einen Freund in den geheimen Artilleriewerkstätten zu Paris besitze, veranlaßt, sich dort einzuschleichen und sich von den neuen Spritz- oder Revolverkanonen, welche Kaiser Napoleon dort ganz im geheimen anfertigen lasse, genaue Zeichnungen und Maße zu verschaffen. Diese Zeichnungen habe er, Graf Enzenberg, dem Grafen Goltz[1]) überbracht, welcher sie sofort nach Berlin befördert habe. Ich sprach Enzenberg mein lebhaftes Bedauern aus, daß er sich zu einem solchen Geschäft habe brauchen lassen. Er meinte, da die neuen Geschütze ja doch gegen Deutschland gebraucht werden sollten, habe er nur seine Pflicht getan. Ich erwiderte ihm, es handle sich nicht von einem Kriege von Deutschland, sondern von Preußen mit Frankreich, und er möge den Preußen es selbst überlassen, sich die französischen Waffengeheimnisse zu verschaffen. Jedenfalls seien Geschäfte solcher Art eines Gesandten nicht würdig.

12. Oktober.

Graf Enzenberg holte mich um 11 Uhr zu dem Minister Marquis de Moustier[2]) ab.

Marquis de Moustier empfing mich sehr artig, fast herzlich. Wir sprachen sehr bald Politik. Ich bemerkte, daß, wenn Preußen nach dem Siege von Sadowa sich die deutsche Kaiserkrone aufgesetzt hätte, ohne zu Annexionen zu schreiten, die deutsche Frage erledigt wäre. Alle Parteien und somit Deutschland würden dann beruhigt gewesen sein. Die passende Verfassung für Deutschland sei eine föderale. Preußen aber, indem es sich lediglich vergrößert und an der Mainlinie stehen geblieben, habe etwas Unhaltbares geschaffen. Es fühle das wohl und dränge deshalb Hessen, mit seinen beiden südlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund zu treten, um dadurch die übrigen süddeutschen Staaten zur Nachfolge zu bestimmen. Moustier sagte, es sei leider im verflossenen Jahre im entscheidenden Momente der Kaiser Napoleon krank gewesen. Er, Moustier, aber sei erst am 1. Oktober in sein jetziges Amt eingetreten. Drouin de Lhuys, statt auf die Bitten von Bayern und Württemberg um Vermittlung einzugehen, habe statt dessen, dans un moment d'erreur, von Preußen Kompensationen verlangt, die abgelehnt worden seien, und dadurch seinen Einfluß verscherzt. Infolge davon hätten Bayern und Württemberg ihren Frieden mit Preußen gemacht. Das sei dann der Grund von Drouins Rücktritt gewesen. Wie die Sachen jetzt stünden, könne Frankreich, um kleiner Ursachen willen, keinen Krieg anfangen und dadurch Preußen Veranlassung geben, an das deutsche Nationalgefühl zu appellieren. Ein großer Fehler, den Frankreich im verflossenen Jahre gemacht, sei auch der gewesen, den Prager Frieden nicht mit zu unterzeichnen,

[1]) Robert Heinrich Ludwig Graf v. d. Goltz, 1817—1869; war 1862 Botschafter Preußens in Petersburg, seit 1863 in Paris.

[2]) Lionel Marquis de Moustier, französischer Minister des Auswärtigen.

um dadurch auch formell das Recht zu erwerben, bezüglich seiner Ausführung ein Wort mitzureden. Sodann hätte man die Bildung des Süddeutschen Bundes obligatorisch machen sollen, während dieser Bund jetzt durch die Eifersüchteleien Bayerns und Württembergs unmöglich geworden sei. Die Politik des Herrn Thiers sei allerdings nicht die der jetzigen französischen Regierung. Man wolle sich nicht dadurch kräftigen, daß man die benachbarten Staaten schwach erhalte, sondern die Stärke müsse Frankreich in sich selbst suchen (nous ne cherchons pas notre force dans la faiblesse des autres, mais dans nous mêmes). Die törichten Provokationen der preußischen Presse betrachte man wie kleinliche Beleidigungen, die einem alten erprobten Duellanten zugefügt würden und die derselbe, gestützt auf seinen Ruf, nur verachte. Ich bemerkte, daß Hessen sich auf einem vorgeschobenen Posten befinde, den es ohne die, wenigstens moralische, Unterstützung Frankreichs und Österreichs nicht halten könne. Preußen verlange nicht direkt unseren Eintritt in den Norddeutschen Bund, aber es bereite uns alle möglichen Schwierigkeiten, um uns zu zwingen, diesen Eintritt selbst zu erbitten. Marquis de Moustier erwiderte: „Nous le savons bien, le Nord de l'Allemagne n'a pas pu entrer dans le Sud, maintenant on veut forcer le Sud d'entrer dans le Nord." Wir sprachen weiter von Österreich. Marquis de Moustier fragte, ob ich glaube, daß Baron Beust seine Aufgabe lösen werde. Ich entgegnete, daß Beust der einzige sei, der das vielleicht könne. Er habe die enormen Fehler seiner Vorgänger wieder gutzumachen. Österreich als Ganzes sei eine politische Notwendigkeit. Die Ungarn, Dalmatier, Polen und Böhmen, die dies verkennten, seien schlechte Politiker. Hörten sie auf, Österreicher zu sein, so fielen sie unter russische oder italienische Herrschaft. Frankreich habe das größte Interesse, den Parteiführern in den verschiedenen österreichischen Kronländern gute Ratschläge zu geben, um nicht seine besten natürlichen Verbündeten im Orient zu verlieren. Wir kamen dann auf Rußland zu reden. Moustier sagte lächelnd, Fürst Gortschakow glaube, daß Bismarck nach seinen Ratschlägen handle. Derselbe habe in Paris Korrespondenzen in diesem Sinne gezeigt. Ich erwiderte, daß, wenn jemals dem Fürsten Gortschakow Beweise geliefert werden könnten, daß Bismarck auf ihn mit Ironie herabsehe, Rußlands ganze Politik sich ändern würde. Die altrussische Partei strebe nach dem Besitze von Konstantinopel. Moustier bemerkte, Kaiser Alexander habe in Paris die bündigsten Versicherungen gegeben, daß eine solche Absicht ihm fernliege. Ich erwiderte, das möge vom Kaiser aufrichtig gemeint sein, aber der Einfluß Gortschakows, der altrussischen Bestrebungen diene, sei überwiegend. Die altrussische Partei wolle die deutsche Dynastie, welcher der Kaiser Alexander angehöre, entfernen. Sie wolle die Schöpfungen Peters des Großen, die sie als ein Unglück für Rußland ansehe, vernichten. Da aber Rußland Häfen brauche, so müßten diejenigen, die Kronstadt aufgeben wollten, notwendig nach dem Besitze des Schwarzen Meeres und Konstantinopels streben. Kaiser Alexander sei Legitimist, er achte Recht und

Verträge, er habe also die Ereignisse des verflossenen Jahres in Deutschland tief beklagt, noch mehr habe dies die Kaiserin getan, aber die orientalische Frage habe dennoch in der Haltung Rußlands den Ausschlag gegeben. Ich bat den Marquis de Moustier, mich bei dem Kaiser Napoleon anzumelden, was er mir mit den Worten zusagte: „L'Empereur sera heureux de causer politique avec vous." Ich machte hierauf mit Enzenberg Besuche bei den Botschaftern Graf Goltz und Baron Budberg, die beide beim Frühstück waren und nicht empfingen.

15. Oktober.

Ich fuhr zur Königin der Niederlande,[1]) die mich um $6^1/_2$ Uhr abends zur Audienz befohlen hatte. Sie wohnt in der Rue de l'Elysée im Kaiserlichen Pavillon 4. Im Vorzimmer waren nur Bediente, kein Kavalier, auch wurde ich durch einen Lakaien so einfach angemeldet, als wäre man im Hause eines Privatmannes. Die Königin empfing mich äußerst liebenswürdig. Sie sagte mir, daß sie mich noch von einem landwirtschaftlichen Feste in Stuttgart her kenne, und ließ mich in einem Fauteuil, ihr gegenüber, sitzen. Sie sprach, obgleich sie ganz heiser war, doch lebhaft von Politik. Sie klagte bitter, daß Rußland im verflossenen Jahre sich neutral gehalten habe. Sie schien erstaunt, als ich ihr sagte, daß wir russischer Verwendung die Erhaltung unserer Provinz Oberhessen verdankten. Die Königin hatte geglaubt, daß englischer Einfluß, mit Rücksicht auf die Prinzessin Alice, dies bewirkt habe. Ich war in der Lage, ihr diesen Glauben vollständig zu nehmen. Die Königin sagte, der König Wilhelm von Preußen sei viel schlechter als sein Minister Bismarck. Sie verlangte zu wissen, weshalb unser Prinz Alexander im verflossenen Jahre untätig in Frankfurt stehengeblieben sei. Sie erzählte ferner, der Großherzog von Baden habe in Paris dem Prinzen Napoleon gesagt, er werde sich glücklich schätzen, seine Krone gegen einen Sitz im norddeutschen Parlamente zu vertauschen.

20. Oktober.

Um $1^3/_4$ Uhr fuhr ich nach St. Cloud, wohin mich der Kaiser Louis Napoleon zur Audienz beschieden hatte. Der Kammerherr Comte d'Aygues-vives führte mich ein.

Der Kaiser sah matt und angegriffen aus. Er reichte mir die Hand und ließ mich neben sich sitzen. Er begann: „Eh bien! Mr. de Dalwigk, comment est la situation en Allemagne?" Ich richtete zunächst die mir vom Großherzog aufgetragenen Empfehlungen aus und fuhr fort: „Votre Majesté veut-elle me permettre de parler avec toute la franchise qui répond aux sentiments dévoués et sympathiques que je Lui ai voués depuis si longtemps?" Der Kaiser antwortete: „Mais certainement." Ich sagte

[1]) Sophie, Gemahlin Wilhelms III., 1818—1877, Tochter König Wilhelms I. von Württemberg.

ihm dann, daß leider Frankreich im verflossenen Jahre große Fehler begangen habe. „La volonté suprême qui dirige les destinées de la France, a manqué, puis-que Votre Majesté a été malade, et ceux qui auraient dû Vous remplacer pour le moment, Sire, n'étaient pas à la hauteur de leur tâche.“ Ich nannte hier Herrn Benedetti, welchen dieser Vorwurf hauptsächlich treffe, und der nicht einmal auf die Mitunterzeichnung des Prager Friedens durch Frankreich geachtet habe. Er habe für Italien, aber nicht für Frankreich zu sorgen verstanden. Man hätte unter keinen Umständen den Süden Deutschlands sich selbst und seinen freien Entschließungen überlassen dürfen. Die damals gemachten Fehler würden aber schwer zu reparieren sein. Die Unsicherheit der deutschen Zukunft, der Wirrwarr in den Meinungen habe den höchsten Grad erreicht. Die wahre Volksstimmung im Süden und den von Preußen annektierten Provinzen sei entschieden antipreußisch, und man würde sich über eine zweite Schlacht von Jena freuen wie im Jahre 1806. Aber niemals dürfe Frankreich an eine Eroberung des linken Rheinufers denken. Eine solche Absicht würde schnell alle Parteien in Deutschland einigen und Herrn v. Bismarck die Kräfte der ganzen Nation zur Verfügung stellen. Der Norddeutsche sogenannte Bund sei eine lebensunfähige Schöpfung. Ich könne es verstehen, wenn man einem Fürsten zumute, sich mediatisieren zu lassen. Darin liege wenigstens ein klarer Gedanke. Aber ihn aufzufordern, in den Norddeutschen Bund einzutreten, der ihm nur Pflichten auflege und keine Rechte gewähre, heiße von ihm verlangen, daß er den Prokonsul für Preußen mache, daß er sein Land für preußische Militärzwecke aussauge und sich somit entehre. Hätte der König Wilhelm sich nach der Schlacht von Sadowa in Frankfurt zum Deutschen Kaiser krönen lassen und von seinen Mitfürsten, statt eine Anzahl derselben zu entthronen, lediglich die für die Macht und das Ansehen der Kaiserkrone unerläßlichen Konzessionen verlangt, so würde jedermann in Deutschland zufrieden gewesen und ein fertiges Werk zustande gekommen sein. Jetzt frage jeder: „Et après?“ Preußen mache Versuche, die Mainlinie zu überschreiten, aber um den Prager Frieden nicht direkt zu verletzen, in der Weise, daß es die süddeutschen Staaten zu veranlassen suche, selbst ihre Aufnahme in den Nordbund zu erbitten. Hessen befinde sich auf dem vorgeschobensten Posten, seine Stellung mit einer Provinz im Nordbunde und zwei Provinzen südlich vom Maine sei eine äußerst schwierige. Der Großherzog und seine Regierung setzten den preußischen Versuchen entschiedenen Widerstand entgegen, aber auf die Dauer sei das schwierig. Der Kaiser lächelte und sagte: „Votre chambre est très mauvaise,“ dann fragte er, indem er den Kopf wiegte und die Augen schloß: „Et combien de temps pouvez-vous encore resister?“ Ich antwortete: „Deux à trois ans.“

Der Kaiser fing von Baden zu reden an. Ich sagte ihm offen meine Meinung über dieses Land und seine Dynastie und setzte hinzu: „Je bénirai le moment, ou ce pays avec sa dynastie disparaîtra de la carte de l'Allemagne.“ Der Kaiser sprach dann von der bayerischen Politik und dem neuesten

Programm des Fürsten Hohenlohe. Ich antwortete: „Le prince de Hohenlohe nous explique tout ce qu'il ne veut pas et quand il dit ce qu'il veut, on trouve que c'est chose impossible." Der Kaiser sagte weiter: „Votre futur successeur ne partage pas les opinions du Grand-duc." Ich erwiderte, es sei ein trauriges Schauspiel, wenn ein deutscher Prinz seine Krone gegen einen Sitz im norddeutschen Parlament zu vertauschen wünsche. Es sei aber besonders die Gemahlin des Prinzen Ludwig, welche den Augenblick nicht erwarten könne, in dem es ihr vergönnt sei, ihrer preußischen Schwester die Schleppe zu tragen. Ich dankte dem Kaiser, nachdem wir aufgestanden waren, noch für die Zusendung seiner Geschichte Cäsars. Nachdem ich in den Hof des Schlosses gegangen war, um dort in den Wagen zu steigen, rief mir der Graf d'Aygues-vives aus einem Fenster des rechten Seitenflügels zu, ich möge wieder heraufkommen, die Kaiserin wolle mich ebenfalls empfangen. Ich ging also rasch die Treppe herauf und fand bei der Kaiserin die liebenswürdigste Aufnahme. Sie ließ mich in einem Fauteuil neben sich sitzen und sprach, nachdem ich ihr die Empfehlungen des Großherzogs ausgerichtet und sie sich nach dessen Befinden erkundigt hatte, sofort Politik. In ihr war anderes Leben, andere Energie, als in dem sehr müden, erschöpften Kaiser. Ich resümierte ihr meine Ansichten dahin: Preußen, ein ehrgeiziger, eroberungssüchtiger Staat, sei, wenn auch an Seelenzahl Frankreich noch nicht gleich, doch durch seine militärische Organisation ein gefährlicher, stets drohender Nachbar der angrenzenden Staaten. Früh oder spät werde ein Krieg Frankreichs mit Preußen unvermeidlich werden. Wünschen könne einen solchen Krieg niemand, der menschliches Gefühl besitze. Aber die Umstände seien mächtiger als Wünsche. In diesem Falle möge nun Frankreich niemals die Rheingrenze auf seine Fahne schreiben, denn das würde das Signal zu einer allgemeinen Volkserhebung in Deutschland sein, während Preußen dermalen außerhalb seiner Grenzen nirgends Sympathien besitze. Auch würde Frankreich, im Falle einer Eroberung der Rheinlande, nur unzufriedene, feindlich gesinnte Untertanen erwerben, die ihm stets Verlegenheiten bereiten würden. Im verflossenen Jahre habe man in Frankreich große Fehler begangen, die hauptsächlich Herrn Benedetti zur Last fielen. Ich entwickelte meine Gründe. Die Kaiserin gab alles zu. Sie meinte aber, Frankreich habe im Falle eines Krieges mit Preußen den großen Vorteil, de pouvoir agir avec ses forces moyennes, tandis que la Prusse serait obligée de mettre toutes ses forces en action, que la France pourrait developper toujours de nouvelles ressources, tandis que la Prusse serait bientôt épuisée.

Die Kaiserin sprach so gut und ihre Ansichten waren so konservativ, daß ich ihr wiederholt sagte, wie erfreut ich sei, solche Worte aus ihrem Munde zu hören, und wie ich jeden ihrer Sätze zu unterschreiben bereit sei.

Die Kaiserin fragte auch, ob ich Bismarck für einen Staatsmann halte. Ich antwortete, so wenig als ein Spieler, der ein ihm anvertrautes Vermögen auf eine Karte setze und damit gewinne, in meinen Augen ein guter

Verwalter sei. Der echte Staatsmann müsse schaffen, was befriedige und Dauer verspreche. Das habe Bismarck nicht getan. Ich fügte hinzu, que malgré les belles paroles nulle part la France et la dynastie de l'Empereur Napoléon était haï comme à Berlin. Ich schloß damit, der Kaiserin zu sagen: „Méfiez Vous toujours et partout de la Prusse." Ich kam um 5 Uhr nach Paris zurück.

21. Oktober.

Ich fuhr um 11 Uhr mit Enzenberg zu dem bayerischen Gesandten v. Perglas,[1]) der mir nicht den Eindruck eines sehr begabten Mannes machte. Er meinte, nach demjenigen, was Preußen bereits konzediert sei, sei der Eintritt in den Norddeutschen Bund nur ein unbedeutender Schritt weiter. Ich sagte ihm meine Gründe, weshalb ich diese Ansicht nicht teilen könne.

22. Oktober.

Kommerzienrat Fink teilte mir folgendes im engsten Vertrauen mit:

Ein bei der Ausstellung beschäftigter badischer Arbeiter, Namens Fischer, ein intelligenter junger Mann, habe in den französischen geheimen Artilleriewerkstätten Verbindungen und habe sich mit Vorwissen des badischen Kommissärs, Herrn Molitor, und des Grafen Enzenberg Zeichnungen und Maße von den dort unter größter Geheimhaltung verfertigt werdenden neuen Spritzkugelgeschützen verschafft. Diese Zeichnungen habe Graf Enzenberg dem Grafen Goltz zugestellt in der eigentümlichen Ansicht, daß dadurch der Krieg verhindert werden könne. Graf Goltz habe sofort den Fischer veranlaßt, Paris zu verlassen, sich nach Berlin zu begeben und dort die Zeichnungen, sowie einen eigenhändigen Brief des Grafen Goltz an den Grafen Bismarck, dem letzteren zu übergeben. — Fischer sei abgereist und habe den Weg nach Berlin über Karlsruhe genommen, um dort seine Regierung von der Sache zu informieren. — Molitor aber sei in großer Angst, weil er Anzeichen zu haben glaube, daß die französische Regierung von der Sache Wind bekommen habe. Ich dankte Fink für seine Mitteilung, ohne ihm zu sagen, daß Enzenberg mir bereits in unglaublicher Naivität davon gesprochen habe. Ich gab aber Herrn Fink zu, daß Enzenberg schwer gefehlt habe, daß der leiseste Verdacht, der sich bei der französischen Regierung gegen ihn erhebe, ihn seinen Posten kosten und die Großherzogliche Regierung in die unangenehmste Verlegenheit setzen werde. Vorerst müsse man aber schweigen, weil ein diesseitiges Einschreiten gegen Enzenberg, ohne ostensible Veranlassung, die preußische Regierung verletzen würde.

24. Oktober.

Wir fuhren zuerst nach dem Palais de l'Elysée und schrieben uns dort bei dem Kaiser Franz Joseph sowie bei den Erzherzögen Karl Ludwig[2]) und

[1]) Maximilian Joseph Freiherr Pergler v. Perglas.
[2]) 1833—1896. Bruder Kaiser Franz Josephs.

Ludwig Viktor[1]) ein. Dann fuhren wir zum Diner bei dem preußischen Botschafter Grafen Goltz, der mich mit einer gewissen Herzlichkeit empfing. Es waren außer uns der Oberpräsident der Rheinprovinz Herr v. Pommer-Esche, der Generalleutnant v. Blumenthal[2]) ꝛc., und ein Herr v. Brauchitsch, Kammerherr des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, anwesend. Mit dem letzteren sprach ich lange und sagte ihm offen, daß König Wilhelm im verflossenen Jahre die deutsche Kaiserkrone hätte annehmen sollen, statt andere Fürsten zu entthronen.

26. Oktober.

In der Ausstellung suchte ich zunächst den Kommerzienrat Fink auf und erfuhr von demselben, Baron Beust sei im Hause. Ich fand denselben in dem Gebäude der österreichischen Ausstellungskommission in den Anlagen, wo er mit mehreren Herren frühstückte. Der österreichische Industrielle Wertheimer übernahm es, ihm zu sagen, daß ich da sei. Beust kam gleich heraus, wir umarmten uns und verabredeten ein weiteres Rendezvous auf 2 Uhr. Beust erzählte mir, Kaiser Napoleon habe in Salzburg Österreich das südliche Deutschland angeboten, wenn man ihm das linke Rheinufer überlassen wolle. Er, Beust, habe darauf erwidert, solange der Kaiser Franz Joseph noch 8 Millionen deutscher Untertanen habe, könne er nie ein Erbieten annehmen, welches die Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich bezwecke. Ich sagte Beust, daß niemand ihm mit größerer und herzlicherer Teilnahme in der Ausführung seines großen Werkes folge als ich. Er werde auch zum glücklichen Ziele gelangen, wenn er das Vertrauen seines Kaisers behalte. Beust antwortete: Er besitze das Vertrauen seines Kaisers, der Kaiser habe die seltene Eigenschaft, seinen Ministern ihre Popularität nicht zu mißgönnen. Selbst zu den jubelnden und donnernden Eljenrufen in Pest, welche ihm, Beust, zuteil geworden, welche die an den Kaiser selbst gerichteten Rufe übertroffen hätten und so stark gewesen seien, daß sein Pferd gescheut habe, habe ihm der Kaiser lächelnd Glück gewünscht mit dem Zusatze, daß so etwas noch nie einem österreichischen Minister passiert sei. Wir sprachen vom Feldzuge des verflossenen Jahres. Beust sagte, Pfordten, für den man immer noch ein Stück alter Anhänglichkeit bewahrt habe, habe damals geradezu Verrat geübt. Hätte Bayern damals seine Armee mit der österreichischen vereinigt, so würde die Schlacht von Königgrätz nicht verloren worden sein. Von Sachsen bemerkte Beust, es lasse sich dort noch vieles machen, aber dazu gehörten andere Leute, als die jetzt am Ruder stehenden. Ein Beust der Zweite mangele Sachsen. Ich bat Herrn v. Beust, die Bestrebungen Hessens auf Wahrung der Mainlinie zu unterstützen. Er sagte mir, bei der Zusammenkunft in Ems habe der König von Preußen dem Kaiser Franz Joseph erklärt,

[1]) Geboren 1842, Bruder Kaiser Franz Josephs.

[2]) Bernhard Graf v. Blumenthal, 1810—1900; war 1866 Chef des Generalstabs der II. Armee, 1870 Generalstabschef der III. Armee.

er werde, solange er lebe, den Prager Frieden getreulich halten und den Main nicht überschreiten.

28. Oktober.

Ich frühstückte mit Enzenberg bei dem russischen Restaurant. Nachher fuhren wir zum Grafen Goltz. Derselbe hatte kurz vorher den Besuch des Baron Beust gehabt und war von dessen verständigen Auffassungen sehr befriedigt. Ich sprach mich natürlich im friedlichsten und versöhnlichsten Sinne aus und sagte, daß ich in Paris überall offen erklärt hätte, ein Angriff Frankreichs auf das linke Rheinufer würde in Deutschland alle politische Parteien zu dessen Verteidigung vereinigt finden. Ich fügte hinzu, daß bei dem politischen Ruf, den ich mit Recht oder Unrecht nun einmal hätte, eine solche Erklärung meinerseits hier mehr Eindruck machen werde, als wenn sie vom Grafen Goltz ausgehe. Goltz erzählte mir noch, Beust habe ihm noch von einer Verständigung in der deutschen Angelegenheit gesprochen. Er sei ihm ins Wort gefallen und habe gesagt: „Sie meinen ein provisorisches Definitivum." Beust habe sich mit dieser Idee einverstanden erklärt.

Abends: Bankett im Stadthause.

Nach dem Diner unterhielt ich mich eine Zeitlang mit dem Fabrikanten Wertheimer von Wien und promenierte dann durch die weiten Säle des Stadthauses. Ich besah aus den inneren Fenstern die prachtvolle Cour d'honneur. Der Anblick war feenhaft.

Ich stellte mich dann in einem Zimmer und an einer Türe auf, durch welche die Majestäten beim Verlassen ihres reservierten Salons passieren mußten. Nach einer Viertelstunde kam der fürstliche Zug. Dann kam Baron Beust, der mich um eine Unterhaltung bat. Wir setzten uns in einer einsamen Galerie nieder. Beust begann von seiner Unterredung mit dem Grafen Goltz zu sprechen. Ich antwortete, daß Goltz mir davon gesagt und erwähnt habe, daß von ihm ein provisorisches Definitivum vorgeschlagen worden sei. Beust meinte, man solle diesen Vorschlag nicht von der Hand weisen. Ich erwiderte, theoretisch laute die Sache ganz gut, aber praktisch sei dieselbe schwer ausführbar. Ich könne mir nicht recht denken, wie man am gegenwärtigen Zustande ändern könne, ohne neue Verwicklungen herbeizuführen. Am besten sei es, die Dinge in statu quo zu lassen und abzuwarten. Wir würden in Hessen, wenn Österreich damit einverstanden sei, jeden Versuch Preußens, die Mainlinie zu überschreiten, abweisen. Drei Jahre lang könnten wir schon aushalten. Beust wurde warm und sagte: „Gut, warten wir einige Jahre. Wenn erst unsere Armee reorganisiert ist, werden wir eine andere Sprache führen." Wir trennten uns, weil er seinem Kaiser folgen mußte.

Darmstadt, 9. November.

Prinz Carl war sehr herzlich. Ich richtete die Empfehlungen aus, welche mir die Königin der Niederlande für ihn und die Prinzessin Carl aufgetragen

hatte. Dann erzählte ich ihm von meinem Aufenthalte in Paris, unter anderem, daß Kaiser Napoleon mir gesagt habe: „Votre futur successeur n'est pas dans les idées du Grand-duc." Der Prinz seufzte und klagte über den Einfluß der Prinzessin Alice auf seinen Sohn. Ich sagte, die Reisen des Prinzen und der Prinzessin Ludwig nach Karlsruhe und Koburg an die Höfe von notorischen Verrätern hätten einen sehr schlimmen Eindruck gemacht. Ich erzählte die Äußerung, welche der Großherzog von Baden in Paris gegenüber dem Prinzen Napoleon getan, und welche mir die Königin der Niederlande mitgeteilt hatte. Ich setzte hinzu, daß solche Ideen bei einem Fürsten begreiflich seien, dessen Dynastie nicht mehr als 40 Jahre zähle, aber nicht bei einem Fürsten, dessen Geschlecht 800 Jahre lang auf dem Thron von Hessen gesessen habe. Ich sagte ferner, daß ich zu alt sei, um die Ansichten von Pflicht und Treue zu ändern, die meine Familie seit so vielen Jahrhunderten im Dienste des Hauses Hessen geleitet hätten. Der Prinz bemerkte etwas von jungen Leuten, die mit dem Strome schwämmen.

11. November.

Graf Astorg las mir eine Zirkulardepesche seiner Regierung vom 9. l. M. vor, in welcher gefragt wird, ob Hessen sich an einer Konferenz zur Ordnung der römischen Angelegenheit beteiligen wolle. Ich antwortete bejahend, indem diese Angelegenheit nicht bloß die religiösen Interessen der Katholiken und des Papstes, sondern auch die konservative Sache im allgemeinen nahe berühre.

Als ich nach Hause kam, erwartete mich Graf Astorg bereits, um mir den Bericht zur Beurteilung vorzulesen, den er infolge unserer Unterhaltung an diesem Morgen nach Paris zu erstatten beabsichtigte. Ich bemerkte ihm dabei, daß ich wenig Hoffnung für das Zustandekommen der Konferenz hätte, da England, Rußland und Italien, wahrscheinlich auch Preußen, welches möglichst Hand in Hand mit Italien gehe, um sich dessen Bundesgenossenschaft in einem Kriege gegen Frankreich zu sichern, dieselbe schwerlich beschicken würden.

13. November.

Morgens $11^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des von Berlin zurückgekehrten preußischen Gesandten v. Wentzel. Derselbe erzählte mir von dem unerwarteten Tode seines 72jährigen Vaters und berührte dann wieder den Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund. Ich sagte ihm wiederholt, daß die Rücksicht auf die Kosten und bestimmt formulierten Bedenken Österreichs gegen einen solchen Schritt für uns Hindernisse seien.

Ich bemerkte ebenso ausführlich, daß im verflossenen Jahre Graf Bismarck, wie Herr v. Savigny, sich aus verschiedenen Gründen gegen den Eintritt der beiden südlichen Provinzen Hessens in den Nordbund ausgesprochen hätten. Dazu komme, daß der König von Preußen dem Kaiser Franz Joseph bei der Zusammenkunft in Ods unaufgefordert erklärt habe, er werde, solange

er lebe, den Prager Frieden getreulich beobachten und den Main nicht überschreiten.

Herr v. Wentzel wollte die Richtigkeit dieser Tatsache bestreiten. Ich beharrte aber dabei.

20. November.

Um 1 Uhr erschien der am Abend zuvor von München angekommene k. k. österreichische Gesandte Graf Trautmannsdorff, mit dem ich eine lange politische Konversation hatte. Er meinte, Fürst Hohenlohe habe in bezug auf sein Verfahren wegen Annahme der verschiedenen Verträge mit Preußen nur Lob verdient. Die Erste bayerische Kammer habe mit ihrem Widerstande gegen die Annahme des Zollvertrages einen Fehler begangen. Sie habe etwas versucht, was sie ja doch, nachdem die Zweite Kammer dem Vertrage zugestimmt, nicht hätte durchführen können. Fürst Hohenlohe sei nach und nach auf einen ganz korrekten Standpunkt gekommen und verdiene volles Vertrauen. Die Reise des Kaisers Franz Joseph von Paris zurück über Karlsruhe, Stuttgart und München habe den Zweck gehabt, den dortigen Regierungen die Gewißheit zu geben, daß jeder Schritt weiter zum Anschluß an Preußen unbedingt von Frankreich als Kriegsfall werde behandelt werden. Auch sei Varnbüler fest entschlossen, nicht mehr nachzugeben, als bereits zugestanden sei. Österreich wünsche lediglich die Erhaltung des Friedens und werde sich in diese Angelegenheiten nicht weiter mischen.

Ich verhehlte dem Grafen Trautmannsdorff nicht, daß ich mit seinen Ansichten über das Verfahren Hohenlohes nicht überall einverstanden sei und daß die dermalige unbedingte Friedensliebe Österreichs doch wohl nur so lange dauern werde, als sein Heer nicht vollkommen reorganisiert sei.

Um $3^3/_4$ Uhr war der Erzherzog Ludwig Viktor von Österreich, der auf der Reise nach Spanien begriffen ist, in Darmstadt angekommen, versehen mit Aufträgen des Kaisers für den Großherzog.

21. November.

Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel. Derselbe teilte mir mit, Graf Bismarck habe erfahren, daß ich verschiedentlich, zuletzt dem Grafen Goltz in Paris gegenüber geäußert hätte, Hessen habe seinerzeit den Eintritt in den Norddeutschen Bund mit seinen drei Provinzen angeboten, dieser Vorschlag sei aber von Preußen abgelehnt worden. Diese Behauptung sei unrichtig. Ich hätte nie den unbedingten Eintritt angeboten, Preußen denselben also auch nicht ablehnen können. Graf Bismarck werde genötigt sein, infolge verschiedener an ihn ergangener Anfragen öffentlich zu konstatieren, wie sich die Sache verhalte. Ich hätte nur einmal in einer in Berlin geschriebenen Note den Eintritt in den Norddeutschen Bund unter der Voraussetzung angeboten, daß dadurch die Integrität des großherzoglichen Gebietes gewahrt bleibe, eine Bedingung, die man nicht habe erfüllen können. — Ich

erwiderte Herrn v. Wentzel, daß allerdings seinerzeit mein fraglicher Antrag nicht pure gemacht worden sei, aber Graf Bismarck habe denselben nicht aus diesem Grunde abgelehnt, sondern ausdrücklich um deswillen, weil Frankreich bereits eifersüchtig und mißtrauisch genug sei und man ihm keinen weiteren Anlaß zu Mißtrauen geben dürfe. Herr v. Savigny, dem ich ebenfalls davon gesprochen hätte, wie wünschenswert eine Vereinigung von ganz Deutschland in einem Bunde sei, habe mir erwidert: „Wir wollen eine solche Ausdehnung dermalen nicht, wir wollen nicht mehr, als worauf wir die Hand legen können."

Wolle nun Graf Bismarck, so fuhr ich fort, öffentlich erklären, daß ich den Eintritt von ganz Hessen in den Nordbund nicht pure angeboten hätte, so entspreche eine solche Erklärung allerdings dem Wortlaut meiner Berliner Note. — Aber ebenso wahr sei, daß durch die mir in der Nacht vom 9. August v. J. vom Grafen Bismarck und durch die später von Herrn v. Savigny abgegebenen Erklärungen jede Aussicht auf Aufnahme ganz Hessens in den Norddeutschen Bund aus ganz anderen Gründen, als weil meine Offerte nicht pure erfolgt gewesen, abgeschnitten worden sei. Wolle Graf Bismarck die von ihm angekündigte Erklärung öffentlich abgeben, so würde ich keineswegs meine vertraulichen Unterhaltungen mit ihm als Mittel zu meiner Rechtfertigung benutzen. Ich würde dieselben nicht veröffentlichen, denn ich hätte es von jeher bedauert, wenn man Meinungsverschiedenheiten einzelner Regierungen gegenseitig zum Gegenstande von Anschuldigungen in Journalen oder Kammerverhandlungen gemacht habe, wie das neuerdings Mode geworden sei. Eben deshalb müsse ich aber auch aufrichtig wünschen, daß Graf Bismarck den Gegenstand beruhen lasse. — Um $1^1/_2$ Uhr machte ich dem Grafen Trautmannsdorff einen längeren Gegenbesuch. Derselbe ließ mich eine Depesche des Baron Beust vom 13. l. M., gerichtet an den österreichischen Gesandten in Berlin, lesen, die sich auf die von Paris aus an die Vertreter Österreichs über den Aufenthalt des Kaisers Franz Joseph in Paris gerichtete Depesche und über die Aufnahme, welche diese Depesche bei dem Grafen Bismarck gefunden, bezieht. Sodann gab mir Graf Trautmannsdorff eine an ihn gerichtete Depesche über die Gründe, welche den Kaiser Franz Joseph veranlaßt hätten, auf der Rückreise von Paris nach Wien Darmstadt nicht zu berühren. Da die Depesche in sehr verbindlichen Ausdrücken abgefaßt ist, so bat ich, sie mit nach Hause nehmen zu dürfen, um sie dem Großherzog vorzulegen. Graf Trautmannsdorff erzählte mir, daß man in München ganz offen die Abdankung des Königs Ludwig II. und die Ernennung des Prinzen Ludwig,[1]) ältesten Sohnes des Prinzen Luitpold, zum König diskutiere. Endlich sagte er mir, Österreich würde, im Falle des Ausscheidens Bayerns aus dem Zollverein, mit dem letzteren keinen Zollverein abgeschlossen haben. Er sei instruiert gewesen, dies in München zu

[1]) Geboren 1845, König von Bayern 1912—1918.

erklären. Ich erwiderte, daß ich mir diese Entschließung nur aus dem maßlosen Friedensbedürfnisse Österreichs erklären könne.

23. November.

Morgens $10^1/_2$ Uhr kam der Präsident des Kriegsministeriums, Generalmajor v. Grolmann, und teilte mir eine lange und sehr erbitterte Korrespondenz mit, welche er mit dem Prinzen Ludwig wegen der sofortigen Einführung der preußischen Militärorganisation und Dienstvorschriften im Großherzogtum geführt hatte.

General v. Grolmann beabsichtigt, den Oberst Hartmann nach Berlin zu senden, um sich dort mit dem preußischen Kriegsministerium über das einzuhaltende Verfahren zu verständigen. General v. Grolmann erzählte mir beiläufig, Prinz Ludwig habe eine durchgreifende Veränderung in der Besetzung aller Stellen im Kriegsministerium verlangt. Vergeblich habe er, General v. Grolmann, entgegnet, daß eine solche durchgreifende Veränderung gerade jetzt, wo es sich von weitgreifenden neuen Maßregeln handle, unmöglich sei, daß die ganze Maschine ins Stocken geraten würde, wenn man lauter neue, unerfahrene Arbeiter in die Geschäfte einführe. Der Prinz habe erklärt, er werde sich freuen, wenn einmal das ganze Kriegsministerium zu existieren aufhöre. Die diesseitigen militärischen Angelegenheiten könnten ebensogut von Berlin aus geleitet werden. Auf die Einwendung, daß Hessen ein konstitutioneller Staat sei und die oberste Militärbehörde den Ständen verantwortlich sein müsse, habe der Prinz gar keine Rücksicht genommen. In seinem Ärger habe derselbe sogar den Schildwachen verboten, den Mitgliedern des Kriegsministeriums die militärischen Honneurs zu machen. Daher geschehe es jetzt, daß die Posten vor dem Kriegsministerialgebäude die Mitglieder dieses Ministeriums, wenn dieselben in das Gebäude gingen, salutierten, ihnen aber beim Herausgehen die Honneurs verweigerten, weil im letzteren Falle deren Eigenschaft als Mitglieder des Kriegsministeriums erkennbar sei.

26. November.

Um 3 Uhr empfing ich den preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mir eine Depesche seiner Regierung vom 24. l. M.[1]) vorlas, worin die diesseitige Annahme der französischen Einladung zu einer Konferenz in der römischen Frage scharf getadelt wird. Ich antwortete, daß wir in einer anderen Stellung seien als Sachsen, daß wir, mit Rücksicht auf die unabhängige Stellung der Provinzen Starkenburg und Rheinhessen, gar nicht in der Lage gewesen seien, die Einladung pure abzulehnen, und daß ein Stellen besonderer Bedingungen einen Staat von der Größe Hessens nur lächerlich gemacht haben würde. Auch Württemberg und Bayern hätten schließlich die Einladung zur Konferenz unter Voraussetzungen angenommen, die ohne besondere Bedeutung seien. Es verstehe sich von selbst, daß Hessen, wenn

[1]) Siehe Anlage 18.

die Konferenz überhaupt zustande käme, was ich noch immer bezweifle, sein Verhältnis zum Norddeutschen Bund und Preußen stets vor Augen haben werde und müsse. Insofern sei es ja aber für Preußen nur ein Vorteil, wenn es in der Konferenz eine Stimme mehr zur Verfügung habe. — Sollten, wie die Depesche unterstelle, möglicherweise aus der Konferenz europäische Verwicklungen hervorgehen können, so würde sicher Hessen dazu keine Veranlassung geben. Aber unter allen Umständen würde Hessen die Verpflichtungen erfüllen, welche ihm das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen auflege. Aus diesen Gründen sei die Annahme der fraglichen Einladung Frankreich gegenüber kaum mehr als ein Akt der Courtoisie gewesen. Für Preußen könne dieselbe, nach meiner Ansicht, nur eine nützliche und erwünschte, jedenfalls eine unbedenkliche sein.

1. Dezember.

Ich sprach mit dem Grafen Astorg über den Lärm, den Preußen wegen der diesseitigen Annahme der von Frankreich proponierten Konferenz schlage.

3. Dezember.

Morgens 11 Uhr, im Augenblick, in welchem ich in die Ministerialsitzung fahren wollte, kam der französische Generalkonsul Rothan[1]) von Frankfurt. Wir sprachen eine Viertelstunde lang von dem schroffen Tadel, welchen Graf Bismarck gegen die hessische Regierung wegen ihrer Annahme der französischen Einladung zu Konferenzen in der römischen Frage gerichtet habe. Ich bemerkte dem Herrn Rothan, daß dieser Tadel ebensogut ein Angriff gegen Frankreich als gegen Hessen sei.

5. Dezember.

Um $1^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Beaulieu. Er erzählte mir, der spanische Gesandte Don Rancés habe seinerzeit den Grafen Bismarck gefragt, was er getan haben würde, wenn die Schlacht von Königgrätz verloren worden wäre. Bismarck habe geantwortet, für diesen Fall habe er zwei geladene Pistolen gehabt, um sich zu erschießen. Ich antwortete Herrn v. Beaulieu, daß diese Versicherung des Grafen Bismarck nicht aufrichtig gemeint sei. Er würde wahrscheinlich, wenn die Sachen bei Königgrätz schief gegangen wären, die Franzosen gerufen haben.

14. Dezember.

Morgens $10^1/_2$ Uhr besuchte mich Graf Astorg und fragte mich um meine Meinung über die römische Frage und unsere Teilnahme an der projektierten Konferenz, welche letztere ich wiederholt zusagte. —

---

[1]) Georg Rothan, 1822—1890; war seit 1847 im französischen diplomatischen Dienst in Kassel, Frankfurt, Berlin und Brüssel; 1867 Generalkonsul in Frankfurt, 1868—1870 Generalbevollmächtigter bei den Hansastädten.

Anlagen 1867.

1.

Hofmanns Bericht an das Ministerium des Auswärtigen.[1])

Berlin, 4. Januar 1867.

Über den Inhalt der Unterredung, welche ich am Tage meiner Rückkunft von Darmstadt, den 2. ds. Mts., mit dem Grafen v. Bismarck hatte, ist zwar in meinen beiden Berichten vom Gestrigen, betreffend die künftige Gestaltung der Militärverhältnisse des Großherzogtums und die Wahlen zum Reichstage des Norddeutschen Bundes, das Wesentlichste bereits angeführt. Ich glaube jedoch an dieser Stelle noch einer Äußerung des Grafen v. Bismarck erwähnen zu sollen, die, wenn sie vielleicht auch nur eine momentane Bedeutung hatte, doch immerhin von Interesse ist. Bismarck äußerte nämlich, er habe schon bei Abschluß der Nikolsburger Friedenspräliminarien nicht daran geglaubt, daß eine politische Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland auf die Dauer haltbar sei; er habe sich vielmehr damals schon gesagt, daß, wenn der projektierte Südbund zustande kommen und somit ein deutsches Parlament im Norden, ein anderes im Süden Deutschlands zusammentreten sollte, der erste Beschluß dieser Parlamente auf ihre Vereinigung zu einer einzigen Nationalvertretung gerichtet sein werde. Nachdem inzwischen der Gedanke des Südbundes sich nicht verwirklicht habe, so sei es um so natürlicher, daß die südlich des Mains gelegenen deutschen Staaten den Anschluß an den Nordbund erstrebten und Preußen sei bereit, ihnen auf diesem Wege entgegenzukommen.

Hofmann.

2.

v. d. Pfordten an Dalwigk.[2])

Seehaupt, 11. Januar.

Sie wissen, wie hoch ich Sie immer verehrt habe, nicht bloß um Ihres Geistes, sondern hauptsächlich um Ihres Herzens und Charakters willen, und so vermögen Sie selbst zu ermessen, wie wohltuend und erfreuend mir Ihr Schreiben war.

Über die Gründe meines Rücktrittes kann ich mich nicht vollständig aussprechen, und dennoch fühle ich gerade Euer Exzellenz gegenüber die Verpflichtung, selbst den etwaigen Schein unmännlicher Fahnenflucht von mir abzuwenden. Seien Sie versichert, daß nicht das Gekläffe der Zeitungen auf

[1]) Berliner Gesandtschaftsberichte 1866—1870. Hess. Staatsarchiv zu Darmstadt.
[2]) D.-A.

mich gewirkt hat, denn das verachte ich jetzt wie früher. Auch in den Kammern lag der Grund meines Entschlusses nicht; diese hatten ja fast einstimmig meine Politik gebilligt und ich hatte keine ernstliche Opposition zu erwarten. Ich habe vielmehr um Quieszenz gebeten, weil nach meiner Überzeugung ein Minister nichts wirken kann, wenn er den Monarchen nicht für sich hat. Mein Verhältnis zu meinem königlichen Herrn war aber schon seit einem Jahre innerlich zerstört; seit dem 9. September hatte ich Seine Majestät nicht mehr gesehen, und im Oktober ließ der König mit Fürst Hohenlohe verhandeln. Dennoch zögerte ich noch. Als aber jene Verhandlungen durch die Presse dem ganzen Lande kund wurden, ohne daß ein Widerspruch erfolgte, forderte es meine Ehre, um meine Entlassung zu bitten. Ich tat es am 10. Dezember, nur auf den Grund hin, daß ich das Vertrauen und die Gnade des Königs nicht mehr besäße. Ich erhielt am 22. durch den Kabinettssekretär mündlich die Eröffnung, Seine Majestät wünsche, daß ich im Amte bliebe, aber in gewissen Dingen meine Ansichten ändere. Gerade dies war mir aber unmöglich, und so erhielt ich meine Quieszenz am 29. Dezember. Hier muß ich nun das Vertrauen Eurer Exzellenz in Anspruch nehmen, daß ich nicht leichtsinnig gehandelt habe. Ich weiß, daß viele über die fraglichen Dinge, auf die ich eben hier nicht näher eingehen kann, anders urteilen. Ich kann es nicht, weil ich ihre Tragweite genauer kenne. Ich hätte mein ganzes Denken und Fühlen umgestalten und mich selbst aufgeben müssen. Ich hätte überdies damit des Königs Achtung verloren und wäre nach dem Landtage dann um so sicherer beiseite geschoben worden.

Eine wesentliche Änderung in der Politik Bayerns wird übrigens nicht eintreten. Der König selbst will eine solche nicht, und das Land und die Kammern würden sie nicht zulassen. Der Unterschied ist höchstens also zu bezeichnen. Ich wollte dem Norden gegenüber zuwarten, zurückhalten und unsere Selbständigkeit wahren, und mein Nachfolger muß es tun, wenn er auch nicht wollte. Darum bitte ich auch Eure Exzellenz, an Ihrer Haltung Bayern gegenüber nichts zu ändern. Die Bestrebungen, denen ich meine besten Mannesjahre gewidmet habe, sind zur Zeit unterlegen. Aber ich habe das Bewußtsein, ohne alle selbstischen Gedanken aus Überzeugung und Vaterlandsliebe gekämpft zu haben, und im Vereine mit Männern wie Eure Exzellenz, deren Achtung und Vertrauen meine schönsten Errungenschaften sind. Wir haben im vorigen Dezennium unserer Sache den Sieg errungen; wir tragen nicht die Schuld an der jetzigen Niederlage.

3.

Prinz Ludwig an Dalwigk.[1])

Darmstadt, 13. März.

Mein lieber Herr v. Dalwigk!

Ich habe vorhin den beiliegenden Brief des Kronprinzen erhalten. Er handelt von so wichtigen politischen Fragen, die von der größten Tragweite

[1]) Original im D.-A. Vgl. zu dieser Angelegenheit Tagebuch vom 27. August 1868.

für unser engeres Vaterland sein werden, daß ich es für geboten halte, Ihnen denselben mitzuteilen. Ich glaube, Sie werden sicherlich, wie auch ich, den Gedanken des Kronprinzen teilen und einen Weg finden, um die Initiative zu ergreifen, damit wir baldmöglich aus unserer gefährlichen Schaukellage herauskommen. Sie werden sich dadurch für Hessen und ganz Deutschland ein Verdienst erwerben, das geschichtlich werden wird.

Ich werde um 2 Uhr zu Hause sein, um Ihre Ansicht zu erfahren.

Ihr wohlgeneigter

Ludwig,
Prinz von Hessen.

4.

Brief des Kronprinzen von Preußen an den Prinzen Ludwig von Hessen.[1])

Berlin, 11. März.

Mein lieber Louis!

Du weißt, wie unerwünscht es mir war, daß unsere Regierung im vergangenen Herbste auf Euren Vorschlag sogleich das ganze Großherzogtum in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, nicht glaubte eingehen zu können. Ich habe mich seitdem mehr und mehr überzeugt, wie günstig ein solcher Anschluß auf die öffentliche Meinung nicht nur bei Euch, sondern auch hier im Lande einwirken würde. Der Eindruck würde ein so allgemeiner und so starker sein, daß unsere Regierung den Widerstand, den sie damals der Sache entgegensetzte, nicht würde aufrechterhalten können und wollen. Es wird nur nötig sein, die Tatsache zweifellos in die Öffentlichkeit zu bringen, daß Hessen den Anschluß will, ein Umstand, von welchem bisher ziemlich allgemein das Gegenteil angenommen wird.

Wenn die Hessische Regierung in einer zur Veröffentlichung bestimmten Depesche, mit oder ohne vorgängigen Beschluß der Landesvertretung, die Aufnahme in den Norddeutschen Bund als ein nationales Recht fordert und auf die Unmöglichkeit des doppelten Regimes hinweist, welchem der nördliche Teil des Großherzogtums nach der Bundesverfassung, der südliche außerhalb derselben unterworfen sein soll, so wird der versammelte Reichstag es für unsere Regierung unmöglich machen, Euch die Aufnahme zu verweigern.

Zu verlieren und zu riskieren ist für das Großherzogtum bei einem solchen Versuche nichts, auch wenn das Gelingen weniger sicher wäre, als es in der Tat ist. Ihr kommt dadurch aus einer unerträglichen Doppelstellung mit einem Zuge heraus und spart die Unbequemlichkeit einer Übergangszeit, denn daß es schließlich doch dahin kommt, ist schon jetzt für niemand zweifelhaft. Außerdem ist es immerhin nicht gering anzuschlagen, wenn die Hessische Regierung die Art von Impopularität, welche in Deutschland auf ihr lastet, durch ein mutiges und offenes Eintreten für die nationale Sache mit einem Schlage abschüttelt und die Spitze einer politischen Bewegung nimmt, welcher ganz Süd-

[1]) Abschrift im D.-A.

deutschland doch in kurzem folgen wird. Alle Verstimmungen, die sich gegen die jetzige Regierung des Großherzogtums richten, werden in Hessen sowohl wie in ganz Deutschland verschwinden und einer vollen Anerkennung Platz machen. Wenn die übrigen süddeutschen Staaten diesen Weg nicht schon in ihrem eigenen Interesse betreten haben, so liegt das wahrscheinlich nur daran, daß sie ihrer Sache sicher sind und deshalb die (vertrauliche) (vorläufige) Beschwichtigung unserer Regierung berücksichtigt haben. Bayern, Baden und Württemberg haben, wie ich Dir im engsten Vertrauen mitteilte, schon gleich bei den Friedensschlüssen einen definitiven und gegenseitigen Garantievertrag mit uns abgeschlossen, der bisher geheim gehalten wird, so daß der Teil von Hessen, der nicht im Bunde ist, das einzige Territorium in ganz Deutschland bildet, welches nicht durch die allgemeine Bürgschaft aller deutschen Kräfte sichergestellt ist. — Wenn nun auch Hessen in Deutschland nicht bedroht ist und gegen das Ausland deutschen Beistand natürlich finden würde, so wäre es doch immer besser, diesem Ausnahmezustande auch rechtlich ein Ende zu machen. — Daß dies jetzt, während der Reichstag zusammen ist, leicht herbeigeführt werden kann, so wie Ihr offen und entschlossen die Initiative nehmt, davon bin ich gewiß, sonst würde ich nicht zureden, es zu tun.

Daß der Prager Friede dem entgegenstände, läßt sich nicht einmal behaupten, denn erstlich kann man nicht sagen, daß das Großherzogtum, welches dem Flächeninhalt nach zur Hälfte nördlich, zur Hälfte südlich vom Main liegt, ausschließlich ein süddeutscher Staat sei, und dann sind ja überhaupt die Beziehungen zwischen Süd- und Norddeutschland einem freien Übereinkommen vorbehalten, welches ebensogut auf einen Bundesvertrag wie auf ein Bündnis anderer Art gehen kann.

Diese wichtigen Fragen Deiner reiflichen Erwägung dringend ans Herz legend, bin ich in alter Anhänglichkeit mein lieber Louis,

Dein treuer Freund und Schwager
Friedrich Wilhelm.

5.

Prinz Ludwig an Dalwigk.[1])

Darmstadt, 13. März.

Ich schicke Ihnen hier den Brief des Kronprinzen in Abschrift, um ihn dem Großherzog vorzulegen. Da ich auf eigene Faust einen solchen Gebrauch von dem Briefe mache, so ersuche ich Sie, daß sein Inhalt zwischen Ihnen und dem Großherzog bleibe.

Es liegt jetzt in Ihrer Hand, alle sich etwa bietenden Schwierigkeiten sobald als möglich zu heben und Fürsprache bei dem Großherzoge zu tun, damit wir endlich das so erwünschte Ziel erreichen und die moralisch deprimierende Zwitterstellung aufgeben, in der wir uns durch die Mainlinie befinden. Für eine Zeit-

[1]) Original im D.-A.

lang müssen wir die größeren Lasten tragen, wenn wir nicht ständig Gefahren ausgesetzt bleiben wollen, die Sie so gut wie ich kennen.

Sind wir Süddeutsche erst alle im Bund, so wird der spezifisch norddeutsche Einfluß immer mehr schwinden.

Nicht Preußen (wegen des Auslands), sondern wir müssen den ersten Schritt tun, und alle guten Deutschen werden diese Handlung dem Großherzog und seiner Regierung dankend anerkennen.

Ich hoffe, dem Kronprinzen bald eine befriedigende Mitteilung machen zu können.

Ihr wohlgewogener

Ludwig,
Prinz von Hessen.

6.

Dalwigks Bericht an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 14. März.

Gestern morgen empfing ich das ehrfurchtsvollst beiliegende Schreiben Nr. I Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig mit dem Original eines Briefes Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Preußen.

Ich erwiderte dem Prinzen sofort, daß ich auf die mir gemachten Anfinnen durchaus keine Antwort geben könne und werde, ohne daß Eurer Königlichen Hoheit das Schreiben des Kronprinzen von Preußen vorgelegen habe und Allerhöchstdieselben mir in bezug darauf die bestimmtesten Weisungen erteilt hätten. — Darauf ist mir nun gestern abend das prinzliche Schreiben Nr. II nebst einer von dem Prinzen selbst gefertigten Abschrift des Briefes des Kronprinzen von Preußen zugegangen.

Was in diesem letzteren vorgeschlagen wird, ist wohl die merkwürdigste Zumutung, die je einem deutschen Fürsten gemacht worden ist. Eure Königliche Hoheit sollen sich freiwillig mediatisieren lassen (denn etwas anderes ist der Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht) und dabei noch Ihr hessisches Volk mit unerschwinglichen Abgaben belasten. Humaner und ehrlicher wäre es gewesen, wenn Seine Königliche Hoheit der Kronprinz geradezu den Verkauf des Landes an Preußen vorgeschlagen hätten, statt solche traurige Umwege zu empfehlen. Und welche Gründe führt der Kronprinz für ein solches unerhörtes Begehren an? Es würde durch den Anschluß des Landes an den Norddeutschen Bund die Regierung Eurer Königlichen Hoheit wieder populär werden. Ich gestehe, daß an der Popularität in den Augen der Hochverräter, der Nationalvereinler und der herrschenden Partei in Preußen sehr wenig gelegen ist. Alle treu und loyal denkenden Menschen im Lande würden den Eintritt der diesseits des Mains liegenden Provinzen in den Norddeutschen Bund mit Entsetzen vernehmen, dieses Vasallenverhältnis, welches Herr v. Roggenbach mit Recht den Bund des Hundes mit seinen Flöhen genannt

[1]) D.-A.

hat. Der Kronprinz spricht von einer Zwitterstellung des Großherzogtums. Diese Stellung ist aber doch jedenfalls besser als gar keine, wie sie die Mitglieder des Norddeutschen Bundes besitzen. — Was endlich den Umstand betrifft, daß Bayern und Württemberg mit Preußen Garantieverträge geschlossen haben sollen, so lege ich darauf nicht den mindesten Wert. Solche Verträge hält oder verletzt Preußen, wie es sein Interesse mit sich bringt. — Ich kann nicht schließen, ohne Eurer Königlichen Hoheit nachstehende Äußerung Seiner Hoheit des Herzogs von Koburg mitzuteilen. Derselbe hatte kürzlich den Besuch des Stallmeisters von Breidbach aus dem Dienste Seiner Hoheit des Herzogs von Nassau und sagte demselben: „Sagen Sie Ihrem Herzoge, er möge in seinen Verhandlungen mit Preußen nur nicht zu nachgiebig sein. Was er erreicht, erreicht er für uns alle. Denn wir können nichts mehr wünschen als recht bald dem Beispiele Nassaus folgen zu dürfen. Ich habe kürzlich mein Land dem Könige von Preußen angeboten. Er hat dasselbe aber nicht gewollt." So urteilt jetzt der Protektor des Nationalvereins und Vermittler der Langensalzaer Konvention.

Man kann freilich dem Kronprinzen von Preußen nicht so offen antworten, wie sein merkwürdiges Ansinnen, welches vielleicht von hier aus souffliert worden ist, es verdiente. Ich schlage in Untertänigkeit vor, mich Allergnädigst zu ermächtigen, Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Ludwig zu antworten, daß Eure Königliche Hoheit das Schreiben Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Preußen mit Interesse gelesen hätten, aber den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet hielten, den in jenem Schreiben gemachten Vorschlag in Erwägung zu ziehen. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Sie wollen nach dem Antrag verfahren. Die Preußen scheinen uns zu brauchen, sonst würden sie nicht die Initiative ergreifen. — Des Pudels Kern ist, daß die hiesigen und Berliner englischen Krinolinen wieder einmal Politik gemacht haben, und ihre Männer müssen die Sekretäre abgeben. Der Wirtschaft soll das Donnerwetter auf den Kopf fahren. Das von dem hiesigen Sekretär gefertigte Schreiben bitte zu lesen und mir gelegentlich wieder zu schicken.

Darmstadt, 14. März 1867. Ludwig.

7.

Prinz Ludwig an Dalwigk.[1])

Darmstadt, 15. März.

Eurer Exzellenz Schreiben vom 14. habe ich erhalten. Sie können beruhigt sein, daß ich von Ihrem Brief, so wie er steht, keinen Gebrauch machen

[1]) Original im D.-A.

werde. Ich will nicht den geringsten Teil der Verantwortlichkeit tragen, in den Folgen, die ein solches Schriftstück möglicherweise haben kann.

In der Abschrift des Briefes des Kronprinzen wollte ich erst die Stelle „von der Art von Unpopularität" weglassen, ich habe es aber der Wörtlichkeit halber nicht getan, weil ich auch glaubte, die Richtigkeit des ganzen Briefes würde einen kleinen Ärger darüber aufheben.

Leider habe ich mich geirrt und sehe, daß die unangenehme, aber nicht wegzuleugnende Wahrheit die unbefangene Würdigung des Briefes bei Ihnen vollständig getrübt hat.

Eure Exzellenz werden wohl nicht erwarten, daß ich auf des Kronprinzen zuvorkommenden und in unserem Interesse geschriebenen Brief die Antwort mitteile: „Der gegenwärtige Moment würde nicht für geeignet gehalten, den gemachten Vorschlag auch nur in Erwägung zu ziehen."

Ich sehe mich also genötigt, beim Großherzog anzufragen, in welcher Form ich den Brief des Kronprinzen beantworten soll, da derselbe von meinem Brief denselben Gebrauch machen wird, wie ich von dem Seinen.

Ihr Ludwig,
Prinz von Hessen.

8.

Dalwigks Bericht an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 16. März.

Sogleich nach Empfang der Allerhöchsten Entschließung vom 14. l. Mts. schrieb ich Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Ludwig, daß Eure Königliche Hoheit den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet hielten, um den Vorschlag Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Preußen in Erwägung zu ziehen. — Ich fügte hinzu, daß, meiner persönlichen Ansicht nach, die angebliche Impopularität der Regierung Eurer Königlichen Hoheit kein Grund sein könne, anders zu handeln als das Gewissen und die Rücksicht auf das Wohl des Landes es vorschreiben. Übrigens sei, meiner vollsten Überzeugung nach, diese sogenannte Impopularität lediglich eine Fiktion des Nationalvereins, von welcher das Herz des Volkes nichts wisse.

Darauf habe ich heute das anliegende Billett[2]) des Prinzen empfangen, welches mir weder mit den Rücksichten, die ein langjähriger Diener Eurer Königlichen Hoheit von den Prinzen des Großherzoglichen Hauses erwarten darf, noch mit der Achtung, die der Prinz Eurer Königlichen Hoheit als Souverän schuldet, im Einklang zu stehen scheint. Da Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig mir eine direkte Korrespondenz mit Eurer Königlichen Hoheit angekündigt haben, so bin ich genötigt, über den fraglichen Zwischenfall auch meinerseits alleruntertänigst zu berichten, so sehr ich bedaure, daß Eure Königliche Hoheit mit dieser unangenehmen Angelegenheit abermals belästigt werden.

---

[1]) D.-A.

[2]) Anlage 7.

Interessant ist es, daß Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz in seinem neuesten Billett erklärt, daß der Kronprinz von Preußen von der Antwort des Prinzen den nämlichen Gebrauch machen werde, wie der Prinz von dem Schreiben des Kronprinzen, d. h. daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz die Antwort Seiner Majestät dem Könige vorlegen würden. — Meines ehrfurchtsvollsten Ermessens würde Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Preußen einfach zu antworten haben, daß Höchstdieselben das Schreiben des Kronprinzen Eurer Königlichen Hoheit zur Einsicht vorgelegt, daß Eure Königliche Hoheit dasselbe mit großem Interesse gelesen und geprüft hätten, daß aber Allerhöchstdieselben, in Erwägung der verschiedenen Rücksichten, den gegenwärtigen Moment noch nicht für geeignet hielten, um die Frage vom Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund in Erwägung zu ziehen.

In der Tat ist dieser Eintritt in den Norddeutschen Bund nur eine Form der Abtretung des ganzen Landes an Preußen, aber eine Form, die viel schlimmer ist als die einfache Abtretung. Die Fürsten des Norddeutschen Bundes sind keine Bundesgenossen, sondern Vasallen von Preußen, die norddeutschen Länder werden durch unerschwingliche Lasten zugunsten der preußischen Machterweiterung erdrückt. — Die Stellung Eurer Königlichen Hoheit wird von sämtlichen Mitgliedern des Norddeutschen Bundes beneidet. Wie ist es möglich, freiwillig auf dieselbe zu verzichten? Der reine Eintritt in den Norddeutschen Bund muß notwendig in wenigen Jahren zur Annexion führen.

Drängt Preußen auf ein solches Verhältnis für das Großherzogtum, so mag es offen mit der Sprache herausgehen. Eure Königliche Hoheit können dann, wenn die Lage Europas sich nicht gebessert hat, Bedingungen stellen. Aber freiwillig seine Selbstvernichtung anbieten, wie Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Preußen es vorschlägt, ohne daß Preußen dies bis jetzt verlangt hat, ist denn doch in der Tat eine fast naive Zumutung.

Bemerken muß ich noch, daß der Prinz Ludwig die Worte meines Schreibens vom 14. l. Mts. insofern mißverstanden hat, als ich nicht gesagt habe, daß Eure Königliche Hoheit den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet hielten, und den Vorschlag des Kronprinzen auch nur in Erwägung zu ziehen, sondern vielmehr der Sinn meiner Worte war, daß Eure Königliche Hoheit den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet hielten, um die Frage vom Eintritt des gesamten Landes in den Norddeutschen Bund zu erwägen.

v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Der Prinz Louis hat mir heute morgen eine Kauderwelsch-Skriptur[1]) zugesandt, ich habe den Oberst v. Grolmann mit diesem Wisch zum Prinzen gesandt und mir seine weitere politische Tätigkeit verbeten.

Mathildenhöhe, 16. März 1867. Ludwig.

[1]) Anlage 9.

9.

Prinz Ludwig an den Großherzog.[1])

Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog.

Darmstadt, 15. März.

Lieber Onkel!

Herr v. Dalwigk hat mir mitgeteilt, daß Du „den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet hälst, den in dem Briefe des Kronprinzen enthaltenen Vorschlag in Erwägung zu ziehen". Daß der Kronprinz mir diese Mitteilungen hat zugehen lassen, dafür kann ich nichts. Ich habe sie, wie ich es für recht hielt, durch den Minister zu Deiner Kenntnis bringen lassen. Nun bin ich aber in dem Fall, meinem Schwager auf seinen Brief zu antworten. Daß ich obige Antwort in unserem Interesse und ohne dem Kronprinzen unhöflich zu sein, nicht geben kann, wirst Du mir zugestehen. Der Brief zeigt, daß die preußische Regierung jetzt den Zeitpunkt für gekommen hält, wo unser Wunsch, in den Norddeutschen Bund aufgenommen zu werden, erfüllt werden kann, und wir hiermit der Erfüllung der in Deiner Thronrede und sonst wiederholt ausgesprochenen Hoffnung, daß der Bund das ganze Deutschland umfassen werde, wesentlich näher gerückt sind. Hierauf die Antwort zu geben, daß der Moment nicht gekommen, die Sache in Erwägung zu ziehen — das kann ich nicht. Ich muß Dich daher bitten, mir angeben zu wollen, in welchem Sinne Du wünschest, daß ich den Brief des Kronprinzen beantworte, von welcher Antwort er sicher denselben Gebrauch machen wird, wie ich von der Seinen.

Ich weiß, daß Du es nicht liebst, daß man in Deiner Gegenwart von Politik spricht, und habe ich es auch fast ganz vermieden, daß Fritz mir diesmal schrieb, ist ohne mein Zutun geschehen und gewiß nur, um diese Privatmitteilung zu Hessens Vorteil benutzen zu können.

Nimm es mir nicht übel, aber die Treue gegen Dich, als Onkel und als Großherzog befiehlt mir, Dir zu sagen, daß ich fürchte, Dalwigk berät Dich schlecht durch seinen grenzenlosen Leichtsinn und dadurch, daß er glaubt, hier einen kleinen Bismarck auf seine Art spielen zu können.

Ich bitte um Deine Vergebung für diesen Freimut und verbleibe

Dein treuer Neffe
Ludwig.

10.

Dalwigk an den Großherzog.[2])

Darmstadt, 17. März.

Was ich meinerseits Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Ludwig auf Höchstderen unverbindliches Schreiben vom 15. l. Mts. geantwortet habe,

[1]) Original im D.-A.
[2]) D.-A.

geruhen Eure Königliche Hoheit aus der anliegenden Abschrift meines Briefes[1]) Allergnädigst zu entnehmen. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Ich bin mit dieser Antwort vollkommen einverstanden. — Anliegend folgt noch das erwähnte Schreiben des Prinzen, das nun seine Erledigung gefunden hat. — Wenn ich mich hätte ärgern wollen, so hätte ich einen ernsten Verweis erteilt, aber mit Dreck wäscht man sich nicht sauber.

Darmstadt, 17. März. Ludwig.

11.

Dalwigk an den Prinzen Ludwig.[2])

Darmstadt, 17. März.

Eurer Großherzoglichen Hoheit gnädigste Zeilen vom 15. l. Mts. habe ich gestern morgen erhalten. Ich kann Eurer Großherzoglichen Hoheit die Versicherung geben, daß die von der Unpopularität der Großherzoglichen Regierung handelnde Stelle in dem Briefe Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Preußen mir in keiner Weise Ärger verursacht hat, und daß von der, wie Eure Großherzogliche Hoheit sagen, unangenehmen, aber nicht wegzuleugnenden Wahrheit „Die unbefangene Würdigung jenes Briefes" bei mir mitnichten vollständig getrübt worden ist. Ich habe in meinem Schreiben vom 14. l. Mts. den fraglichen Punkt nur um deswillen, und zwar lediglich in meinem eigenen Namen und ohne Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs hervorgehoben, weil derselbe in dem Schreiben Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen ein wesentliches Motiv für den darin gemachten Vorschlag bildet. — Empfindlichkeit, Eitelkeit und andere mehr weibliche Eigenschaften liegen meinem Charakter fern. Ich habe nie nach Hofgunst und ebensowenig nach Volksgunst gestrebt. Ich werde mich also nicht abhalten lassen, das auszusprechen, was ich für Recht und Wahrheit halte, und ich habe Eure Großherzogliche Hoheit stets als einen viel zu biederen und redlichen Herrn verehrt, um glauben zu können, daß die obenerwähnte Stelle des Schreibens vom 15. l. Mts. aus Ihrem Herzen geflossen ist.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben wohl als Landesherr das unbestreitbare Recht, zu prüfen, ob der Augenblick für ein Anerbieten zum Eintritt in den Norddeutschen Bund, so lange man noch wegen einer Militärkonvention mit Preußen verhandelt und so lange man über die Lage, welche der Norddeutsche Bund den kleineren beteiligten Staaten bereitet, nicht klarer sieht, der geeignete sei. — Das war der Sinn der Allerhöchsten Entschließung, die ich Eurer Großherzoglichen Hoheit am 14. l. Mts. mitzuteilen die Ehre hatte. Keineswegs lag darin ausgedrückt, daß man es nicht für geeignet

[1]) Anlage 11.
[2]) Konzept im D.-A.

halte, den Vorschlag Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen auch nur in Erwägung zu ziehen.

Daß Eure Großherzogliche Hoheit das Schreiben Ihres durchlauchtigsten Herrn Schwagers in der Weise beantworten werden, die Höchstdemselben am geeignetsten scheint, um jeden Mißklang in den Beziehungen zu Seiner Königlichen Hoheit, ebenso wie in den Beziehungen zu der Königlich Preußischen Regierung zu vermeiden, habe ich nie bezweifelt. Eure Großherzogliche Hoheit sind ja hessischer Prinz und empfinden vorzugsweise als solcher.

In tiefster Ehrfurcht verharre ich Eurer Großherzoglichen Hoheit untertänigster v. Dalwigk.

12.

Prinz Ludwig an den Großherzog.[1])

Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge

Hier.

Darmstadt, 17. März.

Lieber Onkel!

Nach den Andeutungen, die Du mir hast zukommen lassen, erlaube ich mir, Dir hierbei das Duplikat des für den Kronprinzen bestimmten Briefes[2]) zu überschicken. Mit der Hoffnung, daß es Deine Genehmigung findet, verbleibe ich Dein ergebener Neffe

Ludwig,
Prinz von Hessen.

13.

Der Großherzog an Dalwigk.[3])

Darmstadt, 17. März.

Prinz Louis schickt mir soeben die Anlage zur Genehmigung, wenn Sie nichts zu erinnern finden, so kann er seine unberufene politische Laufbahn hiermit beschließen. Bitte umgehend um Antwort, weil der Prinz um 9 Uhr zum Rapport zu mir kommt. Ludwig.

14.

Dalwigk an den Großherzog.[4])

Darmstadt, 17. März.

Ich halte die Fassung des Antwortschreibens, welches Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig an Seine Königliche Hoheit den Kronprinzen zu richten beabsichtigt, für sehr bedenklich. Wenn darnach Herr v. Wentzel

[1]) Original im D.-A.
[2]) In Dalwigks Nachlaß nicht vorhanden.
[3]) Original im D.-A.
[4]) D.-A.

an einem schönen Morgen mit dem Ansinnen erscheint, die beiden diesseits mainischen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund aufnehmen zu lassen, so können Eure Königliche Hoheit eine solche Zumutung nicht mehr von der Hand weisen. Ich schlage in Untertänigkeit vor, statt des Schlußsatzes, von den Worten an „Bei uns hätten sich die Verhältnisse nicht geändert usw." zu setzen „Dermalen scheine es den Interessen des Landes angemessen, abzuwarten, wie sich die Verhältnisse des Norddeutschen Bundes im allgemeinen gestalteten und namentlich, in welcher Weise man zum Abschlusse der gewünschten Militärkonvention mit Preußen gelange, ehe man das frühere Anerbieten wiederhole". v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Hiernach erledigt.

Darmstadt, 17. März 1867. Ludwig.

15.

Gagern an Dalwigk.[1])

Wien, 15. April.

Die Vervollständigung, welche ich meinem offiziellen Berichte beizufügen habe, bezieht sich sowohl auf die allgemeine, in der Luxemburger Frage sich zuspitzende europäische Situation als auf die Eintrittsfrage in den Norddeutschen Bund von seiten ganz Hessens.

In ersterer Beziehung äußerte Baron Beust, und ich teile seine Besorgnisse, daß die Bemerkungen, welche Eure Exzellenz über den drohenden Krieg zwischen Preußen und Frankreich dem französischen Gesandten in Darmstadt gemacht haben, für Eure Exzellenz leicht kompromittierend und selbst gefährlich werden könnten und besser unterblieben wären. Baron Beust geht soweit, in freundschaftlichem Interesse für Eure Exzellenz den Wunsch auszusprechen, Sie möchten für jetzt auf die beabsichtigte Reise nach Paris verzichten. Er meint, jene Bemerkungen würden im günstigsten Falle zu einem Entrainement die Einleitung bieten, welchem Sie in Paris schwer sich würden entziehen können; im ungünstigeren Falle aber, wenn Ihre an den französischen Gesandten gerichteten Bemerkungen einen gewissen Grad von Öffentlichkeit erlangen sollten, würden dieselben mit der bald darauf erfolgten Reise nach Paris in Verbindung gesetzt, den Grund zu Beschuldigungen geben können, denen wenigstens der Schein eines guten Vernehmens oder Einverständnisses mit dem präsumptiven Feinde zum Anhaltspunkt dienen werde.

Meines Erachtens lassen zwar Eurer Exzellenz an die Adresse Frankreichs gerichteten Ratschläge eine Auslegung zu, wonach deren Zweck ein ganz unverfänglicher sein würde. Denn gerade dem, welcher wie ich mit dem Baron Beust einverstanden ist, daß die Bedingungen, unter welchen Sie den Fran-

[1]) D.-A.

zosen im Kriege gegen Preußen Erfolge in Aussicht gestellt haben, von Frankreich nicht erfüllt werden können, dem muß die Formulierung dieser Bedingungen als an Frankreich gerichtete Abmahnung vor dem Kriege erscheinen, die von Frankreich vielleicht gewürdigt wird. Baron Beust sagt nämlich über die Bedingungen, unter welchen Eure Exzellenz Frankreich Erfolge in Aussicht stellen, daß die erste: das deutsche Nationalgefühl in bezug auf das linke Rheinufer zu schonen, nicht praktisch sei; denn gerade, um von dem linken Rheinufer soviel zu erhalten als möglich, werde Frankreich den Krieg beginnen; das sei das Objekt eines etwaigen Krieges; und die andere: Allianz und Kooperation Österreichs — werde, da Österreich sich versage —, Frankreich nicht erfüllen können. Ob nun die Ratschläge, welche Eure Exzellenz dem französischen Gesandten gegeben haben, von diesem als Abmahnung oder aber als eine Parteinahme für Frankreich aufgefaßt worden sind, darüber kann nur der urteilen, dem die persönlichen Beziehungen Eurer Exzellenz zu diesem Gesandten genauer bekannt sind, als sie es mir sind.

Wie dem sei, so glaube ich eine Pflicht der Freundschaft zu erfüllen und einen Beweis der hohen Achtung zu geben, die ich Eurer Exzellenz zolle, indem ich darauf rechne, daß Sie meine Kritik mit gewohnter freundschaftlicher Nachsicht aufnehmen werden.

Ich komme zur wichtigen Frage vom Eintritt ganz Hessens in den Norddeutschen Bund und habe in diesem Betreff die Stelle meines Berichtes näher zu erläutern, welche die Äußerung Baron Beusts referiert. Seine Antwort nach Berlin sei sowohl dort als in Darmstadt, aber nach entgegengesetzten Richtungen hin, mißverstanden worden. Er hatte hinzugesetzt: „Graf Bismarck in seiner Antwort auf die oberhessische Interpellation spricht die Erwartung aus, daß nach der jüngsten Haltung der Kaiserlichen Regierung Preußen kaum auf einen bestimmten Widerstand von seiten Österreichs stoßen werde bei der Aufnahme ganz Hessens in den Norddeutschen Bund; und Baron Dalwigk faßt unsere Antwort so auf, als seien wir dem Eintritt Hessens, auch mit den südlichen Landesteilen, in den Norddeutschen Bund unter allen Umständen entgegen, und als biete sie ihm eine Handhabe, um den Eintritt ablehnen zu können. Beides entspricht nicht dem Sinne unserer Antwort, die vielmehr in der Absicht gefaßt ist, freie Hand uns zu bewahren, um so uns zu entscheiden, wie es die Großherzogliche Regierung ihren wohlverstandenen Interessen entsprechend hält. In dieser Beziehung weiß ich aber die Ansichten des Barons Dalwigk mit den öffentlichen Äußerungen des Großherzoglichen Gesandten in Berlin nicht in Einklang zu bringen.

Indem ich meinen Bericht durch das Referat über die vorstehende Äußerung des Barons Beust vervollständige, komme ich zunächst auf meine, schon in dem Berichte ausgesprochene Bitte zurück, daß ich von derjenigen Äußerung Eurer Exzellenz in Kenntnis gesetzt werden möge, auf welche Baron Beust Bezug genommen hat. Dann will mir doch ungeachtet des Widerspruchs des Barons Beust bedünken, daß Graf Bismarck so unberechtigt nicht war, wenn er sagte,

daß er nicht glaube, auf einen bestimmten Widerstand von seiten der Kaiserlichen Regierung bei der Aufnahme ganz Hessens in den Norddeutschen Bund zu stoßen, „wenn die Wünsche der Großherzoglich Hessischen Regierung sich unzweideutig manifestiert hätten". Einen anderen Sinn weiß auch ich nicht der obigen Beustschen Erläuterung der Antwort Österreichs zu geben als den: sie werde den Eintritt gutheißen, wenn dies der bestimmte Wunsch der Großherzoglichen Regierung sei.

Davon ausgegangen, glaube ich nicht unberufen zu sein, wenn ich die Frage des Anschlusses Hessens an den Norddeutschen Bund, welche jetzt für die Regierung des Großherzogtums zu einer brennenden geworden ist, in einer Denkschrift begutachte, die anfangs auf breiterer Basis angelegt war, die ich aber jetzt mich veranlaßt sehe, in verkürzter Form der Prüfung zu unterbreiten.

16.

Dalwigk an Hofmann.[1])

Darmstadt, 15. Mai.

L. H. H.

Ich muß annehmen, daß Preußen nach kaum beseitigter Kriegsgefahr Bedenken tragen wird, durch Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über die Mainlinie neue Verwickelungen mit Frankreich und Bedenklichkeiten in Wien hervorzurufen, daß also in der gegenwärtigen Lage ein diesseitiger Antrag auf Aufnahme des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund in Berlin einer ausweichenden Antwort begegnen würde. Es wäre mir aber doch von großem Interesse, zu erfahren, inwieweit meine Ansicht richtig ist. Können Sie sich über diesen Punkt, natürlich in vorsichtigster Weise und ohne eines erhaltenen Auftrages zu erwähnen, Aufschluß verschaffen, und mir das Ergebnis mitteilen, so werde ich dankbar dafür sein.

17.

Dalwigk an den Großherzog.[2])

1. Juli.

Unter allen Verhandlungen, die seither wegen Ausführung des Friedensvertrages vom 3. September v. J. mit Preußen zu führen waren, sind diejenigen wegen der Übernahme der Post im Großherzogtum die unangenehmsten und schwierigsten gewesen.

Endlich wurde der preußische Kommissär bei dem hartnäckigen Widerstande, den man einzelnen seiner Vorschläge von hier aus entgegensetzte, so erbittert, daß er förmlichen Abbruch der Verhandlungen und eine Art postalische Sperre der Grenzen des Großherzogtums androhte. Auch jetzt blieb man

[1]) Abschrift im D.-A. Siehe dazu auch Hofmanns Antwort Deutsche Revue 1912, III, S. 215.

[2]) D.-A.

diesseits noch fest, und erst, nachdem Herr Stephan[1]) noch mehrere nicht unerhebliche Konzessionen gemacht hatte, glaubten die Ministerien, Eurer Königlichen Hoheit die Allerhöchste Zustimmung zu der Übereinkunft allerunterthänigst vorschlagen zu sollen.

So sehr ich gewünscht hätte, daß der vorliegende Vertrag in mancher Beziehung anders ausgefallen wäre, so bleibt doch nur die Wahl, entweder denselben, wie er vorliegt, anzunehmen, oder es auf einen Bruch mit Preußen ankommen zu lassen, was im gegenwärtigen Augenblicke nicht unbedenklich scheint.

Bemerkung des Großherzogs.

Ich sage auch hier: cela ne durera pas, und genehmige diesen Vertrag.

18.

Bismarck an den preußischen Gesandten in Darmstadt.[2])

Berlin, 24. November.

Seiner Hochwohlgeboren dem Herrn v. Wentzel,
Darmstadt.

Nach Eurer Hochwohlgeboren gefälligem Bericht vom 17. d. Mts. hat die Großherzogliche Regierung eine Einladung zu der von dem französischen Kabinette vorgeschlagenen Beratung der durch die Ereignisse im Kirchenstaate entstandenen Fragen erhalten und, wie sich aus einer Vergleichung der Daten ergibt, ohne Verzug angenommen. Auch glaube ich aus Ihrem Berichte abnehmen zu müssen, daß die Annahme ohne Reserve erfolgt ist. Ich muß gestehen, daß diese Schnelligkeit der Entschließung mich einigermaßen überrascht hat. Der Königlichen Regierung wenigstens hat es die in der Behandlung europäischer Angelegenheiten gewonnene Erfahrung nicht rätlich erscheinen lassen, auf die ihr gleichfalls zugegangene Einladung einen definitiven Entschluß zu fassen, bevor sie über den Charakter der beabsichtigten Verhandlungen und über die Beteiligung anderer europäischen Mächte an denselben nähere Aufklärung gesucht hatte. Wir würden vorauszusetzen geneigt sein, daß die Großherzogliche Regierung, zur Beteiligung an der Entscheidung über eine europäische Frage berufen, dasselbe Bedürfnis empfinden würde, glauben aber in dem vorliegenden Falle an dieser Voraussetzung nicht festhalten zu dürfen. Denn es ist uns nicht wahrscheinlich, daß die Großherzogliche Regierung sich über die Auffassungen fremder, außerdeutscher Mächte vergewissert haben sollte, wenn sie dies gegenüber dem benachbarten und verbündeten Preußen nicht getan, wenn die Regierung eines Fürsten, welcher

[1]) Heinrich Stephan, 1831—1897; der Neuschöpfer des preußisch-deutschen Postwesens, 1856 ins Generalpostamt zu Berlin berufen, 1865 Geh. Postrat und vortragender Rat, 1870 Generalpostdirektor, 1875 Generalpostmeister, 1880 Staatssekretär.

[2]) Abschrift der Note im D.-A.

Mitglied des Norddeutschen Bundes ist, über die Stellung dieses Bundes zu der schwebenden Frage keine Erkundigung eingezogen hat.

Die Teilnahme an der Beratung einer europäischen Frage verpflichtet allerdings noch nicht zum Abschluß europäischer Verträge; aber wir erlauben uns die Frage an die Großherzogliche Regierung, ob sie, gesetzt daß sie allein unter den deutschen Staaten die Einladung ohne Reserve annimmt und infolgedessen in Konferenzverhandlungen mit außerdeutschen Mächten eintritt, ein solches Verhältnis ganz frei von der Gefahr glauben würde, durch dasselbe in Wege geleitet zu werden, welche ihre Politik von der ihrer deutschen Bundesgenossen trennen könnten. Wir vermögen uns des Eindruckes nicht zu erwehren, daß, wenn die Großherzogliche Regierung zu schwierigen und noch vor kurzem an der Schwelle ernster Verwickelungen behandelten europäischen Fragen ihre Stellung nimmt, ohne den Versuch einer Verständigung mit ihren deutschen Verbündeten und dem Norddeutschen Bunde, dem Seine Königliche Hoheit beigetreten ist, sie sich mit dem Geiste des Bundesvertrages nicht in Einklang befinde; wobei wir dahingestellt sein lassen, ob dies Verfahren und die Konsequenzen desselben sich mit dem Wortlaute der Bundesverfassung in Einklang bringen lassen.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, dem Herrn Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten diesen Erlaß vorlesen und auf Verlangen abschriftlich mitteilen zu wollen.

gez.: v. Bismarck.

Tagebuch 1868.

5. Januar.

Könneritz[1]) wollte von mir wissen, welche deutsche Politik ich dermalen für die richtige, von den kleineren Staaten zu befolgende hielte. Ich antwortete: „Abwarten." Ein Südbund sei nicht zustande zu bringen. Hessen könne demselben mit Rücksicht auf sein Oberhessen nicht angehören, und es würden wahrscheinlich die Waffen zwischen Frankreich und Preußen in der Kürze entscheiden, was das Schicksal Deutschlands und der kleineren deutschen Staaten sein solle. Der König von Preußen habe wiederholt erklärt, die Mainlinie unter keinen Umständen überschreiten zu wollen, aber man wisse, was man von solchen Erklärungen zu halten habe.

12. Januar.

Labenski sagte mir, er habe einen Brief vom Grafen Lützow bekommen. Derselbe habe ihn beauftragt, mich zu grüßen und mir zu sagen, er habe kürzlich den Erzherzog Albrecht gesprochen, welcher sich über mich mit der größten Achtung und wahrer Freundschaft geäußert habe.

8. Februar.

Mit Herrn v. Bose[2]) hatte ich eine einstündige Konversation, in welcher ich ihm meine Ansichten über die politische Gegenwart und Zukunft rückhaltlos entwickelte. Ich bat ihn, dem König Johann zu sagen, er möge den Mut und die Hoffnung nicht sinken lassen.

Herr v. Plonski[3]) ist nach Darmstadt gekommen, um die Differenzen zwischen dem hiesigen Kriegsministerium und dem Prinzen Ludwig auszugleichen.

9. Februar.

Der von Berlin zurückgekehrte Geheime Obersteuerrat Ewald erzählte mir, die preußischen Minister betrachteten sich bereits als durch das Bundeskanzleramt mediatisiert. Graf Bismarck und Herr v. Delbrück machten im Namen des Norddeutschen Bundes alles fertig, ohne viel nach den preußischen Ministern zu fragen.

---

[1]) Richard Graf v. Könneritz, der neue sächsische Gesandte.
[2]) Gustav Adolf v. Bose, der bisherige sächsische Gesandte.
[3]) Heinrich v. Plonski, Kgl. preußischer General der Infanterie.

10. Februar.

Der Großherzog erzählte mir, General v. Grolmann habe infolge seiner Dissidien mit dem Prinzen Ludwig wiederholt seine Entlassung als Präsident des Kriegsministeriums verlangt. Er, der Großherzog, habe aber dieses Gesuch nicht angenommen, sondern ohne Vorwissen des Prinzen den General v. Plonski in Kassel schriftlich ersucht, nach Darmstadt zu kommen, um zu prüfen, welcher der beiden streitenden Teile in seinem Rechte sei. General v. Plonski habe diesem Ersuchen sofort entsprochen und fast überall die Ansichten des Generals v. Grolmann gebilligt. Es sei möglich, daß der Major v. Brandenstein,[1]) der Ratgeber des Prinzen Ludwig, aus dieser Veranlassung von hier abgerufen werde.

11. Februar.

Um 1¾ Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Hoyos, der am folgenden Tage auf zwei Wochen nach Wien geht. Er erzählte mir, die Prinzessin Alice habe ihm offen gesagt, ihr ganzes Streben sei, das Großherzogtum an Preußen abzutreten und für ihren Mann einen Sitz im Preußischen Herrenhause zu erwerben, wie er den depossedierten Fürsten gebühre.

24. Februar.

Ich hatte um 12½ Uhr den Besuch des Bischofs von Mainz.[2]) Derselbe beklagte das Vorgehen der österreichischen Regierung der katholischen Kirche gegenüber. Er gab zu, daß das österreichische Konkordat viel zu weit gegangen sei und einer Revision bedürfe. Er behauptete aber, daß man namentlich in der Frage vom Einflusse der Kirche auf die Schule dermalen in Österreich viel zu weit gehe und deshalb eine berechtigte und deshalb um so gefährlichere Opposition der Bischöfe hervorrufen werde. Das hessische Schuledikt von 1832 werde allen Teilen gerecht, und er würde nichts dabei zu erinnern finden, wenn dasselbe auch in Österreich zur Anwendung käme. Die Herren Giskra[3]) und Konsorten, welche dermalen in Österreich in das Ministerium berufen seien, seien ihm, dem Bischof v. Ketteler, noch von der Zeit der Nationalversammlung des Jahres 1848 her in tiefster Seele verhaßt. Der Bischof wollte von mir wissen, wie weit darin auf Herrn v. Beust zu zählen sei, wie derselbe denke. Er versicherte sodann, daß in Baden die Wahlen zum Zollparlament der großen Mehrzahl nach im katholischen großdeutschen Sinne ausfielen.

---

[1]) Carl, Kgl. preußischer Major im Großen Generalstab.

[2]) Emanuel Wilhelm v. Ketteler, 1811—1877; war 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments, seit 1850 Bischof von Mainz.

[3]) Karl Giskra, 1820—1879; war 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments, 1861 des böhmischen Landtags, dann des österreichischen Abgeordnetenhauses und Bürgermeister von Brünn, 1867—1870 Minister des Innern.

10. März.

Morgens $10^1/_2$ Uhr empfing ich den Obersten v. Grolmann, der mir im Auftrage des Großherzogs einen Erlaß an die Zivilministerien brachte, worin dieselben zum Gutachten darüber aufgefordert werden, ob eine Vereinigung des Kriegsministeriums und des Divisionskommandos in der Hand des Prinzen Ludwig ohne konstitutionelle Verantwortlichkeit des letzteren möglich sei. Es lag ein darauf gerichteter Antrag des Prinzen bei.

11. März.

Um $1^3/_4$ Uhr kam Graf Hoyos und brachte mir 500 F. Subvention für die „Hessischen Volksblätter".

Um $3^1/_4$ Uhr kam Herr v. Sidorowitsch mit dem früheren französischen Legationssekretär Grafen Breda zu mir. Der letztere blieb nach dem Weggang des Herrn v. Sidorowitsch noch eine ganze Stunde.

Er steht in direktester Opposition gegen das jetzige französische Gouvernement und dessen Haltung im Jahre 1866. Er behauptet, in Gegenwart eines französischen Senators und eines Adjutanten des Marschalls Niel[1]) gesagt zu haben: „Que l'Empereur par sa conduite en 1866 aurait mérité d'être traduit devant un tribunal de guerre et fusillé." Der Senator habe geantwortet, daß er solche Reden nicht anhören dürfe und habe sich entfernt. Der Adjutant des Marschalls aber habe ihm die Hand gedrückt und gesagt: „Je viens de dire la même chose au Maréchal." Breda meinte, daß der Krieg Frankreichs gegen Preußen noch in diesem Jahre ausbrechen werde. Die dermalige Lage des Kaisers Napoleon sei unhaltbar. Breda klagte auch über die vollkommene Unwissenheit so vieler französischer Diplomaten über deutsche Verhältnisse.

12. März.

Um $12^1/_4$ Uhr besuchte mich der Gesandte v. Gagern. Ich erzählte demselben von dem unbegreiflichen Benehmen Enzenbergs, der einen badischen Arbeiter veranlaßt habe, sich das Geheimnis der französischen Kugelspritze zu verschaffen und der dasselbe dann dem Grafen Goltz mitgeteilt habe. Ich bemerkte dazu, daß ich dem Grafen Enzenberg strenge untersagt habe, die ihm von Preußen dafür angebotene Dose mit Diamanten anzunehmen.

27. März.

v. Gagern erzählte mir, daß zu einer Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland aus inneren Gründen wenig Hoffnung sei. Die Ungarn, die früher in ihrem Interesse eine solche Verbindung der deutschen Provinzen Österreichs mit Deutschland wünschenswert gefunden hätten, strebten jetzt nach dem entgegengesetzten Ziele. Selbst in Wien nehme die Zahl der ungarischen und slawi-

[1]) Adolphe Niel, 1802—1869, seit 1867 französischer Kriegsminister und Reorganisator der Armee.

schen Einwohner beständig zu, so daß man Wien kaum noch eine deutsche Stadt nennen könne. Gagern proponierte mir, Preußen den Vorschlag zu machen, in ein volles Bündnis mit dem Süden einzutreten, d. h. den Nordbund auf den Süden auszudehnen unter der Bedingung der Gewährung freiheitlicher Institutionen, Ausdehnung der Rechte des Parlamentes und Verminderung der ungeheuren Militärlast für ganz Deutschland. Ich ermächtigte Gagern, diesen Gegenstand demnächst in München mit dem Fürsten Hohenlohe vertraulich zu besprechen.[1])

3. April.

Um 6 Uhr besuchte mich Graf Breda auf der Durchreise von Wien nach Paris. Er sagte mir, daß die Idee, den Dualismus auch im Heere einzuführen, in Österreich immer mehr Boden gewinne. Feldmarschalleutnant v. Gablenz vertrete dieselbe. Die Anhänger des Bestehens der österreichischen Monarchie betrachten dies als den Todesstoß für Österreich. Er habe den Auftrag, insbesondere von dem Geheimen Rat v. Biegeleben erhalten, dem Kaiser Napoleon zu sagen, daß nur ein Krieg Österreich zu retten vermöge und dem Kaiser den Beginn eines solchen gegen Preußen anheimzustellen. Österreichs Rolle werde dann sein, durch Aufstellung einer Observationsarmee Rußland in Schach zu halten. Graf Breda bat mich, seine Sendung als strengstes Geheimnis zu behandeln. Er fügte hinzu, der ungarische Minister Graf Andrássy[2]) habe vor dem Kriege von 1866 verräterische Verbindungen mit Preußen unterhalten. Jetzt leite derselbe die ungarische Politik. Österreich habe also Ursache, gegen ihn auf seiner Hut zu sein.

5. April.

Besuch des Herrn v. Labenski. Wir sprachen Politik. Labenski meinte, Rußland werde sich in einen französisch-preußischen Krieg nicht einmischen. Dasselbe habe zuviel in seinem Innern zu tun. Ich fragte, ob der jetzige Thronfolger von Rußland den Ruf rechtfertige, die Deutschen zu hassen. Labenski antwortete, alles, was sich in dieser Beziehung behaupten lasse, sei, daß er die Preußen nicht liebe.

6. April.

Morgens $8^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des Landtagsabgeordneten Bürgermeisters Zimmer von Villingen, der mir lebhaft für das Zustandekommen der oberhessischen Eisenbahnen dankte und unaufgefordert sein Bedauern aussprach, in der Zeit für den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen

[1]) Über eine diesen Gegenstand behandelnde, dem Fürsten Hohenlohe überreichte Denkschrift Gagerns siehe: Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches, S. 586 ff. Siehe dazu auch Anlage 1.

[2]) Graf Julius Andrássy, 1823—1890, wurde 1867 erster konstitutioneller Ministerpräsident Ungarns, 1871—1879 österreichisch-ungarischer Minister des Auswärtigen.

Bund gestimmt zu haben. Er sagte, die Ansichten hätten sich geändert und man kenne jetzt gewisse Leute.

Um 9 Uhr 50 Minuten fuhr ich nach Mainz, um dort dem Bischof v. Ketteler Nachricht von den Schritten zu geben, die ich auf seine Veranlassung in Wien getan hatte, um zu weitgehende Beschränkungen des Konkordates in bezug auf das Schulwesen zu hindern. Die ehrenden Äußerungen des Baron Beust über Herrn v. Ketteler schienen letzteren aufrichtig zu freuen. Er gestand mir offen die Notwendigkeit zu, das dermalige Ministerium, Baron Beust an der Spitze, zu unterstützen, statt ihm von klerikaler und feudaler Seite Schwierigkeiten zu bereiten. Es war mir um so erfreulicher, die Ansichten und die Stimmung des Bischofs aufgeklärt zu haben, als man auf ihn selbst in persönlicher Unterhaltung im entgegengesetzten Sinne zu wirken versucht hatte. Ich sagte schließlich, wie ich bedauere, daß man ihn, Herrn v. Ketteler, nicht verdoppeln und ein Exemplar nach Österreich versetzen könne, um dem dortigen Klerus ein wenig staatsmännischen Geist einzuflößen und ihn von seinen einseitigen, schließlich dem Staate und der Kirche gleich gefährlichen Bestrebungen zurückzubringen.

8. April.

Morgens 11 Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Derselbe erzählte mir, daß er den Besuch des Generals Ducrot von Straßburg gehabt habe,[1]) und daß der letztere sich mit Ausführlichkeit über die Eventualität eines Krieges mit Preußen verbreitet habe. Baron Capellen habe den General Ducrot angemeldet und er, der Großherzog, habe denselben im Überrock empfangen. Besonders die preußische Besetzung der Festung Mainz sei den Franzosen anstößig, da die Festung auf dem linken Rheinufer liege. — Ducrot habe ihm bemerkt, daß Baden im Falle kriegerischer Konflikte ein verlorenes Land sei. Ich erzählte dem Großherzoge von dem jüngsten Besuche des Grafen Breda und dessen Reise nach Paris. Der Großherzog teilte mir mit, daß er sofort nach der Entlassung des Prinzen Ludwig vom Kommando der Division und gleichzeitig mit der Abreise des Majors v. Brandenstein nach Berlin an den König von Preußen eigenhändig geschrieben habe. Prinz Alexander habe den sehr gut verfaßten Brief entworfen.

10. April.

Der Gesandte Hofmann telegraphierte mir chiffriert, daß morgen der preußische General v. Bonin mit einem Major im Auftrage des Königs von Preußen hier ankommen werde. Ich berichtete sofort an den Großherzog und schrieb dem General v. Grolmann.

11. April.

Abends 7 Uhr hatte ich den Besuch des preußischen Generals der Infanterie und Generaladjutanten des Königs v. Bonin, welcher von dem preußischen

[1]) Siehe dazu auch Tagebuch vom 13. April. Dalwigk hat also von diesem berüchtigten Besuch nichts gewußt.

Major im Kriegsministerium Bronsart[1]) begleitet war. Der General hatte den Auftrag des Königs Wilhelm, mir zu erklären, daß wenn die Militärkonvention mit Preußen nicht pünktlich erfüllt würde, Maßregeln in Aussicht ständen, welche für den Großherzog und das Land gleich unangenehm sein würden. Herr v. Bonin richtete mir seinen Auftrag aus, nachdem Major Bronsart sich entfernt hatte. Er war dabei sehr artig und verbindlich und beteuerte seinen Wunsch, die Dissidien zwischen dem Prinzen Ludwig und dem Kriegsminister v. Grolmann oder vielmehr mit Preußen auf versöhnliche Weise zu erledigen. Er sagte mir, daß er bereits am Morgen bei dem Großherzoge Audienz gehabt habe. Der Großherzog sei bereit, den General v. Grolmann von dem Präsidium des Kriegsministeriums zu entheben und ihm als einem treuen bewährten Diener einen Platz in seiner Nähe anzuweisen. Von einer Übernahme des Kriegsministeriums durch den Prinzen Ludwig könne keine Rede sein. Der Prinz sehe das selbst ein und habe den Major Dornseiff[2]) für die Stelle in Aussicht genommen. Auch sei es Zeit, daß der Prinz das Kommando der Division wieder übernehme und sein fingiertes Unwohlsein beendige.

Herr v. Bonin bemerkte mir dann noch weiter, sein König und der Bundeskanzler hätten ihm beim Abschiede gesagt, in Darmstadt sei der Herd aller antipreußischen Agitationen. Ich erwiderte, daß dieser Vorwurf jedenfalls, was die Großherzogliche Regierung und mich persönlich betreffe, ein ungegründeter sei. Wir wünschten getreue Vollziehung der mit Preußen abgeschlossenen Verträge. Habe das Kriegsministerium in dieser Beziehung den Erwartungen nicht entsprochen, so sei ich daran nicht schuld, ich hätte im Gegenteil in zwei Fällen, nämlich bei der Vorlage des preußischen Militärstrafgesetzes an die Stände und bei dem preußischen Verlangen einer Erhöhung des Bestandes der Schwadronen um 40 Pferde, das Kriegsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß sein Verfahren der Konvention mit Preußen nicht entspreche. Übrigens stände ich den Schritten des Kriegsministeriums durchaus fern. Ich sei inkompetent in allen militärischen Gegenständen und erführe von den Entschließungen des Kriegsministeriums nur zufällig etwas. Es scheine, daß man in Berlin die Großherzogliche Regierung für die Haltung gewisser Blätter, namentlich der „Hessischen Volksblätter", verantwortlich mache. Dazu sei kein Grund vorhanden, die Regierung habe mit diesen Journalen keinen Zusammenhang und die Presse sei in Hessen vollkommen frei. Da, wo dieselbe die Grenzen des Erlaubten überschreite, namentlich auch Preußen gegenüber, werde dieselbe streng gerichtlich verfolgt. Herr v. Bonin versprach mir, dem Könige und dem Grafen Bismarck meine Antwort getreulich zu wiederholen. Er bemerkte, in Sachsen sei die neue Militärorganisation auf das rascheste und beste zustande gekommen. Freilich hätte der Kriegsminister v. Fabrice ihm, General v. Bonin, geradezu gesagt, er betrachte sein Ministerium nur noch

[1]) Paul Bronsart v. Schellendorf.
[2]) Wilhelm Dornseiff, wurde Direktor des Kriegsministeriums.

als eine Filiale des preußischen Kriegsministeriums, dessen Befehle er lediglich vollziehe. General v. Bonin ersuchte mich, den Kern seines Auftrages, die mutmaßliche Folge fernerer Verzögerungen in der militärischen Reorganisation, zur Kenntnis des Großherzogs zu bringen. Ich schrieb dem letzteren sofort nach Entfernung des Generals v. Bonin.

12. April.

Um 1 Uhr machte ich dem General v. Bonin und dem Major Bronsart Gegenbesuche. Herr v. Bonin bat mich wiederholt dringend, zu der raschen Erledigung der preußischen Forderungen beizutragen. Er sei am Morgen bei dem Großherzoge gewesen und dieser habe ihm versprochen, den General v. Grolmann seiner Stelle als Präsident des Kriegsministeriums ehrenvoll zu entheben. Erst dann, wenn dies geschehen werde, könne Prinz Ludwig das Kommando der Division wieder übernehmen. Bonin erzählte mir, der Großherzog habe ihm in bezug auf meine Mitteilung vom verflossenen Abend gesagt: „Nicht wahr, der König beabsichtigt, im Falle ich mich nicht füge, meine Truppen aus dem Lande zu ziehen und mein Land statt dessen mit Preußen zu besetzen?" Er, Bonin, habe darauf erwidert: „Eure Königliche Hoheit haben selbst ausgesprochen, was ich zu sagen Anstand nahm."[1])

Abends 5 Uhr machte der Gesandte von Gagern mir einen Besuch. Er wünschte von mir zu wissen, was der General v. Bonin in Darmstadt wolle und erreicht habe.

Dann bat er mich um bestimmte Instruktion wegen der Vorschläge, die er in bezug auf eine Wiedervereinigung Süddeutschlands mit dem Norden dem Fürsten Hohenlohe auf der Durchreise durch München machen solle. Gagern hatte mir in dieser Beziehung ein langes Memoire[2]) vorgelegt. Er gab aber von vornherein zu, daß die Sache an der Zähigkeit Preußens scheitern werde und daß seine Vorschläge nur ein Schachzug seien, um Preußen in eine ungünstigere Lage zu bringen und die fernere Haltung der Südstaaten zu rechtfertigen. Ich autorisierte Herrn v. Gagern, mit dem Fürsten Hohenlohe zu reden und demselben die Initiative in dieser Angelegenheit anzubieten.

13. April.

Diner im Schlosse zu Ehren des Generals v. Bonin. Beim Weggehen nahm ich den Oberstallmeister v. Capellen in ein Fenster des weißen Saales und fragte ihn, aus welchem Anlaß der französische Divisionsgeneral Ducrot kürzlich hierher gekommen und von ihm, Capellen, bei dem Großherzoge eingeführt worden sei. Capellen antwortete mir, Ducrot sei im Auftrage des

[1]) Auf einen Vortrag Dalwigks in dieser Angelegenheit erwiderte der Großherzog in einer Randbemerkung: „Bange machen gilt nicht. Wegen der anderen Militarias Grolmann einzuheizen. Mit der Idee der Zuteilung des Majors Bronsart bin ich ganz einverstanden."

[2]) Siehe Tagebuch vom 27. März und Anmerkung.

Kaisers Napoleon[1]) hier gewesen. Derselbe habe sich vorher auch in Mainz aufgehalten, aber überall sich als Ducrot, particulier de Paris, eingeschrieben. Ich bat Capellen, die Sache als strengstes Geheimnis zu bewahren.

14. April.

Baron Capellen erzählte nach Tisch vertraulich, General Ducrot sei vom Großherzoge auf der Mathildenhöhe im Überrock empfangen worden. Derselbe habe geäußert, der Prinz Napoleon sei mit den friedliebendsten Ansichten nach Berlin gegangen, sei aber mit der Überzeugung zurückgekommen, daß der Krieg unvermeidlich sei.

15. April.

In der Allee begegnete ich dem General v. Grolmann, dem ich zu seiner Beförderung zum Generalleutnant gratulierte. Er erzählte mir, der Großherzog habe ihm nach der Audienz, in welcher er ihm seine Entlassung als Präsident des Kriegsministeriums gegeben, umarmt und ihm gesagt, seinen Freunden stehe seine Türe stets offen.

18. April.

Um 4 Uhr kam Graf Hoyos und teilte mir eine österreichische an den Grafen Wimpffen in Berlin gerichtete Depesche mit, worin Österreich jede Ausdehnung der Kompetenz des Zollparlamentes für eine Verletzung des Prager Friedens erklärt.

23. April.

Um 3 Uhr kamen gleichzeitig der Graf von Erbach-Fürstenau und der Gesandte v. Wentzel. Der letztere hatte sich darüber zu beschweren, daß Prinz Wilhelm sich in Rom dem Papst durch den württembergischen Geschäftsträger habe vorstellen lassen. Ich bemerkte dem Herrn v. Wentzel, daß der württembergische Geschäftsträger Herr v. Kolb seit mehr als zwanzig Jahren auch die hessischen Konsulargeschäfte in Rom, und daß derselbe in dieser Eigenschaft und nicht als Vertreter Württembergs die Anliegen des Prinzen Wilhelm besorge, um so mehr, als ich ihn dazu durch ein eigenhändiges Schreiben beauftragt habe.

25. April.

Um $2^3/_4$ Uhr empfing ich den Grafen Breda, welcher, von Paris kommend, mir über seine dortigen Erlebnisse vertrauliche Mitteilung machte. Er bat mich, alles, was er mir sagen werde, als strengstes Geheimnis zu bewahren. Er habe bei dem Kaiser eine anderthalbstündige Audienz gehabt, in welcher Napoleon, gegen seine sonstige Gewohnheit, äußerst gesprächig und mitteilsam gewesen sei. Er habe ihm erklärt, er wolle den Krieg, aber erst in einem Jahre,

[1]) Vgl. Tagebuch vom 8. April und Anmerkung.

während Marschall Niel bereits im Herbste dieses Jahres losschlagen wolle, um Preußen den Chancen eines Winterfeldzugs auszusetzen. Ich bemerkte hier, daß Niel recht habe. Je länger Frankreich den Krieg verschiebe, desto mehr gewinne Preußen Zeit, seine neu annektierten Provinzen zu assimilieren und die militärische Organisation der mit ihm verbündeten Südstaaten zu vollenden. Breda war damit einverstanden und sagte mir weiter, die französische Flotte werde in der Ostsee erscheinen und 25 000 Mann bei Danzig landen. Es würde aber seiner Ansicht nach besser sein, die Landung bei Kiel zu bewerkstelligen, um dort mit einer Armee von 30 000 Dänen zusammenzustoßen. Ich erwiderte, daß ich damit nicht einverstanden sei. Sobald Frankreich sich mit den Dänen alliiere, verletze es die deutschen Nationalgefühle, die es gerade im Gegenteil schonen müsse, wenn es sich darum handle, Preußen zu demütigen. Ich fügte hinzu, ein Staat mit einer militärischen Organisation, wie sie Preußen besitze, sei eine fortwährende Bedrohung für seine Nachbarn, wenn er die Ausdehnung einer Großmacht erreiche. Es werde also, falls Frankreich siege, nötig werden, Preußen zu verkleinern. Breda entgegnete, daß man in diesem Falle Hannover wiederherstellen und durch Westfalen vergrößern werde. Ich bemerkte, daß dann auch ein vergrößertes Hessen und ein vergrößertes Sachsen nötig werde. Breda fuhr fort, die Aufgabe Österreichs sei zunächst, Rußland in Schach zu halten. Wolle Rußland Preußen beistehen, so werde die nächste Aufgabe die Wiederherstellung des Königreichs Polen sein, und dafür habe sich in der Zeit schon der alte Fürst Metternich warm interessiert. Die Ungarn wünschten lebhaft den Frieden, um ihre inneren Zustände zu ordnen und ihre Ansprüche Österreich gegenüber, die auf das höchste Maß von Selbständigkeit hinausliefen, durchzusetzen. Kaiser Napoleon, der diese mit seinen augenblicklichen Bestrebungen in Widerspruch stehenden Tendenzen kenne, habe eben deshalb kürzlich einen ungarischen Abgesandten, der zum Frieden habe mahnen sollen, sehr schlecht empfangen. Herr Thiers mache ebenfalls den Friedensapostel, aber es sei unzweifelhaft, daß derselbe damit nur dem Kaiserreich Schwierigkeiten bereiten wolle, dessen Lage aufs dringendste den Krieg fordere. Es werde dem Kaiser Napoleon überaus erwünscht sein, wenn irgendein Übergriff Preußens den deutschen Südstaaten gegenüber ihm einen Vorwand gebe, Preußen ein energisches „Halt" zuzurufen und dadurch letzteres zu einer aggressiven Haltung zu nötigen. Ich erwiderte, daß die Sendung des Generals v. Bonin nach Darmstadt einen vortrefflichen Anlaß gegeben haben würde, wenn sie etwas früher erfolgt wäre. Graf Breda erzählte mir auch, daß ihm versprochen sei, im Kriegsfalle eine Stelle im Hauptquartier des Marschalls Niel zu bekommen. Er habe dem Kaiser von den Ansichten und der Lage der Großherzoglich Hessischen Regierung reden wollen. Der Kaiser habe dies aber kurz mit den Worten abgeschnitten: „Je le sais." Er, Breda, gehe nun von hier nach Wien, um mit den österreichischen Staatsmännern im Auftrage Napoleons das weitere zu besprechen. Napoleon habe ihm übrigens schon bei Beginn der Unterhaltung das Versprechen abgenommen,

mit niemand in Paris, am wenigsten mit den kaiserlichen Ministern, von dem vorliegenden Gegenstande zu reden. Weder Rouher noch Mouſtier seien in die kaiserlichen geheimen Gedanken eingeweiht. Dieſelben hielten fortwährend die friedlichſten Reden, ſo lange, bis die kaiserliche Entſchließung über Krieg und Frieden jedermann und auch ſie überraſche. Breda ſagte mir noch, er habe in Paris dringend abgeraten, an eine Eroberung des linken Rheinufers zu denken. Man werde ſich dadurch ohne Nutzen für den Staat nur eine unzufriedene feindlich geſinnte Bevölkerung unterwerfen.

In bezug auf die Möglichkeit einer Wiederherſtellung Polens bemerkte ich, man könne Öſterreich, welches bereits zwei Provinzen in Italien verloren habe, nicht zumuten, ohne Entſchädigung auf Galizien zu verzichten. Breda meinte, es ſei für Öſterreich ſchon eine genügende Entſchädigung, wenn es ſeine alte Stellung in Deutſchland, und zwar nach Verkleinerung Preußens mit größerer Autorität wiedererhalte. Indeſſen könne man Öſterreich vielleicht Schleſien geben.

27. April.

Morgens $10^1/_4$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge, dem ich meine jüngſte Unterhaltung mit dem Grafen Breda mitteilte. Der Großherzog ſprach mir dann auch von den neueſten Veränderungen im Kriegsminiſterium. Er nahm dieſe Sache unglaublich leicht, meinte, das Kriegsminiſterium habe längſt friſcher Kräfte bedurft. Mit dem General v. Bonin habe er ſich auf das vortrefflichſte abgefunden, und kürzlich ſei ihm auch ein ſehr liebenswürdiges Dankſchreiben des Königs Wilhelm zugekommen. Ich bemerkte dem Großherzoge, daß ich ſeine Auffaſſung von der neueſten Militärorganiſation, welche die ganze Militärgewalt in die Hände des Prinzen Ludwig lege, nicht teilte. Er verſicherte dagegen, daß er darin keine Gefahr finde, weil er ſeine Fauſt mit Feſtigkeit über dem Prinzen halte. Schließlich referierte ich dem Großherzoge über die Autoriſation, die ich dem Geſandten v. Gagern zur Verhandlung mit dem Fürſten Hohenlohe wegen näheren Anſchluſſes Süddeutſchlands an den Norddeutſchen Bund erteilt hatte. Ich las Gagerns Brief vom 23./24. April[1]) vor und bemerkte, daß es ſich von einem Schachzuge gegen Preußen handle.

4. Mai.

Wernher von Nierſtein erzählte mir, Herr v. Kleiſt-Retzow[2]) habe ſeinem, Wernhers, Sohn in Hannover geſagt, es werde, ſolange in Darmſtadt die Männer am Ruder ſeien, die im Jahre 1866 Preußen feindlich gegenübergeſtanden, alles, was von Darmſtadt komme, in Berlin mit Mißtrauen aufgenommen

[1]) Siehe Anlage 1.

[2]) Wahrſcheinlich Hans Hugo, 1814—1892; einer der Mitbegründer der „Kreuzzeitung", 1851—1858 Oberpräſident der Rheinprovinz, Gegner der Bismarckſchen kirchlichen Politik, im Reichstag Führer der äußerſten Rechten.

werden. Der junge Wernher, ein 28jähriger Leutnant, sei über diese Offenheit des hochgestellten Herrn v. Kleist sehr verwundert gewesen.

Um 4 Uhr ging ich auf die Eisenbahn, um dem Prinzen Alexander, welcher mit dem Schnellzuge um 4¼ Uhr nach Petersburg reiste, um dort die Angelegenheit des ihm vom Kaiser Alexander geschenkten Grundbesitzes zu erledigen, Lebewohl zu sagen. Die Prinzessin Battenberg war da und erzählte mir, die Prinzessin Alice habe ihr, bei ihrer vor acht Tagen erfolgten Rückkehr von Koburg gesagt, die Existenz so kleiner Staaten wie das Großherzogtum Hessen sei eine Lächerlichkeit. Man könne sich nicht genug eilen, das Land an Preußen abzutreten. Der König von Hannover habe durch seine Tergiversationen den Verlust seiner Krone vollkommen verdient. Wenn ihm Preußen jetzt auch noch sein Vermögen konfisziere, so habe dasselbe vollkommen recht. Es würde töricht sein, dem Könige die Mittel zu preußenfeindlichen Umtrieben zu lassen.

7. Mai.

Ich fand ein Billett des Großherzogs, womit mir derselbe einen eben eingetroffenen vertraulichen Brief des Kaisers Napoleon mitteilte, in welchem ein Herr Curtis, ancien consul d'Angletterre à Cologne, Überbringer des Briefes, als ein Mann bezeichnet wird, mit welchem der Großherzog über die dermaligen Angelegenheiten Frankreichs offen reden könne. Der Brief lautet:

Altesse Royale.

Je profite du départ de Mr. Curtis, ancien consul d'Angleterre à Cologne, pour me rappeler à son souvenir et lui dire qu'elle peut parler avec toute franchise à Mr. Curtis, qui lui dira aussi quel est l'état de la France.

Je renouvelle à Votre Altesse Royale l'assurance de mes sentiments de haute estime et de sincère amitié. Napoléon.

Palais des Tuileries, le 28 avril 1868.

Der Großherzog sagte mir, er werde Herrn Curtis morgen 11 Uhr empfangen.

8. Mai.

Morgens 9 Uhr fuhr ich zur Audienz bei dem Großherzoge. Wir besprachen die Sendung des Herrn Curtis mit einem Briefe des Kaisers Napoleon und waren beide der Ansicht, daß der Großherzog in seinen Äußerungen dem Herrn Curtis gegenüber vorsichtig und zurückhaltend sein müsse. Wir besprachen dann den bekannten Artikel im „Univers" vom 29. April, hessische Zustände betreffend, über welchen der Großherzog herzlich lachte.

9. Mai.

Ich fuhr morgens 10½ Uhr zur Audienz bei dem Großherzoge. Derselbe erzählte mir, Herr Curtis, den er am Tage zuvor empfangen, habe ihm mit-

geteilt, daß der Kaiser Napoleon vorerst den Frieden zu erhalten wünsche. Es scheine den Wünschen des Kaisers zu entsprechen, daß in einem Konflikte mit Preußen Österreich die Initiative ergreife, wozu aber vorerst keine Aussicht sei.

Morier[1]) entwarf mir ein sehr düsteres Bild von den österreichischen Zuständen. Er nannte Österreich ein Staatenkonglomerat von Staaten, die nur noch durch die Person des Kaisers lose zusammenhingen. Die Staatsmaschine funktioniere nicht. Zwei getrennte Ministerien mit einem Reichsministerium darüber, zwei zweite und zwei erste Kammern seien eine so komplizierte Organisation, daß es überall Stockungen gebe. Baron Beust, der am kleinen Finger mehr wert sei, als die Herren Herbst,[2]) Brestel,[3]) Giskra usw., erlahme an diesen Schwierigkeiten. Er habe denselben bei seinem Abschiedsbesuch sehr übel aussehend gefunden, freilich sei dies zwei Tage vor Beusts schwerer Erkrankung gewesen. Jetzt würden von seiten der zisleithanischen Minister gegen die Genehmigung des mit England abgeschlossenen Handelsvertrages, für den man Beusts Versprechen habe, Bedenken erhoben, weil man sich in Österreich nicht entschließen könne, die Richtigkeit der Freihandelstheorie einzusehen. Die österreichische Presse sei ganz demoralisiert. Die feuilles publics seien zu filles publiques geworden. Sie seien verkäuflich und geschrieben in dem Sinne, der ihnen das meiste Geld eintrage.

24. Mai.

Der Großherzog von Mecklenburg fragte nach der Finanzlage Hessens und erzählte mir, daß Mecklenburg durch seinen Eintritt in den Zollverein und durch die dadurch erzielte bedeutende Mehreinnahme in den Stand gesetzt werde, die großen Ausgaben, welche der Norddeutsche Bund und besonders die neue Militärorganisation erfordere, zu decken. — Wir sprachen vom Norddeutschen Bund. Ich sagte, daß der König von Preußen besser daran getan haben würde, nach der Schlacht von Königgrätz sich die deutsche Kaiserkrone aufzusetzen und so ganz Deutschland zu einigen, als am Maine stehen zu bleiben und so die Frage von einer Einigung Deutschlands der Zukunft und dem guten Willen der fremden Mächte anheimzugeben. Im Jahre 1866 würde der ganze Süden mit seinen Fürsten einen solchen Schritt dankbar akzeptiert haben. Der König von Preußen, statt die Souveräne von Hannover, Kurhessen und Nassau zu depossedieren, hätte einfach sagen sollen, ich verlange von meinen sämtlichen Mitfürsten nur die Konzessionen, die nötig sind, um das Ansehen und die Macht

---

[1]) der eben von Wien zurückgekehrt war.

[2]) Eduard Herbst, 1820—1892; spielte seit 1861 eine große Rolle im böhmischen Landtag, war 1867—1870 österreichischer Justizminister und ist bekannt als Führer der liberalen Deutschen, die 1878 die bosnischen Kredite verweigerten, deshalb von Bismarck die „Herbstzeitlosen" genannt.

[3]) Rudolf Brestel, 1816—1881, Vertreter der Linken auf dem Kremsierer Reichstag 1849, 1867—1870 Finanzminister im „Bürgerministerium".

der deutschen Kaiserkrone herzustellen. Es würden dadurch die Wünsche der Nation erfüllt, die Grundsätze der Legitimität gewahrt und die Einmischungen des Auslandes für alle Zeiten beseitigt worden sein. Aber man habe in Berlin im Jahre 1866 nur ein vergrößertes Preußen schaffen wollen und habe nebenbei eine unnötige Furcht vor Frankreich gehabt, von dessen damaliger Kriegsstärke man eine ganz übertriebene Meinung gehabt habe. Jetzt stehe ein Krieg vor der Türe, in den neu annektierten preußischen Provinzen herrsche die größte Unzufriedenheit und Deutschland sei zerrissen. Der Großherzog gab mir recht, er meinte aber, der Norddeutsche Bund, so kostspielig er sei, gebe ihm Gelegenheit, in Mecklenburg eine Reihe notwendiger Verbesserungen einzuführen, deren Einführung unter den früheren Verhältnissen stets am Widerstande der bevorzugten Klassen gescheitert sei, z. B. Freizügigkeit, Gewerbefreiheit usw.

27. Mai.

Baron Thüngen behändigte mir ein an mich gerichtetes, höchst vertrauliches Briefchen des Grafen Breda aus Paris, worin mir der letztere sagte, die Politik des Kaisers sei eine ganz andere, als die offen von ihm publizierte friedliche. Er, Breda, stehe mit dem Kaiser in fortgesetzten vertraulichen Relationen.

28. Mai.

Morgens 12 Uhr hatte ich den Besuch des Kommerzienrates Fink, welcher von dem Zollparlament zu Berlin zurückgekehrt ist.

Er sagte mir, daß alle, die nicht einer der bestehenden Fraktionen angehörten, im Parlamente nicht das mindeste wirken, nicht einmal zu Wort kommen könnten. Sobald die von den Fraktionen designierten und gewöhnlich durch das Los ausgewählten Redner gesprochen hätten, werde regelmäßig der Schluß der Diskussion gefordert. Alle Beschlüsse seien schon im voraus festgestellt. Aber auch abgesehen hiervon, seien die sogenannten Wilden im Parlamente über alles, was vorgehe, meist in voller Unkenntnis und deshalb gewissermaßen hilflos, wenn sie etwas erreichen wollten. Von den Württembergern habe nur der Abgeordnete Mittnacht[1]) gut gesprochen. Herr v. Varnbüler habe durch seine Reden wenig Eindruck gemacht und mehr geschadet als genützt.

29. Mai.

Am Tore des Gartens meiner Schwester traf ich mit Herrn v. Wentzel zusammen. Ich sagte ihm, daß der am Tage zuvor in den „Volksblättern" erschienene Artikel „Ein großpreußischer Dreiklang" wegen der darin enthaltenen Verspottung des Königs von Preußen strafbar sei und daß ich ihn ersuchte,

[1]) Hermann Freiherr v. Mittnacht, 1825—1909. 1861 in der Zweiten württembergischen Kammer, 1867 württembergischer Justizminister, 1868—1870 im Zollparlament, August 1870 Ministerpräsident, führte die Verhandlungen in Versailles, trat 1900 zurück.

in Berlin anzufragen, ob man dort eine Verfolgung wünsche. Herr v. Wentzel fragte, ob die Großherzogliche Regierung berechtigt sei, den Artikel ex officio zu verfolgen, oder ob die Preußische Regierung klagbar auftreten müsse. Ich erwiderte, daß das erstere der Fall sei.

3. Juni.

Geheimer Obersteuerrat Ewald, der gerade von Berlin zurückkommt, erzählte mir, daß in den preußischen Ministerien Unzufriedenheit und Neid über die Stellung des Bundeskanzleramtes herrsche, durch welchen der Einfluß jener Ministerien vollkommen gelähmt sei. Übrigens sei die dem Bundeskanzleramt auferlegte Geschäftslast enorm, und ohne Herrn Delbrück und dessen Arbeitskraft würde die ganze komplizierte Maschinerie längst ins Stocken geraten sein.

18. Juli (Livland).[1])

In bezug auf die allgemeine europäische Lage versicherte Budberg, daß Kaiser Napoleon sich nie entschließen werde, mit Preußen Krieg anzufangen.

Budberg sagte, daß sein Mißverhältnis zum Fürsten Gortschakow von der Zeit des Schleswig-Holsteinischen Krieges her datiere. Es sei ein unbestreitbares Interesse Rußlands gewesen, die Integrität der dänischen Monarchie zu erhalten. Lord Palmerston habe aus Anlaß der österreichisch-preußischen Invasion in Schleswig dem Petersburger Kabinett vorgeschlagen, gemeinsam Schiffe in die Nord- und Ostsee zu senden. Gortschakow habe diesen Vorschlag unbegreiflicherweise abgelehnt, und darüber habe er demselben in Kissingen gelegentlich der vorletzten Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin daselbst, starke Vorwürfe gemacht, die Gortschakow ihm nie verziehen. Durch die Haltung der Großmächte im Schleswigschen Kriege habe Bismarck sich überzeugt, daß er alles wagen dürfe, ohne eine Einmischung zu riskieren. Das habe ihm den Mut zu seinem Vorgehen in Deutschland gegeben. Bismarcks Gesundheit sei nicht so übel, er stelle sich kränker als er sei, um dem König Wilhelm seine Unentbehrlichkeit fühlbar zu machen. Bismarck sei bedeutend in der Negation, sein schöpferisches Talent dagegen sei gering. In die jetzigen Zustände sei derselbe allmählich hineingeraten, ohne dieselben von Anfang an beabsichtigt zu haben. Haltbar seien diese Zustände nicht. Nach Bismarcks Abgang werde alles zusammenfallen, schon weil niemand da sei, ihn zu ersetzen. Budberg wünschte zu wissen, ob ich Savigny für einen bedeutenden Kopf hielte, was ich verneinte.

Über die österreichischen Zustände und Beusts Tätigkeit urteilte Budberg sehr ungünstig. Er meinte, Beust habe viel Geist und großes Rednertalent, sei aber kein rechter Staatsmann. Derselbe hätte die für Österreich verderbliche Sonderstellung Ungarns nie zugeben und lieber auf seinen Posten ver-

[1]) Auf dem Gute seiner Schwiegereltern.

zichten sollen. Jetzt regten sich Böhmen, Polen und Kroaten und verlangten eine gleiche Begünstigung.

Ich bemerkte ihm, daß die herzliche Teilnahme des französischen Hofes und des diplomatischen Korps in Paris ihm wohlgetan haben müsse. Budberg bejahte dies und erwiderte, daß ihn namentlich die Teilnahme der Kaiserin Eugenie überrascht habe, weil er mehrmals in dem Falle gewesen sei, derselben gegenüber abweichende Meinungen mit Entschiedenheit zu vertreten. Die Kaiserin habe Verstand, aber keinen Zusammenhang in ihren Urteilen. In der römischen Frage sei sie dermalen viel lauer als früher. Ein Krieg mit Preußen könne den Sturz der Dynastie Bonaparte herbeiführen.

Wir sprachen dann von den Souveränen von Bayern, Württemberg und Baden. Budberg urteilte über dieselben ebenso verächtlich wie ich.

23. Juli.

Budberg erzählte uns von dem Balle, welchen er im verflossenen Jahre in Paris dem Kaiser von Rußland gegeben hatte. Er sagte, daß er sich vorher mit dem Chef der geheimen Polizei verständigt gehabt und diesem eine Anzahl Einladungskarten für seine Agenten zugestellt habe. In den Sälen seien infolge davon eine Anzahl junger Leute, elegant mit hübschen Schnurrbärten und der Ehrenlegion im Knopfloch erschienen, die niemand gekannt habe. Aber auch in der Küche hätten sich mehrere Agenten im Kostüme von Köchen befunden, um zu überwachen, daß den Speisen keine schädlichen Stoffe beigemischt würden.

Budberg behauptete, der Empfang des Königs von Preußen sei wärmer als der des Kaisers von Österreich gewesen. Am meisten Erfolg habe Bismarck gehabt. Als derselbe in Begleitung eines zum Dienste seines Königs gehörigen französischen Generals zum Balle auf das Stadthaus gefahren, habe das auf dem Platze vor dem Hotel de Ville dicht gedrängte Volk in den langsam fahrenden Wagen gesehen und „Bismarck" gerufen. Der General habe zu seinem Begleiter gesagt: „Entendez vous, on crie vive Bismarck!" — „Nein," habe der letztere geantwortet, „on se dit, voilà Bismarck, et je trouve cela plus flatteur."

12. August.

Edmond de Bussière erzählte, Louis Napoleon schwanke zwischen den friedlichen und kriegerischen Impulsen hin und her. Derselbe habe, wie ihm ein wohlunterrichteter Mann gesagt, kürzlich in einem Anfalle von Unschlüssigkeit und Ärger ausgerufen: „Que l'Autriche me fasse ses conditions, qu'elle prenne ce qu'elle veut, qu'elle reprenne l'Italie, même Turin, nous nous arrangerons plus tard." Die Kriegspartei, an deren Spitze Niel stehe, dränge heftig, während die Kaiserin und Rouher für den Frieden seien.

Darmstadt, 7. August.

Ich fuhr um 11 Uhr in die Ministerialsitzung und sah dort die Nummer der „Evangelischen Kirchenblätter", worin ich mit Rücksicht auf meine Nicht-

anwesenheit bei der jüngsten Einweihung des Lutherdenkmals[1]) beschuldigt werde, heimlicher Katholik zu sein!! Es gibt doch nichts Alberneres und Intoleranteres als einen protestantischen Pfaffen!

19. August.

Um 4 Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Astorg. Ich fragte ihn, ob das, was mir Graf Larochefoucauld während seiner Abwesenheit gesagt habe, daß nämlich Frankreich dem Eintritt Hessens und Badens in den Norddeutschen Bund nicht opponieren würde, auf einer Weisung der französischen Regierung beruhe. Astorg verneinte dies auf das Bestimmteste. Er versicherte, das seien Privatnachrichten Larochefoucaulds.

26. August.

Nachmittags empfing ich einen Brief des Gesandten v. Gagern,[2]) worin er mich benachrichtigt, daß Baron Beust eine Annäherung Österreichs an Rußland wünsche, nachdem Kaiser Alexander den österreichischen Geschäftsträger in Petersburg, Herrn v. Betsera sehr freundlich empfangen und die panslawistischen Umtriebe dem letzteren gegenüber mißbilligt habe. Graf Trautmannsdorff werde deshalb den Auftrag erhalten, sich nach Darmstadt zu begeben und eine Audienz bei dem Kaiser von Rußland nachzusuchen. Baron Beust lasse mich ersuchen, die Ankunft des Grafen Trautmannsdorff und die Intention, damit dem Kaiser Alexander eine Huldigung zu erweisen, zur Kenntnis des Kaisers zu bringen, auch lasse Beust mich bitten, ihn telegraphisch zu benachrichtigen, welcher Tag wohl für die vom Grafen Trautmannsdorff zu erbittende Audienz der passendste sein werde. Ich schrieb hiernach sofort an den Prinzen Alexander.

27. August.

Morgens erhielt ich telegraphisch eine Einladung zur Audienz bei dem Kaiser von Rußland und nachher zum Diner bei beiden Majestäten. Ich kam um $1^1/_4$ Uhr auf dem Heiligenberg an und wurde zunächst vom Prinzen Alexander empfangen, der mir sagte, der Kaiser freue sich, mich zu sehen, derselbe habe sich gewundert, mich und mehrere seiner alten Bekannten nicht auf dem Darmstädter Bahnhof zu finden, was wahrscheinlich mit einem Verbot des Großherzogs zusammenhänge. Ich bestätigte dies. Der Prinz fuhr fort, er habe noch nicht mit dem Kaiser über den Inhalt meines gestrigen Schreibens reden können. Die Sache müsse vorsichtig behandelt werden. Vorerst dürfe die Kaiserin, die furchtbar antiösterreichisch sei, von dem Beustschen Verlangen nichts erfahren, sonst werde sie alles aufbieten, um die Sache zu vereiteln. Sodann müsse die Sendung des Grafen Trautmannsdorff als eine außer-

[1]) in Worms.
[2]) Siehe Anlage 2.

ordentliche und nicht als die Erscheinung eines in Darmstadt akkreditierten Gesandten auf seinem Posten behandelt werden, damit der Kaiser nicht Rücksicht auf die ständig hier wohnenden Gesandten, die man nicht empfangen wolle, zu nehmen brauche. — Nachdem ich mich vollkommen einverstanden erklärt hatte, verließ mich der Prinz, um Toilette zum Diner zu machen. Er sagte mir vorher noch, der Kaiser habe ihm bestätigt, daß der Besuch des Königs von Preußen in Schwalbach für ihn eine vollkommene Überraschung gewesen sei. Nach einiger Zeit ließ mich der Kaiser rufen. Er war überaus herzlich, streckte mir schon in der Entfernung die Hand entgegen und ließ mich, wie immer, an seinem Schreibtisch neben sich sitzen. Der Kaiser fragte nach der Lage des Großherzogtums, die ich ihm offen schilderte.

Ich erzählte dem Kaiser von dem Briefe, den der Kronprinz von Preußen im verflossenen Jahre dem Prinzen Ludwig geschrieben habe, um den Eintritt von ganz Hessen in den Norddeutschen Bund zu erwirken, daß der Kronprinz in diesem Briefe versichert habe, Herr v. Bismarck wisse nichts von seinem Schritte, derselbe werde damit nicht einmal einverstanden sein, aber er werde, wenn Hessen seinen Eintritt anbiete, dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können. Ich erzählte dem Kaiser von der erbitterten Korrespondenz, die ich nach erfolgter diesseitiger Weigerung, auf den Vorschlag des Kronprinzen einzugehen, mit dem Prinzen Ludwig geführt habe und fügte hinzu, daß der Prinz dann den Versuch gemacht hätte, den Großherzog direkt zur Annahme der fraglichen Proposition zu verleiten und daß es mir geglückt sei, diesen Versuch noch rechtzeitig zu vereiteln. Später hätte ich erfahren, daß Graf Bismarck um die Sache gewußt und dem Prinzen Ludwig in einem eigenen Memoire die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Eintritts Hessens in den Nordbund entwickelt habe, daß also Preußen geradezu versucht habe, die Großherzogliche Regierung in diesem Punkte zu täuschen. Der Kaiser schien sehr verwundert. Er sprach dann auch von Österreich und versicherte, dasselbe sei in einem traurigen Zustand. Ich nahm die Gelegenheit wahr, den eifrigen Wunsch des Baron Beust zu betonen, die Fehler seiner Vorgänger wieder gutzumachen und ein besseres Verhältnis zu Rußland anzubahnen. Der Kaiser wollte die Aufrichtigkeit dieses Wunsches anfangs nicht zugeben. Er sagte, daß noch kürzlich in Wien eine sehr feindselige Stimmung gegen Rußland geherrscht habe. Ich erwiderte, daß sich dies durch die panslawistischen Umtriebe der Tschechen entschuldige und durch den Empfang, welchen dieselben in Moskau gefunden. Seit man aber in Wien wisse, daß Seine Majestät persönlich solche Bestrebungen mißbilligten, sei ein großer Umschlag eingetreten, das Gefühl der hohen persönlichen Anerkennung für den Kaiser und des Vertrauens zu demselben habe die Stelle des früheren Mißtrauens eingenommen und Baron Beust (das wisse ich besser als mancher andere) habe keinen lebhafteren Wunsch, als Seiner Majestät Beweise dafür zu geben. Der Kaiser nahm meine Versicherung gut auf und ich fuhr fort, ihm zu sagen, daß eine Annäherung der konservativen Großmächte das beste Mittel sein werde,

den Fortschritten der siegreichen Revolution Einhalt zu gebieten. — Der Heiligen Allianz habe die großartige Idee der Erhaltung des Rechtes und der Legitimität zugrunde gelegen. Solange dieselbe bestanden habe, sei ihr Zweck vollkommen erreicht worden. Ihre Auflösung seitens derjenigen, denen sie im Wege gestanden habe, sei ein Fehler und ein Verbrechen zugleich gewesen. Österreich habe dieses Unrecht teuer genug bezahlt. Der Kaiser seufzte und sagte: „Ja! Die Menschen waren zu klein für eine so große Idee." — Ich fuhr fort, zu den konservativen Mächten rechnete ich Preußen nicht mehr. Im verflossenen Jahre habe mir Graf Bismarck den Tag vor seiner Abreise nach Paris in Berlin gesagt, er wisse nicht, ob er lebend von Paris zurückkommen werde. Man habe Nachrichten, daß man gegen ihn und seinen König dort ein Attentat vorbereite. Ich hätte bei diesen Worten Bismarcks gelächelt und gedacht, daß die Revolution, die in ihm und seinem Könige eines ihrer besten Werkzeuge erkenne, sich wohl hüten werde, diese Werkzeuge zu zerstören, daß Graf Bismarck von revolutionärer Seite nichts mehr zu fürchten habe. Der Kaiser hörte schweigend zu, widersprach aber mit keinem Worte.

29. August.

Ich bekam morgens einen Brief des Prinzen Alexander, wonach Kaiser Alexander den Grafen Trautmannsdorff am 31. l. M., mittags 1 Uhr, im Darmstädter Schlosse empfangen will. Ich telegraphierte sofort an Trautmannsdorff und Gagern, schickte auch dem letzteren den Brief des Prinzen.

1. September.

Um 3 Uhr hatte ich einen Abschiedsbesuch des Grafen Trautmannsdorff. Derselbe hatte am Morgen 10¼ Uhr Audienz bei dem Großherzog gehabt und rühmte sehr den guten Empfang. Er ließ mich dann eine vertrauliche an Baron Münch[1]) in Berlin gerichtete Depesche vom 27. August l. J. lesen, worin Baron Beust erzählt, was er dem preußischen Gesandten Baron Werther auf eine ihm von diesem vorgelesene preußische Depesche, die bekannte Usedomsche Note[2]) an den General Lamarmora[3]) betreffend, geantwortet habe. Die Antwort ist mitunter boshaft. In der preußischen Depesche ist gesagt, man habe geglaubt, zu den äußersten Mitteln seine Zuflucht nehmen zu müssen, weil man die Überlegenheit der österreichischen Streitkräfte gefürchtet habe.

---

[1]) Wohl Joachim Freiherr v. Münch-Bellinghausen, bis dahin Botschaftssekretär in London.

[2]) In der der preußische Gesandte in Florenz, Graf Usedom, die italienische Heeresleitung aufforderte, Österreich jetzt den „Stoß ins Herz" zu geben. Die Depesche war durch Indiskretion bekanntgeworden.

[3]) Alfonso Ferrero de Lamarmora, 1804—1878, verschiedentlich piemontesischer Kriegsminister, 1864 Minister des Auswärtigen, 1866 Generalstabschef im unglücklichen Feldzuge.

Baron Beust antwortete, das sei doch nach der Schlacht von Königgrätz nicht mehr möglich gewesen und doch habe man noch nachher die ungarische Legion organisiert. Auch sei es in der Tat auffallend, daß Preußen den Grafen Usedom nicht sofort desavouiert habe, wenn derselbe ohne oder gegen Auftrag gehandelt habe. Hiernächst las mir Trautmannsdorff den französisch geschriebenen Bericht vor, welchen er über seine Audienz bei dem Kaiser von Rußland an seine Regierung erstattet hat. Er lobt darin meine Mitwirkung und insbesondere die des Prinzen Alexander und rühmt die von allen Vorwürfen und Bitterkeit entfernte Ruhe, mit der ihm Kaiser Alexander von der Gefahr gesprochen, welche aus den von Österreich auch der Provinz Galizien verliehenen Institutionen dem russischen Polen drohten. Der Kaiser sagte, daß Österreich gerade so anfange, wie Rußland es nach dem Wiener Kongreß zu seinem Schaden und ohne die unruhigen Polen befriedigen zu können, getan habe. Der Kaiser drückte auch seinerseits den Wunsch aus, gute Beziehungen mit Österreich zu unterhalten und erkannte dankend die Aufmerksamkeit an, die ihm der Kaiser Franz Joseph durch die Hierhersendung Trautmannsdorffs erwiesen habe.

Ruprechtsau bei Straßburg, 2. September.

Ich hatte am Tage den General Ducrot in Straßburg besuchen wollen, um ihm Grüße auszurichten, welche mir der Großherzog für ihn aufgetragen hatte. Melanie Pourtalès riet mir aber dringend ab, den Besuch zu machen. Ducrot gelte für einen der leidenschaftlichsten Vertreter der Kriegspartei, und es sei deshalb schon von seiner Abberufung die Rede gewesen, weil Marquis de Moustier sich über ihn beschwere. Besuche ich ihn und nicht auch den Präfekten, so werde mein Besuch schon am folgenden Tage im „Courier du Bas-Rhin" als eine preußenfeindliche Demonstration des hessischen Ministers interpretiert werden.

Darmstadt, 8. September.

Um $10^1/_2$ Uhr fuhr ich zur Audienz in das Schloß. Ich erzählte dem Großherzoge von meinem Aufenthalte in Straßburg, von meiner Audienz bei dem Kaiser Alexander und namentlich von dem, was ich dem Kaiser bezüglich der aus einer Vergrößerung Preußens hervorgehenden Gefahr für Rußland gesagt habe.

11. September.

Um $9^1/_2$ Uhr fuhr ich nach Jugenheim und auf den Heiligenberg, um dem Kaiser Alexander zu seinem heutigen Namensfeste Glück zu wünschen.

Ich sprach einige Zeit mit dem Prinzen Alexander, der mir erzählte, die Königin von Preußen sei vorgestern auf dem Heiligenberg gewesen. Die Kaiserin, welche infolge ihres Theaterbesuches in Darmstadt unwohl gewesen, habe der Königin abtelegraphiert, nichtsdestoweniger sei die letztere gekommen

und habe den Kaiser bis abends 8 Uhr in Anspruch genommen. Die Kaiserin sei nicht erschienen. Die Königin habe dem Kaiser merkwürdige Dinge gesagt. Unter anderem, in Preußen beruhe alles auf zwei Augen. Wenn Bismarck abtreten sollte, der allein befähigt sei, die komplizierte Maschine im Gange zu erhalten, entstehe die größte Konfusion.

13. September.

Als Baron Brunnow wegging, fand ich auf dem Tische im Vorplatz ein Telegramm des Prinzen Alexander ganz ruhig liegen, in welchem ich auf 2 Uhr zum Diner auf den Heiligenberg eingeladen wurde. Es war bereits 1 Uhr vorüber. Ich ließ schnell anspannen, machte Toilette und telegraphierte dem Prinzen, daß ich sein Telegramm erst um 1 Uhr erhalten hätte und in diesem Augenblick abreiste. Ich fuhr so schnell meine Pferde laufen konnten, und war um $2^1/_2$ Uhr, also in weniger als einer Stunde, oben auf dem Heiligenberg. Das Diner hatte bereits begonnen. Ich entschuldigte mein Zuspätkommen. Prinz Alexander kam mir entgegen und sagte, mein Telegramm sei erst angelangt, als die russischen Majestäten bereits bei Tische gesessen hätten, sonst würde man meine Ankunft erwartet haben.

Graf Schuwalow erzählte mir mit Lachen, er habe heute einen Bericht erhalten, den er dem Kaiser noch nicht habe vorlegen können, den er aber von der komischen Seite behandle. Ein Herr v. Lipphard in Livland habe einen preußischen Förster, einen Herrn v. Arnim, gehabt, sich mit demselben entzweit und gegen ihn, wie es scheine, etwas summarische Justiz geübt. Förster Arnim, ein Verwandter der Frau Gräfin v. Bismarck, habe aber auf seinem Rechte bestanden und sich zuletzt an seinen Vetter gewandt. Infolge davon habe Graf Bismarck dem livländischen Adelsmarschall v. Lilienfeld einen Brief geschrieben, worin er demselben gesagt habe, es könne in solcher Weise im mittelalterlich-feudalistischen Stil in Livland nicht fortgehen, und er, Graf Bismarck, werde seine ganze Presse gegen die livländischen Zustände und deren Vertreter loslassen. Wirklich seien seitdem in den Berliner offiziösen Blättern eine Reihe der feindseligsten Artikel gegen die livländischen Zustände und den dortigen Adel erschienen.

Schuwalow sagte mir weiter, er kenne Bismarck sehr gut, derselbe habe als früherer preußischer Gesandter in Petersburg ihn oft besucht und sich mehrfach über die Hemmnisse beklagt, die ihm von mir bereitet würden. Bismarck sei eine ganz zum Polizeiminister angelegte Natur. Seine Liebhaberei seien geheime Nachforschungen und verborgene Mittel zur Erreichung seiner Zwecke.

17. September.

Ich hatte nachmittags einen sehr herzlichen Brief Beusts, worin derselbe mir die Ernennung des Baron Bruck zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister anzeigt.

25. September.

Graf Trautmannsdorff bat mich, bei der morgen stattfindenden Durchreise des Kaisers von Rußland die Grafen Adlerberg und Schuwalow über die Bedeutung der Reise des Kaisers von Österreich nach Galizien aufzuklären. Diese Reise habe gar keinen politischen Zweck. Der Kaiser und die Kaiserin wünschten einmal eine Provinz zu sehen, welche bis jetzt von ihnen noch nicht besucht worden sei. Politische Konzessionen würden dabei Galizien in keiner Weise gemacht werden, so daß Rußland keine Ursache habe, aus dieser Reise eine Ursache zur Mißstimmung zu entnehmen. Graf Trautmannsdorff sagte mir, er habe bei der heutigen Audienz dem Großherzog ebenfalls in diesem Sinne gesprochen und denselben gebeten, sich in gleicher Weise bei dem Kaiser Alexander zu äußern. Der Großherzog habe ihm dies zwar versprochen, ihm aber anheimgegeben, sich auch mit mir darüber zu benehmen.

26. September.

Vor 3 Uhr holte mich der Wagen von der Kanzlei wieder ab, und ich fuhr zur Marschallstafel in das Schloß.

Vor der Tafel nahm ich Gelegenheit, dem Grafen Schuwalow von dem zu reden, um was mich Graf Trautmannsdorff gebeten hatte, daß nämlich die projektierte Reise des Kaisers und der Kaiserin von Österreich nach Galizien keinen politischen Zweck habe und namentlich nicht mit wesentlichen Konzessionen an die Polen verbunden sein werde. Ich bezeichnete diese Mitteilung, zu der Graf Trautmannsdorff von seiner Regierung autorisiert war, als einen neuen Ausdruck des Wunsches der letzteren, mit Rußland in bessere Beziehungen zu treten. Ich fügte hinzu, wie wünschenswert es sei, wenn die beiden Staaten in allen Punkten, in welchen nicht die Verhältnisse notwendig Abweichungen in den Auffassungen mit sich brächten, aufs neue in Übereinstimmung handelten. Es werde das für die Ruhe Europas, wie für die beiden Staaten selbst von den günstigsten Folgen sein. Schuwalow erwiderte, die seitherige Spannung zwischen Rußland und Österreich sei von beiden Teilen verschuldet. Er mißbillige die Aufnahme, welche die revolutionären Sendlinge der Tschechen in Rußland gefunden hätten. Es sei sehr zu beklagen, daß sich sogar Minister an den diesen Menschen gegebenen Festen beteiligt hätten usw. Aber andererseits hätten in Galizien während des letzten polnischen Aufstandes unter den Augen des Grafen Goluchowski[1]) und der von Baron Beust geführten Regierung[2]) polnische Insurgenten sich förmlich organisiert. Trupps von 100 Mann in fremder Uniform hätten in Galizien sich militärisch eingeübt, um dann über die Grenze in das russische Polen einzufallen. Jetzt handle es sich davon, gegen-

[1]) Graf Agenor Goluchowski, 1812—1875; war 1849—1859 zum erstenmal Statthalter von Galizien, dann Staatsminister und als solcher hervorragend beteiligt am Oktoberdiplom, 1866—1867 zum zweiten-, 1871 zum drittenmal Statthalter von Galizien.

[2]) Beust wurde erst drei Jahre nach dem Polenaufstand österreichischer Minister.

seitig zuverlässige Garantien zu geben, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen könnten. Früher sei eine aufrichtige Verständigung nicht möglich. Das sei seine Privatmeinung, so wenig er auch die aufrichtigen Absichten des Barons Beust, frühere Fehler wieder auszugleichen, bezweifle.

28. September.

Morgens 10½ Uhr hatte ich den Besuch des Baron Bruck. Derselbe brachte mir die freundschaftlichsten Grüße des Baron Beust. Dann erzählte er mir, daß er sich auf seiner Hierherreise einen Tag in München aufgehalten und dort keine so rosigen Anschauungen der Dinge gewonnen habe wie Graf Trautmannsdorff. Es scheine, daß Preußen in Bayern durch Geld und Agenten das Mögliche versuche. Es habe sogar den Anschein gewonnen, daß das jetzige bayerische Ministerium bei den nächsten Landtagswahlen eine Majorität erhalten werde, während man früher das Gegenteil vorausgesetzt habe. Der neue württembergische Geschäftsträger zu München, der an die Stelle des Gesandten Grafen Degenfeld getreten sei, habe kürzlich nach einem Diner ganz unverhohlen ausgesprochen, daß der Süden Deutschlands in Preußen aufgehen müsse, daß die süddeutschen Staaten den Eintritt in den Norddeutschen Bund anzustreben hätten. Ich erwiderte, daß dies ein neuer Beweis der Unzuverlässigkeit der Gesinnungen des Ministers Varnbüler sei. Ich teilte dem Baron Bruck, der weiter bezweifelte, daß Österreich im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen neutral bleiben könne, meine letzte Unterhaltung mit dem Grafen Schuwalow mit, indem ich ihn ermächtigte, dieselbe zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen. Bruck sprach mir dann von dem brillanten Zustande der französischen Armee. Ich bemerkte, daß Preußen inzwischen in den Besitz des Geheimnisses der Mitrailleuse gekommen sei. Er versicherte, daß bei dieser Erfindung den Preußen eine Hauptsache unbekannt geblieben sei und daß Kaiser Napoleon, der recht gut wisse, wie sich Preußen bemüht habe, in den Besitz der Erfindung zu gelangen, sich hierüber spottend geäußert habe.

30. September.

Morgens 11 Uhr kam Baron Bruck und teilte mir eine lithographierte Notiz seiner Regierung über die Ursache und die Bedeutung des Rücktrittes des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg[1]) mit. Sodann ließ mich Baron Bruck eine neue Depesche an Baron Münch in Berlin lesen, worin mit Bezug darauf, daß Geheimer Rat Abeken die Verlesung der vorausgegangenen Depesche Österreichs in der Usedomschen Notenangelegenheit nicht zugelassen habe, in sehr ironischer Weise bemerkt wird, daß es allerdings am besten sei, die Sache beruhen zu lassen, daß aber Preußen wohl tun werde, in seinen offiziösen Blättern die Existenz einer preußischen Depesche und einer österreichischen Antwort darauf nicht ferner in Abrede zu stellen, damit man österreichi-

[1]) Carlos, 1814—1890, war 1868 Vorsitzender des „Bürgerministeriums" Herbst-Giskra-Berger.

scherseits nicht genötigt werde, den Gegenstand der Öffentlichkeit zu übergeben. — Baron Bruck teilte mir endlich vertraulich mit, daß die preußenfreundlichen Äußerungen des Grafen Enzenberg in Paris vielfach Mißfallen erregten und selbst auf die Entschließungen der französischen Regierung nachteiligen Einfluß übten, weil dieselbe dadurch auf die Idee gerate, daß selbst Hessen unter den süddeutschen Regierungen preußische Sympathien habe.

Ruprechtsau, 18. Oktober.

Um 2 Uhr fuhr ich mit Alfred[1]) nach Straßburg. General Ducrot äußerte sich in sehr kriegerischem Sinne, aber doch verständig und wohl motiviert. Er sagte, er wisse aus guter Quelle, nämlich vom General Frossard,[2]) Gouverneur des Prince Impérial, daß der Kaiser, um die Nation zu befriedigen, geneigt sei, liberale Konzessionen zu machen. Das sei aber im gegenwärtigen Augenblicke, wo Frankreich unzufrieden und erregt sei, eine große Verkehrtheit. Eine starke angesehene Regierung könne solche Zugeständnisse ohne Gefahr machen, nicht aber eine solche, deren Autorität im Abnehmen sei, wie unbestreitbar dermalen die kaiserliche Regierung.

20. Oktober.

Abends 7 Uhr war bei den Alfreds großes Diner. Nach Tisch hatte ich eine lange Unterhaltung mit General Ducrot. Derselbe sagte mir abermals, der Kaiser schwanke zwischen Krieg und Frieden. Derselbe fühle die Notwendigkeit, sein gesunkenes Ansehen wieder zu heben. Aber seine Ratgeber Moustier, Rouher und Lavalette machten ihn stets wieder unschlüssig. Er lege sich mit Kriegsgedanken zu Bette und wache am folgenden Morgen in friedlichster Stimmung wieder auf. Ich erzählte Ducrot, der Kaiser Napoleon habe den Großherzog auf vertraulichstem Wege benachrichtigt, daß er auf den Krieg mit Preußen verzichtet habe. Ducrot war sehr überrascht und fragte, zu welcher Zeit der Kaiser diese Mitteilung habe machen lassen. Ich antwortete, das sei vor etwa acht Wochen geschehen, nachdem er, Ducrot, Darmstadt verlassen. Ich erzählte ihm auch, Graf Larochefoucauld habe in Abwesenheit des Grafen Astorg, also während er die gesandtschaftlichen Geschäfte interimistisch geleitet, mir eröffnet, Frankreich werde den Eintritt Hessens und Badens in den Norddeutschen Bund nicht als Kriegsfall betrachten, sondern erst den Versuch, Württemberg und Bayern zu annektieren. Ducrot war höchlich erstaunt und meinte, eine Regierung, die eine solche Überschreitung der Mainlinie dulde, werde auch für die Selbständigkeit Württembergs und Bayerns nicht zu den Waffen greifen. Ich bemerkte, die Neutralität Rußlands im Falle eines preußisch-französischen Krieges sei mit Sicherheit anzunehmen, zumal da die kaiserliche Familie gegen Preußen und seine Politik erbittert sei. Öster-

[1]) de Bussière.

[2]) Charles Auguste Frossard, 1807—1875, seit 1867 Gouverneur des kaiserlichen Prinzen, 1870 Befehlshaber des II. Armeekorps.

reich aber werde Frankreich ganz unzweifelhaft zur Seite stehen, auch wenn es durch keinen Vertrag dazu verpflichtet sei. Ducrot sagte, der General Leboeuf,[1]) welcher das Vertrauen des Kaisers Napoleon besitze, und General Frossard, der Gouverneur des Prince Impérial, teilten seine Ansichten von der Unvermeidlichkeit des Krieges mit Preußen. Wahrscheinlich werde das nächste Frühjahr diesen Krieg bringen, sofern nur der Kaiser seine Unschlüssigkeit, welche die Interessen seiner Dynastie so sehr gefährdet, aufgeben wolle. Marschall Niel sei ganz kriegsbereit. Die Mitrailleusen seien in größter Anzahl fertig und ganz anders konstruiert, als man in Preußen glaube, wo man sich einbilde, im Besitze des Geheimnisses zu sein. Ducrot fuhr fort, sobald ich erfahren würde, daß der Kaiser sein Ministerium ändere, zunächst Lavalette, Moustier und Rouher entlasse, könne ich fest auf den bevorstehenden Ausbruch des Krieges zählen. Ich sagte, wenn Frankreich Krieg führen wolle, so müsse ich wenigstens dringend raten, nie an eine bleibende Eroberung des linken Rheinufers zu denken, weil man dadurch alle Parteien in Deutschland erbittern und höchstens eine Frankreich feindlich gesinnte Provinz erwerben werde.

22. Oktober.

Ich sprach unterwegs[2]) mit Ducrot mehrfach Politik. Er erzählte mir, Graf Andrássy habe ihm bei einem Frühstück, zu welchem er von dem Kaiser Franz Joseph aus Anlaß der Durchreise des letzteren durch Straßburg im Oktober vorigen Jahres eingeladen gewesen sei und bei welchem er neben dem Grafen gesessen habe, gesagt, die österreichische Armee brauche einen neuen Feldzug, um ihr Vertrauen und ihr Ansehen wieder herzustellen. Ducrot bemerkte ferner, in Paris wünsche man, daß Österreich die Initiative zum Feldzug gegen Preußen ergreife. Ich entgegnete, daß Österreich dies schwerlich tun werde, weil es befürchten müsse, daß dann Preußen die Neutralität Frankreichs durch Abtretung des linken Rheinufers erkaufe, daß Kaiser Napoleon auf ein so lockendes Erbieten eingehe und Österreich der ganzen Wucht des preußischen Angriffs preisgebe. Die Geschichte des Krimfeldzugs und der italienischen Campagne von 1859 lehre, daß Napoleon gern seine Alliierten auf halbem Wege im Stiche lasse. Ducrot konnte dies nicht bestreiten. Er wiederholte nur, daß der Rat des Herrn Lavalette, dem die Kaiserin ihr Vertrauen geschenkt habe, ein schlechter sei und daß die Armee anders denke als die friedliebenden Minister. Um 5 Uhr abends traf Fürst Metternich mit seinem Sekretär Grafen Deym auf der Durchreise von Wien nach Paris in der Ruprechtsau ein. Metternich erzählte mir vertraulich, daß er beauftragt sei, mit dem französischen Hofe über die Haltung Österreichs für den Fall, daß im näch-

[1]) Edmond Leboeuf, 1809—1888; wurde 1869 an Niels Stelle Kriegsminister und war 1870 Generalstabschef des Kaisers.

[2]) Auf der Fahrt nach Buchsweiler, in der ehemals hessischen Grafschaft Hanau-Lichtenberg.

sten Frühjahre ein preußisch-französischer Krieg ausbrechen sollte, zu verhandeln. Österreich könne in einem solchen Falle selbstverständlich kein gleichgültiger Zuschauer bleiben. Es handle sich für Österreich von einer Besetzung Süddeutschlands, sowie davon, daß Frankreich die Initiative ergreife. Ich war mit dem letzten Punkte natürlich ganz einverstanden. Hinsichtlich des ersten Punktes bemerkte ich, daß Österreich gut tun werde, seine Kräfte nicht zu zersplittern. Ich erzählte dem Fürsten die Äußerung des Grafen Andrássy, welche mir Ducrot mitgeteilt hatte. Metternich erwiderte, Andrássy wolle allerdings den Krieg, aber lediglich den Krieg gegen Rußland, um ungarische Revanche für die Niederlagen von 1849 und Vilagos[1]) zu nehmen. Ich sprach dem Fürsten hierauf von meiner begründeten Überzeugung, daß Rußland im Falle eines preußisch-französischen Kriegs nicht aus den Grenzen der Neutralität heraustreten werde.

23. Oktober.

Um 7 Uhr dinierten der Präfekt[2]) Baron Pron und Herr v. Balbeda[3]) mit uns. Mit dem ersteren hatte ich eine lange Unterhaltung. Er sagte mir zunächst, General Ducrot sei ein guter Soldat und habe Verstand, aber er sei sanguinisch und verwechsle stets seine Wünsche mit dem wirklich Erreichbaren und Wahren. Dann erzählte er mir vom Jahre 1866. Er sagte, damals habe eine Menge von Einwohnern der bayerischen Pfalz bei ihm Rat und Schutz gesucht, weil die Leute sich vor den Folgen des Krieges gefürchtet hätten. Zahlreiche Wünsche seien ihm von den Pfälzern ausgesprochen worden, von Frankreich annektiert zu werden, weil man gehofft habe, im Anschluß an einen großen Staat Sicherheit zu finden. Sogar bayerische Beamte seien zu ihm gekommen und hätten sich nach ihrem Schicksal erkundigt, falls die Pfalz französisch werde. Damals sei der Augenblick gewesen, das Land zu nehmen. Er habe damals dem Kaiser, mit dem er in solchen Fällen direkt und nicht durch Vermittlung des Ministers des Innern korrespondiere, geschrieben, er stehe dafür ein, daß bei einem Suffrage universel 75 Prozent der Bevölkerung des linken Rheinufers bis Mainz für eine Vereinigung mit Frankreich stimmen würden. In Mainz selbst schienen ebenfalls die französischen Sympathien vorzuherrschen. Wenigstens habe ihm dies ein Advokat Lippert von dort gesagt. Aber der Kaiser habe nicht zu dem Entschlusse kommen können, die Pfalz militärisch zu besetzen. Ich erwiderte dem Präfekten, daß er sich, wenigstens was die Stimmung in Mainz und Rheinhessen betreffe, täusche. Gute Hessen seien die dortigen Einwohner nicht, aber noch weniger preußisch und am allerwenigsten französisch gesinnt. Der Präfekt sagte mir noch, er halte den Krieg mit Preußen im Interesse der Napoleonischen Dynastie für notwendig.

[1]) Wo am 13. August 1849 die ungarische Freiheitsarmee vor den Russen die Waffen strecken mußte.

[2]) von Straßburg.

[3]) Nicht festzustellen.

Darmstadt, 27. Oktober.

Ich hatte morgens $10^1/_2$ Uhr Audienz bei dem Großherzoge. Er sprach mir von dem Besuch des Königs von Preußen, welchen ihm derselbe am 24. l. M. aus Anlaß seines Jubiläums als Inhaber eines preußischen Regimentes gemacht und wobei ihm der König persönlich das 25jährige preußische Dienstehrenzeichen überreicht hatte. Die Artigkeit des Königs schien einen gewissen Eindruck auf den Großherzog nicht verfehlt zu haben. Derselbe sprach minder antipreußisch, als er sonst zu tun gewohnt war. Ich erwiderte, wie ich bedauerte, daß der König ihm nicht statt des Dienstehrenzeichens das geraubte Homburg und Hinterland zurückgebracht habe. Dann erzählte ich ihm, was ich in bezug auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges im Elsaß erfahren hatte.

11. November.

Ich schrieb morgens früh eine Erklärung mit meiner Namensunterschrift für die „Darmstädter Zeitung“[1]) als Antwort auf einen Artikel der „Mainzeitung“, der mich beschuldigte, von meiner Reise nach Livland Eindrücke mitgebracht und verbreitet zu haben, die geeignet seien, das gute Einvernehmen zwischen Preußen und Rußland zu stören. Auch hätte ich die strengeren Maßregeln der russischen Regierung in den Ostseeprovinzen veranlaßt. Um 11 Uhr schrieb ich eine zweite Erwiderung auf einen weiteren Artikel der „Mainzeitung“ in gleichem Betreff.

13. November.

Morgens 10 Uhr empfing ich einen Brief meines Schwagers Eugen Dunten durch Vermittlung meiner Schwägerin Melanie Bussière. Derselbe spricht darin in großer Aufregung von dem Gerücht, als ob ich die russischen Ostseeprovinzen preußischer Tendenzen verdächtigt hätte und bittet mich um Widerlegung.[2]) Ich schrieb sofort einen Artikel für die „Augsburger Allgemeine Zeitung“, die auch von dieser Anschuldigung gesprochen hatte.

15. November.

Herr v. Bechtold hatte mir am Morgen die „Kölnische Zeitung“ mit einem Briefe eines Livländers geschickt, in welchem ich auf die leidenschaftlichste Weise der Denunziation gegen Livland beschuldigt werde. Ich schickte das Blatt an Herrn v. Labenski mit der Bitte, dasselbe ebenfalls dem Prinzen Alexander zuzustellen und die wiederholte Hoffnung auszusprechen, daß der Kaiser Alexander die Tatsachen der Wahrheit gemäß feststellen und mir dadurch Genugtuung verschaffen werde.

16. November.

Ich schrieb morgens früh einen Artikel für die „Darmstädter Zeitung“ als Antwort auf die Angriffe der „Kölnischen Zeitung“.

[1]) Siehe Anlage 3.
[2]) Siehe Anlage 4. Vgl. dazu auch Tagebuch vom 6. Mai 1869.

17. November.

Um 3¼ Uhr hatte ich den Besuch des Baron Bruck, der mir mitteilte, Prinz Alexander sei zum österreichischen Feldzeugmeister ernannt und sein Adjutant Rotsmann habe den Majorcharakter ad honores bekommen. Wir sprachen dann noch über die Angriffe, die ich der preußischen Presse wegen angeblicher Verunglimpfung Livlands zu verdanken hatte.[1]) Baron Bruck versicherte, daß Preußen dermalen jede Handhabe benutze, um mich von meinem Posten zu verdrängen, weil sie[2]) mich als das einzige Hindernis ihres Wunsches, den Main zu überschreiten, betrachteten.

18. November.

Um 12 Uhr hatte ich einen längeren Besuch des Baron Thüngen, derselbe sprach erbittert über die neuerdings gegen mich gerichteten Angriffe der preußischen Presse. Er sagte mir, daß er sich vollkommen erinnere, wie ich ihm unmittelbar nach meiner Audienz bei dem Kaiser Alexander gesagt, daß ich bei dem Kaiser die Treue der Provinz Livland hervorgehoben hätte.

Prinz Alexander sagte mir, er hoffe, die „Petersburger Zeitung" werde ein die Angriffe der preußischen Blätter wegen meiner Äußerungen über Livland kalmierendes Entrefilet bringen. Er erzählte mir, Fürst Souwarow[3]) sei in diesem Sommer durch Berlin gekommen und habe im Vorzimmer des Grafen Bismarck den ehemaligen Gouverneur von Livland, den Herrn v. Oettingen angetroffen. Als ihm der Fürst seine Verwunderung ausgedrückt, ihn hier zu sehen, habe Oettingen erwidert, es lohne sich doch wohl der Mühe, einen so bedeutenden Mann wie Bismarck kennen zu lernen.

27. November.

Ich hatte am Morgen eine Antwort des Fürsten Gortschakow auf meinen Brief empfangen, worin ich um Widerlegung der in den deutschen Journalen verbreiteten Gerüchte über meine angeblichen Äußerungen über die Treue der Livländer gebeten hatte. Die Antwort war sehr artig. Der Fürst bezeichnete die Gerüchte als verleumderisch und teilte mir mit, daß bereits im „Journal de St. Pétersbourg" vom 10. November eine Berichtigung gestanden, daß aber der Kaiser gestattet habe, auch noch die erste der von mir selbst unterzeichneten Erklärungen in der „Darmstädter Zeitung" in dem „Journal de St. Pétersbourg" abzudrucken.

7. Dezember.

Abends 5½ Uhr kam Baron Bruck zum dritten Male. Er gab mir zwei Depeschen vom 2. Dezember l. J., die eine an Baron Kübeck nach Florenz,

[1]) Über Bismarcks Urteil vgl. Anlage 6.

[2]) So in der Urschrift!

[3]) Alexander Arkadewitsch, war 1848 Gouverneur der Ostseeprovinzen, 1861—1866 Generalmilitärgouverneur von Petersburg.

die andere an den Grafen Wimpffen nach Berlin gerichtet, zum Durchlesen. In beiden Depeschen werden die Empfindlichkeiten der betreffenden Höfe über einige Stellen im jüngsten österreichischen Rotbuch als unbegründet nachgewiesen. In der für Berlin bestimmten Depesche sind aber noch insbesondere mehrere sehr scharfe und höhnische Stellen über Preußen enthalten. Nach Brucks Weggang schrieb ich an Beust und wünschte ihm zu der ihm soeben zuteil gewordenen Erhebung in den österreichischen erblichen Grafenstand Glück.[1])

15. Dezember.

Um $3^1/_4$ Uhr konferierte ich mit dem Geheimen Legationsrat Neidhardt, dem ich den Auftrag gab, eine Weisung an den Gesandten in Berlin aufzunehmen, wonach derselbe sich entschieden gegen den preußischen Versuch, die diplomatische Einzelvertretung aller Staaten des Norddeutschen Bundes aufzuheben und der Bundesgewalt zu übertragen, aussprechen solle.

[1]) Siehe Anlage 5.

Anlagen 1868.

1.

Gagern an Dalwigk.[1])

München, 23./24. April.

Die Note, welche ich an den Fürsten Hohenlohe, nach meiner ersten mündlichen Unterredung mit ihm richtete, ist ziemlich ausführlich ausgefallen, und ich habe ihm deshalb dieselbe erst am Dienstag, den 21., übermitteln können. Es sind darin in abgewogeneren Ausdrücken zwar, aber ohne den Antagonismus zwischen dem deutschen und dem spezifisch preußischen Standpunkt auch nur im geringsten zu verleugnen, die Gedanken der Denkschrift vom 10. d. M. in anderer Anordnung und kürzer zusammengefaßt und manches wurde verändert. Gestern speiste ich bei dem Fürsten Hohenlohe. Das Diner galt mir zu Ehren; ich führte die Fürstin zur Tafel und saß ihr zur Rechten, während ihr zur Linken der spanische Gesandte de la Torre Allyon Platz nahm, der auf seiner Rückreise, die auch nach Darmstadt abzielt, gestern hier eingetroffen war. Nach Tische blieb ich mit dem Fürsten in seinem Kabinette allein und er sagte mir: Schon nach meiner ersten mündlichen Mitteilung habe er mit einigen Männern seines Vertrauens, z. B. mit dem Handelsminister v. Schlör über den Gegenstand derselben geredet, und auch dieser sei der Meinung gewesen, daß so beachtenswert auch diese Ansichten, sie doch augenblicklich nicht günstig seien. Die Resultate der Wahlen zum Zollparlament hätten die Partei sehr verstärkt, welche glaube und dem Könige einrede, daß sich die öffentliche Meinung in Bayern auf das Unzweideutigste für das Verbleiben des Landes in seiner jetzigen Selbständigkeit ausgesprochen habe und namentlich dafür, daß es nicht notwendig sei, Preußen weiter entgegenzukommen und das Bündnis mit ihm noch enger zu knüpfen. Der Gedanke, welcher die Dynastie durchdringe und von welchem der König wesentlich beherrscht werde, sei der, daß durch den Eintritt in neue Bundesverhältnisse an den überkommenen Souveränitätsrechten nichts gemindert werden dürfe. Diese Anschauungen seien in dem Reichsrat entschieden jetzt die vorherrschenden; und auch die Majorität des Abgeordnetenhauses sei unter dem Eindruck des Resultates der Wahlen zum Zollparlament erschüttert und schwankend geworden. Erst von einer neugewählten Kammer (im nächsten Jahre würden neue Wahlen für das Abgeordnetenhaus stattfinden) lasse sich erwarten, daß in ihr die spezifisch bayerische Anschauung weniger maßgebend

[1]) D.-A. Vgl. auch Tagebuch vom 27. März und 12. April.

sein werde. — Nachdem er, so fuhr der Fürst fort, meine Note erhalten und aufmerksam gelesen gehabt, habe er gestern abend mit denjenigen Männern, die er zu Rat zu ziehen pflege, Graf Taufkirchen (seitdem Gesandter in Petersburg, aber gegenwärtig hier), seinem früheren Ratgeber, und Baron Völderndorff, dem jetzigen, sich zusammengesetzt; sie hätten die Ansichten, welche die Note entwickele, gründlich besprochen und denselben ihren Beifall — besonders Graf Taufkirchen habe sich in diesem Sinne ausgesprochen — nicht versagen können; aber im Resultat sei man sich einig gewesen, daß in dem gegenwärtigen Augenblicke keine Aussicht sei, den Anträgen Eingang zu verschaffen. Die hier jetzt vorherrschende Meinung werde vielleicht nicht von Dauer sein, es könnten auch wieder Zeiten kommen und Ereignisse sich zutragen, welche der Berücksichtigung jener Anträge günstiger sein würden; ich selbst habe diese Anträge einen Schachzug genannt; für diesen sei der günstigste Augenblick auch in bezug auf Preußen, dem er gelte, zu wählen. Er werde die Note mit nach Berlin nehmen, um dort davon Gebrauch machen zu können, sowie ihm der Moment dazu günstig scheine. Er glaube, daß ich den Grafen Bismarck richtig beurteilt habe, wenn ich dessen Empfänglichkeit für Neuerungen unterstelle. Er ersuche mich mit Baron Beust über die Angelegenheit zu sprechen. Auch er, der Fürst, glaube, daß in den Vorschlägen, welche die Note entwickle, eine Bürgschaft für dauernden Frieden liege, aber wichtiger würde es sein, wenn Österreich nicht allein selbst diese Ansicht gewinnen, sondern auch, was Österreich nicht schwer fallen werde, dieselbe auf die anderen Kabinette der Großstaaten, besonders Frankreich zu übertragen, übernehmen wolle. Es könne nicht bezweifelt werden, daß auch in hiesigen, jetzt widerstrebenden Kreisen die Anträge günstiger würden beurteilt werden, wenn Frankreich und die anderen Kabinette darin eine Bürgschaft des Friedens erkennen wollten.

Noch einen anderen Grund habe er, der Fürst, um der angeregten Frage nicht sofort die gewünschte Folge zu geben. Ich würde die Anträge kennen, welche Bayern wegen der süddeutschen Festungen und wegen des ganzen süddeutschen Verteidigungssystems neuerlich gestellt habe. Darauf sei heute die württembergische ablehnende Antwort eingetroffen. Herr v. Varnbüler sage: Württemberg finde sich bei dem gegenwärtigen Zustande ganz wohl, die bayerischen Anträge würden zu neuer Belastung führen, die Württemberg sich lieber erspare, und überdem werde in einer neuen Bundesmilitärkommission, wie Bayern sie vorschlage, Preußen nur eine Handhabe zur Einmischung in süddeutsche Verhältnisse finden. Darüber, was zur unerläßlichen Vervollständigung des Verteidigungssystems zu tun sei, wolle Württemberg neue Vorschläge zu bringen sich vorbehalten. Er, Hohenlohe, sei auf diese württembergischen Vorschläge sehr begierig; es werde daraus auf die Richtung, welche Württemberg einzuschlagen gedenke, ein Schluß zu ziehen sein. Die preußische Einmischung werde aber nach seiner, Hohenlohes, Ansicht im kritischen Momente erst recht erfolgen, wenn von den süddeutschen Staaten

nichts Ausreichendes für ein süddeutsches Verteidigungssystem mit gemeinsamen Kräften geschehe.

Ich erwiderte darauf, daß ich zwar jener offiziellen Antwort gewärtig sein wolle, aber besonders seiner persönlichen Zustimmung zu den entwickelten Ansichten mich erfreue, daß ich mich sodann auf die Stelle der Note zurückbeziehen müsse, worin gesagt sei, daß Hessen nur in Übereinstimmung mit den anderen süddeutschen Regierungen und insbesondere mit der Bayerns, in deren Hände sie die Sache gelegt habe, handeln wolle, daher auch die Wahl des Augenblickes, um der Sache eine weitere Folge zu geben, ihm überlassen bleibe. Dem Baron Beust würde ich die Sache, um die es sich handle, mitteilen und die Note ihm vorlesen, dazu sei ich schon durch die Großherzogliche Regierung instruiert.

Da Eure Exzellenz schon mit Herrn v. Wentzel über die Angelegenheit gesprochen haben, so zweifle ich nicht, daß Fürst Hohenlohe in Berlin, wohin er sich Sonnabend, den 25., begibt, um der Eröffnung des Zollparlamentes beizuwohnen, alsbald von dem Grafen Bismarck hören werde, wie dieser den diesseitigen Schritt aufnimmt, und ich denke, die Stellung der Großherzoglichen Regierung zu Preußen wird dadurch wenigstens nicht verschlimmert.

2.

Gagern an Dalwigk.[1])

Wien, 24. August.

Freiherr v. Beust leitete so ein: Rußland habe in der letzten Zeit durch verschiedene Artigkeiten ein freundlicheres Verhältnis zu Österreich angebahnt. So z. B. habe Seine Majestät der Kaiser von Rußland den neuerlich von Konstantinopel nach Petersburg versetzten österreichischen Geschäftsträger Vetsera, obgleich dieser von dem russischen Botschafter zu Konstantinopel, Ignatiew, schlecht empfohlen worden sei, sehr artig empfangen und diesem gesagt, daß er, der Kaiser, den panslawistischen Umtrieben gänzlich abgeneigt sei und die russischen Sympathien für diesen Panslawismus auf das Entschiedendste mißbilligt habe. Beust wolle zwar diese Äußerung im Munde des Kaisers nicht höher verwerten als sie gelte; aber immerhin erkenne er die Intention an. Sodann habe Fürst Gortschakow, der in Baden-Baden sich befinde, gleichsam sich empressiert bei dem österreichischen Geschäftsträger in Karlsruhe seine Karte abzugeben; auch das scheine beachtenswert. Nach diesen Prämissen wünsche er, Beust, Rußland einen Schritt entgegenzukommen. Der Kaiser von Rußland werde heute in Darmstadt oder auf dem Heiligenberg erwartet; ob ich wisse, wie lange er da zu bleiben gedenke? Auf meine Erwiderung, daß ich von einem Aufenthalte desselben von vierzehn Tagen gelesen oder vernommen habe, fuhr Herr v. Beust fort: „Ich will den Grafen Trautmannsdorff veranlassen, während der Anwesenheit des russischen Kaisers

[1]) D.-A. Vgl. auch Tagebuch vom 26. August.

auf dem Heiligenberg in Darmstadt sich aufzuhalten und dem Kaiser sich vorzustellen; aber ich wünsche auch, daß unsere Intention, damit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland eine Huldigung zu erweisen, erkannt werden möge. Baron Dalwigk lasse ich durch Sie bitten, mir den freundschaftlichen Dienst zu erweisen, die bevorstehende Ankunft des Grafen Trautmannsdorff in einer Weise zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers von Rußland zu bringen, daß die Intention erkannt werde; und ich lasse ihn ferner ersuchen, mich schleunigst wissen zu lassen, welcher Tag für die zu erbittende Aufwartung Trautmannsdorffs bei dem Kaiser wohl der passendste sein möge?" — Ich ersuche daher Eure Exzellenz, mir die Antwort auf die Frage des Baron Beust telegraphisch zukommen zu lassen.

3.

„Darmstädter Zeitung" Nr. 314, Mittwoch, 11. November.

Die „Mainzeitung" vom 10. November enthält folgenden Artikel:

Darmstadt, 9. November. Der meistens gut unterrichtete „Schwäbische Merkur" erhält aus Berlin eine Korrespondenz, die auf das Verhalten unserer Regierung Preußen gegenüber ein eigentümliches Licht wirft und speziell für unsern Ministerpräsidenten nicht sehr schmeichelhaft sein dürfte. Die Verantwortlichkeit für diese Mitteilung müssen wir natürlich dem genannten Blatte überlassen. Dasselbe schreibt: „Einige mittelstaatliche Höfe standen bekanntlich früher in dem Verdacht einer gewissen Neigung, sich an das Ausland anzulehnen. Herr v. Borries hat den deutschen Sprachschatz mit diesem geflügelten Worte bereichert, und König Georg von Hannover hat ihn dafür in den Grafenstand erhoben. Beide, der König wie der Minister, haben sich indessen nicht wohl dabei befunden und keinen Gewinn von einer Politik gezogen, welche Deutschlands Gefühle aufs tiefste verletzen mußte. Diese geschichtliche Erfahrung hat indessen die bezeichneten ausländischen Neigungen und Gewohnheiten bei denjenigen, die damit behaftet sind, nicht überall gebessert. Man erzählt, daß Herr v. Dalwigk vor einiger Zeit von seiner Reise nach den Ostseeprovinzen, wo ihm Verwandte wohnen, Eindrücke empfangen haben wollte, welche dem Kaiser Alexander vermittelt wurden und diesen gegen Preußen aufbringen sollten, weil die Ostseeprovinzen, so hieß es, ihren politischen Kurs auf Preußen richteten. Daher das neuerdings strengere Verfahren, das gegen die Deutschen in den Ostseeprovinzen von Petersburg aus beobachtet wurde. Die unvorsichtigen Äußerungen des Herrn v. Dalwigk, um nicht mehr zu sagen, bedürfen keines weiteren Urteils, sie sprechen es selbst. In Petersburg ist man dadurch übrigens nicht nach Wunsch gegen Preußen umgestimmt worden, wie der Artikel von St. Petersburg vom 28. Ok-

tober zur Genüge beweist. Dieser wird danach nicht nur in Paris, sondern auch in Darmstadt keine große Freude bereitet haben." — Über denselben Gegenstand berichtet gleichzeitig und in demselben Sinne auch die „Kölnische Zeitung".

Ich habe darauf zu bemerken, daß der Eindruck, den ich bei meiner letzten Reise nach Livland (Kurland und Estland kenne ich nicht) empfangen habe, der ist, daß es keine Provinz des großen russischen Reiches gibt, die ihrem Kaiser und seinem Hause treuer ergeben ist als Livland, dessen Bewohner wissen, daß ihnen die Vereinigung mit Rußland eine Periode des Friedens und Wohlstandes gebracht hat, wie sie die vorausgegangenen fünf Jahrhunderte nie gekannt haben. Diese Eindrücke habe ich überall, wo es mir gut oder nötig schien, zur Sprache gebracht. Tatsachen dagegen, welche geeignet sein könnten, das gute Einvernehmen zwischen Rußland und Preußen zu stören, sind in Livland meines Wissens niemals vorgekommen, und wären solche zu meiner Kenntnis gelangt, so würde ich schon im Interesse einer Provinz, die mir in so vielen Beziehungen lieb und wert ist, nicht davon gesprochen haben. — Übrigens besitzt die Kaiserlich Russische Regierung in ihren Ostseeprovinzen zu viele Mittel, um sich Aufklärung über die dort herrschenden Stimmungen und Wünsche zu verschaffen, als daß sie nötig hätte, auf die Erfahrungen einzelner Reisenden Wert zu legen. Die Andeutung, daß ich an dem neuerdings gegen die Ostseeprovinzen eingeleiteten strengeren Verfahren schuld sei, widerlegt sich einfach dadurch, daß seit meinem letzten Aufenthalte in Livland und seit meiner Rückkehr von da das angebliche strengere Verfahren überhaupt nicht stattgefunden hat.

v. Dalwigk.

4.

Dalwigk an seinen Schwager Grafen Eugen Dunten.[1])

Mein teurer Eugène!

Herzlichen Dank für Deinen lieben Brief vom 25. v. M./13. l. M., der mir Gelegenheit gibt, die auf unwürdiger Verleumdung oder auf bedauerlichen Mißverständnissen beruhenden Gerüchte, die man in Livland und in der deutschen Presse über meine dem Kaiser gemachten Äußerungen bezüglich livländischer Stimmungen verbreitet, zu widerlegen. Ich habe bereits in mehreren Journalartikeln mit meiner Namensunterschrift darauf geantwortet, und Dellchen hat diese Artikel an die Eltern nach Riga gesandt. Ich hoffe, daß dieselben in Eure Hände gelangt sind. Zum Überfluß ermächtige ich Dich aber, jedem, der es hören will, zu sagen, daß die Ostseeprovinzen und besonders Livland, dem ich mit ganzem Herzen angehöre, keinen wärmeren Verteidiger finden können als mich, und daß ich es mir stets zur Aufgabe gemacht habe, die Ehre und die Interessen unserer Provinz zu vertreten, so oft mir bei Seiner Majestät dem Kaiser und seinen Umgebungen Gelegenheit dazu geboten war. Die Äuße-

[1]) D.-A. Entwurf. Siehe Tagebuch vom 13. November.

rung des Kaisers bei Baron Pahlen über das, was ich gesagt haben soll, kann nur irrig aufgefaßt worden sein. Ich habe mir den Kopf darüber zerbrochen, ob ich eine Veranlassung dazu gegeben habe, und kann mir eine solche nicht anders denken, als daß ich irgendwie einmal geäußert habe, Livland und sein Volk sei dermalen unter allen Treuen die Treueste, aber man müsse die Provinz schonend behandeln, damit nicht bei der neu erworbenen Machtstellung Preußens die Blicke einer späteren Generation sich dorthin richteten. — War diese meine Äußerung eine unvorsichtige, der Mißdeutung fähige, so kann ich mir wenigstens das Zeugnis geben, es treu und ehrlich mit Livland gemeint zu haben. Zu einer Denunziantenrolle bin ich unfähig, und Namen nenne ich nie und bei niemand.

Dein treuer

5.

Beust an Dalwigk.[1])

Wien, 13. Dezember.

Von allen Gratulationsschreiben,[2]) die ich empfangen, ist mir das Ihre, das brauche ich wohl nicht zu versichern, das wertvollste; denn es kommt aus dem treuesten Herzen und ich weiß, daß Ihnen das mir Gewordene vielleicht noch lieber ist als mir selbst.

An Titel, das können Sie wohl glauben, ist wenig gelegen, das Handbillett, das ist ein enormes politisches Kapital und ein Stückchen Geschichte.

Sie kennen vielleicht aus den Zeitungen mein Telegramm: „Je vois avec plaisir, que mon comte fait le compte de mes amis." Zutreffender aber noch ist, was ich meinem Freunde in Dresden antwortete: „C'est moins le comte qui fait mon compte essentiel c'est qu'on ne fera plus de contes."

Mein Abschluß nach zwei Jahren ist wohl nicht schlecht. Sauer habe ich es mir werden lassen, aber auch viel Glück habe ich gehabt und deshalb glaube ich endlich selbst an eine providentielle Mission, die ich zu Ende führen soll und zu Ende führen werde.

6.

Hofmann an Dalwigk.[3])

Berlin, 18. Dezember.

Nachdem ich längere Zeit hindurch keine Veranlassung gehabt hatte, mit dem Unterstaatssekretär im auswärtigen Departement Herrn v. Thile mündlich zu verhandeln, traf ich denselben gestern abend in einer Gesellschaft und erfuhr von ihm, daß Graf v. Bismarck ihn von Varzin aus beauftragt hatte, mit mir über die damals in den Zeitungen erörterten Äußerungen Eurer Exzellenz

[1]) D.-A.

[2]) Zur Verleihung der Grafenwürde. Vgl. Tagebuch vom 7. Dezember.

[3]) D.-A. Vgl. Tagebuch vom 17. November.

in betreff der politischen Stimmungen in Livland zu sprechen. Der Ministerpräsident sei in hohem Grade darüber aufgebracht gewesen, daß Eure Exzellenz, wie nach den hier eingegangenen Nachrichten habe angenommen werden müssen, die Stimmung Livlands in einer Weise geschildert hätten, welche geeignet gewesen wäre, Seine Majestät den Kaiser von Rußland mißtrauisch gegen Preußen zu machen. Ich entgegnete sofort, wie es sich gebührte, durch Hinweis auf die von Eurer Exzellenz veröffentlichten Erklärungen, worauf Herr v. Thile meinte, man möge die Sache jetzt, da so ziemlich „Gras darüber gewachsen sei", auf sich beruhen lassen.

Tagebuch 1869.

14. Januar.

Ich fand einen interessanten Bericht Gagerns vor, wonach die Spannung zwischen Österreich und Preußen bis zur Androhung der Aufstellung eines preußischen Armeekorps an der böhmischen Grenze gediehen ist. Benedetti soll dem Grafen Wimpffen in Berlin gesagt haben: „On tire sur Vous, mais c'est nous qu'on vise."

27. Januar.

Den Morgen hindurch war ich allein zu Hause. Um 12¾ Uhr machte ich dem am Tage zuvor von Wien und Triest zurückgekehrten Prinzen Alexander einen Besuch. Der Prinz richtete mir Grüße des Grafen Beust aus und erzählte mir dann von seinen Wiener Erlebnissen. Er habe den Kaiser heiterer als seit vielen Jahren gefunden, übrigens sehr mißtrauisch gegen den Kaiser Napoleon. Beust bewahre seine gewöhnliche gute Laune und Zuversicht. Viel Vertrauen in die zukünftige Erhaltung des Friedens habe Beust nicht. Er strebe, denselben zu bewahren, solange es gehe, um die inneren Zustände Österreichs zu ordnen. Interessant sei es, von allen Seiten, selbst von seiten solcher, die früher Beust nicht günstig gesinnt gewesen seien, nunmehr Äußerungen des Vertrauens in seine Tüchtigkeit und Klugheit zu hören. Er habe dies Beust wiedergesagt und denselben dadurch erfreut. Der Kriegsminister Baron Kuhn[1]) beharre darauf, daß er im nächsten Mai 600 000 Mann schlagfertig und mit Hinterladern versehen, unter den Waffen haben werde. Viele Offiziere in der Armee zweifelten aber an dieser Möglichkeit. Der Kriegsminister v. Kuhn habe in der Armee die Stockprügel abgeschafft. Nach der Ansicht vieler Offiziere sei aber diese Maßregel übereilt. Die Ungarn zumal, in deren Vaterland die Prügel von jedem Dorfrichter diktiert und vollzogen würden, seien ohne Prügel gar nicht in Ordnung zu halten. Gefängnisstrafen achteten die Ungarn nicht, im Gegenteile seien sie froh, dabei Gelegenheit zum Nichtstun zu finden, und das Krummschließen sei ebenfalls verboten. Leider, fuhr der Prinz fort, habe er bemerkt, daß zwischen dem Erzherzog Albrecht und dem Kriegsminister v. Kuhn eine gewisse Kälte herrsche. Graf Beust habe sich über das Verhalten der sogenannten bürgerlichen Minister sehr zufrieden geäußert. Seien diese bürgerlichen Liberalen einmal in ministerieller Stellung, so fühlten sie bald

[1]) Franz Freiherr v. Kuhn, 1817—1896, war 1859 Generalstabschef Gyulais in Italien, 1866 Kommandant und Verteidiger Tirols, 1868—1874 österreichisch-ungarischer Reichskriegsminister.

die Notwendigkeit, gegen ihre ehemaligen Gesinnungsgenossen Front zu machen, während Leute wie der frühere Ministerpräsident Fürst Auersperg sehr unbequem sein könnten.

1. Februar.

Ehe ich zu der zweiten Abteilung der Whistpartie[1]) ging, redete mich ein französischer Offizier namens Schenck, von hessischer Abkunft, der schon öfter in Darmstadt gewesen war, an, brachte mir Grüße von General Ducrot und teilte mir vertraulich mit, daß Kaiser Napoleon dermalen mehr als je zum Kriege entschlossen sei. Er könne denselben im Interesse seiner Dynastie nicht vermeiden. Der Kaiser habe mich im verflossenen Jahre zu einem Gespräche einladen wollen, habe es aber aus Gründen der Vorsicht unterlassen. Was Graf Larochefoucauld mir gesagt habe, sei bedeutungslos. Während der Kaiser lächle und friedlich spreche, hege er sehr ernste Gedanken. Er, Schenck, habe morgen Audienz bei dem Großherzoge und werde diesem das nämliche sagen. Ich trug Herrn Schenck Grüße an den General Ducrot auf und bat ihn, da er mir sagte, er gehe von Darmstadt aus unmittelbar nach Paris, wo ihn der Kaiser empfangen werde, dem letzteren mich zu Füßen zu legen.

7. Februar.

Abends $4^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Larochefoucauld, der von Paris zurückkommend, mir einen Gruß der Kaiserin Eugenie ausrichtete mit dem Anfügen, daß die Kaiserin sich gefreut habe, zu hören, daß ich an meinen früheren Anschauungen festhalte.

21. April.

Um $11^1/_2$ Uhr empfing ich den preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mit mir über die Art, wie der Gouverneur von Mainz, Prinz Holstein, dem hiesigen Oberstaatsanwalt neues Material zur Fortsetzung der Anklage gegen die hiesige Landeszeitung wegen Aufreizung zum Hasse gegen die Mainzer preußische Garnison geben könne, reden wollte. Herr v. Wentzel erzählte mir bei dieser Gelegenheit, sein König habe eine besondere persönliche Freundschaft für den Kaiser von Österreich und deshalb habe der König auch Friede geschlossen, ohne von Österreich territoriale Opfer zu verlangen. Herr v. Wentzel versicherte, auch er habe seinerzeit in Frankfurt mit den preußischen Angelegenheiten nicht das mindeste zu tun gehabt. Dazu seien die Herrn Zittelmann und Urban, nicht immer mit Glück, verwendet gewesen. Das, was ihm der frühere thüringische Bundestagsgesandte, Herr v. Beaulieu-Marconnay,[2]) in seinen im Jahre 1866 anonym erschienenen Tagebuchblättern in dieser und anderer Beziehung vorgeworfen habe, sei völlig grundlos. Er, Wentzel, habe stets

[1]) Gelegentlich eines Hofballes.

[2]) Carl Olivier Freiherr v. Beaulieu-Marconnay, 1811—1889; war zuerst im oldenburgischen, dann im weimarischen Staatsdienst, 1864 Gesandter der Wettinisch-Ernestinischen Länder am Bundestag.

mit den Mitgliedern des Frankfurter Senats auf dem besten Fuße gestanden. Er habe sich stets bemüht, der Stadt nützlich zu sein und Unbilligkeiten zu verhindern. Wentzel lobte schließlich den bayerischen Minister v. d. Pfordten und dessen Offenheit und Ehrlichkeit außerordentlich. Pfordten sei, wie derselbe selbst behaupte, eigentlich nicht zum Diplomaten geschaffen. Pfordten sei dazu viel zu sehr Gefühlsmensch und zu rückhaltlos in seinen Urteilen. Aber einen Beweis von Ehrlichkeit habe derselbe dadurch gegeben, daß er es im Jahre 1866 abgelehnt habe, nach der Schlacht von Königgrätz mit Preußen sofort einen Separatfrieden zu schließen.

26. April.

Um 12 Uhr erschien der preußische Gesandte v. Wentzel und ersuchte mich im Auftrage seiner Regierung, den Protest gegen die Vollmacht, welche Preußen ermächtige, bei der Liquidation des beweglichen früheren Bundeseigentums im Namen des Norddeutschen Bundes aufzutreten, zurückzunehmen.

27. April.

Um 3 Uhr erschien Herr v. Wentzel, um mit mir nochmals den Gegenstand seiner Unterhaltung von diesem Morgen mit dem Geheimen Legationsrat Neidhardt zu besprechen. Ich ließ Herrn Neidhardt rufen und wir kamen nach längerer Diskussion überein, zwar den in München erhobenen Protest zurückzunehmen, jedoch unter der ausdrücklichen Verwahrung, daß dadurch unseren Ansprüchen bei den demnächst mit Preußen zu führenden besonderen Verhandlungen über diesen Gegenstand nicht präjudiziert werde.

Baden-Baden, 6. Mai.

Ernst Meyendorff, früher russischer Geschäftsträger in Rom, jetzt in Weimar, ist durch den heftigen Auftritt bekannt, den er mit dem Papste Pius IX. hatte, dem er Begünstigung der polnischen Insurrektion vorwarf. Er wurde infolge davon von Rom abberufen. Er sprach mir von den Anschuldigungen eines Teiles der Presse, als ob ich die Treue der russischen Ostseeprovinzen verdächtigt hätte[1]) und versicherte, daß das Ganze von Preußen ausgegangen sei, um mir zu schaden. Ich sagte ihm, daß ich, statt die Treue der Ostseeprovinzen zu verdächtigen, gerade umgekehrt dem Kaiser Alexander bemerkt hätte, Livland sei treu wie je, aber es lasse sich nicht verkennen, daß die Ereignisse von 1866 dort auf die Jugend einen gewissen Eindruck gemacht haben müßten und daß es nötig sei, die Provinz vorsichtig zu behandeln, um bei der jüngeren Generation keine preußischen Sympathien aufkommen zu lassen. Es scheine, daß der Kaiser Alexander meine Äußerung zu positiv aufgefaßt und in diesem Sinne dem Adelsmarschall von Estland Herrn v. Pahlen davon gesprochen habe. Meyendorff erwiderte, es sei die Gewohnheit hoher Herren, bei der Resümierung von Äußerungen, die ihnen mit Vorbehalten und nur unter der Voraussetzung

[1]) Vgl. Tagebuch vom 13. November 1866.

von Möglichkeiten gemacht worden seien, dieselben als ganz unbedingt und positiv gemacht, wiederzugeben. Meine Bemerkung, daß Preußen nur solange es nicht die Stärke einer wirklichen Großmacht erreicht habe, für Rußland ein wertvoller Bundesgenosse sei, bestätigte Meyendorff vollkommen.

16. Mai.

Hügel erzählte, daß König Wilhelm von Württemberg zu Anfang des Jahres 1850 die Verfassung habe suspendieren wollen. Er habe dem Könige, der ihm dieses Projekt schriftlich mitgeteilt, erklärt, daß dasselbe ganz unmöglich sei. Das dermalige Ministerium werde infolge eines solchen Staatsstreiches sofort abtreten müssen, und ein neues Ministerium werde der König nicht finden. Anfangs sei König Wilhelm über seinen, Hügels, Widerspruch sehr aufgebracht gewesen und habe ihn morgens 8 Uhr zu sich bestellt, um ihm den Kopf zu waschen. Bald aber habe der König den besseren Gründen nachgegeben und nur erwidert: „Nun, dann kann ich die Sache auch bleiben lassen." Er habe dann sofort seine bereits zum Druck vorbereitete Ordonnanz zurückholen lassen.

28. Mai.

Larochefoucauld kam von Stuttgart und erzählte mir, daß dort und in München die Dinge sehr gut gingen. Jedermann, mit Ausnahme des preußischen Gesandten, sei mit der Haltung der Regierungen zufrieden, die ganz im Einklang mit den Wünschen des Volkes stehe. Einen um so schlimmeren Eindruck werde es aber in Paris machen, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß der Großherzog von Hessen einen Besuch in Berlin beabsichtige, wie man sich allgemein erzähle. Ich bezweifelte die Wahrheit dieses Gerüchtes.

2. Juni.

Morgens $10^1/_4$ Uhr fuhr ich mit dem Geheimen Legationsrat Neidhardt in die Zweite Kammer, um dort das Budget des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und des Äußern für die Finanzperiode von 1869 bis 1871 zu verteidigen. Nach der Kammersitzung ging ich auf das Ministerium des Innern. Nachmittags $3^1/_2$ Uhr kam Baron Thüngen mit einer Zirkulardepesche seiner Regierung, worin dieselbe nachzuweisen sucht, daß in dem Ausfalle der neuesten bayerischen Landtagswahlen eine Billigung der seitherigen Politik des Ministeriums des Fürsten Hohenlohe enthalten sei.

7. Juni.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in das Schloß zur Audienz bei dem Großherzoge. Der letztere erklärte mir auf meine Anfrage, daß er nicht daran denke, dem König von Preußen in Berlin einen Besuch abzustatten. Er werde in einigen Tagen wieder nach Oberhessen gehen, wo es ihm überaus wohl gefalle.

10. Juni.

Geheimrat Schmitt von Mainz brachte mir einen Brief des Advokaten Görz in Mainz an den Großherzog, worin um Audienz gebeten wird, um dem

Großherzog eine Petition wegen Eintrittes des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund zu überreichen. Geheimrat Schmitt fragte mich im Auftrage des Großherzogs, was zu beschließen sei. Ich beauftragte ihn, dem Advokaten Görz mündlich zu sagen, daß der Großherzog in der Kürze verreise und deshalb dermalen keine Audienzen erteile, daß aber, auch wenn dies nicht der Fall wäre, der Großherzog die gewünschte Audienz nicht erteilen würde, weil die vorliegende Frage dermalen Gegenstand eines Antrages in der Zweiten Kammer geworden sei,[1]) dessen Resultat man abwarten müsse. Während Geheimrat Schmitt bei mir war, kam Geheimrat Zimmermann. Er meinte, es sei gut, wenn der Großherzog den König von Preußen in Berlin besuche. Ich erklärte ihm, daß ich gerade der entgegengesetzten Ansicht sei und glaube, eine solche Reise nach Berlin werde als ein Systemwechsel des Großherzogs angesehen werden und in Frankreich und Österreich einen sehr üblen Eindruck machen.

23. Juni.

Der schweizerische Gesandte, Oberst Hammer, war mit mir über den schlimmen gewalttätigen Geist der preußischen Regierung einverstanden, bewunderte aber die vortreffliche Organisation und Schlagfertigkeit der preußischen Armee, welche er der französischen für überlegen hält. Auch hat ihn der royalistische Sinn der Preußen und ihre Anhänglichkeit an das Haus Hohenzollern frappiert. In Frankreich hält er das Wiederaufleben der Republik für unvermeidlich.

25. Juni.

Morgens $8^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des württembergischen Ministers Baron Neurath, der von Berlin kommt, wo er den Sitzungen des Zollparlamentes beigewohnt hat und nach Stuttgart zurückgeht. Er erzählte mir, daß man sich in Berlin in finanziellen und anderen Verlegenheiten befinde. Ein sehr talentvoller Gegner der preußischen Wirtschaft sei der ehemalige hannoversche Minister Windthorst,[2]) ein kleiner, häßlicher, aber äußerst begabter Mann. Derselbe habe den Preußen im Zollparlament die stärksten Sachen in den höflichsten Formen gesagt. Windthorst meine, man solle die Preußen nicht durch Verweigerung aller Geldforderungen bis zum Äußersten treiben, damit dieselben nicht etwa auf die Idee kämen, sich durch Überschreitung der Mainlinie aus ihrer peinlichen Lage zu ziehen. Eine besondere Gefahr für Süddeutschland, meinte Neurath, liege in dem Ableben des jetzigen Königs von Preußen. Der Kronprinz werde eine Menge liberaler Konzessionen machen, die Ausgaben für das Militär beschränken und dadurch möglicherweise die süddeutsche demo-

[1]) Siehe Anlage 1.

[2]) Ludwig Windthorst, 1812—1891; war zunächst Rechtsanwalt in Osnabrück, 1849 Mitglied der Zweiten hannöverschen Kammer, 1862 Justizminister, seit 1867 Mitglied des Reichstages und preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1871 Führer der Zentrumspartei.

kratische Partei, welche jetzt Preußen feindlich gegenüberstehe, für sich gewinnen. Neurath erzählte mir, daß Preußen fortwährend bis an die Zähne rüste. Es scheine aber, daß nebenher mit Frankreich zu verhandeln versucht werde. Zweck sei, den Franzosen Belgien zu überlassen, um dafür freie Hand in Deutschland zu gewinnen. Da ich um $9^1/_2$ Uhr Sitzung der Ersten Kammer hatte, so begleitete mich Neurath in meinem Wagen bis zur Türe des Ständehauses. Er sagte mir unterwegs, der König von Bayern sage offen, daß er kein Vertrauen in die Gesinnungen seines Ministers, des Fürsten Hohenlohe, habe. Aber, füge der König hinzu, die Preußenfreundlichkeit Hohenlohes schade nichts, er überwache denselben!!

26. Juni.

Baron Thüngen brachte mir von Pfordten viele Grüße und erzählte mir, Pfordten habe geäußert, bei einem großen europäischen Konflikt würde Hessen das natürliche Vergrößerungsobjekt für Bayern sein. Aber bei dem Friedensschlusse von 1866 hätten sich der Großherzog und ich so edel gegen Bayern benommen, daß dadurch jeder Gedanke an eine solche Vergrößerung ausgeschlossen sei. Ich kam auf das Verhalten Pfordtens im Jahre 1866 zurück und auf sein schwaches Auftreten Preußen gegenüber. Thüngen bemerkte, Pfordten sei damals vom Kriegsminister Lutz im Stiche gelassen worden. Der letztere habe versprochen, 48 000 Mann sofort ins Feld zu stellen und habe dann nur 20 000 Mann marschieren lassen können. Thüngen sagte mir endlich, er stehe in Bayern besser, als er selbst geglaubt habe. Der König, abgesehen von seiner übertriebenen Leidenschaft für Wagnersche Musik, sei ein Herr von Verstand, seine sämtlichen Minister gäben ihm das Zeugnis, daß er die Geschäfte mit Einsicht und Klugheit behandle. Das Ministerium werde, wenn es einigermaßen mit Takt und Vorsicht verfahre, auch mit der dermaligen Zweiten Kammer wohl fertig werden. Nach Thüngen kam Graf Larochefoucauld und klagte über die Unschlüssigkeit seiner eigenen Regierung und meinte, dieselbe habe den günstigen Moment zur Abrechnung mit Preußen bereits verstreichen lassen.

1. Juli.

Um 11 Uhr fuhr ich auf die Eisenbahn, um den auf der Reise nach Baden-Baden vorüberkommenden russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow zu begrüßen. Der Fürst kam in einem eigenen königlichen Waggon der preußischen Bahnen, den man ihm nach Eydtkuhnen entgegengeschickt hatte, ein Beweis, welchen Wert man in Berlin auf das Wohlwollen Rußlands legt. Er war von ungemeiner Herzlichkeit, nahm mich unter den Arm und ging während der Zeit des Aufenthaltes des Schnellzuges auf dem Perron mit mir auf und ab. Er fragte mich, ob der Großherzog noch immer so gleichgültig gegen alles sei, was infolge der Ereignisse des Jahres 1866 über ihn ergehe. Der Großherzog habe sich, als er ihn das letzte Mal gesehen, in diesem Sinne geäußert,

so daß er, der Fürst, wahrhaft erschrocken sei. Ich konnte diese Frage leider nur bejahen, fügte aber hinzu, daß die Zivilverwaltung des Landes dadurch nicht leide, solange sie in meinen Händen sei und der Großherzog mir sein volles Vertrauen schenke. Freilich sei die Sache bezüglich der Militärverwaltung anders. Hier wirke der Prinz Ludwig, der preußischer als preußisch sei, durchaus verderblich, und der Großherzog lasse sich alles gefallen. Gortschakow sagte mir, Graf Bismarck denke nicht daran, die Mainlinie zu überschreiten. Derselbe wolle den Süden nicht. Ich erwiderte, daß der südliche Teil von Hessen hiervon eine Ausnahme mache und daß Preußen ernstliche, obwohl vergebliche Versuche gemacht habe, das ganze Land in den Nordbund zu ziehen. Die Furcht vor Frankreich halte Preußen ab, voranzugehen. Gortschakow meinte, Bismarck sei viel zu mutig, um sich vor Frankreich zu fürchten.

3. Juli.

Um $1^1/_2$ Uhr empfing ich den von Berlin und den dortigen Beratungen des Zollparlamentes zurückgekehrten Kommerzienrat Fink. Derselbe erzählte mir, daß sich das frühere freundliche Benehmen der Preußen gegen die süddeutschen Abgeordneten sehr geändert habe. Nicht bloß die preußischen Militärs, sondern auch die bürgerliche Bevölkerung leide an einem schwer erträglichen Übermut, der es den Süddeutschen unmöglich mache, ihre Ansichten, auch die gerechtfertigtsten, in Berlin zur Geltung zu bringen.

26. August.

Ich hatte um 11 Uhr den Abschiedsbesuch des Geheimen Legationsrates Hofmann. Derselbe klagte über die fortwährende schwächliche Nachgiebigkeit Sachsens im norddeutschen Bundesrate Preußen gegenüber. Minister v. Friesen lasse sich lediglich von seinen sächsischen Partikularinteressen leiten.

30. August.

Herr v. Sidorowitsch erzählte mir, er habe die Großfürstin Konstantin[1]) kürzlich auf der Durchreise durch Darmstadt gesehen. Dieselbe sei so erbittert auf den König von Preußen, daß sie auf die Nachricht, derselbe werde gleichzeitig mit ihr in Frankfurt eintreffen, sofort mit einem Extrazug habe abreisen wollen. Sie nenne den König nie anders als le brigand, ce voleur. Den General v. Manteuffel habe die Großfürstin bei dessen Sendung nach Petersburg im Jahre 1866 boshafterweise gefragt, ob er mit dem General Manteuffel verwandt sei, der sich in Frankfurt so schlecht aufgeführt habe. Manteuffel sei dunkelrot geworden und habe kurz erwidert, daß er der nämliche Manteuffel sei.

Hügel erzählte mir, daß er vor sechs Wochen den Grafen Beust in Gastein besucht habe. Beust sei in der rosigsten Laune, lasse mich grüßen und habe mir nur den einen Vorwurf zu machen, daß ich im Jahre 1866 nicht Oberhessen gegen Unterfranken und Aschaffenburg vertauscht und so einen Keil in Bayern

[1]) Alexandra, 1830—1911, Tochter des Herzogs Joseph von Sachsen-Altenburg.

geschoben hätte. Beust habe von seinen Verhandlungen mit Ungarn gesprochen. Graf Belcredi[1]) habe als Minister in Pest den Ungarn in seiner, Beusts, Gegenwart mehr zugestanden, als er gebilligt habe. Damals habe er Belcredi nicht öffentlich widersprechen wollen. Als aber Belcredi nach seiner Rückkehr nach Wien Neigung gezeigt habe, die gemachten Zusagen zu modifizieren, habe er, Beust, sich gegen diesen Mangel an Worthalten aussprechen müssen. Der Kaiser habe nun einen Ministerrat zusammenberufen und selbst präsidiert. Belcredi habe in glänzender Rede sein Verfahren zu rechtfertigen versucht, so daß er, Beust, bereits geglaubt habe, unterliegen und in sein Tagebuch schreiben zu müssen: „Auch einmal drei Monate lang Minister in Österreich gewesen." Indessen bald nach der Sitzung habe er von dem Kaiser ein freundliches Handbillett erhalten, worin seine Anschauungsweise gebilligt worden sei. Darauf sei Belcredi zurückgetreten, habe aber zugleich versprochen, Beust keine Opposition zu machen, vielmehr dessen Politik zu unterstützen. Dieses Versprechen habe auch Belcredi redlich gehalten. Baron Hügel fügte hinzu, daß Beusts Stellung in Österreich insofern eine sehr starke sei, als selbst seine politischen Gegner ihn für den Augenblick nicht zu ersetzen wüßten, ihn also insofern für unentbehrlich hielten.

31. August.

Um 2½ Uhr fuhr ich mit Baron Hügel zunächst zur Gräfin Astorg, wo wir eine Viertelstunde blieben und dann nach Jugenheim zum Besuch bei dem Prinzen Alexander und der Prinzessin Battenberg, die uns sehr liebenswürdig im Garten empfingen.

Hügel erzählte, Graf Beust habe ihm bemerkt, es drängten in Österreich manche Leute auf eine enge Allianz mit Preußen, als die sicherste Garantie für die Erhaltung des Friedens. Er, Beust, sei damit nicht einverstanden. Einmal könne man der preußischen Freundschaft kein Vertrauen schenken, ferner sei es seine Pflicht als österreichischer Minister, die Pickelhauben nicht nach Salzburg zu lassen, und endlich würde Österreich durch eine Verbindung mit Preußen seine dermaligen zuverlässigen Alliierten, namentlich Frankreich, verlieren.

Prinz Alexander rühmte, daß Beust durch seine Klarheit und immer gleiche Heiterkeit dem Kaiser Franz Joseph Mut und Vertrauen zurückgegeben habe.

Um 7 Uhr war ich mit Hügel wieder in Darmstadt. Unterwegs erzählte mir derselbe, daß Beust in Gastein den Sektionschef Geheimrat v. Hofmann bei sich gehabt habe. Beust halte auf denselben große Stücke und habe veranlaßt, daß er ihm, Hügel, gegenüber sich über politische Materien ausgesprochen habe, um letzterem eine gute Meinung von Hofmanns Talenten beizubringen. Hofmann habe umgekehrt von Beust gesagt, daß er erst jetzt, seit er unter diesem

[1]) Richard Graf Belcredi, 1823—1902, war 1860 Mitglied des böhmischen Landtags und des Reichsrats, 1862 Landeschef in Schlesien, 1864 Statthalter in Böhmen, 1865 Staatsminister, der die Monarchie in fünf Teilgebiete föderalisieren wollte.

Chef diene, mit wahrer Freudigkeit arbeite. Die kurzen Anleitungen, die Beust für schriftliche Ausarbeitungen gebe, seine Aufzeichnungen von den dabei zu berücksichtigenden Momenten, seien immer schlagend und überzeugend. Nirgends finde sich darin ein Schwanken oder ein Zweifel.

7. September.

Morgens 8 Uhr 10 Minuten fuhr ich mit dem Geheimrat v. Bechtold nach Gießen zu einer dort stattfindenden landwirtschaftlichen Preisverteilung. Ein Herr Gros aus Gießen trank auf mein Wohl, und ich erwiderte durch einen Toast auf die Provinz Oberhessen und das Emporblühen ihrer Landwirtschaft. Ich erwähnte darin, wie die Großherzogliche Regierung ihre Liebe zu dieser Provinz bewährt habe, indem sie dieselbe im Jahre 1866 mit großer Mühe und mit Opfern dem Lande erhalten, dann mit Eisenbahnen ausgestattet und endlich durch Übernahme der ihr als Mitglied des Norddeutschen Bundes speziell obliegenden Lasten auf das ganze Land erleichtert habe. Davon nahm nun der höchst oppositionelle Gutsbesitzer Adalbert v. Rabenau Veranlassung, zu erwidern: „Da ich von Politik gesprochen habe, wolle er mir auch eine politische Antwort geben. Ob ich im Jahre 1866 es gewesen, welcher die Provinz Oberhessen dem Lande erhalten, wolle er hier nicht näher untersuchen. Aber eines wolle er mir sagen, daß der Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund der Wunsch aller guten Patrioten sei. Wer ihm beistimme, möge sich erheben." Ein Teil der Anwesenden erhob sich wirklich und stimmte durch Hochrufe dem Herrn v. Rabenau bei, darunter auch auffallenderweise der Kreisassessor Kekulé. Aber dennoch mißbilligten fast alle Anwesenden später diesen taktlosen, von mir in keiner Weise veranlaßten Ausfall des Herrn v. Rabenau, der auch gleich nach seinem Toaste verschwand.

Graf Solms-Laubach erzählte mir in Gießen, Graf Bismarck sei in hohem Grade verstimmt und mutlos. Er habe sich so dem Grafen Stolberg,[1]) früheren Präsidenten des Herrenhauses, nunmehrigen Oberpräsidenten von Schlesien gegenüber ausgesprochen. Auch andere preußische Beamte teilten diese Stimmung. Der sehr tüchtige Geheime Oberfinanzrat Schele, welcher kürzlich die undankbare Aufgabe gehabt habe, die v. d. Heydtschen Steuervorlagen im Reichstage zu verteidigen, habe einem Bekannten erklärt, er sei die Wirtschaft müde und wolle seine Entlassung nehmen.

10. September.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in das Schloß zur Audienz bei dem Großherzoge. Derselbe war wohlgelaunt und sehr artig. Er erzählte mir von seinem Aufenthalte in Oberhessen, den er sehr rühmte. Ich bemerkte, daß die Gesinnungen nicht aller Oberhessen gut seien und erzählte das Benehmen des Herrn Adalbert v. Rabenau bei meiner jüngsten Anwesenheit bei der landwirtschaftlichen

[1]) Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode, 1810—1872.

Preisverteilung. Der Großherzog erzählte mir, er habe kürzlich in Frankfurt den König Johann von Sachsen gesehen, der ihm sein Herz ausgeschüttet und unter Tränen geklagt habe, welchen Demütigungen er durch seine Stellung im Norddeutschen Bunde ausgesetzt sei.

15. September.

Morgens 11¼ Uhr fuhr ich nach Baden-Baden, um den Grafen Beust zu sehen.

In Oos fand ich in dem dort zur Abfahrt nach Baden bereitstehenden Train den Grafen Beust mit dem österreichischen Geschäftsträger in Karlsruhe, Herrn v. Pfusterschmidt, sitzen. Ich stieg zu ihnen, und Beust und ich umarmten uns in herzlichem Wiedersehen.

Graf Beust sagte mir auf meine Frage, daß er zwar seine Meinung über Pfordtens Verhalten im Jahre 1866 nicht geändert habe. Aber der jüngste Brief Pfordtens an seine Wähler habe ihn gefreut und er habe darauf Pfordten nach einer Unterbrechung von zwei Jahren einen herzlichen Brief geschrieben. Graf Beust, dem ich zu seinen Erfolgen Glück wünschte, erzählte mir, Bismarck habe geäußert, seine zwei größten Fehler seien die Vertreibung Beusts aus Sachsen und die Annexion Hannovers gewesen.

Im weiteren Laufe des Gesprächs lehnte Beust die Notwendigkeit eines Krieges mit Preußen nicht ab. Seine Sprache war viel determinierter als vor zwei Jahren.

16. September.

Morgens 9½ Uhr besuchte mich Herr v. Pfusterschmidt. Er sagte mir, Graf Beust, der am Morgen nicht ausgehen könne und doch ausführlich mit mir zu sprechen wünsche, lasse mich bitten, um 10 Uhr zu ihm zu kommen.

Beust empfing mich mit großer Herzlichkeit und sprach mir eine ganze Stunde lang über die von ihm verfolgte Politik in allen ihren Teilen. Er sagte mir, Frankreich sei seit der Lösung des italienischen Konfliktes Österreichs aufrichtigster und treuester Verbündeter. Man habe ihn auf die Möglichkeit eines Sturzes der napoleonischen Dynastie aufmerksam gemacht und er habe geantwortet, daß er dann der französischen Republik die Hand ebenso freundlich reichen werde wie jetzt dem Kaisertum. Eine jede neue Verbindung, welche dieses Verhältnis stören und trüben müsse, also eine aufrichtige Verständigung mit Preußen, sei für Österreich eine Unmöglichkeit. Eine jede Überschreitung der Mainlinie durch Preußen sei das Signal zu einem Kriege mit Frankreich. Österreichs Haltung ergebe sich dann durch die Umstände. Aber man möge nicht glauben, daß dem Kaiser durch Ungarn die Hände gebunden seien. Man habe im Grund Ursache, mit der Stimmung der Ungarn zufrieden zu sein. Im ungarischen Volke sei noch ein großer Fonds von Treue für die Dynastie vorhanden. Der alte ehrliche Graf Majlath habe ihm noch kürzlich die Versicherung gegeben, daß der Kaiser im Falle großer Konflikte auf Ungarn zählen

dürfe. Auch Graf Andrássy, obgleich leidenschaftlich und höchst ehrgeizig, denke in diesem Punkte korrekt und habe ihm, Beust, was er mir im engsten Vertrauen mitteile, für den unterstellten Fall die befriedigendsten Zusicherungen gemacht. In Österreich schwimme, wenn er sich so ausdrücken dürfe, aller Schmutz auf der Oberfläche, während derselbe in Preußen auf dem Grunde ruhe. Daher ließen sich manche Menschen über die Kraft und Lebensfähigkeit der beiden Staaten täuschen. Der Kaiser Franz Joseph habe natürlich seit der Bildung seines dermaligen Ministeriums manche vorgefaßte Ansichten und Gefühle zu überwinden gehabt, aber jetzt besitze er, Beust, des Kaisers volles Vertrauen. Mit dem Liberalismus müsse man eben in Österreich rechnen, um der Monarchie eine feste Grundlage zu geben. In Frankreich stünden die Sachen für die Dynastie nicht so schlimm, als es vielleicht den Anschein habe. Die konservativen Elemente seien dort noch sehr stark. Übrigens habe Kaiser Napoleon ungeschickt operiert. Statt vor allem eine feste Position zu fassen und dann einige unvermeidliche Konzessionen zu machen wie er, Beust, dies durch den Fürsten Metternich dem Kaiser Napoleon, leider vergeblich, habe empfehlen lassen, habe man die bekannte Erklärung des Duc de Mouchy[1]) und der mit ihm vereinigten 116 Deputierten nicht zu verhindern gewußt und sei dadurch genötigt worden, Konzessionen zu machen, die nun allerdings nicht mehr zu umgehen gewesen wären, die aber einen viel besseren Erfolg gehabt haben würden, wenn man sie rechtzeitig, wenn auch in geringerer Ausdehnung, hätte machen wollen. Napoleon habe auch eine vortreffliche Gelegenheit versäumt, die öffentliche Meinung Europas für sich zu gewinnen. Derselbe hätte eine allgemeine Entwaffnung, aber mit Einschluß der Aufhebung der Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit Süddeutschland, vorschlagen sollen. Er, Beust, habe dies Napoleon geraten. Der letztere habe es abgelehnt, weil ja Preußen, wenn es auch auf dem Papier entwaffne, doch vermöge seiner militärischen Organisation stets gerüstet bleibe. Napoleon habe aber nicht bedacht, daß die Bedingung einer gleichzeitigen Aufhebung der Verträge mit Süddeutschland für Preußen ganz unannehmbar gewesen sei und daß Preußen dennoch durch eine Ablehnung der Proposition als europäischer Friedensstörer gekennzeichnet worden wäre. Österreich müsse dermalen ein besseres Verhältnis zu Rußland anstreben. Es sei also von Wichtigkeit, daß der russische Gesandtschaftsposten in Wien einem wohlwollenden, verständigen, leidenschaftslosen Manne anvertraut werde. Das jetzige russische Gesandtschaftspersonal in Wien sei so viel wie ein Wanzennest, in welchem das Ungeziefer sich stets neu erzeuge. Balabine,[2]) Stackelberg,[2]) Uexküll[3]) usw. hätten stets die boshaftesten Berichte über Österreich erstattet. Der Kaiser Franz Joseph würde dem Prinzen Alexander,

[1]) Abgeordneter des Departements Oise, der mit der Mittelpartei der neugewählten französischen Kammer die Notwendigkeit verantwortlicher Minister und erweiterter parlamentarischer Rechte aussprach.

[2]) Botschafter.

[3]) Botschaftsrat.

dem er sich ehrerbietig empfehle, sehr verbunden sein, wenn derselbe in seiner Korrespondenz mit dem Kaiser Alexander das Wünschenswerte der Ernennung eines Gesandten in freundschaftlichem Sinne hervorheben wollte. Er, Beust, werde von Baden aus nach Ouchy gehen und dort den Fürsten Gortschakow aufsuchen. Er wisse wohl, daß dieser Besuch die Gesinnung des Fürsten im ganzen nicht ändern werde. Aber vielleicht könne derselbe doch auf die Ernennung des russischen Gesandten in Wien einen günstigen Einfluß üben. Der Umstand, daß Italien durch Österreichs Einfluß von Preußen losgemacht worden sei, habe den Grafen Bismarck besonders erbittert. Er, Beust, lege natürlich Wert darauf, daß die kleinlichen Häckeleien mit Preußen und Rußland, die seine Zeit absorbierten und im Gange des großen Werkes störend wirkten, ein Ende nähmen. In der Politik im großen und ganzen ändere das allerdings nichts. Lord Loftus habe ihm proponiert, Österreich möge Preußen in Deutschland freie Hand lassen, wofür Preußen die österreichische Aktion in der orientalischen Frage nicht hindern wolle. Er habe Loftus geantwortet, die orientalische Frage sei etwas sehr Nebelhaftes, die deutsche Frage dagegen für Österreich höchst real und greifbar. Der proponierte Tausch würde sonach ein sehr ungleicher sein. Die plötzliche schroffe Haltung der Türkei, Ägypten und Rumänien gegenüber lasse sich nur aus englischen Hetzereien erklären. Österreich habe seinerzeit darauf hingewirkt, die türkische Herrschaft in Kreta wieder herzustellen und zugleich die Türkei zu einigen und vernünftigen Zugeständnissen, ihren kretischen Untertanen gegenüber zu bewegen, um dort die Ruhe zu erhalten. Aber nun scheine es, daß der Türkei der Kamm geschwollen sei und er finde es angezeigt, dieselbe durch einen gemeinsamen Druck fühlen zu lassen, daß sie ein wenig unter europäischer Vormundschaft stehe. Man sei in Konstantinopel soweit gegangen, zu verlangen, daß Rumänien keine selbständige internationale Vertretung mehr unterhalten solle. Dies sei einfach lächerlich. Österreich könne nie zugeben, daß seine Verhandlungen mit Rumänien, einem angrenzenden Lande, mit welchem es in den vielfachsten verschiedenartigsten Beziehungen stehe, ihren Umweg über Konstantinopel nehmen müßten. Bei dem jüngsten Besuch des Fürsten Karl[1]) in Wien habe der türkische Botschafter sofort Einsprache gegen einen Empfang des Fürsten als Souveräns erhoben. Er habe demselben geantwortet, daß der Kaiser den Fürsten lediglich als Prinzen von Hohenzollern empfange. Es sei sonach der preußische Gesandte mit dem Onkel Pepoli,[2]) aber, wie Beust mit lautem Lachen hinzufügte, nicht auch der türkische Botschafter mit dem Fürsten zur kaiserlichen Tafel gezogen worden. Beust sprach mir von seiner letzten Unterhaltung mit dem Minister v. Varnbüler. Der letztere berechne stets die Zahl der Truppen, welche Frankreich und Preußen seiner Ansicht nach ins Feld stellen könnten und richte danach seine Haltung. Varnbüler behaupte nun, Frankreich könne nur 300 000 Mann

[1]) 1839—1914, seit 1866 Fürst, seit 1881 König von Rumänien.

[2]) Gioachino Napoleone Marchese Pepoli, 1825—1881, Gemahl der Prinzessin Friederike von Hohenzollern-Sigmaringen, 1868—1870 italienischer Gesandter in Wien.

und Preußen das Doppelte auf die Beine bringen. Varnbüler, sonst ein gescheiter Kerl, werde aber von der Irrigkeit seiner Berechnungen überzeugt werden, wenn Preußen Miene machen sollte, die Mainlinie zu überschreiten. Ich resümierte, Frankreich werde zu den Waffen greifen, Österreich werde zunächst eine beobachtende Stellung einnehmen und zugleich den Süden Deutschlands in Schach halten, schließlich aber als Schiedsrichter auftreten und damit seine verlorene Stellung in Deutschland wieder gewinnen. Beust gab dies stillschweigend zu. Er bat mich schließlich, nachdem ich ihm die mir aufgetragenen Grüße Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs ausgerichtet hatte, dem Großherzog seinen Respekt zu vermelden und für die feste Stellung, welche derselbe am Maine bewahre, die Anerkennung Österreichs und den Dank des Kaisers auszudrücken. Wir sprachen dann noch von den Fehlern, die Preußen im Jahre 1866 bei Benutzung seiner militärischen Erfolge in staatsmännischer Beziehung gemacht habe. Ich erzählte Beust von dem im Jahre 1867 gemachten verunglückten Versuch des Kronprinzen von Preußen und des Grafen Bismarck, Hessen zum Beitritt in den Nordbund auch mit seinen südlichen Provinzen zu veranlassen. Graf Beust und Herr und Frau v. Pfusterschmidt waren bei der Königin von Preußen zur Tafel. Beust erzählte mir nachher, daß die Königin ihn eine halbe Stunde vor der Tafel sehr artig empfangen, aber kein Wort von Politik, weder vorher noch nachher, mit ihm gesprochen habe.

Die Königin von Preußen war[1]) in der Soiree anwesend, sie kam aber nicht bis in das Zimmer, in dem ich mit Gräfin Flemming saß. Dagegen sprach der Herzog von Cambridge, nachdem mich Gräfin Flemming losgelassen hatte, lange und freundlich mit mir. Er beklagte eingehend auf eine von mir gemachte Bemerkung, daß der König von Preußen nach dem Erfolge von Sadowa sich nicht in Frankfurt die deutsche Kaiserkrone aufgesetzt und ein Parlament zusammenberufen habe, um eine deutsche Verfassung zu schaffen, statt eine Anzahl seiner Mitfürsten zu vertreiben und Provinzen zu annektieren, die Preußen feindlich gesinnt seien und es täglich mehr würden. Der Herzog drückte mir beim Weggehen herzlich die Hand.

17. September.

Morgens 10 Uhr fuhr ich nach der Villa Merk, um von Beust Abschied zu nehmen, der mittags nach der Ruprechtsau reisen wollte, um dort einen Tag zuzubringen und dann sich in die Schweiz nach Ouchy zu begeben. Ich blieb eine Viertelstunde bei Beust, der nochmals seine Bitte in Erinnerung brachte, der Prinz Alexander möge wegen der Person des nach Wien zu ernennenden russischen Gesandten an seinen Herrn Schwager und seine Schwester schreiben. Er erzählte mir auch mit einer gewissen Bitterkeit, er habe im Jahr 1866 zur Zeit seiner größten Verlegenheiten an den Gesandten v. Savigny, mit dem er früher in den freundschaftlichsten Verhältnissen gelebt, geschrieben, aber lange keine Antwort erhalten. Sowie aber seine Ernennung zum öster-

[1]) am Abend.

reichischen Minister des Äußern bekanntgeworden, sei die rückständige Antwort sehr rasch eingetroffen. Da Beust seine alten Späße nicht lassen kann, erzählte er mir noch, bei der bekannten frostigen Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser Franz Joseph in Ems sei der Großherzog von Baden wie eine irre Seele auf und ab gebummelt und habe kalten Tee servieren lassen. Er, Beust, habe dem Kaiser zugerufen: „Dieser Tee ist matt wie deine Seele, Louise," worüber der Kaiser sehr gelacht habe.

20. September.

Ich hatte morgens 12 Uhr den Besuch des Grafen Astorg, welcher von meinen Unterhaltungen mit dem Grafen Beust in Baden-Baden hören wollte. Ich sagte ihm, Beust habe mir erklärt, Österreichs bester und zuverlässigster Alliierter sei Frankreich, welches er unter keinen Umständen aufgebe.

21. September.

Morgens 11 Uhr fuhr ich zur Audienz bei dem Großherzoge. Ich referierte demselben über meine Entrevue mit dem Grafen Beust, indem ich ihm die Aufzeichnungen aus meinem Tagebuche vorlas. Wir sprachen dann noch über die dermalige politische Lage. Der Großherzog sagte, es scheine ihm, als ob man in Preußen dahin arbeite, den Prinzen Ludwig von seiner Stellung als hessischer Divisionär zu verdrängen und den General v. Wittich[1]) an die Stelle zu bringen, etwa so, wie in Baden der General v. Beyer das Kriegsministerium und das Divisionskommando vereinige.

Der Großherzog erzählte mir noch, daß nächstens das Theater sein fünfzigjähriges Bestehen feiere und daß an dem Jubeltag die Vestalin gegeben werden solle. Er sagte, diese herrliche Oper sei eigentlich nicht von Spontini,[2]) sondern von einem jungen Menschen, der die Partitur Spontini anvertraut habe und dann plötzlich gestorben sei. Napoleon I. habe dies Spontini in einer Audienz, der die Großherzogin Stephanie beigewohnt, geradezu ins Gesicht gesagt und Spontini sei genötigt gewesen, die Wahrheit dieser Bemerkung zuzugestehen. Man habe die Sache in Spontinis Interesse am französischen Hofe damals als Geheimnis behandelt. Aber die Großherzogin Stephanie habe den Vorfall, der sich in ihrer Gegenwart zugetragen, ihm, dem Großherzoge, später ausführlich erzählt.

26. September.

Um 11½ Uhr fuhr ich nach Frankfurt. Ich hatte meinen Bedienten Heinrich um 8 Uhr 10 Minuten vorausgeschickt und durch ihn einen Wagen an den Frankfurter Main-Neckar-Bahnhof bestellt, der mich in einer Stunde nach Rumpenheim brachte. Ich ließ mich dort bei der Herzogin von Cambridge

---

[1]) Friedrich Wilhelm Ludwig v. Wittich, preußischer Generalmajor, zur Dienstleistung nach Darmstadt kommandiert, Führer der 2. Infanteriebrigade.

[2]) Gasparo Spontini, 1774—1851.

anmelden, welche mich vorher durch die Hofdame der Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz Dl. v. Molière auf meine Anfrage hatte benachrichtigen lassen, daß sie Sonntags und Mittwochs zu Hause sei.

Die Herzogin, die sehr wenig preußisch gesinnt ist, erzählte mir, daß der jetzige König Wilhelm von Preußen als Kronprinz im Jahre 1848 ohne Hut über die Felder geflohen und in sehr pitoyablem Zustande nach England gekommen sei. Sie, die Herzogin, habe ihn dort aufzuheitern gesucht. Sie habe ihn selbst mit ihren Ponys im Hydepark spazieren gefahren. Sie bedauere jetzt, daß sie bei dieser Gelegenheit nicht den Wagen umgeworfen habe. Die Herzogin sprach mit großer Anerkennung von meinem Großherzoge und nannte ihn einen echt fürstlichen Herrn, für dessen langes Leben sie jeden Abend bete. Ebenso lobte sie den Prinzen und die Prinzessin Carl. Sie trug mir an alle drei die angelegentlichsten Empfehlungen auf. Den Prinzen Ludwig nannte sie dumm, und von der Prinzessin Alice sprach sie ironisch. Sie erzählte mir, daß die letztere mit ihrer Schwester, der Kronprinzessin von Preußen, eine Reise nach Konstantinopel machen werde und ebenso werde Prinz Ludwig mit dem Kronprinzen von Preußen dahin gehen. Der Prinz von Wales habe ihr dies als neueste Neuigkeit gestern erzählt. Ich möge nur recht viel Geld zu diesen fürstlichen Reisen geben. Wir sprachen dann noch vielfach Politik. Sie meinte, die Krankheit des Kaisers Napoleon sei lange nicht so gefährlich gewesen, als man sie habe machen wollen. Ich sprach von den Vorschlägen des Lord Loftus, daß Österreich Süddeutschland an Preußen überlassen möge. Die Herzogin meinte, das seien bloß persönliche Ansichten des Lord Loftus, der stockpreußisch gesinnt sei. Die Herzogin sprach mir auch von Baron Hügel und lobte ihn. Sie wollte wissen, was die im laufenden Monate unternommene Reise Beusts bedeutet habe. Ich antwortete, sie habe die Herstellung besserer äußerer Verhältnisse zu Rußland und vielleicht auch zu Preußen bezweckt. In der Stellung Österreichs zu Süddeutschland und zu Artikel IV des Prager Friedens sei nichts geändert. Die Herzogin nahm das Benehmen des Kurfürsten im Jahre 1866 insofern in Schutz, als derselbe doch unmöglich habe voraussetzen können, daß ihn die Preußen festnehmen und nach Stettin schleppen würden. Ich erwiderte, daß ich dieses Verfahren vollständig vorausgesehen hätte und daß meiner Ansicht nach der Kurfürst seinen Haus- und Staatsschatz hätte aufpacken und damit nach dem Süden ziehen sollen. Der Kurfürst sei aber so sehr von der Unverletzlichkeit seiner Person überzeugt gewesen, daß er noch in Stettin nicht habe glauben wollen, daß König Wilhelm selbst um seine Gefangennehmung wisse.

Ich sprach vom König von Hannover und zeigte, wie er durch seine Unschlüssigkeit bis zum letzten Moment und selbst noch nach der Schlacht von Langensalza seiner Sache geschadet hat. Die Herzogin wollte anfangs alle Schuld auf den Grafen Platen wälzen, gab mir aber schließlich doch recht.

Vom Kronprinzen von Preußen sprach die Herzogin dünn. Sie meinte, derselbe sei nicht viel besser als sein Vater. Er habe den Wunsch geäußert,

Bismarck möge alles noch vor seiner Thronbesteigung fertig machen. Das heiße, das Böse wünschen, aber ein zu zartes Gewissen haben, um es selbst zu tun.

16. Oktober.

Ich sprach mit Herrn v. Wentzel von der Ursache, die mich abgehalten hatte, bei meinem letzten Aufenthalte in Baden-Baden mich bei der Königin von Preußen einzuschreiben. Es sei dies der Wunsch gewesen, mich nicht gleichzeitig mit dem Grafen Beust anzumelden und dadurch den Schein auf mich zu laden, als ob ich gemeinsam mit letzterem hohe Politik treiben wolle.

Ruprechtsau, 18. Oktober.

Fürst Metternich erzählte mir, der Kronprinz von Preußen sei im ganzen in Wien kühl empfangen worden, wenn man auch nichts in den äußeren Formen der Höflichkeit vernachlässigt habe. Der Kaiser Franz Joseph vermöge noch immer seine Empfindungen aus dem Jahre 1866 nicht zu unterdrücken.

20. Oktober.

Fürst Metternich sagte, daß er es nicht ehrenhaft finde, wenn jemand, der ein politisches Geheimnis früher als andere, namentlich durch seine amtliche Stellung erfahre, dies zum Gewinn im Börsenspiel ausbeute. Er habe im Jahre 1866 abends, als gerade eine kleine Gesellschaft bei ihm versammelt gewesen, ein Telegramm von Wien erhalten, durch welches er angewiesen worden sei, dem Kaiser Napoleon die Abtretung Venetiens anzukündigen. Er sei sofort in die Tuilerien gefahren und habe dort von 10 Uhr bis 1 Uhr nachts mit dem Kaiser konferiert, welcher letztere eigenhändig einen Artikel für die nächste Nummer des „Moniteur" mit der wichtigen Nachricht entworfen habe. Am folgenden Morgen sei ein gewisser Jemand mit sehr verdrießlichem Gesichte zu ihm gekommen und habe ihn gefragt, um welche Stunde er das fragliche Telegramm erhalten habe. Auf seine Antwort, daß das Abends $8^1/_2$ Uhr geschehen sei, habe ihm der andere lebhafte Vorwürfe gemacht, weil er, Metternich, diese Gelegenheit versäumt habe, zusammen mit ihm an der Abendbörse des verflossenen Tages Millionen zu gewinnen.

24. Oktober.

Die Fürstin Metternich sagte mir die schmeichelhaftesten Dinge von ihrer Freundschaft für mich, mit der sie meine Gesinnungen erwidere. Sie wisse, wie ich überall gut von ihr gesprochen habe. Ich küßte ihr dafür die Hand. Wir sprachen dann Politik und von der Schwäche und Erbärmlichkeit der Menschen, die dem Erfolge huldigten. Die Fürstin sagte mir, wie sehr die Festigkeit meiner Grundsätze mir die allgemeine Achtung verschafft habe. Dieser Festigkeit verdankte ich eine europäische Stellung. Ich lehnte natürlich diese Konsequenz bescheidentlich ab. Die Fürstin Metternich teilte mir im weiteren Laufe der Unterhaltung mit, in Wien seien einzelne Menschen so verrückt ge-

wesen, zu verlangen, der Kaiser solle den Kronprinzen von Preußen nach Wien kommen lassen, ihm auf der Treppe der Burg entgegengehen und ihm dann plötzlich den Rücken drehen. Eine solche Beleidigung, sagte die Fürstin, würde natürlich einer Kriegserklärung gleichgekommen sein.

25. Oktober.

Um $9^1/_2$ Uhr kam General Ducrot und blieb eine Stunde. Vor seinem Weggehen sprach ich vertraulich mit ihm. Er sagte mir, er habe dem Kaiser Napoleon den Inhalt unserer letzten Unterhaltung in einem Memoire mitgeteilt. Der Kaiser habe geantwortet, daß er meine Ansichten würdige und schätze. Im verflossenen Frühjahr habe der Kaiser ihn, Ducrot, in den Tuilerien empfangen und ihm gesagt, daß er entschlossen sei, sofort Krieg mit Preußen anzufangen. Aber fünf Tage später habe ihm General Frossard, der Gouverneur des Prince Impérial, mitgeteilt, die Nachrichten aus Wien seien von der Art, daß der Kaiser sich entschlossen habe, bis zum Jahre 1870 zu warten.

26. Oktober.

Ich sprach dem Fürsten Metternich von meiner gestrigen Unterhaltung mit dem General Ducrot. Er bezweifelte entschieden die Richtigkeit der Angaben des Generals.

27. Oktober.

Fürst Metternich teilte mir ausführlich seine Ansichten über die Zukunft Österreichs mit. Er meinte, die Delegationen würden demnächst die so wünschenswerte Reichseinheit herbeiführen. Er habe dies dem Kaiser gesagt, der ihm lächelnd erwidert habe, er gehe ein bißchen eilig zu Werke. Der Fürst bemerkte weiter, Graf Beust sei dermalen eine von allen Parteien als unentbehrlich anerkannte Notwendigkeit. Selbst seine politischen Gegner glaubten, ihn für den Augenblick nicht missen zu können. Den Tschechen müsse man etwas nachgeben, aber nur soweit, als dies ohne Verletzung der Verfassung geschehen könne. Man werde etwa in Böhmen das Amt eines Oberstburggrafen wieder herstellen.

Darmstadt, 30. Oktober.

Der Großherzog rühmte sich, daß er ganz der Mann sei, um dem Vordringen der Preußen über den Main einen Damm entgegenzusetzen, fügte aber bald darauf hinzu, daß er im nächsten Jahre dem König Wilhelm von Preußen in Berlin einen Besuch abzustatten gedenke.

10. November.

Um $11^1/_2$ Uhr kam der Bischof v. Ketteler aus Mainz, der soeben bei dem Großherzoge Audienz gehabt hatte, um auch von mir, vor seiner Abreise nach Rom zum Konzil, Abschied zu nehmen. Wir sprachen Politik. Er sagte, bei allem Widerwillen, den er gegen Preußen und dessen Verfahren

im Jahre 1866 empfände, sehe er doch kein anderes Heil für Deutschland, als in einem Anschlusse an Preußen. Nicht äußere Schwierigkeiten, sondern innere Hindernisse seien es, welche Österreichs Wiedereintritt in einen Deutschen Bund unmöglich machten. Die Madjaren, die Polen, die Tschechen gäben einen festen Anschluß Österreichs an Deutschland nie zu. Man müsse also Österreich bei ferneren Kombinationen über Deutschlands Zukunft außer Berechnung lassen. Ich entgegnete, daß kriegerische Ereignisse diese allerdings dermalen vorhandenen tatsächlichen Verhältnisse ändern könnten und daß man deshalb mit jedem Schritte zur definitiven Organisation Deutschlands warten müsse, wenigstens bis die österreichische Armee reorganisiert sei. Der Bischof äußerte sich über die neuesten österreichischen Schulgesetze sehr tadelnd und machte dem Grafen Beust, den er nicht hoch zu stellen scheint, daraus einen Vorwurf.

30. November.

Um 11 Uhr hatte ich den Besuch des soeben aus St. Petersburg zurückgekehrten österreichischen Gesandten Baron Bruck. Wir sprachen eine halbe Stunde lang Politik. Ich sagte wiederholt, daß Österreich sich nie erholen werde, bevor es nicht seine durch zwei unglückliche Feldzüge beeinträchtigte Waffenehre wieder hergestellt habe. Bruck sagte mir, die Lage Beusts sei eine ungemein schwierige geworden. Von Metternich behauptete er, derselbe sei mehr als je in Indolenz versunken.

28. Dezember.

Herr Sonnemann[1]) empfahl mir wiederholt Einführung des allgemeinen Stimmrechts im Großherzogtum. Ich bemerkte ihm, daß dieses allgemeine Stimmrecht in Hessen bereits existiere, nur mit der Modifikation, daß im ersten Wahlgrade Wahlmänner und erst von diesen der Deputierte ernannt werde. Wolle man den Deputierten unmittelbar von der Masse ernennen lassen, so führe dies ganz sicher zu einem Siege der Nationalliberalen, und das müsse man um jeden Preis vermeiden.

---

[1]) Leopold Sonnemann, jüdischer Journalist, gründete 1856 die „Frankfurter Zeitung", war 1870—1876 und 1878—1884 Mitglied des Reichstags.

Anlage 1869.

1.

Gagern an Dalwigk.[1])

Baden bei Wien, den 6. Juni.

Auch der Metzsche Antrag auf Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund reizt mich nicht zur Beteiligung an der desfallsigen Diskussion unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Der Norddeutsche Bund hat seine Anziehungskraft vorerst verloren, und seitdem mein Kollege Hofmann in Berlin im Namen der Großherzoglichen Regierung bedeutsame Worte unter den Augen des Gegners gesprochen hat, würde ich es für ein Zuviel und meiner bei diesem Anlaß nicht würdig halten, aus meinem Winkel auf denselben Klotz loszuhämmern. Es würde dies der Großherzoglichen Regierung, der ich doch auch nahestehe, ungeachtet der Unabhängigkeit meines ständischen Berufs, wahrscheinlich unangenehm sein.

Unter den wenigen Menschen, mit denen ich während meines Aufenthalts hier in Baden verkehrt habe, war Schmerling. Wir haben manche Phase der Vergangenheit zusammen durchgesprochen, was er von dem Beustschen System denke? Seine Kritik desselben läßt sich dahin zusammenfassen: Beust hätte nicht mit Belcredi in das Ministerium treten dürfen; indem er einen Teil der Belcredischen ministeriellen Verlassenschaft antrat, ist er induziert worden, zum Zweck des Ausgleichs mit Ungarn zu rasch Konzessionen zu machen, die vielleicht hätten vermieden werden können. Jedenfalls, so meint Schmerling, habe Beust mit Ungarn nicht abschließen dürfen, bevor der zisleithanische Reichsrat gehört war, während statt dessen demselben ein fait accompli des Ausgleichs fast gewaltsam aufgedrängt worden sei. Der Ausgleich mit Ungarn sei ein für Zisleithanien und für den einheitlichen Bestand der Monarchie zu ungünstiger, und der popularitätssüchtige Reichskriegsminister Kuhn tue überdem noch in der Ausführung des Wehrgesetzes das mögliche, um auch die Einheit des Heeres, die doch habe gerettet werden wollen, vollends zu vernichten.

[1]) D.-A. Vgl. Tagebuch vom 10. Juni.

Tagebuch 1870.

5. Januar.

Morgens hindurch bis zum Diner schrieb ich einen langen Brief an Gagern nach Wien. Derselbe hatte mir mitgeteilt, Bruck habe berichtet, daß man in Darmstadt in den österreichfreundlichen Kreisen derjenigen Partei im österreichischen Ministerium bei der bevorstehenden Ministerkrisis[1]) den Sieg wünsche, welche die Reichseinheit erhalten wolle. Darüber sei Beust sehr aufgebracht und habe Bruck einen Verweis gegeben, weil er die Idee des Föderalismus, welche diejenige Beusts sei,[2]) solchen Äußerungen gegenüber nicht besser vertreten habe. Ich antwortete Gagern, daß ich wenigstens mich bei Bruck in keinem der Ansicht Beusts entgegengesetzten Sinne ausgesprochen hätte. Zugleich nahm ich die Partei Brucks, und bemerkte, daß ich denselben für einen treuen Anhänger Beusts und seines Systems halte.

7. Januar.

Um 2¼ Uhr empfing ich den Grafen Astorg, welchem ich die in der „Mainzeitung" abgedruckte Korrespondenz des Herrn Adalbert v. Rabenau mit dem jetzigen französischen Minister, Herrn Ollivier,[3]) mitgeteilt hatte. Graf Astorg wünschte von mir zu wissen, inwieweit die Urteile des Herrn Ollivier über die Stimmung in Deutschland richtig seien. Ich erklärte ihm motiviert, daß Herr Ollivier, statt selbst zu beobachten, durch die gefärbte Brille von ein paar Nationalliberalen gesehen habe.

9. Januar.

Um 1 Uhr kam Graf Astorg und las mir einen Bericht vor, welchen er wegen der in der „Mainzeitung" veröffentlichten Korrespondenz des Ministers Ollivier mit dem Herrn v. Rabenau auf Friedelhausen an seine Regierung erstatten will und worin er sagt, daß die Großherzoglich Hessische Regierung die Ansichten dieser beiden Herren über deutsche Zustände nicht teile.

19. Januar.

Graf Larochefoucauld erzählte mir, daß von dem Duc de Gramont, der sich bei Gagern in Wien gerühmt habe, im Jahre 1866 seinem Kaiser die energischsten Ratschläge gegeben zu haben, damals eine ganz andere Sprache

---

[1]) Vgl. dazu: Wertheimer, Graf Julius Andrássy I, S. 532 ff.
[2]) Ebendort S. 536.
[3]) Bildete am 2. Januar 1870 ein konstitutionelles Ministerium.

geführt worden sei. Gramont sei ein Prahler, auf dessen Phrasen man nicht allzuviel Gewicht legen dürfe. Tatsache sei, daß Drouin de Lhuys im Jahre 1866, nach der Schlacht von Sadowa, verlangt habe, man solle die Armee zusammenziehen und mindestens sofort das damals noch vereinigte Camp de Chalons an die Grenze schicken. Der Kaiser habe den Marschall Randon[1]) kommen lassen, und dieser habe erklärt, er brauche mindestens drei Wochen, um 200000 Mann auf die Beine zu bringen. Nach dieser Erklärung des Kriegsministers habe der Kaiser es nicht wagen wollen, Preußen militärisch zu bedrohen, Drouin de Lhuys habe seine Entlassung genommen und der Einfluß Lavalettes sei für den Augenblick maßgebend geworden.

10. Februar.

Major v. Küchler sagte mir, daß der Großherzog den Obersten Dornseiff heute früh bei dessen Anmeldung nicht empfangen habe. Er, Küchler, habe den Auftrag, mit Dornseiff wegen dessen Weigerung, die fraglichen Rechnungsbelege herauszugeben und dessen eventuellen Gesuchs um Entbindung von den Funktionen eines Vorstandes des Kriegsministeriums vorerst zu reden. Ich bemerkte dem Major Küchler, daß die Sendung der fraglichen Rechnungsbelege nach Berlin äußerst dringend sei, weil der Bundeskanzler für die Nichteinsendung in kürzester Frist Bundesexekution angedroht habe. Die Mitglieder der Zivilministerien hätten dem Obersten Dornseiff angeboten, für diesen Fall die ganze Verantwortlichkeit den Ständen gegenüber mit ihm zu teilen. Aber alles sei vergeblich gewesen. Der Mann beharre auf seiner Weigerung, und ich glaubte, daß der Großherzog recht habe, wenn er unterstelle, daß Dornseiff lediglich nach einem Vorwande suche, um die unangenehme Leitung des Kriegsministeriums loszuwerden. Für den Notfall schlüge ich dem Großherzog vor, den Obersten Dornseiff temporär zu beurlauben und die Leitung des Kriegsministeriums einstweilen dem Major v. Herget[2]) anzuvertrauen, welcher der Herausgabe der fraglichen Rechnungsbelege nicht prinzipiell abgeneigt sei.

12. Februar.

Oberst Dornseiff war von dem Großherzoge, meinem Rat entsprechend, auf drei Monate beurlaubt und Major v. Herget mit der Führung des Kriegsministeriums interimistisch betraut worden. Oberst Dornseiff bemerkte mir, daß nunmehr die Herausgabe der Belege zu den Militärrechnungen nach Berlin keinem Anstande unterliege. Ich gab den Herren die Versicherung, daß ihre übrigen Beschwerden, welche sie dem Großherzoge vorgetragen hätten, von meiner Seite nach Kräften unterstützt werden würden.

[1]) Jacques Louis César Alexandre Graf v. Randon, Marschall von Frankreich, 1795—1871, machte den Feldzug 1812—1814 mit, war 1851 Kriegsminister, dann Generalgouverneur von Algerien, 1859—1867 zum zweitenmal Kriegsminister.

[2]) Karl v. Herget, Major à la suite der Artillerie und Chef der 1. Abteilung des Kriegsministeriums.

17. Februar.

Besuch des französischen Oberstleutnants Schenck vom Generalstabe, mit dem ich mich auf dem gestrigen Hofballe längere Zeit unterhalten hatte. Derselbe erzählte mir, der preußische General v. Wittich habe unsere Unterhaltung fortwährend beobachtet und da er nichts habe verstehen können, nachher den Major v. Ricou zu ihm, Schenck, geschickt, um ihn auszufragen, was er mit mir gesprochen habe. Er, Schenck, habe dem Major v. Ricou einfach erwidert, daß ich ihn nach dem Verlauf und der Bedeutung der Pariser Emeuten gefragt hätte. — Wir sprachen dann ferner von der Haltung Frankreichs den preußischen Übergriffen gegenüber. Ich drückte, im Interesse der Dynastie des Kaisers Napoleon und von seinem Standpunkt aus, mein Bedauern darüber aus, daß der Kaiser, statt im Jahre 1866 eine Armee an den Rhein zu senden, es vorgezogen habe, liberale Konzessionen zu machen, um der öffentlichen Meinung zu genügen. Damit sei nichts erreicht als ein fortwährendes Unterwühlen der Autorität der Regierung. Das parlamentarische System berge, bei dem Charakter, der Energie und dem Verstand der französischen Nation, größere Gefahren in sich als alle Straßenemeuten. Schenck rühmte die Vorzüglichkeit der französischen Armee. Ich erwiderte, daß ich nicht an ihrer Überlegenheit in einem Kriege mit Preußen zweifle, daß aber derjenige, welcher in einem Kriege die Initiative ergreifen und einen ihm günstigen Moment abwarten könne, einen großen Vorteil voraus habe. Preußen werde, wenigstens zu seinen Eroberungen in Deutschland, den Augenblick wählen, in welchem die französische Armee durch innere Unruhen beschäftigt sei. Darauf könne es der Kaiser Napoleon nicht ankommen lassen. Oberstleutnant Schenck sagte mir, daß er noch am nämlichen Tage über Straßburg nach Paris zurückreise, und ich trug ihm Grüße an den General Ducrot auf, von welchem er mir Empfehlungen überbracht hatte.

18. Februar.

Um 4 Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel und brachte mehrere Gegenstände in Erinnerung. Er sprach mit mir bei diesem Anlasse über die Beurlaubung des Obersten Dornseiff und deren Veranlassung. Er meinte, die Ernennung Dornseiffs zum Direktor des Kriegsministeriums sei keine glückliche gewesen. Ich gab ihm darin vollkommen recht, setzte aber hinzu, daß das von Berlin aus geäußerte Verlangen nach Entfernung des Generalleutnants v. Grolmann von der Stelle des Kriegsministers ebenfalls ein sehr bedauerliches gewesen sei und lediglich auf einer mit Umgehung der Behörden geführten Korrespondenz des Prinzen Ludwig, der persönlichen Antipathien habe Luft machen wollen, mit dem Könige oder Kronprinzen beruht habe. Das preußische Kriegsministerium und der Armeekorpskommandant v. Plonski hätten der Geschäftsführung des Generals v. Grolmann alle Anerkennung gezollt.

21. Februar.

Morgens 11 Uhr besuchte mich der preußische General v. Wittich. Er bezweckte hauptsächlich, mir zu beweisen, daß die von ihm einseitig verfügte Zurückziehung der Arresthauswache in Darmstadt unerläßlich gewesen sei. Er sagte, die Garnison reiche in ihrer dermaligen Stärke für die vielen Wachedienste kaum aus. Er behauptete auch, daß bei solchen Wachediensten die Disziplin der Soldaten notleide. General v. Wittich beschwerte sich darüber, daß die Mitglieder des Kriegsministeriums in der Zweiten Kammer die von dem Divisionskommando beschlossene Maßregel so gut wie gar nicht verteidigt hätten. Er meinte, Oberst Dornseiff hätte zu ihm kommen und sich über die Gründe der Einziehung der Wache vom Arresthause instruieren sollen. General v. Wittich klagte nun über das hochfahrende, abstoßende Benehmen des Obersten Dornseiff. Er bemerkte, es scheine ihm notwendig, die Führung der Division und des Kriegsministeriums in einer Hand zu vereinigen. Am besten würde es sein, das Kriegsministerium ganz aufzuheben und die Führung der militärischen Angelegenheiten, soweit dieselben dermalen dem Kriegsministerium oblägen, von Berlin aus besorgen zu lassen. Zur Vertretung der einzelnen Maßnahmen vor den Ständen genüge dann ein besonders zu bestellender Kommissär. Ich erwiderte dem Herrn v. Wittich, daß dies gleichbedeutend sei mit einem vollkommenen Aufgeben der Militärhoheit, und dazu würde weder der Großherzog seine Zustimmung geben, noch die Ständeversammlung, welche dann kein Mittel mehr habe, die Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums zur Geltung zu bringen.

26. Februar.

Um 12 Uhr empfing ich den Gesandten v. Gagern, der tags zuvor von Wien gekommen war. Gagern sagte mir, daß die österreichische Armee nach der Versicherung des Kriegsministers Baron Kuhn vollkommen reorganisiert sei. Nur mangele es an Offizieren, da die Angehörigen des österreichischen Adels sich vielfach zurückgezogen hätten und auch die Ausländer nur noch spärlich Dienste im österreichischen Heere suchten. Die Landwehr sei aber viel stärker ausgefallen, als man es bei der Entstehung dieser neuen Einrichtung erwartet habe. Gagern sprach entschieden die Ansicht aus, daß nur ein glücklicher Krieg Österreich vor dem Zerfall retten, wenigstens die dermaligen schlechten Verhältnisse bessern könne. Auf Ungarn sei wenig Verlaß. Die Ungarn dächten nur an sich, nicht an die Monarchie im ganzen.

7. März.

Morgens 11½ Uhr hatte ich den Besuch des Prinzen Alexander. Derselbe blieb über eine Stunde. Zunächst sagte er mir, der Landgraf Friedrich von Hessen sei durch seine Verhältnisse genötigt, sich wegen der demnächstigen Herausgabe des Vermögens seines Hauses mit Preußen zu verständigen.

Preußen mache die Bedingung, daß der Landgraf auf seine Sukzessionsrechte in Kurhessen förmlich verzichte. Nun wünsche aber derselbe, daß für den Fall des Ablebens des Kurfürsten der Löwenorden als eine ehrende Erinnerung an sein Haus nicht verschwinde und noch weniger in preußische Hände übergehe. Der Landgraf habe sich deshalb mit dem Großherzog dahin verständigt, daß eintretendenfalles der Großherzog den Löwenorden fernerweit in die Zahl seiner Orden aufnehme und verleihe. Der Großherzog beauftrage mich, eine desfallsige Urkunde ganz geheim zu entwerfen und zur Unterzeichnung durch die beiden hohen Kontrahenten vorzulegen.

9. März.

Um 2 Uhr besuchte mich Baron Bruck, welcher den Abend zuvor von St. Petersburg zurückgekehrt war. Er sprach mir dann vom französischen Botschafter General Fleury.[1]) Er sagte, Fleury sei beauftragt gewesen, die europäische Entwaffnungsfrage in Petersburg anzuregen und Rußland zu bestimmen, zu einem desfallsigen Vorschlage die Initiative zu ergreifen. — General Fleury, dem es an diplomatischen Erfahrungen und Takt mangele, habe aber nicht das mindeste erreicht. Gegen Österreich sei man in Petersburg noch immer feindlich gesinnt. Selbst die bessere Stimmung des Kaisers Alexander vermöge dagegen nichts. Wenn der Kaiser zu irgendeiner gegen Österreich gerichteten Entschließung seine Zustimmung zu geben Bedenken trage, erinnere ihn Fürst Gortschakow daran, que l'Autriche était la cause de la mort de l'Empereur Nicolas, und damit erreiche Gortschakow alles. Man lasse zwar den guten Absichten des Grafen Beust Gerechtigkeit widerfahren, aber man sei neuerdings wieder durch die Berufung des polnischen Publizisten Klaczko in das Wiener Ministerium des Äußern erbittert. Und doch sei es für Rußland besser, wenn Klaczko unter Aufsicht und Leitung des Grafen Beust schreibe, als wenn er seinem Hasse gegen Rußland als unabhängiger Publizist Luft mache.

12. März.

Herr v. Valois erzählte mir, der König von Württemberg sei dermalen überaus antipreußisch. Kürzlich habe sein, Valois', Bruder mit dem Könige gespielt und habe dem letzteren seinen Verlust in preußischen Talern mit dem Brustbilde des Königs von Preußen bezahlen wollen. Der König habe sich aber geweigert, solches Geld anzunehmen. Die Königin Olga habe, infolge der Sinnesänderung ihres Gemahls, wieder mehr Einfluß.

13. März.

Um 9¾ Uhr abends fuhr ich zum Prinzen Alexander. Der Erzherzog Albrecht mit seinem Generaladjutanten Feldmarschalleutnant Baron Piret, der Gesandte Baron Bruck, der Gesandte Baron Gagern, der Staatsrat

[1]) Emil Felix, erster Stallmeister und Generalleutnant.

v. Biegeleben und der Graf v. Erbach-Schönberg[1]) und der diensttuende Kavalier Baron Rotsmann waren da. Die Prinzessin Battenberg und die Prinzessin Marie wohnten dem Souper bei. Ich saß links neben dem Prinzen Alexander. Der Erzherzog war für mich von großer Herzlichkeit. Er kam auf mich zu, als ich in den Salon trat, schüttelte mir beide Hände und sagte mir, indem er mich lieber Freund nannte, wie sehr er sich freue, mich wiederzusehen. Nach Tisch hatte ich eine längere Unterhaltung mit ihm. Er billigte Beusts Ausgleich mit Ungarn und versicherte, die Sache habe sich gar nicht anders machen lassen. Beust habe dieselbe angebahnt vorgefunden. Überhaupt äußerte sich der Erzherzog sehr günstig über Beust, dagegen sehr wegwerfend über das jetzige Bürgerministerium. Er behauptete auch, der Kaiser habe im Jahre 1866 niemand anders zum Oberbefehlshaber der böhmischen Armee machen können als Benedek. Die öffentliche Meinung habe denselben verlangt, und wenn ein Gouvernement schwach sei, wie das damalige in Österreich, müsse es sich dem Drange der öffentlichen Meinung fügen. Der arme Benedek habe wiederholt gebeten, ihn mit dem Oberkommando zu verschonen, weil er sich unfähig fühle. Man habe ihm nicht nachgeben können, und er selbst, der Erzherzog, habe den Kaiser gebeten, Benedek die Führung der Armee in Böhmen anzuvertrauen.

Der Erzherzog sprach von dem traurigen Mangel an Vorbereitungen für den Feldzug von 1866 und von dem Durcheinander in Wien nach dem Verluste der Schlacht von Königgrätz. Er behauptet, daß, wenn er nicht rasch mit der italienischen Armee nach Wien gekommen wäre, die Preußen sicher in die Hauptstadt eingerückt wären. Wir sprachen dann noch von dem traurigen Pessimismus, der teilweise noch in Österreich herrsche und dessen Beseitigung vor allem angestrebt werden müsse. Der Erzherzog wurde warm und sagte, solange man noch einen Finger rühren könne, dürfe man sein Vaterland nicht verloren geben. Er halte fest am Glauben an Österreich, und wenn er damit auch ganz allein und vereinzelt dastehen sollte. Ich betonte die Notwendigkeit eines glücklichen Krieges für Österreich. Er war damit einverstanden, bemerkte aber, daß vorerst die Armee vollständig reorganisiert sein müsse, damit man des Sieges gewiß sei. Auf unsichere Chancen dürfe man es nicht ankommen lassen. Österreich könne eine abermalige Niederlage nicht ertragen. — Vom Kaiser Napoleon sprach der Erzherzog nicht sehr begeistert. Er sagte, Napoleon werde jetzt schon für seine Haltung und seine Sünden gegen Österreich gestraft. Er, der Erzherzog, könne sich, seit er Napoleon kennen gelernt, gar manches in dem Benehmen dieses Mannes erklären. Die eigentliche Tatkraft liege in Persigny, und wo dessen Ratschläge aufhörten, fange Napoleons Unentschlossenheit an. Ich bat den Erzherzog um eine Audienz für den folgenden Morgen, die er mir gewährte.

---

[1]) Gustav Graf Erbach-Schönberg, 1840—1908, Gemahl der Prinzessin Marie Battenberg.

14. März.

Morgens $10^1/_2$ Uhr fuhr ich in Uniform mit dem großen Bande der eisernen Krone in das Schloß zur Audienz bei dem Erzherzog Albrecht von Österreich, der in den sogenannten Zimmern des Landgrafen Christian wohnt. Der Feldmarschalleutnant Baron Piret empfing mich im Vorzimmer. Ich wartete einen Augenblick, weil Baron Bruck bei dem Erzherzog war, dann wurde ich eingeführt und mit großer Herzlichkeit empfangen. Der Erzherzog drückte mir vor und nach der Audienz, sogar während derselben wiederholt die Hand. Er nötigte mich in einen Fauteuil, während er sich selbst auf einen Stuhl setzte, und dann sprachen wir fast eine Stunde lang Politik. Während unserer Unterhaltung ließen sich die Prinzen Carl und Wilhelm melden, wurden aber nicht angenommen. Der Erzherzog versicherte, Graf Bismarck habe sich nach der Schlacht von Königgrätz mit einem schmalen Streifen Landes begnügen wollen, um die Verbindung zwischen den beiden getrennten Teilen der Monarchie herzustellen, aber der Einfluß des Grafen Goltz in Paris, verbunden mit der Ländergier seines Königs habe ihn genötigt, weiterzugehen. Jetzt befinde man sich in Preußen in großer Verlegenheit, man könne nicht vor- noch rückwärts. Der Publizist Frantz zu Berlin habe in seinem vortrefflichen Schriftchen „Die Schattenseiten des Norddeutschen Bundes" diese Lage sehr treffend geschildert. Ich erzählte dem Erzherzog die Äußerung Beusts, daß in Österreich der Schmutz auf der Oberfläche schwimme und daß deshalb das Wasser äußerlich trüb erscheine. In Preußen dagegen ruhe der Schmutz auf dem Grunde, und bei einer starken Bewegung werde das Wasser wirklich trübe. Der Erzherzog wollte näheres über die Lage Hessens wissen. Ich schilderte ihm dieselbe und erzählte ihm die Versuche des Prinzen Ludwig und der Prinzessin Alice, uns ganz in den Norddeutschen Bund zu bringen. Ich sprach auch von der Sinnesänderung der Prinzessin Alice, die noch zu Anfang des Jahres 1866 den Grafen Bismarck Schurken und Verräter genannt habe und jetzt ganz preußisch geworden sei. Der Erzherzog bemerkte, daß die Kronprinzessin von Preußen den Grafen Bismarck noch zur Stunde persönlich hasse und daß Bismarck der Kronprinzessin ganz öffentlich Ungezogenheiten mache. Der Erzherzog sprach dann von Hannover und der bedauerlichen Unentschlossenheit des blinden Königs vor und nach der Schlacht von Langensalza. Wir kamen dadurch auf das Thema der Koburgs und den Verrat des Herzogs nach der Langensalzaer Schlacht. Der Erzherzog bezeichnete die Koburgs als ehrgeizige Menschen, die mit allen Mitteln nach Ausdehnung ihres Einflusses und nach Kronen strebten und auch vielfach ihre Zwecke erreichten. Ärger noch als der Koburgsche Verrat sei der des Großherzogs von Baden und seines Bruders Wilhelm. Ich sagte dem Erzherzog, daß ich einen kriegerischen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen für unvermeidlich hielte und daß für diesen Fall unsere einzige Hoffnung auf Österreich beruhe, welches dabei das entscheidende Wort reden, Preußen demütigen, aber Deutschland auch vor der Abtrennung des linken Rheinufers bewahren

werde. Der Gedanke, daß der Erzherzog, und zwar bald, die siegreichen österreichischen Fahnen nach Deutschland führen und die alte Stellung des Hauses Habsburg in Deutschland erneuern werde, halte uns aufrecht im Kampfe gegen preußische Übergriffe. Der Erzherzog schien meine Hoffnung zu teilen. Er bemerkte nur, man müsse vorerst die volle Reorganisation der Armee abwarten. Ich erwiderte, daß ich damit um so mehr einverstanden sei, als man nicht wissen könne, ob Frankreich bei einem gemeinsamen Kriege gegen Preußen nicht plötzlich Frieden schließe, wenn ihm Preußen das linke Rheinufer als Beute hinwerfe. Im Jahre 1855 bei dem Krimkriege habe England bei seinem Verbündeten Napoleon eine solche Erfahrung machen müssen, und Italien sei nach der Schlacht von Solferino in gleicher Weise behandelt worden. Österreich müsse deshalb imstande sein, nötigenfalls die Wucht eines Krieges mit Preußen allein auf seine Schultern zu nehmen. Der Erzherzog sprach mit großer Erbitterung von den Mitteln, deren sich Preußen zur Erreichung seiner Zwecke bediene. Er sprach von der gewaltsamen Einreihung armer Gefangener in eine Legion, die Preußen im Jahre 1866 gebildet habe, um die Soldaten gegen den zu führen, dem sie den Eid der Treue geleistet hätten.[1]) Der Erzherzog sagte, der preußische Militärbevollmächtigte in Paris verfüge über 100 000 Reichstaler jährlich zu polizeilichen Zwecken. Er, der Erzherzog, habe auf seinen Gütern in Ungarn und Slawonien Bauern, die regelmäßig nach Wien führen und von dort mit bedeutenden Geldsummen zurückkehrten. Die nämlichen Bauern machten in auffallendster Weise Propaganda für Preußen und gegen Österreich. Das alles schade aber wenig, denn der Sinn des österreichischen Volkes sei gut und treu, man müsse den Sinn des Volkes und seine Vaterlandsliebe nur wecken, denn infolge der politischen Zustände von 1848 sei noch eine gewisse Gleichgültigkeit an politischen Dingen vorhanden. Jedenfalls dürfe man Österreich nicht nach den Äußerungen der periodischen Presse beurteilen, die tendenziös färbe und vielfach in den Händen von Juden sei. Der Erzherzog lobte die politische Wochenschrift von Warrens. Ich kam noch einmal auf die Aussichten Hessens zurück für den Fall, daß Prinz Ludwig zur Regierung gelange. Der Erzherzog erwiderte, bis dahin würden Ereignisse eingetreten sein, die dergleichen Befürchtungen überflüssig machten.

Ich beurlaubte mich dann, da der Erzherzog in zwei Stunden nach Wien zurückreist. Er lud mich auf das herzlichste ein, ihn in Wien zu besuchen, aber, setzte er hinzu, in besseren Zeiten, denn in diesem Augenblick würde ein Besuch in Wien gerade für Sie nicht à propos sein. Vom Grafen Beust sprach der Erzherzog wiederholt mit großer Anerkennung. Er sagte, ein ganz Fremder, der die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in Österreich in einem Augenblick der größten Verlegenheiten übernehme, könne wohl einmal in untergeordneten Dingen irren, aber im großen und ganzen habe Beust der

[1]) Die sogenannte Legion Klapka.

Monarchie und dem Kaiser die größten Dienste geleistet. Beust verliere nie den Mut und den klaren Blick.

Um 12 Uhr besuchte mich der Gesandte v. Gagern. Ich bat ihn, wenn er nach Wien zurückkäme, den Grafen Beust von mir zu grüßen und ihm das anerkennende Urteil des Erzherzogs vertraulich mitzuteilen.

Um 5 Uhr kam Baron Thüngen, um mir mitzuteilen, daß Graf Bray bayerischer Minister des Äußern geworden sei. Er meinte, Fürst Hohenlohe wünsche den Gesandtschaftsposten in Wien.

16. März.

Von da[1]) ging ich zum Prinzen Alexander. Wir sprachen vom Erzherzog Albrecht und von den Ostseeprovinzen. Bezüglich der Versuche des Grafen Beust, eine Annäherung zwischen Rußland und Österreich herbeizuführen, bemerkte der Prinz, Beust habe allerdings dem Fürsten Gortschakow eine Revision des Pariser Friedens vorgeschlagen, gleichzeitig habe aber Beust seinen Vorschlag zur Kenntnis der Höfe von London und Paris gelangen lassen, und namentlich die Engländer hätten gegen eine solche Revision so energisch protestiert, daß die Sache sofort unmöglich geworden sei. Vielleicht habe auch Fürst Metternich sich ungeschickt geäußert, ohne daß gerade den Grafen Beust eine Schuld treffe; genug, Rußland sei von dem Beustschen Entgegenkommen wenig befriedigt gewesen.

Der Prinz erzählte mir auch, der Großherzog beabsichtige, im April nach Berlin zu gehen, um den König Wilhelm zu besuchen. Ich antwortete, daß ich diese Absicht kenne und daß ich dem Großherzoge gesagt habe, er möge sich nur in Berlin angenehm machen, ich würde fortfahren, großdeutsch-österreichische Politik zu treiben. Bei diesem Doppelspiel komme jedenfalls der Großherzog nicht zu kurz.

24. März.

Morgens 9¼ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Wir besprachen eine Reihe minder wichtiger Gegenstände, unter anderen die beabsichtigte Reise des Großherzogs nach Berlin. Ich bat den Großherzog, sich dort keine politischen Versprechungen ablocken zu lassen, und er beauftragte mich, mit Herrn v. Wentzel zu reden, damit man in Berlin überhaupt politische Gespräche mit ihm vermeide.

29. März.

Ich begegnete in den Anlagen dem Oberfinanzrat v. Valois, der mich ein Stück Weges begleitete, um die neueste Ministerveränderung in Württemberg mit mir zu besprechen. Er versicherte, daß der abgetretene Kriegsminister v. Wagner in seinem Herzen großdeutsch, dessen Nachfolger Suckow[2]) aber durch und durch preußisch gesinnt sei.

[1]) von Gagern.

[2]) Albert Freiherr v. Suckow, 1823–1893; war bis 1874 im Dienst.

24. April.

Nach 11½ Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander und teilte demselben einen chiffrierten Bericht des Gesandten v. Gagern aus Wien folgenden Inhaltes vertraulich mit:

„Beust wünscht, ich möge vertraulich Ew. Exzellenz vorbereiten, daß er mit einem Ansuchen an Sie kommen werde, dessen zu wählende Form noch nicht bestimmt sei. — Österreich hat zuverlässige Nachricht, daß hinter dem Rücken des Kaisers (von Rußland), unter der Autorität dessen Thronerben, eine panslawistisch-föderale Aktion lebendig am Werk ist, und daß in Österreich und in der Türkei Männer durch diese Aktion kompromittiert sind, von denen man es nicht hätte glauben sollen. Beust werde um die Vermittlung des Prinzen Alexander ansuchen, um den Kaiser mit Vorsicht aufklären zu lassen."

Der Prinz erklärte sich zu einer Vermittlung bereit,[1]) sobald die Depesche Beusts mit den erforderlichen Beweisen ankomme. Der Prinz sagte mir zugleich, leider sei der russische Thronfolger sehr unvorsichtig.

7. Mai.

Ich hatte morgens 11 Uhr Audienz bei dem Großherzoge. Er erzählte mir von seinem Berliner Aufenthalte.[2]) Der König habe ihm gesagt, die österreichische Armee sei dermalen noch in mangelhaftem Zustande. Es fehle derselben an Disziplin. Im Jahre 1866 sei dieselbe schlecht geführt worden, und das sei sein, des Königs, Glück gewesen. Der Prinz Friedrich Carl habe sich in bedrängter Lage befunden. Wäre der Kronprinz später erschienen, als es wirklich der Fall war, so hätte es der Armee schlecht gehen können.

11. Mai.

Um 3¾ Uhr empfing ich den Akzessisten Max v. Gagern. Derselbe sagte mir, daß ein angeheirateter Verwandter seiner Familie, Geheimer Legationsrat v. Keudell[3]) zu Berlin, ihm vorgeschlagen habe, sich einmal vorübergehend im Auswärtigen Amte des Norddeutschen Bundes verwenden zu lassen. Gagern wünschte meine Ansicht zu wissen. Ich empfahl ihm, anzunehmen, aber sich vor allem sicherzustellen, daß Bismarck diese Verwendung genehmige.

10. Juni.

Nachmittags 3½ Uhr besuchte mich Baron Bruck, um mir zu sagen, daß Herr v. Vetsera, sein Nachfolger, heute abend ankomme. Bruck erzählte mir

[1]) Vgl. dazu Anlage 3.

[2]) Vgl. dazu: Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben III, S. 398.

[3]) Robert v. Keudell, 1825—1903; war seit 1863 Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, 1870 Geheimer Legationsrat, 1871 Gesandter in Konstantinopel, 1873—1887 deutscher Botschafter in Rom.

auch von dem Aufenthalte des Prinzen Alexander in Ems, während der Anwesenheit des Königs von Preußen daselbst. Bruck hatte den Prinzen am Tage zuvor in Jugenheim besucht, und dieser hatte ihm vertraulich erzählt, König Wilhelm sei für ihn von großer Liebenswürdigkeit gewesen. Der König habe ihm gesagt: „Wir haben uns seit dem Jahre 1865 nicht gesehen." Darauf habe er, der Prinz, erwidert: „Zwischen damals und jetzt liegen Ereignisse, die es mir unmöglich gemacht haben, vor Ew. Majestät zu erscheinen." Bei diesen Worten sei ihm der König mit Tränen um den Hals gefallen und habe ihn wiederholt geküßt. Bruck erzählte mir endlich, Graf Bismarck, der nie schön gewesen, sei dermalen von einer abschreckenden Häßlichkeit, mager, zusammengefallen, gelblich im Gesichte, so habe ihn Prinz Alexander gefunden.

19. Juni.

Bei unserer Rückkehr vom Felsenmeer bei Jugenheim wurde ein Gouter im Freien eingenommen, bestehend aus Kaffee mit Kuchen, Bier, Pfannkuchen und Butter und Käse. Der Kaiser[1]) saß oben am schmalen Ende des Tisches und hatte die Prinzessin Battenberg rechts und mich links neben sich. Er fing, ganz gegen Erwarten, Politik mit mir zu reden an. Er sprach von den deutschen Zuständen, und ich sagte ihm, daß ich sehr schwarz sähe. Die Ereignisse vom Jahre 1866 hätten der Revolution sehr in die Hände gearbeitet. Der Kaiser sprach dann von Württemberg und fragte mich, wie es dort aussehe. Ich antwortete, daß in keinem deutschen Lande der republikanische Geist mehr Boden gewinne. Der Kaiser sprach von neuen, sehr bedenklichen Volksversammlungen, und ich setzte hinzu, daß in einer solchen der Redakteur des „Beobachter", Karl Mayer, erklärt habe, er würde nicht eher ruhen, als bis der Kopf des Ministers v. Varnbüler zu seinen Füßen liege. Ich erwähnte, daß leider der König von Württemberg für solche Zustände blind sei. Er sei in den Händen einer kleinen Umgebung, die ihm alles in rosigem Lichte erscheinen lasse und ihm das Unangenehme verschweige. Der Kaiser erzählte mir dann, daß der König von Preußen ihm in Ems über den zunehmenden Parlamentarismus geklagt hätte, bei welchem die Souveräne schließlich zu Regierungspräsidenten zusammenschrumpften. Ich erwiderte, der König habe leider nicht immer solche Grundsätze gehabt. Als ich nach dem Attentate von Baden-Baden im Jahre 1861 an diesen Herrn geschickt worden sei, um ihm die Teilnahme des Großherzogs auszusprechen, hätte ich ihm bemerkt, daß dieses Attentat sicher nicht die Folge eines Komplottes gewesen sei. Aber wenn man in der Presse und in Volksversammlungen fortwährend subversive Grundsätze lehren dürfe, sei es kein Wunder, wenn auch einmal ein einzelner Fanatiker solche Lehren ins Praktische übersetze. Der König habe mir darauf in einer bitteren, direkt gegen mich gerichteten Weise erwidert: „Es ist viel besser, dem Volke geben, was ihm gebührt, als ewig Reaktion treiben." Der Kaiser

[1]) Alexander von Rußland.

erwiderte, daß diese Ansichten des Königs sich sehr geändert hätten. Ich fuhr fort: Solange Rußland unter der Führung Seiner Majestät des Kaisers Alexander stark dastehe, sei noch nicht alle Hoffnung verloren. Ich fügte hinzu, welchen Dank auch Hessen vom Jahre 1866 her Seiner Majestät schulde. „Leider," so fiel der Kaiser ein, „habe ich damals nicht erreicht, was ich gewünscht habe. Aber der General v. Manteuffel wird sich erinnern, was ich ihm damals zu hören gab."

23. Juni.

Baron Betsera wünschte zu wissen, ob der Besuch des Grafen Bismarck in Ems bei dem Kaiser von Rußland einen politischen Zweck gehabt hätte. Ich bezweifelte das, verwies aber Betsera an den Prinzen Alexander. Endlich sprachen wir Politik. Betsera hielt die Situation für friedlich und deshalb für sehr befriedigend. Ich verneinte beides und sagte, daß wenn Österreich und Frankreich nicht auf ihrer Hut seien, Preußen in längstens acht Jahren, aus Anlaß der Erneuerung des Zollvereins, das südliche Deutschland inkorporieren werde. Die Folge werde der Abfall der deutschen Provinzen Österreichs und der Zerfall der Monarchie sein. Frankreich befinde sich in einer Lage, die ihm den Krieg zur Notwendigkeit mache, wenn dort nicht das monarchische Gewebe auseinanderfallen solle. Die französische Nation, die noch 1855 die Rolle eines europäischen Schiedsrichters gespielt habe, sei durch Mexiko und Sadowa in ihrem Ansehen tief geschädigt, und das ertrage der französische Nationalstolz nicht. Betsera meinte, man könne eine Nation allmählich daran gewöhnen, sich mit einer sekundären Rolle in den europäischen Verwicklungen zu begnügen. Ich verneinte das in bezug auf die Franzosen aus voller Überzeugung.

12. Juli.

Nach der Sitzung erhielt ich einen Berliner Gesandtschaftsbericht und ein Telegramm des Grafen Enzenberg mit wenig beruhigenden Nachrichten über den Stand des französisch-preußischen Konfliktes in der spanischen Sukzessionsfrage.

13. Juli.

Um 1 Uhr hatte ich einen langen Besuch des Grafen Osten-Sacken,[1]) der meine Ansicht von der dermalen brennenden Frage wegen Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen Leopold von Hohenzollern[2]) kennen lernen wollte. Nachdem er mich verlassen hatte, fuhr ich zum Grafen Astorg, welcher das nämliche Thema mit mir abhandelte, aber zugleich in seinem eigenen Interesse wissen wollte, ob Hessen im Falle des Ausbruchs eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich dem letzteren ebenfalls den Krieg erklären und somit die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde.

---

[1]) Nikolaus, russischer Ministerresident in Darmstadt.
[2]) 1835–1905.

Nach dem Diner fuhr ich für den nämlichen Zweck zu Herrn v. Wentzel, mit welchem das mit Astorg und Osten-Sacken am Morgen abgehandelte Thema abermals, natürlich in sehr variiertem Sinne, besprochen wurde.

Um 6½ Uhr empfing ich vom Gesandten Hofmann in Berlin ein chiffriertes, sehr friedlich lautendes Telegramm.

Gut Campf in Waldeck, 15. Juli.

Ich empfing morgens ein Telegramm von Herrn Neidhardt, wonach Frankreich mit der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern auf die spanische Krone noch nicht zufrieden ist und die formelle Entsagung aller Hohenzollern auf diese Krone fordert. König Wilhelm hat Herrn Benedetti nicht mehr empfangen und ist von Ems nach Berlin zurückgereist.

16. Juli.

Morgens 8 Uhr kam der Ministerialsekretär v. Werner von Darmstadt mit Extrapost angefahren und brachte mir Abschrift einer telegraphischen Depesche des Gesandten Hofmann in Berlin, wonach Preußen den Krieg als unvermeidlich ansieht, Abberufung der deutschen Gesandten von Paris und Zustellung der Pässe an die französischen Gesandten in Deutschland fordert. Herr v. Werner war vom Minister v. Schenk beauftragt, mich zu fragen, ob ich damit einverstanden sei. Nachdem ich dies bejaht hatte, fuhr Herr v. Werner nach Corbach, um von dort aus an den Ministerialrat Neidhardt, der zum Vortrage bei dem Großherzoge nach Friedberg gefahren ist, zu telegraphieren. Nach Herrn v. Werners Wegfahrt packte ich meine Effekten, um nachmittags mit ihm nach Darmstadt zurückzureisen . . . Um 12 Uhr nachts gelangte ich nach Darmstadt.

Darmstadt, 17. Juli.

Um 2½ Uhr nachts, als ich eben eingeschlafen war, weckte mich das Klopfen Johanns. Er brachte mir ein soeben eingelaufenes Schreiben des Grafen d'Astorg, welcher mir schrieb, daß er in diesem Augenblick eine chiffrierte Depesche von Paris erhalten, daß er dieselbe dechiffriert habe und jeden Augenblick bereit sei, mit mir über den Inhalt zu reden. Ich legte das Schreiben zur Seite und wollte wieder einschlafen. Abermaliges Klopfen Johanns, der mir durch die Türe zurief, daß Graf Astorg auf Antwort warte. Ich stand auf, gab Johann den verwechselten Koffer zur Rückverbringung auf den Bahnhof und ließ dem Grafen Astorg sagen, daß ich dermalen schliefe und erst am folgenden Morgen die Stunde zu unserer Besprechung bestimmen könne. — Den Rest der Nacht verbrachte ich fast schlaflos. Um 9 Uhr kam Graf Astorg auf meine Einladung und las mir eine Depesche seiner Regierung etwa folgenden Inhaltes vor:

„Die französische Regierung würde es tief beklagen, wenn die hessische Regierung, mit der sie bisher in den freundschaftlichsten Be-

ziehungen gestanden habe, sich entschließen sollte, in dem bevorstehenden Kriege die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen. Die Regierung des Kaisers wünsche deshalb zu erfahren, welches in dieser Beziehung die Absichten und Entschlüsse der Großherzoglichen Regierung seien."

Ich erwiderte, die Regierung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs sei nicht minder als die des Kaisers von dem Wunsche nach Erhaltung der besten Beziehungen zwischen beiden Staaten durchdrungen und würde es schmerzlich beklagen, wenn sie genötigt sei, in dem bevorstehenden Kriege die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen. Aber man möge in Paris bedenken, daß Hessen durch die Ereignisse von 1866 gezwungen worden sei, nicht bloß, wie die übrigen Südstaaten, ein Schutz- und Trutzbündnis, sondern auch eine Militärkonvention mit Preußen einzugehen, infolge deren die wichtigsten Befehlshaberstellen in der hessischen Division allmählich in die Hände preußischer Offiziere übergegangen seien. Ein Teil des Großherzogtums liege unter den Kanonen von Mainz. Hessen entbehre mithin der Freiheit seiner Entschließungen. Sollten die Ereignisse im Laufe des Krieges der Großherzoglichen Regierung die Unabhängigkeit der Aktion zurückgeben, so behalte sich dieselbe für diesen Fall jede ihr gut scheinende Entschließung vor. — Graf Astorg bat mich, diese meine Antwort auch dem Grafen Enzenberg mitzuteilen, damit dieser dieselbe auch seinerseits zur Kenntnis der französischen Regierung bringen könne. — Ich erwiderte, daß es in diesem Augenblicke sehr schwer sei, dem Grafen Enzenberg einen solchen Auftrag zukommen zu lassen, da man weder des Telegraphen, noch der Post, die sich beide hier in preußischen Händen befänden, sicher sei.

18. Juli.

Morgens $6^1/_2$ Uhr schrieb ich einen Artikel für die „Darmstädter Zeitung" als Antwort auf einen Artikel der „Mainzeitung", worin letztere auf eine unverschämte Weise das Verbot der auf gestern anberaumten Volksversammlung kritisierte.

Oberstallmeister v. Capellen und der Rechnungsrat Winter erschienen im Auftrage des Großherzogs und wünschten vor allem meine Ansicht darüber zu erfahren, wohin der Großherzog, wenn er bei der Annäherung feindlicher Armeen flüchten müsse, sich wenden solle. Ich riet zu einem Aufenthalte nahe der österreichischen Grenze, sei es in Sachsen oder sei es in Bayern. Um $10^1/_2$ Uhr wollte ich den Gesandten v. Wentzel besuchen, fand ihn aber nicht zu Hause. Um $11^1/_2$ Uhr kam derselbe zu mir. Ich teilte ihm den Inhalt von zwei soeben eingelangten politischen Briefen des Gesandten Hofmann in Berlin und des Grafen Enzenberg in Paris mit. Ich sagte dem Herrn v. Wentzel, daß das französische Ministerium durch sein brutales und ungeschicktes Vorgehen in der spanischen Sukzessionsfrage Preußen den größten Dienst geleistet habe. Das nationale Gefühl sei auch bei den Gegnern der preußischen Politik von 1866 erwacht.

Um 12 Uhr empfing ich den soeben von London zurückgekehrten englischen Geschäftsträger, Herrn Morier. Derselbe brachte mir Grüße des Lord Granville.[1]) Er sagte mir, daß in England die Stimmung durchaus antifranzösisch sei. Die „Times" habe kürzlich einen überaus heftigen Artikel gegen die französische Regierung gebracht. Noch sei nicht die letzte Hoffnung auf Erhaltung des Friedens verschwunden, indem Lord Lyons[2]) gemeinschaftlich mit Rußland alles aufbiete, um zu diesem Ziele zu gelangen. Aber es sei zu fürchten, daß diese Versuche vergeblich seien. Louis Napoleon sei nicht mehr Herr der Situation; die Armee reiße ihn fort ...

Graf Osten-Sacken erzählte mir, daß er den Fürsten Gortschakow auf seiner Durchreise nach Wildbad gesehen habe. Der Fürst habe sehr freundschaftlich und wohlwollend von mir und dem Großherzogtum gesprochen und namentlich bemerkt, er werde nicht zugeben, daß sich bei der gegenwärtigen Katastrophe irgend jemand auf Kosten Hessens bereichere. Osten-Sacken erzählte mir ferner, der Herzog von Nassau habe unter den vorliegenden Umständen sich um ein Kommando in der preußischen Armee beworben. Ich bemerkte, daß dieser Zug die edlen, selbstverleugnenden patriotischen Gesinnungen dieses Herrn kennzeichne, der mir 1866 in München habe sagen lassen, er wolle lieber sein Land und sein ganzes Vermögen verlieren, als die Protektion der Franzosen anrufen.

19. Juli.

Bis Frankfurt fuhr ich mit dem Hofbankier Moritz Wolfskehl, der mir von den furchtbaren Stockungen im Geld- und Wechselgeschäfte sprach und Vorschläge wegen der sicheren Fortbringung der Geldvorräte der Staatskasse und der Staatsschuldentilgungskasse machte. Ich fand an der Friedberger Bahn eine Hofequipage, welche mich in die Burg und später zurückbrachte. Der Großherzog empfing mich ungemein herzlich. Er besprach vorzugsweise mit mir den Ort, wohin er sich, im Falle eines etwaigen Sieges der Franzosen, flüchten solle. Unsere Ansichten über die diesseitige Stellung und das, was für den Großherzog und sein Land wünschenswert sei, stimmten vollkommen überein. Der Großherzog drückte mir beim Abschiede wiederholt auf das herzlichste die Hand. Er begleitete mich bis zur Türe. Er versicherte, kein Hasenfuß zu sein. Aber er bat mich doch, ihm schleunigst durch den Bahntelegraphen Nachricht zu geben, wenn die wachsende Kriegsgefahr seine Entfernung von Friedberg, wo er vorerst bleiben wolle, erforderlich machen sollte. Er sagte mir, seine Nerven bedürften großer Schonung. In Friedberg sei es still und ruhig. Hier habe er den Kopf frei. In Darmstadt fehle es ihm nicht an fortgesetzten Aufregungen. —

---

[1]) George Leveson-Gower, 1815—1891; war Minister des Auswärtigen 1851/52, 1870—1874, 1880—1885.

[2]) Richard Bickerton Pemell Lord Lyons, 1817—1887; war 1858 Gesandter in Amerika, 1865 Botschafter in Konstantinopel, 1867—1887 Botschafter in Paris.

Dann konferierte ich mit dem Ministerialrat Neidhardt, da soeben ein Telegramm mit der Nachricht von der seitens Frankreichs erfolgten förmlichen Kriegserklärung eingelaufen war.

Um 6 Uhr kam der Gesandte v. Wentzel und zeigte mir einen früheren Erlaß des Grafen Bismarck, worin um sofortigen Abbruch der diesseitigen diplomatischen Beziehungen zu Frankreich gebeten wird, sobald letzteres den Krieg erklärt habe. Ich verfügte sofort Ausfertigung der Pässe für den Grafen Astorg, dessen Familie und den Chancelier Bion.

Abends 10 Uhr kam der Gesandte v. Wentzel abermals und las mir eine Depesche des Grafen Bismarck folgenden Inhaltes vor:

> „So dankbar der König von Preußen die dermalige Haltung der Großherzoglichen Regierung erkenne, so habe man doch mit Erstaunen vernommen, daß der Polizeidirektor v. Willich beunruhigende und falsche Gerüchte aus Anlaß der kürzlich verbotenen Volksversammlung verbreitet habe. Preußen verlange, daß dieser Beamte sofort suspendiert und vor Gericht gestellt werde, widrigenfalls die preußische Militärbehörde gegen denselben das Erforderliche zu verfügen genötigt sei."[1])

Ich bemerkte Herrn v. Wentzel, daß der Polizeidirektor oder richtiger Provinzialdirektor v. Willich einer der tüchtigsten und loyalsten hessischen Beamten sei, dem die preußischen Kommandeure im Jahre 1866 die vollste Anerkennung bezüglich seiner Tätigkeit und seines Entgegenkommens hätten zuteil werden lassen. Ich wisse nicht, ob Herr v. Willich die Äußerungen bezüglich eines Vorrückens der Franzosen, welche ihm die „Mainzeitung" in den Mund lege, wirklich getan habe. Ich würde ihn darüber vernehmen. Aber jedenfalls seien diese Äußerungen nicht öffentlich und in der Absicht erfolgt, Beunruhigungen zu erregen. Jedes Gericht würde Herr v. Willich freisprechen, und seine Suspension würde in Darmstadt, wo er zahlreiche Verwandte und Freunde habe, einen sehr üblen Eindruck machen. Herr v. Wentzel kenne Herrn v. Willich persönlich und werde mein Urteil über diesen Mann bestätigen können. Ich bäte, sich in seiner Antwort des Herrn v. Willich anzunehmen. Herr v. Wentzel bat mich, die Vernehmung des Herrn v. Willich über die gegen denselben gerichtete Anschuldigung noch im Laufe des nächsten Morgens zu vollziehen und ihm zuzusenden. Nachdem Herr v. Wentzel mich verlassen hatte, soupierte ich und legte mich sehr ermüdet zu Bette.

20. Juli.

Ich ersuchte Herrn v. Willich, mir seine Rechtfertigung noch im Laufe des Tages schriftlich zukommen zu lassen. Um 9 Uhr verfügte ich mich in das Ständehaus. In einer Sitzung der Zweiten Kammer, welche letztere zugleich mit der ersten auf heute zusammenberufen worden war, wurde von dem Kriegs-

[1]) Siehe Anlagen 4 und 5.

ministerium ein Kredit von ungefähr fünf Millionen für Ausführung der Mobilmachung und Kriegsführung verlangt. Der Minister v. Schenk legte darauf den Gesetzesentwurf wegen Aufbringung dieser Summe vor. Ich selbst hatte im Beginn der Sitzung der Kammer in einer kurzen Rede gesagt, man werde von ihr große Opfer verlangen, aber auch der Zweck, für den es geschehe, sei ein großer, es handle sich von Verteidigung der Grenzen des gemeinsamen Vaterlandes gegen einen aus frivolen Gründen unternommenen Angriff. Die Vorlagen wurden an den Finanzausschuß zur sofortigen Begutachtung verwiesen. Ich ging dann mit den übrigen anwesenden Ministerialmitgliedern in die Erste Kammer, welche gleichzeitig mit der Zweiten tagte. Hier wurden ebenso wie in der Zweiten Kammer die Vorlagen wegen Bewilligung eines Kredits zur Mobilmachung gemacht. Dann traten die Finanzausschüsse beider Kammern zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen, der ich mit dem Minister v. Schenk und den Mitgliedern des Kriegsministeriums beiwohnte. Um 11 Uhr trat die Zweite Kammer wieder zusammen und genehmigte einstimmig den verlangten Kredit und das proponierte Gesetz. Herr Mönch von Offenbach erzählte mir vor der Sitzung, die Offenbacher Nationalliberalen hätten dort aus Anlaß des Krieges eine Volksversammlung auf dem Offenbacher Paradeplatz abhalten wollen. Herr Pirazzi habe die Versammlung mit ein paar Worten eingeleitet und den Zollparlamentsabgeordneten Herrn Kugler zum Präsidenten vorgeschlagen. Kaum habe der letztere aber den Präsidentenstuhl eingenommen, so sei ein starker Arbeiter aufgetreten, habe den Kugler von seinem Stuhle herabgerissen und habe in einer Anrede an die Versammelten, unterstützt vom Beifalle zahlreicher anderer Arbeiter, etwa folgendes gesagt:

„Nicht wahr, ihr Herrn Liberalen habt vor der Versammlung gut gefrühstückt, Koteletten und Wein, aber wir Arbeiter sind noch hungrig, laßt uns mit eurem Geschwätz in Ruhe und gebt uns vor allem Brot."

Infolge dieser Einmischung der Lassalleaner sei die Versammlung in der lächerlichsten und kläglichsten Weise verlaufen... Prinz Alexander sagte mir, wie bedauerlich es sei, daß der Großherzog so gar nicht mehr, trotz der schweren, gefahrdrohenden Zeit, sich in Darmstadt blicken lasse. Es würden darüber vielfach sehr bedauerliche Reden geführt. Ich möge doch den Großherzog veranlassen, wieder einmal hierherzukommen.

Prälat Zimmermann kam einen Augenblick, um anzufragen, ob man nicht in den Kirchen für den Sieg der deutschen Waffen beten solle, was ich natürlich bejahte.

Dann schrieb ich an den preußischen Gesandten v. Wentzel und teilte demselben die inzwischen eingelangte Verteidigungsschrift des Provinzialdirektors v. Willich mit dringender Verwendung für den letzteren mit. Nach dem Mittagessen schrieb ich in dem nämlichen Sinne an den Gesandten Hofmann in Berlin. Derselbe hatte mir mitgeteilt, daß Graf Bismarck ihn von den angeblichen Äußerungen des Herrn v. Willich in Kenntnis gesetzt und ihm das nämliche

gesagt habe,[1]) was in der Depesche an Herrn v. Wentzel[2]) enthalten war, mit dem Zusatze, er, Bismarck, werde, wenn die hessische Regierung nicht Herrn v. Willich disziplíniere und suspendiere, im Großherzogtum früher als sonstwo den Kriegszustand erklären lassen.

21. Juli.

Morgens 9 Uhr kam der Prinz Ludwig zu mir, um mir zu sagen, daß Graf Astorg noch immer hier sei und daß, wenn derselbe nicht sofort abreise, er, der Prinz, genötigt sein werde, ihm eine Schildwache vor sein Hotel zu stellen, um Zuträgereien zu hindern. Ich bemerkte dem Prinzen, daß Graf Astorg erst tags zuvor seine Pässe erhalten habe, daß derselbe heute morgen, wie er mir geschrieben, abreisen wolle, und daß das Verweilen eines Gesandten, dem man seine Pässe geschickt habe, in ferneren 24 Stunden an seinem bisherigen Wohnorte den Gewohnheiten des Völkerrechtes entspreche. Nach dem Prinzen kam Herr v. Wentzel, um mir zu sagen, daß das längere Verweilen des Grafen Astorg in Darmstadt eine immer steigende Aufregung hervorrufe, und daß ich im Interesse der öffentlichen Ruhe dafür sorgen möge, daß Astorg sich sofort entferne. Ich versprach dies und begab mich zum russischen Geschäftsträger Grafen Osten-Sacken, der die Vertretung der französischen Untertanen im Lande übernommen hat, um ihn zu bitten, die Abreise des Grafen Astorg und seiner Familie zu beschleunigen, und traf ihn in der Nähe der katholischen Kirche mit seiner Frau und dem Herrn v. Sidorowitsch und Graf zur Lippe[3]) auf dem Rückweg nach Hause. Er sagte mir, daß Graf Astorg soeben in dem Wagen des Herrn Morier und in dessen Begleitung nach dem Bahnhof gefahren und in diesem Augenblicke wohl bereits abgereist sei. In der Nähe des Großherzoglichen Palais begegnete uns Herr Morier in seinem Wagen. Er erzählte, daß die Abreise des Grafen Astorg soeben erfolgt sei, und zwar in der Anwesenheit einer auf dem Bahnhofe versammelt gewesenen großen Menschenmenge, in welcher sich indessen nicht die geringste Aufregung kundgegeben habe.

22. Juli.

Morgens 8 Uhr hatte ich den Besuch des österreichischen Hauptmanns Alfred v. Vivenot, der mir Grüße des Grafen Beust brachte und meine Ansicht über die Haltung Österreichs in der dermaligen Krisis zu wissen wünschte. Ich empfahl vorerst vollkommene Neutralität, solange nicht die Interessen Österreichs durch vollkommenes Unterliegen, sei es Preußens, sei es Frankreichs, bedroht seien. Nach Herrn v. Vivenot kam Herr v. Wentzel. Er drang auf sofortige Bekanntmachung des von dem Bundesoberfeldherrn für einzelne Teile

[1]) Siehe Anlage 4.
[2]) Siehe Anlage 5.
[3]) Graf Georg Wilhelm Hermann Friedrich zur Lippe-Weißenfels, österreichischer Legationssekretär.

des Norddeutschen Bundes verfügten Kriegszustandes. Ich bemerkte ihm, daß dies nur für Oberhessen Wirkung haben könne, und daß für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen der Kriegszustand durch eine besondere landesherrliche Verordnung einzuführen sei.

23. Juli.

Thüngen ist mit dem Eintritte seiner Regierung in den Krieg, statt einer Neutralitätserklärung, nichts weniger als einverstanden.

... Osten-Sacken nahm mich allein und sprach mir von dem üblen Eindrucke, welchen die fortgesetzte Abwesenheit des Großherzogs von der hiesigen Stadt mache, und wie wünschenswert es sei, daß der Großherzog wieder einmal nach Darmstadt käme.

24. Juli.

Minister v. Schenk teilte mir vertraulich mit, der Advokat Weller sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, die Aufregung gegen mich sei in Darmstadt sehr groß, sobald die Truppen abmarschiert seien, werde es zu gewaltsamen Demonstrationen gegen mich kommen, Minister v. Schenk möge dies dem Großherzoge sagen, damit dieser meine Entlassung verfüge. Herr v. Schenk bemerkte, er habe dieses Ansinnen entschieden verweigert und dem Herrn Weller erwidert, daß er, Schenk, jeden Augenblick mit Vergnügen seine Entlassung zu nehmen bereit sei. Weller habe aber versichert, es handle sich eigentlich nur von den Herren v. Dalwigk und Frank.

25. Juli.

Morgens 11 Uhr hatte ich Ministerialplenarsitzung, in welcher vorzugsweise die einem gestern abend eingelangten, infolge der Erklärung des Belagerungszustandes für das Großherzogtum erlassenen Schreiben des Generalgouverneurs, Generals der Infanterie Herwarth v. Bittenfeld,[1] vom 23.l.Mts. entsprechenden Verfügungen beraten wurden. Nach der Sitzung begleitete ich den Minister v. Schenk durch die Wilhelminenstraße und machte dann der Madame und dem Herrn Morier einen Besuch, dem letzteren, um ihn zu fragen, ob er bereit sei, im Falle einer Annäherung feindlicher Truppen, Gelder, welche die Staatskasse dem Hofbankier Moritz Wolfskehl anvertraut habe, bei sich in Verwahrung und Schutz zu nehmen. Herr Morier war damit einverstanden. — Morgens früh hatte mir der Großherzog, der nach Darmstadt gekommen war, um die Division vor ihrem Abmarsch zu inspizieren, von Bessungen aus den abschriftlich anliegenden Brief des Prinzen Ludwig,[2] in welchem letzterer meine Entlassung fordert, mit dem Inskripte zugesandt:

[1] Karl Eberhard Herwarth v. Bittenfeld, 1796—1884, führte 1864 den Übergang nach Alsen aus, war 1866 Führer der Elbarmee, 1870 Gouverneur des westlichen Deutschland, wurde 1871 Feldmarschall.

[2] Siehe Anlage 7.

„Bitte, sich nicht zu sehr zu ärgern, wenn Sie die Einlage lesen, ich bin ganz starr und habe mich weidlich geärgert. Bitte um gelegentliche Rückgabe.

Bessungen, am 25. 7. 70. Ludwig."

Ich antwortete sofort,[1]) daß ich bekanntlich die ministerielle Last, die auf meinen Schultern ruhe, nicht gesucht habe, daß ich seither nach Kräften bemüht gewesen sei, das Interesse meines Allerhöchsten Herrn nach Kräften zu fördern, und daß ich dem Großherzoge die Hände küssen würde, wenn er mir die auf mir ruhende Verantwortlichkeit abnehmen wolle. Der Großherzog antwortete schriftlich:

„Wir wollen einig zusammen ausharren im guten Prinzip."

27. Juli.

Um 9½ Uhr ging ich mit dem Ministerialrat Neidhardt nach der Stadtkirche, wo ein feierlicher Gottesdienst aus Anlaß des begonnenen Krieges mit Frankreich abgehalten wurde. Prälat Zimmermann hielt eine schöne und patriotische Festpredigt.

31. Juli.

Um 11½ Uhr hatte ich den Besuch des Adjutanten des preußischen Gouverneurs Generals v. Herwarth zu Koblenz. Derselbe kam, um sich über die Stimmung im Lande zu informieren, worüber ich ihm nur das beste sagen konnte, und dann, um zu fragen, was im Falle eines Vorrückens der Franzosen bis Darmstadt der Großherzog und die Behörden tun würden. Ich erwiderte ihm, daß in diesem hoffentlich nicht eintretenden Falle der Großherzog, welcher dermalen in Friedberg verweile, sich nach Sachsen oder Bayern begebe. Die Minister würden den Großherzog nicht begleiten, weil derselbe dies nicht wünsche. Die Minister würden mit den übrigen Behörden in Darmstadt bleiben, um, soweit möglich, die Übel der feindlichen Okkupation des Landes zu mildern. Man werde sich übrigens nach dem richten, was preußischerseits in dieser Beziehung gewünscht oder angeordnet werde. Ich müsse dabei bemerken, daß eine Entfernung der obersten Beamten von Darmstadt im Augenblicke der Gefahr im Lande keinen guten Eindruck machen werde, und daß ich es nicht unterlassen könne, wenn dieselbe auf preußischen Wunsch eintrete, die Ursache zu veröffentlichen. Gesetzliche Vorschriften, wie in Preußen über das Verhalten der Behörden beim Herannahen des Feindes, existierten im Großherzogtum nicht. Man handle in solchen Fällen hier nach den Umständen oder besonderen Instruktionen. Bezüglich der Stimmung im Lande teilte ich dem Major Streccius meine Erlebnisse aus dem Jahre 1849 mit, bemerkte aber dabei, daß dermalen alle Parteien im Wunsche der Abwehr des französischen Angriffs einig seien.

[1]) Siehe Anlage 8.

4. August.

Um 9½ Uhr hatte ich den Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mir ein Telegramm seiner Regierung zeigte, in welchem die Entlassung des hessischen Vizekonsuls Lambert zu Antwerpen von seiner Stelle verlangt wird, weil derselbe für die französischen Verwundeten Geld sammle. Ich versprach (in Berücksichtigung der dermaligen Lage) Gewährung des Verlangens.

Herr v. Lehmann[1]) hatte mir kurz zuvor ein für die „Darmstädter Zeitung" aus Berlin gekommenes Telegramm in Abschrift geschickt, wonach die Franzosen mit drei Divisionen und Artillerie Saarbrücken genommen haben. Um 12 Uhr hatte ich den Besuch des bayerischen Gesandten Baron Thüngen, der mir die Darlegung der Motive des Grafen Bray für den Eintritt Bayerns in den Krieg vorlesen wollte. Ich dankte für diese Mitteilung, da mir die Motive bereits bekannt seien. Baron Thüngen sagte mir, daß Graf Ostensacken vorzugsweise gut über dasjenige informiert sei, was auf dem Kriegsschauplatze vorgehe.

5. August.

Morgens 10 Uhr empfing ich ein Extrablatt der „Darmstädter Zeitung" mit der Nachricht von einem glänzenden Siege der deutschen Armee über die französische Division Douai bei Weißenburg. Um 10¾ Uhr kam der Gesandte v. Wentzel, während ich mich im Arbeitszimmer des Ministerialrates Neidhardt befand, zu mir, und wir wünschten uns gegenseitig Glück zu der Siegesnachricht. Herr v. Wentzel erzählte, daß er morgens 9 Uhr mit seiner Familie auf der Eisenbahn gewesen sei und dort einen starken Zug mit französischen Kriegsgefangenen aus dem Weißenburger Gefecht, darunter eine Anzahl von Offizieren und mehrere Turkos mit überaus wilden Gesichtern, habe passieren sehen. Die preußische Eskorte sei für die Gefangenen sehr freundlich gewesen, und habe von den dargebotenen Erfrischungen nicht eher etwas angenommen, als bis die französischen, sehr erschöpften Gefangenen versorgt gewesen seien.

6. August.

Morgens 10 Uhr empfing ich den preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mir eine telegraphische Depesche seiner Regierung folgenden Inhalts mitteilte:

> „Graf Bismarck besitzt noch weitere eingehende Vertragsentwürfe des Grafen Benedetti vom Monat August 1866 nebst Briefen, in denen er, unter Berufung auf Ermächtigung des Kaisers aus Vichy, Abtretung von Rheinhessen und Rheinbayern verlangt."

Ich berichtete sofort den Inhalt dieses Telegramms an den Großherzog. Dem Herrn v. Wentzel sagte ich wiederholt, daß das Ziel des dermaligen nationalen Kampfes ein weit größeres sein müsse als ein billiger Friedensschluß

[1]) Gustav Adolf Freiherr v. Lehmann, Ministerialrat im Ministerium des Innern.

mit Frankreich. Es handle sich jetzt von Wiedereroberung der alten deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen, und wenn Preußen diese Provinzen als Mitgift mitbringe, solle für 1866 Indemnität gewährt sein. Dann möge sich König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone aufsetzen, und alle Parteien würden mit ihm einverstanden sein.

7. August.

Morgens 8 Uhr empfing ich ein Telegramm mit der Nachricht von einem bei Wörth im Elsaß erfochtenen glänzenden Sieg der preußisch-deutschen Armee über die Franzosen unter Mac Mahon. 4000 Gefangene, 2 Adler, 31 Kanonen genommen.

Um 11¾ Uhr kam Herr v. Wentzel zu mir. Wir besprachen die Siegesnachricht. Wentzel erzählte mir, daß sich während der Nacht von 12 bis 2 Uhr fortwährend Gruppen vor seinem Hause gebildet und dem Könige, dem Kronprinzen und zuletzt auch ihm Hochs ausgebracht hätten. Er sei bei der letzten großen Vereinigung des Volkes auf den Balkon getreten, habe gedankt und in Erwiderung auf das Hoch auf seinen König dessen treuem Verbündeten, dem Großherzog, ein Hoch ausgebracht. Darauf sei durch ein Hoch auf ihn, Wentzel, geantwortet worden.

13. August.

Um 4 Uhr kam Herr v. Wentzel. Derselbe las mir eine Depesche seiner Regierung mit Abschriften von Briefen des Grafen Benedetti an den Grafen Bismarck vor, worin im Auftrage des Kaisers Napoleon die Abtretung von Rheinbayern und Rheinhessen an Frankreich verlangt wird. Dann las mir Herr v. Wentzel Abschrift eines eigenhändigen Briefes des Papstes an den König Wilhelm und die darauf erfolgte Antwort vor. Der Papst bittet in seinem italienisch abgefaßten Schreiben, von dem Beginne eines blutigen Krieges abzustehen. Die Antwort des Königs ist sehr verbindlich und auf die Wünsche des Papstes eingehend, während auf ein ähnliches an den Kaiser Napoleon gerichtetes päpstliches Schreiben eine abschlägige Antwort erfolgte. Von den sämtlichen Aktenstücken ließ mir Herr v. Wentzel Abschriften zurück. Ich begegnete Herrn Parkus, der mir erzählte, der König Wilhelm habe in Mainz eine Deputation des Gemeinderates empfangen und dieselbe in sehr ernster Rede auf die Gefahren des gegenwärtigen Krieges und auf die Möglichkeit, daß Mainz die Schrecken einer Belagerung werde erdulden müssen, aufmerksam gemacht.

15. August.

Um 10¾ Uhr kam der Gesandte v. Wentzel und las mir eine Depesche seiner Regierung vor, worin die Behauptung des Duc de Gramont, Preußen habe eine von Frankreich vorgeschlagene Abrüstung unter dem Vorwande zurückgewiesen, daß es eine Allianz der süddeutschen Staaten mit Österreich fürchte, als unwahr erklärt wird.

16. August.

Der Gesandte v. Wentzel drang im Auftrage seiner Regierung auf die sofortige Entlassung des Generalkonsuls Lambert in Brüssel, wegen der napoleonischen Gesinnungen des letzteren. Ich versprach desfalls an den Großherzog zu berichten.

18. August.

Um 12 Uhr empfing ich ein Extrablatt der „Darmstädter Zeitung" mit der Nachricht von einem großen, aber sehr blutigen Siege der Deutschen bei Metz.

Als ich von meiner Schwester zurückging, begegnete mir Herr v. Wentzel im Wagen. Ich hielt ihn an, gratulierte ihm zu dem Siege bei Metz und sagte ihm, um ihn zu necken, daß sich Leute darüber gewundert hätten, daß er gefangene Franzosen in seinem Wagen von der Eisenbahn in das Hospital transportiert habe. Herr v. Wentzel, der mir diese Tatsache selbst vor ein paar Tagen erzählt hatte, wurde feuerrot und machte mir eine lange Explikation der Gründe seiner menschenfreundlichen Handlung.

20. August.

Unterwegs erzählte mir Thüngen, die Fräulein v. Stockhausen habe von ihrem Bräutigam, einem badischen Offizier, einen Brief erhalten, worin derselbe erzählte, es sei ein vornehmer Mann im Elsaß verhaftet worden, er glaube, ein Herr v. Bussière. Als ich um $8^1/_2$ Uhr nach Hause kam, fand ich mit großem Schrecken einen aus dem Staatsgefängnis von Rastatt datierten Brief Alfreds vom 19. August, worin mir derselbe schreibt, er sei am Tage zuvor in der Ruprechtsau, wo er für die Verwundeten Lazarettanstalten geleitet habe, aus dem Bette gerissen und in die Festung Rastatt gebracht worden. Alfred versicherte in diesem Briefe, daß er nicht den mindesten Grund für seine Verhaftung einsehen könne. Er habe schon damals, als die erste preußische Patrouille in der Ruprechtsau erschienen sei, jede Verbindung mit Straßburg unterbrochen.

22. August.

Um 4 Uhr hatte ich den Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel, der mir die photographischen Kopien von zwei Briefen des Grafen Benedetti an den Grafen Bismarck übergab, worin die Abtretung von Rheinbayern und Rheinhessen an Frankreich, vorbehaltlich Entschädigung, verlangt wird. Wir sprachen von der Schlacht von Metz vom 18. l. Mts. Herr v. Wentzel erzählte mir, der preußische Oberstleutnant Zwenger, welcher ein hessisches Regiment kommandierte, sei gefallen. General v. Wittich habe die Truppen mit unerhörter Verwegenheit im heftigsten Kugelregen ins Feuer geführt. Das Pferd sei ihm unter dem Leibe erschossen worden und er selbst habe einen Streifschuß erhalten. Er habe sich aber sofort verbinden lassen, habe ein anderes Pferd bestiegen und sei wieder an der Spitze der stürmenden hessischen

Kolonnen erschienen. Die hessische Infanterie habe 21 Offiziere verloren, namentlich habe das Jägerbataillon große Verluste gehabt. Die Hessen hätten sich ganz ausgezeichnet geschlagen.

23. August.

Der Großherzog kam um 12 Uhr, meinem ihm ausgesprochenen Wunsche zufolge, nach Darmstadt und besichtigte die Hospitäler.

31. August.

Bei meiner Rückkehr fand ich eine Antwort des Grafen Bismarck auf mein an ihn gerichtetes Schreiben wegen der Freilassung Alfreds. Bismarck teilte mir mit, daß er den preußischen Gesandten in Karlsruhe sofort beauftragt habe, für Alfreds Freilassung tätig zu sein und jedenfalls, sofern unbekannte Gründe dieser sofortigen Freilassung entgegenständen, für die rücksichtsvollste Behandlung Alfreds in Rastatt zu sorgen. Ich schrieb sogleich an Alfred und teilte ihm diesen Brief mit.

1. September.

Ich empfing morgens ein Telegramm des Gesandten v. Breidenbach des Inhalts, daß Minister v. Varnbüler auf sein Nachsuchen entlassen worden sei und daß Graf Taube einstweilen die Geschäfte des Ministeriums des Äußern in Stuttgart versehe.

3. September.

Um 9 Uhr empfing ich den Prälaten Zimmermann, der mir mitteilte, daß nach einer soeben eingetroffenen Depesche der Kaiser Napoleon sich mit der ganzen Mac Mahonschen Armee den Preußen ergeben habe. Der Prälat fragte, ob zur Feier dieses großen Ereignisses mit allen Glocken geläutet werden dürfe, was von vielen Menschen verlangt werde. Ich verwies ihn mit seinem Gesuch an den Großherzog, empfahl ihm aber, vor allem die Authentizität der Depesche zu konstatieren.

Um $12^1/_2$ Uhr empfing ich die telegraphische Depesche, in welcher wirklich die überaus wichtige Mitteilung gemacht wird, daß Kaiser Napoleon sich mit der ganzen Mac Mahonschen Armee dem König Wilhelm als Gefangener ergeben hat.

Ich ging um $1^1/_2$ Uhr auf das Ministerium des Innern. Die meisten Häuser hatten geflaggt, und es wurden, während die Glocken läuteten, eine große Anzahl von Kanonenschüssen abgefeuert. Massen von Menschen standen an den Straßenecken, um die neuesten Telegramme von Metz und Sedan zu lesen.

5. September.

Der österreichische Gesandte Baron Vetsera gab mir eine Depesche seiner Regierung zu lesen, welcher eine Korrespondenz zwischen dem englischen und

österreichischen Kabinett beilag. England proponiert Verabredung einer neutralen und gemeinsamen Haltung sämtlicher bei dem dermaligen preußisch-französischen Krieg nicht beteiligten Großmächte. Österreich nimmt in einer Antwort vom 27. August dieses Erbieten unter der Voraussetzung an, daß, wenn einer der neutralen Staaten auf eigene Faust Vermittlungsversuche mache, auch die übrigen Mächte an die gemeinsame Verabredung nicht mehr gebunden sein sollten. Die Korrespondenz ist in Form eines Notenaustausches zwischen dem Grafen Granville und dem Grafen Apponyi[1]) geführt.

Nach dem Herrn v. Betsera, der eine gute halbe Stunde blieb, kam Advokat Vogel und legte den Entwurf einer Adresse an den Großherzog vor, in welcher gebeten wird, bei dem Friedensschlusse den Franzosen gegenüber keine Einwirkungen neutraler Mächte zu dulden, sondern lediglich die deutschen Interessen zu berücksichtigen. Advokat Vogel sagte mir dabei, daß die Nationalliberalen über diese von ihm entworfene Adresse ärgerlich seien und eine andere direkt an den König von Preußen gerichtete Adresse zur Unterschrift zirkulieren lassen wollten. Diese letztere Adresse werde aber weit weniger Unterschriften bekommen als die von ihm entworfene und bereits auf dem Lande in Zirkulation gesetzte.

6. September.

Morgens $10^3/_4$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog. Er erzählte mir, daß er kürzlich die Kronprinzessin von Preußen in Homburg besucht habe. Merkwürdigerweise habe dieselbe, ebenso wie ihre Schwester Alice, plötzlich Sympathien für die Franzosen bekommen und sei preußenfeindlich geworden. Es hänge dies mit der englischen Politik und den Einflüssen zusammen, die von dort auf die beiden Damen geübt würden. Der Großherzog sprach mir auch von den Vergrößerungen, die infolge des gegenwärtigen Krieges den einzelnen süddeutschen Staaten zuteil werden sollten. Er meinte, man solle Bayern seine alte rechtsrheinische Pfalz zurückgeben und dafür die bayerischen Besitzungen auf dem linken Mainufer und den badischen Odenwald an Hessen fallen lassen, wenn Baden das Elsaß bekomme.

15. September.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Wentzel, welcher mich fragte, wie weit man hier mit dem Beschlusse, eine Amnestie für politische Vergehen erteilen zu wollen, gekommen sei. Ich sagte ihm, daß dermalen im Großherzogtum gar keine Strafen für politische Vergehen mehr zu verbüßen seien. Dann sprachen wir von den Chancen und Bedingungen des Friedens mit Frankreich und den bevorstehenden Territorialveränderungen.[2])

[1]) Österreichisch-ungarischer Botschafter in London.

[2]) Siehe Anlage 11.

22. September.

Um 4 Uhr kam der Gesandte v. Wentzel und ließ mich eine eben eingetroffene Depesche seiner Regierung lesen, worin dieselbe bemerkt, es werde nach dem Abschluß des Friedens mit Frankreich der Haß und die Erbitterung der Franzosen gegen Deutschland fortdauern und dieselben zu neuen Kriegen treiben. Dagegen könne man sich nur durch bedeutende, von Frankreich zu gewährende Gebietsabtretungen sichern. — Wir sprachen dann noch über das Erscheinen des Ministers v. Delbrück in München und dessen Verhandlungen mit Bayern wegen Bildung eines allgemeinen deutschen Bundes. Ich bemerkte, daß Separatverhandlungen mit Bayern zu keinem Ziele führen würden, daß Preußen vielmehr besser mit Bevollmächtigten aller süddeutschen Staaten gemeinsam verhandeln werde.

24. September.

[Unterredung mit v. Thüngen.] Ich bemerkte, daß Graf Bray im bayerischen Interesse wohl tun würde, einen hessischen Bevollmächtigten zur Teilnahme an diesen Verhandlungen einzuladen. Ich überließ es dem Baron Thüngen, diese meine Ansicht dem Grafen Bray mitzuteilen.

26. September.

Vor dem Diner sagte mir Baron Thüngen, er habe ein Telegramm des Grafen Bray mit der Frage erhalten, ob es richtig stehe, daß Hessen mit seinen zwei diesseits mainischen Provinzen in den Nordbund eintreten wolle. Er habe sofort zurücktelegraphiert, daß nach meinen vorgestrigen Äußerungen, über die er bereits berichtet gehabt, dies nicht der Fall sein könne. Ich erwiderte, daß dies allerdings seitens der Großherzoglichen Regierung nicht entfernt beabsichtigt werde. Ich teilte diese meine kurze Unterredung mit Thüngen sofort dem Großherzoge mit, der meine Erklärung billigte.

1. Oktober.

Um 11 Uhr besuchte mich der Prinz Alexander. Er sagte mir, der Großherzog sei nachdenklich darüber geworden, ob ich imstande sei, in der dermaligen schwierigen Zeit die Sachen so durchzuführen, wie es für die Interessen der Krone erwünscht sei. Der Großherzog scheine zu fürchten, daß der König Wilhelm ihm abermals einen General schicken werde, und zwar dieses Mal, um meinen Rücktritt zu verlangen. Der Großherzog wünsche nun, den Schein einer solchen Pression zu vermeiden, und zu diesem Zwecke möchte er, daß ich freiwillig meine Entlassung nähme. Aber er wünschte doch, da ich nach wie vor sein Vertrauen besitze und er meine ausgezeichneten Dienste anerkenne, vor allem meine Meinung zu hören. Ich antwortete dem Prinzen, daß ich stündlich mit Vergnügen bereit sei, zurückzutreten, wenn dem Großherzog damit ein Dienst geleistet werde. Es werde vor allem darauf ankommen, ob der Großherzog wirklichen Grund habe, anzunehmen, daß Preußen

meinen Rücktritt fordern werde, oder ob ihm diese Besorgnis bloß von Dritten eingeflößt worden sei. Jedenfalls werde mein Rücktritt von der Fortschrittspartei als ein von ihr erfochtener Sieg angesehen werden und insofern dem Ansehen der Krone nicht förderlich sein. Der Prinz möge also den Großherzog fragen, ob er bestimmten Grund zur Besorgnis von einer preußischen Pression habe. Denn die Bemühungen der Fortschrittspartei im Lande seien mir einfach lächerlich. Mit diesen Herrn würde ich leicht fertig werden. Der Prinz sagte mir dann noch, der Großherzog wisse durchaus keinen Nachfolger für mich zu finden. Ich nannte als meinen einzig möglichen Nachfolger den Gesandten Hofmann in Berlin. Prinz Alexander glaubte, Graf Bismarck sei darüber empfindlich, daß ich während seines letzten Aufenthaltes in Mainz ihn nicht besucht habe. Ich bemerkte, daß, da der Großherzog zum Besuche des Königs von Preußen nach Mainz gegangen sei, ohne mich davon zu benachrichtigen, ich es nicht gewagt hätte, ebenfalls daselbst zu erscheinen und ohne Vorwissen meines Allerhöchsten Herrn mit dem Grafen Bismarck zu konferieren, ohne mich zugleich bei dem Großherzog und dem König anzumelden. Der Prinz versprach, mir in einigen Tagen die weitere Entschließung des Großherzogs mitzuteilen.

5. Oktober.

Ich schickte dem Großherzoge ein vertrauliches Memoire, in welchem vorgeschlagen wurde, Gebietsvergrößerungen für das Großherzogtum zu beanspruchen, um damit die vergrößerten Lasten zu decken, welche ein Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund nach sich ziehen würde.

6. Oktober.

Morgens berichtete ich dem Großherzoge über einen Antrag des Gesandten Hofmann wegen Eintritts des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund.

7. Oktober.

Ich hatte um $10^{3}/_{4}$ Uhr morgens Audienz bei dem Großherzoge, um über den Antrag des Gesandten Hofmann, wegen sofortigen Eintritts des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund, Vortrag zu erstatten. Der Großherzog war damit einverstanden, daß man Herrn Hofmann zunächst zur Äußerung darüber auffordern solle: 1. ob er Grund habe, anzunehmen, daß Preußen diesen Eintritt dringend wünsche und nötigenfalls eine Pression üben werde; 2. auf welche Weise er sich die Möglichkeit denke, die durch einen vollständigen Eintritt in den Norddeutschen Bund dem Lande erwachsenden enormen Mehrkosten aufzubringen; 3. ob es einem Anstande unterliege, den etwaigen Eintritt in den Nordbund unter der Bedingung zu offerieren, daß jede Veränderung an der dermaligen Verfassung des Nordbundes nur dann für die diesseits mainischen Teile des Großherzogtums Gültigkeit erhalte, wenn die

Großherzogliche Regierung zustimme. Wegen des Punktes unter 2 solle Hofmann vertraulich zu erfahren suchen, ob Preußen geneigt sei, Hessen eine Gebietsvergrößerung zuzugestehen, welche dasselbe in den Stand setze, die enorme Mehrausgabe zu bestreiten. Es könne dies entweder durch Abtretung eines Stückes vom Elsaß, sei es mit, sei es ohne Landeshoheit, oder so geschehen, daß man Bayern die altpfälzischen Besitzungen auf dem rechten Rheinufer mit Heidelberg und Mannheim zurückgebe, Hessen die ehemals hessischen, jetzt bayerischen Landesteile auf dem linken Mainufer sowie den badischen Teil des Odenwaldes zuteile und Baden durch Erwerbungen im Elsaß entschädige. Der Großherzog sprach mir dann noch von der außerordentlichen Herzlichkeit, mit welcher ihn der König von Preußen in Berlin wie in Mainz behandelt habe. Er behauptete auch, Bismarck habe ihm in Mainz gesagt, er, Bismarck, habe gefürchtet, der Großherzog werde ihm die Ereignisse des Jahres 1866 nachtragen. Darauf habe er, der Großherzog, erwidert, das sei unmöglich. Bismarck habe ja nur als treuer Diener seines Herrn gehandelt und seine Pflicht getan. Endlich erzählte mir der Großherzog abermals, die Kronprinzessin von Preußen und die Prinzessin Alice hätten sich bei ihm unverhohlen sehr mißbilligend über den gegenwärtigen Krieg und die Eroberungen auf Kosten Frankreichs ausgesprochen. Die beiden Damen hätten sich ganz wie englische Prinzessinnen und im englischen Sinne geäußert. Der Großherzog war sehr liebenswürdig. Von dem Auftrage, den er einige Tage zuvor dem Prinzen Alexander gegeben hatte, mich zu fragen, ob ich nicht glaube, daß es nötig sei, meine Entlassung zu fordern, um die Sendung eines preußischen Generals nach Darmstadt mit entsprechendem Ansinnen zu vermeiden, war keine Rede.

8. Oktober.

Prinz Alexander sagte mir, der Großherzog, mit dem er den Inhalt unserer letzten Konversation besprochen, habe ihm versichert, daß er, der Großherzog, gar keinen bestimmten speziellen Grund habe, anzunehmen, Preußen werde eine unangenehme Pression behufs meiner Entlassung ausüben. Ich erwiderte, daß ich hiernach und nach dem Empfang, den mir der Großherzog gestern habe zuteil werden lassen, und mit Rücksicht auf die dienstlichen Aufträge, die er mir erteilt habe, diesen Gegenstand vorerst als erledigt betrachten müsse. — Ich sprach mich dann mißbilligend über die enorme Zahl von Eisernen Kreuzen aus, welche an die Division, namentlich an fast alle Offiziere verliehen worden seien, wodurch der Wert dieses Ordens selbstverständlich sinken müsse. Der ganze Stab des Prinzen Ludwig, Westerweller, Prinz Wilhelm, Rittmeister v. Rabenau usw., die nichts getan hätten, als im feindlichen Feuer stehen, seien mit dem Eisernen Kreuze dekoriert. Danach könnte jeder gemeine Soldat, der nicht weggelaufen sei, das nämliche beanspruchen. Ich fand auch die Verleihung der II. Klasse des russischen Georgenordens an den Prinzen Ludwig übertrieben. Prinz Alexander war damit sehr einverstanden.

9. Oktober.

Ich schrieb morgens eine lange Depesche an den Gesandten Hofmann, betreffend die Modalitäten des Eintritts der zwei diesseits mainischen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund.

13. Oktober.

Um 12 Uhr fuhr ich zum Baron Thüngen. Ich las demselben einen Bericht des Gesandten v. Breidenbach über die Verhandlungen zwischen Preußen und Bayern wegen Eintritts des letzteren in den Nordbund vor, und sprach ihm von meiner dem Gesandten Hofmann wegen dieser Angelegenheit erteilten Instruktion.

15. Oktober.

Um $3^1/_2$ Uhr empfing ich den Geheimen Rat Kritzler und besprach mit ihm einen Antrag, den der Abgeordnete Curtmann zu Friedberg gegen den Eintritt der südlichen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund stellen wollte, und den ich weder sach- noch zeitgemäß fand.

17. Oktober.

Um 12 Uhr hatte ich auf dem Ministerium des Innern eine Beratung mit den Ministern v. Schenk und v. Lindelof, dem Geheimen Rat v. Bechtold, dem Geheimen Staatsrat Frank, dem Geheimen Rat v. Biegeleben und dem Ministerialrat Neidhardt über die Frage vom Eintritte des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund. Es wurde beschlossen, einen diesen Eintritt befürwortenden Bericht an den Großherzog zu erstatten,[1]) da es nicht länger möglich sei, Preußen Widerstand zu leisten.

18. Oktober.

Ich empfing morgens vom Großherzoge die Genehmigung zu Verhandlungen mit Preußen wegen Eintrittes der beiden südlichen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund.

20. Oktober.

Morgens erteilte ich dem Gesandten Hofmann den telegraphischen Auftrag, bei dem Bundeskanzleramt in Berlin anzufragen, ob es dem Bundeskanzler genehm sei, wenn ich in das Hauptquartier von Paris käme, um dort, wie die übrigen Minister der süddeutschen Staaten, wegen des Anschlusses an den Norddeutschen Bund zu verhandeln.

21. Oktober.

Bald nach meiner Rückkehr erschien Herr v. Wentzel abermals und brachte mir ein Telegramm aus dem Hauptquartier in Versailles, wonach

[1]) Siehe Anlage 10.

die Absendung diesseitiger Kommissäre dahin zur Verhandlung über den Anschluß Südhessens an den Norddeutschen Bund genehmigt und der Wunsch ausgesprochen wird, der Gesandte Hofmann möge zum Kommissär ernannt werden. Ich bat Herrn v. Wentzel zurückzutelegraphieren, daß ich selbst kommen und Herr Hofmann mich begleiten würde.

22. Oktober.

Ich schrieb morgens zehn Seiten an den Gesandten v. Gagern nach Wien.

Um 3 Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel und teilte mir ein Telegramm aus Versailles mit, wonach man dort die Ausfertigung besonderer Vollmachten für mich und den Gesandten Hofmann zu Verhandlungen für nötig hält.

24. Oktober.

Um 11¼ Uhr reiste ich mit meinen beiden Begleitern Hofmann und Rothe[1]) über Mannheim, Ludwigshafen und Weißenburg bis Zabern, wo der Zug die Nacht hindurch blieb. In der Stadt war kein Unterkommen mehr zu finden. Wir durchwanderten die Straßen in strömendem Regen, einen Eisenbahnbediensteten mit der Laterne voraus, und wurden überall abgewiesen. Der Vorsaal war mit spielenden und rauchenden polnischen Landwehrmännern, Reisenden und Krankenpflegerinnen überfüllt. Wir waren deshalb genötigt, in einem Eisenbahnwaggon zu übernachten, der auch schon mit Menschen besetzt war und in welchem wir uns mit Mühe Plätze verschafften.

25. Oktober.

Morgens 6 Uhr ging es per Eisenbahn weiter nach Nancy, wo wir frühstückten, und dann weiter nach Toul. Von Toul ging es nach Epernay. Von Epernay fuhren wir über Chateau Thierry nach Nanteuil, wo die Eisenbahn aufhört, indem die Franzosen den dortigen Tunnel gesprengt haben. In Nanteuil übernachteten wir. Der Etappenkommandant, Hauptmann Eckhardt, ein geborener Frankfurter, hatte uns im Hause eines 78jährigen Franzosen, der wegen seines hohen Alters und seiner Gebrechlichkeit nicht, wie seine übrigen Landsleute, hatte flüchten können, eine recht komfortable Wohnung bereitet. Das Haus war eine ganz französisch eingerichtete Villa. Ich schlief im Salon, der die Aussicht in einen schön angelegten und sorgfältig unterhaltenen Garten hat. Gleich nach unserer Ankunft soupierten wir mit dem Hauseigentümer, der unter dem ersten Kaiserreich im Regiment der Lanciers rouges gedient und die Schlacht von Waterloo mitgemacht hat.

26. Oktober.

Morgens 7½ Uhr fuhren wir in einer hübschen gedeckten Kalesche mit Postpferden, die uns ohne Vergütung zur Disposition gestellt waren, nach

[1]) Karl Rothe, 1840—1906; war seit 1866 beim Sekretariat des Ministeriums des Äußern beschäftigt, wurde 1898 hessischer Staatsminister.

Meaux ... Wir kamen endlich abends 6½ Uhr in strömendem Regen nach Versailles, wo wir im Hôtel des Reservoirs abstiegen. Nachdem wir Toilette gemacht hatten, gingen wir in das Restaurant des Hotels, in dessen großem Saal eine sehr zahlreiche Gesellschaft versammelt war. Die Offiziere der Garnison hatten den Geburtstag des Generals Grafen Moltke gefeiert. Der Kronprinz von Preußen, der Herzog von Koburg, der Herzog von Augustenburg und eine Menge Militärs von allen deutschen Kontingenten waren anwesend. Später unterhielt ich mich lange mit dem bayerischen Minister Grafen Bray und dem bayerischen Kriegsminister Baron Prankh.[1]) Der letztere sagte mir, daß Bayern nur durch das Drängen der öffentlichen Meinung in die Lage versetzt worden sei, mit Preußen wegen eines Bundesverhältnisses zu unterhandeln. Baron Prankh klagte vertraulich über seinen König und den König von Württemberg. Die Württemberger hätten sich ganz unaufgefordert in die bayerischen Verhandlungen mit Preußen eingedrängt. Von einer ursprünglichen Absicht, sich an Preußen und den Nordbund anzuschließen, sei keine Rede gewesen, aber man habe allmählich dem Drucke der herrschenden Parteien nachgegeben. Auch jetzt werde man sich auf ein Minimum von Konzessionen beschränken, namentlich die Selbständigkeit im Militärwesen aufrecht erhalten. Ich bemerkte, daß die ersten Schritte unvermeidlich weiterführten. Dem Grafen Bray warf ich vor, daß er nicht bei Beginn des dermaligen Krieges, als von Preußen bayerische Hilfe beansprucht worden sei, sich die Rückgabe der alten Pfalz ausbedungen habe. Graf Bray meinte, Preußen würde sich dazu nicht verstanden haben, was ich bestritt.

27. Oktober.

Morgens 10 Uhr begab ich mich mit den Herren Hofmann und Rothe auf die Kommandantur im Hotel de France, wo wir dem Kommandanten von Versailles, General v. Voigts-Rheetz, unsere Karten ließen. Dann begaben wir uns in Begleitung eines Feldpolizeileutnants nach der für uns reservierten Wohnung im Hause der Vicomtesse de Masin, Boulevard du Roi 1, um diese Wohnung einzusehen und in Besitz zu nehmen ... Nachdem dies erledigt war, machten wir dem Grafen Bismarck, dem Minister Delbrück, dem Legationsrat v. Keudell, dem Obersthofmarschall Grafen Pückler und dem Hofmarschall Grafen Perponcher (die beiden letzteren in der vom Könige Wilhelm bewohnten Präfektur installiert) unsere Besuche. Wir ließen überall Karten, da niemand empfing. Herr v. Keudell kam gerade in das Hotel des Grafen Bismarck, als wir aus demselben weggingen, und ich sprach eine Zeitlang mit ihm über die Art, Elsaß und Lothringen zu organisieren.

Léon de Bussière klagte natürlich bitter über die Lage Frankreichs, gab auch zu, daß man Elsaß und Lothringen von Frankreich trennen könne, meinte aber, daß man eine unabhängige neutrale Republik daraus machen müsse, statt eines Königreiches unter preußischem Einfluß oder gar einer preußischen

[1]) Siegmund Freiherr v. Prankh, 1821—1888.

oder badischen Provinz. Die neue Republik könne sich mit der Schweiz vereinigen. Das Elsaß sei durch und durch französisch und demokratisch, und wenn man es zwinge, deutsch zu werden, so werde es stets Abgeordnete der äußersten Linken nach Berlin senden. Die Festungen Metz, Straßburg usw. könne man schleifen.

Bei der Nachhausekunft fand ich für mich und Herrn Hofmann eine Einladung zur königlichen Tafel auf 4 Uhr. Wir fuhren in das prachtvolle Präfekturgebäude, wo der König wohnt. Das Diner war zahlreich. Außer uns waren nur Militärs da. Der König sprach zweimal vor und nach der Tafel mit mir. Er erzählte mir, daß Prinz Ludwig das Eiserne Kreuz I. Klasse erhalten habe. Wir sprachen dann von der Lage Frankreichs. Ich sagte, das Unglück dieses Landes sei der Mangel einer legitimen Dynastie. Im Jahre 1807 habe sich in Preußen das ganze Volk um sein angestammtes Königshaus wie um seine Fahne gesammelt und durch diesen Einheitspunkt die Kraft gefunden, das fremde Joch abzuschütteln und zu einer vorher nicht gekannten Größe zu gelangen. Der König gab mir recht und setzte hinzu, als er durch Varennes gekommen, habe er zu den Herren seiner Begleitung gesagt: Hier hat das Unglück Frankreichs angefangen. — Ich erinnerte den König auch daran, daß er mir einst in Baden das große königliche Wort gesagt habe: „Ich will überall sein, wo es gilt, die Grenzen Deutschlands zu verteidigen." — „Und wie," bemerkte ich weiter, „haben Eure Majestät dieses Wort in Erfüllung gebracht!" Der König nahm meine Worte wohlgefällig auf und sprach von dem Danke, den man Gott schulde. — Der Kronprinz sagte mir ein paar kurze Worte über die Geburt des zweiten Sohnes des Prinzen Ludwig. Prinz Adalbert,[1]) mit dem ich beim Eintritt in die Präfektur zusammentraf, gab mir nur die Hand. Dagegen hatte ich eine lange politische Unterhaltung mit dem Prinzen Carl[2]) von Preußen, der mir im Laufe des Gesprächs lebhaft die Hand drückte mit den Worten: „Wir verstehen uns." Auch der Großherzog von Weimar[3]) und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin[4]) sprachen mit mir. Ich machte nach der Tafel die Bekanntschaft des Generals Grafen Moltke und des Kriegsministers v. Roon, sowie des Kommandanten von Versailles, Generals v. Voigts-Rheetz. Der König trank während der Tafel auf das Wohl des Prinzen Friedrich Carl, des Siegers von Metz. Es war nämlich am Morgen die Nachricht eingetroffen, daß Metz sich mit einer Besatzung von 150000 Mann ergeben habe.

29. Oktober.

Wir (Hofmann und ich) besprachen mit dem Grafen Bray den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund, die Frage von den dadurch vermehrten

[1]) von Preußen, 1811—1873, Sohn des Prinzen Wilhelm, jüngsten Bruders Friedrich Wilhelms III.

[2]) 1801—1883, Bruder Wilhelms I.

[3]) Karl Alexander, 1818—1901, Bruder der Kaiserin Augusta.

[4]) Friedrich Franz (III.), 1851—1897.

Ausgaben und endlich den Vorschlag des Herrn Hofmann, im Norddeutschen Bunde neben dem Reichstage ein Staatenhaus zu gründen.

Wir gaben uns alle Mühe, den Grafen Bray für dieses Projekt, sowie für den, wenn auch nur bedingten Eintritt in den Norddeutschen Bund günstig zu stimmen. — Um 12½ Uhr gingen wir mit Herrn Rothe zum Frühstück in das Restaurant des Reservoirs. Dort kam sogleich der daselbst anwesende Prinz Luitpold von Bayern auf mich zu, drückte mir auf das herzlichste die Hand und begann dann ein leises vertrauliches Gespräch, worin er sich entschieden gegen den Eintritt Bayerns in den Nordbund äußerte.

Prinz Luitpold billigte sehr, daß ich unter den dermaligen veränderten Umständen dennoch auf meinem Posten geblieben sei und den Großherzog nicht verlassen habe. Endlich trug er mir, unter wiederholten herzlichen Händedrücken, viele Grüße an den Großherzog auf. Bald nach ihm, während ich mit Hofmann und Rothe frühstückte, kamen der Herzog von Koburg mit dem Herzog von Augustenburg, setzten sich höchst liebenswürdig und mit Shakehands zu uns und fingen, jeder getrennt, mit uns von Politik zu reden an. Der Herzog von Augustenburg sprach mir mit Bitterkeit von seiner Behandlung durch Preußen. Der Herzog von Koburg war schlecht auf Bayern und dessen Zähigkeit bei den Verhandlungen wegen Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu sprechen. Er versicherte, Bismarck habe oft die größte Not mit seinem Könige, der vom deutschen Standpunkte nichts wissen wolle und der förmlich grob geworden sei, als man ihm die Annahme der deutschen Kaiserkrone vorgeschlagen habe. In Nikolsburg sei Bismarck in Tränen ausgebrochen, als ihm der Herzog erzählt habe, der König Wilhelm wolle durchaus ein Stück von Böhmen annektieren, dagegen von einem Norddeutschen Bunde nichts wissen. Der Kronprinz denke darin ganz anders. Mit diesem sei zu reden. Er werde für Verbesserungen der norddeutschen Bundesverfassung empfänglich sein, namentlich für die Idee der Bildung eines Staatenhauses. Dann werde auch Graf Bismarck, welcher jetzt nur die Ansichten seines Königs vertrete, für vernünftige Vorschläge zugänglicher werden. Bismarck hänge an seinem Posten und werde sich den kronprinzlichen Ansichten fügen. Der Herzog bat mich, mit dem Kronprinzen zu reden. Ich entgegnete, daß es mir scheine, als ob ich nicht so hoch in der Gunst dieses Herrn stünde, um mir einen solchen Schritt erlauben zu dürfen. Aber der Herzog bestand auf seinem Rate. Schließlich lobte er sehr den jungen König Ludwig von Bayern, welcher durch seinen persönlichen Willen den Widerstand der bayerischen Kammer paralysiert und Bayern zur Teilnahme am dermaligen Kriege gebracht habe.

... Um 8 Uhr besuchte uns der Minister Delbrück. Derselbe hatte bei der Fassung unserer Vollmachten Bedenken, weil darin stand, daß wir gemeinsam mit den übrigen süddeutschen Staaten wegen des Eintrittes in den Norddeutschen Bund verhandeln sollten. Ich erledigte dieses Bedenken durch die Erklärung, daß wir auch separat zu verhandeln berechtigt und bereit seien.

30. Oktober.

Morgens 11 Uhr hatte ich einen langen Besuch des Herzogs Friedrich von Augustenburg, der mir von seinen Ansprüchen auf die Elbherzogtümer sprach und versicherte, daß er allen sukzessiv gesteigerten Forderungen Preußens nachgegeben und daß nur Bismarck im letzten Augenblick die Wegnahme Schleswig-Holsteins durch Preußen durchgesetzt habe. Mit dem Kronprinzen von Preußen stehe er, der Herzog, auf dem besten Fuße, aber der Kronprinz habe nicht Einfluß genug besessen, um das Unrecht zu hindern.

31. Oktober.

Morgens 11 Uhr fuhr ich zu Léon de Bussière. Wir sprachen Politik, wobei Léon wiederholt darauf beharrte, man solle aus Elsaß und Lothringen ein neutrales Land, etwa als Teil der Schweiz und mit republikanischer Staatsform, machen. Ein Königreich Elsaß-Lothringen, namentlich mit einem Hohenzollern an der Spitze, würde bei den Elsässern die größte Erbitterung erregen. Wir gingen dann in das Restaurant des Reservoirs, wohin Herr Hofmann später nachkam. Einige Zeit nachher erschien dort auch der sächsische Minister v. Friesen mit dem Regierungsrat v. Watzdorf. Wir besprachen die Situation, insbesondere die Frage, ob Bayern nicht für seinen Eintritt in den Norddeutschen Bund gewisse Bedingungen in bezug auf die Reform der norddeutschen Bundesverfassung, namentlich die Forderung der Bildung eines Staatenhauses, stellen sollte, wobei wir dasselbe unterstützen würden. Baron Friesen war damit einverstanden, und ich übernahm es, mit den im Saale anwesenden bayerischen Ministern v. Lutz und v. Pranckh darüber zu reden. Ich tat dies sogleich, und es wurde für den folgenden Morgen eine vertrauliche Besprechung der bayerischen, sächsischen und hessischen Bevollmächtigten in der Wohnung des Grafen Bray verabredet. Baron Roggenbach, der frühere badische Minister, kam zu uns. Wir sprachen über die Möglichkeit einer Reform des Norddeutschen Bundes in unserem Sinne, und Baron Roggenbach erklärte sich damit vollkommen einverstanden.

Abends 7 Uhr dinierte ich mit Herrn Hofmann bei dem Kronprinzen von Preußen. Der Kronprinz sprach mir vor der Tafel von unserer Fahrt von Mainz nach Köln im Jahre 1858 aus Anlaß der Eröffnung der Rheinischen Eisenbahn. Nach dem Diner unterhielt er sich lange mit mir über die deutsche Frage. Ich entwickelte ihm meine Ansichten von der Notwendigkeit der Bildung eines Staatenhauses im Norddeutschen Bunde, und er schien damit einverstanden. Ich sagte ihm auch, daß ich am folgenden Morgen unter Zuziehung des Herrn v. Friesen und des Herrn Hofmann eine Konferenz mit den bayerischen Ministern haben würde, um dieselben für den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund und für die Idee der Bildung eines Staatenhauses zu gewinnen.

1. November.

Um 10 Uhr begab ich mich mit Herrn Hofmann in die Wohnung des Grafen Bray zu einer Konferenz, der außer uns noch die Minister v. Lutz und v. Prankh und der sächsische Minister v. Friesen beiwohnten. Der letztere kam etwas verspätet, weil ihn Minister Delbrück besucht hatte. Minister v. Lutz entwickelte uns zunächst den bayerischen Standpunkt. Er bemerkte, daß Bayern anfangs an eine Reform der norddeutschen Bundesakte gedacht und erst später, nachdem Minister Delbrück in München bestimmt erklärt habe, daß Preußen sich auf keine Konzessionen in bezug auf seine Rechte im Norddeutschen Bunde einlasse, sich auf eine Reihe untergeordneter Forderungen und Vorbehalte für den Fall seines Eintrittes in den Norddeutschen Bund habe beschränken müssen. Ich bemühte mich, den bayerischen Herren die Notwendigkeit der Errichtung eines Staatenhauses im Norddeutschen Bunde zu entwickeln mit dem Ersuchen, diese Forderung den übrigen bayerischerseits bereits gestellten hinzuzufügen. Graf Bray sprach die Besorgnis aus, daß ein solches Staatenhaus zum Einheitsstaat führe. Ich erwiderte, daß ich gerade das Gegenteil für richtig hielte.[1]) Baron Prankh sagte gar nichts. Baron Friesen und ich machten noch darauf aufmerksam, daß Bayerns Stellung später unhaltbar sein werde, wenn es nicht gleich jetzt unter guten Bedingungen abschließe. Es wurde noch über die einzelnen, bis jetzt von Bayern gestellten Forderungen, sowie über die Frage gesprochen, ob Preußen der Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund erwünscht sei oder nicht. Schließlich trennte man sich, ohne eigentlich zu einer Verständigung gelangt zu sein. — Um 4¾ Uhr waren wir wieder zu Hause. Ich berichtete an den Großherzog über die Verhandlung des heutigen Morgens. Ich machte die Bekanntschaft des Grafen Solms-Sonnenwalde,[2]) früheren preußischen Botschaftssekretärs und zeitweise Geschäftsträgers in Paris, der mir ausführlich von seiner Teilnahme an den Verhandlungen sprach, die dem dermaligen Kriege vorausgegangen waren. Er versichert, daß Graf Bismarck diesen Krieg nicht nur nicht gewollt, sondern auch nicht einmal an denselben geglaubt habe. Er, Solms, habe sogar, als er über die Unvermeidlichkeit des Krieges und die französischen Vorbereitungen dazu nach Berlin berichtet habe, dafür eine Nase bekommen. Wäre übrigens Baron Werther, der damals kaum seinen Pariser Posten angetreten gehabt, etwas terrainkundiger gewesen, so würde derselbe vielleicht den persönlich zum Frieden geneigten, aber unentschlossenen Kaiser Napoleon durch ein freundliches Wort vom Kriege haben abhalten können.

2. November.

Der Geheime Legationsrat Hofmann hatte abends 6 Uhr Audienz bei dem Kronprinzen von Preußen. Er las dem Prinzen, meinem Rate ent-

[1]) Vgl. Anlage 14.

[2]) Clemens Eberhard Theodor, später deutscher Botschafter in Madrid.

sprechend, die von ihm verfaßten Notizen über unsere gestrige Konferenz mit den bayerischen Ministern vor. Der Kronprinz erbat sich Abschrift davon zu ganz vertraulicher Kenntnisnahme.

3. November.

Aus Paris war die Nachricht gekommen, daß General Trochu[1]) und andere Mitglieder der provisorischen Regierung von dem Volke verhaftet worden und Männer der extremsten Richtung an die Spitze gestellt worden seien. — Roggenbach klagte über den Einfluß, den der Herzog von Koburg auf den Kronprinzen von Preußen habe. Der Herzog habe die Idee, ein ganz aristokratisch komponiertes Fürstenhaus, statt eines populären Staatenhauses, in den Norddeutschen Bund einschieben zu wollen. Roggenbach sprach sich über die Nationalliberalen, die sich nicht über die Sphäre der erbärmlichen norddeutschen Bundesverfassung erheben könnten, insbesondere über die badischen Minister, die keine andere Idee hätten, als pure in den Norddeutschen Bund einzutreten, und in Konzessionen soweit gingen, daß die preußischen Minister sich genötigt sähen, mit ihnen die Rollen zu tauschen und die badischen Interessen zu wahren, sehr wegwerfend aus. Er versicherte, der Kronprinz von Preußen sei sehr entschieden für eine Verbesserung der norddeutschen Bundesverfassung, die der Prinz ebenfalls für höchst mangelhaft halte, weil sie gar keine Bundesverfassung sei. Ich erzählte nun Herrn v. Roggenbach von meiner Korrespondenz mit dem Prinzen Ludwig im Jahre 1867 und den damit zusammenhängenden Bemühungen des Kronprinzen, Südhessen in den Norddeutschen Bund zu bringen, Bemühungen, welche mit der von Herrn v. Roggenbach erwähnten dermaligen Auffassung des Prinzen in Widerspruch ständen. — Über die hessischen Deputierten im Reichstage sprach Herr v. Roggenbach geringschätzig.

4. November.

Um 12³/₄ Uhr frühstückte ich mit den Herren Hofmann und Rothe im Restaurant des Reservoirs. Minister v. Roggenbach, Ministerialrat Samwer[2]) und der Herzog Friedrich von Augustenburg setzten sich abwechselnd zu uns. Die Mission des Herrn Thiers, der in einem Nebenzimmer des Restaurants mit mehreren Franzosen frühstückte und der am Nachmittage mit dem Grafen Bismarck konferieren soll, wurde besprochen. — Herr v. Friesen war, ebenso wie ich, der Ansicht, es sei höchst bedauerlich, daß von Bayern, Württemberg und Baden der gegenwärtige Moment versäumt werde, um Verbesserungen in der norddeutschen Bundesverfassung durchzusetzen.

---

[1]) Louis Jules, 1815—1896; war 1859 Divisionsgeneral, 1870 Gouverneur von Paris.

[2]) Karl Friedrich Lucian, 1819—1882; 1850 Professor in Kiel, 1859 Mitglied des Staatsministeriums in Gotha, 1863—1866 im Dienst Herzog Friedrichs von Augustenburg.

5. November.

Mittags 12½ Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu einer Konferenz bei dem Grafen Bismarck, zu der sämtliche in Versailles anwesenden deutschen Minister, einschließlich des Herrn Delbrück, eingeladen waren. Graf Bismarck teilte uns zunächst den Inhalt der in den letzten Tagen von ihm mit dem Herrn Thiers gepflogenen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit. Er erzählte, daß er in drei Tagen 18 Stunden lang mit Thiers habe sprechen müssen, weil derselbe stets an dem auf die letzte Konversation folgenden Tage wieder auf das zurückgekommen sei, was man am Tage zuvor bereits durchgesprochen habe. Bismarck erzählte ferner, er habe Herrn Thiers die Verwendung von Turkos gegen Deutschland vorgeworfen, und dieser habe erwidert: „Mais n'avez-vous donc pas vos Hulans?" Offenbar habe Thiers die Ulanen für eine wilde Völkerschaft gehalten. Thiers spreche durchaus keine andere Sprache als seine Muttersprache, die französische, was die Verhandlungen mit ihm etwas erschwere. Thiers habe zunächst einen Waffenstillstand von 25 Tagen verlangt. Währenddessen sollte Paris mit einer gewissen, speziell berechneten, ungeheuren Quantität von Lebensmitteln aller Art, z. B. 36000 Ochsen, durch die deutsche Armee selbst verproviantiert werden. Außerdem sollten die gegenseitigen Truppenteile genau da stehenbleiben, wo sie zur Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes ständen. Während dieser Zeit sollten die Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung in Frankreich vorgenommen werden. Er, Bismarck, habe diese Basis als eine ganz unannehmbare bezeichnet. So etwas könnte Frankreich nur fordern, wenn es eine Armee vor den Toren von Berlin hätte. Ferner habe Thiers die Teilnahme von Elsaß und Lothringen an den allgemeinen Wahlen verlangt. Über diesen Punkt und unter welchen Modifikationen (etwa durch Absendung der bisherigen Deputierten) derselbe zuzugestehen sei, habe man sich Verständigung vorbehalten. Endlich habe er, Bismarck, eine Kriegsentschädigung von 4 Milliarden Franken begehrt, das Doppelte des französischen Budgets für ein Jahr. Darüber sei Herr Thiers vor Schrecken fast vom Stuhle gefallen. Graf Bismarck zeigte uns eine Landkarte von Frankreich, auf welcher die deutsche und französische Sprachgrenze mit Farben eingetragen war, und fragte, was wir von den von Frankreich zu verlangenden Territorialabtretungen hielten. Niemand fand gegen die Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens etwas zu erinnern. Graf Bray sagte mir indessen später, daß er eine Losreißung der Festung Metz von Frankreich für bedenklich halte, weil man dann einen von Feindesland umgebenen vorgeschobenen Posten haben werde, und weil in solchem Falle gar kein Grund mehr vorliege, nicht noch weitere Gebietsabtretungen zu fordern. Graf Bray schien überhaupt jeder Abtrennung französischen Gebietes mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerungen abgeneigt zu sein. Die jetzigen Machthaber in Paris waren vor wenigen Tagen von einer Volkszusammenrottung im „Hotel de Ville" verhaftet, mißhandelt und einen Tag lang eingesperrt gehalten worden. Der Volkshaufe hatte eine andere Regierung aus den ex-

tremsten Roten, wie Ledru-Rollin,[1]) Flourens usw. installiert. Dann aber waren Nationalgarden in das „Hotel de Ville" eingedrungen, hatten die Mitglieder der neuen Regierung verjagt und die alte Regierung wieder hergestellt. Mit Bezug auf dieses ganz frische Ereignis hatte Graf Bismarck den Herrn Thiers gefragt, ob denn die jetzige französische Regierung in der Lage sei, einen Vertrag abzuschließen, und Thiers hatte geantwortet, daß „le gouvernement actuel fut plus solide que jamais". Herr Thiers hatte schließlich zugestanden, Waffenstillstand und Friedensschluß nicht in zwei Akten, sondern d'emblée zustande zu bringen, nachdem Graf Bismarck ihm gesagt hatte, daß man den ersten Akt nicht aufführen könne, ohne über den Verlauf des zweiten vorher im reinen zu sein. Herr Thiers war am Nachmittag nochmals in einem Hause am Seineufer, aber nicht in Paris selbst, mit einigen politischen Notabilitäten, Mitgliedern des Verteidigungskomitees, zur Besprechung zusammengetreten. Nach dem Ergebnisse sollten die Besprechungen mit dem Grafen Bismarck fortgesetzt werden. Der letztere erzählte uns noch weiter, Herr Thiers sei sehr erschrocken, als er demselben gesagt habe, daß die preußische Armee noch bis in den Februar k.J. verproviantiert sei. Thiers habe gerufen: „Grand dieu, et nous n'avons que pour 15 jours à vivre." Ferner bemerkte Bismarck, Thiers habe behauptet, bei den verschiedenen Gefechten verlören die Preußen stets mehr als die Franzosen. Er, Bismarck, habe ihm das Gegenteil nachgewiesen. „Freilich," fuhr Bismarck fort, „ist es begreiflich, daß wir bei der unzweckmäßigen Tapferkeit unserer Offiziere, und wenn Obersten über vom Feinde besetzte Gartenmauern klettern, mehr Verluste haben, als nötig." — Nachdem Graf Bismarck seine Mitteilungen über die Verhandlungen mit Herrn Thiers beendet hatte, die offenbar darauf berechnet waren, dem letzteren sagen zu können, daß die anwesenden deutschen Minister es unmöglich machten, mildere Bedingungen zu stellen, ging Bismarck auf sein Hauptthema über. Er sagte uns nämlich, Seine Majestät der König, sein Allergnädigster Herr, lege großen Wert darauf, daß demnächst das Friedensinstrument von sämtlichen verbündeten deutschen Fürsten, gewissermaßen mit dem Degenknopf, unterzeichnet werde. Es sei dies ein würdigeres Verfahren, als eine bloße Unterzeichnung durch den König, gebe dem Auslande ein schlagendes Beispiel der deutschen Einigkeit und werde im deutschen Volke den besten Eindruck machen. Der König Wilhelm werde an sämtliche deutsche Fürsten Einladungsschreiben erlassen. Er, Bismarck, ersuche aber die anwesenden Minister, einstweilen bei ihren resp. Souveränen anzufragen, ob sie einer solchen Einladung Folge leisten würden. Auch bitte er, daß die Fürsten sich über den Zeitpunkt ihres Erscheinens aussprechen möchten. Die Anwesenden erwiderten, daß dieser Zeitpunkt nur von Preußen mit Rücksicht auf die obschwebenden Friedensverhandlungen vorgeschlagen werden könne, daß man aber über die fragliche Einladung sofort berichten werde ...

[1]) War 1841 Deputierter der äußersten Linken und kehrte 1870 nach langjährigem Exil aus England zurück; 1871 wurde er in die Nationalversammlung gewählt.

Ich erstattete dem Großherzog Bericht, in dem ich um Genehmigung des von mir und Herrn Hofmann zu stellenden Antrages wegen Bildung eines Staatenhauses[1]) bat.

6. November.

Morgens 10 Uhr ging ich mit den Herren Hofmann und Rothe in die Schloßkirche zum evangelischen Gottesdienste, dem der König und der Kronprinz von Preußen, die in Versailles anwesenden Fürsten und Prinzen, sowie der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und eine Masse Offiziere und Soldaten beiwohnten. Die Musik, von militärischen Musikern und Sängern ausgeführt, war sehr schön, namentlich machte das Lied „Ein' feste Burg ist unser Gott" mit Posaunenbegleitung einen überwältigenden Eindruck.

Um 1 Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu einer Konferenz bei dem Minister Delbrück, der außer uns der württembergische Minister Mittnacht, die badischen Minister Jolly[2]) und v. Freydorf und der sächsische Minister v. Friesen beiwohnten. Man durchging und beriet den Entwurf einer neuen deutschen Bundesverfassung, die im wesentlichen der norddeutschen Bundesverfassung entspricht. Die badischen und württembergischen Minister gingen dabei in Konzessionen an die Bundesgewalt und Verzicht auf ihre partikularen Interessen weiter, als es sogar Preußen erwünscht war. Die Sitzung dauerte bis 5 Uhr.

9. November.

Um 11¼ Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu dem sächsischen Minister v. Friesen, mit dem wir die Fassung des Schlußprotokolles zum neuen Bundesvertrag besprachen. Baron Friesen erzählte uns, daß die bayerischen Bevollmächtigten heute wieder mit dem Minister Delbrück verhandelten. Ihre Instruktionen gingen dahin, zu bewirken, daß Preußen mit Württemberg, Baden und Hessen wegen deren Eintrittes in den Norddeutschen Bund abschließe und dann mit Bayern einen weiteren Bund verabrede, so daß Bayern nur für gewisse Gegenstände an den Verhandlungen des Reichstages teilnehme. Außerdem sei der König von Bayern bereit, dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzubieten.

10. November.

Nach dem Frühstück konferierte ich mit Herrn Hofmann über den Inhalt eines Zirkulars des Ministers Delbrück, welches ich am Abende zuvor empfangen hatte, und welches den Entwurf des Vertrages wegen Beitritt zum Norddeutschen Bunde, des Schlußprotokolles und einzelner dazu gemachter Bemerkungen enthielt ...

[1]) Vgl. Anlage 14.

[2]) Julius, 1823—1891; 1866 badischer Minister des Innern, 1868—1876 Ministerpräsident.

Herr Hofmann dechiffrierte den früher eingetroffenen chiffrierten Brief des Herrn Neidhardt und ein chiffriertes Telegramm des nämlichen von gestern. Beides betraf die dem Großherzog zugedachte Einladung nach Versailles, welche derselbe annimmt. Um 4 Uhr besuchte uns Minister Delbrück. Wir besprachen unsere Bemerkungen zu seinem Entwurfe, sowie unseren Antrag wegen Bildung eines Staatenhauses im Norddeutschen Bunde. Ich teilte auch Herrn Delbrück die Bereitwilligkeit des Großherzogs, einer Einladung nach Versailles Folge zu leisten, mit, unter der Voraussetzung, daß Seine Königliche Hoheit nicht zu Pferde zu steigen brauche, um dem etwaigen Einzuge in Paris beizuwohnen. Ich bat, den Grafen Bismarck davon in Kenntnis zu setzen.

11. November.

Ich schrieb einen zwölf Seiten langen Brief an den Gesandten v. Gagern nach Wien, von dem ich ein Schreiben vorgefunden hatte, in welchem er, nach dem Eintritte des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund, seine Entlassung verlangt. Ich mahnte Gagern motiviert von diesem seinem Entschlusse ab. Später kam Herr v. Watzdorf und erzählte mir, daß er kürzlich den Grafen Bray gesprochen und daß dieser ihm gesagt habe, die bayerischen Minister hätten nunmehr Verabredungen mit dem Grafen Bismarck wegen des Eintrittes von Bayern in den Norddeutschen Bund getroffen. Bismarck habe ihnen für Bayern den Vorsitz in einem für die internationale Diplomatie zu bildenden Ausschusse des Bundesrates angeboten. Da aber diese Verabredungen von der Basis abwichen, auf welcher sie instruktionsmäßig zu verhandeln gehabt hätten, so seien sie genötigt, vorerst ihrem Könige in München Vortrag zu erstatten, um dann, im Falle Allerhöchster Genehmigung, in Berlin den Vertrag zum Abschluß zu bringen.

12. November.

Morgens 11 Uhr kam der sächsische Minister v. Friesen im Auftrage des Ministers Delbrück und besprach mit uns einige Anstände, die er bei den einzelnen diesseitigen Anträgen zum Schlußprotokolle gefunden hatte.

13. November.

Wir erfuhren, daß die beiden württembergischen Minister v. Suckow und Mittnacht nach Stuttgart zurückgereist seien, um persönlich Vortrag zu erstatten und Instruktionen einzuholen. Ich war darüber nicht sehr erbaut, da nun die Notwendigkeit vorlag, den Akzessionsvertrag mit dem Norddeutschen Bunde allein mit Baden zu unterzeichnen oder die desfallsigen Verhandlungen, wenn auch nur vorübergehend, zu sistieren.

14. November.

Um 11 Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu einer Sitzung bei dem Minister Delbrück, der die badischen Minister und Baron Friesen beiwohnten.

Unsere früheren Verabredungen über die Redaktion der neuen Bundesakte wurden definitiv festgestellt, auch der Entwurf des Schlußprotokolles vorgelegt und genehmigt.

15. November.

Um 1 Uhr begab ich mich zum Minister Delbrück, wohin Herr Hofmann bereits vorausgegangen war; außer Herrn v. Friesen und uns waren die badischen Minister anwesend. Erst nach vorausgegangener lebhafter Diskussion über den Inhalt des Art. 68 der neuen Bundesakte,[1]) und erst nachdem Minister Delbrück die Zusicherung gegeben hatte, daß jedes etwa anderen süddeutschen Staaten bezüglich der Fassung dieses Artikels gemacht werdende Zugeständnis auch Hessen und Baden zugut kommen solle, unterzeichneten wir und die Vertreter Badens das Protokoll, in welchem der Eintritt Hessens und Badens in den Norddeutschen, modo Deutschen, Bund erklärt wurde. Über unser Verlangen bezüglich des Art. 68 der Bundesakte und die entsprechende Erklärung des Ministers Delbrück wurde ein besonderes, vorerst vertrauliches Protokoll aufgenommen. Herr Delbrück war bei dieser Verhandlung in sichtbarer Verlegenheit. Er wehrte sich solange er konnte gegen ein wiederholtes Zugeständnis dessen, was Württemberg und uns in der ersten gemeinsamen Sitzung bezüglich jenes Artikels bereits zugestanden war. Er behauptete, daß er damals nur Württemberg allein vor Augen gehabt habe, und daß überdies durch die inzwischen erfolgte Abreise der württembergischen Minister alle denselben gemachten Konzessionen hinfällig geworden seien. Endlich, als wir und die badischen Minister nicht nachgaben, lief er zu dem in der Nähe wohnenden Grafen Bismarck und kam von da mit der Ermächtigung zurück, die von uns verlangte Zusicherung zu geben. Offenbar hatte Minister Delbrück in der ersten mit den württembergischen Ministern gemeinschaftlichen Sitzung mehr zugegeben, als dem Grafen Bismarck erwünscht war, und er hatte nun, wiewohl vergeblich, sein Nachgeben wieder rückgängig zu machen versucht. Nach beendigter Sitzung begaben wir uns zum Grafen Bismarck. Dort wurde der neue Bundesvertrag nebst Schlußprotokoll von diesem und uns, sowie von den badischen Ministern unterzeichnet und besiegelt. Graf Bismarck sah leidend aus. Er klagte über seine Gesundheit und sagte, „die Galle trete ihm zu leicht in das Blut. Ein Minister eines absoluten Herrschers sei in der angenehmen Lage, einfach die Befehle seines Herrn befolgen zu können. Ein konstitutioneller Minister dagegen, der seinen eigenen Überzeugungen Rechnung tragen müsse, gerate mitunter in Konflikte, welche die Gesundheit nicht förderten." Graf Bismarck sprach auch von den Ballons, die von Zeit zu Zeit in Paris losgelassen würden. Er erklärte, die Personen, die mit solchen Ballons Paris verließen, müßten als Spione betrachtet werden und würden erschossen, wenn es gelänge, sie abzufangen.

[1]) „Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären" usw.

16. November.

Um 1 Uhr machte ich mit Herrn Hofmann dem Baron Roggenbach einen Abschiedsbesuch. Roggenbach sprach uns von dem hochfahrenden Wesen Bismarcks, der gar keinen Widerspruch mehr ertrage und seinem Könige das Leben sauer mache.

Um 4 Uhr dinierte ich mit Herrn Hofmann bei dem Könige von Preußen. Derselbe war überaus liebenswürdig, drückte mir wiederholt die Hand, trug mir Grüße an den Großherzog und die Prinzessin Carl auf und wünschte mir Glück zu dem gestrigen Vertragsabschluß. Er sprach auch von der unvorsichtigen Reiselust seiner Schwiegertochter und der Prinzessin Alice, die schon wenige Wochen nach ihrer Niederkunft mit den neugeborenen Kindern reisten. Dafür würden sie auch vor der Zeit alt.

Abends 7 Uhr mußte ich mit Herrn Hofmann bei dem Kronprinzen von Preußen, also ein zweites Mal, dinieren. Ich saß bei der Tafel rechts neben dem Kronprinzen, der sehr herzlich war und mir beim Empfang und beim Abschiede warm die Hand drückte. Er erzählte mir während der Tafel, daß Rußland den Pariser Vertrag von 1856 gekündigt habe, und daß England sich dies schwerlich werde gefallen lassen. Rechts von mir saß der Chef des Generalstabes, Generalleutnant v. Blumenthal, ein kleiner, jovial aussehender Mann, der ein furchtbarer Franzosenfresser, speziell der Pariser, ist. Nach dem Diner kamen der Herzog von Koburg und der Herzog Friedrich von Augustenburg. Der erstere erzählte mir, daß er Memoiren schreibe und daß die Welt demnächst Merkwürdiges daraus erfahren würde, was er hinter den Kulissen gesehen habe. So sei z. B. die Geschichte des bekannten Orsiniattentates von der Pariser offiziösen Presse ganz verfälscht erzählt worden. Er, der Herzog, sei Zeuge dieses Attentates gewesen. Dasselbe sei von den eigenen Polizeiagenten des Kaisers Napoleon ausgegangen, und diesen fatalen Umstand habe die offiziöse Presse vertuschen müssen!!!

17. November.

Morgens 9 Uhr trat ich mit den Herren Hofmann und Rothe in einem großen preußischen Postwagen, der uns zur Verfügung gestellt war, die Rückreise an.

18. November.

Minister Delbrück war kurz vor Abgang des Zuges mit Postpferden von Versailles angekommen und setzte mit dem nämlichen Train wie wir, nur in einem abgesonderten Waggon, seine Reise nach Berlin fort. Zwischen Nancy und Straßburg setzte sich Minister Delbrück zu uns in unseren Waggon und teilte uns mit, daß er von Kehl ab den württembergischen Finanzminister erwarte, der sich ihm angekündigt habe, um unterwegs auf der Reise einige den Vertrag mit Württemberg betreffende Punkte mit ihm zu besprechen. Den Eintritt Bayerns in den neuen Deutschen Bund betrachtete Herr Delbrück als gewiß.

Darmstadt, 20. November.

Auf 10 Uhr morgens hatte ich Plenarsitzung anberaumt. Herr Hofmann referierte in derselben über die Versailler Verhandlungen und den Inhalt des neuen Bundesvertrages.

Ich referierte dem Großherzog, der mich sehr herzlich empfing, über meine Versailler Erlebnisse. Der Großherzog erzählte mir, daß die Prinzessin Alice und die Kronprinzessin von Preußen mehr als je über Bismarck schimpften, indem sie ihn für den Urheber der neuerdings erfolgten russischen Kündigung des Vertrages von 1856 und der daraus hervorgehenden Verwicklungen hielten.

23. November.

Morgens schrieb ich einen mit meinem Namen unterzeichneten Artikel für die „Darmstädter Zeitung“ [1]) als Antwort auf eine Korrespondenz des Hans Wachenhusen [2]) in der „Kölnischen Zeitung“, in der ich beschuldigt werde, mit dem Minister Rouher korrespondiert und demselben gesagt zu haben, daß die Franzosen in Deutschland mit offenen Armen empfangen werden würden.

1. Dezember.

Ich hatte um 3½ Uhr den Besuch des Abgeordneten Wernher, der mich bat, nächsten Montag der Zweiten Kammer persönlich den Vertrag mit Preußen wegen Eintrittes in den Norddeutschen Bund vorzulegen.

6. Dezember.

Der Großherzog hatte ein Schreiben des Königs von Bayern aus München und ein Telegramm des Großherzogs von Baden aus Versailles erhalten, worin er ersucht wurde, zu der Annahme des deutschen Kaisertitels durch den König von Preußen zuzustimmen. Ich entwarf die Antworten auf beider Ansinnen und sandte sie in das Schloß.

10. Dezember.

Um 4 Uhr besuchte mich Baron Thüngen. Ich ließ ihn den Brief seines Königs an den Großherzog wegen der Erhebung des Königs von Preußen zum Deutschen Kaiser lesen und bemerkte ihm, daß ich den Schritt seines Herrn rücksichtslos und übereilt gefunden hätte. Rücksichtslos, weil er die Antwort der Fürsten, an die er geschrieben, nicht abgewartet habe, um seinen Vorschlag in Versailles zu machen, übereilt, weil die Verträge wegen Bildung eines Deutschen Bundes von den Kammern der Einzelstaaten noch gar nicht genehmigt seien, also die erste Bedingung für Herstellung der deutschen Kaiserwürde noch fehle. Baron Thüngen war damit einverstanden und meinte, der Schritt seines Königs entspreche in keiner Weise demjenigen, was Bayern im gegenwärtigen Kriege geleistet habe.

[1]) Siehe Anlage 15.

[2]) Schriftsteller und bekannter Kriegskorrespondent.

12. Dezember.

Um 12½ Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Gagern. Derselbe erzählte mir, in seiner letzten Audienz bei dem Großherzoge habe der Großherzog es als ganz selbstverständlich betrachtet, daß der Wiener Gesandtschaftsposten eingehe, wenn die Stände kein Geld dafür bewilligten. Ich setzte dieser Allerhöchsten Auffassung entschiedenen Widerspruch entgegen.

20. Dezember.

Morgens 10 Uhr fuhr ich mit dem Ministerialrat Neidhardt in eine Sitzung der Zweiten Kammer, in welcher die in Versailles und Berlin abgeschlossenen Verträge wegen Bildung eines Deutschen Bundes diskutiert und schließlich angenommen wurden.

27. Dezember.

Um 4 Uhr fuhr ich mit dem Ministerialrat Neidhardt in eine Sitzung des zweiten Ausschusses der Ersten Kammer, in welcher der Bericht des Ausschusses über die Proposition der Regierung wegen der Verträge mit dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten behufs Bildung eines Deutschen Bundes beraten wurde.

29. Dezember.

Um 10 Uhr morgens fuhr ich in eine Sitzung der Ersten Kammer, in welcher über die Verträge wegen Bildung eines Deutschen Bundes beraten und abgestimmt wurde. Die Annahme erfolgte einstimmig.

Anlagen 1870.

1.

Hofmanns Bericht an das Ministerium des Auswärtigen.[1])

Berlin, 24. Februar 1870.

In dem Reichstage des Norddeutschen Bundes hat heute eine interessante politische Debatte stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand die dritte Lesung des Jurisdiktionsvertrags mit Baden. Hierzu hatte die Nationalliberale Partei den unter 1 anliegenden Antrag Nr. 20 der Drucksachen gestellt, dessen eigentlicher Zweck, wie der Abgeordnete Lasker[2]) bei Begründung des Antrages bemerkte, dahin ging: den Bundeskanzler zu einer Äußerung darüber zu provozieren, ob ein Antrag der badischen Regierung auf Eintritt Badens in den Bund bei dem Präsidium Aussicht auf Erfolg haben würde. Von der Konservativen Partei trat der Abgeordnete v. Blanckenburg[3]) als Redner gegen den Laskerschen Antrag auf, zu welchem er den unter 2 beiliegenden Abänderungsvorschlag, Nr. 21 der Drucksachen, gemacht hatte. Nach v. Blanckenburg ergriff der Bundeskanzler das Wort, um in längerer Rede auszuführen, daß die alleinige Aufnahme Badens in den Bund unter den jetzigen Umständen nicht im Interesse der weiteren Entwicklung des Bundes und der Wiederherstellung der nationalen Verbindung von Nord- und Süddeutschland liege. Baden als süddeutscher Staat wirke in seiner jetzigen Lage für die nationale Einigung besser, wie wenn es in den Nordbund aufgenommen wäre. Das Präsidium werde, wenn die badische Regierung den Antrag auf Eintritt in den Norddeutschen Bund *jetzt* stellen wollte, einen solchen Antrag ablehnen. Der Bundeskanzler verlangte als Vertrauensvotum die Verwerfung des Laskerschen Antrags. Nachdem noch einige Redner für und gegen diesen Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe von den Antragstellern zurückgezogen. Die Nationalliberale Partei hatte offenbar, ohne sich vorher darüber zu vergewissern, auf eine andere Antwort des Grafen v. Bismarck gerechnet. Sie hat sich durch ihr eigenes Verschulden eine Niederlage zugezogen und, wenn sie konsequent sein will, so muß sie dem Bundeskanzler, dessen deutsche Politik sie bisher unterstützte, fortan Opposition machen.

---

[1]) Haus- und Staatsarchiv zu Darmstadt.

[2]) Eduard, 1829—1884; war 1866 einer der Gründer der Nationalliberalen Partei im preußischen Abgeordnetenhause und Norddeutschen Reichstag.

[3]) Moritz Karl Henning, 1815—1888; Jugendfreund Bismarcks, Führer der Konservativen Partei, 1851—1873 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1867—1873 des Norddeutschen Reichstags.

Für den Grafen Bismarck — dies ist bei der heutigen Debatte wieder einmal klar geworden — handelt es sich zunächst darum, den Norddeutschen Bund als ein geschlossenes Ganzes auszubilden und zu befestigen, ehe eine weitere Aktion unternommen wird. Preußen hat vorerst noch genug mit der definitiven Feststellung der Resultate des Jahres 1866 zu tun; es will vor allem, wenn ich mich eines trivialen Ausdrucks bedienen darf, das, was es im Jahre 1866 zu sich genommen hat, verdauen. Alles, was diesen Assimilationsprozeß stören würde, und dazu wäre auch der Eintritt eines größeren Teils von Süddeutschland zu rechnen, ist der preußischen Politik unwillkommen.

Ob die süddeutschen Staaten klug daran tun, dieser preußischen Politik durch ihr passives Verhalten Vorschub zu leisten, ob sie es nicht später mit großen Opfern entgelten müssen, wenn sie jetzt ruhig zusehen, wie sich der Norddeutsche Bund mehr und mehr zu einem Einheitsstaate entwickelt, ist eine andere Frage. Bemerkenswert in dieser Beziehung war eine Äußerung des Abgeordneten Miquel[1]) in der heutigen Debatte. Derselbe kündigte nämlich den Entschluß seiner Partei an, in die Erneuerung der Zollvereinsverträge demnächst nur denjenigen süddeutschen Staaten gegenüber zu willigen, welche zugleich dem Norddeutschen Bunde beitreten. Hofmann.

2.

Hofmanns Bericht an das Ministerium des Auswärtigen.[2])

Berlin, 26. Mai 1870.

Die Opfer an Selbständigkeit, welche den einzelnen Staaten durch dieses Vorschreiten der Bundesgesetzgebung auferlegt werden, sind allerdings groß; einigermaßen kompensiert aber erscheinen sie insofern, als jeder einzelne Staat durch seine Vertretung im Bundesrat und Reichstag an der gemeinsamen Gesetzgebung teilnimmt und somit auf die Gesamtentwicklung der im Norddeutschen Bunde vereinigten dreißig Millionen einen größeren Einfluß ausübt, als ihn die Landesgesetzgebung für sich jemals gewähren könnte. Auch mögen sich die kleineren Staaten einigermaßen damit trösten, daß nicht sie allein es sind, welche solche Opfer bringen, daß vielmehr der größte Staat, Preußen, die Beschränkungen sich ebenfalls gefallen lassen muß, welche der Norddeutsche Bund für die Selbständigkeit seiner Glieder mit sich führt. Hofmann.

3.

Gagern an Dalwigk.[3])

Wien, 27. Juni.

Für Eurer Exzellenz so überaus interessanten Brief vom 21. ds. Mts. spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus. Dessen so reicher Inhalt mußte

[1]) Johannes v. Miquel, 1828—1901. Mitglied der Nationalliberalen Partei, 1879 bis 1890 Oberbürgermeister von Frankfurt, 1890—1901 preußischer Finanzminister.

[2]) Haus- und Staatsarchiv zu Darmstadt. Vgl. Tagebuch vom 24. April.

[3]) D.-A.

nicht allein dem Herrn Reichskanzler von höchster Wichtigkeit sein, wie denn kein Wort darin enthalten war, welches ich seiner Kenntnisnahme hätte vorenthalten mögen, es unterlag auch für mich keinem Zweifel, daß Er, im Besitze des Briefes, ihn dem Kaiser werde mitteilen wollen.

Gestern hatte Graf Beust wohl meinen Besuch erwartet; bei meinem Eintritt entnahm er das Schreiben Eurer Exzellenz einem verschlossen gewesenen Portefeuille und erstattete es mir mit folgenden Worten: Das Schreiben sei von solcher Wichtigkeit gewesen, daß er es dem Kaiser mitgeteilt, der mit großem Interesse davon Einsicht genommen habe. Ich möge Eurer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank vermelden für Ihre Bereitwilligkeit, dem Kaiser von Rußland gegenüber seine und die österreichischen Zwecke zu vertreten. Nach reiflicher Überlegung aber verzichte er darauf, Ihre angebotenen guten Dienste bei dem Anlaß, welcher bei der bevorstehenden Wiederdurchreise des Kaisers durch Darmstadt sich darbiete, in Anspruch zu nehmen. Mit des Fürsten Orlow Abberufung von Wien sei ein Motiv zur Verfolgung jener in Rede stehenden Angelegenheit weggefallen. Der Gesundheitszustand des Kaisers von Rußland, wie dieser auch von Eurer Exzellenz beschrieben werde, sei für den Kaiser von Österreich ein weiterer Bestimmungsgrund, dem Kaiser von Rußland die Aufregung zu ersparen, die, bei dem ohnehin gespannten Verhältnisse desselben zum Thronfolger, eine so große Anklage des letzteren — wie die sein würde: hinter dem Rücken des Kaisers, seines Vaters und Herrn, eine eigene, mit dessen Intentionen im Widerspruch stehende Politik zu verfolgen —, nur nachteilig auf den Zustand des Kaisers wirken könne ...

Dem ungeachtet versäume Österreich nicht, dem Kaiser von Rußland persönlich entgegenkommend die größte Aufmerksamkeit zu bezeigen. Der Erzherzog Albrecht werde in den nächsten Tagen nach Warschau sich begeben, um den Kaiser von Rußland bei seiner Ankunft dort, im Namen und Auftrag Seiner Majestät des Kaisers von Österreich zu begrüßen. Der Erzherzog werde von einer großen militärischen Suite begleitet sein.

4.

Hofmann an Dalwigk.[1])

Berlin, 19. Juli.

Nachdem Graf Bismarck in der heutigen Reichstagssitzung die Mitteilung von der französischerseits erfolgten Kriegserklärung gemacht hatte, lud er mich zu einer Besprechung in sein Konferenzzimmer ein und sagte mir dort im wesentlichen folgendes:

Es sei ihm die Nachricht zugekommen, daß eine in Darmstadt beabsichtigte Volksversammlung durch den dortigen Regierungsbeamten, Herrn v. Willich, verboten und daß als Grund dieses Verbots angegeben worden sei, die Franzosen ständen bereits in Freiburg. Was das Verbot der Volksversammlung

[1]) Veröffentlicht von Veit Valentin in der „Deutschen Revue" 1912, III, S. 221 ff.

selbst betreffe, so sei das eine Sache für sich, über die er nicht urteilen wolle: wohl aber könne es dem Bundespräsidium nicht gleichgültig sein, wenn bei den jetzigen Zeitumständen falsche alarmierende Nachrichten im Publikum verbreitet würden. Doppelt gefährlich sei es, wenn dies durch Beamte geschähe. Es müsse derartigen Vorgängen von vornherein mit Entschiedenheit begegnet werden. Er richte deshalb an mich das amtliche Ersuchen, der Großherzoglichen Regierung mitzuteilen, sie möge den Sachverhalt eruieren und, wenn der betreffende Beamte in der Tat jene falsche Nachricht verbreitet habe, unverzüglich im Disziplinarwege, insbesondere mit Suspendierung desselben vorgehen.

Graf Bismarck fügte noch bei, daß in dem jetzigen Augenblicke, wo es sich für Deutschland um „Hals und Kragen" handle, mit der größten Energie gegen diejenigen eingeschritten werden müsse, deren Tätigkeit sich als dem Siege der nationalen Sache hinderlich erweise, und er werde nötigenfalls zu militärischen Mitteln seine Zuflucht nehmen, um solche Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ich erwiderte hierauf, ich könne unmöglich glauben, daß der genannte Beamte sich eines Verfahrens schuldig gemacht habe, welches die Großherzogliche Regierung veranlassen könne, zu seiner Suspendierung zu schreiten; derselbe habe jedenfalls im besten Glauben gehandelt. Graf Bismarck wiederholte dann sein Verlangen unter Hinweis darauf, daß das Verhalten der Großherzoglichen Regierung ihm unter Umständen Veranlassung geben könne, die Proklamierung des „Kriegszustandes" im Großherzogtum früher herbeizuführen als sonst nötig wäre.

Unter gewöhnlichen Umständen würde ich es abgelehnt haben, Eurer Exzellenz das Ansinnen des Bundeskanzlers zu übermitteln; ich würde gebeten haben, den Norddeutschen Bundesgesandten in Darmstadt damit zu beauftragen. Unter den jetzigen Verhältnissen aber und zumal da Herr v. Wentzel, soviel ich weiß, noch nicht nach Darmstadt zurückgekehrt ist, schien es mir nicht geraten, durch formale Einwendungen noch größere Schwierigkeiten zu bereiten.

Indem ich daher Eurer Exzellenz das Obige ganz gehorsamst mitzuteilen die Ehre habe, stelle ich ehrerbietigst anheim, mich tunlichst bald über den wirklichen Sachverhalt unterrichten und zu einer, den Bundeskanzler womöglich befriedigenden Erklärung gnädigst in den Stand setzen zu wollen.[1])

5.

Der preußische Gesandte v. Wentzel an Dalwigk.[2])

Am 20. 7. 70 Herrn v. Wentzel, unter Anschluß einer Erklärung des Provinzialdirektors v. Willich, geantwortet.[3]) Dalwigk.

[1]) Vgl. dazu auch die beiden Briefe Hofmanns in der „Deutschen Revue" 1912, III, S. 222 ff.

[2]) D.-A.

[3]) Randbemerkung Dalwigks.

Eure Exzellenz

hatten bei unserer Besprechung gestern abend den Wunsch ausgesprochen, Abschrift des mir zugegangenen Telegramms zu erhalten. Ich unterlasse nicht, dasselbe hier mitzuteilen:

„Öffentlich ist von dem Provinzialdirektor v. Willich die falsche Nachricht verbreitet worden, es stünden die Franzosen bereits in Freiburg, und bald würden sie Süddeutschland überschwemmt haben. So dankbar auch von Seiner Majestät dem Könige die bundestreue Haltung anerkannt wird, welche Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen beobachtet, so gebietet uns doch nicht nur der Ernst der kriegerischen Verhältnisse, sondern auch die Gefahr des Ganzen, das ganz ergebenste Ersuchen an die Großherzoglich Hessische Regierung zu richten, den Provinzialdirektor v. Willich sofort zu suspendieren und die gerichtliche Untersuchung gegen denselben einzuleiten."

Genehmigen Eure Exzellenz auch bei diesem Anlaß die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein

Eurer Exzellenz ganz ergebenster
v. Wentzel.

6.

Ein Frankfurter an Dalwigk.[1])

Frankfurt, 20. 7.

Herr Minister!

Ihr Gebaren und Ihre Handlungsweise in der jetzigen schweren Zeit, wo es gilt, als deutscher Mann am Platze zu sein, ziemt einem solchen nicht. Sie liebäugeln mit den Franzosen und haben dies schon seit Jahren getan. Die öffentliche Meinung hat schon über Sie gerichtet und verdammt Ihr undeutsches Wesen. Aber wehe Ihnen, wenn Sie an Deutschland zum Verräter werden. Ich jage Ihnen so gewiß eine Kugel durch Ihr undeutsches Gehirn, als ich Sie wie jeder Deutscher verachte und es als ehemaliger freier Reichsstädter meiner unwürdig halte, Ihnen meinen Namen zu nennen.

7.

Prinz Ludwig an den Großherzog.[2])

Schloß Kranichstein, 24. Juli 1870.

Lieber Onkel!

Ich habe mich, wie Du weißt, jeder Äußerung über politische Fragen Dir gegenüber enthalten. Der gegenwärtige Moment aber, wo ich von Dir Abschied nehme, um gegen unseren Erbfeind in den Krieg zu ziehen, durch Dein Ver-

[1]) D.-A.
[2]) Original im D.-A.

trauen verantwortlich für Deine Truppen, gebietet mir, offen meine Ansicht darzulegen.

Ganz Deutschland erhebt sich einmütig gegen die Franzosen. Alles greift begeistert zu den Waffen, und dabei steht an der Spitze des gegenwärtigen Ministeriums hier ein Mann, der seit zwanzig Jahren der erbittertste Feind Preußens ist, dessen König als Bundesfeldherr uns führt, auf den alle deutschen Truppen vertrauensvoll blicken. Ich weiß, wie Du von Herrn v. Dalwigk denkst, daß er ein Mann ist, der äußerlich den Mantel nach dem Wind hängt, sich stellt, als ob er nur Deine Befehle ausführe, dabei aber mit Konsequenz in alle Beamtenkategorien seine Kreaturen geleitet hat, die nach seiner Pfeife tanzen. Alles fürchtet den Allmächtigen, und in seinem Sinne (mehr noch dem des H. Frank) wird gewählt, Erinnerungen an den Rheinbund wachgerufen, die Franzosen als Befreier dargestellt, auf die man hofft, und gegen Preußen gearbeitet.

Du bist ehrlich und offen, gehst mit Preußen für Deutschlands Kraft, ich bitte Dich deshalb recht inständig, Deinen Willen dem Lande zu verkünden, entferne Herrn v. Dalwigk und mit ihm die Träger des vermuteten Verrats, an deren Spitze Ministerialrat Frank steht, der die Ultramontanen leitet, die blinden Werkzeuge des Preußenhasses.

Der Belagerungszustand ist proklamiert, wie leicht kann da der höchste Militärkommandierende sein Recht in Anspruch nehmen und sich gegen die Feinde des Vaterlandes schützen, indem er sich über das jetzige Ministerium gewalttätig setzt, komme dem zuvor und entlasse Dalwigk und Konsorten, ich bitte Dich darum aus innigster Überzeugung.

Solange Deine Truppen in Hessen stehen, bin ich der höchste Kommandierende und muß ich Dir offen sagen, daß, wenn ich irgendwo die geringste Agitation der Beamten zur Einschüchterung der Bevölkerung vor den Franzosen wahrnehme, ich es für meine Pflicht halten würde, mit aller Energie gegen dieselben einzuschreiten.

Das Land ist voll Angst und Mißtrauen, da die einzige Partei, die sich offen als die antinationale gebärdet, nämlich die ultramontane, so mit dem jetzigen System identifiziert ist, daß jeder Angehörige dieser Partei zugleich für einen französischen Agenten gilt und für einen Parteigänger der jetzigen Regierung. In Deiner Abwesenheit, jetzt, wo ich das Land verlassen muß, befürchte ich nach alldem, was ich beobachtet und erfahren habe, daß der allergeringste Anlaß, wo die Menschen nicht nur keine Stütze in den Behörden, sondern in ihnen sogar die Träger des antinationalen Prinzips erblicken, einen panischen Schrecken hervorrufen könnte, der hier die allerschlimmsten Folgen haben würde.

In der Stunde der Gefahr unseres teuren Hessenlandes wirst Du hoffentlich ein offenes Wort mir nicht verargen, aber ich würde es für Unrecht halten, Dich im Dunkeln über die Stimmung im Lande, besonders in Darmstadt zu lassen.

Dein treuer Neffe Ludwig.

8.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, am 25. Juli 1870.

Die mir huldvollst gestattete Einsicht des Briefes Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig vom 24. l. Mts. hat mich, als ein neuer Beweis des Allergnädigsten Vertrauens Eurer Königlichen Hoheit, in welchem ich in dieser schweren Zeit allein Mut und Stärke finde, hoch erfreut. — Überrascht war ich von den in dem Briefe niedergelegten Ansichten und Vorschlägen des Prinzen nicht im mindesten. Von der Zeit an, wo dieser junge Herr für Schleswig-Holstein schwärmte, wo er mir gewissenhaftes Festhalten an der Sache der Herzogtümer empfahl und sein lebhaftes Bedauern, daß der Schuß des p. Blind den Herrn v. Bismarck nicht besser getroffen habe, mir schriftlich aussprach, bis zu dem dermaligen Moment habe ich bei dem Prinzen stets das nämliche Mißtrauen, stets die nämliche Empfänglichkeit für Verleumdungen und Verdächtigungen und die nämliche ganz eigentümliche Mischung von despotischen und ultraliberalen Neigungen gefunden. Dagegen von echter Liebe zu dem angestammten Hessenlande und dem Pflichtgefühle des Angehörigen eines der ältesten Fürstenhäuser Europas sehr wenig.

Wenn Eure Königliche Hoheit geruhen, mir die schwere Last und Verantwortlichkeit einer Stellung, die ich nie gesucht habe, in der ich aber stets nach Kräften bemüht war, den Interessen Eurer Königlichen Hoheit zu dienen und das mir bewiesene Allergnädigste Vertrauen zu rechtfertigen, abzunehmen, so küsse ich Allerhöchstdenselben dafür dankbar die Hände. Befehlen Eure Königliche Hoheit, daß ich auf meinem Posten ausharre, so werde ich treu meinem Eide und treu den Gesinnungen, die Allerhöchstdieselben seit zwanzig Jahren bei mir kennen, fortfahren, auf der Bresche zu kämpfen. Was übrigens Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig von meiner Allmacht sprechen, ist eine Phrase, über die ich laut habe lachen müssen. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Wir wollen einig zusammen ausharren im guten Prinzip.

Darmstadt, den 25. Juli 1870. Ludwig.

9.

Hofmanns Bericht an das Ministerium des Auswärtigen.[2])

Berlin, 7. September 1870.

Nachdem die deutschen Waffen in Frankreich, dank der umsichtigen Führung und der heroischen Tapferkeit der Truppen, Erfolge davongetragen haben, wie sie in der Kriegsgeschichte bis jetzt kaum großartiger vorgekommen

[1]) D.-A.

[2]) Haus- und Staatsarchiv zu Darmstadt.

sein dürften, und nachdem durch diese Erfolge die vollständige Besiegung des Feindes als verbürgt betrachtet werden kann, treten die politischen Fragen, welche bisher durch das Interesse an den militärischen Ereignissen zurückgedrängt waren, wieder mehr in den Vordergrund. Zwei Punkte sind es hauptsächlich, auf welche sich die öffentliche Aufmerksamkeit richtet. Einmal die Bedingungen, welche man Frankreich bei Beendigung des Krieges auferlegen, und sodann die Wirkung, welche der Krieg auf die innere politische Gestaltung Deutschlands ausüben wird. In der ersten Beziehung sind hier alle Parteien — wie es scheint ohne Ausnahme — darin einig, daß die Wiedererwerbung des Elsasses und des deutschen Teils von Lothringen als Preis für das in Strömen vergossene deutsche Blut gefordert werden muß. Soweit aus den Äußerungen der hiesigen offiziösen Presse auf die Haltung der preußischen Regierung geschlossen werden kann, scheint auch von dieser Seite jene Auffassung geteilt zu werden.

Was sodann die innere deutsche Frage betrifft, so ist auch hier die Ansicht überall vertreten, daß die durch die Ereignisse des Jahres 1866 herbeigeführte Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland den jetzigen Krieg nicht überdauern dürfe. Der Zollverein und die Allianzverträge, so wertvoll sie an und für sich sind, werden doch dem durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Nationalgefühl des deutschen Volkes in Zukunft noch weniger wie bisher als Ausdruck der Zusammengehörigkeit von Nord und Süd genügen. Man hält es für unmöglich, daß die Vertreter des deutschen Volkes sich wieder im Zollparlamente vereinigen, um nur über Tariffragen u. dergl. zu beraten und zu beschließen. Zweifelhafter ist es, von welcher Seite die Initiative zur politischen Neugestaltung Deutschlands ausgehen wird. In nationalliberalen Kreisen spricht man von einer seitens Seiner Majestät des Königs von Bayern bevorstehenden Kundgebung in „eminent-nationalem Sinne". Aber weder auf der bayerischen Gesandtschaft noch auf dem Auswärtigen Amte (wo heute Herr v. Savigny in Verhinderung des Herrn v. Thile als Staatssekretär fungierte) will man etwas von einer solchen Absicht Bayerns wissen. Auch der Rücktritt des Ministers v. Varnbüler in Stuttgart wird mit der deutschen Frage in Zusammenhang gebracht, während man andererseits mit großer Entschiedenheit versichern hört, daß nur eine aus persönlichen Verhältnissen hervorgehende Verstimmung des Königs von Württemberg den Rücktritt des Freiherrn v. Varnbüler veranlaßt habe. Der hiesige württembergische Gesandte, Freiherr v. Spitzemberg (bekanntlich ein Schwiegersohn Varnbülers) ist, nachdem er einige Tage in Stuttgart verweilt und die Übernahme des vakant gewordenen Ministerpostens abgelehnt hat, hierher zurückgekehrt.

Jedenfalls scheint übrigens soviel gewiß, daß der Bundeskanzler den Zeitpunkt für die Entscheidung wichtiger politischer Fragen gekommen glaubt. Anders läßt es sich nicht wohl erklären, daß der Präsident des Bundeskanzleramts, Staatsminister Delbrück, auf den Ruf des Grafen Bismarck gestern abend von hier abgereist ist, um sich in das Hauptquartier des Königs zu be-

geben. Gestern mittag war Staatsminister Delbrück von Dresden zurückgekehrt, wo er mit dem Staatsminister v. Friesen konferiert hatte. Ob es sich dabei nur um die Frage einer Berufung des Reichstags etwa zu dem Zweck handelt, nun durch eine Kundgebung dieser Versammlung sowohl den Friedensbedingungen gegen Frankreich als den nationalen Ansprüchen bezüglich der Neugestaltung Deutschlands größeren Nachdruck zu verleihen, oder ob man in letzterer Hinsicht bereits mit der Feststellung bestimmter Projekte beschäftigt ist, muß ich vorerst dahingestellt sein lassen, da die Beteiligten sich in dieser Beziehung jeder Äußerung bis jetzt vorsichtig enthalten haben.

Hofmann.

10.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 17. Oktober.

Indem ich den ehrfurchtsvollst beigeschlossenen Antrag wegen Eintritts der beiden Provinzen Starkenburg und Rheinhessen in den Norddeutschen Bund einsende, bedarf es wohl kaum der untertänigsten Versicherung, daß es mir recht schwer geworden ist, denselben zu stellen. Nur die Überzeugung, daß Preußen vollkommen Herr der Situation ist, daß Eure Königliche Hoheit bei einem ferneren Widerstand gegen die preußischen Wünsche nirgends eine Stütze finden, vielmehr, nachdem Baden, Württemberg und selbst Bayern wegen eines Anschlusses an den Nordbund in Unterhandlung mit Preußen getreten sind, in eine nicht haltbare isolierte Lage geraten würden, konnte mich zu einem solchen Antrage bestimmen.

Randbemerkung des Großherzogs.

Il faut faire bonne mine à mauvais jeu. Mein Trost ist, daß mir mein kleiner Finger sagt: Cela ne durera pas . . .

11.

Hofmann an Dalwigk.[2])

Berlin, 17. Oktober.

Herr v. Savigny sprach im Laufe der Unterhaltung sein Bedauern darüber aus, daß die jetzt durch die politische Situation dargebotene Gelegenheit, die Schäden der norddeutschen Bundesverfassung zu bessern, unbenutzt bleibe. Diese Verfassung erscheine seiner Ansicht nach namentlich in Hinsicht auf die Art und Weise der Volksvertretung mangelhaft und einer Reform bedürftig. Das Einkammersystem, wie es im Reichstag bestehe, bringe auf die Dauer, zumal wenn es auch auf Süddeutschland angewandt werde, Gefahren für das monarchische und konservative Prinzip mit sich. Der jetzt bevorstehende Eintritt

[1]) D.-A. Vgl. dazu Tagebuch vom 5. bis 18. Oktober.
[2]) D.-A.

der süddeutschen Staaten in die deutsche Verfassungsgemeinschaft hätte zur Bildung eines Staatenhauses[1]) benutzt werden sollen. Leider sei bayrischerseits dieser Gedanke, wie überhaupt der Gedanke einer umfassenden Bundesreform, nicht angeregt worden. Bayern habe sich darauf beschränkt, die norddeutsche Bundesverfassung in seinem besonderen Interesse zu amendieren. Hiermit aber habe die bayerische Regierung geradezu der Politik des Bundeskanzlers in die Hand gearbeitet, welche immer nur auf die nächsten erreichbaren Ziele gerichtet und auch jetzt vor allem darauf bedacht sei, bei der Heranziehung Süddeutschlands das im Norddeutschen Bunde geschaffene Machtverhältnis möglichst wenig zu alterieren. Württemberg schließe sich noch enger wie Bayern an die norddeutsche Bundesverfassung an und Baden habe den Antrag auf einfachen Beitritt schon gestellt. Von der Großherzoglichen Regierung erwarte man hier einen gleichen Schritt bezüglich Südhessens. Durch eine Verzögerung desselben werde, wie die Dinge jetzt liegen, der deutschen Sache kein Vorteil, der Großherzoglichen Regierung aber nur Nachteil erwachsen.

Was das zukünftige Schicksal von Deutsch-Lothringen und Elsaß betrifft, so antwortete Herr v. Savigny auf meine desfallsige Frage, daß nach den hierher gelangten Nachrichten ein fester Beschluß über die künftige Regierung dieser, für Deutschland eroberten Provinzen noch nicht gefaßt zu sein scheine. Bayern und Baden hätten erklärt, daß sie keinen Gebietserwerb im Elsaß wünschen. Einigermaßen überraschen mußte es mich, als Herr v. Savigny bei diesem Anlasse erwähnte, daß diesseits eine Territorialvergrößerung gewünscht werde. Auf meine Frage, wie er zu dieser Unterstellung komme,[2]) antwortete er ausweichend und fügte noch die mir sehr auffallende Bemerkung bei, er erinnere sich, daß man den Gedanken einer Erweiterung des hessischen Gebiets bis zum Neckar diesseits schon im Jahre 1849 gehegt habe; übrigens sei dermalen von einer Territorialänderung auf dem rechten Rheinufer durchaus keine Rede.

Hiernach scheint es fast, als ob etwas von den Vorschlägen, welche in dem mir vor kurzem höchst vertraulich mitgeteilten Exposé entwickelt waren, hierher durchgedrungen wäre. Sollten Eure Exzellenz vielleicht Herrn v. Wentzel Andeutungen in diesem Sinne gemacht haben? Bejahendenfalls würde es mir von großem Interesse sein, davon zur Bemessung meines Verhaltens in Kenntnis gesetzt zu werden . . .

Randbemerkung Dalwigks.

Niemals,[3]) nur mit Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog und später mit v. Thüngen höchst vertraulich besprochen.

---

[1]) Vgl. Anlage 14.

[2]) Siehe Tagebuch vom 6. und 15. September.

[3]) Danach scheint Dalwigk am 15. September mit Herrn v. Wentzel nur allgemein über Territorialveränderungen gesprochen, die hessischen Wünsche im besonderen aber erst in dem Memoire von Anfang Oktober festgestellt zu haben.

12.

Hofmanns Bericht an das Ministerium des Auswärtigen.[1])

Berlin, 19. Oktober 1870.

Wie ich heute vermittels eines chiffrierten Telegramms bereits zu berichten die Ehre hatte, werden von Karlsruhe die Minister v. Freydorf und Jolly sich unverweilt zu dem Bundeskanzler in das Hauptquartier Seiner Majestät des Königs von Preußen begeben, um dort an Verhandlungen über die deutsche Frage teilzunehmen. Dieselben würden sich, wie mir gesagt wurde, den Ministern v. Mittnacht und Suckow anschließen, welche von Stuttgart aus zu demselben Zwecke nach Versailles reisen. Bayern wird dem Vernehmen nach durch den Grafen Bray und den Kriegsminister v. Pranckh daselbst vertreten sein. Ich habe mir in dem erwähnten Telegramm gehorsamst anheimzustellen erlaubt, ob nicht diesseits ein ähnlicher Schritt, und zwar ohne Verzug zu tun wäre. Es scheint mir nämlich, daß es nicht im Interesse des Großherzogtums liegen würde, wenn es bei den überaus wichtigen Verhandlungen, die offenbar im Großen Hauptquartier bevorstehen, unvertreten bliebe. Auch könnte es dem Ansehen der Großherzoglichen Regierung meines Erachtens nicht förderlich sein, wenn sie erst, nachdem der Abschluß mit den übrigen süddeutschen Staaten erfolgt wäre, schließlich nur in einer Weise, welche kaum noch einen Schein von Freiwilligkeit an sich trüge, den Eintritt Südhessens in den Bund bewerkstelligen könnte.

Sollte die Großherzogliche Regierung zur Entsendung von Bevollmächtigten in das Hauptquartier geneigt sein, so möchte alsbald bei dem Bundeskanzler telegraphisch anzufragen sein, ob eine solche Abordnung dort erwünscht wäre. — Welche Bedeutung übrigens den in Versailles bevorstehenden Verhandlungen beizulegen ist, erhellt auch daraus, daß, wie mir vertraulich, aber zuverlässig mitgeteilt wird, die Reichstagsmitglieder v. Blanckenburg, Dr. Friedenthal[2]) und v. Bennigsen, also je ein Vertreter der konservativen, der freikonservativen und der nationalliberalen Partei, von dem Bundeskanzleramte eingeladen sind, sich in dem Großen Hauptquartier einzufinden.

Hofmann.

13.

„Mainzeitung" Nr. 262.

Darmstadt, 5. November.

Der Fund der alten Wäsche, welchen preußische Reiter auf dem Schlosse des gewaltigen Kaisers Nr. 2, Rouher,[3]) gemacht, dürfte größere Kreise aufs

[1]) Haus- und Staatsarchiv zu Darmstadt.

[2]) 1827—1890. Begründer der freikonservativen und Reichspartei.

[3]) In Cerçay, Anfang Oktober, wurden die Papiere des Senatspräsidenten Rouher gefunden, unter denen sich ein Bericht d'Astorgs aus Darmstadt über Dalwigks Franzosenfreundschaft befunden haben muß. Vgl. dazu die Dissertation von E. Götz, S. 56, Anmerkung 88 und S. 85.

höchste überraschen. In dem Kabinett Rouhers floß alles zusammen, was von elenden Geistern zu beiden Seiten des Rheins mit französischem Gelde gewonnen und bezahlt war, bei ihm vereinigten sich alle die Stimmungsberichte, welche nicht bloß Franzosen, sondern auch sogenannte ehrliche Leute lieferten, ihm lag es ob, dieses ganze politische Kapital zu verwerten, und es war zum großen Teil sein Werk, die kolossale Täuschung des Kaisers über Stimmung, Ansichten und Haltung der süddeutschen Staaten.

Ob wir von dem Inhalt dieser schmutzigen Wäsche jetzt etwas Näheres erfahren, ist fraglich. Herr v. Bismarck ist ein viel zu guter Haushalter, um solche Beute rasch auf den Markt zu werfen, wo sie ebenso rasch verschwindet. Wie lange hat er die famosen Protokolle und Briefe, welche die Ländergier und die Raubgedanken des Kaisers im Lapidarstil enthalten, gepflegt und gewahrt. Zu rechter Zeit erschienen sie auf dem politischen Markte, als ihr Verrat den höchsten Preis erzielte. Auch bezüglich der Rouherschen schmutzigen Wäsche wird er vermutlich Lager halten, aber wehe einem der kleinen süddeutschen Diplomätchen, welche sich überall auf die Fußspitzen stellen, um von dem großen politischen Getriebe etwas zu hören, und überall Steinchen hinwerfen, welche zwar kein dauerndes Hindernis bereiten, aber doch zum Stolpern genügen – – wenn es ihm einfallen sollte, sich in Zukunft oder auch jetzt zu mucksen.

Schade übrigens, daß man nicht wenigstens einige interessante Läppchen zum besten gibt. Das Publikum möchte doch seine Freude auch haben. Gewisse süddeutsche Politik, die man längst ahnte, wäre schwarz auf weiß zu haben, welche glänzende Rechtfertigung wäre dies für die fortwährenden, wenn auch bis jetzt nicht glücklichen Anstrengungen gegen gewisse offenkundige Träger dieser sogenannten süddeutschen Politik.

14.

Hofmanns Memoire über das Staatenhaus.[1])

Am 15. November dem Grafen Bismarck überreicht.[2])

Daß der Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde von einer Reform der Bundesverfassung begleitet sein möchte, war schon vor Ausbruch des Krieges der Wunsch der Großherzoglich Hessischen Regierung.

Die Umstände, unter welchen sich die Wiedervereinigung von Nord- und Süddeutschland gerade jetzt vollzieht, verleihen diesem Wunsche eine besondere Berechtigung.

Unter Preußens glorreicher Führung vereint, haben die deutschen Truppen nicht allein die Grenzen des Vaterlandes von der Gefahr einer französischen Invasion befreit, sondern sie sind, von Sieg zu Sieg fortschreitend, bis in das Herz Frankreichs vorgedrungen, sie haben die feindliche Heeresmacht ver-

[1]) Abschrift im D.-A. Vgl. Tagebuch vom 5. und 10. November.

[2]) Diese Bemerkung steht am Rande. Siehe auch Anlage 18.

nichtet und stehen im Begriff, den letzten verzweifelten Widerstand des Gegners zu brechen. Durch diese glänzende Reihe militärischer Erfolge, die ohne Beispiel in der Geschichte — nur durch die eigene Kraft Deutschlands errungen, hat unser Volk das Bewußtsein der Macht gewonnen, die in seiner Einheit liegt; es sieht den Weg zu dauernder politischer Größe, zu einer achtunggebietenden Stellung unter den Nationen vor sich offen.

Wenn unter solchen Umständen Deutschland die Hand ans Werk legt, um seine inneren Verfassungsverhältnisse für die Zukunft zu ordnen, so ist die Erwartung berechtigt, daß diese Lebensfrage der Nation in einem großen, der weltgeschichtlichen Bedeutung des gegenwärtigen Zeitpunktes entsprechenden Geiste zu einem definitiven, für die Dauer befriedigenden Abschlusse werde gebracht werden.

Würde man sich darauf beschränken, die norddeutsche Bundesverfassung, wie sie jetzt besteht, mit unwesentlichen Abänderungen und mit gewissen Sonderrechten für die einzelnen süddeutschen Staaten, auf diese auszudehnen, so bliebe Deutschland vorerst in einem unfertigen Zustande, und die endgültige Feststellung der deutschen Verfassung wäre einer ungewissen Zukunft lediglich anheimgestellt.

Denn die jetzige norddeutsche Bundesverfassung verleiht der Bundesgewalt nicht diejenige feste Organisation, welche für die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten einer großen, aus verschiedenen Stämmen und Staaten bestehenden Nation allein ausreicht.

Vor allem gilt dies von der Organisation der gesetzgebenden Gewalt des Bundes. Neben dem aus Wahlen mit allgemeinem, gleichem Stimmrecht hervorgehenden Reichstage, als dem ausschließlichen Repräsentanten des gesamten Volkes, sind die Regierungen in dem, unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelnden, nach Instruktionen abstimmenden Bundesrate zu schwach vertreten. Wenn die Gefahren eines solchen Zustandes bisher weniger hervorgetreten sind, so lag dies in Verhältnissen, auf welche man nicht für immer zählen kann.

Um die gesetzgebenden Organe des Bundes so zu gestalten, daß sie auch in Zukunft den Bedürfnissen des politischen Gesamtlebens der Nation zu genügen imstande sind, erscheint es unbedingt erforderlich, daß die Volksvertretung, nach Analogie der nordamerikanischen und der schweizerischen Bundesverfassung, in zwei Körper gegliedert wird, von welchen der eine — das Volkshaus — gleich dem jetzigen Reichstage, aus allgemeinen Wahlen hervorgeht und die Gesamtheit des Volks — ohne Rücksicht auf partikulare Interessen vertritt; der andere dagegen — das Staatenhaus — die konstituierten Gewalten der Einzelstaaten, also deren Regierungen und Landtage, durch gewählte Vertreter repräsentiert. Nur durch die Bildung eines solchen Staatenhauses wird der Verfassungszustand Deutschlands die wünschenswerte Festigkeit erlangen. Es wird dadurch einerseits ein Schutz gegen die nivellierende Kraft geschaffen, welche dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht naturgemäß

innewohnt und welche sich ebenso in unitarischer Richtung gegen die berechtigte Selbständigkeit der Einzelstaaten als in demokratischer Richtung gegen die konservativen Interessen bewegt, und es wird andererseits die Gefahr beseitigt, daß der Partikularismus in Ermangelung einer genügenden legalen Vertretung in dem Gesamtorganismus eine der Entwicklung des Ganzen hinderliche Stellung in den gesetzgebenden Körpern der Einzelstaaten einnimmt. Freilich sind die Schwierigkeiten der Zusammensetzung eines Staatenhauses unter den in Deutschland gegebenen Verhältnissen nicht zu verkennen. Allein wenn einmal das Staatenhaus im Prinzip als ein notwendiges Glied im Organismus des Bundes zu betrachten ist, so sollte wenigstens der Versuch gemacht werden, jene Schwierigkeiten zu überwinden. Hält man dabei an dem Grundsatze fest, daß das Staatenhaus die Vertretung der organisierten Gewalten der Einzelstaaten sein soll, so wird man in der Hauptsache nicht zweifelhaft sein können darüber, wie das Staatenhaus zu komponieren sei.

Der Bundesrat — nach dem Eintritt Süddeutschlands 58 Stimmen zählend — würde, neben seiner sonstigen Zuständigkeit, die Regierungen der Einzelstaaten im Staatenhause zu vertreten haben. Hierzu kämen eine Anzahl gewählter Vertreter der Einzellandtage, und zwar in der Weise, daß die ersten Kammern sowohl als die zweiten Kammern ihre Vertreter senden. Die Vertreter der ersten Kammern würden etwas weniger, die Vertreter der zweiten Kammern etwas mehr als ein Dritteil der Versammlung bilden müssen; bei der Verteilung dieser Deputierten auf die einzelnen Landesvertretungen könnte, bei der großen Ungleichheit der Staaten, die Volkszahl nicht außer Betracht bleiben.

Einer solchen Umgestaltung der Bundesverfassung würde es denn auch entsprechen, wenn die politische Wiedergeburt Deutschlands in der Wiederherstellung der Bezeichnungen Ausdruck fände, an welche sich die Erinnerungen ehemaliger Macht und Herrlichkeit im Gedächtnis des Volkes knüpfen. Nach außen hin würde es ein Zeichen sein, daß Deutschland den ihm gebührenden Rang unter den Nationen wieder einnimmt, wenn „Kaiser" und „Reich" in verjüngter Gestalt auferstehen, um die gemeinsamen Angelegenheiten der Nation zu verwalten. Das deutsche Volk aber würde daraus mehr als aus irgendeiner anderen Maßregel die beruhigende Überzeugung schöpfen, daß das in diesem Kriege vergossene edle Blut nicht ohne Nutzen für Deutschlands Einigung geflossen ist.

Versailles, den 12. November 1870.

15.

„Darmstädter Zeitung" Nr. 325.

24. November.

Soeben lese ich in der „Kölnischen Zeitung" vom 21. l. Mts. folgende Korrespondenz des Herrn Hans Wachenhusen:

„In meinen wenigen Mußestunden während dieses Marsches habe ich mich mit einzelnen kleineren und unwesentlichen Skripturen beschäftigt, welche ich in Rouhers Schlosse vorgefunden. Nur ein einziges Blättchen habe ich erwischt, das auf eine zwischen Herrn v. D... und dem Minister Rouher im Jahre 1867 bei Gelegenheit der Luxemburger Affäre gewechselte Korrespondenz hinwies, und da wir uns jetzt Versailles wieder nähern, habe ich auch den Schlüssel gefunden. Die Sache ist nämlich die: Herr v. D... fuhr vor einigen Wochen seelenvergnügt und von hohen patriotischen Gefühlen durchdrungen nach Versailles zur Konferenz. Graf Bismarck empfing ihn etwas kühl und nahm mit einer gewissen Zurückhaltung den Ausdruck der glühenden Einigungsgefühle des Ministers, d. h. des Herrn v. D... hin. Beide sprachen über manches und vieles, der eiserne Graf blieb so kalt wie ein eiserner Ofen, in dem man ein Strohfeuer anzündet.

Endlich hört Herr v. D., man habe an demselben Morgen erst dem Bundeskanzler dieselbe Korrespondenz übergeben, welche Herr v. D. während der Luxemburger Affäre mit dem französischen Minister geführt. In derselben befand sich ein Brief des Herrn v. D., in welchem geschrieben stand, Deutschland wünsche zwar nicht den Einmarsch der Franzosen, aber wenn sie kämen, werde man sie mit offenen Armen empfangen.

So hat Herr v. D. geschrieben, ich aber will beileibe nichts verraten haben."

Da ich unter sämtlichen deutschen Ministern, welche sich an den Versailler Konferenzen beteiligt haben, der einzige bin, dessen Namen mit dem Buchstaben D. anfängt, so kann Herr Wachenhusen nur mich gemeint haben. In dieser Voraussetzung erlaube ich mir, ihm zu bemerken:

1. Daß der französische Minister Rouher mir persönlich ganz unbekannt ist, und daß ich weder mit ihm noch mit einem anderen französischen Minister jemals eine Privatkorrespondenz, überhaupt eine Korrespondenz politischen Inhalts geführt habe.

2. Daß ich niemals einen Brief des von Herrn Wachenhusen angegebenen Inhaltes geschrieben oder gar aus der Luxemburger Affäre Anlaß zu einem solchen genommen habe.

3. Daß ich den Herrn Grafen v. Bismarck während meines Aufenthaltes in Versailles nur dreimal und stets nur in größerer Versammlung gesehen habe, so daß durchaus keine Gelegenheit geboten war, für mich „glühenden Einigungsgefühlen Ausdruck zu geben" und für den Herrn Bundeskanzler, die Rolle „eines eisernen Ofens zu übernehmen, in welchem man Strohfeuer anzündet". Insbesondere aber war es mir in Gegenwart vieler Zeugen selbstverständlich unmöglich, mit dem Herrn Bundeskanzler „über manches und vieles zu sprechen", obgleich dessen Empfang für mich wie immer ein freundlicher und wohlwollender war.

Im übrigen bin ich Herrn Wachenhusen für seine Belehrung, wie man Geschichte schreibt, aufrichtig verbunden.

Darmstadt, am 23. November 1870. v. Dalwigk.

16.

Herzog Friedrich von Augustenburg an Dalwigk.[1])

Versailles, 1. Dezember.

Eurer Exzellenz sehr geehrtes Schreiben vom 25. v. Mts. habe ich empfangen und habe ich die mir übersandte Nummer der „Darmstädter Zeitung" Ihrem Wunsche gemäß „auf den Tisch des Hauses" niedergelegt. Es ist mir sehr erfreulich gewesen, von Eurer Exzellenz Erklärung Kenntnis zu nehmen, denn wie ich auch selbstverständlich nicht daran zweifelte, daß die von Herrn Wachenhusen gebrachte Bezüchtigung auf reiner Erfindung beruhte, so gibt es doch kein wirksameres Mittel, diesen gewissenlosen Skriblern den Mund zu stopfen, als ihnen zu zeigen, daß jedesmal die Strafe auf dem Fuße folgt, wenn sie zu frech lügen.

17.

Kriegsminister v. Pranckh an Dalwigk.[2])

München, 3. Dezember.

Das Ergebnis unserer Verhandlungen in Versailles kennen Sie; warum gerade ich durch Lage und Umstände gezwungen sein mußte, solche unsere Selbständigkeit untergrabenden Verträge abzuschließen, kommt mir bei meinen Ihnen wohlbekannten scharf ausgeprägten Gesinnungen recht schwer an. — Aber sei dem, wie ihm wolle —, eine schöne Erinnerung bleibt mir und zwar die: manchen edeln Mann kennen gelernt zu haben und Sie vor allen!

18.

Dalwigk an den Großherzog.[3])

Darmstadt, 6. Dezember.

Aus dem von den Bevollmächtigten Eurer Königlichen Hoheit in Versailles vor der Abreise dem Grafen Bismarck mit Allerhöchster Genehmigung übergebenen Memoire,[4]) insbesondere aus der rot vorgestrichenen Stelle desselben, geruhen Eure Königliche Hoheit huldvollst zu ersehen, wie der Vorschlag einer Annahme des Kaisertitels durch den seitherigen Präsidenten des Norddeutschen Bundes zuerst von Eurer Königlichen Hoheit und lange vor dem desfallsigen Schritte Seiner Majestät des Königs von Bayern ausge-

[1]) D.-A.
[2]) D.-A.
[3]) D.-A.
[4]) Siehe Anlage 14.

gangen ist. Daß also der betreffende Passus in dem heutigen, an Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Baden gerichteten Telegramme Eurer Königlichen Hoheit auf gutem Grund beruht.

Vielleicht wäre es angemessen, wenn Allerhöchstdieselben in einem eigenen, an Seine Majestät den König von Preußen zu richtenden Schreiben Allerhöchst Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Königs von Bayern in verbindlicher Weise motivieren, und darin der Stelle in dem Memoire, welches am 15. November dem Grafen Bismarck zugestellt worden ist, Erwähnung tun wollten. Wenn Eure Königliche Hoheit befehlen, werde ich ein solches Schreiben entwerfen.[1])

v. Dalwigk.

19.

Entwurf für ein Schreiben des Großherzogs an König Wilhelm.[2])

7. Dezember.

Mein Vetter und Freund!

Ich kann es mir nicht vergessen, Dir meine Freude über den Antrag des Königs Ludwig von Bayern wegen Deiner Erhebung zum Deutschen Kaiser und über Deine Annahme dieses Antrages persönlich auszudrücken. Es ist dadurch ein Wunsch in Erfüllung gekommen, den ich als ehrlicher Deutscher voll Bewunderung dessen, was Dein Schwert für den Ruhm und die Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes vollbracht hat, schon in der Mitte des verflossenen Monats ausgesprochen habe. In ein Memoire, welches meine Bevollmächtigten in Versailles damals dem Grafen Bismarck zu übergeben hatten, habe ich folgende Stelle aufnehmen lassen. „Einer solchen Umgestaltung der Bundesverfassung würde es denn auch entsprechen, wenn die politische Wiedergeburt Deutschlands in der Wiederherstellung der Bezeichnungen Ausdruck fände, an welche sich die Erinnerungen ehemaliger Macht und Herrlichkeit im Gedächtnis des Volkes knüpfen. Nach außen hin würde es ein Zeichen sein, daß Deutschland den ihm gebührenden Rang unter den Nationen wieder einnimmt, wenn Kaiser und Reich in verjüngter Gestalt auferstehen, um die gemeinsamen Angelegenheiten der Nation zu verwalten. Das deutsche Volk aber würde daraus mehr als aus irgendeiner anderen Maßregel die beruhigende Überzeugung schöpfen, daß das in diesem Kriege vergossene edle Blut nicht ohne Nutzen für Deutschlands Einigung geflossen ist."

Mögest Du, mein teurer Freund, aus diesen Zeilen die Aufrichtigkeit meiner Gesinnungen für Dich, der Dankbarkeit und Verehrung entnehmen, mit der ich bin

Dein treuer Freund und Vetter
Ludwig.

[1]) Siehe Anlage 19.
[2]) D.-A.

Tagebuch 1871.

4. Januar.

Mittags 12 Uhr empfing ich den Flügeladjutanten Major v. Herff. Derselbe teilte mir mit, daß der Großherzog den Obersten v. Lyncker nach Versailles schicken wolle, um dort eine neue Militärkonvention abzuschließen. Vorher sollte Oberst v. Lyncker nach Darmstadt kommen, um sich hier instruieren zu lassen.

Ich bemerkte, daß ich diese Sendung sehr bedenklich fände, daß an einer so wichtigen Verhandlung jedenfalls auch der Gesandte Hofmann in Berlin, welcher die frühere, noch bestehende Militärkonvention abgeschlossen habe, teilnehmen müsse, daß die Sache gar nicht eile und daß man zunächst auf diplomatischem Wege anfragen müsse, ob Preußen schon dermalen zu einer solchen Verhandlung bereit sei und ob es als Ort Versailles oder Berlin vorziehe.

Übrigens sei in den im November v. J. in Versailles abgeschlossenen Verträgen nur bestimmt, daß die Kosten der hessischen Division vom 1. Januar 1872 auf den Deutschen Bund übergehen und daß die hessischen Truppen in einer den Einrichtungen im deutschen Bundesheere im allgemeinen entsprechenden Weise organisiert werden sollten. Weitere Änderungen der bestehenden Militärkonvention seien nirgends geboten. Major v. Herff meinte, man müsse zu den Verhandlungen über eine Modifikation der Militärkonvention rechtzeitig die Initiative ergreifen, man werde dann bessere Bedingungen erlangen, als wenn man eine preußische Erinnerung abwarte, die dermalige Militärkonvention stehe mit einzelnen Bestimmungen der Reichsverfassung nicht im Einklang usw. Ich bestritt diese Behauptungen und behielt mir vor, an den Großherzog zu berichten.

5. Januar.

Um 12 Uhr kam der Flügeladjutant Major v. Herff und stimmte mir bezüglich des Abschlusses einer neuen Militärkonvention nunmehr im wesentlichen bei. Er sagte, daß es sich eigentlich nur von der neuen Formation der Division und der Frage handle, welche Kosten der Deutsche Bund zu tragen habe. Darüber sei zu verhandeln. Aber man müsse allerdings, was Ort und Zeit betreffe, vorher in Berlin anfragen. Der Gesandte Hofmann solle dem abzusendenden militärischen Kommissär zur Seite stehen.

10. Januar.

Oberfinanzrat v. Valois, der mir in den Anlagen begegnete, begleitete mich. Er versicherte, sein König[1]) sei ganz im unklaren über die Tragweite der in Versailles abgeschlossenen Verträge. Der Kriegsminister v. Suckow namentlich habe dem Könige die Ansicht beigebracht, daß er durch die Militärkonvention mit Preußen gewonnen habe. Niemand wage es, den König in dieser Hinsicht aufzuklären. Übrigens wechsele man in Stuttgart alle paar Monate seine Ansichten.

27. Januar.

Um 3½ Uhr empfing ich den österreichischen Gesandten Baron Vetsera, der mir eine für mich persönlich bestimmte, sehr freundschaftliche Depesche des Grafen Beust mitteilte.[2])

7. Februar.

Um 3 Uhr besuchte mich der Abgeordnete Wernher, um die Angelegenheit der Reichstagswahlen zu besprechen. Er meinte, daß Metz in Rheinhessen unterliegen werde, wenn man ihm einen einigermaßen annehmbaren Kandidaten gegenüberstelle. Er versicherte, die Nationalliberalen hätten in Rheinhessen an Geltung und Einfluß verloren.

Nach Wernher kam der preußische Gesandte v. Wentzel. Er teilte mir ein Telegramm des Herrn v. Thile mit, wonach derselbe umgehend zu erfahren wünscht, welche zwischen Frankreich und Hessen vereinbarten Verträge die Großherzogliche Regierung bei dem bevorstehenden Friedensschluß aufrechterhalten zu sehen verlangt.

14. Februar.

Nachmittags 3½ Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel, um mehrere Angelegenheiten untergeordneter Art mit mir zu besprechen. Ich bemerkte ihm, wie es mich unangenehm berührt habe, daß Minister Delbrück auf der Beibehaltung der für das Zollparlament gebildeten Wahlkreise behufs der Wahlen zum Deutschen Reichstage bestanden habe, während Württemberg eine verbesserte Einteilung dieser Wahlkreise ohne weiteres zugestanden worden sei.

15. Februar.

Brief der Gräfin Astorg mit einem Ausschnitt aus dem Journal „La France", enthaltend einen aus den geheimen Papieren der Tuilerien entnommenen Brief des Generals Ducrot über eine mit mir gepflogene Unterhaltung.[3])

[1]) Karl von Württemberg.
[2]) Anlage 1 und 2.
[3]) Vgl. dazu Anlage 13 von 1870.

25. Februar.

Morgens 9 Uhr 20 Minuten fuhr ich mit der Eisenbahn nach Mainz. Ich besuchte den Bischof v. Ketteler und bemerkte demselben, daß im Reichstagswahlkreise Bensheim—Erbach der Baron Philipp Wambolt katholischerseits als Kandidat bei der bevorstehenden Wahl zum Reichstage aufgestellt sei. Baron Wambolt werde aber höchstens einige hundert Stimmen erhalten, welche dem konservativen Kandidaten v. Gagern verloren gingen und somit dem fortschrittlichen Kandidaten Martin zu Auerbach zugute kämen. Ich ersuchte deshalb den Bischof, den katholischen Geistlichen in der Bergstraße und im Odenwald zu eröffnen, daß er seinerseits auch gegen die Wahl des Gesandten v. Gagern nichts zu erinnern habe. Der Bischof versprach mir dies.

Wir unterhielten uns dann noch eine Zeitlang über Politik. Ich erzählte Herrn v. Ketteler, daß man preußischerseits, um der hessischen Fortschrittspartei, speziell Herrn Bamberger[1]) gefällig zu sein, die diesseits vorgeschlagene verbesserte Einteilung der Wahlkreise nicht angenommen habe. Es sei das die alte preußische Politik, welche zu Hause die Zügel streng anziehe und in den übrigen deutschen Staaten die oppositionellen Bewegungen begünstige. Herr v. Ketteler war mit mir einverstanden. Er klagte aber, daß in Hessen die gläubigen Katholiken weder im Staatsdienst noch in den Gemeinderäten gehörig vertreten seien, eine Beschwerde, die ich nicht als berechtigt anerkennen konnte. Wir sprachen dann noch von der Bildung eines Staatenhauses in der neuen Reichsverfassung. Ich versprach dem Bischof, ihm den Aufsatz des Professors Zöpfl über diesen Gegenstand zu senden, was ich auch nach meiner Rückkehr nach Darmstadt tat. Der Bischof v. Ketteler spottete bei diesem Anlaß über die kleinen deutschen Fürsten, die sich früher wie die Frösche aufgeblasen hätten und jetzt nach den neuesten kriegerischen Erfolgen Preußens nicht genug hätten eilen können, um sich Preußen bedingungslos in die Arme zu werfen.

27. Februar.

Bei unserer Rückkehr fand ich einen Auftrag des Großherzogs, ihm eine telegraphische Antwort an den König von Preußen zu entwerfen, welcher dem Großherzog aus Versailles die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien telegraphiert hatte.[2])

4. März.

Der Morgen begann mit 101 Kanonenschüssen zu Ehren des in Versailles abgeschlossenen und in Bordeaux von der französischen Nationalversammlung

[1]) 1823—1899, war 1849 Mitglied der Pfälzer Freischärler, kehrte 1866 nach Mainz zurück, das er im Zollparlament und dann im Reichstag vertrat; er trat 1884 aus der Nationalliberalen Partei aus und begründete die Deutsch-Freisinnige Partei.

[2]) Siehe Anlage 4.

genehmigten Friedens. Um 12 Uhr empfing ich den Major v. Herff, welcher mir sagte, der Großherzog wünsche an den Kaiser Wilhelm nach Versailles zu schreiben und lasse mich ersuchen, ihm einen Brief zu entwerfen. Der Großherzog lege nämlich großen Wert darauf, daß auch bei der neuen Formation der Infanterieregimenter zu 3 Bataillonen die bestehenden vier Infanterieregimenter erhalten blieben. Der Großherzog wolle, daß, wenn es sich von den Kosten der neuen Einrichtung handle, welche fortan der Deutsche Bund zu übernehmen habe, lieber an anderen Waffengattungen, als an der Infanterie gespart werde. Der Prinz Ludwig dagegen habe in Versailles dahin gearbeitet, daß ein hessisches Infanterieregiment eingehe und daß, da eine Division 4 Infanterieregimenter haben müsse, die hessische Division durch ein preußisches Infanterieregiment ergänzt werde. Das sei es aber nun gerade, was der Großherzog nicht wolle. Ich versprach, das verlangte Schreiben zu entwerfen und schickte den Entwurf auch abends an den Major v. Herff,[1]) indem ich zugleich an den Großherzog berichtete.

8. März.

Ich empfing abends einen Brief des Gesandten Hofmann mit einer Anzahl preußischer Zeitungsblätter, die mit heftigen Artikeln gegen mich, in denen mein Rücktritt gefordert wird, angefüllt sind.[2])

9. März.

Den Morgen hindurch war ich zu Hause und schrieb eine Antwort für die „Darmstädter Zeitung" auf einen gegen mich persönlich gerichteten insolenten Artikel der „Posener Zeitung", die als ein konservatives Journal gilt.

14. März.

Ich schrieb morgens an den Baron Capellen mit dem Ersuchen, mich zu benachrichtigen, um welche Zeit der Kaiser Wilhelm morgen nach Frankfurt komme und in welchem Anzug man zu dem Diner komme, welches der Großherzog dort dem Kaiser gibt und zu welchem ich eingeladen bin. Um 11 Uhr fuhr ich in die Ministerialsitzung. Während derselben kam Baron Capellen, um mir zu sagen, daß das Diner um 7 Uhr im Palais des Großherzogs in Frankfurt stattfinde, daß man in Uniform mit dem großen Bande erscheine, und daß für mich und meinen Bedienten Zimmer im Palais reserviert seien.

15. März.

Morgens packte ich meine Sachen für die Fahrt nach Frankfurt zum Diner des Großherzogs. Um 12 Uhr kam Graf Enzenberg. Ich teilte ihm den Inhalt von zwei Briefen des Gesandten Hofmann mit, die ich bezüglich

[1]) Siehe Anlage 5.
[2]) Siehe Anlage 3.

seiner, Enzenbergs, Verwendung im diplomatischen oder konsularischen Dienste des Deutschen Bundes empfangen hatte.

Um 4½ Uhr war ich auf dem Bahnhof, um den Zug von 4 Uhr 45 Minuten zur Fahrt nach Frankfurt zu benutzen. Der Zug kam erst um 5½ Uhr an. In demselben befanden sich der Großherzog und die Großherzogin von Baden nebst ihren Kindern.

In Frankfurt angekommen, fand ich auf dem Bahnhof und in der Umgebung desselben ein so ungeheures Gedränge, daß ich Mühe hatte durchzukommen und eine Droschke zu finden, die mich in das Großherzogliche Palais auf der Zeil brachte. Die Stadt war wundervoll geschmückt. Ich beeilte mich, im Palais in das für mich reservierte Zimmer zu gelangen und mich in Uniform mit dem großen Bande des Roten Adlerordens zu setzen. Der Kaiser Wilhelm kam eine ganze Stunde später, als er angesagt war, nämlich erst um 7 Uhr, und zwar in demselben Wagen mit dem Großherzog, welcher letztere ihm bis Bingen entgegengefahren war. Unmittelbar darauf kam der Kronprinz von Preußen, der Prinz Carl und der Prinz Adalbert von Preußen. Dieselben wurden am Fuß der Treppe von dem Großherzog und der Großherzogin von Baden nebst Kindern, sodann von den Prinzen Carl und Alexander, welche das große Band des Schwarzen Adlerordens trugen, ferner von der Prinzessin Carl und der Prinzessin Alice empfangen. Ich stand ebenfalls am Fuße der Treppe, und der Kronprinz von Preußen gab mir herzlich die Hand. Das Diner, welches im oberen Saale serviert war, begann erst um 7¾ Uhr. Vorher begab sich der Kaiser auf den Balkon und zeigte sich den auf der Straße versammelten Massen, von denen er mit stürmischen Hochrufen begrüßt wurde. Dann sprach der Kaiser mit mehreren der Anwesenden, die sich im Saale neben den schon gedeckten Tischen aufgestellt hatten. Er empfing auch eine zahlreiche Deputation der Stadt Frankfurt, den Oberbürgermeister Mumm an der Spitze. — Mir reichte er freundlich die Hand, indem er fragte, ob ich gut von Versailles zurückgekommen sei. Er sah trotz seiner 74 Jahre wohl und rüstig aus. — An dem Diner nahmen die badischen Herrschaften keinen Teil. Sie setzten bereits um 8½ Uhr die Reise mit der Hanau—Bebraer Bahn fort.

Ich saß neben dem Oberpräsidenten v. Möller.[1]) Nach dem Diner machte der Kaiser nebst den preußischen Prinzen eine Fahrt durch die glänzend illuminierte Stadt und trank den Tee bei der Generalin v. Boyen, geborenen Prinzessin Biron von Kurland.

16. März.

Am Morgen 9 Uhr fanden wir uns bereits wieder in voller Uniform mit dem großen Bande im Saale ein, in welchem tags zuvor gespeist worden

[1]) Eduard, 1814—1880; nach dem Kriege 1866 Oberpräsident der neuen Provinz Hessen-Nassau, 1871—1879 an der Spitze der Verwaltung von Elsaß-Lothringen.

war. Ich unterhielt mich dort mit mehreren der Ab- und Zugehenden, namentlich auch mit dem interimistischen Armeekorpskommandanten Grafen Monts aus Kassel. Ich ergriff die Gelegenheit, dem Kronprinzen eine in den Heidelberger Jahrbüchern abgedruckte Abhandlung des Professors Zöpfl über die Bildung eines deutschen Staatenhauses neben dem Reichstage zu behändigen, wofür er mir sehr dankte. Um 9½ Uhr wartete ich zusammen mit Trotha dem Großherzog in seinen Zimmern auf. Ich bat denselben, dem General Grafen Moltke das Militärverdienstkreuz zu verleihen, welches er bereits am Tage zuvor den preußischen Prinzen und dem Kaiser zugestellt hatte. Der Großherzog ging auf meinen Vorschlag ein, und Graf Moltke empfing den Orden auf dem Hanauer Bahnhof, wohin er bereits vorausgefahren war, durch den Großherzog, welcher den Kaiser bei dessen Abfahrt dahin begleitete, persönlich.

Die Abreise des Kaisers und der preußischen Prinzen erfolgte um 10 Uhr mit der Hanau—Bebraer Bahn. Der Kaiser und der Kronprinz reichten mir noch herzlich die Hand.

17. März.

Mein Schwager Paul Dunten erzählte mir, daß der König von Preußen in Versailles dem Könige von Württemberg die Versicherung gegeben habe, daß er in seinem eigenen Interesse alle partikularistischen Bestrebungen der deutschen Einzelstaaten begünstige und daß er nichts weniger als eine Ausdehnung seiner Präsidialrechte im Deutschen Bunde anstrebe.

18. März.

Um 11½ Uhr kam General v. Trotha im Auftrage des Großherzogs. Er teilte mir den Plan für die am 21. l. M. stattfindende Reise des Großherzogs nach Berlin mit und ersuchte mich, den Gesandten Hofmann danach zu instruieren.

19. März.

Mein Schwager Paul hatte um 9¼ Uhr Audienz bei dem Großherzoge. Der Großherzog sagte ihm, er wisse gar nicht, weshalb eine gewisse Partei im Großherzogtum mich so leidenschaftlich verfolge.

20. März.

Um 12 Uhr besuchte mich Graf Lippe und erkundigte sich nach dem Eindruck, welchen die Ernennung des neuen österreichischen Ministeriums[1]) in Darmstadt gemacht habe. Ich antwortete ihm, daß die neuen Minister hier gänzlich unbekannt seien, daß man also über ihre Befähigung hier nicht urteilen könne. Im allgemeinen seien öftere Ministerwechsel ein Zeichen von

[1]) Hohenwart-Schäffle.

Unsicherheit und mangelnder Autorität einer Regierung. Graf Lippe meinte, die Minister müßten stets aus den Kammermajoritäten genommen werden. Das sei konstitutioneller Grundsatz. Ich bestritt die Richtigkeit dieser Unterstellung. Ich sagte, daß dies nur in England zulässig sei, solange sich dort zwei aristokratisch-monarchische Parteien abwechselnd die Herrschaft streitig machten, nicht aber in anderen monarchisch regierten Ländern, in welchen solche geschlossenen Parteien nicht existierten. In letzteren müsse der Monarch die Minister nach eigenem Gutfinden ernennen, sonst höre der Staat auf, eine Monarchie zu sein, er werde tatsächlich eine Republik, in welcher die Volksvertretung souveräne Gewalt ausübe. Wir sprachen auch noch über die reservierte Haltung Österreichs bei Ausbruch des letzten Krieges. Ich tadelte diese Reserve und bemerkte, Österreich hätte mit voller Kraft für die Erhaltung des Friedens eintreten müssen. Falls die Franzosen sich widerspenstig gezeigt, hätte Österreich Preußen seine Hilfe anbieten und gewähren sollen. Dann würde Österreich beim Friedensschluß ein gewichtiges Wort haben mitsprechen können. Hätte dagegen Preußen keinen Vernunftgründen Gehör geben wollen, so hätte Österreich 100000 Mann an der bayerischen Grenze aufstellen sollen. Freilich würde dazu genügende Schlagfertigkeit des österreichischen Heeres erforderlich gewesen sein, und diese Schlagfertigkeit scheine seit dem Jahre 1866 noch vieles zu wünschen übrig lassen.

23. März.

Wernher erzählte mir, er habe dem Abgeordneten Vollhard Vorwürfe darüber gemacht, daß seine Partei die Wahl Gagerns zum Reichstagsabgeordneten vereitelt habe. Er, Wernher, habe dem p. Vollhard gesagt, es sei eine Schande, daß man auf solche Weise die alten Verdienste Gagerns verkannt und ihm einen unbekannten, unfähigen Menschen, wie den Geometer Martin, vorgezogen habe. Vollhard habe erwidert, seine Partei habe den p. Martin nur um deswillen vorgeschoben, um das Ministerium Dalwigk zu stürzen.

27. März.

Morgens $10^1/_4$ Uhr besuchte mich der Major v. Westerweller. Er sagte mir, das hessische Offizierkorps sei in hohem Grade verstimmt, weil es fürchte, daß die Selbständigkeit der hessischen Division aufhören werde. Die Verlegung eines Regimentes nach Mainz sei der Anfang dazu. Westerweller meinte, der Prinz Ludwig mache wie alle Thronfolger dermalen Opposition, später werde derselbe sein jetziges Benehmen bereuen.

Um $10^3/_4$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge aus Anlaß seiner Rückkehr von Berlin. Derselbe sagte mir, er sei froh gewesen, Berlin wieder zu verlassen. Das Pflaster dieser Stadt sei ihm unbehaglich. Zu einer politischen und geschäftlichen Konversation sei gar keine Gelegenheit gewesen.

Der König, der Kronprinz, Bismarck und Moltke hätten nichts im Kopfe gehabt als die französischen Angelegenheiten, und sich beständig darüber unterhalten. Die Kaiserin sei, ebenso wie die übrigen Prinzessinnen, sehr liebenswürdig für ihn, den Großherzog, gewesen. Dieselben hätten ihn besucht und ihm Buketts gebracht.

Ich fragte den Großherzog, ob er nicht die Frage von der Erhaltung der vier hessischen Infanterieregimenter, mit welcher die Erhaltung der Selbständigkeit der Division wesentlich zusammenhänge, in Berlin zur Sprache gebracht habe. Der Großherzog verneinte dies.

29. März.

Den Morgen schrieb ich einen Artikel für die „Darmstädter Zeitung" gegen die Korrespondenz Stern und die „Vossische Zeitung", welche behauptet hatte, ich hätte mich um die Teilnahme an den Versailler Friedensverhandlungen beworben.

1. April.

Morgens $10^1/_2$ Uhr empfing ich den Prinzen Alexander. Derselbe teilte mir im Auftrage des Großherzogs mit, daß Fürst Bismarck während des letzten Aufenthaltes des Großherzogs in Berlin zu demselben gekommen und ihm im Namen des Kaisers Wilhelm bemerkt habe, daß meine Entlassung notwendig sei, wenn das gute Einvernehmen mit Hessen erhalten bleiben und üble Folgen von dem Großherzoge und seinem Lande abgewendet werden sollten. Ich erwiderte, daß ich, soweit mein persönliches Interesse in Frage komme, mit Vergnügen auf meine ministerielle Stellung verzichte. Schmerzlich sei es mir nur, daß der Großherzog auf solche Weise gezwungen werde, eine Person seines Vertrauens zu entlassen und Minister anzunehmen, die ihm vielleicht weniger zusagten. Prinz Alexander ersuchte mich, meine Entlassung in einer Eingabe nachzusuchen, welche demnächst veröffentlicht werden könne. Der Großherzog bedauere die ihm aufgezwungene Notwendigkeit auf das tiefste und wünsche, daß meine Entlassung in der ehrendsten Weise erfolge. Er wolle mir demnächst eine oberste Hofcharge übertragen, sobald eine solche vakant werde.

Nach dem Weggang des Prinzen schrieb ich dem Großherzoge und fügte mein Entlassungsgesuch bei.[1])

Der Großherzog antwortete mir folgendes:

„Was ich fühle, indem ich diese Zeilen schreibe, kann ich nicht recht ausdrücken, ich soll mich von Ihnen, meinem langjährigen treu bewährten Ratgeber und würdigen teueren Freunde trennen, ich soll mich in eine neue Ära finden, die mir so entsetzlich zuwider ist, mich mit Dienern umgeben, die erst noch mein Vertrauen verdienen

[1]) Siehe Anlage 9.

müssen; nie während meiner 23jährigen Regierung war mir schlimmer zumute, wie heute.

Die Gründe, die Sie bewegen zurückzutreten, sehe ich nur zu sehr ein und ich kann ihnen nichts entgegensetzen, und ich genehmige deshalb Ihr Gesuch.

Gottes reichster Segen begleite Sie auf Ihrer Lebensbahn, erhalten Sie mir Ihre so teure Freundschaft und versagen Sie mir nicht Ihren bewährten Rat, den ich mir wohl noch oft erbitten werde.

Kommen Sie übermorgen um 11 Uhr zu mir im Frack, bis dahin bitte alles geheimzuhalten."

Ich konnte diese Zeilen nicht ohne Tränen lesen. Ich teilte sie Dellchen mit, die ebenfalls tief gerührt war. Dellchen war sehr damit einverstanden, daß ich dem preußischen Andrängen, den ewigen Angriffen durch die Presse und der veränderten Situation gegenüber mit Rücksicht auf meine politische Ehre meine Entlassung nehmen solle. Sie hätte sogar gewünscht, daß dies schon früher geschehen sein möchte.

3. April.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in das Schloß zur Audienz bei dem Großherzoge. Der Großherzog umarmte und küßte mich in großer Bewegung. Er erzählte mir, daß Graf Bismarck in einer Soiree bei der Königin von Preußen ihm in sanft einschmeichelnder Weise unter vier Augen, im Auftrage des Kaisers Wilhelm, anheimgegeben, mich zu entlassen. — Wir besprachen dann die neue Ministerkombination. Ich schlug vor, dem Herrn v. Lindelof das Ministerium des Äußern neben dem Justizministerium und dem Herrn v. Bechtold das Ministerium des Innern zu übertragen, womit der Großherzog einverstanden war. Er beauftragte mich aber, ihm ein Privatschreiben an den Kaiser Wilhelm zu entwerfen,[1]) worin er denselben frage, ob ihm die neue Ministerkombination genehm sei. Der Großherzog war fortwährend sehr bewegt. Er sagte mir, er könne nicht ausdrücken, was er empfinde. Es sei ihm zumute, als ob er sich in einem Waisenhause befinde. Er fragte mich, ob ich inskünftige mit meiner Pension auskommen könne. Ich antwortete, daß ich dies unter großen Einschränkungen möglich zu machen hoffe. Ich würde aber dankbar sein, wenn der Großherzog mir gestatten wolle, zuweilen eine Hofequipage in Anspruch zu nehmen. Der Großherzog erwiderte, das verstehe sich von selbst.

4. April.

Um $10^3/_4$ Uhr kam Prinz Alexander, um mir mitzuteilen, daß der Großherzog es auf seinen Rat bedenklich gefunden habe, nochmals an den König

[1]) Siehe Anlage 10.

Wilhelm zu schreiben und daß der Großherzog mich sonach ersuchen lasse, das weitere wegen der verabredeten Ministerveränderung nunmehr fertig zu machen. Ich ließ den Prinzen die Entschließung des Großherzogs auf mein Entlassungsgesuch lesen und sagte ihm, wie tief mich dieser Beweis von Huld gerührt habe.

Minister v. Schenk, nachdem ich ihm die Nachricht meiner Entlassung mitgeteilt hatte, erwiderte ziemlich heftig, daß er sofort auch um seine Pensionierung einkommen würde, zumal da er auf einem Auge blind und seine Gesundheit nicht die beste sei. Ich bat Schenk, den Großherzog in diesem kritischen Augenblicke nicht zu verlassen, der Großherzog zähle auf ihn und tröste sich damit, daß sein Freund Schenk ihm noch ferner zur Seite stehen werde. Minister v. Schenk blieb aber unerschütterlich und versprach mir schließlich, nur noch so lange zu bleiben, bis er mein Entlassungsdekret entworfen und kontrasigniert, auch die übrigen notwendig gewordenen damit zusammenhängenden Verfügungen gegengezeichnet habe.

Schenk erzählte mir, meine Pensionierung komme ihm nicht unerwartet, schon vor vier Wochen habe die Prinzessin Alice davon gesprochen.

5. April.

Um 11½ Uhr ging ich zum Minister v. Lindelof, um demselben meine Entlassung und seine bevorstehende Ernennung zum Minister des Großherzoglichen Hauses und des Äußern mitzuteilen.

Er war über meine Pensionierung sehr betreten und machte Einwendungen gegen die Vermehrung seiner Arbeitslast, indem er 76 Jahre alt sei und seit dem Tode seiner Tochter eine Abnahme seiner Arbeitskraft fühle. Ich ging dann zum Geheimen Rat v. Bechtold, um demselben zu sagen, daß ich meine Entlassung erbeten hätte und daß der Großherzog ihn an die Spitze des Ministeriums des Innern stellen wolle. Herr v. Bechtold brach in Tränen aus, als er von meinem Rücktritt hörte. Er war außer sich über die preußischen Anmaßungen und fiel mir beim Weggehen um den Hals. Bei meiner Nachhausekunft berichtete ich dem Großherzoge, der einige Stunden später meine Anträge genehmigte und in specie Bechtold zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannte.

6. April.

Schenk proponierte mir, die Stelle eines landesherrlichen Kommissars bei einer der hiesigen Banken, welche Herr v. Bechtold bisher versehen habe und infolge seiner Ernennung zum Präsidenten des Ministeriums des Innern nicht ferner behalten könne, gegen die damit verbundene Remuneration von 3600 F. jährlich zu übernehmen und dafür auf 1000 F. von meinem Ruhegehalt von 5000 F. jährlich auf so lange zu verzichten, als ich dieses Kommissorium behalte. Dadurch werde meine künftige jährliche Einnahme auf 7000 F. gesteigert. Ich nahm dieses Erbieten natürlich gern an.

9. April.

Ich sagte Herrn v. Wentzel, daß ich dem Grafen Bismarck für die Veranlassung zu meinem Rücktritt nur dankbar sein könne. Nur hätte ich gewünscht, daß man denselben in Berlin einfach begehrt hätte, statt mich vorher in Artikeln der „Kölnischen" und der „Posener Zeitung" in einer Weise angreifen zu lassen, die man eher von der „Mainzeitung" hätte erwarten sollen. Meine Gesinnung persönlicher Achtung vor dem Fürsten Bismarck würde sich deswegen nicht im mindesten ändern. Diese meine Gesinnungen persönlicher Achtung seien ganz dieselben als zu jener Zeit, in welcher Bismarck abends in Darmstadt in meine Theaterloge gekommen sei, um mir die Entlassung des Ministers v. Manteuffel und den Eintritt der neuen Ära in Preußen mit dem Bemerken anzukündigen, daß seine Abberufung nun auch nicht mehr lange auf sich werde warten lassen. Ich hätte damals dem Herrn v. Bismarck geantwortet, daß ich es tief beklagen würde, wenn ein Mann von seinem Werte den öffentlichen Dienst verlassen sollte. So dächte ich noch, und vor allen Dingen sei ich nicht im mindesten empfindlich. Ich bat Herrn v. Wentzel, dies nach Berlin zu schreiben. Ich nannte ihm dann die neuernannten Minister v. Lindelof und v. Bechtold. Er meinte, Bechtold habe sich aber bei dem Verbot einer Volksversammlung im Jahre 1870 beteiligt. Ich stellte in Abrede, daß dieser Umstand gegen seine Ernennung spreche und versicherte, daß er, wie Herr v. Lindelof, Männer ohne bestimmte politische Richtung seien, daß dieselben sich lediglich zur Aufgabe machen würden, treu mit Preußen zu gehen. Ich gab dem Herrn v. Wentzel noch einige Erläuterungen über das Verhalten Hessens, in specie das meinige, bei den verschiedenen Erneuerungen der Zollvereinsverträge. Ich sagte ihm, daß im Jahre 1852 die Herren v. Beust und Pfordten mit den Ministern von Baden und Nassau ganz uneingeladen nach Darmstadt gekommen seien und Hessen gewissermaßen gedrängt hätten, sich ihren Schritten anzuschließen. Bei dem Abschlusse des Handelsvertrages mit Frankreich wären die diesseitigen Bedenken sogar einen Augenblick vom preußischen Finanzministerium geteilt worden. Aus diesen Tatsachen ließen sich also die Vorwürfe nicht rechtfertigen, die man in preußischen Journalen mir gemacht habe, um mich der Preußenfeindlichkeit zu beschuldigen. Ich fügte noch hinzu, daß ich stolz darauf sei, noch die Versailler Verträge unterzeichnet und den Beweis geliefert zu haben, daß ich mein deutsches Vaterland und seine Einheit warm liebte und nicht so partikularistisch dächte, wie man es von mir in gewissen Blättern behauptet habe.

11. April.

Um 11½ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog, dem ich für die ehrende Fassung meines Pensionsdekretes dankte. Ich blieb über eine halbe Stunde bei ihm. Er umarmte und küßte mich beim Kommen und Weggehen. Ich sagte, daß Versuche, nun auch den Großherzog zur Annahme des Prinzen

Ludwig als Mitregenten zu bewegen, nicht ausbleiben würden und wohl auch schon vorbereitet seien. Der Großherzog versicherte, daß jeder solche Versuch an seiner bekannten Energie scheitern würde. Niemand solle es nur wagen, ihm einen solchen Vorschlag zu machen. Ich bat, wenn ein derartiger Vorschlag dennoch gemacht werden sollte, mich mit der Antwort zu beauftragen. Dann fuhr ich zum Prinzen Carl. Ich erzählte dem Prinzen die Veranlassung zu meinem Entlassungsgesuch und rühmte die überaus gnädige Weise, in welcher der Großherzog dasselbe bewilligt habe. Ich bemerkte, daß dies preußische Verlangen hauptsächlich für den Großherzog schmerzlich und verletzend gewesen sei und weniger für mich, der ich darin eine Anerkennung meiner treuen Pflichterfüllung gefunden hätte. Widerwärtig sei es noch, daß Fürst Bismarck gerade den Besuch des Großherzogs in Berlin, der aus Artigkeit für den Kaiser Wilhelm am Geburtsfeste des letzteren stattgefunden, benutzt habe, um dem Großherzog ein für denselben so sehr unangenehmes und schmerzliches Ansinnen zu stellen. Prinz Carl weinte beständig, während ich mit ihm sprach. Ich sagte ihm noch, daß man mir in Berlin Preußenfeindlichkeit vorwerfe. Verkehrte Maßregeln und Ungerechtigkeiten der preußischen Regierung hätte ich stets bekämpft. Aber daraus einen Haß gegen Preußen selbst und sein Volk ableiten zu wollen, sei absurd. Der Prinz antwortete, daß das vollkommen auch sein Fall sei. Er hielt mir unter Tränen lange die Hand fest und umarmte mich beim Weggehen.

In Traisa erzählte mir Thüngen, er habe meinen Rücktritt sofort dem Grafen Bray mitgeteilt und habe dabei sein tadelndes Urteil über den preußischen Gewaltschritt, der meine Entlassung veranlaßt habe, nicht zurückgehalten. Er habe eine Warnung vor dem, was Preußen sich später auch in Bayern erlauben könne, hinzugefügt.

13. April.

Graf Osten-Sacken brachte mir ein eigenhändiges Billett des Fürsten Gortschakow, worin mir derselbe für mein Gratulationsschreiben aus Anlaß des ihm verliehenen Titels „Durchlaucht" dankt. Osten-Sacken, der eben von Stuttgart zurückgekommen ist, erzählte mir, der König von Württemberg habe ihm gegenüber sein Erstaunen und sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Großherzog mich entlassen habe. Ich erzählte Osten-Sacken die Veranlassung mit dem Zusatze, daß dies der erste Schritt zur Mediatisierung der kleineren deutschen Fürsten gewesen sei.

14. April.

Um 3 Uhr hatte ich den Besuch des Baron Capellen, welcher mir erzählte, daß die Kronprinzessin von Preußen ihn bei der letzten Anwesenheit des Großherzogs in Berlin auf das liebenswürdigste empfangen, ihm ihr Palais gezeigt, schließlich aber ihn ersucht habe, dem Großherzog, der ja alt und schwach geworden sei, zu raten, er möge zur Erleichterung seiner Arbeits-

laſt den Prinzen Ludwig als Mitregenten annehmen. Er habe dies dem Großherzog erzählt.

19. April.

Graf Enzenberg rühmte das Anſehen, deſſen der Geſandte Hofmann in Berlin genieße, und lobte deſſen Gefälligkeit für ihn, Enzenberg, was meiner Empfehlung zu verdanken ſei. Er erzählte mir weiter, Miniſter Delbrück habe ihm die Nachricht von meiner Verſetzung in den Ruheſtand als neueſte Neuigkeit mitgeteilt, mit dem Zuſatze, es ſei zu bedauern, daß es Preußen nicht früher gelungen ſei, mich zu gewinnen, man würde dann das Deutſche Reich ſchon vier Jahre früher haben gründen können. Jetzt ſei ich unſchädlich gemacht.

6. Mai.

Ich empfing um $11^1/_2$ Uhr den Advokaten Emmerling II und beſprach mit demſelben die Haltung der Volksblätter und die für letztere von Öſterreich geſtellte Kaution. Emmerling erzählte mir, der öſterreichiſche Miniſter Giskra habe ihm verſichert, daß im Jahre 1866 Fürſt Bismarck ihm (damals Bürgermeiſter in Brünn) angeboten habe, Öſterreich möge Süddeutſchland nehmen und dafür Preußen Norddeutſchland überlaſſen. Auf dieſen Vorſchlag ſei man aber in Wien nicht eingegangen.

8. November.

Ich hatte morgens 11 Uhr den Beſuch des ſächſiſchen Generalkonſuls Gerſon von Frankfurt. Derſelbe bedankte ſich für den ihm unter meiner Mitwirkung verliehenen Philippsorden. Er teilte mir zugleich die Nachricht mit, daß Graf Beuſt ſeine Entlaſſung von der Stelle als öſterreichiſcher Reichskanzler erbeten und erhalten habe. Welches Schwanken in den Entſchlüſſen des Kaiſers Franz Joſeph. Derſelbe führt Öſterreich ſeiner Auflöſung entgegen.

12. November.

Über die Urſachen der Entlaſſung Beuſts verſicherte der junge Gagern nichts zu wiſſen. Er glaubt aber, daß der Kaiſer Franz Joſeph, dem die deutſche Oppoſition gegen den tſchechiſchen Ausgleich um ſo widerwärtiger geweſen ſei, als er derſelben ſchließlich habe nachgeben müſſen, den Grafen Beuſt im Verdachte der Begünſtigung dieſer Oppoſition gehabt und deshalb denſelben ſeine Ungnade habe fühlen laſſen.

Max Gagern verſicherte, daß nach den von ihm kürzlich in Wien gemachten Wahrnehmungen, die Stimmung der Deutſch-Öſterreicher für ihren Kaiſer eine ſehr ſchlechte ſei, und daß viele derſelben im innerſten Herzen Lostrennung der deutſch-öſterreichiſchen Provinzen vom Kaiſerſtaate und Vereinigung derſelben mit dem Deutſchen Reiche wünſchten.

27. November.

Ich erhielt ein Telegramm des Grafen Beust aus Stuttgart, worin derselbe seine Ankunft mit dem morgigen Schnellzuge der Main—Neckarbahn ankündigte.

28. November.

Beust erzählte uns eine Menge von Dingen, von welchen ich hier einiges wiedergebe:

Er habe im Jahre 1870 dem Duc de Gramont proponiert, die spanischen Schiffe, welche den Prinzen Leopold von Hohenzollern nach Spanien bringen sollten, mit ihrem königlichen Reisenden durch zwei französische Eskadren abfangen zu lassen. Gramont habe aber erwidert: „On veut nous faire jouer une scène de comédie." Beust sagte weiter, daß wenn die Franzosen sofort nach ihrer Kriegserklärung im Jahre 1870 an den Main marschiert und in Baden eingerückt wären, Österreich nicht anders gekonnt hätte, als eine Armee an der bayerischen Grenze aufzustellen. Dann wäre Süddeutschland gezwungen gewesen, neutral zu bleiben. Statt dessen habe Frankreich drei Wochen lang gewartet, um endlich bei Saarbrücken anzugreifen. Übrigens habe Fürst Metternich durch unvorsichtige Äußerungen sich manches zuschulden kommen lassen. Über die Gründe seiner Entlassung als Reichskanzler versicherte Beust nichts Positives angeben zu können. Eine üble Laune des Kaisers, auf welche ich die Sache zurückführte, stellte er nicht gerade in Abrede. Von dem entlassenen Minister Schäffle[1]) erzählte Beust, daß derselbe seinerzeit auf den Barrikaden gekämpft und später in Böhmen eine förmliche Verschwörung angezettelt habe. Von Bismarck erzählte Beust, derselbe habe Herrn Thiers auf dessen lange französische Reden in Versailles erklärt, er werde ihm von nun an nur deutsch antworten, weil es ihm unmöglich sei, durch das Anhören solcher stundenlangen Reden die Verhandlungen ins Unendliche fortzusetzen. Bismarck habe zu Thiers Verzweiflung, der kein Wort Deutsch verstehe, auch Wort gehalten. Bei dem Einmarsch der Preußen in Paris sei ein langer Blusenmann neben Bismarcks Pferd hergegangen und habe Bismarck zugerufen: „Tu es une fameuse canaille, toi Bismarck". Das alles hatte Bismarck dem Grafen Beust in Gastein erzählt, die letzte Anekdote mit dem Zusatz, er hätte den Blusenmann vernichten können, aber das Propos desselben habe ihn so gelächert, daß er es habe hingehen lassen. Bismarck trägt jetzt beständig Uniform. Er rechtfertige dies damit, daß er dann beim Grüßen keinen Hut abzunehmen brauche. Früher, wo jedermann vor ihm ausgespuckt, wäre er nie in die Verlegenheit des Grüßens gekommen.

[1]) Albert Eberhard Friedrich, 1831—1903, war 1860 Professor der Volkswirtschaft an der Universität Tübingen, 1862—1865 im württembergischen Landtag, 1868 im Zollparlament; 1868 wurde er Professor in Wien, 1871 österreichischer Handelsminister und war die Seele des föderalistischen Kabinetts Hohenwart.

Beust sagte ferner, die ihm vorhergegangenen Minister des Äußern in Österreich hätten niemals die Konzepte der Referenten im Ministerium durchgesehen, sondern hätten sich sofort die Reinschriften zum Unterzeichnen vorlegen lassen. Man habe sich im Ministerium sehr gewundert, als er diesen Gebrauch abgeschafft und vorerstige Prüfung der Konzepte verlangt habe. Graf Buol habe eines Tages eine ihm unterbreitete Reinschrift durchgelesen und ausgerufen „Dummes Zeug", dann aber ohne weiteres unterzeichnet. Geheimrat v. Biegeleben habe es nicht unterlassen können, in Depeschen, die nach Berlin gerichtet gewesen seien und den Zweck einer Aussöhnung gehabt hätten, also im versöhnlichsten Tone hätten geschrieben sein müssen, Nadelstiche anzubringen. Biegeleben habe damit wesentlich zum Kriege von 1866 beigetragen.

Beust erzählte, daß er zu Anfang seines Eintrittes in den österreichischen Dienst einen Brief des Königs Johann von Sachsen erhalten habe. Darin habe ihm der König eine Verbesserung seiner Handschrift empfohlen und ihm weiter die Lehre gegeben, daß Nadelstiche oft schmerzhafter seien als Keulenschläge. Außerdem habe ihm der König, ohne daß von seiner Seite eine andere Veranlassung als die Erwähnung des Namens Senft-Pilsach in einem Briefe gegeben worden war, geschrieben, daß von einer sächsischen Pension jetzt, nachdem Beust österreichischer Staatsdiener geworden, keine Rede sein könne. Baron Senft-Pilsach hatte nämlich, nachdem er 1814 aus sächsischem in den österreichischen diplomatischen Dienst übergetreten war, eine sächsische Pension von jährlich 3000 Reichstaler fortbezogen.

Beust bemerkte auch, wie undankbar die Bevölkerungen zu sein pflegten. Die Ungarn hätten ihn seinerzeit, als er den Ausgleich zustande gebracht, in den Himmel erhoben. In Pest hatten ihn bei seinem Betreten der Treppe zum Ballsaal, in welchem dem Kaiser Franz Joseph aus Anlaß der Krönung ein Fest gegeben worden sei, zwei Reihen der elegantesten Damen empfangen, und ein alter Mann mit schneeweißem Barte sei vor ihm mit aufgehobenen Händen niedergekniet und hätte ihn „Unser Vater" angeredet. Jetzt, bei seinem Rücktritte, hätte kein ungarisches Journal ein Wort des Bedauerns gehabt. — In Reichenbach, dessen Vertreter im österreichischen Abgeordnetenhause er früher gewesen sei, habe man ihn nicht wiedergewählt, obgleich er zugunsten der Reichenbacher Fabrikanten einem mit England abgeschlossenen und von ihm und Herrn Morier bereits unterzeichneten Vertrag nachträglich die Genehmigung versagt habe. Seinen dermaligen Sitz im österreichischen Abgeordnetenhause verdanke er polnischen Wählern oder eigentlich den polnischen Juden in Brody.

25. Dezember.

Mich erwartete der französische Generalkonsul de Hell aus Frankfurt. Ich hatte denselben früher gebeten, beim Grafen Alstorg anzufragen, ob er noch das Konzept eines Berichtes besitze, welches die Preußen im Schlosse

des Ministers Rouher gefunden haben wollten, und das mich angeblich kompromittiere. Es ist dies der Bericht, von welchem Herr v. Thile und Herr v. Savigny dem Gesandten Hofmann in Berlin zu Ende des verflossenen Jahres gesprochen hatten, welchen sie unter den Rouherschen Papieren gefunden und damals an den Grafen Bismarck nach Versailles geschickt haben wollten.[1]) Herr de Hell las mir nun die Antwort des Grafen Astorg vor. Derselbe erklärte, daß er vor seiner Abreise von Darmstadt alle Konzepte seiner Berichte verbrannt habe. Er versichert übrigens zugleich, daß er seine vertraulichen Berichte stets mit so viel Mäßigung und Vorsicht verfaßt habe, daß in denselben unmöglich etwas mich Kompromittierendes enthalten sein könne. Er habe deshalb die Überzeugung, daß der fragliche Bericht ebensowenig existiere als mein Schreiben an den Minister Rouher, dessen Existenz seinerzeit die preußischen Blätter behauptet hätten.[2])

[1]) Vgl. dazu Anmerkung 3, S. 474.
[2]) Vgl. dazu Tagebuch vom 15. Februar.

Anlagen 1871.

1.

Beust an Baron Vetsera.[1])

Ofen, 23. Januar.

Ich beauftrage Sie, eine Rücksprache mit dem großherzoglich hessischen Herrn Minister des Äußern zu halten. Es erscheint mir nämlich angemessen, Freiherrn v. Dalwigk unsere dankbare Anerkennung für die freundschaftliche Offenheit auszudrücken, mit welcher er sich uns gegenüber durch Freiherrn v. Gagern über den Gang der jüngsten Versailler Verhandlungen bezüglich der Neugestaltung Deutschlands und über die Stellung der Großherzoglichen Regierung zu denselben ausgesprochen hat. Ich darf die Hoffnung daran knüpfen, daß der Herr Minister des Äußern der Haltung, die wir dieser großen geschichtlichen Tatsache gegenüber eingenommen, den Entschließungen, in welchen wir der Harmonie der österreichisch-ungarischen und der gesamtdeutschen Interessen gerecht zu werden suchten, Billigung und Zustimmung auch seinerseits nicht versagen wird. Nichts in der Tat kann uns mehr am Herzen liegen als die volle Herstellung, die Erhaltung und Pflege dieser Harmonie, und nicht in letzter Linie rechnen wir dabei auf die künftige Unterstützung jener Elemente in Deutschland selbst, welche alte und vielbewährte Gesinnungen der Freundschaft und des Verständnisses gemeinsamer politischer Aufgaben mit Österreich-Ungarn verbinden. Es erscheint mir von Wichtigkeit, daß Freiherr v. Dalwigk neuerdings die Überzeugung gewinne, welches Gewicht wir in diesem Sinne wie in jedem anderen auf die Anschauungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs sowie auf die Wirksamkeit des uns und mir persönlich so befreundeten Herrn Ministers des Äußern selbst legen.

2.

Dalwigk an Beust.[2])

Ihre Worte waren ein wohltuender Klang aus guter alter Zeit, auf deren Wiederkehr ich nicht ganz verzichte. Ich kann Ihnen in solcher Form besser sagen, was ich auf dem Herzen habe, als durch eine offizielle Antwort. Mit wie schwerem Herzen wir uns in das Unvermeidliche gefügt haben, brauche ich Ihnen nicht nochmals auszusprechen. Ich hätte Ihnen gern die Pickelhauben

[1]) D.-A. Abschrift dieser Depesche von Dalwigks Hand.

[2]) Entwurf im D.-A.

von Salzburg ferngehalten. Aber nachdem das Kind auf dem bayerischen Throne sich Holnsteinischen Einflüssen gefügt, nachdem der ewig schwankende willenlose König von Württemberg nichts Eiligeres zu tun hatte, als gegen bessere innere Überzeugung Bayern nachzulaufen, nachdem endlich die nationalliberalen Regenten von Baden an das Ziel ihrer langjährigen Bestrebungen gelangt waren, blieb uns in Darmstadt leider nichts übrig, als ebenfalls unterzukriechen. Die Zeiten des friedenerhaltenden Bundes, die guten Zeiten, in denen es mir vergönnt war, unter Ihrer Führung an der ehrenvollen, wahrhaft fruchtbringenden Verbindung der deutschen Mittelstaaten mitzuarbeiten, haben ihr Ende erreicht. Aber der würde irren, der von nun an eine Ära deutschnationaler Größe und Blüte erwarten wollte. Dafür, daß dies nicht der Fall sein wird, hat das Jahr 1866 gesorgt. Ich hatte bei dem Beginn des dermaligen Krieges die Hoffnung, daß wechselnde Chancen Preußen nötigen sollten, österreichischen Beistand zu erbitten, und daß dem alten Kaiserhause und Deutschland dadurch Gelegenheit gegeben würde, die in den Herzen fortlebende Verbindung auch äußerlich wieder herzustellen. Die Ereignisse sind anders gekommen. Preußen hat ein fabelhaftes Glück, Frankreich ein merkwürdiges Unglück gehabt. Hätte Bazaine[1]) Metz vierzehn Tage länger gehalten, so mußte die Belagerung von Paris aufgegeben werden. Aber wie der Krieg von 1866 der Vater des gegenwärtigen Krieges war, so wird inskünftige jede Macht, die mit Preußen Händel bekommt, Frankreich zum Bundesgenossen haben. Man macht sich, wenn man nicht wie ich Gelegenheit zu intimen Unterhaltungen mit Franzosen hatte, keine Idee von der Erbitterung, die im Herzen dieses Volkes kocht. In Frankreich sind die Empfindungen ganz anders, als sie in Österreich nach 1866 waren. In Rußland nimmt der Haß gegen Deutschland, zumal gegen Preußen, in einer Weise zu, daß selbst in den Korrespondenzen hoher Personen nach Darmstadt davon gesprochen wird, während in den russischen Ostseeprovinzen die Schwärmerei für Preußen an Narrheit grenzt. Ich kann also Österreich nur raten, sich schlagfertig zu halten. Der Friede, welcher jetzt in Versailles verhandelt wird, dauert höchstens so lange, als der Kaiser Alexander lebt und Frankreich nicht zu Atem gekommen ist.

Ihre Aufgabe, mein hochverehrter Freund, die Sie mit so viel Hingebung für Ihren edlen Kaiser, mit so viel Geist, Mut und Ausdauer verfolgen, wird eine glänzende Lösung finden, wenn der Himmel Österreich wieder einen gerechten und glorreichen Krieg sendet.

Dann wird Ihr Name in der Geschichte eine weit höhere Stellung einnehmen als der Name dessen, dem man die Taten glücklicher Generale zugut geschrieben hat.

In alter Verehrung Ihr treugehorsamster Dalwigk.

Darmstadt, am 1. Februar 1871.

---

[1]) François Achille, Marschall von Frankreich, 1811—1883; Oberbefehlshaber der Rheinarmee 1870, mit der er in Metz eingeschlossen wurde.

3.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", Nr. 45, vom 23. Februar 1871.

Ein gefährlicher Punkt im neuen Deutschen Reich.

Leipzig, 22. Februar. In den letzten „Grenzboten" läßt sich eine Stimme „aus Hessen" vernehmen, die wohl einräumt, daß die nationale Idee auch dort während des Krieges an Anhang gewonnen habe, aber doch auf Grund deutlich sprechender Tatsachen der Besorgnis Ausdruck gibt, daß nach Beendigung des Krieges die alten Gegensätze wieder erwachen würden, wenn nicht mit dem alten Regierungssystem gründlich gebrochen und das auf den bisherigen Schleichwegen fortgehende Ministerium Dalwigk mit einem aufrichtig nationalen vertauscht werde. Das Sündenregister, das der Briefschreiber Dalwigk vorhält, können wir übergehen; die schroff reaktionäre, ultramontane und preußenfeindliche Haltung dieses Mannes ist nur zu bekannt. Den Neugestaltungen von 1866 und 1870 ist er nur gezwungen beigetreten, und wie er nach 1866 sich in allerlei Ränken und Winkelzügen gefiel, so wird er dies auch jetzt wieder versuchen. Die Verwaltung ist fortwährend in den Händen der Ultramontanen und wütender Preußenfeinde, und Neuernennungen erfolgen in derselben Richtung, während nationalgesinnte Männer auf die offenkundigste Weise zurückgesetzt werden.

Unser Gewährsmann teilt in dieser Beziehung mit:

> Die oberste Leitung der Justiz in Hessen ist, wie seit Jahren, noch jetzt in der Hand eines Ultramontanen vom reinsten Wasser. Der Geheimrat Frank vereinigt mit der Eigenschaft eines Justizministers zugleich die des Zentrums für alle antipreußischen Wünsche, Versuche und Bestrebungen innerhalb des Großherzogtums wie nach außen hin, und so hier nicht Wandel geschafft wird, solange Anstellung und Beförderung aller unserer Rechtsgelehrten, soweit sie vom Staate abhängen, unter dem Einflusse dieser Persönlichkeit stehen, kann man sich darauf verlassen, daß die Gerichte, vorzüglich die, welche mit politischen und Preßprozessen zu tun haben, weniger im Hinblick auf Würdigkeit und Nützlichkeit als mit Rücksicht auf die politischen Velleitäten besetzt werden, die in den Kreisen, zu denen der Geheimrat gehört, Glaubensbekenntnis sind. Eine zukünftige gemeinsame Gesetzgebung wird dem Übel nicht genügend abhelfen können. Es kommt immer zugleich auf die Richter an, welche die Gesetze zu deuten und anzuwenden haben. Und wie auf dem Gebiete der Justiz, ist es auch auf dem der Verwaltung. Soweit hier die Hand der Regierung reicht, werden auch hier die Anhänger des alten Systems auf ihren Stühlen erhalten oder bei Ernennungen und Beförderungen bevorzugt. Ein Beispiel hatten

wir ganz vor kurzem. Bekanntlich ernennt in Hessen die Regierung die Bürgermeister, und zwar aus der Mitte des Gemeinderats. Nun war in Mainz, der größten Stadt des Landes, der Posten des Bürgermeisters erledigt, und beinahe allgemein war man der Meinung, daß die Stelle durch keinen geeigneteren Mann ausgefüllt werden könne und danach besetzt werden würde als durch den Beigeordneten Racké, der sich in dieser seiner Stellung seit langen Jahren durch Geschäftskenntnis, Umsicht und Eifer ausgezeichnet hatte. Diese Hoffnung aber wurde getäuscht. Racké wurde von der Regierung nicht gewählt, und zwar (eine entschuldigende Darstellung der Sache in der „Kölnischen Zeitung" war sehr lahm) lediglich deshalb nicht, weil derselbe ein Vertreter der nationalen Idee, ein Freund Preußens, ein Nationalliberaler ist und mit diesen Eigenschaften der Regierung früher wiederholt entgegenzutreten in der Lage war.

Von einer Bekehrung des Herrn v. Dalwigk oder auch nur von einer in ihm durchgebrochenen Einsicht, daß er, um sich oben zu erhalten, nicht mehr in der bisherigen Weise fortwirtschaften dürfe, kann also gar keine Rede sein. Freiwillig wird dieser zähe Mann, der mit seinem Ministerstuhle zusammengewachsen zu sein scheint, sich schwerlich von diesem trennen. Um so dringender ist die Pflicht der liberalen Presse in Deutschland, die Gesinnungsgenossen in Hessen in ihrem Kampfe gegen diesen unbelehrsamen Mann zu unterstützen und auf die von ihm gepflegten Mißstände immer und immer wieder hinzuweisen als auf wunde Punkte, deren sich das Deutsche Reich nicht nur zu schämen hat, sondern die ihm auch schweren Schaden zufügen können. Solchen „Staatsmännern" muß durch den immer stärker gegen sie anwachsenden Druck der öffentlichen Meinung gezeigt werden, daß sie ihre Schuldigkeit zwar nicht getan haben, aber darum doch gehen können.

4.

Der Großherzog an Kaiser Wilhelm.[1])

Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser

Versailles.

Tausend Dank für freudige Friedensnachricht. Möge Deutschland, welches durch Eure Majestät groß und mächtig geworden ist, unter der Führung seines ruhmgekrönten Kaisers nun auch seinen inneren friedlichen Ausbau vollenden, und möge vor allem Gott uns Eure Majestät, den Träger unseres Ruhmes und der monarchischen Ordnung im Vaterland, noch lange erhalten.

---

[1]) Entwurf dieses Telegramms im D.-A.

5.

Der Großherzog an Kaiser Wilhelm.[1])

Darmstadt, 5. März.

Mein teurer und verehrter Freund!

Ich erlaube mir, Deine Güte in folgender Sache in Anspruch zu nehmen:

Ich habe vor einigen Tagen an Dein Kriegsministerium das Ersuchen richten lassen, Ort und Zeit für die Verhandlungen wegen der neuen Formation meiner Division, entsprechend der desfalls im November v. J. zu Versailles getroffenen Vereinbarung, zu bestimmen. Es wird, nach Maßgabe dieser Vereinbarung, jedes hessische Regiment statt der bisherigen zwei, inskünftige drei Bataillone erhalten. — Mein lebhafter Wunsch ist nun, daß meine vier bestehenden Infanterieregimenter, da mit deren Kriegsgeschichte manche rühmliche, mir teure Erinnerung verknüpft ist, auch bei der neuen Formation zu drei Bataillonen unvermindert bestehen bleiben und daß, wenn sich etwa wegen der Übernahme der dadurch vermehrten Kosten durch den Deutschen Bund Anstände ergeben sollten, eventuell diese Mehrkosten durch Ersparungen an anderen Waffengattungen der hessischen Division gedeckt werden.

Ich hoffe von Deiner so oft bewährten Freundschaft, daß Du mir die Erfüllung dieses Wunsches nicht versagen wirst.

Gestatte mir bei diesem Anlasse, Dir nochmals meine Bewunderung für alles, was Du für Deutschlands Ehre und Größe vollbracht hast, aus vollem Herzen auszusprechen, Deine Regierung ist die glänzendste nicht bloß in Preußens, sondern auch in Deutschlands Geschichte.

Dein treuester Vetter und Freund Ludwig.

6.

Hofmann an Dalwigk.[2])

Berlin, 7. März.

Von befreundeter Hand sind mir dieser Tage die hier anliegenden Zeitungsblätter mitgeteilt worden, in welchen sich die gehässigsten Schmähartikel gegen Eure Exzellenz finden. Die „Magdeburgische“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sind bekanntlich nationalliberale Blätter. Die „Breslauer Zeitung“ gilt als ein demokratisches und die „Posener Zeitung“ als ein konservatives Blatt. Die in den letztgenannten beiden Zeitungen enthaltene Korrespondenz wird mir als eine offiziöse bezeichnet. Ist letzteres richtig, so beweist es, daß die in jüngster Zeit so maßlos heftig gewordenen Angriffe der nationalliberalen Partei, die demnächst wohl auch im Reichstage sich wiederholen werden, im

[1]) Entwurf im D.-A.

[2]) D.-A.

Einverständnis mit hiesigen maßgebenden Kreisen erfolgt sind. Ob man dabei nur die jetzt vollzogenen Reichstagswahlen im Auge gehabt hat oder ob weitere Absichten im Hintergrunde liegen, wird sich ja bald zeigen!

7.

Hofmann an Dalwigk.[1])

Berlin, 13. März.

Eurer Exzellenz danke ich verbindlichst für die mir übersandte gestrige Nummer der „Darmstädter Zeitung". Der darin enthaltene Artikel wird hoffentlich von guter Wirkung sein und den Argwohn, als ob die Großherzogliche Regierung nur gezwungen und mit innerem Widerstreben in die Verfassungsgemeinschaft des Deutschen Reiches eingetreten sei, beseitigen helfen.

Wie Eure Exzellenz aus meinem politischen Bericht Nr. 17 ersehen, habe ich heute dem Grafen Bismarck die Insignien des Großkreuzes des Ludwigsordens überreicht. Ich erhielt dieselben gestern durch ein Schreiben des Flügeladjutanten Majors v. Herff. Graf Bismarck bat mich, dem Großherzog seinen Dank zu melden.

Im übrigen war der Bundeskanzler zurückhaltend und die Unterredung nur kurz. Auf meine Frage nach der Zeit der bevorstehenden Rückkehr des Kaisers teilte mir Graf Bismarck mit, was er darüber wußte ...

Da der Graf keine Miene machte, die Unterhaltung weiter zu führen, so empfahl ich mich.

8.

Dalwigk an Hofmann.[2])

Darmstadt, 29. März.

L. H. H.!

Ihr gefälliges Schreiben vom 27. l. M. habe ich gestern abend zu erhalten die Ehre gehabt. Ich danke Ihnen herzlich dafür, sowie für die darin mir mit voller Offenheit gemachten Mitteilungen. Vor allem bitte ich, die bestimmteste Versicherung zu empfangen, daß der von Ihnen mit Recht wegen verschiedener Ausdrücke getadelte Artikel des „Mainzer Journals", welchen die „Darmstädter Zeitung" abgedruckt hat, weder von mir verfaßt noch inspiriert ist, daß ich nicht einmal eine Ahnung habe, wer der Verfasser sein kann und daß ich jede Verantwortlichkeit für diesen Artikel ablehnen muß. Wenn die „Mainzeitung" in einer ihrer letzten Nummern behauptet, der Artikel sei auf meine Veranlassung an das „Mainzer Journal" eingesandt worden, um dann wieder in der „Darmstädter Zeitung" zu erscheinen, so ist dies eine der vielen Unwahrheiten, deren sich die „Mainzeitung" mir gegenüber tagtäglich schuldig macht. Die „Darm-

[1]) D.-A.; schon veröffentlicht; „Deutsche Revue" 1912, III, S. 343 f.
[2]) Abschrift im D.-A.

städter Zeitung" hat den Artikel in ihrem nicht offiziösen Teile lediglich um deswillen abgedruckt, weil er aus der Vergangenheit des Herrn Metz interessante Tatsachen enthält, die in Darmstadt längst vergessen waren. Aus diesem Grunde habe ich Ihnen die betreffende Nummer der „Darmstädter Zeitung" geschickt, um daraus Material gegenüber gewissen Angriffen zu entnehmen, nicht aber um den Inhalt des Artikels als den Ausdruck meines eigenen Urteils zu betrachten. — Niemals würde ich mir Redensarten von so plumper Form, wie sie das „Mainzer Journal" gebraucht hat, angeeignet haben. Ich bitte, von dieser Erklärung überall, wo es Ihnen geeignet scheint, Gebrauch zu machen.

Was den angeblich in den Papieren des Herrn Rouher aufgefundenen Auszug aus einem Berichte des Grafen Astorg betrifft, so ist es mir unmöglich, darüber etwas zu sagen, ohne den Inhalt des Papieres zu kennen. Ich bin mir indessen vollkommen bewußt, den französischen Diplomaten gegenüber nie Äußerungen getan zu haben, welche mit unseren Landespflichten und den Rücksichten auf das deutsche Vaterland unvereinbar waren. Wohl aber habe ich auch den Franzosen gegenüber nie mit der Besorgnis zurückgehalten, daß Napoleon sich durch seine Politik im Jahre 1866 im eigenen Lande in die schwierigste Stellung gebracht habe, daß durch die von ihm nachträglich gewährten liberalen Konzessionen seine Stellung nicht verbessert worden sei, und daß man deshalb früh oder spät einen Krieg als letztes Mittel für den Kaiser der Franzosen, seinen wankenden Thron zu erhalten, erwarten müsse.

Die Antwort auf den Artikel der „Korrespondenz Stern" und der „Vossischen Zeitung" wird die morgige „Darmstädter Zeitung" bringen. Der Artikel lügt unverschämt. Es ist mir nie in den Sinn gekommen, anzufragen, ob ich an den Versailler Friedensverhandlungen teilnehmen könne, und folgeweise hat mir Fürst Bismarck noch viel weniger die von der „Korrespondenz Stern" erwähnte Antwort erteilt. Da wir im Jahre 1870 mit einer Provinz dem Norddeutschen Bund angehörten und infolge unserer Militärkonvention die 25. Division der preußischen Armee bildeten, so habe ich nie erwartet, daß Hessen bezüglich der Teilnahme an den Friedensverhandlungen anders werde behandelt werden als Sachsen, Mecklenburg und Thüringen. — Ich werde Ihnen den Artikel der „Darmstädter Zeitung" über diese Angelegenheit, sobald er erschienen ist, übersenden mit der Bitte, für seine Aufnahme in die „Korrespondenz Stern" zu sorgen. — Was den darin erwähnten Nichtempfang der hessischen Reichstagsabgeordneten durch Seine Königliche Hoheit den Großherzog betrifft, so scheint es mir fast besser, diesen Punkt unberührt zu lassen. — Der „Kölnischen Zeitung" werde ich demnächst antworten.

Mit unverbrüchlichsten Gesinnungen verharrend

Ihr treugehorsamster

v. D.

9.

Dalwigk an den Großherzog.[1])

Darmstadt, 1. April.

Soeben verlassen mich Seine Hoheit der Prinz Alexander, nachdem mir Höchstdieselben die Mitteilungen, mit welcher Sie von Eurer Königlichen Hoheit für mich beauftragt waren, gemacht haben. — Ich bin von der so gnädigen und huldvollen Weise, in welcher Eure Königliche Hoheit mir die durch preußische Pression herbeigeführte Notwendigkeit meines Rücktrittes haben eröffnen lassen, auf das Tiefste und Dankbarste bewegt. Eure Königliche Hoheit haben dadurch den so zahlreichen Beweisen von Huld, mit denen mich Allerhöchstdieselben während meiner fast 21jährigen ministeriellen Dienstführung überhäuft haben, einen neuen hinzugefügt, und ich bitte, dafür den Ausdruck meines ehrfurchtsvollsten Dankes darbringen zu dürfen. Für mich persönlich konnte es nur erwünscht sein, aus dem widerwärtigen Kampfe mit revolutionären Elementen, die nun auch in sehr hohen Kreisen Eingang gefunden haben, mich in ein ruhigeres Leben zurückzuziehen.

Was mich aber tief schmerzt, das ist, daß man Eure Königliche Hoheit in die Lage bringen will, nach einer langen segensreichen Regierung Ratgeber anzunehmen, denen das Vertrauen ihres Allerhöchsten Herrn, wenigstens vorerst noch, fehlt. Für den Fall, daß Eure Königliche Hoheit mir gestatten wollen, in dieser Beziehung alleruntertänigste Vorschläge zu machen, bitte ich um huldvollste Bewilligung einer Audienz.

Mein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand schließe ich hier in Untertänigkeit bei. v. Dalwigk.

Randbemerkung des Großherzogs.

Was ich fühle, indem ich diese Zeilen schreibe, kann ich nicht recht ausdrücken, ich soll mich von Ihnen, meinem langjährigen treu bewährten Ratgeber und würdigen teuren Freunde trennen, ich soll mich in eine neue Ära finden, die mir so entsetzlich zuwider ist, mich mit Dienern umgeben, die erst noch mein Vertrauen verdienen müssen, nie während meiner 23jährigen Regierung war mir schwerer zumute wie heute.

Die Gründe, die Sie bewegen zurückzutreten, sehe ich nur zu sehr ein, und ich kann ihnen nichts entgegensetzen, und ich genehmige deshalb Ihr Gesuch.

Gottes reichster Segen begleite Sie auf Ihrer Lebensbahn, erhalten Sie mir Ihre so teure Freundschaft und versagen Sie mir nicht Ihren bewährten Rat, den ich mir wohl noch oft erbitten werde. Kommen Sie übermorgen um 11 Uhr zu mir im Frack, bis dahin bitte alles geheim zu halten.

Darmstadt, 1. April 1871. Ludwig.

---

[1]) D.-A.

10.

Entwurf eines Schreibens des Großherzogs an Kaiser Wilhelm.[1])

Darmstadt, April 1871.

Mein teurer und verehrter Freund!

Gestatte mir, eine ganz vertrauliche Anfrage an Dich zu richten, deren Beantwortung ich als ein Zeichen Deiner bewährten Freundschaft für mich betrachte. — Bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin aus Anlaß Deines Geburtsfestes hat mir Fürst Bismarck in Deinem Auftrage eröffnet, daß Dir ein Wechsel in der Person meines Ministers des Äußern und des Innern angezeigt erscheine. Minister v. Dalwigk, den ich hiervon in Kenntnis gesetzt habe, hat sofort mit der Erklärung, daß nicht bloß mein Vertrauen, sondern auch dasjenige Seiner Majestät des Deutschen Kaisers für ihn unerläßliche Bedingung einer ersprießlichen Amtsführung sei, seine Entlassung erbeten. Ich beabsichtige nun, die Leitung meines Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und des Äußern meinem Justizminister v. Lindelof und diejenige des Ministeriums des Innern dem ältesten Rate in demselben Geheimen Rat v. Bechtold zu übertragen. Ehe ich aber in dieser Beziehung förmliche Entschließung fasse, bitte ich Dich, als Zeichen Deiner Freundschaft mir zu sagen, ob Du persönlich eine solche Kombination billigst.

Dein treuer Vetter und Freund usw.

11.

Dalwigk an den Großherzog.[2])

Darmstadt, 5. April.

Daß Eure Königliche Hoheit die Dekrete vom 6. l. M., dem Todestage des verewigten Großherzogs Ludwig I. Königliche Hoheit, Höchstwelchem ich meine erste Anstellung verdanke, datieren lassen wollen, betrachte ich dankbarst als einen neuen unvergeßlichen Beweis Allerhöchster Gnade.

Bemerkung des Großherzogs.

Darmstadt, 6. April.

Anbei folgt die Genehmigung Ihres Gesuchs, Gott weiß, wie schwer es mir geworden ist.

12.

Dalwigk an Hofmann.[3])

Darmstadt, 9. April.

L. H. H.!

Es wird Sie kaum überraschen, wenn ich Ihnen mitteile, daß ich meine Versetzung in den Ruhestand erbeten und am 6. l. M. erhalten habe. Seine

[1]) D.-A.
[2]) D.-A.
[3]) Abschrift im D.-A.

Königliche Hoheit der Großherzog hat die Genehmigung in einer für mich so überaus ehrenvollen Weise erteilt, daß ich daran nur mit der größten Rührung und Dankbarkeit denken kann. Ich hatte selbstverständlich mich auch mit Ihnen als meinem Nachfolger beschäftigt, aber diesen Gedanken in Ihrem eigenen Interesse, wenigstens vorerst, wieder aufgegeben. Ich kann Ihnen bei meinen Gesinnungen alter und treuer Ergebenheit für Sie nicht wünschen, Ihre schöne Stellung in Berlin gegen den dornenvollen Posten eines Ministers in Darmstadt zu vertauschen. Abgesehen von der Geldfrage würden Sie in eine nichts weniger als angenehme Stellung gegenüber von H. Metz und Konsorten geraten sein. — Was die Motive meines Rücktritts betrifft, so hat Fürst Bismarck den Großherzog bei dessen letzter Anwesenheit in Berlin persönlich und im Auftrage des Kaisers darauf aufmerksam gemacht, daß mein Verbleiben im Amte ein Hindernis für das Vertrauen zur hessischen Regierung sei und möglicherweise dem Lande und der Dynastie Nachteile bringen könne. Es hätte in der Tat eines solchen Anlaufes kaum bedurft, um mich zu einem Entschlusse zu bestimmen, der meinen persönlichen Wünschen in hohem Grade entsprach. Vor allem hätte man sich die Artikel in der „Posener" und „Kölnischen Zeitung" mit ihrem Gewebe erfundener oder entstellter Tatsachen sparen können. — Ich habe Herrn v. Wentzel gebeten, dem Fürsten Bismarck zu sagen, daß trotz allem und alledem meine Gesinnungen für ihn sich nie geändert hätten, daß ich der Zeit stets eingedenk sei, in welcher er nach dem Eintritte der neuen Ära in Preußen seiner baldigen Abberufung von Frankfurt entgegengesehen habe, und nach Darmstadt gekommen sei, um mir seine desfallsigen Erwartungen vertraulich auszusprechen, daß ich damals mein tiefstes Bedauern über den Rücktritt eines Mannes von seinem Werte ausgesprochen hätte und daß ich jetzt noch gerade so dächte wie damals. Ich sei von jeder Empfindlichkeit weit entfernt, vielmehr für den Anlaß zu meinem Rücktritt überaus dankbar. Ich hoffe, daß die neuen hessischen Minister die Versailler Verträge so treu beobachten würden, wie ich sie auszuführen entschlossen gewesen sei. Ich sei übrigens stolz darauf, zu diesen Verträgen mitgewirkt und dadurch den Beweis geliefert zu haben, daß ich nicht so partikularistisch dächte, wie man es der Welt glauben machen wolle, daß ich vielmehr für Deutschlands Größe und Einheit warm empfände.

Zum Minister des Großherzoglichen Hauses und des Äußern ist Herr v. Lindelof unter Beibehaltung des Justizministeriums ernannt. Präsident des Ministeriums des Innern ist Herr v. Bechtold geworden. — Erhalten Sie mir, lieber Herr H., auch ferner Ihre Freundschaft und seien Sie überzeugt, daß wenn ich auch meinen alten Freunden inskünftige nicht mehr so nützlich sein kann wie bisher, meine dankbare und treue Anhänglichkeit für dieselben sich nie ändern wird, solange ich lebe. Ich bin dermalen bemüht, nach 21jähriger politischer Tätigkeit mich in die „süße Gewohnheit des Nichtstuns" zu finden.

Sollten Sie über den angeblichen Astorgschen Bericht, welcher im Schlosse des Herrn Rouher gefunden worden sein soll, je etwas Näheres erfahren und

mir gegen das Versprechen strengster Diskretion mitteilen wollen, so würde ich Ihnen sehr verbunden sein. Offenherzig gesagt, glaube ich nicht recht an die Wahrheit der ganzen Geschichte.

Mit unverbrüchlichsten Gesinnungen Ihr treugehorsamster
v. D.

13.

Hofmann an Dalwigk.[1])

Berlin, 11. April.

Die Nachricht, die Eurer Exzellenz gefälligstes Schreiben vom 9. l. M. mir heute brachte, hat mich, obgleich sie nach den Vorgängen der letzten Zeit nicht ganz unerwartet kam, dennoch überrascht und schmerzlich berührt. Wie sehr ich es bedauere, die langjährigen dienstlichen Beziehungen, in denen ich zu Eurer Exzellenz stand, enden zu sehen, brauche ich nicht erst zu versichern. Ich kann nicht dankbar genug sein für das immer gleiche Wohlwollen und Vertrauen, welches Eure Exzellenz mir während einer so langen Zeit stets bewiesen haben. Das Gefühl dieser Dankbarkeit und die aufrichtige Verehrung, die ich für Eure Exzellenz hege, werden in meinem Herzen fortleben; auch wenn kein amtliches Verhältnis mehr zwischen uns besteht. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn Eure Exzellenz mir die freundschaftlichen Gesinnungen fernerhin bewahren, deren Ausdruck ich in dem geehrten Schreiben vom 9. d. mit Freuden erkannt habe.

Daß Eure Exzellenz auch an mich als Ihren Nachfolger gedacht, schmeichelt mir sehr, aber ich bin doch recht froh, daß ich meinen hiesigen Posten, der mir in jeder Hinsicht zusagt und den ich leidlich ausfüllen zu können glaube, nicht mit einer Stellung vertauschen muß, von der es mir sehr zweifelhaft ist, ob ich ihr gewachsen wäre und die jedenfalls, wie Eure Exzellenz mit Recht bemerken, eine überaus dornenvolle für mich sein würde. Es ist mir doppelt lieb, gerade jetzt noch hier zu bleiben, um Angriffe, die etwa nachträglich noch gegen Eure Exzellenz gerichtet werden könnten, zurückzuweisen. Auch dem Fürsten Bismarck gegenüber werde ich geeignetenfalls von demjenigen Gebrauch machen, was Eure Exzellenz mir über Ihre Gesinnungen gegen ihn geschrieben haben.

Was den angeblichen Bericht des Grafen A. über eine mit Eurer Exzellenz gepflogene Unterhaltung betrifft, so werde ich, wenn ich etwas Näheres darüber erfahren sollte, Eurer Exzellenz gern davon vertraulich Mitteilung machen. An der Tatsache, daß ein solcher Bericht unter den Papieren des vormaligen französischen Staatsministers Rouher gefunden und besonders bemerkt wurde, ist nicht zu zweifeln; ich hatte sie von zwei vollkommen zuverlässigen Zeugen erfahren.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir noch zu erwähnen, daß der Herausgeber der „Korrespondenz Stern", welche, wie Eure Exzellenz sich erinnern,

[1]) D.-A.; schon veröffentlicht; „Deutsche Revue" 1912, III, S. 347 f.

über die Nichtbeteiligung Hessens an den Versailler Friedensverhandlungen einen falschen und gehässigen Artikel gebracht hatte, die Aufnahme des ihm von mir übersandten berichtigenden Artikels der „Darmstädter Zeitung" unter allerlei Vorwänden und Ausflüchten abgelehnt hat. Ich gab ihm zur Antwort, daß ich es ihm überlassen müsse, ob er loyal handeln wolle oder nicht; ein weiteres Ersuchen an ihn zu richten, stehe mir nicht an. Wünschen Eure Exzellenz, daß ich etwa bei der „Vossischen Zeitung", die den Sternschen Artikel zuerst abdruckte, noch einen Schritt tue, so bin ich dazu bereit. Nachdem jedoch die Berichtigung in der „Darmstädter Zeitung" erschienen und die Sache vom großen Publikum bereits wieder vergessen ist, wäre es meines Erachtens am besten, sie ruhen zu lassen.

14.

Gagern an Dalwigk.[1])

Wien, 12. April.

Die Mitteilung, welche Eure Exzellenz über Ihren Rücktritt aus dem Amte mir machen, war mir keine überraschende, aber eine tiefbetrübende.

Die Indolenz des Großherzogs, der den Machinationen des Prinzen Ludwig und Gemahlin zu rechter Zeit den doch erforderten Ernst nicht entgegenzusetzen wußte; Andeutungen in Briefen meines Sohnes Max über bezügliche Erwartungen, die man im Hauptquartier der 25. Division offen ausgesprochen zu haben scheint; die Angriffe, denen Sie in der letzten Zeit in preußischen Blättern ausgesetzt waren; die Zurückweisungen in der „Darmstädter Zeitung", zu denen Sie sich dadurch veranlaßt gesehen haben; das Ignorieren preußischerseits bei neueren Verhandlungen der ..... Selbständigkeit Südhessens; mehrere Schreiben Wernhers, der mir Eurer Exzellenz Stimmung als eine gedrückte schilderte; Ihr längeres Schweigen endlich gegen mich bis zu Eurer Exzellenz freundlichem und dankenswertem Schreiben vom 26. v. M., welches meine Hoffnung auf Ihr Verbleiben im Amte bis zu einem gewissen Grade wieder belebte; alles dies ließ mich, was nun zu meinem Schmerz eingetreten ist, schon seit längerer Zeit befürchten und vorahnen.

Und wenn vielleicht gerade darum, weil wir in politischen Ansichten früher auseinander gingen, mein aufrichtiges Anerkenntnis Ihres staatsmännischen Wirkens Wert für Sie hat, so drücke ich das in den Sätzen aus: Daß Sie das Steuer des schwachen Staatsschiffes aus den Händen legen, nachdem Sie dieses durch schwierige und stürmische See gesteuert, mit verhältnismäßig geringer Havarie dem Hafen — dem nun insoweit geeinigten Deutschland — zugeführt und diesem geeinigten Deutschland ein in Wohlstand blühendes, in seinen öffentlichen Verhältnissen geordnetes und mit Freiheiten über Verdauungskraft gesegnetes Land eingefügt haben; — daß Sie mit dem stolzen

[1]) D.-A.

Bewußtsein auf Ihre Laufbahn zurückblicken können, durch Offenheit Zutrauen erworben, durch energische Haltung imponiert, mit redlichem Bemühen das Gute gewollt und Schlechtes nach Kräften verhindert zu haben.

Eben habe ich eine größere Denkschrift über die innere Situation in Österreich gefertigt, die für Eure Exzellenz bestimmt war; ich zweifle, ob ich diese jetzt noch absende. Wer hat noch die Geduld und das Interesse, sie zu lesen? Es ist natürlich, daß diejenige Partei, welche in Hessen mit solchem Übergewicht der Stimmen in den Deutschen Reichstag gewählt worden ist, künftig auch im Hessischen Landtage vorherrschen werde. Dieser Partei will ich den Gefallen nicht erweisen, bei Vorlage des nächsten Budgets noch in meiner hiesigen Stellung zu sein, damit sie mich hinauswerfen. Ich erwarte nur, daß Eurer Exzellenz definitiver Nachfolger mir bekannt gegeben sei, um die Schritte zu erneuern, die ich schon bei Eurer Exzellenz getan hatte, um meine Abberufung zu erlangen. Aber vielleicht kommt man mir zuvor.

Berichtigungen.

Druckfehler.

S. 152 (Zeile 13 von unten) lies Gulden statt Franken.
S. 185 (Zeile 4 und 5 von oben) lies Gastein statt Gießen.
S. 328 (Zeile 3 von oben) lies Nordeck statt Hardeck.

Hinweise.

Zu Bechtold, S. 196 (Zeile 12 von oben) siehe Anmerkung 2 auf S. 211.
Zu Lehmann, S. 196 (Zelle 13 von oben) siehe Anmerkung 1 auf S. 440.

Sachregister.

A

Absetzung Großherzog Ludwigs III., Plan zur (1863) 101, (1866) 260, 267.
Abtretung von Rheinbayern und Rheinhessen, französ. Verlangen auf 440 bis 442.
Abtretung von Waldeck, Koburg, Meiningen, Lippe, 1867 Preußen durch die Fürsten angeboten 329.
Allgemeine Wehrpflicht, Dalwigk gegen die 274, 306.
Allianz, Heilige 44, 150, 383.
Allianzverträge der süddeutschen Staaten mit Preußen 318, 319, 353, 471.
Alternat am Bunde 78, 114, 115.
Änderung der deutschen Landkarte durch Krieg, Dalwigk für 278.
Angriff der Bundestruppen vor dem Waffenstillstand 1866, Dalwigk für 237.
Anlagen, Zweck der VII.
Anmerkungen, Art der VII.
Annexion der Ostseeprovinzen durch Preußen, Gerüchte über 272.
Anrufen des russischen Schutzes (1866) durch Dalwigk 236, 238, 239, 242, 252, 255, 256, 260, 265, 291, 331, 339.
Dalwigk bittet Oubril um Vermittlung bei Bismarck 257.
Savigny wirft Dalwigk Anlehnung vor 259.
Armeekorps VIII. des Bundes 133—135, 193, 195, 198, 208, 209, 211, 217, 219, 223, 224, 226—228, 230, 233, 234—236, 243, 271, 285, 287, 292, 334.
Artikel III des österreichischen Reformentwurfs und Amendements dazu 114 bis 117.
Artikel XI der Bundesakte 118, 193, 198, 209.
Artikel XIX der Schlußakte 193.
Attentat Orsinis 29, 461.
Aufstand, badischer von 1849 207.
Aufstand, pfälzischer von 1849 12.
Augsburger Allgemeine Zeitung 391.
Ausdehnungsdrang Preußens, Pfordten über den berechtigten 181, 205, 220.
Ausgleich Österreichs mit Ungarn, Erzherzog Albrecht über den 425.
Beust über den 304, 305, 408.
Schmerling über den 419.
Austritt Bayerns aus dem Bunde, von Pfordten angedrohter 136, 137, 195.

B

Bamberger Konferenzen (1854) 148.
Bayrisch-preußischer Allianzvertrag 267, 268.
Bericht d'Astorgs, angeblich kompromittierender über Dalwigk 496, 506, 507.
Berufung der holsteinischen Stände durch Österreich 219.
Besitzergreifung von Hessen-Homburg 196, 199.
Besuch, heimlicher, des Generals Ducrot in Darmstadt (1868) 370, 372, 373.
Besuch Ludwigs III. von Hessen in Berlin (1869) 404, 405, 417, 428, (1871) 487, 488, 489, 492, 505.
Beust über seine Politik (1869) 410—413, (1871) 494, 495.
Bischof Ketteler für Kleindeutschland 417, 418.
Breslauer Zeitung 501.
Brief des Prinzen Alexander an Ludwig III. (1866) über die Notwendigkeit der Flucht 284.
Brief der Prinzessin Alice (1866) an Ludwig III. über Verständigung mit Preußen 238, 285.
Brief des Generals Ducrot, angeblich kompromittierender 482.
Brief des preußischen Kronprinzen an Prinz Ludwig über Hessens Eintritt in den Norddeutschen Bund (1867) 317, 352, 382.
Brief Ludwigs III. an Kaiser Alexander (1866) 239.
Brief Ludwigs III. an Prinzessin Alice (1866) 238, 286.
Brief Ludwigs III. an Kaiser Napoleon (1866) 239, 250, 289.
Brief Ludwigs III. an König Wilhelm (1866) 238, 287, (1871) 480, 501, 505.

Brief des Prinzen Ludwig an Dalwigk (1866) 291, 295, (1867) 317, 318, 351 bis 356, 382.
Brief des Prinzen Ludwig an Ludwig III. (1867) 358, (1870) 468, 469.
Brief Kaiser Napoleons an Ludwig III. (1866) 294, (1868) 376.
Brief König Wilhelms an Prinzessin Alice (1866) 214, 280.
Brief König Wilhelms an Ludwig III. (1866) 238, 285.
Briefwechsel zweier Deutschen 1.
Broschüre des Prinzen Alexander über den Feldzug 1866 271.
Bruch des Prinzen Alexander mit Prinz Karl von Bayern (1866) 234, 283, 284.
Bundesdirektorium 108, 117, 118.
Bundesgericht 9, 54.
Bundeskriegsverfassung 54, 55, 185.
Bundesmilitärfragen 54, 96.
Bundesrat des Norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches 407, 459, 465, 476, 477.
Bundesreform 3, 9, 10, 46, 51, 53.
Nach Dalwigk von den Regierungen in die Hand zu nehmen 61, 83, 105, 129, 149, 197, 201, 205—207, 217.
Bundesreformkonferenz, Wiener (1862) 86, 96.
Bundesreformpolitik, Beiträge zur hessischen 88—95.
Bundesreformprojekt Beusts 46, 57, 66 ff.
Bundesreformvorschlag (Promemoria) Dalwigks und Hofmanns (1861) 57 bis 82, 83, 84.
Bundesreformvorschlag Österreichs (1863) 108, 109, 112—114, 121, 123, 124.
Bundesreformvorschlag Preußens (1866) 197, 201—205, 223, 224, 281, 286.
Bundesverfassung des Norddeutschen Bundes 305, 313, 323, 333, 334.
Bürgerministerium, österreichisches 387, 401, 402, 411, 425.

D

Dalwigk und Erzherzog Albrecht 3, 140, 141, 147, 366, 424—427.
Dalwigk und Kaiser Alexander II. 43, 139, 140, 142, 146, 177, 212, 213, 239, 331, 338, 382, 391, 403, 404.
Dalwigk und Prinzessin Alice 87, 108, 131, 171, 174, 200, 287, 308, 313, 332, 341, 345, 367, 376, 426.
Prinzessin Alice wünscht die Abdankung König Wilhelms 214.
Bitte an Ludwig III. um Dalwigks Entlassung 285, 286.
Prinzessin Alice drängt auf Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund 315, 316.
Dalwigk und Bayern 102, 279, 406, 440.
Dalwigk entwirft ein für König Max bestimmtes Programm zu einer Ministerkonferenz (1861) 21, 27.
Dalwigk bedauert die Haltung des Königs Max in den deutschen Angelegenheiten (1861) 46.
Die Initiative zum Aneinanderschluß des dritten Deutschland gebührt Bayern (1861) 48.
Ludwigs III. Schreiben an König Max darüber (1861) 58.
Dalwigk über die Aufgabe Bayerns, an der Spitze der Mittelstaaten den preußischen Übergriffen zu wehren (1862) 85.
Dalwigk empfiehlt dem König Max festes Zusammenstehen und periodische Ministerkonferenzen (1863) 119.
Auf die Nachricht der Rendsburger Vorgänge verlangt Dalwigk den Zusammentritt der Ministerkonferenz (1864) 132.
Notwendigkeit des militärischen Zusammengehens gegenüber den preußischen Übergriffen (1864) 142.
Deutschlands Geschick hängt wesentlich von einem durch Pfordten kräftig geführten Bayern ab (1864) 151, 182 und weiter siehe unter „Unzuverlässigkeit Pfordtens 1866".
Im preußisch-österreichischen Konflikt gebührt Bayern die Initiative der Stellungnahme (März 1866) 278.
Dalwigk und Hohenlohe über die Lage (1867) 330.
Dalwigk über Hohenlohes Programm (1867) 341, 346.
Pfordten über seine Entlassung 350, 351.
Dalwigk gegen Separatverhandlungen Bayerns mit Preußen (Sept. 1870) 445.
Dalwigk wirft dem Grafen Bray vor, daß er sich zu Beginn des Krieges nicht die alte Pfalz ausbedungen habe 450.
Dalwigks Versuch, den Grafen Bray für den Eintritt in den Norddeutschen Bund und die Errichtung eines Staatenhauses zu bestimmen (Okt. 1870) 451, 452, 454.
Dalwigk hält den plötzlichen Vorschlag des Königs von Bayern auf Erneuerung der Kaiserwürde für rücksichtslos und übereilt 462.

Dalwigk und Beust 305, 309, 338, 385, 399.
Beust 1860 über die Leichtigkeit einer Reorganisation Österreichs 19.
Verständigung über ein Parlament am Bundestag 20.
Dalwigk hält Beusts Reformprojekt für bedenklich 46.
Verständigung über die Notwendigkeit, dem Parlament am Bunde mehr als beratendes Votum einzuräumen 86.
Beust (1865) zu Dalwigk über Zusammenschluß von Bayern, Sachsen und Hessen und gemeinsame parlamentarische Versammlung 185.
Beust (1866) bestreitet Pfordtens Ansicht über Österreichs absolute Schwäche 206.
Beust über Dalwigks Treue 264.
Fürstin Metternich wünscht (Sept. 1866), daß Beust Österreich reformiert 269.
Beust teilt Dalwigk seine Ernennung zum österreichischen Minister mit (Okt. 1866) 272.
Beust spricht Dalwigk volle Anerkennung über seine Politik aus (1867) 326.
Beust über die Salzburger Kaiserbegegnung 343.
Beusts Hoffnung auf stärkeres Auftreten Österreichs nach Reorganisation der Armee 344.
Beust bedauert Dalwigks Unvorsichtigkeit gegenüber dem französischen Gesandten (1867) 361.
Beust über den Trugschluß in Dalwigks politischer Rechnung (1867) 362.
Beust widerstrebt dem Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund nicht, falls Hessen ihn wünscht 363.
Beust (1869) über die Notwendigkeit eines Krieges. Frankreich sein treuester Verbündeter 410.
Beust über seine Politik 411—413.
Beust für den Föderalismus in Österreich 420.
Beusts Dank für Dalwigks Vermittlung bei Rußland 466.
Dalwigk an Beust über die deutsche Reichsgründung 497, 498.
Dalwigk und Bismarck 100, 101, 132, 140, 144, 147, 148, 153, 167, 173, 175, 194, 250, 256, 257, 306, 329, 330, 383, 443.
Bismarck über Dalwigks Verhalten zu König Wilhelm und über russische und preußische Zustände (1861) 41, 42.
Verhandlungen Dalwigks mit Bismarck in Nikolsburg 241, 242.
Friedensverhandlungen in Berlin 247, 248.
Keine Antwort Bismarcks auf drei eigenhändige Briefe Dalwigks 252, 254.
Bismarck über Dalwigks Preußenfeindschaft 259.
Über Dalwigks selbstbewußtes Auftreten 260.
Unterzeichnung des Friedensvertrages 262.
Prinz Ludwig über Bismarcks Haß auf Dalwigk 271.
Thile über Bismarcks Mißstimmung gegen Dalwigk 305.
Zusammenstoß bei den Zollkonferenzen (1867) wegen Hessens Eintritt in den Norddeutschen Bund 328.
Bismarck kein Staatsmann, sondern Spieler 214, 341, 342.
Streit wegen Eintritts in den Norddeutschen Bund 346, 347.
Bismarcks Tadel, daß Dalwigk eine französische Konferenzeinladung angenommen 349, 364, 365.
Nach Bismarck (1868) in Darmstadt der Herd aller preußenfeindlichen Umtriebe 371.
Gemeinsame Ministerkonfetenz in Versailles bei Bismarck 456, 457.
Unterzeichnung des Versailler Vertrages vom 15. Nov. 1870 460.
Bismarck verlangt (1871) vom Großherzog Dalwigks Entlassung 489.
Dalwigk zum preußischen Gesandten über seine Beziehungen zu Bismarck 491.
Dalwigk und Frankreich 26, 47, 83, 122, 123, 142, 172, 173, 235, 252, 253, 257, 258, 320, 336, 368, 375, 378, 381, 390, 402.
Ein Deutscher darf den andern einem Franzosen gegenüber nicht im Stich lassen 38.
Bitte um Vermittlung wegen Ausdehnung des Waffenstillstandes (1866) auf die Mittelstaaten 233.
Bitte um Schutz (1866) 239.
Gramont zu Dalwigk über Frankreichs Untätigkeit (1866) 242.
Dalwigk zu Benedetti über die von Preußen drohenden Gefahren 246.
Dasselbe zu Lefèbvre 249.
Prinz Ludwig gegen den Bittbrief des Großherzogs an Kaiser Napoleon 250.
Dalwigk für die Anrufung 251.
Dalwigk zu Benedetti über die Gemeinsamkeit der hessischen und französischen Interessen gegen Preußen 254.

Frankreich verlangt volle Entschädigung an Hessen für die Abtretungen 256.
Savigny wirft Dalwigk Anlehnung an das Ausland vor 259.
Dalwigk über preußische Rüstungen gegen Frankreich; Warnung vor Wegnahme des linken Rheinufers 259.
Dalwigk zu d'Astorg über Frankreichs Fehler und die preußische Gefahr. Warnung vor Wegnahme des linken Rheinufers 268.
Frankreich muß (1867) in zwei Jahren seine Beschlüsse gefaßt haben. Gefahr der Vergrößerung Preußens 327.
Dalwigk zu Moustier; Hessen, auf vorgeschobenem Posten, ohne Frankreichs und Österreichs Unterstützung nicht fähig, sich zu halten 338.
Zu Napoleon III. über Frankreichs Fehler 1866 340.
Zur Kaiserin Eugenie über die Gefährlichkeit der preußischen Eroberungssucht. Warnung, die Rheingrenze zu fordern 341.
Frankreich darf wegen der sich festigenden Organisation Preußens keine Zeit verlieren 374.
Warnung vor dem Streben nach dem linken Rheinufer (1868) 388, 389.
Abbruch der Beziehungen (1870) 432, 433, 437.
Dalwigk und Großherzog Ludwig III. 125, 169, 170, 211, 245.
Vergeblicher Versuch, Ludwig III. zum Besuch des Kurfürsten von Hessen zu bewegen 119.
Dalwigk wird seinen Herrn nie verlassen 153.
Dank für den Abschluß des Friedens mit Preußen 265.
Beistand gegen Prinz Ludwig 274.
Ludwig III. ist überzeugt, daß Dalwigk in Bayern Ordnung schaffen würde 336.
Ludwig III. empfängt ohne Wissen Dalwigks den General Ducrot und schreibt an König Wilhelm 370.
Ludwig III. nimmt die preußischen Pressionen leicht 375.
Ludwig III. spricht nicht mehr antipreußisch (1868) 391.
Dalwigk beklagt Ludwigs III. Gleichgültigkeit über die Ereignisse von 1866 (1869) 407.
Ludwig III. will in Berlin Besuch machen (1869) 417.
Ludwig III. hält an Dalwigk fest (Juli 1870) 439.
Ludwig III. wird wegen Dalwigks Stellung schwankend (Okt. 1870) 445.
Ludwig III. hält wieder an Dalwigk fest 447.
Ludwigs III. Trauer über die erzwungene Entlassung 489.
Herzlicher Empfang nach der Entlassung 491.
Dalwigk und Prinz Ludwig 105, 169, 210, 213, 214, 221, 222, 223, 243, 244, 253, 275, 291, 295, 308, 313, 317, 318, 322, 341, 345, 427, 437.
Prinz Ludwig für Neutralität (1866) und Annahme der preußischen Bundesreform 224.
Prinz Ludwig für Verständigung mit Preußen nach Königgrätz 234.
Prinz Ludwig legt keinen Wert auf Erhaltung Homburgs 250.
Prinz Ludwig für schnellen Friedensschluß 261.
Scharfe Kritik des Prinzen an der hessischen Politik 270, 271.
Prinz Ludwig gegen Hessens diplomatische Vertretung 272.
Dalwigk zum Prinzen: Opfer sind einem deutschen Fürsten nur für Deutschland, nie für Preußen möglich 273.
Prinz Ludwig für das preußische Rekrutierungssystem in Hessen; Dalwigk dagegen 274.
Dalwigks Gedanke, dem Prinzen die Thronfolge zu entziehen 312.
Erbitterte Korrespondenz über den Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund 351—360.
Prinz Ludwig über Dalwigks grenzenlosen Leichtsinn 358.
Prinz Ludwig fordert vom Großherzog 1870 Dalwigks Entlassung 438.
Dalwigk und Napoleon III. 28, 30—37, 115, 116, 171, 192, 380.
Bitte des Großherzogs um Schutz 1866 239.
Prinz Ludwig gegen solche Schreiben 250.
Dalwigk dafür 251.
Ludwig III. empfiehlt 1867 dem Kaiser sein Land und seine Familie 335.
Dalwigk über Frankreichs Fehler 1866; warnt Napoleon vor Eroberung des linken Rheinufers. Hessen kann Preußen höchstens noch drei Jahre widerstehen (1867) 339, 340.
Geheime Botschaft Napoleons an Ludwig III. (1868) 376, 377.

Napoleon will Dalwigk (1868) zum politischen Gespräch einladen 402.
Dalwigk bedauert Napoleons Untätigkeit 1866 422.
Dalwigk und Österreich 20, 36, 45, 48, 53, 64, 91, 96, 101, 102, 133, 139, 140, 150, 156—158, 160, 161, 167, 168, 171, 182, 183, 191, 192, 208, 235, 279, 425.
(Januar 1864) Hessen will sich Österreichs wegen nicht entehren 131.
Grenzen für die österreichischen Sympathien 144.
Drohender Bruch mit Österreich (1864) 159, 162—164.
Hinarbeit auf Ministerwechsel vor Ausbruch des Krieges (1866) 204.
Dalwigk zur Fürstin Metternich über Österreichs Fehler (1866) 268.
Dalwigk für Stärkung der österreichischen Festigkeit gegen Preußen (März 1866) 278.
Nachricht (1867), daß Beust auf den Krieg mit Preußen hinarbeitet 334.
Dalwigk rät Österreich von einem Kriege im Augenblick ab; warnt vor Frankreichs Unzuverlässigkeit 335.
Österreich als Ganzes eine Notwendigkeit 338.
Maßloses Friedensbedürfnis Österreichs (1867) 348.
Gagern über die schlechten Aussichten einer Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland 368, 369.
Gefahr des Dualismus im österreichischen Heere. Österreichs Pläne (1868) 369.
Morier über Österreichs traurige Lage (1868) 377.
Fürst Metternich über Verhandlungen mit Frankreich (1868) 390.
Beust für Frieden, zur Ordnung Österreichs (1869) 401.
Beusts Mitteilung 1869, daß Frankreich Österreichs treuester Verbündeter ist 408.
Fürst Metternich zu Dalwigk über Österreichs Zukunft 417.
Dalwigk über die Notwendigkeit eines Krieges für Österreich (1869) 418.
Nachricht von der Schlagfertigkeit der österreichischen Armee; aber kein Verlaß auf Ungarn 423.
Österreichfeindliche Strömung in Rußland 424.
Dalwigk zu Erzherzog Albrecht 1870; Hessens einzige Hoffnung in einem preußisch-französischen Kriege ist Österreich, das für Deutschland das linke Rheinufer retten wird 426.
Dalwigk sagt Österreichs Zertrümmerung voraus, wenn Süddeutschland sich mit Preußen vereinigt hat 431.
Dalwigk und Preußen 26, 36, 40, 43, 50, 51, 54, 63, 83, 88, 90, 91—93, 94, 96, 97, 100, 101, 112, 120, 121, 124, 125—130, 132, 142—145, 147—149, 158, 160, 161, 166, 176, 183, 186, 189, 194, 197, 198, 213, 259, 272, 278, 306, 309, 316, 326, 348, 364, 370, 371—373, 375, 392, 403, 422.
Dalwigk (1863) mißtraut den deutschen Gesinnungen Preußens 122.
Preußen bedrohlich für Rußland und die Mittelstaaten. Preußens Vergrößerungsdrang wird zum Verlust des linken Rheinufers an Frankreich führen 172.
Dalwigk erschrickt (1865) über Pfordtens Nachgiebigkeit gegenüber preußischer Habgier und Anmaßung 182.
Dalwigk über Preußens Bundesreformprojekt 201—203.
Dalwigk über das von Preußen berufene deutsche Parlament (1866) 207.
Dalwigk gegen Verständigung mit Preußen nach Königgrätz 234, 236.
Savigny über Hessens Preußenfeindschaft 255.
Dalwigk über die Gefahren der preußischen Selbstüberschätzung für Deutschland 258.
Notwendigkeit, sich mit Preußen gut zu stellen (Sept. 1866) 264.
Dalwigk gegen vorzeitigen Anschluß an Preußen, für Abwarten. Lieber Republikaner als Preuße zweiter Klasse! 271.
Gegen Großpreußen 273.
Gegen Unterstützung der preußischen Großmachtwünsche durch die Mittelstaaten (Nov. 1866) 274.
Hofmann über Preußens Mißtrauen 305.
Gegen neue Zerwürfnisse mit Preußen (1867) 308.
Lieber Republikaner, als dem preußischen Gewaltregiment unterworfen! (1867) 315.
Hessen wird, wenn es sich um deutsche Ehre handelt, Preußen bis zum letzten Blutstropfen beistehen (1867) 321.
Der Norddeutsche Bund ein Vasallenverhältnis 322.

Opfer nur zugunsten Deutschlands, nicht Preußens 324.
Preußens angebliches Streben nach Holland 325.
Festhalten am Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen 349.
Freiwilliger Eintritt in den Norddeutschen Bund heißt Mediatisierung 354.
Eintritt in den Norddeutschen Bund ist eine Form der Abtretung des Landes an Preußen 357.
Preußen keine konservative Macht mehr 383.
Dalwigk warnt den Zaren vor preußischer Vergrößerung 384.
Gegen den Besuch Ludwigs III. in Berlin (1869) 405.
Bismarcks Androhung der Bundesexekution gegen Hessen (Febr. 1870) 421.
Delbrück sagt (1871), wäre Dalwigk von Preußen gewonnen worden, hätte das Deutsche Reich vier Jahre früher errichtet werden können 493.
Siehe auch unter „Sendung" und „Wahlkreiseinteilung".
Dalwigk und König (Kaiser) Wilhelm I. 112, 141, 142, 144, 147, 171, 175, 210, 212, 247, 366, 430.
Erregte Audienz in Baden-Baden 1861 39—41.
Vergeblicher Versuch, 1866 eine Audienz zu erhalten 249.
Savigny über eine Beleidigung des Königs durch Dalwigk 263.
Pfordten ebendarüber 266.
König Wilhelm versteht die Darmstädter Politik nicht 281.
Höhnische Bemerkung des Königs zu Dalwigk (1867) 329.
Nach König Wilhelm in Darmstadt der Herd der preußenfeindlichen Umtriebe 371.
Unterredung Dalwigks mit dem König in Versailles 451.
Freundlicher Empfang nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages 461.
Begrüßung in Frankfurt 1871 485.
Darmstädter Koalition (1852) 99, 491.
Darmstädter Zeitung 50, 391, 392, 397, 433, 440, 442, 462, 477, 479, 484, 488, 502, 503, 508.
Delegiertenversammlung am Bunde 86, 100, 119, 131, 143, 202.
Demokraten und Demokratische Partei 11, 53, 98, 144, 176, 182, 189, 273, 406.
Demokratisches Prinzip 62.
Deutsche Allgemeine Zeitung 499, 501.
Deutscher Imperialismus im Osten, Dalwigk für 64.
Deutsch-österreichisches Bündnis 16.
Direktorium, deutsches, Plan zu einem auf dem Frankfurter Fürstentag 108, 117, 118.
Dreikönigsbündnis (1849) 8.
Dreikönigsprojekt auf dem Frankfurter Fürstentag 114.
Drittes Deutschland 10.
Dualismus, österreichisch-ungarischer 369, 377, 379, 408, 417. Siehe auch Ausgleich.
Dualismus, österreichisch-preußischer und seine Gefahren für die Mittelstaaten 63.
Ducrot, General, und seine Unterredungen mit Dalwigk 269, 384, 388, 417. Siehe auch Besuch.
Dynastie Hochberg in Baden 175.

E

Einfluß des Papstes, Dalwigk über den 170.
Einhaltung erzwungener Verträge, Dalwigk über 258, 273, 316.
Einheit der hessischen Militärorganisation nach 1866, Dalwigk für die 306.
Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund 15.
Wenn Sachsen nicht im Südbund, will Dalwigk ganz in den Nordbund treten (Juli 1866) 240.
Über Dalwigks Erbieten auf s. unter Norddeutscher Bund.
Preußisches Drängen auf 314—318, 320 bis 323, 326—328, 332—334, 336 bis 338, 340, 342, 345—347, 350, 352 bis 355, 357—359, 361—363, 369, 381, 388, 405, 407, 409, 413, 419, 426.
Bismarcks Memoire an den Prinzen Ludwig darüber 382.
Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund (1870) 445—449, 465, 472 bis 474.
Das Weitere s. unter Versailler Verhandlungen.
Eintritt Hessens in das Reich, Dalwigk an Beust über den 497, 498.
Elsaß-Lothringen 3, 10, 471, 473.
Dalwigk für Wiedergewinnung von 441, 456.
Empfehlung des Prinzen Alexander zum Oberkommandierenden des VIII. Bundesarmeekorps durch Dalwigk (1866) 195.

Entlassung Beusts aus dem sächsischen Dienst 258.
aus dem österreichischen 493, 494.
Entlassung Dalwigks, Plan zur (1863) 101.
(1866) 286, 287, 301, 302, 322.
(Juli 1870) 438, 439, 468—470.
(Oktober 1870) 445—447.
(März 1871) 486, 487.
(April 1871) 490, 508.
Entlassung Dalwigks 488—492.
Dalwigk über die 505, 506.
Gagern über die 508, 509.
Hofmann über die 507.
Entlassungsgesuch Dalwigks 488, 504.
Entlassung, Pfordten über seine 350, 351.
Erbieten Dalwigks, Mainz zu besetzen (1865) 182, 183, 208, 210, 212.
Erbkaiserliche 10, 237.
Ernennung Beusts zum österreichischen Minister 272.
Eröffnung des hessischen Landtags (Herbst 1866) 275 ff.
Europäische Stellung Dalwigks, Fürstin Metternich über die 416.
Exekution in Holstein 121, 122, 153, 167.

F

Fahnenflucht, die badische (1866) 233.
„Fall Canitz" 255.
Finanzverwaltung des Ministeriums Dalwigk-Schenk 12, 265.
Föderalismus als passende Verfassung für Deutschland, Dalwigk über den 337.
Föderalismus in Österreich 420.
Beust für den 429.
Fortschrittspartei, hessische 101, 110, 176, 211, 446, 483.
Pläne der (1866) 220.
Frankfurter Fürstentag 10, 105—119, 124, 125.
Frankfurter Journal 53.
Frankfurter Parlament 2, 8, 203, 367.
Frankfurter Zeitung 418.
Friedensverhandlungen Dalwigks mit Preußen (1866) 237, 241, 246—255, 257 bis 264, 291, 295—298, 331.
Friedensverhandlungen Bayerns mit Preußen (1866), Pfordten über die 251, 253, 254—257, 264, 265.
Friedensvertrag Sachsens mit Preußen (1866), Friesen über den 257, 258, 263.
Friedensvertrag Württembergs mit Preußen (1866) 249.
Varnbüler über den 259.
Fürstenhaus im Norddeutschen Bunde, Plan des Herzogs von Koburg zu einem 455.

G

Gasteiner Konvention 183, 186, 197—199, 280.
Gefahren der preußischen Selbstüberschätzung, Dalwigk über die 258.
Gefangennahme des Kurfürsten von Hessen 229.
Geheimnis der Mitrailleusen, entdeckt mit Hilfe des hessischen Gesandten 337, 342, 368, 387, 389.
Gewaltpolitik, Dalwigk über 91, 172, 306.
Gleichheit als Prinzip des Föderalismus 128.
Gothaische Partei s. Nationalverein.
„Grenzboten" 499.
Großdeutsches Programm, Gagern hält Herbst 1866 im Gegensatz zu Dalwigk daran fest 303, 304.
Großpreußen 10.
Grundrechte 218.

H

Haltung Hessens in der deutschen Krisis 1866, Dalwigk über die 222.
Haltung der Mittelstaaten vor Ausbruch des Krieges (1866) 216, 276.
Haltung der Südstaaten im Fall eines preußisch-französischen Krieges (1867), Dalwigk über die gebotene 312.
Handelsvertrag, preußisch-französischer 38, 86, 97, 100—103, 491.
Handelsvertrag, preußisch-österreichischer 144, 172.
Hannovers angebliches Verlangen auf Annexion Oldenburgs (1864) 153.
Hessen als standesherrlicher Bezirk, Dalwigk gegen die Herabdrückung zum 272.
Homburg, Landgrafschaft 254, 256, 261, 391; s. Besitzergreifung.
Drohender Verlust von 242, 247.
Prinz Ludwig legt keinen Wert auf Erhaltung von 250.
Hosenbandorden, Investitur des Großherzogs mit dem 178 ff.
Huldigung vor dem Erfolge, Dalwigk gegen die 416.

I

Inpfandnahme Schleswigs 131, 156, 157, 165.
Interpellation Bismarcks durch Károlyi 193 f., 196, 199.
Italienische Pläne Napoleons 150.

K

Kaiser und Reich 1, 477, 480.
Kaiserkrone, die deutsche 3, 15, 315.

Dalwigk über 273, 337, 340, 343, 377, 378, 413.
Falls Preußen der Nation Elsaß-Lothringen gewinnt, dann Indemnität für 1866 und die Kaiserkrone für König Wilhelm 441.
Kaisertitel, deutscher 462.
Hessischer Antrag auf Wiederherstellung des (Nov. 1870) 477, 479, 480.
Kammer, Erste hessische 223, 271, 324, 333, 334, 336, 406, 435, 436, 463.
Kammer, Zweite hessische 169, 177, 186, 210, 211, 220, 221, 223, 224, 228, 241, 271, 276, 296, 309, 313, 323, 324, 326, 327, 340, 404, 405, 423, 435, 436, 462, 463.
Kissinger Konferenz 150.
Klagen des Prinzen Alexander über die Haltung Bayerns, Württembergs und Badens 1866 270.
Kleindeutsches Programm, Dalwigk über das 90, 94, 129, 202, 203, 223, 224, 271, 272, 315, 340.
Koburger Wochenschrift 53.
Kölnische Zeitung 391, 398, 462, 477, 491, 500, 503, 506.
Kompensationsforderung Frankreichs (1866) 263, 337.
Konferenz zur Ordnung der römischen Angelegenheiten 345, 348, 349.
Bismarck über Dalwigks Annahme der französischen Einladung zur 364, 365.
Konflikt des hessischen Kriegsministeriums mit Preußen (1870) 421—423.
Königgrätz, Schlacht bei (Sadowa) 231, 269, 334, 343, 383, 403, 421, 425, 426.
Königreich Hessen, Dalwigks Plan zu einem 295, 312.
Konkordat, österreichisches, Bischof Ketteler über das 367.
Vermittlung Dalwigks in Wien betreffs des, auf Kettelers Wunsch 370.
Konservative Partei 98, 203.
Dalwigk über die Feigheit der 146.
Präsident v. Mirbach über die Auflösung der alten 260.
Konstitution für Rußland, Dalwigk gegen eine 43, 177.
Konstitutionelles System, Dalwigk über 39, 40, 177, 487.
Konvention Dalwigks mit dem Bischof von Mainz (1854) 12, 16, 114, 170, 270.
Korrespondenz, angebliche Dalwigks mit Rouher 462, 474, 475, 478, 496, 503.
Kreisämter, hessische 12.
Kreuzzeitung 171, 260.
Kriegsentschädigung Hessens (1866) 250, 260, 264, 265, 267.
Kurhessische Frage 85, 96, 97, 173, 259.
Dalwigk will Kurhessen dem preußischen Oberkommando nicht untergeordnet sehen 206.
Kulturkampf 16.
Kulturnation 1, 9.

L

Lassalleaner, Verhalten der Offenbacher 1870 bei Kriegsausbruch 436.
Legion Klapka 383, 427.
Legitimistische Gesinnung Dalwigks 138, 378.
Leistungsunfähigkeit Österreichs (1866), Pfordten über 205, 279, 280.
Liberale Konzessionen, Dalwigk gegen, im Augenblick der äußeren Gefahr 220, 221.
Livlands Treue, Dalwigk über 397, 398, 403.
Bismarck über Dalwigks Äußerungen 399, 400.
Londoner Konferenzen 137, 139, 172, 173, 185, 191, 198, 201, 214.
Londoner Protokoll von 1852 134, 136, 140, 155.
Löwenorden, kurhessischer 424.
Luxemburger Frage 320, 321, 330, 361, 478.

M

Magdeburgische Zeitung 501.
Mainzeitung 391, 397, 420, 433, 474, 491, 502.
Mainzer Journal 502, 503.
Mediatisierung der Mittelstaaten und Kleinstaaten, Pfordten über die kommende 145.
Memoire Dalwigks gegen den Nationalverein 26, 27, 102.
Militärische Organisation der Südstaaten (1867) 308, 311, 313, 317, 395, 396.
Militärisches Zusammengehen der Mittelstaaten 177, 188.
Militärkonferenzen der Südstaaten (1867) in Stuttgart 309—312.
Militärkonvention Hessens mit Preußen 238, 308, 313, 314, 322, 323, 333, 359, 361, 371, 433, 481, 503.
Militärkonvention der Mittelstaaten 41, 142.
Stuttgarter (1867) 317.
Militärkonvention Württembergs mit Preußen 482.

Ministerium Hohenwart 486, 494.
Ministerkonferenz der Mittelstaaten.
Dalwigk wünscht eine (1861) zur Bekämpfung des Nationalvereins 27.
Ebenso 48.
In Würzburg 1860 über Reform der Bundeskriegsverfassung 55, 121.
Dalwigks Programm zu einer, 1861 52—54.
Dalwigk empfiehlt dem König von Bayern periodische 119.
In Nürnberg (1863) betr. das Frankfurter Reformwerk 120.
In Würzburg (1864) über die Haltung bezüglich Schleswig-Holsteins 132 bis 134, 138, 160.
In Bamberg (1854) über die Haltung im Krimkriege 148.
Dalwigk zu Pfordten (1864) über die Notwendigkeit periodischer, ständiger Ministerkonferenzen 152.
Einigung Pfordtens mit Beust (1864) über periodische Ministerkonferenzen 154.
Dalwigk (März 1866) über die Notwendigkeit einer Ministerkonferenz vor Ausbruch des Krieges 195.
In Augsburg (April 1866) über den preußischen Reformvorschlag; über Rüstungen 204—206.
In Bamberg (Mai 1866) über Mobilmachung der Bundesarmee; die Haltung der Mittelstaaten bei einem preußisch-österreichischen Kriege; die Bundesreform; militärische Aufstellungen 213—218.
Mitregentschaft des Prinzen Ludwig, Plan zur (1866) 260, 267, 298, (1871) 491 bis 493.
Mittelrheinische Zeitung 49.
Mobilmachung der Bundesarmee 215, 222, 270.
Mobilmachung der hessischen Division 209 bis 213, 220, 223.
Monarchisches Prinzip 3, 61, 202.
Mordversuch auf König Wilhelm (1861) 38.

N

Nassau, Herzog Adolf von, gegen Anrufen der französischen Hilfe 434.
Nationalliberalen, die 16, 418, 436, 445, 455, 464, 482, 500, 501.
Nationalverein 10, 19, 27, 41, 42, 49, 50, 52, 56, 102, 147, 148, 177, 187, 188, 218, 355.
Dalwigk wünscht kräftiges Einschreiten der Justiz gegen den 21.
Dalwigk hofft, die Korrespondenz des Metz mit Beschlag belegen zu können 23.
Ludwig III. hält den Nationalverein für eine künstlich hervorgerufene Revolutionsmißgeburt 24.
Dalwigk zieht sich aus dem Kampf gegen den Nationalverein erst nach Verschießen der letzten Patrone zurück 26.
Dalwigk zu König Wilhelm (1861) über den Nationalverein 40.
Dalwigk zur Großherzogin über die revolutionären Gefahren des Nationalvereins 48.
Dalwigk über die Gefahren des Nationalvereins 53.
Dalwigk zu Erzherzog Albrecht über den Einfluß des Friedens von Villafranca auf die Entstehung des Nationalvereins 141.
Dalwigks Antrag am Bunde gegen den Nationalverein (1861) 48, 49, 186.
Die Unpopularität der Regierung eine Fiktion des Nationalvereins 356.
Nationalvereinler 21, 98, 187, 304, 354.
Nationalzeitung 24, 33, 336.
Neue Frankfurter Zeitung 53.
Neue Würzburger Zeitung 49.
Neufchâteller Fall 148, 149.
Neurathsches Projekt zu Artikel 3 des österreichischen Reformentwurfs 116.
Norddeutscher Bund 13, 14, 250, 265, 271, 276, 289, 291, 292, 299, 305, 349, 369, 378, 381, 387, 403, 409, 419, 426, 429, 438, 473, 479.
(Juli 1866) Wird der Norddeutsche Bund zu stark, wird er den Süden absorbieren 237.
(Juli 1866) Dalwigk zu Beust: wird der Süddeutsche Bund zu schwach, tritt Hessen lieber ganz in den Norddeutschen Bund 240.
(Juli 1866) Dalwigk zu Bismarck: lieber Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund als Zerreißung und Abtretungen 241.
(August 1866) Dalwigk bietet Bismarck an, Oberhessen und Homburg in den Norddeutschen Bund zu nehmen, anstatt zu annektieren 247, 293.
Roggenbach über die Natur des Norddeutschen Bundes 258.
Dalwigk für eine Ausnahmestellung Hessens in militärischer Beziehung 277.
General v. Grolmann berichtet (Anfang März 1867), daß die preußische Re-

gierung großen Wert auf Eintritt Gesamthessens in den Norddeutschen Bund legt 314.
(Das Weitere darüber s. unter Eintritt.)
Bismarck über die aus der Zugehörigkeit zum Norddeutschen Bund erwachsenden Pflichten 364, 365.
Dalwigk protestiert (1868) gegen den preußischen Versuch, alle diplomatischen Vertretungen der zum Norddeutschen Bund gehörigen Staaten aufzuheben 393.
Klagen des Königs Johann von Sachsen über seine Demütigung im Norddeutschen Bund 410.
Bismarck will (Febr. 1870) erst den Norddeutschen Bund fest organisieren, ehe er weiter geht 465.
(Das Weitere s. unter Versailler Verhandlungen.)
Note, identische, Österreichs und der Mittelstaaten (1862) an Preußen 83.
Nürnberger Anzeiger 53.

O

Oberhessen, seine Stellung nach 1866 241, 246—253, 256, 259, 262, 291, 293, 306, 307, 322, 324, 327, 328, 331, 333, 334, 339, 366, 408, 409, 438.
Oberkommando des VIII. Bundeskorps 195, 196, 208, 209, 216—218, 225, 226.
Oberkommando, gemeinsames, in Schleswig-Holstein, Dalwigks Antrag auf 135, 136, 138, 140, 150, 157.
Oberkommando, militärisches, der Mittelstaaten 143, 148.
Österreichisch-großdeutsches Problem 16.
Österreichs Haltung in einem preußisch-französischen Kriege, Dalwigk über die zweckmäßige (1867) 335, (1869) 413, (1870) 487, 498.
Österreichs Versuch, 1866 in Preußen Aufstände zu organisieren 322.
Österreichs Wunsch auf Rüstung der Mittelstaaten 207.
Okkupation Holsteins 122, 123, 134, 135, 138, 164.
Oktoberdiplom, österreichisches 20.
Olmützer Konvention 143, 170, 173, 280.

P

Panslawistische Aktion in Österreich 429, 466.
Parlament am Bundestag 20, 57 ff., 202.
Parlament, deutsches aus Urwahlen 120, 128, 201, 207.
Dalwigk über ein 202, 203.
Parlament, deutsches 223, 233, 413.
Parlament der bundestreuen Staaten 233.
Parlamentarische Versammlung aus Bayern, Sachsen, Großherzogtum Hessen, Plan Pfordtens und Beusts zu einer 185.
Parlament (Reichstag) des Norddeutschen Bundes 276, 313, 322, 323, 330, 336, 339, 341, 350, 352, 353, 409, 464, 465, 472, 476, 501, 509.
Parlamentarismus, König Wilhelms Klage zum Zaren über Fortschritte des 430.
Parlamentarisches System, Dalwigk über, in Preußen 40, in Frankreich 422.
Pariser Friede 428, 461, 462.
Petersburger Zeitung 392.
Pfälzischer Kurier 53.
Pläne Frankreichs (1867—1870) 325, 335, 337—341, 343, 368—370, 372, 373 bis 381, 384, 388—390, 402, 411, 413, 417, 422 (s. auch Dalwigk und Frankreich).
Plan Gagerns (1868) betr. Verbindung Süddeutschlands mit dem Norden 369, 372, 375, 394—396.
Plan König Karls von Württemberg wegen Änderung des Wahlgesetzes 175.
Plan König Wilhelms von Württemberg (1850) wegen Suspendierung der Verfassung 404.
Polnische Bewegung 42, 43, 102—105, 146, 150.
Polnische Teilung 1.
Posener Zeitung 484, 491, 501, 506.
Prager Friede 263, 300, 321, 337, 340, 344, 346, 353, 373, 415.
Präjudizialpunkte, preußische, zur österreichischen Reformakte 126, 127, 129, 130.
Preußisch-deutsches Problem 1, 3, 9, 16, 394.
Preußische Zeitung 50 ff.
Privatarchiv Dalwigks V.
Proklamation Ludwigs III. (1866) nach Friedensschluß 266, 267, 270, 298 bis 300, 303.
Promemoria Dalwigks und Hofmanns (1861) über Bundesreform s. unter Bundesreformvorschlag.

R

Rat Dalwigks an den Herzog von Nassau, sich (1866) an Rußland und Frankreich zu wenden 245.
Rechberg, Dalwigks Urteil über den Grafen 142.

Rechte des Deutschen Bundes, die, nach Dalwigk mit dem Schwert zu verteidigen 278.
Reform des österreichischen Staates 303.
Beust über die geringe Schwierigkeit der (1860) 19.
Dalwigk über die 20.
Fürstin Metternich über die 268, 269.
Reformakte, die Frankfurter 126—130, 143.
Reformvereine, großdeutsche 102, 123.
Reichsrat, österreichischer 19, 20.
Reichstag des Norddeutschen Bundes s. unter Parlament.
Reichsverfassung von 1849 218.
Revanchelust Frankreichs, Dalwigk (1871) über die gefährliche 498.
Revolution, deutsche 85, 430.
Revolution, Fortschritte der 43, 44, 45, 47.
Revolution unter Protektion der Fürsten 48, 207, 218, 260, 383.
Revolution in Mainz (1848) 7.
Rheinbund 333.
Nach Dalwigk zu erwarten, wenn die Fürsten (1861) die revolutionäre Gefahr nicht sehen 48.
Die Ereignisse drängen (1864) zum Rheinbund, wenn den Mittelstaaten für das preußische Vorgehen in Rendsburg keine Genugtuung wird 142.
Prinz Ludwig hält einen Rheinbund für das schlimmste 292.
Prinz Ludwig behauptet (1870), das Ministerium rufe im Volk Rheinbunderinnerungen wach 469.
Rheinbundgelüste, Dalwigk will den Verdacht von Rheinbundgelüsten vermeiden 275.
Rheingrenze 268, 294, 341.
Rheinpfalz, von Bismarck (1866) den Hessen als Entschädigung für Oberhessen geboten 247.
Rheinufer, linkes 3, 14, 145, 375, 389, 390.
Dalwigk (1865) überzeugt, daß Preußens Vergrößerung zur Wegnahme des linken Rheinufers durch Frankreich führen wird 172, 173.
Dalwigk zum preußischen Gesandten darüber 198.
Pfordten (1866) über den sicheren Verlust des linken Rheinufers im Kriege 216.
Dalwigk erwartet (1867), daß in einem allgemeinen Kriege Preußen das linke Rheinufer an Frankreich opfern wird 335.
Dalwigk warnt die Franzosen (1867) vor Eroberung des linken Rheinufers 340, 341 (s. darüber weiter unter Dalwigk und Frankreich).
Napoleon bietet (1867) den Österreichern Süddeutschland gegen Abtretung des linken Rheinufers 343.
Beust ist überzeugt, daß die Franzosen das linke Rheinufer erstreben 362.
Dalwigk hofft, daß in einem preußisch-französischen Kriege Österreich das linke Rheinufer für Deutschland retten wird, das Preußen den Franzosen hinwerfen würde 426, 427.
Rheinzeitung 53.
Rußlands Haß gegen Preußen und Deutschland 190.
Dalwigk über den 498.

S

Schleswig-holsteinische Angelegenheit 10, 119, 121, 154, 171, 172, 174, 181 bis 185, 187, 190, 191, 193, 197 bis 199, 201, 206, 207, 214, 220, 223, 278, 279, 280, 379.
Dalwigk erkennt Prinz Friedrich noch nicht (Dez. 1863) als Herzog an 122.
Dalwigk zum französischen Gesandten (Dez. 1863): Die Bewegung für Schleswig-Holstein nur revolutionär, wenn die Regierungen sich nicht an die Spitze stellen; kein Souverän kann Recht und Ehre seines Volkes mißachten 122, 123.
Herzog Friedrich empfiehlt (Dez. 1863) seine Sache Dalwigks Schutz 130.
Dalwigk sagt (Jan. 1864), Österreich braucht sich zwar keine Lektionen geben zu lassen, aber Hessen will sich seinetwegen nicht entehren 131.
Dalwigks Entrüstung über Mißachtung der Bundesautorität in Holstein durch Preußen (Febr. 1864) 132.
Dalwigks Antrag am Bunde (März 1864) auf gemeinsames Oberkommando in Schleswig-Holstein 133, 135, 136, 138, 140, 150, 157.
Der Zar über Bismarcks Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit 139, 146.
Dalwigk über den Zweck seiner Anträge am Bunde 150.
Aktenstücke zur hessischen Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit 155—158.
Mensdorff verspricht (Dez. 1864) Dalwigk, für die Gründung eines eigenen

Staates Schleswig-Holstein zu wirken 168.
Dalwigk über Bismarcks Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit 171—173.
Dalwigk für Erledigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nach den Wünschen der Bevölkerung 192.
Keine Bundesreform vor Erledigung der schleswig-holstein. Angelegenheit 203.
Pfordten meint (April 1866), Preußen werde sich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nachgiebiger zeigen, wenn man ihm militärische Konzessionen mache 205.
Österreich stellt die schleswig-holsteinische Angelegenheit dem Bunde erneut anheim (1. Juni 1866) 221.
Dalwigks Popularität wegen seiner Haltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit 227.
Dank Herzog Friedrichs für Dalwigks Haltung 239.
Schwäbischer Merkur 397.
Schuledikt, hessisches, von 1832 367.
Schutz der Bundesautorität gegen die Großmächte 161, 165—167.
Schutz- und Trutzbündnis Hessens mit Preußen 322, 349.
Sechsunddreißiger Ausschuß 131, 186, 187.
Selbstbiographie Dalwigks V.
Sendung, drohende, des preußischen Generals v. Bonin (1868) nach Darmstadt 370—372.
Sendung des Generals v. Manteuffel nach Dresden 133—135.
Sendung des Grafen Trautmannsdorff nach Darmstadt s. unter Vermittlung.
Siegesnachrichten der Österreicher aus Böhmen 229.
Souveränität, Dalwigk über 105, 333.
Verletzung der hessischen durch Berufung preußischer Offiziere zum Kommando 271.
Inbegriff der Souveränität: Militärhoheit und Recht zum internationalen Verkehr 333.
Spannung zwischen Österreich und Preußen (1869) 401.
Sprengung des Bundes durch die Haltung der Mittelstaaten, Österreich sieht (1864) die voraus 162, 163.
Staatenhaus 479, 480.
Dalwigk (1863) für ein am Bundestag neben dem Volkshaus 128.
Erwähnung (29. Okt. 1870) von Hofmanns Vorschlag auf Bildung eines Staatenhauses im Deutschen Reiche 452.
Dalwigk (31. Okt. 1870) will die Bayern veranlassen, einen Antrag auf Errichtung eines Staatenhauses einzubringen 453, 454.
Der Herzog von Koburg für ein Fürstenhaus statt Staatenhaus 455.
Hofmann will (5. Nov. 1870) Antrag auf Bildung eines Staatenhauses stellen 458.
Dalwigk spricht (10. Nov. 1870) zu Delbrück von dem bevorstehenden Antrag 459.
Savigny zu Hofmann (Mitte Okt. 1870) über die Notwendigkeit eines Staatenhauses 473.
Hofmanns Memoire über das Staatenhaus vom 12. Nov., Bismarck am 15. überreicht 475—477.
Staatsnation 1, 9.
Ständeversammlung statt Kammer aus allgemeinen Wahlen, Dalwigks Plan für eine 175.
Stimmrecht, allgemeines, Dalwigk gegen das 418.
Süddeutscher Bund 239, 247, 290, 291 bis 293.
Darf nicht zu schwach sein 237.
Der Süddeutsche Bund ist lebensunfähig 240, 242.
Nach Moustiers Ansicht (1867) schwerer Fehler Frankreichs, den Süddeutschen Bund nicht obligatorisch gemacht zu haben 338.
Nach Bismarcks Meinung wird ein Parlament des Süddeutschen Bundes sofort die Vereinigung mit dem Norden proklamieren 350.
Dalwigk hält (1868) einen Süddeutschen Bund für unmöglich 366.

T

Tagebücher Dalwigks, Entstehung der VI. Teilung Deutschlands 10, 13, 237, 241, 287, 289.
Preußens Anträge zur Bundeskriegsverfassung laufen auf Teilung Deutschlands in militärischer Hinsicht hinaus (1861) 63.
Das System des Rechts der Gewalt bedroht Deutschland mit Teilung unter die Mächtigsten (1862) 91.
Abhängigkeit der norddeutschen Staaten von Preußen bedeutet den Anfang der Teilung Deutschlands (1862) 97.

Prinz Alexander erwartet die Teilung Deutschlands, falls Preußen nicht auf dem Frankfurter Fürstentag erscheint 125.
Bismarck verfolgt den Plan, den Süden vom Norden zu trennen (1864) 144.
Militärische Teilung Deutschlands ist zugleich eine politische (April 1866) 203.
Niemals freiwillige Zustimmung zur Teilung Deutschlands (Juli 1866) 234.
Bismarck glaubt nicht (1867) an die dauernde Trennung 350.
Teilung Hessens zwischen Nord- und Südbund, Dalwigk über die Monstrosität der 288, 290.
Territorialkommissariat in Mainz 7.
Thronfolger von Kurhessen, Bismarck über den 248.
Thronkandidatur, die spanische 431—433.
Tod des letzten Landgrafen von Homburg 196.
Tränen der Prinzessinnen, Bismarck kümmert sich nicht um die 247.
Triaspolitik, Heinrich v. Gagern für 27.
Pläne Dalwigks für die deutsche Triaspolitik 48, 50, 59, 66, 102.
Einigung Pfordtens und Beusts für die 154.

U

Ungarn und Beusts Revanchepolitik 410, 411, 423.
Union, preußisch-deutsche 8, 13.
Untätigkeit Frankreichs 1866, Gramont über die 242.
Untätigkeit Rußlands 1866, Botschafter Stackelberg über die 243.
Unterdrückung des Nationalvereins, Dalwigks Antrag auf 48, 49, 186.
Untergang der kleinen Dynastien und Staaten, Dalwigk über den baldigen 189, 271, 275, 323.
Unzuverlässigkeit Pfordtens (1866) 221.
Schrecken Dalwigks über Pfordtens Nachgiebigkeit gegenüber preußischer Habgier (Juli 1865) 182.
Württembergisches Mißtrauen in Pfordtens deutsche Politik (März 1866) 194.
Angebliche geheime Verständigung Pfordtens mit Preußen (März 1866) 195.
Pfordten verteidigt Preußens Vergrößerungsdrang als berechtigt (April 1866) 205.
Beust über die (April 1866) 206, 410.
Hügel über die (Juli 1866) 232.
Beust über Pfordtens Verrat 1866 343.
Dalwigk über Pfordtens schwaches Auftreten gegen Preußen 1866 406.

V

Vatikanisches Konzil 417.
Verbindung beider Hessen 181, 188.
Dalwigks Arbeit für 170.
Dalwigk überzeugt, daß Preußen einen solchen Keil nicht dulden wird 171.
Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde s. Plan Gagerns.
Verbot einer Volksversammlung in Darmstadt 1870 433, 435—437, 491.
Bismarck über das 466—468.
Vereinigung der Mittelstaaten im preußisch-österreichischen Konflikt, Pfordten über die 279.
Vereinsgesetz von 1854 49.
Vergrößerung Hessens, Plan zur (1868) 374, (1870) 444, 446, 447, 473.
Verlegenheiten Rußlands, innere 1867, Napoleon über 335.
Verlegung der Bundesversammlung nach Augsburg 235, 283, 284.
Vermittlung Dalwigks zwischen Österreich und Rußland 44, 204, 313, 381 bis 383, 386, 396, 397, 413, 429, 466.
Vermittlung Napoleons zwischen Österreich und Preußen (1866) 233.
Verrat, der badische 1866 233, 271, 426.
Verrat, der koburgische 426.
Verrat, angeblicher, des Ministeriums Dalwigk (1870) 469.
Verräter, badische und koburgische 308, 310, 345, 354.
Versailler Verhandlungen Dalwigks 449 bis 462, 497, 503, 508.
Versailler Verträge 3, 15, 481, 482, 491, 506.
Verständigung, erste, zwischen Dalwigk und Gagern (1861) 27.
Versuch der preußischen Kronprinzessin, 1886 durch Einwirkung auf Rußland den Frieden zu erhalten 213.
Verwaltung, innere, Dalwigks 11, 12.
Villafranca, Friede von 33, 141.
Volksblätter, hessische, von Österreich unterstützt 152, 368, 378, 493.
Volkssouveränität 47.
Volksvertretung am Bunde s. Parlament am Bundestag.
Vortrag über die schleswig-holsteinische Angelegenheit 155 ff.

W

Waffenstillstandsverhandlungen 1866 237, 240, 241, 243, 244, 253, 256, 287.
Wahlgesetz, hessisches 11, 12.
Wahlkreiseinteilung in Hessen zum Zollparlament und Reichstag 482, 483, 508.
Weser-Zeitung 53.
Wetterauer Bote 56.
Wiedereintritt ins Ministerium, Pfordten über seinen 151, 152.
Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland, geringe Hoffnung Gagerns auf 368.
Bischof Ketteler über die Unmöglichkeit der 418.
Wochenschrift des Nationalvereins 24, 49, 186.
Würzburg, Spessart, Aschaffenburg von Bismarck 1866 Dalwigk als Entschädigung für Oberhessen angeboten 247.
Würzburger Konferenz s. Ministerkonferenz.
Würzburger Konvention 56.

Z

Zollkonferenz der Minister in Berlin (1867) 327—331.
Zollparlament 328, 330, 367, 373, 378, 394, 396, 405, 407, 471, 482.
Zollverein 97—99, 101, 144, 255, 347, 377, 431, 471, s. auch Zollkonferenz.
Beust für Österreichs Eintritt in den (1862) 86.
Zollvereinserneuerung 151.
Zollvereinsverträge, geschichtlicher Rückblick Dalwigks auf seine Politik bei Erneuerung der 491.
Zerreißung des deutschen Vaterlandes, Dalwigk gegen 203.
Zusammengehen von Bayern, Sachsen und Hessen 185, 197.
Zusammenkunft in Baden-Baden 34, 41.
Zustände, badische, und Gesinnungen 175, 310, 311, 317, 318, 340.
Zustände, württembergische 311, 312, 319, 320, 326, 333, 387, 404, 424, 428, 430, 443.

Namenverzeichnis.

A

Abée, kurhess. Justizminister 112, 113, 116, 117, 119.
Abeken, preuß. Legationsrat 241, 387.
Adalbert s. Bayern und Preußen.
Adlerberg, Graf, russ. Generaladjutant 44, 272, 386.
Adolf s. Nassau.
Albert s. Koburg.
Albrecht s. Österreich.
Alexander s. Hessen und Rußland.
Alice s. Hessen.
v. Alvensleben, preuß. General 39, 180.
Amalie s. Griechenland.
Andrássy, Graf, ungar. Ministerpräsident 369, 389, 390, 411.
App, Friedrich 121.
Apponyi, Graf, österr. Botschafter in London 444.
v. Arnim, preuß. Förster 385.
d'Astorg, Graf, franz. Gesandter in Darmstadt 132, 134, 137, 153, 171, 191, 192, 198, 201, 232, 233, 268, 283, 318, 320, 321, 326, 336, 345, 349, 361, 381, 388, 408, 414, 420, 431 bis 433, 435, 437, 474, 495, 496, 503, 506, 507.
d'Astorg, Gräfin 408, 482.
Auersperg, Fürst Carlos, österr. Ministerpräsident 387, 402.
Augusta s. Preußen.
Augustenburg, Herzog Friedrich von 10, 122, 123, 130, 140, 145, 155, 173, 180, 182, 231, 239, 288, 450, 452, 453, 455, 461, 479.
d'Aygesvives, Graf, Kammerherr Napoleons III. 339, 341.

B

Baden, Großherzog Friedrich 20, 28, 32, 125, 151, 171, 175, 236, 310, 335, 339, 340, 345, 414, 426, 462, 480, 485, 488.
— Großherzogin Luise 485.
— Großherzogin Stephanie 37, 189, 414.
— Prinz Wilhelm 170, 175, 215, 217, 228, 233, 274, 317, 426.
Baist, hess. Hofgerichtsadvokat 56.
v. Balabine, russ. Botschafter in Wien 45, 411.
v. Balbeda 390.
Bamberger, Arzt 85.
Bamberger, hess. Reichstagsabgeordneter 483.
Barral, Graf, ital. Gesandter in Berlin 248.
Bassano, Herzogin von 30, 33, 34, 36.
Battenberg, Prinzessin Julie Therese von 85, 106, 109, 111, 191, 269, 274, 308, 376, 408, 425, 430.
Battenberg, Prinzessin Marie von 425.
v. Baumbach, kurhess. Minister 29, 232, 245, 255, 256, 261, 262, 263.
Bayern, Adalbert, Prinz 21, 34, 152, 275.
— Karl, Prinz 183, 190, 217, 229, 233, 234—237, 270, 283—285.
— Ludwig I., König 86, 190, 232.
— Ludwig II., König 151, 153, 154, 174, 183, 190, 232, 267, 326, 330, 336, 347, 351, 394, 450, 452, 458, 459, 462, 471, 479, 480, 497.
— Ludwig, Prinz 347.
— Luitpold, Prinz 85, 347, 452.
— Marie, Königin-Mutter 145, 239.
— Max II., König 21, 27, 46, 54, 57, 102, 107, 109, 111—113, 116, 118, 119, 170.
Bazaine, franz. Marschall 498.
v. Beaulieu, belg. Gesandter 84, 145, 148, 188, 245, 265, 267, 349.
v. Beaulieu-Marconnay, thüring. Gesandter 402.
v. Bechtold, hess. Minister 196, 211, 224, 245, 250, 253, 266, 309, 321, 324, 391, 409, 448, 489, 490, 491, 505, 506.
Becker, Oskar, Attentäter auf König Wilhelm I. von Preußen 38, 42.
Becker, Dr., Sekretär des Prinzen Ludwig 179, 249, 250.
Belcredi, Graf, österr. Minister, 408, 419.
Belgien, König Leopold I. 145.
— König Leopold II. 245, 266.
v. Below, Mitglied des preuß. Herrenhauses 249, 262.
Bender, hess. Hofprediger 102.

Benedek, österr. Feldzeugmeister 223, 229, 425.
v. Benedetti, franz. Botschafter in Berlin 241, 246, 248, 251, 253—255, 257 bis 259, 262, 263, 293, 294, 330, 340, 341, 401, 431, 440—442.
v. Bennigsen, Rudolf, hannöv. Reichstagsabgeordneter 218, 474.
v. Berkheim, bad. Gesandter in München 236, 266.
v. Berlichingen, Graf 228.
v. Bernstorff, Graf, preuß. Minister 88, 92, 93, 94, 129.
Bernus, Senator von Frankfurt 115, 240.
v. Beroldingen, Kammerherr des Königs von Württemberg 175.
v. Bethmann, Moritz 113—115.
v. Beust, sächs., später österr. Minister V, 2, 3, 11, 14, 15, 19, 45, 46, 57, 66, 67, 85, 86, 99, 108, 109, 111—115, 119, 120, 133, 134, 135, 137—139, 140, 142, 151—154, 176, 182, 184, 185, 187, 194—196, 205, 206, 215—217, 221, 240, 242, 243, 258, 264, 269, 272, 274, 286, 302—304, 309, 313, 322, 326, 330, 335, 338, 343, 344, 349, 361—363, 367, 370, 377, 379, 381—383, 385—387, 393, 395—397, 399, 401, 407, 408, 420, 424, 425, 427, 428, 429, 437, 466, 482, 491, 493, 494, 495, 497.
v. Beust, Karl Louis, thüring. Gesandter in Berlin 258.
v. Beyer, bad. General 414.
v. Bibra, bayr. Legationsrat in Paris 245.
v. Biegeleben, Arnold, hess. Gesandter am Bundestag VII, 86, 108, 109, 113, 116, 120, 122, 123, 136, 137, 139, 142, 160, 180, 199, 224, 231—233, 235, 244, 245, 251, 252, 282.
v. Biegeleben, Ludwig, österr. Geheimrat 14, 86, 108, 112, 142, 243, 495.
Bismarck, Fürst Otto von 3, 10, 11, 14, 15, 41, 42, 100, 101, 107, 131, 132, 135, 138, 139, 140, 142, 145—149, 167, 173—175, 177, 181—185, 187, 188, 193, 194, 196, 197, 199, 200, 202—206, 212—214, 218, 227, 237, 239—242, 247—265, 267, 271, 278, 291, 293, 295, 305, 306, 311—315, 317, 319, 321, 325, 327—331, 333, 335, 338—342, 346, 347, 349, 350, 362, 364—366, 371, 379, 380, 382, 383, 385, 392, 395, 396, 399, 400, 407, 409, 412, 413, 416, 426, 429, 431, 435—437, 440—443, 446, 447, 450, 452—467, 470, 471, 473, 475, 478—480, 488, 489, 491—494, 496, 502—507.
v. Blanckenburg, preuß. Abgeordneter 464, 474.
Bleichröder, Bankier 256.
Blome, Graf, österr. Gesandter in München 83, 159, 192, 204.
v. Blumenthal, preuß. General 343, 464.
Bluntschli, Prof., Mitglied der bad. I. Kammer 317.
Bomhard, bayr. Minister 326.
Bonaparte s. Frankreich.
v. Bonin, preuß. General 370—372, 374, 375.
v. Borries, hannöv. Minister 397.
v. Boos-Waldeck, Oberhofmeister der Königin Augusta von Preußen 39.
v. Bose, sächs. Gesandter 192, 215, 217, 218, 221, 366.
Bouterwek, Prof. 5.
v. Boyen, Frau, geb. Prinzessin Biron von Kurland 485.
v. Brandenstein, preuß. Major 367, 370.
v. Brauchitsch, Kammerherr des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen 343.
Braunschweig, Herzog Karl von 32.
— Herzog Wilhelm von 111.
v. Bray-Steinburg, Graf, bayr. Ministerpräsident 165, 251, 261, 428, 440, 445, 450—456, 459, 474, 492.
Breda, Graf, franz. Legationssekretär 103, 368—370, 373—375, 378.
Breidbach, nassauisch. Bundestagsgesandter 114, 115, 355f.
v. Breidenbach, hess. Gesandter in Stuttgart 443, 448.
v. Brenner-Felsach, österr. Gesandter in Darmstadt 181—184, 187, 192—194, 196, 198—201, 204, 207, 208, 210, 211, 212, 218, 220, 302.
Brestel, österr. Minister 377.
Bronsart v. Schellendorff, preuß. Major 371, 372.
v. Bruck, österr. Gesandter in Darmstadt 385, 387, 388, 392, 393, 418, 420, 424, 426, 429, 430.
v. Brunnow, russ. Gesandter in London 104, 385.
v. Budberg, russ. Gesandter in Paris 149, 150, 339, 379, 380.
v. Bülow, Minister 115.
Buol, Graf, österr. Minister 86, 495.
de Bury-Blaze, Frau, politische Agentin 138.
de Bussière, Verwandte Dalwigks.
— Alfred 30, 269, 388, 442, 443.

de Bussière, Edmond 29, 32, 380.
— Gustave 29, 41.
— Léon 29, 450, 453.
— Mélanie 30, 391.
Bylandt, Graf, niederl. Gesandter in Berlin 248, 251, 260.

C

Cambridge, Herzog George Frederick William 111, 413.
— Herzogin Auguste Wilhelmine 183, 414, 415.
— Prinzessin Mary 184.
v. Canitz, preuß. Diplomat 102, 122, 124, 125, 131, 134, 232.
Cantacuzène, Fürst, russ. Attaché in Berlin 252.
van der Capellen, hess. Oberstallmeister 85, 108, 239, 266, 298, 370, 372, 373, 433.
Carl, Prinz, s. Hessen, Preußen und Braunschweig.
de Castagnies, Vicomte, franz. General 28.
Cavour, Graf, italien. Staatsmann 29, 37.
Chelius, Geheimrat 27.
Chotek, österr. Gesandter in Stuttgart 319, 320.
Clothilde s. Frankreich.
Clarendon, Graf, engl. Staatsmann 139, 140.
v. Coëhorn, franz. Diplomat und Abgeordneter 6, 29, 33.
v. Coëhorn, franz. General 6.
Colloredo, Graf, österr. Staatsmann 33.
Corbett, engl. Gesandtschaftssekretär in Darmstadt 178, 179.
Coudenhove, Graf, österr. Generaladjutant 111.
Courthope 178—180.
Crenneville, österr. Generaladjutant 107.
Crève, hess. Ministerialrat 20, 86, 227.
v. Crosigk, meining. Minister 120.
Curtis, franz. Agent 376.
Curtmann, hess. Abgeordneter 448.

D

Dalwigk, Adele v., geb. Gräfin Dunten 6, 86, 111, 133, 146, 313, 335, 398, 489.
— Cäcilie v., Dalwigks Schwester 5, 378, 442.
— Luise Antonie Elisabeth, geb. Höpfner, Dalwigks Mutter 5.
— Mathilde v., geb. Coëhorn VI.
— Reinhard v., Dalwigks Vater, hess. General 4.
— Reinhard v., Schloßhauptmann und Kammerherr in Oldenburg 110.
Dänemark, König Christian IX. von 139, 155.
— König Friedrich VII. 155, 157.
von der Decken, hannöv. Kammerherr und Geheimrat 96.
Decker, Geheimrat 231.
v. Degenfeld-Schönburg, Graf, österr. Feldzeugmeister 141.
v. Degenfeld, Graf, württemb. Gesandter in München 194, 236, 239, 387.
Dehn-Rothfelser, kurhess. Minister 84.
v. Delbrück, preuß. Minister 329, 331, 336, 379, 445, 450, 452, 454, 456, 458 bis 461, 471, 472, 482, 493.
Deym, Graf, Sekretär des Fürsten Metternich 389.
Dieffenbach, hess. Kreisrat 266.
Diehl, Verfasser des Artikels über Dalwigk in der A. D. B. VII.
Dieterich, hess. Archivdirektor VIII.
Döllinger, Prof. 34.
v. Dörnberg, hess. Oberjägermeister 111, 143, 174.
Dornseiff, hess. Major 371, 421—423.
v. Dorth, hess. Kammerherr 229.
v. Drachenfels, hess. Gesandter in Wien 93, 181.
Drouin de Lhuys, franz. Minister 33, 103, 150, 233, 240, 263, 265, 290, 337, 421.
Ducrot, franz. General 15, 269, 370, 372, 373, 384, 388—390, 402, 417, 422, 482.
Dunten, Graf, Eugen 44, 391, 399.
Dunten, Graf, Paul 236, 239, 266, 486.
v. Düring, hannöv. Hauptmann 232.
Du Thil, hess. Minister 7.
— Frau 85.

E

v. Edelsheim, bad. Minister 194—196, 205, 206, 214—218, 231, 233, 236—238, 282, 310.
Eckhardt, hess. Geheimrat 188.
Eckhardt, Hauptmann 449.
v. Egloffstein, württ. Staatsrat, Kabinettssekretär des Königs 176, 311, 312.
Elisabeth s. Hessen und Österreich.
Emil s. Hessen.
Emmerling II, Advokat 493.
England, Albert, Prinzgemahl, s. Koburg.
— Alexandra, Prinzessin von Wales 184.
— Prinz Alfred 179, 180.
— Eduard, Prinz von Wales 184, 415.
— Victoria, Königin 35, 43, 103, 104, 107, 181, 184, 213.
Enzenberg, Graf, hess. Gesandter in Paris 14, 181, 189, 271, 289, 309, 324,

336, 339, 342, 344, 368, 388, 431, 433, 484, 485, 493.
Erbach-Fürstenau, Graf 334, 373.
Erbach-Schönberg, Graf 425.
Erlanger, Bankier 267.
Ernst s. Koburg.
D'Eßling, Prinzessin 33.
Eugenie s. Frankreich.
Ewald, hess. Obersteuerrat 366, 379.

F

v. Fabrice, sächs. Kriegsminister 371.
Fénelon, Graf, franz. Gesandter in Frankfurt 21.
Fenner, Geheimrat 196.
Fink, Kommerzienrat 342, 343, 378, 407.
Fischer, Arbeiter 342.
v. Fischer, württemb. General 226.
v. Flandern, Graf 245, 266.
Flemming, Graf, preuß. Gesandter in Dresden 38.
Flemming, Gräfin 413.
v. Fleury, franz Botschafter in Petersburg 424.
Flourens, franz. Abgeordneter 457.
v. Follenius, Oberleutnant 213.
Frank, Geh. Staatsrat 231, 321, 438, 448, 469.
Frankreich, Prinzessin Clothilde Bonaparte 30.
— Prinzessin Mathilde Bonaparte 30.
— Kaiserin Eugenie 15, 30, 33—36, 38, 265, 341, 342, 344, 379, 380, 389, 402.
— Prinz Jérôme Napoleon 29, 30, 245, 263, 266, 339, 345, 373.
— Louis Philipp, König 123.
— Louis, Prince impérial 33, 34, 38, 417.
— Ludwig XIV., König 31.
— Napoleon I. 414.
— Napoleon III. V, 3, 15, 25, 28—30, 32—38, 103, 104, 115, 139, 149, 150, 171, 189, 192, 194, 233, 239, 250 bis 254, 265—269, 288, 289, 294, 325, 335, 337, 339—345, 368, 369, 373 bis 380, 387—390, 401, 402, 411, 415 bis 417, 420—422, 425, 427, 433, 434, 440—443, 454, 461, 474, 475, 503.
Frantz, Dr., Publizist 105, 106, 123, 426.
Franz und Franz Joseph s. Österreich, Modena und Neapel.
Frey, hess. Oberst 110, 245.
v. Freydorf, bad. Minister 246—248, 310, 311, 328, 329, 331, 458, 474.
Friedenthal, preuß. Abgeordneter 474.
v. Friesen, sächs. Minister 257—259, 263, 295, 407, 453—455, 458—460, 472.
Friedrich s. Preußen, Hessen, Baden, Augustenburg.
Friedrich Wilhelm s. Preußen, Hessen, Kurhessen, Mecklenburg.
Fröbel, Publizist 19, 143.
Frossard, franz. General 388, 389, 417.

G

v. Gablenz, österr. General 219, 369.
v. Gagern, Heinrich, hess. Gesandter in Wien 10, 13, 20, 27, 115, 119, 139, 141, 152, 160, 165, 168, 180, 181, 199, 229, 231, 235, 239, 240, 242, 271, 299—302, 309, 310, 319, 324, 327, 361, 368—370, 375, 381, 383, 394, 396, 401, 419, 420, 423, 424, 428, 429, 449, 459, 463, 465, 483, 487, 497, 508.
v. Gagern, Max, Ministerialrat in Wien 14, 243.
v. Gagern, Max, Attaché in Wien und Paris 240, 326, 429, 493, 508.
Gail, Advokat 56.
Galitzin, Fürst 112.
Garibaldi, ital. Freischärler 35, 37.
Geist, Gymnasialdirektor in Gießen 21.
Gerson, sächs. Generalkonsul 493.
Giskra, österr. Minister 367, 377, 493.
Goethe 6.
Goldmann, Geheimrat, 225, 250.
Goldmann, Provinzialdirektor von Oberhessen 225, 226, 250, 327, 334.
von der Goltz, Graf, preuß. Botschafter in Paris 337, 339, 342—346, 368, 426.
Goluchowski, Graf, österr. Minister 386.
Gortschakow, Fürst, russ. Reichskanzler 15, 44, 45, 106, 140, 144, 148—150, 239, 312, 331—333, 338, 379, 392, 396, 406, 407, 412, 424, 428, 434, 492.
Görz, Advokat 404, 405.
v. Görtz, ehem. hess. Gesandter 319, 324, 333, 334.
Götz, hess. Oberst 237.
Götz, Verfasser der Schrift über Hessen-Darmstadt 1867—71 VII.
Gounod, Opernkomponist 29.
de Gramont, Duc, franz. Botschafter in Wien, später Minister 242, 420, 441, 494.
v. Grancy, hess. Gesandter in Paris 28, 30, 105.
Granville, Lord, engl. Minister 434, 444.
Griechenland, König Otto 35, 46.
— Königin Amalie 35.
v. Grolmann, hess. Kriegsminister 265, 310 bis 315, 348, 357, 367, 368, 370 bis 373, 422.

Gros, aus Gießen 409.
v. Günderode, heſſ. Generaladjutant 85.
Günther, preuß. Geheimrat 261.

H

v. Hadeln, naſſauiſcher Hauptmann und Adjutant 39, 41, 42.
v. Hake, ſächſ. General 134.
Hallwachs, heſſ. Miniſter 8.
Hallwachs, Hofgerichtsrat 322—324.
Hamburger, ruſſ. Miniſterialſekretär in Paris 45.
Hammer, Oberſt, ſchweiz. Geſandter 405.
Hannover, König Georg von 34, 110, 112, 114, 115, 117, 118, 315, 316, 376, 397, 415, 426.
Hannſtein, Hofgerichtsadvokat 56.
v. Hardegg, württemb. Kriegsminiſter 209, 255, 259.
Hartmann, heſſ. Oberſtleutnant 210.
Haſſenpflug, kurheſſ. Miniſter 25.
v. Haymerle, öſterr. Legationsſekretär 234.
Hecker, bad. Revolutionär 207.
v. Heekeren, niederl. Diplomat 28.
Heeren, Prof. 5.
v. Heimbruch, hannöv. Geſandter in Frankfurt 110.
Heldmann, heſſ. Abgeordneter 188.
Helene ſ. Rußland.
de Hell, franz. Generalkonſul in Frankfurt 495, 496.
Herbſt, öſterr. Miniſter 377.
v. Herff, heſſ. Flügeladjutant 481, 484, 502.
v. Herget, heſſ. Major 421.
Herwarth von Bittenfeld, preuß. General 438, 439.
v. Hesberg, kurheſſ. Bundestagsgeſandter 116, 117.
Heſſen, Prinz Alexander 15, 30, 85, 96, 102—119, 125, 132—136, 142, 144, 169, 170, 174, 184, 189, 191—196, 204, 208—216, 218—236, 255, 269, 271, 274, 282—284, 302, 308, 309, 313, 325, 334, 339, 370, 376, 381 bis 385, 391, 392, 401, 408, 411—413, 423—431, 436, 445—447, 485, 488, 489, 504.
— Prinzeſſin Alice VI, 16, 87, 108 bis 111, 119, 120, 131, 171, 174, 178, 180, 200, 209, 213, 214, 238, 249, 275, 280, 281, 285—287, 308, 312 bis 317, 332, 339, 341, 345, 367, 415, 426, 444, 447, 461, 462, 485, 490, 508.
— Prinzeſſin Anna ſ. Mecklenburg.
— Prinz Carl 85, 102, 225, 235, 246, 275, 292, 308, 315, 317, 344, 345, 415, 426, 485, 492.
Heſſen, Prinzeſſin Carl, Eliſabeth 83, 85, 102, 111, 218, 225, 229, 239, 242, 246, 247, 251, 275, 292, 308, 315, 344, 415, 461, 485.
— Prinz Emil 4, 8, 84, 181.
— Prinz Friedrich 29, 180.
— Prinz Georg 84.
— Prinz Heinrich 85, 209, 218, 225, 229, 230, 238, 264—266, 281, 282, 288.
— Ludwig IX., Landgraf 189.
— Ludwig I., Großherzog 505.
— Ludwig II., Großherzog 84.
— Ludwig III., Großherzog V, VI, 12, 15, 21—26, 30, 33, 34, 38, 39, 50, 57, 84, 98, 100, 101, 107—109, 111 bis 117, 119—125, 132, 134, 136, 142, 150, 153, 159—162, 166, 168 bis 171, 174, 178—180, 183, 188, 191, 196, 197, 199, 208—215, 218, 223, 225, 233—239, 241—245, 247, 251, 260, 261, 264—267, 271—276, 281 bis 289, 291—308, 312, 316—318, 324, 332—336, 339—341, 346, 347, 353—361, 363, 364, 367, 368, 370 bis 377, 381—388, 391, 402, 404—407, 409, 410, 413—417, 421, 423, 424, 428—434, 436, 438—447, 452, 454, 458, 459, 461—463, 468, 470, 472, 473, 479—493, 497, 500—508.
— Ludwig, Prinz 15, 16, 35, 85, 101, 104, 105, 108, 113, 169, 179, 192, 201, 209—215, 217, 221—225, 234, 243, 250, 253, 260, 261, 267, 270 bis 275, 281, 286, 291, 292, 295, 296, 298, 302, 308, 310, 312—318, 320, 322, 327, 332—334, 341, 345, 348, 351—361, 366—368, 370—372, 375, 382, 407, 414, 415, 422, 426, 437, 438, 447, 451, 455, 468—470, 484, 487, 492, 493, 508.
— Mathilde, Großherzogin 21, 22, 26, 27, 34, 38, 47, 84—86, 100.
— Wilhelm, Prinz 101, 102, 225, 229, 308, 312, 373, 426, 447.
— Wilhelmine, Großherzogin 265.
— Wilhelmine, Prinzeſſin 189.
Heſſen-Philippsthal, Landgraf Alexis von 262.
Heſſen-Homburg, Landgraf Ferdinand von 196.
von der Heydt, preuß. Miniſter 329, 409.
v. Hirſchfeld, preuß. General 171.
Hofmann, heſſ. Geſandter in Berlin 14, 46, 57, 121, 122, 140, 196, 228, 235, 246, 248, 249, 254—256, 258—266, 277, 290, 305, 323, 328, 329, 350,

363, 370, 399, 407—409, 419, 432, 433, 436, 446, 448—456, 458—466, 470, 472, 474, 475, 481, 484—486, 496, 501, 502, 505—507.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz von, preuß. Flügeladjutant 39.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst von, bayr. Minister 266, 310, 326, 328, 330, 331, 341, 346, 351, 369, 372, 375, 394—396, 404, 406, 428.
Hohenlohe-Waldenburg, Prinz von, russ. Generaladjutant 215.
Hohenthal, Graf von, sächs. Gesandter in Berlin 192, 257—259, 263, 264, 295.
Hohenzollern-Sigmaringen, Fürst Karl Anton von, preuß. Ministerpräsident 38, 343.
Hohenzollern, Karl von, Fürst von Rumänien 412.
Hohenzollern, Prinz Leopold von, 431, 432, 494.
Holstein, Prinz von, Kommandeur der Bundestruppen in Frankfurt 117, 402.
Holstein, Herzog Friedrich von, s. Augustenburg.
Holnstein, Graf von, bayr. Oberstallmeister 498.
Höpfner, Prof. 5, 110.
Hoyos, Graf, österr. Gesandter in Darmstadt 318, 320, 326, 367, 368, 373.
v. Hübner, österr. Diplomat 204.
Hugo, Prof. 5.
v. Hügel, württemb. Minister 27, 54, 85, 96, 108, 109, 112—120, 135, 184, 185, 232, 311, 404, 407, 408, 415.

J

Jaup, hess. Minister 8, 11.
Ignatiew, russ. Botschafter in Konstantinopel 396.
Illaire, preuß. Geh. Kabinettsrat 39.
Johann s. Sachsen.
Jolly, bad. Minister 458, 474.
Isenburg-Büdingen, Fürst, hess. Standesherr 334.
Isenburg-Philippseich, Graf, hess. Oberstbofmarschall 85, 108, 111, 233.
Italien, König Victor Emanuel II. 37.

K

v. Kardorff, preuß. Abgeordneter 249.
Karl s. Bayern, Sachsen-Weimar, Württemberg.
Károlyi, österr. Gesandter in Berlin 26, 174, 193—196, 199, 200, 241, 311.
Kekulé, Kreisassessor 409.
Ketteler, Bischof von Mainz 12, 367, 370, 417, 418, 483.
v. Keudell, preuß. Legationsrat 429, 450.
Kisselef, russ. Botschafter in Paris 28.
Klapp, waldeckischer Regierungsrat 329.
Klazko, österr. Publizist 424.
v. Kleist-Retzow, preuß. Abgeordneter 375, 376.
Koburg, Prinz Albert, Prinzgemahl von England 313.
— Herzog Ernst 19, 32, 107, 109, 113, 323, 355, 426, 450, 452, 455, 461.
v. Kolb, württemb. Geschäftsträger in Rom 373.
v. Könneritz d. Ältere, sächs. Diplomat 206, 305.
v. Könneritz d. Jüngere 366.
Konstantin, Großfürstin, s. Rußland.
Kossuth, ungar. Revolutionär 36, 37.
Kratz, Kanzleirat 38.
Kritzler, hess. Geheimrat 321, 327, 448.
v. Kübeck, österr. Bundespräsidialgesandter 20, 46, 107, 113, 117, 133, 136, 139, 142, 152, 182, 191, 200, 208, 211, 218, 220, 226, 227, 235, 392.
Küchler, Kreisrat 56.
v. Küchler, hess. Flügeladjutant 243, 244, 421.
Kudriaffski, Frau v. 123.
Kugler, Zollparlamentsabgeordneter 436.
Kuhn, österr. Kriegsminister 401, 419, 423.
Kurhessen, Friedrich Wilhelm, Kurfürst 97, 107, 109, 110, 116, 117, 170, 174, 188, 224, 225, 227, 229, 248, 274, 415, 417, 424.
— Friedrich Wilhelm, Thronfolger 170, 225—227, 248, 254, 423.
— Prinzessin Anna 184, 254.
— Landgraf Wilhelm 183.
Kutusow, Fürst, russ. Militärbevollmächtigter in Berlin 252.

L

v. Labenski, russ. Gesandter in Darmstadt 123, 148, 172, 212, 321, 366, 369, 391.
Lamarmora, piemont. General 383.
Lamberg, Graf, Generalgouverneur von Polen 44.
Lambert, hess. Vizekonsul in Antwerpen und Brüssel 440, 442.
Lamey, bad. Minister 28.
v. Laroche, bayr. Generaladjutant 107.
Larochefoucauld, franz. Gesandtschaftssekretär in Darmstadt 122, 335, 381, 388, 402, 404, 406, 420.
Lasker, preuß. Abgeordneter 464.

v. Lauer, lippesch. Präsident 120.
Lavalette, franz. Minister 263, 325, 388, 389, 421.
Leboeuf, franz. Kriegsminister 389.
Leclerc, franz. Abteilungsdirektor im Ministerium des Äußern 103.
Ledru-Rollin, franz. Abgeordneter 457.
Lefèbvre de Béhaine, franz. Gesandtschaftssekretär in Berlin 246, 248, 251, 253, 256, 257, 266, 293.
v. Lehmann, Ministerialrat 196, 440.
Lemaistre, sächs. Geschäftsträger in Stuttgart 311.
v. Leonhardi, hess. Geschäftsträger in Frankfurt 113.
Leopold s. Belgien und Toskana.
Lerchenfeld, Graf, bayr. Staatsrat 102.
v. St. Leu, Herzogin Hortense, Witwe Ludwig Bonapartes 189.
Leutrum, Graf, württemb. Staatsrat 311.
v. Lichtenberg, Provinzialdirektor von Rheinhessen 7.
v. Liebig, Prof. 144.
v. Lilienfeld, livl. Adelsmarschall 385.
v. Lindelof, hess. Justizminister 21, 23, 100, 180, 223, 236, 448, 489, 490, 491, 505, 506.
v. Linden, württemb. Gesandter in Darmstadt 193, 203, 208, 231.
zur Lippe, Graf, österr. Gesandtschaftssekretär in Darmstadt 437, 486, 487.
Lippert, Advokat 390.
v. Lipphard 385.
Loftus, Lord, engl. Botschafter in Berlin 214, 227, 412, 415.
v. Loßberg, kurhess. General 252.
v. Löw, hess. Kammerherr 231, 321.
Ludwig, Louis s. Bayern, Frankreich, Hessen.
Ludwig, bad. Kriegsminister 311.
Luft, Domkapitular in Mainz 334.
v. Lutz, bayr. Minister 406, 453, 454.
v. Lützow, österr. Gesandter in Darmstadt 26, 46, 84. 112, 120, 122, 123, 132, 135—138, 152, 156, 159—162, 167, 171, 172, 366.
Lützow, Gräfin 131.
v. Lyncker, hess. Flügeladjutant 109, 208, 209, 234, 235, 244, 481.
Lyons, Lord, engl. Botschafter in Paris 434.

M

Mac Mahon, franz. Marschall 443.
Mai, hess. Literat 227.
Majlath, ungar. Hofkanzler 411.
Malaret, franz. Gesandter in Frankfurt 188.
Malet, Sir, engl. Gesandter in Frankfurt 283.
v. Malsen, bayr. Oberhofmarschall 293.
v. Manteuffel, Edwin, preuß. General und Flügeladjutant 39, 133—135, 178, 180, 260, 293, 331, 407, 431.
v. Manteuffel, Otto, preuß. Ministerpräsident 176, 491.
Marie, s. Bayern und Rußland.
v. Marschall, bad. Gesandter am Bundestag 21.
v. Marschall, Frau 21.
Martin, hess. Reichstagsabgeordneter 483, 487.
de Masin, Vicomtesse 450.
Mathy, bad. Minister 310.
Mathilde s. Hessen.
Maurer, hess. Offizier 105, 123.
Max s. Bayern.
Mayer, württemb. Zeitungsredakteur 430.
Mazzini, ital. Revolutionär 37.
Mecklenburg-Schwerin, Großherzog Friedrich Franz von 114—116, 125, 377, 378.
— Erbgroßherzog Friedrich Franz von 451.
— Großherzogin Anna von 177.
Mecklenburg-Strelitz, Großherzog Friedrich Wilhelm von 109, 184.
— Großherzogin Auguste von 184, 414.
Meinecke, Prof. 1.
Menges, hess. Kabinettsgüterdirektor 232.
Mensdorff-Pouilly, Graf, österr. Minister 152, 167, 168, 174, 181, 182, 187, 194, 211, 223, 242, 299, 302.
v. Mertens, österr. Feldzeugmeister 213.
Metternich, Fürst Clemens, österr. Staatskanzler 44, 374.
Metternich, Fürst Richard, österr. Botschafter in Paris 32, 33, 104, 145, 150, 268, 335, 389, 390, 411, 416, 417, 418, 428, 494.
Metternich, Fürstin Pauline 15, 30, 32, 33, 335, 416, 417.
Metz, Mitglied des Nationalvereins, Advokat 21, 23, 24, 49, 98, 101, 122, 153, 169, 188, 218, 220—223, 227, 273, 304, 309, 310, 418, 482, 506.
Meviſſen, Mitglied des preußischen Herrenhauses 143, 246, 248.
Meyendorff, russ. Geschäftsträger in Weimar 403, 404.
Meyer, hess. Ministerialsekretär 244.
v. Meysenbug, österr. Unterstaatssekretär 243.
Midford, engl. Gesandtschaftssekretär in Darmstadt 179.

Migneret, franz. Präfekt in Straßburg 28.
v. Miquel, preuß. Abgeordneter 465.
v. Mirbach, preuß. Regierungspräsident 260.
v. Mittnacht, württemb. Minister 378, 458, 459, 474.
Modena, Herzog Franz von 37.
Modena, Herzogin Adelgunde 85.
v. Mohl, bad. Gesandter 102, 317, 318.
v. Mohrenheim, russ. Gesandtschaftssekretär in Berlin 252.
v. Molière, Fräulein, Hofdame der Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz 415.
Molitor, bad. Kommissär in Paris 342.
v. Mollenbeck, bad. Geschäftsträger in Wien 217.
v. Möller, preuß. Oberpräsident 485.
Moltke, Graf, preuß. Feldmarschall 450, 451, 486, 488.
Mönch, Fabrikant 188, 436.
Montgelas, Graf, bayr. Gesandter in Berlin 228.
Monts, Graf, preuß. General 486.
Mootz, hess. Oberstleutnant 210, 211, 239, 244.
Morier, engl. Gesandter in Darmstadt 319, 377, 434, 438, 495.
Morny, Graf, Halbbruder Napoleons III. 30, 32, 86.
Morny, Gräfin 30.
de Mouchy, Duc, franz. Abgeordneter 411.
Moufang, Domkapitular in Mainz 223.
de Moustier, Marquis, franz. Minister 337 bis 339, 375, 384, 388, 389.
Müller, Bürgermeister von Frankfurt 110, 257.
Mumm, Bürgermeister von Frankfurt 485.
v. Münch-Bellinghausen, österr. Diplomat 383, 387.
Murat, Prinz 29.

N

Nagel, Hofgerichtsadvokat 56.
Napoleon s. Frankreich.
Nassau, Herzog Adolf von 86, 111, 112, 114, 116, 117, 176.
— Prinz Nikolaus von 111, 253.
v. Nauendorff, nassauisch. Offizier 199, 200.
Neapel, König Franz von 32, 37.
— Königin von 119.
Neidhardt, hess. Geh. Legationsrat 238, 309, 393, 403, 404, 432, 435, 439, 440, 448, 458, 463.
Neipperg, Graf, österr. Kommandierender von Mainz 200, 212, 226, 230.
Nelidoff, russ. Gesandtschaftssekretär in München 238, 266.
v. Neumaier, bayr. Minister 151.
v. Neurath, württemb. Minister 108, 109, 112—117, 154, 246, 311, 312, 319, 326, 405, 406.
Niederlande, König Wilhelm III. der 111.
— Prinz Heinrich 111.
— Königin Sophie 339, 344, 345.
Niel, franz. Kriegsminister 368, 374, 380, 389.
v. Niethammer, bayr. Gesandtschaftssekretär in Darmstadt 142, 153, 245.
Nikolaus s. Rußland.
v. Nordeck, bad. Legationsrat 328.
Nover, hess. Polizeikommissär 56, 57, 226.

O

Oldenburg, Großherzog Peter von 110, 140, 173.
Ollivier, franz. Minister 420.
Orlow, russ. Botschafter in Wien 466.
Orsini, ital. Revolutionär 29, 33, 461.
v. Oertzen, Minister von Mecklenburg-Schwerin 114, 115, 255.
Osten-Sacken, Graf, russ. Ministerresident in Darmstadt 431, 432, 434, 437, 438, 440, 492.
Österreich, Kaiser Franz 1.
— Kaiser Franz Joseph 15, 56, 106 bis 108, 110—119, 124, 125, 129, 141, 145, 164, 170, 182, 183, 200, 204, 208, 209, 218, 219, 227, 237, 342, 343, 345—347, 377, 380, 384, 386, 389, 401, 402, 408, 410—412, 414, 417, 425, 428, 466, 493, 495, 498.
— Albrecht, Erzherzog 3, 14, 15, 41, 140, 141, 147, 324, 366, 401, 424 bis 428, 466.
— Elisabeth, Kaiserin 386.
— Hildegard, Erzherzogin 86.
— Karl Ludwig, Erzherzog 342.
— Ludwig Viktor, Erzherzog 343, 346.
v. Oettingen, Gouverneur von Livland 392.
v. Oubril, russ. Botschafter in Berlin 228, 246, 248, 249, 251—260, 266, 328.
v. Ow, württemb. Gesandter in Wien 217.
v. Ozeroff, russ. Gesandter in München 236, 238, 239, 266.

P

Pabst, Geh. Hofrat, Redakteur der „Darmstädter Zeitung“ 107, 243.
v. Pahlen, Adelsmarschall von Estland 399, 403.
v. Pakeny, österr. General 224.

Palmerston, Viscount, engl. Staatsmann 103, 104, 379.
Paoli, Marquis, sardin. Gesandter 45.
v. Pappenheim, bayr. Generaladjutant 107.
Parkus, hess. Kreisrat 229, 441.
v. Paumgarten, Feldmarschalleutnant 117.
Pepoli, Marchese, ital. Gesandter in Wien 412.
Perdonet, franz. Eisenbahnpräsident 28.
v. Perglas, Pergler, bayr. Gesandter in Paris 342.
Perponcher, preuß. Hofmarschall 248, 250.
Persigny, franz. Staatsmann 425.
Petri, hess. Beamter 56.
Pfannmüller, hess. Hofgerichtsadvokat 56.
v. Pfeuffer, bad. Gesandter in Darmstadt 236, 318.
Pfistermeister, bayr. Staatsrat, Kabinettschef des Königs 151.
Pfizer, württemb. Publizist 1.
von der Pfordten, bayr. Bundestagsgesandter und Minister V, 2, 26, 27, 46, 99, 102, 109, 118, 121, 122, 136, 137, 145, 151—154, 163, 164, 181 bis 187, 192, 194—197, 203—206, 212 bis 216, 219, 220, 225, 232, 234, 236, 237, 241, 244—246, 248—257, 264, 266, 267, 270, 278, 279, 285, 291, 292, 343, 350, 403, 406, 410, 491.
Pfotenhauer, Bürgermeister von Dresden 309.
v. Pfusterschmidt, österr. Geschäftsträger in Karlsruhe 410, 413.
v. Pfusterschmidt, Frau 413.
Philippsborn, Geh. Rat 329, 331.
Pietri, franz. Agent 29.
Pirazzi, Kaufmann 24, 436.
v. Piret, Generaladjutant des Erzherzogs Albrecht 424, 426.
Pistor, Darmstädter Stadtrichter 231.
Pius IX., Papst, 32, 345, 373, 403, 441.
Platen, Graf, hannöv. Minister 112, 114, 115, 117, 119, 120, 415.
v. Plessen, Baron 191.
v. Plonski, preuß. General 366, 367, 422.
v. Pommer-Esche, preuß. Oberpräsident der Rheinprovinz 343.
Poten, General 110.
v. Pourtalès, Mélanie 33, 34, 384.
v. Prankh, bayr. Kriegsminister 450, 453, 454, 474, 479.
Preußen, Friedrich der Große, König 3, 40.
— Friedrich Wilhelm IV., König V, 149.
— Wilhelm I., König V, VI, 36, 38 bis 42, 54, 109—112, 116, 124, 125, 134, 141—148, 171, 175, 178, 182—188, 199, 200, 210—215, 225, 230, 238, 239, 242, 246, 247, 250, 253, 263 bis 266, 273, 280—282, 287, 288, 292, 293, 298, 313—316, 329, 331, 339, 340, 343, 345, 355, 357, 366, 370 bis 372, 375—378, 380—383, 391, 402 bis 405, 413—417, 422, 424, 428 bis 432, 435, 441, 443—447, 450—452, 457, 458, 461, 462, 466, 468, 469, 471, 474, 480, 483—489, 490, 492, 500, 501, 505, 506.
Preußen, Prinz Adalbert 451, 485.
— Prinz Carl 451, 485.
— Prinz Friedrich Carl 141, 429, 451.
— Kronprinz Friedrich Wilhelm 42, 171, 180, 199, 212, 241, 292, 313, 315 bis 318, 320, 333, 351—360, 382, 405, 413, 415, 422, 429, 441, 447, 450 bis 455, 458, 461, 485, 486, 488.
— Königin Augusta 38, 39, 213, 214, 384, 413, 416, 488.
— Kronprinzessin Viktoria 214, 415, 426, 444, 461, 462, 492.
v. Pron, franz. Präfekt von Straßburg 269, 390.
Pückler, Graf, preuß. Oberstthofmarschall 248, 329, 450.

Q

v. Quadt, Graf, bayr. Gesandter in Hannover 215.
St. Quentin, Graf, österr. Kommandant in Galizien 309.

R

v. Rabenau, hess. Abgeordneter 225, 323, 336, 409, 410, 420.
v. Rabenau, Rittmeister 447.
Racké, Beigeordneter von Mainz 500.
Radowitz, preuß. Staatsmann 2.
Rancés y Villanueva, span. Gesandter in Darmstadt und am Bundestag 34, 248, 349.
v. Randon, Marschall von Frankreich 421.
Rechberg, Graf, österr. Gouverneur von Mainz 119, 231, 251.
Rechberg, Graf, österr. Minister 19, 26, 78, 96, 107, 112—116, 119—121, 123, 126, 127—132, 135, 140, 142, 145, 147, 149, 150, 160, 161, 164—166.
v. Redern, preuß. Oberstkammerherr 248.
Rehberg, Verwandte Dalwigks 110.
v. Reinhardt, württemb. Bundestagsgesandter 27, 119.
Reiset, Graf, franz. Gesandter in Darmstadt 26, 83, 105, 112, 121.
v. Reyer, österr. Legationsrat in Darmstadt 107, 111, 114, 124.

v. Ricou, heſſ. Miniſterialrat 85.
v. Ricou, heſſ. Major 218, 422.
v. Ring, franz. Geſandtſchaftsſekretär in Berlin 259.
v. Rodenſtein, heſſ. Miniſterialrat 106.
v. Röder, preuß. General 227, 266.
v. Roggenbach, bad. Miniſter 112, 119, 131, 154, 175, 184, 258, 271, 354, 433, 435, 461.
v. Roon, preuß. Kriegsminiſter 148, 451.
v. Röſſing, oldenb. Miniſter 258.
Roth, mecklenb. Oberſtleutnant 244.
Rothan, franz. Generalkonſul in Frankfurt 349.
Rothe, heſſ. Miniſter 449, 450, 452, 455, 458, 461.
Rothſchild, Karl Mayer v., Bankier 264.
v. Rotsmann, Major, Kammerherr des Prinzen Alexander 102, 392, 425.
Rouher, franz. Miniſter 263, 325, 375, 380, 388, 389, 462, 474, 475, 478, 496, 503, 506, 507.
Rumänien ſ. Hohenzollern.
Rumpenheim ſ. Kurheſſen.
Ruſſel, Lord, engl. Staatsmann 104, 131, 184.
Rußland, Peter der Große, Zar von 43, 338.
— Alexander II., Zar 15, 25, 35, 43, 44, 106, 132, 139, 142, 146—150, 176 bis 178, 191, 212—215, 239, 266, 331, 332, 338, 376, 380—386, 391, 392, 396 bis 400, 403, 412, 424, 429—431, 466, 498.
— Helene, Großfürſtin Michael 249, 250.
— Konſtantin Großfürſtin, Alexandra 407.
— Marie, Zarin 35, 43, 44, 106, 204, 213, 265, 332, 381, 384, 385.
— Nikolaus I., Zar 35, 44, 424.
— Nikolaus, Zarewitſch 36.
— Alexander, Zarewitſch 270, 429.
— Paul, Großfürſt (Zar) 189.

S

Sachſen, König Johann von 19, 109, 111, 113, 115, 118, 134, 185, 192, 366, 410, 495.
Sachſen-Meiningen, Herzog Bernhard von 273.
— Herzog Georg von 273.
Sachſen-Weimar, Großherzog Karl Alexander von 451.
Samwer, Agent des Herzogs von Auguſtenburg 455.
Savigny, preuß. Diplomat 5, 182, 217, 226, 251, 253—264, 329, 331, 345, 347, 379, 413, 471, 472, 496.
v. Schäffer-Bernſtein, heſſ. General 41, 170.
Schäffle, öſterr. Miniſter 494.
Schele, preuß. Oberfinanzrat 409.
v. Schenk zu Schweinsberg, heſſ. Finanzminiſter 12, 100, 142, 174, 211, 222, 224, 225, 231, 232, 234, 236, 243 bis 245, 256, 265—267, 287, 296, 298, 301, 302, 432, 436, 438, 448, 490.
Schenck, franz. Offizier 401, 422.
v. Schey, heſſ. Generalkonſul in Wien 240, 243.
Schleiermacher, heſſ. Miniſterialrat 224, 225.
v. Schleinitz, Graf, preuß. Miniſter 252, 329.
v. Schlör, bayr. Handelsminiſter 394.
v. Schmerling, öſterr. Miniſter 143, 419.
Schmidt, Polizeidiener 226.
Schmitt, Provinzialdirektor von Rheinheſſen 210, 231, 404, 405.
v. Schönfeld, öſterr. Oberſt 209, 219, 235, 284, 334.
v. Schrenck, bayr. Miniſter und Bundestagsgeſandter 102, 107—109, 112 bis 114, 117—121, 132, 133, 135, 153, 174, 185, 187, 189, 190, 198, 199, 204, 278, 279.
Schuwalow, Graf, ruſſ. Oberſthofmarſchall 106.
Schuwalow, Graf, ruſſ. General 106, 175, 191, 385—387.
v. Schwarz, preuß. General 329.
Schwarzenberg, Fürſt, öſterr. Miniſterpräſident 9, 170, 182.
v. Seebach, koburg. Miniſter 120, 205, 215.
Seitz, heſſ. Geheimrat 325, 327.
v. Senft-Pilſach, ſächſ. Diplomat 495.
v. Sidorowitſch, ruſſ. Geſandtſchaftsſekretär in Darmſtadt 213, 214, 368, 407, 437.
v. Soden, württemb. Geſandter in München 310, 318.
Solms-Laubach, Graf, Mitglied des Norddeutſchen Reichstags 321, 323, 409.
Solms-Lich, Fürſt, heſſ. Standesherr 97, 224.
Solms-Sonnenwalde, Graf, preuß. Diplomat 454.
Sonnemann, Begründer der „Frankfurter Zeitung“ 418.
Souwarow, Fürſt, ruſſ. Gouverneur von Polen 392.
v. Spitzemberg, württemb. Geſandter in Berlin 311, 319, 328, 471.
Spohr, heſſ. Regierungskommiſſar 84.
Spontini, Opernkomponiſt 414.

Stakelberg, Graf, ruſſ. Botſchafter in Wien 242, 243, 411.
v. Starck, Präſident des heſſ. Oberkonſiſtoriums 334.
Stein, Rentner 122.
v. Stein, ſachſen-meiningiſch. Kammerherr 273.
v. Stemann, holſteiniſch. Regierungsrat 231.
Stephan, Leiter des preuß. Poſtweſens 364.
v. Stockhauſen, preuß. Kriegsminiſter 11.
v. Stockhauſen, hannöv. Geſandter in Wien 126.
v. Stockhauſen, Beauftragter des Herzogs von Auguſtenburg 112, 122, 130.
v. Stockhauſen, Fräulein 442.
v. Stockmar, Ratgeber der Familie Koburg 332.
v. Stoffel, franz. Militärattaché in Berlin 314.
zu Stolberg-Wernigerode, Graf, Präſident des preuß. Herrenhauſes 409.
Streccius, preuß. Major 439.
Strymayr, Bauaſſiſtent 290.
v. Suckow, heſſ. Major 283.
v. Suckow, württemb. Kriegsminiſter 428, 459, 474, 482.
v. Sydow, preuß. Geſandter in Kaſſel 84, 85, 100, 101.

T

Taube, Graf, württemb. Miniſter 120, 211, 246, 443.
Tauffkirchen, Graf, bayr. Diplomat 308, 330, 395.
Thiers, franz. Politiker 280, 338, 374, 455—457, 494.
v. Thile, preuß. Unterſtaatsſekretär 228, 246, 305, 399, 400, 471, 482, 496.
Thouvenel, franz. Miniſter 29, 32, 86, 145.
Thun-Hohenſtein, Graf, öſterr. Botſchafter in Petersburg 44.
v. Thüngen, bayr. Geſandter in Darmſtadt 142, 308, 326, 327, 336, 378, 392, 404, 406, 428, 438, 440, 442, 445, 448, 462, 473, 492.
Thurn und Taxis, Fürſt Maximilian von 143.
de la Torre Allyon, ſpan. Geſandter in München 394.
Toskana, Großherzog Leopold von 37.
Trautmannsdorff, öſterr. Geſandter in Darmſtadt 346, 347, 381—387, 396, 397.
Treitſchke, Hiſtoriker V.
Trochu, franz. General 455.
v. Trotha, heſſ. Oberhofmeiſter 85, 108, 235, 239, 244, 265, 486.
Trubetzkoi, Fürſt, ruſſ. Oberſthofmeiſter 44, 45.
v. Türkheim, bad. Geſandter in Darmſtadt 131, 328.
Tweſten, preuß. Abgeordneter 39.

U

Urban, preuß. Agent 402.
v. Uſedom, preuß. Diplomat 21, 383, 384, 387.
v. Uttenhofen, meiningiſch. Miniſter 205, 215.
v. Urküll, ruſſ. Botſchaftsrat in Wien 411.

V

v. Valois, württemb. Oberfinanzrat 226, 424, 428, 482.
v. Varnbüler, württemb. Miniſter 154, 175, 183, 184, 193—196, 203, 206, 208, 215—217, 219, 225, 231, 233, 236 bis 241, 246, 248, 249, 250, 282, 286, 291, 293, 311, 312, 319, 326, 328 bis 331, 346, 378, 387, 395, 412, 413, 430, 443.
v. Vetſera, öſterr. Geſandter in Darmſtadt 381, 396, 429, 431, 443, 444, 482, 497.
Victoria ſ. England und Preußen.
Vion, franz. Geſandtſchaftskanzler in Darmſtadt 435.
Vitzthum von Eckſtädt, Graf, ſächſ. Diplomat 182, 183.
v. Vivenot, öſterr. Offizier 219, 322, 437.
Vogel, heſſ. Advokat 444.
Vogel von Falckenſtein, preuß. General 283.
Vogt, Hiſtoriker VII.
Voigts-Rheetz, preuß. General 450, 451.
v. Völderndorff, bayr. Diplomat 395.
Vollhard, heſſ. Abgeordneter 223, 302, 487.
de Vougy, Vicomte, franz. Politiker 28.
Vrints, Nelly, Jugendfreundin der Kaiſerin Eugenie 34.

W

Wachenhuſen, Schriftſteller 462, 477—479.
v. Wachter, heſſ. Kriegsminiſter 210—212, 219, 224, 225, 230—234, 239.
Wagner, Richard, Komponiſt 267.
v. Wagner, württemb. Kriegsminiſter 428.
v. Waldeck, Fürſt 110, 113.
Waldſtein, Graf, öſterr. Kämmerer 41.
Walewska, Gräfin 30.
Walker, heſſ. Pfarrer 135.
v. Wambolt, heſſ. Geſandter in Berlin 88, 112, 228, 246, 483.
Wamſer, heſſ. Hofſtallkaſſier 243, 244, 256.
Warrens, öſterr. Publiziſt 427.

v. Watzdorf, weimar. Minister 205, 215.
v. Watzdorf, sächs. Regierungsrat 453, 459.
Weber, Ministerialrat 330.
Weber, Arzt 85.
Weizel, bad. Minister 28.
Weller, Advokat 438.
Wellington, engl. General 104.
v. Wentzel, preuß. Gesandter in Darmstadt 144, 149, 153, 173, 174, 176, 186, 196—198, 202, 207, 208, 223, 306 bis 309, 312, 313, 320, 321, 325, 327, 335, 336, 345—348, 360, 364, 373, 378, 379, 396, 402, 403, 407, 416, 422, 428, 432, 433, 435—437, 440 bis 445, 448, 449, 467, 468, 473, 482, 491, 506.
v. Werner, hess. Ministerialsekretär 178, 432.
v. Werner, hess. Zeremonienmeister 85, 108.
Wernher, hess. Abgeordneter 101, 153, 211, 213, 220, 221, 301, 302, 320, 375, 462, 482, 487, 508.
Wernher, hess. Leutnant 375, 376.
Wertheimer, österr. Kaufmann, 343, 344.
v. Werther, preuß. Diplomat 174, 181, 383, 454.
v. Westenberg, niederl. Legationsrat 326.
v. Westerweller, Hofmarschall des Prinzen Ludwig 179, 180, 211, 243, 275, 447, 487.
v. Westerweller, Frau 180.
v. Wickede, mecklenb. Gesandter 138, 153, 204.
Windburg 159.
v. Wiederhold, württemb. Kriegsminister 209.
Wilhelm s. Preußen, Hessen und Braunschweig.
v. Willich, Provinzialdirektor von Starkenburg 24, 435—437, 466—468.
Wimpffen, Graf, österr. Gesandter in Berlin 219, 373, 393, 401.
Windhorst, Reichstagsabgeordneter 405.
Windischgrätz, Fürst, österr. Feldmarschall 41.
Winter, Rechnungsrat 178, 179, 233, 433.
Wittgenstein, Prinz, nassauisch. Minister 112, 115—120, 133, 154, 199, 200, 206, 215, 217, 218, 254, 255.
Wittgenstein, Prinz, Emil, russ. General 221, 229, 246.
v. Wittich, preuß. General 414, 422, 423, 442.
Wrangel, preuß. Feldmarschall 132, 141, 160.
Württemberg, Friedrich, Prinz 195, 240.
— Karl, Kronprinz 107, 109, 118.
— Derselbe, König 175, 176, 310, 311, 404, 424, 430, 450, 471, 482, 486, 492, 498.
— Olga, Königin 175, 176, 312, 320, 424.
— Wilhelm, König 27, 36, 41, 118.

Y

Young, Sir 178, 179.

Z

v. Zangen, hess. Hauptmann 230.
Zarco del Valle, span. Gesandtschaftssekretär 21.
Zentgraf, hess. Abgeordneter 327.
Ziemiecki, nassauisch. Kriegsminister 196, 199, 200.
Zimmer, Bürgermeister von Villingen 369.
Zimmermann, Prälat 436, 439, 443.
Zimmermann, hess. Geh. Kabinettsrat 108, 115, 232, 233, 239, 265, 405.
Zittelmann, preuß. Agent 402.
Zöpfl, Prof. 483, 486.
v. Zwenger, preuß. Oberstleutnant 442.

JAN 09 1986

Rm 4.80
akad. Buchhandl.